Reinhold Weber – Peter Steinbach – Hans-Georg Wehling (Hrsg.)






Baden-württembergische Erinnerungs ORTE

Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Mit freundlicher Unterstützung der

Boerse Stuttgart
Vereinigung Baden-Württembergische
Wertpapierbörse e.V.

lpb
Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Reinhold Weber – Peter Steinbach – Hans-Georg Wehling (Hrsg.)

Baden-württembergische Erinnerungsorte

Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Abbildungen auf dem Umschlag

Titelseite (von links nach rechts):

Das Küchenpersonal der vom Badischen Frauenverein betriebenen Volksküche II in Mannheim 1914 (Foto: Stadtarchiv Mannheim)

Ankunft des 500 000 „Gastarbeiters“ am Stuttgarter Hauptbahnhof, 5. August 1970 (Foto: Frank Eppler, Stuttgart)

Deportation jüdischer Bürgerinnen und Bürger von Lörrach in das südwestfranzösische Internierungslager Gurs, 22. Oktober 1940 (Foto: Stadtarchiv Lörrach)

Queen Elizabeth II. vor der Schiller-Büste des Bildhauers Johann Heinrich Dannecker in Marbach im Jahr 1965 (Foto: Deutsches Literaturarchiv Marbach)

Fotos der Herausgeber:
Sascha Baumann, all4foto, Stuttgart (www.all4foto.de)

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg dar. Für die inhaltlichen Aussagen sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Alle Rechte vorbehalten
© 2012 W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart
in Verbindung mit der Landeszentrale
für politische Bildung Baden-Württemberg

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co. KG, Stuttgart
Printed in Germany

Lektorat: Dr. Daniel Kirn, Verlag W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart
Gestaltung: Christoph Lang, Studio für Mediendesign, Rottenburg a. N. (www.8421medien.de)
Kartografie: Volker Schniepp, Karlsruhe/Heidelberg

Zum 60. Jahrestag
der Gründung des Landes Baden-Württemberg
am 25. April 1952

Zum Geleit



Winfried Kretschmann
Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg

Orte voll Geschichte und Erinnerungen – solche findet man in Baden-Württemberg reichlich vor. Gerade in einem Land mit langen und vielfältigen Traditionen wie dem unseren gibt es viel zu erzählen. Zum 60. Geburtstag Baden-Württembergs hat sich die Landeszentrale für politische Bildung daher entschlossen, einen Jubiläumsband unter dem Titel „Baden-württembergische Erinnerungsorte“ herauszugeben. Ausgewählt wurden dazu besondere Orte und Ereignisse der jüngeren Geschichte des Südwestens.

Mit diesem Buch haben die Leserinnen und Leser die Möglichkeit, unser Land, seine Traditionen und seine Geschichte kennenzulernen. Aus den vielen tausend geschichtsträchtigen Orten und Ereignissen in Baden-Württemberg haben die Herausgeber Dr. Reinhold Weber, Prof. Dr. Peter Steinbach und Prof. Dr. Hans-Georg Wehling 51 Erinnerungsorte für die Veröffentlichung ausgewählt und vorgestellt. Von Wertheim bis an den Bodensee, von Kehl bis Ulm, von der Napoleonischen Ära bis in die jüngste Vergangenheit schickt das Buch den Leser auf eine spannende Erlebnisreise. Ein Bericht über Stammheim und die damit unmittelbar verbundene Geschichte der RAF finden ebenso ihren Platz wie der Ort Wyhl, die Geburtsstätte der deutschen Anti-Atomkraft-Bewegung. Illustriert mit zahlreichen Bildern erfährt der Leser auf besondere Weise, was das Land bereits alles erlebt hat.

„Nur wer die Vergangenheit kennt, hat eine Zukunft.“ Schon Wilhelm von Humboldt hat die Wichtigkeit erkannt, Erinnerungen zu bewahren und aus Erlebtem für die Zukunft zu lernen. Mit diesem Bildband ist es gelungen, wichtige Momente in der Geschichte des heutigen Baden-Württembergs festzuhalten. Nun ist es an uns, die Zukunft unseres Landes gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern aktiv zu gestalten. Aus diesem Grund lautet das Motto des Landesjubiläums Baden-Württemberg 2012: „Wir feiern in die Zukunft rein.“

Mit der Veröffentlichung des Jubiläumsbandes kommt die Landeszentrale für politische Bildung ihrem Bildungsauftrag in hervorragender Weise nach. Ich danke den Herausgebern und Unterstützern für ihr Engagement und ihren Einsatz. Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich viel Spaß beim Lesen und Durchblättern des Buches.



Vorwort



Lothar Frick
Direktor der Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Seit 40 Jahren ist die Landeszentrale für politische Bildung (LpB) ein fester Faktor, wenn es darum geht, den Bürgerinnen und Bürgern landeskundliche Publikationen und Informationen zur Verfügung zu stellen. Sie tut dies – in sinnvoller Abgrenzung zu den Universitäten, Archiven und fachwissenschaftlichen Instituten –, indem sie sich auf die gut 200 Jahre Geschichte konzentriert, seit in der Napoleonischen Ära zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Grundlagen für die Moderne gelegt wurden. Die zentrale Fragestellung lautet dabei immer, welche Kenntnisse aus der Geschichte die Bürgerinnen und Bürger des Landes in ihrem Bemühen stärken, die Gegenwart – und auch sich selbst – besser verstehen und zwischen Vergangenheit und Zukunft einordnen zu können.

Die Landeszentrale für politische Bildung ist für alle Bürgerinnen und Bürger da. Deshalb ist eines unserer wichtigsten Anliegen, unsere Angebote im besten Sinne des Wortes „populär“ zu gestalten – in verständlicher Sprache also, ohne fachwissenschaftliche Apparate und Expertendiskurse, wenngleich diese inhaltlich natürlich in unsere Arbeit einfließen. Die starke Nachfrage nach unseren Produkten bestärkt uns in diesem Auftrag.

Landesgeburtstage sind besondere Anlässe, um den Menschen im Land „Geschenke“ zu machen. Vor zehn Jahren, zur Feier des 50-jährigen Bestehens des Landes Baden-Württemberg, hat die LpB mit dem Band *Baden-Württemberg – Vielfalt und Stärke der Regionen* das bislang meistgelesene landeskundliche Buch angeboten – wahrlich eine Volksausgabe. Der damalige Projektverantwortliche, Prof. Dr. Hans-Georg Wehling, hat darin als Mitherausgeber die zwölf historischen Regionen Baden-Württembergs als „Bewusstseinsregionen“ präsentiert – im besten Sinne des Wortes anschaulich, nämlich reich bebildert.

Wir freuen uns, dass es gelungen ist, zum 60. Geburtstag des Landes Baden-Württemberg ein weiteres ambitioniertes Projekt zu realisieren. Mit den *Baden-württembergischen Erinnerungsorten* haben die Herausgeber des Bandes ein modernes und innovatives Konzept von Landesgeschichte umgesetzt und einen Ausschnitt des gemeinsamen Erinnerungsschatzes aller Baden-Württemberger erarbeitet. Darüber hinaus wird damit auch dem Zugezogenen, dem Fremden und

Interessierten von außen der Blick geöffnet für die Eigenheiten, die regionalen Besonderheiten, aber auch die Schönheiten des Landes. Auf der Ebene der deutschen Länder ist dieses Vorhaben bislang einzigartig.

Mein besonderer Dank geht an den Projektverantwortlichen innerhalb der LpB, Dr. Reinhold Weber, sowie an die beiden Mitherausgeber Prof. Dr. Peter Steinbach und Prof. Dr. Hans-Georg Wehling, für die annähernd drei Jahre währende intensive Arbeit an dem Buchprojekt.

Ohne Autorinnen und Autoren gibt es kein Buch. Deshalb sei auch ihnen zuvorderst gedankt, die in ihrer Breite den Wissensschatz des Landes repräsentieren. Es ist uns eine besondere Freude, dass es den Herausgebern gelungen ist, die Universitäten und Hochschulen, die Archive und wissenschaftlichen Institute des Landes, die Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, das Haus der Geschichte Baden-Württemberg sowie Vertreter der Städte als Autoren in einem Band zu vereinen.

Dank gebührt gleichermaßen den Kooperationspartnern des Projekts, in erster Linie den Vertretern des Verlags W. Kohlhammer GmbH, Dr. Uwe Fliegauf und Dr. Daniel Kirn, sowie Christoph Lang und seinem Studio für Mediendesign in Rottenburg am Neckar, der die Erinnerungsorte grafisch „in Szene“ gesetzt hat.

Für die Unterstützung bei der Bebilderung des Bandes danken wir dem Landesmedienzentrum Baden-Württemberg und den zahlreichen Bild- und Informationsgebern in den Archiven des Landes sowie den beteiligten Fotografen und Agenturen.

Ein herzliches Dankeschön geht an die freien Mitarbeiter der Landeszentrale für politische Bildung: Katharina Rapp, Christian Reck, Claudia Ruge-Lang und Maren Wolf haben mit viel Sorgfalt die Texte erfasst, mehrmals Korrektur gelesen und die Register und Verzeichnisse angelegt. Für die Erstellung der Karten danken wir Volker Schniepp.

Ein besonderer Dank geht an die Vereinigung Baden-Württembergische Wertpapierbörse e. V. für die freundliche finanzielle Unterstützung des Buches.

Bei der Vereinigung handelt es sich um den Träger der Wertpapierbörse unseres Bundeslandes. Sie hat den Auftrag, den heimischen Finanzplatz zum Wohle der Bürger und der Wirtschaft zu stärken. Dazu zählt nicht nur der Betrieb der öffentlich-rechtlichen Baden-Württembergischen Wertpapierbörse (Börse Stuttgart). Insbesondere unterhält die Vereinigung unter der Marke Stuttgart Financial auch die zentrale Plattform für finanzwirtschaftliche Fragestellungen in Baden-Württemberg.

Ich wünsche diesem Jubiläumsband eine breite Leserschaft und den Leserinnen und Lesern viel Freude bei der Lektüre.



Stuttgart, im April 2012

Inhaltsverzeichnis

Zum Geleit 7
Vorwort 8

Reinhold Weber, Peter Steinbach und Hans-Georg Wehling
Baden-württembergische Erinnerungsorte
Einleitung der Herausgeber 16

STAATSSYMBOLE

Wilfried Setzler
Das Landeswappen
Sinnbild der historischen Wurzeln des Landes Baden-Württemberg 30

Hans-Georg Wehling
Die Landeshymnen
Hier leben die „Ausgangsländer“ Baden, Württemberg und Hohenzollern fort 40

Hermann Bausinger
Grenze a. D.
Zum Nachleben von Baden und Württemberg 52

RÄUME UND TERRITORIEN

Franz Quarthal
Freiburg – das Herz Vorderösterreichs
Von Habsburg zu Baden 64

Hans-Georg Wehling
Der Weingartener Blutritt
Was Oberschwaben ausmacht 78

Daniel Kirn
Der Mergentheimer Aufstand am 29. Juni 1809
Ein Zeichen des Widerstands gegen Württemberg? 88

Otto H. Becker
Hohenzollern wird preußisch
Der Erbhuldigungseid am 23. August 1851 98

Gerhard Taddey
Hohenlohe
Haus und Land im Reich der Burgen und Schlösser 110

Bernhard Mann
Die Grabkapelle auf dem Rotenberg
Vom Wirtenberg zu Württemberg – ein Erinnerungsort des Königreichs 120

DEMOKRATISCHE TRADITIONEN UND POLITISCHE KULTUR

Hans-Peter Becht
Das „alte Landschaftshaus“ in Pforzheim
Zur Geschichte eines (fast) unbekannten Kleinods 130

Frank Engehausen
Die Badische Verfassung von 1818
„Die Grundfeste badischer Freiheit und Ordnung“ 140

Ernst Otto Bräunche
Karlsruhe
Stadt der Demokratie und des Rechts 152

Dieter Langewiesche
Das Stuttgarter Dreikönigstreffen
Vom demokratischen Parteitag zum Symbol liberaler Einheit 162

Sonja-Maria Bauer
Offenburg und Rastatt 1847–1849
„Freiheit, aber auch Ordnung und Einheit des Vaterlandes“ 172

Edwin Ernst Weber
Meßkirch
Schauplatz der Übersteigerung und Hochburg des badischen Liberalismus 186

Dominik Burkard
Kulturkampf – Kulturkämpfe
Vom Epochenphänomen zum Symbolbegriff 196

Reinhold Weber
Der Hohenasperg
„Schwäbische Bastille“ und „Demokratenbuckel“ – ein politisches Gefängnis 208

INDUSTRIALISIERUNG

Hermann Schäfer
„... in Lörrach die Fabrik“
Industrialisierung am Oberrhein 220

Volker Hentschel
Unternehmerische Persönlichkeiten
Zu den Ursprüngen zweier „Global Players“ 230

Ulrich Nieß
Mannheim – „Wir sind Patent.“
Die Industrie-, Arbeiter- und Zuwandererstadt 240

MIGRATIONEN

Mathias Beer
Ulm
Schwaben und Donauschwaben 252

Kurt Hochstuhl
Die Auswanderung nach Übersee
Auf der Suche nach wirtschaftlichem Auskommen und politischer Freiheit 264

Karl-Heinz Meier-Braun
Einwanderungsland Baden-Württemberg
Am 5. August 1970 kommt der 500 000ste „Gastarbeiter“ ins Land 276

GRENZÜBERSCHREITUNGEN

Anton Schindling
Die Straßburger Rheinbrücke
Von der Festungsstadt des Sonnenkönigs zur Europastadt der Fünften Republik 286

Peter Steinbach
Baden-Baden
Die „kleine Weltstadt“ 298

Bernhard Tschofen
Der See
Deutungsgeschichten eines grenzüberschreitenden Gedächtnisortes 312

GESELLSCHAFT, RELIGION, BILDUNG, SOZIALES

Hans-Otto Binder
Tübingen und das schwäbische Geistesleben
Das Evangelische Stift und die württembergischen Klosterschulen 324

Rosemarie Wehling
Korntal und der Pietismus in Württemberg
In der Welt und doch nicht von der Welt 336

Helga Schnabel-Schüle
Die württembergischen Kirchenkonvente
Ort sozialer Kontrolle 348

Ewald Frie
Das Stuttgarter Waisenhaus
Erinnerungen an Kinderarmut 358

Sylvia Schraut
Der Badische Frauenverein 1859–1937
„Gemeinnützige Zwecke, welche sich für Frauenthätigkeit eignen“ 368

Michael Stolle
Bildungsreich
Baden-Württemberg als Universitätslandschaft 378

KUNST UND ARCHITEKTUR

Wolfgang Hug
Bernau im Schwarzwald
Eine Landschaft wie gemalt – die Heimat des Malers Hans Thoma 392

Thomas Braun
Zwischen Modernismus und Traditionalismus
Architektonische Erinnerungsorte der Moderne in Südwestdeutschland 404

GEFÄHRDETE DEMOKRATIE, DIKTATUR, WIDERSTAND, HOLOCAUST, ZERSTÖRUNG

Christopher Dowe
Bad Griesbach, Biberach, Buttenhausen
Orte der Erinnerung an Matthias Erzberger, einen Wegbereiter der deutschen Demokratie 418

Cornelia Hecht
Laupheim und seine jüdische Geschichte
„Ihr Sterben soll uns allzeit mahnen“ 428

Monika Pohl
Von Karlsruhe nach Kislau
Die Schaufahrt ins Konzentrationslager am 16. Mai 1933 442

Jürgen Kampmann
Der Ulmer Bekenntnistag vom 22. April 1934
Öffentlicher Auftakt zum reichsweiten Zusammenschluss der „Bekennenden Kirche“ 452

Peter Steinbach
Johann Georg Elser und Königsbronn
Das Attentat auf Hitler im Münchener Bürgerbräukeller am 8. November 1939 462

Angela Borgstedt
Gurs
Die Deportation der badischen Juden am 22. Oktober 1940 472

Folker Förtsch
Crailsheim 1945
Krieg und Zerstörung erreichen den deutschen Südwesten 482

KRIEGSFOLGEN UND WIEDERAUFBAU

Stefan Zauner
Bebenhausen
Verfassung- und Gesetzgebung im Winterrefektorium (1946–1952) 492

Peter Kirchner
Wertheim am Main
„Nach dem Westen“ – Flüchtlingsunternehmen und Heimatvertriebene 502

Mathias Beer
Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen
Erinnerung und Ereignis 510

Georg Schild
Byrnes und die „Speech of Hope“ in Stuttgart
Auf dem Weg zur Gründung der Bundesrepublik 524

LITERATUR UND MEDIEN

Heike Gfrereis
Marbach am Neckar
Olymp und Hades der Literatur in der schwäbischen Provinz 532

Ulrich Bausch und Mathias Becker
Hörfunk und Fernsehen im Südwesten
Vom Monopolisten zum Wettbewerber im „Mediendschungel“ 540

GENIESSERLAND

Martin Blümcke
Hagnau am Bodensee
Im Weinland Baden-Württemberg 550

JÜNGSTE ZEITGESCHICHTE

Hans-Georg Wehling
Villingen-Schwenningen
Die kommunale Gebietsreform zu Beginn der 1970er-Jahre 562

Ulrich Eith
Wyhl
„Nai hämmer gsait!“ – stilbildender ziviler Widerstand am Kaiserstuhl 572

Thomas Schnabel
Was macht Stammheim zu „Stammheim“?
Die Provokation des Staates durch die RAF 582

Literaturhinweise 596

Die Autorinnen und Autoren 603

Abbildungsverzeichnis 606

Personenregister 608

Ortsregister 613



Als markantes Gebirge durchzieht die Schwäbische Alb vor allem Württemberg, von Südwesten nach Nordosten. Besonders markant ist der nördliche Steilabfall. Vorgelagert sind hier Zeugenberge wie die Achalm oberhalb von Reutlingen (im Vordergrund) und der Zoller mit der Burg Hohenzollern (im Hintergrund). Mit dem Lemberg bei Rottweil erreicht die Alb eine Höhe von 1015 m (ganz im Hintergrund mit Sendemast). Selbst der Schwarzwald ist im Hintergrund zu sehen.

Baden-württembergische Erinnerungsorte

Einleitung der Herausgeber

Reinhold Weber, Peter Steinbach und Hans-Georg Wehling

Am 25. April 2012 begeht das Land Baden-Württemberg seinen Gründungstag: Es wird 60 Jahre alt. Der 1952 gebildete „Südweststaat“ gilt als ein vergleichsweise junges Land, weil es sich um eine Landesgründung nach der Annahme des Grundgesetzes handelt. Aber auch die anscheinend „alten“ Länder sind nur wenige Jahre vor der Gründung der Bundesrepublik Deutschland ins Leben getreten.

Was mit Blick auf die Landkarte als eine „runde Sache“ erscheinen mag, war in der Nachkriegszeit heftig umkämpft. Die Bildung des Landes war eine schwere Geburt. Schon der Name macht das deutlich. Als Bindestrichland verweist der Name auf seine Herkunft, auf die „alten“ Länder Baden und Württemberg, unter Ausklammerung Hohenzollerns.
Bis heute zeigt sich, dass sich hinter dem Namen eine Vielfalt von Traditionsräumen verbirgt, die sich regional und nicht selten sogar lokal verorten lassen. Deshalb bietet sich der Versuch an, das Land aus lokaler und regionaler Perspektive in den Blick zu nehmen.

Dabei geht es nicht um eine rein aufzählende Lokal- und Regionalgeschichte oder um die Isolierung von Traditionsräumen, denn es zeigt sich, dass sie sich zu einem Ganzen fügen.
Um Vielfalt und Einheit der Landesgeschichte zu skizzieren, bietet sich das Konzept der „Erinnerungsorte“ an, das zunächst in der französischen Geschichtsschreibung entwickelt worden ist und inzwischen auch in der deutschen Erinnerungsgeschichte Spuren hinterlassen hat. Erinnerungsorte machen deutlich, dass viele Wurzeln aus der Vergangenheit die Gegenwart bestimmen, dass es zugleich auch darauf ankommt, sie sich im Hier und Heute bewusst zu machen.

Dabei wird deutlich, dass in den 60 Jahren Landesgeschichte viele Gemeinsamkeiten entstanden sind. Baden-Württemberg ist auch deshalb mental zu einem Land zusammengewachsen, weil Württemberger badische, Badener württembergische Wurzeln akzeptiert und in ihr in 60 Jahren gewachsenes Landesbewusstsein integriert haben. Gewiss sind zuweilen Abgrenzungen spürbar, aber 60 Jahre gemeinsame Landesgeschichte stiften auch viel Verbindendes, das auch in Zukunft das weitere Zusammenwachsen erleichtern wird.

Was bleibt? – das Konzept der Erinnerungsorte

Wir knüpfen an das Konzept der Erinnerungsorte an, weil wir wissen, dass sich Menschen nicht nur lebensgeschichtlich erinnern, sondern dass sie sich Bilder von ihrer Geschichte machen, die auch auf Erfahrungen anderer verweisen. So überlagern sich individuelles und gemeinsames, kollektives Erinnern und Gedenken. Erinnerungsorte lassen sich als kollektive Gedächtnisleistung von Gruppen verstehen, die nicht selten bewusst angestoßen wird – durch Jahrestage, Denkmäler, öffentliche Reden, Filme oder Konflikte um gedeutete Geschichte. Erinnerungsorte sind Gedächtnisorte, sie werden geschaffen und gepflegt, immer wieder bewusst gemacht. So beeinflussen sie Gemeinschaftsgefühl, Heimatbewusstsein, Identität. Im Nachdenken über die Vergangenheit formt sich das Bild, das wir uns von einer in der Vergangenheit gründenden „Wirklichkeit" machen.

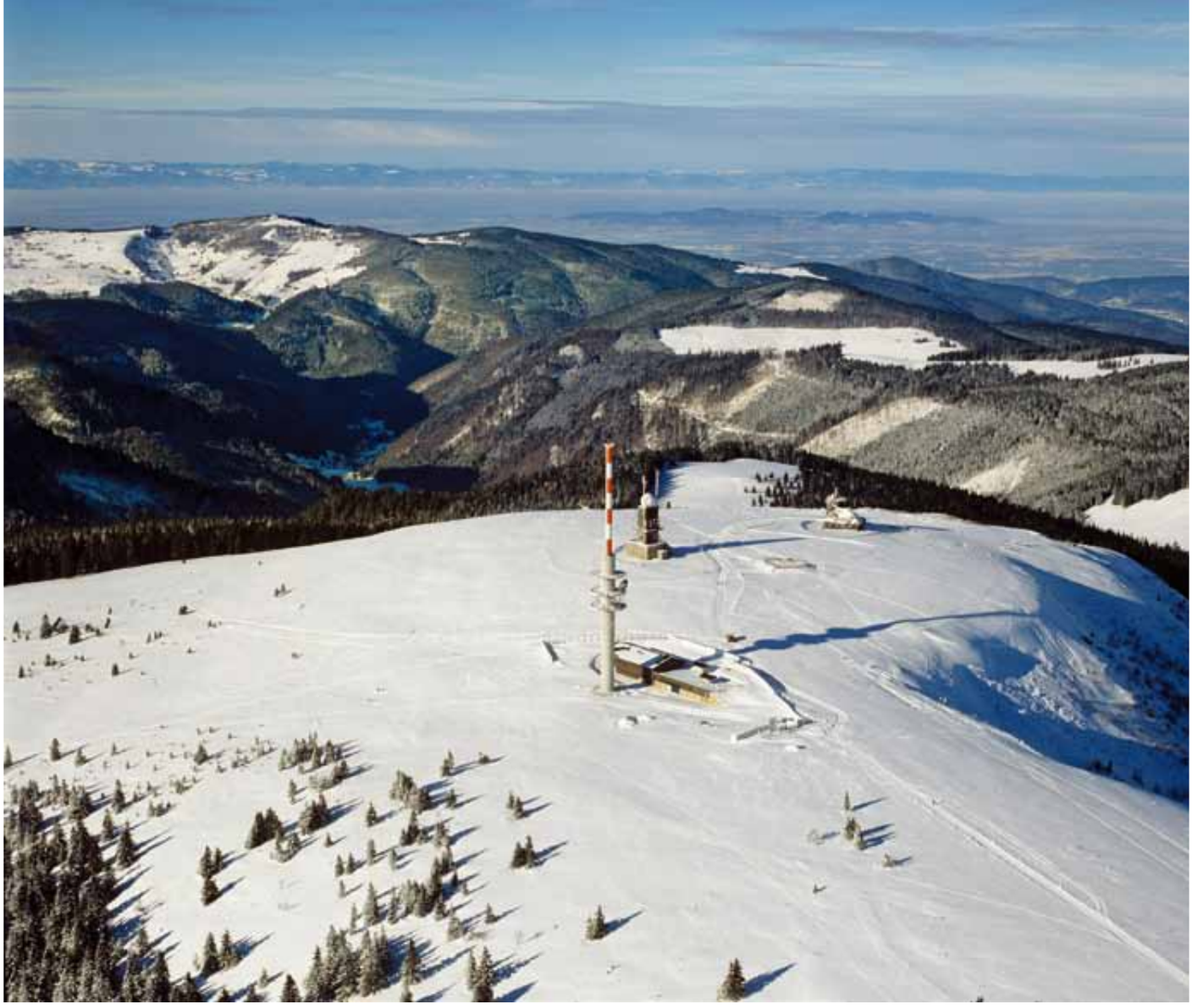
Der Einzelne und die Gemeinsamkeit, die er empfindet, werden von dieser gemeinsamen Erinnerungsleistung geprägt. Wie aber lässt sich die Entstehung eines historisch gewachsenen Landesbewusstseins erklären? Vielleicht mit diesem Bild: Den Rahmen der Erinnerung kann man sich dabei als konzentrisch angeordnete Kreise vorstellen, der von Familien, Vereinen, Ortsgemeinschaften, Regionen, gesellschaftlichen Großgruppen wie Kirchen, Gewerkschaften oder Parteien, einzelnen sozialen Milieus und schließlich natürlich von ganzen Nationen bestimmt wird. Geschichte wird erzählt und enthält so durchaus konstruktive Aspekte: Sie hilft, die Gegenwart zu deuten, ihr Sinn zu geben und das sich rasch verändernde Heute zwischen Vergangenheit und Zukunft einzuordnen.

Aus dem Zusammenspiel von individuellem Gedächtnis und kollektivem Erinnern, aus dem Bedürfnis nach Sinnstiftung durch Traditionen und Erinnerung erwächst das kollektive historische Gedächtnis einer Gesellschaft, die „gegenwärtige Vergangenheit". Sie muss, vor allem in einer pluralistischen Gesellschaft, immer umstritten sein und umkämpft bleiben. Dadurch bekommen Geschichtsbilder immer neue Impulse und Spannung, die sich auf die Deutung auswirkt. Denn jede Zeit deutet ihre Geschichte auf eine unverkennbare Weise. Deshalb wird die Deutung der Vergangenheit immer wieder neu verhandelt. Vergangenheit ist kein erratischer Block aus fernen Zeiten, sondern als gedeutete Geschichte bietet sie den Nachlebenden im Lauf ihrer Entwicklung immer neue und wechselnde Bezüge, die sich selbst in der Auseinandersetzung mit widerstreitenden Erinnerungen verdichten. Im Ergebnis entstehen und vergehen Erinnerungskulturen, die die kollektiven Identitäten prägen.

Das auf den französischen Historiker Pierre Nora zurückgehende Konzept der Erinnerungsorte *(lieux de mémoire)* hat seit den 1980er-Jahren große Resonanz erfahren. Die von ihm zwischen 1984 und 1992 in einem siebenbändigen Werk zusammengetragenen *Erinnerungsorte Frankreichs* (2005 in einer Auswahl auf Deutsch erschienen) haben zahlreiche Nachfolgeprojekte angeregt. In vielen europäischen Ländern sind seither jeweils nationale Erinnerungsorte erarbeitet worden, in Deutschland in einem dreibändigen Werk der Historiker Étienne François und Hagen Schulze (*Deutsche Erinnerungsorte*, erstmals erschienen 2001, in einer einbändigen Auswahl 2005). Darüber hinaus gibt es Publikationen über die *Erinnerungsorte der DDR* (2009), der *Antike* (aufgeteilt nach römischer und griechischer Welt, erschienen 2006 und 2010), oder des *Christentums* (2010). Die *Erinnerungsorte Ostmitteleuropas* (2011 erschienen) thematisieren die jahrhundertelange Koexistenz unterschiedlicher Ethnien und Konfessionen sowie die Konflikte, Verfolgungen und Vertreibungen in der Region. Ebenfalls 2011 sind die *Europäischen Erinnerungsorte* als Standortbestimmung einer europäischen Identität erschienen. Darüber hinaus haben sich immer auch politische Parteien bemüht, spezifische Erinnerungsorte bewusst zu machen. Dabei wurden Weichenstellungen der Parteientwicklung mit auftretenden gesellschaftlichen Problemen verknüpft.

Was aber ist ein Erinnerungsort? Da sich in ihm die Entstehung eines „kollektives Gedächtnisses" greifen lässt, handelt es sich um mehr als einen Ort, eine Lokalität, eine Region. Denn es geht um Geschichtsbewusstsein, um gedeutete und angeeignete Vergangenheit, die narrativ vermittelt und so zu Geschichte wird. Der Erinnerungsort befindet sich gleichsam im Kopf der Mitlebenden. Die Erforschung der Erinnerungsorte zielt darauf ab, zu beschreiben, wie Geschichtsbilder entstehen, wie sie die Vorstellung prägen. Geschichte sei immer im Kopf, hat der Ideenhistoriker Isaiah Berlin einmal gesagt. Mentalitätshistoriker fragen deshalb, *wie* die „Geschichte" in den Kopf gelangt.

Nach Pierre Nora ist ein Erinnerungsort eine „bedeutungstragende Einheit *(unité)*, ideeller oder materieller Art, die durch menschlichen Willen oder durch das Werk der Zei-



Ein Superlativ: der Feldberg ist mit 1493 m der höchste Berg im Schwarzwald, in Baden und in Baden-Württemberg. Zugleich ist er der höchste Berg der deutschen Mittelgebirge. Die Gemeinde Feldberg zu seinen Füßen ist mit 1277 m die höchstgelegene Gemeinde Baden-Württembergs. Bei Wanderern und Skifahrern ist das Feldbergmassiv gleichermaßen beliebt. Der Panoramablick weitet sich auf dem Foto bis zu den Vogesen, mit dem Kaiserstuhl im Rheintal.

ten zu einem symbolischen Element des Gedächtniserbes einer Gemeinschaft gemacht worden ist". Für Nora ist mit dem Begriff verbunden, dass sich das kollektive Gedächtnis einer Gruppe – für ihn zumeist die französische Nation – an bestimmten „Orten" kristallisiert. Gemeinsam ist diesen Kristallisationspunkten der Erinnerung eine besondere Bedeutung, die Weltsicht und Weltverständnis prägt und nicht zuletzt durch eine besondere symbolische Bedeutung charakterisiert wird, aus der heraus sich eine Wirkung ergibt, die als „identitätsstiftend" bezeichnet werden kann. Für die Herausgeber der *Deutschen Erinnerungsorte*, Étienne François und Hagen Schulze, sind Erinnerungsorte „langlebige, Generationen überdauernde Kristallisationspunkte kollektiver Erinnerung und Identität, die in gesellschaftliche, kulturelle und politische Üblichkeiten eingebunden sind und die sich in dem Maße verändern, in dem sich die Weise ihrer Wahrnehmung, Aneignung, Anwendung und Übertragung verändert".



Ellwangen an der Jagst, eine der schönsten, in sich geschlossensten Städte des Landes mit dem Schloss der Fürstpröpste und der Wallfahrtskirche auf dem Schönenberg. Dank des Erz- und Hüttenwerkes in Wasseralfingen, das heute zur ehemaligen Reichsstadt Aalen gehört, war Ellwangen im Alten Reich ein reiches Territorium. Nicht ohne Grund wollte der erste württembergische König die Stadt zur Hauptstadt seiner Neuerwerbungen machen. Geblieben ist die Beamtenstadt mit Landgericht und Staatsanwaltschaft.

Aus diesen Definitionen wird bereits deutlich, dass das Konzept der Erinnerungsorte im Grunde sehr weit gefasst werden kann. In dieser Weite sehen Kritiker des Konzepts einen Nachteil, vor allem dann, wenn sie den Begriff des Ortes wörtlich nehmen und als topografische Lokalität deuten. Denn eigentlich handelt es sich um eine Konstellation der Erinnerung, um eine Erinnerungsbeziehung. Erinnerungsorte, darin herrscht jedenfalls Einigkeit, sind zuweilen geografisch zu verortende Lokalitäten, zugleich aber auch Ereignisse, mystische Gestalten, Personen, Institutionen, Begriffe, Gewohnheiten, Werke aus den Bereichen der Musik, Literatur und Bildenden Kunst. Sie symbolisieren mentale „Orte“, religiöse und politische bzw. ideologische Überzeugungen, nicht zuletzt wichtige Bezugspunkte für die Entwicklung von Werthaltungen.

Erinnerungsorte unterscheiden sich insofern auch deutlich von Gedenkorten oder Erinnerungsstätten, die etwa an die Verbrechen des Nationalsozialismus erinnern oder die ein-

zelne herausragende Ereignisse und Personen oft museal präsentieren. Zwar können diese selbst zum prägenden kollektiven Erinnerungsort werden, wenn sich die Erinnerungen, die sie pflegen, im Lauf der Zeit entsprechend verändern. Gedenkstätten ähneln dann Denkmälern, auch, weil Gedenkorten oder Erinnerungsstätten eine Erinnerung örtlich zugeordnet werden muss. Darüber hinaus sind sie in aller Regel an die Authentizität ihres Ortes gebunden, während ein Erinnerungsort diese Bindung an einen konkreten, geografischen Ort keineswegs zwangsweise haben muss.

Baden-württembergische Erinnerungsorte

Kritiker des Projektes der *Deutschen Erinnerungsorte* lasten ihm eine gewisse Orientierung an der preußisch-deutschen Geschichte und damit des deutschen Obrigkeits- und Nationalstaates an. Nicht hinreichend zum Tragen komme die regionale Vielfalt deutscher Erinnerungsbezüge. Deshalb wurde wiederholt gefordert, historisch gewachsene dezentrale Strukturen, Institutionen und Erinnerungsbezüge einer landesgeschichtlich und regional-kulturell geprägten deutschen Geschichte in das Bewusstsein zu heben. Wir greifen diese Kritik bewusst auf und denken, es ist an der Zeit für eine „Föderalisierung" der deutschen Erinnerungsorte. Dies gestattet nicht nur, die Vielfalt historischer „Gedächtnisspeicher" in ein Gesamtbild deutscher Erinnerungskonstellationen zu integrieren und damit ein Spezifikum deutscher Geschichte bewusst zu machen. Erinnerung und Gedenken in Deutschland ist eben nicht – wie etwa in Frankreich – zentral organisiert, sondern konnte sich dezentral entwickeln. Die 2009 erschienen *Erinnerungsorte der DDR* weisen bereits in diese Richtung unterschiedlicher sozialer Erfahrungsbestände in Deutschland als einer Nation mit doppelter Geschichte seit 1945. Mit Blick auf Bayern erschien 2003 der von Alois Schmid und Katharina Weigand herausgegebene Titel *Schauplätze der Geschichte in Bayern*. Für Baden-Württemberg haben Rosemarie und Hans-Georg Wehling mit ihren *Wegmarken südwestdeutscher Geschichte* 2004 ebenfalls einen ersten Versuch in diese Richtung unternommen und somit zugleich den früh von Hans-Georg Wehling entwickelten Ansatz regionaler historischer Kulturforschung exemplarisch vertieft.

Als wir versuchten, baden-württembergische „Erinnerungsorte" zu fixieren, wurde uns erneut bewusst, dass südwestdeutsche Landesgeschichte als Integral von wenigstens drei, wenn nicht von vier „Landesgeschichten" zu verstehen ist. Sie erschöpft sich nicht in der Geschichte des seit 1952 bestehenden Landes Baden-Württemberg, sondern lebt aus der Geschichte seiner zu Beginn des 19. Jahrhunderts geschaffenen Vorgängerstaaten Baden, Württemberg und Hohenzollern sowie noch weiter zurückreichender Traditionsbestände aus dem Alten Reich. Da diese Vervielfachung der südwestdeutschen Landesgeschichte in einem Band nicht summarisch, gleichsam additiv abzubilden ist, sollen die ausgewählten Erinnerungsorte immer auch über eine engere Bedeutung hinausweisen, also ein Stück weit „repräsentativ" für die regionale und deutsche Erinnerungskonstellation sein. So wurde beispielsweise der Erinnerungsbezug „Badische Verfassung von 1818" gewählt, weil er einen weit über die Landesgrenzen hinausweisenden verfassungsgeschichtlichen Meilenstein setzt, der diese Verfassung auch jenseits der badischen Landesgrenzen zu einem wichtigen Bezugspunkt verfassungsstaatlich-freiheitlicher Erinnerung macht. Wir haben bewusst auf die gleichartige Beschreibung der württembergischen Verfassung von 1819 verzichtet, weil sich anhand des badischen Beispiels der generelle Prozess der Verfassunggebung im frühen 19. Jahrhundert sowie der verfassungspolitische Vorsprung des gesamten Südwestens gegenüber der (preußisch-)deutschen Entwicklung aufzeigen lässt. Oder es wurde beispielsweise die Deportation der badischen Juden nach Gurs am 22. Oktober 1940 ausgewählt, die – trotz aller Unterschiede – stellvertretend auch für die Deportationen der Juden aus Württemberg und Hohenzollern ab Dezember 1941 steht und inzwischen nationalgeschichtlich geradezu als Exempel gewaltsamer Deportierung und Ghettoisierung gilt. Das badische Wyhl und der hier entstehende Protest gegen die Atomkraft in den 1970er-Jahren wiederum steht für eine Neuordnung der deutschen Politik und eine Veränderung der politischen Kultur, die sich bundesweit ausgedehnt und zu einer grundlegenden Veränderung des etablierten deutschen Parteiensystems geführt hat. Die Korrektur der deutschen Atom- und Energiepolitik im Jahr 2011 hat den Erinnerungsbezug auf die Demonstrationen gegen ein Atomkraftwerk in Südbaden noch einmal verstärkt.

Bei der Auswahl der baden-württembergischen Erinnerungsorte, die die Herausgeber getroffen haben, wurde der historische Rahmen bewusst auf das 19. und 20. Jahrhundert konzentriert. Dennoch gibt es wichtige Ausweitungen, die im vorliegenden Band kein eigenes Kapitel finden. Unbestreitbar wichtig für die südwestdeutschen Erinnerungsbezüge

sind beispielsweise das Haus Zähringen und die Staufer, das Kloster Maulbronn und die Insel Reichenau. Ihre Bedeutung greift wiederum weit über den deutschen Südwesten hinaus. Selbstverständlich ist den Herausgebern auch bewusst, dass viele kleinräumliche Identitäten aus der vornapoleonischen Zeit zu einem wichtigen „Erinnerungsspeicher" Südwestdeutschlands geworden sind. Denn vieles spricht dafür, dass die neuen Länder von Napoleons Gnaden, Baden und Württemberg, im 19. Jahrhundert durch eine gezielte Integrationspolitik zwar Landesidentitäten ausbilden konnten, dass sich dennoch – gewissermaßen subkutan – überkommene Identitäten der Klein- und Kleinstherrschaftsräume des Alten Reiches behauptet und mit den einzelstaatlichen Erinnerungsschichten überlagert haben. So wird gerade im deutschen Südwesten deutlich, dass zur nationalen Ebene die föderale oder die regional-kulturelle Überlieferungsschicht kommt. Keine der Ebenen geht dabei verloren, und alle Ebenen sind jederzeit – wie wiederum die Proteste in Wyhl zeigen – revitalisierbar.

Es ist somit durchaus denkbar, wie der Tübinger Kulturwissenschaftler Hermann Bausinger in seinem Buch *Die bessere Hälfte* betont hat, dass die kulturelle und historische Vielfalt des Südwestens keineswegs eine Hypothek für das Zusammenwachsen der Landesteile nach 1952 war, sondern geradezu eine wichtige Bedingung, die positive Folgen zeitigte. Denn wäre es in den Jahren vor und nach der Gründung des Landes nur darum gegangen, zwei monolithische Blöcke – Baden und Württemberg eben – technokratisch zu verschmelzen, so hätte sich dies ohne kompensierende regionale Erinnerungsbezüge weitaus schwieriger gestaltet. So aber ging es darum, kleinere Traditionsbereiche aufeinander abzustimmen, die kulturell-historische Vielfalt des Landes

Ein Bild von Deutschland, das man überall auf der Welt kennt: Heidelberg mit Schloss und Neckar, ehemals die Residenzstadt der Pfälzer Kurfürsten.



zum Gestaltungsprinzip zu machen und ganz unterschiedlich geprägte und verwurzelte „Heimat-Schichten“ zu verzahnen. Deshalb kommen in allen Beiträgen sowohl die älteren Traditionen als auch die Vielfalt gebührend zur Geltung.

In der Folge der napoleonischen Intervention und Neuordnung hat der Südwesten Deutschlands grundlegende politische Konzentrationsprozesse erlebt und ist seinen Weg in die moderne Welt gegangen. Das 19. Jahrhundert, mit Fug und Recht als „Vorgeschichte der Gegenwart“ (Jürgen Osterhammel) apostrophiert, bestimmt unsere Gegenwart bis heute. In dieser Zeit wurden die Grundlagen dessen geschaffen, was das Land noch heute prägt: moderne Verfassungen und Verwaltungen, Demokratisierung, Parteien, Industrialisierung, Kirche und Staat sowie weitere grundlegende Prozesse der Modernisierung, die zur Herausbildung der (Landes-)Identitäten in Baden, Württemberg und Hohenzollern unabdingbar waren.

Die Übertragung des Konzepts der Erinnerungsorte auf das junge Bindestrichland Baden-Württemberg erschien den Herausgebern besonders reizvoll, weil es gerade hier zu fragen gilt, welche landesgeschichtlichen Erinnerungstopoi es gibt und welche – sicherlich auch sich überlappende und überlagernde – Identitäten daraus erwachsen sind. Es geht also darum, ein landesgeschichtliches „Erbe“ zu identifizieren und die symbolische Bedeutung der jeweiligen Erinnerungsorte in ihrer Vielfalt als „Tradition“ herauszuarbeiten. Uns ist bewusst, dass die Liste ausgewählter Orte ergänzt werden kann – oder sogar muss. Wir hoffen, mit dieser ersten Bestandsaufnahme, die sich keinesfalls als (gar „amtlicher“) Kanon versteht, einen Anstoß zu geben, dem andere folgen können – vielleicht sogar auf der Ebene der einzelnen Landesteile, die unseren Bundesstaat bilden.

Die Beiträge des Bandes

Jeder der für diesen Band ausgewählten Erinnerungsorte sollte ein bestimmtes identitätsstiftendes Potenzial haben. Überdies sollte er gleichermaßen stellvertretend für einen gesamten landesgeschichtlichen Aspekt gelten können. Er markiert in der Regel eine Art Beginn historischer Entwicklung, zuweilen lässt er sich als Kulminations- oder auch Wendepunkt deuten, oder er steht stellvertretend für eine ganze Region oder gesellschaftliche Gruppe und deren mentale Verfasstheit. Jeder der ausgewählten Erinnerungsorte sollte überdies eine Bedeutung für das gemeinsame Selbstverständnis der Bewohner des Bindestrichlandes haben, die längst nicht mehr nur vorrangig Badener, Württemberger oder Kurpfälzer sind, sondern im Laufe von 60 Jahre auch zu Baden-Württembergern wurden. Deshalb empfehlen wir, die Beiträge aufeinander zu beziehen, zu vergleichen und einzelne Entwicklungen bewusst in ihrer Besonderheit zu sehen, zugleich aber auch zu bedenken, dass sich jede Differenzierung auf einen übergeordneten Maßstab beziehen muss. Denn es gilt, dass erst der Maßstab die Phänomene schafft (Emil Lederer). Durch die systematische Zuordnung der einzelnen Beiträge wollen wir zu einer Gesamtsicht ermuntern. Sie rücken Probleme wie die Entstehung und Akzeptierung von Staatssymbolen, die Anerkennung von Räumen und Grenzen, aber auch ihre Überschreitung, die Bewältigung radikaler Veränderung von Lebenswirklichkeiten durch die Industrialisierung oder die Gefährdung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in den Blick. Das Inhaltsverzeichnis erschließt diese Zusammenhänge durch seine Oberkapitel

Die ersten beiden Beiträge des Bandes thematisieren symbolische Erinnerungsorte, die unmittelbar auf die Vorgeschichte des Landes weisen und zugleich mit seiner Gründung im Jahr 1952 zu tun haben: das Landeswappen *(Wilfried Setzler)* als Sinnbild der historischen Wurzeln Baden-Württembergs und die drei Landeshymnen *(Hans-Georg Wehling)* der „Ausgangsländer“ Baden, Württemberg und Hohenzollern. Der dritte Beitrag berührt mit den ehemaligen Grenzen *(Hermann Bausinger)* auch nachwirkende landsmannschaftliche Abgrenzungsfragen. Die ehemaligen Grenzen zwischen diesen drei Ländern werden sowohl als politisch-geografisches Phänomen als auch als Ausdruck „mentaler Verortung“ untersucht.

Territorien aus der Zeit der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert bzw. der Epoche des Alten Reichs werden behan-

delt am Beispiel der Erinnerungsorte Freiburg und Vorderösterreich *(Franz Quarthal),* Oberschwaben *(Hans-Georg Wehling),* Mergentheim *(Daniel Kirn),* Hohenzollern *(Otto H. Becker)* und Hohenlohe *(Gerhard Taddey)*. Der Erinnerungsort Rotenberg *(Bernhard Mann)* thematisiert hingegen die Gründung des Königreichs Württemberg in der nachnapoleonischen Zeit.

Den demokratischen Traditionen, Errungenschaften und Vorreiterfunktionen des deutschen Südwestens widmen sich die Beiträge über das alte Landschaftshaus in Pforzheim *(Hans-Peter Becht)*, über die Badische Verfassung von 1818 *(Frank Engehausen)* und über Karlsruhe als Stadt der Demokratie und als eine Residenz des Rechts *(Ernst Otto Bräunche)*. In diesem Kontext ist auch der Beitrag über den württembergischen Liberalismus zu sehen, exemplarisch untersucht am Beispiel des Dreikönigstreffens in Stuttgart *(Dieter Langewiesche)*. Beispielhaft wird an den Orten Offenburg und Rastatt die lange Nachwirkung der Revolution von 1848/49 untersucht *(Sonja-Maria Bauer),* während sich der Beitrag zu Meßkirch *(Ernst Edwin Weber)* auf ein Zentrum des badischen „Kulturkampfes“ konzentriert. Diese säkulare Auseinandersetzung zwischen liberal-protestantischer Staatsverwaltung und katholischer Kirche prägt noch heute in vieler Hinsicht die politische Kultur, die Parteienlandschaft und sogar das Wahlverhalten im Südwesten. Deshalb ist es

Rottweil: freie Reichsstadt mit römischen Wurzeln. Aufgrund eines 1463 geschlossenen Bündnisses mit der Schweizer Eidgenossenschaft betrachtete sich die Stadt bis 1802 als ein der Schweiz „zugewandter Ort“. Strategisch oberhalb des Neckars gelegen, gilt Rottweil als die älteste Stadt Baden-Württembergs.



gut, dass sich diesem heftig ausgetragenen Streit ein eigener Beitrag widmet, der die Verhältnisse in Baden und Württemberg vergleicht *(Dominik Burkard)*. Ein vielschichtiges Bild der Entwicklung von Herrschaftspraxis und Machtausübung verbindet sich mit dem Erinnerungsort Hohenasperg *(Reinhold Weber),* dessen Bedeutung als politisches Gefängnis vor allem in seiner Funktion als Ort der Unterdrückung der Freiheitsbewegungen im Deutschland des 19. Jahrhunderts begründet liegt.

Der Industrialisierung in ihren geografischen, ökonomischen und mentalen Bedingungen und Auswirkungen gehen drei Beiträge nach. Lörrach und den Oberrhein als Schwerpunkt verspäteter und deshalb im Vergleich besonders leistungsfähiger badischer Industrialisierung behandelt *Hermann Schäfer*. Die Bedeutung herausragender Unternehmer wird an den Beispielen von Gottlieb Daimler, Carl Benz und Robert Bosch deutlich *(Volker Hentschel)*. Ein eigener Beitrag ist Mannheim gewidmet, denn es handelt sich nicht nur um den ehemals größten Industriestandort im Südwesten, sondern auch um eine Hochburg der deutschen Arbeiterbewegung *(Ulrich Nieß)*.

Die Bevölkerungsgeschichte ist in mehrfacher Hinsicht für die Geschichte des deutschen Südwestens prägend und spielt im kollektiven Gedächtnis eine wichtige Rolle. Massenhafte Auswanderung konnte nur teilweise durch Binnen- und Zuwanderung kompensiert werden. So haben Bevölkerungsbewegungen den Südwesten und seine Menschen geprägt wie kaum ein anderes gesellschaftliches Phänomen. Waren für das 18. Jahrhundert und die ersten beiden Drittel des 19. Jahrhunderts vor allem eine erhebliche Auswanderung bestimmend – aufgegriffen an Ulm als der Stadt der Donauschwaben *(Mathias Beer)* und an der Auswanderung nach Übersee *(Kurt Hochstuhl)* –, so wurde bereits das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts durch den nachhaltigen Wandel von Großherzogtum Baden und Königreich Württemberg zu Einwanderungsländern geprägt. Vor allem mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs – durch Flucht und Vertreibung – und schließlich seit den 1960er-Jahren am Ende der sogenannten Wirtschaftswunderzeit wurde der Südwesten zum Einwanderungsland. Das Bild von der freundlichen Begrüßung des 500 000sten „Gastarbeiters“ am Stuttgarter Bahnhof am 5. August 1971 wurde zu einem Erinnerungsort der „Gastarbeiter“ und der Einwanderungsgesellschaft *(Karl-Heinz Meier-Braun)*.

Für kaum ein Bundesland sind die deutsch-französischen Beziehungen so prägend wie für die drei südwestdeutschen Länder. Die enge Verbindung mit den Nachbarländern über die Grenzen des heutigen Landes Baden-Württemberg hinaus symbolisieren Erinnerungsorte wie die Straßburger Rheinbrücke *(Anton Schindling)*, an der sich eine mehrere Jahrhunderte lange Beziehung der Nachbarschafträume am Rhein thematisieren lässt. Baden-Baden *(Peter Steinbach)* ist mehr als ein Kurort, der eine mondän wirkende Vergangenheit hat. Die Stadt spiegelt auch die politischen Verwerfungen der vergangenen Jahrhunderte und zugleich eine entscheidende Chance des 20. Jahrhunderts wider: die auf der deutsch-französischen Annäherung fußende europäische Integration. Auch der Bodensee *(Bernhard Tschofen)* als Erinnerungsort in seiner heute trinationalen Bedeutung gehört in diesen Zusammenhang.

Wichtigen geistigen, religiösen, sozialen oder auch für die Geschichte der Geschlechterverhältnisse spezifischen Strömungen von exemplarischer Bedeutung lassen sich die Beiträge über das Tübinger Stift *(Hans-Otto Binder)*, den Pietismus *(Rosemarie Wehling)*, die Kirchenkonvente in Württemberg als Ort sozialer Kontrolle *(Helga Schnabel-Schüle),* das Waisenhaus in Stuttgart *(Ewald Frie)* und den Badischen Frauenverein *(Sylvia Schraut)* zuordnen. Diese Erinnerungsorte lassen gesellschaftliches Selbstverständnis, Mentalität und politische Kultur des Südwestens in gleicher Weise deutlich werden.

Sich gleichsam an konkreten Orten manifestierende, aber dennoch auch stark mental verankerte Erinnerungsorte sind die Universitäten im Land *(Michael Stolle)*. Weitere Beiträge widmen sich exemplarisch Themen der Kunst bzw. Architektur. Bernau im Schwarzwald und Hans Thoma *(Wolfgang Hug)* stehen stellvertretend für die „Konstruktion“ von Landschaften, die nicht selten im wahrsten Sinne des Wortes durch Maler„ins Bild“ gesetzt werden. Die architektonischen Erinnerungsorte der Moderne in Südwestdeutschland *(Thomas Braun)* loten hingegen das Spannungsfeld zwischen Modernismus und Traditionalismus aus.

Eingeordnet in den gesamten Kontext Weimarer Republik, „Drittes Reich“, Holocaust, Zweiter Weltkrieg und seine Folgen stehen zeitgeschichtliche Beiträge, die zugleich versuchen, Erinnerungsorte vor das Auge zu rücken, die den Zivilisationsbruch des 20. Jahrhundert spiegeln und das im kollektiven Gedächtnis immer wieder beschworene Versprechen



Württembergischer Vorposten im badischen Umfeld unweit des Bodensees: der Hohentwiel mit dem badischen Eisenbahnknotenpunkt und Industriestandort Singen. Der Hohentwiel (886 m) war Festung und auch Staatsgefängnis.

des „Nie wieder!“ als verpflichtendes Vermächtnis begründen. Matthias Erzberger, der bedeutende Finanzpolitiker und Liquidator der Niederlage des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg, wird im Zusammenhang mit den Orten Buttenhausen, Biberach und Bad Griesbach in seiner Bedeutung für die deutsche Geschichte sichtbar *(Christopher Dowe)*. Der Bruch der jüdisch-deutschen Symbiose, die in Jahrhunderten gewachsen war, wird am Beispiel von Laupheim und seiner jüdischen Geschichte verdeutlicht *(Cornelia Hecht)*. Die als Schand- und Schaufahrt bezeichnete Verschleppung von prominenten badischen Regimegegnern rückt *Monika Pohl* in das Bewusstsein: Am 16. Mai 1933 wurden in Karlsruhe sieben Sozialdemokraten in das Gefängnis Kislau (bei Bruchsal) verbracht, das den Nationalsozialisten als Konzen-

trationslager diente. Dass Erinnerungsorte sich neu in das kollektive Gedächtnis einpflanzen können, macht die Erinnerung an den Ulmer Bekenntnistag der evangelischen Kirche vom 22. April 1934 *(Jürgen Kampmann)* deutlich. Er war als öffentlicher Auftakt zum reichsweiten Zusammenschluss der Bekennenden Kirche gegen die nationalsozialistischen Deutschen Christen gedacht.

Dem Ziel, Hitler zu töten, kam erstmals ein Schreiner aus dem deutschen Südwesten nahe. Das Attentat auf Hitler vom 8. November 1939 hatte ein „Einzeltäter aus dem Volk", der aus Königsbronn stammende Johann Georg Elser *(Peter Steinbach)*, verübt, der Jahrzehnte später von Staatsminister Christoph E. Palmer als ein „großer Sohn" des Landes Baden-Württemberg bezeichnet wurde. In diesem Zusammenhang bekommt die Erinnerung an die Deportation der badischen Juden in das südwestfranzösische Internierungslager Gurs am 22. Oktober 1940 *(Angela Borgstedt)* und die Zerstörung der Stadt Crailsheim in der Endphase des Zweiten Weltkriegs *(Folker Förtsch)* besonderes Gewicht, denn den Krieg hatte Elser immer verhindern wollen.

Mit den unmittelbaren Kriegsfolgen und dem Wiederaufbau befassen sich die Beiträge über die Verfassunggebung in Bebenhausen nach 1945 *(Stefan Zauner)*. Der wichtiger gewordenen Geschichte der Heimatvertriebenen widmet sich ein Beitrag, der den Blick auf die von Flüchtlingen gegründeten Unternehmen lenkt und somit die Integrationsleistung der südwestdeutschen Gesellschaft deutlich macht *(Peter Kirchner)*. Die in Stuttgart angenommene Charta der deutschen Heimatvertriebenen vom 5. August 1950 *(Mathias Beer)* ist ebenso wie die Stuttgarter Rede („Speech of Hope") des US-amerikanischen Außenministers James F. Byrnes, die bereits am 6. September 1946 *(Georg Schild)* gehalten worden war, ein Wendepunkt der Nachkriegsgeschichte. Beide Erinnerungsorte wirkten sich auf die weitere politische Entwicklung des sich vereinigenden Europas aus. Byrnes leitete die Neuorientierung der US-amerikanischen Außenpolitik ein, mit der nicht zuletzt der Bundesrepublik Deutschland der Weg in das europäisch-amerikanische Bündnis geebnet wurde. Der Charta der deutschen Heimatvertriebenen wird heute zugeschrieben, den Kurs der europäischen Einigung und Versöhnung unter Einbeziehung der ostmitteleuropäischen Nachbarn vorbereitet zu haben.
In die unmittelbare Nachkriegszeit fällt auch die Gründung des Literaturarchivs in Marbach *(Heike Gfrereis)*, das bereits mit dem Schiller-Nationalmuseum zu einem mehrere Jahrhunderte deutscher Literaturgeschichte umfassenden Erinnerungsort für die Literatur im Südwesten und im ganzen deutschsprachigen Raum geworden ist. Im Zusammenhang kultureller Erinnerungsorte stehen auch der Beitrag über den Rundfunk und die Medien im Südwesten *(Ulrich Bausch und Mathias Becker)* sowie der Beitrag über Hagnau am Bodensee *(Martin Blümcke)*, der vor allem das so vielschichtige, an Lagen und unterschiedlichen Rebsorten überreiche gesamte Weinland Baden-Württemberg thematisiert.

In den kollektiven Erfahrungsschatz und Gedächtnisspeicher der jüngsten Zeitgeschichte greifen die drei abschließenden Beiträge unseres Sammelbandes hinein: Der Erinnerungsort Villingen-Schwenningen thematisiert die kommunale Gebietsreform zu Beginn der 1970er-Jahre *(Hans-Georg Wehling)*, die ja in ihrem Kern die historisch gewachsenen Identitäten auf administrativer Ebene neu verhandelt und zugeordnet hat – oder es zumindest versucht hat. Überkommene Traditionen konnten dadurch aber nicht zerstört werden. Ob neue geschaffen werden, wird erst die Zukunft zeigen. Mit der neueren deutschen Konfliktgeschichte sind zwei Orte von besonderer Symbolkraft verbunden. Wyhl steht für die Abwehr von Landschaftszerstörung und destruktiver Modernisierung *(Ulrich Eith)*; Stammheim ist nicht nur das Symbol einer Zeitspanne, die durch menschenverachtenden Terrorismus, sondern auch durch die Bewährung des Rechtsstaats geprägt ist *(Thomas Schnabel)*. In beiden Namen scheint eine Nachgeschichte auf, die bis in unsere Gegenwart reicht. So sind Wyhl und Stammheim nicht nur symbolische Erinnerungsorte von nationaler Bedeutung, sondern auch Wegzeichen einer gesellschaftlichen und staatlichen Selbstbehauptung und Bewährung – der eine als Geburtsort der deutschen Anti-Atomkraft-Bewegung und als Kristallisationspunkt der Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er-Jahre, der andere als symbolischer Ort für die Herausforderung von Demokratie und Rechtsstaat durch den Terror der Roten Armee Fraktion (RAF).

Kein Vademecum, sondern exemplarische Auswahl

Er habe ein gutes Gedächtnis, stellte einmal ein Historiker fest, denn er könne vergessen, was er wolle. Deshalb gibt es kein Gedächtnis ohne Lücken, weder das individuelle noch das kollektive – und schon gar nicht das von Herausgebern. Sicherlich wären weitere Erinnerungsorte denkbar:



Das Allgäu, der südöstliche Teil von Baden-Württemberg. Mit dem Land verbindet man Wiesen, Kühe, Käse, aber auch stolze Einzelhöfe, alte Reichsstädte und die Schlösser mächtiger Adelsfamilien wie Waldburg-Zeil oder Waldburg-Wolfegg.

die Ludwigsburger Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltung zur Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen, die Stauffenberg-Gedenkstätten, die Festspiele in Schwetzingen und Donaueschingen oder die bedeutenden Internate wie St. Blasien oder Salem, um nur manche zu nennen. Es liegt in der Natur des Konzepts der Erinnerungsorte, dass sich ihre Zahl nicht begrenzen lässt, denn das kollektive Gedächtnis arbeitet immer und erschließt sich ständig neue Erinnerungsbezüge, verknüpft sie mit der Gegenwart – lässt aber auch andere absinken. Deshalb muss jede Auswahl ohne den Anspruch auf Vollständigkeit sein. Das ist verschmerzbar, wenn es den Herausgebern gelingt, deutlich zu machen, dass Erinnerungsorte sich nicht zu einem Vademecum, einer Art Reiseführer in die Vergangenheit verdichten lassen. Es geht um den Versuch, Erinnerung und Gedenken aktiv zu

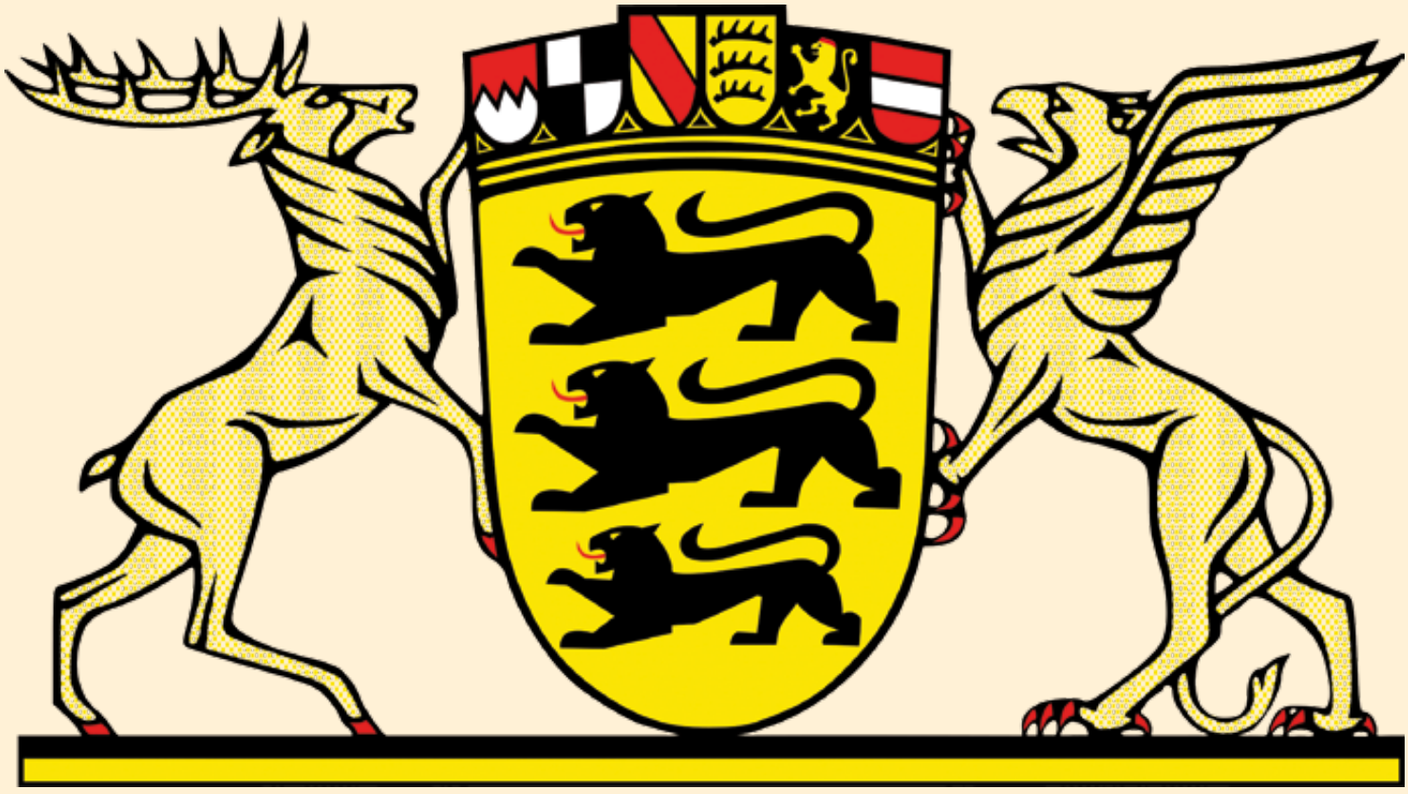
betreiben, den Versuch, der Geschichte eine Perspektive, eine Bedeutung, einen Sinn und damit auch eine Richtung abzugewinnen. Denn Geschichte ist nicht nur ein Bild, das im Kopf entsteht und dort irgendwie eingepflanzt wird – Geschichtsbilder sind das Ergebnis der Bemühung um eine gedeutete Vergangenheit, um historisch gewachsene Maßstäbe, um Koordinaten, die den Nachlebenden nicht in den Schoß fallen, sondern die sie sich erarbeiten müssen.

Die hier vorgelegte Auswahl ist deshalb ein Angebot und eine Einladung. Sie kann nur eine – fast subjektiv zu nennende, jedoch begründbare – Auswahl sein. Aber sie fordert gleichzeitig zur Weiterarbeit auf. Kritiker mögen (zurecht) anführen, dass im vorliegenden Band zentrale Erinnerungsorte von nationaler und internationaler Bedeutung fehlen – etwa das Heidelberger Schloss oder Grafeneck (bei Gomadingen) auf der Schwäbischen Alb, das als Ort der nationalsozialistischen „Euthanasie"-Aktion für eines der Großverbrechen der Nationalsozialisten steht – um nur zwei Pole der kollektiven Erinnerung zu nennen. Natürlich fehlen auch Städte wie Freudenstadt und viele andere, die am Ende des Zweiten Weltkriegs fast vollständig zerstört wurden, genauso wie zahlreiche einzelne Personen – Frauen und Männer – als „Erinnerungsorte" fehlen, seien es herausragende Schriftsteller, Künstler, Unternehmer oder Politiker. Wir bedauern schon jetzt, dass Kritiker „weiße Flecken" im Bereich der Kultur und nicht zuletzt im Kulinarischen finden werden, denn natürlich erschließen auch Brezeln, Maultaschen oder badische Schäufele Erinnerungsbezüge. Nicht zuletzt fehlen zahlreiche (Stadt-)Feste, der Fasching (bzw. Fasnacht oder Karneval) sowie zahlreiche Großveranstaltungen mit langer Tradition, in denen sich geradezu wie in einem Brennglas kollektive Erinnerung und Selbstvergewisserung bündeln. Der kritische Leser möge diese Lücken nachsehen. Falls er aber Nachfolgeprojekte fordern sollte, dann fühlten wir uns bestätigt.

All denjenigen, die landeskundliche Sammelbände zu Baden-Württemberg gerne daraufhin untersuchen, in welchem Proporz die alten Länder Baden, Württemberg und Hohenzollern thematisch berücksichtig sind – und die damit ein Verhalten zeigen, das eigentlich einen eigenen Beitrag als Erinnerungsort wert gewesen wäre –, sei hier schon geholfen: 17 der 51 Beiträge behandeln rein badische Themen, 19 widmen sich rein württembergischen Belangen, ein Beitrag ist einem rein hohenzollerischen Thema geschuldet – und 14 Aufsätze lassen sich nicht genau zuordnen oder sind, was noch schöner ist, „länderübergreifend" und damit das zu nennen, was es auch heute noch nur recht selten gibt: baden-württembergisch.

Eigentlich ist der Versuch einer Verteilungsstatistik zwischen Baden, Württemberg und anderen Landesteilen selbst schon wieder ein Erinnerungsbezug. Kann man neue Länder machen? Diese Frage bestimmte die föderal geprägte Landesgeschichte nach dem Fall der Mauer 1989/90, als sich zeigte, dass fünf neue Länder entstehen konnten, die im selben Jahr, als das Bindestrichland Baden-Württemberg aufgrund einer Volksabstimmung ins Leben trat, in 16 Bezirke aufgelöst worden waren. Die frühen landsmannschaftlichen Kämpfe waren lange Zeit nicht vergessen und wurden langsam entschärft. Der Zusammenschluss von Baden, Württemberg und Hohenzollern erwies sich als Glücksfall für das neue Land und die Bundesrepublik Deutschland. Heute gilt Baden-Württemberg als Teil der deutschen Erfolgsgeschichte nach der deutschen Katastrophe der Jahre 1933 bis 1945. In seiner Entwicklung zeigt sich, dass in der Tat neue Länder gemacht werden können, dass sie im Laufe der Jahrzehnte ein neues Selbstbewusstsein entwickeln und sich eine Identität schaffen. Denn diese wird nicht verordnet, sie wird entwickelt. Dabei sind Erinnerungsbezüge und Erinnerungskonstellationen wichtig. Gewiss gilt heute nicht mehr, dass Herkunft Zukunft ist. Aber ohne das Wissen vom zurückgelegten Weg lässt sich kaum die Gegenwart verstehen. Und wer das Heute nicht versteht, wird niemals einen Weg einschlagen können, der den Wandel ermöglicht, der allein Zukunft sichert. Insofern hoffen wir als Herausgeber, einen Anstoß für die Auseinandersetzung mit Herkunft und Zukunft, mit dem zurückgelegten Weg und den möglichen Zielen gelingender Politik geben zu können.

April 2012
Reinhold Weber, Peter Steinbach und Hans-Georg Wehling



Das Große Landeswappen von Baden-Württemberg wurde vom Landtag 1954 als „Symbol der Einheit und der Vielfalt“ beschlossen. Die gewählte Darstellung sollte zudem dazu dienen, die Traditionen der früheren Länder und der Landesteile zu bewahren. Heraldisch von links nach rechts: Vorderösterreich, Kurpfalz, Württemberg, Baden, Hohenzollern, Franken. Auf dem Wappenschild: die staufischen Löwen.

Das Landeswappen

Sinnbild der historischen Wurzeln des Landes Baden-Württemberg

Wilfried Setzler

Der Gründung des Landes Baden-Württemberg waren heftige und leidenschaftlich geführte Auseinandersetzungen vorangegangen. Doch nach dem Volksentscheid vom 9. Dezember 1951, in dem sich die Wähler mehrheitlich für den Zusammenschluss der von den Alliierten geschaffenen Länder (Süd-)Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern ausgesprochen hatten, schritt die Bildung des neuen Landes zügig voran. Bereits am 9. März 1952 fanden im Gesamtland Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung statt. Am Freitag, den 25. April 1952 konnte Reinhold Maier, der aufgrund des Wahlergebnisses für viele überraschend gerade zum Ministerpräsidenten gewählt worden war, feststellen, dass um 12 Uhr 30 Minuten durch seine Erklärung die alten Länder zu einem Bundesland vereinigt seien.

„Die Regierung machte sich mit Elan an die ihr übertragenen Aufgaben und erließ mit einer Präzision, die an die eines Uhrwerkes erinnerte, eine Verordnung nach der anderen, so dass schon Anfang Dezember der Aufbau der Verwaltung im Wesentlichen abgeschlossen war“, resümierte die *Stuttgarter Zeitung* zum Jahresende 1952. Doch noch verfügte das Land über keine Verfassung, hatte weder einen Namen noch ein Wappen. Die Beratungen über die dauerhaften Symbole des neuen Staates zogen sich hin. Sie erwiesen sich als außerordentlich schwierig, insbesondere, was den Namen und das Wappen anbelangte, die symbolhaft für das ganze Bundesland stehen sollten.





Das neue Bundesland als eine harmonische Familie aus „Mutter Baden“, „Vater Württemberg“ und dem „Kind Hohenzollern“. Plakat der Südweststaatbefürworter zum Volksentscheid 1951.

Auf dem Weg zum Namen: Ängste, Vorbehalte, Ressentiments

Wer nun glaubte, durch die geglückte Vereinigung der drei Länder sei der vorhergehende Streit um die Neugliederung aus der Welt, vergessen, bewältigt, überwunden, der wurde rasch enttäuscht. Noch einmal traten in den Parlamentsdebatten und in der öffentlichen Meinung all die alten, in der Vergangenheit wurzelnden Ängste, Vorbehalte und Ressentiments lautstark und vielfältig zu Tage. In der Auseinandersetzung spielten Befürchtungen und Irrationales eine große Rolle. Wieder wurde vor allem historisch argumentiert. So beschworen selbst jene, die sich durchaus rational und konstruktiv mit der Vereinigungsfrage auseinandersetzten, als Zeugen ihrer Argumente die Vergangenheit, die Geschichte der beiden Länder Baden und Württemberg und konstatierten – je nach Lager – unterschiedliche oder gemeinsame Herkunft, Kultur, Wirtschaft oder Sprache.

Klar war allen Parlamentariern, dass das neue Land einen Namen und ein Wappen benötigte. Bei den diesbezüglichen Debatten zeigte sich im Landtag mehrheitlich der parlamentarische Wille, die Gegensätze zu überbrücken und eine integrative, von einer breiten Mehrheit getragene Lösung zu finden. Dies bestätigte sich auch bei der langen und hartnäckig geführten Diskussion um den Namen, die sich schließlich auf die Frage zuspitzte, ob das neue „Schwaben“ zu nennen oder ob ein „Bindestrichname“ zu wählen sei.

Für die Entscheidung spielten, wie man den Reden der Parlamentarier entnehmen kann, vor allem zwei Überlegungen eine wichtige Rolle: So war man sich zum einen einig, dass der neue Name „für Jahrzehnte, unter Umständen für Jahrhunderte die politische Bezeichnung des Raumes im Südwesten“ der Bundesrepublik festlegte. Zum andern wollte man bei der Namengebung – nach der Verbitterung und der Frustration über die Art und Weise des Volksentscheids – das „Empfinden einer Annexion durch Württemberg“ vermeiden. Und so entschieden sich schließlich am 4. November 1953 in dritter Lesung bei namentlicher Abstimmung zunächst 70 der 109 Abgeordneten gegen den Namen Schwaben; 39 waren dafür. Danach stellte sich nur noch die Frage, ob das Land nun Baden-Württemberg oder Württemberg-Baden heißen solle. Das Ergebnis war eindeutig: 85 Abgeordnete stimmten für Baden-Württemberg.

Die Landesfarben: Schwarz-Rot-Gold?

Geklärt wurde schließlich auch die Frage der Landesfarben, die vor allem auf Fahnen und Flaggen wahrgenommen werden, aber auch das Layout von Publikationen der Landesregierung oder Werbeträgern mit bestimmen. Die Landes-

regierung hatte zunächst die Farben Schwarz-Rot-Gold favorisiert, die von 1946 an auch das ehemalige Land Württemberg-Baden geführt hatte. Diese Farbkombination, die zudem einst schon auch die Weimarer Republik gewählt hatte, galt seit der 1848er-Revolution als Zeichen der Demokratie. Diesem Vorschlag widersprach die CDU und führte ins Feld, Schwarz-Rot-Gold seien auch die Farben der Bundesrepublik, was leicht zu Verwechslungen führen könne. Zudem konterkariere dies das föderalistische Prinzip der Bundesrepublik. Die Oppositionspartei beantragte deshalb an Stelle von Schwarz-Rot-Gold eine zweibahnige Kombination mit Schwarz-Gold zu wählen. Diesem Vorschlag schloss sich dann auch der Verfassungsausschuss mehrheitlich an, zumal bei Schwarz-Gold alle drei ehemaligen Bundesländer mit mindestens einer ihrer alten Farben vertreten waren.

Nach soviel Einigkeit hätte man nun auch eine schnelle Lösung für das Landeswappen erwarten können. Doch als dann am 11. November 1953, nach 18-monatiger Beratung mit 102 Ja-, fünf Neinstimmen und sieben Enthaltungen die Verfassung des Landes mit dem Namen Baden-Württemberg und den Landesfarben Schwarz-Gold verabschiedet werden konnte, war die Wappenfrage noch immer ungeklärt und umstritten. Deshalb hieß es dazu im Artikel 24 lapidar: „Das Landeswappen wird durch Gesetz bestimmt."

Das Wappen – ein Symbol so wichtig wie der Name

Die Rivalitätsdebatten zwischen Abgeordneten aus Baden, vornehmlich Südbaden, und aus Württemberg, zwischen Einigungsgegnern und Befürwortern, konzentrierten sich nun auf das künftige Wappen des Landes, das man für ein ebenso wichtiges Symbol hielt, wie den Namen. Man stritt zwar sachlicher, aber meist mit unverkennbarem Patriotismus, mit den gleichen Argumenten und mit derselben Hartnäckigkeit wie bei dem Namen nun um die Gestaltung des Wappens.

Um dies zu verstehen, muss man sich vergegenwärtigen, dass in den 1950er-Jahren die Heraldik eine neue Blüte erlebte. Wappen galten uneingeschränkt als Bild- und Hoheitszeichen staatlicher und kommunaler Herrschaft, als Insignien der staatlichen Macht und ihrer Repräsentation, zudem als visuelle Symbole, die in konzentrierter Form Aussagen über die Geschichte, das Selbstverständnis und die politischen Ziele

Über dem symbolischen Händedruck zur Vereinigung der Länder: ein gemeinsames Wappen aus den württembergischen Hirschstangen und dem badischen Schrägbalken. Plakat der Südweststaatbefürworter zum Volksentscheid 1951.



des Wappenträgers machen. Als Medium politischer Kommunikation schrieb man ihnen außerdem eine integrierende und identitätsstiftende Funktion zu.

Alle Länder der 1949 gegründeten Bundesrepublik haben Staatswappen mit ihren alten heraldischen Figuren eingeführt, ja selbst die in der Nachkriegszeit selbstständig gewordenen afrikanischen Staaten schlossen sich diesem europäischen Brauch an. Einigkeit herrschte darüber, dass „ein Staat ohne Symbole nicht als solcher identifizierbar" und „hoheitliches Handeln ohne Rückgriff auf ein sichtbares Merkmal nicht denkbar" sei, wie es später einmal formuliert wurde.

Heute verschwinden auf amtlichen Briefköpfen, insbesondere bei den Kommunen, die Wappen mehr und mehr. An die Stelle heraldischer Formen, Farben und Bilder treten neuartige Zeichen, Wortmarken oder Logos. Diese neuen Symbole sollen für Modernität und zukunftsorientierte Dynamik stehen, zudem zu einem neuen Wir-Gefühl beitragen. Die „Corporate Identity“ beinhaltet gar eine „Corporate Language“: „Wir können alles. Außer Hochdeutsch.“

In den frühen 1950er-Jahren waren die Landtagsabgeordneten, wie bei der Namendebatte, zwar auch von der Identitätsstiftung des Landessymbols, des Wappens, überzeugt, ansonsten aber von anderen Vorstellungen geprägt und beseelt. Vor allem war man, was das Wappenbild anbelangt, weniger zukunfts- als eher vergangenheitsbezogen. Fast alle Redner zu diesem Thema suchten eine Lösung mit alten heraldischen Symbolen, beispielsweise nach diesem Muster: Auf dem Wappenschild sollen rechts die Hirschstangen, das Wappen Württembergs, links der Schrägbalken, das Wappen Badens, zu sehen sein, etwa so wie auf dem Wappen des von den Amerikanern geschaffenen Landes Württemberg-Baden, „und womöglich noch das hohenzollerische Wappen irgend wie mit dazu“. Selbst der KPD-Abgeordnete Erwin Eckert, der gegen solche Symbole, als „feudalistische“ Zeichen wetterte, blieb mit seinem Vorschlag, die alte Fahne des Bauernaufstands mit dem Bundschuh zu nehmen, der Historie verhaftet.

Ein Beispiel dafür, wie vehement bis zum Schluss immer wieder etwas „Modernes“, „Neues“, „Nüchternes“ eingefordert wurde, der eigene Vorschlag sich dann aber an uralten traditionellen Vorbildern orientierte, bietet eine Rede des badischen CDU-Abgeordneten Hermann Person im April 1954: „Man müßte doch heute einmal so weit sein“, meinte er, „daß man abkommt von den Löwen, von den Greifen und Hirschen“, von den „Symbolen monarchistischer Dynastien“, von der „romantischen Traditionsschwärmerei“, vom „Zeitalter der Postkutschen“. Doch schlug er dann selbst, wohl um eine vermeintliche württembergische Dominanz im neuen Wappen zu verhindern, ein neues Wappen vor, das den alten badischen Schrägbalken in den württembergischen Farben zeigt.

Die Staatsarchive erstellen Gutachten

Nun war das Entwerfen eines neuen Wappens gar nicht so einfach, schließlich benötigte man dazu Sachkenntnis, insbesondere heraldisches Wissen. Deshalb und um in der Sache voranzukommen, hatte der Verfassungsausschuss des Landtags schon am 9. Juli 1952 die Staatsarchive der drei alten Länder mit Gutachten beauftragt. Auch in ihren Stellungnahmen spiegeln sich noch einmal die Gegensätze zwischen den „Schwaben“ und den Südbadenern. Der Direktor des Generallandesarchivs in Karlsruhe schlug eine Kombination der alten badischen und württembergischen Wappen vor, bei dem, wie selbstverständlich, das badische Wappen auf der vornehmeren Seite untergebracht war.

Entwürfe zu einem Wappen für das neue, vereinte Bundesland von Hansmartin Decker-Hauff (Hauptstaatsarchiv Stuttgart 1951/52), in denen die Farben und Wappen von Baden (Schrägbalken), Württemberg (Hirschstangen) und dem alten Herzogtum Schwaben (staufische Löwen) miteinander kombiniert wurden.





Amerikanische Besatzungszone:

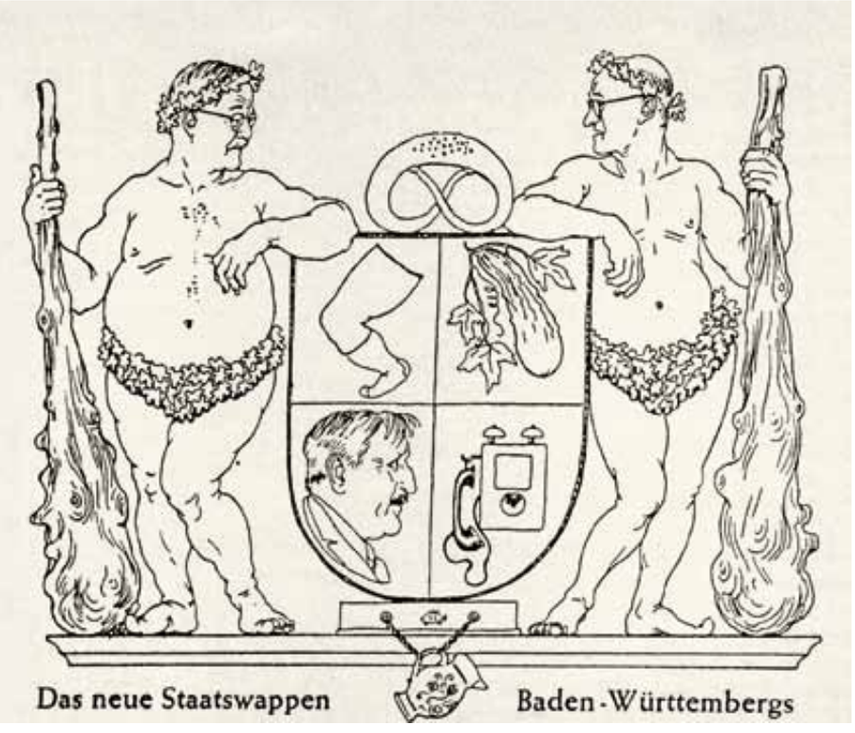
- Gebietsteile Badens und Württembergs
- Hessen und Gebietsteile Bayerns

Französische Besatzungszone:

- Gebietsteile Badens
- Hohenzollern und Gebietsteile Württembergs
- Bayerischer Landkreis Lindau
  (Verbindung zur französischen Besatzungszone in Österreich)
- Vorarlberg (Österreich) und Rheinpfalz
  (Rheinpfalz wird von Bayern gelöst und geht im neuen Land Rheinland-Pfalz auf)

Doch seine beiden Kollegen in Stuttgart und Sigmaringen entwickelten eine gänzlich andere Vorstellung. Ihre Grundlage war ein Gedanke von Hansmartin Decker-Hauff, zuständig im Stuttgarter Staatsarchiv für den Sektor Heraldik. Dieser hatte schon im Februar 1952 notiert: „Tatsächlich aber ist der Südweststaat in der glücklichen Lage, dass sein Wappen sozusagen bereits existiert, dass nur noch zugegriffen werden braucht." Sein Vorschlag war, auf die Stauferzeit zurückzugreifen, in der das Land letztmals vereint gewesen sei, und das alte Löwenwappen des mit den Staufern erloschenen Herzogtums Schwaben wieder einzuführen. Interessant ist, dass die beiden Archivdirektoren – wohl badische Ängste berücksichtigend –, jeden Hinweis darauf vermieden, dass ja auch schon der württembergische König neben seinen Hirschgeweihen diese Stauferlöwen geführt hatte.

Im Verlauf der weiteren Diskussion verständigte man sich auf Grundsätzliches. Die Parlamentarier waren sich darüber einig: Das Wappen muss dazu dienen, die Gegensätze zwischen den früheren Ländern zu überbrücken, es muss zu einem Integrationsfaktor werden, zu einem Symbol der neuen Einheit. Es sollte – so allgemeiner Konsens – die „historische Entwicklung irgendwie zum Ausdruck bringen", „an die historischen Länder, an die Geschichte anknüpfen", aber nicht die Gegensätze sondern die Gemeinsamkeiten von Baden und Württemberg aufzeigen, die gemeinsamen historischen Wurzeln.



Und genau darauf zielte der endgültige Vorschlag der beiden Staatsarchive Stuttgart und Sigmaringen. Das neue Wappen solle die geschichtliche Dimension, die historischen Wurzeln des Landes aufzeigen und zwei wesentliche Elemente verdeutlichen, nämlich zum Einen, dass einst zur glanzvollen Stauferzeit das neue Land gewissermaßen schon einmal vereint war, und zum Zweiten, dass in der Nachstauferzeit bis zur großen Napoleonischen Flurbereinigung zu Beginn des 19. Jahrhunderts neben Baden und Württemberg auch noch andere Territorien, andere Herrschaften, auf dem Gebiet Baden-Württembergs existiert hatten. Das Stauferwappen, so ihre Meinung, sollte angereichert werden durch einen Hinweis auf die wichtigsten in der Napoleonischen Ära untergegangenen Länder, die sich teilweise eine eigene Tradition, eine gewisse Identität bis heute bewahrt haben. Neben Baden und Württemberg, die einst allerdings „herausragten", seien dies vor allem die größeren Teile, Regionen oder Herrschaftsgebiete gewesen: Franken, Hohenzollern, Vorderösterreich, die Pfalz.

Die einstige Kleinstaaterei

Damit wurde der Tatsache Rechnung getragen, dass bis zur Zeit Napoleons, also – von damals an gerechnet – bis vor rund 150 Jahren, der deutsche Südwesten territorial zersplittert und in viele Herrschaftsgebiete unterteilt war. Mehrere hundert Klein- und Kleinststaaten oder staatenähnliche Gebilde ganz unterschiedlichen Zuschnittes, unterschiedlicher Größe, Regierungsformen und Verfassungen existierten auf dem Gebiet des heutigen Landes Baden-Württemberg. Da standen Fürstentümer neben Klosterstaaten, Reichsstädte neben reichsunmittelbaren Dörfern. Herzöge, Grafen, Bischöfe, Äbtissinnen, Patrizier, Prälaten, Ritter verfügten über Herrschaften, die mitunter gerade mal einen Weiler mit vier oder fünf Bauernhöfen umfassen konnten.

Ein nicht ganz ernst gemeinter Vorschlag für das Staatswappen Baden-Württembergs mit Reinhold Maier und Gebhard Müller als Wappenhalter, aus der Fasnachtsbeilage der *Stuttgarter Zeitung* vom 17. Februar 1953.



Ein vom Schwarzwald-Verein errichtetes Schild erinnert an die historische Grenze zwischen dem Königreich Württemberg und dem Großherzogtum Baden auf einer Höhe bei Wolfach im Schwarzwald.

Das nach Fläche und Bevölkerung größte Land in diesem bunten Fleckenteppich war das Herzogtum Württemberg mit etwa 650 000 Einwohnern. Aber auch dieses war keineswegs ein abgerundetes Territorium. Es besaß reichlich Ex- und Enklaven, war von anderen Herrschaften durchlöchert, bildete ein zusammengesetztes Konglomerat verschiedenster Rechtstitel. Gleichwohl verfügte es im Vergleich mit den anderen über die größte innere und räumliche Geschlossenheit.

An zweiter Stelle, gerechnet nach Fläche und Menschen, folgten die Besitzungen des Hauses Österreich, die von der Donau bis zum Rhein reichten und von immerhin 400 000 Menschen bewohnt wurden. Zu ihnen gehörten neben den Donaustädten Riedlingen, Munderkingen, Saulgau, Ehingen und Mengen unter anderem die Grafschaft Tettnang sowie die Grafschaft Hohenberg mit den Städten Rottenburg und Horb, die Landgrafschaft Nellenburg, die vier Waldstädte am Hochrhein, Waldshut, Laufenburg, Säckingen und Rheinfelden, die Landvogtei Ortenau, die Herrschaft Hauenstein und ein Großteils des Breisgaus mit den Städten Freiburg, Kenzingen, Villingen und Triberg.

Die Markgrafschaft Baden, 1533 in die Linien Baden-Baden und Baden-Durlach geteilt, bestand selbst noch nach ihrer 1771 erfolgten Wiedervereinigung aus mehreren weit auseinander liegenden Gebietskomplexen. Sie war nicht einmal halb so groß wie Württemberg, hatte lediglich rund 250 000 Einwohner, weniger als die flächenmäßig kleinere Kurpfalz, in der man 1775 immerhin 275 000 Einwohner gezählt hatte. Dem Rang nach folgten diesen vier „Großen“ die hochadligen Territorialherrschaften, aus deren Reihe die Fürsten von Fürstenberg mit ihrer Residenz Donaueschingen herausragten, oder die Reichserbtruchsessen von Waldburg. Zu den Fürsten zählten noch – recht unbedeutend und kleinflächig – die seit 1623 in den Fürstenstand erhobenen Grafen von Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen, die jeweils über gerade mal zwischen 10 000 und 15 000 Untertanen geboten.

Um das Bild des bunten Fleckenteppichs der Territorialherrschaften im deutschen Südwesten abzurunden, muss man noch an rund 50 geistliche Staaten erinnern, an fast 30 Reichsstädte, darunter so stattliche wie Ulm mit mehreren Herrschaften und ganz kleine, nur wenige hundert Seelen zählende wie etwa Buchau. Hinzu kamen noch hunderte von kleinen Ritterschaften. Beteiligt waren zudem die Hochstifte Basel, Straßburg, Speyer, Konstanz.

Bezugspunkt Stauferzeit

Entstanden war diese territoriale Zersplitterung nach dem Untergang der Staufer. Als 1268 der junge Konradin, der letzte der legitimen Staufer, in Neapel hingerichtet worden war, erlosch mit ihm nicht nur diese glanzvolle Familie, die über mehrere Generationen hinweg die Reichs- und abendländische Geschichte geprägt und gestaltet hatte, es erlosch damit auch das Herzogtum Schwaben, jene einstige Instanz über den einzelnen Herrschaften und zwischen ihnen und dem Reich. An Versuchen, dieses Herzogtum Schwaben



Konradin, Herzog von Schwaben (1252–1268), der letzte Spross des staufischen Hauses, auf der Falkenjagd. Große Heidelberger Liederhandschrift – Codex Manesse 1300/1340.

wieder zu errichten, hat es nicht gefehlt, doch scheiterten diese stets am erbitterten Widerstand der inzwischen reichsunmittelbar gewordenen „Kleinstaaten“ und ihrer Regenten.

Erst unter Napoleon war es zwischen 1802 und 1806 zu einer Neuordnung des deutschen Südwestens gekommen. Die bunte Vielfalt wurde gewissermaßen mit einem Federstrich hart, rasch und ohne Rücksicht auf gewachsene Zusammenhänge beseitigt. Übrig blieben auf dem Gebiet des heutigen Baden-Württemberg, gewaltig vergrößert und arrondiert, lediglich das zum Königreich erhobene Württemberg, das Großherzogtum gewordene Baden und die beiden Fürstentümer Hohenzollern. Zum Jahresende 1806 war Baden flächenmäßig mehr als viermal so groß wie 1802, das Staatsgebiet Württembergs hatte sich verdoppelt. Gleiches galt für die Bevölkerung, die in Baden von 250 000 auf 950 000 und in Württemberg von 600 000 auf rund 1,4 Millionen Menschen angewachsen war.

Diese historische Entwicklung – vom Herzogtum Schwaben in der Stauferzeit über die territoriale Zersplitterung und Napoleonische Flurbereinigung bis zur Vereinigung der drei Länder der unmittelbaren Nachkriegszeit – sollte, so die Meinung der Gutachter, sich im neuen Landeswappen, dessen Herzstück die Stauferlöwen bildeten, widerspiegeln.

Der Glanz der Stauferzeit überzeugt alle

Anders als bei der Diskussion um den Namen überzeugte der Glanz der Stauferzeit nun auch die „Schwaben-Gegner“. Bei der Erinnerung an die großen staufischen Herrschergestalten, die ja nicht nur Herzöge von Schwaben, sondern römisch-deutsche Könige und Kaiser gewesen sind, spielte es auch keine Rolle, dass der letzte Staufer, Herzog Konradin von Schwaben, schon beinahe 700 Jahren tot war. Nun mochten sich die Badener wehren, wie sie wollten. Ihren Einwand, das neue Land umfasse eben nicht nur das ehemals schwäbische Gebiet, konnten die Württemberger mit dem Hinweis auf die einstige Zugehörigkeit der Pfalz und Ostfrankens zum staufischen Hausmachtgebiet kontern. Und der Vorwurf, die „züngelnden Löwen“ seien ein Symbol des „schwäbischen Grußes“, war dann doch auch nicht so ernst gemeint.

Natürlich hat auch der Gedanke einer Wiedergutmachung, eines Ausgleichs eine Rolle gespielt. Beim Namen hat man „Schwaben“ übergangen, ja Baden gar den Vortritt gelassen, beim Wappen nun sollte es umgekehrt sein. So wurde im Gesetz vom 3. Mai 1954 schließlich ein Wappen konstituiert, das sich eng an den Vorschlag der beiden Archivdirektoren aus Stuttgart und Sigmaringen anlehnte: Das Große Landeswappen von Baden-Württemberg, das seine letzte und bis heute gültige Ausformung von Fritz Meinhard, Karikaturist der *Stuttgarter Zeitung*, erhielt, zeigt deshalb nun zentral im goldenen Schild drei schwarze, rotbezungt und bewehrt schreitende Löwen (das Stauferwappen). Das Schild ist zudem bekrönt mit sechs weiteren kleineren Wappen in einer Art von Emailleplaketten, in der Mitte – etwas größer und herausgehoben – die historischen Wappen von Baden (roter Schrägbalken im goldenen Feld) und von Württemberg (drei schwarze Hirschstangen in goldenem Feld). An der Seite des badischen Wappens folgen die Wappen Frankens und Hohenzollerns (Franken: drei silberne Spitzen in Rot, der sogenannte fränkische Rechen; Hohenzollern: silberschwarz gevierter Schild), an der Seite Württembergs folgen

die Wappen der Pfalz und Vorderösterreichs (Pfalz: ein linksgewendeter goldener, rotbewehrter, rotbezungter und rotgekrönter Löwe im schwarzen Feld; Vorderösterreich: silberner Balken auf rotem Feld, auch „Bindenschild“ genannt). Das Schild und die Krone werden von einem goldenen Hirsch, dem Wappentier Württembergs, und einem goldenen Greif, dem Wappentier Badens, als Schildhalter flankiert, beide sind rot bewehrt, das heißt mit roten Hufen bzw. Krallen versehen. Während in der Krone dem Baden-Wappen der in der heraldischen Formensprache vornehmere Platz (heraldisch rechts, vom Betrachter links) eingeräumt wurde, geschah dies zur Kompensation bei den Schildhaltern dem württembergischen Hirsch.

Seit dem 3. Mai 1954 führen dieses Große Landeswappen der Landtag, die Landesregierung mit dem Ministerpräsidenten und den Ministerien, der Staatsgerichtshof und die obersten Gerichte des Landes, die Landesvertretung beim Bund, der Rechnungshof und die Regierungspräsidien. Für die nachgeordneten Landesbehörden, etwa Notariate oder Forstämter, wurde zudem ein Kleines Landeswappen eingeführt, das aus dem gleichen staufischen Löwenwappen besteht, darüber aber lediglich eine Blattkrone anstelle der Wappenplaketten trägt.

Dass dieses Wappen bei der sich schnell entfaltenden und überraschend bald geglückten Integration der Landesteile jene große Kraft entwickelte, die sich seine Väter erhofften, darf man bezweifeln. Andere Faktoren waren für das Zusammenwachsen der Länder maßgeblich. Doch ist und bleibt es eine hervorragende historische Quelle, die sehr anschaulich die Schwierigkeiten bei der Vereinigung 1952 belegt, von den einstigen Be- und Empfindlichkeiten der Badener und Württemberger erzählt und die Gedankenwelt der Verfassungsväter offenbart. Es verdeutlicht zudem, welche Bedeutung staatliche Wappen, welchen Stellenwert heraldische Symbole in der Vergangenheit hatten und in der Gegenwart noch haben.

Hoheitliches Zeichen im Landesparlament: Das Landeswappen thront über den Abgeordneten im Plenarsaal des Landtags von Baden-Württemberg.





„Frisch auf, Frisch auf mein Badnerland …“, singen die Fans vom SC Freiburg im Stadion und schwingen Fahnen in den badischen Farben Gold und Rot. Auch nach der Schaffung des Südweststaates aus Baden, Württemberg und Hohenzollern leben die regionalen Identitäten fort, unüberhörbar und offensichtlich. Und das ist gut so.

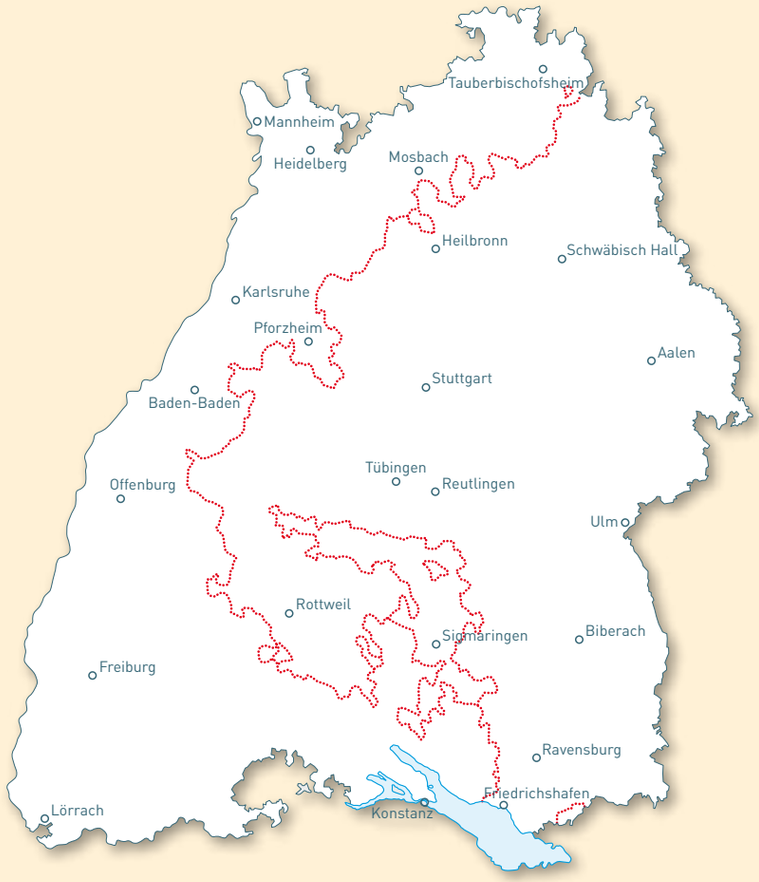
Die Landeshymnen

Hier leben die „Ausgangsländer“ Baden, Württemberg und Hohenzollern fort

Hans-Georg Wehling

Wer im Stadion ein Fußballspiel des SC Freiburg besucht, erlebt, wie aus tausenden von Kehlen das *Badnerlied* erschallt. Und wer in Tübingen bei einer der zahlreichen Studentenverbindungen einen Kommers mitmacht, erlebt am Höhepunkt des Abends, wie die inoffizielle Hymne der Württemberger *Preisend mit viel schönen Reden* geschmettert wird. Seltener zu hören ist das *Hohenzollernlied*, allenfalls bei Vereinsfesten im ehemaligen Hohenzollern.

Kräftig gesungen – man stand auf! – wurden diese Landeshymnen auch im Vorfeld der Schaffung des Südweststaates. Eine Baden-Württemberg-Hymne gibt es demgegenüber auch heute noch nicht. Hat das etwas zu bedeuten? Welche Funktionen erfüllen solche Hymnen? Was sagen sie aus über Besonderheiten und Befindlichkeiten eines Landes? Und schließlich: Wie muss die Machart sein, damit ein Lied zur Hymne des Landes oder eines selbstbewussten Landesteils aufsteigen kann?





Identifikation durch Symbole: Kirchenbauten in Baden. In Scherzheim (heute Gemeinde Lichtenau, Landkreis Rastatt) entstand 1811 die erste Kirche, die der badische Staatsbaumeister Friedrich Weinbrenner entworfen hatte. Überall im Großherzogtum wurden in der Folgezeit Gotteshäuser im klassizistischen Weinbrenner-Stil erbaut, evangelische so gut wie katholische, ja selbst Synagogen wie in Sulzburg (Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald) oder in Randegg (Landkreis Konstanz). Sie machten durch ihr Erscheinungsbild deutlich, dass man sich im heimatlichen Baden befand.

Identitätsstiftung via Hymne

Landeshymnen stiften Identität, vermitteln Wir-Gefühl, sind Zeichen von Zugehörigkeit und Teil des Symbolhaushalts einer Gruppe. Ohne Symbole gibt es keine Identität. Symbole erlauben die Selbstdefinition einer Gruppe, auch die einer Großgruppe, zu der ein Land im deutschen Kontext gehört. Zu solcher Art Symbolen gehören unter anderem das Herrscherhaus oder heute der „Landesvater“ (weshalb Ministerpräsidenten gut beraten sind, von ihrer Rolle als Parteiführer abzurücken), die Verfassung mit guten Institutionen, Fahnen und Wappen, Feste und Feiern, und vor allem auch Bauwerke. So hat der badische Staat im 19. Jahrhundert das ganze Land mit Gebäuden von hohem Wiedererkennungswert überzogen, die Identifikation erlaubten: Amtshäuser, Gerichte und Gefängnisse, evangelische und katholische Kirchen, ja sogar Synagogen. Stilistisch stark geprägt sind diese Bauten vom badischen Hofbaumeister Friedrich Weinbrenner (1766–1826) und seiner Schule, die Bahnhöfe vielfach vom Weinbrenner-Schüler Jakob Friedrich Eisenlohr (1805–1855). Selbst das Bier aus der Badischen Staatsbrauerei Rothaus, das in den Wartesälen ausgeschenkt wurde, hatte Symbolcharakter, zeigte es doch an, wo man sich befand, ganz gleich, in welchem Landesteil: im heimischen Baden. Auch Kleidung, Ess- und Trinkgewohnheiten mögen identitätsstiftend wirken: das badische Schäufele wie der württembergische Trollinger – auch Heimatliebe geht durch den Magen. Hier jedoch sind am ehesten Veränderungen und Grenzüberschreitungen zu beobachten: Schwäbische Maultaschen gibt es inzwischen nicht nur auch im Badischen, sondern längst auch in Hannover. Und das „Tannenzäpfle“-Pils aus der badischen Rothaus-Brauerei wird inzwischen selbst in Köln gerne getrunken. Kleidungsstile sind dagegen kaum noch Identitätszeichen – von Bayern vielleicht abgesehen.

Eine zentrale Rolle im Symbolhaushalt einer Großgruppe spielen neben greifbaren Dingen eben auch Hymnen, ganz gleich, ob offiziellen oder inoffiziellen Charakters. Text und Melodie wirken hier eng zusammen, wobei der Musik entscheidende Bedeutung zukommt, nämlich den zugrunde liegenden Text zu befördern. Um es deutlich zu sagen: Die Melodie könnte – beinahe – ohne den Text auskommen, aber nicht der Text ohne die Melodie. Sie wird in Beschlag genommen, um Inhalte zu vermitteln. Musik kann, was Worten kaum gelingt: den Singenden ganz erfassen, zutiefst erschüttern und damit alle Zweifel der Zugehörigkeit wegwischen.

Hymnen stellen Ansprüche, an sich selbst und an das Ambiente, in dem sie gesungen werden. Es geht dabei nicht vorrangig um die musikalische Qualität, sondern um die Eingängigkeit, vor allem bei der Melodie, weniger beim Text. Hymnen müssen sofort mitgesungen werden können, ja man muss geradezu den Drang dazu verspüren. Sie müssen geschmettert

werden können, aus vollem Hals. Hymnen sind nicht für das stille Kämmerlein gedacht, für die Hausmusik. Sie gehören in die Öffentlichkeit. Erst durch das gemeinsame Singen werden Gemeinsamkeit und Gemeinschaft gestiftet und Zusammengehörigkeit empfunden. Hymnen verleihen ein erhebendes Gefühl, das über die Existenz als Individuum hinaus trägt, bis zur Schmerzgrenze, sogar zu Tränen erschüttern kann. Gesteigert wird das durch herausragende Anlässe: Feste und Feierlichkeiten, Geburtstagsfeiern des Herrscherpaares, prunkvolle Gottesdienste, aber eben auch gewonnene Fußballspiele. Festliche Kleidung und strahlender Sonnenschein können das Übrige dazu tun. Hymnen können aber auch eine Trotzgeste sein, gesungen aus der Defensive heraus: Seht her, wir sind viele, und wir sind mächtig. Oder auch aus Heimweh. Seit eh und je haben Militärmärsche – durchaus mit Hymnencharakter – Gruppen kämpferisch zusammengeschmiedet. Auch das *Badnerlied* ist in diesem Kontext überliefert. Die erste gedruckte Fassung stammt aus dem Jahr 1906: *Marschlieder des 5. badischen Infanterieregiments*. Alle Hymnen zeichnet zudem in Text und Melodie die positive, Zuversicht verbreitende, wenn nicht gar siegesgewisse Stimmung aus, mit Superlativen und viel Selbstlob garniert: *Das schönste Land* bzw. *Loblied der Badener* oder *Preisend mit viel schönen Reden* bzw. *Der reichste Fürst*.

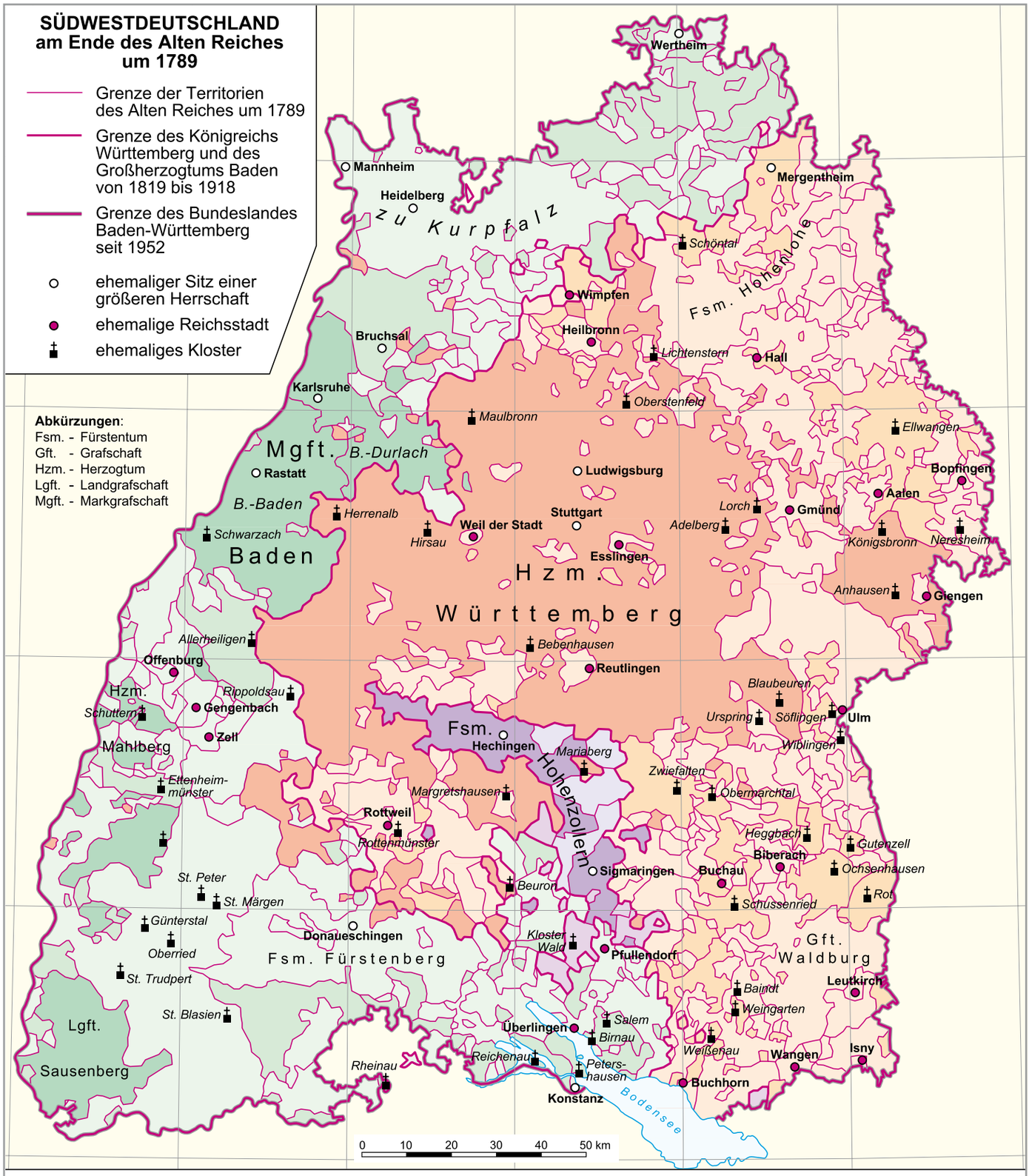
Wichtig in Umbruchzeiten

Besonders in gesellschaftlich-ideologischen Umbruchzeiten wird von Liedern und Hymnen Gebrauch gemacht. Martin Luther etwa hat sich sowohl als Liederdichter wie als Komponist hervorgetan. Auf der Gegenseite war die Gegenreformation produktiv, erst recht während der Neuorientierung des Katholizismus im 19. Jahrhunderts in Form des Ultramontanismus: Neben der wiederbelebten Volksfrömmigkeit sollte das Kirchenlied der äußeren Abgrenzung, der Demonstration (Fronleichnamsprozession) und – mehr noch – der Einigkeitsstiftung dienen. Es sollte den emotionalen Kitt liefern. Auf der einen Seite also *Eine feste Burg ist unser Gott*, auf der anderen Seite *Ein Haus voll Glorie schauet* oder *Fest soll mein Taufbund ewig stehen, ich will die Kirche hören*. Ein mitreißendes Lied wird zudem von Pfarrern immer auch dann eingesetzt, wenn die Gläubigen nicht (vorzeitig) die Kirche verlassen sollen. *Großer Gott, wir loben dich* ist so ein Lied, das mitzusingen man sich nicht entgehen lassen will.

Den entscheidenden Umbruch der letzten rund 200 Jahre europäischer Geschichte stellt die Französische Revolution und die damit verbundene Napoleonische Ära dar. Sie hat bis heute wirkmächtige Hymnen produziert. So hat die *Marseillaise* als „Transportband" der Französischen Revolution eine zentrale Rolle gespielt, geschaffen von Claude Joseph Rouget de Lisle im Kontext des Ersten Koalitionskrieges mit der Kriegserklärung gegen Österreich im Jahr 1792. Die österreichische Antwort ist, im Zuge der Bedrohung durch das revolutionäre Frankreich, die Kaiserhymne *Gott erhalte Franz, den Kaiser* von 1797. Auf der einen Seite also das revolutionäre, auch blutrünstige Pathos, auf der anderen Seite die Verteidigung, der konservative Ton.

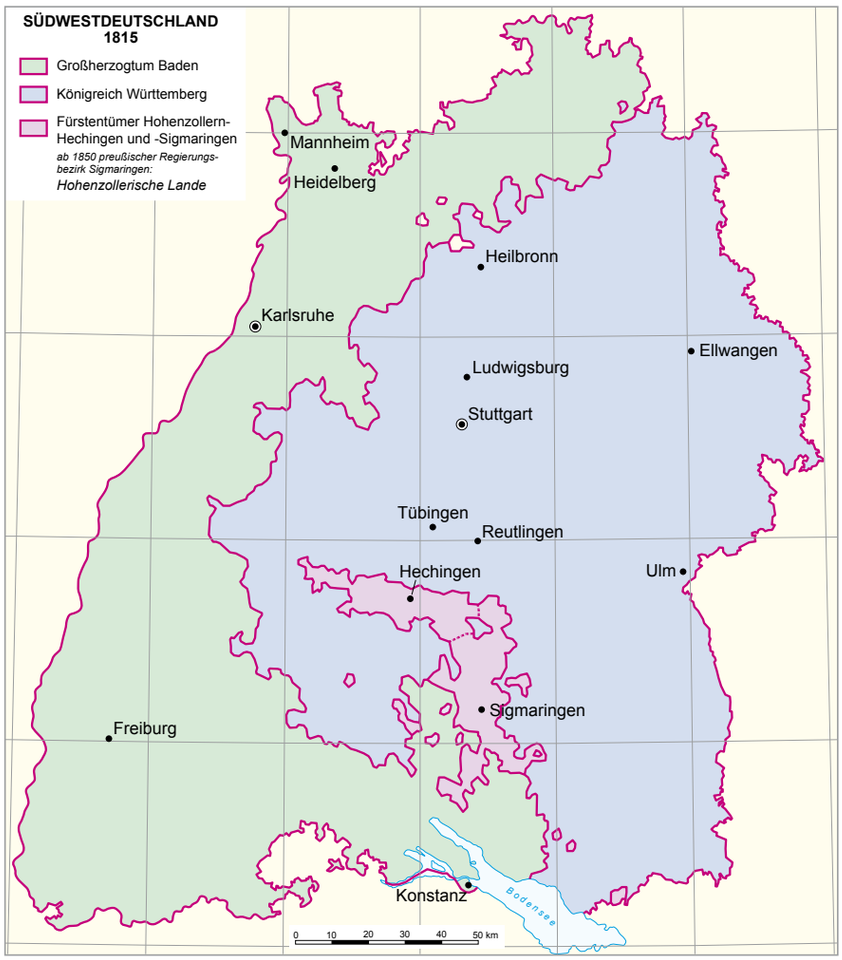


Als „badisch" definiert: Schwarzwald, „schöne Mädchen" und eben das Bier aus der Badischen Staatsbrauerei Rothaus, dessen „Tannenzäpfle" besonders beliebt und von hohem Wiedererkennungswert ist. Beim Singen des *Badnerliedes* kann man das „Badische" zusammenbringen und sich daheim fühlen.


SÜDWESTDEUTSCHLAND
am Ende des Alten Reiches
um 1789
Grenze der Territorien des Alten Reiches um 1789
Grenze des Königreichs Württemberg und des Großherzogtums Baden von 1819 bis 1918
Grenze des Bundeslandes Baden-Württemberg seit 1952
ehemaliger Sitz einer größeren Herrschaft
ehemalige Reichsstadt
ehemaliges Kloster
Abkürzungen:
Fsm. - Fürstentum
Gft. - Grafschaft
Hzm. - Herzogtum
Lgft. - Landgrafschaft
Mgft. - Markgrafschaft
Wertheim
Mannheim
Heidelberg
zu Kurpfalz
Mergentheim
Schöntal
Fsm. Hohenlohe
Wimpfen
Heilbronn
Bruchsal
Lichtenstern
Hall
Karlsruhe
Oberstenfeld
Maulbronn
Ellwangen
Mgft. B.-Durlach
Rastatt
Ludwigsburg
Bopfingen
B.-Baden
Herrenalb
Stuttgart
Lorch
Gmünd
Aalen
Schwarzach
Weil der Stadt
Adelberg
Königsbronn
Neresheim
Hirsau
Baden
Esslingen
Hzm.
Württemberg
Anhausen
Giengen
Allerheiligen
Bebenhausen
Offenburg
Reutlingen
Blaubeuren
Hzm.
Rippoldsau
Schuttern
Gengenbach
Ursprung
Söflingen
Ulm
Zell
Fsm.
Hechingen
Mariaberg
Wiblingen
Mahlberg
Ettenheim-münster
Zwiefalten
Hohenzollern
Margretshausen
Obermarchtal
Rottweil
Heggbach
Gutenzell
Rottenmünster
Biberach
Sigmaringen
Buchau
Ochsenhausen
St. Peter
Beuron
Rot
St. Märgen
Schussenried
Günterstal
Kloster Wald
Gft.
Donaueschingen
Pfullendorf
Waldburg
Oberried
Fsm. Fürstenberg
Leutkirch
St. Trudpert
Baindt
St. Blasien
Weingarten
Lgft.
Salem
Überlingen
Birnau
Isny
Weißenau
Reichenau
Wangen
Rheinau
Peters-hausen
Sausenberg
Buchhorn
Konstanz
Bodensee
0 10 20 30 40 50 km
Baden:
altbadische Gebiete (bis 1789)
neubadische Gebiete ehem. geistlicher Herrschaften
neubadische Gebiete ehem. weltlicher Herrschaften
Württemberg:
altwürttembergische Gebiete (bis 1789)
neuwürttembergische Gebiete ehem. geistlicher Herrschaften
neuwürttembergische Gebiete ehem. weltlicher Herrschaften
Hohenzollern:
althohenzollerische Gebiete (bis 1789)
neuhohenzollerische Gebiete ehem. geistlicher Herrschaften
neuhohenzollerische Gebiete ehem. weltlicher Herrschaften

Keine neuen Töne, doch neue Inhalte: das Deutschlandlied

Der politische Umbruch, das Gegeneinander von monastischem Prinzip und modernem Nationalstaatsdenken macht sich also auch in der Hymnenlandschaft bemerkbar: Neben die Fürstenhymne tritt die Landeshymne, im Falle des *Deutschlandliedes (Lied der Deutschen)* von August Heinrich Hoffmann von Fallersleben (1798–1874) sogar mit Rückgriff auf dieselbe Melodie (Joseph Haydn, *Kaiserquartett: Gott erhalte Franz den Kaiser*). Denkbar ist, dass das *Deutschlandlied*, 1841 gedichtet und im selben Jahr zuerst in Hamburg gesungen, deutschlandweit beispielgebend war, mit der Umschreibung des Geltungsbereichs (in diesem Fall die Nation, die mit den Sprachgrenzen gleichgesetzt wird) in der ersten Strophe, mit dem Rückgriff auf Stereotypen (Wein, Weib, Gesang und Treue) in der zweiten. Man schaue sich unter diesem Aspekt die später entstandenen Hymnen *Badnerlied* und *Hohenzollernlied* an. Neu ist im *Deutschlandlied*, neben dem nationalen Bezug, die Aufnahme liberaler Forderungen nach nationaler Einheit, Rechtsstaatlichkeit und freiheitlicher Verfassung in der dritten Strophe. So konnte nach dem Ende der Monarchie *Das Lied der Deutschen* 1922 die offizielle Nationalhymne werden – und blieb es in der Bundesrepublik mit der dritten Strophe, vor und auch nach der deutschen Einigung.



Im Kontext der napoleonischen Neuordnung Südwestdeutschlands

Eine neue Aufgabenstellung für Hymnen bringt die Schaffung „neuer", zumindest deutlich vergrößerter Staaten in Deutschlands Südwesten zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Hymnen treten nunmehr auch in den Dienst von Bestandssicherung und Integration der neu geschaffenen Staatsgebilde mit ihren gewaltigen Gewinnen an Land und neuen Einwohnern. Diese neuen Untertanen zu integrieren, stellte ein ziemliches Problem dar, denn Württemberg hatte sich nach Fläche wie nach Einwohnerschaft gut verdoppelt: von 9500 km² auf 19 500 km², von 660 000 Einwohnern auf 1,4 Millionen Einwohner. Baden hatte sich der Fläche nach vervierfacht: von 3500 km² auf 14 000 km², der Einwohnerzahl nach fast versechsfacht: von 170 000 auf rund eine Million.

Schon von diesen Wachstumsunterschieden her gesehen wies Baden das größere Integrationsproblem auf. Erschwerend hinzu kamen die konfessionellen Verhältnisse: Das bislang protestantisch-lutherische Herzogtum Württemberg war durch die vorwiegend katholischen Neuerwerbungen nunmehr ein Staat mit rund einem Drittel katholischer Bevölkerung. Baden jedoch wies fast eine Zweidrittelmehrheit von Katholiken auf, bei lutherischem Herrscherhaus und reformierten kurpfälzischen Gebieten. Württemberg hatte mit Stuttgart und dem Mittleren Neckarraum ein unumstrittenes Gravitationszentrum, in Baden hingegen konkurrierten Karlsruhe als badische Residenzstadt mit der ehemaligen kurpfälzischen Residenz Mannheim und dem vorderösterreichischen Freiburg – eine Konkurrenz, die bis heute besteht. Zur Festigung der neuen Herrschaft versuchte Baden, die Integration durch eine konsequente Modernisierungspolitik zu bewerkstelligen, wozu eine moderne Verfassung genauso gehörte wie eine umfassende Infrastrukturpolitik. Genannt seien hier nur das Jahrhundertprojekt der Rheinregulierung und der früher als in Württemberg begonnene Eisenbahnbau, der nicht nur entlang der sprichwörtlichen Rheinschiene erfolgte, sondern quer durch das in jeder Hinsicht hetero-

Hohenzollernlied



2. Von diesem Berg da geht die Sage, die sich auf's ganze Land erstreckt,
Und mancher kennt die Klage, die sich auf seinen Sohn erstreckt.
Man nahm ihn fort ins fremde Land, sein Liebchen glaubt er sei verbrannt.

3. Und kommt die lang ersehnte Stunde, die uns zur Heimat wieder ruft,
Dann jauchzen wir aus frohem Munde dem Hohenzollern zu.
Wir rufen aus oh Heimatland, wie ist mein Herz an dich gebannt.

gene Land, um so das neue Staatsgebilde und seine Menschen zusammenzubinden. Symbolische Politik kam hinzu.

Hohenzollern hatte in der Neuordnung nach dem Ende des Alten Reiches wenig hinzugewonnen. Sein größter Gewinn bestand darin, überhaupt am Leben geblieben zu sein. Denn eigentlich passten die beiden Winzlinge Hohenzollern-Sigmaringen und Hohenzollern-Hechingen nicht in das Konzept der napoleonischen Neuordnung Deutschlands, das darauf aus war, leistungsfähige Mittelstaaten als Verbündete Frankreichs zu schaffen, die nicht zuletzt Soldaten stellen konnten. Nur dank der privaten Beziehungen von Fürstin Amalie Zephyrine von Hohenzollern-Sigmaringen (1760–1841) zum französischen Kaiserhaus blieb die Selbstständigkeit Hohenzollerns erhalten. Allerdings lehrten die eigenen Untertanen die beiden Fürstenhäusern in der Revolution von 1848/49 das Fürchten, sodass sie sich 1850 unter die Fittiche des Preußenadlers begaben.

Hohenzollern war damit noch unbedeutender geworden, die eigene Hymne konnte allenfalls noch identitätssichernd genutzt werden: gegen die ungeliebte württembergische Nachbarschaft und innerhalb des Königreichs Preußen, dem man nun als Hohenzollernsche Lande zugehörig war. Die Stammburg der Hohenzollern, hoch über Hechingen gelegen, blieb als Integrationssymbol übrig. Auch bei den neuen Herren im fernen Berlin blieb sie als Horst des Preußenadlers von symbolischer Bedeutung. Von daher verwundert es eigentlich nicht, dass Hohenzollern nur eine ziemlich nichtssagende Hymne hervorgebracht hat, strotzend von Heimweh und Rückkehrseligkeit, mit der Burg Hohenzollern als Heimatsymbol – und sonst nichts.

Volkslieder?

Landeshymnen gelten als Volkslieder. Das heißt nicht, dass sie aus dem Volk heraus geboren sind, einfach so, wie man lange glaubte. Sie haben Dichter und Komponisten, nur kennen wir sie vielfach nicht. Immerhin glaubte man, die Landeshymnen in Text und Musik verändern zu dürfen, ja Anleihen bei anderen Texten und Musikstücken machen zu können, sie sogar von anderswoher zu nehmen und die Melodie mit neuem Text zu unterlegen. Das gilt beispielsweise auch für das *Badnerlied* im Vergleich zum ähnlich gestrickten *Sachsenlied*, dessen Melodie einem Ernst Julius Otto zugeschrieben wird (veröffentlicht 1890). Welches der beiden Lieder eher da war, lässt sich nicht einfach bestimmen. Der erste gedruckte Nachweis sagt zumeist wenig aus, ist eher zufällig: Schon lange vorher war zumeist ein Lied im Schwang, auch von daher mag die Bezeichnung „Volkslied" gerechtfertigt sein. Beim *Badnerlied* gehen wir davon aus, dass es zwischen 1865 und 1890 entstanden sein muss. Vorher war Mannheim noch nicht „die Fabrik" und die besungene Festung Rastatt wurde bereits 1890 geschleift. Die „Heidelberg-Strophe" war aus dem *Trompeter von Säckingen* von Viktor von Scheffel „geklaut" worden. Im Volksliedbereich galt das als eine erlaubte Unkorrektheit. Das *Hohenzollernlied* wird, nach langer Suche durch den Tübinger Gymnasialprofessor Eugen Nägele (Mitbegründer des Schwäbischen Albvereins und Schriftleiter von dessen Zeitschrift), nach Text und Melodie dem Oberpostpraktikanten Hermann Vitalowitz zugeschrieben. Er hatte sich selbst als Urheber bei Nägele gemeldet, wie überzeugend eine solche „Selbstanzeige" auch immer sein mag. Das Lied ist seit etwa 1860 in Gebrauch. Die Melodie scheint der französischen Hymne *Ma Normandie* entlehnt zu sein.

Eindeutig sind die Gegebenheiten bei der Schwabenhymne *Preisend mit viel schönen Reden*. Der Text stammt vom bekannten schwäbischen Dichter Justinus Kerner. Entstanden ist er 1818. Nicht zufällig also ist es die literarisch anspruchsvollste Hymne. Text und Melodie sind erstmalig 1823 erschienen. Der Komponist ist unbekannt; Anklänge an die *Marseillaise* sind unüberhörbar.

Im Vergleich zum *Hohenzollernlied* und zum *Loblied der Badener* hat *Der reichste Fürst* den literarisch anspruchvollsten Text. Der Arzt und Dichter Justinus Kerner (1786 – 1862), in Ludwigsburg geboren und nach mehreren Stationen schließlich in Weinsberg heimisch, hat ihn geschaffen.



Der Bezug zu den „alten" Ländern

Die drei Hymnen aus Baden-Württemberg beziehen sich auf die drei „alten" Länder, die wiederum so alt nicht sind: Sie sind Geschöpfe der napoleonischen Neuordnung und fanden ihr Ende 1945, als die beiden Besatzungsmächte USA und Frankreich auf deren Boden drei Staaten bildeten, die dann 1952 im neuen Südweststaat Baden-Württemberg aufgegangen sind. 150 Jahre also hatten die „alten" Länder Bestand,

Loblied der Badener

Text und Melodie:
Unbekannter Verfasser



2. In Karlsruh ist die Residenz, in Mannheim die Fabrik.
In Rastatt ist die Festung, und das ist Badens Glück.

3. In Haslach gräbt man Silbererz, im Breisgau wächst der Wein,
Im Schwarzwald schöne Mädchen, ein Badner möcht ich sein.

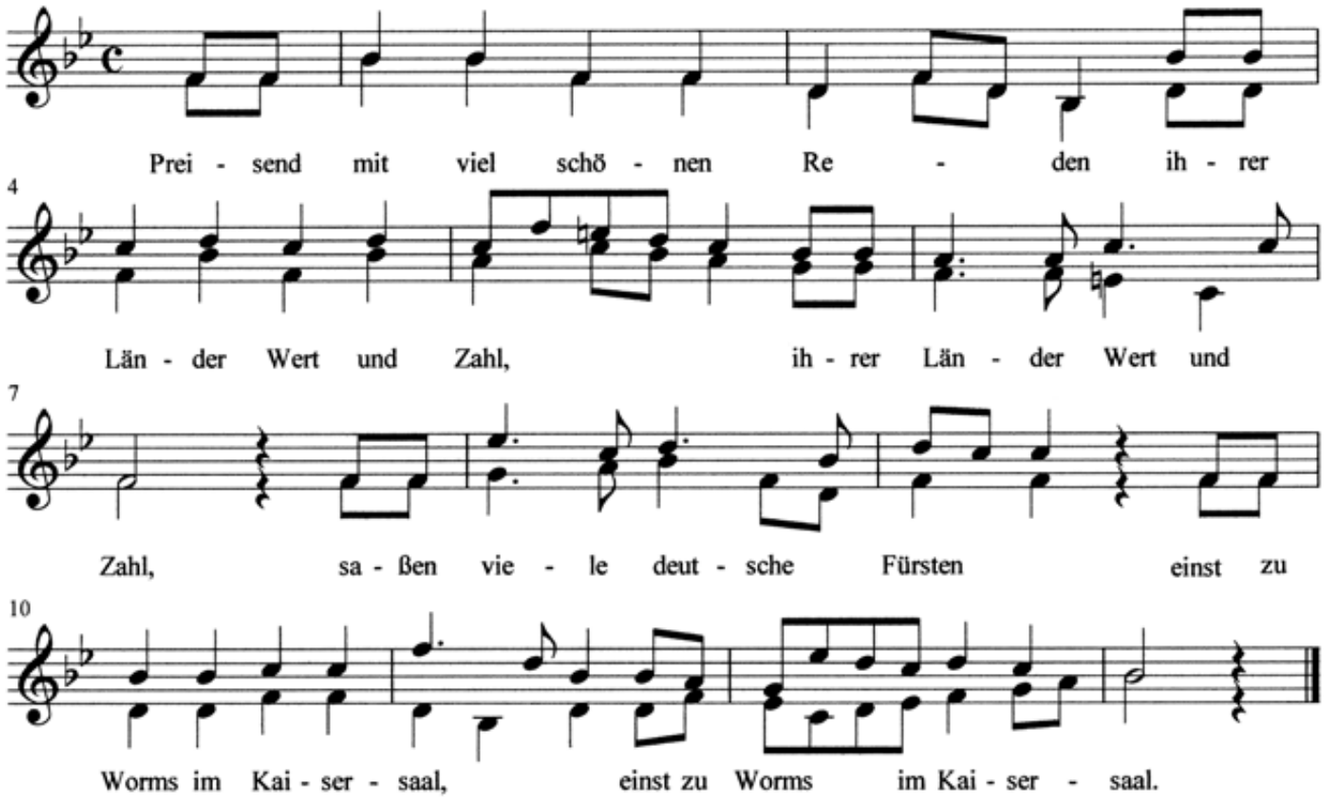
4. Alt-Heidelberg du feine, du Stadt an Ehren reich,
Am Neckar und am Rheine kein andre kommt dir gleich.

5. Der Bauer und der Edelmann, das schöne Militär,
die schaun einander freundlich an und das ist Goldes wert.

aber die Identitäten lebten auch nach 1952 weiter. Die Lieder werden nach wie vor im historischen, politisch-kulturellen Kontext gesungen. Eine Analyse der Melodien muss hier entfallen. Wir können jedoch davon ausgehen, dass sie in ähnlicher Weise zum kräftigen Mitsingen herausfordern. Interessant ist die vergleichende Textanalyse. Da haben wir es mit drei unterschiedlichen Typen zu tun: mit dem additiven Text des *Badnerliedes*, dem Geschichtsmythos der württembergischen Hymne und dem Heimwehlied aus Hohenzollern. Mit dem *Badnerlied* verbindet das *Hohenzollernlied*, dass beide den „Geltungsbereich" zu definieren suchen: das *Hohenzollernlied* steckt das Land großräumig ab, verortet es zwischen Württemberg, Baden, Bayern und der Schweiz – ein nachvollziehbares Unterfangen, gibt es doch keine natürlichen Grenzen und ist die Gestalt Hohenzollerns lediglich dynastisch zu umreißen, zwischen Neckar, Schwäbischer Alb, Allgäu bzw. Bodenseevorland sich durchschlängelnd. Die grobe Einordnung im Lied scheint sich eher an den Fremden zu richten, wozu ja auch die ins Land gekommenen neuen preußischen Herren gehörten.

Der reichste Fürst

Text: Justinus Kerner
Musik: Unbekannter Verfasser



2."Herrlich", sprach der Fürst von Sachsen,
"ist mein Land und seine Macht;
Silber hegen seine Berge
wohl in manchem tiefen Schacht."

3."Seht mein Land in üpp`ger Fülle,"
sprach der Kurfürst von dem Rhein,
"goldne Saaten in den Tälern,
auf den Bergen edlen Wein!"

4."Große Städte, reiche Klöster",
Ludwig, Herr zu Bayern sprach,
"schaffen, dass mein Land dem euren
wohl nicht steht in Schätzen nach."

5. Eberhard, der mit dem Barte,
Württembergs geliebter Herr,
sprach:"Mein Land hat kleine Städte,
trägt nicht Berge silberschwer.

6. Doch ein Kleinod hält's verborgen
dass in Wäldern, noch so groß,
ich mein Haupt kann kühnlich legen
jedem Untertan in Schoß."

7. Und es rief der Herr von Sachsen,
der von Bayern, der vom Rhein:
"Graf im Bart, Ihr seid der Reichste!
Euer Land trägt Edelstein."

Das *Badnerlied* hingegen greift einzelne Bestandteile des Landes beispielhaft heraus, um den Menschen klarzumachen, was alles dazu gehört, wobei man in den meisten Fassungen von Süd nach Nord vorgeht, lokal durchaus mit Umstellungen von Strophen, je nachdem wo man sich befindet. So ist es klar, dass man im Raum Karlsruhe mit der Residenzstrophe beginnt. Beim Typ volksliedhafte Landeshymne sind ja solche Veränderungen erlaubt. So wird bei Sportveranstaltungen, mit der Brauerei als Sponsor, heute durchaus auch statt „in Rastatt ist die Festung" gesungen: „in Rothaus ist die Brauerei, und das ist Badens Glück". Insgesamt genannt sind, zum Teil mit ihren kennzeichnenden „Produkten", der



„Ich mein Haupt kann kühnlich legen jedem Untertan in Schoß.“ So stellte sich auch König Karl das Verhältnis zwischen Regierung und Volk vor, als er dieses Denkmal 1881 im Stuttgarter Schlossgarten aufstellen ließ, geschaffen von dem Bildhauer Paul Müller aus einem 2000 Zentner schweren Marmorblock.

Breisgau (Wein), Schwarzwald („schöne Mädchen“), Haslach im Kinzigtal (Erz), Karlsruhe (Residenz), Rastatt (Festung), Mannheim (Fabrik), Heidelberg (ohne weitere Angabe, es ist ja auch ein fremder Text). Baden wird also von der Rheinebene her definiert. Odenwald, Bauland oder Main-Tauber-Gebiet (mit Wertheim) werden genauso ignoriert wie Bodensee und Hochrhein. Darin spiegelt sich ziemlich genau die Entstehungsgeschichte des neuen Landes Baden wider: Es ist ein Staat, dessen Funktion und Grenzen von Frankreich definiert worden sind: als *cordon sanitaire*, als Grenzwall Frankreichs an dessen Ostgrenze. Die im Lied ausgeklammerten

Gebiete haben dafür keine Bedeutung, grenzen sie doch an Bayern, Hessen oder die Schweiz. Insgesamt ließe sich sagen: Integration durch Information. Emotionales kommt hinein durch superlativische Bewertungen – formal oder inhaltlich, wie: „Das schönste Land in Deutschlands Gauen", „so herrlich anzuschauen", „du edle Perl im deutschen Land" oder indem man sich im Repertoire der Stereotypen bedient: „schöne Mädchen". All das könnten auch andere Länder von sich behaupten. Im kleinen, sich schmal dahinstreckenden Baden scheinen die Übertreibungen auch den Zweck zu erfüllen, größer zu erscheinen als man tatsächlich ist. Mehrdeutig ist der Hinweis auf die Festung Rastatt. Durch deren Kapitulation endete hier die Badische Revolution, 1849 niedergeschlagen durch preußische Truppen: ein „Glück", wörtlich oder ironisch, die einen konnten das beim Singen so, die anderen so meinen. Die letzte Strophe, die die Harmonie von Bauer, Edelmann und Militär benennt, zeigt den nachrevolutionären, konservativen Wunsch nach Einigkeit, nach politischem und sozialem Frieden an, der eben „Goldes wert" ist.

Anders aufgebaut ist *Der reichste Fürst* bzw. *Preisend mit viel schönen Reden* von Justinus Kerner (1786–1862). Hier wird eine Geschichte erzählt. Es handelt sich um eine Ballade, die historisch verankert und damit traditionsschaffend benutzt wird. Drei Besonderheiten fallen auf: Zunächst einmal, dass auch das neue, napoleonisch vergrößerte Württemberg von seinen Traditionen und seiner politischen Kultur sowie seinen moralischen Ansprüchen her als Verlängerung von Altwürttemberg, also des Herzogtums Wirtemberg gesehen wird. Die ganz anders strukturierten Neuerwerbungen mit ihrer spezifischen Agrar- und Sozialstruktur und größtenteils anderer, katholischer Konfession sind im Lied faktisch ausgeblendet. Das entspricht durchaus der historischen Realität: Die Neuerwerbungen wurden als Einverleibungen in ein bestehendes, vitales Staatswesen aufgefasst; deren Geschichte fand im württembergischen Geschichtsbild keinen Platz. Lehrer und Beamte hatten den Auftrag, den altwürttembergischen „Way of Life" quasi missionarisch zu verbreiten, mit strenger Disziplinierung, Sparsamkeit, Bescheidenheit. Diese Werte wurden als universell aufgefasst. Demgegenüber war Baden faktisch, nicht staatsrechtlich, eine Neugründung. Die Hymnen zeigen damit auch unterschiedliche Integrationskonzepte und -wege zwischen Baden und Württemberg.

Das Lied spiegelt zweitens und im Vergleich zu Sachsen, der Kurpfalz und Bayern die wirtschaftliche Realität. Altwürttemberg galt eher als ein armes Land: kaum Rohstoffe und Energievorräte, teilweise schlechte Böden, ganz abgesehen von einer verhältnismäßig schlechten Verkehrslage. Der Hinweis im Lied, „in Wäldern, noch so groß", kann die schwere Zugänglichkeit des Landes meinen, aber auch ein Spiel mit der Zuschreibung der Schwaben als „Hinterwäldler" sein. Der eigentliche Reichtum waren – und sind auch heute noch – seine Menschen, fromm, fleißig, die die Not auch erfinderisch gemacht hatte: Humankapital als der eigentliche Standortfaktor. Als Drittes kommt hinzu die besondere Beziehung von Obrigkeit und Untertanen, von Herrschaft und „Landschaft" (wie man die korporativ organisierte Gesamtheit der Untertanen nannte). Ein Adel als Zwischenschicht existierte im Herzogtum nicht, Herrschaft und Untertanen begegneten sich unmittelbar, wie im Lied. Institutionell war damit ein Ausgleich zwischen Herrscherhaus und Untertanenschaft erforderlich und in der Realität gegeben, der konfliktmoderierend wirken konnte und sollte.

Von daher kann der Fürst sein Haupt – zumindest im übertragenen Sinne – „jedem Untertan in Schoß" legen, weil er „Württembergs geliebter Herr" ist. Dieser symbolische Akt hat jedoch Implikationen in verschiedene Richtungen. Die eine betrifft den Untertanen und ist quietistisch: Denke daran, dein Fürst ist ein Mensch wie du, nicht ein Feind, den es mit einer Revolution zu bekämpfen gilt! Die andere richtet sich an den Herrscher: Übe dein Amt so aus, dass du jederzeit dein Haupt „jedem Untertan in Schoß" legen kannst! Wohl dem Land, in dem sich Herrscher und Untertan so gut vertragen. Württemberg erscheint so als ein Land der Harmonie, was in der Tat ein deutliches Merkmal der württembergischen politischen Kultur ist, ein Zug, um den die anderen Potentaten Württemberg nur beneiden konnten: „Graf im Bart, Ihr seid der reichste." Das schwäbische Understatement kann hier in Worms im Kreise der Reichen und Mächtigen am Ende auftrumpfen. Man kann vielleicht die Geste noch weiter deuten – in Richtung Volkssouveränität, wenn der Herrscher sich so wörtlich in die Hand der Untertanen begibt. Ein Stück weit kündigt sich hier schon die Weiterentwicklung Württembergs zur konstitutionellen Monarchie an.

Am Schluss bleibt festzuhalten, dass sich baden-württembergische Identität nach wie vor regional präsentiert, entlang der alten Grenzen der nachnapoleonischen Zeit. Denn eine Baden-Württemberg-Hymne gibt es nicht, trotz immer wieder unternommener Versuche, etwas Vergleichbares zu fördern. Vielleicht ist die Zeit für die Schaffung neuer Hymnen einfach auch vorbei.



Manchmal stößt man draußen in Feld und Wald noch auf alte Grenzsteine. Historisch Interessierte rekonstruieren dann den Grenzverlauf und die früheren politischen Verhältnisse; aber auch bei weniger Informierten rufen die alten Markierungen ein Gefühl der Nostalgie ab – wie vieles, was einmal wichtig war und heute nichts mehr bedeutet. Aber bedeuten die alten Zeichen und die alten Grenzen wirklich nichts mehr? Sie haben ja nicht nur Spuren in der Landschaft hinterlassen, sondern auch Spuren in den Köpfen.

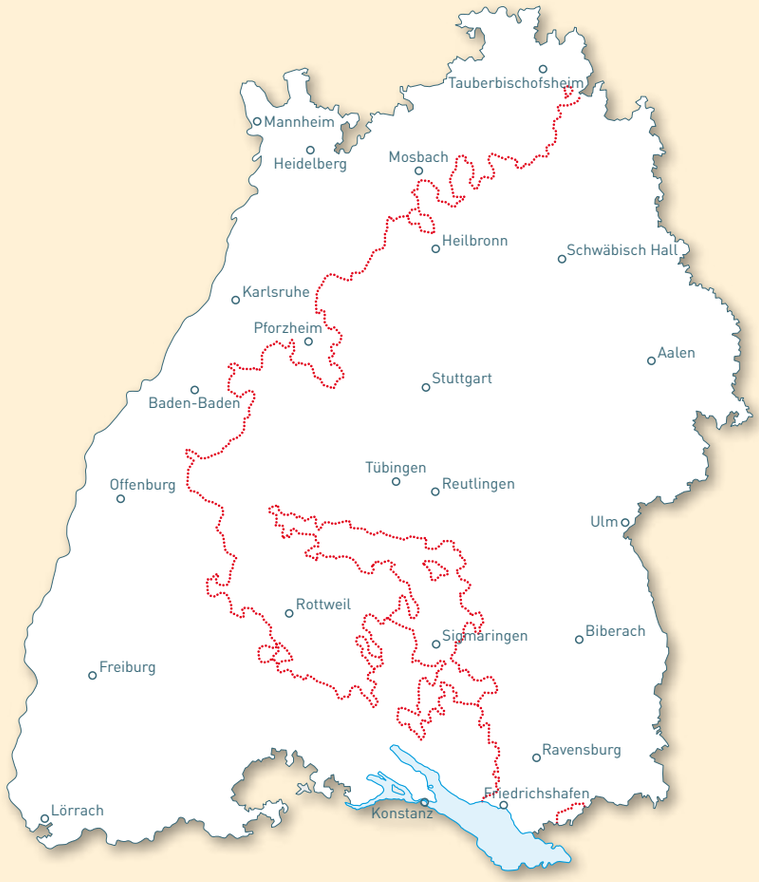
Grenze a. D.

Zum Nachleben von Baden und Württemberg

Hermann Bausinger

In weitem Bogen verlief die Grenze zwischen Baden und Württemberg vom Tauberland ganz im Nordosten bis zur Mitte des nördlichen Schwarzwalds beim Kniebis und weiter ins Donautal bei Tuttlingen; von dort ging es in einer kleinen Ausbuchtung nach Norden und dann in südöstlicher Richtung zum Bodensee. Diese Grenze existierte fast anderthalb Jahrhunderte: Bis 1918 trennte sie die durch die napoleonische Neuordnung entstandenen Staaten, das Großherzogtum Baden und das Königreich Württemberg; in der Weimarer Republik blieben die territorialen Grenzen der Länder erhalten, und auch nach der sogenannten Gleichschaltung von 1933 behielt die Grenze eine gewisse Bedeutung, da sich die organisatorische Gliederung der Nationalsozialisten weithin an den früheren Ländern orientierte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zur Auflösung dieser Raumstruktur, zunächst durch die von den Besatzungsmächten festgelegte Einteilung in eine nördliche (Württemberg-Baden) und zwei südliche staatliche Einheiten (Württemberg-Hohenzollern und Süd-Baden), danach schon wenige Jahre später zur Vereinigung von Baden, Württemberg und dem kleinen Hohenzollern im neuen Südweststaat. Seine Gründung 1952, die Entstehung des im folgenden Jahr *Baden-Württemberg* benannten Landes, setzte die alte Trennlinie außer Kraft – Grenze ade, *Grenze a. D.!*





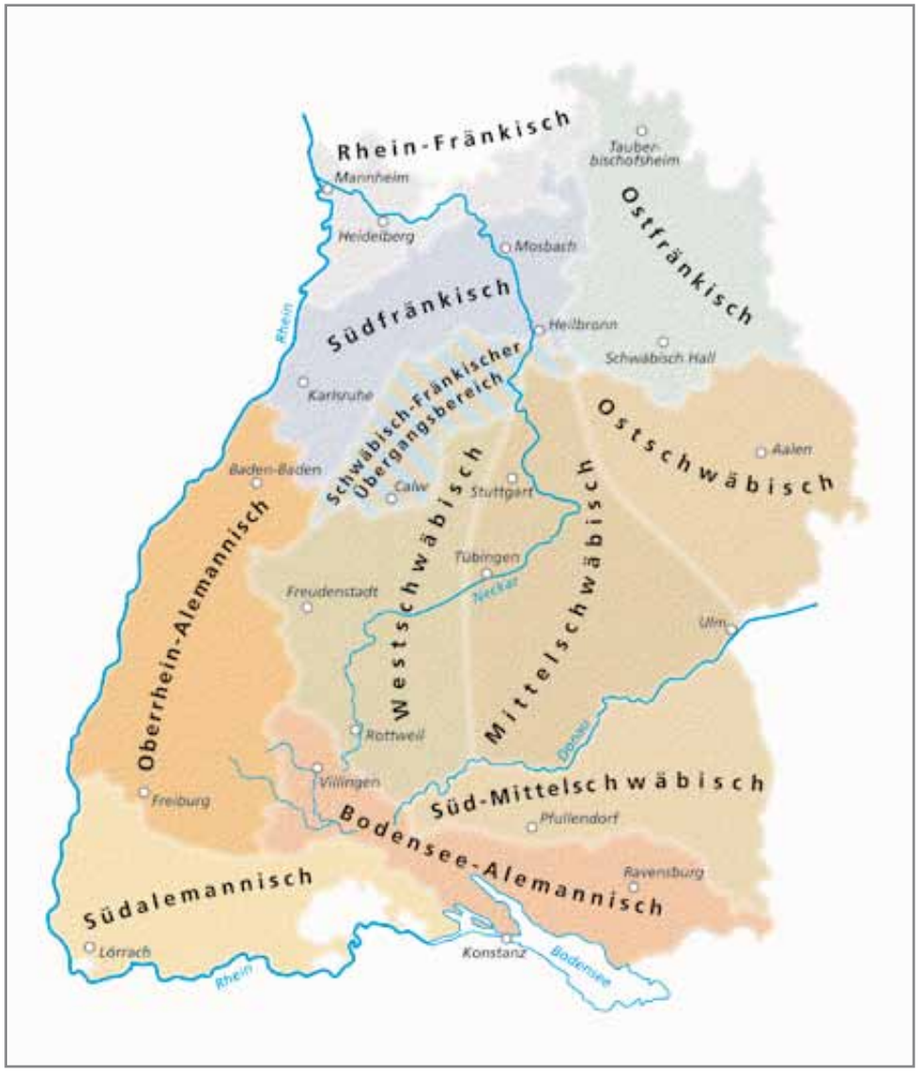
Nicht ganz so wild mag es an der badischen Grenze zugegangen sein, wie es Theodor Sohn aus der oberschwäbisch-badischen Künstlerfamilie karikiert hat.

Die Abkürzung *a. D.* – „außer Dienst“ – hätte früher nicht erklärt werden müssen; man fand sie regelmäßig auf Türschildern und sogar auf Grabsteinen. Sie ermöglicht es Beamten, ihre Titel weiterzuführen, nachdem sie aus ihrer Stellung ausgeschieden sind. Manche führen aber nicht nur ihre Titel weiter, sondern auch einen Teil ihrer Dienstgeschäfte. Das kann darin bestehen, dass sie – legal oder auch nicht wirklich legal – weiterhin Diensträume, Dienstwagen oder Dienstpersonal in Anspruch nehmen, oder auch einfach darin, dass sie ihren Büroschlüssel behalten, um gelegentlich dem Nachfolger an die Hand zu gehen, ob dieser will oder nicht. Um einen solchen Überhang geht es auch hier. Um den hinkenden Vergleich mit der Beamtenschaft zurückzulassen: Es geht um die Frage, ob die alte, jetzt schon sechs Jahrzehnte abgeschaffte Landesgrenze und damit die Trennung zwischen Baden und Württemberg noch immer etwas bedeutet, ob sie den Menschen gegenwärtig ist und wie sie dazu stehen.

Auf der Suche nach der gemeinsamen Geschichte

Dabei ist es sinnvoll, zunächst zu fragen, was die Grenze früher bedeutet hat. Nach der Gründung des Südweststaats neigte man in offiziellen und halboffiziellen Verlautbarungen dazu, die Bedeutung der Grenze herunterzuspielen. Dabei holte man weit aus und zog lang vergangene Geschichtsepochen heran. Schon vor der Diskussion um den Südweststaat gab es Vorschläge, die alemannischen Teile des Südwestens zusammenzufassen, was freilich die nördlichen fränkischen Landesteile und in den meisten Fällen auch den an sich zum Alemannischen gehörenden schwäbischen Teil ausgeschlossen hätte. Besser passte zur Vereinigung von Württemberg und Baden die Berufung auf das Herzogtum Schwaben und die Erinnerung an die weit ausgreifende staufische Herrschaft – bei der großen Stauferausstellung zum 25-jährigen Landesjubiläum 1977 wurde in der Kommentierung diese Kontinuität betont. Die übergreifende Herrschaftseinheit (die man sich freilich nicht als Flächenstaat vorstellen darf) zerfiel im späten Mittelalter. In der Folge entstanden hunderte von Territorien. Aber auch diese vom Spätmittelalter bis zur Zeit Napoleons andauernde Phase ließ sich als Vorstufe des Südweststaats in Stellung bringen – nicht nur wegen des fortdauernden südwestdeutschen Zusammenhangs in dem durchaus einflussreichen Schwäbischen Reichskreis, sondern auch im Blick auf größere Herrschaftsgebiete, die sich über die drei späteren Länder erstreckten. An vorderster Stelle ist hier das vorderösterreichische Gebiet zu nennen, das einige württembergische Städte und Dörfer an der oberen Donau genauso umfasste wie den Breisgau.

Die durch die Jahrhunderte feststellbaren kulturellen Querverbindungen prägten auch ganz wesentlich das kulturelle Bild. Es mag genügen, auf die großen Dialekträume hinzuweisen, die sich bis heute an den Grenzen der alten Herrschaften orientieren, oder auf die konfessionell geprägten Unterschiede der Kulturlandschaften – der Stempel der Barockzeit ist in Oberschwaben so deutlich wie im südlichen Baden. Aber man kann sich auch auf wirtschaftliche Querverbindungen berufen, und zwar durchaus auch aus der Zeit der schon existierenden Staaten Baden und Württemberg. Als Beispiel mag der 1926 erfolgte Zusammenschluss der Benz-



Die großen Dialekträume in Baden-Württemberg.

Werke in Gaggenau mit der Daimler-Motoren-Gesellschaft genügen. Und schließlich demonstrierte die „bessere Gesellschaft“ die Durchlässigkeit der Grenze; man braucht nur an das Badewesen zu denken: Unter den Ausländern in Baden-Baden waren auch Württemberger, und nach Liebenzell und Wildbad kamen auch Badener.

Die Bedeutung von Grenzen

All das ändert aber nichts daran, dass jene Staatsgrenze auf das Handeln und Denken der Bevölkerung eine starke und vielfältige Wirkung ausübte. Vor dem Beitritt Badens zum Deutschen Zollverein im Jahr 1836 war der Grenzübertritt ein kleines Abenteuer; der Schmuggel spielte in den Erfahrungen, mehr noch in den Erzählungen der Leute eine Rolle. Die Frage nach der Bedeutung einer Grenze darf aber nicht an dieser selbst hängen bleiben; vielmehr schaffen Grenzen räumliche Einheiten und damit Vorgaben, welche das Leben der Bevölkerung wesentlich bestimmen – Verwaltungs- und Rechtsvorschriften, Arbeits- und Verkehrsbedingungen, aber auch kulturelle Traditionen. Die meisten Akte der Kommunikation und der Orientierung laufen innerhalb der Grenzen ab. Dies stärkt das Gefühl der Zusammengehörigkeit, das zudem durch die Regierungen gefördert und auch gefordert wird, in den Zeiten monarchischer Verfassung symbolisch überhöht durch das Herrscherhaus, aber auch in den Republiken propagiert. Was im Blick auf die Bildung der Nationen oft herausgestellt wurde, gilt auch für die Länder, die dank der föderativen Struktur über die Reichsgründung hinaus sehr viel Autonomie bewahrten: Es entstand ein Wir-Gefühl, ein Identitätsbewusstsein, und dieses basierte nicht nur auf dem Geflecht im Innern, sondern auch auf der Abgrenzung nach außen.



Werbung mit dem Bollenhut für den Erhalt Badens. Das Pikante daran: Es ist die Tracht der drei evangelischen Dörfer Gutach, Kirnbach und Reichenbach, die bis Anfang des 19. Jahrhunderts württembergisch waren.

Erinnern und Vergessen

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass die Abschaffung einer Grenze nicht nur positive Reaktionen auslöst, wobei die Einschätzung selbstverständlich von der jeweiligen Gesamtsituation abhängt. Die Grenze öffnet sich ja nicht zu einem Niemandsland, sondern zu einem neuen staatlichen Gebilde, das seinerseits durch die Tendenz bestimmt ist, in der Bevölkerung ein neues Bewusstsein der Zusammengehörigkeit zu schaffen. Diese Tendenz ist den veränderten Bedingungen immanent, also der Erleichterung des Austauschs etwa durch gemeinsame Institutionen, angefangen beim Parlament; sie bestimmt aber auch maßgeblich die Ziele der Regierung, deren Bestreben es auf vielen Feldern ist, die frühere Trennung vergessen zu machen. Dabei zeigt sich dann allerdings, dass Vergessen nicht angeordnet werden kann. Erinnern kann bis zu einem gewissen Grad erzwungen werden; bezeugt wird dies durch eine dubiose alte Grenzgeschichte: In manchen Gegenden gab es früher einen Umgang um die Gemeindemarkung, bei dem halbwüchsige Jungen an wichtigen Grenzmarkierungen eine Ohrfeige erhielten, damit sie sich die Stelle einprägten. Für die Schwierigkeit des Vergessens kann dagegen die bekannte Lustspielszene angeführt werden, in der ein Mann mit einem andern wettet, dass der kein Glas Wasser mehr trinken könne, ohne an einen Bären zu denken – und er gewinnt die Wette, weil sich der Bär unweigerlich jedes Mal ins Bild drängt, wenn der Andere zum Trinken ansetzt.

Das Verhältnis von Erinnern und Vergessen steht aber nicht nur unter diesem allgemeineren Gesetz, sondern ist auch abhängig von konkreten Bedingungen. Sie waren für Baden und Württemberg sehr verschieden. In Württemberg sah man in der Vereinigung der Länder und damit in der Abschaffung der Grenze kein großes Problem. Es gab wohl kaum jemanden, der den Zusammenschluss mit Baden als Eingliederung, also gewissermaßen als friedliche Eroberung gesehen hätte; aber man sah in dem Schritt, der ja doch die Teilung entlang der US-amerikanischen und französischen Zonengrenze überwand, eine unproblematische Arrondierung, die dem Südwesten größeres politisches und wirtschaftliches Gewicht in Aussicht stellte. In Baden dagegen waren die Meinungen geteilt. Im nördlichen Landesteil überwog die positive Einstellung; insbesondere dort, wo es schon vorher in manchen Bereichen einen Austausch gegeben hatte, sah man neue Möglichkeiten wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Das schloss allerdings die Sorge um Autonomieverluste nicht aus. Und in Südbaden, das ja seit 1945 als selbstständiger kleiner Staat existiert hatte, überwog das Misstrauen und wurde die Angst vor dauernder Marginalisierung geschürt. Dieser

grobe Befund ist nicht das Ergebnis spekulativer Rekonstruktion, sondern er lässt sich belegen (und weiter differenzieren) mit den Ergebnissen der Abstimmung, die über die Bildung des Südweststaats entschied.

Im Blick auf die *Grenze a. D.* bedeutet dies, dass sie sich in Baden eher in der Erinnerung hielt, während sie in Württemberg sehr viel seltener ein Thema blieb, weil man in der neu geschaffenen politischen Struktur kein Problem sah. Die Erinnerungen an die Grenze, die in der Folge aufgeschlüsselt werden sollen, sind deshalb ganz überwiegend in Baden zu finden – aber meist ist darin nicht von Baden die Rede, sondern von Württemberg und den Württembergern, von denen man sich abgrenzt. Die Abgrenzung bezieht sich vor allem auf wirkliche oder vermeintliche Unterschiede zwischen den früher voneinander getrennten Räumen, also auf mittelbare Folgen der Grenzziehung. Dass die Erinnerung an der konkreten ehemaligen Grenze haftet, ist die Ausnahme – ihr Verlauf ist ja auch über weite Strecken unsichtbar und nur in Abständen durch besondere Markierungen hervorgehoben.

Grenzstein am „Grenzwegle“ bei Pforzheim/Birkenfeld. Im Jahr 1567 begannen der Markgraf von Baden und der Herzog von Württemberg, ihre gemeinsame Grenze zu „versteinen“.



Musealisierung der Grenze

Diesen Grenzmarkierungen galt freilich schon immer das Interesse der regionalen und lokalen Heimatforschung, und es gibt Anzeichen dafür, dass dieses Interesse mit der Aufhebung der Grenze noch gewachsen ist. Das 50-jährige Jubiläum des neuen Landes Baden-Württemberg im Jahr 2002 wurde verschiedentlich zum Anlass genommen, an den früheren Grenzverlauf zu erinnern und die Aufmerksamkeit auf die noch vorhandenen Grenzzeichen im Gelände zu lenken. Die Kreisstadt Bretten dokumentierte in einer Ausstellung und einem reichhaltigen Begleitheft die früheren Grenzen im engeren und weiteren Umkreis – beginnend mit der von den Alemannen überwundenen römischen Grenze bis hin zu den nachdrücklich herausgestellten neuen Entwicklungen in Verwaltung, Industrie, Verkehr und Touristik, die allesamt nicht an der alten Grenze Halt machen. Schon im Grußwort des Oberbürgermeisters wurde dieser Akzent gesetzt: „Jahrhunderte hindurch war die Region, die eine natürliche Einheit bildet, durch Landesgrenzen zerrissen.“ Ganz ähnlich wurde die natürliche Einheit bei einem Projekt des benachbarten Enzkreises herausgestellt. Der in Pforzheim herausgegebene Bildband folgt inhaltlich dem Verlauf der früheren Grenze und präsentiert immer wieder alte, noch vorhandene Grenzsteine mit ihren verschiedenen Wappen und Inschriften – teilweise Zeichen für Gemeindegrenzen, die zugleich Landesgrenzen waren, teilweise auch die Symbole für Baden und Württemberg. Aber auch hier verweist das Geleitwort des Landrats auf die Überwindung der Grenze: „Der Enzkreis kann mit Stolz behaupten, ein ‚echter‘ baden-württembergischer Landkreis zu sein, der bei seiner Gründung Teile beider Länder in sich vereinigte.“

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, dass solche Äußerungen ebenso wie die Projekte selbst auch Appellcharakter hatten. Die Erinnerung an die alte Grenze und ihre Zeichen sollte signalisieren, dass die Zeit der Trennung vorbei ist, dass also die alten Markierungen nur noch museale Bedeutung haben. Mit der Abschaffung der Zollschranken wurden entsprechende Grenzzeichen schon früher zum Museumsgegenstand; das Ende der Landesgrenze wurde in der einen oder anderen Form in manchen Heimatmuseen der früheren Grenzregion zum Thema. Auch die spielerische Vergegenwärtigung der alten Grenzverhältnisse kam vor: Das badische Möhringen ist seit 1973 ein Stadtteil des württembergischen Tuttlingen; aber in der Fastnacht stellte die Möhringer Narrenzunft einmal ein kleines Zollhaus auf und kassierte von den Tuttlinger Besuchern eine Zugangsgebühr.



Das „Geleitbrückle“ bei Knittlingen,
das jahrhundertelang Grenzort zwischen
Württemberg und der Kurpfalz war.
Bei der Durchreise bedeutender Persönlichkeiten
wechselte am Ellerbach zwischen Bretten
und Knittlingen der Geleitschutz.
Dabei wurden die Pferde von beiden Seiten
mit den Vorderhufen in den Bach gelenkt:
sinnliche Vergegenwärtigung der Grenze.
Die Brücke wurde 1821 gebaut und mit den
Wappen Württembergs und Badens versehen.

Verhaltenskontinuitäten

Grenze a. D. – das ist ein Stichwort, das sich nicht nur auf die Entwicklung seit 1952 beziehen lässt. Auch in früheren historischen Phasen gab es einschneidende politische Veränderungen und auffallende Nachwirkungen nicht mehr existierender Grenzen. Das gilt insbesondere für die früheren Territorialgrenzen, die in den neu entstandenen Ländern nicht mehr galten, ihre Bedeutung aber keineswegs völlig einbüßten. Das Dorf Hirschau ist heute ein Stadtteil von Tübingen, von dem es nur wenige Kilometer entfernt ist. Es gehörte aber bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts zur vorderösterreichischen Grafschaft Hohenberg, für die Rottenburg ein wichtiges Zentrum war. Obwohl diese Stadt kleiner und mehr als doppelt so weit entfernt wie Tübingen ist, orientierten sich die Hirschauer beispielsweise bei Marktgängen und Einkäufen auch weiterhin nach Rottenburg – und teilweise gilt dieser Befund jetzt noch. Lange Zeit war er gestützt durch die Einteilung der Verwaltung; Hirschau gehörte zum Oberamt Rottenburg. Aber vor allem wirkten und wirken kulturell-religiöse Gründe nach; die Territorialgrenze trennte hier wie an vielen anderen Stellen auch die Konfessionen.



Als die baden-württembergische Grenze fiel, waren solche Unterschiede nicht mehr in gleichem Maße ausgeprägt, und in vielen Teilen der Grenzregion zielte die Anfang der 1970er-Jahre durchgeführte Gebietsreform darauf, badische und württembergische Ortschaften in einem Kreis, in manchen Fällen auch in einem Gemeindeverband zusammenzuschließen. Man erhoffte sich von diesem Druckknopfsystem einen schnelleren Ausgleich. Aber man schuf so auch neue Reibungsflächen und Konkurrenzsituationen, die für einige Zeit den alten Gegensatz lebendig hielten, dann allerdings doch mehr und mehr zurücktraten. In der „Doppelstadt“

Im Rathaus von Knittlingen wird ein Grenzpfahl
des Königreichs Württemberg aufbewahrt.
Von 1919 an gab es neue Grenzpfähle; im Stadtmuseum
Pforzheim ist einer der Republik Baden zu sehen.

Verwickelte Verhältnisse zwischen
Württemberg und Baden: auf der Passhöhe Fohrenbühl
im Mittleren Schwarzwald.



Villingen-Schwenningen, die eine badische Amtsstadt und ein zur Stadt aufgestiegenes württembergisches Industriedorf vereinigte, dominierte zunächst die Rückbesinnung und die Betonung der Unterschiede, und manche Versuche, Gemeinsamkeit zu installieren, scheiterten. Aber wenn man sich heute ein Bild macht, so entdeckt man zwar immer noch einzelne grelle Farbtöne, aber im Ganzen ist die Harmonie nicht gestört – sie ist allerdings mehr nüchtern kalkuliert als emotional unterbaut. Beide Städte haben nach wie vor ihr Eigenleben, und was am Beispiel Tübingen-Hirschau zu zeigen war, gilt ganz allgemein auch für die auf Kreis- oder Kommunalebene vereinigten badischen und württembergischen Ortschaften: Im Verhalten der Bevölkerung wirken die alten Grenzen nach. Das kann sich auf den Kirchen- und Marktbesuch, aber auch auf Freizeitgewohnheiten oder den Bezug einer bestimmten Tageszeitung beziehen.

Als kurioses, aber aufschlussreiches Beispiel mag die Konstellation auf der Passhöhe Fohrenbühl im Mittleren Schwarzwald angeführt werden. Dort verlief zwischen dem württembergischen Lauterbach (das früher zu Vorderösterreich gehörte) und dem badischen Hornberg (das württembergisch war und 1810 im Tausch an Baden ging) die Landesgrenze. Sie führte mitten durch den verstreuten Weiler und trennte dabei auch zwei Gasthäuser, die nur etwa 30 Meter voneinander entfernt sind. Die Werbung empfiehlt für den ganzen Ort die „badisch-schwäbische Küche“, und für die Touristen spielt der historische Unterschied keine Rolle. Aber es wird berichtet, dass die Einheimischen aus dem badischen Teil nach wie vor fast nur den „Schwanen“ besuchen, während im „Adler“ die aus dem württembergischen Teil verkehren. Es wäre sicher falsch, dahinter grundsätzlich das Bekenntnis zu den alten Ländern zu suchen – in erster Linie handelt es sich um die Fortsetzung eingefahrener Gewohnheiten. Doch daraus entsteht eine Verdichtung des Kommunikationsgeflechts auf beiden Seiten der alten Grenze, die eben doch die Erinnerung an diese Grenze stützt.

Demonstrative Abgrenzung

Es gibt aber auch das Bekenntnis und die bewusste Abgrenzung vom anderen Landesteil und seinen Bewohnern. Diese generelle Feststellung muss allerdings schnell halbiert werden: Was sich der Beobachtung aufdrängt, ist das Bekenntnis zu Baden, das sich eine ziemlich kleine Gruppe von Separatisten zum Prinzip gemacht hat, das aber auch in größeren Teilen der badischen Bevölkerung in bestimmten Konstellationen lebendig ist. Voraussetzung ist meistens, dass Badener mit Württembergern konfrontiert sind. Dies kann bei größeren Ereignissen der Fall sein, etwa bei einem Fußballspiel der beiden in den Landesteilen führenden Mannschaften. Die Fans des VfB Stuttgart zeichnen sich nicht unbedingt durch besondere Friedfertigkeit aus; aber die Anhänger des SC Freiburg verfügen über ein größeres Reservoir von Fertigteilen aggressiver Beschimpfung. Das beginnt mit dem Namen „Schwaben", der in Baden ganz allgemein auf alle Württemberger gemünzt wird und oft einen pejorativen Beiklang bekommt, und geht weiter mit Spottliedern und plakativen Sprüchen. Der für das ganze Land eingekaufte Werbespruch „Wir können alles. Außer Hochdeutsch" wird in Baden nicht selten als Plädoyer für die schwäbische Mundart interpretiert, was zu den Gegenparolen „Wir können alles. Auch Hochdeutsch" oder „Wir können alles. Außer Schwäbisch" führte.

Bei solchen Events wird oft auch das *Badnerlied* angestimmt, und zwar mit Vorliebe Textstrophen, die dem inzwischen anderthalb Jahrhunderte alten Lied erst nach der Bildung des neuen Landes Baden-Württemberg angehängt wurden. In ihnen geht es fast immer gegen die Schwaben, denen man keine Dummheit und keinen Makel erspart:

In Sipplingen ist das Seepumpwerk,
Da kommt das Wasser raus.
Mir Badner seiche fröhlich nei,
Und Schwabe saufet's aus.

Ein Schwabenlied mit vergleichbaren antibadischen Varianten gibt es bezeichnenderweise nicht. Allerdings wird manchmal – nicht in Fußballstadien, aber bei feierlichen Anlässen und vor allem in locker gehobener Stimmung – *Preisend mit viel schönen Reden* als traditionelles Bekenntnis zu Württemberg angestimmt. Und da es auch ein *Hohenzollernlied* gibt, war das in den 1980er-Jahren von Regierungsmitgliedern und den Rundfunkanstalten betriebene Unterfangen, eine Art Landeshymne zu kreieren, von vornherein zum Scheitern verurteilt, ganz abgesehen davon, dass der Wettbewerb zwar viele, aber nur dürftige Einsendungen brachte.

Zur Aktivierung des Schwabenspotts braucht es aber nicht unbedingt große Szenerien. Wenn Badener an benachbarten Wirtshaustischen schwäbische Töne hören oder auch wenn nur irgendwie die Rede auf die östlichen Nachbarn kommt, kann das ein Anlass für eine lange Sequenz von Schwabenwitzen sein, die – manchmal feinsinnig, aber meistens eher grob – den Schwaben allerlei Mängel andichten. Die so attackierten Schwaben haben zwar auch manchen Gegenspott parat; aber wiederum ist festzuhalten, dass es die entsprechende Parallele, also Badenerwitze, als feste Bezeichnung und als regelrechte Erzählgattung nicht gibt.

Sprüche, Lieder, Witze – das sind ausgeprägte Formen der Auseinandersetzung. Aber auch hinter ganz unauffälligen Äußerungen kann eine Tendenz zur Abgrenzung stehen. In den alemannischen Mundarten ist die Verkleinerungssilbe „-li", in den schwäbischen „-le"; und es gibt eine Übergangszone, in der man beides hören kann. Dies war im Umkreis von Villingen-Schwenningen der Fall. Nach der Vereinigung, die dort ja unmittelbar die beiden Städte betraf, beobachtete man eine präzisere Trennung: In Villingen galt nun fast uneingeschränkt das „-li". Und bei einer Dialektuntersuchung im nördlichen Schwarzwald stellte man fest, dass sich Dialektgrenzen, die früher unabhängig von der Landesgrenze verlaufen waren, jetzt mit dieser decken. Im alltäglichen Reden wird also eine Abgrenzung vorgenommen, die es vorher so nicht gab.

Kontrastive Charakterologie

Die große Spannweite der Schwabenwitze wurde schon erwähnt. Sie kommen manchmal plump und böse daher:

Warum tragen so viele Schwaben einen Mittelscheitel? – Damit wir (die Badener) die Axt besser ansetzen können.

Manche sind aber auch raffiniert gestrickt:

In einem Freiburger Lokal setzt sich ein Einheimischer, weil er sonst keinen Platz findet, zu einem Schwaben an den Tisch. Er grüßt, wünscht guten Appetit, versucht ein Gespräch zu beginnen – der Schwabe schweigt grimmig. Als eine Frau von der Caritas mit einer Sammelbüchse kommt und um eine Spende

bittet, wirft der Badener ein paar größere Münzen ein. Die Frau wendet sich dann an den Schwaben, aber der wehrt ab: „Mir g'höret z'samme!"

Das ist recht hintergründig, denn im Ausspruch des Schwaben steckt ja gewissermaßen die Wahrheit, dass Badener und Schwaben wirklich zusammengehören; vor allem aber wird über die Pointe ein Charakterzug des und damit auch der Schwaben anvisiert.

Wenn Schwaben verspottet, aber auch wenn sie ernsthaft porträtiert werden, taucht der Charakterzug einer bis zum Geiz gesteigerten Sparsamkeit immer wieder auf. Die Frage, ob es sich um einen vermeintlichen oder einen wirklichen Charakterzug handelt, erlaubt keine eindeutige Antwort. Im Rahmen des schon erwähnten Pforzheimer Projekts untersuchte der Kreisarchivar Konstantin Huber, was um 1850 herum in den württembergischen Oberamtsbeschreibungen und in den badischen Visitationsprotokollen der Oberamtmänner über die Bewohner der Ortschaften auf beiden Seiten der Grenze geschrieben wurde. Das Ergebnis war, dass Mentalitätsgegensätze kaum nachweisbar sind. Ganz sicher handelt es sich bei der einseitigen Zuweisung übertriebener Sparsamkeit an die Schwaben um ein Klischee, aber ebenso sicher ist „etwas dran" – wie bei den meisten Klischees. Ein gewisser Unterschied zwischen Badenern und Württembergern in diesem Punkt lässt sich weniger entlang der Grenze festmachen, wo ja ähnliche klimatische und wirtschaftliche Bedingungen herrschten. Aber es lässt sich ein Gegensatz konstatieren zwischen dem kargen, auf jeden Grashalm angewiesenen Leben im Altwürttembergischen und den großzügigeren Möglichkeiten vor allem in der Rheinebene. Und für das alte Württemberg kann auch die puritanische Gesinnung herangezogen werden, die den Bürgern und Bauern über ein strenges Kirchenregiment eingepflanzt wurde.

Die Unterscheidung hängt also eigentlich an größeren Teilregionen der alten Länder, und man wird unterstellen dürfen, dass sie sich inzwischen abgeschliffen hat durch neue Wirtschaftsstrukturen, durch die verbreitete Konsumhaltung und auch durch den Zuzug von Menschen aus anderen Landschaften und Nationen. Trotzdem aber werden immer wieder munter kontrastive Charakterologien entworfen. Die Schwaben sind dann meistens eng und streng in ihrer Gesinnung, abweisend und mürrisch in ihrem Verhalten, die Badener offen und heiter, umgänglich und freundlich. Manchmal werden Beweise angeführt wie die ungleiche Verteilung von

Da ging es an das „Eingemachte",
als sich der „Baden-Württemberg-Konzern"
im Herbst 2007 von DaimlerChrysler AG in Daimler AG
umbenannte und „Benz", den Namen
des eigentlichen Erfinders des Automobils,
der schon 1998 gestrichen worden war,
erneut nicht wieder aufnahm.



kulinarischen Auszeichnungen – aber ein nüchterner Blick wird überwiegend Gemeinsamkeiten entdecken. Nur: Dieser nüchterne Blick scheint nicht gefragt, sondern das einprägsame Kontrastbild. Und zwar nicht trotz der Vereinigung der Länder, sondern eher wegen dieser Vereinigung.

Konflikt und Konfliktvermeidung

Dass man in Baden sehr viel kritischer auf Württemberg blickt als umgekehrt, lässt sich aus Benachteiligungen herleiten, die ein badisches Trauma erzeugten. Man kann dafür historische Gründe anführen: Großherzogtum und nicht Königreich; das Scheitern der Revolution von 1848/49, die nicht zuletzt eine badische Revolution war; die Verlagerung der Wirtschaftskraft von dem früheren Musterland Baden auf Württemberg durch die Folgen der Kriege. Vor allem aber gab es Kränkungen im Zuge der Bildung des neuen Landes: Bei der entscheidenden Abstimmung wurde die Mehrheit negativer Stimmen in Südbaden ignoriert und Baden verlor eine ganze Reihe zentraler Funktionen, angefangen mit

Regierung und Parlament, die es in Karlsruhe gegeben hatte. Die Exponenten des neu gegründeten Landes waren sich dieser Situation allerdings bewusst und versuchten gegenzusteuern. Nicht alle Landesbehörden wurden in Stuttgart eingerichtet, Zentren der Wissenschaft und Kultur entstanden in den badischen Großstädten, und vor allem wurde bei der Besetzung von Führungspositionen auf ein gewisses Gleichgewicht zwischen den Landesteilen geachtet. Wenn man die Zusammensetzung von Regierung und Parlament während der vergangenen Jahrzehnte überprüft, wird man sagen dürfen, dass „die Waage im Kopf" der Entscheidungsträger gut funktionierte.

Die Konflikte sind seltener geworden, aber die notwendige Konfliktvermeidung hält die Erinnerung an die Trennung wach. Die Frage gerechter Verteilung blieb ein Thema. Die Tendenz zur Fusionierung – in der Verwaltung ebenso wie in der Wirtschaft – führte in vielen Bereichen zur Vergrößerung und Stärkung eines Standorts und zur Schwächung oder Beseitigung eines andern. Wo Entscheidungen dieser Art anstanden, wurde fast regelmäßig die „Badenfrage" aufgeworfen. Konkret hieß das: Wo ist der künftige Standort und wer wird der Chef? Auch die Verteilung und Investition von Landesmitteln wurde und wird genau verfolgt. In vielen Fällen handelt es sich dabei um Zentrum-Peripherie-Konflikte. Der Ausbau der Messehallen bei Stuttgart wurde in Ulm und Friedrichshafen so skeptisch beobachtet wie in Karlsruhe und Sinsheim; aber in den badischen Orten bot sich die Projektionsfläche Württemberg kontra Baden an. Und das Megaprojekt des Stuttgarter Bahnhofumbaus gibt den Nutzern württembergischer Regionalverbindungen ebenso zu denken wie denen der Rheintalbahn; aber dort liegt der Gedanke einer Benachteiligung Badens nahe.

Dieses Interpretationsmuster wirkt entlang der ehemaligen Grenze natürlich auch im Kleinen. Im Landkreis Heilbronn verlagerte der Landrat einige Zeit sein Besuchsprogramm fast ganz in die früheren badischen Orte, und dem *Badnerlied* wurde dort bei Veranstaltungen manchmal eine schwabenfreundliche Strophe angehängt – und doch kam es vor, dass bei der Entscheidung über die Kandidatur von Abgeordneten das Baden-Argument aufgefahren wurde. Ähnliche Beobachtungen konnte man fast überall machen, wo die neuen Verwaltungsgrenzen die Kooperation badischer und württembergischer Teile notwendig machen. Manchmal spielt dabei allerdings auch eine Rolle, dass es nach wie vor getrennte Institutionen gibt – dass also beispielsweise in Villingen-Schwenningen zwei Landessportverbände die Vereine und ihre Aktivitäten trennen. Die Verbände berufen sich auf die unterschiedlichen Traditionen, aber der Hauptgrund für das Fortbestehen dürfte in den Gratifikationen liegen, die innerhalb der Verbände vergeben werden. Bei der Feier des 50-jährigen Bestehens des Württembergischen Landessportverbands sprachen sich mehrere Redner für eine Vereinigung mit den badischen Verbänden aus. Am Ende aber wünschte ein badischer Funktionär dem württembergischen Verband alles Gute – für die nächsten 50 Jahre.

Im Verteilungskampf instrumentalisiert:
Wo wird investiert? Wer hat den Vorteil?
Und auf wessen Kosten?
Das zeigt sich auch in der Frage von Messestandorten.
Das Bild zeigt ein imposantes Infrastrukturprojekt
der jüngsten Vergangenheit, die Neue Messe auf den
Fildern bei Stuttgart, direkt am Flughafen.





Ausgleich

Wo es zu Auseinandersetzungen kommt, wird dies von den Medien bereitwillig aufgenommen; Konflikte sind nun einmal interessanter als der friedliche Gang der Dinge. Dies ist zu bedenken, wenn nach dem Gewicht der Gegensätze zwischen Badenern und Württembergern gefragt wird. Die ganz überwiegende Zahl der Leute nimmt die Konfliktberichte nur kurz zur Kenntnis, schert sich aber nicht weiter darum. Das muss kein Ausdruck von Apathie und keine Folge von Politikverdrossenheit sein; dahinter steht oft auch die realistische Einschätzung, dass es sich bei der Frontstellung Baden gegen Württemberg um Schnee von gestern handelt. Das alte Landesbewusstsein ist nicht abgelöst worden durch eine starke emotionale Bindung an Baden-Württemberg; aber auf einer sachlichen Ebene identifizieren sich die Menschen doch mit dem neuen, größeren Land und seiner Bonität. Wie man in Europa – zumindest in optimistischer Perspektive – eine gewisse Denationalisierung feststellen kann, so lässt sich in dem noch jungen Bindestrichland eine Veränderung des früheren Identitätsgefüges beobachten.

Das heißt nicht, dass die alten Zugehörigkeiten vergessen sind. Das bezeugt, um dieses Beispiel noch einmal anzuführen, die Flut der Schwabenwitze. Sie sind ein Ausdruck des noch lebendigen Gefühls, dass man die Regionen westlich und östlich der alten Grenze nicht in einen Topf werfen sollte, und sie halten dieses Gefühl wach. Aber es ist in aller Regel ein nicht sehr tief gehendes Gefühl. Dazu tragen auch die vagierenden Identitätsbezüge bei, die sich für die Menschen aus ihrer mobiler gewordenen Orientierung ergeben. Die Erinnerung ist noch da – aber sie ist leichter geworden, spielerisch oft und nicht zementiert. Zwischen dem württembergischen Birkenfeld und dem badischen Dietlingen steht die „Grenzsägmühle“, an der Stelle einer alten Ölmühle errichtet. Die Kundschaft kam von beiden Seiten der Grenze. Das ist noch immer so, aber es handelt sich um die Kundschaft von großen Musikveranstaltungen. Die laufen schon einmal unter dem Motto „Live at the Grenz“ – man weiß, wo man sich befindet, aber „the Grenz“ ist offen, weltoffen sogar, was nicht zuletzt durch den sprachlichen Mischmasch signalisiert wird.



Freiburg im Breisgau: seit dem Westfälischen Frieden von 1648 trotz seiner geografischen Randlage der Mittelpunkt Vorderösterreichs.

Freiburg – das Herz Vorderösterreichs

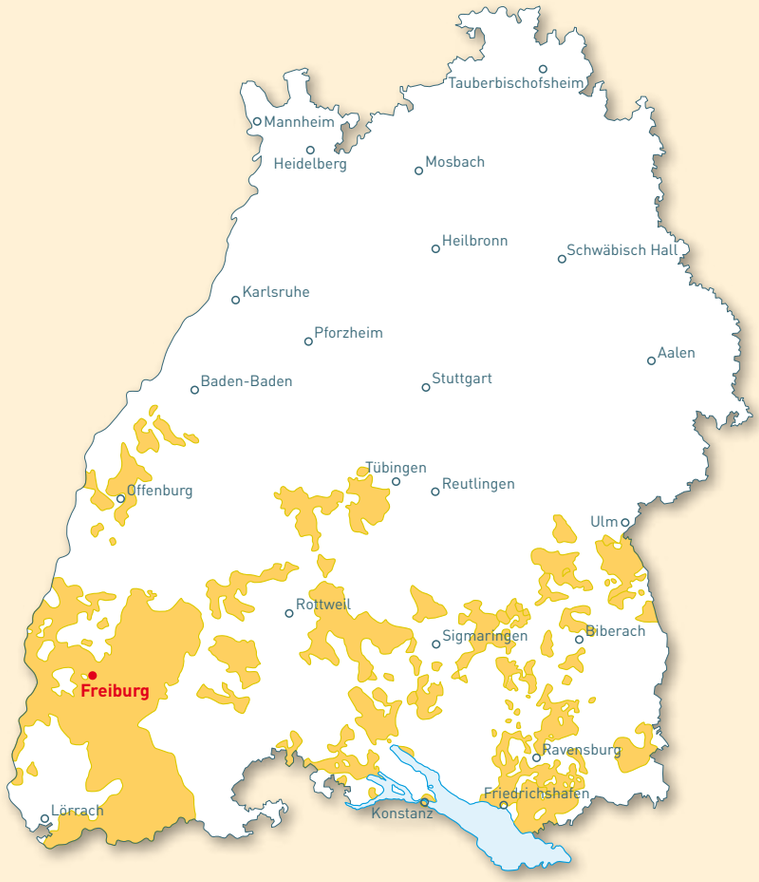
Von Habsburg zu Baden

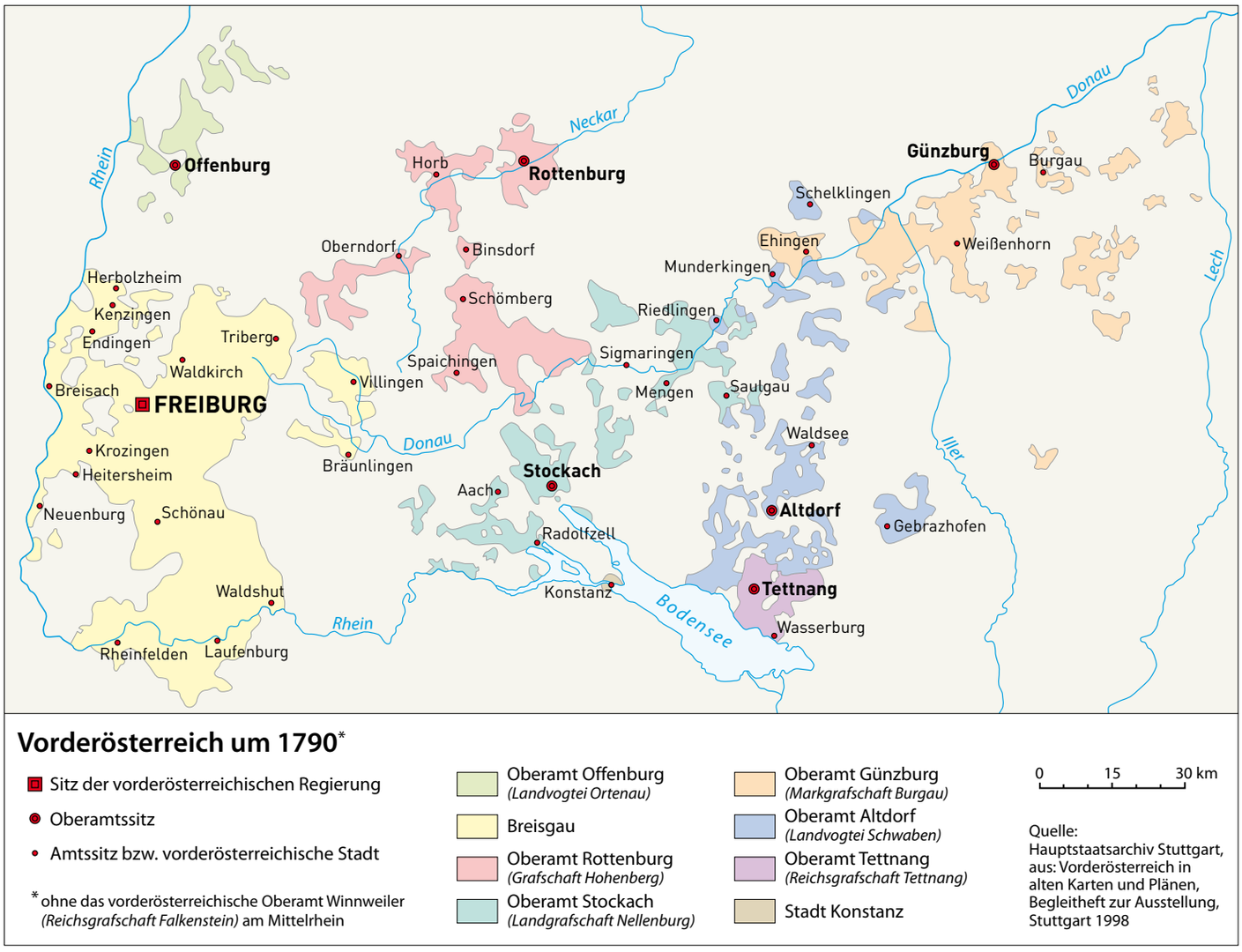
Franz Quarthal

Das Große Landeswappen Baden-Württembergs zeigt im Schildhaupt die Wappen der sechs wichtigsten südwestdeutschen Vorgängerterritorien. Heraldisch ganz links steht der rot-weiß-rote Bindenschild, der daran erinnert, dass große Teile des heutigen Bundeslandes einmal zum Hause Habsburg gehört haben.

In der historisch polyzentrischen Landschaft Südwestdeutschlands gibt es vielfältige Identitäten, die ihre Bestätigung in der jeweils eigenen Geschichte finden. Vorderösterreich mit seiner Geschichte ist ein Erinnerungsort für den Breisgau, den südlichen Schwarzwald, für große Teile Oberschwabens und für die Landschaften am oberen Neckar und an der oberen Donau. In Oberschwaben war Vorderösterreich ein Erinnerungsort, der im 19. Jahrhundert in kämpferischer Weise das Gefühl einer Kolonialisierung durch das evangelische Altwürttemberg abzuwehren half. Im Breisgau und im Schwarzwald stärkte er das Bewusstsein des eigenen Wertes und der Verwurzelung in katholischer Tradition. Wichtigster Platz für sichtbare Zeugnisse dieses Erinnerungsortes ist die Stadt Freiburg. Von dort ging auch die Renaissance der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Vorderösterreich aus, die intensiv in eine Öffentlichkeit hineinwirkte und die in die politische Auseinandersetzung in den Südweststaat einbezogen wurde.

Sie hat wesentlich zur historischen Selbstvergewisserung Baden-Württembergs beigetragen. Freiburg war von seiner Geschichte, seinen Baudenkmälern, der Breitenwirkung und der Intensität der historischen Forschung das Herz des Erinnerungsortes Vorderösterreich.





Vorderösterreich um 1790*

- Sitz der vorderösterreichischen Regierung
- Oberamtssitz
- Amtssitz bzw. vorderösterreichische Stadt

* ohne das vorderösterreichische Oberamt Winnweiler *(Reichsgrafschaft Falkenstein)* am Mittelrhein

- Oberamt Offenburg *(Landvogtei Ortenau)*
- Breisgau
- Oberamt Rottenburg *(Grafschaft Hohenberg)*
- Oberamt Stockach *(Landgrafschaft Nellenburg)*
- Oberamt Günzburg *(Markgrafschaft Burgau)*
- Oberamt Altdorf *(Landvogtei Schwaben)*
- Oberamt Tettnang *(Reichsgrafschaft Tettnang)*
- Stadt Konstanz

0 15 30 km

Quelle: Hauptstaatsarchiv Stuttgart, aus: Vorderösterreich in alten Karten und Plänen, Begleitheft zur Ausstellung, Stuttgart 1998

Wenig Sichtbares erinnert noch an die Herrschaft Österreichs

Kennzeichen Vorderösterreichs ist seine Zersplitterung, die aber zugleich die machtmäßige Durchdringung der angrenzenden Territorien erlaubte.

Sichtbare Zeugnisse der habsburgischen Herrschaft in Form von Schlössern, Residenzen gibt es kaum. So konnte Vorderösterreich nach dem Übergang an das neu gebildete Großherzogtum Baden vergessen werden, bis es nach dem Zweiten Weltkrieg im Zuge der Auseinandersetzungen um die Bildung des Südweststaates wiederentdeckt wurde. Zugleich wurde die vorderösterreichische Vergangenheit ein wichtiges Argument im Kontext der Städterivalität Freiburgs mit anderen badischen Zentren wie Karlsruhe und Mannheim.

Vorderösterreich ist die Bezeichnung für die Besitzungen des Hauses Habsburg in Südwestdeutschland. Der Ausgangspunkt des Hauses Habsburg lag im Elsass und in der Nordschweiz, wenig später kamen große Teile Schwabens hinzu. Seit dem Erwerb der babenbergischen Herzogtümer im heutigen Österreich unter König Rudolf I. verlagerte sich der Schwerpunkt der habsburgischen Herrschaft rasch nach Osten. Vorderösterreich – oder die Lande „enhalb des Arl“ (jenseits des Arlbergs in der Perspektive der Regierungszentrale in Innsbruck), oder „vordere Lande“ oder „Vorlande“ – war kein in sich geschlossenes Territorium. Es reichte mit Günzburg vom heutigen Bayerisch-Schwaben bis ins Elsass (Ensisheim) und in die heutige Schweiz, zunächst bis an den Fuß des Gotthardpasses, später nur noch bis zum Fricktal

südlich des Hochrheins. Nach dem erzwungenen Verzicht auf die elsässischen Gebiete im Westfälischen Frieden 1648 wurde Freiburg der eigentliche Mittelpunkt Vorderösterreichs, auch wenn die Stadt geografisch eher am Rande der Vorlande lag.

Alle von der spätmittelalterlichen Territorialgeschichte aus argumentierenden Historiker haben das Steckengebliebene, Unfertige dieses Territorialbesitzes des Hauses Habsburg immer wieder unterstrichen. „Ein unglückliches, vielfältig zerfetztes Gebilde ohne rechten Mittelpunkt“ nannte es der Historiker Gerhard Ritter, als ein „in seinem Ausbau steckengebliebenes Erzeugnis des Strebens nach raumstaatlicher Zusammenfassung“ bezeichnete es Otto Stolz, und ebenso hart urteilte Karl Siegfried Bader: „Eine wirkliche Einheit, einen ‚Staat‘, konnte man das lockere Gebilde, das die oberrheinischen und schwäbischen Herrschaften unter Österreichs Szepter in ihrer Gesamtheit darstellten, nicht nennen.“ Im Unterschied zu anderen südwestdeutschen Territorien fehlen denn auch monumentale Zeugnisse der habsburgischen Herrschaft in Südwestdeutschland, die heute noch an die Rolle Österreichs sinnfällig erinnerten. Eine Reise ins Vorderösterreichische ist also kein einfaches Unterfangen: Kein eindrucksvolles Schloss, keine Burg ruft unmittelbar die Erinnerung an die habsburgische Herrschaft zurück. In Freiburg zeugt das Haus des Prälatenstandes am Marktplatz nahe beim Münster von der wichtigen Rolle der vorderösterreichischen Landstände, einer Vertretung der herrschaftstragenden Bevölkerungsstände, ein schöner barocker Bau, der heute vom Freiburger erzbischöflichen Ordinariat genutzt wird. Das Haus der schwäbisch-österreichischen Landstände in Ehingen, erst 1769 – fast zu Ende ihrer wirklichen politischen Mitwirkungsmöglichkeit – gekauft, bildet noch heute eine Zierde der Stadt an der Donau. Der Vergleich mit dem dortigen Haus des Ritterkantons Donau der Reichsritterschaft verdeutlicht, dass ein erheblicher Machtunterschied zwischen beiden Institutionen – den Ehinger Landständen und der Reichsritterschaft in Schwaben – bestand.

So sind es nur kleine Monumente und Bildnisse, die dem Kundigen ehemals österreichischen Boden anzeigen: die Kaiserfenster im Freiburger Münster, die Wappen am Freiburger Kaufhaus, Wappen und Gedenksteine in den ehemaligen Orten und Städten, die Häufung von Habsburgerporträts in einigen schwäbischen und breisgauischen Adelssitzen und schließlich Gedenktexte auf Grabsteinen habsburgischer Beamter beispielsweise im Freiburger und im Breisacher Münster.

In vielen südwestdeutschen Städten, von denen rund 40 im 18. Jahrhundert habsburgisch waren, finden sich auf historisierenden Wandgemälden Anspielungen auf die habsburgische Geschichte. Das schönste Beispiel ist vielleicht das Rathaus in Waldsee, aber auch die Fassade des Rathauses in Horb ist mit zahlreichen Szenen und Medaillons aus der österreichischen Geschichte der Stadt geschmückt.

Oberrhein, Schwarzwald und „Schwäbisch-Österreich“ als geografische Schwerpunkte

Geografisch hatte Vorderösterreich drei Schwerpunkte: einen am Oberrhein und im Schwarzwald – ihm kam ursprünglich die Bezeichnung „Vorderösterreich“ zu –, einen in Schwaben – „Schwäbisch-Österreich“ genannt – und einen weiteren in Vorarlberg. Letzteres wurde allerdings 1782 von Vorderöster-



Das Rathaus von Bad Waldsee, einer Stadt, die wie Mengen, Riedlingen und Bad Saulgau zu den österreichischen „Donaustädten“ gehörte.



Der Basler Hof in Freiburg, Denkmal historischer Kontinuität: seit 1759 Sitz der vorderösterreichischen Regierung, heute Sitz des Freiburger Regierungspräsidenten.

reich getrennt und dem tirolischen Regierungsbezirk untergeordnet. Die Anwesenheit des Fürsten (*praesentia principis*) war für die volle Realisierung des Landes ein nahezu unabdingbares Erfordernis. Somit erscheint das Fehlen des österreichischen Hofes als das wesentliche strukturelle Defizit bei der vorderösterreichischen Territorialbildung.

Statistiken über Größe, Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft Vorderösterreichs stammen alle aus dem vorstatistischen Zeitalter und sind deswegen mit Vorsicht zu interpretieren. Vorderösterreich wurde vor 1780 (mit Einschluss Vorarlbergs) auf rund 160 Quadratmeilen (ca. 8535 km²) berechnet, gegenüber dem Herzogtum Württemberg mit 150 Quadratmeilen (ca. 8000 km²), wobei Württemberg 650 000 Einwohner, Vorderösterreich aber nur etwas über 400 000 Einwohner hatte.

Im 13. und 14. Jahrhundert war Vorderösterreich ein Kernland der Habsburger, im 15. Jahrhundert blühte es mehrfach unter Regenten wie Herzog Friedrich IV. und Albrecht VI. auf, unter König und Kaiser Maximilian spielte es über den geistigen Einfluss der elsässisch-oberrheinischen Humanisten eine bedeutende Rolle. Im 16. Jahrhundert rückte es stärker an den Rand der Interessen des Herrscherhauses. 1648, im Westfälischen Frieden, gingen die elsässischen Besitzungen des Erzhauses und der alte Regierungssitz in Ensisheim verloren. Nach 1648 wurde Freiburg die neue „Hauptstadt“ des verkleinerten Vorderösterreich. Im 18. Jahrhundert erhoben sich in Wien Stimmen, die aus finanziellen und strategischen Gründen die Vorlande sogar ganz aufgeben wollten.

Die herausragende Stellung Freiburgs

Freiburg hat unter den ehemaligen Besitzungen des Hauses Habsburg eine herausragende Stellung. Trotzdem ist die Geschichtstradition Freiburgs gespalten: Auf der einen Seite ist die Breisgaumetropole der Mittelpunkt und das Herz vorderösterreichischer Geschichtstradition, auf der anderen Seite wurde die Stadt in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg unter dem Staatspräsidenten Leo Wohleb zum Zentrum der altbadischen Bewegung und betonte damit eine fast konträre Seite ihrer Geschichte. Die Bewertung der vorderösterreichischen Vergangenheit ist in einzelnen Herrschaften der Habsburger unterschiedlich. Zumeist wird sie als glückliche Zeit empfunden und beschrieben, so in der Freiburger Stadtgeschichte von Josef Bader im 19. Jahrhundert wie auch in der jüngsten mehrbändigen Freiburger Stadtgeschichte. Die neueste Konstanzer Stadtgeschichte aber spricht im Unterschied dazu von der habsburgischen Periode als von den „dunklen Jahrhunderten“.

In Freiburg lebt die vorderösterreichische Vergangenheit zwar nicht in üppiger, barocker Pracht wie in anderen habsburgischen Ländern, aber doch sichtbar weiter. Es gibt ein Gebäude der ehemaligen vorderösterreichischen Regierung, den Basler Hof, der seit 1759 Sitz der vorderösterreichischen Regierung war. Nicht von ungefähr ist der Basler Hof auch heute der Sitz des Regierungspräsidenten von Freiburg.

Freiburg war über zweieinhalb Jahrhunderte der Mittelpunkt der vorderösterreichischen Landstände. Im Besonderen erinnert das Haus des Prälatenstandes am Freiburger Marktplatz nahe beim Münster an die dortigen Landstände. Die Stadthöfe der Klöster St. Peter und St. Blasien dienten zwar primär den Zwecken der beiden Schwarzwaldabteien, doch wurde in ihnen auch ständische Politik gemacht, besonders, nachdem nach dem Dreißigjährigen Krieg St. Blasien die Funktion eines Präsidenten der vorderösterreichischen Ständeversammlung übernommen hatte. Unter den Adelspalästen in der Stadt ragen die der Sickingen und der Kageneck

hervor, beides mächtige Glieder des vorderösterreichischen Adelsstandes.

Die Freiburger Universität ist eine Gründung des habsburgischen Erzherzogs Albrecht VI. Sie war nach Wien die zweite Universität im habsburgischen Herrschaftsgebiet. Ihre Gründung festigte die Stellung Freiburgs als Hauptort im Breisgau und am Oberrhein. Zu Anfang des 17. Jahrhunderts übernahmen die Jesuiten die Philosophische Fakultät. Ihr Gymnasium und die Alte Universität prägen bis heute das Stadtbild.

Das Kaufhaus am Freiburger Münsterplatz, einer der schönsten spätgotischen Bauten der Stadt, zieren österreichische Wappen aus der Zeit Kaiser Karls V. und König Ferdinands I. An zentraler Stelle sichtbar, bilden die Wappen eine Dokumentation des habsburgischen Herrschaftsanspruchs in Südwestdeutschland, wie er sonst so nicht zu finden ist. Im Chor des Freiburger Münsters setzen die mehr als fünf Meter hohen, von Kaiser Maximilian gestifteten Kaiserfenster für Kaiser Maximilian I. und Karl V. einen besonderen Höhepunkt. Sie sind – heute ins Augustinermuseum versetzt – die monumentalsten bildlichen Zeugnisse habsburgischer Vergangenheit in den Vorlanden. Die Decke des alten Freiburger Rathauses ziert ein den Raum beherrschendes österreichisches Doppeladlerwappen, wie es sonst nur in der Stadt Burgau und als Zweiteinbau im Museum der Stadt Günzburg erhalten ist. Das Relief am Martinstor zum Gedenken an die 1796 unter dem Stadtrat Caluri gegen die Franzosen gefallenen Freiburger Freiwilligen erinnert an die dramatische Kriegsgeschichte des österreichischen Freiburg. Die Münzsammlung im Stadtmuseum, das Archiv des Dritten Standes der vorderösterreichischen Stände im Stadtarchiv, das Wentzingerhaus, das Greifenegg-Schlösschen – es gibt keine Stadt, in der die österreichische Vergangenheit optisch so präsent wäre wie in Freiburg.

Das politische Gewicht Freiburgs

Unter den vorderösterreichischen Orten war Freiburg aufgrund seines wirtschaftlichen Gewichts und der Bedeutung seiner patrizischen Oberschicht sicher die bedeutendste Stadt. Im 13. und 14. Jahrhundert war die Stadt ein Zentrum des Schwarzwälder Silberhandels, der allerdings im 15. Jahrhundert zum Erliegen kam. Der breisgauische Landadel sah schon früh in der Stadt seinen Mittelpunkt. Bereits für die erste Hälfte des 14. Jahrhunderts lässt sich hier die erste Adelsgesellschaft nachweisen. Wie Straßburg für den oberrheinischen Adel, wurde Freiburg zur Metropole für den Adel breisgauischen „Gestades“. Das Gewicht der Stadt wuchs in dem Maße, in dem die Habsburger ihre Besitzungen im Bereich der heutigen Schweiz verloren, wobei die Schlacht von Sempach (1386), die Ächtung Herzog Friedrichs IV. auf dem Konstanzer Konzil (1415) und der Friede von Basel (1499) wesentliche Eckpunkte markierten. Mit der Entwicklung des Ständewesens in Vorderösterreich wurde Freiburg zum Haupt des aus Bürger und Bauern bestehenden Dritten Standes, der nach dem Westfälischen Frieden (1648) 16 Städte sowie elf Herrschaften umfasste.

Die Reformation fand auch in Freiburg Anhänger. 1521 war hier besonders in universitären Kreisen das Interesse an reformatorischen Ideen geweckt worden. Auch Adel und Teile der Bürgerschaft waren in Freiburg von den Lehren Luthers ein-



Das historische Kaufhaus am Münsterplatz ist einer der schönsten spätgotischen Bauten in Freiburg.



Die berühmten „Kaiserfenster“ des Freiburger Münsters sind heute im Augustinermuseum zu sehen.

genommen, bis sich schließlich die altgläubige Partei durchsetzen konnte. Ein Grund für das Scheitern der Reformation in Freiburg war, dass das Wohlergehen der Stadt zu sehr vom Wohlwollen Habsburgs abhing, als dass sich die Stadt ein Abrücken vom österreichischen antireformatorischen Kurs hätte leisten können.

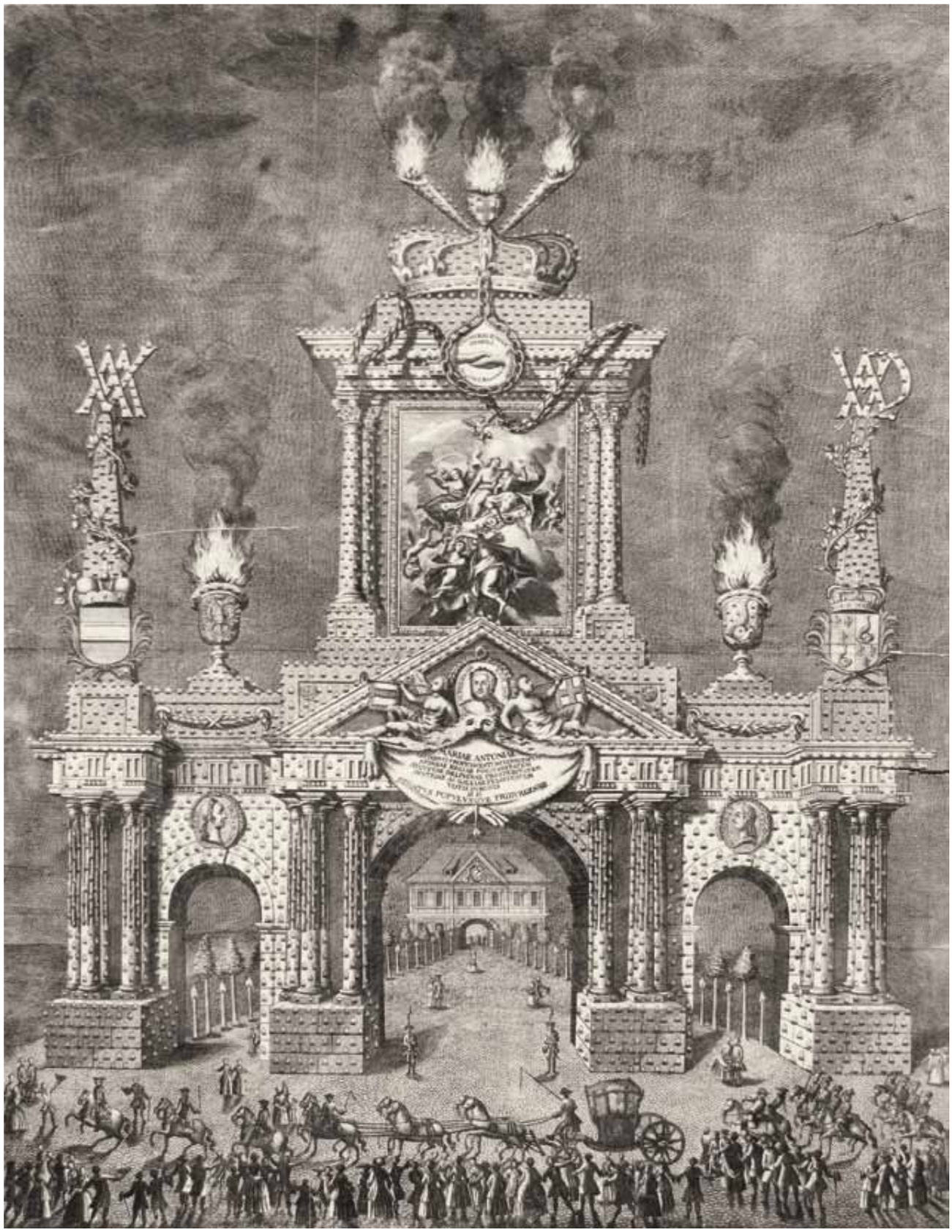
Die Bedeutung Freiburgs für Österreich im 16. Jahrhundert wird auch dadurch unterstrichen, dass Kaiser Ferdinand I. am 29. Dezember 1562 in Freiburg einen Landtag abhielt, der in der Stadt mit großem Gepränge gefeiert wurde. Sein Sohn, Erzherzog Ferdinand II., sollte Freiburg zwei Mal besuchen. Die Besucher der habsburgischen Herrscherfamilie bis ins späte 18. Jahrhundert hinein – Marie Antoinette im Jahre 1770, Kaiser Joseph II. im Jahre 1777 – prägten sich in das historische Gedächtnis der Stadt ein.

Auf wenig Gegenliebe stieß die Erhebung zur „Hauptstadt“ Vorderösterreichs

Die Zeit, in der Freiburg im engsten Sinn das „Herz Vorderösterreichs“ wurde, begann mit dem Ende des Dreißigjährigen Krieges. Die linksrheinischen Besitzungen des Hauses Habsburg mit dem Regierungssitz Ensisheim waren an Frankreich übergegangen. Vorderösterreich war um die Hälfte verkleinert worden.

In Freiburg wurde nach 1651 eine Regierung und Kammer wie zuvor in Ensisheim installiert, nachdem zuvor Wien über eine Auflösung der eigenen Verwaltungsstruktur der Vorlande nachgedacht hatte. Freiburg als wichtigste Stadt der Vorlande bot sich aber wegen seines politischen Gewichtes an, übte die Stadt doch das Direktorium des Dritten Standes aus und war Tagungsort der ständischen Ausschüsse. Nach dem Wegfall des Elsasses war Freiburg alleiniger Steuereinzugsort („Legstatt“) der vorderösterreichischen Stände und zugleich Tagungsort der Landstände.

Der Entschluss Erzherzog Ferdinand Karls (1646–1662), Freiburg zur Hauptstadt Vorderösterreichs zu machen, stieß in Freiburg nur auf wenig Gegenliebe, da man die Privilegien der Regierungsbehörden mit ihrem Anhang, insbesondere die Befreiung von der städtischen Gerichtsbarkeit, fürchtete und nur wenig Hoffnung auf eine Verbesserung der katastrophalen wirtschaftlichen Situation der Stadt hatte. Durch den Plan, Freiburg zu einem befestigten Vorposten des Reiches und der Erblande zu machen, mussten die Einwohner mit neuen Einschränkungen, Belastungen und Kriegsgefahren rechnen. In der Tat konnte man in Freiburg schon wenig später Beeinträchtigungen der städtischen Freiheiten durch die vorderösterreichische Regierung bemerken, die allerdings nicht nur aus der größeren Nähe, sondern auch aus dem neuen absolutistischen Staatsverständnis herrührten, das für korporative Freiheiten zunehmend geringeres Verständnis zeigte.



Ehrenpforte der Stadt Freiburg, erbaut anlässlich des Besuchs der Erzherzogin Marie Antoinette im Jahr 1770.



Kriegsgefahren: Die negative Seite der Erhebung Freiburgs zum Vorposten der habsburgischen Erblande war, dass die Stadt 1677 trotz Befestigung von französischen Truppen erobert wurde.

Einen radikalen Einschnitt brachte noch einmal der Holländische Krieg von 1772 bis 1778. Trotz der Befestigungsplanungen von Johann Martin und Elias Gumpp war Freiburg weit entfernt, die ihm zugedachte Rolle eines „haltbaren Platzes“ übernehmen zu können. So gelang es dem französischen Marschall Créqui in einem Handstreich, im November 1677 Freiburg zu erobern. Im Frieden von Nijmegen 1679 musste Freiburg an Frankreich abgetreten werden und wurde erst mit dem Frieden von Rijswijk im Jahre 1697 zurückgegeben. Freiburg war in dieser Periode eine französische Stadt und wurde durch den französischen Festungsbaumeister Vauban zur modernen Festung ausgebaut. Erst neun Monate nach Abschluss des Friedens von Rijkswijk räumten die Franzosen Freiburg, nicht ohne die gesamte bewegliche Ausrüstung mitgeführt zu haben.

Als Festung ungeeignet: Freiburg zwischen Österreich und Frankreich

Gegen Ende des Spanischen Erbfolgekrieges sollte Freiburg nochmals die Problematik seiner Zugehörigkeit zum Hause Österreich zu spüren bekommen. Nach wochenlanger Beschießung im Spätjahr 1713 musste der Verteidiger Freiburgs, Ferdinand von Harsch, Ende Oktober die Stadt und wenig später auch das Schloss den Angreifern übergeben. Der Ratsschreiber Franz Ferdinand von Mayer, später geadelt als Freiherr Mayer von Fahnenberg, rettete die Stadt, die ihre Aufgabe als Festung voll erfüllt hatte, vor der völligen Zerstörung und Plünderung, indem er mit einer weißen Fahne die Übergabebereitschaft anzeigte. Erst im Frieden von Rastatt von 1714 wurde Freiburg mit Breisach an das Heilige Römische Reich zurückgegeben. Am 18. Januar 1715 zog die französische Besatzung aus Freiburg, einige Tage später aus Breisach, ab. Damit begann eine fast 80-jährige – nur kurz unterbrochene – Friedensperiode für Freiburg, die einen großen Aufschwung der Stadt ermöglichte. Das barocke Freiburg, wie wir es heute kennen und soweit es nicht im Zweiten Weltkrieg untergegangen ist, entstand.

Im Rahmen des Österreichischen Erbfolgekrieges wurde das von seiner Lage als Festung völlig ungeeignete Freiburg nochmals belagert und eingenommen. Der Feldzug Preußens im Jahre 1744 zwang Österreich erneut, die Rheingrenze preiszugeben. Frankreich besetzte wiederum Breisach und belagerte Freiburg, das sich nach mehrwöchiger Beschießung, der zeitweise der französische König Ludwig XV. beiwohnte und bei der die Schlossbefestigung und ein Drittel aller Freiburger Häuser zerstört wurden, am 25. November 1744 ergeben musste. Bis zum 30. April 1745 demolierten die Franzosen die gesamten Festungswerke, so dass Freiburg nunmehr eine offene Stadt war, worin das Hauptziel des französischen Angriffs gelegen hatte.

Das *renversement des alliances*, das Bündnis Habsburgs mit Frankreich zu Beginn des Siebenjährigen Krieges, das Fürst

Wenzel von Kaunitz, der österreichische Botschafter in Paris, 1756 vermittelte, beendete die über hundertjährige Grenzsituation Freiburgs und ermöglichte eine erneute Blüte der Vorlande in der letzten Periode ihrer Geschichte.

Freiburg profitierte nun von der Anwesenheit der vorderösterreichischen Verwaltung, denn es hatte sich von dem wirtschaftlichen Niedergang nach dem Dreißigjährigen Krieg und während der Periode als Festungsstadt nicht wieder erholen können. Der Adel schmückte die Stadt mit neuen Bauten.

Die Reformen Maria Theresias

Eine nochmalige tiefgreifende Änderung bedeutete es, als sich Maria Theresia mit Resolution vom 29. April 1752 entschloss, die Vorlande von Tirol zu trennen und eine eigene Provinz Vorderösterreich zu schaffen, die für alle vorländischen Besitzungen Habsburgs zuständig sein sollte. Damit wurde erstmals der Name „Vorderösterreich“ auf alle habsburgischen Besitzungen im Südwesten des Heiligen Römischen Reiches übertragen. Für den Breisgau, Schwäbisch-Österreich und Vorarlberg wurde eine eigene Repräsentation und Kammer mit Sitz in Konstanz unter dem Freiherrn von Summerau eingerichtet. Die Justizsachen blieben der ständischen Regierung in Freiburg, die der Repräsentation in Konstanz untergeordnet war, vorbehalten. Konstanz wurde wegen seiner „sicheren“ Lage angesichts der noch andauernden Spannungen mit Frankreich als Sitz der Repräsentation bestimmt, während die Justizbehörde, die Regierung in Freiburg, am Versammlungsort der Stände und im Zentrum des vorländischen Adels, verbleiben sollte. Nach dem Bündnis mit Frankreich von 1756 entfiel dieser Grund, so dass Maria Theresia aus Sparsamkeitsgründen nun auch die vorderösterreichische Repräsentation nach Freiburg verlegte. Freiburg

Aufklärer unter sich: Kaiser Joseph II. wohnt einer Messe bei, die Abt Martin II. Gerbert von Sankt Blasien im Freiburger Münster zelebriert.





1457 gegründet: die Freiburger Universität. Hier der Franziskanerplatz mit dem Alten Rathaus und der Alten Universität, vor 1845.

war, obwohl geografisch am Rand gelegen, wieder Mittelpunkt der Vorlande.

Freiburg wurde nun zum Zentrum der theresianisch-josephinischen Reformen in Vorderösterreich. Eine der größten Leistung der maria-theresianischen Epoche war die Reform des Volksschulwesens. Die Schaffung dieses neuen allgemeinen Schultypus nach den Vorschlägen des Abtes von Sagan, Ignaz Felbiger, galt als „die kulturelle Großtat der theresianischen Epoche". Es soll hier nicht im Einzelnen darauf eingegangen werden, wichtig aber ist, dass die „Normalschule" – nach heutigen Begriffen die Pädagogische Hochschule Vorderösterreichs, an der man die neue Methode lernen konnte –, in Freiburg eingerichtet wurde.

Die Universität Freiburg erlebte unter Maria Theresia den Wandel von der autonomen und privilegierten Korporation zur obrigkeitlich bestimmten Staatsanstalt. In den in Wien ergangenen Vorschriften zur Neuordnung der Wiener medizinischen Fakultät von 1749 und in der „Wiener Studienordnung", die für die gesamte Monarchie verbindlich gemacht wurde, steckte bereits der Kern, der von Maria Theresia intendierten Universitätsreform. Sie verpflichteten die Universitäten zur Umgestaltung von Unterrichtsplan, Lehrstoff und Lehrmethode und veränderten die bisherigen Fakultäts- und Senatsverfassungen.

Die Universität als Bastion aufgeklärten Geistes

Diese große Reform der Freiburger Universität war die wesentliche Voraussetzung für die Verbreitung aufgeklärten Gedankengutes in Vorderösterreich. Zahlreiche Neubesetzungen mit „fortschrittlich gesinnten Professoren“ machten die Freiburger Hochschule zu einer von kirchlichen, besonders monastischen Kreisen gefürchteten Bastion josephinischer Geisteshaltung. In der Mitte des 19. Jahrhunderts hatte sich unter dem Einfluss der badischen Besetzungspolitik der Charakter der Freiburger Universität von einer katholischen Hochschule zu einer fast rein protestantischen Lehranstalt gewandelt.

Unter Joseph II. änderte sich das geistige Klima in Freiburg. Die Aufklärung konnte weitgehend Platz greifen. Konservativ gesinnte Geistliche, wie sie der Abt Steyrer von St. Peter verkörperte, hatten einen schweren Stand. An der Universität Freiburg wurde mit Georg Jakobi erstmals ein Protestant berufen, den der Regierungspräsident Summerau nur mit Misstrauen betrachtete. Innerhalb Vorderösterreichs stieß das Toleranzpatent Kaiser Josephs II. auf wenig Verständnis. Die Forderung nach seiner Aufhebung lehnte Josephs Nachfolger Kaiser Leopold II. trotz aller restaurativen Maßnahmen allerdings ab.

Die Lockerung der Zensur unter Joseph II. erzeugte in Vorderösterreich, namentlich in Freiburg, ein überraschend freies geistiges Klima. Der Regierungspräsident Johann Adam von Posch, langjähriger Verwalter des kaiserlichen Familienvermögens, war ein enger Vertrauter Josephs II. und stand dessen aufgeklärten Geisteshaltung moderat nahe. Er setzte alle Reformmaßnahmen Josephs in Vorderösterreich loyal durch, vermochte es aber trotzdem, ein gutes Verhältnis zu den Prälaten und zum einheimischen Adel zu bewahren, mit dem er sich durch Heiraten seiner Kinder eng verband. St. Blasien war zu dieser Zeit unter Fürstabt Martin Gerbert durch die von ihm initiierte *Germania Sacra*, durch die hohe Zahl wissenschaftlich tätiger Mönche, ohne Zweifel ein geistiges Zentrum Vorderösterreichs. Bereits unter Maria Theresia hatte sich die Abtei durch das opulent ausgestattete historiografische Werk *Monumenta Augustae Domus Austriae* von Marquard Herrgott als habsburgisches Hauskloster empfohlen. Mit der Anlage einer Habsburgergruft für die westlich des Arlbergs bestatteten Angehörigen des Hauses zwischen 1772 und 1781 stellte St. Blasien mit dieser „vorderösterreichischen Kapuzinergruft“ die besondere Rolle Vorderösterreichs als ältestes Patrimonium des Erzhauses heraus. Denn durch häufige Präsenz des Abtes in Freiburg strahlte dieser Geist auch auf Freiburg aus. Auch die offiziellen gedruckten Beamtenschematismen zeigen eine breite Schicht vom Beamten, die in Freiburg ansässig war und die das Gesicht der Stadt prägten. Diese bildeten einen nicht unbeträchtlichen Teil der Freiburger Einwohnerschaft.

Die Bedrohung durch das revolutionäre Frankreich

Die enge Grenzlage Vorderösterreichs zu Frankreich ließ die 1789 ausgebrochene Revolution als Bedrohung der eigenen gesellschaftlichen Ordnung erscheinen und beendete jäh das liberale Klima in Freiburg, das unter Joseph II. und dem Regierungspräsidenten Johann Adam von Posch geherrscht hatte. In der Loge „Zur Schönen Aussicht“ hatte sich das Freiburger liberale Bürgertum einschließlich eines großen Teils der vorderösterreichischen Beamtenschaft getroffen. Wortführer waren die Professoren Jakobi, Dannenmayr, Sauter und Ruef, das Sprachrohr die Zeitschrift *Der Freymüthige* gewesen. Das Nachfolgeblatt, die *Freyburger Beyträge zur Beförderung des ältesten Christenthums und der neuesten Philosophie*, wurde wegen seiner „schädlichen Grundsätze“ im Zuge der neuen Reaktion 1793 verboten und musste fortan in Ulm erscheinen. Bereits am 28. August 1789 sah sich der Regierungspräsident Johann Adam von Posch veranlasst, von den Kanzeln eine öffentliche Warnung vor der Revolution in Frankreich verkünden zu lassen. Sein Nachfolger, der Präsident von Summerau, enger Mitarbeiter des Leiters der Wiener Geheimpolizei von Pergen und deren späterer Leiter, entwickelte eine besondere Gegnerschaft zu revolutionärem Gedankengut. Aufs Sorgfältigste ließ er alle Druckerzeugnisse überwachen, die er jeweils nach Wien sandte. Die Summerau unterstehende Post gab ihm die Möglichkeit, den Brief- und Druckschriftenverkehr weitgehend zu kontrollieren. Beschlagnahmt wurden zahlreiche Zeitungen wie die *Annales*, *Gazettes Nationales* und der *Straßburger Weltbote*. Überhaupt war das benachbarte Straßburg das Zentrum der revolutionären Propaganda. Die Presse stand wieder unter scharfer Zensur. Mit einem eigenen Spitzelsystem sorgte er für eine wesentlich schärfere Überwachung der Bevölkerung als in früheren Jahren. Opfer waren Johann Kaspar Ruef und der erste an die Universität Freiburg berufene Protestant Johann Georg Jakobi, Professor der schönen

Wissenschaften, den Summerau der Sympathie für die Französische Revolution verdächtigte.

In Freiburg richtete Summerau eine eigene Polizeistelle ein. Dabei ließ er es nicht nur bei defensiven Maßnahmen bewenden. Mit großem Geschick organisierte er eine offiziöse Gegenpropaganda, mit der die revolutionären Ideen polemisch angegriffen wurden. Er gewann dazu Journalisten und Schriftsteller inner- und außerhalb Vorderösterreichs. Sein Prinzip war: „Opinion kann nur durch Opinion verdrängt werden, und es kommt darauf an, daß das Gouvernement durch zweckmäßige Volksschriften zur rechten Zeit die öffentliche Meinung zu bemeistern weiß."

Endstation Großherzogtum Baden

Der militärische Misserfolg des Reiches im Krieg gegen die Französische Republik ließ eine wirkliche Stabilisierung der Verhältnisse in Vorderösterreich nicht mehr zu. Die Provinz wurde Bestandteil der Manövriermasse in dem großen Länderschacher, der die letzten Jahre des Heiligen Römischen Reiches kennzeichnete und die Epoche der Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts einleitete.

Nach dem Wortlaut des Friedens von Lunéville von 1801 sollten der Breisgau und die Ortenau an den Herzog von Modena fallen. Die zivilen Übergabekommissare waren für Österreich der Regierungsrat von Brandenstein, für Erzherzog Ferdinand (Modena) der zukünftige modenesische Regierungspräsident Hermann von Greiffenegg. Ein *Te Deum* durch den Abt von St. Peter und mehrere Salven der Bender'schen Kompanien beendeten den Schritt des Breisgaus in die Provinzialität. Nach dreijähriger Herrschaft, nach der Niederlage Österreichs in der Dreikaiserschlacht von Austerlitz und dem Pressburger Frieden vom 26. Dezember 1805 kamen Freiburg, der Breisgau und die Ortenau an das nunmehrige Großherzogtum Baden.

Es ist erstaunlich, wie schnell die österreichische Vergangenheit Freiburgs und des Breisgaus vergessen schien. Josef Bader, der ehemalige Archivar der vorderösterreichischen Landstände, widmete diesen 1846 eine Abhandlung unter dem Titel *Die ehemaligen breisgauischen Stände dargestellt nach ihrem Ursprung, ihrer Verfassung, ihren Leistungen und Schicksalen*, Ausführungen, die er in seiner späteren Freiburger Stadtgeschichte noch vertiefte.

Bis 1814 hofften maßgebliche Kreise, insbesondere der breisgauische Adel, auf eine Rückkehr zum Hause Habsburg, eine Hoffnung, die sich mit dem Ausgang des Wiener Kongresses zerschlug. Da das neue Großherzogtum Baden seine neu erworbenen Territorien, insbesondere auch den Adel, nicht mit der gleichen Härte behandelte wie Württemberg, gelang die Integration der habsburgischen Territorien in das Großherzogtum besser als im benachbarten Königreich. Die vorderösterreichische Tradition Freiburgs geriet dabei im 19. und zu Anfang des 20. Jahrhunderts relativ rasch in Vergessenheit.

Vorderösterreich wird wiederentdeckt

Die Wiederentdeckung der vorderösterreichischen Geschichte verband sich mehrfach mit aktuellen politischen Konstellationen. 1943 erschien als vierter Band die von dem Innsbrucker Landesarchivar Otto Stolz bearbeitete *Geschichtliche Beschreibung der ober- und vorderösterreichischen Lande*, die erstmals seit dem Untergang dieses Territoriums im Jahre 1805 eine Übersicht über Geschichte und Entwicklung des ganzen Gebietes gab. Es ging ihm vor allem darum, die kulturhistorische Einheit der Oberrheinlande zu betonen, auch wenn dies den nationalsozialistischen Ausgriff auf das Elsass zu legitimieren schien.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war der Freiburger Siedlungsgeograf Friedrich Metz einer der ersten, der wieder auf die Geschichte Vorderösterreichs aufmerksam machte. Metz zählte zu den stärksten Befürwortern des Südweststaates innerhalb des ehemaligen Landes Baden, für den er sich seit 1949 in zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen wie in mehreren Publikationen eingesetzt hatte. Die territoriale Gestalt des ehemaligen Vorderösterreich, das das Oberrheingebiet umschloss und schwäbische und badische Elemente vereinigte, stand ihm als politisches Vorbild vor Augen, da es eine Einheit dieses Raumes begründete, die über die Identität des erst in der Napoleonischen Zeit gebildeten Großherzogtums Baden hinausreichte. Nur wenige Jahre später, im Jahre 1950, erschien ein Werk des Freiburger Rechtshistorikers und Fürstenbergischen Archivars Karl Siegfried Bader mit dem Titel *Der deutsche Südwesten in seiner territorialstaatlichen Entwicklung*, das zwar ein vorrangig historisches Thema behandelte, aber zugleich auch einen sehr aktuellen politischen Bezug zur Südweststaatgründung hatte. Für Bader war das neue Südwestdeutschland eine große, die Territorien des 19. Jahrhunderts übergreifende Einheit. Damit stand er im



Mit vorderösterreichischem Blick auf ganz Baden: Staatspräsident Leo Wohleb (1888–1955) war Verfechter der Wiederherstellung des „alten“ Landes Baden.

heftigsten politischen Gegensatz zum Freiburger Staatspräsidenten Leo Wohleb sowie dessen wichtigstem Berater und Mitstreiter in Sachen Wiederherstellung des „alten Landes“ Baden Paul Zürcher.

Zur gleichen Zeit erschien auch die erste Darstellung mit dem Titel *Die Territorialbildung der Habsburger im deutschen Südwesten* aus der Feder von Hans Erich Feine. Sein Werk gehört in den größeren Zusammenhang der Wiederentdeckung des Heiligen Römischen Reiches durch die Geschichtswissenschaft nach dem Zusammenbruch von 1945, als man Abschied nahm vom Idealbild des Bismarck'schen Reiches als der optimalen Verwirklichung der Idee eines deutschen Nationalstaates. Die Kritikpunkte gegen das „Alte Reich“, es sei ein „Monstrum“ gewesen, das weitgehend nationalstaatlicher Züge entbehrte, wurden nun umgedeutet. Diese Zeit wurde nun als eine mögliche und weitgehend Frieden garantierende Ordnung für Mitteleuropa neu interpretiert.

Seit dieser Renaissance der Vorderösterreichforschung ab 1945, die mit den Namen von Friedrich Metz und dem Wirken des Alemannischen Instituts verbunden ist, folgten zahlreiche Tagungen in Süddeutschland und Österreich. Die baden-württembergische Landesausstellung *Nur die Schwanzfeder des Kaiseradlers* in Rottenburg, Freiburg und auf der Schallaburg in Österreich in den Jahren 1999 und 2000 hat das Territorium vielen Bürgern wieder optisch präsent gemacht. Das gleiche Ziel verfolgten die Einrichtung eines Vorderösterreichmuseums in Endingen am Kaiserstuhl und die Umgestaltung des Wentzingerhauses in Freiburg zum Museum, das dem bedeutendsten barocken Künstler in Vorderösterreich gewidmet ist. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat in den letzten Jahrzehnten erhebliche Finanzmittel bereitgestellt, um die nach 1805 auf zahlreiche Archive verstreuten vorderösterreichischen Archivalien wenigstens auf dem Papier wieder zusammenzuführen. Durch einen großen Archivalientausch zwischen Bayern, Württemberg und Baden ist sogar ein Teil der vermischen Bestände wieder in jeweils einem zuständigen Archiv vereint worden.

Die allgemeine Hochschätzung des alten Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation nach 1945 als eines zum Frieden neigenden politischen Gebildes in Mitteleuropa und die ganz Südwestdeutschland verbindende politische Ordnung der Vorlande als Vorbild einer politischen Lösung im Streit um den Südweststaat von1948 bis 1952 war ein Produkt der Nachkriegszeit. Erst die Publikationen des Rechtshistorikers Karl Siegfried Bader und des Siedlungsgeografen Friedrich Metz machten aus der vorderösterreichischen Vergangenheit Freiburgs wieder einen Erinnerungsort der Breisgaumetropole.

Heute speist sich die kollektive Geschichtserinnerung Freiburgs aus zwei Quellen: aus der zähringisch-badischen Gründungstradition der Stadt, zu der sie durch die Ereignisse von 1806 zurückgefunden hat, und aus der vorderösterreichisch-habsburgischen Vergangenheit, die ihre Glanzpunkte in der freiwilligen Übergabe der Stadt an das Haus Habsburg 1368, in der Universitätsgründung und der Residenzzeit Herzog Albrechts VI., in der Periode des Humanismus unter Kaiser Maximilian, in der vorderösterreichischen ständischen Tradition Freiburgs als Mittelpunkt einer oberrheinischen Adelslandschaft und im Residenzcharakter der Stadt in der theresianisch-josephinischen Epoche hatte. Der Wechsel der Wirkmächtigkeit dieser historischen Traditionen zeigt aber auch, wie stark das Geschichtsbewusstsein von Gegenwartsfaktoren bestimmt ist und wie Erinnerungsorte entstehen und vergehen können.



Farbenprächtig präsentiert sich der Weingartener Blutritt. Bei aller touristischen Attraktion hat er von seiner ursprünglichen Funktion wenig eingebüßt. Er steht für eine Region, die sich nicht zuletzt über den Katholizismus und die landwirtschaftliche Prägung definiert.

Der Weingartener Blutritt

Was Oberschwaben ausmacht

Hans-Georg Wehling

Alljährlich, am Freitag nach Christi Himmelfahrt, dem „Blutfreitag“, findet im oberschwäbischen Weingarten der Blutritt statt. Von einem Priester wird eine kostbar gefasste Reliquie aus dem Kloster Weingarten durch die Fluren der Stadt getragen: die Blutreliquie, die der Tradition nach vom Boden Golgathas stammt, der nach dem Lanzenstich des Longinus mit Christi Blut getränkt war. Sie kam im Jahr 1094 aus Mantua an das 1056 gegründete welfische Hauskloster.

Weingarten wurde damit zum Wallfahrtsort. Wohl erst im 15. Jahrhundert entwickelte sich daraus, parallel zur Fußwallfahrt, der Blutritt. Damit besteht er wohl seit mehr als 500 Jahren. Tausende von Reitern – in den letzten Jahren um die 3000 – nehmen daran teil. Selbst wenn der Blutritt verboten war oder nicht stattfinden konnte, riss die Tradition nicht ab. Inoffiziell vollzogen dann vielfach kleine Reitergruppen den Blutritt.

Wie ist dieser Blutritt einzuordnen? Welche Funktionen erfüllt er? Und was sagt er über die ihn tragende Region, über Oberschwaben aus?



Reichsstädte, sofern nicht katholisch, kennen von Hause aus statt der Fasnet die Kinder- und Jugendfeste, so die paritätischen Reichsstädte Biberach das Schützenfest und Ravensburg das Rutenfest, beide kurz vor den Sommerferien. Auch hier geht es um historische Selbstvergewisserung, mit entsprechenden Umzügen mit Themen aus der Stadtgeschichte, wie hier in Ravensburg.



Der Blutritt ist mehr als ein frommes Ereignis

Zunächst einmal ist der Blutritt ein religiöses Ereignis, ein frommer Brauch, kirchlich gefördert und weiterentwickelt. Höhepunkte erreichte der Blutritt, mit üppiger Ausschmückung, immer dann, wenn das besondere Katholische herausgestellt werden sollte: zuerst in der Barockzeit, im Zeichen der Gegenreformation, als der Blutritt eine feste Form erhielt, mit uniformiertem Gepränge. Die damals neu gebaute großartige barocke Basilika (1715–1725) lässt sich „als eine Art Großreliquiar des Heiligen Bluts“ interpretieren (Hans Ulrich Rudolf).

Einen zweiten Aufschwung erlebte der Blutritt im 19. Jahrhundert, in der Zeit der demonstrativen Frömmigkeit im Rahmen des neuen ultramontanen Selbstverständnisses der katholischen Kirche. Der Blutritt sollte anzeigen, dass Oberschwaben ein gut katholisches Land ist, deutlich unterschieden in seiner Konfessionszugehörigkeit und den damit verbundenen Frömmigkeitsformen von Württemberg, dem die Region im Zuge der napoleonischen Neuordnung zugeschlagen worden ist. Somit stellt der Blutritt zum Zweiten ein Identifikationsereignis und -erlebnis dar: Man bekennt sich zu Religion und Region, auch über die im Alten Reich bestehenden Untergliederungen hinweg.

Seinem Ursprung nach ist der Blutritt zum Dritten ein Öschumritt: ein Brauch, der das umrittene Land von bösen Geistern, höllischen, schädlichen Einflüssen säubern sollte. Die Volkskunde weist darauf hin, dass ursprünglich Schimmel dafür besonders geeignet erschienen, auf deren weißer Haut sich alles Dunkle absetzen konnte. Dazu passt, dass an vier Stationsaltären die Anfänge der vier Evangelien verlesen und die Flur in alle vier Himmelsrichtungen gegen Blitz, Hagel und Ungewitter gesegnet wird.

Damit verdeutlicht der Blutritt viertens, dass er der Brauch einer Agrargesellschaft ist, zugleich Ausdruck sozialer Rangfolgen, in der man sich über die Hofgröße definiert: Nur wohlhabende Bauern konnten sich Pferde leisten. Sein Selbstbewusstsein zeigt der Blutreiter, indem er seinem Herrgott, wenn auch nicht auf gleicher Augenhöhe, so doch hoch zu Ross gegenübertritt, vornehm mit Frack, Zylinder und weißen Handschuhen. Die Agrargesellschaft Oberschwabens präsentiert sich dabei zugleich als eine patriarchalische Gesellschaft: Frauen sind vom Blutritt ausgeschlossen, bis heute, es sei denn, sie verkleiden sich als Männer, was beim vorgeschriebenen Dresscode nicht so schwer fällt.

Natürlich ist der Blutritt heute, fünftens, längst auch ein touristisches Ereignis geworden, das sich hohen Zulaufs erfreut und auch die Aufmerksamkeit der Medien erlangt. Oberschwaben hat seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erheb-

liche Zuwanderung, auch von Protestanten, erlebt. Die Konfessionsunterschiede zählen nicht mehr so wie früher, so dass heute die Bürger Weingartens sogar einen Protestanten zum Oberbürgermeister gewählt haben. Schließlich hat auch die Kirchenbindung abgenommen. Frömmigkeit weist längst nicht mehr den Stellenwert von einst auf. Doch auch touristische Attraktionen können Identität stiften und festigen.

Zusammengefasst zeigt der Blutritt die prägende Macht von Kirche und Bauerntum für Oberschwabens Identität. Der Adel als weiterer grundlegender Bestandteil Oberschwabens ist, wie sich am Blutritt zeigt, eher ein Randphänomen, wenngleich ein einflussreiches, ja mächtiges. Der Adel reitet nicht mit, bekommt aber einen privilegierten Platz: Seine Mitglieder sitzen am Blutfreitag allenfalls im Chorgestühl des Weingartner Münsters, wie andere Honoratioren auch, auf der Tribüne, jedoch kaum auf dem Balkon des Rathauses.

Oberschwaben ist der Prägung nach nicht nur ein katholisches Bauernland. Oberschwaben ist auch ein Städteland, mit einer Fülle ehemaliger Reichsstädte. Sie sind beim Blutritt außen vor. Städte haben andere Feste, über die sie sich definieren, ihre Identität pflegen: so das Biberacher Schützenfest (der „Schützen“) oder das Ravensburger Rutenfest. Auch hier finden Umzüge statt, die die Stadtgeschichte legitimatorisch präsentieren.

Was ist Oberschwaben?

Das Land südlich der Donau ist das Musterbeispiel deutscher Kleinstaaterei im Alten Reich, wie es bis zu den Zeiten Napoleons bestanden hat. Eine Vielzahl geistlicher und weltlicher Territorien umfasste diese „Suevia superior“: Abteien, Stifte, Deutschordensgebiete, Fürstentümer, Grafschaften, ritterschaftliche Gebiete, große und kleine Reichsstädte. Vor allem auch Österreich war hier präsent, von Günzburg im heutigen Bayrisch-Schwaben über Altdorf (Weingarten) reichend, nach Norden bis nach Ehingen und Riedlingen; nach Westen über Villingen im Schwarzwald nach Freiburg mit dem Breisgau, mit Ausläufern in die Ortenau und an den Hochrhein mit Säckingen, Waldshut und Laufenburg bis in das heutige schweizerische Fricktal hinein. Wie die Finger einer Hand ragte Vorderösterreich durch dieses Land, dafür sorgend, dass diese Gebiete beim „alten Glauben“, also katholisch blieben, gegen die starken reformierten Einflüsse, die aus der nahen Schweiz herüberkamen. Der heilige Nepomuk an den Brücken diente nicht nur dem Hochwasserschutz, er bezeugte auch die Loyalität gegenüber Österreich, das diesen böhmischen Heiligen zu einem „Anti-Hus“ (Hus war der frühe Reformator, der in Konstanz 1415 auf dem Scheiterhaufen endete) und „Nationalheiligen“ aufgebaut hatte. Die Regierung Vorderösterreichs saß in Innsbruck, Schlösser, pompöse Amtssitze hat Österreich in Oberschwaben nicht hinterlassen. Es ist vielmehr die Treue zum katholischen Glauben, die als Vermächtnis Österreichs in Oberschwaben (und darüber hinaus) angesehen werden kann. Nur ein paar Reichsstädte sind hier evangelisch, ferner Einsprengsel wie die ehemaligen württembergischen Gemeinden Pflummern und Rottenacker bei Ehingen sowie das ulmische Wain.

Oberschwaben im heutigen Sinne ist jedoch erst ein Produkt der napoleonischen Neuordnung Deutschlands. Mit dem Reichsdeputationshauptschluss von 1803 wurden die geistlichen Territorien aufgehoben und adeligen Herrschaften zugeschlagen, die links des Rheins ihr Territorium an Frankreich verloren hatten (Säkularisation). Das Ziel des Länderschachers bestand vor allem darin, leistungsfähige Mittelstaaten zu schaffen, die in der Lage waren, Napoleon Truppen zu stellen. Von daher kam es dann 1806 zur Mediatisierung der kleineren Territorien: Deren Gebieter verloren ihre Herrschaft, jedoch nicht ihren Besitz. Bayern, Baden und Württemberg waren im Süden Deutschlands die Gewinner. Es entstanden neue Mittelstaaten, verbunden mit der Rangerhöhung zum Königreich (Bayern, Württemberg) oder Großherzogtum (Baden). Die Teile, die Bayern sich sichern konnte, hießen künftig Bayrisch-Schwaben; die nunmehr württembergischen Teile hießen Oberschwaben oder auch Oberland, wenngleich traditionell „Oberland“ die Bezeichnung der Gebiete oberhalb der Stuttgarter Weinsteige war.

Somit bezeichnet Oberschwaben seit der Zeit Napoleons das württembergische Gebiet südlich der Donau bis zum Bodensee, westlich der bayrischen und östlich der badischen Grenze. Eine Verengung des Begriffs also, aber eine sinnvolle, weil hier seit nunmehr 200 Jahren Herrschaftsgebiete entstanden sind, die ganz unterschiedlichen Einflüssen ausgesetzt waren. Die Einwohner des einen Gebietes sollten gute Bayern oder Badener werden, die anderen gute Württemberger. Darauf zielten die Integrationsbemühungen der neuen Staaten ab – mit mehr oder weniger Erfolg. Die darunterliegende Schicht der weiter ausgreifenden „Suevia superior“ blieb erhalten, mit Bauerntum, Kirche, Adel und Städten. Die Gebietsgewinne hatten Württemberg verändert, schon rein



Bis an den Bodensee reicht das
heutige Oberschwaben, von der Donau im Norden,
von der badischen Grenze im Westen
bis zur bayerischen Grenze im Osten.
Das Bild zeigt das Montfortschlösschen,
das sich König Wilhelm I. von Württemberg
in Langenargen errichten ließ (1866 fertiggestellt).

äußerlich: Nach Fläche und Einwohnerzahl hatte sich das Land verdoppelt. Bis dahin war das Herzogtum ein geschlossenes protestantisch-lutherisches Gebiet gewesen, adelsfrei, ein Agrarstaat mit einer Sozialstruktur kleiner bäuerlicher Betriebe, im Gefolge der Realteilung als Erbsitte, nach der der gesamte Besitz im Erbfall unter den Geschwistern aufgeteilt wurde. Das hatte zu einer starken Besitz- und Siedlungszersplitterung geführt, die bis heute noch zu sehen ist. Es war somit ein Land mit einer vergleichsweise homogenen Sozialstruktur kleiner Landbesitzer, die zumeist mehr schlecht als recht durch den Tag kamen. Zuverdienst war gesucht, um die wirtschaftliche Lage zu verbessern. Der schwäbische Tüftler hat hier seinen Ursprung.

Um angesichts der komplizierten, verschränkten Besitzverhältnisse mit ihrem omnipräsenten Konfliktpotenzial den „Krieg aller gegen alle“ zu verhindern, griff die Obrigkeit massiv disziplinierend und sanktionierend in den Alltag der Menschen ein. Sie machte das Leben fast anstaltsähnlich. Die enge Kooperation mit der staatlich dominierten evangelischen Landeskirche erlaubte zur Außensteuerung die mindestens ebenso wirksame Innensteuerung durch das Gewissen. Kirchliche Abweichung vollzog sich charakteristischerweise in Form des Pietismus, der die (Selbst-)Disziplinierung noch verstärkte. Die obrigkeitliche Disziplinierung erschien so als gottgefällig und mithin legitimiert. Weitgehende Mitspracherechte der Bevölkerung bei der Regierung des Landes über die „Landschaft“, die man aus den Notlagen des Herrschaftshauses errungen hatte, wirkten zusätzlich legitimierend. Frömmigkeit, Fleiß, Sparsamkeit, Selbstdisziplin, Abscheu vor demonstrativem Konsum konnten erfolgreich dazu beitragen, das Leben erträglicher zu machen, immer auch mit Blick auf den verdienten Lohn im Himmel. Da man nicht besitzlos war und zudem beseelt vom Glauben, in Verantwortung vor Gott sich selbst helfen zu müssen, entstand ein aufstiegsorientierter Individualismus. All das waren auf der einen Seite für die aufkommende Industrialisierung im 19. Jahrhundert geradezu ideale Bedingungen, auf der anderen aber gleichzeitig eine schlechte Ausgangslage für eine organisierte Arbeiterschaft in Form von Gewerkschaften und Sozialdemokratie – das ist bis heute das strukturelle Problem der SPD im Land.

Die neugewonnenen Gebiete Württembergs waren vollkommen anders. Oberschwaben ist nahezu geschlossen katholisch. Insgesamt war somit das neue Königreich beinahe paritätisch protestantisch–katholisch, aber mit sauberer territorialer Trennung, eigentlich bis nach dem Zweiten Weltkrieg, bevor Heimatvertriebene kamen und die zunehmende Mobilität zu einer stärkeren Durchmischung führte, ohne allerdings eine ganz neue Konfessionskarte zu schaffen.

Oberschwaben ist bis heute ein bäuerlich geprägtes Land, auch wenn sich in den letzten Jahrzehnten ein tiefgreifender ökonomischer Wandel vollzogen hat, mit bedeutenden Unternehmen und einer insgesamt sanften Industrialisierung. Ein agrarisches Vorzugsgebiet konnte Oberschwaben sein dank des Anerbenrechts, wonach nur einer den Betrieb übernehmen konnte. Die Geschwister mussten in andere Berufe ausweichen, gingen zu Bahn oder Post, wurden Lehrer, Ärzte, Pfarrer, oder sie gingen ins Kloster. Viele blieben als privilegierte Knechte und Mägde, ehelos, auf dem Hof des Erben. Die demografischen Verhältnisse blieben deshalb stabil. Es konnte sogar zu Arbeitskräftemangel kommen, der mit Kinderarbeit („Schwabenkinder“ aus Tirol und Vorarl-

berg) auszugleichen versucht wurde. Ein über Jahrhunderte sich hinziehender Aussiedlungs- und Arrondierungsprozess („Vereinödung“) hatte zudem betriebswirtschaftlich günstige Strukturen geschaffen, die sich auch auf das menschliche Miteinander auswirkten: Auf seinem Einzelhof konnte der Bauer König sein – oder Tyrann, was die Nachbarn nichts anging. Ein Liberalismus des Alltags konnte sich herausbilden: leben und leben lassen. Die Dörfer wurden auf Servicezentren, die zugleich Kommunikationszentren waren, reduziert: mit Kirche, Gasthaus, Rathaus und Schule.

Die kleinen Herrschaftsverhältnisse hatten vor Ort ein spannungsreiches Gegenüber von Herrschaft und Bauern geschaffen, das explodieren konnte (Bauernkrieg von 1525), aber selbst dann wieder in einen institutionalisierten und vertraglich abgesicherten Rahmen zurückfand, in das Gegenüber von Herrschaft und „Landschaft“ (wie die Korporation der Hofbesitzer sich nannte).

Entstehung einer oberschwäbischen Identität

Die neu ins Land gekommene württembergische Beamtenschaft trat gegenüber den neuen Untertanen paternalistisch auf. Ihre Vertreter sahen in diesem Landstrich eher einen „schwarzen Kontinent“, rückständig, mit malerischen Bräuchen wie Fasnacht und Blutritt, ein Land, das es zu missionieren galt, im Sinne des altwürttembergischen „Way of Life“. Die Betroffenen sahen darin einen Angriff auf ihr Wertesystem und ihre Lebensgewohnheiten. Die Folge: Die ehemaligen Untertanen der vielen an sich durchaus heterogenen Herrschaftsgebiete solidarisierten sich, besannen sich auf das Gemeinsame, und das war die katholische Konfessionszugehörigkeit. Unterstützt wurde dies organisatorisch noch durch die Gründung eines eigenen württembergischen Bistums mit Sitz in Rottenburg (1821). So konnte sich – gegen die neuen Herren in Stuttgart – eine neue gemeinsame oberschwäbische Identität bilden. Als dieser neue Regionalismus in Gestalt der Zentrumspartei sich politisierte, wurde die Stimme für das Zentrum bei Wahlen zugleich ein Bekenntnis zu Religion und Region. Von diesem Erbe hat die CDU bis heute zu profitieren vermocht. Auch hierauf beruht ihre strukturelle Mehrheit in Baden-Württemberg.

Die Entstehung von Oberschwaben als Region, mit eigener Identität, hat eine sich mit der Zeit überlagernde württembergische Identitätsbildung nicht verhindern können – die Überlagerung als typisches Phänomen und als typischer Prozess in der Identitätsbildung, einmal gesamtstaatlich-württembergisch ausgerichtet, einmal regional bestimmt. Damit war die einheitliche „Suevia superior“ durchbrochen, Oberschwaben im heutigen Sinne hatte sein Profil gewonnen.

Wie die Feldzeichen
zweier feindlicher Heere stehen sich
in Isny die beiden Zwiebeltürme
der Nikolaikirche und
der Klosterkirche St. Georg gegenüber.
Der eine steht für die evangelische Reichsstadt, der andere für die katholische Klosterherrschaft.



Eine Sakrallandschaft

Oberschwaben präsentiert sich äußerlich sichtbar als Sakrallandschaft: mit Kirchen, Klöstern, Wallfahrtsstätten, Kapellen und Wegkreuzen, die das Land markieren, als katholisch und barock-gegenreformatorisch. Die katholische Abwehrstrategie gegen den eindringenden Protestantismus setzte auf alle Sinne, um den Kampf um die Seelen zu gewinnen. Aus diesem Geist entstanden die prächtigen Barockkirchen und -klöster, Gesamtkunstwerke aus Architektur, Stuck, Skulpturen, Ausmalungen, verstärkt durch gewaltige Orgeln, prachtvolle Gottesdienste, die durchweg gefeiert wurden, mit kost-



Im Innern geht es zur Sache: Das Deckengemälde in St. Georg (Isny) zeigt, wie der Strahl der Monstranz, vermittelt über den Spiegel der Heiligen Kirche, den protestantischen Prediger trifft, der darauf mit all seinen Büchern in die Hölle stürzt (links unten im Bild). Das Motiv ist auch eine Anspielung auf die Prädikantenbibliothek im Turm der benachbarten protestantischen Nikolaikriche. Im Deckengemälde der katholischen Friedhofskirche wird das Thema wiederholt.

baren Gewändern, mit ausgeklügelten Riten, mit Weihrauch. Die Thematik der Bildprogramme sollte deutlich machen, was die katholische Konfession von der protestantischen unterscheidet: die Realpräsenz Christi im Altarsakrament in Gestalt der Monstranz, die Verehrung Mariens, insbesondere auch deren leibliche Aufnahme in den Himmel, und der Glaube an die heilende Mittlerfunktion der vielen Heiligen. Der kirchliche Barock ist Kunst gewordene Ideologie, wobei beide Wortbestandteile zu betonen sind. Gelegentlich wurden die Protestanten im Bildprogramm direkt angegriffen, wenn, wie in Kißlegg, der an seiner Halskrause erkennbare protestantische Prediger, vom Gnadenstrahl getroffen, mit all seinen Büchern in die Hölle stürzt. Massiver wirkt dieses Bildprogramm in Isny, wo die Klosterkirche St. Georg in unmittelbarer Nähe zur reichsstädtischen protestantischen Nikolaikirche steht. Dort im Turm befindet sich bis heute eine einzigartige Prädikantenbibliothek, die der theologischen (Fort-)Bildung der protestantischen Geistlichkeit diente. Der Bezug war klar. In der katholischen Friedhofskirche wird dieses Thema noch einmal aufgegriffen, wobei die Menschen in Isny im protestantischen Prediger, der mitsamt seiner Bücher in die Hölle stürzt, die Züge Martin Luthers sehen wollten. Die insgesamt prachtvolle Präsentation des Glaubens in der Kunst wurde ergänzt durch die Pflege der Volksfrömmigkeit mit Heiligenverehrung, Wallfahrten und vielerlei Bräuchen, wozu eben auch der Weingartner Blutritt gehört. Es war so eine Sakrallandschaft entstanden: außen wie im Inneren der Menschen, als Seelenlandschaft.

Im Zuge der Aufklärung wurden diese Bräuche strikt verboten, wodurch sich die aufgeklärten katholischen Pfarrherren nicht gerade Freunde machten. Die Bräuche waren längst Teil der bäuerlichen Lebenswirklichkeit. Das Hagelläuten, der Wettersegen, die Flurumritte sollten Menschen, Tiere und Ernte vor Schäden bewahren, die Anrufung von Heiligen sollte vor Krankheiten schützen. Als die katholische Kirche unter dem Trauma der Französischen Revolution – mit ihrer Profanierung von Kirchen, der blutigen Verfolgung von Priestern und Ordensleuten – eine strikte Wende gegen die Moderne vollzog, sich als ultramontaner Kampfverband formierte, quasimilitärisch organisiert, mit der Geistlichkeit als Offizierscorps, den Bischöfen als Generälen und dem Papst als Oberbefehlshaber unangreifbar im fernen Rom jenseits der Alpen („ultra montes“), wurde die Volksfrömmigkeit, wenngleich strikt kontrolliert, reaktiviert und ergänzt. Sie war emotionaler Kitt für eine sich ausbildende katholische Subkultur. So lebten Wallfahrten und auch der Blutritt wieder auf. Er wurde ergänzt durch die Lichterprozession zum Kreuzberg am Abend vorher.

Auch eine Adelslandschaft

Oberschwaben ist auch eine Adelslandschaft, mit alteingesessenen Herrschergeschlechtern wie den Waldburg-Zeil, Waldburg-Wolfegg (und noch weiteren Linien) und den Königsegg. Durch die Säkularisation kamen weitere Adelsgeschlechter ins Land, so die Quadt-Wyckradt und die Thurn und Taxis, die sich hier ausdehnen konnten. Selbst der Landesherr, das Haus Württemberg, wurde – und blieb – in Oberschwaben ansässig: im Deutschordensschloss zu Altshausen und im Priorat Hofen des Klosters Weingarten in Friedrichshafen. Da die durchweg katholischen Adelsfamilien ihre Mediatisierung als grobes Unrecht empfanden, waren sie dem württembergischen Staat und seinen liberalen Beamten gegenüber durchaus feindlich gesonnen, und verständlicherweise auch antiliberal. Die württembergische Politik musste ein Bündnis zwischen katholischem Adel und katholischer Landbevölkerung fürchten, was die Integration Oberschwabens ernsthaft gefährden konnte. Von daher rührt eine gezielte Gleichbehandlungspolitik von Protestanten und Katholiken, verbunden mit überaus freundlichen Gesten der württembergischen Könige Wilhelm I. und Karl gegenüber dem katholischen Bevölkerungsteil. Ein Kulturkampf wie in Baden konnte so vermieden werden. Für die Politik hilfreich war zudem das Spannungsverhältnis zwischen Adel und Landbevölkerung, die teilweise Unter-Untertanen adeliger Familien war, bis dann im Zuge der Revolution von 1848/49 die Privilegien der Standesherren abgeschafft wurden.

Im Konflikt zwischen Taktik und Prinzip hatte man sich in Stuttgart dann doch für das Prinzip entschieden: keine (oder fast keine) Privilegien mehr für den Adel. Der Adel konnte so auch in die moderne, sich demokratisierende Gesellschaft hineinwachsen, konnte in der württembergischen Ersten Kammer als Vertreter oberschwäbischer und katholischer Interessen auftreten, was eben ein Stück weit parlamentarische Sozialisation bedeutete. Familienmitglieder des Hauses Waldburg-Zeil übernahmen auch gewählte Mandate – schon in der Revolution, dann im Deutschen Reich –, wobei selbst beim „roten Fürst“ Constantin von Waldburg-Zeil, der in der Paulskirche zur Linken gehörte, noch antiwürttembergische Ressentiments mit im Spiel waren. Heute sind die Adeligen Oberschwabens längst in die Demokratie hineingewachsen. Von ihrem Herrendasein sind höfisches Zeremoniell und der Besitz von Schlössern geblieben. Ansonsten sind sie eher die „Chefs“ von Familien-Holdings mit zum Teil beachtlichem Besitz, auch jenseits von Land- und Forstwirtschaft. An die Stelle von Herrschaftsmacht ist die ökonomische Macht getreten.



Zu den bedeutendsten Adelsfamilien Oberschwabens gehören die Waldburger, mit den heute hier noch bestehenden Linien Waldburg-Wolfegg-Waldsee und Waldburg-Zeil-Trauchburg. Die einstigen Herrscher wurden durch die Mediatisierung 1806 württembergische Untertanen, behielten jedoch ihren Besitz. Insgesamt 33 solcher Standesherren gab es zu Anfang des 19. Jahrhunderts in Württemberg. Bis zum Ende der Monarchie im Jahr 1918 hatte sich ihre Zahl auf 18 nahezu halbiert. Das Bild von 1798 zeigt einen Wappenbaum der Familie Wolfegg, mit der Waldburg in der Mitte und den beschützenden Hausheiligen oben.



Reichsstädte sind wirtschaftliche und kulturelle Zentren, bis heute. Das gilt auch für Biberach an der Riss. Einzug hielt die Moderne mit der Südbahn, um die sich die Städte intensiv bemühten.
Sie verband schon 1850 Stuttgart mit Ulm, Biberach, Ravensburg und Friedrichshafen.
Der Stich von Eberhard Emminger von 1865 zeigt voller Stolz die Eisenbahn (rechts im Bild), als Statussymbol und Zeichen der neuen Zeit.
Heute ist Biberach der Sitz internationaler Firmen wie Böhringer Ingelheim, Liebherr, KaVo und Handtmann.

Immer auch schon eine Städtelandschaft

Von den 51 Freien Reichsstädten am Ende des Alten Reichs lagen 25 im heutigen Baden-Württemberg. Sieben davon findet man in Oberschwaben (Biberach, Buchau, Buchhorn/Friedrichshafen, Isny, Leutkirch, Ravensburg, Wangen), fünf weitere im unmittelbaren Umfeld (Memmingen, Lindau, Ulm, Pfullendorf, Überlingen). Die vorderösterreichischen „Donaustädte“ einschließlich Ehingen hatten annähernd reichsstadtähnlichen Charakter (Mengen, Munderkingen, Riedlingen, Saulgau, Waldsee). Den Reichsstädten wird eine strukturelle Affinität zur Reformation nachgesagt, doch in Oberschwaben sind lediglich Isny und Leutkirch protestantische Reichsstädte – dem Ursprung nach, denn da das Umland katholisch ist, ist die Bevölkerungsmehrheit längst katholisch. Biberach und Ravensburg sind paritätische Reichsstädte, in denen Protestanten und Katholiken gleichberechtigt waren.

Global Players gibt es auch in der Provinz, wenn es denn „Provinz“ überhaupt noch geben sollte. Durch ganz Oberschwaben zieht sich ein Band bedeutender Industriebetriebe. Die Firma Weishaupt in Schwendi, vor 75 Jahren gegründet, ist Spezialist für Brennsysteme und Klimatechnik. Sie beschäftigt 3000 Menschen – und leistet sich einen Verwaltungs- und Ausstellungsbau des renommierten amerikanischen Architekten Richard Meier.



Wirtschaftsgeschichtlich gesehen waren und sind die Reichsstädte Wirtschaftsmotoren und kulturelle Zentren, in der Vergangenheit wie auch heute. Hier ist die Bevölkerung wendig und erfindungsreich – und sie weiß zu leben. Längst ist Oberschwaben im Zuge der Industrialisierung ein moderner Wirtschaftsstandort geworden. So zieht sich von Ulm her über Laupheim, Biberach, Bad Waldsee, Weingarten, Ravensburg bis hin nach Friedrichshafen, dabei immer wieder auf die Dörfer und kleinen Städte im Umland (wie z. B. Laupheim, Ochsenhausen, Schwendi) ausgreifend, ein Band wichtiger Industriebetriebe, die nicht selten Global Players sind, mit teilweise hohen Marktanteilen. Attraktiv ist dieses Land geblieben, dank seiner guten Wirtschaftsstruktur, ziemlich gesunden Umwelt und einem hohen Freizeitwert.



Einer der bedeutendsten Automobilzulieferer der Welt ist die Zahnradfabrik Friedrichshafen (ZF), 1915 gegründet. Mit mehr als 60 000 Beschäftigen weltweit, davon 40 000 in Deutschland, ist die Firma der Heimat verbunden geblieben. Die Titelseite einer Autozeitschrift von 1940 zeigt nicht nur das Ausgangsprodukt Zahnrad und die „Kundschaft“ Automobil, sondern auch die Heimatstadt Friedrichshafen mit Bodensee und Alpenpanorama. Die ZF gehört zu fast 100 Prozent der Zeppelin-Stiftung, die sich wiederum im Besitz der Stadt Friedrichshafen befindet.



Deutschordensschloss und Stadt Mergentheim repräsentieren die wechselvolle Geschichte des Territoriums: bis 1809 souveräner Sitz der deutschordischen Regierung und der fränkischen Provinz des Ritterordens (Ballei), ab 1809 Zentrum im nördlichen Württemberg.

Der Mergentheimer Aufstand am 29. Juni 1809

Ein Zeichen des Widerstands gegen Württemberg?

Daniel Kirn

An einem Donnerstagnachmittag – am 29. Juni 1809 kurz nach 16 Uhr – konnten die württembergischen Truppen den als Mergentheimer Aufstand bezeichneten Aufruhr im Norden des 1806 neu gegründeten Königreichs kurzerhand niederschlagen, das dortige Territorium des aufgelösten Deutschen Ordens besetzen und der Krone Württembergs endgültig zuschlagen. Dieses Ereignis, das je nach Standpunkt der Zeitzeugen mehr oder minder blutig verlief, war der einzige größere Aufruhr im Zuge der napoleonischen Umwälzungen zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Südwestdeutschland.

Wie ist dieser Mergentheimer Aufstand zu bewerten? War er ein Volksaufstand, der sich gegen die württembergische Besatzungsmacht wandte? Wurde er von alten Eliten des Deutschen Ordens, die ihre früheren Rechte erhalten und die alte deutschordische Herrschaft wiederaufleben lassen wollten, provoziert?

Oder ordnet sich der Mergentheimer Aufstand in die Tradition frühneuzeitlicher Bauernaufstände ein, die gegen die Durchsetzung bestehender, aber selten praktizierter Herrschaftsrechte revoltierten? Doch wenden wir uns zunächst der politischen Situation des frühen 19. Jahrhunderts und dem Jahr 1809 zu, das für die Stadt und die Region Mergentheim entscheidend werden sollte.





Auf einer Bergnase des Albtraufs bei Lauchheim im Ostalbkreis steht die Kapfenburg, die zeitweilig der Sitz des Hoch- und Deutschmeisters war.

Der Deutsche Orden hat Säkularisation und Mediatisierung überstanden

Nach den Umwälzungen der Französischen Revolution hatten die deutschen Fürsten Anfang des 19. Jahrhunderts mit Napoleon I. Bonaparte eine Entschädigung für die Reichsfürsten ausgehandelt – für deren verhältnismäßig kleine territoriale Verluste im Elsass, das zwar seit 1648 formell zu Frankreich zählte, dessen Grundbesitz aber mehrheitlich in deutscher Hand lag: Zum Ausgleich durften die Reichsfürsten Güter der katholischen Kirche konfiszieren und besetzte Territorien ihren Ländern zuschlagen. Das Heilige Römische Reich mit seiner rund 800-jährigen Tradition war gelähmt durch die beiden großen Territorien Österreich und Preußen, deren Hunger nach einer Ausdehnung ihrer Landesgrenzen dem der kleineren Fürsten selbstverständlich in nichts nachstand. Im Kalkül Frankreichs lag es dabei, dass im Süden Deutschlands nur noch etwa gleich große Staaten existieren sollten, die sich gegenseitig kontrollieren, nicht von Österreich, Bayern oder Preußen annektiert und so zu einem mächtigen Gegner Frankreichs werden konnten. Und so wurde 1803 im Reichsdeputationshauptschluss unter anderem festgelegt, dass das Territorium Badens um das Vierfache, das größere württembergische Territorium nur um das Doppelte anwachsen sollte; die Mediatisierung im Jahr 1805 vergrößerte die Territorien Württembergs und Badens dann erneut.

Diese territorialen Umwälzungen und die Auflösung der katholischen Orden in den meisten deutschen Staaten hatte der Deutsche Orden zunächst recht glimpflich überstanden. In den Jahrzehnten nach seiner Gründung 1198 hatte der Deutsche Orden in Livland, Pommern und Preußen einen großen Ordensstaat aufbauen können, der allerdings 1525 zu einem säkularen protestantischen Staat geworden war. Nachdem der Orden im eigenen Staat praktisch aufgehört hatte zu existieren, waren die Ordensritter und -priester, die weiterhin nach monastischer Gewohnheit zusammenleben wollten, in die größte noch verbliebene Ordensprovinz Deutschland geflüchtet, deren in Balleien zusammengefasste Ordenshäuser bis dahin dem Deutschmeister, dann dem in einem Amt vereinigten Hoch- und Deutschmeister unterstellt waren. Zunächst residierte der Hoch- und Deutschmeister auf der Kapfenburg, bis diese im Bauernkrieg belagert wurde und als Sitz der deutschordischen Regierung nicht mehr ausreichte. In Folge umfangreicher Schenkungen des Hauses Hohenlohe im 13. Jahrhundert besaß der Orden auch größere Gebiete um Mergentheim sowie die Stadt selbst, die der Hoch- und Deutschmeister fortan als Regierungssitz wählte. Dieses nun Meistertum genannte Gebiet erfüllte fortan eine dreifache Funktion: Es war Sitz des höchsten Ordensritters, gleichzeitig Sitz der Ordensregierung, und es war eine Ballei mit Ordensrittern, die direkt dem Hoch- und Deutschmeister unterstellt waren.

Mit großen politischen und finanziellen Anstrengungen war es dem Deutschen Orden als geistlichem Institut gelungen, die Auflösung und Einverleibung von klösterlichem und kirchlichem Vermögen durch die weltlichen Staaten (Säkularisation)

infolge des Reichsdeputationshauptschlusses von 1803 zu überstehen. Er konnte sogar einige wirtschaftlich unbedeutende Frauenklöster als Entschädigung für den Verlust der Ballei Elsass-Lothringen übernehmen. Auch die Mediatisierung, die Aufhebung der Reichsunmittelbarkeit weltlicher Reichsstände, überstand der Deutsche Orden 1805 recht unbeschadet, da der amtierende Hoch- und Deutschmeister ein österreichischer Prinz war und sich Österreich deshalb für den Erhalt des Meistertums verwandt hatte. Freilich war das Meistertum dadurch faktisch zu einem österreichischen Territorium geworden, da seit 1805 immer ein österreichischer Prinz Hoch- und Deutschmeister werden musste, sollte das Gebiet nicht gänzlich an Österreich fallen. Und doch vermochte diese Ordensstruktur das Fortbestehen des Meistertums auch nach 1806, als das benachbarte Württemberg Königreich wurde, zu sichern.

Erst 1809 kann sich Württemberg Mergentheim aneignen

König Friedrich I. konnte die Existenz eines österreichischen Gebiets im Norden Württembergs nicht recht sein, war sein Land doch schon im Süden von Österreich bedroht: Zu dieser Zeit hätten Bayern, Österreich und Frankreich jederzeit gegen Württemberg vorgehen und versuchen können, sich das neue, strategisch wichtige Königreich einzuverleiben. Um diesem Schicksal zu entgehen, war Württembergs Strategie auf Wachstum ausgerichtet, und das Meistertum bot hierzu eine zweifache Chance: einerseits das Territorium Württembergs zu vergrößern, andererseits sich aus der Umklammerung Österreichs zu lösen. Doch eine zeitnahe Besetzung des Meistertums wäre nach 1806 politisch unklug gewesen, da sich Württemberg damals der Unterstützung Frankreichs noch nicht sicher sein konnte. 1809 aber änderte sich die politische Lage grundlegend: Aufgrund des österreichisch-französischen Krieges, den Württemberg an der Seite Frankreichs führte, war Württemberg plötzlich Frontgebiet und wegen seiner gemeinsamen Grenzen mit Österreich potenziell gefährdet.

Ansicht der Stadt Mergentheim zu Beginn des 19. Jahrhunderts.



König Friedrich I. von Württemberg ließ das Meistertum Mergentheim besetzen und den Mergentheimer Aufstand niederschlagen.



Unmittelbar nach Kriegsausbruch im Frühjahr 1809 besetzte Württemberg deshalb mit Billigung Napoleons I. Bonaparte die Gebiete des Meistertums und setzte die deutschordische Regierung ab. Gleichwohl verlief diese Übernahme ruhig und geordnet, denn immerhin waren die Mergentheimer Besetzungen dies bereits aus früheren Kriegen gewöhnt und deshalb zuversichtlich, im abschließenden Friedensvertrag immer noch die Eigenständigkeit zu retten und die Truppen zum Abzug zu bewegen. Warum also nicht auch dieses Mal?

Entgegen anderslautender Berichte aus zweiter und dritter Hand berichtete das offizielle Übergabeprotokoll nichts Außergewöhnliches: Der württembergische Kommandant wurde von der deutschordischen Regierung ins Rathaus geleitet, wo ihm die Kassen, das Archiv und die Registratur übergeben wurden. Die Mitglieder der ehemals deutschordischen Regierung schworen auf den württembergischen König und wurden so zu dessen Beamten. Anderes ereignete sich an diesem Tag nicht. So berichtete der neu eingesetzte württembergische Landeskommissar Eugen von Maucler an König Friedrich I., dass „nicht das geringste Hinderniss oder Unordnung stattfand", und auch die deutschordische Regierung erklärte, sich in die „Umstände willig zu fügen und überall Gehorsam zu leisten".

Die neue württembergische Verwaltung

Württembergs Ziel war es, möglichst viel Profit aus dem besetzten Gebiet zu ziehen, bevor es nach einem endgültigen Friedensschluss in das Königreich integriert werden konnte. Doch neben die großen Einkünfte, die Württemberg durch die Übernahme des deutschordischen Territoriums erhalten hatte, traten auch Lasten, beispielsweise für eine angemessene Versorgung der ehemals deutschordischen Beamten. Zum Zwecke der Profitoptimierung baute der Landeskommissar eine umfangreiche Verwaltung nach württembergischem Vorbild auf, die im Gegensatz zur deutschordischen Verwaltung äußerst leistungsfähig war. Der neue württembergische Verwaltungsaufbau führte dazu, dass viele Rechte, die bislang Gewohnheitsrecht gewesen waren, wegfielen und festgeschriebene Rechte, die aber kaum einmal eingefordert wurden, plötzlich durchgesetzt werden sollten. Auch ließ der württembergische König die Mobilien des Schlosses inventarisieren, Kirchengeräte aus den noch immer katholischen Kirchen zum Einschmelzen ins protestantische Stuttgart bringen und umfangreiche Listen über den Grundbesitz des Ordens erstellen, ja sogar die Pflanzen im Garten der Trapponei, einer Wirtschaftsbehörde des Ordens, wurden akribisch verzeichnet. Im Verlauf dieser Verwaltungsakte ließ insbesondere die Zusammenstellung der Württemberg rechtlich zustehenden, aber vom Orden früher nur ungenügend eingetriebenen Steuern und Gefälle die württembergische Besatzung als drückend erscheinen. Dass aber sogar die Särge der Hoch- und Deutschmeister um ihres Materialwertes willen nach Stuttgart gebracht worden sein sollen, dürfte weniger der Wahrheit, als eher einer gekränkten Wahrnehmung im späteren Rückblick auf den gescheiterten Aufstand entsprechen.

Unterdessen begann sich der österreichisch-französische Krieg unerwartet in die Länge zu ziehen. Je länger er aber dauerte und je sicherer der Sieg Frankreichs und Württembergs wurde, desto unruhiger wurde die Lage in Mergentheim, nicht zuletzt durch die Durchsetzung der Salzregie zur Kontrolle des Salzhandels und die forcierte Besitznahme von Pferden zur militärischen Nutzung – Maßnahmen, die in Mergentheim zu wachsendem Unmut führten.

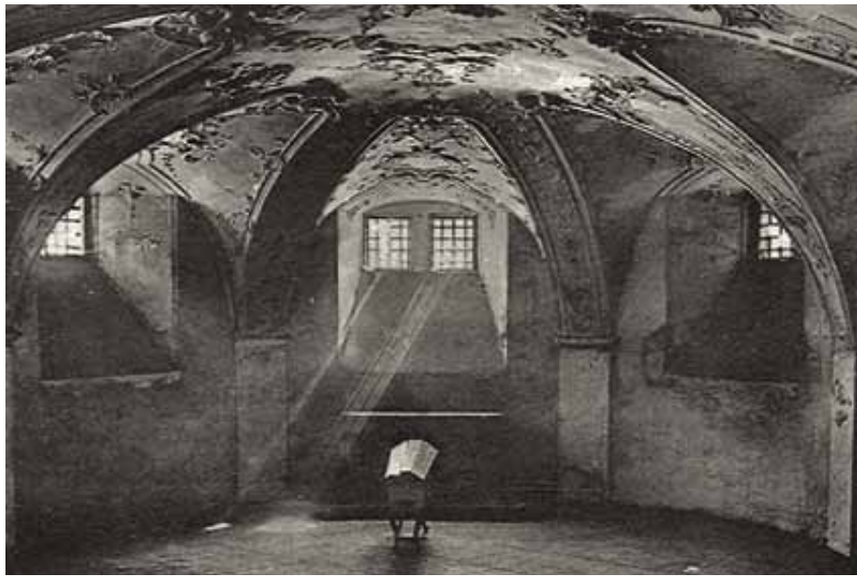
Die Truppenaushebung als Stein des Anstoßes

Aus württembergischer Sicht aber war effektives Handeln zwingend notwendig, denn neben der militärischen Auseinandersetzung mit Österreich stellte nun auch noch der Aufstand des Andreas Hofer in Tirol eine Bedrohung dar, war es doch immerhin möglich, dass dieser Aufstand auch nach Württemberg übergreifen und dies den Einsatz von Truppen im Innern notwendig machen könnte. König Friedrich I. benötigte folglich dringend weitere Truppen, um einerseits seiner Bündnisverpflichtung mit Frankreich nachkommen und andererseits das eigene Territorium schützen zu können. Da die württembergischen Lande aber bereits viele Truppen gestellt hatten, erging nun an den Landeskommissar Eugen von Maucler, den obersten Verwalter im ehemaligen Meistertum, der Befehl, in und um Mergentheim Truppen ausheben zu lassen.

Von Maucler warnte vergeblich davor, in einer solch unruhigen Stimmung Truppen im Meistertum ausheben zu lassen, nicht zuletzt deshalb, weil bei der Besetzung die Mergentheimer Wehrpflichtigen unter der Zusicherung erfasst worden waren, es handele sich lediglich um einen Verwaltungsakt und man denke nicht daran, tatsächlich Truppen auszuheben. Für zusätzlichen Unmut sorgte, dass die württembergische Konskriptionsordnung vorsah, jeden Tauglichen tatsächlich einzuziehen: Das bisher im deutschordischen Territorium gültige Einstellerwesen, also einen bezahlten Stellvertreter zum Militärdienst zu senden, wurde ebenso abgeschafft wie die Freiwilligkeit des Militärdienstes. So wunderte es die ohnehin stark beunruhigte Bevölkerung auch nicht, dass das Versprechen, die ehemaligen deutschordischen Untertanen nur zu mustern, aber nicht zu rekrutieren, gebrochen wurde.

Am Morgen des 26. Juni 1809 rückten württembergische Truppen in Wachbach nahe Mergentheim ein, wo sogleich mit der Aushebung begonnen wurde. Die mit der Aushebung beauftragten Soldaten stellten sich jedoch recht dilettantisch an und ließen sich von den aufgebrachten Dorfeinwohnern entwaffnen. Lediglich ein Reiter konnte ins nahe Künzelsau fliehen und von dort Nachricht über den Aufstand nach Stuttgart senden. Die Wachbacher Bauern, wohl berauscht von ihrem Erfolg, sammelten sich und zogen nach Mergentheim. Unterwegs schlossen sich immer mehr Einwohner – nicht nur Bauern, sondern Angehörige aller gesellschaftlichen Gruppen – diesem Zug an, der am späten Vormittag die Stadttore Mergentheims erreichte. Dort hatte man zwar inzwischen vom Scheitern des Aushebungskommandos gehört, konnte aber nicht mehr rechtzeitig Gegenmaßnahmen einleiten. Die württembergische Regierung, vermutlich sogar der Landeskommissar selbst, ließ den Aufständischen die Tore öffnen, um einen möglicherweise blutigen Kampf zu vermeiden. Die Aufständischen gelangten ohne Widerstand in die Stadt, suchten rasch nach den Mitgliedern der württembergischen Regierung und Verwaltung und setzten diese gefangen. Drei Tage zuvor arretierte österreichische Soldaten wurden befreit, und einer dieser Soldaten wurde zum „Anführer“ der Aufständischen gemacht.

Die Gruft der Hoch- und Deutschmeister.
Angeblich sollen die Württemberger
die metallenen Särge zum Einschmelzen nach
Stuttgart gebracht haben. In den
Quellen finden sich dafür jedoch keinerlei Belege.



Keine klaren Zielvorstellungen der Aufständischen

Die Mergentheimer hofften wohl, dass österreichisches Militär in der Nähe sei und zugunsten des Meistertums eingreifen werde. Das Verhindern der Aushebung in Wachbach, das Eindringen in die nahe Stadt und die Befreiung der österreichischen Soldaten waren Erfolge, die die Aufständischen vorzuweisen hatten. Sie hatten allerdings keine Vorstellung davon, was denn eigentlich genau erreicht werden sollte. Darüber, wie dieser überraschende Erfolg gesichert werden sollte, scheinen sich die Aufständischen keine Gedanken gemacht zu haben, jedenfalls finden sich in den Quellen weder ein politisches Programm noch Leitlinien für Verhandlungen mit Württemberg. Aus Mangel an politischen Vorschlägen entschied man sich deshalb, zunächst einmal die Weinkeller aufzubrechen und sich am Inhalt der Fässer gütlich zu tun, bis „beinahe alle bis zur Sinnlosigkeit betrunken waren".

Am folgenden Tag kehrten die Aufständischen, die über Nacht zu ihren Familien zurückgekehrt waren, in die Stadt zurück. Es wurden nun Verhandlungen darüber aufgenommen, den Landeskommissar nach Stuttgart zu senden, damit dieser dem König persönlich Bericht erstattete. Die Entsendung von Mauclers scheiterte zwar, doch sandten die Aufständischen an dessen Stelle einen Major und einen Hauptmann nach Stuttgart, um Friedrich I. zu bestellen, dass die deutschordischen Gebiete bis zu einem endgültigen Frieden bei Österreich verbleiben wollten.

Eine in der Literatur häufig geäußerte These geht davon aus, dass die Aufständischen damit die alte Herrschaft des Deutschen Ordens wiederherstellen wollten. Doch dazu hätten die Aufständischen die inzwischen in württembergische Dienste übernommenen Beamten wieder einsetzen müssen, woran diese jedoch überhaupt kein Interesse hatten, da sie im Falle eines württembergischen Sieges ihre Stellung und

Der Eingang zum Deutschordensschloss: In Mergentheim war der Sitz der deutschordischen Regierung.



sichere Besoldung verloren hätten oder gar als Revolutionäre hingerichtet worden wären. Die Aufständischen – so geht es aus den Quellen hervor – konnten und wollten also nicht unbedingt die deutschordische Regierung wiederherstellen, sondern vielmehr am Gewohnten festhalten: dass es auf dem Mergentheimer Gebiet eben keine Aushebungen geben und dass über das Schicksal der Regierung und des Meistertums erst nach einem Friedensvertrag entschieden werden solle.

Am mittlerweile dritten Tag des Aufstandes wurden Aufständische ausgeschickt, um noch mehr Männer in der Stadt aufzubieten, wozu auch mit den Kirchenglocken Sturm geläutet wurde. Dies zeigte am vierten Tag, dem 29. Juni 1809, Wirkung, als bereits ab dem frühen Morgen Aufständische in die Stadt eilten. Die Aufständischen bildeten fünf Kompanien, wovon eine die württembergischen Beamten der festgesetzten Regierung zu schützen hatte und die übrigen für Ruhe und Ordnung in der Stadt sorgen sollten. Schließlich jedoch überzeugten die Bürgermeister Hornstein und Herzberger die Aufständischen aus dem Umland von der militärischen Notwendigkeit, einen Teil der Kompanien auf die Wiesen vor der Stadt zu verlegen.

Die Niederschlagung des Aufstandes

Unterdessen war in Stuttgart der Aufstand lediglich zur Kenntnis genommen worden, denn König Friedrich I. befand sich in einer sehr komfortablen Lage: Er hatte zufällig am ersten Tag des Aufstandes ein Truppenkontingent mit 2800 Mann Infanterie, 300 Mann Kavallerie und zwei Kanonen aufgestellt, das er im Norden gegen die Österreicher einzusetzen gedachte. Dieses Kontingent war denn auch noch am ersten Aufstandstag – wohl motiviert vom Bericht des über Künzelsau geflohenen Dragoners – in Richtung Mergentheim vorgerückt. Die Soldaten näherten sich Mergentheim von Süden her, trafen an der Weggabelung Stuppach–Wachbach auf die ersten Aufständischen und erschossen einen Mergentheimer Tambour. Dies führte zu einer unkontrollierten Flucht der Aufständischen, die durch eine Zangenbewegung der württembergischen Truppen noch verstärkt wurde. Zwar gelang es einigen Aufständischen, aus den stadtnahen Weinbergen die württembergischen Truppen zu beschießen, den gut geschulten württembergischen Truppen aber hatten sie wenig entgegenzusetzen. Am Ende des Tages zählten die Aufständischen zwischen 30 und 150 Tote – tatsächlich werden etwa 50 bis 60 Aufständische ihr Leben verloren haben –, die

Der historische Marktplatz Bad Mergentheims mit der spätgotischen Kirche St. Johannes.



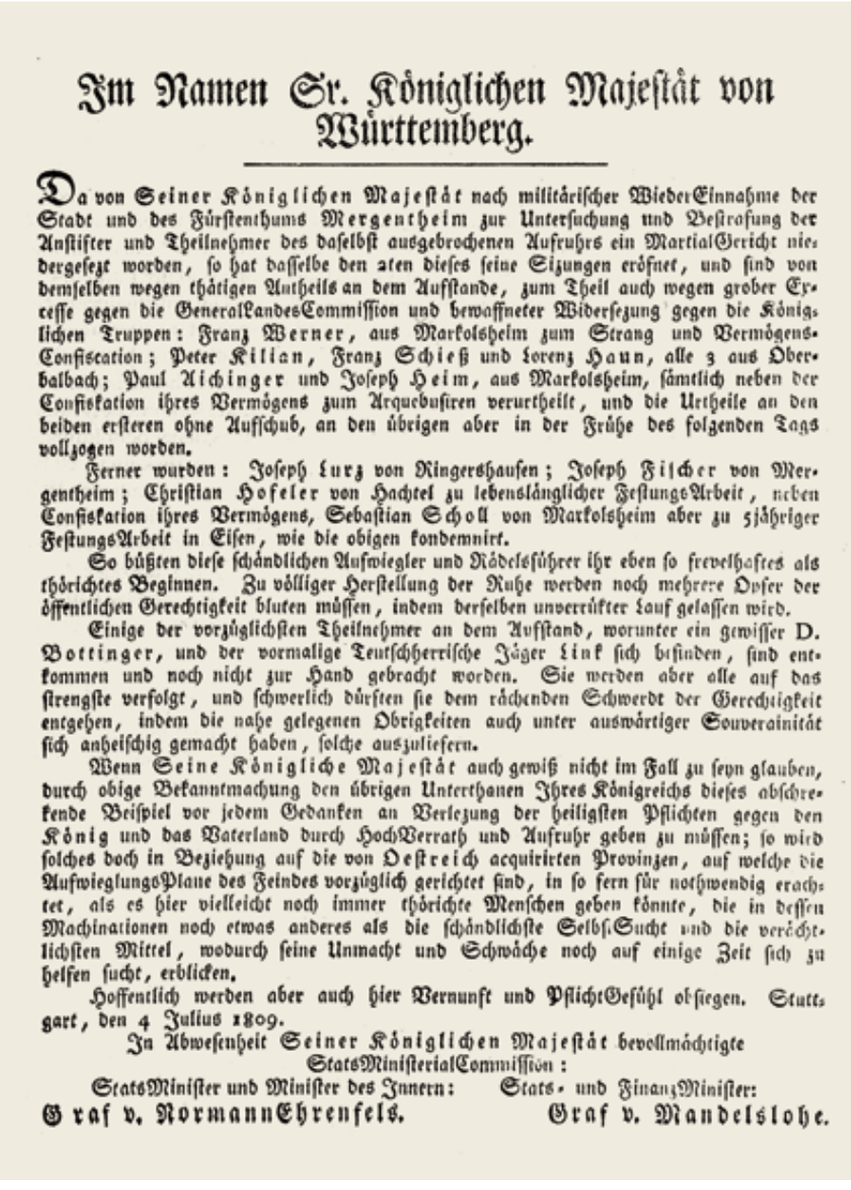
Württemberger hatten den Verlust von elf Infanteristen und eines Unteroffiziers zu beklagen. Als die Württemberger in die Stadt eingedrungen waren, dauerte es jedenfalls nicht einmal zehn Minuten, bis die Stadt wieder unter württembergischer Kontrolle stand.

Die gerichtliche Aufarbeitung: fünf Todesurteile

Die anschließenden politischen Aufräumarbeiten des Mergentheimer Aufstandes dauerten freilich länger. Landeskommissar von Maucler wurde mit sofortiger Wirkung ab- und das Militärrecht eingesetzt, Zusammenrottungen wurden verboten und alle Waffen eingezogen. Im weiteren bewies König Friedrich I. zwar Augenmaß und erklärte, dass alle flüchtigen Aufständischen, die innerhalb dreier Tage nach Hause zurückkehrten, nicht als „Rebellen, sondern nur als Theilnehmer an den […] kürzlich ausgebrochenen Unruhen“ angesprochen werden sollten. Doch ganz ohne gerichtliche Aufarbeitung wollte der Württemberger den Aufstand nicht auf sich beruhen lassen: Er setzte ein Martialgericht ein, das die am Aufstand beteiligten auffinden und entsprechend bestrafen sollte. Die Untersuchungsakten dieses Martialgerichtes sind zwar umfangreich, demgegenüber stehen aber

nur wenige Verurteilungen: Insgesamt wurden nur neun Aufständische verurteilt, davon allerdings fünf zum Tode. Nach diesem Exempel gingen die württembergischen Behörden jedoch dazu über, recht milde Strafen auszusprechen, die aber natürlich immer noch den damals üblichen Einzug des Vermögens und Festungsarbeit umfassten.

Mit dieser Verurteilung von Aufständischen war der Mergentheimer Aufstand innerhalb kürzester Zeit niedergeschlagen. Allerdings führten die wissenschaftliche Untersuchung seines Verlaufs, das fehlende Programm der Aufständischen und deren ausdrückliche Forderung nach der Wahrung des guten alten Rechts – und nicht die Forderung nach Neuem – dazu, hier nicht von einem Aufstand gegen die absolutistische württembergische Herrschaft zu sprechen, sondern lediglich von einer Erhebung, die zum Ziel hatte, die Interessen und Positionen der ehemaligen deutschordischen Einwohner zu wahren. Der milde Umgang Friedrichs I. mit den Aufständischen spricht dafür, dass dieser die Ereignisse ebenso bewertete.



Im Namen Sr. Königlichen Majestät von Württemberg.

Da von Seiner Königlichen Majestät nach militärischer WiederEinnahme der Stadt und des Fürstenthums Mergentheim zur Untersuchung und Bestrafung der Anstifter und Theilnehmer des daselbst ausgebrochenen Aufruhrs ein MartialGericht niedergesezt worden, so hat dasselbe den 2ten dieses seine Sizungen eröfnet, und sind von demselben wegen thätigen Antheils an dem Aufstande, zum Theil auch wegen grober Excesse gegen die GeneralLandesCommission und bewaffneter Widersezung gegen die Königlichen Truppen: Franz Werner, aus Markolsheim zum Strang und Vermögens-Confiscation; Peter Kilian, Franz Schieß und Lorenz Haun, alle 3 aus Oberbalbach; Paul Aichinger und Joseph Heim, aus Markolsheim, sämtlich neben der Confiskation ihres Vermögens zum Arquebusiren verurtheilt, und die Urtheile an den beiden ersteren ohne Aufschub, an den übrigen aber in der Frühe des folgenden Tags vollzogen worden.

Ferner wurden: Joseph Lurz von Ringershausen; Joseph Fischer von Mergentheim; Christian Hofeler von Hachtel zu lebenslänglicher FestungsArbeit, neben Confiskation ihres Vermögens, Sebastian Scholl von Markolsheim aber zu 5jähriger FestungsArbeit in Eisen, wie die obigen kondemnirt.

So büßten diese schändlichen Aufwiegler und Rädelsführer ihr eben so frevelhaftes als thörichtes Beginnen. Zu völliger Herstellung der Ruhe werden noch mehrere Opfer der öffentlichen Gerechtigkeit bluten müssen, indem derselben unverrükter Lauf gelassen wird.

Einige der vorzüglichsten Theilnehmer an dem Aufstand, worunter ein gewisser D. Bottinger, und der vormalige Teutschherrische Jäger Link sich befinden, sind entkommen und noch nicht zur Hand gebracht worden. Sie werden aber alle auf das strengste verfolgt, und schwerlich dürften sie dem rächenden Schwerdt der Gerechtigkeit entgehen, indem die nahe gelegenen Obrigkeiten auch unter auswärtiger Souverainität sich anheischig gemacht haben, solche auszuliefern.

Wenn Seine Königliche Majestät auch gewiß nicht im Fall zu seyn glauben, durch obige Bekanntmachung den übrigen Unterthanen Ihres Königreichs dieses abschreckende Beispiel vor jedem Gedanken an Verlezung der heiligsten Pflichten gegen den König und das Vaterland durch HochVerrath und Aufruhr geben zu müssen; so wird solches doch in Beziehung auf die von Oestreich acquirirten Provinzen, auf welche die AufwieglungsPläne des Feindes vorzüglich gerichtet sind, in so fern für nothwendig erachtet, als es hier vielleicht noch immer thörichte Menschen geben könnte, die in dessen Machinationen noch etwas anderes als die schändlichste Selbst-Sucht und die verächtlichsten Mittel, wodurch seine Unmacht und Schwäche noch auf einige Zeit sich zu helfen sucht, erblicken.

Hoffentlich werden aber auch hier Vernunft und PflichtGefühl obsiegen. Stuttgart, den 4 Julius 1809.

In Abwesenheit Seiner Königlichen Majestät bevollmächtigte StatsMinisterialCommission:

StatsMinister und Minister des Innern: Graf v. NormannEhrenfels.

Stats- und FinanzMinister: Graf v. Mandelslohe.

Auch eine badisch-württembergische Auseinandersetzung?

Allerdings gibt es noch eine weitere Deutung der Ereignisse: War der Mergentheimer Aufstand am Ende doch eine badisch-württembergische Auseinandersetzung, die eskalierte? Umstritten war schon vor den Ereignissen von 1809 die territoriale Zugehörigkeit einzelner Dörfer. So war beispielsweise die Herrschaft über das Dorf Oberbalbach seit 1807 zwischen dem Deutschen Orden und dem neu entstandenen Großherzogtum Baden geteilt. Das Territorium des Meistertums war also auch schon vor den Tagen des Aufstandes von 1809 nicht vollständig im Besitz des Deutschen Ordens. Vielmehr hatten Baden und Württemberg bereits einzelne Rechte daran besessen. Und wie Württemberg die deutschordischen Territorien besetzt hatte, so hatte auch Baden nach der Kriegserklärung Frankreichs an Österreich die ihm genehmen Gebiete besetzt. Zwar hatte der württembergische Landeskommissar die öffentlich angeschlagenen badischen Besitzpatente wieder entfernen lassen, doch konnte sich die Bevölkerung nicht sicher sein, zu wem sie nun gehörte und wem sie Gehorsam schuldig sei. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass von den später hingerichteten fünf Aufständischen drei aus den ehemals badisch besetzten Orten stammten. Bezieht man die unsichere territoriale Zugehörigkeit einzelner Orte im Bereich des Meistertums in die wissenschaftliche Erklärung des Aufstandes ein, so fällt auf, dass gerade die badischen Aufständischen auf ein Eingreifen Österreichs hoffen konnten und mussten, denn immerhin hatte Österreich eine führende Rolle in den nun badisch gewordenen Territorien des Breisgaus gespielt. So wird auch verständlich,

Mit dieser Urkunde wurde die Hinrichtung der Aufständischen verkündet. Der übergroße Teil der „Insurgenten“ kam aber mit dem Leben davon.



Anton Viktor war der letzte Hoch- und Deutschmeister in Mergentheim.

warum es gerade in Mergentheim – und nicht in den anderen Gebieten „Neuwürttembergs“ – zu einer Erhebung kam. Denn in den übrigen neuwürttembergischen Gebieten war es schlichtweg aussichtslos, sich gegen den württembergischen Anspruch zu stellen. In Mergentheim aber bestand eine reale Chance, in den Auseinandersetzungen zwischen Württemberg und Baden diese gegeneinander auszuspielen und zumindest kurzfristig eine relative Unabhängigkeit bewahren zu können. Dass es dem Großherzogtum Baden mit der Verteidigung seiner Gebietsansprüche durchaus ernst war, zeigte sich, als es Truppen nach Edelfingen verlegen ließ, um ein mögliches Einrücken der Württemberger militärisch zu verhindern. Dieser potenzielle Konflikt konnte aber diplomatisch gelöst werden: Ein knappes Jahr nach den Vorfällen in Mergentheim einigten sich Baden und Württemberg endgültig auf ihre bestehenden Grenzen.

Versuch einer Bewertung

Wie ist nun also dieser Mergentheimer Aufstand abschließend zu bewerten? Sicher war er kein Volksaufstand, der sich allein gegen die württembergische Besatzungsmacht richtete. Schon eher trug der Länderschacher zwischen Württemberg und Baden dazu bei, die ehemaligen deutschordischen Untertanen zu verunsichern und die Stimmung in der Bevölkerung zu erhitzen. Vor allem aber reiht sich der Mergentheimer Aufstand in die Tradition der frühneuzeitlichen Bauernaufstände ein, die als Anliegen die Sicherung bzw. Wiederherstellung des guten, alten Rechts vertraten, für das der Deutsche Orden bildhaft stand. Eine Rückkehr der deutschordischen Regierung – vielleicht sogar von ehemaligen Mitgliedern der Regierung initiiert – und eine Wiederaufrichtung der deutschordischen Herrschaft waren jedoch nicht die eigentlichen Ziele des Mergentheimer Aufstandes.

Auch wenn König Friedrich I. die Aufständischen recht milde behandelt hatte, wurde die Stadt doch symbolisch bestraft: Demonstrativ wurde sie nicht in der Liste der Guten Städte – nach französischem Vorbild erhielten besonders bedeutende Städte eines Territoriums diesen Ehrentitel – verzeichnet, und ein Besuch des Königs erfolgte nur widerwillig. Umgekehrt verspürten aber auch die ehemals deutschordischen Untertanen wenig Lust, sich in den neuen Staat Württemberg zu integrieren. Allerdings blieben diese Animositäten nur von kurzer Dauer. Spätestens mit der Entdeckung seiner Heilquellen im Jahre 1826 stieg Mergentheim zum regionalen Kurort auf, der mit seiner Geschichte, seinen Kurangeboten und Freizeitwerten auch so manchen Stuttgarter Bürokraten in den Norden Württembergs lockte. Doch vergessen hat man seine deutschordische Geschichte nicht: So hält beispielweise das Deutschordensmuseum die Erinnerung an diese Zeit mit seinen wechselnden Ausstellungen und vielfältigen Vorträgen wach, und am Sankt-Georgs-Tag versammeln sich in der Tauberstadt die Deutschmeistervereine aus Österreich und Deutschland zu ihrem jährlichen Treffen. Die Geschichte des Deutschen Ordens und die Erinnerung an den „Mergentheimer Aufstand“ ist so noch heute ein zentraler Erinnerungsort im nordöstlichen Baden-Württemberg.



Erbhuldigung der Deputierten der ehemaligen Fürstentümer Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen am 23. August 1851 auf der Burg Hohenzollern.

Das zeitgenössisches Ölgemälde von Georg Eberlein zeigt den preußischen König Friedrich Wilhelm IV., der sich von seinen neuen schwäbischen Untertanen huldigen lässt.

Hohenzollern wird preußisch

Der Erbhuldigungseid am 23. August 1851

Otto H. Becker

Mit der Erbhuldigung am 23. August 1851 auf der Burg Hohenzollern, der Geburtsstätte der Hohenzollerndynastie, fand die Aufnahme der hohenzollerischen Fürstentümer in die preußische Monarchie ihren feierlichen Abschluss.

Wie in dem zeitgenössischen Ölgemälde von Georg Eberlein dargestellt, thronte König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen bei der Feier auf einem Podest unter einem Baldachin inmitten des Burghofs, umgeben von höchsten Würdenträgern und Honoratioren, darunter zur Rechten des Monarchen Kronprinz Wilhelm und zu dessen Linken die Fürsten von Fürstenberg und Thurn und Taxis, ehemals Standesherren im Fürstentum Hohenzollern-Sigmaringen. Dem Monarchen gegenüber sind, angeführt von Hofgerichtsadvokat Bürkle aus Sigmaringen, die 300 Deputierten aus den ehemaligen Fürstentümern Hohenzollern abgebildet, die stellvertretend für die gesamte Bevölkerung gegen Ende der Feier den Erbhuldigungseid zu leisten hatten.



Horst des Preußenadlers

Den Zeitgenossen wurde der Übergang der Fürstentümer an Preußen als ein auf alten Erbverträgen fußender, normaler dynastischer Vorgang vermittelt. So enthielt der Zuspruch des Königs an seine neuen Landeskinder vom 12. März 1850 denn auch die Worte „Ihr seid schon bisher Meinem Hause und Meinem Herzen nicht fremd gewesen“, die dann auch vom Hechinger Stadtschultheiß bei der Begrüßung des Monarchen am 21. August 1851 an den Anfang seiner Rede gestellt wurden. In seiner Ansprache bei dem Erbhuldigungsakt führte der König schließlich aus: „Dieser Fels, dieses Land und Volk und das hier entsprossene Herrscher-Geschlecht haben, so lange die Geschichte von ihnen weiß, nur einen und denselben Namen geführt. Nun, meine Herren, so bleibts Gottlob! in Zukunft auch.“ Über die in den Verfassungen der beiden Fürstentümer enthaltenen Bestimmungen, dass im Falle einer Änderung der Staatszugehörigkeit die Bevölkerung hätte gefragt werden müssen, sind die Akteure kurzerhand hinweggegangen.

Entscheidend für die Übernahme der angebotenen Fürstentümer war für den König das Argument seines Zeremonienmeisters Rudolf Freiherr von Stillfried, dass im Falle des Ausschlagens des Übernahmeangebots der hohenzollerischen Fürsten die Stammburg der Hohenzollerndynastie unweigerlich in fremde Hände gelangen würde.

Dass die Rettung des Horsts des „Schwarzen Adlers“ das Hauptmotiv bei der Übernahme der Fürstentümer Hohenzollern darstellte, wurde auch bei der am Tag der Erbhuldigung erfolgten Stiftung des Königlich Hohenzollernschen Hausordens deutlich. Diesem gab Friedrich Wilhelm IV. die Devise „Vom Fels zum Meer“, um ihn „dem Andenken an den Ursprung und die Ausbreitung Unseres Königlichen Hauses [zu] widmen, welches unter dem Beistande Gottes des Allmächtigen von der Felskuppe des Hohenzollern seine Herrschaft ausgebreitet hat bis zu dem Baltischen Meer und über das Stromgebiet der Nordsee“. Mit dem von der „Vom-Fels-zum-Meer-Ideologie“ überlagerten Huldigungsakt auf der Burg Hohenzollern wurde die Glanzzeit der Sonderentwicklung Hohenzollerns im deutschen Südwesten eingeleitet, die bis in die Gegenwart Nachwirkungen zeitigt.

Schaufenster Preußens in Süddeutschland

1852 wurden die beiden ehemaligen hohenzollerischen Fürstentümer, die zunächst getrennt verwaltet wurden, zu einem Regierungsbezirk mit der Bezeichnung „Hohenzollernsche Lande“ mit Sitz in Sigmaringen vereinigt. Das Land war ein dynastisches Gebilde ohne natürliche Grenzen. Es erstreckte sich von den Ausläufern des Schwarzwalds über das Tal des oberen Neckars, über die Schwäbische Alb, über das Tal der oberen Donau bis fast an den Bodensee. Die schmalste Stelle bei Empfingen maß weniger als 1000 Meter. Das bizarre Gebilde wies ferner noch eine Reihe von Exklaven und Enklaven auf. Eine wahre „Orchidee“ stellte dabei das preußisch-württembergische Kondominat Burgau (heute Gemeinde



Der schwarze Adler, das preußische Hoheitszeichen der Hohenzollernschen Lande.



Der „Horst des Schwarzen Adlers“:
die Burg Hohenzollern, wiederaufgebaut
als nationaldynastisches Denkmal.

Dürmentingen im Landkreis Biberach) dar. Die Bevölkerung Hohenzollerns, die vorwiegend von der Landwirtschaft lebte, war fast rein katholisch. Hechingen, Haigerloch und Dettensee wiesen als Besonderheit jüdische Minderheiten auf.

Als ferne Exklave im deutschen Südwesten erhielt der neue Regierungsbezirk eine Stellung, die der von Provinzen sehr nahe kam. So empfing die Regierung in Sigmaringen ihre Weisungen in der Regel nicht von einem Oberpräsidenten, sondern von den zuständigen Ministerien in Berlin. Nur in Bergbau-, Schul- und Medizinalangelegenheiten unterstand die Regierung den entsprechenden Kollegien der Rheinprovinz. Hechingen erhielt als Ersatz für seine verlorene Zentralfunktion das Kreisgericht, aus dem das spätere, heute noch bestehende Landgericht hervorgegangen ist.

Der Ruf nach einer stärkeren Beteiligung des Landes an seiner Regierung wurde 1875 schließlich mit der Errichtung des Hohenzollerischen Landeskommunalverbandes mit Sitz in Sigmaringen erfüllt. Die Selbstverwaltungskörperschaft, die von Preußen dotiert wurde, war vornehmlich zuständig für das Landarmenwesen, den Straßen- und Brückenbau, das Wohlfahrtswesen, das Fürst-Carl-Landeskrankenhaus, die Hohenzollerische Landesbank und die Kulturpflege. Später kam noch die Hohenzollerische Landesbahn hinzu.

Vor allem aber war die Regierung bestrebt, Hohenzollern durch die Einführung einer vorbildlichen Verwaltung und durch Hebung von Landwirtschaft, Handel und Gewerbe zu einem Schaufenster Preußens in Süddeutschland zu machen. Mit Unterstützung Preußens entstanden in Verbindung mit der Wirtschaft in den umliegenden württembergischen Oberämtern in Hechingen zahlreiche Industriebetriebe vor allem der Textilindustrie. Diese Entwicklung ist untrennbar verknüpft mit dem Wirken jüdischer Unternehmerpersönlichkeiten wie beispielsweise Benedikt Baruch, Julius Levi, Adolf Weil und Simon Löwengard. Durch den Bau von Eisenbahnen hatte das Land im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts Anschluss an die Zentren Südwestdeutschlands gefunden.



Gruppenbild von den Zöglingen
des Fideliskonvikts mit Rektor Volm
und Präfekt Abberger aus dem Jahr 1948.
Im Hintergrund der 1933 eingeweihte Neubau
des Konvikts am Schönenberg in Sigmaringen.

Hohenzollern wird Kaiserstammland

Auch der 1850 begonnene Wiederaufbau der Burg Hohenzollern, dessen Kosten zu zwei Dritteln vom preußischen Königshaus und zu einem Drittel vom Fürstlichen Haus Hohenzollern-Sigmaringen aufgebracht wurden, war ein nicht zu unterschätzendes Werk der Wirtschaftsförderung. Der nunmehrige Oberhofzeremonienmeister Rudolf Graf von Stillfried, der eigentliche Initiator des Baus, ließ als Vorsitzender der Baukommission seine Vorstellungen von der „Vom-Fels-zum-Meer-Ideologie", die König Friedrich Wilhelm IV. voll und ganz teilte, ungehemmt in die Architektur der Burg einfließen. Diese Ideologie wurde in der Bauphase mit der Erwartung verknüpft, wonach die preußische Monarchie von der Vorsehung dazu auserwählt sei, die nationale Einheit Deutschlands herbeizuführen. In den Reden bei der Einweihung am 3. Oktober 1867 mutierte die Hohenzollernburg schließlich zu einem nationaldynastischen Denkmal. Nach der Ausrufung König Wilhelms I. zum Deutschen Kaiser und der Errichtung des kleindeutschen Reiches 1871 erhielt Hohenzollern daraufhin die Ehrenbezeichnung „Kaiserstammland".

Katholische Profilierung in protestantischem Umfeld

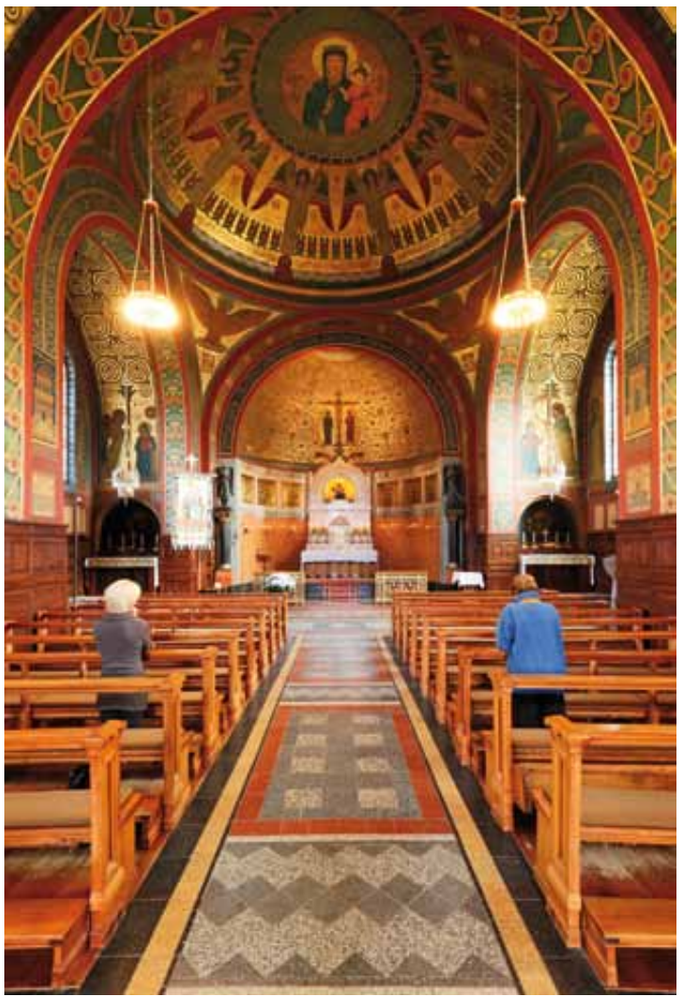
Die liberalen Kirchenartikel der preußischen Verfassung befreiten die katholische Kirche in Hohenzollern von den Fesseln des Staatskirchentums und verhalfen den Kräften der kirchlichen Erneuerung zum Durchbruch. Das Aufblühen des kirchlichen Lebens, das durch die Furcht vor dem protestantischen Preußen eine ungeheuere Dynamik erhielt, fand in der Schaffung zahlreicher Ordensniederlassungen, Bildungsanstalten und karitativer Einrichtungen sichtbaren Ausdruck.

So entstanden unter Mitwirkung von Pfarrer Thomas Geiselhart 1852 ein Jesuitenkloster in Gorheim und 1863 auf Betreiben der beiden Brüder Maurus und Placidus Wolter und mit der Unterstützung der verwitweten Fürstin Katharina von Hohenzollern-Sigmaringen das Benediktinerkloster Beuron. 1862 ließen sich in Stetten bei Hechingen Franziskaner nieder. 1856 eröffnete Geiselhart in dem ehemaligen Gasthof „Krone" in Sigmaringen, das nach der Tradition als das Geburthaus des Heiligen Fidelis galt, ein Knabenseminar für den Priesternachwuchs, das er „Seminarium Fidelianum" nannte. 1861 bezog Geiselhart das „Waisenhaus Nazareth" auf dem Brunnenberg in Sigmaringen. Unter maßgeblicher Mitwirkung Geiselharts konnte eine Vereinbarung über die Gründung einer Mädchenschule, das spätere Marien-Lyzeum, unter der Leitung der Schwestern der christlichen Liebe aus Paderborn getroffen werden. In den karitativen Einrichtungen des Landes wirkten Vinzentinerinnen, Franziskanerinnen und Schwestern vom Heiligen Kreuz in Ingenbohl.

Diese Aufbauarbeit fand im sogenannten Kulturkampf, der 1871 vom preußischen Ministerpräsidenten und Reichskanzler Bismarck vom Zaun gebrochen wurde, ein jähes Ende. Die Jesuiten mussten bereits 1872 das Land verlassen. Ihnen folgten 1875 die Benediktiner von Beuron und die Franziskaner von Stetten. Die Schwestern der christlichen Liebe verließen Sigmaringen 1879. Dem Fideliskonvikt wurde 1873 unter-

sagt, neue Zöglinge aufzunehmen. Im Waisenhaus Nazareth konnte der Betrieb nur noch notdürftig in Gang gehalten werden. Vor den Trümmern seines Lebenswerkes stehend, unternahm Geiselhart 1884 eine Wallfahrt zu den Wirkungsstätten des Heiligen Fidelis von Sigmaringen in Vorarlberg und in Graubünden.

Als ab 1886 der Kulturkampf abflaute, konnten die kirchlichen und karitativen Einrichtungen ihre Arbeit wieder aufnehmen. Maurus Wolter, nunmehr Erzabt der Beuroner Benediktinerkongregation, kehrte 1887 in Begleitung der Äbte der Tochterabteien Maredsou (Belgien), Seckau (Steiermark) und Emaus (Prag) wieder nach Beuron zurück. Das von den Jesuiten verlassene Kloster Gorheim wurde 1890 von Franziskanern der Thüringer Provinz bezogen. 1892 ließen sich Benediktinerinnen im ehemaligen Dominikanerinnenkloster Habsthal nieder. 1903 schließlich errichtete die Missionsgesellschaft der Weißen Väter eine Niederlassung mit Internat in Haigerloch.



Der Inbegriff Beuroner Kunst: das Innere der Gnadenkapelle der Erzabtei Beuron.

Die Erzabtei St. Martin zu Beuron im Donautal.



1946 gründeten Benediktinerinnen von der Heiligen Lioba aus Freiburg i. Br. die Heimschule Kloster Wald. Anstelle des 1953 aufgehobenen Marien-Lyzeums eröffnete 1956 die Kongregation der Schwestern des Heiligen Franziskus in Erlenbad die Liebfrauenschule mit Internat in Sigmaringen.

Mit seinen Ordensniederlassungen wurde Hohenzollern ein Land mit großer religiöser und künstlerischer Strahlkraft. Besonders die Erzabtei Beuron erlangte mit der Pflege des Choralgesangs, der Beuroner Kunstschule, der Philosophisch-Theologischen Hochschule und dem Palimpsest-Institut eine weit über Südwestdeutschland hinausragende Bedeutung. Seit 1900 absolvierten die Angehörigen der Thüringer Franziskanerprovinz ihre Philosophiestudien im Kloster Gorheim.

In dieser Atmosphäre konnten sich auch einzelne Formen der Volksfrömmigkeit voll entfalten. Es sei hier nur an die Wallfahrten zu den Gnadenbildern in Beuron und Laiz, zur Heiligen Anna in Haigerloch und zur Kapelle Maria Deutstetten in Veringenstadt hingewiesen. Feierlich wurde in Sigmaringen jeweils am 24. April das Fidelisfest begangen.

Das Entstehen einer hohenzollerischen Identität

Trotz aller Bemühungen und seinen Erfolgen bei der Erschließung und Entwicklung des Landes ist es Preußen nicht gelungen, das Land ganz zu integrieren. Einem echten Zusammenwachsen standen vor allem mentale und konfessionelle Barrieren entgegen. Die Bevölkerung der ehemaligen Fürstentümer Hohenzollern, die 1852 zum Regierungsbezirk der Hohenzollernschen Lande zusammengeschlossen wurden, waren Schwaben und in ihrer überwiegenden Mehrheit katholisch. Besonders in klerikalen Kreisen mochte die Bildung der evangelischer Kirchengemeinden in Sigmaringen, Hechingen, Haigerloch, Dettingen und Gammertingen, die 1898 eine Kreissynodalordnung erhielten, als pure Provokation empfunden worden sein. Die Repressionen der katholischen Kirche und ihrer Einrichtungen im Kulturkampf taten ein Übriges. Hohenzollern wurde zu einer Hochburg des katholischen Zentrums und ist dies bis zur „Machtergreifung“ 1933 auch geblieben. Bei der Bildung des Vereins für Geschichte und Altertumskunde in Hohenzollern 1867 beriefen sich die Gründer „auf das Selbstbewusstsein des Landes und auf seine eigene Geschichte“, so der renommierte Historiker und Hohenzollernkenner Fritz Kallenberg.

Das Streben der Bevölkerung Hohenzollerns nach Eigenständigkeit fand auch beim angestammten Fürstenhaus eine Stütze. Fürst Karl Anton, seit dem Erlöschen der Hechinger Linie 1869 Chef der schwäbischen Hohenzollern, vermochte trotz Abtretung seiner Souveränitätsrechte seinem Haus eine eigene Stellung zu verschaffen. So wurde sein zweitgeborener Sohn Karl 1866 als Carol I. zum Fürsten und 1881 zum König von Rumänien proklamiert. Erbprinz Leopold wurde die Krone Spaniens angetragen, ein Ereignis, das bekanntlich zum Ausbruch des Deutsch-Französischen Kriegs 1870/71 geführt hat.

Fidelisprozession vor dem Prinzenbau in Sigmaringen im Jahr 1929. In der Mitte tragen Männer die Prozessionsstatue des Heiligen Fidelis, des Patrons der Stadt Sigmaringen und von Hohenzollern.





Feier der Enthüllung des von Bürgern der Stadt Sigmaringen initiierten Denkmals für Fürst Leopold von Hohenzollern (1835–1905), die am 22. September 1910 in Anwesenheit Kaiser Wilhelms II. vor Vertretern des Hochadels und hoher Würdenträger in Sigmaringen stattfand.

1871 kehrte Fürst Karl Anton von Hohenzollern nach einer großen Karriere in preußischen Diensten – er war von 1858 bis 1862 als unmittelbarer Vorgänger Bismarcks preußischer Ministerpräsident – nach Sigmaringen zurück. Aufgrund seiner Leistungen, seiner Privilegien, seines großen Vermögens und nicht zuletzt der Anhänglichkeit der hohenzollerischen Bevölkerung spielte er im Land die erste Geige; der Regierungspräsident musste sich mit dem zweiten Platz begnügen. Diese außerordentliche Stellung konnten auch die Nachfolger Karl Antons weitgehend behaupten. Die Sigmaringer errichteten vielsagend nicht ihren Königen und Kaisern, sondern ihren Fürsten Denkmäler. Das Denkmal zu Ehren Kaiser Wilhelms I. in Sigmaringen hatte Fürst Leopold von Hohenzollern gestiftet.

Eine große Rolle bei der Integration des Hohenzollernlandes hat der seit 1875 bestehende Kommunallandtag beim Hohenzollerischen Landeskommunalverband gespielt. Dieses Organ der hohenzollerischen Selbstverwaltungskörperschaft war zwar kein Parlament, begann sich aber zunehmend als Repräsentant des Landes und Sprachrohr seiner Bürger zu gerieren. Auch das Fideliskonvikt in Sigmaringen, die „Brutstätte der hohenzollerischen Geistlichkeit“, hat bei der Integration des Landes eine bedeutende Rolle gespielt. In Hohenzollern jedenfalls hatte sich schon vor dem Ersten Weltkrieg ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl, ja ein Heimatbewusstsein herausgebildet.

Der aus Baden stammende Regierungspräsident Emil Belzer fasste die eingetretene Situation in einer Denkschrift aus dem Jahre 1920 folgendermaßen zusammen: „Man erkannte zwar die Fürsorge des preußischen Staates an, fühlte sich in gewissem Sinne gerade den Nachbarländern gegenüber stolz, ein Teil des mächtigen Preussens und das Stammland der Monarchie zu sein, aber man war und blieb in erster Linie Hohenzoller, Süddeutscher.“ An anderer Stelle stellte Belzer fest, dass sich die Hohenzollern als ein besonderes Gebilde und Völkchen zwischen Württemberg und Baden betrachteten. Die Zugehörigkeit des Landes zu Preußen wurde auch selbst in den schlimmsten Phasen des Kulturkampfes niemals ernsthaft infrage gestellt.

Der hohenzollerische Partikularismus im 20. Jahrhundert

Mit dem Untergang der Monarchie 1918 war auch der am 23. August 1851 auf der Burg Hohenzollern geleistete Erbhuldigungseid obsolet geworden. Die Hohenzollernfrage, das heißt die Frage, ob Hohenzollern weiterhin bei Preußen verbleiben oder an Württemberg oder Baden ganz oder in Teilen angeschlossen werden sollte, wurde nun auch öffentlich diskutiert. In der sogenannten Gründonnerstagssitzung am 22. April 1919 fasste der Kommunallandtag beim Hohenzollerischen Landeskommunalverband zu den anstehenden Fragen die folgenden Beschlüsse:

1. Die Unteilbarkeit Hohenzollerns wird verlangt. 2. Dem Zustandekommen einer Republik Großschwaben wird sich Hohenzollern nicht entziehen können. 3. Es besteht keine Veranlassung, sich von Preußen zu trennen. 4. Das Volk soll gehört werden. 5. Auch bei einer Vereinigung mit anderen Staaten soll der Kommunalverband bestehen bleiben.



Schloss Sigmaringen, der Sitz des Fürstenhauses Hohenzollern-Sigmaringen. Die Stadt Sigmaringen wurde nach dem Übergang an Preußen Sitz des Regierungspräsidenten und des Landeskommunalverbandes einschließlich Kommunallandtag als Selbstverwaltungskörperschaft. Nach dem Aussterben der Hechinger Linie 1869 war Sigmaringen alleiniger Sitz der Hohenzollernfürsten.

Da sich die ganzen Überlegungen schließlich als Sandkastenspiele herausstellten, blieb Hohenzollern bei Preußen, das überdies bereit war, dem Land weiterhin die erforderliche Unterstützung zu gewähren.

Dessen ungeachtet nahmen in der Zeit der Weimarer Republik und dann im „Dritten Reich“ die Verknüpfungen Hohenzollerns mit Württemberg ständig zu. So bildete Hohenzollern mit Württemberg bei den Reichstagswahlen einen Wahlbezirk. Die zur Wahl stehenden Parteien wurden damit zu Bindestrichparteien Württemberg-Hohenzollern. Da die Nationalsozialisten ihre Organisation nach Wahlbezirken ausrichteten, entstand der Gau Württemberg-Hohenzollern, der in Stuttgart seinen Sitz hatte.

Gegen die drohende Einverleibung durch Württemberg führten die Hohenzollern jedoch immer wieder ihre Eigenart ins Feld. Es entstand allmählich ein hohenzollerischer Partikularismus. 1926 wurde der Heilige Fidelis von Sigmaringen auf Betreiben der hohenzollerischen Geistlichkeit zum Landespatron erhoben. Mächtigen Auftrieb erfuhren im Lande die Erforschung der Geschichte und die Pflege der Zeugnisse der Vergangenheit. So wurde beispielsweise die Hohenzollerische Landessammlung, in der Exponate des Landes von der Vor- und Frühgeschichte bis in die Neuzeit enthalten waren, 1921 auf die Burg Hohenzollern verbracht und dort in zwei Räumen des Wehrturms systematisch für die interessierte Öffentlichkeit präsentiert. 1928 erfolgte die Gründung der Hohenzollerischen Heimatbücherei Hechingen. 1940 wurde die Landeskundliche Forschungsstelle geschaffen, deren Leitung vom Leiter des Staatsarchivs Sigmaringen wahrgenommen wurde.

Die Einverleibung Hohenzollerns in Württemberg fand nicht statt. Als der Sigmaringer Regierungspräsident Wilhelm Dreher 1943 der vorgeschlagenen Stilllegung der Regierung in Sigmaringen und der Übertragung ihrer Funktionen auf entsprechende württembergische Oberbehörden zustimmte, wurde dieses Vorhaben im Dezember 1944 vom Reichsinnenministerium im Hinblick auf die Kriegssituation zurückgewiesen.

Auf dem Weg zum Südweststaat

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatte Preußen faktisch zu bestehen aufgehört. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass man in Kreisen des ehemaligen Zentrums und des Fürsten Friedrich von Hohenzollern am liebsten die Schaffung eines selbstständigen Landes gesehen hätte. Die französische Besatzungsmacht kam diesen Bestrebungen insofern nach, als sie am 30. Mai 1945 den ehemaligen Studienrat Clemens Moser zum Präsidenten von Hohenzollern bestellte. Von einer Respektierung der Eigenständigkeit Hohenzollerns sind die Franzosen jedoch rasch wieder abgerückt. Am 16. Oktober 1945 bestellte die Besatzungsmacht in Tübingen das Staatsekretariat unter der Leitung von Carlo Schmid als deutsches Exekutivorgan im französisch besetzten Württemberg und Hohenzollern, dem auch Clemens Moser angehörte. Am 15. März 1946 wurde die Regierung in Sigmaringen schließlich aufgehoben. Bestehen blieb der Hohenzollerische Landeskommunalverband unter dem Vorsitz von Clemens Moser mit der Bezeichnung Landeshauptmann.

Mit dieser Zurücksetzung konnten und wollten sich die traditionsbewussten Hohenzollern um Fürst Friedrich von Hohenzollern nicht abfinden. In der Verfassung des zukünftigen Landes Württemberg-Hohenzollern sollte dementsprechend die Eigenstaatlichkeit Hohenzollerns festgeschrieben werden. Die Bildung eines solchen Staatenbundes stieß jedoch sowohl bei den südwürttembergischen Abgeordneten als auch bei der Besatzungsmacht auf strikte Ablehnung. In der Verfassung des neuen Landes, die am 18. Mai 1947 von den Bürgern angenommen wurde, hat man den beiden hohenzollerischen Kreisen Hechingen und Sigmaringen jedoch die Selbstverwaltung eingeräumt, wie sie schon am 1. Januar 1933 bestand. Näheres sollte durch ein Gesetz bestimmt werden.

Diesem Gesetzgebungsauftrag ist die Regierung in Tübingen lange nicht nachgekommen. Um die Stimmen der Hohenzollern für die Bildung des geplanten Südweststaats nicht zu verspielen, gab Staatspräsident Gebhard Müller seine Vorbehalte schließlich auf. Mit dem Gesetz über die Selbstverwaltung der Hohenzollerischen Lande, das am 7. September 1950 beschlossen wurde, war die wichtigste Forderung der Verteidiger der hohenzollerischen Sonderinteressen erfüllt. Am 9. Dezember 1951 stimmten denn auch über 90 Prozent der Bevölkerung des Landes für die Bildung des Südweststaats.

Hohenzollern als Land ohne Grenzen

Das Selbstverwaltungsgesetz für Hohenzollern hatte in dem neuen Bundesland nicht lange Bestand. Nachdem bereits durch das sogenannte Exklavengesetz 1969 die meisten Exklaven Hohenzollerns den entsprechenden Landkreisen zugeschlagen worden waren, wurde das Land durch das am 1. Januar 1973 in Kraft getretene Kreisreformgesetz auf neun Landkreise, sechs Regionen und drei Regierungsbezirke aufgeteilt. Mit der in dem Gesetz außerdem verfügten Aufhebung des Landeskommunalverbandes hatte Hohenzollern darüber hinaus seine verwaltungsmäßige Klammer und



Besuch der Landesregierung von Baden-Württemberg am 16. Dezember 1953 in Sigmaringen. Die Aufnahme zeigt Ministerpräsident Gebhard Müller bei seiner Ansprache im Rathaus, ihm gegenüber sitzend Fürst Friedrich von Hohenzollern.

seine zentrale Instanz seiner Identitäts- und Traditionspflege verloren. Als Land ohne Grenzen hatte die Sonderentwicklung Hohenzollerns ihren Abschluss gefunden. Erkennbar ist Hohenzollern heute nur noch in den Karten der Bistumszugehörigkeit: Die katholischen Gemeinden gehören zum Erzbistum Freiburg und nicht zum geografisch näheren Bistum Rottenburg-Stuttgart.

Der Widerstand gegen die Aufhebung der Selbstverwaltungskörperschaft war verhalten. Die Verfechter der hohenzollerischen Belange waren in die Jahre gekommen. Fürst Friedrich von Hohenzollern war bereits 1965 gestorben. Auch der Dualismus der Schwesterstädte Hechingen und Sigmaringen war dem Erhalt Hohenzollerns nicht immer förderlich gewesen.



Nivellierend hatte sich schließlich der Zustrom von Flüchtlingen, Heimatvertriebenen und Migranten ausgewirkt.

Doch trotz dieser Wanderungsbewegungen ist Hohenzollern nach wie vor ein Land mit überwiegend katholischer Bevölkerung geblieben. Von der allenthalben festzustellenden Erosion der Kirche ist jedoch auch das Hohenzollernland nicht verschont geblieben. So gab die Erzabtei Beuron im Hinblick auf den rückläufigen Nachwuchs 1968 ihre Philosophisch-Theologische Hochschule auf. Das Franziskanerkloster Gorheim, das 1967 seine Philosophisch-Theologische Hochschule hatte abgeben müssen, wurde im Jahr 2000 aufgelöst. In der Niederlassung der Weißen Väter in Haigerloch leben heute nur noch ältere Mitglieder der Missionsgesellschaft. Die Heimschule Kloster Wald und die Liebfrauenschule in Sigmaringen mussten der Trägerschaft der Schulstiftung der Erzdiözese Freiburg unterstellt werden. Im Jahr 2003 wurde das Erzbischöfliche Studienheim St. Fidelis in Sigmaringen geschlossen.

Erhalten geblieben ist, wenn auch mit Abstrichen, das Hohenzollernbewusstsein, dessen Pflege in erster Linie vom Hohenzollerischen Geschichtsverein e. V. wahrgenommen wird. Von dem Weiterwirken der hohenzollerischen Tradition zeugen vor allem die vielen Bezeichnungen von Straßen und Gebäuden nach Hohenzollern, die nach 1972 verliehen wurden. Zu erwähnen sind hier die 1984 eingeweihte Hohenzollernhalle in Bisingen oder die 2008 ihrer Bestimmung übergebene Jugendherberge Hohenzollern in Sigmaringen.

Um die Pflege und die Erhaltung der Tradition Hohenzollerns hat sich vor allem die Stadt Hechingen mit der Errichtung des Hohenzollerischen Landesmuseums im Alten Schloss ver-

Das Foto zeigt das im Sitzungssaal des Landeshauses in Sigmaringen befindliche Stuckrelief *Hohenzollern*, geschaffen 1969 von dem Bildhauer Josef Henselmann; darüber die von demselben Künstler angefertigte Schrifttafel mit dem Wappen des Hohenzollerischen Landeskommunalverbandes und dem bedeutungsvollen Zitat aus Schillers Wilhelm Tell: „Daheim regierten sie sich fröhlich selbst nach altem Brauch und eigenem Gesetz."

dient gemacht, in dem nach umfangreichen Renovierungs- und Sanierungsarbeiten nunmehr bedeutende Exponate zur Landesgeschichte aus dem Stadtmuseum und aus der Landessammlung des ehemaligen Landeskommunalverbandes zeitgemäß präsentiert werden können. Bei der feierlichen Eröffnung der als „drittes Landesmuseum“ gedachten Einrichtung am 11. März 2005 hielt die aus Hohenzollern stammende damalige Sozialministerin von Baden-Württemberg, Tanja Gönner, die Festansprache.

Der Berg und die Burg Hohenzollern heute

Nach dem Ende des „Dritten Reichs“ erhielt die Burg Hohenzollern eine weitere Funktion als Refugium des Hauses Preußen. So wurde der 1945 von der französischen Besatzungsmacht inhaftierte Kronprinz Wilhelm, Sohn Kaiser Wilhelms II., auf seinen Wunsch hin für mehrere Monate auf der Burg untergebracht und 1951 ebendort auf der Michaelsbastei beigesetzt. 1952/53 ließ dessen Sohn, Prinz Louis Ferdinand, in der ehemaligen Schlossküche ein Hohenzollernmuseum, die „Schatzkammer“, einrichten, in dem als Spitzenstücke die preußische Königskrone sowie viele Erinnerungsstücke an Friedrich den Großen gezeigt werden. Am 28. August 1953 ließ der Chef des vormals regierenden preußischen Königshauses ferner die Särge des Soldatenkönigs Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs des Großen in die evangelische Christuskapelle überführen, wo sie bis zum 17. August 1991 verblieben sind. Mit der Schatzkammer und dann auch mit den Särgen der beiden Könige war die preußische Monarchie gleichsam an ihren Ursprung zurückgekehrt.

Die neogotische Burg auf dem Zeugenberg gleichen Namens vor dem Albtrauf, heute eine der großen touristischen Attraktionen in Baden-Württemberg, ist freilich nicht nur die Stammburg der Zollern, das nationaldynastische Denkmal und das Refugium des preußischen Königshauses, sondern auch der Fixpunkt und das Symbol des Hohenzollernbewusstseins und des hohenzollerischen Heimatgefühls, wie dies vor allem in der dritten Strophe des im Lande nach wie vor populären Hohenzollernlieds, das um 1850 entstanden ist, zum Ausdruck kommt:

Doch kommt die lang ersehnte Stunde,
die uns zur Heimat wieder ruft,
dann jauchzen wir mit frohem Munde
dem schönen Hohenzollern zu.
Wir rufen aus: Oh Heimatland,
wie ist mein Herz an dich gebannt,
an Hohenzollerns steilem Felsen,
wo unverzagt die Eintracht ruht.



Das Innere der evangelischen Christuskapelle auf der Burg Hohenzollern mit den Särgen der Könige Friedrich Wilhelm I. von Preußen und Friedrich II. von Preußen sowie Regimentsfahnen, aufgenommen um 1960.



Das imposante Wasserschloss Neuenstein aus dem 12. Jahrhundert wurde im 16. Jahrhundert zu einer großen und repräsentativen Renaissanceresidenz erweitert. Heute ist hier das zentrale Museum für die Geschichte von Haus und Land Hohenlohe beheimatet.

Hohenlohe

Haus und Land im Reich der Burgen und Schlösser

Gerhard Taddey

Fährt man auf der Autobahn A 6 vom Weinsberger Kreuz in Richtung Nürnberg, sieht man zur Rechten vor dem Hintergrund der Waldenburger Berge zunächst die Türme der Stiftskirche Öhringen und wenige Kilometer weiter den modernen Wasserturm der Stadt Neuenstein. Weiter im Hintergrund grüßen Schloss Waldenburg auf dem weit vorspringenden Bergsporn und der junge Fernsehturm des SWR – Bauwerke, zu deren Füßen sich die von tief in den Muschelkalk eingeschnittenen Flüssen und Bächen zerfurchte Hohenloher Ebene erstreckt.

Öhringen und sein Stift, Neuenstein und Waldenburg sind drei markante Orte, in denen sich Geschichte verdichtet hat. Auf der anderen Seite stehen sie beispielhaft für den in wenigen Jahrzehnten vollzogenen Wandel von einer landwirtschaftlich geprägten zu einer von einer innovativen Industrie entlang von Entwicklungsachsen besiedelten Landschaft.





Wappen der Linie Hohenlohe-Neuenstein aus dem Fürstendiplom von 1764 mit dem Wahlspruch des Hauses, der „Lohe“ als Flamme deutet. Am oberen Rand finden sich die Wappen der Kurfürsten.

Schloss Neuenstein – neu erstanden, wieder bewohnt

Neuenstein spielt eine besondere Rolle in diesem Raum. Das Schloss, das das Städtchen dominiert, war zunächst eine bescheidene, auf einer Felsrippe im sumpfigen Land zwischen zwei Bächen errichtete Wasserburg der namengebenden Herren von Neuenstein. Ihre Buckelquader im Mauerwerk an einzelnen Stellen verweisen auf die Entstehung in staufischer Zeit. Im 16. Jahrhundert wurde sie nach einer Landesteilung, von der noch zu reden sein wird, zu einer Residenz im Stil der Renaissance umgebaut und für knapp 150 Jahre namengebende Residenz einer der zahlreichen Linien des Hauses Hohenlohe. Die schon in Öhringen in dem im Schatten des uralten Stifts als Witwensitz erbauten Schloss wohnenden Erben des letzten Grafen von Hohenlohe-Neuenstein-Neuenstein verlegten ihre Residenz nach dem Dreißigjährigen Krieg in den bedeutenderen Nachbarort. Neuenstein versank ohne die Residenzfunktion, nahezu ohne Beamte und gräfliche Diener, fast vollständig in der Bedeutungslosigkeit. Das Schloss wurde zunächst als Waisenhaus, Arbeitshaus, Zuchthaus und Spital genutzt. Erst als der in Oberschlesien und Berlin lebende Fürst Christian Kraft zu Hohenlohe-Oehringen das zuletzt zum Altersheim umfunktionierte und heruntergekommene Schloss in Anlehnung an seine frühere Funktion zu einem zentralen Museum für die Geschichte von Haus und Land und zu einem ideellen Zentrum für Familientreffen ausbauen wollte, erwachte das alte Gemäuer zu neuem Leben. Die letzten, vom Heimatdichter Schrader als „Schlossmummelich“ bezeichneten Heimbewohner, starben um 1900. Der Selfmade-Architekt Bodo Ebhardt, durch den im Auftrag von Kaiser Wilhelm II. durchgeführten Wiederaufbau der Hochkönigsburg in den Vogesen als Fachmann für den Burgenbau anerkannt, machte sich 1907 an die Restaurierung, die unter seinen Händen mit zunächst fast unbeschränkt scheinenden Mitteln weitgehend zu einem letztlich unvollendeten Neubau wurde. Die von ihm nach dem an anderen Orten realisierten Vorbild konstruierten markanten Renaissancegiebel und die Erhöhung des Schlosses um ein Geschoss vermitteln heute das Bild einer durchaus prächtigen Residenz, zudem wieder bewohnt von einer fürstlichen Familie.

Aber nicht nur in der Wiederaufnahme dieser Tradition liegt die moderne Bedeutung des Schlosses. Nach dem Krieg verkaufte das Haus Hohenlohe eine große Zahl der von ihnen besessenen, aber nicht benutzten Schlösser, die vorwiegend zentrale Funktionen für die kommunalen Verwaltungen erhielten: die heutigen Souveräne, die gewählten Gemeinderäte und die Bürgermeister residieren etwa in Öhringen, Ingelfingen oder Schrozberg jeweils im ehemaligen Schloss der vormaligen Landesherren. Vor der Übergabe an die neuen Eigentümer wurden alle für die fürstliche Familie, das Gesamthaus oder die Geschichte von Haus und Land wesentlichen Gegenstände herausgenommen und als Grundstock für ein neues Museum nach Neuenstein verbracht, wo schon mit dem Kirchberger Kunst- und Raritätenkabinett ein international herausragendes Ensemble seinen Platz gefunden hatte.

Eine Folge der Kriegszerstörungen, von denen etwa Waldenburg nicht verschont blieb, und der Aufgabe der alten Residenzen war die Konzentration der schriftlichen Überlieferung des Regentenhauses und seiner Verwaltungen in den weitläufigen Obergeschossen des Schlosses Neuenstein. Nachdem das Haus diesen Schatz vertraglich unter Eigentumsvorbehalt in die Obhut des Landes gegeben hatte, wurde er in den letzten Jahrzehnten weitgehend fachlich erschlossen. Die Findmittel stehen heute in beeindruckender Fülle nicht nur an Ort und Stelle, sondern über das Internet weltweit der Forschung zur Verfügung. Manche neue Erkenntnis konnte aus der sehr dichten Überlieferungsfülle gewonnen werden, von den Anfängen im frühen Mittelalter bis in das 20. Jahrhundert. Die gewachsene Identität Hohenlohes findet hier ihre Wurzeln. Wer eine Quelle zu geschichtlichen Aussagen über Hohenlohe sucht, der wird hier – und fast nur hier – fündig.

Hohenlohe – Haus und Land

Unweit von Neuenstein quert der obergermanische Limes (heute Weltkulturerbe), die Grenze des Römischen Reiches, die Hohenloher Ebene. Öhringen verdankt seine Entstehung wohl auch den beiden dort angelegten Kastellen der Römer. Östlich des Limes lagen bis ins hohe Mittelalter dichte Wälder, die erst nach und nach durch Rodung erschlossen wurden und ein anderes, kleinteiligeres Siedlungsbild zeigen als das altbesiedelte Land westlich der Römergrenze. Der hohenlohische Beamte, Hofrat und Hausarchivar Christian Ernst Hansselmann (1699–1775) steht am Beginn der wissenschaftlichen Limesforschung. Er entdeckte die Öhringer Kastelle und beschrieb den Limesverlauf und seine Gradlinigkeit zwischen Mainhardt und Jagsthausen.

Die Gründung des Chorherrenstifts Öhringen im Bereich der untergegangenen Römerkastelle durch einen Regensburger Bischof auf dem Besitz der Familie seiner Mutter im 11. Jahrhundert steht am Beginn der dokumentierten und damit nachvollziehbaren Entwicklung des Raumes. Es war damals nicht abzusehen, welche Bedeutung diese Gründung für die Entstehung Hohenlohes einmal haben sollte.

1178 wird eine Burg Hohenloch oder Holach im Besitz einer edelfreien Familie erwähnt, die sich auch nach Weikersheim und – vermutlich – nach Pfitzingen nannte. Aus dem ursprünglichen nur den jeweiligen Wohnsitz bezeichnenden Namen wurde ein Familienname, sehr viel später der Name des beherrschten Gebietes. Die namengebende Burg der Hohenlohe wurde im Städtekrieg 1371 zerstört, die Ruine wenige Jahre später an die Burggrafen von Nürnberg verkauft. Sie spielte keine Rolle mehr, wohl aber das Stift in Öhringen. Zunächst versuchten die Hohenlohe nach dem Erwerb der Langenburg als Erben der ausgestorbenen Herren von Langenberg hier ein Herrschaftszentrum, wohl ein Kastell nach italienischem Vorbild, aufzubauen, doch als sie 1250 die Schutzvogtei über das regensburgische Lehen Öhringen mitsamt der Waldenburg gewannen, verlagerten sie ihren Schwerpunkt nach Westen an den Fuß der Waldenburger



Schloss Weikersheim, das wohl prunkvollste Schloss einer Hohenloher Linie, im Renaissancestil mit barocken Elementen errichtet, mit einem Park, der vollendet in die Landschaft des Taubertals eingepasst ist. Seit 1967 gehört das Schloss dem Land Baden-Württemberg.



Graf Albrecht von Hohenlohe mit dem Wappen von Hohenlohe-Ziegenhain-Nidda auf einer Fahne in seinem 1490 entstandenen, prachtvoll illustrierten Lehenbuch. Es wird im Hohenlohe-Zentralarchiv aufbewahrt.

Berge. Wohl nicht durch Gewalt kauften sie dem Niederadel seine Burgen ab oder machten sie zu Lehen und weiteten so ihren Einfluss ohne große Konkurrenz aus. 1315 werden sie als Besitzer der Burg Neuenstein genannt, deren Besitzer, wohl auch Erbauer sich nach Neufels zurückzogen. Kaiser Karl IV. erlaubte den Hohenlohe 1351, auf ihrem „Eigen und Gute“ zu Neuenstein eine ummauerte Stadt mit Stock, Pranger, Galgen und Markt zu errichten. Die Bürger sollten die gleichen Rechte genießen wie die zu Mainz oder Frankfurt. Die neue Stadt stand aber immer im Schatten des benachbarten Öhringen. Von den Herren von Neuenstein übernahm die Stadt das von Kaiser Maximilian verliehene Wappen. Ihr roter Spitzhammer ziert noch heute das Rathaus.

Kennzeichnend für die frühe Phase der Herrschaftsbildung war das Prinzip der Realteilung zwischen den nicht in den geistlichen Stand eingetretenen männlichen Nachkommen. Auf der einen Seite bedeutete das Verlust an Macht und Einfluss für die Teile, auf der anderen Seite entstand eine Fülle von Kleinstherrschaften in gegenseitiger Konkurrenz, Keimzellen für die spätere kulturelle Vielfalt. Verluste traten auch durch Schenkungen an geistliche Institutionen wie den Deutschen Orden ein. Und doch: Die Schenkung der Stadt und des Gebiets um Mergentheim an den Deutschen Orden war die Voraussetzung dafür, dass nach dem Verlust Ostpreußens für den Orden in der Reformationszeit von hier aus seine neue umspannende, überregionale Herrschaft errichtet werden konnte, umgeben vom Land der Hohenlohe.

Als Erben der 1450 ausgestorbenen Grafen von Ziegenhain und Nidda in Hessen gelang den Edelfreien von Hohenlohe der Aufstieg in den Reichsgrafenstand. Zwar mussten sie auf das eigentliche Erbe gegen eine stolze Geldabfindung verzichten, aber der Grafentitel verblieb ihnen und wurde seit 1495 für das von ihnen beherrschte Gebiet um Kocher, Jagst und Tauber üblich. Das bis dahin bestehende Konglomerat von Rechten, Lehen, Patronaten, Wildbännen und Zöllen nahm immer mehr Züge eines echten Flächenstaats an. Befördert wurde diese Entwicklung durch den Abschluss eines grundlegenden Erbvertrags, der seit 1511 die Einheit der Grafschaft trotz aller Teilungen sicherte. Welche Bedeutung die neuen Grafen ihrem Titel zumaßen, wird in der Stiftskirche Öhringen, die damals gerade neu erbaut wurde, sichtbar: Über dem Hochaltar schwebt als Schlussstein im Scheitel des gotischen Gewölbes nicht ein christliches Symbol, wie die Taube als Sinnbild des heiligen Geistes. Nein, als Stein gewordener Anspruch prangt dort das damals geführte kombinierte Wappen Hohenlohe-Ziegenhain-Nidda.

Spät traten die Grafen der Reformation bei und machten aufgrund des Augsburger Religionsfriedens von 1555 aus Hohenlohe ein protestantisches Land mit einem eigenen Katechismus. Die Untertanen hatten den Konfessionswechsel des Landesherrn mitzumachen oder auszuwandern. Das war ein ebenso einschneidendes Ereignis wie die sogenannte Hauptlandesteilung von 1551 bis 1555, nach der sich zwei Linien in Waldenburg und Neuenstein bildeten, die sich nie wieder beerben sollten.

Zwei Hauptlinien: Waldenburg und Neuenstein

Als Folge dieser Teilung wurden die mittelalterlichen Burgen in den beiden Städtchen zu bemerkenswerten Residenzschlössern im Stil der Renaissance umgebaut. Erneute Teilungen führten zum Ausbau der bestehenden Burgen in Weikersheim, Langenburg und Kirchberg. Hohenlohe wurde zum Land der Burgen und Schlösser, denn auch die Angehörigen des in der Reichsritterschaft organisierten Niederadels passten ihre Wohnsitze nach Möglichkeit den vorherrschenden Moden an. Nach den Heimsuchungen des Dreißigjährigen Krieges traten zwei der Waldenburger Grafen zum Katholizismus zurück, konnten aber den Glauben ihrer Untertanen nicht mehr ändern. Damit waren wachsende Entfremdung und Konflikte vorprogrammiert, die sich 1744 im sogenannten Osterstreit entluden. Damals gab es noch unterschiedliche Kalender bei Protestanten und Katholiken, in denen vor allem der Termin des Osterfestes nicht übereinstimmte. Die Waldenburger Grafen, die auf der Feier des katholischen Termins durch ihre protestantischen Untertanen bestanden, ließen sich damals in den Reichsfürstenstand erheben, beabsichtigten wohl auch eine Trennung der hohenlohischen Lande. Sie erstrebten eine Grafschaft „Hohenlohe und Waldenburg“. Erst als die Vettern der Linie Neuenstein von Wien aus gedrängt, aber eigentlich gegen ihren Willen nachzogen, wurde 1764 die alte Einheit des Hauses, symbolisiert durch ein neues Landeswappen, formal wiederhergestellt. Man hätte es vorgezogen, wie bisher auf der Grafenbank des Fränkischen Reichskreises der Erste, als nun auf der Fürstenbank der Letzte zu sein. Die Reihenfolge auf den Bänken dieses wichtigen Gremiums wurde nämlich durch das Aufnahmedatum bestimmt.

Der Untergang des alten Hohenlohe

Die neu gewonnene Eintracht verhinderte trotz aller Widerstände nicht, dass sich die Hohenlohe als Folge der Weisungen Napoleons und des Vertrags über die Bildung des Rheinbunds 1806 den neuen Königen von Württemberg und Bayern – dies auf Dauer für die Herrschaft Schillingsfürst – unterwerfen mussten.

Der württembergische König Friedrich I. machte den ehemaligen gleichberechtigten Reichsständen mehr als deutlich, dass sie nun Untertanen seien. Kein hohenlohisches Wappen



Auf einer Landkarte von 1784 findet sich diese aussagekräftige Ansicht des Waldenburger Bergsporns mit der Gerichtslinde vor dem Tor, der stark befestigten Toranlage mit dem staufischen Hochwächterturm, der Stadtkirche und dem heute zweiflügeligen Schloss. Die drei Türme ergeben von allen Seiten ein die Hohenloher Ebene beherrschendes Bild.



Nach wie vor als Schlossherren präsent: die Fürsten zu Hohenlohe-Langenburg. Fürst Philipp war als Verwandter sogar zur „Jahrhunderthochzeit“ von Prinz William und Kate Middleton im April 2011 in London geladen.

durfte weiterhin ein öffentliches Gebäude zieren, sogar die Anbringung des Wappens auf den Kirchenstühlen wurde infrage gestellt. Der Name Hohenlohe verschwand aus der Verwaltungswirklichkeit. Kein Amt, kein Bezirk wurde damit bezeichnet. Aus Hohenlohe wurde aus Stuttgarter Sicht „Württembergisch Franken“. Lediglich als Hohenloher Ebene, als geografischer Begriff, der über Württemberg hinaus verwendet wurde, überlebte die Bezeichnung außerhalb des Familiennamens. Erst nach 1945, zunächst mit der Bezeichnung des Fremdenverkehrsverbandes Hohenlohe-Franken, später, nach der Kreisreform zu Beginn der 1970er-Jahre mit dem Hohenlohekreis, näherte sich die Bezeichnung der ursprünglichen Bedeutung, dem Namen eines Gebietes.

Württembergische Beamte, die im 19. Jahrhundert dorthin versetzt wurden, empfanden es durchaus nicht als erstrebenswert, in das „württembergische Sibirien“ geschickt zu werden – anders als heute. Der König hatte es auch abgelehnt, ehemalige fürstliche Diener in seinen Dienst zu übernehmen, zumindest nicht an ihrem bisherigen Wirkungsort. Die Integration in den neuen Staat wurde konsequent durchgeführt. Rückständig waren die Duodezfürstentümer in mancher Hinsicht nicht. So wurde die Pockenschutzimpfung regelmäßig und erfolgreich eingeführt – lange, bevor dies in Württemberg erfolgte. Die großen Notensammlungen aus den Schlössern und die umfangreichen Bibliotheken dokumentieren die kulturellen Interessen.

Noch waren die ehemaligen Landesherrn privilegiert, ihre rechtliche Stellung in den Staatsrechtlichen Deklarationen von 1825 festgelegt. Mit der Aufhebung aller Grundlasten bis 1848 schwand ihr unmittelbarer Einfluss auf ihre ehemaligen Untertanen, mit der Aufhebung der Patronatsrechte und damit der Aufgabe des Rechts auf die Ernennung von Lehrern und Pfarrern die Einwirkung auf Kirchen und Schulen. Die Fürsten blieben privilegierte Untertanen und suchten neue Betätigungsfelder in der Politik, wie der Reichstagsabgeordnete und spätere Vertreter des Kaisers im 1871 eroberten Elsaß-Lothringen, Fürst Hermann zu Hohenlohe-Langenburg. Sie waren bis 1918 erbliche Mitglieder der Ersten Kammer im württembergischen Landtag und gelegentlich gewählte Mitglieder des Reichstags in Berlin.

Öhringen, die heimliche Hauptstadt Hohenlohes, verwaiste, als die Fürsten vorwiegend auf ihren reichen Ertrag abwerfenden Besitzungen in Oberschlesien lebten. Fürstenbesuche in der Stammheimat wurden zu Festtagen mit umfassender Berichterstattung in der lokalen Presse.

Die Hohenloher: im Umgang mit den nahen Herren schlitzohrig geworden

Die Herrschaft der Grafen und Fürsten im Alten Reich, das 1806 mit der Niederlegung der Kaiserkrone durch Franz II. untergegangen war, war für die Untertanen alles in allem erträglich gewesen. Der Bauernkrieg war ohne größere Strafaktionen beendet worden. Bis zur Französischen Revolution gab es keine größeren Unruhen, wenn auch vor allem die Kriegslasten bei Truppendurchzügen und Einquartierungen häufig drückend waren. Die Prachtentfaltung der Herrschaft hielt sich in Maßen. Durch Verträge mit den Untertanen, den sogenannten Dienstgeldassekurationen, war schon 1605 einseitigen Steuererhebungen durch die Herrschaft ein Riegel vorgeschoben. Das war wohl auch der Grund dafür, dass es in Hohenlohe keine Untertanenvertretung, kein Parlament gab.

Hohenlohe war ein reines Agrarland, abgesehen von Salzquellen im Kochertal und von einigen Steinbrüchen ohne abbauwürdige Bodenschätze. Die Höfe der Untertanen waren dem Landesherrn steuerpflichtig als Erbzinsgüter. Es galt das Anerbenrecht, die Erbfolge des jeweils ältesten Sohnes. Durch die Unteilbarkeit der Höfe blieben sie ertragsstark und einfach zu verwalten. Als der Kupferzeller Pfarrer Mayer die Gipsdüngung zur Verbesserung des Bodens und die Stallfütterung zur Intensivierung der Milch- und Fleischproduktion propagierte, führten die Ergebnisse dieser weitsichtigen Maßnahmen zu deutlichen Ertragssteigerungen und zur Anhebung des Wohlstandes.

Auch nach der Mediatisierung verstanden sich die Hohenloher, Franken von der Sprache her, keine Schwaben, nicht als Württemberger und pflegten die gegen Stuttgart gerichteten Ressentiments. Geradezu sprichwörtlich ist ihre „Schlitzöhrigkeit“, ihre Unverbindlichkeit, ihre Neigung zur Vermeidung einer verbindlichen direkten Aussage.

Die „Völkerwanderung“ als Folge des Zweiten Weltkrieges hat natürlich auch die Einwohnerschaft in Hohenlohe tief verändert. In dem fast rein protestantischen Ländle hat sich ein beträchtlicher katholischer Bevölkerungsanteil etabliert, und auch der Anteil an „Gastarbeitern“, die mehr und mehr Heimatrechte erwerben, ist nicht zu übersehen.



Der Kenotaph des letzten in Neuenstein residierenden Grafen Wolfgang Julius stand ursprünglich in einem Anbau über dem Eingang der Stadtkirche. Der prachtvolle Zinksarg des 1698 Verstorbenen steht in der für die Öffentlichkeit nicht zugänglichen Gruft.



Der Begriff Hohenlohe wird heute längst weiter gefasst. Als aus Hohenlohe Württembergisch Franken geworden war, kam auch die einst so stolze Reichsstadt Schwäbisch Hall dazu. Der Unternehmer Reinhold Würth aus Künzelsau errichtete in der alten Salzsiederstadt eine Kunsthalle, die nach ihm benannt ist.

Abkehr von der reinen Agrarstruktur

Die, abgesehen von einigen Durchgangsstraßen, verkehrsferne Lage Hohenlohes, der Mangel an Bodenschätzen und die intakte Agrarstruktur verhinderten trotz des Eisenbahnbaus die frühe Industrialisierung. Zwar hatte schon der letzte Graf von Neuenstein, Wolfgang Julius, um 1670 ein Eisenwerk und eine Papierfabrik in Ernsbach im Kochertal errichtet. Erste Anfänge einer echten Industrie werden aber erst um 1875 mit der Fabrikation von landwirtschaftlichen Maschinen und Hochrädern sichtbar, abgelöst wenige Jahre später durch die noch heute bestehende Schulmöbelproduktion in Öhringen. Auf eine 140-jährige Tradition kann auch die Herstellung von „Blechemballagen“, heute vor allem Konservendosen und Bierfässer, in der Firma Huber zurückblicken. Im Kochertal entstand bei Weißbach in einer Kocherschleife die aus einer seit 1891 florierenden Textilfabrik entwickelte Firma Hornschuch, lange Zeit das bedeutendste Unternehmen in Hohenlohe mit zeitweilig über 2000 Beschäftigten am Ort. Weltweit bekannte Kunststoffprodukte wie „skai“ und die selbstklebende Folie der Marke „d-c-fix“ wurden hier erdacht und hergestellt.

Aus Schlössern wurden Rathäuser, in denen heute Bürgermeister und Gemeinderäte, demokratisch legitimiert, residieren – wie hier im Schloss Schrozberg, einer ehemaligen Wasserburg.



Dieses Bild weniger Industriebetriebe hat sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs vollständig verändert. Ein Blick von Waldenburg, dem „Balkon“ Hohenlohes, über die Hohenloher Ebene verbindet sich mit dem unablässigen Brummen des Verkehrs auf der A 6 in Richtung Weinsberger Kreuz nach Westen und Nürnberg nach Osten mit seiner nicht enden wollenden Kette von Lastwagen vor allem aus ost- und südosteuropäischen Ländern. Aber man sieht auch die verschiedenen Industrieparks bis Künzelsau, Öhringen oder Langenburg. Vor allem der Ventilatorenbau dominiert mit zahlreichen Betrieben. Man sieht die großen Handelszentren von Würth und Berner, die sich aus dem Nichts zu weltumspannenden Unternehmen entwickelt haben. Die Adolph-Würth-Gruppe in Künzelsau (Montage- und Befestigungsmaterial) etwa hat sich zu einem Weltunternehmen mit 400 Firmen in 80 Ländern und 62 000 Beschäftigten entwickelt. Auch „ebm papst“ (Elektromotoren und Ventilatoren) ist zu nennen, mit rund 10 000 Beschäftigten, davon allein 2600 im Stammsitz in Mulfingen. Nicht unbeträchtlich war die Zahl der hohenlohischen Firmen, die 2011 am ersten Treffen der Weltmarktführer in Schwäbisch Hall teilgenommen haben.

Natürlich war auch Neuenstein eingebunden in diese Entwicklung. Zwar prägt noch immer das Schloss das Ortsbild, doch der Getriebehersteller Getrag machte wie früher das VW-Zweigwerk aus dem kleinen Städtchen mit seinen 6200 Einwohnern einen Einpendlerort. Viele Landwirte haben ihre Selbstständigkeit aufgegeben oder pflegen die Landwirtschaft nur noch als Nebenerwerb.

Eine Sparte der Landwirtschaft ist vor allem den „Weinzähnen“ gut vertraut. Der Weinbau in Hohenlohe im Kochertal und am Gebirgsrand um Eschelbach, Heuholz oder Adolzfurt, ganz gleich, ob genossenschaftlich in Großkellereien organisiert, ob fürstlich mit dem „Verrenberger Verrenberg“, ob privat mit vielen bekannten Lagen und Kreszenzen, spielt wirtschaftlich eine nicht unbedeutende Rolle.

Auch der Tourismus hat inzwischen festen Fuß in der abwechslungsreichen Landschaft gefasst, in der sich Schloss an Schloss reiht, inhaltsreiche Museen, archäologische Fundstätten wie die Kirchenfamilie in Unterregenbach oder die Anhäuser Mauer. Sehenswerte Orte sind aber auch die Stätten der gehobenen Gastronomie und die Besenwirtschaften in den Weinorten. Noch dominieren überdimensionale Windkraftanlagen nur an einzelnen exponierten Standorten das Bild.

Und die Nachfahren der ehemaligen Landesherren? Sie werden von der Bevölkerung geachtet und geschätzt und engagieren sich in der lokalen Politik. Der Fürst zu Hohenlohe-Oehringen, um ein Beispiel zu nennen, schied 2011 nach 40-jähriger Mitgliedschaft und langjähriger Tätigkeit als Vertreter des Landrats aus dem Landkreistag des Hohenlohekreises aus. Viele Jahre war er stellvertretender Bürgermeister seines Wohnorts Neuenstein, denn das Schloss ist nicht nur ein kultureller Mittelpunkt, sondern auch Wohnsitz des Fürsten.

Wie sich die Hohenloher selbst verstehen, konnte man vor einigen Jahren der lokalen Presse entnehmen. Bei einer Veranstaltung in Waldenburg äußerte ein evangelischer Prälat unter dem Beifall seiner Zuhörer sinngemäß: Württemberger zu sein, ist Schicksal; Hohenloher zu sein, ist Gnade. In der täglichen Realität sind auch die Hohenloher zwar nicht unbedingt Württemberger geworden, aber gute Baden-Württemberger.



Der Rotenberg und das gleichnamige Dörfchen, das heute ein Ortsteil Stuttgarts ist. Der Blick von oben lässt immer noch wenigstens etwas von der Schönheit erahnen, die diese Landschaft zu Beginn des 19. Jahrhunderts auszeichnete.

Die Grabkapelle auf dem Rotenberg

Vom Wirtenberg zu Württemberg – ein Erinnerungsort des Königreichs

Bernhard Mann

Im Herzen Württembergs, dort, wo bis 1819 die Stammburg der Wirtemberger stand, erinnert eine klassizistische Grabkapelle an Katharina von Württemberg (1788–1819). Sie hat das Land in ihren nur etwas mehr als zwei Jahren als Königin bis heute nachwirkend mitgeprägt. Ein großes Krankenhaus und ein Gymnasium der Hauptstadt sind nach ihr benannt. Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW), der Landeswohlfahrtsverband und die Universität Hohenheim gehen auf ihre Gründungen zurück.

Wollte König Wilhelm I. (1781–1864) mit dem Abbruch der Burg seiner Vorfahren und dem Bau dieser Kapelle nur die Liebe zu seiner jung verstorbenen Frau demonstrieren? Die Politik, die er als König zusammen mit ihr und nach ihrem Tod 45 Jahre lang allein verfolgte, legt die Vermutung nahe, dass die Grabkapelle auch zum Zusammenwachsen seines noch jungen Staates beitragen sollte. Im Ensemble mit weiteren Bauten in ihrer Umgebung konnte sie sichtbar machen, dass das Königreich Württemberg mehr und anderes war, als einst das Herzogtum Wirtemberg gewesen war.

Dank Wilhelms Vater zur doppelten Größe aufgewachsen, schien Württemberg groß genug, in Deutschland und selbst in Europa eine größere Rolle zu spielen. Doch dafür mussten aus Untertanen der größeren und kleineren Territorien, aus denen das Königreich zusammengefügt worden war, württembergische Staatsbürger werden, die sich mit diesem Staat identifizieren konnten.



„Bellevue“

Wer das Glück hat, an einem klaren Tag den Rotenberg – kaum jemand nennt ihn „Württemberg“, wie er heute wieder heißt – zu besuchen, dem bietet sich ein großartiger Rundblick ins Land. Im Süden die Berge der Alb mit der markanten Teck, im Westen jenseits der Sportstätten, Industrieanlagen und Verkehrswege des Neckartals dessen dunklere Seite, hinter der das eigentliche Stuttgart liegt, auch im Norden und Osten dichte Bebauung, wohin man blickt. Der Berg selbst und die unmittelbar benachbarten Hänge sind mit Wein bepflanzt. Als Paradies erschien vor 200 Jahren den Malern die damals noch fast unberührte Landschaft. Auch Friedrich, Württembergs erster König, hatte von dort oben die Aussicht genossen. Wie heute die Grabkapelle, war vom Tal aus auch die Burg zu sehen gewesen, auch vom jenseitigen Ufer des Neckars, unterhalb des später „Rosenstein“ genannten „Kahlensteins“, vom Schlösschen „Bellevue“, das sich sein Sohn Wilhelm und dessen Gemahlin Katharina frisch vermählt zum Wohnsitz ihrer Kronprinzenzeit eingerichtet hatten. Katharina kann also sehr wohl einmal den Wunsch geäußert haben, dereinst dort oben begraben zu werden.



„Ein Tempel, wie man sie in Rom und Griechenland findet“

Jedenfalls hat Wilhelm, schon bald nachdem Katharina am 9. Januar 1819 – erst 30 Jahre alt – überraschend gestorben war, beschlossen, die Stammburg seines Hauses abbrechen und an deren Statt auf der höchsten Stelle des Berges eine würdige Grablege für seine Frau und sich selbst errichten zu lassen. Diese Kapelle ist bis heute fast unverändert geblieben und wird jedes Jahr von rund 30 000 Menschen besucht; zehn Mal so viele, so wird geschätzt, genießen von dort oben den Blick ins Land. Kunstkenner erinnert der unverputzte klassizistische Zentralbau aus hellem Sandstein an das Pantheon in Rom, vielleicht auch an das Pariser Panthéon, mehr noch an Andrea Palladios Villa Rotonda in Vicenza. Der Rundbau trägt eine Kuppel und ist von einem großen Kreuz bekrönt. Monumentale Freitreppen mit hohen Opferschalen führen zu drei übergiebelten ionischen Portiken, durch dessen vordersten man das Innere betritt. Eine Öffnung im Scheitel der Kuppel lässt in den fast leeren Raum Tageslicht herein. Vier überlebensgroße Statuen aus Carrara-Marmor stellen die Evangelisten dar, Werke von Johann Heinrich Dannecker und Berthel Thorvaldsen, ausgeführt von dessen schwäbischen Schülern. Eine Ikonostase, die Bilderwand einer russisch-orthodoxen Kirche, verbirgt den Chor. Eine Öffnung im Mosaikfußboden leitet Licht in die darunterliegende Gruft. Dort stehen zwei Sarkophage, für Katharina und Wilhelm der eine, für beider Tochter Marie der andere. Büsten der anderen württembergischen Könige – die anderswo begraben sind – deuten ein Memorial ihres Hauses an.

Aber der russisch-orthodoxe Gottesdienst, der hier noch immer an jedem Pfingstmontag zu Katharinas Gedenken stattfindet, lässt die Kapelle als Erinnerungsort nur für Katharina erscheinen. Die außen angebrachten Inschriften über den Portiken und die inneren an der Chorwand tun das ebenfalls.

Die Stammburg seines Hauses war kein zerfallenes altes Gemäuer, als König Wilhelm I. von Württemberg sie 1819 abbrechen ließ, um an ihrer Stelle einen Ort der Erinnerung an seine jung verstorbene Gemahlin zu erbauen. Das Gemälde von Franz Xaver Odo Müller zeigt die Burg Wirtemberg vor 1819.

Drei davon sind Bibelverse, über die bei ihrer Beerdigung gepredigt wurde, hervorgehoben aus dem 1. Brief des Paulus an die Korinther: „Die Liebe höret nimmer auf.“ Vollends die Widmung außen an der Chorwand scheint keine andere Deutung zuzulassen: „Seiner vollendeten, ewig geliebten Gattin, Königin Katharina Paulowna, Großfürstin von Rußland, hat diese Ruhestätte erbaut Wilhelm, König von Württemberg, im Jahr 1824.“ Aber auch Wilhelm hat sich 40 Jahre später hier begraben lassen, neben ihr, nicht neben Königin Pauline, die er dann geheiratet hat und die ihm zwischen 1821 und 1826 zu den beiden Töchtern von Katharina nochmals drei Kinder, unter ihnen 1823 den Thronerben Karl, geboren hat. Von Pauline ist hier niemals die Rede.

Der Architekt der Königin

Wir wissen, dass Wilhelm zunächst an eine „Kapelle im teutsch-gotischen Geschmack“ gedacht hatte, entworfen von einem deutschen Architekten. Aber dann entschied er sich für den klassizistischen Entwurf eines Italieners, Giovanni Salucci, den er 1817 – auch auf Wunsch Katharinas – als *premier architecte de roi* berufen hatte. Den Anhänger der Französischen Revolution, der unter Napoleon eine militärische Karriere als Ingenieur gemacht hatte – während der „Hundert Tage“ nach Napoleons Rückkehr aus Elba hatte er sich nochmals dem Kaiser angeschlossen –, hatten die beiden bei Freunden Katharinas in Genf kennengelernt. Er sollte ihnen in Weil bei Esslingen einen Landsitz bauen, im heiteren italienischen Landhausstil, wie sie ihn in Genf gesehen hatten. Er hat diese Aufgabe auch technisch mit Bravour gelöst. Erst 1811 war in Paris eine erste Eisenkonstruktion für ein Oberlicht entworfen worden, eine im Hochbau bis dahin unbekannte Verwendung dieses Materials. Für die Grabkapelle auf dem Rotenberg wird Salucci „sein System“ ein weiteres Mal anwenden.

Bald nach der Kapelle durfte „Katharinas Architekt“ im selben palladianischen Stil etwas oberhalb von „Bellevue“ mit Wilhelms eigenstem Schloss Rosenstein (heute Staatliches Museum für Naturkunde) ein weiteres großes Projekt verwirklichen. Wollte der König mit diesem Schloss an dieser Stelle, mit Blick hinüber zum Rotenberg, ein weiteres Mal an Katharina erinnern, mit der er hier hatte leben wollen? Wollte er gar in diesem noch fast unverbauten romantischen Tal des wichtigsten württembergischen Flusses mit Weil, Rotenberg und Rosenstein eine „Königslandschaft“ schaffen, mit Bauten einer an Katharina erinnernden einheitlichen Architektur?

Das Innere der Kapelle beeindruckt durch seine klassizistische Strenge. Hinten die für russisch-othodoxe Kirchen charakteristische Ikonostase, links Thorvaldsens Evangelist Matthäus, rechts Danneckers Evangelist Johannes, in der Mitte des Fußbodens die Lichtöffnung für die Gruft mit den Sarkophagen.



Ehrgeiz und Eros

Ihre Ehe hatte in echter Liebe und gemeinsamem Ehrgeiz eine feste Basis gehabt. Unerfahren waren beide nicht mehr, als sie sich 1814 „fanden“, auch politisch nicht. Die Tochter des Kaisers Paul von Russland und einer Schwester Friedrichs, also Wilhelms Cousine, war schon als junges Mädchen ihrem elf Jahre älteren Bruder Alexander, der seinem Vater als Kaiser nachgefolgt war, zur vertrauten Beraterin geworden. Schon ihre erste Heirat war politisch gewesen; Napoleon sollte keine russische Großfürstin zur Frau bekommen! Ihre glückliche und mit zwei Söhnen gesegnete Ehe mit einem nachgeborenen Prinzen des Hauses Oldenburg hatte nicht lange gedauert.

1812 war Georg von Oldenburg im Kampf gegen den französischen Aggressor, an dem auch sie sich energisch beteiligt hatte, an der Folge einer Infektion gestorben. Nach einem psychischen und physischen Zusammenbruch hatte sie auf einer großen Reise neue Erfahrungen und einen neuen Mann gesucht. Der Kronprinz des kleinen Königreichs Württemberg war nicht ihre erste Priorität gewesen. Aber ihr gefiel der Ehrgeiz des Vetters. Im neuen Deutschland konnte dem gut aussehenden Offizier das militärische Ansehen, das er sich im Krieg gegen Napoleon erworben hatte, zu einer führenden Stellung verhelfen. Vielleicht nicht zum Kaiser eines neben Österreich und Preußen „reinen Deutschland", aber doch wenigstens zum Bundesfeldherrn schien er prädestiniert.

Nachdem „Katharinas Architekt" Salucci das mittlere Neckartal um Cannstatt mit seinen Bauten Weil, Rotenberg und Rosenstein zur „Königslandschaft" geadelt hatte, erteilte Wilhelm 1824 einem Landeskind, dem Maler Gottlob Friedrich Steinkopf, den Auftrag, davon drei großformatige Bilder zu malen. Der *Blick ins Neckartal mit Schloß Rosenstein* wurde 1828 vollendet.





So wie Franz Seraph Stirnbrand sie gemalt hat, ist die junge Königin Katharina im Gedächtnis und Herzen ihrer Württemberger geblieben.

Die Familie der Königin

Eine vorbildliche Ehe zu führen, hatten die beiden mehr als nur einen Grund. Wie vielen aus dieser Generation war ihnen bewusst, dass nach 1789 der Glaube an ein Gottesgnadentum der Könige keine tragfähige Basis der Monarchie mehr war. Militärisch begründete politische Gewalt war es auch nicht mehr. Damit hatte Wilhelms Vater Friedrich Württemberg auf die doppelte Größe und sich selbst im Ansehen seiner Untertanen um so gut wie allen Kredit gebracht. Achtung und Liebe ihrer Untertanen waren es jetzt, was die Monarchen brauchten, und dafür war auch ihr Privat- und Familienleben wichtig. Die 1798 begründeten *Jahrbücher der preußischen Monarchie unter der Regierung Friedrich Wilhelms III.* hatten über diesen König und seine Gemahlin Luise geschrieben, im Bild der „echten Häuslichkeit des königlichen Hauses" erkenne sich „die große Familie des Volkes" wieder und vereine sich „zu stärkerer Kraft, dasselbe zu schützen". Novalis hatte dort in Luise das Vorbild aller Frauen und Familien beschworen. Doch zu diesem politischen kam bei Wilhelm und Katharina auch ein persönlicher Grund: Sie wollten schon deshalb eine gute Ehe führen, weil sie beide unter der schlechten ihrer Eltern sehr gelitten hatten.

Verfassungskampf

Das politische Erbe, das König Friedrich bei seinem Tod am 30. Oktober 1816 dem seit einem Dreivierteljahr verheirateten jungen Paar hinterlassen hatte, war schwierig gewesen. Sie hatten keine Zeit zu verlieren gehabt, sich ihren Württembergern als König und Königin durch Taten zu empfehlen. Die Verhandlungen waren festgefahren, die Friedrich seit mehr als zwei Jahren mit den Vertretern seines so viel größer gewordenen Volkes über eine geschriebene Verfassung für ihr Württemberg geführt hatte. Zur Sicherung der wichtigsten Staatseinnahmen durch Steuern und Kredite war die Verfassung dringend nötig, auch für das Zusammenwachsen des fast im Wortsinn „zusammengewürfelten" Königreichs. Aber wer vorher das Sagen gehabt hatte und jetzt zustimmen musste, lehnte Friedrichs Vorschläge ab – die ehemals „reichsunmittelbaren" und jetzt „mediatisierten" Fürsten und Herren und die Sprecher der altwirtembergischen Familien, die den alten, 1806 von Friedrich beseitigten Stuttgarter Landtag beherrscht hatten. Populärster „Sänger" der Opposition war mit seinen *Vaterländischen Gedichten* der junge Ludwig Uhland geworden. Doch dem, was an der Zeit war, entsprachen die Vorstellungen des Königs deutlich besser als das, wofür die Opposition eintrat. Zwar konnte Wilhelm auch ohne eine geschriebene Verfassung vieles bewirken und einrichten, was praktisch nie mehr rückgängig zu machen war. Katharina konnte ihm helfen, auch „die öffentliche Meinung" zu gewinnen. Trotzdem war die Aufgabe der beiden nicht leicht zu lösen.

Definitive Gründung des Königreichs

Wilhelm verfolgte die gleichen Ziele wie sein Vater, doch agierte er ungleich geschickter. Ein taktischer Rückzug öffnete ihm den Weg zu einer Verfassung, die ihm alle Rechte ließ, die er unbedingt zu brauchen glaubte. Dafür schlug er die Teilung des künftigen Landtags in zwei Kammern vor – und spaltete damit die heterogene Opposition. Die früher

Wohl mit mehr Recht als seine königlichen Zeitgenossen wollte Wilhelm als hoher Offizier angesehen werden. Joseph Stieler hat ihn so nach seiner Thronbesteigung gemalt.



reichsunmittelbaren „Standesherren“ sollten ein Oberhaus bekommen, zusammen mit vom König berufenen weiteren Mitgliedern. Aber weil ein neues Gesetz nur bei Zustimmung beider Kammern zustande kam, konnten sie ihre feudalen Privilegien nochmals 30 Jahre lang bewahren; erst 1848 kam es zu deren Aufhebung. In der Abgeordnetenkammer sollten die 71 Vertreter des Volkes nicht unter sich sein. 17 Abgeordnete der Ritterschaft, sechs der beiden Kirchen und der Kanzler der Universität Tübingen, zusammen ein Viertel der Mitglieder, unterstützten wie erwartet den König und seine Regierung so gut wie immer. Wahlrecht und Wahlverfahren für die anderen drei Viertel machten die Oberamtmänner – die weisungsgebundenen Beamten des Staats in der Fläche – und die Reicheren jeder Gemeinde zu Herren der Wahlen, schon deshalb, weil die Wähler offen abstimmen mussten. Auch konnte die Krone einen schwierigen Landtag drei Jahre lang anstehen lassen und überhaupt in jeder Hinsicht kurz halten. Denn Gesetze waren nur da notwendig, wo es um „Freiheit und Eigentum“ der Bürger ging, nicht zuletzt um den für drei Jahre gültigen Etat. Das blieb alles im Rahmen des damals Üblichen, war sogar vergleichsweise fortschrittlich. Das Königreich Württemberg sollte fortan ein moderner Rechts- und Verwaltungsstaat sein, in dem sich die Gemeinden – von der staatlichen Bürokratie streng beaufsichtigt – selbst verwalteten. Die Bürokratie ihrerseits kontrollierte sich selbst, schon allein deshalb, um dem Landtag nicht Gelegenheit zu parlamentarischer Kritik zu bieten.

Auch konnte der König vieles, was heute gesetzlich zu regeln ist, durch Verordnung ins Werk setzen. So hat Wilhelm schon vor der Verfassung die lokale Verwaltung seines Königreichs von den Oberämtern (den Vorgängern der heutigen Landkreise) bis hinab auf die unterste Ebene der Gemeinden für lange Zeit organisiert. Gerade hier behielten praktisch fast überall die bisher Mächtigen die Macht. Detailliert schrieb die Verfassung auch die Rechte und Pflichten der Beamten fest. Sie garantierte ihnen ein rechtsstaatlich kontrolliertes bürokratisches Regieren. Die Bürokratie, an deren Spitze der König stand, war mit klarer Über- und Unterordnung hierarchisch organisiert. Sie wurde jetzt auch formell zur gemeinsamen Sache von König und Beamtentum; der Monarch war zum ersten „Staatsdiener“ geworden, und das nicht nur auf dem Papier. So wurden überkommene Machtverhältnisse modernisiert und neu befestigt. Auch kam Wilhelm den „Altrechtlern“ dort entgegen, wo es ihnen wichtig war und ihm nicht schadete, gar nützte. Wenn sich die Verfassungsurkunde als „Vertrag“ gab, so stellte sie nur scheinbar die starke Stellung wieder her, die bis 1806 „die Stände“ gegenüber dem Landesherren gehabt hatten. Auch der „Ständische Ausschuss“ und die „Ständische Schuldenverwaltung“, die jetzt wieder eingerichtet wurden, bedeuteten im Rahmen der monarchisch-konstitutionellen Verfassung viel weniger als im „dualistischen Ständestaat“. Der neue „Geheime Rat“ war praktisch eher ein Verwaltungsgericht als das zentrale Regierungsorgan, was das gleichnamige Gremium gewesen war. Letztlich stärkten alle diese scheinbaren Kontinuitäten vor allem des Königs monarchischen Staat. Die Krone erwies sich überall als der stärkere Partner. Hat die Opposition das

nicht durchschaut? Sie dürfte dankbar die Goldene Brücke betreten haben, die ihr geboten wurde. König Friedrich und sie hatten sich ineinander verhakt; Wilhelm – ohne Zweifel ein besserer „Politiker“ als sein Vater (auch im unschmeichelhaften Sinn dieses Wortes) – hatte das Privileg, neu anfangen zu dürfen. Auch werden viele der „Altrechtler“ nicht vergessen haben, dass und wie sehr der Kronprinz sich früher von der Politik des Königs sogar öffentlich distanziert hatte. Ihm kam also ein gewisser Vertrauensvorschuss zugute.

Katharina – die „Volksmutter“

Außerdem hatte Wilhelm I. Katharina. Sozusagen aus dem Wochenbett heraus wurde die junge Königin auch „Landesmutter“. Am 30. Oktober 1816, König Friedrichs Todestag, gebar sie als erstes Kind dieser ihrer zweiten Ehe eine Tochter. Zwei Monate später begann sie mit der Organisation ihres ersten großen und bis heute nachwirkenden Werkes, eines zentralen und bald bis in die letzte Gemeinde des Landes hinein wirksamen Wohltätigkeitsvereins. „Wohltätigkeit“ war immer eine Aufgabe fürstlicher Frauen; neu war, wie Katharina wichtige Männer dafür in die Pflicht nahm. Zunächst ihren eigenen, wie denn überhaupt zu fragen wäre, wie sehr der junge König den Rat seiner ihm geistig ebenbürtigen Frau suchte. Dann aber führende Männer der Hauptstadt, den großen Verleger Cotta, den vielseitigen Geheimrat Hartmann und andere, dazu mehrere Stuttgarter Damen. Wohltätigkeit war gerade jetzt dringend vonnöten, weil Missernten zu einer sehr ernsten Hungersnot geführt hatten, die mit Maßnahmen der Regierung allein nicht bewältigt werden konnte. Strenges Prinzip Katharinas war, keine Almosen zu geben, sondern den Bedürftigen zu helfen, sich selbst zu helfen. Not könne nur durch Arbeit überwunden werden. Dem sollte auch die Erziehung der Kinder der Armen zur Arbeit dienen. In sogenannten „Industrieschulen“ sollten sie nicht – wie man heute missverstehen könnte – zu Arbeitskräften der ohnehin kaum vorhandenen Industrie abgerichtet werden, sondern durch Handarbeiten in Ordnung, Fleiß und Sauberkeit eingeübt werden. Auch die bald darauf im ebenfalls organisatorisch engen Zusammenhang mit dem Wohltätigkeitsverein gegründete Sparkasse sollte den kleinen Leuten, Dienstboten, Tage- und Wochenlöhnern, Staats- und Gemeindebeamten in unselbstständiger Stellung Gelegenheit bieten, auch kleinste Ersparnisse zinsbringend sicher anzulegen. Die höchstmögliche Einlage betrug zunächst nur 100 Gulden, um die Sparkasse für die „Kapitalisten“, die nicht von ihrer Hände Arbeit, sondern von den Erträgnissen ihres Geldvermögens lebten, uninteressant zu machen. Bis zur Landesbank Baden-Württemberg war es noch ein weiter Weg.

Erziehung zum Fortschritt war nicht nur eine Aufgabe der Anstalten für arme Waisen und andere arme Kinder. Auch die Töchter der „höheren Stände“ sollten besser gebildet werden. Nach dem Vorbild eines unter dem Patronat ihrer Mutter stehenden Sankt Petersburger Instituts gründete Katharina im Sommer 1818 eine höhere Mädchenschule mit Internat, die nach ihrem Tod ihren heutigen Namen erhielt, das Königin-Katharina-Stift in Stuttgart. Der höheren Bildung diente auch die im gleichen Jahr gegründete Landwirtschaftliche Schule (und heutige Universität) Hohenheim. Sie wurde



Das alte Katharinenstift an der Ecke der Schloss- und der Friedrichsstraße in Stuttgart war ein dreifacher Erinnerungsort: der linke Gebäudeteil das Wohnhaus von Joseph Süß Oppenheimer, genannt „Jud Süß“, der rechte der Tagungsort der Stände, die bis zur Verabschiedung der Verfassung von 1819 für das „gute alte Recht“ kämpften, das Ganze von 1819 bis 1903 das Gebäude von Katharinas Gründung „Königin-Katharina-Stift“.

durch die Berufung des bedeutenden Agrarwissenschaftlers Johann Nepomuk Schwerz zu einer führenden Hochschule des damaligen Deutschland. Auch dafür war Katharina energisch tätig, unterstützt von Wilhelm, der ein „König der Landwirte“ sein wollte. Überall im Land wurden Vereine gegründet, deren Spitze eine mit der Staatsverwaltung engstens verbundene Zentralstelle für die Landwirtschaft bildete. Wie wichtig dem König der noch wichtigste Wirtschaftszweig seines Landes war, zeigte er an seinem Geburtstag 1818 mit der Stiftung des Landwirtschaftlichen Hauptfestes, das bis heute jeden Herbst als Cannstatter Volksfest in der Mitte zwischen Rosenstein und Rotenberg stattfindet. Ein weiteres ihrer Projekte, das Stuttgarter Katharinenhospital, wurde erst nach Katharinas Tod verwirklicht.

Die Trauer des Landes um Katharina war allgemein. Nicht nur der König wusste, was er mit ihr verloren hatte. Zar Alexander würde für den Vetter und Schwager nicht die gleichen Gefühle hegen wie für die geliebte Schwester. Gerüchte, dass Untreue des Württembergers Katharinas Tod mit verschuldet hätte, wurden natürlich auch in Sankt Petersburg vernommen. War Saluccis der Grabkapelle nachgebildetes kleines Mausoleum für die Gemahlin des russischen Gesandten auf dem Friedhof des Stuttgarter Weilers Heslach ein Signal an Alexander? Jedenfalls hatte Wilhelms „deutscher“ Ehrgeiz keinen Rückhalt mehr. Seinen „württembergischen“ gab der König nicht auf. Seine Monarchie sollte in Zusammenarbeit mit der führenden Schicht des Landes durch Förderung von dessen Entwicklung gefestigt werden. Hätte er sie neben Katharina noch energischer verfolgt?

Ein Gedicht Uhlands, vier Wochen nach ihrem Tod in Cottas *Morgenblatt* veröffentlicht, zeigt, dass die so überraschend und jung verstorbene Königin auch die Opposition gewonnen hatte. Er preist *Katharina* – ihr Name allein genügte als Überschrift – darin geradezu als „Volksmutter“. Im September desselben Jahres 1819 schlossen der König und der Landtag ihren Verfassungsvertrag; die innere Gründung des Königreichs war vollendet. Die Monarchie wurde zur gemeinsamen Sache der Württemberger. Immer noch lebte die breite Masse im Horizont ihrer Kirchtürme und allenfalls ihrer Oberämter, in denen die Integration oft recht heterogener Gebiete nur nach und nach vorankam. Es brauchte Zeit, bis auch „unten“ aus „Wirtembergern“, Reichsstädtern, Untertanen geistlicher und weltlicher Fürsten und Herren „Württemberger“ wurden. Aber das sollten sie werden, dazu wollten auch die Gebildeten beitragen.

„Das war der König“

1824, im Jahr der Einweihung der Grabkapelle auf dem „Württemberg“, erschien der wohl erste „Historische Roman“ der deutschen Literatur, *Lichtenstein*. Sein 22-jähriger Verfasser, Wilhelm Hauff, lebte als Hauslehrer in der Familie eines als Chef des Kriegsministeriums König Wilhelm nahestehenden Mannes. Eine der Episoden des Romans könnte deshalb sehr wohl eine Botschaft aus dem inneren Kreis der Monarchie transportiert haben. Auf seine eben jetzt von seinen Feinden niedergebrannte Stammburg blickend, erzählt der landflüchtige Herzog Ulrich einen Traum. Er habe an ihrer Stelle einen Tempel gesehen, „mit Säulen und Kuppel, wie man sie in Rom und Griechenland findet“, auch Menschen in fremden Kleidern, einen Mann mit den Zügen seines Bruders Georg – eine Fußnote weist darauf hin, dies sei „der Stammvater des jetzigen Regentenhauses“ –, der einen schönen Knaben an der Hand führte. Auf seine Frage, wer dieser Mann sei, habe man ihm geantwortet, das sei der König. Soll damit gesagt werden, dass die Grabkapelle so für das große Königreich stehe, wie die verschwundene Stammburg für das so viel weniger bedeutende alte Herzogtum?

Wie auch immer: König Wilhelm wird fortsetzen, was er mit Katharina begonnen hat. Immer sah er über die engen Grenzen seines Landes hinaus. Mit als erster erstrebte er über einen Zollverein eine engere Einheit Deutschlands. Erst spät in Angriff genommen, verband die staatliche Eisenbahn das Land mit den Wasserwegen in die Ferne. Nach 1848/49 ließ sich Wilhelm überzeugen, dass sein Land nicht Agrarland bleiben könne. Neben die Zentralstelle für die Landwirtschaft trat eine Zentralstelle für Gewerbe und Handel. Ihr Leiter Ferdinand Steinbeis erzog nach dem bewährten Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ die württembergischen Gewerbetreibenden für den Weltmarkt und trieb sie geradezu in ihn hinein. Was das Ausland zu bieten hatte, wurde studiert und nachgeahmt, junge Leute zu Studium und Praxis in die Ferne geschickt, ein gewerbliches Schul- und Fortbildungswesen organisiert. Als König Wilhelm 1864 starb und in der Gruft der Grabkapelle auf dem Rotenberg bestattet wurde, hatte er in der Welt der Großen eine größere Rolle nicht spielen können, wohl aber sein Königreich auf überkommenen Grundlagen zu einem modernen Staat gemacht.

Idylle und Metropolregion

Wer heute von dort oben ins Tal hinunterblickt, kann sich nur schwer vorstellen, wie schön diese Landschaft einst gewesen sein muss. Bauten der Industrie und des Verkehrs, wohin er schaut, das Stadion eines bekannten Fußballvereins, am Horizont der Fernsehturm lassen Wilhelms „Rosenstein“ fast unsichtbar werden. Nur die Weinberge des „Württembergs“ und die am Aufstieg liegende Kelter erinnern noch an Schillers Vierzeiler über den Namen „Wirtemberg“, der sich „von Wirt am Berg“ schreibe und den Dichter fragen lässt, ob „ein Wirtemberger ohne Wein“ ein Wirtemberger sein könne. Aber gerade hier verbindet direkter als gewöhnlich eine Linie Vergangenheit und Gegenwart. Was wir heute sehen, wurde von König Wilhelm I. von Württemberg – bei ihm, der selbst regieren wollte und konnte, darf man so sagen – begonnen: die erste Eisenbahn als Rückgrat der Industrialisierung, die staatliche Gewerbeförderung als ihr Impulsgeber, der Aufstieg armer und gedrückter Bewohner eines Agrarlandes zu selbstbewussten Gliedern einer Industriegesellschaft, die Verwandlung gerade auch dieser Gegend in eine reiche Metropolregion. Der Büchsenmachergeselle Gottlieb Daimler aus Schorndorf, dessen Gründung heute diese Landschaft vor allem bestimmt, war einer der ersten, deren Ausbildung von Steinbeis’ „Zentralstelle“ gefördert wurden. Das Umfeld, das Daimler den Aufbau eines Weltunternehmens ermöglichte, wurde auch dadurch bestimmt, dass die von Wilhelm zu Bürgern gemachten Württemberger an der Politik des Königreichs maßgeblichen Anteil gewannen. Neben den sterblichen Überresten der Königin Katharina bewahrt der Sarkophag in der Gruft der Grabkapelle auf dem Württemberg auch die ihres Gemahls. Die Kapelle erinnert an sie beide und ihr Werk.

Auch eine „Königslandschaft“ ist nicht sakrosankt:
Seit 1846 fährt unter Schloss Rosenstein
die Eisenbahn, das „Schwungrad des Fortschritts“
im 19. Jahrhundert.





Das erste Parlamentsgebäude in Deutschland? Der Pforzheimer „Archivbau“ und das rekonstruierte Einnehmereigebäude auf einer Ansicht von Osten aus dem Jahr 2010. Der Fotograf Günter Beck hat hier die nach wie vor dichte Atmosphäre des alten Schlossbezirks meisterlich eingefangen.

Das „alte Landschaftshaus“ in Pforzheim

Zur Geschichte eines (fast) unbekannten Kleinods

Hans-Peter Becht

Wer an baden-württembergische Erinnerungsorte denkt, wird vielleicht mancherlei Ideen haben, welche Erinnerungsorte in Pforzheim zu suchen sein könnten. Ausgehend von der Selbstdarstellung der Stadt, könnte eventuell die Assoziation „Goldstadt“ in den Vordergrund treten, und in der Tat gibt es eine Reihe von Stätten, die auf Vergangenheit und Gegenwart der traditionsreichen Pforzheimer Schmuck- und Uhrenindustrie Bezug nehmen – etwa das Schmuckmuseum, das weltweit größte seiner Art, oder die imageträchtigen „Schmuckwelten“, die sich mittlerweile zu einem Ausflugsziel ersten Ranges gemausert haben.

Erinnerungen kultiviert die Stadt daneben – und keineswegs ohne Grund – an die verheerende Zerstörung durch einen Luftangriff am 23. Februar 1945. An die 20 000 Menschen verloren an diesem Tag ihr Leben, das Stadtzentrum glich einem Schutthaufen, 16 058 Wohnungen mit 71 589 Wohnräumen waren zerstört, auf jeden Pforzheimer entfielen 54 Kubikmeter Trümmermasse – ein Hügel von mehr als vier Metern Höhe.





„Archivbau“ und Einnehmerei,
Ansicht von Norden im Jahr 1937.

Fragt man alteingesessene Stadtbewohner nach städtischen Erinnerungsorten, wird das Spektrum etwas breiter: Man darf damit rechnen, dass nun das Stichwort „Schlosskirche“ fällt, und in der Tat thront der nach dem Zweiten Weltkrieg im ursprünglichen Originalzustand wiederhergestellte imposante Bau unübersehbar auf dem alten Schlossberg. Drängt man die Gesprächspartner zu weiteren Aussagen, so sollte man auf das Stichwort „Waisenhaus“ gefasst sein: Gemeint ist das im Mai 1718 eröffnete „Waisen-, Toll-, Kranken-, Zucht- und Arbeitshaus“, eine damals moderne sozialpolitische Einrichtung, auch wenn diese aus heutiger Sicht als eine ziemlich eigenwillige Mischung erscheint: Waisen, Kranke und Sträflinge unter einem Dach. Das letzte Wort im Namen der Anstalt kennzeichnet das, was als gemeinsamer Nenner diente: „Arbeit“ war Therapie, Erziehungsmittel und Erziehungsziel in einem. Für die Pforzheimer Manufakturen und später für die Schmuck- und Uhrenindustrie fungierte das Waisenhaus in erster Linie als Reservoir billiger Arbeitskräfte. Vor gut 20 Jahren wurde das Waisenhausgelände von Archäologen freigelegt, seitdem sind immerhin wieder etwa einen Meter hohe Gebäudereste zu sehen, nachdem das Waisenhaus zuvor dreieinhalb Jahrzehnte lang im Stadtbild unsichtbar war.

Das Kleinod „Archivbau“

Würde man noch einmal nachfragen, käme unser – fiktiver – Gesprächspartner wohl schon ins Grübeln, und es steht zu erwarten, dass er womöglich nur dann auf jenes Kleinod hinweisen würde, um das es in diesem Beitrag geht, wenn man ihm zuvor durch die Nennung des Namens des benachbarten Gasthauses gedanklich auf die Sprünge geholfen hat. Das bewusste Kleinod ist heute, wenn überhaupt, dann unter dem reichlich irreführenden Namen „Archivbau“ bekannt. Es ist der einzig erhaltene originale Baubestandteil des alten Pforzheimer Schlosses, das mit größter Wahrscheinlichkeit auf den Grundmauern einer kaiserlichen Pfalz aus der Salierzeit errichtet wurde.

Der „Archivbau“ entstand, anders als das im frühen 13. Jahrhundert errichtete Schloss, zwar erst um die Mitte des 16. Jahrhunderts, trotz seines vergleichsweise geringen Alters wird ihm aber wohl niemand, der jemals einen Blick ins Innere geworfen hat, das Prädikat „Kleinod“ absprechen. Von außen wirkt das Ensemble, zu dem auch die zu Beginn des 21. Jahrhunderts rekonstruierte benachbarte „Einnehmerei“ gehört, eher unspektakulär. Doch selbst die „neue Einnehmerei“ birgt Spektakuläres, denn man kann im Untergeschoß Teile der alten Ringmauer aus salischer Zeit, also aus dem 11. Jahrhundert, besichtigen. Heinrich IV., römisch-deutscher König und ab 1084 auch Kaiser, mag Mitte Juni 1067, zehn Jahre vor seinem Gang nach Canossa, eines Abends an dieser Mauer gelehnt und darüber nachgedacht haben, ob er denn tatsächlich dem Grafen Eberhard von Nellenburg den Wildbann in dessen Besitzungen im Hegau und Klettgau verleihen solle. Der heute an gleicher Stelle servierte Tequila hätte ihm die Entscheidung möglicherweise erleichtert (wenn auch vielleicht den Vollziehungsstrich auf der Urkunde erschwert), in jedem Falle aber verdanken wir dieser Wildbannverleihung die älteste in Pforzheim ausgestellte Urkunde.

Der „Archivbau“ muss in den frühen 1550er-Jahren nach dem Vorbild romanischer Turmhäuser errichtet worden und im Jahre 1553 bereits fertiggestellt gewesen sein, wenn er seinem primären Zweck dienen sollte. Der Bau selbst liefert

nur zwei Hinweise auf das Jahr seiner Fertigstellung: Ein Spruchband an der Decke des zweiten Obergeschosses nennt das Jahr 1561, der Sturz über einer ursprünglich wohl zu einem Kamin gehörigen Maueröffnung – ebenfalls im zweiten Obergeschoss – nennt hingegen 1553; es ist im Grunde unzweifelhaft, dass das Gebäude als solches 1553 fertiggestellt war und sich die Jahresangabe „1561“ nur auf die Fertigstellung des Netzgewölbes und der farbigen Wappen im zweiten Obergeschoss beziehen kann.

Der „Archivbau“ ist dreigeschossig, die Außenwände waren bis 1945 verputzt, seit dem Wiederaufbau präsentiert sich die westliche Seite als Sandsteinmauer. Die Südmauer besitzt als Teil der Ringmauer des Schlosses eine Stärke von mehr als zwei Metern, die übrigen Mauern sind rund einen Meter stark. Obgleich dieses Mauerwerk heute noch höchst imposant wirkt, hatte es doch ungeachtet seiner Stärke in der Mitte des 16. Jahrhunderts keine wirkliche militärische Bedeutung mehr. Die Zeit der schweren Artillerie hatte längst begonnen.

Der äußere Eindruck des Bauwerks war zur Zeit seiner Entstehung etwas anders als heute: Der „Archivturm“ überragt heute seine unmittelbare Umgebung, in der Mitte des 16. Jahrhunderts befand sich jedoch rund zehn Meter nördlich des „Archivbaus“ der „große Turm“, also der über 30 Meter hohe Bergfried des alten Schlosses mit seinen 3,60 Meter starken Mauern und einem Grundriss von 17 mal 13 Metern – der „Archivbau“ ist gerade halb so hoch.

Das unterste der drei Stockwerke war mit den oberen ursprünglich nicht verbunden, die heute vorhandene Wendeltreppe zwischen Erdgeschoß und erstem Obergeschoß war spätestens dann dringend notwendig, als das Einnehmereigebäude nicht mehr stand. Bis zu dessen Zerstörung betrat man den „Archivbau“ im ersten Obergeschoss durch das Einnehmereigebäude – was vor dessen Errichtung um 1700 an seiner Stelle stand, ist unbekannt, vielleicht so etwas wie eine Eingangshalle im Anschluss an das dort nachgewiesene „Thorwartshäuslein“. Vermutlich hatte das Erdgeschoss des „Archivbaus“ einen Zweck, der mit der Funktion des Vorgängerbaus der „Einnehmerei“ zusammenhing.

Nach den Kriegszerstörungen vor der Spitzhacke bewahrt: Die Landschaftsstube nach der Restaurierung (2010).



Das erste deutsche Parlamentsgebäude

Durch den Zugang vom Vorgängerbau des Einnehmereigebäudes erreichte man – im 16. Jahrhundert nicht anders als heute – das erste Obergeschoss des „Archivbaus“, das wohl nur als Empfangsraum diente; wollte man ins zweite Obergeschoss, so musste (und muss) man noch eine steinerne Wendeltreppe ersteigen. Hatte man diese steile Treppe überwunden, war man am Ziel angelangt, in der „Landschaftsstube“ im zweiten Obergeschoss. Diese „Landschaftsstube“ hatte nichts gemein mit dem, was man heute bisweilen „Heimatstube“ nennt, aber die „Landschaftsstube“ war der eigentliche Grund, aus dem der sogenannte Archivbau errichtet wurde: Er sollte mitnichten ein Archiv sein, sondern – sofern man mit dem Begriff etwas großzügig umzugehen bereit ist – das erste deutsche Parlamentsgebäude, das eigens zu diesem Zweck errichtet wurde. Zugleich war das Gebäude in gewisser Weise auch ein Symbol für den Anlass, aus dem es errichtet wurde. Es ging – worum auch sonst? – natürlich ums Geld.



Die schmiedeeiserne Plattentür,
durch die man ursprünglich die Landschaftsstube
vom Schloss her betrat.

Wer den dritten Stock, die „Landschaftsstube“, erreicht hat, erfährt bereits auf den ersten Blick eine ganze Menge über das „Parlament“, das hier einst tagte, denn ein Begriff wie beispielsweise „geräumiges Wohnzimmer“ charakterisiert das Raumangebot dieses „Plenarsaales“ durchaus treffend: Hätte das „Plenum“ mehr als 30 Personen umfasst, wäre es äußerst eng geworden; angesichts der zwischen kühl und kalt schwankenden Raumtemperatur hätten die Betroffenen das vielleicht sogar als Vorteil empfunden.

Im zweiten Obergeschoss gab es auch noch einen dritten Zugang zum Gebäude, der die Landschaftsstube mit dem Wehrgang verband; dieser Zugang war eindeutig der wichtigste, denn über den Wehrgang betrat man die „Landschaftsstube“ vom „Neuen Schloss“ her. Diesen Eingang verschloss eine aufwendig gestaltete schmiedeeiserne Plattentür, die heute einen Stock tiefer als Blickfang fungiert. Durch diesen repräsentativen Zugang betraten vermutlich im 16. Jahrhundert die Räte des badischen Markgrafen die Landschaftsstube; 1554 nahm Markgraf Karl II. zumindest zeitweilig selbst an den Beratungen des Landtags teil, und auch er betrat den Raum durch diesen Eingang. Die getrennten Zugänge symbolisierten treffend und wohl auch keineswegs unabsichtlich die Kräfteverhältnisse, wenn sich die markgräflichen Räte mit den Vertretern der Landschaft zu einem Landtag trafen. Der Zugang im dritten Stock ermöglichte dem Markgrafen wie seinen Räten einen wirkungsvollen Auftritt und im Bedarfsfalle auch einen starken Abgang, den die zufallende Eisentür optisch wie akustisch kongenial untermalte. Dass den Giebel des Türrahmens ausgerechnet ein Faunskopf zierte, mag manchen Landschaftsvertreter zu respektlosen Witzeleien inspiriert haben: Faune sorgen angeblich nicht nur – in jeder Beziehung – für Fruchtbarkeit, sondern sind unter Umständen auch für böse Träume verantwortlich.

Das dreijochige Netzgewölbe, das die Landschaftsstube überspannt, konnte die Vertreter der Landschaft indessen noch

nicht beeindrucken, denn Karl II. ließ das Netzgewölbe und die farbigen Wappen von Brandenburg, Baden und Pfalz-Veldenz erst 1561 hinzufügen – das brandenburgische Wappen zur Erinnerung an seine 1558 verstorbene erste Ehefrau Kunigunde von Brandenburg-Kulmbach, das Wappen von Pfalz-Veldenz für seine zweite Frau, Anna, Pfalzgräfin von Veldenz, die er noch im gleichen Jahr geheiratet hatte.

Anscheinend saßen die Vertreter der Landschaft nach dem Vorbild des Regensburger Reichstages auf Bänken an den Wänden – womöglich war das die ureigene Idee des Markgrafen, der die Sitzordnung im Reichstag aus eigener Anschauung kannte. Ob die auf Fotos aus den 1920er- und 1930er-Jahren erkennbaren Bänke authentisch oder Nachbauten waren, lässt sich nicht entscheiden. Nachdem das Denkmälerinventar aus dem Jahre 1939 die Bänke nicht erwähnt, ist wohl eher von Rekonstruktionen auszugehen. Der aus den Fotos zu erschließende Sitzkomfort dürfte indessen der historischen Wirklichkeit recht nahe kommen und 1554 seinen Teil zur Begrenzung der Dauer der Verhandlungen beigetragen haben.



Türgiebel mit Faunskopf in der Landschaftsstube:
Symbol für Fruchtbarkeit, aber auch für böse Träume.

Die Reformation und die Ebbe in der Staatskasse

Markgraf Karl II., der Bauherr des „Archivbaus“, erfreut sich bis heute beträchtlicher, wenn auch weitgehend unbegründeter Wertschätzung durch die Historiografie. Diese Wertschätzung speist sich vor allem aus dem Umstand, dass Karl II. in Baden die Reformation einführte. Man darf indessen bezweifeln, dass er sich den Beinamen „der Fromme“ wirklich redlich verdient hatte, denn es ging bei der Einführung der Reformation wohl eher um materielle Interessen, um Kirchengüter, deren Einzug dem chronisch klammen Markgrafen eine höchst interessante Perspektive sein musste.

Die Landschaftsstube vor der Zerstörung,
mit unbequemen Sitzgelegenheiten.



Die Zeitgenossen nannten Karl nicht nur „den Frommen“, sondern auch „Karl mit der Tasche“, weil er beim Bau der Karlsburg in Durlach die Bauhandwerker höchstselbst bar bezahlte. Dass man ihn deshalb später als besonders sparsam betrachtete, dürfte wohl ein Trugschluss sein, denn seine finanzielle Lage müsste es jedem Bauhandwerker nahegelegt haben, mit Nachdruck auf Barzahlung zu bestehen. Karls Ausrede für seine permanenten Finanznöte war nachgerade klassisch und erfreut sich bis hin ins Fußballgeschäft bis heute gleichbleibend hoher Beliebtheit: Die Schulden seiner



Auch im Winter und bei Nacht
ein Blickfang: „Archivbau“
und Einnehmereigebäude in den 1930er-Jahren.

Vorgänger seien es vor allem, führte er ins Feld, und überging dabei großzügig seinen eigenen Hang zu kostspieligen Bauprojekten – auch den „Archivturm“ gab es nicht umsonst – und die laufenden Kosten seiner Hofhaltung.

Mitsprache gegen Geldleistungen

Nicht minder klassisch ist die Idee, die Ebbe in der Staats- beziehungsweise Fürstenkasse von den Steuerpflichtigen ausgleichen zu lassen. Zu allen Zeiten begegneten die Steuerpflichtigen derartigen Ansinnen verständlicherweise ziemlich reserviert, und die Steuerzahler „einfach so“ zu höheren Abgaben zu verdonnern, zog beträchtlichen Ärger nach sich – ganz abgesehen davon, dass das rechtlich nicht möglich war. Die Zustimmung der Betroffenen war also notwendig, und so trafen sich in Gestalt der „Landschaft“ Vertreter der badischen Städte und Ämter, um sich mit dem Landesherrn auf die Modalitäten der Schuldenübernahme zu einigen. Das bedeutete nicht nur, möglichst viel an Gegenleistungen herauszuhandeln, sondern auch dafür zu sorgen, dass die Steuererhöhungen vor allem die Verbrauchssteuern betrafen und idealerweise – wie 1562 tatsächlich geschehen – von einer Senkung der direkten Steuern begleitet wurden, denn die direkten Steuern trafen vor allem die städtischen und ländlichen Oberschichten und eben diese stellten die Vertreter der „Landschaft“.

Eine politische Mitwirkung der „Landschaft“ hatte es in Baden bereits bei der Landes- und Schuldenteilung von 1536/37 gegeben, die eigentliche Initialzündung kam jedoch aus Württemberg, wo es bereits seit 1457 Landtage gab – von dem bekannten Satz: „Schwaben schaffen, Badener denken“, galt zu dieser Zeit offenbar noch die Umkehrung. Herzog Christoph von Württemberg hatte 1554 durch Verhandlungen mit der württembergischen Landschaft erreicht, dass sie seine Schulden übernahm – für entsprechende Gegenleistungen, versteht sich. Markgraf Karl II. von Baden, nicht minder klamm als sein württembergischer Kollege, nahm die Stuttgarter Steilvorlage dankbar auf und handelte seiner Landschaft 1554 in Pforzheim eine Sondersteuer ab, die der Tilgung markgräflicher Schulden in Höhe von 400 000 Gulden dienen sollte. Karl war noch moderner als der württembergische Herzog Christoph, denn von Schuldentilgung war anschließend keine Rede mehr, Karl verwendete den sechsstelligen Betrag – zu dieser Zeit eine ungeheure Summe – ganz einfach für „Verschiedenes“, insbesondere für seine aufwendige Hofhaltung. Gegen Ende des 16. Jahrhunderts fanden dann regelmäßig Landtage statt, bei denen der gerade regierende Markgraf seinen aktuellen Schuldenstand mitteilte und die Landschaft sich die Übernahme dieser Schulden durch politische Zugeständnisse – etwa Mitbestimmungsmöglichkeiten oder Sonderrechte – bezahlen ließ. Die Landschaft hatte also ein Mitbestimmungsrecht bei den Steuern; wenn man davon absieht, dass die „Landstände“ zwar das Recht hatten, Steuern zu genehmigen, es aber besser nicht darauf ankommen ließen, die Steuern tatsächlich zu verweigern, gaben ihnen die Landtage im politischen Gefüge des frühmodernen Staates doch eine gewisse Machtposition, auch wenn dieser durch den Zwang zur Einigung deutliche Grenzen gesetzt waren. Selbstverständlich aber musste sich die Landschaft zunächst einmal weigern, wenn sie sich ihre Zustimmung durch Gegenleistungen des Fürsten honorieren lassen wollte.

Die Sonderstellung der Stadt Pforzheim

Die Stadt Pforzheim legte großen Wert darauf, nicht zur „Landschaft“ zu gehören – ihre Rechtsstellung war der der anderen badischen Städte weit überlegen, und die Pforzheimer waren auch keine Leibeigenen. Das hieß, dass sich die markgräflichen Räte zuerst einmal mit den Vertretern der Landschaft einigen mussten. Diese Einigung fasste man in einem Landtagsabschied zusammen, und für die Vertreter der „Landschaft“ war die Sache damit erledigt. Die bemitleidenswerten Räte des Markgrafen hatten hingegen dann den schwersten Teil ihrer Arbeit noch vor sich, denn sie durften nun mit den Vertretern der Stadt Pforzheim die ganze Prozedur wiederholen. Ein Witzbold soll einmal an ein deutsches Finanzamt geschrieben haben, dass er sich nach reiflicher Überlegung entschlossen habe, der Einkommensteuer nicht beizutreten. Bei den Verhandlungen mit den Räten des Fürsten vertraten die Pforzheimer in der Regel einen nicht unähnlichen Standpunkt. Mit Humor hatte das allerdings rein gar nichts zu tun, denn gemäß ihren Privilegien war die Stadt grundsätzlich von außerordentlichen Abgaben jeder Art befreit, und für den vorübergehenden Verzicht auf ein solches Privileg durfte man schon einiges an Gegenleistungen erwarten.

Zumindest aus der Perspektive des badischen Markgrafen scheint sich beim Landtag von 1554 schon so etwas wie Aufsässigkeit manifestiert zu haben, und offensichtlich verdächtigte man die Stadt Pforzheim und ihren *genius loci*, diesen Hang zur Unbotmäßigkeit zumindest begünstigt zu haben. 1562 verhandelten die markgräflichen Räte mit den Vertretern der Landschaft getrennt und jeweils „vor Ort“, noch nicht einmal mit den Vertretern des Pforzheimer Oberamtes mochte man sich in der Stadt zusammensetzen, die Verhandlungen fanden in Ellmendingen statt. Und in der Tat bestätigte der Erfolg die neue Strategie des *divide et impera*: Die Vertreter der Landschaft zeigten sich weit nachgiebiger als noch acht Jahre zuvor, und so verfuhr man im Jahre 1582 genauso. Im gleichen Jahr – die drei Söhne Karls II. standen zu dieser Zeit noch unter Vormundschaft – erwies sich das auch als überaus zweckmäßig, denn zur Abwehr von Erbansprüchen der Herzöge von Longueville musste Baden im Rahmen eines von der Stadt Bern eingefädelten Vergleichs 225 000 Gulden aufbringen, von denen die Landschaft zwei Drittel tragen sollte. Man einigte sich dieses Mal auf eine auf 15 Jahre befristete Vermögenssteuer in Höhe von acht Batzen auf je 100 Gulden Vermögen; 8 Batzen entsprechen 32 Kreuzern, die Vermögensabgabe belief sich also auf moderate 0,53 Prozent. Auch hier zeigten die badischen Markgrafen und ihre Beamten bemerkenswerte Modernität, denn in den folgenden anderthalb Jahrhunderten fielen ihnen stets mehr oder minder plausible Begründungen ein, weshalb diese befristete Steuer nicht nur weiter erhoben – ab 1620 als regelrechte „Ordinari-Schatzung“ –, sondern auch auf ein dreiviertel Prozent erhöht werden müsste. Angesichts der Kriegszerstörungen des späten 17. Jahrhunderts mochte man freilich in Pforzheim den Sinn dieser Steuer absolut nicht mehr einzusehen, zumal ja die Stadt gemäß ihrer Privilegien eigentlich grundsätzlich von der „Schatzung“, also von außerordentlichen Zahlungen an den Landesherrn, befreit war. Zwischen 1716 und 1730 lieferte sich die Stadt einen heftigen Streit mit dem Markgrafen, in dessen Verlauf gewaltsame Ausschreitungen die militärische Besetzung der Stadt nach sich zogen; die Stadt Pforzheim klagte vor dem Reichskammergericht gegen den Landesherrn, unterlag aber am Ende, denn nach höchstrichterlicher Auffassung hatte die Stadt das Privileg, keine außerordentlichen Steuern zahlen zu müssen, dadurch verwirkt, dass sie die „Longuevillische Hilfe“ freiwillig über den vereinbarten Zeitraum hinaus bezahlt hatte. Erst in der Rheinbundzeit (1810) lief die Schatzung aus – rekordverdächtige 213 Jahre später als angekündigt.

Nach 1582 gab es wieder Landtage, zu denen die Vertreter der Landschaft und die Vertreter der Stadt Pforzheim an einem Ort zusammenkamen; Tagungsort war nun die neue Residenzstadt Durlach – 1588 erzwang die Landschaft hier, dass sie künftig an der Steuer- und Finanzverwaltung beteiligt wurde.

In der Pforzheimer Landschaftsstube hätten die Versammlungen schon 1585 nicht mehr stattfinden können, die Zahl der Abgeordneten belief sich auch ohne Pforzheimer Vertreter bereits auf 37. Es mag sein, dass in der Pforzheimer Landschaftsstube weiterhin Sitzungen des „Ausschusses“ stattfanden – der „Ausschuss“ tagte sehr viel häufiger und fungierte als Kontrollgremium, etwa bei der „Rechnungsabhör“. Es ist allerdings nicht auszuschließen, dass in Pforzheim auch weiterhin Landtage stattfanden, über die sich nur eben keine Quellen erhalten haben. Gestützt wird diese Annahme dadurch, dass an der Ecke Rosenstraße/Stiftsstraße wohl nach 1600 ein regelrechtes „Landschaftshaus“ errichtet wurde, über dessen Aussehen freilich keinerlei Informationen vorliegen, da es den Zerstörungen des Pfälzischen Erbfolgekrieges zum Opfer fiel.

Das weitere Schicksal des „Archivbaus“

Die weitere Karriere des „Archivbaus“ war weit weniger ruhmvoll als die Anfänge: Nach den Stadtzerstörungen des späten 17. Jahrhunderts diente die Landschaftsstube als Notquartier des Pforzheimer Obervogtes, im 18. Jahrhundert beherbergte der „Archivbau“ die Speisekammer des Amtskellers, also des – modern gesprochen – Chefs des Pforzheimer Finanzamtes. Irgendwann davor oder dazwischen muss der Bau auch einmal zur Lagerung von Schriftgut gedient haben; vermutlich diente er der Aufbewahrung von Akten und Urkunden der „Einnehmerei“ und bezog daher seinen umgangssprachlichen Namen „Archivbau“, denn es gab ja nun ein neues „Landschaftshaus“. Im 19. Jahrhundert folgte ein weiterer Abstieg: Das einstige Parlamentsgebäude fungierte nun bis 1912 als „Waschküche der Steuereinnehmerei“, wie das Denkmälerinventar von Lacroix, Paeseler und Hirschfeld ohne weitere Erklärung feststellt. Was dort gewaschen wurde, ist den Quellen nicht zu entnehmen: *Honi soit qui mal y pense …*

1922 erwarb die Stadt Pforzheim das Gebäude im Zuge eines Grundstückstausches, und von nun an ging es wieder bergauf: Von 1924 an bildete der „Archivbau“ einen Teil des von Alfons Kern initiierten „Reuchlin-Museums“. Im Erdgeschoss befand sich das Lapidarium mit großen Steindenkmälern aus der Römerzeit. Die beiden oberen Räume dienten zwischen 1924 und 1933 dem höheren Ruhm Markgraf Karls II. (1529–1577). 1932/33 erfuhr das Museum, das bis dahin Ähnlichkeiten mit einem Kuriositätenkabinett nicht verleugnen konnte – zu sehen war beispielsweise eine ägyptische Mumie, ein Geschenk eines Pforzheimer Bürgers –, eine umfassende Neugestaltung und Erweiterung. Das Erdgeschoss des „Archivbaus“ blieb Lapidarium, die Erinnerung an Karl II. näherte man durch die Beschränkung auf das zweite Obergeschoss dem historisch gerechtfertigten Maß an, auch wenn die Landschaftsstube das etwas reißerische Etikett „Wappensaal“ angehängt bekam. Der erste Stock des „Archivbaus“ hieß nun „Reuchlin-Gewölbe“ und war ein echtes Highlight: Zu sehen waren Kodizes aus der von der Badischen Landesbibliothek verwahrten Bibliothek Reuchlins, ferner Kopien von Briefen und Handschriften des Humanisten.

Die reichhaltigen und nun auch wirklich sehenswerten Sammlungen blieben allerdings leider nur zwei Jahrzehnte lang ein Ort städtischer Repräsentation und Selbstdarstellung, denn wie der gesamte alte Schlossbezirk wurde auch der „Archivbau“ beim Luftangriff am 23. Februar 1945 schwer zerstört, an die einzigartigen Sammlungen erinnern seitdem nur noch Fotos und Beschreibungen sowie einige wenige Überbleibsel.

Immerhin teilte der „Archivbau“ nicht das Schicksal so vieler zum Teil noch weit weniger zerstörter historischer Gebäude, denn Alfons Kirchenmaier und die Stiftung der Freunde der Schlosskirche vermochten immerhin, dieses eine steinerne Zeugnis alter residenzstädtischer Pracht vor der Spitzhacke zu bewahren. Von 1951 bis 1960 fungierte der notdürftig wiederhergestellte „Archivbau“ als provisorische Unterkunft des „Heimatmuseums“ und der wenigen Stücke, die aus dem alten „Reuchlin-Museum“ halbwegs intakt geborgen werden konnten. Auch als das „Heimatmuseum“ 1960 ins Reuchlinhaus übersiedelte, blieb dem „Archivbau“ der Abriss und damit das Schicksal der meisten anderen Pforzheimer Baudenkmäler erspart. Der „Archivbau“ wurde sukzessive in seinem originalen Zustand wiederhergestellt. Seit 1989 ist hier eine Ausstellung mit Dokumenten zum Wiederaufbau des Schlosses



„Archivbau“ und Einnehmerei nach dem Luftangriff vom 23. Februar 1945 (Aufnahme von 1946).

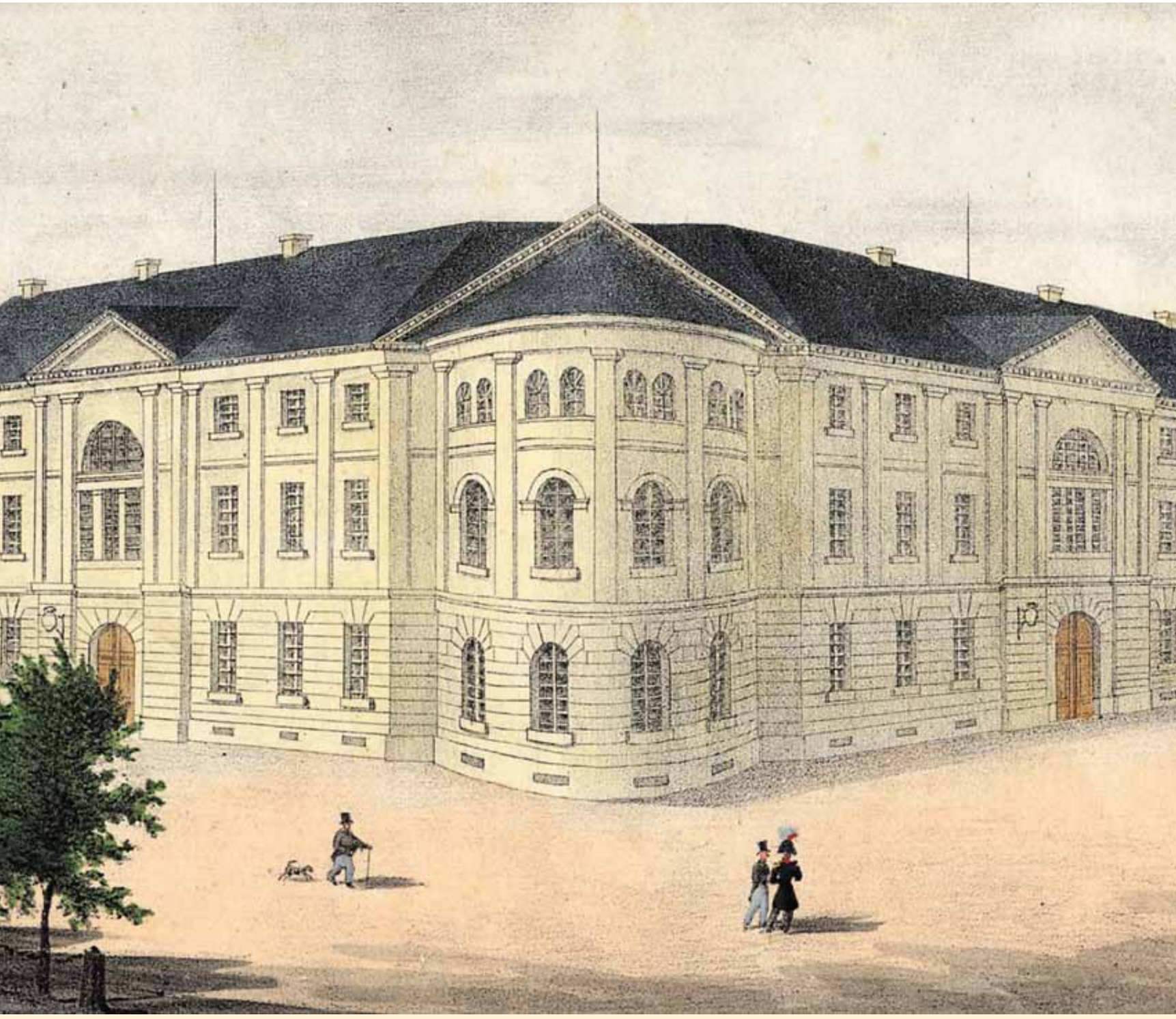


Als Pforzheim unterging: Innerhalb von 20 Minuten fielen am 23. Februar 1945 an die 1500 Spreng- und Brandbomben auf die Stadt. Rund 20 000 Menschen starben.

und zur Stiftung der Freunde der Schlosskirche zu sehen; die Landschaftsstube, beheizt von einem Kachelofen mit modernem elektrischen Innenleben, bietet sich als Stätte für Sitzungen und kleinere Versammlungen in stimmungsvollem Ambiente an.

Der Initiative des Pforzheimer Denkmalpflegers Christoph Timm ist es zu verdanken, dass der „Archivbau“ heute innen und außen in alter und neuer Pracht erstrahlt. Das Gebäude wurde aufwendig restauriert, und ist heute wieder eine – wenn auch selten genutzte – „gute Stube“ der Stadt Pforzheim.

Den „Archivbau“ in Pforzheim – vielleicht sollte man besser vom „alten Landschaftshaus“ sprechen – als „Parlamentsgebäude“ zu bezeichnen, erfordert einen mehr als großzügigen Umgang mit dem Begriff „Parlament“. Im Kontext der reichhaltigen demokratisch-parlamentarischen Traditionen Südwestdeutschlands erscheint es aber doch gerechtfertigt, das „alte Landschaftshaus“ in Pforzheim in eine Reihe zu stellen mit dem Tübinger Vertrag von 1514/15, mit dem sich die württembergischen Landstände ein verbrieftes Recht auf politische Mitwirkung erkämpften, und dem Karlsruher Ständehaus, von dem bedeutende Impulse für die Paulskirchenversammlung von 1848/49 und den Parlamentarismus in ganz Deutschland ausgingen. Es ist kein gerader Weg, der diese Stationen verbindet, aber doch ein Weg.



Baden war im frühen 19. Jahrhundert der Vorreiter in der Formulierung und Realisierung liberaler Ideen und Prinzipien. Das 1822 fertiggestellte Ständehaus in Karlsruhe, das Domizil der beiden Kammern des badischen Parlaments, steht sinnbildlich für diese liberale Entwicklung. Es war der erste parlamentarische Zweckbau in Deutschland.

Die Badische Verfassung von 1818

„Die Grundfeste badischer Freiheit und Ordnung“

Frank Engehausen

Der Begriff Verfassungspatriotismus ist eine Wortschöpfung der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Er lässt sich aber aus seinem Entstehungskontext – der Wandlung des (west-)deutschen Nationsverständnisses nach dem Zweiten Weltkrieg weg von machtstaatlichen Kategorien und hin zu einer Gemeinschaft stiftenden Orientierung an den Freiheitsrechten – herauslösen und auf andere historische Epochen übertragen, zum Beispiel auf die Geschichte des Großherzogtums Baden im 19. Jahrhundert.

Sie wurde in ähnlicher Weise durch die Badische Verfassung von 1818 geprägt wie die deutsche Nachkriegsgeschichte durch das Grundgesetz, wenngleich die Entstehungsumstände des badischen Verfassungspatriotismus eigentümlich waren: Damals ging es nicht darum, einer verkleinerten Nation neue Identifikationsmöglichkeiten zu geben, sondern es sollte durch die Verfassung überhaupt erst ein Fundament für einen Staat geschaffen werden, der sich durch territoriale Zugewinne erheblich vergrößert hatte und sich deshalb kaum durch historische Traditionen legitimieren konnte.





Unter Karl Friedrich von Baden (1728–1811) wuchs die Markgrafschaft zum Großherzogtum. In seine Regierungszeit fielen auch die ersten Beratungen über die Einführung einer Verfassung.

Motive der Verfassunggebung

In der Rückschau mag es wie eine zwangsläufige Entwicklung anmuten, dass die Politik der Integration der neu erworbenen Gebiete, die dem badischen Markgrafen, der 1803 zum Kurfürsten und 1806 zum Großherzog aufgestiegen war, als Bündnispartner Frankreichs in den Revolutionskriegen in mehreren Etappen zugefallen waren, durch die Gewährung einer Verfassung abgeschlossen wurde. Doch der Weg dorthin war überaus steinig. Auch dachten der badische Fürst Karl Friedrich und seine politischen Berater zunächst nicht daran, eine Verfassung als Instrument zur Identitätsstiftung zu nutzen. Vielmehr folgten sie bei ihren Überlegungen in erster Linie Sachzwängen. Vor allem die infolge der langwierigen Kriege beträchtlich angewachsenen Staatsschulden übten einen starken Handlungsdruck aus. Damit wurde wieder ein Prinzip wirksam, das bei der Entstehung der meisten Parlamente eine Rolle gespielt hatte: Nämlich, dass diejenigen, die die öffentlichen Lasten trugen, auch das Recht besaßen, bei der Verwendung der von ihnen zur Verfügung gestellten Mittel mitzusprechen. Nach dieser Auffassung war der Fürst nicht berechtigt, seine Untertanen beliebig mit neuen Steuern zu belasten, sondern es bestand für ihn die Notwendigkeit, sich über außergewöhnliche Maßnahmen mit Repräsentanten der wichtigen gesellschaftlichen Gruppen aus seinem Herrschaftsbereich zu verständigen. Bei den sogenannten Landständen der Territorien des Alten Reiches – in Baden hatten solche Stände seit dem 17. Jahrhundert keine Rolle mehr gespielt – waren dies üblicherweise Vertreter des Adels, des Klerus und der Städte, in manchen Fällen auch der Landgemeinden.

Neben dem Grundsatz, dass ein Fürst nicht willkürlich Steuern erheben konnte, legte auch das französische Vorbild den Gedanken nahe, in Baden eine Verfassungsordnung zu etablieren – schließlich stand das Großherzogtum seit 1806 als Mitglied des Rheinbundes unter dem „Protektor Napoleon". Es drängte sich also zwangsläufig die Frage auf, ob nicht auch in Baden eine Verfassung mit einem Repräsentativsystem eingeführt werden müsse, um das Modernisierungsdefizit zum linksrheinischen Nachbarn auszugleichen. Diese Frage allerdings war im Kreise der politischen Berater des Großherzogs sehr umstritten und wurde nicht so schnell gelöst wie die anderen Reformvorhaben, die in diesen Jahren in Angriff genommen wurden. Die ersten Überlegungen zur Gewähr einer Badischen Verfassung fielen in das Jahr 1808, als ein Kurswechsel hin zu einer engeren Ausrichtung der badischen Politik an der des französischen Nachbarn vollzogen wurde. Am 5. Juli 1808 kündigte eine landesherrliche Verordnung an, dass neben der Vereinheitlichung und Vereinfachung der Verwaltung sowie der Einführung eines gleichförmigen, auf gesetzlich festgelegten Verhältnissen beruhenden Abgabesystems bei den anstehenden Reformen auch daran gedacht sei, mittels einer Landesrepräsentation, also eines Landtages, das Band zwischen dem Monarchen und dem Staatbürger noch fester als bisher zu knüpfen.

Entstehung der Verfassung

Allerdings wurde dieses Verfassungsversprechen nicht eingelöst. Zwar entstanden in den folgenden Monaten mehrere Verfassungsentwürfe, die jedoch unter den Beratern des Monarchen kaum konsensfähig waren – der Hauptstreitpunkt war die Frage, welche Kompetenzen man einer

gesamtstaatlichen Ständeversammlung zubilligen sollte. Sie wurde zunächst als reines Konsultativorgan konzipiert, das über Gesetzentwürfe nur diskutieren, aber nicht entscheiden sollte. Außerdem war strittig, auf welche Weise sie zusammengesetzt werden sollte. Am Ende der Diskussionen stand ein Modell einer berufständisch zusammengesetzten Landratsversammlung, das mit einer hohen Altersgrenze und einer stattlichen Besitzqualifikation für das Wahlrecht nur einer Minderheit der Staatsbürger politische Partizipationsrechte zubilligte. Ob es eine Integrationsfunktion hätte wahrnehmen können, erscheint – trotz des der Ständeversammlung zuletzt zugebilligten Steuerbewilligungsrechts – zweifelhaft; zur Erprobung kam es nie, da der Verfassungsplan nach einer Regierungsumbildung 1809 ganz beiseite gelegt wurde.

Die Verfassungsfrage ruhte in Baden nach dem Scheitern der Reformpläne von 1808/09 für einige Jahre, wurde aber schon bald wieder virulent, weil nicht zuletzt die chronische Finanzkrise des Staates es angezeigt scheinen ließ, das als immer noch unzureichend betrachtete Zusammengehörigkeitsgefühl der alten und neuen Untertanen durch Zugeständnisse in der Verfassungsfrage zu stärken und auf diese Weise den Staat zu stabilisieren. Dass in der badischen Bevölkerung der Wunsch nach Einführung einer Verfassung verbreitet war, stand spätestens seit dem Spätherbst 1815 außer Zweifel. Es machte sich eine Protestbewegung bemerkbar, deren regionaler Schwerpunkt in Nordbaden lag: 33 Adelige formulierten Anfang November in Sinsheim eine gemeinsame Klage über die bedrängte Lage des Landes, die sich unter anderem durch die Einberufung einer Ständeversammlung bewältigen lasse. Wenige Tage später traten Heidelberger Bürger mit einem ähnlichen Anliegen hervor. In ihrem Namen verfasste der Jurist und Universitätslehrer Christoph Reinhard Dietrich Martin eine Eingabe an den Landesherren, in der um die Einberufung von Landständen als Mittel zur Überwindung der gegenwärtigen Krise nachgesucht wurde. Bevor die Sammlung von Unterschriften für diese Eingabe in der Heidelberger Bürgerschaft abgeschlossen werden konnte, kam es zu Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen. In Anbetracht der scharfen Reaktion der Regierung reichte Martin sein Entlassungsgesuch ein und legte seine Professur nieder. Über die Grenzen der Universität und der Stadt hinaus erregte der „Fall Martin“ große Aufmerksamkeit. Er demonstrierte, dass Großherzog Karl – er war 1811 seinem Großvater auf dem Thron gefolgt – und seine Regierung nicht bereit waren, eine öffentliche Diskussion über die Einführung von Landständen zuzulassen.

Nach schwieriger Geburt:
Großherzog Karl von Baden (1786–1818) unterzeichnete die Verfassungsurkunde am 22. August 1818 in Bad Griesbach im Schwarzwald.



Innerhalb der badischen Regierung war die Verfassungsdiskussion zu diesem Zeitpunkt schon im Gange. Der Anstoß war von außen gekommen, denn die Beratungen auf dem Wiener Kongress über die Verfassungsfrage im Deutschen Bund mündete schließlich in dem berühmten Formelkompromiss des Artikel XIII der Bundesakte von 1815. Demzufolge seien in allen Bundesstaaten landständische Verfassungen einzurichten. Dass insbesondere Baden einer solchen land-



Karl Friedrich Nebenius (1784–1857), damals Rat im Finanzministerium, arbeitete den maßgeblichen Entwurf der Badischen Verfassung aus.

ständischen Verfassung bedürfe, war zum Beispiel die Überzeugung des preußischen Reformers Reichsfreiherr vom Stein, der Alexander I. von Russland, als dessen Berater er auf dem Wiener Kongress fungierte, dazu aufforderte, seinen Schwager Großherzog Karl von Baden zu bewegen, seine Verwaltungsart zu ändern und in die Schaffung „freisinniger" Einrichtungen einzuwilligen. Diese Anregung trug Früchte. Schon am 1. Dezember 1814 ließ der Großherzog den beiden Verhandlungsführern der deutschen Großmächte in Wien mitteilen, dass er sich entschlossen habe, als dem Geist des Zeitalters angemessen, eine ständische Verfassung einzuführen und somit seinen Untertanen die Bewilligung der Steuern, die Mitaufsicht über deren Verwendung, die Teilnahme an der Gesetzgebung und das Recht der Beschwerdeführung gegen Staatsdiener zu gestatten.

Mit der Einsetzung einer Verfassungskommission im Januar 1815 begannen langwierige Beratungen, die mit großen Unterbrechungen bis zum Sommer 1818 dauerten: Als im Mai 1815 erneut der Krieg gegen Napoleon ausbrach, wurden die ersten Verfassungsentwürfe beiseite gelegt; im März des folgenden Jahres kündigte Großherzog Karl mit dem Hinweis, dass die Vorarbeiten bereits weit fortgeschritten seien, die Eröffnung der ersten ständischen Versammlung des Großherzogtums für den 1. August 1816 an. Doch einen Tag vor diesem Termin ließ er seinen Untertanen mitteilen, dass die bereits vollendete Konstitution nun doch noch nicht verkündet werden könne, da wider Erwarten am Bundestag in Frankfurt noch keine Entscheidung über die weitere Ausgestaltung der Bundesverfassung gefallen sei, der die badische Konstitution angepasst werden solle. Der wahre Grund für die Verzögerung war jedoch die Uneinigkeit derer, die mit den Verfassungsplanungen betraut worden waren: Vor allem in der besonders brisanten Frage der Zusammensetzung der Ständeversammlung konnte kein Konsens erzielt werden. Die Verfassungsarbeiten ruhten wiederum, und erst im April 1818 beauftragte der Großherzog Sigismund von Reitzenstein mit der Überarbeitung des vorliegenden Materials. Reitzenstein übertrug diese Aufgabe dem Finanzrat Karl Friedrich Nebenius, der dann binnen kurzer Zeit einen konsensfähigen Entwurf vorlegte und damit, wenn auch nicht zum alleinigen geistigen Vater, so doch zum Autor der badischen Verfassungsurkunde wurde, die am 29. August 1818 im Regierungsblatt publiziert und damit in Kraft gesetzt wurde.

Eine Verfassung mit staatsbürgerlichen Rechten

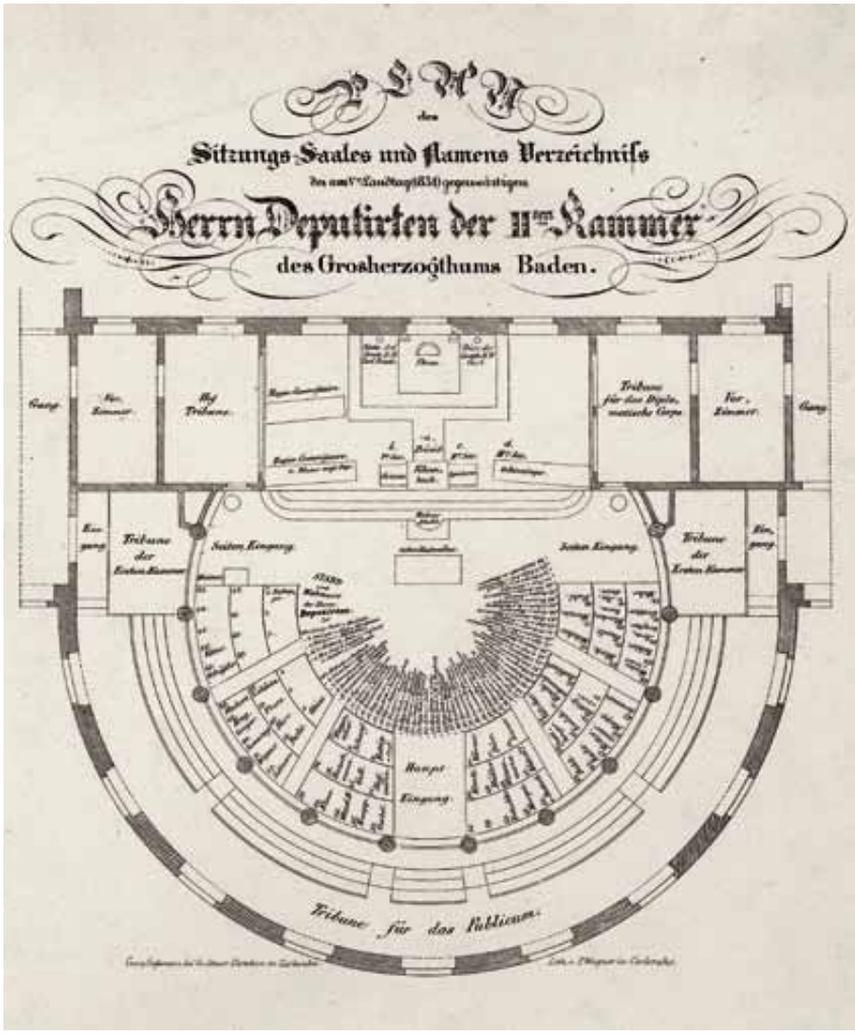
Die Verfassung wurde von Großherzog Karl aus eigener Machtvollkommenheit dem badischen Volk „geschenkt"; es handelte sich somit um eine sogenannte oktroyierte, also aufgezwungene Verfassung, über die nicht mit alten Ständen oder einem neuen, zum Zwecke der Verfassungsvereinbarung einberufenen Landtag verhandelt wurde. Anders als manche andere Verfassungen, die reine Organisationsstatute waren, die lediglich Bestimmungen hinsichtlich der

Zusammensetzung, Einberufung, Auflösung und Kompetenzen der Ständeversammlungen enthielten, war die badische Verfassungsurkunde von 1818 breit angelegt und enthielt einen Katalog der staatsbürgerlichen Rechte: die Gleichheit vor dem Gesetz, die durch die Garantie der Unabhängigkeit der Gerichte und den Schutz vor willkürlicher Verhaftung flankiert wurde; die Aufhebung der aus der Leibeigenschaft resultierenden Grundlasten und Dienstpflichten; die unterschiedslose Steuerpflicht; die Abschaffung von Privilegien bei der Besetzung ziviler und militärischer Staatsämter; die Freiheit des Eigentums; die Gewissensfreiheit und die Freiheit der Religionsausübung. Neue politische Rechte erhielten die Badener durch die Einsetzung eines Landtags, der in der Verfassungsurkunde mit dem traditionellen Namen Ständeversammlung bezeichnet wurde, sich von den Landständen, die im Alten Reich verbreitet gewesen waren, aber deutlich unterschied.

Ein Zweikammersystem

Der Badische Landtag bestand aus zwei Kammern, von denen eine, die Zweite Kammer, den Charakter eines modernen Repräsentativorgans hatte. Ihr gehörten 63 Abgeordnete der verschiedenen Landesteile an, wobei zwischen den ländlichen Ämterwahlbezirken und den städtischen Wahlbezirken unterschieden wurde, die insofern privilegiert waren, als dort im Vergleich zu den ländlichen Bezirken eine geringere Zahl von Wahlberechtigten einen Abgeordneten in den Landtag entsenden konnten. Gerechtfertigt wurde diese Privilegierung in der Wahlordnung mit der wirtschaftlichen Bedeutung der Städte. Da diese im Landesvergleich einen größeren Beitrag zum Gesamtsteueraufkommen leisteten als die Landgemeinden, sollten sie auch im Parlament stärker vertreten sein. Nimmt man das heutige demokratische Wahlverfahren zum Maßstab, so mag das badische Landtagswahlrecht als defizitär erscheinen: Es schloss, was typisch für die Zeit war, nicht nur die Frauen aus, sondern auch diejenigen volljährigen Männer, die an ihrem Wohnort nicht über das Ortsbürgerrecht verfügten; es war nicht geheim, sondern öffentlich; schließlich wurden die Abgeordneten auch nicht direkt gewählt, sondern indirekt durch ein Wahlmännersystem, das den lokalen Eliten, etwa den zumeist zu Wahlmännern bestellten Bürgermeistern, Pfarrern oder sonstigen Honoratioren, starke Einflussmöglichkeiten einräumte. Im Vergleich mit zeitgleich aufkommenden Wahlrechtsbestimmungen in den übrigen deutschen Staaten oder auch in England oder Frankreich war das badische Landtagswahlrecht dagegen erstaunlich weit gefasst: Es gewährte immerhin zwei Dritteln der erwachsenen Männer Partizipationsrechte in der Landespolitik.

Der Sitzungssaal mit den Namen der Abgeordneten der Zweiten Kammer im Badischen Ständehaus auf einer Lithografie um 1870.



Während die Zweite Kammer des Badischen Landtags das moderne Repräsentationsprinzip verkörperte, war die Erste Kammer durch altständische Elemente geprägt. Ihr gehörten die Prinzen des Großherzoglichen Hauses an, dann die durch die Mediatisierung zu Standesherren herabgesunkenen ehemaligen kleineren Reichsfürsten, mehrere Abgeordnete des grundherrlichen Adels, eine begrenzte Zahl vom Großherzog ernannter Mitglieder, je ein Repräsentant der katholischen



Der Freiburger Professor Karl von Rotteck (1775–1840) und spätere Führer der Liberalen betonte die integrative Funktion der Badischen Verfassung.

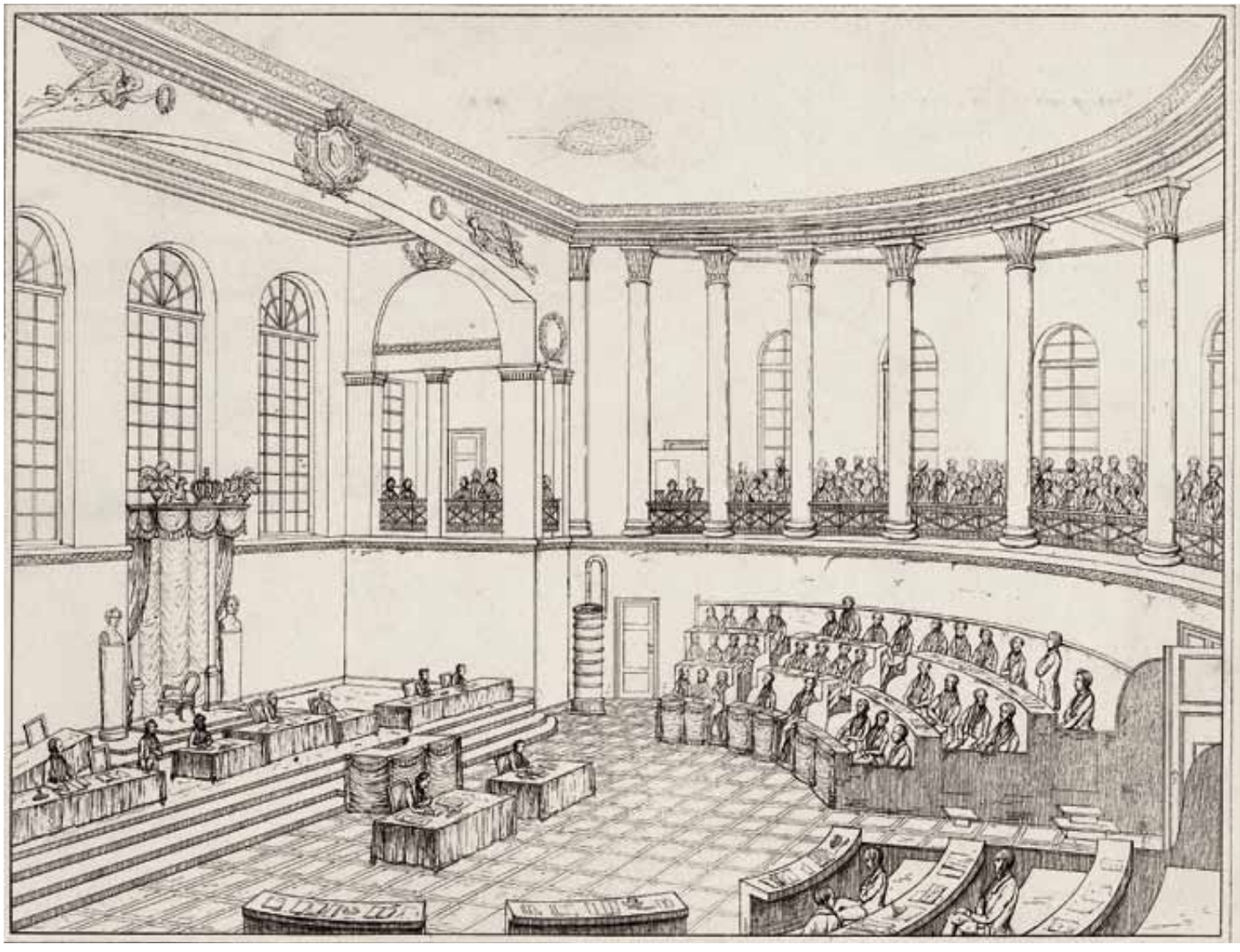
und der evangelischen Kirche sowie je ein Vertreter der Universitäten Freiburg und Heidelberg. Die Zweite Kammer als Volksvertretung und die Erste Kammer als Interessenvertretung privilegierter Gruppen waren gleichberechtigt. Lediglich in Finanzfragen besaß die Zweite Kammer das Vorrecht, Gesetzesvorlagen zuerst beraten und beschließen zu dürfen. Ohne den Konsens beider Kammern konnten Gesetze nicht zustande kommen, oder anders formuliert: Der Adel, der die Mehrheit in der Ersten Kammer stellte, verfügte über ein Vetorecht. Ein Vetorecht besaßen indes nicht nur die beiden Kammern, sondern auch der Monarch, der gleichberechtigt an der Legislative teilnahm. Allein ihm stand es zu, Gesetzesvorschläge vor den Landtag zu bringen, und Gesetzeskraft konnten die von den Kammern angenommenen Vorlagen erst erlangen, wenn sie auch die abschließende Zustimmung des Monarchen gefunden hatten.

Der Hauptzweck der Tätigkeit des Landtags war nach dem Willen des Verfassungsgeber die Mitwirkung an der Konsolidierung der Staatsfinanzen. Dementsprechend konnte nach der badischen Verfassungsurkunde ohne Zustimmung der Stände keine Auflage ausgeschrieben und erhoben werden. Beide Kammern mussten den Staatshaushalt billigen. Da dieser Haushalt für jeweils zwei Jahre aufgestellt wurde, war auch die Periodizität des Landtags gewährleistet. Der Großherzog konnte die Kammern zwar nach Belieben auflösen, wenn er mit ihren Entscheidungen unzufrieden war, sah sich dann aber gegebenenfalls mit dem Problem konfrontiert, die Verfassung missachten und den Staatshaushalt ohne ständische Zustimmung fortführen zu müssen. In der badischen wie in den anderen zeitgleich entstandenen deutschen Verfassungen beschränkte sich die Tätigkeit der Ständeversammlung allerdings nicht auf die Steuererhebung und das sogenannte Budgetrecht, sondern erstreckte sich auch auf die Mitwirkung an allen neuen Landesgesetzen, die die Freiheit der Personen oder das Eigentum der Staatsangehörigen betrafen, wie es in der Verfassungsurkunde 1818 definiert wurde. Da aber Gesetze, die weder die Freiheit noch das Eigentum der Staatsangehörigen tangierten, nicht vorstellbar waren, bedeutete dies, dass alle Gesetze der Zustimmung der Kammern bedurften. Dazu gehörten auch Verfassungsänderungen, so dass eine merkwürdige Konstellation festzustellen ist: Der Großherzog von Baden hatte zwar als Souverän 1818 die Verfassung gegeben, sich aber mit der Verfassunggebung eines Teils seiner Souveränität beraubt, da er sie zukünftig nicht nach seinem eigenen Ermessen, sondern nur im Konsens mit der Ständeversammlung ändern konnte.

Mit der Verfassung das Volk von Baden geschaffen

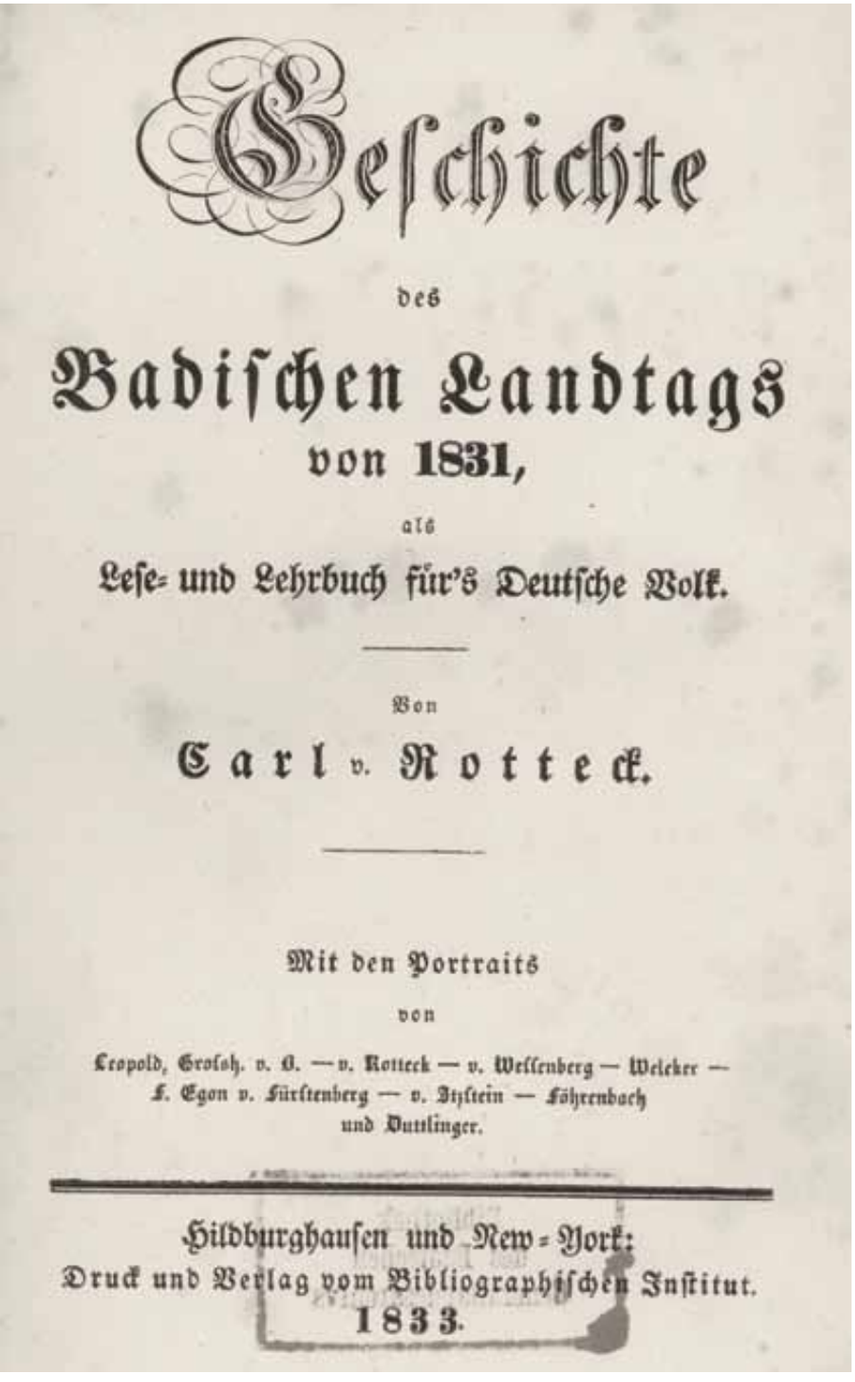
Die Verfassung stellte das politische Leben in Baden auf eine neue Grundlage und fand im Land weithin großen Zuspruch. Obwohl die Inkraftsetzung der Verfassung ohne jede Feierlichkeit, sondern lediglich durch die Veröffentlichung im Regierungsblatt erfolgte, wurden im ganzen Land Dankadressen an den Großherzog aufgesetzt und mancherorts Feiern veranstaltet. Dabei wurden die integrativen Motive, die der Verfassung zugrunde lagen, durchaus gewürdigt, zum Beispiel von dem Freiburger Juristen Karl von Rotteck, einem späteren Führer der Liberalen, der darauf hinwies, dass sie den Einwohnern des bis dahin zerstückelten Landes ein politisches Leben als Volk gebracht habe: Sie seien jetzt nicht mehr „Baden-Badener, Durlacher, Breisgauer, Pfälzer oder Fürstenberger, sondern das Volk von Baden, vom Odenwald bis zum Bodensee, fest aneinander geschlossen, die Glieder eines lebendigen Leibes, von einem Gesamtwillen bewegt, von einem Geiste beseelt“. Jetzt erst trete man in die Geschichte „in eigener Rolle“ ein. Möge man ihr „ruhmvolle Taten liefern, Gemälde des bürgerlichen Glücks, des einträchtigen Zusammenwirkens, des raschen Fortschreitens in allem Guten“.

Der Karlsruher Ständesaal im Jahr 1840. Zur Ausbreitung liberalen Gedankenguts trug maßgeblich die Öffentlichkeit der Landtagsdebatten bei. Die Zuschauertribünen waren in der Regel gut gefüllt. Zeitweise schaute ganz Deutschland auf das badische Parlament.



Anfänge der Verfassungspraxis

In den ersten Jahren der praktischen Bewährung der Verfassung verflog solcher Enthusiasmus allerdings rasch. Das Verhältnis zwischen Regierung und Landtag gestaltete sich spannungsreich, was auch in der Suche nach einem geeigneten Tagungsort für das neu geschaffene Parlament Niederschlag fand: Bei der ersten Landtagssession 1819 genossen die Kammern Gastrecht im Karlsruher Schloss, das ihnen indes nach den massiven Kontroversen um einen langen Reformkatalog der liberalen Opposition in der Folgezeit nicht mehr gewährt wurde. 1820 und nochmals 1822 tagte der Landtag unter ungünstigen Verhältnissen in dem angemieteten Haus eines Karlsruher Sattlermeisters, bis er schließlich ein eigenes Gebäude erhielt: das von Friedrich Weinbrenner und Friedrich Arnold geplante und gestaltete Ständehaus in der Ritterstraße, das neben Sälen für die Erste und die Zweite Kammer sowie Zuschauerplätzen auch eine größere Zahl von Sitzungs- und Büroräumen bot und der erste parlamentarische Zweckbau in Deutschland war. Auch mehr als ein halbes Jahrhundert nach seiner Einweihung erschien das Karlsruher Ständehaus noch als ein ebenso moderner wie repräsentativer Tagungsort, wie der Dichter und Landtagsabgeordnete Heinrich Hansjakob bemerkte, der die Badische Ständeversammlung – wenigstens im Vergleich mit Bayern und Württemberg – für die „äußerlich entschieden die hervorragendste“ hielt. Dies erschien ihm umso wichtiger, als ein „Versammlungsort für Männer, welche Recht und Freiheit des Volkes hochhalten und verteidigen sollen, auch schon in seiner lichten, würdigen Zusammenstellung den Geist bekunden muß, der in seinen Räumen walten soll“.


Geschichte
des
Badischen Landtags
von 1831,
als
Lese- und Lehrbuch für's Deutsche Volk.
Von
Carl v. Rotteck.
Mit den Portraits
von
Leopold, Großh. v. B. — v. Rotteck — v. Wessenberg — Welcker —
L. Egon v. Fürstenberg — v. Itzstein — Föhrenbach
und Duttlinger.
Hildburghausen und New-York:
Druck und Verlag vom Bibliographischen Institut.
1833.

Als ein Ort, an dem Männer Recht und Freiheit des Volkes verteidigten, bewährte sich der Badische Landtag im 19. Jahrhundert mehrfach, in besonders markanter Weise im Jahr 1831, als infolge der französischen Julirevolution im Deutschen Bund eine kurzzeitige politische Tauwetterperiode herrschte und im Karlsruher Ständehaus nicht nur ein liberales Pressegesetz erkämpft, sondern auch erstmals auf parlamentarischer Bühne die Forderung nach Einrichtung einer deutschen Nationalrepräsentation erhoben wurde. Die Debatten des Reformlandtags von 1831 fanden weit über die Grenzen des Großherzogtums hinaus Beachtung – nicht zuletzt durch das Dazutun der badischen Liberalen, die überzeugt waren, ein Stellvertretergefecht für den

Den Verlauf der Landtagsberatungen von 1831 hielten die badischen Liberalen für so wichtig, dass das gesamte deutsche Volk von ihnen Kenntnis erhalten sollte. Daher wurde der Untertitel der *Geschichte des Badischen Landtags* so gewählt: *Lese- und Lehrbuch für's Deutsche Volk.*



Die Mitglieder der Zweiten Kammer des Landtags fertigten 1831 eigenhändig eine Abschrift der Verfassungsurkunde an, die als Leseübungsbuch in den badischen Schulen benutzt werden sollte.

politischen Fortschritt in ganz Deutschland geführt zu haben; Rotteck untertitelte die von ihm herausgegebene Sammlung dieser Landtagsdebatten folgerichtig als *Lese- und Lehrbuch für's Deutsche Volk*. Aber auch im engeren Kontext der Landespolitik bemühten sich die Liberalen, die Wertschätzung der eigenen Verfassung, die den Nährboden für die Freiheitskämpfe bot, nachhaltig zu verankern, etwa durch eine besondere Publikation der Verfassungsurkunde, die nach den Handschriften der Kammerabgeordneten als Leseübungsbuch in den badischen Schulen genutzt werden sollte.

Verfassungsjubiläen

Der Stolz auf die konstitutionelle Tradition, der nicht zuletzt dadurch wuchs, dass sich mehrere Verfassungen, die in Reaktion auf die französische Julirevolution Anfang der 1830er-Jahre in nord- und mitteldeutschen Staaten entstanden, am badischen Vorbild orientierten, fand besonders starken Ausdruck bei den Feiern zum 25-jährigen Bestehen der Verfassung im Jahr 1843. Sie wurden nicht vom Großherzog und seiner Regierung organisiert, sondern von der liberalen Opposition. Sie nutzte die Gelegenheit, das inzwischen vom Deutschen Bund wieder fest installierte Repressionssystem von Pressezensur und Versammlungsverboten zu unterlaufen, indem sie in nahezu allen größeren Gemeinden des Landes Feiern zum Verfassungsjubiläum mit politischen Reden veranstaltete. In diesen wurde zwar Großherzog Karl als der Schöpfer der Verfassung und der derzeitige Landesherr Leopold I. als ihr Erneuerer gepriesen, gleichzeitig wurden aus der Verfassung politische Reformforderungen für die Zukunft abgeleitet. Insgesamt sollen ungefähr

100 000 Menschen – dies wäre fast ein Zehntel der badischen Bevölkerung gewesen – an den Feiern teilgenommen haben; zudem wurden die Reden in einem Buch gesammelt, dessen Tenor die inzwischen zumindest in den fortschrittlichen Kreisen schon fast Gemeingut gewordene Überzeugung stützte, dass Baden bei der Durchsetzung von Freiheitsideen in Deutschland eine Vorreiterrolle zukomme.

Als 1868 das 50-jährige Bestehen der Badischen Verfassung begangen wurde, besaß das Großherzogtum zwar, anders als 1843, eine liberale Regierung, so dass eigentlich Anlass bestanden hätte, die Jubilarin unbeschwert zu ehren; allerdings wurde die Feier von der prekären nationalpolitischen Stellung des Großherzogtums überschattet, das mit dem Ende des Deutschen Bundes 1866 in eine unerwünschte völkerrechtliche Selbstständigkeit geraten war und den Anschluss an den von Preußen gegründeten Norddeutschen Bund suchte. Bei der Zentralfeier in Karlsruhe bemühten sich die Redner darum, den Eindruck zu verwischen, dass man der liebgewonnenen Verfassung nun bereits eine Abschiedsfeier halte. Sie versicherten, dass die erhoffte nationale Einheit den badischen Verfassungsstaat sogar stärken werde. Anders empfand es der Heidelberger Festredner, der Historiker Heinrich von Treitschke, dem als gebürtigem Sachsen und Preußen aus Überzeugung der badische Verfassungspatriotismus fremd war: Er stellte in seiner Rede das „große deutsche Vaterland“ in den Vordergrund und teilte anschließend im privaten Rahmen seine Einschätzung mit, dass es sich um eine „Verfassungsleichenfeier“ gehandelt habe. Selbst die badischen Liberalen, so Treitschke, erwarteten inzwischen das „selige Ende“ der Jubilarin, da ihr Glaube an eine „particularistische Herrlichkeit“ verschwunden sei.



Nach der Reichsgründung

Tatsächlich verloren die Badische Verfassung und der Badische Landtag durch die kaum zweieinhalb Jahre später erfolgte Reichsgründung an Bedeutung, da fortan die wichtigen politischen Entscheidungen, die das Leben der Badener prägten, überwiegend nicht mehr in Karlsruhe, sondern in Berlin getroffen wurden. Auch der Anspruch, über eine besonders fortschrittliche Verfassung zu verfügen, konnte mittlerweile nur noch mit großen Einschränkungen erhoben werden, da die Verfassungen anderer deutschen Staaten nun zum Beispiel umfangreichere Grundrechtskataloge hatten und auch die Reichsverfassung der badischen in einigen Punkten voraus war – nicht zuletzt im Wahlrecht, das in Baden nach langwierigen Debatten erst 1904 mit der Einführung des direkten Wahlverfahrens dem nationalen Standard angepasst wurde. Dass Baden dennoch weiterhin als liberaler Musterstaat galt, hatte mehr mit den persönlichen politischen Anschauungen des bis 1907 herrschenden Großherzogs Friedrich I. zu tun als mit der Badischen Verfassung. Allenfalls indirekt – indem sie die Grundlage für die Ausbildung eines besonderen

1843 wurde mit landesweiten Feierlichkeiten das 25. Jubiläum der Verfassung begangen. Rund ein Zehntel der badischen Bevölkerung soll sich daran beteiligt haben.



Friedrich II. (1857–1928), der letzte badische Großherzog, auf einer Lithografie von Otto Propheter.

politischen Binnenklimas geschaffen hatte – konnte sie auch dafür verantwortlich gemacht werden, dass am Vorabend des Ersten Weltkriegs im Großherzogtum die Integration der Sozialdemokratie in das politische System gelang, von der man andernorts noch weit entfernt blieb.

Als Erinnerungsort führte die Badische Verfassung bereits seit geraumer Zeit ein Eigenleben. Nur wenige Wochen bevor die Novemberrevolution von 1918 die faktische Wirksamkeit der Verfassung beendete, benannte Großherzog Friedrich II. am 22. August 1918 bei der Feier zum 100. Verfassungsjubiläum, die wegen der Kriegsverhältnisse in sehr bescheidenem Rahmen stattfand, ihre wesentlichen Merkmale: Die Verfassung sei 1818 geschaffen worden, damit Fürst und Volk nach schwerer Kriegszeit beim Wiederaufbau und bei der Fortentwicklung des Staates zusammenwirken konnten. Die Erwartungen, die man damals an die Verfassung geknüpft habe, seien voll erfüllt, der badische Staat zu einer fest gefügten Einheit und das badische Volk zu einem geschlossenen Ganzen von besonderer Eigenart geworden. In guten wie in schlimmen Tagen habe das Verfassungswerk sich als Grundfeste badischer Freiheit und Ordnung bewährt. Der Ort, an dem die Gefechte um die Ausgestaltung der Verfassung ausgetragen worden waren, überdauerte ihr Ende um mehrere Jahrzehnte: Bis zu seiner Selbstentmachtung unter dem Druck des zur Diktatur strebenden Nationalsozialismus im Juni 1933 beherbergte das Ständehaus den Badischen Landtag, der seit 1919 die Zentralinstitution des demokratisierten politischen Systems war. 1944 wurde das Gebäude durch Luftangriffe nahezu vollständig zerstört und die Ruine 1961/62 abgetragen. Heute steht an dieser Stelle das „Neue Ständehaus“, in dem sich neben der Karlsruher Stadtbibliothek auch die „Erinnerungsstätte Ständehaus“ befindet, die die badische Landtagsgeschichte – und damit auch die Wirksamkeit der Badischen Verfassung von 1818 – dokumentiert.



Das durch Luftangriffe vollkommen zerstörte Ständehaus im Jahr 1944.



Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe:
Der von dem renommierten Architekten Paul Baumgarten geplante Bau aus dem Jahr 1969 soll durch Transparenz und Offenheit die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland symbolisieren.

Karlsruhe

Stadt der Demokratie und des Rechts

Ernst Otto Bräunche

„Karlsruhe wiegt Gesetze, Karlsruhe wägt Gesetze, Karlsruhe verwirft sie, Karlsruhe billigt sie, Karlsruhe fordert auf, ein neues Gesetz zu schreiben. Karlsruhe hat Macht“, so Heribert Prantl in einem Artikel mit dem Titel *Gericht des Grundgesetzes: Die Karlsruher Republik*. In dem Beitrag des Redakteurs der *Süddeutschen Zeitung* aus dem Jahr 2009 geht es um die Frage, wo die deutsche Politik wirklich gemacht werde, in Berlin oder in Karlsruhe, also von Bundesregierung und Bundestag oder vom Bundesverfassungsgericht. Prantl endet mit der Feststellung: „Wenn man von einer ‚Karlsruher Republik‘ spricht, ist das durchaus ein Ehrentitel – für das Gericht und für das Land.“ Natürlich ist dies darüber hinaus und nicht zuletzt auch ein Ehrentitel für die Stadt Karlsruhe.

Die Ansiedlung der beiden höchsten Gerichte der Bundesrepublik Deutschland, Bundesverfassungsgericht und Bundesgerichtshof einschließlich Bundesanwaltschaft, in der ehemaligen badischen Landeshauptstadt knüpft an eine lange Geschichte an, in der Karlsruhe immer wieder im Mittelpunkt von Diskussionen und Entwicklungen stand, die die Demokratie in Deutschland vorbereiteten und weiterbrachten. Karlsruhe kann seine Rolle als aktuelle Residenz des Rechts auch historisch begründen.





Blick auf das Badische Ständehaus (rechts) und die katholische Stephanskirche um 1850.

Dass Karlsruhe eine solche Stellung als Stadt der Demokratie und des Rechts gewinnen konnte, hängt ganz wesentlich mit der Funktion als Residenz der Markgrafen von Baden und als badische Landeshauptstadt von 1715 bis 1945 zusammen. Schon der nur drei Monate nach der Grundsteinlegung zum neuen Residenzschloss des badischen Markgrafen Karl Wilhelm am 17. Juni 1715 veröffentlichte Gründungsaufruf der Stadt fand eine bis dahin von kaum einem anderen Aufruf erreichte Publizität. Er wurde in allen badischen Ämtern verlesen und fand als Druckschrift auch Verbreitung außerhalb der Markgrafschaft Baden-Durlach. Darüber hinaus erschien er in einigen französischen Zeitungen. Neu war auch, dass sich erstmals in einer Residenzstadt Juden niederlassen durften. Die Neubürger – ob christlicher oder jüdischer Konfession – waren von Leibeigenschaft und Frondiensten befreit und erhielten einen Bauplatz nebst Baumaterial, Steuerfreiheiten, eine bürgerliche Gerichtsbarkeit sowie ein Anhörungs- und Vorschlagsrecht.

Trotz der für die Zeit weitgehenden Privilegien bewegte sich der Markgraf mit diesem Ansiedlungsaufruf durchaus noch im absolutistisch geprägten Kontext. Doch bereits sein Nachfolger Markgraf Karl Friedrich, ein Vertreter des aufgeklärten Absolutismus, setzte neue Maßstäbe mit der Förderung des Unterrichtswesens und der bürgerlichen Rechtspflege, der Aufhebung der Folter (1767) und der Leibeigenschaft (1783) sowie dem Erlass des Judenedikts (1806), das den Emanzipationsprozess der Juden in Baden einleitete. Der Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes dienten der Bau von Landstraßen, Kanälen und die Anlage landwirtschaftlicher Musterbetriebe. Zusammen mit Markgräfin Karoline Luise verschaffte er der Karlsruher Residenz den Ruf eines „Musenhofes“, der der Bedeutung des kleinen Landes weit voraus war. Das Fürstenpaar zählte zu seinen Gästen Voltaire, Herder, Lavater, Goethe, Klopstock, Gluck und Wieland. Es schuf so ein von geistiger Freiheit geprägtes Klima, wie es der Tradition der Oberrheinregion entsprach, in der sich unterschiedliche geistige und kulturelle Strömungen überlagerten und gegenseitig beeinflussten. Noch mehr in den Blickpunkt der deutschen und europäischen Öffentlichkeit rückte die Großherzoglich Badische Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe, wie man sich stolz nach dem Aufstieg der kleinen badischen Markgrafschaft zum Großherzogtum nannte, aber erst im 19. Jahrhundert.

„Ganz Deutschland blickte nach dem Ständehaussaal in Karlsruhe“

Durch eine ausgesprochen geschickte Bündnispolitik mit dem Napoleonischen Frankreich war die Markgrafschaft 1803 zum Kurfürstentum, 1806 zum Großherzogtum Baden aufgestiegen. Damit verbunden waren ein enormer Bevölkerungszuwachs und große Landgewinne: Das Territorium hatte sich fast vervierfacht, die Bevölkerungszahl war von 165 000 auf 900 000 angestiegen. Bestätigt wurde der badische Aufstieg schließlich auf dem Wiener Kongress im Jahr 1815, da das Großherzogtum 1813 rechtzeitig in das Lager der Napoleongegner gewechselt war. Mit der Bedeutungszunahme des Landes stieg auch diejenige Karlsruhes. Die Stadt wuchs und erhielt durch die Neubauten Friedrich Weinbrenners vor allem um den Marktplatz ihr klassizistisches Gepräge. Von Weinbrenner geplant, aber von seinem Schüler Friedrich Arnold gebaut, entstand in Karlsruhe auch das erste deutsche Parlamentsgebäude, das Badische Ständehaus, in das die Abgeordneten im Jahr 1822 einziehen konnten.

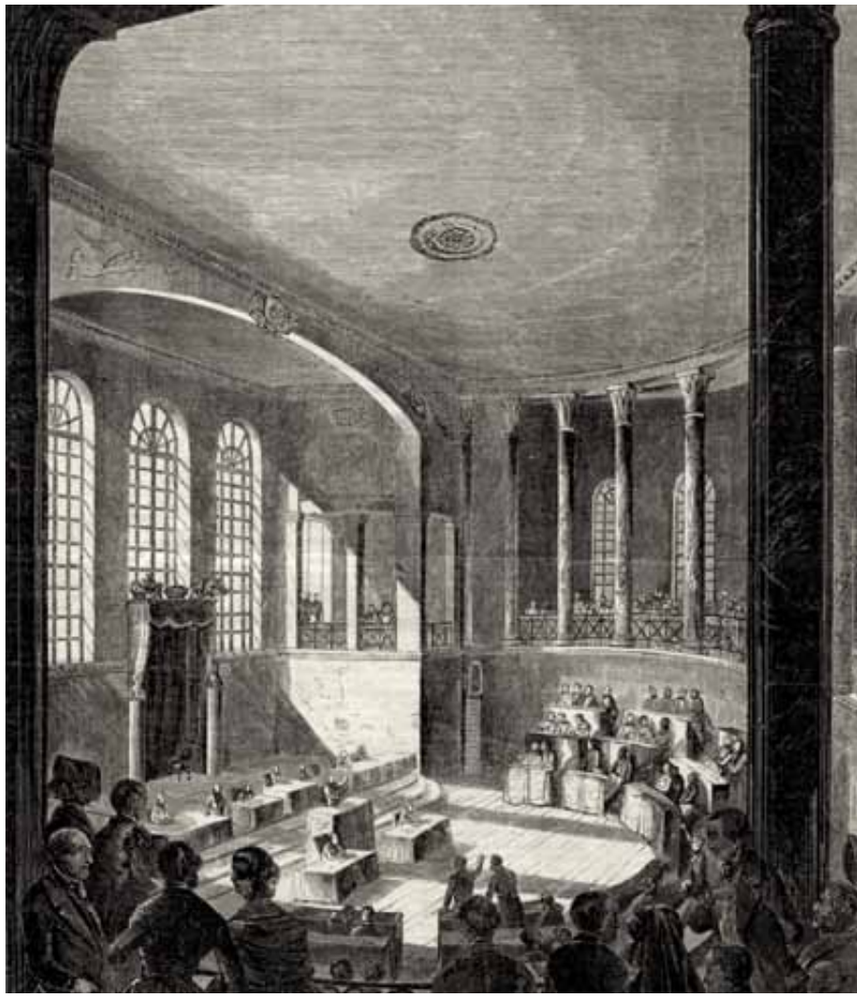
Wenn man heute Orte sucht, die für die Entwicklung der Demokratie in Deutschland von Bedeutung waren, wird mit Sicherheit neben dem Hambacher Schloss und der Frankfurter

Paulskirche auch das Badische Ständehaus in Karlsruhe genannt werden müssen. Dieses Ständehaus, in dessen Zweiter Kammer 63 von den wahlberechtigten Männern indirekt, das heißt über Wahlmänner gewählte Abgeordnete der Städte und Ämter saßen, war bald weit über die badischen Grenzen hinaus bekannt. Die Grundlage für deren Arbeit hatte die Badische Verfassung von 1818 gelegt, die mit einigem Recht als die freiheitlichste des deutschen Frühkonstitutionalismus bezeichnet wird. Sie regelte die Zusammensetzung der Zweiten Kammer nach den Repräsentationsnormen der modernen bürgerlichen Gesellschaft und nicht mehr nach ständischen Gliederungskriterien. Trotz der bis 1918 andauernden formalen Vormachtstellung des Großherzogs war das Karlsruher Ständehaus eine der bedeutendsten Stätten, in denen die Demokratisierungsbestrebungen des 19. Jahrhunderts offenkundig geworden sind. Namen bedeutender Politiker wie Karl von Rotteck oder Carl Theodor Welcker, aber auch Franz Josef Ritter von Buß oder Friedrich Hecker und Gustav Struve dokumentieren dies nachdrücklich. Die Diskussionen unter anderem über die Schaffung einer volkstümlichen Justiz, die Abschaffung der Fron und des Zehnten sowie über die Anerkennung der Pressefreiheit fanden Beachtung weit über Karlsruhe und Baden hinaus. Der Historiker Franz Schnabel hat deshalb zurecht festgestellt: „Ganz Deutschland blickte nach dem Ständehaussaal in Karlsruhe, wo die umjubelten Volksführer die Fragen der Einheit und Freiheit zum ersten Mal öffentlich erörterten und der Kampf gegen das alte System einen oft sehr dramatischen Verlauf nahm. Auf den Tribünen drängten sich die Zuschauer, die von weither angereist waren. Und die fremden Diplomaten berichteten eingehend nach Hause von dem ungewohnten Schauspiel einer öffentlichen ständischen Versammlung in Deutschland. Die badischen Landtage wurden die eigentliche Schule des vormärzlichen Liberalismus."

Revolution 1848/49: „Da stirbt man ja gerne, wenn es so in der Welt zugeht."

Als der Abgeordnete Friedrich Daniel Bassermann am 12. Februar 1848 im Ständehaus die Schaffung einer Volksvertretung neben dem Bundestag in Frankfurt forderte, stand Karlsruhe einmal mehr im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Bassermann konnte sich mit seiner Forderung nicht nur der ungeteilten Aufmerksamkeit, sondern auch einer breiten Zustimmung über Baden hinaus erfreuen. Die wiederholt im Ständehaus geäußerte Befürchtung, dass eine Revolution bevorstehe,

Der Sitzungssaal der Zweiten Kammer des Badischen Landtags auf einem Holzstich aus dem Jahr 1845.



wenn nicht entscheidende demokratische Fortschritte erzielt würden, sorgte in Karlsruhe allerdings für einige Unruhe. Als sich aber am 25. Februar die Nachricht aus Frankreich wie ein Lauffeuer verbreitete, dass König Louis-Philippe als Folge der bürgerlich-demokratischen Revolution zurückgetreten sei, und erst recht, als zwei Tage später die Ausrufung der Republik im Nachbarland bekannt wurde, war „die Wirkung […] eine in der friedlichen Stadt unerhörte". Der als strammer Nationalliberaler bekannte Direktor des Badischen Generallandesarchivs Friedrich von Weech berichtete in seiner Karlsruher Stadtgeschichte Ende der 1890er-Jahre auch von einer schwerkranken, hoch betagten Karlsruher Bürgersfrau, die angesichts der Vorfälle in Paris ausgerufen haben soll: „Da stirbt man ja gerne, wenn es so in der Welt zugeht."



Juni 1849: Revolutionäre auf dem Karlsruher Marktplatz.

Trotz dieser vornehmen residenzstädtischen Zurückhaltung gegenüber den revolutionären Bestrebungen hatte die deutsche Revolution von 1848/49 nicht zufällig in Baden einen ihrer Brennpunkte. Das Badische Parlament im Ständehaus diente dem gesamtdeutschen Parlament in der Frankfurter Paulskirche auch explizit als Vorbild. Als der preußische König Friedrich Wilhelm IV. 1849 die ihm von der Paulskirchenversammlung angebotene Kaiserkrone ablehnte, kam es in Baden zu einem Aufstand des Militärs und eines Teils der Bevölkerung, der nach der Flucht des Großherzogs zur Übernahme der Regierung durch die Volksvereine führte. Baden war damit für wenige Wochen eine Republik, was zu dieser Zeit seinesgleichen in Deutschland suchte – und Karlsruhe war die Hauptstadt dieser Republik.

In der Landeshauptstadt hatte sich aber nicht nur die erwähnte Bürgersfrau, sondern das Bürgertum in seiner Mehrheit trotz einer durchaus nennenswerten Zahl demokratisch Gesinnter als monarchietreu erwiesen. Die Karlsruher Bürgerwehr hatte den Großherzog sogar verteidigt, wofür sie nach dem Scheitern der Revolution von diesem auch hoch gelobt wurde und als einzige im Lande ihre Waffen nicht abgeben musste. Eine offizielle Festschrift der Stadt Karlsruhe aus dem Jahr 1858 beschrieb die rund zehn Jahre zurückliegenden Vorgänge der 1848/49er-Revolution deshalb auch entsprechend: „Diese trübe Zeit gab den Karlsruhern aber auch Gelegenheit, ihre alt gerühmte Anhänglichkeit an das fürstliche Haus im höchsten und ernstesten Sinne zu bewahrheiten. Das in jeglicher Beziehung ausgezeichnete Verhalten der Stadt während des wirrevollen Jahres 1848 und des unseligen Aufstandes vom 13. Mai bis zum 25. Juni 1849 wird einst rühmlich in den Jahrbüchern des badischen Staates verzeichnet stehen."

Aber nicht die Karlsruher Bürgerwehr, sondern Truppen des Deutschen Bundes unter Führung des „Kartätschenprinzen", des späteren deutschen Kaisers Wilhelm I., bereiteten dem demokratisch-republikanischen badischen Zwischenspiel ein jähes Ende. In dem nun unter preußischer Besatzung stehenden Land und in seiner Hauptstadt endete die Restaurationsphase mit dem Beginn einer neuen liberalen Ära unter dem seit 1852 herrschenden Großherzog Friedrich I. Nun gewann das Karlsruher Ständehaus in den 1860er-Jahren durch die hier bis 1871 praktizierte Abhängigkeit der Regierung vom Vertrauen des Parlaments noch einmal nationale Aufmerksamkeit. Das in dieser Zeit geschaffene Gerichtsverfassungsgesetz gilt als Meilenstein in der Rechtsgeschichte, da es erstmals die Möglichkeit eröffnete, verbriefte individuelle Rechte der Bürger gegenüber Rechtsverstößen des Staates einzuklagen.

„Mit Freude zur Kenntnis genommen“ – das erste Mädchengymnasium

Auch die Stadt selbst übernahm nun eine Schrittmacherfunktion im Bildungsbereich, wo die noch ausstehende Gleichberechtigung der Mädchen und Frauen vorbereitet wurde. Das erste deutsche Mädchengymnasium entstand 1893 in Karlsruhe, auf Initiative des fünf Jahre zuvor in Weimar unter der Leitung von Hedwig Kettler gegründeten Vereins „Frauenbildungsreform“, der die „wissenschaftliche Emanzipation“ der Frauen forderte und vorbereitete. Der Karlsruher Stadtrat unterstützte das Anliegen und erklärte, er habe das Schulvorhaben „mit Freude zur Kenntnis genommen und sei gern bereit, dessen Bestrebungen durch unentgeltliche Stellung der [...] nötigen Räume zu fördern“. Im Gebäude der Höheren Mädchenschule wurden Räume samt Heizung und Beleuchtung zur Verfügung gestellt. Als 1897 finanzielle und personelle Schwierigkeiten auftraten, sprang die Stadt ein und übernahm das Gymnasium, auf das sich heute das Fichtegymnasium und das Lessinggymnasium berufen. 1899 verließen die ersten vier Abiturientinnen die Schule.

Schon 1885, zu einem Zeitpunkt, als jungen Frauen der Besuch einer Kunstakademie im Deutschen Reich noch generell verwehrt war, wurde die Malerinnenschule Karlsruhe gegründet. Auch hier ging die Stadt voran. Diese unterstützte ebenso wie das Großherzogtum Baden die Schule mit einem jährlichen Zuschuss. Rasch fand das Institut Anerkennung und Lob. So hieß es in der *Straßburger Post* vom 14. Oktober 1885: „In der badischen Hauptstadt ist ein neues großartiges Unternehmen ins Leben getreten: eine Malerinnenschule. Dieselbe ist nach Muster der Malerakademien eingerichtet und entspricht, mit Ausnahme des Umstandes, daß nur Damen zugelassen werden, vollständig den Einrichtungen und Zielen jener Kunstschulen.“

„Großes Rennen“ – Demokratie im Ständehaus

Baden hatte als erstes Land nach der Revolution vom November 1918 eine verfassunggebende Nationalversammlung zu wählen. Da nun auch Frauen wählen durften, waren die Badenerinnen und mit ihnen die Karlsruherinnen die ersten deutschen Frauen, die von ihrem neuen Recht Gebrauch machen konnten. Die am 25. April 1919 in Kraft getretene demokratische Verfassung des Freistaats Baden schrieb das

Die Oberprima des Mädchengymnasiums Karlsruhe mit zwei Lehrerinnen und sieben Lehrern 1911 in einem Schulraum des heutigen Fichtegymnasiums.



Frauenwahlrecht fest. Baden hatte damit als erstes der deutschen Länder eine demokratische Verfassung und die Karlsruherinnen Clara Siebert (Zentrum) und Kunigunde Fischer (SPD) gehören zu den ersten weiblichen Landtagsabgeordneten der deutschen Geschichte. Die Heidelberger Abgeordnete Marianne Weber (DDP) ergriff am 15. Januar 1919 als erste Frau das Wort in einem Parlament in Deutschland. In Baden regierte von nun an eine „Weimarer Koalition“ von SPD, Zentrum und Deutscher Demokratischer Partei (DDP). Die politischen Verhältnisse blieben trotz schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen bis in die Endphase der Weimarer Republik stabil.

Durch den verlorenen Ersten Weltkrieg war Baden erneut Grenzland geworden. Der Verlust Elsass-Lothringens als wichtiges Absatzgebiet erwies sich als ausgesprochen nachteilig für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Nun wurde es auch von dem bis dahin noch wirtschaftlich schwächeren Nachbarland Württemberg überholt. Dass sich die 1929 mit Macht einsetzende wirtschaftliche Krise nicht sofort auf die Kräfteverhältnisse im Badischen Landtag auswirkte, lag an dem Termin der Landtagswahl 1929 noch vor dem



Wahlplakat der SPD zur Landtagswahl 1929 mit dem Badischen Ständehaus im Hintergrund.

Ausbruch der Weltwirtschaftskrise. Die SPD warb mit einem anschaulichen Plakat mit dem Titel „Großes Rennen“ in diesem Wahlkampf, auf dem als Ziel das Ständehaus abgebildet ist. Die beiden demokratischen Partner der Weimarer Koalition, Zentrum und DDP, tauchen auf diesem Plakat gar nicht auf. Dafür waren unter den Gegnern schon die „Nazi-Sozi“ auf einem deutlich sichtbar nicht konkurrenzfähigen Vehikel zu sehen.

Tatsächlich gelang der NSDAP 1929 zwar der Einzug in den Landtag, allerdings mit nur sechs Abgeordneten. So konnten die Nationalsozialisten im Ständehaus nicht die traurige Rolle spielen, die sie seit 1930 in vielen anderen deutschen Parlamenten spielten. Gestützt auf eine eindeutige Mehrheit im Parlament ging die badische Regierung konsequent gegen die NSDAP mit Rede-, Versammlungs- und Zeitungsverboten vor. In den meisten deutschen Ländern waren zu diesem Zeitpunkt nur noch geschäftsführende Regierungen im Amt. Der „Kampf um die Straße“ verlief in Karlsruhe deshalb auch gemäßigter und weniger blutig als in anderen deutschen Landeshauptstädten.

Erst als der Landtag im Zuge der nationalsozialistischen Machtübernahme widerrechtlich nach den Ergebnissen der Reichstagswahl vom 5. März umgebildet wurde, konnten die Nationalsozialisten auch hier triumphieren und das endgültige Ende des Badischen Ständehauses und das vorläufige Ende der Demokratie in Baden vorbereiten: Am 9. Juni tagte der Badische Landtag zum letzten Mal, am 14. Oktober 1933 wurde er aufgelöst und am 30. Januar 1934 durch das „Gesetz über den Neuaufbau des Reiches“ aufgehoben. Den Nationalsozialisten ist es letztlich auch zuzuschreiben, dass eine der zentralen Stätten demokratischen Wirkens im 19. und 20. Jahrhundert, das Badische Ständehaus in Karlsruhe, in dem von dem nationalsozialistischen Deutschland ausgelösten Zweiten Weltkrieg den Bomben der Alliierten zum Opfer fiel.

Mit dem Schicksal des Badischen Landtags war aber auch das des Landes Baden besiegelt. Nach 1945 entstand aus den zunächst an den jeweiligen Besatzungszonen ausgerichteten Ländern Württemberg-Baden (amerikanisch) und (Süd-) Baden (französisch) im Jahr 1952 nach langem Ringen und einer umstrittenen, da nicht nach den alten Ländergrenzen durchgeführten Volksabstimmung, das neue Land Baden-Württemberg. Karlsruhe verlor damit seine für die Stadtentwicklung prägende Funktion als Landeshauptstadt, in der kein Landtagsgebäude mehr benötigt wurde. Die Ruine des Ständehauses wurde 1962 abgerissen, erst 1993 entstand ein neues Gebäude mit Bezug zur demokratischen Tradition des Ständehauses. Im Neuen Ständehaus befindet sich heute die Stadtbibliothek und die Erinnerungsstätte Ständehaus mit einer Dauerausstellung zu den Höhepunkten badischer Landtagsgeschichte. Unterhalten wird die Erinnerungsstätte von der Stadt Karlsruhe, die damit auch dokumentiert, dass die Geschichte des Ständehauses nicht nur Landesgeschichte, sondern auch integraler Bestandteil der Stadtgeschichte ist.

Die neue Residenz des Rechts: erst kommt der Bundesgerichtshof …

Bereits während des Zweiten Weltkriegs waren im Mai 1940 nach dem Sieg über Frankreich in Karlsruhe begründete Befürchtungen aufgekommen, die Stadt könne ihre Hauptstadtfunktion verlieren, die sie auch nach 1933 behalten hatte: Aus der Landeshauptstadt war nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten allerdings die Gau- und Landeshauptstadt geworden. Deren Verlegung nach Straßburg als Zentrum des neuen Gaus Baden-Elsass war 1940 tatsächlich schon beschlossene Sache. Die Stadt zeigte deshalb sogleich die damit verbundenen negativen Folgen auf. Man befürchtete nach der Verlagerung der Landesbehörden den Verlust von bis zu 14 000 Einwohnern und drängte auf Kompensationen durch den Verbleib der Mittelbehörden wie Bahn- und Postdirektion, Oberlandesgericht, Landesversicherungsanstalt und Badenwerk in der Stadt. Außerdem wurde argumentiert, ein Ersatz für diesen Verlust sei nur in einer sehr beträchtlichen Ausweitung des industriellen Sektors möglich. Darüber hinaus unterstrich man die Bedeutung aller Karlsruher Bildungsinstitutionen und kultureller Einrichtungen, deren Verbleib als unabdingbar für eine erfolgreiche Stadtentwicklung angesehen wurde.

Durchaus ähnliche Befürchtungen hatten dann auch die demokratisch gewählten Oberbürgermeister der unmittelbaren Nachkriegszeit, die ganz konkret vor der Aufgabe standen, Karlsruhes Absinken „auf eine dritte oder vierte Städtestufe“ zu verhindern. Der Stadt eine neue Identität zu verschaffen und zugleich weitgehende zentralörtliche Funktionen zu erhalten, bekam seither für das Handeln aller in Karlsruhe politisch Verantwortlichen einen außerordentlichen Rang. Das Karlsruher Zukunftskonzept lautete dabei – wie schon im Zweiten Weltkrieg vorgedacht: Ausbau der Industrie und des Handels bei gleichzeitiger Sicherung des Behördenplatzes und der Kunst- und Bildungsstadt Karlsruhe. So bewarb sich die Stadt unter Hinweis auf den notwendigen Ausgleich für verloren gegangene Behörden 1949 mit Unterstützung der Landesregierung um die Ansiedlung des Bundesgerichtshofs. Schon am 6. Oktober 1949 sprach Oberbürgermeister Friedrich Töpper in einem Schreiben an Bundeskanzler Konrad Adenauer „ganz besonders die Errichtung einer bundeszentralen Justizbehörde“ in Karlsruhe an. Ein Gebäude war bald gefunden, das auch die Zustimmung von Justizminister Thomas Dehler fand: das Erbgroßherzogliche Palais. In einer Denkschrift mit dem Titel *Karlsruhe als Sitz des Obersten Bundesgerichts* betonte die Stadt ihre Eignung und ihre Berechtigung, sich um den Standort des Bundesgerichtshofs zu bewerben: „Karlsruhe eignet sich nach dem Urteil anerkannter führender Persönlichkeiten der Rechtssprechung in hervorragendem Maße als Sitz des Obersten Bundesgerichts vermöge der wirtschaftlichen, politischen und auch verkehrlichen Verhältnisse.“ Hingewiesen wurde auch auf die demokratische Tradition der Stadt und des ehemaligen Landes Baden.

Die Bewerbung war aber kein Selbstläufer. Immerhin zwölf Städte hatten ihren Hut in den Ring geworfen, darunter auch die Stadt Köln, die – nicht überraschend – von ihrem vormaligen Oberbürgermeister und aktuellen Bundeskanzler Konrad Adenauer favorisiert wurde. Trotz dieser mehr als ungünstigen Ausgangslage blieb Karlsruhe beharrlich bei der Bewerbung und wurde schließlich belohnt. Am 20. Juni 1950 erhielt die Stadt mit 18 gegen vier Stimmen des zuständigen Ausschusses den Zuschlag als Sitz des Bundesgerichtshofes. Die favorisierten Kölner hatten sich allerdings zuvor selbst aus dem Rennen geworfen, da sie behaupteten, das in



Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe. Das oberste deutsche Gericht auf dem Gebiet der ordentlichen Gerichtsbarkeit und damit die letzte Instanz in Zivil- und Strafverfahren ist im ehemaligen Erbgroßherzoglichen Palais in Karlsruhe beheimatet.



Festrede von Bundespräsident Theodor Heuss anlässlich der Übergabe des Bundesgerichtshofs im ehemaligen Erbgroßherzoglichen Palais.

Karlsruhe vorgesehene Gebäude könne nicht rechtzeitig fertig werden. Unter der Überschrift „Spione waren am Werk" berichteten die *Badischen Neuesten Nachrichten* am Tag vor der feierlichen Einweihung des Bundesgerichtshofs, dass eine „der konkurrierenden Städte […] heimlich Spione nach Karlsruhe" geschickt habe, „um sich Bilddokumente zu verschaffen, die überzeugend darlegen sollten, daß Karlsruhe zu viel versprochen habe, daß es nämlich eine Ruine anbiete, die man nicht binnen Jahresfrist, geschweige denn in zwei Monaten wiederaufbauen könne". Die „Spione" hatten aber das im Krieg relativ unversehrt gebliebene Erbgroßherzogliche Palais mit dem in der Tat fast völlig zerstörten großherzoglichen Schloss verwechselt. Dies kam aber offensichtlich ebenso schlecht an wie die vom Bundeskanzleramt aufgestellte Behauptung, in Karlsruhe stünden viel zu wenig Wohnungen für die Richter und Bediensteten der neuen Behörde zur Verfügung. Die Stadtverwaltung konnte aber leicht nachweisen, dass sie bis zur Entscheidung in Bonn etwa 80 fertige Wohnungen trotz großer Wohnungsnot freigehalten hatte.

Am 8. Oktober 1950 fand dann im Erbgroßherzoglichen Palais nach einem Aus- und Umbau in Rekordzeit die feierliche Eröffnung des Bundesgerichtshofes durch Bundespräsident Theodor Heuss in Anwesenheit der politischen Prominenz der jungen Bundesrepublik statt. Der ebenfalls angekündigte Bundeskanzler Adenauer fehlte allerdings – ob aus Ärger über die Niederlage seiner Heimatstadt oder aus Scham über deren misslungene Spionageaktion muss dahingestellt bleiben.

… dann das Bundesverfassungsgericht

Nachdem schon 1949 betont worden war, dass Bundesgerichtshof und Bundesverfassungsgericht wegen der Zugehörigkeit eines Teils der Richter zu beiden Gerichten möglichst an ein und demselben Ort angesiedelt sein sollten, war es naheliegend, dass das Bundeskabinett im Dezember 1950 beschloss, Karlsruhe auch als Sitz des Verfassungsgerichts vorzuschlagen. Adenauer war also zumindest in diesem Fall nicht nachtragend. Trotz starker Stimmen für Berlin folgte der Bundestag schließlich am 18. April 1951 dem Vorschlag der Bundesregierung. Das Gesetz sah aber vor, „daß das Bundesverfassungsgericht vorerst – d. h. vorläufig und bei der gegebenen Situation [gemeint war die Teilung des Landes] – seinen Sitz in Karlsruhe haben soll".

Die Stadt hatte sich ebenfalls seit Oktober 1950 für die Einrichtung des Verfassungsgerichts in Karlsruhe eingesetzt und das Prinz-Max-Palais angeboten, einen von einem Bankier erbauten und von dem späteren letzten Reichskanzler des Kaiserreichs Prinz Max von Baden übernommenen gründerzeitlichen Monumentalbau. Knapp ein Jahr nach der Einweihung des Bundesgerichtshofs konnte es am 28. September mit einem Festakt im Karlsruher Schauspielhaus, bei dem wiederum der Bundespräsident und diesmal auch Kanzler Adenauer anwesend waren, eröffnet werden. Fortan sorgten die Gerichte regelmäßig für Schlagzeilen. Die Karlsruher Rechtsprechung ist in der Folgezeit ohne Zweifel eine Säule der Bundesrepublik Deutschland geworden. Damit gerieten die Gerichte aber auch in den Blickwinkel der Gegner der Republik. In den 1970er-Jahren erreichte der Terror der Roten Armee Fraktion (RAF) deshalb auch Karlsruhe. Schon am 15. Mai 1972 wurde die Frau des ermittelnden Richters gegen die RAF bei einem Autobombenattentat verletzt. Fünf Jahre später fanden bei einem brutalen Mordanschlag am 7. April 1977 Generalbundesanwalt Siegfried Buback und seine Begleiter auf dem Weg zur Dienststelle den Tod. Ein Gedenkstein erinnert an diesen Anschlag. Wenige Monate später schlug am 25. August 1978 ein Raketenangriff auf die Bundesanwaltschaft und den Bundesgerichtshof fehl.

„Karlsruhe“ blieb als Markenkern erhalten

Gefährdet war aber auch mehrfach der Verbleib der beiden Gerichte in Karlsruhe. In den Jahren 1960 und 1961 war das Prinz-Max-Palais sowohl räumlich als auch von der Lage her an seine Grenzen gestoßen. Es genügte den Anforderungen des zentralen Verfassungsorgans der Bundesrepublik bei weitem nicht mehr. Die drohende Abwanderung nach München, wo das Gelände des ehemaligen Armeemuseums für einen Neubau angeboten worden war, verhinderte die Stadt durch die Aufgabe der Pläne des Wiederauf- bzw. Neubaus des Theaters am Schlossplatz. Dort wurde das neue Bundesverfassungsgericht von dem Architekten Paul Baumgarten gebaut. Das aus fünf mit Brücken miteinander verbundenen Einzelhäusern bestehende Gerichtsgebäude verzichtete bewusst auf eine Architektur der Macht und steht so trotz der nach den RAF-Anschlägen erforderlichen starken Polizeipräsenz bis heute für die beabsichtigte Bürgernähe. Zur Eröffnung am 6. Mai 1969 unterstrich der Karlsruher Oberbürgermeister Günther Klotz die Bedeutung des Gerichts für die Stadt: „Das Bundesverfassungsgericht mußte Karlsruhe erhalten bleiben. Eine Stadt, als Residenz gebaut und mit dem Zuschnitt einer Residenz jung und kraftvoll geworden, hätte versagt, unverzeihlich versagt, hätte sie diese Institution, die einen beachtlichen Teil ihres spezifischen Gewichts ausmacht, nicht halten können.“

Bundespräsident Theodor Heuss (mit Zigarre) und Bundeskanzler Konrad Adenauer (links) unterhalten sich bei der Eröffnungsfeier des Bundesverfassungsgerichts am 28. September 1951 mit Leo Wohleb (zweiter von rechts), dem früheren Staatspräsidenten des Landes Baden, und den beiden Senatspräsidenten Rudolf Katz (rechts neben Heuss) und Hermann Höpker-Aschoff (rechts neben Wohleb).



Das zweite Mal stand Karlsruhe als „Residenz des Rechts“ nach der deutschen Wiedervereinigung zur Debatte. Prominente Fürsprecher wie der Altbundeskanzler Willy Brandt und viele andere plädierten 1990 für die Verlegung der Gerichte nach Leipzig. Der ehemalige Präsident des Bundesgerichtshofes Gerd Pfeiffer fasste prägnant die Gründe für den Verbleib zusammen: Unter anderem liege Karlsruhe zentral in Europa und ermögliche ein enges Zusammenwirken mit den europäischen Gerichten; die Bundesrepublik habe nicht nur ein, sondern fünf oberste Gerichte, die in Deutschland räumlich gut verteilt seien; es sei wegen der Unrechtsjustiz des Leipziger Reichsgerichts im „Dritten Reich“ „unzumutbar, zwischen diesem Reichsgericht und den Karlsruher Obersten Gerichten eine – wenn auch nur räumliche – Beziehung herzustellen“. Nach längeren Verhandlungen im Bundestag und seinen Ausschüssen wurde Karlsruhe dann als Sitz der Gerichte bestätigt.

Karlsruhe ist die Residenz des Rechts geblieben und auch die vor wenigen Jahren im Raum stehende Drohung, das Bundesverfassungsgerichts könne Karlsruhe verlassen, wenn ein in den Botanischen Garten hineinragender Erweiterungsbau nicht realisiert werde, änderte daran nichts, denn trotz zahlreicher Proteste konnte dieser Bau 2007 bezogen werden.

Karlsruhe steht seit der Ansiedlung der obersten Bundesgerichte im Blickpunkt der Öffentlichkeit und der Medien. Dem eingangs zitierten Artikel von Heribert Prantl wären unzählige andere und ebenso viele Ton- und Filmdokumente hinzuzufügen, die sich mit der Residenz des Rechts befassen. Dass Karlsruhe diesen Ehrentitel als Stadt der Demokratie und des Rechts aber auch aufgrund seiner Rolle vor 1945 durchaus zu Recht trägt, belegt dieser Beitrag zum Jubiläumsband des Landes Baden-Württemberg.



Am 6. Januar 1966 kommen die südwestdeutschen Liberalen in Stuttgart zum hundertsten Jahrestag des Dreikönigstreffens zusammen. Seit 1866 ist das Dreikönigstreffen einer der großen parteipolitischen Erinnerungsorte der deutschen Geschichte.

Das Stuttgarter Dreikönigstreffen

Vom demokratischen Parteitag zum Symbol liberaler Einheit

Dieter Langewiesche

Wer sich in Deutschland für Politik interessiert, blickt am Dreikönigstag zum liberalen Parteitreffen nach Stuttgart. Diese Tradition reicht zurück bis zum 6. Januar 1866. Begründet wurde sie damals von den württembergischen „Demokraten“ gegen die „Liberalen“. Heute sind diese Trennlinien zwischen Liberalen und Demokraten längst überwunden und vergessen. „Freie Demokratische Partei. Die Liberalen“ – diese Selbstbezeichnung übergreift die politischen Gegensätze, die das reformwillige Bürgertum in den nationalpolitisch entscheidenden Jahrzehnten seit 1848 zutiefst gespalten hatte. Während die meisten Liberalen damals ausschließlich Preußen zutrauten, den ersehnten deutschen Nationalstaat zu erschaffen, konnten sich die württembergischen Demokraten einen Staat unter preußischer Führung nur als zentralistisches Zwangsgehäuse vorstellen.

Im Dreikönigstreffen fanden diese politischen Gegensätze im reformwilligen Bürgertum Württembergs Jahr für Jahr ein großes Publikum. Sie überdauerten bis kurz vor dem Ersten Weltkrieg. 1911 vereinte die Landesversammlung des 6. Januar erstmals Demokraten und Liberale. Erst jetzt, vier Jahrzehnte nach der Gründung des kleindeutschen Nationalstaates preußisch-protestantischer Prägung – als die tiefen Gräben, die er in der deutschen Gesellschaft gerissen hatten, einigermaßen überwunden waren –, konnte der württembergische Dreikönigstag von einem Dokument des nationalpolitischen Zwiespalts zwischen Demokraten und Liberalen zum Symbol ihrer wiedergewonnenen Einheit als „bürgerliche“ Emanzipationsbewegung werden. Er blieb ein Ort der württembergischen Politik. Einen gemeinsamen südwestdeutschen Liberalismus gab es nicht. Baden und Württemberg gingen unterschiedliche politische Wege – in der Revolution 1848/49, im Jahrzehnt, als das deutsche Kaiserreich entstand, und auch danach. Erst in der Bundesrepublik wurde aus dem Traditionsort der württembergischen Demokraten eine südwestdeutsche Plattform für den deutschen Parteiliberalismus.



Gegen Preußen und seine liberalen Helfer – Württembergs Demokratenparade unter schwarz-rot-goldener Fahne

Den Nationalstaat ersehnten Liberale und Demokraten gleichermaßen. Doch welche territoriale Gestalt er erhalten sollte, mit Österreich oder ohne die alte deutsche Kaisermacht, und wie er verfassungspolitisch ausgestaltet werden sollte, über diese Kernfragen spaltete sich das politische Bürgertum und mit ihm seine Parteien. In Württemberg entstand in der Mitte der 1860er-Jahre erneut, wie 1848/49, eine starke demokratische Partei (Volkspartei). Sie lehnte kompromisslos einen deutschen Nationalstaat unter preußischer Hegemonie ab. Sich dem drohenden „Großpreußen" zu widersetzen, nannte die württembergische Volkspartei die „nationale Pflicht Süddeutschlands". Darin wusste sie sich mit ihrem König einig. Die Entscheidung fiel 1866 im innerdeutschen Krieg, als das besiegte Österreich aufgrund der kleindeutschen Option aus dem Deutschen Reich ausschied, und dann im Deutsch-Französischen Krieg. Als aus ihm 1871 der deutsche Nationalstaat unter einem preußischen Kaiser hervorging, standen die Demokraten vor einem politischen Scherbenhaufen. Wie sie darauf reagierten und wie im Laufe des Kaiserreichs Demokraten und Linksliberale zusammenfanden, lässt sich am Stuttgarter Dreikönigstreffen verfolgen. In Württemberg lag die Hochburg der Demokraten und von hier kamen Politiker, die den demokratischen Liberalismus in seiner ganzen Bandbreite bis in die Gegenwart immer wieder prägten. Auf dem Dreikönigstag mussten sie sich bewähren. Wer dort regelmäßig reden durfte, war anerkannt unter den Demokraten Württembergs und fand Resonanz über das Land hinaus.

Gegen „die militärische Verpreußung Württembergs", diese Parole, unter der sich die Demokraten noch 1870 auf ihrem Parteitag gegen „unsere Bettelpreußen", wie sie die liberalen Gegner nannten, formiert hatten, trug nicht mehr, nachdem ein Jahr später der deutsche Nationalstaat ins Leben getreten war. An ihrem Dreikönigstag, den sie ab 1876 wieder regelmäßig durchführten, lässt sich ablesen, wie sich Württembergs Demokraten in den jungen Nationalstaat einlebten, warum sie ihn zu schätzen lernten, ohne in ihrer Kritik an seiner unvollendeten Parlamentarisierung und dem Übergewicht Preußens nachzulassen, und welche Reformziele sie in Württemberg verfolgten. Der Dreikönigstag wurde zu einem Ort, an dem sich Demokraten aus allen Regionen Württembergs trafen und persönlich kennen lernten, sich über die politische Lage in ihren Gemeinden austauschten, die Aktivitäten ihrer Parteigruppen erörterten und über das Geschehen in den Parlamenten Württembergs und des Reichs von ihren Abgeordneten informiert wurden. Sie diskutierten über Erfolge und Misserfolge, besprachen und beschlossen den politischen Kurs der nächsten Jahre. Gesinnungsfreunde aus anderen deutschen Ländern nahmen ebenfalls teil und die politischen Gegner kommentierten in ihren Zeitungen ausführlich die „Demokratenparade unter schwarz-rot-goldener Fahne" – eine abfällige Charakterisierung der Widersacher, die man zum Ehrentitel ummünzte.



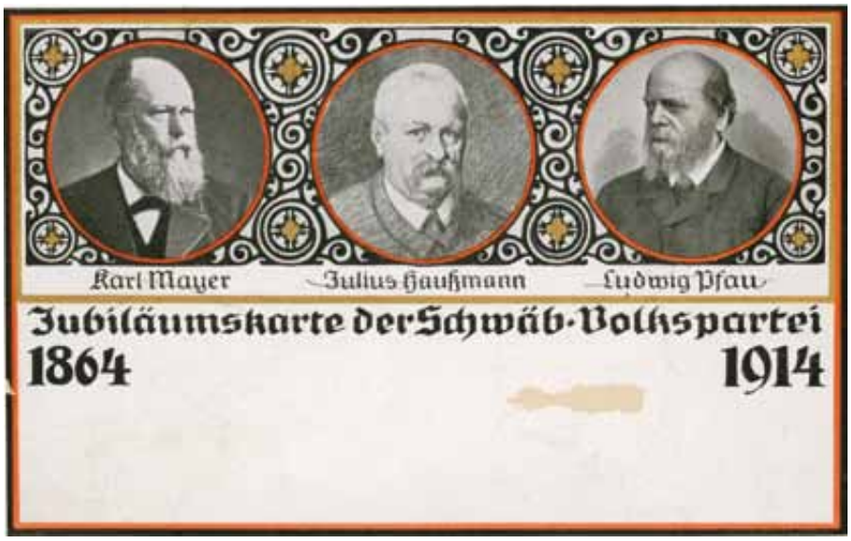
Szene aus dem *Gefecht von Tauberbischofsheim*
von Otto Faber du Faur (1828–1901).
Eines der letzten Gefechte im „Deutschen Bruderkrieg"
fand am 24. Juli 1866 bei Tauberbischofsheim statt.
Es endete mit einer Niederlage
und Verlusten für die Württemberger.



Die 1863/64 erbaute Stuttgarter Liederhalle auf einer zeitgenössischen Lithografie. Nach mehreren Erweiterungen konnten hier mehr als 2500 Gäste tagen. Seit 1893 fand hier traditionell der Parteitag der Demokraten statt. Zuvor wurde die Tagung auch einige Male im „Bürgermuseum“ abgehalten, das dann aber wohl zu klein geworden war.

Der Revolution von 1848 verpflichtet: die württembergischen Demokraten

Württembergs Demokraten schmückten ihren Dreikönigstag stets mit den nationalen Farben der 48er-Revolution: ein politisches Bekenntnis, das sie vereinte und gegen die anderen Parteien abgrenzte, zugleich ein offener Widerspruch gegen den Nationalstaat von 1871 in seiner preußisch-hegemonialen Gestalt. Mit Schwarz-Rot-Gold bekannten sie sich auf ihren Parteitagen zum ersten deutschen Nationalstaat, der 1848 aus der Revolution entstanden und mir ihr 1849 untergegangen war. Sie ehrten dessen Werk, die Reichsverfassung mit dem Grundrechtekatalog, der nicht in die Verfassung von 1871 übernommen worden war, 1918 jedoch in die Weimarer Verfassung Eingang finden sollte und sie erinnerten mit den



Das Triumvirat der Gründer der württembergischen Volkspartei auf einer Jubiläumskarte aus dem Jahr 1914 (v. l.): Karl Mayer (1819–1889), Julius Haußmann (1816–1889) und Ludwig Pfau (1821–1894). Alle drei waren Politiker und Publizisten, alle drei arbeiteten in der Redaktion des Stuttgarter *Beobachter,* und alle drei waren nach der Niederschlagung der 48er-Revolution in die benachbarte Schweiz ins Exil gegangen.

Farben der Revolution daran, dass 1871 nicht verwirklicht wurde, was „die Besten des Jahres 1848 gewollt" hatten. So formulierte es 1901 ein Redner, als er den Parteifreunden das vergangene Säkulum vor Augen stellte. Die Erinnerung an die 48er-Revolution blieb lebendig, – mehr noch, sie war leibhaftig zugegen, wenn bis in die letzten beiden Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts Karl Mayer, Julius Haußmann und Ludwig Pfau – alle drei waren unmittelbar an der Revolution beteiligt gewesen oder hatten diese zumindest offen unterstützt – auf den Dreikönigstreffen umjubelt auftraten. 1848 hatten diese drei bei den Demokraten mitgewirkt, in den 1860er-Jahren gehörten sie zu den Gründern der demokratischen Volkspartei und im ungeliebten Kaiserreich prägten sie deren Politik während der Bismarck-Ära. 1898, zum 50. Jahrestag der Revolution, sahen ihre Porträts in der Stuttgarter Liederhalle, dem Traditionsort für das Dreikönigstreffen, auf die Demokraten herab und eine Erinnerungspostkarte mit den „Bildern der drei alten Parteiführer" trug das Gedenken an die Revolution und das Bekenntnis der württembergischen Volkspartei zu ihr ins ganze Land.

Das Programm der württembergischen Demokraten

„Der 6. Januar läßt keinen echten Demokraten zu Hause." Als die Parteizeitung der württembergischen Demokraten, der Stuttgarter *Beobachter*, mit diesen Worten 1904 für die Teilnahme am Dreikönigstreffen warb, verglich sie es mit der Versammlung der Landsgemeinde im Schweizer Kanton Appenzell. Daraus sprechen das Staatsideal der Volkspartei und ihr politischer Anspruch, Demokratie zu verwirklichen. Auf ihrem „Festtag der schwäbischen Demokratie" wollte sie vorleben, was das neue Kaiserreich und auch die württembergische Monarchie seinen Bürgern vorenthielt.

Ihr Wunschstaat war föderal organisiert. Kompetenzmächtige Länder gestalten die Politik, ähnlich wie die Kantone im Schweizer Bundesstaat, ergänzt durch Gemeinden als starke Institutionen bürgerlicher Selbstverwaltung. Nur im Föderativstaat sah die demokratische Volkspartei einen Garanten der Demokratie, nicht im zentralisierten Einheitsstaat. Ihn entschieden abzulehnen, zog eine scharfe Trennlinie zu den Linksliberalen in anderen Teilen Deutschlands und erst recht zu den Nationalliberalen in Württemberg und anderswo: „Lakaien Bismarcks", so urteilten sie, „Unitarier, Centralisten, Annexionisten".

Württembergs Demokraten waren schon 1848 Herzensrepublikaner gewesen, und sie blieben es auch im Kaiserreich. Dessen Monarchien und Fürstenhäuser stellten sie nicht in Frage, aber ihre Forderungen waren: kein Gottesgnadentum, sondern „Fürsten von Verfassungsgnaden", keine Untertanen, keine Standesvorrechte, nur gleichberechtigte Bürger. Deren Wahlrecht sollte nicht durch zu lange Parlamentsperioden verkümmern oder gar durch die lebenslängliche Amtsdauer, wie es bei den Ortsvorstehern in Württemberg lange der Fall war, beseitigt werden. Sie laste wie ein „Alp auf unserem Lande", hieß es 1876 auf dem Dreikönigstreffen. Selbstverständlich lehnten sie auch Standesvertreter in den Abgeordnetenkammern ab. Deshalb gehörte eine grundlegende Verfassungsrevision zu ihren landespolitischen Kernforderungen. Im Reich wollten sie den Bundesrat, das Vertretungsorgan der Länderregierungen, in ein Staatenhaus als Repräsentation der Länderparlamente umbauen. Vor allem

aber verlangten sie auf allen Ebenen das volle Budgetrecht für die Parlamente und keine indirekten Steuern, um das parlamentarische Steuerbewilligungsrecht, „das A und O des constitutionellen Verfassungssystems“, nicht einzuschränken. Nur so ist das Volk der „Geldherr“. Ihr Ziel war die „Parteiregierung“. So umschrieben sie das parlamentarische Regierungssystem, in dem die Regierung aus der Parlamentsmehrheit hervorgeht.

„Gleiches Recht für Alle“ und „Gleichheit Aller in der Freiheit aller“ – so definierte die Volkspartei Demokratie. „Die Idee des Rechts als Mission der Demokratie – das ist die Reinerhaltung des politischen Ideals in einer Zeit der Fälschung.“ Unter dieser Parole des Dreikönigstags von 1876 sammelten sich Württembergs Demokraten, um den „Scheinconstitutionalismus“ des jungen Nationalstaates zu reformieren. In den „Schmollwinkel“ wollten sie sich nicht zurückziehen. Die kurze Phase der Ratlosigkeit, in die sie die Reichsgründung gestürzt hatte, endete bereits 1872. Nicht alle waren damit einverstanden, doch auf dem Dreikönigstreffen entschied die Mehrheit, das Neue nicht zu boykottieren, „um den Strom der Ereignisse nicht über unsere Häupter hinwegfluten zu lassen“.

Dreikönigstreffen – Ort demokratisch-föderativer Selbstbestimmung, Bildungsstätte und Familienfest ohne Frauen

Der Dreikönigstag der württembergischen Volkspartei entwickelte sich im Kaiserreich zu einem Ort gelebter innerparteilicher Demokratie. An ihm ließ sich der Zustand der Partei ablesen, auf ihm diskutierte sie ihre Ziele und entschied sie. Diese Treffen waren aber auch Informationsbörsen und politische Bildungsstätten, und sie wurden als „große politische Familienzusammenkünfte“ gefeiert. Sie endeten stets mit einem gemeinsamen Mittagsmahl, begleitet von einer Vielzahl von Toasten und mitunter auch von Musik.

Als seit dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts die Teilnehmer immer zahlreicher zum „Vereinigungsfest der württembergischen Demokratie“ kamen – 1898 schätzte man

Ausschnitt aus der Titelseite des *Beobachter* vom 5. Januar 1904.



Anzeigen:
Preis der Gespaltenen Petitzeile:
Für Stuttgart (Lokalinserate) 12 ₰.
Für das übrige Württemberg 15 ₰.
Für außerhalb Württemberg 20 ₰.
Für die Reklamezeile . . . . 60 ₰.
Einzelverkauf des Beobachters:
Bei d. Expedition, an Zeitungskiosk, u. den Bahnhofbuchhandlungen 10 ₰.
Württ. Postzeitungsliste Nr. 33.
Reichspostzeitungsliste Nr. 968.
Redaktion und Expedition
Stuttgart, Langestraße Nr. 18.
Telephon-Nummer 2429.

Der Beobachter.

Ein Volksblatt aus Schwaben.

Abonnementspreis:
In Stuttgart, bei den Agenturen abgeholt, monatlich ℳ —.70.
Abonnements durch die Post:
In Stuttgart und Umgebung: vierteljährlich . . 2.80 — monatlich . . . . —.94
Im übrig. Württbg. vierteljährlich . . 2.80 2.90 monatlich . . . . —.97 —.97
Im Reichspostgebiet und in Bayern vierteljährlich . . 2.60 2.92 monatlich . . . . —.87 —.91

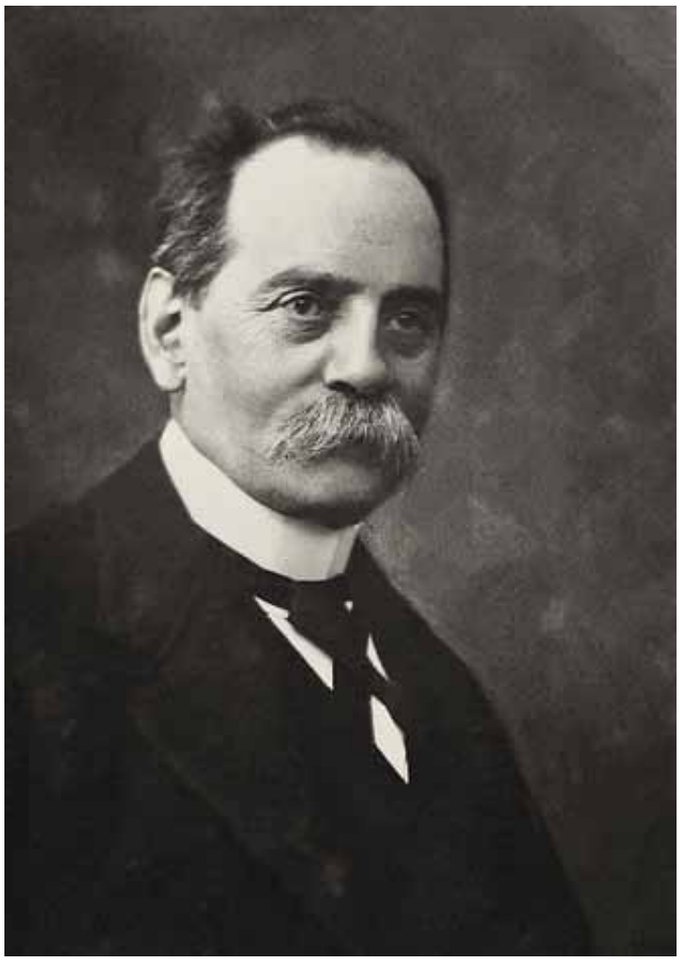
Nr. 3. Stuttgart, Dienstag 5. Januar 1904. 74. Jahrgang.

Zum Willkomm.

× Der 6. Januar läßt keinen echten Demokraten zu Hause. Wer es irgend machen kann, reist nach Stuttgart, um die alten Freunde zu begrüßen und neue kennen zu lernen und um in gemeinsamer Tagung wieder Anregung und Anfeuerung zu finden für die politische Arbeit draußen im Lande umher. Und das ist zur Zeit notwendiger als je. Von links und rechts wird die Volkspartei aufs schärfste angegriffen. Aber ‚Viel Feind', viel Ehr'!" Von einem Feind, den man nicht fürchtet, den man nicht ernst nimmt, redet man nicht so viel. Ihm sieht man nicht auf jeden Schritt. Daß die Demokratie so viel angefochten wird, beweist nur, daß sie sich Beachtung verschafft hat auch bei den Gegnern und daß diese wohl oder übel mit ihr rechnen müssen. Daß das noch eine gute Weile in Württemberg so bleiben wird, dazu braucht aber die Leitung der Partei die Hilfe und Unterstützung der Freunde im ganzen Lande. Auch das beste Hauptquartier vermag nichts zu erreichen, wenn die einzelnen Truppenkörper und ihre Führer versagen. Darum muß der engste Zusammenhalt innerhalb der Partei immer wieder hergestellt und erneuert werden. Und das erfolgt am besten an Tagen gemeinsamer Beratung aller Parteigenossen durchs ganze Land. Der 6. Januar soll nicht bloß ein Vergnügungstag sein, soll auch demokratische Gedanke, der einzig und allein zum Wohle des Ganzen beitragen kann, alle Klassenselbstsucht und Interessenpolitik überdauern und besiegen, und daß die Ueberzeugung zu immer weiteren Kreisen hindurchdringen wird, daß nicht in einer selbstsüchtigen Zersplitterung der Volkskraft noch Standesinteressen das Wohl des Ganzen liegt, sondern in einer Zusammenfassung und Ausgleichung der verschiedensten Klassenforderungen, wobei jeder — auch das ist demokratisch — um des „gemeinen Nutzens" willen seine Opfer zu bringen hat. Und es wird nicht lange dauern, bis die Volkseinsicht erkennt, daß diejenigen, welche etwas anderes predigen und den einen Stand gegen den anderen aufhetzen, nur das Geschäft des schlauen Tieres besorgen, das mit seinem Schwanze das Wasser trübt, um die dummen Fische leichter fangen zu können.

Das aber muß rücksichtslos und bekenntnisfreudig auch immer wieder und überall gesagt sein, selbst wenn da und dort vorübergehende Unannehmlichkeiten und Schädigungen damit verbunden wären. Die gegenseitige Aneiferung aber bietet nichts mehr als eine gemeinsame große Tagung, durch die die demokratische Lehre geht: „Suprema lex — populi voluntas. Der Wille des Volkes ist das oberste Gesetz."

mitgeteilt. Die genau aufgeführten Neuerungen mit Preisangabe ergeben eine Ausgabe von 893 Mk. nur für diese Neuerungen, durch welche die Offiziersausrüstung um kein Haar kriegsmäßiger geworden ist. Die genannte Zeitung bemerkt dazu aber noch: „Der Herr Verfasser dieser Zuschrift hat seine Anfrage sehr niedrig gegriffen — die neue graue Litewka zum Beispiel kostet nicht 45, sondern über 60 Mark — und er hätte seine Aufzählung noch wesentlich erweitern können. Die Gesamtausrüstungskosten für das Offizierskorps berechnet er sich auf 15 Mill. Mark allein für die einmalige Anschaffung, ungeachtet der fortgesetzten Erneuerung. Eine Zusammenstellung aller seit 1859 ergangenen Bestimmungen bezüglich der Bekleidung und Ausrüstung würde zeigen, daß unter der Regierung Kaiser Wilhelms I. nicht halb so viel Neuerungen — und zwar durchweg Verbesserungen — angeordnet worden sind, als seitdem." Selbst nationalliberalen Blättern wird das nachgerade zu bunt. Die „Augsb. Abendztg." schreibt: „Es giebt genug Leute, welche sagen, der Kaiser wisse wohl um die Anschauung (des Volkes in dieser Frage). Wenn dies der Fall ist, dann müßten gerade die am festesten in nationaler Gesinnung wurzelnden Elemente ihre Stimme so laut erheben, damit der Kaiser inne werde, daß es nicht länger angehe, über dieses Widerstreben gegen die fortgesetzten Uniformänderungen hinwegzusehen. Wir möchten aber auch zu erwägen geben, ob nicht einmal die bayerische Heeresverwaltung sagt, hier thue ich nicht mit. Das wäre bayerischer Partikularismus, aber ein berechtigter und löblicher, in dem Sinne, wie ihn



Conrad Haußmann (1857–1922), Spross der liberalen Familiendynastie der Haußmanns, langjähriger württembergischer Landtags- und Reichstagsabgeordneter, Staatssekretär in der Reichsregierung des Prinzen Max von Baden und schließlich Vizepräsident der Weimarer Nationalversammlung, war wesentlich an der Erarbeitung der Weimarer Verfassung beteiligt.

1600 Personen –, verfeinerten die Organisatoren den Ablauf. Der Vorabend begann mit einer Vertrauensmännerversammlung, auf der die Delegierten der Ortsgruppen über ihre Arbeit berichteten, gemeinsame Aktionen besprachen, politische Themen festlegten, auf die sie sich konzentrieren wollten, und Wahlkämpfe vorbereiteten. Die Hauptversammlung, die den Konzertsaal und zunehmend auch die Nebensäle der Stuttgarter Liederhalle füllte, hörte den Parteibericht und vor allem die Redner, die über die Reichs- und Landespolitik informierten. Wer hier sprach, gehörte zur informellen Parteiführung: die Demokratendynastie der Haußmanns – zunächst Julius, demokratisches Urgestein, dann seine Söhne Conrad und, bis zu seinem frühen Tod 1889, Friedrich; Karl Mayer, der nach der 48er-Revolution Schutz vor politischer Verfolgung in der Schweiz gefunden hatte, ein überzeugter Antipreuße, den Bismarck als Vaterlandsverräter diffamierte; Friedrich Payer, langjähriger Abgeordneter in Württemberg und im Reich, dessen Vizekanzler er 1917 wurde; auch der junge Theodor Heuss bewährte sich noch im Kaiserreich als Redner auf Dreikönigstreffen.

Was das Land und sie politisch bewegte, erörterten die Demokraten auf ihrer Landesversammlung. Besprochen wurden nicht nur die großen Fragen der Politik wie die Flottenrüstung oder der deutsche Kampf um einen kolonialen „Platz an der Sonne“, auch Details von Steuerregelungen oder des neuen Militärstrafrechts, Gewerbe- und Schulreformen, die Lage der Landwirtschaft, die Finanzierung der Kommunen oder die Gründe, warum die Weigerung, den Reichstagsabgeordneten Diäten zu zahlen, die demokratischen Mitwirkungschancen beeinträchtige. An die Vorträge schlossen sich Debatten an, Widerspruch war üblich – eine Schule der Demokratie und ein Ort politischer Bildung im „lebendigen Wechselverkehr“ zwischen der Parteiführung und den Mitgliedern. Gelegentlich wurden die Reden zusätzlich als Flugblatt gedruckt, um auch diejenigen zu erreichen, die nicht nach Stuttgart kamen oder den *Beobachter* lasen. In einem solchen Umfeld wirkte Kritik an den großsprecherischen Auftritten Kaiser Wilhelms II., an dem „Opernhaften der Politik“ oder an einer Kolonialpolitik des „mit Kanonenläufen gepredigten Evangeliums“ glaubhaft.

Doch die Frauen lassen sich nicht länger ausgrenzen

Zum Abschluss versammelte sich eine große Zahl der Teilnehmer stets zum gemeinsamen Essen. Selbst dieser gesellige Teil des Demokratenfestes blieb bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges eine geschlossene Veranstaltung für Männer: ein demokratisches Familienfest ohne Ehefrauen und Töchter, sogar bei Tisch. Nur ein gelegentlicher Toast gedachte derer, die noch nicht zur politischen Familie zählten. Bis 1908 sperrte das Gesetz Frauen aus Parteien und politischen Versammlungen aus, nicht aber vermochte es, ihnen andere Formen politisierter Geselligkeit zu verschließen. In sie ein-

zutreten, wagten demokratische Württembergerinnen erstmals zum Dreikönigstag 1911, gut zu erkennen an ihren Hüten. Ein weibliches Parteimitglied entrüstete sich: „Hüte ab, meine fortschrittlichen Mitschwestern! Eine politische Versammlung ist kein Restaurant oder ein five o'clock tea, nicht einmal ein Konzert oder ein Theater. Wenn wir teilnehmen wollen an der politischen Arbeit der Männer, so dürfen wir nicht von vornherein durch Schwächen des Alltags einen Zweifel in die Seele legen an dem Ernst, mit dem wir doch bei der Sache sind."

Aus der gereimten Antwort einer „Mitschwester", ironisch und anspielungsreich, spricht das neue Selbstbewusstsein politisch engagierter Frauen. Der *Beobachter* veröffentlichte sie:

Nach der Liederhall' am Freitag
Wandert ich zu dem Parteitag
In dem neuen Sonntagshut,
Fortschrittsfroh und wohlgemut
Daß als Frau zum erstenmal
Ich ein Recht in diesem Saal
Zuzuhören haben sollte,
Was ich längst schon gerne wollte. […]



Da kannst du hören
Von des Worts berühmten Meistern,
Payer, Haußmann, die begeistern
Jedes Freigesinnten Herz
Aus dem Land und anderwärts,
Manche kluge Weisheitssprüche,
Kinderstube und auch Küche
Kannst vergessen eine Stunde
In solch edler Geister Runde. –
Aber sieh nur, sieh, ach sieh!
Kaum erklomm ich die Gal'rie –
Raucheswolken mich umfangen,
Nebelschwaden, die wie Zangen
In den Augen beißen, zwicken,
Die auf Hirn und Kopf mir drücken. –
Ist das meines Herdes Rache,
Der allhier mir steigt auf's Dache,
Weil ich heut' mich wollt' vermessen,
Einmal nur sein zu vergessen? […]

Das sind Tausende Zigarren,
Die wie aus der Hölle Schlund
Drunten aus der Männer Mund
Ragen in des Saales Luft,
Beizen sie mit ihrem Duft!
‚Aller Segen steigt nach oben.'
Doch das kann ich gar nicht loben!
Hurtig schleich' auf leisen Sohlen
Ich bescheiden und verstohlen
Ohne Laut die Treppe 'runter
Setz mich in den Saal ganz munter
Auf 'nen Stuhl im Hintergrund

Friedrich Payer (1847–1931) war langjähriges Mitglied der Württembergischen Abgeordnetenkammer und des Reichstags sowie Fraktionsführer der Fortschrittlichen Volkspartei im Reichstag.
Als Vizekanzler unter Prinz Max von Baden gestaltete er in den letzten Monaten des Ersten Weltkriegs maßgeblich den Übergang von der Monarchie zur ersten deutschen Demokratie mit.
Als Vorsitzender führte er 1919 die Fraktion der linksliberalen DDP in der Weimarer Nationalversammlung.

Mutig an der Hölle Schlund.
Doch da denk ich meines Hutes
Und will schleunigst, wie man tut es,
Wenn er stört, weil er zu groß,
Betten ihn auf meinen Schoß.
Werf' noch einen Blick nach vorne:
Da in jäh erwachtem Zorne
Stockt und zögert meine Hand,
Als ich seh, wie eine Wand
Von acht breiten Männerrücken
Sich erhebt vor meinen Blicken,
Unbarmherzig nicht nur mir,
Nein, noch ganzer Reihen vier
Aussicht nimmt und Licht und Luft,
Daß wir wie in finst'rer Gruft,
Hinter solchen steh'nde Mauern
Auf das Wort der Redner lauern.
Und die Hand, die schon erhoben,
Sinkt herab, der Hut bleibt droben,
Weil doch niemand hinter mir,
Wenn der Männer zwei mal vier
Mitten in den Reihen stehn,
Kann was von dem Podium sehn.
Jetzo, liebe Schwester, sprich,
Kannst Du nun verstehen mich?
Gern will ich ja auch entschuld'gen
Alle Männer, welche huld'gen
Ihrem altgewohnten Brauch,
Zu verpaffen ihren Rauch,
Aber die, so voller Tücken
Schieben stehend ihre Rücken
Brüdern, Schwestern, vors Gesicht,
Kann ein Hutrand stören nicht.

1911 hatte sich die württembergische Volkspartei um Linksliberale zur Fortschrittlichen Volkspartei erweitert. Sie warb für das Recht der Frauen, an den Kommunalwahlen teilzunehmen – das war mehr als die anderen Liberalen zu fordern bereit waren –, doch die volle staatsbürgerliche Gleichheit nannte Friedrich Payer noch 1910 auf dem Dreikönigstag eine Frage der Zukunft, nicht der Gegenwart. Im Ersten Weltkrieg gaben Württembergs Demokraten diese abwehrende Haltung langsam auf. 1919 wurde das erste Dreikönigstreffen in der Weimarer Republik, die den Frauen das Wahlrecht gab, bereits von einer Frauenversammlung der Partei begleitet. An ihr nahmen auch Männer teil.

„Bürgerstube" und „Herrenstube": Demokraten und Liberale

Auch über die soziale Öffnung der Volkspartei wurde auf ihrem Dreikönigstag diskutiert und entschieden. Die Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie hatte sie stets kompromisslos abgelehnt, doch wie sie sich gegenüber den neuen Sozialgesetzen des Reichs verhalten sollte, war zunächst umstritten. Wer sich durchsetzte, zeigt das Treffen von 1901: den liberalen Staat zum sozialen weiterzuentwickeln wurde als Ziel formuliert, nicht aber zum sozialdemokratischen. Der demokratische Staat der Zukunft dürfe kein Klassenstaat sein und auch kein konfessioneller. Es gehe um die „Ethisierung der Politik". Das richtete sich auch gegen jede Form des Militarismus und forderte Zurückhaltung in der Kolonialpolitik. „Der Schule und nicht der Kaserne gehört die Zukunft!", rief Friedrich Haußmann 1890 der Versammlung zu. „Donnernder Beifall" antwortete ihm.

Wie sich die Volkspartei selber sah, beschrieb ein Mitglied, das 1900 den Dreikönigstag der Demokraten und kurz darauf auch die Stuttgarter Landesversammlung der (rechts-)liberalen Deutschen Partei besucht hatte: die Liederhalle als „die gewöhnliche Bürgerstube", der Stadtgartensaal der Liberalen als „das Nebenzimmer oder Herrenstüble".

Ein neues Bild von Föderalismus zeichnet sich ab

Württembergs Demokraten bleiben „demokratisch-föderalistisch" hieß es demonstrativ auf dem Dreikönigstag von 1910, der ein neues Parteistatut beschloss, um die Vereinigung mit den Linksliberalen zu ermöglichen. Doch was meinte damals föderalistisch? Das Wort blieb, seine Bedeutung wandelte sich radikal.

Von Karl Mayer erzählten die politischen Gegner – und seine Parteifreunde hörten es gerne –, er pflege schon zum Frühstück einige Preußen zu verspeisen. Doch selbst dieser erklärte Feind alles Preußischen und jeder Zentralisierung verblüffte 1879 seine demokratischen Gesinnungsfreunde mit einer Rede über „das moderne System des Reichs": allgemeines Wahlrecht, im Gegensatz zu den Ländern – dass die Frauen weiterhin ausgeschlossen blieben, musste er nicht eigens erwähnen, das galt auch den Demokraten als selbstverständlich –, besserer Zugang zum Staatsbürgerrecht, Weg-

fall aller obrigkeitlichen Hindernisse zu heiraten. Er hätte noch vieles andere erwähnen können, etwa die staatsbürgerliche Gleichstellung der Juden, gegen deren Diffamierung durch die Antisemiten sich die demokratische Volkspartei stets energisch wandte.

Wie sich die Einstellungen zum Föderalismus im Laufe des Kaiserreichs auch unter den Demokraten Württembergs verändert haben, lässt Theodor Heuss' Rede *Das Staatsrecht im Kriege* auf dem Dreikönigstag von 1918 erkennen. Die Entstehung von Reichsministerien, eine zentrale Forderung der Volkspartei, um die Parlamentarisierung voranzubringen, habe politisch erfolgreich zentralisiert, verbunden mit einer „Erweichung des Föderativgedankens". Der „Volksstaat", so Heuss, könne die „großen Wirtschafts-, Finanz- und Verkehrsaufgaben der deutschen Zukunft […] nur zentralistisch […] lösen". Er meinte eine Zentralisierung in demokratischer Absicht. Ihre Gegner sah er nicht bei den Demokraten Württembergs, sondern auf Seiten der partikularistischen Dynastien. „Der Krieg wird um des Reiches willen geführt, nicht um dynastischer Territorialpolitik." Damit traf Heuss die republikanische Grundstimmung seiner Parteifreunde. Sie zollten ihm „lebhafte Zustimmung", obwohl er den Föderalismus von der staatlichen Ebene auf die kulturelle verschob: „Die Vielstimmigkeit der deutschen Stammesarten soll bleiben." Den „Stammescharakter" der Württemberger oder anderer Regionen sah er durch die Stärkung des Reiches, die er für notwendig hielt, nicht gefährdet.

Dieser Einstellungswandel, die Furcht vor einem Föderalismus, der die Einheit der Nation und die Entscheidungsfähigkeit des Gesamtstaates schwächen könnte, gründet in der Parlamentarisierungsblockade, die seit 1871 vom Bundesrat als dem Organ der Gliedstaaten des Deutschen Reiches ausgegangen war. Darauf verwies Heuss in seiner Dreikönigstagrede von 1918 ausdrücklich. Noch im selben Jahr spottete er in seiner Schrift *Die Bundesstaaten und das Reich* über die „Quadratkilometersouveränität" der Kleinen. „Das muß in aller Offenheit ausgesprochen werden, jeder Schritt, den der Parlamentarismus in der Reichspolitik vorwärts macht, zertritt ein Stück des alten deutschen Föderalismus, stärkt den Zentralismus und den Unitarismus." Und mit dem Föderalismus werde die Fürstenherrschaft geschwächt. Eine zentrale Aufgabe in seiner Sicht auf die deutsche Geschichte. Darin stimmte er völlig mit den Altvorderen in der württembergischen Volkspartei überein. Sie alle kämpften gegen die Vorstellung, die deutsche Nation und der deutsche Nationalstaat seien Geschöpfe „von oben", Geschenke der Fürsten, vor allem des preußischen Königs und seines Paladins Bismarck an die Deutschen.

Der junge Theodor Heuss in seinem Heilbronner Arbeitszimmer im Jahr 1915.



Entföderalisierung galt Heuss 1918 als eine andere Art, Preußen zu entmachten. Preußen in Provinzen zerschlagen, um es in einen demokratischen Nationalstaat einpassen zu können, hieß das strikt föderative Programm der alten Demokraten. Mit seinem *ceterum censeo Borrussiam esse delendam* („Im Übrigen meine ich, dass Preußen zerstört werden muss"), gemeint war, Preußen in seine Provinzen zu zerlegen, hatte Ludwig Pfau die württembergischen Demokraten immer wieder begeistert. Den politischen Föderalismus, der immer auch ein dynastischer war, durch Zentralisierung abbauen, um den unitarischen Nationalstaat parlamentarisch handlungsfähig zu machen, auch und gerade gegen Preußen, wurde hingegen die Leitlinie der jungen Demokraten, zu denen auch Theodor Heuss gehörte.

In der Weimarer Republik bekannten sich Württembergs Demokraten, nun organisiert in der Deutschen Demokratischen Partei, zwar weiterhin zum Föderalismus, doch nun ging es gegen eine „auf die Spitze getriebene, überstürzte Unitarisierung", wie es auf dem Dreikönigstag von 1920 hieß. Der Gefahr, alles von Preußen her zu beurteilen, setzte man einen „süddeutschen Widerspruch" entgegen. Doch der Kampf gegen das Reich war vorbei.



In ganz Baden kam es im Mai 1849 zu „Verbrüderungsfesten“ mit den Revolutionären, so auch in Mannheim, wo der Maler Franz Ataria (1798–1869) den Fahnenträger einer Freischärlergruppe malte – typisch gekleidet mit weiter Bluse, Hut mit Kokarde und Federn und einen großen Schleppsäbel an der Seite.

Offenburg und Rastatt 1847–1849

„Freiheit, aber auch Ordnung und Einheit des Vaterlandes“

Sonja-Maria Bauer

„Offenburg will Freiheit, aber auch Ordnung und Einheit des Vaterlandes!“ Diese Erklärung der Stadt Offenburg vom 19. April 1848 steht exemplarisch für die Haltung der Offenburger Bevölkerung während der Jahre 1847 bis 1849. Freiheit und Ordnung – zwischen diesen Polen bewegte sich der politische Protest in Baden in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Immer wieder wird das Bemühen eines großen Teils der Opposition in Baden im Vormärz und 1848/49 deutlich, sich innerhalb der Grenzen der gesetzlichen Ordnung zu bewegen. Vielleicht war es gerade dieses Bemühen, das dazu führte, dass die politische Opposition in Baden 1847 bis 1849 auch heute noch im Bewusstsein der Bevölkerung präsent ist und auch das widerständige Auftreten badischer Bürger und Bürgerinnen gegenüber öffentlichen Einrichtungen ganz selbstverständlich zu stärken scheint.

Wo sonst, außer in Baden, kommt es heute noch vor, dass sich Bürger, um ihren Protest gegen Entscheidungen öffentlicher Institutionen zu bekräftigen, auf die revolutionäre Bewegung des 19. Jahrhunderts berufen, wie dies 2010 Manfred Wahl, der Chef der Bürgerinitiative „Bahntrasse Offenburg“ tat? Die *Badische Zeitung* berichtete am 30. Oktober 2010: Wahl „erinnerte an die Badische Revolution, die 1847 in Offenburg ihren Ausgang nahm, und an den Baustopp für das umstrittene Kernkraftwerk in Wyhl, der 1976 in Offenburg unterzeichnet wurde“.





Das Gasthaus als wichtiger Ort der Kommunikation – auch und gerade in der Revolution. Die zeitgenössische Zeichnung zeigt eine Runde am Tisch im „Salmen", um 1835.

In Baden gab es 1847 bis 1849 nach dem Prinzip „Freiheit, aber auch Ordnung" eine ganz besondere Verbindung von Bürgertum und politischem Protest, der es vielen etablierten Bürgern ermöglichte, sich aktiv zu beteiligen. Offenburg war eines der Zentren der politischen Protestbewegung des 19. Jahrhunderts. Dreimal trafen sich hier in den Jahren 1847, 1848 und 1849 Vertreter der politischen Opposition, um eine Solidarisierung der Oppositionellen zu schaffen und gemeinsame Forderungen öffentlich zu formulieren.

Die Versammlung im „Salmen" in Offenburg am 12. September 1847

Offenburg eignete sich als landesweiter Treffpunkt in Baden, weil es von allen Orten des Landes per Bahn gut zu erreichen war. Im Gasthaus „Salmen" in Offenburg formulierten badische Oppositionelle am 12. September 1847 ihre politischen Forderungen in einem 13-Punkte-Programm, das als „Offenburger Programm" in ganz Deutschland bekannt wurde und zum ersten Mal neben politischen auch soziale Forderungen enthielt.

Die Einladung zur Versammlung im „Salmen" erschien Ende August in allen oppositionellen Zeitungen des Landes, so in der *Mannheimer Abendzeitung* und in den *Konstanzer Seeblättern*. Auch als Flugblatt wurde sie verbreitet. Unterzeichnet war die Einladung von in ganz Baden bekannten Vertretern der badischen Opposition wie Friedrich Hecker, bis März 1847 Abgeordneter der Badischen Zweiten Kammer und dort Mitglied der liberalen Opposition, und Gustav Struve, Redakteur des radikal-oppositionellen *Mannheimer Journals* und geistiger Vordenker der geplanten Versamm-

lung. Unterschrieben hatten auch lokale Repräsentanten Offenburgs wie Bürgermeister Gustav Rée und der Apotheker Eduard Rehmann.

Der Zweck der Versammlung war nach Struves Plänen die Standortbestimmung eines Teils der liberalen Opposition in Baden. Diese Opposition spaltete sich gerade in eine Mehrheit von gemäßigten Liberalen, die auf politische Reformen innerhalb der konstitutionellen Monarchie setzte, und in eine kleinere Gruppe radikaler Demokraten, für die letztlich nur eine Republik als Staatsform akzeptabel war. Gustav Struve hatte die Absicht, bei der Versammlung im Offenburger „Salmen" ein Programm für diese radikal-demokratische Gruppe beschließen zu lassen.

Die Versammlung begann mit einem Mittagessen um 13 Uhr, an dem ungefähr 200 bis 250 Gäste teilnahmen. Dabei wurde das von Struve und Hecker entworfene Programm vorbesprochen, bevor um 15 Uhr der Saal für das allgemeine Publikum geöffnet wurde. Insgesamt sollen sich zwischen 700 und 900 Menschen in den Raum gedrängt haben. Die Inszenierung des Raums lässt sich als öffentliches Bekenntnis der Offenburger Veranstalter zur bestehenden Verfassungsordnung in Baden verstehen. In der Mitte des Saales war eine Rednertribüne aufgebaut. Dahinter standen die Büsten Karl Friedrichs, des ersten Großherzogs von Baden, und seines Nachfolgers Karl, der 1818 die Badische Verfassung erlassen hatte. Hier war auch ein Exemplar dieser Verfassungsurkunde ausgelegt. An der Wand hingen außerdem ein Porträt des regierenden Großherzogs Leopold, daneben Porträts führender oppositioneller Kammermitglieder, nämlich die der bekannten badischen Liberalen der „alten Generation", Karl von Rotteck, Adam von Itzstein und Alexander von Soiron, ebenso Porträts der beiden Hauptredner der Versammlung, Friedrich Hecker und Gustav Struve. Eine Demonstration für „Freiheit *und* Ordnung" der Offenburger Veranstalter!

Ein Erinnerungsort demokratischer Geschichte in Deutschland: die Kultur- und Erinnerungsstätte Salmen.





Der führende Kopf der Offenburger Demokraten: der Bürgermeister Gustav Rée (1810–1869). In seine Amtszeit (1845–1849) fielen die Ereignisse, die Offenburg in das Licht der großen Politik rückten.

Die Forderungen des Volkes.

Unsere Versammlung von entschiedenen Freunden der Verfassung hat stattgefunden. Niemand kann derselben beigewohnt haben, ohne auf das Tiefste ergriffen und angeregt worden zu sein. Es war ein Fest männlicher Entschlossenheit, eine Versammlung, welche zu Resultaten führen muß. Jedes Wort, was gesprochen wurde, enthält den Vorsatz und die Aufforderung zu thatkräftigem Handeln. Wir nennen keine Namen und keine Zahlen. Diese thun wenig zur Sache. Genug, die Versammlung, welche den weiten Festsaal füllte, eignete sich einstimmig die in folgenden Worten zusammengefaßten Besprechungen des Tages an:

Die Forderungen des Volkes in Baden:

I. Wiederherstellung unserer verletzten Verfassung.

Art. 1. Wir verlangen, daß sich unsere Staatsregierung lossage von den Karlsbader Beschlüssen vom Jahr 1819, von den Frankfurter Beschlüssen von 1831 und 1832 und von den Wiener Beschlüssen von 1834. Diese Beschlüsse verletzen gleichmäßig unsere unveräußerlichen Menschenrechte wie die deutsche Bundesakte und unsere Landesverfassung.

Art. 2. Wir verlangen Preßfreiheit; das unveräußerliche Recht des menschlichen Geistes, seine Gedanken unverstümmelt mitzutheilen, darf uns nicht länger vorenthalten werden.

Art. 3. Wir verlangen Gewissens- und Lehrfreiheit. Die Beziehungen des Menschen zu seinem Gotte gehören seinem innersten Wesen an, und keine äußere Gewalt darf sich anmaßen, sie nach ihrem Gutdünken zu bestimmen. Jedes Glaubensbekenntniß hat daher Anspruch auf gleiche Berechtigung im Staate.

Keine Gewalt dränge sich mehr zwischen Lehrer und Lernende. Den Unterricht scheide keine Confession.

Art. 4. Wir verlangen Beeidigung des Militärs auf die Verfassung.

Der Bürger, welchem der Staat die Waffen in die Hand gibt, bekräftige gleich den übrigen Bürgern durch einen Eid seine Verfassungstreue.

Art. 5. Wir verlangen persönliche Freiheit.

Die Polizei höre auf, den Bürger zu bevormunden und zu quälen. Das Vereinsrecht, ein frisches Gemeindeleben, das Recht des Volkes sich zu versammeln und zu reden, das Recht des Einzelnen sich zu ernähren, sich zu bewegen und auf dem Boden des deutschen Vaterlandes frei zu verkehren — seien hinfüro ungestört.

II. Entwickelung unserer Verfassung.

Art. 6. Wir verlangen Vertretung des Volks beim deutschen Bunde.

Dem Deutschen werde ein Vaterland und eine Stimme in dessen Angelegenheiten. Gerechtigkeit und Freiheit im Innern, eine feste Stellung dem Auslande gegenüber gebühren uns als Nation.

Art. 7. Wir verlangen eine volksthümliche Wehrverfassung. Der waffengeübte und bewaffnete Bürger kann allein den Staat schützen.

Man gebe dem Volke Waffen und nehme von ihm die unerschwingliche Last, welche die stehenden Heere ihm auferlegen.

Art. 8. Wir verlangen eine gerechte Besteuerung.

Jeder trage zu den Lasten des Staates nach Kräften bei. An die Stelle der bisherigen Besteuerung trete eine progressive Einkommensteuer.

Art. 9. Wir verlangen, daß die Bildung durch Unterricht allen gleich zugänglich werde.

Die Mittel dazu hat die Gesammtheit in gerechter Vertheilung aufzubringen.

Art. 10. Wir verlangen Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Arbeit und Capital.

Die Gesellschaft ist schuldig die Arbeit zu heben und zu schützen.

Art. 11. Wir verlangen Gesetze, welche freier Bürger würdig sind und deren Anwendung durch Geschwornengerichte.

Der Bürger werde von dem Bürger gerichtet. Die Gerechtigkeitspflege sei Sache des Volkes.

Art. 12. Wir verlangen eine volksthümliche Staatsverwaltung.

Das frische Leben eines Volkes bedarf freier Organe. Nicht aus der Schreibstube lassen sich seine Kräfte regeln und bestimmen. An die Stelle der Vielregierung der Beamten trete die Selbstregierung des Volkes.

Art. 13. Wir verlangen Abschaffung aller Vorrechte.

Jedem sei die Achtung freier Mitbürger einziger Vorzug und Lohn.

Offenburg, 12. September 1847.

Die Offenburger Volksversammlung verabschiedete am 12. September 1847 das erste liberaldemokratische und soziale Programm der deutschen Opposition vor 1848, die 13 „Forderungen des Volkes“. Sie gelten als der erste öffentlich verkündete Grund- und Menschenrechtskatalog in der deutschen Geschichte.

Eine Gruppe um den Konstanzer Redakteur Fickler unternahm bei der Offenburger Volksversammlung vom 19. März 1848 den Versuch, die Republik durchzusetzen. Die Ausrufung der Republik scheiterte am Widerstand der Gemäßigten in der Revolutionsbewegung. Das Flugblatt forderte den Sturz der Fürsten, die Beseitigung feudaler Abgaben und eine freie Republik.



34 Fürsten oder eine Republik?

Die Frage ist sehr einfach: Können wir frei werden und einig und wohlfeil regiert unter 34 Fürsten?

Die Civillisten der Fürsten, die Apanagen der Prinzen und Prinzessinnen, die ungeheure Militärlast, das Heer von Beamten, die Massen von Pensionärs, die theuern Minister, die theuern und nutzlosen Gesandten, die Menge von öffentlichen und geheimen Polizeidienern, die Spione, die Nothwendigkeit der Versorgung von Herrenburen, die Menge von Wächtern über das indirekte Abgabensystem, alles dieses hängt an der Erhaltung der monarchischen Regierungsform. Mehrere hundert Millionen Gulden werden hiedurch jährlich verschlungen. Die Last der Abgaben erdrückt das Volk; ein gedrücktes Volk aber ist nie frei! Und wenn seine Führer glauben, das Volk sei zufrieden mit den schönen Reden, welche sie seit Jahren gehalten; wenn sie glauben es lasse sich heute, da man alles erlangen kann, noch länger vertrösten und hinhalten, so wird es sich bald zeigen, daß sie sich irren, und daß das Volk sich von den bisherigen Führern trennt und auf eigene Faust handelt! Schon hat dies begonnen, und es wird sich weiter verbreiten und allgemein werden. Das Volk wird also auf diese Weise die Einigkeit erlangen. — Ob die Führer heute das Räthsel lösen, wie das Volk mit seinen Fürsten wohlfeil regiert werden könne, wollen wir sehen; wir wissen aber zum Voraus, daß dies unmöglich ist. Wir werden unter der bisherigen Fürstenherrschaft also weder frei, noch einig, noch wohlfeil regiert sein, und alle Wünsche des Volkes zerfielen somit in Nichts. Darum Volk mahne deine Führer ernsthaft: Muth und Entschlossenheit zu zeigen oder handle selbst.

Wenn die Führer den Muth nicht haben so rufe du aus:

Fort mit den Fürsten und ihrem Anhang; wir wollen uns selbst regieren, einig, frei und wohlfeil.

Es lebe die Republik!

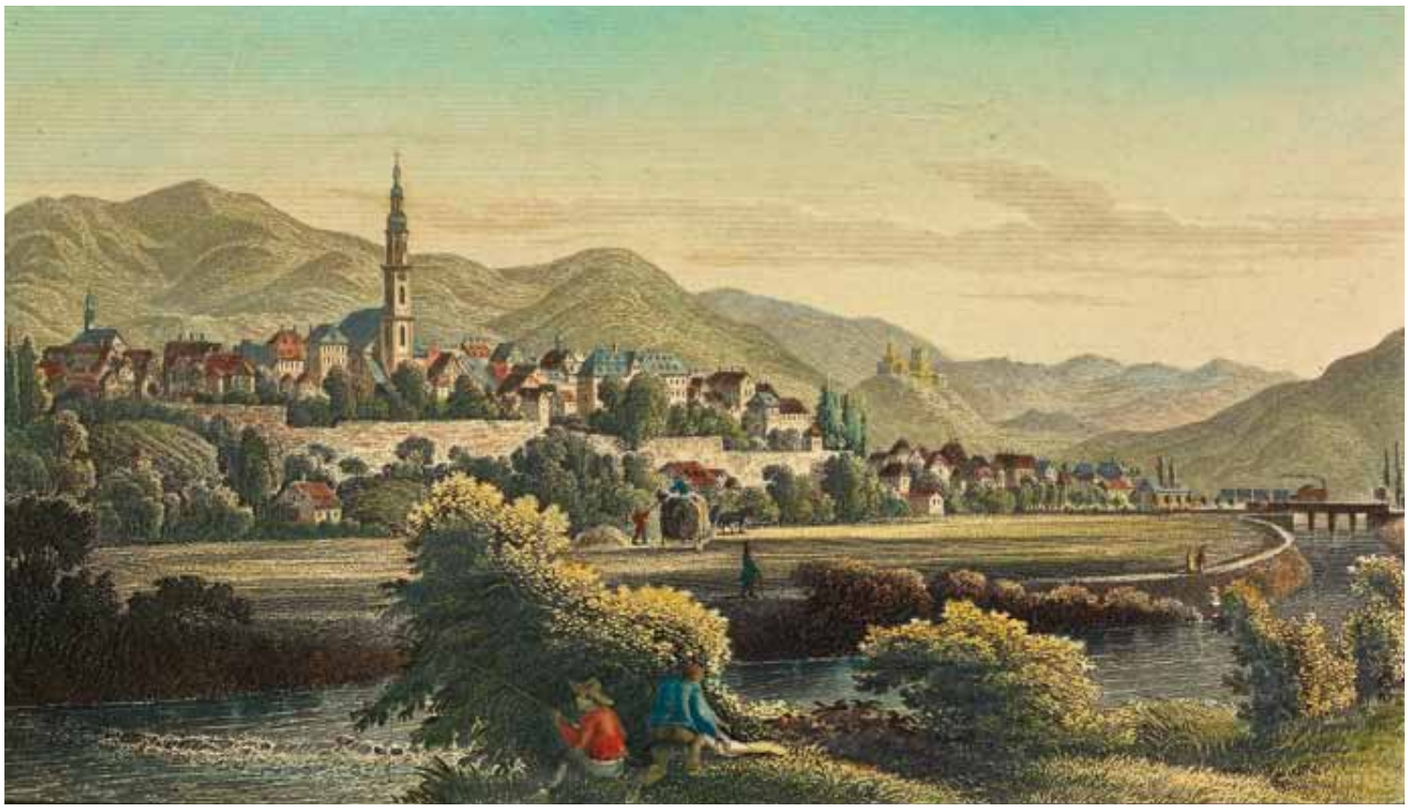
Offenburg, 19. März 1848.

Die Versammlung wurde von den lokalen Vertretern Offenburgs, Eduard Rehmann und Gustav Rée, eröffnet. Als erster Hauptredner setzte sich dann Gustav Struve in seinen Ausführungen mit der Unterdrückung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit und der Verfolgung der politischen Opposition im Deutschen Bund seit den Karlsbader Beschlüssen von 1819 auseinander, die die Unterdrückung der liberalen Bewegung beispielsweise durch die Einschränkung der Pressefreiheit ermöglichten. Diese widersprachen – so Struve – auch der Badischen Verfassung, und er rief sein Publikum auf, die Badische Zweite Kammer unter Druck zu setzen, um diese Verstöße gegen die Verfassung zu beenden. Damit stimmte er das Publikum schon auf den vorbereiteten Forderungskatalog ein. Diesen stellte dann der zweite Hauptredner des Nachmittags, Friedrich Hecker, vor.

Eine „magna carta“

„Wir haben in dieser vor mir liegenden Karta, gleich einer magna carta, diejenigen Punkte aufgenommen, welche wir für eine wahre Volksfreiheit unentbehrlich halten. Wir wünschen, dass sie dem Inhalte dieser Karta Ihre Beistimmung verleihen möchten durch ein lautes Ja.“ Dann verlas Hecker die 13 Punkte des Programms, das die Verfasser selbstbewusst als „Die Forderungen des Volkes“ bezeichneten. Die Anwesenden stimmten mit einem lauten „Ja“ zu. Diese 13 Forderungen wurden als „Offenburger Programm“ der radikalen Demokraten in ganz Deutschland bekannt.

Was war das Neue an diesen Forderungen, außer dass zum ersten Mal in Deutschland eine politische Gruppierung ihre Ziele in Form eines Programms veröffentlichte? Zunächst wurde im ersten Artikel die Aufhebung der Karlsbader Beschlüsse von 1819 und der Folgebeschlüsse von Frankfurt und Wien aus den Jahren 1831 bis 1834 gefordert, die zu Zensur und jahrelanger Verfolgung der politischen Opposition im Deutschen Bund geführt hatten. Dann wurden in den Artikeln 1 bis 7 Forderungen formuliert, die im Wesentlichen das vorwegnahmen, was 1848 in den „Märzforderungen“ der deutschen Revolution von allen Liberalen gefordert wurde. Es waren grundlegende Menschenrechte, vor allem die Forderung nach Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Freiheit der Lehre und Religionsfreiheit (Artikel 2 und 3), nach persönlicher Freiheit (Artikel 5), Versammlungsfreiheit, nach dem Recht, Vereine zu gründen, und schließlich nach Freizügigkeit. Neben diesem Grundrechtekatalog enthalten die „Offenburger Forderungen“ noch vier weitere Forderungen, die sich 1848 ebenfalls in den liberalen Märzforderungen in ganz Deutschland wieder fanden: So wurde die Vereidigung des Militärs auf die Verfassung gefordert (Artikel 4). Das Militär sollte ein Bürgerheer sein mit dem Recht aller Bürger, eine Ausbildung an der Waffe zu bekommen (Artikel 7).



Der kolorierte Stahlstich zeigt Offenburg um 1850. Die ländliche Idylle scheint auch durch die Eisenbahn rechts im Hintergrund nicht gestört. Der neuen Eisenbahn kam in der Revolution eine zentrale Bedeutung zu. Offenburg eignete sich als landesweiter Treffpunkt in Baden, weil es von allen Orten des Landes per Bahn gut zu erreichen war.

Weiter wurden Geschworenengerichte (Artikel 11) gefordert, die Abschaffung sämtlicher Vorrechte (des Adels) (Artikel 13) und eine gesamtdeutsche Volksvertretung (Artikel 6).

Dem größten Teil der „Offenburger Forderungen" von 1847 hätten auch alle gemäßigten Liberalen zustimmen können. Das eigentlich Neue, politisch Radikale enthielten die Artikel 8, 9 und 10. Hier wurden eine „gerechte", das heißt progressive Einkommensteuer gefordert, der gleiche Zugang zur Bildung für alle Bürger (unabhängig vom Einkommen) und die „Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Arbeit und Capital" mit einem besonderen Schutz der Arbeit(er). Diese sozialen Forderungen markierten die Trennung der in Offenburg versammelten radikalen Demokraten von den gemäßigten Liberalen.

Eine Diskussion über das Für und Wider einer konstitutionellen Monarchie wurde bei der Versammlung im „Salmen" nicht geführt, das Reizwort „Republik" wurde nicht ausgesprochen, sei es aus Vorsicht vor möglichen Repressalien der Regierung, sei es aus Rücksicht auf die potenzielle Anhängerschaft, die nicht in einen Konflikt mit dem eigenen Staat gedrängt werden sollte. Dennoch wurde das „Offenburger Programm" in der Folgezeit nicht nur als Angriff auf die amtierende badische Regierung verstanden, sondern auch als Aufruf zur Revolution, was das *Mannheimer Morgenblatt* schon in seiner Ausgabe am 14. September 1847, zwei Tage nach der Versammlung, feststellte.

Die Versammlung im „Salmen" und das „Offenburger Programm" von 1847 trugen dazu bei, die Trennung der liberalen Opposition in eine radikale, demokratische und eine gemäßigte, liberale Gruppe voranzutreiben. Allerdings wurde eine endgültige Spaltung vermieden, da die Frage nach der republikanischen Staatsform ausgeklammert wurde. So konnte die Vorstellung, alle Ziele auf dem Weg der Reform innerhalb der bestehenden Ordnung erreichen zu können, als gemeinsame Basis gewahrt werden.

Die Volksversammlung vom 19. März 1848 in Offenburg

Nachdem sich die Nachricht von der Februarrevolution im Jahr 1848 in Paris auch in Baden rasend schnell verbreitet hatte, kam es hier schon Ende Februar zu ersten Protesten auf lokaler Ebene. Bereits am 27. Februar 1848 wurden in Mannheim Forderungen formuliert, die in den folgenden Wochen als „Märzforderungen" überall in Deutschland ähnlich gestellt werden sollten. Die Mannheimer Bürger verlangten „Wohlstand, Bildung und Freiheit für alle Klassen der Gesellschaft, ohne Unterschied der Geburt und des Standes", weiter „allgemeine Volksbewaffnung, Pressefreiheit, Schwurgerichte und die Wahl eines deutschen Parlaments". Das Vorbild der ein halbes Jahr vorher formulierten „Offenburger Forderungen" ist klar erkennbar.

Um den Protesten in Baden eine breite Basis zu geben, luden Mannheimer und Heidelberger Bürger am 9. März 1848 von Karlsruhe aus zu einer Versammlung aller Badener nach Offenburg ein. Die Wahl war wegen der zentralen Lage und der guten Erreichbarkeit per Bahn wiederum auf diese Stadt gefallen. Unter den Unterzeichnern der Einladung waren bekannte badische Politiker und Journalisten aus den Reihen der demokratischen Opposition wie Adam von Itzstein, Friedrich Hecker, Ignaz Peter, aber auch gemäßigte Liberale wie Karl Mathy, Alexander von Soiron und Carl Theodor Welcker.

Wie bereits bei der Versammlung im „Salmen" wurden nun auch im Vorfeld der geplanten Volksversammlung Stimmen für die Republik laut. In einem Offenburger Flugblatt vom 19. März 1848 wurde formuliert: „Fort mit den Fürsten und ihrem Anhang; wir wollen uns selbst regieren, einig, frei und wohlfeil. Es lebe die Republik!" Auch wurde bekannt, dass der Journalist Joseph Fickler im Seekreis die Ausrufung der Republik forderte und mit der Absicht nach Offenburg kommen wollte, dies bei der Versammlung am 19. März zu tun. Bereits am Samstag vor der geplanten Volksversammlung trafen sich im Gasthaus „Zur Post" führende Oppositionelle, darunter Hecker, Struve, Itzstein und Fickler, zu einer Vorbesprechung. Auch der gemäßigte Liberale Karl Mathy reiste an. Zentrales Thema war hier nach Struves Bericht die Frage der Republik. Fickler forderte tatsächlich zur Ausrufung der Republik auf, fand allerdings keine Mehrheit unter den Anwesenden.

Eine „neue Aera unseres öffentlichen Lebens"

Die Volksversammlung am folgenden Sonntag wurde um 11 Uhr auf dem Platz vor dem Offenburger Rathaus eröffnet. Mindestens 3000, nach anderen Schätzungen zwischen 10 000 und 20 000 Menschen aus ganz Baden versammelten sich dort an diesem Sonntagvormittag. Alle Redner verzichteten auf eine Ausrufung der Republik. Baden sollte keinen Sonderweg gehen. Hecker und Fickler bekannten sich zwar zur Republik als der anzustrebenden Staatsform, erklärten aber, dass die Entscheidung über die zukünftige Staatsform Deutschlands Aufgabe des zu wählenden deutschen Parlaments in Frankfurt sei.

Ob die Republikaner „zweifellos eine einmalige geschichtliche Chance" verpassten, wie dies Franz X. Vollmer in seiner Untersuchung *Offenburg 1848/49* bedauert, ist im Nachhinein nicht zu entscheiden. Die Zeitgenossen, ob Anhänger der Republik oder deren Gegner, hoben anderes hervor. So lobten Berichte in der Presse (im *Offenburger Wochenblatt* und in der



Die Revolutionäre Struve, Hecker und Schimmelpfennig, bezeichnet als „Führer der republikanischen Freischaren im badischen Oberlande 1848" in der für die Revolutionäre typischen Kleidung.

Erklärung
der Stadt Offenburg.

In diesen mächtig bewegten Zeiten bringt jeder Tag neue Ereignisse, erzeugt jede Stunde neue Bedürfnisse. Das politische Leben dringt aller Orte mit größerer oder geringerer Kraft auf freie, republikanische Gestaltung.

Die Aufregung im Seekreise pflanzt sich fort und fort durch die Gauen unseres Vaterlandes. Die Theilnahme am Schicksale der Bestrebungen der beiden Volksmänner Hecker und v. Struve erhält sich beständig wach und ihre Ideen finden einen stets größern Kreis von Anhängern.

Dieses und der unerwartete Schritt eines größern Theils unserer hiesigen Bürgerschaft in verflossener Nacht drängt uns heute zu der offenen Erklärung:

Offenburg gehört zu den Städten des Landes, wo sich kräftige Sympathien für die republikanische Staatsform im größten Theile seiner Einwohner finden.

Offenburg will dieses hiermit aussprechen, ohne übrigens darauf einzugehen, sogleich die Republik zu verkünden, und seine hier bestehenden staatlichen Einrichtungen zu ändern. Hierin liegt der Ausdruck seines Sinnes für Ordnung und seiner Freiheits-Bestrebungen, welche sich durch die National-Versammlung, oder doch nur Hand in Hand mit denen der größern Schwesterstädte verwirklichen sollen.

Offenburg will Freiheit, aber auch Ordnung und Einheit des Vaterlandes.

Gott mit uns!

Beschlossen in der allgemeinen Bürgerversammlung.
Offenburg, am 19. April 1848.

Oberrheinischen Zeitung) vor allem, dass diese Versammlung friedlich abgelaufen war, dass die wenigen Leute, die mit Waffen erschienen, diese vor Betreten der Stadt ablieferten. Von revolutionärem Chaos oder Aufruhr konnte keine Rede sein. Die Versammlung strahlte eher eine sonntägliche Festlichkeit aus. Ein erklärter Gegner der radikalen Demokraten, der liberale badische Historiker Ludwig Häusser, kommentierte in seiner frühen Darstellung der Ereignisse von 1848/49 in Baden aus dem Jahr 1851, dass sich bei dieser Versammlung eine neue Form des öffentlichen Lebens entwickelt hatte, die er allerdings abwertend in drohender Anspielung auf die Französische Revolution als „das öffentliche Leben in Clubs, Wohlfahrtsausschüssen[n] und leicht zu leitende[n] Volksversammlungen" beschrieb. Das *Offenburger Wochenblatt* begrüßte diese neue Form des politischen Agierens jedoch sehr positiv als „neue Aera unseres öffentlichen Lebens".

In Offenburg hatte sich innerhalb weniger Monate eine neue Form politischer Partizipation der Bürger entwickelt, die von vielen Bürgern wie selbstverständlich in Anspruch genommen wurde. Sie entwickelten über Zeitungen und Flugblätter Kommunikationsstrukturen, über die landesweit und demokratisch für alle zugänglich Informationen verbreitet wurden. Auch außerhalb der Zirkel des durch persönliche Kontakte verbundenen Bildungsbürgertums versammelten sie sich im öffentlichen Raum und formulierten ihre politischen Forderungen. Und dies alles lief friedlich und – bei Mobilisierung von tausenden von Bürgern – in einer bemerkenswerten Ruhe und Ordnung ab.

Die Mehrheit der Offenburger Bevölkerung verfolgte auch während der unruhigen Tage im Frühjahr 1848 das Prinzip des friedlichen Protests und der Demonstration für die eigenen politischen Ziele ohne Gewaltanwendung. Diese Haltung behielt die Mehrheit der Offenburger auch während des Heckerzugs im April bei. Friedrich Hecker, enttäuscht von der ablehnenden Haltung im Vorparlament gegenüber seinem Antrag auf Einführung einer Republik in Deutschland, wollte mit seinen Anhängern vom Seekreis aus eine Revolution in Baden und schließlich auch in ganz Deutschland auslösen. Als Heckers Vorhaben am 18. April in Offenburg bekannt wurde, versuchte eine Gruppe vor allem jüngerer Bürger, in einer bewaffneten Aktion die Stadt und den Bahnhof zu besetzen, um Offenburg als wichtigen Verkehrsknotenpunkt für die Aufständischen zu sichern und um in der Stadt die Republik zu proklamieren. Bürgermeister Rée schritt ein, um die Situation zu beruhigen. Er wollte eine Proklamation der Republik vermeiden und kündigte für den nächsten Morgen eine Bürgerversammlung an, um deren Meinung zu dieser Frage zu hören.

Rées Deeskalationspolitik hatte Erfolg. Bei der Bürgerversammlung am Morgen des 19. April erklärte sich die Mehrheit der Anwesenden gegen die Ausrufung der Republik. Die Versammlung beschloss die anfangs zitierte „Erklärung der Stadt Offenburg". Darin hieß es, dass die Ideen von Hecker und Struve immer mehr Anhänger fänden und dass sich gerade in Offenburg „kräftige Sympathien für die republikanische Staatsform im größten Teil seiner Einwohner finden." Dennoch wollten die Offenburger nicht sofort die Republik proklamieren und nicht die bestehende staatliche Ordnung verändern. Hier wurde auf die Aufgabe der Nationalversammlung in Frankfurt verwiesen und abschließend betont: „Offenburg will Freiheit, aber auch Ordnung und Einheit des Vaterlandes. Gott mit uns!"

Viele der Offenburger, die sich am Tag zuvor für die Unterstützung des Heckerzuges eingesetzt hatten, verließen die Stadt und flohen in die Schweiz oder nach Straßburg. Heckers Versuch der Republikanisierung Deutschlands wurde militärisch niedergeschlagen. Hecker und viele seiner Anhänger flohen ebenfalls ins benachbarte Ausland oder wurden verhaftet.

Offenburg in der Badischen Mairevolution von 1849

Im Mai 1849 wurde Offenburg zum dritten Mal Zentrum der politischen Protestbewegung. In Baden war seit dem Jahreswechsel 1848/49 eine landesweite Organisation der Demokraten, die Volksvereine, entstanden. Führender Kopf war Amand Goegg, der die Volksvereinsorganisation gemeinsam mit dem Mannheimer Advokaten Lorenz Brentano aufbaute. Im Frühjahr 1849 waren schätzungsweise zwischen 35 000 und 50 000 Badener in einem Volksverein organisiert. Ungefähr jeder zehnte Mann in Baden war danach Mitglied in einem Volksverein. In Berlin hatte der preußische König die ihm von der Paulskirchenversammlung angetragene Würde eines deutschen Kaisers im April abgelehnt. Die von der Paulskirche ausgearbeitete Verfassung für ein geeintes Deutschland drohte zu scheitern. In dieser Situation lud Amand Goegg die Vertreter aller badischen Volksvereine für den 12. Mai 1849 zu einem Landeskongress nach Offenburg ein und für den folgenden Sonntag zu einer allgemei-



Die Badische Revolution hatte zu einer umfassenden Politisierung der Bevölkerung geführt, sichtbar in den demokratischen Volksvereinen, in denen schätzungsweise jeder zehnte Mann Mitglied war. Schlagkräftig organisiert worden waren die Volksvereine durch den badischen Beamten Amand Goegg (1820–1897). Im provisorisch nach der Flucht des Großherzogs regierenden Landesausschuss nahm er im Mai 1849 die Rolle des „Finanzministers“ wahr. Nach Flucht und Emigration konnte er nach seiner Begnadigung 1862 in seine Heimat zurückkehren.

nen Volksversammlung. Goegg betonte in seinen Erinnerungen von 1876, bei diesen Veranstaltungen sollte nicht die Reichsverfassung unterstützt, sondern die Republik ausgerufen werden.

Die Deputierten der Volksvereine trafen sich am 12. Mai 1849 im Gasthaus „Zähringer Hof“ in Offenburg. Schnell wurde klar, dass sich Goegg in der Versammlung mit seinem Plan, die Republik auszurufen, nicht durchsetzen konnte. Die gemäßigte Mehrheit der Volksvereinsvertreter sprach sich dagegen aus. Die Versammlung beschloss, eine Gesandtschaft mit verschiedenen Forderungen nach Karlsruhe zu schicken. Gefordert wurden von der Badischen Regierung die Auflösung der beiden badischen Kammern, der Rücktritt des Ministeriums unter der Leitung von Innenminister Bekk, die Berufung einer verfassunggebenden Versammlung und eine Amnestie für politische Vergehen. Während die Deputation noch am selben Abend nach Karlsruhe reiste, entwarf Goegg mit der radikalen Minderheit ein Programm, das am folgenden Tag der Volksversammlung vorgelegt werden sollte.

Die Volksversammlung begann am folgenden Sonntag um 14 Uhr wieder auf dem Offenburger Rathausplatz. Ungefähr 35 000 bis 40 000 Menschen waren aus ganz Baden gekommen. Goegg stellte das am Vortag entworfene 16-Punkte-Programm vor. Es enthielt bekannte Märzforderungen (allgemeine Volksbewaffnung, Einführung von Geschworenengerichten, Selbstständigkeit der Gemeinden gegenüber den staatlichen Verwaltungsbehörden) und die Forderungen, die am Vortag an die Regierung in Karlsruhe geschickt worden waren. Weiterhin wurden in diesem Programm ähnliche soziale Forderungen formuliert wie bereits im Offenburger Programm von 1847 (Schutz der Bevölkerung vor einem „Übergewicht der großen Kapitalisten“ durch die Gründung einer Nationalbank, größere Steuergerechtigkeit durch eine progressive Besteuerung und eine Alterssicherung durch einen „Landespensionsfonds“ für alle Bürger). Vor allem jedoch wurde die badische Regierung aufgefordert, unbedingt die Reichsverfassung anzuerkennen und sich für deren Durchführung einzusetzen.

Die Volksversammlung beschloss dieses Programm, das Punkt für Punkt verlesen wurde. Inzwischen war die am Vorabend nach Karlsruhe entsandte Delegation zurückgekehrt und berichtete, dass die großherzogliche Regierung alle Forderungen abgelehnt hatte. Trotzdem blieb die Versammlung bei ihrer gemäßigten Haltung. Es kam auch nach der Bekanntgabe dieser enttäuschenden Nachricht nicht zur Proklamation der Republik. Der Landesausschuss, die organisatorische Spitze der Volksvereine, wurde beauftragt, sich für die Durchsetzung der beschlossenen Forderungen mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln einzusetzen.

Die Badener blieben auch jetzt wie 1847 und 1848 bei ihrem Grundsatz, politische Partizipation konsequent auf dem Weg der politischen Verhandlung zu erreichen. Die Hoffnung auf das Prinzip des politischen Konsenses behielt die gemäßigte

Mehrheit der badischen Demokraten auch während der folgenden sich zur Revolution entwickelnden Ereignisse zwischen Mai und Juli 1849 bei. So formulierte der Innenminister der badischen Revolutionsregierung, Florian Mördes, am 18. Juni 1849 in der revolutionären „Verfassunggebenden Versammlung“: „[…] und wenn auch die andern [deutschen Länder] vor der Hand nicht weiter gehen wollen als bis zur Durchführung der Reichsverfassung, so müssen wir uns dennoch fest an sie anklammern. […] Wenn wir die Reichsverfassung fallen lassen, dann sind wir verloren; wir müssen ein gesetzliches Fundament haben, der Deutsche ist gewöhnt, auf einem gesetzlichen Boden zu stehen, darum führen wir ihn in den Kampf für die Reichsverfassung, ein neues Parlament wird das Weitere beraten.“ Das war ein klares Bekenntnis zum Parlamentarismus, den die Badener konsequent praktizierten, auch als sich die revolutionären Ereignisse zuspitzten.

Rastatt: „Wir sind das Volk, das seine Freiheit fordert!“

Zeitgleich mit der dritten Offenburger Versammlung kam es am Wochenende vom 12./13. Mai 1849 in der Bundesfestung Rastatt zu einem Soldatenaufstand. Unter dem Wahlspruch: „Wir sind das Volk, das seine Freiheit fordert!“, schlossen sich die Soldaten und die Rastatter Bürger zusammen. Die meisten Offiziere verließen die Festung, die verbliebenen Offiziere und Soldaten beschlossen die Unterstützung der Oppositionsbewegung im Land und schickten eine Delegation nach Offenburg, die dort am Sonntag eintraf. Die Soldaten erklärten, dass sich die Rastatter Soldaten für die Durchführung der Reichsverfassung und für die Berufung einer verfassunggebenden Versammlung in Baden einsetzten.

Diese unerwartete Entwicklung gab den Ereignissen im Land eine völlig neue Dynamik. Die Nachricht vom Soldatenaufstand in Rastatt, dem auch Aufstände in anderen Garnisonen des Landes folgten, veranlasste den Großherzog und seine Minister, in der Nacht zum 14. Mai 1849 Baden zu verlassen. Der Landesausschuss der Volksvereine schien plötzlich die einzige Institution mit der nötigen Autorität, um im Land für Ordnung zu sorgen. Der Karlsruher Gemeinderat trat mit der Bitte an den Landesausschuss heran, nach Karlsruhe zu kommen um „für den Schutz der Stadt“ und für die Ordnung im Land zu sorgen.

Das Militär hatte sich auf die Seite der Oppositionsbewegung gestellt, ein für jede Revolutionsbewegung entscheidender Schritt, der den Erfolg eigentlich garantieren kann. Das Land Baden mit nahezu der kompletten Beamtenschaft unterstellte sich dem Landesausschuss. Die Beamten leisteten sogar einen Eid auf die neue, provisorische Regierung, lediglich mit dem Vorbehalt ihrer Verpflichtung gegenüber der Badischen Verfassung. Der Landesausschuss leitete als



Das Schloss Rastatt, ehemalige Residenz der 1771 ausgestorbenen Baden-Badener Linie des Hauses Baden. Vom „Türkenlouis“ nach dem Vorbild von Versailles erbaut, wurde es Teil der Festung Rastatt, die 1841 zur Sicherung gegenüber Frankreich als Bundesfestung des Deutschen Bundes ausgebaut wurde. Nach der Einnahme der Festung und der Niederschlagung der Revolution in Baden tagte hier im Ahnensaal das Standgericht, das 47 Urteile sprach, darunter 21 Todesurteile. Im Schloss befindet sich heute die Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte.

provisorische Regierung Maßnahmen zur Umsetzung der 16 in Offenburg beschlossenen Forderungen ein. Er führte vor allem Wahlen zur lange geforderten verfassunggebenden Versammlung für Baden durch, um seine Regierung auf eine demokratisch legitimierte, parlamentarische Basis zu stellen. Diese Versammlung wurde nach einem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten (Männer-)Wahlrecht gewählt und trat am 10. Juni in Karlsruhe zusammen, um ihre Arbeit aufzunehmen.

Symbol des Kampfes für die Freiheit

Diese schnellen Erfolge konnten nicht über die Realität der Entwicklung in Deutschland hinwegtäuschen. Die Proteste und Aufstände für die Reichsverfassung hatten zur militärischen Mobilisierung vor allem Preußens geführt. Preußische Truppen marschierten bereits am 12. Juni 1849 in die Rheinpfalz ein und drangen bis zum 15. Juni, ohne auf größeren Widerstand zu stoßen, bis nach Ludwigshafen vor. Am 20. Juni begann der Angriff dieser Truppen entlang des Rheins auf Baden. Gleichzeitig griff ein Korps Reichstruppen, die vom Reichskriegsministerium in Frankfurt entsandt worden waren, entlang des Neckars an. Insgesamt wurden rund 60 000 Soldaten Preußens und des Reichs gegen Baden in Marsch gesetzt. Ihnen stand ein ungefähr 40 000 Mann starkes badisches Heer gegenüber, das kaum zur Hälfte aus regulärem Militär bestand. Die übrigen Truppen waren neu aufgestellte Volkswehren und Freischaren. Den angreifenden Truppen konnten sie letztlich keinen entscheidenden Widerstand entgegensetzen. Am 22. Juni wurde Mannheim, am 23. Juni Heidelberg und am 25. Juni Karlsruhe von preußischen Truppen besetzt. Die Führung der badischen Revolutionäre zog sich gemeinsam mit einem großen Teil der badischen Revolutionsarmee in den Süden des Landes zurück. Ein Teil der badischen Truppen wurde jedoch nach den Kämpfen entlang der Murg in Rastatt von preußischen Truppen eingeschlossen. Die optimistisch gemeinte Aussage Amand Goeggs in der letzten Sitzung der Verfassunggebenden Versammlung, die am 28. Juni in Freiburg nochmals zusammentrat, wirkt im Nachhinein eher verzweifelt: „Die Artilleristen in Rastatt waren es, welche die Revolution gemacht und geschworen haben, sich bis auf den letzten Mann zu vertheidigen. 280 Kanonen werden die Preußen überzeugen, daß, wenn sie die Festung angreifen, sie an den Mauern von Rastatt ihre Köpfe zerschellen.“

Zwölf Tage später zog Goegg sich mit den badischen Truppen, die den Rückzug nach Süden schafften, über die Grenze in die Schweiz zurück. Die vollständig von preußischen Truppen eingeschlossene Besatzung der Festung Rastatt leistete noch zwei Wochen Widerstand, bis sie am 23. Juli 1849 bedingungslos kapitulieren musste.

Sofort setzten die preußischen Sieger Standgerichte ein, die im Ahnensaal des Rastatter Schlosses tagten. 47 Standrechtsurteile wurden verhängt, darunter 21 Todes- und 26 Zuchthausstrafen. 19 Todesurteile wurden in den Festungsgräben oder auf dem Schießplatz in Rastatt vollstreckt. Die ersten Opfer der preußischen Erschießungskommandos waren der Württemberger Ernst Elsenhans, der während der Belagerung den *Rastatter Festungsboten* herausgegeben hatte, der badische Offizier Ernst August von Biedenfeld, der einer der wenigen badischen Offiziere gewesen war, die sich der Revolution angeschlossen hatten, und Gustav Nikolaus Tiedemann, ebenfalls badischer Offizier, der die Festung während der preußischen Belagerung kommandiert hatte.

Trauer und Betroffenheit fordern Erinnerung

Der mutige, vergebliche Kampf gegen die preußische Übermacht und das Sterben der in Rastatt standrechtlich erschossenen Freiheitskämpfer rief Trauer und Betroffenheit bei vielen Menschen hervor. Dies führte dazu, dass das Geschehene nicht vergessen wurde. 25 Jahre nach der Kapitulation von Rastatt stellte ein Komitee unter Vorsitz von Amand Goegg, der nach einer Amnestie von 1862 nach Baden zurückgekehrt war, den Antrag, in Rastatt einen Obelisken für die 19 standrechtlich erschossenen Freiheitskämpfer aufzustellen. Der preußische Festungskommandant von Rastatt lehnte dies ab. Der Obelisk wurde schließlich 1879 in Goeggs Heimatstadt Renchen, offiziell als Denkmal für den ehemaligen Schultheißen des Ortes, Johann Jakob Christoph Grimmelshausen, den Verfasser des Simplicissimus-Romans, aufgestellt. Für die siegreichen preußischen Truppen wurde bereits am 23. Juli 1852, drei Jahre nach der Kapitulation von Rastatt, in Karlsruhe ein Ehrentempel für alle 1849 in Baden gefallenen Preußen errichtet.

1899 durfte dann schließlich ein Findling in Rastatt zur Erinnerung an die 19 erschossenen Freiheitskämpfer aufgestellt werden, nicht als Denkmal, sondern als Grabstein mit den



Der 1899 in Rastatt errichtete Findling erinnert an die standrechtlich erschossenen Freiheitskämpfer von 1849.

Namen der Erschossenen und der Inschrift: „Ruhestätte für die im Jahre 1849 zu Rastatt standrechtlich erschossenen [!]“. Zum 75. Jahrestag im Jahr 1924 – zur Zeit der Weimarer Republik – wurde hinter dem Partizip dann das Wort „Freiheitskämpfer“ ergänzt.

Gegen den Versuch der Unterdrückung wurde im Südwesten die Erinnerung an den Kampf und das Opfer der Freiheitskämpfer in Rastatt wachgehalten und lebte nicht zuletzt in einer Preußenfeindlichkeit weiter, wie sie beispielsweise im bekannten *Badischen Wiegenlied* zum Ausdruck gebracht wurde. Es war und blieb allerdings die Erinnerung an die Niederlage im Freiheitskampf, die sich untrennbar mit Rastatt verband.

Offenburg – die späte Erinnerung an bürgerliches Engagement und politische Partizipation

Die Erinnerung an die eigentlichen Ziele der bürgerlichen Protestbewegung während des Vormärz und der Revolution von 1848/49 traten gegenüber der Erinnerung an die Niederlage von Rastatt für lange Jahre in den Hintergrund. Die vielen neu entwickelten Formen eines immer friedlichen Protests, wie politische Bankette, politische Reden, Volksfeste und Volksversammlungen und die Organisation des politisch immer selbstbewusster werdenden Bürgertums in den verschiedensten Vereinen, waren Formen politischer Partizipation, die sich aus der Bevölkerung heraus als basisdemokratisches Engagement entwickelten. Diese demokratischen Formen politischen Engagements, mit denen das Volk in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer selbstbewusster die Teilhabe an politischen Entscheidungen forderte und teilweise auch erreichte, wurden nach der Niederlage in Rastatt unterdrückt. Ein Ort, an dem an diese friedlich praktizierte politische Partizipation hätte erinnert werden können, drängte sich nicht in dem Maße auf wie Rastatt als Erinnerung an den mutigen Kampf, aber eben auch an die Niederlage der Freiheitskämpfer von 1848/49.

Erst durch die Gründung der „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“ im Rastatter Schloss auf Initiative von Bundespräsident Gustav Heinemann (1969–1974) änderte sich das. Die demokratische Protestbewegung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, für die beispielhaft die drei hier beschriebenen Offenburger Versammlungen stehen, wird in der „Erinnerungsstätte“ nicht mehr nur unter dem Blickwinkel der Niederlage, sondern als wichtige Wurzel der demokratischen Tradition in Deutschland thematisiert.

In dieser Tradition steht auch der Entschluss der Stadt Offenburg aus dem Jahr 1997, das ehemalige Gasthaus „Salmen“ zu kaufen und dort eine Erinnerungsstätte für die Versammlung vom 12. September 1847 und an das dort verfasste „Offenburger Programm“ zu errichten. Im selben Jahr beteiligten sich über 100 000 Menschen am Offenburger Freiheitsfest zur Erinnerung an den 150. Jahrestag der Versammlung von 1847.

Erinnerung braucht Orte und Aktionen, an denen und durch die sie lebendig erhalten wird. Dass dies gelingt, beweist der zu Beginn zitierte Sprecher der Offenburger Bürgerinitiative von 2010, der sich selbstbewusst auf den demokratischen Protest von 1847 beruft.



Bis zur Gegenwart wird das Bild der ehemaligen Residenzstadt Meßkirch geprägt von dem auf die Grafen von Zimmern im 16. Jahrhundert zurückgehenden Herrschaftsbezirk mit Renaissanceschloss und Stadtkirche St. Martin.

Meßkirch

Schauplatz der Übersteigerung und Hochburg des badischen Liberalismus

Edwin Ernst Weber

„Meßkirch ist bis in die neueste Zeit herein bekannt geworden durch seinen politisch wie religiös unsichern Charakter.“ Karl Bertsche, der Verfasser der wichtigen Biografie von Abraham a Sancta Clara aus dem Jahr 1918, verspürte offenkundig nur wenig Sympathie gegenüber den „Herren im noblen Amtsstädtchen Meßkirch“ und ihrem notorischen Hang zum „Nörgeln“. In seiner Gunst stehen demgegenüber die Heuberger rund um den Abraham-Geburtsort Kreenheinstetten, denen er Herbheit, Arbeitssinn, Traditionsverhaftung und vor allem Gottvertrauen zuschreibt.

Die solchermaßen negativ bewerteten politischen und religiösen Verhältnisse in Meßkirch zwischen der Revolution 1848/49 und dem sich hier bis in die Weimarer Republik hinziehenden Kulturkampf sind der Gegenstand dieser in vier Abschnitte gegliederten Darstellung.





Demokratische Stammtischrunde in der Meßkircher „Ratsstube“, um 1849. Als Zweiter von links Johann Baptist Roder.

Zentrum der Demokratiebewegung

Meßkirch mit seinen damals etwas über 1500 Seelen ist innerhalb des badischen Seekreises eines der Zentren der Demokratiebewegung von 1848/49: 130 Bürger schließen sich dem stark republikanisch inspirierten Volksverein „Eintracht“ an. Sowohl der Hecker-Aufstand im April 1848 wie auch die Mairevolution von 1849 finden Unterstützung durch den Auszug bewaffneter Bürgeraufgebote, und Bürgermeister Vital Emmert ist als Mitglied im Volksvereins-Ausschuss für den Seekreis, als Zivilkommissar für den Amtsbezirk Meßkirch sowie als Oberkommissär für den Seekreis einer der revolutionären Wortführer im badischen Oberland. Nach der blutigen Niederwerfung der Erhebung im Sommer 1849 werden in Meßkirch rund 190 Personen als aktive Teilnehmer oder Sympathisanten der Revolution aktenkundig. Gegen 46 Meßkircher werden Hochverratsprozesse eingeleitet. Schließlich werden 16 von ihnen zu Haftstrafen verurteilt und 27 mit der Beschlagnahme ihres Vermögens bestraft. Zehn Wortführer der Demokratiebewegung, darunter auch der in einer spektakulären Aktion im Juli 1849 aus der Überlinger Haft befreite Emmert, entziehen sich der Siegerjustiz durch Flucht.

Während anderenorts in Baden in der nachfolgenden Reaktionszeit mit ihrer strengen Unterdrückung aller Anhänger der „Umsturzparthei“ Friedhofsruhe und Resignation einkehren und vielfach konservative Revolutionsgegner das kommunale Geschehen bestimmen, bleibt Meßkirch ein Hort der politischen Unruhe und des Widerstands. Symptomatisch ist ein Vorfall in der Nacht zum 10. November 1849, als in die Meßkircher Amtsstube des Untersuchungskommissars eingebrochen wird und Untersuchungsakten inhaftierter Revolutionsanhänger entwendet werden. Tags darauf finden Holzfäller bei Schnerkingen neben einem Häuflein Asche einen schwarz, rot und gelb eingefärbten Lappen mit der Aufschrift „Aktenbrand am 11. November 1849“ und, darangeheftet, einen auf Papier gezeichneten Freischärler mit der Unterschrift „I. Freischarenzug“.

Den tatsächlichen Stand der politischen Sympathien in Meßkirch offenbaren die seit Ende 1851 stattfindenden Wahlen. Getrennt nach drei Steuerklassen, in welche die insgesamt 303 Wahlbürger nach ihrem Steueraufkommen eingeteilt werden, wird vom 30. Dezember 1851 bis 3. Januar 1852 zunächst in einer Urwahl ein großer Bürgerausschuss bestimmt. Von den 48 Sitzen entfallen nicht weniger als 36 auf ehemalige Mitglieder des demokratischen Volksvereins und immerhin sieben auf Wortführer der Demokratiebewegung, die nach der Unterdrückung der Revolution zu Haftstrafen oder Vermögensbeschlagnahmen verurteilt worden waren. Unter den Gewählten findet sich neben zurückgekehrten Flüchtlingen sogar Adlerwirt Johann Baptist Roder, den Bezirksamtmann August Wänker nach seinem überraschenden Freispruch durch das Mannheimer Oberhofgericht 1851 als den „größte(n) Wühler und Verderber der ganzen Gegend“ bezeichnet hatte. Die badischen Behörden lassen diese Eroberung des großen Bürgerausschusses durch die „Partei des Umsturzes“ mittels Stimmzettel offenbar ohne Gegenmaßnahmen durchgehen.

Zu einer Machtprobe zwischen reaktionärem Staat und Meßkircher Demokraten entwickelt sich einen Monat später die erste freie Bürgermeisterwahl nach der Revolution. Im Sommer 1849 waren der – in die Schweiz geflüchtete – Bürgermeister Emmert wie auch Gemeinderat und Bürgerausschuss suspendiert und politisch unbelastete Nachfolger von den großherzoglichen Behörden ohne Wahl eingesetzt worden. Zum Bürgermeister wurde dabei der Rechtspraktikant Karl Martin bestellt. Der große Bürgerausschuss, dem die Bürger-

meisterwahl obliegt, entscheidet sich am 4. Februar 1852 indessen nicht für Karl Martin, den Kandidaten der Obrigkeit, sondern für den Kreuzwirt und zurückgekehrten politischen Flüchtling Johann Hegele. Die Seekreis-Regierung versagt dieser Entscheidung sogleich die erforderliche Staatsbestätigung und ordnet eine zweite Wahl an, bei der am 17. März mit dem Kaufmann Johann Markt jedoch ein weiterer politisch Belasteter gekürt wird. Das „Spiel“ wiederholt sich ein drittes Mal, als die Regierung des Seekreises auch diesem Votum die Anerkennung verweigert und in einem weiteren Wahlgang am 13. April abermals ein „48er“, der Kaufmann Josef Selb, mit 32 Stimmen gegen Karl Martin mit elf Stimmen das Rennen macht. Für die Regierung ist auch dieser Kandidat nicht akzeptabel, und sie setzt am 27. April 1852 Karl Martin kurzer Hand von Staats wegen erneut zum Meßkircher Bürgermeister ein. Gleichfalls dreier Wahlgänge bedarf es im Sommer 1852, bis der Meßkircher Gemeinderat die den Staatsbehörden genehme Zusammensetzung mit politisch überwiegend unbelasteten Personen gefunden hat. Dieses Szenarium wiederholt sich bei den weiteren Wahlen während der Reaktionszeit.

Der Liberalismus als herrschende Partei in Meßkirch

Wie allenthalben in Baden löst sich auch in Meßkirch seit 1860 mit dem Anbruch der „Neuen Ära“ die Frontstellung zwischen konservativer Obrigkeit und liberaler Opposition auf. Die Ablehnung des mit dem Heiligen Stuhl geschlossenen Konkordats durch die liberale Landtagsmehrheit und die Berufung einer liberalen Regierung unter August Lamey Anfang April 1860 leiten auch in Meßkirch den Machtwechsel zugunsten der bisher unterdrückten „Umsturzpartei“ der Liberalen ein. Dass bei der Erneuerungswahl vom Juni 1861 wiederum eine Mehrheit von Liberalen und früheren Mitgliedern des demokratischen Volksvereins in den großen Bürgerausschuss einzieht, gehört in Meßkirch schon zur festen Praxis. Der Übergang zur liberalen Herrschaft in der Stadt vollzieht sich in mehreren Etappen bis 1865 in Gemeinderat und Bürgermeisteramt: Zunächst rücken Ende November 1861 mit Johann Baptist Roder und Heinrich Beck zwei führende Vertreter der bisherigen „Umsturzpartei“ in den Gemeinderat ein. Bis 1864 scheiden die letzten Konservativen aus dem Gemeinderat aus und das Gremium gelangt mit Johann Hegele, Xaver Fischer, Johann Baptist Roder, Heinrich Beck und Anton Bauer zur Gänze in die Hand ehemaliger „48er“. Vollendet wird die liberale Machtübernahme in der Stadt durch die Ablösung von Bürgermeister Karl Martin und die Wahl des Spar- und Waisenkassenrechners Philipp Jakob Kleiner zu seinem Nachfolger.

Bedroht wird die solchermaßen errungene liberale Vorherrschaft in Meßkirch nicht mehr von den Konservativen der Reaktionszeit, die mit der Abwahl von Bürgermeister Martin aus der politischen Öffentlichkeit verschwinden, sondern von einem ganz neuen Gegner, der katholischen Kirche und dem sich herausbildenden politischen Katholizismus. Die liberale Wende des Jahres 1860 im Großherzogtum ist zugleich der Auftakt des „Kulturkampfs“ zwischen dem badischen Staat und der katholischen Kirche, der bis 1876 das politische Leben des Landes maßgeblich prägt und dessen Nachwehen teilweise bis 1918 und in Meßkirch, wie zu schildern sein wird, sogar bis in die 1930er-Jahre reichen.



Die badische Amtsstadt Meßkirch um 1850:
Stahlstich von E. Wagner
nach einer Zeichnung von Konrad Corradi.

Meßkirch als Kriegsschauplatz des Kulturkampfs

Die politischen und ideologischen Spannungen zwischen dem regierenden Liberalismus und dem oppositionellen Ultramontanismus steigern sich seit 1870 vor dem Hintergrund der Reichsgründung und des aufkommenden Altkatholizismus zeitweise bis zum Siedepunkt. Während sich die Liberalen in Preußen wie in Baden seit 1866 mehrheitlich zu entschiedenen Verfechtern der kleindeutschen Reichseinigung wandeln und in der nationalliberalen Partei zu einem wichtigen Bündnispartner Bismarcks und des preußischen Militär- und Obrigkeitsstaates werden, trifft die katholische Kirche und den politischen Katholizismus der Generalverdacht, als „innerer Feind" das im Deutsch-Französischen Krieg begründete Deutsche Reich abzulehnen. Zum anderen droht zeitweise ein Schisma innerhalb der katholischen Kirche, als aus dem liberal bestimmten Widerstand gegen das Erste Vatikanische Konzil und das dort 1870 verkündete Unfehlbarkeitsdogma bis 1873 die altkatholische Protest- und Reformbewegung erwächst. Es sind nationalkirchliche und antirömische Strömungen, die sich mit liberalen Anliegen wie der Einschränkung der Heiligenverehrung, der Abschaffung des Zölibats, Einführung der deutschsprachigen Liturgie, Selbstbestimmung der Gemeinden und freier Priesterwahl verbinden.

Baden mit seiner starken Tradition der kirchlichen Aufklärung wird zu Beginn der 1870er-Jahre zu einem der Zentren des deutschen Altkatholizismus. 1874 kann das Großherzogtum mit 44 altkatholischen Gemeinden die höchste prozentuale und auch absolute Zahl an Gemeinden unter den deutschen Staaten überhaupt vorweisen. Angetrieben von einer starken altkatholischen Gruppierung in der nationalliberalen Fraktion, erfolgt im Sommer 1874 die Verabschiedung des „Gesetzes die Rechtsverhältnisse der Altkatholiken betreffend" durch beide Kammern der Ständeversammlung.

Die formell weiter als Mitglieder der römisch-katholischen Kirche angesehenen Altkatholiken erhalten mit dem Gesetz das Recht, innerhalb der bestehenden Gemeinden eigene kirchliche Gemeinschaften zu gründen, wobei allerdings in jedem Einzelfall eine staatliche Genehmigung erforderlich ist. Abhängig von den örtlichen Mehrheitsverhältnissen wird den altkatholischen Gemeinschaften die Mitbenutzung der Kirchen und kirchlichen Gerätschaften eingeräumt. Die Folge ist ein „zäher Kleinkrieg" um die Konstituierung altkatholischer Gemeinschaften, die Benutzung von Kirchen, den Besitz von Pfründen und der kirchlichen Ortsvermögen. Durch Unterschriftensammlungen und Abstimmungen in den Gemeinden suchen die Altkatholiken die erforderlichen Nachweise für die Bildung eigener Gemeinschaften und deren bauliche und materielle Ausstattung zu liefern.

In Meßkirch unternehmen die seit Februar 1873 öffentlich in Erscheinung tretenden Altkatholiken im Sommer 1874 eine breit angelegte Unterschriftensammlung, die ihrer jungen Gemeinschaft die nach dem Altkatholikengesetz erforderliche staatliche Anerkennung und darüber hinaus die feste Mitbenutzung der Pfarrkirche sowie Teile des katholischen Pfründbesitzes einbringen soll. Mit eigenhändiger Unterschrift erklären in Meßkirch 239 der insgesamt 475 männlichen, volljährigen und stimmberechtigten Katholiken, dass sie die „vatikanische Lehre" von der Unfehlbarkeit des Papstes nicht als katholische Lehre anerkennen. Im Filialort Schnerkingen geben diese Stellungnahme 41 von 70 und in Wasser 58 von 111 Stimmberechtigten ab.

Es ist mithin sowohl in der Stadt Meßkirch wie auch in den beiden badischen Filialorten eine wenngleich knappe Mehrheit der stimmberechtigten Katholiken, die sich zum Altkatholizismus bekennt. Unter den Unterzeichnern sind an zumeist prominenter Stelle neben Bürgermeister Kleiner auch acht der neun katholischen Gemeinderäte sowie vier Lehrer zu finden. Drei der Meßkircher Gemeinderäte – Carl Heudorf, Heinrich Beck und Johann Baptist Roder – gehören überdies dem neugewählten sechsköpfigen Kirchenrat der Meßkircher Altkatholikengemeinde an, die sich der Eingabe zufolge am 20. August 1874 förmlich konstituiert hat. Neben der förmlichen Anerkennung gemäß dem Altkatholikengesetz beantragt die Gemeinschaft beim badischen Innenministerium überdies die Einweisung in die Benutzung oder wenigstens Mitbenutzung der Pfarrkirche und weiterhin zweier erledigter Pfründen. Es ist dies ein Generalangriff auf die Stellung und den Besitz der römisch-katholischen Kirche in der Stadt.

Höchst interessant erscheint in diesem Zusammenhang die Bewertung der Meßkircher Altkatholikengemeinschaft durch das Bezirksamt: Der Kirchenbesuch der Altkatholiken sei bisher ziemlich schwach, und es „muß überhaupt gesagt werden, daß die altkatholische Bewegung hier einen vorwiegend politischen Charakter hat". Demgegenüber bestehe bei den „Neukatholiken", also der römisch-katholischen Kirchengemeinde, ein sehr starker Kirchenbesuch, und die große Pfarrkirche sei

in der Regel voll besetzt. Nach Auffassung des Bezirksamts würde es den hiesigen Verhältnissen am besten entsprechen, wenn der Altkatholikengemeinschaft – wie bisher – die Spitalkirche, den „Neukatholiken“ die gleichfalls rund hundert Besucher fassende Liebfrauenkirche und den Altkatholiken überdies das Recht zur Mitbenutzung der großen Pfarrkirche eingeräumt würde. Der auf den ersten Blick vernünftig und unparteiisch anmutende Kompromissvorschlag des Bezirksamts erweist sich für die katholische Pfarrgemeinde als höchst fatal, ist den Katholiken durch päpstliche Weisung und Verbot des Freiburger Bistumsverwesers Kübel doch generell eine simultane Benutzung von Kirchen untersagt.

Der Antrag der Meßkircher Altkatholiken auf Mitgebrauch der Pfarrkirche wird in der Karlsruher Regierung offenkundig zum Politikum, in dessen Entscheidung sich sogar der Großherzog im Sinne einer zurückhaltenden Behandlung persönlich einschaltet. Problemlos ist dabei offenkundig die staatliche Anerkennung der Altkatholikengemeinschaft in Meßkirch, die durch Erlass des badischen Innenministeriums am 26. September 1874 erfolgt. Nach längerer Entscheidungsfindung räumt die Regierung mit Erlass vom 16. November den Altkatholiken dann aber auch die begehrte Mitbenutzung der Pfarrkirche ein, wobei das Bezirksamt eine Regelung über die Benutzung durch die beiden Konfessionsgemeinschaften vermitteln oder erforderlichenfalls festlegen soll.

Für die Meßkircher Katholiken bedeutet diese Regierungsentscheidung den „worst case“, weist das Freiburger Ordinariat entsprechend der erwähnten generellen Position den örtlichen Stiftungsrat doch an, sich in keine Verhandlungen über eine Simultannutzung einzulassen und den katholischen Gottesdienst sofort zu sistieren, sobald ein altkatholischer Kult in der Pfarrkirche gehalten werde. Der Großherzog verwirft am 3. Februar 1875 einen von 482 Unterschriften unterstützten Einspruch der Meßkircher Stiftungskommission gegen die Regierungsentscheidung, und bereits eine Woche später, am 10. Februar, wird der erste altkatholische Gottesdienst in der Stadtkirche gehalten.

Neben der unmittelbaren Konfrontation zwischen „Römlingen“ und Altkatholiken bilden der politische Raum und namentlich die öffentlichen Wahlen ein weiteres Hauptschlachtfeld im Kulturkampf auch in Meßkirch. Den ersten großen Test für die Mehrheits- und Machtverhältnisse im Amtsstädtchen nach Beginn der altkatholischen Offensive bringt die Gemeinderatswahl vom 23. Juli 1873. Dabei werden die alten liberalen Räte – dem aus Meßkirch stammenden späteren Freiburger Erzbischof Conrad Gröber zufolge „ohne Ausnahme Altkatholiken vom lautersten Wasser“ – wiedergewählt, während auf die römisch-katholischen Kandidaten lediglich ein Drittel der Stimmen entfallen. Feststellen lässt sich, dass von den insgesamt elf Gemeinderäten (einschließlich Bürgermeister), unter denen sich mit dem Apotheker Karl Hauser ein Protestant befindet, immerhin neun im folgenden Jahr die Altkatholikenerklärung unterschreiben. Der Meßkircher Gemeinderat ist damit fest in liberaler und gleichzeitig altkatholischer Hand.

Zu regelrechten Wahlschlachten zwischen „roten“ Liberalen und „schwarzen“ Ultramontanen entwickeln sich seit



Die Meßkircher Stadtpfarrkirche St. Martin war von 1875 bis 1895 in altkatholischer Hand.



Johann Baptist Roder,
der führende Kopf des Liberalismus
und Altkatholizismus in Meßkirch, um 1860.

den 1870er-Jahren die Stimmgänge für den Badischen Landtag und den Deutschen Reichstag. Am Tag vor der Landtagswahl vom 19. September 1873 sah der liberale *Oberbadische Grenzbote* den großen Kampf der Gegenwart sich auf die Frage zuspitzen: „Soll der Pfarrhof eure Stadt, euer Dorf regieren, seinen Willen euch aufzwingen können, oder seid ihr Bürger stark genug, dieser schwarzen Zwingherrschaft zu widerstehen und euern bürgerlichen Willen zu wahren?“ Die liberalen Wahlmänner, darunter prominente altkatholische Gemeinderäte, machen in Meßkirch mit der mehr als vierfachen Stimmenzahl gegen ihre katholischen Kontrahenten das Rennen, und auch im gesamten Wahlbezirk Meßkirch–Stockach fällt der liberale Erfolg geradezu erdrückend aus. Es ist daher nur noch eine Formsache, dass am 24. Oktober 1873 der liberale Kandidat Johann Baptist Roder aus Meßkirch, der den Bereich Meßkirch–Stockach bereits seit 1865 im Badischen Landtag vertritt, als Abgeordneter wiedergewählt wird. Diese liberalen Erfolge wiederholen sich bei den Landtags- und Reichstagswahlen der folgenden Jahrzehnte.

Der politische und konfessionelle Dissens vergiftet und polarisiert das öffentliche Leben und Miteinander in Meßkirch in extremer und anhaltender Weise. Nachdem die Liberalen und Altkatholiken mit dem größten Teil ihrer Anhängerschaft und zumal ihren Wortführern den wohlhabenderen Kreisen und den oberen beiden Steuerklassen angehören, die treu zur römischen Kirche stehenden Gruppen demgegenüber materiell zumeist bescheidener ausgestattet sind, ist der Meßkircher Kulturkampf zu einem gewissen Teil auch ein Sozialkonflikt. Obgleich der altkatholische Bevölkerungsanteil in Meßkirch selbst in den besten Zeiten kaum ein Drittel erreicht, sind bis über die Jahrhundertwende hinaus alle politisch und wirtschaftlich wichtigen Positionen in der Stadt wie Bürgermeister, Gemeinderat, Beamtenschaft, Lehrer, Vorschusskasse und Lokalzeitung fast ausnahmslos mit Altkatholiken – oder aber Protestanten – besetzt. In liberaler und altkatholischer Hand sind weiterhin auch die wichtigsten Vereine in der Stadt wie Bürgerverein „Museum“, Lesegesellschaft „Casino“, Gesangverein, Militärverein, Feuerwehr und Frauenverein. Der Anhang zu den Statuten des Militärvereins verbietet den Mitgliedern ausdrücklich die Beteiligung an ultramontanen Versammlungen und Veranstaltungen.

Die Verdrängung der „Romtreuen“ aus den bürgerlichen Meßkircher Vereinen befördert die Entstehung eines katholischen Vereinswesens in der Stadt. 1921 präsentiert sich in Meßkirch ein vielfältiges und reges katholisches Vereinsmilieu mit einem 518 Mitgliedern zählenden Mütterverein, einer Jungfrauenkongregation mit 100 Angehörigen, einem Gesellen- und Jungmännerverein mit 40 Aktiven und schließlich einem 50 Mitglieder umfassenden Jünglingsverein mit Sportabteilung.

Die Polarisierung der städtischen Gesellschaft in zwei gegensätzliche und einander befeindende Milieus äußert sich weiterhin in der Entstehung unterschiedlicher und streng voneinander geschiedener Festkulturen: Anlässe für bürgerlich-liberale Feierlichkeiten sind dabei zumal der jährlich begangene Sedantag am 2. September zum Gedenken an den Sieg über Frankreich und die Reichsgründung, die Geburtstage von Kaiser und Großherzog oder auch die Einweihung bürgerlicher Monumente oder kommunaler Bauten wie des Denkmals für den aus Meßkirch stammenden Komponisten Conradin Kreutzer 1883, des neuen Rathauses 1900, des Siegesdenkmals 1900 oder des neuen Schulhauses 1904.

Fester Bestandteil dieser bürgerlichen Feierlichkeiten sind ein hohes patriotisches Pathos, Toasts und Huldigungstelegramme an die regierenden Häupter in Reich und Großherzogtum.

Befördert werden die politische und religiöse Konfrontation und letztlich auch die wachsende und anhaltende Entfremdung beider Lager durch die Kompromisslosigkeit der Wortführer auf beiden Seiten und hier insbesondere Johann Baptist Roder auf liberal-altkatholischer und Pfarrer Lorenz Sayer auf „römischer" Seite. Hinzu kommt eine geradezu bösartige Agitation der lokalen, parteipolitisch ausgerichteten Presse. Den Anfang macht dabei der seit 1872 in Meßkirch hergestellte liberale *Oberbadische Grenzbote*, dessen Redakteur Steidel die konfessionelle Spaltung und die diversen Wahlkämpfe mit einer kaum zu überbietenden Gehässigkeit und Polemik gegen die katholischen Kontrahenten begleitet.

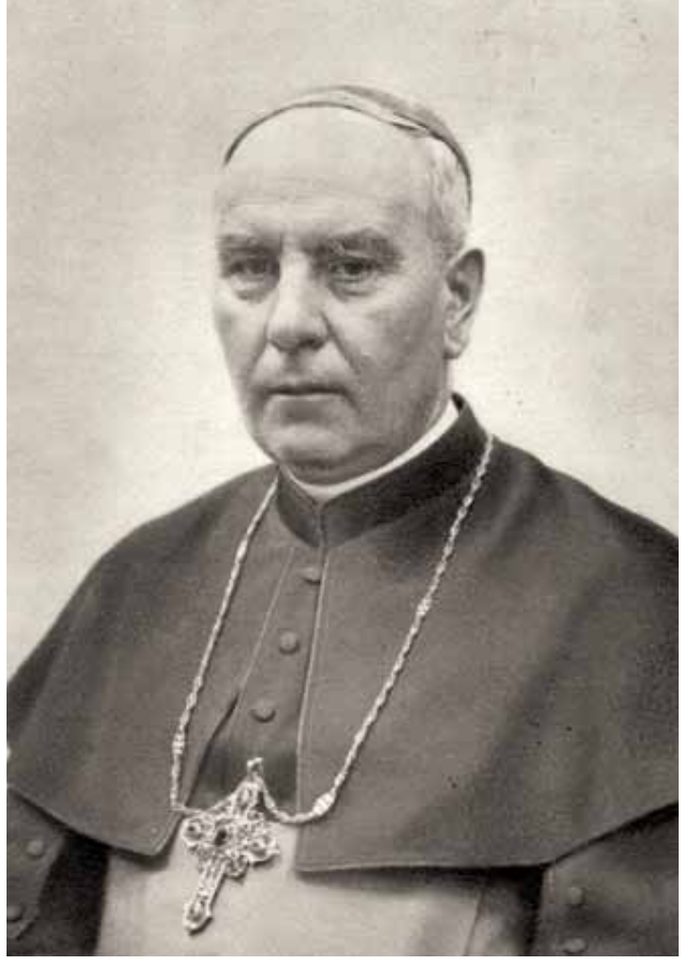
Nach Gründung der „Aktiengesellschaft Preßverein Meßkirch" erhalten die Katholiken in Stadt und Bezirk im März 1900 mit dem *Heuberger Volksblatt* ein eigenes Presseorgan. Die Berichterstattung des *Volksblatts* in den folgenden drei Jahrzehnten mit all ihren wilden Hasstiraden und Verunglimpfungen der Gegenpartei muss wohl als die katholische Rache für die zuvor erlittenen Demütigungen durch die liberale Presse angesehen werden. Bezeichnend ist, dass die Charakterisierung des cholerischen Redakteurs Albert Zimmermann als „Mussolini des Heubergs und bestgehaßten Mann des ganzen Bezirks" nicht aus dem liberalen Lager, sondern von Stadtpfarrer Otto Meckler stammt.

Stagnation in den Schützengräben des Kulturkampfes

Während in Baden – wie in Preußen – im ausgehenden 19. Jahrhundert die errichteten gesetzlichen und ideologischen Barrikaden des Kulturkampfs schrittweise abgebaut werden und das 1888 aus der Katholischen Volkspartei hervorgegangene Zentrum mehr und mehr zu einer „normalen" Oppositionspartei ohne den Ruch des „Staatsfeindlichen" wird, verharren die Kontrahenten in Meßkirch noch

Katholikenstammtisch im
Meßkircher Gasthaus „Rappen" um 1905.





Erzbischof Conrad Gröber im Jahr 1932. Er war der polemische Chronist der Verhältnisse in seiner Vaterstadt Meßkirch und veröffentlichte 1912 im *Freiburger Diözesanarchiv* eine Schrift mit dem Titel *Der Altkatholizismus in Meßkirch. Die Geschichte seiner Entwicklung und Bekämpfung.*

mehr als ein halbes Jahrhundert lang in den aufgeworfenen Schützengräben und bekämpfen sich weiter bis aufs Blut. Nachdem die religiöse Anziehungskraft des Altkatholizismus seit dem Ende der 1870er-Jahre zunehmend schwindet und sich andererseits die katholische Gemeinde in ihrer 1876 mit privaten Geldmitteln von Stadtpfarrer Sayer und künstlerischer Unterstützung der Beuroner Benediktiner geschaffenen Herz-Jesu-Kirche in unmittelbarer Nachbarschaft zur Stadtkirche erfolgreich behauptet, häufen sich im folgenden Jahrzehnt die Rücktritte enttäuschter Altkatholiken in die römisch-katholische Kirche. Bei der Volkszählung 1895 werden in Meßkirch 1555 Katholiken und 391 Altkatholiken ermittelt. 1909 sind es 1755 Katholiken und 224 Altkatholiken. Der von Anfang an bescheidene Kirchenbesuch der Altkatholiken bröckelt weiter ab, Pfarrer Franz Xaver Wagner predigt meist vor leeren Bänken.

Mit Verweis auf diese Zahlenverhältnisse erreicht die katholische Gemeinde 1895 die Rückgabe der Martinskirche, während die altkatholische Gemeinschaft fortan mit der kleineren Liebfrauenkirche Vorlieb nehmen muss. Trotz dieses Niedergangs des einst so starken und siegreichen Meßkircher Altkatholizismus besteht seine eng mit dem Liberalismus verbundene politische Vorherrschaft noch weit über die Jahrhundertwende hinaus fort. Für den späteren Freiburger Erzbischof Conrad Gröber ist es ein „psychologisches Rätsel", dass viele katholische Kirchgänger weiterhin willige Diener der Altkatholiken seien und gehorsamst daran mitwirkten, diesen in den Gemeinderat zu verhelfen.

Trotz dieser 1912 in seiner Abrechnungsschrift mit dem Altkatholizismus formulierten Klage Gröbers befindet sich der politische Katholizismus bereits seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert nicht nur im badischen Seekreis insgesamt, sondern



Selbstdarstellung der Amtsstadt Meßkirch aus der Perspektive des liberalen Bürgertums, um 1910, mit neuem Rathaus und neuem Schulgebäude nebst Kriegerdenkmal, Geburtshaus und Denkmal von Conradin Kreutzer, Schloss und Adlerplatz.

auch in der liberalen Hochburg Meßkirch letztlich unaufhaltsam auf dem Vormarsch. Noch im 19. Jahrhundert geht der Reichstagswahlkreis im badischen Seekreis dauerhaft an das zunächst noch von Demokraten und SPD unterstützte Zentrum verloren. 1913 büßen die Liberalen dann auch das Landtagsmandat im Bezirk Meßkirch–Stockach an die „schwarze" Konkurrenz ein. Selbst in der Stadt Meßkirch holt das Zentrum Wahl für Wahl auf und liegt 1919 schließlich bei der Wahl zur deutschen Nationalversammlung erstmals mit 52,5 Prozent gegenüber 28,6 Prozent für die liberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) in Führung. Der ab 1919 deutlich greifbare Erosionsprozess des badischen wie des deutschen Liberalismus insgesamt erfasst mit leichter Zeitverzögerung auch die Meßkircher Liberalen und reduziert die Stimmanteile von DDP (bzw. Staatspartei) und Deutscher Volkspartei (DVP) bei den Reichstagswahlen bis zum Ende der Weimarer Republik auf niedrige einstellige Werte. Die dominierende politische Kraft auch in Meßkirch wird dauerhaft das Zentrum bzw. in der Nachkriegszeit die CDU. Meßkirch wandelt sich innerhalb eines halben Jahrhunderts von einer „roten" in eine „schwarze" Hochburg.

Am längsten noch Bestand behält die liberale Vorherrschaft auf kommunaler Ebene. Gemeinderat und Bürgermeisteramt in Meßkirch bleiben bis zum Ende der Weimarer Republik liberale Domänen, deren Verteidigung gegen das Zentrum in unvermindert gehässigen Wahlkämpfen allerdings immer schwerer fällt. Die innerstädtische politische Landschaft bleibt angesichts endloser Streitereien, die über die beiden rivalisierenden Zeitungen ausgetragen werden, beständig vergiftet, und ein Eklat folgt auf den nächsten. Einen letzten traurigen Höhepunkt der Auseinandersetzungen bringt der Bürgermeisterwahlkampf von 1930, als sich der liberale Kandidat Adolf Wendling mit Unterstützung von Demokraten, SPD und sogar der Nationalsozialisten knapp gegen seinen Kontrahenten vom Zentrum, Theodor Neunecker, durchsetzen kann. In einer Wahlkampfveranstaltung erliegt der scheidende Bürgermeister Weißhaupt am Rednerpult einem Herzinfarkt, nachdem er von Volksblattredakteur Zimmermann mehrfach mit boshaften Zwischenrufen attackiert worden ist.

Bilanz

In der Bilanz der untersuchten 80 Jahre des badischen Liberalismus erscheint Meßkirch als Schauplatz der Übersteigerung, wo alles um einige Grad extremer und radikaler ausfällt als im Mittel des Großherzogtums: Von besonderer Entschiedenheit ist hier sowohl die Demokratiebewegung in der Revolution 1848/49 wie auch der nachfolgende Widerstand gegen die konservative Staatsgewalt in der Reaktionszeit. Überdurchschnittlich erfolgreich fällt nach der „Wende" von 1860 in Meßkirch auch der Sieg des Liberalismus aus, und übermäßig radikal und unversöhnlich wird sodann auch der Kulturkampf zwischen Liberalen und Altkatholiken einerseits und katholischer Kirche und politischem Katholizismus andererseits ausgetragen. Die für Baden so typische Konfliktstruktur wird hier am Beispiel Meßkirch besonders deutlich. Eine selbstzerstörerische Note gewinnt die Meßkircher Radikalität spätestens dann, als der mit aller denkbaren Gehässigkeit ausgetragene politische Lagerstreit zwischen „Roten" und „Schwarzen" auf Kosten der eigenen städtischen Entwicklungschancen noch rund ein halbes Jahrhundert länger als anderenorts fortgeführt wird.



Die 1876 eingeweihte und im Stil der Beuroner Kunstschule ausgestattete Herz-Jesu-Kirche diente der römisch-katholischen Pfarrgemeinde bis zur Wiedererlangung der Martinskirche 1895 als Notkirche. Hier war der Philosoph Martin Heidegger Messdiener; sein Vater wirkte als Mesner.



Seit 1827 ist Freiburg im Breisgau Bischofssitz, wenngleich das Münster aus älterer Tradition heraus nicht Dom genannt wird. Im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert war hier ein Zentrum der in Baden fundamental geführten Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche, dem „Kulturkampf“.

Kulturkampf – Kulturkämpfe

Vom Epochenphänomen zum Symbolbegriff

Dominik Burkard

Der badische „Kulturkampf“, der zwischen 1860 und 1876 unter Staatsminister Julius Jolly seinen Höhepunkt fand, hat sich als Prototyp der deutschen Kulturkämpfe in das kollektive Gedächtnis der Deutschen eingeschrieben. Seinen geistesgeschichtlichen Ort hat er in den lang andauernden Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche, zwischen Katholizismus und Protestantismus, dem monarchisch-bürgerlich-liberalen Staatssystem und einer demokratisch-republikanisch gesinnten Volksbewegung, deren Wurzeln man gemeinhin im Jahr 1848 und deren Ende man im Jahr 1918 zu erkennen meint. Indessen wurde der Kampf um die *libertas ecclesiae* und die kulturell-gesellschaftliche Integration des Katholizismus zur Signatur einer ganzen Epoche, die mit der Säkularisation zu Beginn des 19. Jahrhunderts begann und die als Folge sich steigernder Säkularisierungsschübe in der Gegenwart mit Resakralisierungstendenzen eine gewendete Rückkehr erlebt.

Als unter der baden-württembergischen Kultusministerin Annette Schavan 1998 der „Kopftuchstreit“ um eine muslimische Lehrerin entbrannte, ging bald die Rede von einem neuen Kulturkampf um. Gleichzeitig war damit die Frage nach der kulturellen Besonderheit eines Landes gestellt, letztlich die Frage nach seiner Identität. „Kultur“, das ist Sprache, Kunst, Kleidung, Lebensart, freilich, aber es ist auch Religion. Diese hat in den vergangenen Jahrhunderten Kulturräume und konfessionelle Landschaften ausgeprägt, stärker und nachhaltiger als politische Grenzen es je vermochten. Noch heute markieren etwa das fränkische „Madonnenländle“ oder die „Oberschwäbische Klosterlandschaft“ grenzüberschreitende Kulturräume, deren Identität sich seit Jahrhunderten anderswoher speist als aus der Loyalität politisch-administrativer Zugehörigkeit.





Die Heilig-Kreuz-Kapelle auf dem Kappellenberg bei Amtzell – inmitten der sakralen Landschaft Oberschwaben.

Religion und Identität

Religion manifestierte sich – bevor Radio, Fernsehen und Internet bis in den letzten Wohnzimmerwinkel drangen, also vor der unbeschränkten Mobilität und Globalisierung der Gegenwart – nicht nur in privater Frömmigkeit oder öffentlicher Religiosität, sondern auch in Architektur und Kunst, Kleidung und Tracht, Sprache und Schrifttum, in der Namengebung, der Brauchtumspflege, in einer in Jahrhunderten gewachsenen Fest- und Alltagskultur. Sie war es, die neben dem Kreislauf der Natur mit ihrem liturgischen Jahr, ihren religiösen Fest- und Gedenktagen, ihren Heiligen und Patrozinien dem Leben Orientierung gab, in Zeiten von Krisen Bewältigungspotenzial zur Verfügung stellte. Auf die Heiligengedenktage und Kirchweihfeste (die „Messetage“) war selbst das wirtschaftliche Leben ausgerichtet, das Zinsgeben, der Warenaustausch. Österliche und weihnachtliche Fastenzeit bestimmten die fundamentalen Lebensgewohnheiten, griffen selbst tief ins Berufsleben ein (am stärksten wohl betroffen: die Metzger) und gestalteten nicht zuletzt „vorabendliche“ Fest- und Brauchtumskulturen (Fastnacht, St. Martin) aus, die ohne diesen religiösen Hintergrund nicht zu verstehen sind.

Die Religion, Ausgangs- und Bezugspunkt des kulturellen Lebens und ihrerseits wieder gebunden an (mündlich und schriftlich vermittelte) kulturelle Traditionen und Überlieferungen, war also – ob ausgesprochen oder unausgesprochen – seit jeher einer jener Urgründe, aus denen sich die Gemeinschaft ebenso definierte wie der Einzelne. Und weil der Mensch in seinem sozialen, gesellschaftlichen und politischen Handeln von dieser „Kultur“ und den durch sie vermittelten, vor allem religiös gewonnenen moralisch-sittlichen Überzeugungen geprägt ist, besaß Religion auch schon immer einen „politischen“ Charakter.

Die (immer nur relative) Geschlossenheit und Einheit der Kultur, aus der eine Region, eine Gesellschaft ihre Identität bezieht, will freilich erst geschaffen und erhalten sein: durch sozial kontrollierte Bräuche, durch rituellen Vollzug. Sie bleibt stets auch gefährdet, etwa durch Migration im Zuge von Einheirat oder aus wirtschaftlichen Gründen, auch infolge kriegerischer Auseinandersetzungen oder religiös-konfessioneller Vertreibung. Die dadurch erfolgten Verunsicherungen schaffen neuen Orientierungsbedarf, die Notwendigkeit von kulturellem Austausch und Anpassung, aber auch Modifikation. Spitzen solcher Migrationswellen dürften zunächst der Dreißigjährige Krieg und die politisch-territoriale Revolutionierung durch Säkularisation und Mediatisierung zu Beginn des 19. Jahrhunderts gewesen sein, später die Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg sowie der „Gastarbeiter“ in der bundesrepublikanischen Nachkriegszeit, schließlich auch die der „Deutschstämmigen“ Osteuropas und – nach der Wiedervereinigung – der „Ossis“. Stets spielte dabei *auch* die Frage der religiösen Inkulturation eine Rolle. Zuletzt, im Zuge der Entwicklung Deutschlands zum Einwanderungsland, zeigte sich dies in aller Schärfe im Streit um Minarett, Moschee und Kopftuch. Mit einigem Recht sprach 2003 der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Winfried Hassemer, von der äußerst komplizierten Grundsatzfrage, wie viel fremde Religiosität die Gesellschaft vertrage. Ist der Streit um Kultur immer auch ein Streit um die Religion? Und der Kampf um die Religion immer auch ein „Kulturkampf“?

Baden – ein kulturkämpferisches Musterländle

„Der Kulturkampf“ war vor allem ein Stück preußischer Geschichte, nämlich die gegen den Katholizismus gerichtete Politik Otto von Bismarcks als des ersten Kanzlers des 1870/71 erstandenen neuen Deutschen Reiches preußischer Couleur. Dieser Kampf manifestierte sich unter anderem im „Kanzelparagrafen“, in den „Märzartikeln“, dem „Brotkorbgesetz“. Noch heute gilt der preußische Kulturkampf als *der* Kulturkampf schlechthin. Der Begriff selbst war zwar keine preußische Erfindung, wurde aber von dem aus Pommern stammenden Berliner Pathologen Rudolf Virchow popularisiert, der ihn 1873 erstmals als Losung für die Befreiung der Kultur vom Einfluss der (katholischen) Kirche gebrauchte. Obwohl Virchow im Preußischen Abgeordnetenhaus und im Deutschen Reichstag als Mitglied der „Deutschen Freisinnigen Partei“ ein Gegner Bismarcks war und sich für Minderheitenrechte (der Polen und Juden in Preußen) einsetzte, wollte er die Freiheit (und vor allem die politische Gestaltungskraft) der im neuen Reich unterrepräsentierten Katholiken beschränkt wissen. In der Folge kam es zu einer Amalgamisierung des Kulturkampfbegriffs mit Preußen und Bismarck. So wurden die vielerorts um die Jahrhundertwende gebauten „Bismarcktürme“ auch zu gemauerten Erinnerungszeichen für den Kulturkampf.

Einen Ausschließlichkeitsanspruch auf den Kulturkampf hat Preußen indes nicht, denn andere deutsche Länder hatten ebenso „ihre“ Kulturkämpfe. So auch Baden. Nun gelangte der Kulturkampf aber nicht – wie man vermuten könnte – über die Hohenzollernschen Fürstentümer, die seit Beginn des 19. Jahrhunderts kirchlich zum Erzbistum Freiburg gehören, ins nahe gelegene Baden. Vielmehr war das, was in Preußen in den 1870er-Jahren perfektioniert wurde, bereits ein Jahrzehnt früher in Baden vorgedacht und ausprobiert worden. Baden hatte den Kulturkampf vor dem Kulturkampf.

Zum Verlauf des badischen Kulturkampfes

Ob Auslöser oder Reflex – das Wiedererwachen des katholischen Selbstbewusstseins in den 1840er-Jahren hatte zu lang anhaltenden, heftigen Kontroversen über „die kirchlichen Zustände in Baden“ geführt. Weil auch nach der bürgerlichen Revolution von 1848 das zunehmend als einengend empfundene Staatskirchentum in vollem Umfang bestehen blieb, legten die oberrheinischen Bischöfe in den 1850er-Jahren mehrere Denkschriften vor, die weitreichende Forderungen enthielten. Diese Denkschriften wurden begleitet von Protestbewegungen in den Gemeinden. Der nun vor allem in Baden entbrennende „Kirchenkampf“ nahm den späteren Kulturkampf voraus – wurde zeitweise sogar heftiger ausgetragen als in den 1870er-Jahren. Einen Höhepunkt erlebt er, als der greise Freiburger Erzbischof Hermann von Vicari 1854 unter Hausarrest gestellt und Geistliche verhaftet wurden, und es infolgedessen zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen der Polizei und der Bevölkerung kam. Eigentlich ging es damals schon um all jene Punkte, die noch im 20. Jahrhundert eine Rolle spielen sollten.

Versuche einer einvernehmlichen Lösung via Konkordats- bzw. Konventionsverhandlungen scheiterten schließlich am „liberalen Mastbürgertum“ (Heinrich Hansjakob); die Kammern der Volksvertreter lehnten die zwischen dem Heiligen



Kulturkampf als Machtspiel:
Bismarck und Papst Pius IX. beim Schachspiel,
aus der politisch-satirischen
Wochenzeitung *Kladderadatsch* von 1875.

Stuhl und den Regierungen ausgehandelten Kompromisse ab. 1860 kam es zur landesherrlichen Proklamation eines Kirchengesetzes, das nicht half, die Konflikte zu lösen, sondern sie vielmehr erst recht verschärfte. Dazu kam, dass Großherzog Friedrich I. sich dem Liberalismus anschloss, der „österreichisch-ultramontanen Politik“ den Rücken kehrte und eine der wichtigen Stützen Preußens wurde. Als die liberale badische Regierung im Sommer 1864 ein neues Schulaufsichtsgesetz vorlegte, ging Erzbischof Vicari wieder auf Konfrontationskurs. Die Antwort des Staates war 1867, den angehenden Theologen ein besonderes Kulturexamen aufzuerlegen und sie so in einem nationalen, antirömischen Sinne zu prägen. Die Kirche leistete Widerstand. Noch einmal verschärft wurde der Konflikt, als ein neues Schulgesetz die fakultative Gemeinschaftsschule zuließ und damit die Konfessionsschule in Frage stellte.

Das Examens- oder Sperrgesetz hatte Gefängnisstrafen und Verbannung, Ausbleiben oder „Auswanderung“ des priesterlichen Nachwuchses und nicht zuletzt starke Einschränkungen der Seelsorge zur Folge. Schon kritische Äußerungen wurden drakonisch bestraft. So wurde Pfarrer Heinrich Hansjakob, der in einer Versammlung in Markdorf behauptet hatte, die „schwarzen“ Bauern würden gegenüber den „roten“ Bauern bei der Prämierung der Fohlen benachteiligt, für sechs Wochen ins Gefängnis gesteckt – der Staatsanwalt hatte sechs Monate verlangt. Nach dem Tod des Erzbischofs (1868) konnte 14 Jahre lang kein Nachfolger bestellt werden. Erst 1876 zeichnete sich eine gewisse Wende ab. Staatsminister Julius Jolly wurde – vor allem wegen seiner Schulpolitik (Entchristlichung der Volksschule) – entlassen. 1881 wurde mit Johann Baptist Orbin ein „Friedensbischof“ installiert. Der Abbau der Kulturkampfgesetzgebung sollte jedoch erst 1918 zum Abschluss kommen.



„Eine Drohung von Jenseits – der Berge“. So thematisierte der *Kladderadatsch* den Kulturkampf in Baden im Jahr 1874.

Württemberg – eine „Oase des Friedens“

Wie in Baden, so war es auch in Württemberg seit den 1840er-Jahren zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche gekommen. Die Entwicklung verlief weitgehend parallel. Auch hier gab es einen Mischehenstreit, infolge der Denkschriften der oberrheinischen Bischöfe Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhl über eine Konvention, deren Zurückweisung durch die Abgeordnetenkammer und daraufhin ein einseitiges, vom Staat erlassenes Kirchengesetz. Allerdings: Zu einem „Kulturkampf“ wie in Baden kam es nicht. Trotz einer auch hier bemerkbaren „Kulturkampfstimmung“, von der extrem „ultramontan-kämpferischen“ Partei im katholischen Lager ebenso wie von der „evangelisch-liberalen“ Richtung geschürt, blieben die großen Eskalationen aus.

Seinen Grund hatte das vor allem in der konzilianten Haltung und persönlichen Freundschaft zwischen dem antipreußisch gesinnten König Karl von Württemberg und Bischof Karl Joseph Hefele. Beiden gelang es, „Eiferer“ auf der jeweils eigenen Seite in Zaum zu halten. So blieb die Kirchenpolitik des Staates gemäßigt, während Hefele – überzeugt davon, dass die (katholische) Zentrumspartei eine Hauptmitschuld am Kulturkampf trage – verhinderte, dass zu seinen Lebzeiten in Württemberg eine Zentrumspartei entstehen konnte. Die Unterschiede zwischen Württemberg und Baden waren so groß, dass beispielsweise der badische Pfarrverweser einer hohenzollerischen Gemeinde, dem übel mitgespielt wurde, das Freiburger Ordinariat bat, seine Wohnung in einem benachbarten württembergischen Ort nehmen und von dort aus seinem Amt nachgehen zu dürfen.



Auf Ausgleich bedacht: der Rottenburger Bischof Karl Joseph von Hefele (1809–1893).

Württemberg blieb – *cum grano salis* – eine „Oase des Friedens“. Dies hinderte die nachfolgende Generation allerdings nicht, in ihrem Bemühen um eine Gleichstellung der württembergischen Katholiken von einem neuen Kulturkampf zu reden. Offenbar haftete dem Begriff – als Kampfbegriff – nicht nur das Odium des Martyriums für eine gerechte Sache an. Das Erinnern an alte Kulturkampftage – auch wenn es diese so in Württemberg nie gegeben hatte – konnte für die Sammlung der Katholiken, für das Schließen der Reihen nicht zuletzt im Vorfeld anstehender Wahlen instrumentalisiert werden. So taucht der stets aktualisierte „Kulturkampf“ in der katholischen Presse seit Beginn des 20. Jahrhunderts als nahezu stereotyper, immer wiederkehrender Topos im Zusammenhang mit den Landtagsdebatten um kirchliche Themen auf.

Kulturkampf als Signatur einer Epoche – Katholizismus im modernen Staat

Die Kulturkämpfe waren Ausdruck einer ganzen Epoche und schließlich auch ein „paneuropäisches Phänomen“. Es ging um die Klärung des Verhältnisses zwischen der sich selbst als *societas perfecta* begreifenden Kirche und eines sich zunehmend von der Kirche – aber auch vom Glauben – lösenden Staates. In Deutschland erlebten die Katholiken in der Säkularisation zu Beginn des 19. Jahrhunderts den Untergang der kirchlichen Territorialherrschaften, eine „Enteignung“ ihrer Kirche, ihre politische und gesellschaftliche Marginalisierung, aber auch den Verlust ihrer mentalen Heimat und ihrer identifikatorischen Bezugsgröße. Geschlossene katholische Städte und Klosterlandschaften wurden damals den neu entstehenden deutschen Flächenstaaten eingegliedert, deren monarchische Häupter, aber auch deren Beamten- und Verwaltungsapparate fast vollständig protestantischen Bekenntnisses waren. Die von diesen ausgeübte Staatskirchenhoheit fand ihren Ausdruck im „Frankfurter Kirchensystem“ von 1818, das von Württemberg und Baden 1830 durch die „Landesherrliche Verordnung“ in geltendes Recht gegossen wurde. Oft genug polizeistaatlich durchgesetzt, vermittelte dieses „System“ weithin den Eindruck, die Freiheit der religiösen Betätigung trotz der Existenz von Religionsedikten zu beschränken, die Katholiken ihrer eigenen Glaubenstraditionen und Frömmigkeitsformen zu entfremden, sie sozusagen zu „protestantisieren“. Dazu kam, dass die Integration der Katholiken auch gesellschaftlich nicht wirklich gelang. Das erweckte bei ihnen zunehmend das Gefühl, nur „Bürger zweiter Klasse“ zu sein.

Gegen Ende der 1830er-Jahre mehrten sich innerhalb des Katholizismus die Versuche, sich aus den Fesseln dieses engmaschigen Staatskirchentums zu lösen, sich religiös und gesellschaftlich zu emanzipieren. *Libertas ecclesiae*, Freiheit der Kirche, wurde zum Ruf der Zeit. Es ging vor allem um Selbstbestimmung und Selbstverwaltung in den Bereichen Ämterbesetzung und Finanzen, um die Freiheit der kirchlichen Presse und die Abschaffung der allgegenwärtigen Zensur, nicht zuletzt um die freiere Entfaltung des kirchlichen Lebens und die Chancengleichheit gegenüber der protestantischen Bevölkerung.

Die bürgerliche Revolution von 1848, in der sich ein Teil des (meist jüngeren, römisch gesinnten) Klerus engagierte, stärkte im Katholizismus das Bewusstsein, eine gesellschaftliche Größe zu sein, die nicht einfach ignoriert werden konnte. Der Katholizismus begann sich zu formieren, sich in einem

eigenen Vereins- und Verbandswesen zu organisieren und über eine eigene Presse sowie in den Abgeordnetenkammern auch politisch Einfluss zu nehmen.

In den folgenden Jahrzehnten erlebte diese Emanzipation der Katholiken jedoch herbe Rückschläge. Dafür waren nicht nur „äußere" Faktoren verantwortlich: der deutsche „Bruderkrieg" mit dem Ausscheiden Österreichs – der katholischen Vormacht – aus dem Deutschen Bund, die Reichsgründung von 1871, welche die auch mental inferiore Stellung der Katholiken zementierte, das materielle Zurückbleiben der Katholiken, die gesellschaftlichen Barrieren, welche die Katholiken vom Staatsdienst fernhielten, Bildungsdefizite, welche das Eindringen von Katholiken in die akademischen Berufe verhinderten. Die Kultur und das öffentliche Leben des Kaiserreiches waren protestantisch geprägt: Protestantismus und deutsche Kultur wurden gleichgesetzt. Vor dem Hintergrund des Kulturprotestantismus und einer von Heinrich von Treitschke geprägten kleindeutschen Geschichtswissenschaft wurde immer wieder das Antinationale, angeblich Deutschfeindliche des Katholizismus hervorgekehrt. Dabei trafen sich protestantische Polemik und katholisches Selbstverständnis in eigenartiger Kongruenz. Die grundsätzliche und selbst in nationalen Vereinnahmungen stets vorhandene Inter- oder Transnationalität des Katholizismus, die im 19. und 20. Jahrhundert von der Römischen Kurie noch einmal bewusst verstärkt wurde, war ein bleibender Stachel im Fleische.



Die Ausrichtung gegen die Moderne

Tatsächlich führten auch innerkirchliche Entwicklungen, vor allem die antimoderne Ausrichtung der Kirche während des langen Pontifikats Pius' IX., den Katholizismus ins „Ghetto": Bereits der *Syllabus* von 1864 wurde als „Fehdehandschuh an den modernen Staat und die moderne Gesellschaft", als „Fluch gegen alles, was Vernunft, Bildung, Freiheit heißt", gedeutet. Das Erste Vatikanische Konzil mit der Dogmatisierung der päpstlichen Unfehlbarkeit desavouierte die Katholiken schließlich vollends in den Augen protestantischer, liberaler wie sozialistischer Kreise. Die Vorstellung, dass durch diese päpstlichen Verlautbarungen Katholizismus und Moderne, katholische Kirche und neuzeitliche Kultur ein für allemal als inkompatibel erklärt worden seien, fand weite Verbreitung. In liberalen Kreisen sprach man von einer offenen Kriegserklärung des Papstes an den neuzeitlichen

Seit den 1820er-Jahren hat sich am Zuschnitt der Bistümer im deutschen Südwesten nichts Grundlegendes mehr geändert: 1827 wurde das Erzbistum Freiburg als Landesbistum für das Großherzogtum Baden und die hohenzollernschen Fürstentümer gegründet. In seinem komplizierten Grenzverlauf spiegeln sich noch heute die territorialen Verhältnisse der Gründungszeit wider. Das Bistum Rottenburg-Stuttgart (bis 1978 Rottenburg) wurde nach der territorialen Neuordnung der deutschen Staaten 1821/27 als Landesbistum für das Königreich Württemberg errichtet.

Staat, die es Katholiken schwer, wenn nicht sogar unmöglich mache, in einer Demokratie oder parlamentarischen Monarchie als loyale Staatsbürger zu gelten. Die Katholiken gehörten in den Augen der protestantischen Bevölkerungsmehrheit zur katholischen „Internationalen", erschienen „national" nicht zuverlässig sowie kulturell und bildungsmäßig zurückgeblieben.

Die folgenden „Kulturkämpfe" endeten freilich mit der Niederlage des Staates. Nicht nur, weil sie sich gegen eine so große Volksgruppe nicht durchhalten ließen, sondern auch weil der Katholizismus durch die erlittenen Verfolgungen gestärkt wurde: Die Gefahr von außen einte die Katholiken im Innern und führte zur Ausbildung eines „Milieus", das seine innere Dynamik über Jahrzehnte hin bewahren sollte.

Der Kulturkampf ist zu Ende – es lebe der Kulturkampf

Mit der Ausformung des katholischen Milieus wurde der Weg frei für das Heraustreten der Katholiken aus dem Ghetto, ihre Integration ins Kaiserreich und ihre Identifikation mit dem neuen Deutschland. Das neue Selbstbewusstsein der Katholiken erzeugte auf Seiten der Protestanten Ängste, während im intellektuellen Katholizismus sich die Stimmen mehrten, die einen stärkeren Anschluss an die Zeit, einen „zeitgemäßen" Katholizismus forderten. Wie ein Fanal wirkten in dieser Hinsicht die Bücher *Der Katholicismus als Princip des Fortschritts* (1897) des Würzburger Theologen Herman Schell und *Katholisches Christentum und moderne Kultur* (1906) des Kirchenhistorikers Albert Ehrhard.

Die Karikatur „An gutem Willen fehlt's nicht" aus dem *Wahren Jakob* von 1897 zeigt Militarismus, Bürokratismus, Kapitalismus und Ultramontanismus im fruchtlosen Bemühen, das Rad der Zeit aufzuhalten.



Doch stießen diese reformorientierten Regungen innerhalb der Kirche auf Ablehnung. Das intransigente Pontifikat Pius' X. wurde zum Desaster, weil es die Kirche einmal mehr innerlich spaltete und nach außen hin schwächte. Wieder waren die Katholiken demonstrativ ans römische Gängelband genommen, in Deutschland aber als antimodern und gesellschaftsfeindlich wahrgenommen. Damit war das alte „Kulturkampftrauma", das Gefühl der Minderwertigkeit – trotz zunehmend gelingender Integration ins kleindeutsche Reich – plötzlich wieder sehr präsent. Zur Neubelebung kulturkämpferischer Stimmungen trug auch der 1886 gegründete Evangelische Bund bei, der die konfessionellen Gegensätze wieder stärker betonte. So ging im Katholizismus in den folgenden Jahren die Rede von einem neuen Kulturkampf. Beides schuf eine anhaltende Bewusstseinslage, die bis hinein in die Weimarer Zeit wirkte.

Auch in Baden wirkte der Kulturkampf weit über die Aufhebung der Kulturkampfgesetzgebung hinaus. Anlässlich der Landtagswahl von 1905, die erstmals als Direktwahl durchgeführt wurde, polemisierte die liberale Öffentlichkeit heftig gegen den Katholizismus. Während jedoch die National- und Linksliberalen zusammen nur 35,8 Prozent und die Sozialdemokraten 17 Prozent der Stimmen erhielten, konnte die Zentrumspartei satte 44 Prozent erringen. Obwohl stärkste Partei, wurde das Zentrum aber nicht an der Regierungsbildung beteiligt, durfte sogar – allen Traditionen und Abmachungen zum Trotz – nicht einmal den Kammerpräsidenten

In das Pontifikat Papst Pius' IX. (1846–1878) fielen 1854 die Dogmatisierung der Unbefleckten Empfängnis Mariens, 1870 die Dogmatisierung der päpstlichen Unfehlbarkeit (durch das Erste Vatikanische Konzil) und 1870 der Verlust des Kirchenstaates.



stellen. Infolge des Wahlsiegs des Zentrums inszenierte Innenminister Karl Schenkel eine förmliche Razzia gegen katholische Geistliche wegen des Verdachts auf „Mißbrauch des geistlichen Amtes" und „politischer Beeinflussung der Wähler". Der Klerus wurde bespitzelt, „gewisse Leute, die sonst nie in die Kirche gingen, kamen jetzt, um aufzupassen und anzuzeigen", etwa den Pfarrer von Stetten (bei Engen), der seinen Gläubigen gesagt haben soll: „Wenn ihr liberal wählt, verrecken euch die Kälber." Wie sehr man sich damals in Kulturkampfzeiten zurückversetzt sah, zeigte sich in der Abgeordnetenkammer: „Im Zeichen des Kulturkampfes begannen die Debatten im Rondell; im Zeichen des Kulturkampfes geht der Landtag seinem Ende entgegen" – schrieb damals der *Mannheimer Generalanzeiger*.

Die Schulpolitik als das Feld der „gewetzten Messer"

In den folgenden Jahren – bis zum Ende der Monarchie nach dem Ersten Weltkrieg – blieben die alten, nicht abgearbeiteten Themen präsent: Der Antrag auf Zulassung von Männerorden blieb zurückgewiesen, die Barmherzigen Schwestern wurden ablehnend behandelt, ehemalige Konviktoren im Staatsdienst wurden als kirchliche Spitzel betrachtet. 1908 und 1910 wurden Vorstöße unternommen, die konfessionellen Lehrerseminare in Simultaneen umzuwandeln. Überhaupt blieb die Schulpolitik das bevorzugte Feld der „gewetzten Messer". Erklärtes Ziel des Liberalismus und der Sozialdemokratie war die Entfernung der Kirche aus den Schulen und damit die Trennung von Kirche und Staat. Auf Seiten des Zentrums sah man im Gegenzug überall den „lebenszerrüttenden Kulturteufel", die „Zigarettenschmaucher", Kinobesucher und „Trottoirtrippler" auf dem Vormarsch. Das Volk lehnte die Kulturkämpferei – wie ehedem – in seiner Mehrheit ab und quittierte sie mit einem deutlichen Stimmenzuwachs für die Katholiken.

Kein Wunder, dass man auf katholischer Seite auch fernerhin gerne die Rede vom neuen „Kulturkampf" pflegte. In der 1912 aufkeimenden Diskussion über das alte, aus dem Kulturkampf noch verbliebene „Jesuitengesetz" sah sich der Reichskanzler zu einer Entgegnung genötigt: Wenn man angesichts dieser Vorgänge von Wiedereröffnung des Kulturkampfes rede, so warnte er, lade man „eine schwere verhängnisvolle Verantwortung" auf sich. Tatsächlich waren damals in Baden religiöse Vorträge von Jesuiten polizeilich untersagt. Der Kommentar des badischen Zentrumsführers Theodor Wacker dazu: „Als Rosa Luxemburg ihre Durlacher Blutrede gehalten hat, da hat bei der Polizeigewalt in Baden kein Hahn danach gekräht."

Im Ringen um die neue Landesverfassung nach dem Ersten Weltkrieg und nach dem Ende der Monarchie blieb vor allem die Schule ein umkämpftes Thema. Es gelang den Katholiken nicht, das Elternrecht festzuschreiben. Immerhin fiel die alte Kulturkampfbestimmung, nach welcher Ordensfrauen für eine Tätigkeit selbst in einer Kleinkinderschule einen ministeriellen Dispens benötigten. Die „Kuttenangst" blieb freilich noch lange bestehen, wie etwa die Debatten über das Lehrerbildungsgesetz 1926 zeigten.

Auswirkungen auch in Württemberg

Selbst in Württemberg, wo es ja keinen Kulturkampf gegeben hatte, wurde nach 1900 von kirchlicher Seite ein solcher postuliert, ganz offenkundig aus Gründen der Stimmungsmache. So brachte das *Katholische Sonntagsblatt* 1901 die große Überschrift *Ein Stück Kulturkampf*, konnte dort aber nur einen Vorfall aus Lüdinghausen in Westfalen schildern. Der Artikel endete mit dem Satz: „Das eine steht fest bei allen, die Augen- und Ohrenzeugen der Vorgänge waren: Das katholische Volk wird nicht ruhen und rasten, bis auch die Väter der Gesellschaft Jesu ihm zum freien Wirken zurückgegeben sind!“ 1903 folgte im selben Blatt *Eine Episode aus dem französischen Kulturkampf*, 1905 endlich auch ein Artikel *Kulturkampf im württembergischen Landtag*.

Häufiger wurde der Kulturkampf dann ab 1907 in katholischen Kreisen kolportiert. So erschien in diesem Jahr sogar eine dreizehnteilige Artikelserie *Im Kulturkampf. Fürs „Katholische Sonntagsblatt“ geschrieben nach seinen Erinnerungen von Pfarrer P.* Dass diese Beiträge – *nota bene* aus dem Badischen – über eine Zeit von fast vier Monaten den württembergischen Beziehern der Kirchenzeitung präsentiert wurden, sagt freilich mehr über die Intentionen des Blattes aus als über die tatsächlichen Begebenheiten des bereits 30 Jahre zurückliegenden Kulturkampfes. In einer Vorbemerkung erklärte der Herausgeber Konrad Kümmel jedenfalls rundweg, es sei „nur gut, wenn das katholische Volk nicht vergißt, was der furchtbare Kulturkampf der 70er-Jahre des letzten Jahrhunderts über die Katholiken des Reiches gebracht hat“, weil „gegenwärtig wieder eine ähnliche Luft weht, wie damals“.

Der Kulturkampfgeist wurde auch beschworen, als Ende 1908 im württembergischen Landtag über die obligatorische Einführung von Handarbeitsunterricht in den Schulen diskutiert wurde. Damals entstand „eine überaus heftige Kulturkampfdebatte, wie sie der Halbmondsaal noch selten gesehen hat“.

Doch gab diese nur den Auftakt zu weiteren Auseinandersetzungen, über die im *Katholischen Sonntagsblatt* monatelang unter der Überschrift *Eine Kulturkampfdebatte im württembergischen Landtag* berichtet wurde.

Der Nationalsozialismus – (nur) ein Kulturkampf?

Nach 1933 war der alte Kulturkampfgeist plötzlich wieder lebendig. Die Kirche lebte damals nicht nur im Trauma des alten Kulturkampfes, sondern auch – je länger desto mehr – angesichts der Entkonfessionalisierungsmaßnahmen und Repressalien des Regimes im Bewusstsein, tatsächlich einen neuen Kulturkampf bestehen zu müssen.

1937 rief der Rottenburger Bischof Joannes Baptista Sproll anlässlich einer Männerwallfahrt in Weingarten seinen Zuhörern zu: „Schon einmal hat der Kulturkampf getobt in deutschen Landen, in den 70er-Jahren, als Bismarck glaubte, mit der katholischen Kirche fertig zu werden. Damals hat der katholische Führer Schorlemer in den Reichstag hineingerufen: ‚Ihr könnt uns vernichten, aber das sage ich, Ihr werdet diese katholischen Herzen nie losreißen vom Statthalter Christi!‘ Und das soll auch unser Grundsatz sein.“ Konkret prangerte Sproll den unter dem Deckmantel von „positivem Christentum“ und „Gottgläubigkeit“ „getarnten Kampf“



„Die Zukunft gehört dem, der die Schule hat.“ Erneut griff der *Kladderadatsch* im Jahr 1875 den Kulturkampf auf und unterstrich die Bedeutung, welche die Schulpolitik im Rahmen der Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche hatte.

des Nationalsozialismus gegen Christentum und Kirche an, die Versuche einer kirchlichen Gleichschaltung, die öffentliche Propagierung eines Zerrbilds der Kirche (Sittenprozesse), die Verleumdung des Papsttums als Schuldigem am Weltkrieg, an Versailles, als Verbündetem Russlands und der Freimaurerei, die Verhinderung von Meinungs- und Pressefreiheit, die Rechtlosigkeit und die erpresserischen Zwangsmaßnahmen des Regimes sowie schließlich die Verpflichtung der Religionslehrer auf einen Unterricht im nationalsozialistischen Geist.

Auch der Freiburger Erzbischof Conrad Gröber unterstrich die allgegenwärtige Existenz eines Kulturkampfes, indem er dem nationalsozialistischen Staat ein langes Sündenregister vorhielt, um schließlich zu enden: „Wir erblicken auch darin eine Bevorzugung der Gegner des Christentums und der Kirche und eine Zurücksetzung und Mundtoterklärung der Christen und Katholiken. […] Man wirft uns Katholiken vor, daß wir den Kulturkampf an die Wand malen und im Ausland verkünden, obgleich von einem Kulturkampf in Deutschland nicht die Rede sein könne […], leider sind wir nicht in der Lage, die Tatsachen zu übersehen, die ohne unser Zutun dem Ausland ein Bild von den kirchlichen Verhältnissen in Deutschland unterbreiten, das den Eindruck eines heftigen Kulturkampfes erweckt. Was wir wollen, ist nur der Friede und die Freiheit, wie sie das Konkordat uns verbürgt und das Volk so lebensnotwendig braucht."



Ein neuer Kulturkampf? – Das bundesrepublikanische Ringen um die Schule

Der „eigentliche" badische Kulturkampf war im Wesentlichen ein Schulstreit gewesen. Was lag näher, als 100 Jahre später die wieder aufbrechenden Auseinandersetzungen um den Fortbestand der Konfessionsschule mit den alten Kulturkämpfen zu vergleichen und von einem neuen Kulturkampf zu sprechen? Wie in den 70er-Jahren des 19. Jahrhunderts wurde die Chiffre von beiden Seiten bedient. Da gab es ebenso „schwarze Kulturkämpfer" wie „rote Kulturkämpfer", die freilich allen Parteien angehören konnten. Der *SPIEGEL* sprach von einem „beispiellosen Kulturkampf", als 1965 „fast die gesamte Lehrerschaft Niedersachsens gegen Kirche und Konfessionsschule Front machte", während ein katholischer Bischof, als die baden-württembergische CDU/SPD-Regierung unter Hans Filbinger ein neues Schulgesetz erließ, das den Konfessionsschulen ein Ende bereitete und die christliche Gemeinschaftsschule zur einzigen Form der öffentlichen Grund- und Hauptschulen bestimmte, im *Echo der Zeit* das Jahr 1967 mit dem Jahr 1933 verglich: Die katholische Kirche, die damals „den Kulturkampf nicht riskierte", müsse heute „den aufgezwungenen Schulkampf als Teil des allgemeinen Kulturkampfes" führen. Doch der Kampf endete – anders als 100 Jahre zuvor – mit einer Niederlage der kirchlichen Position. War Deutschland – wie Karl Rahner SJ schrieb – ein „Heidenland mit christlicher Vergangenheit und christlichen Restbeständen" geworden? Oder zeigten sich nicht lediglich die Auflösungserscheinungen eines katholischen Milieus, das durch die gesellschaftliche Ghettoisierung der Katholiken im Kulturkampf entstanden war, das längst nicht mehr existierte?

Zum 60. Todestag erinnert Bischof Gebhard Fürst im März 2009 im Rottenburger Dom mit einem Gottesdienst an seinen Amtsvorgänger Bischof Joannes Baptista Sproll (1870–1949; Porträt). Als einziger deutscher Bischof war er von den Nationalsozialisten seines Bistums verwiesen worden, nachdem er zuvor schon drangsaliert worden war.



Der Freiburger Erzbischof Conrad Gröber (1872–1948) im Jahr 1934 auf dem Freiburger Münsterplatz.

Einwanderungsland – Kulturkampf im Kontext der „Wiederkehr der Religion“

Zuletzt tauchte der „Kulturkampf“ wieder im Zusammenhang mit den Diskussionen um den Islam auf. Stand hinter der Diskussion um Moscheen zunächst noch die Frage nach Gemeindebildung und Ermöglichung religiöser Vollzüge, so hatte der Streit um den Bau von Minaretten bereits eine andere Qualität: Jetzt ging es um den Öffentlichkeitscharakter einer Religion, die nicht mehr im „privaten“ Bereich einer Gemeinde gepflegt wurde, sondern für alle sicht- und hörbar (oder besser: nicht mehr überhörbar) war. Es ging nicht mehr um Ermöglichung, sondern um Etablierung, Demonstration einer anderen Religion – und Kultur. Hier hinein gehört auch der Kopftuchstreit. Der Islam hatte das Wechselverhältnis von aufgezwungenem Kampf von außen und Stärkung im Innern, den – historisch evidenten – Zusammenhang zwischen fruchtbarem „Märtyrertum“ (als Kehrseite des Bekenntnisses) und Kulturkampf erkannt. Wohl auch deshalb betonte er, mit dem „Kopftuchstreit“ sei in Deutschland eine Art „Kulturkampf“ entfacht worden.

Eine (vorerst) letzte Stufe des Ringens zwischen (noch) christlich geprägter Gesellschaft und Islam wurde im „Kruzifix-Streit“ erreicht. Was sich bereits im Kopftuchstreit angekündigt hatte, dass man (wieder) auch die Frage nach der Berechtigung von Ordensleuten bzw. Ordenstracht christlicher Gemeinschaften im öffentlichen Bereich stellte, wurde jetzt auf die Spitze getrieben: Die Defensive war endgültig verlassen, der Islam war in die Offensive übergegangen. Der Staat sollte zur Entscheidung gezwungen werden, entweder alle Religionen auf ein und dieselbe Stufe zu stellen, und zwar eben auch in ihren kulturellen Ausprägungen und ohne Rücksicht auf die geschichtliche Genese, oder zum säkularen Staat zu werden, der religiöse Symbole jeglicher Art verbietet.

Erinnerungsort Kulturkampf?

Die Geschichte zeigt bis heute die Anfälligkeit des Kulturkampfbegriffs für immer neue inhaltliche Füllungen. Der „Kulturkampf“ ist zur schnellen, handelbaren Alltagschiffre, zur billigen Münze verkommen, womit der verantwortete Gebrauch des Begriffs nicht einfacher, eher schwieriger, da komplexer geworden ist. Ob und inwieweit sich mit dem ins kulturelle Gedächtnis eingegrabenen Begriff überhaupt noch die Erinnerung an die „Kulturkampfzeit“ des 19. Jahrhunderts, an den „badischen Kulturkampf“ der 1860er- und 1870er-Jahre verbindet, ist eine offene Frage. Er transportiert wohl eher mentale Befindlichkeiten jenseits einer konkreten inhaltlichen Erinnerung. Ob er also als „Erinnerungsort“ überhaupt taugt? Es scheint, dass inzwischen überall dort von „Kulturkampf“ geredet wird, wo es in irgendeiner Weise um religiöse und politische Symbole, mithin um die Auseinandersetzungen zwischen religiösen „Fundamentalisten“ und „Liberalen“ geht. Längst wird auch von einem „Kulturkampf in der Türkei“ gesprochen. Damit hat der Begriff aber eine Wandlung durchgemacht: Er bezeichnet nicht mehr die Einschränkung historisch gewachsener, kulturell vermittelter kirchlicher Rechte und Interessen, sondern ist zum Begriff für die Auseinandersetzung um Symbole geworden. Freilich: Symbole stehen für Inhalte. Von daher beweist der Begriff – bei allen Diskontinuitäten – auch Kontinuität.



Ein mystischer Berg oberhalb der Stadt Asperg bei Ludwigsburg: Das Festungsgefängnis auf dem Hohenasperg ist Spiegelbild der deutschen Geschichte der letzten 200 Jahre, ihrer Kontinuitäten und Brüche, der Unterdrückungen der deutschen Freiheitsbewegungen im 19. Jahrhundert und wohl auch ein Symbol für die Macht der Herrschenden.

Der Hohenasperg

„Schwäbische Bastille“ und „Demokratenbuckel“ – ein politisches Gefängnis

Reinhold Weber

Der Volksmund in Württemberg wusste es: Der Hohenasperg sei der höchste Berg des Landes. Hinauf komme man schnell, aber oft dauere es Jahre, bis man wieder herunter komme. Die Warze sei er, die das schöne Antlitz Württembergs entstelle, so ein anderes Bonmot. Die Liste der Metaphern ist lang: schwäbische Bastille, Höllenpforte, Demokratenbuckel, Tränenberg oder Hausberg der schwäbischen Intelligenz. Ihren Ursprung haben sie in der Tatsache, dass der Hohenasperg ein politisches Gefängnis ist.
Dabei gibt die Frage, wer aus welchen Gründen eingesperrt wird, genauso viel Auskunft über die Ausübung staatlicher Macht wie die Frage, wem und warum Orden verliehen werden.

Im Lauf seiner Geschichte war der Hohenasperg keltischer Fürstensitz, Landesfestung, Militärstrafanstalt, Irrenhaus, TBC-Station, Gefängnis für den zivilen Strafvollzug, sozialtherapeutische Modellanstalt und Zentralkrankenhaus für den baden-württembergischen Strafvollzug. Seine Bedeutung als Erinnerungsort bezieht er aber aus der Tatsache, dass er untrennbar mit der staatlichen Unterdrückung des Kampfes um politische Rechte, Freiheit und Demokratie verbunden ist. Hier lässt sich die Entwicklung von Herrschaftspraxis genauso ablesen wie die schrittweise Zivilisierung von Recht und Justiz seit dem Zeitalter des Absolutismus. Hier lässt sich Machtausübung gegen politische oder gesellschaftliche Bewegungen aufzeigen.
Und hier begegnen sich staatliche Macht und Individuum im Spannungsfeld von Herrschaftssicherung und staatlicher Fürsorgepflicht.
Von daher rührt wohl auch die Bezeichnung „Schicksalsberg“. Darüber hinaus zeigen sich am Beispiel des Hohenasperg auch die Zivilisationsbrüche der deutschen Geschichte im Zeitalter des „Zweiten Dreißigjährigen Krieges“ zwischen 1914 und 1945, das die Wiederkehr staatlichen Terrors gegen politisch oder weltanschaulich Andersdenkende und ethnische Minderheiten brachte.





Bürgerliche Idylle um 1820 mit dem Blick von Südwesten auf den Hohenasperg. Wenige Jahre später sollte die Festung bereits aus allen Nähten platzen, als es darum ging, „demagogische Umtriebe“ und republikanische Ideen zu unterdrücken.

Erinnerungsort für Willkürjustiz

Etwa 15 000 Gefangene waren zwischen 1800 und 1945 auf dem Hohenasperg inhaftiert. Die meisten davon waren von Gerichten verurteilte gewöhnliche Verbrecher, Diebe, Straßenräuber, Betrüger, Gewalttäter und Mörder. Für die Bedeutung des Gefängnisses im kollektiven Gedächtnis der Deutschen sorgten jedoch diejenigen, die Opfer staatlicher Willkür waren. Joseph Süß Oppenheimer (gest. 1738), diffamierend Jud Süß genannt, war einer der frühesten prominenten Betroffenen. Der Finanzexperte des Herzogs Karl Alexander von Württemberg wurde nach dem Tod seines Herrschers zum Sündenbock für dessen Wirtschafts- und Finanzpolitik gemacht. Oppenheimer wurde Opfer eines Justizmordes, der die alten Eliten des Landes triumphieren ließ. Sein Schicksal diente unter anderem als historische Vorlage für Wilhelm Hauffs Novelle *Jud Süß* (1827), Lion Feuchtwangers Roman *Jud Süß* (1925) und schließlich für die propagandistische Ausbeutung im gleichnamigen antisemitischen Film des NS-Filmemachers Veit Harlan (1940).

Herzog Carl Eugen (1728–1793) war der württembergische Herrscher, der auf dem Hohenasperg am häufigsten persönlich Missliebige verschwinden ließ – und zwar ohne Verfahren und Urteil. Marianne Pirker (1717–1782) ist eines dieser Beispiele. Die erste Sängerin am Stuttgarter Hof und enge Vertraute der Herzogin, der sie wohl von den erotischen Eskapaden Carl Eugens berichtet hatte, saß acht lange Jahre in einer Einzelzelle auf dem Hohenasperg ein, bis ein Gnadengesuch Maria Theresias von Österreich erhört wurde. Aber da hatte die Sängerin bereits schwere Schäden an Körper und Geist erlitten und ihr größtes Kapital, ihre Stimme, verloren.

Der Hohenasperg war aus der Sicht der Herrschenden das adäquate Mittel, um politisch Opponierende, aber auch religiöse Separatisten wie beispielsweise radikale Pietisten auszuschalten und ihren Willen zu brechen. Das Staatsgefängnis war also Disziplinierungsanstalt, um gegen den Herrscherwillen Opponierende wegzusperren, zu züchtigen, zur Anpassung zu zwingen und gesellschaftskonform zu machen.

Der prominenteste Häftling war und ist sicherlich der Journalist, Dichter und Musiker Christian Friedrich Daniel Schubart (1739–1791). „Bei Schubart denkt man an den Hohenasperg, beim Hohenasperg an Schubart“, so resümiert sein Biograf Bernd Jürgen Warneken. Die zehn Jahre, die der wortgewaltige Streiter für Meinungsfreiheit auf dem Hohenasperg eingesessen hat, haben sich vor sein literarisches Gesamtwerk gestellt. Dafür hat Schubart den „Tränenbuckel“ geradezu zur Wallfahrtstätte für Freiheitsliebende gemacht. Hier wurde Schubart zum Idol der Anhänger der Revolution von 1848, die ihm in großer Zahl auf den „Tränenbuckel“ folgen sollten.

Es waren zwei besondere Charakterköpfe, die da aufeinandertrafen, und beide sind ohne einander kaum zu denken: Auf der einen Seite der hagere Herzog Carl Eugen, von manchen Zeitgenossen als Bildungsreformer geschätzt, aber vielen seiner Untertanen als Peiniger bekannt. Auf der anderen Seite der wuchtige Pfarrerssohn und höchst populäre Querdenker Schubart, der in seiner politisch-literarischen Wochenschrift *Deutsche Chronik* gegen den Herzog wetterte, dessen Lieblingsprojekt, die Hohe Carlsschule, er als „Sklavenplantage“ anprangerte und darüber hinaus auch gegen die Jesuiten schrieb, was ihn unter den katholischen Herrschern ganz Europas höchst unbeliebt machte. Ohne Anklage und ohne

Urteil kam Schubart 1777 nach einer auch von Zeitgenossen als skandalös gewerteten Entführung auf den Hohenasperg. Schubart, die „freie“ Luft der Reichsstädte Aalen und Ulm gewohnt, war von den Häschern des Herzogs nach Blaubeuren auf württembergisches Gebiet gelockt worden, um festgesetzt werden zu können. Die Motive des aufgeklärt-absolutistischen Herrschers sind nicht endgültig geklärt, aber anders als noch im Falle des Joseph Süß Oppenheimer ging es nun im Gefängnis der Aufklärung nicht mehr um körperliche Züchtigung und um ein öffentlich dargestelltes „abscheuliches Exempel“, sondern darum, die Gesellschaft „von diesem ansteckenden Gliede zu reinigen“. Keine Herrscherrache also, sondern Strafe zur Vorbeugung und zur Besserung mit landesväterlicher Erziehungsabsicht.

Zunächst „genoss“ Schubart auf dem Hohenasperg ein streng religiöses Erziehungsprogramm zur geistig-moralischen Disziplinierung. Nur Geistliche durften ihn besuchen, die Bibel war lange die einzig erlaubte Lektüre, das Schreiben war ihm am Anfang verboten. Die ersten 337 Tage seiner Haft verbrachte der Gepeinigte in strenger Isolierung in einer düsteren Einzelzelle im später nach ihm benannten Turm. Nach einem Jahr wurde die Haft gelockert – die Disziplinierung zeigte wohl „Erfolge“. Immer öfter schrieb und sprach Schubart nun von Reue und Gnade. Noch immer aber empörte sich der Staatsgefangene gegen Herrscherwillkür und schrieb sein Gedicht *Die Fürstengruft* (1780), das den jungen Schiller stark beeindruckte. Nun konnte der Delinquent auch wieder Besuche empfangen. Neben Schiller besuchte ihn auch der norddeutsche Aufklärer Friedrich Nicolai. Schubart wurde zum öffentlichen Häftling, seine Zelle zur Redaktionsstube.

„Ich tödtete nichts, was sich in meinem Kerker regte. Das Gewebe der Spinnen, ihre Triebe zum Fang und zur Nahrung – vertrieben mir ganze Stunden. Der leuchtende Wurm, der meine Wand bekroch, war mir nun ein lieber Gesellschafter bei Nacht“, schrieb Schubart im Rückblick auf seine Festungshaft. Die Tür zur unteren Zelle des Schubartturms ist eines der authentischen Objekte, die heute in der Erinnerungsstätte auf dem Hohenasperg gezeigt werden. Sie steht für Isolierhaft in einer düsteren Einzelzelle mit allen physischen und psychischen Folgen.

Er schrieb das Gedicht *Die Forelle*, in dem er vor allem in der letzten Strophe sein eigenes Schicksal thematisierte. Franz Schubert hat sie in seiner Vertonung von 1816/17 weggelassen.

Zum devoten Untertan hat sich der Rebell Schubart dennoch nicht beugen lassen. Zwar habe er alles auf dem Hohenasperg – bis auf seine Freiheit, schrieb er seiner Frau, aber sterben wolle er doch als der „alte Schubart“. Dennoch: Die beiden Kontrahenten, der Herzog und der politische Delinquent, arrangierten sich. In der Buchdruckerei der Hohen Carlsschule konnten die Werke des Dichters erscheinen – ein lukratives Geschäft für den Herrscher. 1787 schließlich entließ Carl Eugen seinen Intimfeind – nicht zuletzt auf den wachsenden öffentlichen Druck hin. Zugleich bot er ihm den Direktorenposten am Stuttgarter Hoftheater an. Schubart nahm die gut dotierte Stelle an und hatte noch vier Jahre Zeit für ein bürgerliches Leben – unter der Kontrolle des Herzogs.



„Ein gefangener Mann, ein armer Mann“, soll Friedrich Schiller im November 1781 gesagt haben, nachdem er Schubart auf dem Hohenasperg besucht hatte. Gleichwohl hat der wohl berühmteste Häftling auf dem Hohenasperg den jungen Dichter der Freiheit stark beeindruckt. Und Schiller wusste nun, was er sich knapp ein Jahr später mit seiner Flucht außer Landes ersparte.



„Wer Freiheit liebt, den sperrt man ein“

Der Satz des Arztes und Dichters Theobald Kerner (1817–1907), Sohn von Justinus Kerner, steht beispielhaft für das 19. Jahrhundert und seine Freiheitsbewegungen, die den eigentlichen Ruf des Hohenaspergs als „Demokratenbuckel“ und politisches Gefängnis begründet haben. Wann aber ist ein Gefängnis oder ein Häftling „politisch“? Man wird die Entscheidung über diese Frage nicht nur den Herrschenden oder der Justiz überlassen dürfen, die bisweilen dazu neigen, politisch Opponierende als „gewöhnliche Verbrecher“ zu stigmatiseren. Vielmehr wird man im Sinne einer verstehenden Annäherung den „Tätern“, die sich selbst als politische Häftlinge verstanden, ihre wie auch immer gelagerte politische Motivation zugestehen müssen. Gleichsam „politisch“ ist ein Häftling aber natürlich auch dann, wenn er über seine bloße Tat hinaus politische Bedeutung erlangt und damit Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft hat. Für die allermeisten der politisch Verfolgten und Inhaftierten auf dem Hohenasperg trifft dies sicherlich zu.

In den 1820er-Jahren begann der württembergische König, verstärkt die Karlsbader Beschlüsse von 1819 umzusetzen. Es war die Reaktion der Fürsten auf die nationalpatriotische Burschenschaftsbewegung und auf die Ermordung des Schriftstellers August von Kotzebue im März 1819 in Mannheim durch den Burschenschafter Karl Ludwig Sand. In der Praxis ging es um die verschärfte Überwachung der Universitäten, um Buch- und Pressezensur, generell um die Unterdrückung „demagogischer Umtriebe“. Der Hohenasperg wurde nun zum Untersuchungsgefängnis und zum Sitz von mehreren Untersuchungskommissionen gegen ganze Gruppen mit „staatsverbrecherischer Gesinnung“. Unter den zahlreichen Arrestanten war 1836 unter anderem auch der Philosophiestudent Berthold Auerbach (1812–1882), der später als Dichter bedeutend werden sollte.

Eines der prominenten Opfer dieser Zeit der Restauration („Vormärz“) bis zur Märzrevolution 1848 war 1825 auch der Reutlinger Staatsreformer, Beamtenkritiker und spätere Wirtschaftstheoretiker und Eisenbahnpionier Friedrich List (1789–1846), der sich nach seiner Haft durch das oftmals gebrauchte „Ventil“ der Auswanderung in die USA weiterer Verfolgung entziehen konnte. Wenige Jahre später, 1833, ging es gegen eine groß angelegte Verschwörung rund um die Rädelsführer Oberleutnant Ernst Ludwig Koseritz, selbst ehemaliger Kommandant auf dem Hohenasperg, den Stuttgarter Buchhändler Friedrich Gottlob Franckh und Georg David Hardegg aus Eglosheim (Ludwigsburg), die, von revolutionären Ideen des radikaldemokratischen Klubs *Les amis du peuple* angesteckt, einen Volksaufstand in Württemberg geplant hatten. 17 Offiziere und 30 Zivilisten wurden von einer erneut eingesetzten Kommission verurteilt. Interessant sind auch hier die weiteren „Karrieren“ der Rädelsführer: Koseritz wanderte in die USA aus, Hardegg ging mit der „Deutschen Tempelgesellschaft“ nach Haifa und Franckh gründete noch auf dem Hohenasperg einen rasch florierenden Verlag.

Gericht über die 1848/49er-Revolution

Wie in einem großen Hotel in der Hochsaison muss es in den Jahren 1849 und 1850 auf dem Hohenasperg zugegangen sein, „täglich neue Gäste, lebhafteste Unterhaltung“. So hat der Historiker Theodor Schön in seiner Ende des 19. Jahrhunderts erschienenen Geschichte des Hohenaspergs die Lage in der Festung charakterisiert. Wieder war es eine Kommission, die akribisch die Auswüchse der Revolution in Württemberg bekämpfte und dazu gegen rund 4500 Personen ermittelte. Eng wurde es nun im Gefängnis und immer weiter wurde es ausgebaut, denn etwa 400 politische männliche Häftlinge kamen auf den Hohenasperg – die Frauen kamen in ein Gefängnis im nahe gelegenen Markgröningen. Es waren Lehrer, Buchhalter, Bauern, Soldaten, Handwerker, Gastwirte und Arbeiter, aber auch Pfarrer, Schriftsteller und Redakteure, Fabrikanten und Kaufleute – kurz: ein Querschnitt der Revolutionäre von 1848/49. Zeitweise waren über hundert Häftlinge gleichzeitig unterzubringen. Die prominentesten darunter waren der Gaildorfer Glasfabrikant und republikanische Agitator Gottlieb Rau (1816–1854), der es geschafft hatte, auf seinen Versammlungen Tausende zusammenzubringen. Im September 1848 hatte er in Rottweil zum „Marsch auf Cannstatt“ aufgerufen, um den König abzusetzen und die Republik auszurufen. Auch den (nicht mit dem viel bekannteren, gleichnamigen, aber ein Jahr älteren Pfarrer und Gründer der „Wernerschen Anstalten“ zu verwechselnden) Stuttgarter Menageriebesitzer, prominenten „Demokraten„ und Anhänger Raus Gustav Werner (1810–1870), der einen Papagei gelehrt hatte, den Namen des badischen Revolutionärs Hecker zu krächzen, traf es genauso wie Gustav Adolf Rösler (1818–1855), Mitglied der Deutschen Nationalversammlung in Frankfurt und Stuttgart, der wegen seiner bunten Kleidung auch als „Reichskanarienvogel“ verspottet wurde.

Die politische Verfolgung traf auch Fürst Constantin von Waldburg-Zeil-Trauchburg (1807–1862), den „roten Fürsten“, der nach einer politischen Kehrtwende vom Verfechter adeliger Vorrechte zum Vorkämpfer für Bauernrechte und für die Trennung von Staat und Kirche geworden war. Wegen Beleidigung der Staatsgewalt wurde er 1849 zu fünf Monaten Haft auf dem Hohenasperg verurteilt. Wie die allermeisten der politischen Häftlinge konnte er dort die „Festungsfreiheit“ genießen, die sich seit den 1830er-Jahren schrittweise durchgesetzt hatte. Unterschieden wurde damit nun zwischen herkömmlichen Straftätern einerseits und politischen Häftlingen höheren Standes oder besserer Bildung andererseits. Diese Festungsarrestanten konnten sich auf dem Hohenasperg frei bewegen, eigene Kleidung tragen und sich selbst verpflegen, Besucher empfangen, schreiben und sogar die Wirtschaften innerhalb der Festung besuchen. Dafür musste die Unterkunft von den Gefangenen in Form von „Zimmergeld“ und „Bettzins“ selbst bezahlt werden. Der „rote Fürst“ soll sogar mit 250 Koffern und eigenen Möbeln angereist sein. Beeindruckend ist auch die Liste der Luxuswaren, die er sich während seiner Haftzeit aus Stuttgart anliefern ließ, vor allem Wurst, Wein und Zigarren. Oppositionelle Volksnähe verlangte keineswegs den Verzicht auf Luxus.



Auf einer Karikatur aus dem Jahr 1848 wird Gustav Adolf Rösler, der oft mit grober Häme agierende Parlamentarier, selbst verspottet – wegen seiner auffällig farbigen Kleidung als „Reichskanarienvogel“. Zwei Mal wurde der Teilnehmer am badischen Aufstand auf den Hohenasperg verbracht. Schließlich gelang ihm mit Hilfe seiner Frau die Flucht in die Schweiz.

„Da droben sitzt die Demokratenbrut“

Man wird betonen müssen, dass die meisten der „1848er“ nicht wegen ihrer eigentlichen politischen Betätigung in Arrest gekommen waren, sondern wegen „Ungehorsamsverfahren“ oder „Preßvergehen“, also Beleidigung der Staatsmacht, Verleumdungsklagen oder wegen kritischer (bzw. satirischer) Presseberichte. Politisch war das allemal – und die Opfer dieser politischen Justiz sahen sich natürlich keineswegs als Verbrecher, sondern allenfalls als Besiegte in einem mit harten Bandagen geführten politischen Kampf.

In der nachrevolutionären Zeit ging die Zahl der politischen Häftlinge auf dem Hohenasperg stetig zurück. Meist traf es nun die als Demokraten verpönten Aktiven der Württembergischen Volkspartei. Allein sechs Mal fuhr Karl Mayer auf den Hohenasperg ein, ein alter „1848er“ und Mitbegründer der Partei, der zuvor schon einer Strafe von 20 Jahren Zuchthaus durch die Flucht in die Schweiz entkommen war. Der Haftgrund war immer derselbe – „Ehrenkränkung“ – und das Organ der Tat war der *Beobachter*, die Zeitung der Demokraten, Föderalisten und Preußenhasser, aufgrund ihrer oppositionellen Funktion als Beschwerdeblatt auch „Landesspucknapf“ genannt. Die Haft dauerte mal sechs, mal acht Tage, ein Mal auch einen Monat. Auch den Schriftsteller, Journalisten und Revolutionär Ludwig Pfau, den Begründer des Satireblatts *Eulenspiegel*, erwischte es.

Der Unterschied zu den früheren Festungshäftlingen, die noch gänzlich ausgeschaltet und weggesperrt werden sollten, war der, dass es nun um politisches Urteilen, um Gängelung und Domestizierungsversuche zur inneren Sicherung des monarchischen Obrigkeitsstaates ging, der ja konstitutionelle Monarchie und damit ein Rechtsstaat war. Im Gegenzug wussten die Düpierten mit der Haft entsprechend umzugehen. So mancher Demokrat würzte hier seine politische Karriere mit einer Prise Märtyrer- und Heroentum. Die Haftzeiten wurden wie ein Ehrerweis vor sich hergetragen und gehörten wie selbstverständlich in die Biografie eines aufrechten Demokraten – oder sie wurden zumindest mit viel Humor und Ironie getragen, wie es der deutsch-katholische Prediger Friedrich Albrecht vormachte, als er 1866 über seine achttägige Haft auf dem Hohenasperg schrieb: „Ich habe in meinem Leben noch nie ein Zimmer mit so herrlicher Aussicht bewohnt. […]. Hätte mir der Arzt meiner Gesundheit willen eine Luftveränderung anempfohlen, ich hätte mir keinen billigeren und angenehmeren Aufenthalt wählen können, wie den hier auf Hohenasperg.“ Man wird die Haftbedingungen und das Unterdrückungspotenzial des Hohenasperg gleichwohl nicht bagatellisieren dürfen.

Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts wurde es ruhiger auf dem Hohenasperg, schon weil das Bismarck’sche Sozialistengesetz von 1878 in Württemberg mit seinem milden politischen Klima weitaus weniger scharf gehandhabt wurde als



Würste, Wein und Zigarren wurden auf dem Hohenasperg angeliefert, Austern, Kaviar und andere Luxusartikel empfahl der Lieferant aus Stuttgart, als Constantin von Waldburg-Zeil seine Haftzeit absaß – mit allen Privilegien, die ein politischer Häftling höheren Standes im Vergleich zum gewöhnlichen Verbrecher genoss. Aber auch wenn dumpfe Kerker geräumigen Zimmern gewichen waren, so wird man den „roten Fürsten“ nicht auf die Wahrnehmung eines Luxushäftlings in biedermeierlicher Gefängnisidylle reduzieren dürfen. Hochpolitisch war sein Handeln allemal. Die Gouache aus den Jahren 1850/51 stammt vermutlich von der Tochter des Fürsten, Gräfin Anna von Waldburg-Zeil.

etwa in Preußen. Erst die großen ideologischen Auseinandersetzungen und der Einbruch von Gewalt und Barbarei in der Epoche der beiden Weltkriege von 1914 bis 1945 brachte dem Hohenasperg erneut Willkür, Terror und physische Gewalt.

Im „Zeitalter der Extreme“

Die Asperger sind heute stolz auf ihren „Demokratenbuckel“, insofern er ein Symbol für Freiheitsliebe und Kampf für die Demokratie ist. Sie wissen aber auch um die dunklen Seiten der Geschichte des Festungsgefängnisses, in der sich die Extreme des 20. Jahrhunderts widerspiegeln: Krieg, staatliche Gewalt und Barbarei, Rassenwahn sowie das gewaltsame Aufeinanderprallen der extremen politischen Ideologien.

Während des Ersten Weltkriegs waren, wie schon 1796 und 1870/71, französische Kriegsgefangene auf dem Hohenasperg untergebracht. Die ersten kamen schon im August 1914, gleich nach Ausbruch der „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“. Das „traurige Privileg“ eines Kriegsgefangenen sei es nun, so der inhaftierte Karikaturist Charles Braemer aus Saint-Etienne, durch Gitterstäbe von der Welt abgeschnitten zu sein, in der der Krieg tobte.

Zunächst durften die Kriegsgefangenen gemäß der Haager Landkriegsordnung nicht für die Kriegswirtschaft eingesetzt werden. Zunehmend wurde aber auch diese völkerrechtliche Regelung unterlaufen und der Arbeitskräftemangel erst in der Landwirtschaft und unter zunehmend schlechteren Bedingungen auch in der Rüstungsindustrie durch Zwangsarbeit der Kriegsgefangenen ausgeglichen.

In der Zwischenkriegszeit und im „Dritten Reich“ wurde erneut deutlich, wie Willkürjustiz als Mittel der Herrschaftspraxis eingesetzt wurde. Unter der Perspektive einer geradezu tragischen Ironie ist der Zentrumspolitiker Eugen Bolz (1881–1945) zu sehen, der als württembergischer Justizminister Anfang der 1920er-Jahre selbst das neu geschaffene Instrument der „Schutzhaft“ als „Zwangs- oder Vorbeugungsmittel zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit“ ohne richterliche Anordnung gegen Kommunisten wie Walter Häbich (1904–1934) einsetzte und rechtfertigte. Bolz gestaltete die junge Weimarer Demokratie in Württemberg als durchaus wehrhaft gegen Linksextreme aus, die Gefahr von rechts aber unterschätzte er. Wiederholt wehrte er sich gegen die restriktive Auslegung des Republikschutzgesetzes in Württemberg, wohlwissend, dass er das Land damit zum Eldorado für rund einhundert rechtsradikale Verbände und ihre in anderen Teilen des Reiches „verbotenen Agitatoren“ machte.

Die Nationalsozialisten, die sofort nach der Machtübergabe massenhaft vom Einschüchterungsmittel „Schutzhaft“ Gebrauch machten, schlugen nun gegen beide Gegner zurück. Walter Häbich, der nach 1923 auch 1925 und 1932 nochmals auf dem Hohenasperg gewesen war, wurde im Juni 1934 im Konzentrationslager Dachau ermordet. Eugen Bolz wurde am 19. Juni 1933 in „Schutzhaft“ genommen und auf den Hohenasperg verbracht, den die Nationalsozialisten neben den Lagern auf dem Heuberg bei Stetten am kalten Markt, Ulm (Oberer Kuhberg) und Welzheim zur Internierung ihrer politischen und weltanschaulichen Gegner nutzten. Bolz kam am 12. Juli frei, nachdem seine Partei, das Zentrum, ihre „freiwillige“ Auflösung an die Entlassung ihres Spitzenpolitikers knüpfte. Im Januar 1945 wurde Bolz von den Nationalsozialisten hingerichtet, weil er auf der Liste der Verschwörer des 20. Juli 1944 für die Zeit nach dem Umsturz als Innenminister geführt worden war.

Logistischer Ausgangspunkt für die Vernichtung der Sinti und Roma

Seit 1936 arbeitete im NS-Reichsgesundheitsministerium eine „Rassenhygienische und bevölkerungsbiologische Forschungsstelle“, deren Ziel es war, den Rassenwahn der Nationalsozialisten gegen Sinti und Roma umzusetzen und die als „Zigeuner“ und „Zigeunermischlinge“ Definierten im Reich zu erfassen und zu untersuchen. Die Ergebnisse dieser „Forschungsstelle“ unter Robert Ritter, der seine „wissenschaftlichen“ Theorien zwischen 1932 und 1935 an der Jugendabteilung der Psychiatrie der Universität Tübingen entwickelt hatte, wurden zur Grundlage der „endgültigen Lösung der Zigeunerfrage“, die Heinrich Himmler bereits 1938 angekündigt hatte. Im April 1940 befahl der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei, Heinrich Himmler, die erste Deportation von zunächst 2500 Sinti und Roma aus ganz Deutschland nach Polen. Für die Nummern 2000 bis 2500 auf den Deportationslisten war die Kriminalpolizeileitstelle Stuttgart zuständig, die als „Sammellager“ den Hohenasperg bestimmte. Das Gefängnis diente nun als Zwischenstation für Sinti und Roma aus Mainz, Ingelheim und Worms und damit als einer der logistischen Ausgangspunkte für den Völkermord an den Sinti und Roma. Die Deportation der Sinti und Roma war die



19. Juni 1933, vor dem Polizeipräsidium und der späteren Gestapo-Zentrale (ehemaliges Hotel Silber) in der Stuttgarter Dorotheenstraße:
Eugen Bolz (sitzend im Auto mit Hut) wird von den Nationalsozialisten abgeführt und auf den Hohenasperg verbracht. SA- und SS-Leute hatten Sprechchöre organisiert („Nieder mit Bolz!“).
Bolz wurde mit Pferdemist und faulen Eiern beworfen. Die Polizei schritt nicht ein.
Die perfide offizielle Presseerklärung am nächsten Tag lautete: „Da die persönliche Sicherheit nicht mehr gewährleistet werden konnte, hat es Herr Bolz selbst vorgezogen, in Schutzhaft genommen zu werden. Nur mit Mühe gelang sein Abtransport.“

Generalprobe für den nationalsozialistischen Massenmord – akribisch geplant und von den Beamten schriftlich und fotografisch festgehalten. Die allermeisten der Verschleppten erwartete der Tod in den Gaskammern der Vernichtungslager. Bis Anfang 1943 wurde der Hohenasperg als Durchgangsstation für deportierte Sinti- und Roma-Familien genutzt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg diente die Festung den US-Amerikanern unter hygienisch prekären Verhältnissen und mit schwieriger Nahrungsmittelversorgung als Internierungslager für NSDAP-Mitglieder, die dem „Automatic Arrest“ der US-amerikanischen Entnazifizierung unterlagen. Aber auch Angehörige des diplomatischen Dienstes und Mitglieder deutscher Schiffsbesatzungen, die aus dem Ausland nach Deutschland „repatriiert“ worden waren, kamen nun auf den Hohenasperg.

Gefängniskrankenhaus und sozialtherapeutische Anstalt

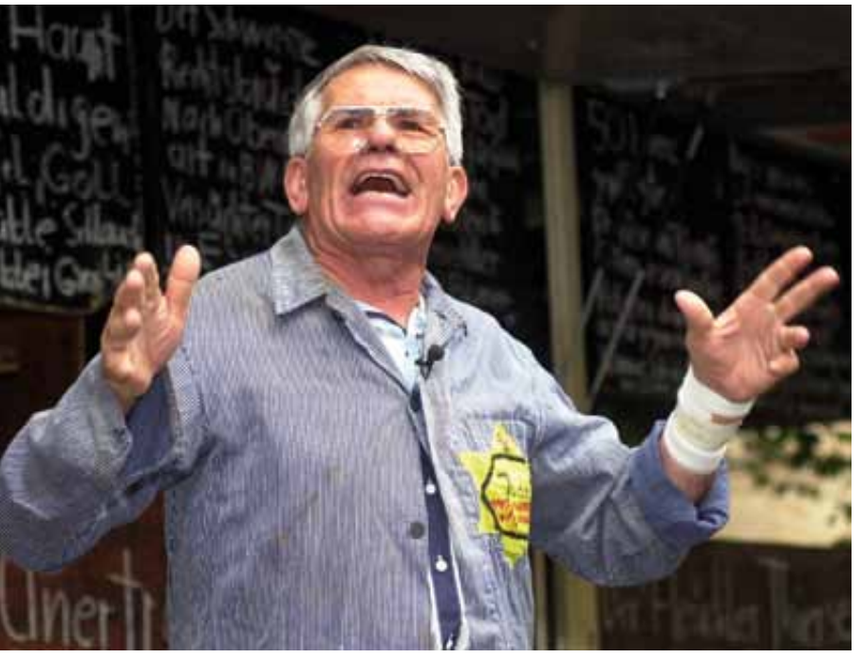
Noch bis 1968 fand in dem Gefängnis auf dem Hohenasperg der Normalvollzug von Gefängnisstrafen statt, schon seit 1953 aber war der Umbau zum Zentralkrankenhaus für alle baden-württembergischen Vollzugsanstalten abgeschlossen. Seit dem Ende der 1960er-Jahre wurde dann auch eine „Psychopathenabteilung“ eingerichtet, die sich zur sozialtherapeutischen Modellanstalt entwickelte.

Seit der Übergabe des Gefängnisses an die deutsche Justizverwaltung im April 1948 sind die Häftlinge der Nachkriegszeit nicht mehr in die Tradition der unterdrückten Freiheitsbewegungen einzuordnen. Als „politisch“ im weitesten Sinne sind manche von ihnen dennoch zu werten, sieht man von „gewöhnlichen“ erkrankten Gewaltverbrechern ab, die hier im Zentralkrankenhaus der baden-württembergischen Justiz behandelt wurden. Aber auch hier gibt es Superlative zu nennen wie den besonders brutalen Serienmörder Heinrich Pommerenke (1937–2008), der seit 1960 bis zu seinem Tod inhaftiert war und damit der bislang am längsten einsitzende Häftling der Bundesrepublik Deutschlands ist.

Nicht der berühmteste, wohl aber der berüchtigste Häftling auf dem Hohenasperg war der SS-Funktionär und Holocaust-Massenmörder Karl Jäger (1888–1959). Der lange Zeit – wenn auch nicht mit allem Nachdruck – gesuchte Kommandeur eines Einsatzkommandos des Sicherheitsdienstes (SD) in Litauen, der für über 137 000 akribisch schriftlich belegte Ermordungen (vorwiegend von Juden) verantwortlich war, wurde erst 1959 aufgrund der Recherchen der inzwischen eingerichteten „Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen

Nachdem fast 500 Sinti und Roma
eine Woche lang im „Sammellager“ auf dem
Hohenasperg eingepfercht worden waren,
wurden sie am 22. Mai 1940 durch die Stadt Asperg
zum Bahnhof geführt, von wo aus
die Deportationszüge in die Ghettos und
Konzentrationslager im besetzten Polen starteten.
Die zuständige Kripo-Stelle notierte:
„Der Abtransport ging glatt vonstatten.“
Weder die Verhaftungen noch der Abtransport
der Sinti und Roma geschahen
im Verborgenen, sondern am helllichten Tag.





Wo immer der in seiner Kindheit als „Halbjude“ drangsalierte Helmut Palmer antisemitische Tendenzen witterte, schlug er zurück: Hier demonstriert der bereits krebskranke „Remstal-Rebell“, Bürgerrechtler, Schriftsteller und Pomologe, selbst zweimaliger Häftling auf dem Hohenasperg, im August 2000 lautstark und in Häftlingskleidung mit Judenstern gegen die gegen ihn verhängte Freiheitsstrafe wegen Beamtenbeleidigung.

zur Aufklärung der NS-Verbrechen“ in Ludwigsburg verhaftet und kam auf den Hohenasperg in Untersuchungshaft, wo er sich – weiterhin uneinsichtig – wenig später das Leben nahm. Jäger war aber keinesfalls der einzige NS-Verbrecher, der auf dem Hohenasperg saß. Auch Josef Schwammberger (1912–2004), Leiter des Ghettos in Przemyśl und des KZ Mielec, der 1992 wegen Mordes und Beihilfe zum Mord an 650 Menschen zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt worden war, starb im Gefängniskrankenhaus Hohenasperg.

In der Zeit des RAF-Terrors

Der Hohenasperg war aber in seiner Funktion als Justizvollzugskrankenhaus nicht nur unmittelbar in die Geschichte der juristischen Aufarbeitung von NS-Verbrechen verwoben, sondern auch in die größte Herausforderung der alten Bundesrepublik in Form des Terrors der Roten Armee Fraktion (RAF). Auch hier wird man den Tätern ihre politischen Motive nicht absprechen können und das Gefängnis darüber hinaus auch als „politisches Gefängnis“ werten können, weil hier, ähnlich wie in Stammheim und anderen Gefängnissen, in denen RAF-Terroristen inhaftiert waren, besondere Haftbedingungen und Sicherheitsvorkehrungen getroffen wurden. Neben Irmgard Möller (geb. 1947), die nach der „Todesnacht von Stammheim“ zur Rekonvaleszenz in das im RAF-Jargon „Knastklinik“ genannte Gefängniskrankenhaus auf den Hohenasperg kam, wurde der gebürtige Karlsruher Günter Sonnenberg (geb. 1954), der mutmaßliche Mittäter bei den Morden an Generalbundesanwalt Siegfried Buback und seinen Begleitern, der 1977 bei seiner Festnahme einen Kopfschuss erlitten hatte, mehrmals in das Justizvollzugskrankenhaus gebracht. Die massiven Sicherheitsvorkehrungen auf dem Hohenasperg – allein acht Beamte, die den Terroristen bewachten, monatelanges ununterbrochenes Licht in der Einzelzelle und die Zwangsernährung bei dem hungerstreikenden Sonnenberg – zeigen, wie sehr sich der Staat im „Deutschen Herbst“ 1977 von der RAF bedroht sah und wie die Repräsentanten des Staates von der mörderischen Militanz der RAF überrascht und teilweise auch überfordert worden waren. Geiselnahmen zur Freipressung von Inhaftierten, die Politisierung der Strafprozesse, Hungerstreiks zur Durchsetzung von Forderungen und andere Formen der Provokation des staatlichen Gewaltmonopols bzw. der staatlichen Fürsorgepflicht waren im Erfahrungshaushalt der Bundesrepublik der 1970er-Jahre schlichtweg nicht vorhanden. Der RAF gelang es, nicht nur den Vorwurf der „Isolationsfolter“ in der Diskussion der bundesdeutschen Öffentlichkeit zu halten, sondern mit Raffinesse auch immer wieder eine Justiz am Rande der Überforderung vorführen zu können.

Der „Remstal-Rebell“ Helmut Palmer

Fast schon als eigenständiger „Erinnerungsort“ ist der „Remstal-Rebell“ Helmut Palmer (1930–2004) zu werten, für die einen „Bruddler“, Berufsquerulant und Dauerdemonstrant, für die anderen Bürgerrechtler und Vorgänger des modernen „Wutbürgers“, auf alle Fälle aber Sinnbild altwürttembergischer Protest- und Partizipationskultur mit fast religiös zu nennendem Eifer. Als Einzelkämpfer hat der „politische

Pomologe“ (*Obstbau und Politik aus Passion* lautet einer seiner Buchtitel) bei über 250 Wahlen in Baden-Württemberg kandidiert. 1974 wäre er beinahe Oberbürgermeister in Schwäbisch Hall geworden. Auf den Hohenasperg kam er zwei Mal: Das erste Mal 1963 in die psychiatrische Abteilung wegen mehrerer Beamtenbeleidigungen und tätlicher Auseinandersetzungen im Gerichtsgefängnis, das zweite Mal im Jahr 2000, weil er sich weigerte, eine Geldbuße von 1000 Mark zu bezahlen, die er zusammen mit einer dreimonatigen Freiheitsstrafe auf Bewährung erhalten hatte, weil er einen Gerichtsbeamten mit der Frage „Welche Nazi-Muttermilch hast Du gesoffen?“ beschimpft hatte. Dem schwer krebskranken und frisch operierten Palmer wurde Haftfähigkeit und dem Vollzugskrankenhaus Hohenasperg Tauglichkeit für die Aufnahme eines Krebspatienten attestiert. Gnadengesuche etwa von Rezzo Schlauch (dem damaligen Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der Grünen) oder von Stuttgarts Alt-Oberbürgermeister Manfred Rommel wurden von der Landesregierung nicht erhört.

Erinnerungsstätte Hohenasperg

Die Erinnerungsgeschichte des Hohenasperg reicht bis in die 1930er-Jahre zurück, als erste Initiativen begannen, die Kasematten der Festung „zur Hebung des Fremdenverkehrs“ zugänglich zu machen. In diesem Zuge wurde auch eine kleine Ausstellung eingerichtet. Ausgerechnet im „Dritten Reich“ und ausgerechnet zu Schubart wurde dann 1939, im Jahr des 200. Geburtstag des herrschaftskritischen Dichters, die erste größere Ausstellung auf dem Hohenasperg gezeigt. Erst in den 1970er- und 1980er-Jahren verdichteten sich weitergehende Pläne zur Einrichtung eines großen Museums auf dem „Demokratenbuckel“. Sie scheiterten immer wieder am vermeintlichen Geldmangel für den Bau eines dann notwendig werdenden neuen Gefängniskrankenhauses.

1996 wurde mit der Gründung des Fördervereins Hohenasperg ein wichtiger Schritt getan, dem 1998, dem Jubiläumsjahr der 1848er-Revolution, die Sonderausstellung *Auf den Bergen ist Freiheit* des Hauses der Geschichte Baden-Württemberg folgte. Weitere zehn Jahre später fiel schließlich der Beschluss zur Einrichtung einer Erinnerungsstätte, die seit Juli 2010 unter dem Titel *Hohenasperg – ein deutsches Gefängnis* im ehemaligen Arsenalbau des Gefängnisses anhand von 22 Häftlingsbiografien die Entwicklung von drei Jahrhunderten Strafvollzug zeigt, die aber eben auch die Geschichte hart erkämpfter politischer Freiheit, die Ausgrenzung von Randgruppen und Minderheiten sowie den Umgang mit abweichendem Verhalten reflektiert. Die eigenartige Stimmung, die sich beim Zugang zu der Erinnerungsstätte einstellt, weil der Hohenasperg neben dem Museum noch immer auch das Gefängniskrankenhaus beheimatet, soll noch bis 2016 zu spüren sein. Zu diesem Zeitpunkt ist der Umzug der Vollzugsklinik nach Stammheim geplant – einem anderen Erinnerungsort von nationaler Bedeutung.

Im Juli 2010 wurde die neue Dauerausstellung des Hauses der Geschichte Baden-Württemberg auf dem Hohenasperg eröffnet. Dichter, Revolutionäre, Regimegegner, aber auch Terroristen und Verbrecher saßen in dem „deutschen Gefängnis“ ein, wie es die Ausstellungsmacher griffig nennen.





Blick auf Lörrach heute – neben St. Blasien einer der frühesten Fabrikorte auf deutschem Boden. Deren industrielle Entwicklung ist nur aus länderübergreifender Sicht zu erklären, denn Mülhausen (Elsass) und Basel (Schweiz) beeinflussten die Entstehung und Entfaltung der Industrie wesentlich – im Dreiländereck, in Baden und weit darüber hinaus.

„… in Lörrach die Fabrik“

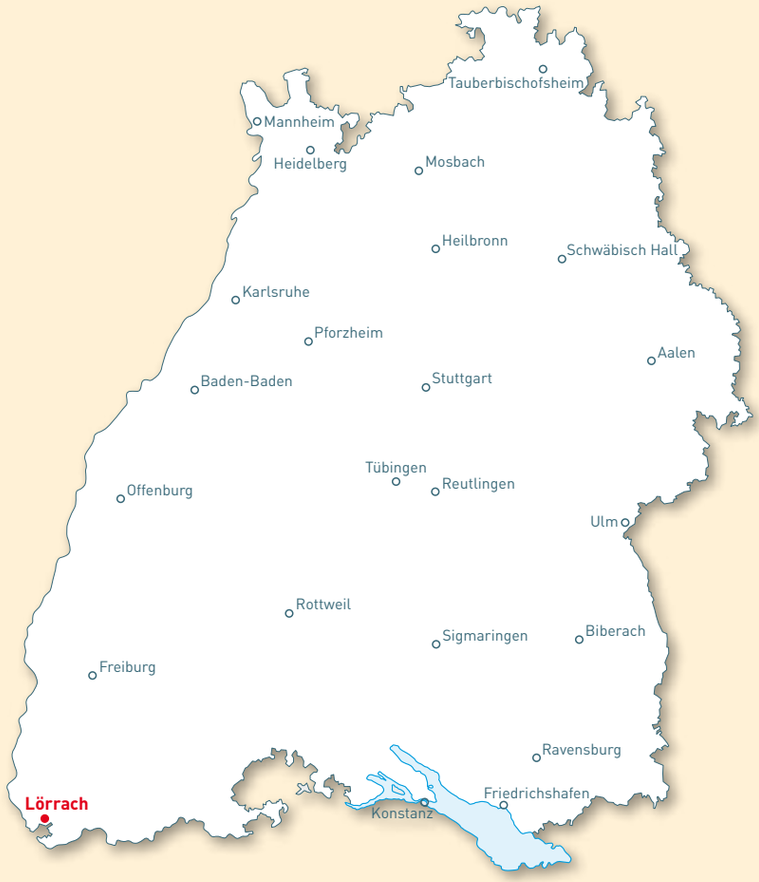
Industrialisierung am Oberrhein

Hermann Schäfer

Die Industrialisierung am Oberrhein begann Anfang des 19. Jahrhunderts und ist ohne den Einfluss der Nachbarn Schweiz und Elsass nicht denkbar. Basel und Zürich sowie Mülhausen und deren Unternehmer waren besonders einflussreich. Diese Entwicklung setzte im Südwesten ein und erreichte erst später die nördlicheren Teile Badens. Lörrach und St. Blasien zählen zu den ersten Orten industrieller Initiativen überhaupt in Deutschland, auch wenn die Industrialisierung insgesamt in Baden später einsetzte als in Sachsen und am Niederrhein. Einen Schub brachte in den 1830er-Jahren der Beitritt Badens zum Deutschen Zollverein. Der Eisenbahnbau und die Schiffbarmachung des Rheins waren danach wichtige infrastrukturelle Maßnahmen, die vor allem Mannheim ab der Jahrhundertmitte zur besungenen Wirtschaftsmetropole Badens wachsen ließen.

Lieder und Liedtexte sind nicht selten Spiegel ihrer Entstehungsgeschichte. Auch das *Badnerlied* hat viele, meist vergessene historische Bezüge und könnte genauso gut als ein eigener Erinnerungsort betrachtet werden. Wäre es Anfang des 19. Jahrhunderts entstanden, hätte gewiss niemand eine Fabrik in Mannheim besungen. Denn die Stadt der Quadrate war damals mehr Residenz- und Festungsstadt als Gewerbe-, geschweige denn Industriestadt – auch wenn Karl Drais hier 1817 seine Laufmaschine entwickelte. Die Industrialisierung, also die Einführung von Arbeitsmaschinen in die Produktion, begann in Baden tatsächlich am südlichen Oberrhein Anfang des 19. Jahrhunderts: im rechtsrheinischen Lörrach und gleichzeitig, etwa 50 km von dort, tief im Schwarzwald, im ehemaligen Kloster St. Blasien. Die entsprechende Strophe des *Badnerliedes* hätte Anfang des 19. Jahrhunderts also eher gelautet:

In Karlsruh’ ist die Residenz,
in Lörrach die Fabrik,
in Rastatt ist die Festung,
und das ist Badens Glück!



In Lörrach fanden 1808 die Gebäude einer ehemaligen Manufaktur das Interesse potenter Investoren, der Brüder Johann Jacob und Christian Merian, der wohl reichsten Kaufleute Basels, und Nicolas Koechlins, einem der führenden Unternehmer aus dem elsässischen Mülhausen. Die Merians besaßen ein großes Handelshaus und waren bereits an mehreren Fabriken beteiligt, unter anderem an Baumwolldruckereien Koechlins in Mülhausen. Gemeinsam waren sie bereit, in den Lörracher Betrieb zu investieren, um ihn auszubauen und zu mechanisieren. Dieser hatte zwar seit den 1770er-Jahren floriert und in den 1780ern sogar über 400 Menschen beschäftigt, war jedoch infolge der Revolutionskriege der 1790er-Jahre in große Schwierigkeiten geraten, danach aus vielfältigen Gründen – gewachsene Konkurrenz, Handelshemmnisse und Blockadepolitik, fehlende Investitionsmittel – nicht mehr auf die Beine gekommen und hatte schließlich vier Jahre stillgelegen. Im Mai 1808 wurde die neue „Großherzoglich-badische gnädigst privilegierte Zitz- und Cottonfabrik in Lörrach“ unter Leitung von Nicolas Koechlins Bruder Peter gegründet. Bereits im Jahr darauf wurde eine erste neue, nach englischem Patent konstruierte Walzendruckmaschine eingebaut. Diese Rouleauxdruckmaschine brachte Peter Koechlin aus Mülhausen nach Lörrach, weitere folgten, so dass ab 1809 die ehemalige Manufaktur die Qualität einer industriellen Fabrik erhielt und bereits wieder 200 bis 300 Menschen beschäftigte. Die Geschäfte liefen bestens und hatten wohl im Frühjahr 1810 ihren Höhepunkt erreicht.

In den 1820er-Jahren expandierte das Unternehmen mit der Gründung von Filialwebereien und Spinnereien in Steinen, Zell und Schönau, dem Ursprung der späteren Zell-Schönau AG. 1830 beschäftigten die zu Koechlin gehörenden Textilbetriebe in Baden und Elsass bereits 5000 Arbeiter. In Baden brachte dann der – im Vergleich zur Gründung des Deutschen Zollvereins ab 1833 (Wirkung ab 1834) – verzögerte Beitritt des Großherzogtums einen zusätzlichen Industrialisierungsschub, weil Unternehmen aus der Schweiz und dem Elsass mit neuen Fabrikgründungen vor allem im Wiesental gewissermaßen über die ab 1836 in Kraft tretende neue Zollgrenze „sprangen“, um nicht den wachsenden deutschen Markt zu verlieren. Eine andere Strophe des *Badnerliedes* spiegelt auch dies wider:

Im Wiesental Fabriken stehn,
wie Schlösser klar und hell,
Rauchfahnen aus Kaminen wehn,
von Lörrach bis nach Zell.

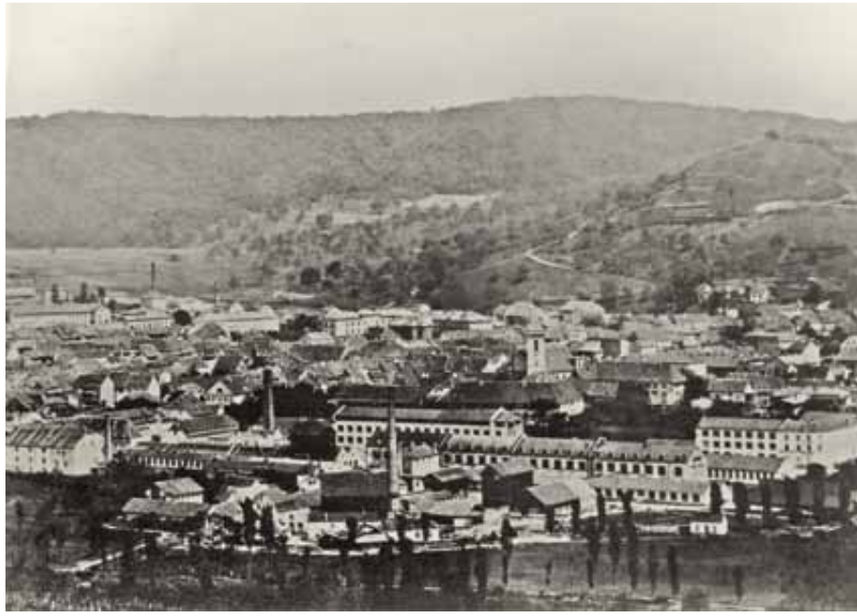
Das Lörracher Unternehmen hat seine Wurzeln nie vergessen: Unter dem Namen „Koechlin, Baumgartner & Cie.“ (KBC) besteht es bis heute und führt seine Geschichte auf das Jahr 1752 zurück, als Philipp Jakob Oberkampf es als Indienne-Fabrik gründete, die im folgenden Jahr von Friedrich Küpfer übernommen und von dessen Sohn weitergeführt wurde. Viele Episoden ranken sich um seine lange Geschichte, darunter die, dass Küpfer Gewinne seiner Textilfabrik mit Laborversuchen zur Herstellung von Gold „verspielt“ habe.

Die Neugründung des Lörracher Unternehmens 1808/09 war ein Nukleus der Industrialisierung, es entwickelte sich prächtig. Auf der Pariser Weltausstellung erhielt es 1864 für seine Produkte eine Goldmedaille und entwickelte sich zu einer der größten Stoffdruckereien Europas mit Zweigwerken weltweit. Die Strukturkrise der Textilindustrie und wachsender Konkurrenzdruck hinterließen Ende des 20. Jahrhunderts tiefe Spuren. Seit 2001 gehört KBC zur niedersächsischen Daun-Gruppe, einem der letzten Stoffdrucker in Deutschland, und setzt mit inzwischen 600 Mitarbeitern statt auf Massen-



Der Beitritt Badens zum Deutschen Zollverein führte in den 1830er-Jahren zur Gründung zahlreicher Textilfabriken im Wiesental durch Schweizer und Elsässer Unternehmer. Die Abbildung zeigt Hausen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Die Manufaktur Koechlin, Baumgartner & Cie., eine der ersten Textilfabriken der Industrialisierung (Bild von 1922), entwickelte sich im 19. Jahrhundert zu einer der größten Stoffdruckereien Europas.



produktion vor allem auf kreative Produkte, die auch in kleineren Auflagen mit Hilfe modernster Digitaldruckmaschinen möglich sind. Zu seinen besonderen Spezialgebieten gehört die Ausrüstung von Segeltuchgeweben. Viele der Spinnakersegel bei berühmten Segelrennen rund um den Globus stammen aus Lörrach.

… und in St. Blasien

Ebenso 1809 und doch unter ganz anderen Rahmenbedingungen setzte die Industrialisierung im ehemaligen Kloster St. Blasien ein: Mit der von Napoleon eingeleiteten Säkularisation waren die Klöster aufgelöst worden, die Gebäude und das Vermögen dem Fiskus zugefallen. Die staatliche Domänenverwaltung suchte eine neue Verwendung für die Gebäude, die auch den Unterhalt der früher von und mit der Klosterwirtschaft lebenden Menschen sichern sollte. Nur eine höchst vage Idee, dass „Industrialisierung“ hier Abhilfe schaffen könnte, hatten wohl auch badische Beamte – klare Vorstellungen über Ziele und Wege dahin hatten sie jedoch nicht.

Umso beachtlicher ist vor diesem Hintergrund die erfolgreiche Gründung eines industriellen Unternehmens in diesem abgeschiedenen Klosterort. Im Mai 1808 wurde der Verkauf der Klostergebäude annonciert, Anfang 1809 meldeten die Brüder Bodmer aus Zürich ihr Interesse zur Gründung einer Maschinenfabrik an. Johann Georg Bodmer galt als genialer Techniker, sein Bruder Johann Caspar jedoch als eher zwielichtig, nicht nur weil er schon mit dem Kupfer des Klosterdaches zu spekulieren begonnen hatte, bevor irgendein Kaufvertrag zustande gekommen war. Er schied als Partner aus, wenige Jahre später erregte er mit einer anderen Initiative rheinaufwärts Aufmerksamkeit.

Mit der Ausfertigung von Verträgen ließen sich die badischen Behörden Zeit, hatten sie doch mit Heinrich Düggli, ebenfalls aus Zürich, einen weiteren Kaufinteressenten, der in einem Teil der Klostergebäude eine Gewehrfabrik einrichten wollte. Anscheinend stieß sein Vorschlag auf größeres Interesse, denn ihm wurde, anders als Bodmer – ganz im Stile kameralistischer Wirtschaftspolitik – sogar die Zusage von staatlichen Aufträgen gegeben. Bodmer und Düggli hatten es eiliger als die badischen Beamten, beide richteten ihre Fabriken bereits ein, bevor sie die notwendigen Verträge hatten: Bodmer ab Juli, Düggli ab Dezember 1809. Düggli scheiterte rasch: Er hatte gesetzeswidrig Arbeiter einer französischen Gewehrfabrik in Mutzig abgeworben und musste daher schließen, bevor seine Produktion richtig in Gang gekommen war. Bodmer brachte zwar ein französisches Patent auf eine von ihm entwickelte Spinnmaschine mit, erhielt die erforderliche behördliche Genehmigung aber erst, nachdem der Karlsruher Hofbankier David Seligmann sich – wie er selbst bekannte – „aus Liebhaberei für Industrie“ an Bodmers Unternehmen beteiligte, also für das notwendige Kapital sorgte. Den Bedenken wegen des entlegenen Standorts wurden die günstigen Bedingungen bezüglich Gebäude, Wasserkraft, Löhnen, Holz- und Eisenpreisen entgegengehalten. Die „St. Blasische Gesellschaft“ („Société de St. Blaise“), wurde im November 1810 gegründet und umfasste 1812 eine Maschinenfabrik (Schmiede, Schlosserei, Schreinerei, Gießerei und Dreherei mit insgesamt rund 200 Mitarbeitern) und eine mechanische Spinnerei mit 40 Beschäftigen (darunter Kinder), die mehr den Charakter eines Vorführbetriebes für die Kaufinteressenten von Spinnmaschinen hatte. Sogar eine Erweiterung beider Betriebe war bereits technisch vorbereitet: So standen 48 PS Wasserkraft der Alb zur Verfügung, also aus-



Im idyllischen Kloster St. Blasien gründete Johann Georg Bodmer 1809 die erste Maschinenfabrik Deutschlands (Stich um 1800).

reichend Antrieb für Spinnmaschinen in drei Stockwerken des Klostergebäudes. Diese wurden aber zunächst nicht in vollem Umfang benötigt, weil Bestellungen zurückhaltender eingingen als erwartet, denn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hatten sich verschlechtert. Bodmer eröffnete darum als dritten Zweig seines Unternehmens auch die Gewehrfabrik, nachdem die badische Regierung ihm 1813 eine Absatzgarantie für deren Produkte gegeben hatte. Nach Ende der Napoleonischen Ära trat wirtschaftliche Erholung ein, die Unternehmen waren nun besser ausgelastet. Die Fabrik in St. Blasien beschäftigte 1816 fast 600, fünf Jahre später schon rund 800 Menschen. Anfang des 19. Jahrhunderts hätten die Badener in ihrem Lied auch singen dürfen … *in St. Blasien die Fabrik …*

Bodmer selbst verlor allerdings allmählich das Interesse an seinem Unternehmen. Er interessierte sich mehr für technische Fragen als für seine Rolle als Unternehmenschef. Darüber hinaus wuchsen die Meinungsverschiedenheiten mit seinem Geldgeber und Kompagnon Seligmann, so dass er 1822 St. Blasien ganz verließ. Maschinen- und Gewehrfabrikation traten in den folgenden Jahren gegenüber der Spinnerei zurück. Allerdings geriet auch diese seit der schweizerischen Gründungswelle von Textilunternehmen auf badischem Territorium im Zusammenhang mit Badens Beitritt zum Deutschen Zollverein unter größeren Konkurrenzdruck. Über hundert Jahre später, unter den Schwierigkeiten der Weltwirtschaftskrise ab 1929, wurde das Unternehmen schließlich eingestellt.

Die „Steh-fahr-nie“ vom Bodensee

An dieser Stelle ist ein Exkurs zu einem anderen Erinnerungsort und zu Johann Caspar Bodmer, dem zwielichtigen Bruder von Johann Georg angebracht: Nachdem er in England erste von dem Amerikaner Robert Fulton entwickelte, mit Dampfkraft angetriebene Schiffe erlebt hatte, wollte er diese Idee auf den Bodensee übertragen. 1817 begann er in Konstanz mit Unterstützung des Großherzogs von Baden und dem Aktienkapital eines eigens von Bodmer gegründeten Schifffahrtsunternehmens den Bau eines Dampfschiffs. Doch aus der nach der Großherzogin getauften „Stephanie“ wurde schon nach der Jungfernfahrt im April 1818 im Volksmund spöttisch die „Steh-fahr-nie“, weil das Schiff mit einer viel zu schwachen Dampfmaschine ausgerüstet war. Schon drei Jahre später wurde sie verschrottet. Johann Caspar Bodmer hatte seinen Ruf vollends verspielt und flüchtete, von seinen Aktionären verfolgt, ins württembergische Ausland. Ihm blieb lediglich der Ruf, es immerhin als Erster versucht zu haben.

Erfolgreicher war dann erst der Impuls auf der württembergischen Seite des Bodensees, der von dem Stuttgarter Verleger Cotta ausging und vom württembergischen König unterstützt wurde. Der auf dessen Name getaufte Schaufelraddampfer „Wilhelm“ lief 1824 von Friedrichshafen zu seiner Jungfernfahrt aus und wurde – trotz anfänglichen Spotts – ein Erfolg: Das Schiff war bis 1848 in regelmäßigem Betrieb.

Sonderstellung im Dreiländereck

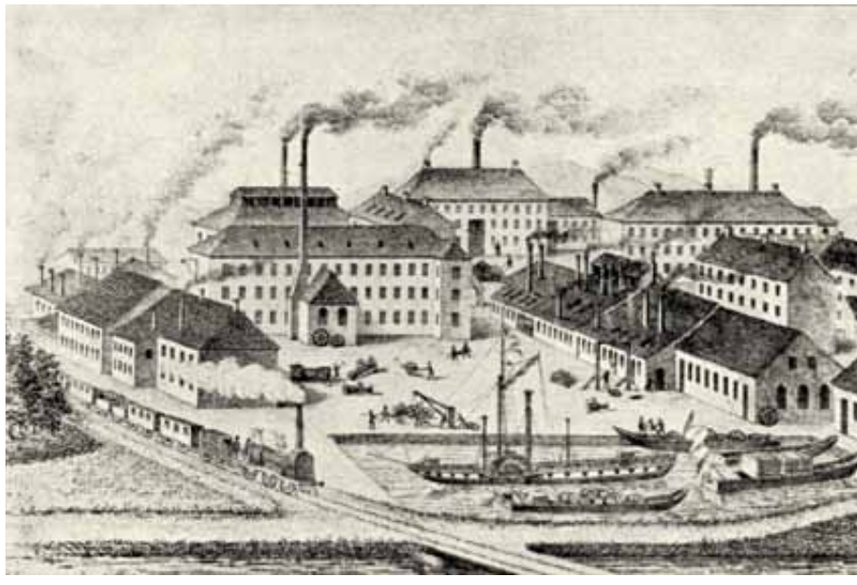
In Baden setzte die Industrialisierung insgesamt zwar etwas später ein als in Sachsen und am Niederrhein, doch hat es eine Sonderstellung: Schließlich war das von Johann Georg Bodmer errichtete Unternehmen in St. Blasien die erste mechanische Baumwollspinnerei Badens. Seine Maschinenfabrik gilt als die älteste auf deutschem Boden und die Gewehrfabrik war eine der am weitesten mechanisierten Europas.

Worauf ist diese Sonderstellung zurückzuführen? Säkularisierte Klöster standen vielerorts leer, aber nur die wenigsten davon wurden Fabrikstandorte. Traditionelle, verlagsmäßig organisierte Heimgewerbe gab es in vielen Mittelgebirgen, auch das entsprechende Knowhow von Menschen aus diesen vorindustriellen Gewerben sowie Wasserkraft, aber nicht zwangsläufig entstand dort auch Industrie. Es bedurfte auch der Unternehmerpersönlichkeiten wie Bodmer und Koechlin. Aber ein entscheidender Faktor dürfte darin liegen, dass es im neu entstehenden Dreiländereck bereits ein bedeutendes Textil- und Handelszentrum um Mülhausen bzw. Basel gab. Und tatsächlich hatte ja auch Bodmer für den Absatz seiner Spinnmaschinen von Anfang an mehr das Elsass und Frankreich im Auge als Baden oder die Schweiz. Das Entstehen erster frühindustrieller Fabrikzentren in Lörrach und St. Blasien ist daher nur aus länderübergreifender Sicht zu erklären.

Die Ausstrahlung von Mülhausen und Basel

Im dritten Viertel des 18. Jahrhunderts war in Mülhausen ein wahres Zentrum des vorindustriellen Textilgewerbes entstanden, mit Spinnereien, Webereien und leistungsfähigen Stoffdruckereien. Die Stadt war Enklave in doppelter Hinsicht: Einerseits eidgenössische Stadtrepublik inmitten des französischen Sundgau, andererseits calvinistische Insel umgeben von überwiegend katholischen Territorien. Sie boomte spätestens seit dem Dreißigjährigen Krieg als politisch neutraler und eidgenössisch privilegierter Handelsplatz. Frankreich hatte, ganz in Stile des Merkantilismus, die Imitation von Baumwolldruckverfahren zum Schutz seines Ostindienhandels 1686 streng verboten, aber im schweizerischen Mülhausen griff dieses Verbot nicht. Hier wurde 1746 eine erste Indienne-Druckerei gegründet und hier gab es bis 1787 bereits 26 baumwollverarbeitende Betriebe, darunter 19 Stoffdruckmanufakturen. Die wirtschaftliche Stärke der Stadtrepublik wurde paradoxerweise Ursache für den Verlust ihrer politischen Eigenständigkeit: Nach der französischen Freigabe der Baumwolldruckerei 1770 entstanden auch im Elsass außerhalb von Mülhausen zahlreiche Kattundruckereien. Diese mussten die zollpolitischen Sonderrechte der Stadtrepublik als ungerechtfertigten Konkurrenzvorteil ansehen und zwangen die Stadt schließlich in einer zollpolitischen Blockade zum Anschluss an Frankreich (ab 1798). Dieser war letztlich nicht zu deren Nachteil, denn er gab einerseits den Fabriken der Stadt die Möglichkeit zur Ausdehnung auf die wasserreichen Vogesentäler, andererseits eröffnete er langfristig den französischen Markt. Schließlich konnte sich Mülhausen unter dem Schutz der Kontinentalsperre, also ohne die englische Konkurrenz fürchten zu müssen, zum Zentrum des kontinentaleuropäischen Indienne-Handels entwickeln. Die wirtschaftliche Bilanz dieser Ära war außerordentlich: Zwischen 1800 und 1815 entstanden in Mülhausen insgesamt 29 Betriebe neu, im ganzen Elsass waren im Jahr 1811 rund 70 000 Baumwollspindeln mechanisch angetrieben, davon 70 Prozent im Oberelsass.

Es war nicht einfach, die Maschinenausstattung für diese Textilfabriken zu erwerben: England, das Mutterland der Industrialisierung, hatte 1774 die Ausfuhr von Maschinen und Werkzeugen für die Baumwollbearbeitung, 1781 auch die von Plänen und Modellen für Textilmaschinen und 1782 von Druckformen u. a. auch für den Baumwolldruck streng verboten; ebenso wurde die Auswanderung von industriellen Fachkräften unterbunden. Auch wenn diese Maßnahmen zwar halfen, die Übernahme englischer Technologie zu verzögern, so konnten sie diese doch nicht verhindern. Denn



Die Maschinenfabrik André Koechlin & Cie. im elsässischen Mülhausen um 1840/50. Sie war eine der bedeutendsten Maschinen- und Lokomotivfabriken weit über das Dreiländereck hinaus.



Die Spinnerei und Weberei Ettlingen bei Karlsruhe auf einem Stich um 1836. Die mehrstöckige Gebäudeanlage ist typisch für die Fabrikbauten der Frühzeit.

Schmuggel und Nachbau florierten, eine zunehmende Zahl von Handwerkern (Schlosser, Schreiner usw.) spezialisierte sich auf die maschinelle Ausrüstung und auf alle anfallenden Reparaturen in Spinnereien und Webereien und nannte sich Mechaniker. Die Maschinenindustrie ging allerdings weniger aus den Betrieben dieser Mechaniker hervor als aus Textilbetrieben und Gießereien. Der entscheidende Übergang von der Hand- zur Maschinenspinnerei vollzog sich unter dem Schutz der Blockade vor englischer Konkurrenz. Die ersten Spinnmaschinen stammten aus England, allmählich begannen Spinnereien mit dem Eigenbau von Textilmaschinen, zunächst für den Eigenbedarf, dann auch auf Bestellung. Die 1805 in Zürich gegründete Spinnerei Escher, Wyss & Cie., in der übrigens auch Bodmer seine Erfahrungen gesammelt hatte, baute von Anfang an eigene Maschinen nach englischen Modellen.

Für das Elsass werden erste Versuche zum Bau eigener Textilmaschinen auf 1817/18 datiert: Die Gebrüder Risler hatten 1817 eine Spinnerei gegründet mit angeschlossener Werkstatt für den Eigenbedarf, die 1818 um eine Maschinenbauwerkstatt erweitert wurde. Vermutlich hatten sie von Anfang an auch Nachfrage nach einer von ihnen entwickelten Druckmaschine. Einen wesentlichen Anteil am Transfer modernster englischer Textiltechnik, und zwar weit über das Dreiländereck hinaus, hatte dann die 1826 in Mülhausen gegründete große Maschinenfabrik André Koechlin & Cie. (AKC).

Ettlingen als Beispiel für Technologietransfer

Eine der spektakulären Neugründungen im Deutschen Zollverein war, kaum zehn Jahre später, im Jahr 1836 die Spinnerei und Weberei Ettlingen am Rande der Oberrheinebene bei Karlsruhe. Sie war bei ihrer Gründung 1836 die erste Aktiengesellschaft und das größte Unternehmen der Textilindustrie im ganzen Großherzogtum Baden – und bis in die 1880er-Jahre die größte Fabrik des Großherzogtums überhaupt. Die Maschinenfabrik AKC wickelte hier eines ihrer größten Geschäfte ab. Vorbild für dieses Geschäft war die erste Aktiengesellschaft der französischen Baumwollindustrie im elsässischen Huttenheim nördlich von Sélestat (Schlettstadt), die seit ihrer Neuausrüstung mit AKC-Maschinen Anfang der 1830er-Jahre immense Gewinne erzielt hatte. Der in Mülhausen geborene Johann Vetter-Koechlin, damals bereits Inhaber einer Spinnerei und Weberei in Zürich, tat sich – bewogen durch die Bildung des Zollvereins – mit den Ettlinger Papierfabrikanten Franz und Florian Buhl zusammen, die übrigens auch Kunden Bodmers in St. Blasien und seit 1829 Kunden von AKC gewesen waren. Gemeinsam überzeugten sie das Karlsruher Bankhaus Haber & Söhne, die notwendige Finanzierung der geplanten Textilfabrik zu gewähren. AKC lieferte die Maschinenausstattung, und Mechaniker aus Mülhausen stellten mit Unterstützung von Ettlinger Arbeitern die Maschinen auf und richteten sie ein. Elsässischer Einfluss prägte also den Beginn dieses Unternehmens auf fast allen Ebenen. Als sich beispielsweise nach Inbetriebnahme der Fabrik (Frühjahr/Sommer 1838) herausstellte, dass die Spezialisten von AKC bei ihren Berechnungen von einem stetigeren Wasserfluss der Alb ausgegangen und deren Wasserkraft falsch berechnet hatten, installierten sie eine erste, zusätzliche Dampfmaschine, damit das neue Unternehmen mit der vollen Kapazität aller 750 installierten Webstühle arbeiten konnte. Die Mitwirkung von AKC auch bei der Anwerbung und Einarbeitung der neuen Belegschaft war selbstverständlich, bis hin zur Ausarbeitung von Arbeitsordnungen. Dass Koechlins Firma auch Wert darauf legte, die Maschinen-

transporte in eigener Verantwortung zu betreuen, ist exemplarisch für deren Erfahrungen mit Unwägbarkeiten im Einzelnen. Transportrisiken sollten überschaubar sein, um Gewährleistungsrisiken soweit wie möglich auszuschließen.

Für AKC blieb es nicht bei diesem Gründungsgeschäft. Mülhausen war auch in der Folge wichtigster Lieferant in Ettlingen, bei Betriebserweiterungen ebenso wie bei Neu- oder Ersatzinvestitionen. Ettlingen galt weithin geradezu als Musterunternehmen: Es betrieb 1850 allein mehr als die Hälfte aller Webstühle in Baden, beschäftigte 28 Prozent aller Arbeiter in badischen Baumwollfabriken und produzierte mehr als ein Fünftel des Warenwerts dieser Branche in Baden. Tatsächlich war Ettlingen darum auch ein Musterbeispiel für viele weitere Unternehmen, deren Gründung sich im Rahmen derartiger Gründungsgeschäfte vollzog. Sie sind Beispiele für den erfolgreichen Transfer von Knowhow und Technologie über Landesgrenzen hinweg.

Der Eisenbahnbau

Mülhausen war das industrielle Zentrum am Oberrhein und die von dort ausgehenden Initiativen wurden überregional beachtet. Dies gilt auch für den Eisenbahnbau. 1825 wurde in England die 39 km lange Linie Stockton–Darlington eröffnet, 1830 die 48 km lange zwischen Manchester und Liverpool. In Frankreich wurden Dampflokomotiven erstmals 1830 (auf der 1828 mit Pferdebahn eröffneten) Strecke von Saint-Étienne nach Lyon eingesetzt. Inzwischen wurden auch im Elsass Pläne für den Eisenbahnbau erörtert. Die Idee einer Linie Basel–Straßburg–Nantes gab es schon 1832, und 1833/34 lagen in Mülhausen Pläne für eine Strecke von Saarbrücken nach Straßburg auf dem Tisch. Es war von großem wirtschaftlichem Interesse, die Kosten für den Kohletransport zu vermindern, der bis Straßburg über Straßen und von dort bis Mülhausen über den Rhein-Rhône-Kanal erfolgte. Leichter umsetzbar als diese Großprojekte war der von Nicolas Koechlin 1835 initiierte Antrag zum Bau und Betrieb einer Bahn für die 20 km lange Strecke zwischen Mülhausen und Thann, einer Verbindung der beiden wichtigsten elsässischen Industriezentren, die zudem noch weitere wichtige Industriestandorte berührte.

Die weiteren Schritte folgten rasch: die Gründung einer Aktiengesellschaft unter Führung Mülhausener Unternehmer 1836 und schon im September 1839 die Eröffnung der Strecke nach nur 17-monatiger Bauzeit. Daneben begann fast gleichzeitig die Arbeit an der Strecke Straßburg–Basel, die schon 1841 fertiggestellt war. Das Elsass verfügte damit seit Anfang der 1840er-Jahre über eines der für damalige Verhältnisse modernsten Verkehrsnetze Kontinentaleuropas. AKC erhielt den Haupanteil aller Aufträge an Lokomotiven und Waggons für beide Linien und war schon 1850 alleiniger Hersteller von Lokomotiven im Elsass. Es hatte bereits 20 Lokomotiven sowie an die 200 Waggons hergestellt (1839–1841), bis auf badischer Seite im Jahr 1834 Emil Kessler und Theodor Martiensen in Karlsruhe ihre Maschinenfabrik gründeten, die dann im Dezember 1841 der Badischen Staatseisenbahn die erste Dampflokomotive „Badenia“ lieferte.

In Baden dauerten die Entscheidungen zur Eisenbahnpolitik länger als im Elsass: Der Vorschlag zu einer Eisenbahnlinie kam 1833 erstmals aus Mannheim, sodann setzte sich auch Friedrich List für deren Schaffung ein. Aber letztlich führte erst der Blick auf die andere Rheinseite ins benachbarte Elsass ab 1835/36 zur Bildung einer Kommission und endlich 1838 zu zielführenden Beschlüssen des Badischen Landtags. Die erste deutsche Linie zwischen Nürnberg und Fürth war schon drei Jahre zuvor, am 7. Dezember 1835 in Betrieb genommen worden. Inzwischen war die großherzogliche Regierung wegen ihrer zögerlichen Haltung in die Kritik geraten. Tatsächlich war die Abwanderung von Verkehrsströmen ins Elsass zu befürchten, denn dort wurde zielstrebiger geplant und Eisenbahnen wurden auch unter strategischen Gesichtspunkten betrachtet. Als erste Teilstrecke für die geplante rechtsrheinische Verbindung nach Süden wurde am 12. September 1840 die 18,5 km lange Strecke Mannheim–Heidelberg in Betrieb genommen. Deren Bau war nach den Landtagsbeschlüssen im Herbst 1838 begonnen worden.

Die weiteren Teilabschnitte folgten: bis Karlsruhe 1843, Offenburg 1844, Freiburg 1845, Basel 1855 und dann den Hochrhein hinauf bis Konstanz 1863. Die heute so wichtige Verbindung zwischen Deutschland und der Schweiz über Basel SBB wurde erst 1873 eröffnet. Es entspricht wohl mindestens in Mannheim der damaligen Bewertung der Bedeutung von Schiene und Wasserstraße, dass am 12. September 1840 die erste Eisenbahnstrecke zwar vier Wochen vor der Eröffnung des neuen Mannheimer Hafens in Betrieb genommen wurde, jedoch ganz ohne besondere Feierlichkeiten.



Die Hydrografische Karte aus dem Jahr 1817 zeigt die Korrektion des Rheins zwischen Neuburg und Sondernheim.

Tullas Rheinkorrektion und Schifffahrt

Am 17. Oktober dieses Jahres wurde die Eröffnung des neuen Mannheimer Hafens unter den Augen der großherzoglichen Familie prachtvoll inszeniert, einschließlich der Taufe eines neuen Dampfers auf den Namen „Stadt Mannheim". Der Hafen galt – nach einer Bauzeit von sechs Jahren und einem noch längeren Ringen um dessen Realisierung als der größte, leistungsfähigste und modernste Rheinhafen – vor allem auch zukunftsfähig für die nun immer wichtiger werdende Dampfschleppschifffahrt. Lange genug hatte es gedauert bis zu diesem großen Tag.

Die Bautätigkeit in diesen Jahren war immens, zumal in der Mannheimer Umgebung 1826 auch die Arbeiten an der Rheinkorrektion begonnen hatten. Gottfried Tulla, deren Initiator, erlebte sie noch, er starb 1828. Sein Leben lang hatte er für dieses gigantische Projekt gekämpft, zahlreiche Gutachten und Denkschriften verfasst, vor allem um die immensen Schäden der jährlich wiederkehrenden Überschwemmungen einzugrenzen und damit Bevölkerung, Ernten und Böden zu schützen. Selbst positive klimatische Folgen prognostizierte er. Ganz im physiokratischen Sinne des 18. Jahrhunderts denkend, wonach die Wertschöpfung einer Volkswirtschaft nur im Agrarsektor erfolge, zielte er vor allem auf die Landesmelioration, also Trockenlegung und Entsumpfung, während die Verbesserung der Schifffahrtswege für ihn eher nachrangig war. Er dachte allenfalls an die Erleichterung der Treidelei rheinaufwärts, also des Schiffeziehens durch Menschen oder Zugtiere. Hafenanlagen und Fabriken kamen in seinen Visionen nicht vor.

Tullas Projekt wird als das größte Bauvorhaben in Deutschland bewertet, das jemals geplant worden war. Es währte über ein halbes Jahrhundert, in Knielingen bei Karlsruhe 1817 begonnen und bei Istein 1876 schließlich vollendet. Der Rhein wurde zwischen Basel und Worms um fast ein Viertel seiner Länge, von 345 auf 273 km gekürzt, dutzende von Durchstichen begradigten den jährlich neu mäandernden Fluss, 2200 Inseln und Inselchen wurden beseitigt. In jeder Phase der Arbeiten waren um die 3000 Arbeiter auf den Baustellen, wo notwendig auch hunderte von Soldaten, vor allem



Der Mannheimer Freihafen auf einer zeitgenössischen Lithografie der 1840er-Jahre. 1840 war das erste Becken des Mannheimer Hafens in Betrieb genommen worden – im selben Jahr wie die Eisenbahnstrecke Mannheim–Heidelberg. Beide infrastrukturellen Großprojekte bildeten das Fundament für die dynamische industrielle Entwicklung der Kurpfalzmetropole.

wegen des Widerstandes der Bevölkerung manchen betroffenen Rheindorfes. Insgesamt trug Tulla allenfalls unabsichtlich bzw. nebenbei zur Verkehrs- und Industrieentwicklung bei, auch wenn die Bedeutung seines Projekts für diese Entwicklungen nicht zu unterschätzen ist.

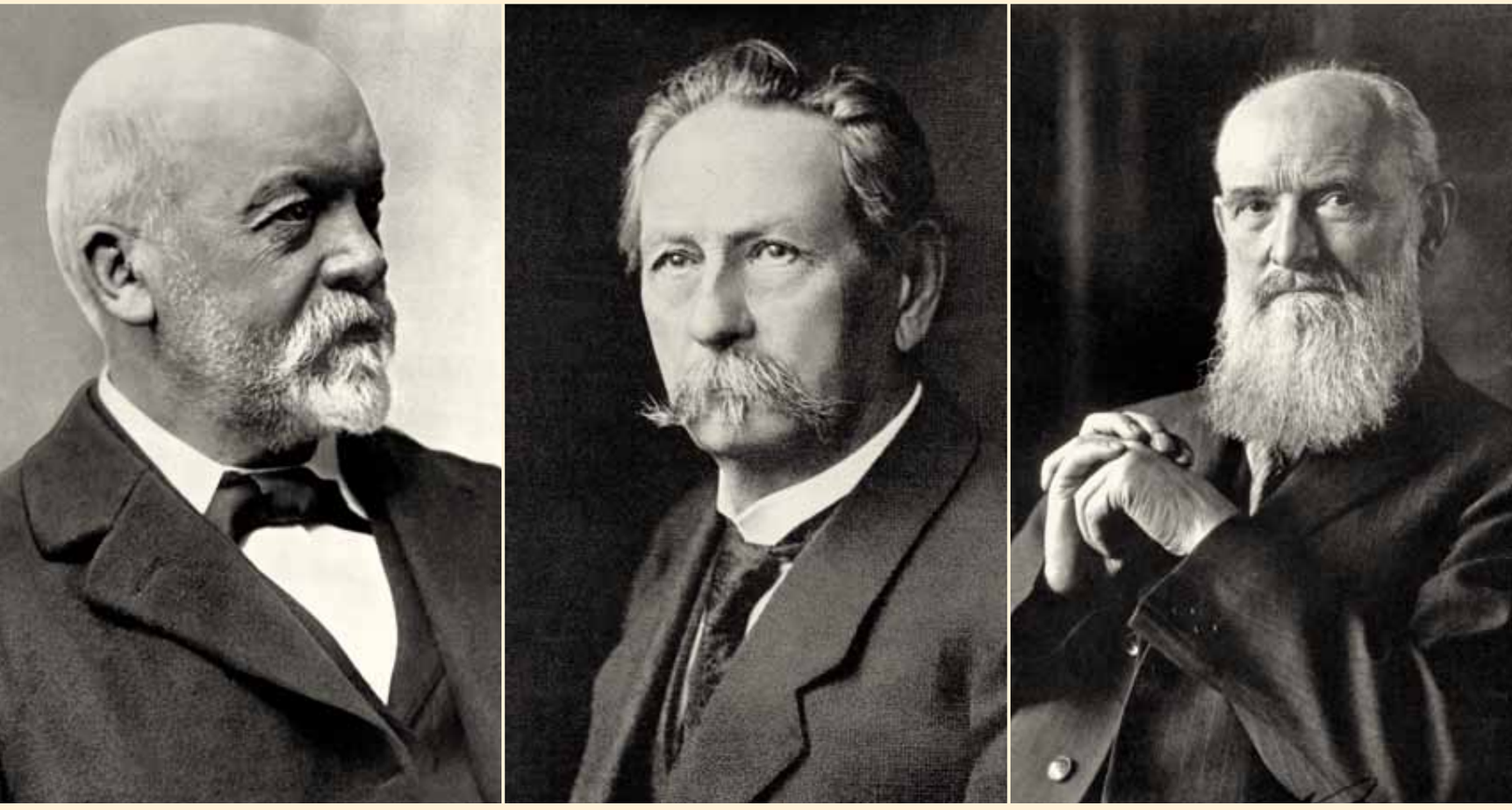
In Mannheim setzte mit dem neuen Hafen ein geradezu rasantes Wachstum ein. Der Güterumschlag vervierfachte sich bis 1845, das Hafenbecken wurde erweitert. Der industrielle Aufschwung Mannheims begann. Allein die Entwicklung der Einwohnerzahlen belegt dies anschaulich. Sie stieg von 22 000 bis 24 000 in den 1840er-Jahren auf 27 000 (1861), 40 000 (1871) und schließlich 79 000 (1890). Mannheim war eine Industriestadt und als Handels- und Güterumschlagsplatz groß geworden, als Standort für industrielle Ansiedlungen attraktiv: ein industrieller Aufschwung, dessen auch negative Folgen deutlich wurden. Selbst diese werden besungen im *Badnerlied:*

in Konstanz fließt der Rhein noch blau,
in Mannheim wird er grau …

Zwar ist nicht bekannt, wie und wann das *Badnerlied* entstand, es mag auch nicht von jedem geliebt werden – sei es wegen seiner romantisierenden Anklänge an großherzogliche Zeiten, sei es weil es auch ein Schwabenspottlied ist –, aber es hat zweifellos einen festen Platz in der Kultur des Landes. Als Druck ist es erstmals belegt Anfang des 20. Jahrhunderts, entstanden ist es vermutlich in den 1860er-Jahren.



Eine grundlegende Erfindung aus dem Badischen: 1817 entwickelte der Mannheimer Karl Drais die Draisine, ein einspuriges, von Menschenkraft betriebenes Fahrzeug ohne Pedale. Der Stich mit der Bezeichnung *Draisinen-Wettrennen* stammt aus der Zeit um 1820.



Die Pioniere des automobilen Zeitalters: Gottlieb Daimler, Carl Benz und Robert Bosch (v. l. n. r.). Ohne ihre Visionen, ihre Risikobereitschaft und ihre Hartnäckigkeit hätte es die Unternehmen und deren Aufstieg nicht gegeben.

Unternehmerische Persönlichkeiten

Zu den Ursprüngen zweier „Global Players“

Volker Hentschel

Die Firmennamen verweisen noch auf die kleinen schwäbischen Anfänge der beiden großen Konzerne von weltweiter Bedeutung. Es sind die Namen von Menschen. Ein dritter Menschenname musste im Zuge einer transkontinentalen Fusion weichen. Geblieben sind Daimler und Bosch, gewichen ist Benz. Die Daimler AG und die Robert Bosch GmbH beschäftigen heute weltweit mehr als eine halbe Million Menschen und setzen gemeinsam rund 120 Milliarden Euro um.

Gottlieb Daimler, Carl Benz und Robert Bosch waren Fleisch gewordenes Unternehmertum. Die Unternehmen, die sie gründeten und hochbrachten, waren institutionelle Erweiterungen ihrer Persönlichkeiten. Ohne sie gäbe es die beiden Industriegiganten heute nicht. Deshalb ist es angebracht, an ihre Ursprünge in den beiden letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts zu erinnern.



Die wirkungsvollsten Unternehmer im deutschen Südwesten

Unternehmertum ist eine Sache der persönlichen Anlage und der zeitlichen Umstände. Die zeitlichen Umstände ermöglichen Unternehmertum und die persönlichen Anlagen erkennen und realisieren die Möglichkeiten. Ob es einen bestimmten Typus „Unternehmer“ gibt, kann dahinstehen. Daimler, Benz und Bosch etwa hatten manche Merkmale der Herkunft, des Wesens und des Werdeganges gemein, andere Merkmale trennten sie voneinander. Dass dennoch alle drei und dass gerade diese drei die langfristig wirkungsvollsten Unternehmer ihrer Zeit in Baden und Württemberg wurden, ist auch dem Zufall zuzuschreiben. Zwingend war es nicht. Es lässt sich beschreiben, aber nicht eigentlich erklären.

Gottlieb Daimler wurde 1834 in Schorndorf, Carl Benz zehn Jahre später in Karlsruhe und Robert Bosch 1861 in Albeck bei Ulm geboren. Als Daimler zur Welt kam, konnte von Industrialisierung in Deutschland noch nicht die Rede sein, als Bosch geboren wurde, steckten die Deutschen mittendrin. Baden und Württemberg bekamen vorerst allerdings wenig davon mit. Die Herkunft aller drei ließ schwerlich ahnen, dass sie gegen Ende des Jahrhunderts die technische und die wirtschaftliche Modernisierung der Region wesentlich vorantreiben würden.

In der Schule glänzte keiner. Dennoch waren alle drei außerordentlich klug. Daimler und Bosch verließen die Schule früh und erlernten ein Handwerk, die vormoderne Büchsenmacherei der eine, die fortschrittliche, im Lehrbetrieb aber unverständig geübte Feinmechanik der andere. Benz ersetzte die Lehre durch den Besuch der Polytechnischen Schule in Karlsruhe. Daimler und Bosch holten dies später nach. Dabei oblag Daimler dem Studium des Maschinenbaus von 1857 bis 1859 einigermaßen ausdauernd, wogegen Bosch es 1883/84 mit einem Semester Elektrotechnik, das ihm „die Furcht vor den technischen Ausdrücken“ nahm, genug sein ließ. Vor und nach dem Besuch der Polytechnischen Schulen taten sich alle drei als Gesellen und Vorarbeiter in mehreren, örtlich weit gestreuten Werkstätten und Fabriken um. Daimler kam dabei auch nach England und Frankreich, Bosch, der unruhigste von allen, sogar nach Amerika. Es gefiel ihm dort aber nicht. Nach einem Jahr kehrte er zurück – als überzeugter „Socialist“. Die etwas juvenile, theoretisch begründete Überzeugung wandelte sich in reiferem Alter zur Praxis einer sozialen Unternehmensführung.

Benz und Bosch stand der Sinn früh nach unternehmerischer Selbstständigkeit; Daimler stand er anscheinend nicht danach. Er machte ein Vermögen als Angestellter. 1872 wurde er – 38-jährig inzwischen – zum Produktionsleiter der Gasmotorenfabrik in Deutz berufen. Benz hatte schon im Vorjahr im Alter von 26 Jahren in Mannheim eine eigene mechanische Werkstätte gegründet. Für Daimler begann ein Jahrzehnt großen materiellen Erfolgs und zunehmender beruflicher Querelen, für Benz ein Jahrzehnt wirtschaftlicher Nöte bei beruflicher Unabhängigkeit. Beschäftigt waren beide neuerdings mit dem Gleichen: mit der Konstruktion von Verbrennungsmotoren.

Der Streit um den Verbrennungsmotor

Das Prinzip des Verbrennungsmotors ist es, dass ein Gemisch aus Kraftstoff und Luft von einem Zylinder angesaugt, darin verdichtet und schließlich entzündet wird. Infolge seiner Verbrennung dehnt das Gas sich aus und bewegt einen Kolben, dessen Hubkraft in mechanische Arbeit umgesetzt werden kann. Der ursprüngliche Vorteil des Verbrennungsmotors vor der Dampfmaschine war, dass er kleiner sein und je nach Energiebedarf ohne längere Vorbereitung an- und abgestellt werden konnte. Das senkte die Herstellungs- und Betriebskosten und ermöglichte Werkstätten und kleineren Fabriken, die sich eine Dampfmaschine nicht leisten konnten, die Nutzung mechanischer Energie. Als Kraftstoff wurde anfangs Leuchtgas verwendet. Das Gas musste den Motoren von einem Gaswerk zugeführt werden. Deshalb konnten sie zunächst nur stationär betrieben werden.

Die Inhaber der Deutzer Fabrik gehörten zu den Erfindern des Verbrennungsmotors. Die Fabrik diente der wirtschaftlichen Verwertung ihrer Erfindung. Einer von ihnen, Nikolaus August Otto, entwickelte den Motor in den nächsten Jahren zum Prototyp des Verbrennungsmotors, zum Viertakt-Otto-Motor, weiter. Dabei geriet erstmals ein Kraftstoff in den Blick, der den Verbrennungsmotor von der Zufuhr durch eine Leitung emanzipierte. Bei dem Stoff handelte es sich um Petroleum. Derweil mühte sich Benz in Mannheim neben dem Bau von Maschinen- und Eisenteilen mit der Konstruktion eines herkömmlichen Zweitaktmotors ab und ging dabei fast pleite. 1877 wurde sein Werkzeug konfisziert und versteigert, damit seine Gläubiger befriedigt wer den konnten. Und als sein Motor schließlich lief, war er von Ottos Viertakter bereits überholt worden.

Die lebhafte Nachfrage nach stationären Viertaktmotoren machte die Deutzer Maschinenfabrik zu einem außerordentlich ertragreichen Unternehmen. Daimler war am Gewinn beteiligt und wurde infolgedessen ein reicher Mann. Dennoch wurde ihm die Arbeit zusehends verleidet. Otto und er verstanden einander nicht. Und da beide hitzig aufbrausenden Charakters waren, entlud sich ihr wechselseitiges Unverständnis wieder und wieder in heftigem Streit. Ein Gegenstand der Auseinandersetzung war die Richtung, in die das Unternehmen zu lenken wäre. Daimler meinte, dass der technische Reiz und die eigentlichen wirtschaftlichen Chancen des Verbrennungsmotors in der Möglichkeit seiner Verkleinerung und Beweglichkeit lägen. Otto schien der Erfolg seines stationären Schwergewichts den Blick dafür zu trüben. Einer von beiden musste schließlich gehen. Das war selbstverständlich der Angestellte Daimler. Er ging 1882 zurück nach Schwaben und ließ sich in einem stattlichen Anwesen in Cannstatt nieder. Der Gebrauch der Cannstatter Heilquellen täte seinem angegriffenen Herzen gut, dachte er. Der Gedanke war verfehlt, aber er führte dazu, dass Württembergs größtes Industrieunternehmen ausgerechnet in Cannstatt entstand.

Die Cannstatter Benzinkutsche

Mit Gottlieb Daimler kam Wilhelm Maybach nach Cannstatt. Maybach war zwölf Jahre jünger als Daimler und ein ingeniöser Konstrukteur, der nie eine systematische Ausbildung, geschweige denn eine wissenschaftlich-technisch Schulung erhalten hatte. Daimler hatte Maybachs ungewöhnliche Talente entdeckt, als der beinahe noch ein Kind gewesen war, hatte sie gefördert und hatte Maybach immer dorthin mitgenommen, wohin er selber ging. In Deutz hatte Maybach das Konstruktionsbüro geleitet. Jetzt machte er sich mit Daimler im Gewächshaus jenes stattlichen Anwesens daran, einen Motor zu konstruieren, der in Fahrzeuge eingebaut werden und diese Fahrzeuge antreiben konnte. Das machte sie zu selbstbeweglichen Fahrzeugen – zu Automobilen. Dazu musste der ungefüge Gasmotor verkleinert und dessen Drehzahl vergrößert, überdies von Gas auf Benzin umgestellt und mit einer motorinternen Zündung versehen werden. Das war kein kleines Vorhaben. Aber es gelang in erstaunlich kurzer Zeit. 1886 fuhr zum Schrecken der Menschen eine vierrädrige Pferdekutsche durch Cannstatt, der keine Pferde vorgespannt waren, zwischen deren Sitzbänken vielmehr ein kleiner Motor lautstark ratterte.

Ein paralleler Weg zum gleichen Ziel: Carl Benz

Zuvor schon, im Januar des gleichen Jahres, war ein motorgetriebenes Dreirad durch Mannheim gerattert. Das kleinere, ungelenkere Fahrzeug war ein Erzeugnis der Benz Rheinische Gasmotorenfabrik & Cie. Carl Benz war es im Jahre 1883 schließlich gelungen, Geldgeber zu finden, die sein Geschäft auf sichere materielle Grundlagen stellten. Das Unternehmen produzierte stationäre Gasmotoren, war damit erfolgreich und hatte bereits 40 Beschäftigte. Gleich Daimler erahnte allerdings auch Benz, dass die Zukunft des Verbrennungsmotors auf der Straße läge. Deshalb bemühte auch er sich um die Konstruktion eines Fahrzeugs, das von einem Motor angetrieben wird. Dabei ging er anders vor als Daimler. Daimler baute seinen Motor in eine hergebrachte Pferde-



Die Familie Daimler um 1885. Von links: Gottlieb Daimler, seine Schwägerin Marie Kurz, sein ältester Sohn Paul, sein zweiter Sohn Adolf, Daimlers Schwiegervater, der Apotheker Friedrich Kurz, der jüngste Sohn Wilhelm, seine erste Frau Emma, geborene Kurz, die älteste Tochter Emma und schließlich die zweite Tochter Martha – außerdem Hund Bello.



Wilhelm Maybach, der „König der Konstrukteure“, an seinem Schreibtisch. Neben ihm Adolf Daimler, einer der Söhne von Gottlieb Daimler.

kutsche ein, Benz baute eine Kutsche um den Motor herum. Das war auf längere Sicht das richtigere, weil zukunftsweisende Konstruktionsprinzip. Es führte von der Motorkutsche zum modernen Auto. Im Vergleich der beiden ersten Motorkutschen miteinander schnitt die Kutsche Daimlers und Maybachs aber zunächst besser ab. Der Motor war leistungsfähiger, das Fahrzeug fuhr schneller und ließ sich besser lenken. Ob deshalb Daimler und Maybach die eigentlichen Erfinder des Autos sind, oder ob Benz dessen Erfinder ist, weil sein „Veloziped“ vor Daimlers motorisierter Pferdekutsche fuhr, ist eine – ziemlich unerhebliche – Ermessenssache.



Mit dem Patent-Motorwagen („Dreirad“, im Bild rechts) verwirklichte Carl Benz 1886 seine revolutionäre Idee einer neuen Fahrzeugart. Er baute einen durch Motorkraft bewegten Wagen, bei dem das Fahrgestell und die Antriebseinheit harmonisch aufeinander abgestimmt waren. Die erste öffentliche Fahrt fand am 3. Juli 1886 in Mannheim und Umgebung statt. Eine unsichtbare Kraft bewegte eine Kutsche, die bislang von Pferden gezogen wurde – das hatte es vorher noch nicht gegeben.

Robert Bosch und das Problem der Zündung

Beide Kutschen fuhren im Jahr 1886. Dieses Jahr war aber noch aus zwei anderen Gründen ein Schlüsseljahr in der Geschichte des Automobilbaus und der beiden Unternehmen. Zum einen erlosch Ottos Patent für den Viertaktmotor. Von nun an konnten Benz und Daimler auch den Viertakter zum Antrieb von Fahrzeugen weiterentwickeln. Und zum anderen gründete Robert Bosch in Stuttgart, Rotebühlstraße 75 B eine Werkstätte für Feinmechanik und Elektrotechnik.

Bosch war inzwischen 25 Jahre alt geworden; sein ungeduldiges, zuweilen schroffes Temperament drängte auf Unabhängigkeit, und sein nicht geringes Selbstbewusstsein fühlte sich dafür reif. Das kleine Unternehmen machte alles, was es konnte und was von ihm verlangt wurde. Und es war so wenig wie weiland Benz’ Mannheimer Werkstatt mit frühzeitigem Erfolg gesegnet. An den Rand der Pleite geriet es allerdings nicht, weil Robert Bosch mit Krediten seiner Familie rechnen konnte. Dennoch war es, schrieb er später, lange Zeit „ein böses Gewürge“. Dabei begegnete ihm schon im Jahr nach der Gründung die Vorrichtung, mit der er sein unternehmerisches Glück machte. Die Vorrichtung war ein elektromagnetischer Zündapparat für Gasmotoren, der schon vor anderthalb Jahrzehnten von einem einfallsreichen Bastler

erfunden und jüngst von einem Ingenieur der Deutzer Maschinenfabrik weiterentwickelt worden war. Ein kleingewerblicher Kunde forderte Bosch dazu auf, ihm derlei Zünder für einen ortsfesten Gasmotor zu bauen. Bosch erkundigte sich in Deutz danach, ob der Zünder patentiert sei. Da er keine Antwort erhielt, nahm er an, dass es kein Patent gäbe und versuchte sich am Bau des Geräts. Tatsächlich gab es ein Patent. Daran wurde man in Deutz aber ungern erinnert. Es gehörte nämlich dem Bastler. Wenig später ging es infolge von Nachlässigkeit verloren. Derweil war Boschs Versuch, den Zündapparat nachzubauen, erfolgreich gewesen. Robert Bosch hatte sich, ohne sich dessen ganz bewusst zu sein, dem „Problem der Probleme des Automobilbaus“ (Carl Benz) zugewendet.

Das Problem war bisher auf unterschiedliche, aber allemal unzureichende Weise „gelöst“ worden. Benz erzeugte den Zündfunken mit Hilfe einer Batterie. Die Batterie entlud sich schnell und musste nach kurzer Fahrstrecke nachgeladen werden. Daimler hatte ein Glasrohr entwickelt, das außerhalb des Zylinders von einem Flämmchen erhitzt wurde, in den Zylinder hineinragte und darin das Gemisch explodieren ließ. Das Verfahren ermangelte bei hohen Drehzahlen der Funktionssicherheit und war mit der Gefahr verbunden, Motor und Gefährt in Brand zu setzen. Daimler glaubte aber an seine Erfindung. Er gab Boschs Wunsch, ihm seinen Zünder vorzuführen, zwar nach, ließ sich davon aber nicht beeindrucken. Benz lernte Boschs Zünder erst sechs Jahre später kennen und verhielt sich zunächst ähnlich dazu wie Daimler. So baute Bosch vorerst elektromagnetische Zündapparate für stationäre Motoren und verkaufte sie an Kunden im Raum Stuttgart. Der Bau der Zünder erwies sich dennoch als hauptsächliche Triebkraft des kleinen Unternehmens. Fünf Jahre nach dessen Gründung beschäftigte Bosch 24 Arbeiter und machte an die 60 Prozent seines Umsatzes mit Zündern. Die Verbindung zum Autobau, die für den eigentlichen Aufschwung sorgte, stand noch bevor.

Erste Zeitungsannonce der Firma Robert Bosch aus dem Jahr 1887.


ROB. BOSCH
Rothebühlstr. 75 B.
Telephone, Haustelegraphen.
Fachmännische Prüfung und Anlegung von Blitzableitern. (37
Anlegung und Reparatur elektr. Apparate,
sowie aller Arbeiten der Feinmechanik.

Anfänge, Probleme und Erfolge

Bis dahin gründete Gottlieb Daimler ein eigenes Unternehmen und Benz wurde von einem Gasmotorenhersteller zu einem Autoproduzenten. Daimlers Unternehmen entstand im Sommer 1887 am Cannstatter Seelberg nicht als Auto-, sondern als Motorenfabrik. Es war so erfolgreich, das es bald an Daimlers individuelle Finanzierungsgrenzen stieß. Deshalb wurde es im Jahr 1890 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Die Aktien hielten zu gleichen Anteilen Daimler, ein Rottweiler Pulverfabrikant und ein Karlsruher Patronenhersteller. Die Leitung war vertraglich Gottlieb Daimler vorbehalten. Maybach sollte ursprünglich dem Vorstand angehören, blieb dem Unternehmen dann aber fern und arbeitete als unabhängiger Angestellter Daimlers weiter an der Entwicklung des Automobils, von dem die beiden anderen Aktionäre wenig wissen wollten.

Im gleichen Jahr zogen sich Carl Benz’ Teilhaber aus dessen Mannheimer Werkstatt zurück. Sie fürchteten, dass der Weg zur Automobilfabrik, den Benz eingeschlagen hatte, eine Sackgasse wäre. Sie hielten das Auto für ein teures Spielzeug, das schwerlich genügend Käufer fände. Glücklicherweise traten zwei vermögende Männer an ihre Stelle, die Benz’ Zuversicht teilten. Das Unternehmen florierte – vorerst noch als Produzent von Motoren, deren guter Absatz und Ertrag auch die Entwicklung und den Bau von Automobilen erlaubte. 1895 lieferte Benz den tausendsten Motor und das 70. Motorfahrzeug aus. Im darauf folgenden Jahr brachte die Mannheimer Fabrik ein kleines, relativ billiges Fahrzeug auf den Markt, von dem gleich im ersten Jahr 70 Stück abgesetzt wurden. Das war der Durchbruch.



Gottlieb Daimler hatte von Anfang an eine möglichst universelle Verwendung seiner Motoren im Auge. Er ließ sich denn auch immer neue Möglichkeiten einfallen, Fahrzeuge, Boote, Pumpen oder Dynamos anzutreiben, wie das Bauprogramm von 1896 zeigt.

In schroffem Gegensatz dazu schien die Daimler-Motoren-Gesellschaft AG in diesem Jahr am Abgrund zu stehen. Nach der Neugründung wurde kräftig in das Unternehmen investiert. Anlagen, mit denen 200 Arbeiter jährlich 400 Motoren bauen konnten, entstanden. Der Absatz und die Beschäftigung blieben weit dahinter zurück. Große Verluste liefen auf. Außerdem überließen die beiden anderen Aktionäre Daimler mitnichten die alleinige Führung des Unternehmens. Sie redeten ihm nachdrücklich hinein und Daimler stritt sich heftig mit ihnen. Im Herbst 1894 bot man ihm an, ihn mit einem Drittel seiner Einlage auszukaufen. Anderenfalls sollte ein Konkursantrag gestellt werden. Daimler ging, 60 Jahre alt inzwischen, krank und knurrig. Als die Rheinische Gasmotorenfabrik mit Benz die zukunftweisende Produktion des ersten „Serienautos“ aufnahm, war die Daimler AG ohne Daimler drauf und dran, sich auf die Rolle eines konventionellen Motorfabrikanten zu beschränken.

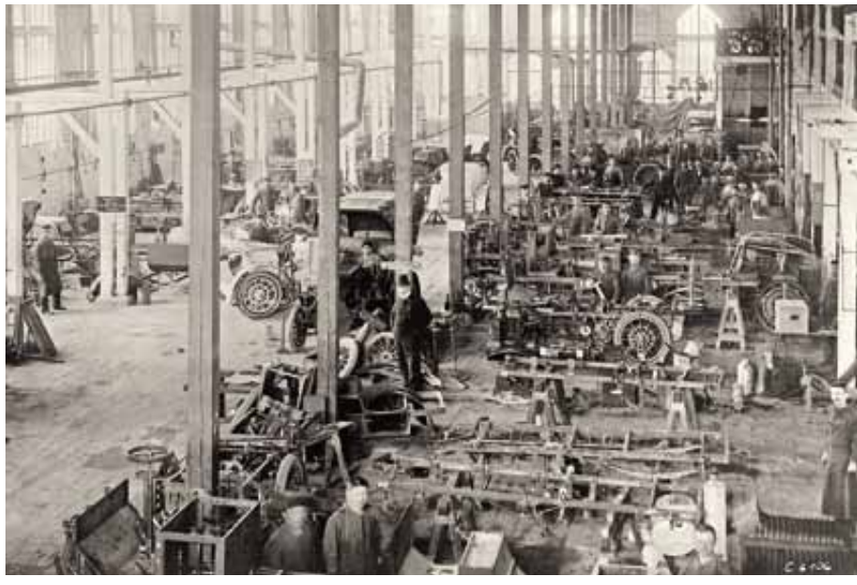
Da kam der Engländer Frederick Simms ins Spiel. Simms war ein unternehmerischer, ziemlich überzeugungskräftiger, nicht wenig gerissener Mann von etwas mehr als 30 Jahren, der sich 1892 das ausschließliche Recht hatte zusichern lassen, die Erzeugnisse der Daimler AG in England zu vertreiben. Sein Interesse galt dem Auto. 1895 brachte Simms in der Absicht, Autos in England nicht mehr nur zu vertreiben, sondern auch zu produzieren, ein finanzstarkes Konsortium zusammen und bot dem finanzschwachen Unternehmen in

Cannstatt einen außerordentlich hohen Betrag für alle seine Autopatente an – unter der Bedingung allerdings, dass Gottlieb Daimler die Leitung des Unternehmens wieder übernähme und Maybach alle Patente mitbrächte, zu denen Maybachs Tätigkeit im Auftrag Daimlers außerhalb der Motoren-Gesellschaft geführt hatte. Die verbliebenen Gesellschafter mochten sich den starken Zuschuss an Liquidität nicht entgehen lassen und unterwarfen sich der Bedingung. Die „Wiedervereinigung“ kam vor allem deshalb einer Neugründung gleich, weil die strategische Ausrichtung des Unternehmens sich änderte. Von nun an waren die Entwicklung und die Produktion von Straßenfahrzeugen vorrangiger Unternehmenszweck der Daimler AG. Bei Benz ergab sich derlei Wandel der Prioritäten gleichsam organisch aus dem laufenden Geschäft. In beiden Fällen handelte es sich um eine Wendung, deren Richtigkeit von unternehmerischem Erfolg nachdrücklich bestätigt wurde. Dazu trug ein Vorgang bei, an dem abermals Frederick Simms initiativ beteiligt war und der auch Robert Bosch endgültig auf den Weg des Fortschritts brachte.

Daimler und Benz auf dem Weg zu industriellen Großbetrieben

Das Auto hatte inzwischen den Anschein, eine motorisierte Kutsche zu sein, verloren und war dank zahlreichen Entwicklungen, die den Motor, das Getriebe und die Schaltung, die Kühlung, die Lenkung, die Federung und die Bereifung betrafen, zu einem Fahrzeug eigener Art geworden. Dessen hauptsächliches Problem war die Zündung geblieben. Es gab noch immer keine Zündung, die bei hohen Drehzahlen zuverlässig und gefahrlos funktionierte. Simms war auf der Suche nach einer solchen. Dabei kam ihm mit einiger Notwendigkeit die Zündung von Robert Bosch unter. 1897 schickte er Bosch ein dreirädriges Auto französischer Herkunft, das auf ungewöhnlich hohen Touren lief und mit einer unzulänglichen Batteriezündung ausgestattet war. Bei Bosch baute man eine Magnetzündung ein und stellte fest, dass sie von der hohen Drehzahl überfordert wurde. Die Erzeugung von Zündfunken kam mit der Geschwindigkeit der Drehungen nicht mit. Damit fand Bosch sich selbstverständlich nicht ab. Nicht er selbst, sondern sein junger Werkführer Arnold Zähringer hatte nach einigem Pröbeln die zündende Idee. Er ließ nicht mehr den schwerfälligen Anker pendeln, um Änderungen der Magnetstärke hervorzurufen, er stellte vielmehr die Ankerspule fest und ließ eine leicht bewegliche Eisenhülse um ihn pendeln. Die Neuerung schlug durch. Simms erhielt seine „Voiturette“ mit Pendelhülsen-Magneto und tat zweierlei. Er übernahm außer der Vertretung von Daimler Motorfahrzeugen auch die Vertretung von Bosch-Zündern in England und er forderte als Mitglied des Aufsichtsrats der Daimler AG deren Vorstand zu dem Versuch auf, die Glührohzündung durch die neue Magnetzündung zu ersetzen. Daimler folgte der Aufforderung unwillig. Maybach hingegen erkannte die Vorzüge der Drehhülsenzündung schnell und verhandelte mit Bosch über den Aufkauf der Werkstatt und des Patents durch die Daimler AG. Dazu war Bosch nicht zu bewegen. Er erahnte das wirtschaftliche Potenzial des technischen Vorsprungs, den ihm Zähringers Erfindung eingetragen hatte und wollte es selbst erschließen. Inzwischen war auch Carl Benz auf die Drehhülsenzündung aufmerksam geworden, war eigens nach Stuttgart gereist, um sie in Betrieb zu sehen und hatte erste Bestellungen aufgegeben. Weder er noch Daimler gingen rasch entschieden zu Boschs Erzeugnis über. Eher wehrten sie sich gegen den Übergang. Das änderte aber nichts daran, dass die unternehmerischen Interessen und Entwicklungen von Daimler und Benz einerseits sowie Bosch andererseits sich von nun an ineinander verschlangen.

Die Verschlingung vollzog sich im weiteren Wirkungszusammenhang zwar konjunkturell gebrochenen, aber im Trend



Wagenmontage der Daimler-Motoren-Gesellschaft in Cannstatt (Seelberg) im Jahre 1900.



Robert Bosch an seinem Schreibtisch
im Jahr 1906.

außerordentlich starken und ungewöhnlich ausdauernden wirtschaftlichen Wachstums. Von 1895 bis 1914 nahmen die Beschäftigung und das Sozialprodukt der deutschen Volkswirtschaft im Zeichen schwungkräftigen technischen Fortschritts und weitgehender internationaler Handelsfreiheit schneller zu als je zuvor. Daimler, Benz und Bosch gerieten in den Sog dieser Entwicklungen und gehörten in Wechselbeziehung zueinander sowohl zu deren Trägern wie zu ihren Gewinnern. In der zweiten Hälfte der 1890er-Jahre kamen sie endgültig über ihre kleingewerblichen, zeitweise von Misserfolg bedrohten, schwäbisch und badisch fundierten Anfänge hinweg und gerieten auf die Bahn zu internationalen industriellen Großbetrieben, für die Erfolg selbstverständlich wurde. Daimler und Benz hatten 1895 nicht mehr als jeweils 150, Bosch noch keine 50 Beschäftigten. 1912 zählten die Belegschaften von Daimler und Benz mehr und die Belegschaft von Bosch kaum weniger als 5000 Beschäftigte.

Gottlieb Daimler und Carl Benz, die unternehmerischen Techniker, die Gründer wurden, waren an dem Wandel und Aufstieg ihrer Unternehmen selbst nicht mehr beteiligt. Es erwies sich, dass es von nun auch ohne sie ging, besser womöglich als weiterhin mit ihnen. Sie waren alt geworden und Neuem kaum mehr aufgeschlossen. Vorher wäre es nicht ohne sie gegangen. Ohne ihre Visionen, ihre Risikobereitschaft und ihre Hartnäckigkeit hätte es die Unternehmen und die Möglichkeiten ihres Aufstiegs nicht gegeben. Bosch war noch jung, blieb und führte seine kleingewerbliche Werkstatt selbst zu industrieller Größe. Dabei war auch er drauf und dran, kurz vor dem Aufstieg auszusteigen.

Gottlieb Daimler starb – kurz vor seinem 66. Geburtstag – im März 1900. Zu seinen Lebzeiten noch war das Unternehmen in eine engere geschäftliche Beziehung zu dem reichen, autoversessenen Kaufmann Emil Jellinek in Nizza getreten. Seit 1897 kaufte Jellinek jährlich um die zehn Autos in Cannstatt und verkaufte sie in Frankreich weiter. Anfang 1900 verhandelte er mit Daimler über den Kauf von 36 Autos auf einen Streich, wenn jene Autos nach seinen Vorstellungen gebaut würden. 36 Autos waren etwa ein Drittel der jährlichen Produktion. Nach Daimlers Tod kam der Vertrag zustande. Das Auto, das nach Jellineks Vorgaben mit geringerem Gewicht, weiterem Radstand, niedrigerem Schwerpunkt und stärkerem Motor sowie Boschs Pendelhülsenzündung konstruiert



Mitarbeiter der Schlosserei und
des Wagenbaus im Benz-Werk Mannheim 1897.

wurde, erwies sich rasch als großer technischer Fortschritt und durchschlagender wirtschaftlicher Erfolg. Es war das erste Auto, das einen Namen erhielt, den Namen von Jellineks Tochter. Die hieß Mercedes. Der Mercedes gewann ein Autorennen nach dem anderen und verhalf der Daimler AG von einem Jahr zum anderen zu enormen Umsatzsprüngen. Schnell platzte die Fabrik am Cannstatter Seelberg aus allen Nähten. Im Mai 1904 wurde sie auf ein 18 Hektar großes Grundstück in Untertürkheim verlegt.

Bis zum Bau des Mercedes war Benz' Motorenfabrik das größte Autounternehmen der Welt gewesen. 1900 baute sie mit 400 Beschäftigten 600 Fahrzeuge. Dann verpasste Benz technisch den Anschluss. Er blieb dem Erfolg des Mercedes zum Trotz bei seinem Konstruktionsprinzip. Innerhalb von drei Jahren schrumpfte der Absatz auf weniger als ein Drittel, große Verluste liefen auf. Im Vorstand kam es zu heftigen Auseinandersetzungen über die Produktpolitik. Im April 1903 schied Carl Benz im Streit aus dem Vorstand aus und gründete mit seinen Söhnen in Ladenburg eine eigene Firma. Die blieb bedeutungslos, während die Rheinische Motorenfabrik, die Benz' Namen behielt, im Anschluss an Daimler technisch wieder Fuß fasste und wirtschaftlich wieder erfolgreich wurde. Vier Jahre nach der Daimler AG zog auch die Benz AG auf ein wesentlich größeres Fabrikgelände um. Inzwischen hatten beide Unternehmen bemerkenswerte Kapitalerhöhungen durchgeführt und waren dabei von Eigentümerunternehmen im Gewand einer AG zu Publikumsgesellschaften geworden.

Die Lichtbogenzündung von Bosch blieb weltweit konkurrenzlos

Selbstverständlich hatte die technische Erneuerung bei Benz sich auch auf den regelmäßigen Einbau von Bosch-Zündungen erstreckt. Jene Zündung war inzwischen von einem anderen jungen Mitarbeiter Boschs zur Lichtbogenzündung weiterentwickelt worden. Das machte sie praktisch konkurrenzlos. Die Entwicklung wurde von der Erhöhung der Motorendrehzahl und der Koppelung mehrerer Zylinder bei Daimler angeregt und ermöglichte beides. Deshalb war der Daimler AG daran gelegen, ein Recht auf ausschließlichen Bezug der neuen Zündung zu erwerben. Darauf ging Bosch so wenig ein, wie er Jahre zuvor auf das Übernahmeangebot Maybachs eingegangen war. Mittlerweile waren viele namhafte Autofabrikanten im Inland und im Ausland Bosch-Kunden

Der unkonventionelle Unternehmer Robert Bosch verstand sich als Philanthrop. Dazu gehörte auch seine Förderung des Gesundheitswesens, so die Stiftung des nach ihm benannten Stuttgarter Krankenhauses, das sich in seinem Sinne auch der Homöopathie verpflichtet fühlt. Das Foto zeigt Robert Bosch (2. v. r.) im Jahr 1940 in der Apotheke des Robert-Bosch-Krankenhauses.



geworden. Die Werkstatt hatte sich längst zu einer ansehnlichen Fabrik ausgewachsen, die auf neuem Firmengelände in der Hoppenlaustraße in Stuttgart 250 Arbeitskräfte beschäftigte. Das war fast ausschließlich dem Zünder zu verdanken.

Bosch verstand die Ausschließlichkeit nicht nur als Grund zur Freude. Ihm behagte die hochgradige Spezialisierung wenig. Er hätte eine Fabrik mit breitem Produktionsprogramm vorgezogen. Deshalb reizte ihn im Jahr 1905 der Vorschlag Frederick Simms', ihm das Zündergeschäft für fünf Millionen Mark in bar abzukaufen. Das war als Kaufpreis für das aktuelle Unternehmen eine enorme Summe, als Gegenwert für dessen wirtschaftliches Potenzial war sie ein Klacks. Bosch war dennoch zum Verkauf bereit. Seine beiden Erfinder wollten bleiben. Simms brachte dann allerdings das Geld nicht schnell genug auf. Deshalb blieb Bosch auch und prägte das Unternehmen noch jahrzehntelang auf seine höchst persönliche und bis in die Gegenwart nachwirkende Weise.



Mitten in Mannheims Haupteinkaufsstraße, den Planken, startete am 24. Juni 2011 wieder einmal die Bertha-Benz-Fahrt: Im Vordergrund ein blauer Ford T-Model (Baujahr 1912), dahinter ein roter Benz 8/20 Open Tourer (Baujahr 1913).

Mannheim – „Wir sind Patent.“

Die Industrie-, Arbeiter- und Zuwandererstadt

Ulrich Nieß

In der Regel alle zwei Jahre fährt von Mannheim aus eine Oldtimerparade nach Pforzheim. Die Bertha-Benz-Gedächtnisfahrt erinnert an eine couragierte Frau, die mit ihrer Aktion der automobilen Zukunft ein Stück weit auf die Sprünge half. 1888 war Bertha Benz mit ihren beiden Söhnen Richard und Eugen nach Pforzheim aufgebrochen. Einen ganzen Tag waren die drei unterwegs, ehe abends der nichtsahnende Ehemann Carl per Telegramm über die gute Ankunft informiert wurde. Vielfach ist darüber geschrieben und zur Mythenbildung um die Erfindung des Automobils beigetragen worden. Eigentlich wollte Bertha Benz nur ihrem Mann Mut machen, ihm die Alltagstüchtigkeit des Automobils beweisen, damit er sich bereitfand, seine Erfindung auf einer Ausstellung in München vorzuführen. Heute würden wir das Ganze vielleicht als geniale PR-Aktion verbuchen.

Berthas Gatte war ohnehin mehr Ingenieur denn Verkaufsgenie und in kaufmännischen Dingen nicht immer geschickt. Umso hartnäckiger aber hatte er an der Umsetzung seiner Idee gearbeitet; zunächst in einer kleinen Werkstatt, im damals noch weitgehend unbebauten Quadrat T 6, nicht weit vom Innenstadtring. Hier glückte Carl etwas, woran auch andernorts Ingenieure arbeiteten: der Bau eines „pferdelosen Motorwagens“. Die Idee war eigentlich nicht sonderlich revolutionär. Benz wollte einen Viertaktmotor konstruieren, der nicht mehr nur rein stationär eingesetzt werden konnte, sondern sich auch zur mobilen Fortbewegung eignen sollte. Das Ergebnis war ein Motor, der gegenüber den Konkurrenzprodukten eines Nikolaus Otto oder Gottlieb Daimler im Leistungsvermögen eher abfiel. Aber dieser Motor half Benz, den ersten fahrbaren Wagen mit Verbrennungsmotor, ein „Motorveloziped“, zu schaffen, wozu wir heute nur noch schlicht Auto(-mobil) sagen. Vom 29. Januar 1886 datiert die Patentschrift von Carl Benz, die gemeinhin als Geburtsschein des Automobils gilt und Mannheims heutige Marketingspezialisten zu dem doppelsinnigen Werbeausspruch inspiriert hat: „Wir sind Patent.“





Werbeanzeige des Stadtmarketing Mannheim zum Automobilsommer 2011.

Symbolkräfte und Identitätsbildung

Unweit der Benz'schen Werkstatt im Mannheimer Quadrat T 6 nahm just zu dieser Zeit das heutige Wahrzeichen Mannheims allmählich Gestalt an: Der Wasserturm, 1885 in einem Wettbewerb ausgeschrieben, wurde am 12. August 1889 der Öffentlichkeit übergeben. Damit konnte die Stadt endlich ihren Bürgern auch eine moderne Wasserversorgung garantieren. Für Spötter unserer Tage ist diese Koinzidenz bezeichnend: Die Mannheimer lernten erst Autofahren, ehe sie sich komfortabel waschen konnten. Der neobarocke Wasserturm ebenso wie die Fabriken prägen bis heute das Image der Rhein-Neckar-Stadt. Und dies obwohl auch in Mannheim inzwischen weit mehr Menschen im Dienstleistungsgewerbe als in den Industrieunternehmen beschäftigt sind. Aber in Mannheims Stadtgeschichte und im Stadtbild begegnen sich der Wasserturm wie die Fabriken, vergangener Kurfürstenglanz und früheres Arbeiterelend, Freigeist und Toleranz auf engstem Raum, ja man könnte fast von einer sehr eigenwilligen Symbiose sprechen.

Als Erinnerungsort für barocke Sinnesfreuden taugt dabei die Stadt jedoch kaum, obwohl sie durchaus einige architektonisch herausragende Barockbauten zu bieten hat: neben dem mächtigen Schloss vor allem die imposante Jesuitenkirche in A 2 nebst Sternwarte oder das Zeughaus in C 5. Und schließlich hielt sich der junge Mozart 176 Tage in der Stadt auf – aber er fand kein dauerhaftes Engagement am Fürstenhof, immerhin jedoch die Frau fürs Leben. Aber das reicht nicht, um ihn zum Erinnerungsmythos zu stilisieren, weil er die Stadt alsbald wieder verließ und er nur von Kennern seiner Biografie mit ihr assoziiert wird.

Womit aber identifiziert sich die Stadt selbst? Das Eigenbild oszilliert mitunter zwischen euphorischem Weltstadtanspruch und tiefer Larmoyanz. Vielleicht liegt Letzteres daran, dass es für keine Stadt so ganz befriedigend ist, wenn sie immer nur auf dem zweiten Platz rangiert oder ihr die Genies wie eben Mozart oder auch Schiller wieder den Rücken kehrten: Mannheim ist die zweitgrößte Stadt in Baden-Württemberg, hat eines der größten Barockschlösser in Europa, den zweitgrößten Binnenhafen in Deutschland usw. Insofern muss man es den Mannheimern nachsehen, wenn sie unisono und völlig zu Recht betonen, dass in ihrer Stadt und nicht in Stuttgart das erste Automobil erfunden und gefahren wurde. Da mögen die Herren Gottlieb Daimler und sein kongenialer Konstrukteur Wilhelm Maybach mit ihrer Motorenkutsche technikhistorisch gesehen fast zeitgleich etwas Bedeutendes ersonnen haben – Carl Benz aber hat als Erster das Auto mit Benzinantrieb gebaut und wehe dem, der andernorts etwas anderes behauptet.

Heftig geht es daher immer dann zur Sache, wenn in Mannheim das Gefühl um sich greift, die Stadt, ihre Bedeutung und ihr Erfindungsreichtum würden kleingeredet. So kam binnen kürzester Zeit eine umfangreiche Unterschriftenliste zustande, als die Lokalzeitung unter dem Slogan „Kein Daimler ohne Benz" forderte, der Daimlerkonzern müsse nach seiner Trennung von Chrysler wieder zum Traditionsnamen Daimler-Benz zurückkehren – ein Ansinnen, über das sich die Stuttgarter Konzernzentrale dann doch zum großen Leidwesen der Mannheimer hinwegsetzte.

Fraglos, die Menschen der Quadratestadt legen viel Wert darauf, dass ihre Stadt als Hort technisch-industrieller Innovation respektiert wird und sie haben daher auch kein Problem damit, in die Nähe des schmucken Wasserturms ein eher kühl-sachlich gehaltenes Benzdenkmal zu setzen. Und obwohl seit Jahrzehnten in Mannheim kein Pkw mehr produziert wird, geht man bis heute „zum Benz“, wenn man in diesem hoch modernen Omnibus- und Motoren-Produktionswerk arbeitet.

Das „Zweite Goldene Zeitalter“

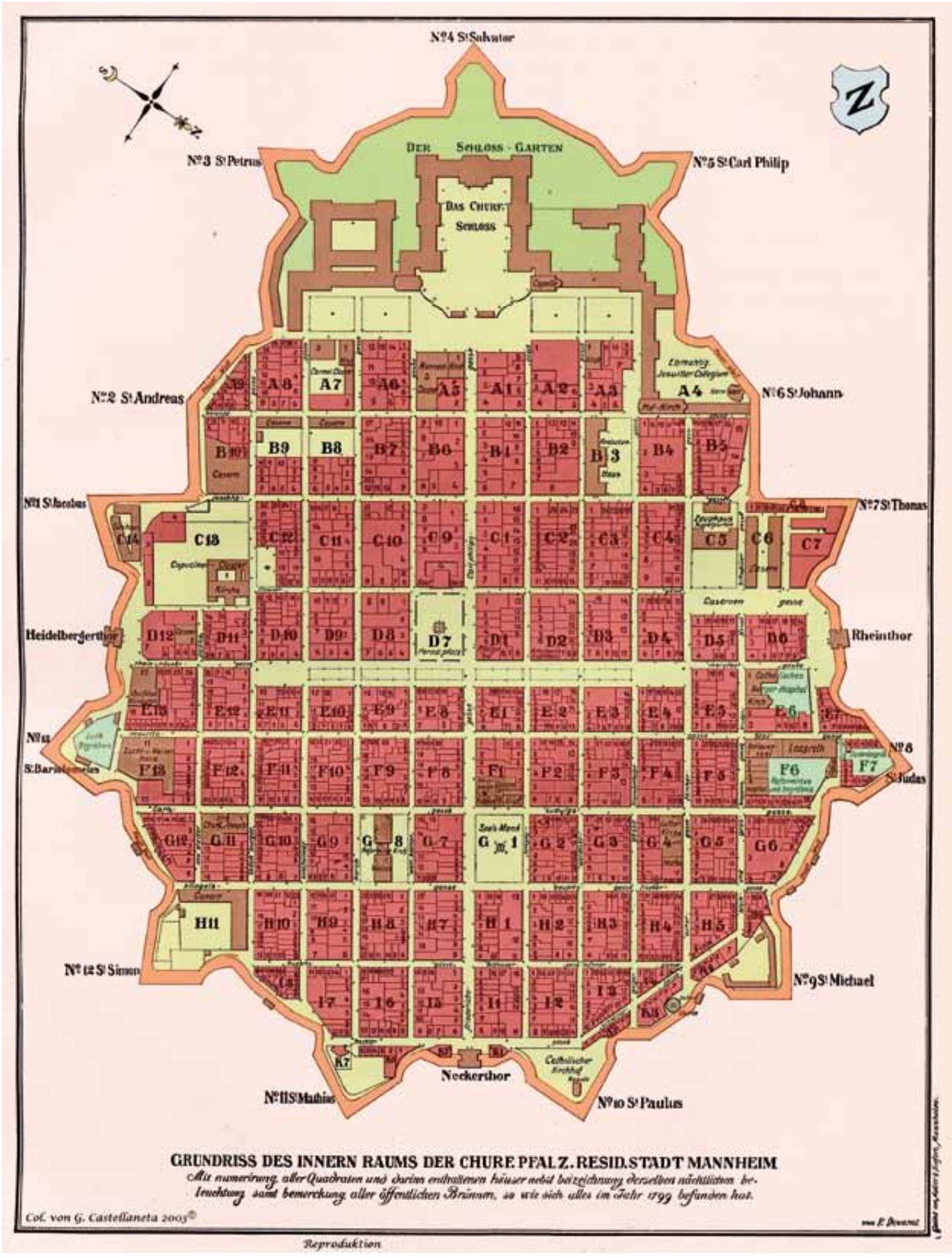
Wasserturm und Benz-Automobile stehen symbolhaft für eine Periode der Mannheimer Stadtgeschichte, die Historiker unserer Tage gerne mit dem Etikett des „Zweiten Goldenen Zeitalters“ versehen. Der Begriff „Erstes Goldenes Zeitalter“ hebt auf den Glanz der Residenzzeit ab, als die Kurfürsten der Pfalz ab 1720 das riesige Barockschloss erbauen ließen und die Mannheimer Schule Musikgeschichte schrieb. Diesem Glanz folgte nach Ende der kurpfälzischen Herrschaft 1802 eine Phase der Stagnation, ehe dann der Vorbote eines neuen Freiheitsgeistes durch die rechtwinklig angeordneten Straßenzeilen zog und Intellektuelle wie Handwerker und Arbeiter gleichermaßen erfasste. Es kennzeichnet die Geschichte Mannheims im 19. Jahrhundert, dass sie weder allein vom Bürgertum noch von der Arbeiterbewegung her definiert und verstanden werden kann. Beides traf hier früh zusammen, bildete auf mannigfache Art und Weise ein Zweckbündnis. Wurzeln und Traditionen entstanden, auf die sich beide Gruppierungen einigen konnten – eben auch in der Niederlage.

Diese war etwa in der Umbruchzeit von 1802 sehr bitter: Der drohenden politischen Marginalisierung innerhalb des badischen Staats konnten die Mannheimer Bürger noch mit Ideenreichtum, einem allmählich florierenden Handel und ersten Fabrikgründungen entgegenwirken. Ihre politische Führungsrolle wurde dann sogar tonangebend in der Revolution von 1848/49. Der zum Mythos verklärte Friedrich Hecker, Gustav Struve, Friedrich Daniel Bassermann oder Alexander von Soiron gehörten zur ersten Garde jener Revolutionszeiten. Mannheim galt als eines der Zentren im Vormärz und in der Revolution. Und ebenso kann man Mannheim als Geburtsstadt der demokratischen Arbeiterbewegung begreifen, wurde hier doch 1844 – und damit ausgesprochen früh in Deutschland – ein Arbeiterverein gegründet, der sich der Weiterbildung verschrieb. Sein Vereinslokal hatte er bis zu seinem Verbot 1847 im Alt-Mannheimer Lokal des „Kleinen Mayerhöfel“. Im Hinterzimmer sollen die Bilder der ehemaligen Revolutionäre und ehemaligen Förderer Friedrich Hecker und Gustav Struve gehangen haben.

Der „Kartätschenprinz“ Wilhelm, der nachmalige erste Kaiser des Deutschen Reichs, hatte 1849 zwar der Badischen Revolution ein gewaltsames Ende bereitet. Aber diese Niederlage legte gleichsam den Grundstein für eine gemeinsam geteilte Erinnerung von Bürgertum und Arbeiterschaft. Mochte man sich in der Revolutionszeit auch in einem



Mannheimer Wahrzeichen:
der Wasserturm von 1889, hier der Entwurf
von Gustav Halmhuber (1885).



Reproduktion

Mannheim ist eine frühneuzeitliche Planstadt, wie der Stadtgrundriss von 1799 sehr schön zeigt. Das „Quadratesystem“ wurde schon bei der Stadtgründung 1606/07 für die Bürgerstadt angewendet und charakterisiert bis heute mit seiner Kombination aus Buchstaben und Ziffern die Innenstadt. Eine solche Struktur war viel zu engmaschig für große Fabrikansiedlungen. Ausweitungen in der Fläche durch Eingemeindungen waren daher im Industriezeitalter unabdingbar.



Residenz des pfälzischen Kurfürsten: Das Mannheimer Schloss, eines der größten Barockschlösser in Europa, ist heute Sitz der Universität.

gemäßigten und radikalen Flügel zerrieben haben, der badische Aufstand, der zur Legende verklärte Kampf, wurde als gemeinsames Erbe verstanden. Eine ganze Reihe der damaligen Protagonisten sollte später wieder in führende gesellschaftliche Positionen aufsteigen. Wie sehr sich alle Gruppierungen dieser Zeit um jenes gemeinsame Erbe bemühten, beweist das am 13. September 1874 feierlich enthüllte „Denkmal der Gestandrechteten".

Der Obelisk aus französischem Kalkstein erinnert an die fünf standrechtlich Erschossenen von 1849. Diese geteilte Erfahrung der frühen Arbeiterbewegung und des Bürgertums mag mit ein Grund dafür sein, dass in Mannheim bei allen Klassengegensätzen wechselseitiger Respekt und auf vielen Gebieten frühe Formen der partiellen politischen Zusammenarbeit maßgebend waren. In der Zeit vor 1914 eroberten die Sozialdemokraten trotz der Benachteiligungen im kommunalen Zensuswahlrecht sukzessive die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung und partizipierten, wenn auch nicht völlig gleichberechtigt, an der politischen Macht. Dies trug zu der für den Südwesten so charakteristischen Ausbildung eines reformistischen Flügels der Sozialdemokratie bei, was auf der badischen Landesebene im „Großblock" aus Nationalliberalen, Linksliberalen, Demokraten und Sozialdemokraten ab 1905 sichtbar wurde.

Drais, Benz und Lanz: führend im Bereich der Mobilität

Ein gemeinsames politisches Erbe ist der eine Baustein, dem ein anderer noch hinzugefügt werden muss: die technischen Erfindungen. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Mobilität: das Zweirad des Herrn von Drais ab 1817, der Lanz-Bulldog – Prototyp des Traktors mit Rohölantrieb – ab 1921, der Omnibus von Carl Benz ab 1895, vor allem aber dessen automobiles Dreirad von 1885/86. Jenes erste Gefährt mit benzinbetriebenem Verbrennungsmotor stellt den Urtypus dar für heute weltweit fast eine Milliarde Fahrzeuge. Bis heute ist das Benz-Werk in Mannheim der größte Arbeitgeber mit knapp 9000 Beschäftigten. Auf dem fast 900 000 Quadratmeter großen Firmengelände werden Nutzfahrzeugmotoren gefertigt, Stadt- und Überlandbusse montiert, Gussprodukte in einer hochmodernen Gießerei hergestellt und abgasarme Motortechnik erforscht. Dabei sind rund 3500 Mitarbeiter in der sogenannten Motorenfabrik und rund 5500 Mitarbeiter bei EvoBus im Omnibusbau tätig.

Die Automobil-Abteilung der Benz-Werke befindet sich seit 1908 auf dem Luzenberg, ganz in der Nähe des Industriehafens. Die Übersiedlung in unmittelbare Nachbarschaft zu dem 1900 in Betrieb genommenen Gaswerk und dem 1907 offiziell eröffneten Industriehafen bot der „Benz & Cie. Rheinische Gasmotorenfabrik AG“ ideale Bedingungen zur Expansion, waren doch die Jahre kurz vor dem Ersten Weltkrieg durch immense Steigerungsraten in Produktion und Beschäftigung gekennzeichnet.



Das 1933 eingeweihte Carl-Benz-Denkmal (aufgenommen 2011) steht gemeinsam mit einer Nachbildung des Patentmotorwagens in unmittelbarer Nähe des Mannheimer Wasserturms.

Gezielte städtische Industriepolitik

Der Bau des Industriehafens ab 1895 war indes eine städtische Pioniertat, der Weg in eine gezielte städtische Wirtschaftsförderung, um den bereits in Gang befindlichen Strukturwandel von der Handels- zur Industriestadt zu beschleunigen und zugleich eine Antwort auf die Schiffbarmachung des Oberrheins zu geben, die Mannheims Funktion als südlicher Endpunkt der Großschifffahrt bedrohte. Den jungen, expandierenden Industrieunternehmen sollte ein attraktives Areal mit wasser- und schienennahen Grundstücken außerhalb der Innenstadt zur Verfügung gestellt werden. Einer der frühesten Förderer von Carl Benz, der Unternehmer und Stadtverordnete Max Rose, brachte es 1895 bei der Diskussion um die immensen Kosten des Industriehafens auf den Punkt. Dieser werde, so Rose, „für spätere Geschlechter einen Merkstein bilden […] für den heute an maßgebenden Stellen herrschenden Scharfblick für die wichtigsten Lebensinteressen unserer Stadt“.

Roses prophetische Worte rühmen zu Recht den Wagemut der Stadtspitze um Oberbürgermeister Otto Beck, der seit 1892 mit immenser Tatkraft die städtische Entwicklung vorantrieb. Neben dem Bau des Industriehafens standen auch die sukzessive Eingemeindung der Nachbarorte sowie eine durchdachte Energie- und Verkehrspolitik im Dienste einer städtischen Industrieansiedlungspolitik. So gelang am 5. Juli 1898 ein bemerkenswerter „Deal“: Bau und Betrieb des neuen Elektrizitätswerks wurden an die Firma Brown, Boveri & Cie. (BBC) vergeben, die wiederum die Übersiedlung ihrer Frankfurter Produktionsstätte nach Mannheim mit anfänglich mindestens 500 Arbeitsplätzen zusicherte. Bereits Ende 1904 waren im neuen BBC-Werk in Käfertal 1350 Personen beschäftigt, 1914 gar 3000, so dass dieses Werk zu den größten Betrieben der Stadt avancierte. Bei Benz strömten damals zeitweise über 5000 Arbeiter täglich durch die Werktore – die wenigsten davon stammten aus Mannheim.

Zuwanderung – erst aus dem Odenwald ...

Kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs lebten in der Industriestadt Mannheim 226 700 Menschen. Mitte des 19. Jahrhunderts hatte die Stadt lediglich 25 000 Einwohner, bei der Reichsgründung 1871 wurden auch erst 39 620 Personen gezählt. Mannheim gehörte damit zu den Städten im Deutschen Reich, die ein weit überproportionales Bevölkerungswachstum aufweisen konnten. Mehr als die Hälfte dieses raschen Wachstums war der Zuwanderung, etwa ein Drittel dem Geburtenüberschuss und der Rest weitgehend den Eingemeindungen geschuldet. Letztere dienten vorzugsweise der Expansion in der Fläche – das Mannheimer Gemarkungsgebiet vervierfachte sich zwischen 1892 und 1913 –, um dort Fabriken und Arbeitersiedlungen errichten zu können, während die eigentliche City und die sie umgebenden nahen Stadtgebiete mit ihrer engmaschigen Straßenstruktur größeren Unternehmen keinen Platz mehr boten. Die starke Zuwanderung bedingte eine im Durchschnitt sehr junge Bevölkerung mit deutlichem Männerüberschuss (112 : 100). Da in der Kernstadt eine oft wohlhabende Bevölkerung lebte, die Dienstmädchen Arbeit bot, und insgesamt eine vielfältige Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur entstand, in der auch Fabrikarbeiterinnen benötigt wurden, etwa in den Tabak- und Jutefabriken, kamen auch nicht wenige Frauen überwiegend aus dem ländlichen Nahbereich nach Mannheim.

Das Gros der neuen sich ansiedelnden Arbeiterschaft stammte offenbar aus den umliegenden, meist ländlichen Regionen, etwa aus dem Odenwald. So konstatierte Friedrich Metz in seiner Untersuchung über das badische Bauland 1919: „Es wohnen heute in Mannheim mehr Leute aus dem Amte Buchen als in diesem Amte selbst."

... dann aus dem Ausland

Die konjunkturelle Dynamik führte schon frühzeitig eine nennenswerte Zahl an ausländischen Kräften nach Mannheim, die zum überwiegenden Teil auf ihrer Wanderschaft die örtlichen Werke aufsuchten und meist für nur wenige Monate Beschäftigung suchten und auch fanden. Wohl der prominenteste Name unter den ausländischen Wander- und Saisonarbeitern war ein gewisser Josip Broz, der für wenige Monate 1911 bei Benz anheuerte. Besser bekannt ist Josef Broz unter seinem Namenszusatz Tito. Als Staatspräsident regierte er bis zu seinem Tod 1980 Jugoslawien mit harter Hand als sozialistisches Gesellschaftssystem. Wie viele frühe „Gastarbeiter" in den Industriewerken vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs in Mannheim gearbeitet haben, lässt sich nur schwer statistisch fassen, da die Meldedaten nur zum Teil und unvollständig vorliegen.



Industrie braucht Fläche: Luftbildaufnahme der Mercedes-Benz-Werke (aufgenommen 2010) auf dem Mannheimer Luzenberg.

Von der in Mannheim-Sandhofen 1898 gegründeten Jutespinnerei ist beispielsweise bekannt, dass sie frühzeitig um ausländische Kräfte, zumeist Frauen warb, so dass zeitweise mehr als die Hälfte der Beschäftigten Ausländer waren. Schon 1899 wurde der Zugang von 300 Italienern, 80 Böhmen und Tschechen sowie 100 Polen registriert, und auch in den folgenden Jahren wurden immer wieder italienische Saisonarbeiterinnen angeworben. Wirft man etwa für die Jahre 1911 bis 1913 einen Blick in das „Reichsausländerbuch" von Rheinau – dieser südlich von Mannheim liegende Ort wurde zum 1. Januar 1913 eingemeindet –, so kann man feststellen, dass hier bereits 487 ausländische Wanderarbeiter, darunter 345 Italiener gemeldet waren. Rheinau hatte zu jener Zeit eine ortsansässige Bevölkerung von 4200 Personen. Die Ausländer dürften größtenteils in den verschiedenen Industriewerken, etwa bei der Seifenproduktion in der Sunlight GmbH oder in der Deutschen Zündholzfabrik, oder beim Ausbau der Hafenanlagen – 1913 wurde das letzte Becken fertiggestellt – Arbeit gefunden haben.



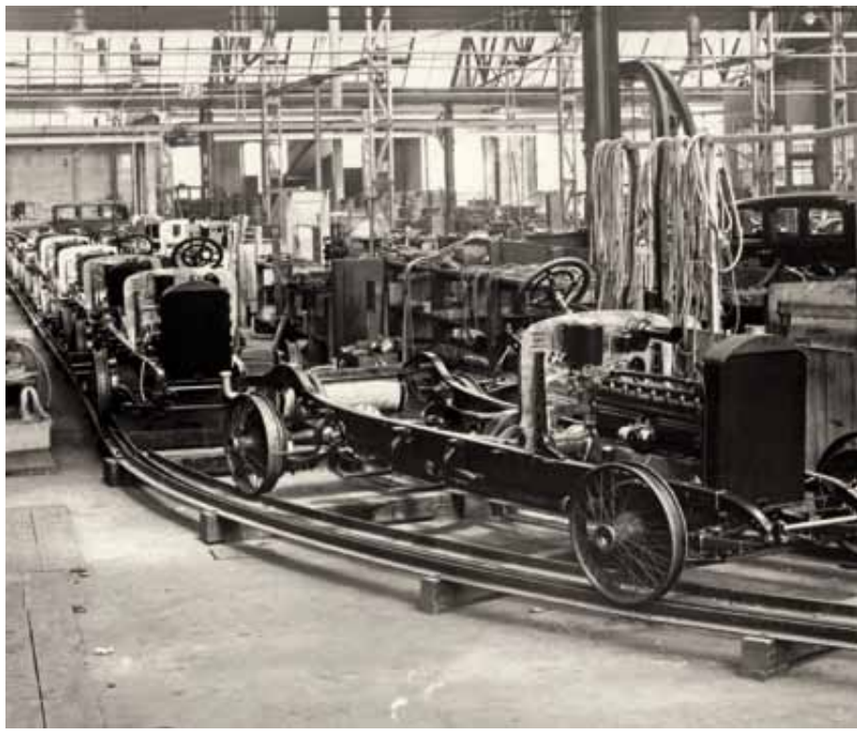
Ludwig Frank (1874–1914), Mannheims Reichstagsabgeordneter (Aufnahme um 1910) und zugleich der große Hoffnungsträger der Sozialdemokraten: Obschon Pazifist und Hauptredner mehrerer Friedenskonferenzen, meldete sich Frank bei Kriegsausbruch im August 1914 freiwillig und fiel schon am 4. September 1914.

Die „rote Hochburg“

Diese Wanderarbeiter, vor allem aber auch die ortsansässig gewordenen Zuwanderer, organisierten sich in wachsender Zahl und begründeten Mannheims Ruf als „rote Hochburg“. Bereits Tito abonnierte das Nachfolgeblatt der einst vom Mannheimer Reichstagsabgeordneten Ludwig Frank ins Leben gerufenen Jugendzeitung der SPD. Und Tito diskutierte auch gerne mit Exilrussen, die teilweise an der Mannheimer Ingenieurschule eingeschrieben waren und sich als Bakunisten oder Anarchisten verstanden.

In den 1920er- und 1930er-Jahren ebbte der Zustrom von Wanderarbeitern wieder ab. In der Automobilbranche etwa brachen die Produktionszahlen mit der Hyperinflation 1923 drastisch ein, so dass nur noch wenige hundert Beschäftigte auf dem Luzenberg arbeiteten. Die Fusion von Daimler und Benz 1924/26 war damals lebensnotwendig für beide Unternehmen, um im Wettbewerb zu bestehen. Den eigentlichen dramatischen Einschnitt aber bildete auch in der Stadtgeschichte Mannheims die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten. Am 6. Februar 1933 hatten sie stolz als Schlagzeile in der parteieigenen Tageszeitung verkündetet: „Die rote Hochburg Mannheim ein Trümmerhaufen!“ Dieser Trümmerhaufen wurde im Zweiten Weltkrieg dann traurige Realität, trotz des tapferen, größtenteils von kommunistischen Arbeiterfunktionären in Mannheim organisierten Widerstands, der zahlreiche (Todes-)Opfer forderte. Zwar wurde der Arbeiterwiderstand meist nur sehr verdeckt in den Betrieben fortgesetzt und zumeist wurden private Unterkünfte für konspirative Treffen gewählt, aber in den großen Fabriken der Metallindustrie wie „beim Benz“ signalisierte allein schon die massive Abgabe ungültiger Stimmzettel bei den Vertrauensmännerwahlen 1934 und 1935, dass die ehedem organisierten Arbeiter keineswegs die neuen Machthaber und die Zerschlagung ihrer Gewerkschaften ohne stillen Protest hinzunehmen gedachten. Den moralischen Bankrott indes konnten auch solche Aktionen nicht verhindern.

Diese spiegelt sich auch in den traurigen, über 1000 Seelen zählenden, zerlumpten Gestalten wider, die ab Herbst 1944 als KZ-Insassen in Mannheim „beim Benz“ arbeiten mussten, nachdem zuvor bereits, wie in vielen Industrieunternehmen, ausländische Zwangs- und Fremdarbeiter sowie Kriegsgefangene in der Produktion eingesetzt worden waren. Nicht viele dieser polnischen KZ-Häftlinge beim Benz-Werk haben die Strapazen der Haft und die weitere Deportation in den späteren „Todesmärschen“ überlebt. Erst in den 1980er-Jahren wurde ihres Schicksals angemessen gedacht und eine Gedenkstätte eingerichtet, die seit Jahren auf die tatkräftige Unterstützung der Daimler AG zählen darf.



Blick in die Montagehalle von Benz um 1928: Chassisfertigung für den Personenwagen Typ Mannheim (12/55 PS). Sehr schön erkennbar ist die Fertigung auf einer Gleisanlage. Die Pkw-Produktion wurde in Mannheim 1930 eingestellt.

Die Anwerbung von „Gastarbeitern“

Nach dem Ende des Kriegs und den dann einsetzenden Wirtschaftswunderjahren sollte ein neuer Zustrom an ausländischen Beschäftigten mit der „Gastarbeiter“-Welle auf der Grundlage binationaler Anwerbeabkommen ab Mitte der 1950er-Jahre auch Mannheim erreichen. Aus heutiger Sicht fast ein wenig skurril mutet dabei die massive Anwerbung von Jugoslawen 1968 für die Benz-Werke an. Nach der scharfen Rezession 1966/67 mussten 2000 Arbeiter „beim Benz“ entlassen werden. Da die Konjunktur gleich wieder ansprang, der Mannheimer Arbeitsmarkt aber leergefegt war, entschloss sich die Konzernleitung im Benehmen mit dem Betriebsrat und den örtlichen Behörden, Mitarbeiter nach Jugoslawien zu entsenden, die dort 1000 Arbeiter gewinnen sollten. Basis hierfür bot das von der Bundesregierung gerade erst abgeschlossene Anwerbeabkommen mit dem südslawischen Völkerstaat.

Die Anwerbung konzentrierte sich auf die Stadt Zagreb sowie die Orte südlich der dalmatischen Hafenstadt Rijeka und auf Bosnien. Im Oktober 1968 traf die erste Gruppe von 80 Personen in Mannheim ein; im Februar 1969 folgte ein Konvoi aus sieben Bussen mit rund 350 „Jugos“, wie die neuen Kollegen oft genannt wurden. Bereits 1971 arbeiteten neben diesen 1000 Landsleuten Titos weitere 700 Personen aus 25 Nationen „beim Benz“ in Mannheim-Luzenberg. Ab Mitte der 1970er-Jahren waren dann die Türken die größte Ausländergruppe im Betrieb.

Häftlingsgruppe des KZ Sandhofen, die im Benz-Werk Mannheim eingesetzt wurde. Zeichnung von Mieczyslaw Wisniewski.





Streikende Arbeiter vor den Werkstoren von Daimler-Benz im Jahr 1971.

Streik und Tarifkämpfe

Gewerkschaftlich waren 1971 nicht weniger als 97 Prozent aller „Benzler“ organisiert, als im Herbst einer der längsten Streiks in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte begann. Fast drei Wochen dauerte der hart geführte Arbeitskampf, der von Arbeitgeberseite – ähnlich wie beim großen Streik im Mai 1963 – mit dem Instrument der Generalaussperrung beantwortet wurde. Bei beiden Arbeitskämpfen legten jeweils zehntausende Beschäftigte im Stadt- und Landkreis Mannheim die Arbeit nieder.

Wann immer es zu großen Arbeitskämpfen in der Metallindustrie nach 1945 kam, war stets Mannheim ein Zentrum der Auseinandersetzung. Denn im Tarifbezirk Nordwürttemberg-Nordbaden wurden durchgängig die Tarifkämpfe für die gesamte deutsche Metallindustrie ausgetragen, weil, so die gewerkschaftsinterne Argumentation, der nordbadische Raum sehr streikerfahren und auch stets streikbereit sei, eine hohe Firmendichte und einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad aufweise und die Lahmlegung der Betriebe die gesamte Branche am empfindlichsten treffe. Begleitet von hoher medialer Aufmerksamkeit standen so die großen Mannheimer Fabrikwerke oft im Fokus der Berichterstattung, vor allem bei den hart von Streik und Aussperrung begleiteten Arbeitskämpfen der 1970er- und 1980er-Jahre, als es nicht ausschließlich um Lohnforderungen, sondern auch um die „Humanisierung der Arbeit“ ging, etwa um die Abschaffung stupider Arbeitsprozesse oder den Einstieg in die 35-Stunden-Woche.

Dabei hatten nach 1945 zunächst weniger Lohnforderungen als vielmehr schlichte Mangelerscheinungen zu den ersten Warnstreiks geführt. So im Frühsommer 1947, als infolge der katastrophalen Ernährungslage die Arbeiter mit der Parole „Wir können nicht mehr“ die versprochenen, aber nicht zugeteilten Lebensmittelrationen beklagten. Die später zu „Jahren der schönen Not“ verklärten Zeiten waren politisch in den Betrieben von einem starken, meist kommunistisch oder sozialdemokratisch dominierten Betriebsrat geprägt. Dass bei allen klassenkämpferischen Parolen in der Sache weitgehend pragmatisch verhandelt wurde und Arbeitnehmerinteressen durchgesetzt werden konnten, kennzeichnet jene Jahre in den Industriebetrieben.

„Beim Benz“ ging die Ära der kommunistischen Betriebsratsvorsitzenden erst 1964 mit der Wahl von Herbert Lucy (1929–1994), dem späteren Gesamtbetriebsratsvorsitzenden von Daimler-Benz, zu Ende. Lucy und sein Betriebsratsnachfolger Herbert Feuerstein (1940–1999) engagierten sich für die SPD über Jahrzehnte auch im Kreisverband und im Gemeinderat. Ihrem Einfluss war es auch geschuldet, dass mit dem bei der BBC ausgebildeten Starkstromelektriker und Ingenieur Gerhard Widder 1983 in Mannheim ein Oberbürgermeister gewählt wurde, der seit frühester Kindheit in der Arbeiterbewegung verwurzelt war. Bis 2007 führte er als Oberbürgermeister die Geschicke der Stadt und ging mit der längsten Amtszeit als Rekordhalter unter den Bürgermeistern in die Geschichte Mannheims ein.



Warnstreik vor Tor 1 des Daimler-Benz Werks im Mai 1984. Der Betriebsratsvorsitzende Herbert Lucy informiert per Megafon über die Tarifforderungen.

Industrieller Strukturwandel und das Vertrauen auf Innovation und Migration

In der Ära Widder setzte sich der fundamentale wirtschaftliche Strukturwandel weiter fort. Schon in den 1970er- und beginnenden 1980er-Jahren hatte es spektakuläre Firmenschließungen gegeben, darunter die der Rheinischen Gummi- und Celluloid-Fabrik mit ihren legendären Schildkröt-Puppen. Ein Rückgang an Arbeitsplätzen bei den großen produzierenden Unternehmen, auch in der Metallindustrie, prägte lange das Bild. Niemand kann sicher sagen, ob weiterer Stellenabbau im verarbeitenden Gewerbe noch folgen wird oder ob die Unternehmen als industrielle Kernbetriebe wieder stärker expandieren werden. Immerhin hängen noch ein Viertel aller Arbeitsplätze in Mannheim direkt vom verarbeitenden Gewerbe (ohne Bauindustrie) ab.

In naher wie wohl auch in ferner Zukunft werden die Industrieunternehmen Mannheims Gesicht mitprägen. Auch deshalb ist die Stadt gut beraten, ihrer Tradition entsprechend, auf Zuwanderung zu setzen. Schon heute besitzen 63 000 Menschen in Mannheim einen ausländischen Pass, sind rund 160 Nationen vertreten und weisen fast ein Drittel aller Stadtbewohner einen Migrationshintergrund auf. Darin liegen Herausforderungen wie Chancen. Mannheim versteht sich als tolerante, weltoffene Stadt mit einem breiten kulturellen Angebot und hofft, dass innovative Entwicklungen die Schlüssel für eine positive Zukunft sein werden, um voller Stolz der Welt verkünden zu können: „Wir sind Patent."



Drei führende Vertreter der Mannheimer Arbeiterbewegung (aufgenommen ca. 1990, v. l. n. r.:) Gerhard Widder, Oberbürgermeister von 1983–2007, Herbert Lucy und Karl Feuerstein.



So sah es der Maler Johannes Hans um 1810: Eine „Wiener Zille“ oder „Schwabenplätte“ mit ihrem für die Anfangszeit typischen hüttenartigen Aufbau vor der Kulisse Ulms. In die Geschichte sind diese Boote als „Ulmer Schachteln“ eingegangen. Sie brachten viele der Auswanderer des 18. Jahrhunderts nach Südosteuropa.

Ulm

Schwaben und Donauschwaben

Mathias Beer

Baden-Württemberg ist seit dem 11. September 1954 das „Patenland“ der „Volksgruppe der Donauschwaben“. Ulm bezeichnet sich gerne als „Stadt der Donauschwaben“. Und für die unterschiedlichen donauschwäbischen Gruppen selbst sind Ulm und der deutsche Südwesten konstitutiv für ihr Selbstverständnis.

Dabei handelt es sich um eine Entwicklung jüngeren Datums, die rückblickend zwei Vorgänge ohne unmittelbaren Bezug in einen Sinnzusammenhang setzt: Die auch über Ulm erfolgte Auswanderung aus dem Heiligen Römischen Reich deutscher Nation nach Südosteuropa seit dem 18. Jahrhundert und die Umsiedlung, Flucht und Vertreibung der Nachkommen dieser Auswanderer in das besiegte Deutschland nach 1945.

Die entstandenen Beziehungen Baden-Württembergs und Ulms zu den Donauschwaben und deren besonderes Verhältnis zu der Stadt und dem Land sind das Ergebnis einer spezifischen Deutung von Migrationen der letzten rund 300 Jahre als Auswanderung in eine „neue Heimat“ und Rückkehr in die „alte Heimat“.





Die Erinnerung wird gepflegt:
Im Rahmen der Heimattage
der Banater Schwaben im Mai 2010
legten der Ulmer Oberbürgermeister Ivo Gönner
und der Vorsitzende der Landsmannschaft
der Banater Schwaben, Bernhard Krastel,
einen Kranz am Auswanderer-Denkmal nieder.

Ein Denkmal am Donauufer

„Herzlich willkommen in Ulm, der Patenstadt der Banater Schwaben und seit mehr als drei Jahrzehnten Gastgeber der Heimattage der Landsmannschaft der Banater Schwaben!“ Mit diesen Worten begrüßte Ivo Gönner, der Oberbürgermeister der Stadt Ulm, die mehreren tausend Teilnehmer des Heimattages der Banater Schwaben zu Pfingsten 2010. Neben dem Ulmer Stadtoberhaupt waren Vertreter der Landes, des Bundes und auch der rumänischen Regierung anwesend. Am frühen Nachmittag des 22. Mai fanden ein von Trachtengruppen begleiteter „Festumzug zum Auswanderer-Denkmal am Donauufer“, eine „Gedenkfeier mit Kranzniederlegung“ am Auswanderer-Denkmal und ein „Auftritt in historischen Trachten mit Ausschiffung auf einer ‚Ulmer Schachtel‘“ auf der Donau statt.

Am 13. September 2008 lud – dieses Mal die Landsmannschaft der Donauschwaben aus Jugoslawien – zu einer großen „Gedenk- und Jubiläumsveranstaltung“ am gleichen Ort ein. Sie war mit einem Landestrachtenfest im Rahmen der Heimattage Baden-Württemberg verbunden. Im Mittelpunkt stand eine „Gedenkfeier am Ahnen-Auswanderer-Denkmal am Donauschwabenufer“. Mit einer Kranzniederlegung und einem „Gruß an die Donau mit Kranzübergabe“ wurde des 50. Jahrestages der Errichtung des Denkmals und der Ausweisung der Donauschwaben aus Jugoslawien nach dem Zweiten Weltkrieg gedacht. Auch dieses Mal waren Stadt und Land hochrangig vertreten.

Dieses sind nur zwei der jüngsten aus einer Reihe von vergleichbaren Veranstaltungen aller donauschwäbischen Landsmannschaften – der Donauschwaben aus Jugoslawien, der Ungarndeutschen, der Banater Schwaben und der Sathmarer Schwaben. Ulm und die Donau liefern dafür mehr als die unverzichtbare Kulisse. Dreh- und Angelpunkt ist dabei das am Rande der Altstadt, aber außerhalb der Stadtmauern zwischen Wilhelmshöhe und dem Donauufer gelegene Auswanderer-Denkmal. Auf der mehrere Meter hohen, aus vier Muschelkalksteinquadern zusammengesetzten Stele ist an der Front ein stilisiertes Boot angebracht. Im Boot steht ein Mann, der seinen Arm schützend um die Schultern seiner auf einem Gepäckstück sitzenden Frau legt, auf deren Schoß ein Kind sitzt. Aus dem Boot ragt ein großes, schlankes Kreuz empor. An der Stele ist die Inschrift angebracht: „Von Ulm aus zogen deutsche Siedler im 18. Jahrhundert auf der Donau nach dem Südosten Europas. Ihre Nachfahren kehrten, vom Schicksal nach dem Zweiten Weltkrieg aus ihrer Heimat vertrieben, in das Land ihrer Väter zurück.“

Mit seiner Lage, Bildersprache und Inschrift ist das Denkmal die in Stein gehauene und in Bronze gegossene Erinnerung an eine mehr als drei Jahrhunderte umfassende Vergangenheit. Es ist sowohl zum Inbegriff donauschwäbischen Selbstverständnisses als auch Teil des Selbstverständnisses der Stadt Ulm und des Landes geworden. Diese Bedeutung des Denkmals ist das Ergebnis von Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit. Die Geschichte, auf die sich das Denkmal bezieht, ist differenzierter als die, die das Denkmal und seine Inschrift evozieren. Es ist die Geschichte von mehreren zu unterscheidenden Migrationen, ihren Folgen und deren spezifische Deutung.

Migrationen – weit mehr als Ulm und „Ulmer Schachteln“

Den Niedergang des Osmanischen Reiches im 17. Jahrhundert machten sich das Russische Reich und die Habsburgische Monarchie zunutze. Nach der siegreichen Abwehr der osmanischen Belagerung Wiens 1683 ergriff das kaiserliche Heer die Initiative, die die Rückeroberung Ungarns einleitete. Der 1699 geschlossene Friede von Karlowitz bestätigte die neuen Machtverhältnisse, mit denen der gesamte mittlere Donauraum an die Habsburger fiel. Schließlich wurden mit dem Frieden von Passarowitz 1718 die politischen Voraussetzungen für die neuzeitliche Kolonisation in Südosteuropa geschaffen.

Zeitgenössischer Praxis folgend, setzten sich die Wiener Regierung und die privaten Grundherren das Ziel, das gesamte eroberte und erworbene Land kulturell und vor allem wirtschaftlich zu entwickeln. Nur so war das Gebiet gegen die nach wie vor bestehende osmanische Gefahr zu sichern. Zudem sollte das Gebiet helfen, die Einkünfte der Wiener Hofkammer und jene privater Grundherren zu verbessern. Von einem durch gezielte Migrationspolitik ausgelösten Bevölkerungszuwachs wurde eine höhere Wirtschaftskraft und mit ihr ein höheres Steueraufkommen erwartet: *ubi populus, ibi obulus,* oder: „Wo Menschen sind, da füllt sich die Staatskasse.“

Solchen Überlegungen folgend wurde unter Kaiser Karl VI. in den Erbländern und Reichsgebieten des Heiligen Römischen Reiches für die Ansiedlung geworben. Öffentliche Aufrufe, begleitet von eigens beauftragten Werbern, erfolgten auch unter der Regentschaft der Kaiserin Maria Theresia und ihres Nachfolgers Joseph II. Zunächst fast ausschließlich für Siedler katholischen Glaubens bestimmt, waren die Werbungen mit weitreichenden Vergünstigungen verbunden: Finanzierung der Reisekosten ins Ansiedlungsgebiet, Bau eines Hauses, Zuteilung von Ackerboden, Vieh sowie landwirtschaftlichen Geräten, die Ausstattung von Handwerkern, Steuerfreiheit für mehre Jahre und die zeitweilige Befreiung vom Militärdienst.

Zu der so erzeugten Sogwirkung des Ansiedlungsgebietes kam ein weiteres Bündel von Ursachen in den Herkunftsgebieten der potenziellen Siedler hinzu, welches tausende Menschen veranlasste, nach Ungarn aufzubrechen. Es speiste sich, je nach Territorium und Zeit, aus unterschiedlichen Quellen: Sowohl religiöse als auch politische, soziale und wirtschaftliche Gründe spielten eine Rolle. Dabei zählten die materielle Not, verursacht durch Kriege, hohe Abgabenlasten sowie Ernteausfälle auch im deutschen Südwesten mit zu den Hauptursachen für den Entschluss, „in das Ungarland“ auszuwandern. Mit den Worten des Zimmermanns Martin Bosch von 1771: „Weillen mich mit meinem Weib und Kind mit meiner Zimmermanns Profession bey dermaligen theiren Zeiten nimmermehr zu ernehren waiß.“ Die den



Außerhalb der Ulmer Stadtmauern, zwischen Wilhelmshöhe und Donauufer, steht das „Auswanderer-Denkmal“. Es wurde am 9. August 1958 zur Erinnerung an die Auswanderung nach Südosteuropa im 18. Jahrhundert sowie an Flucht und Vertreibung 1945 eingeweiht.

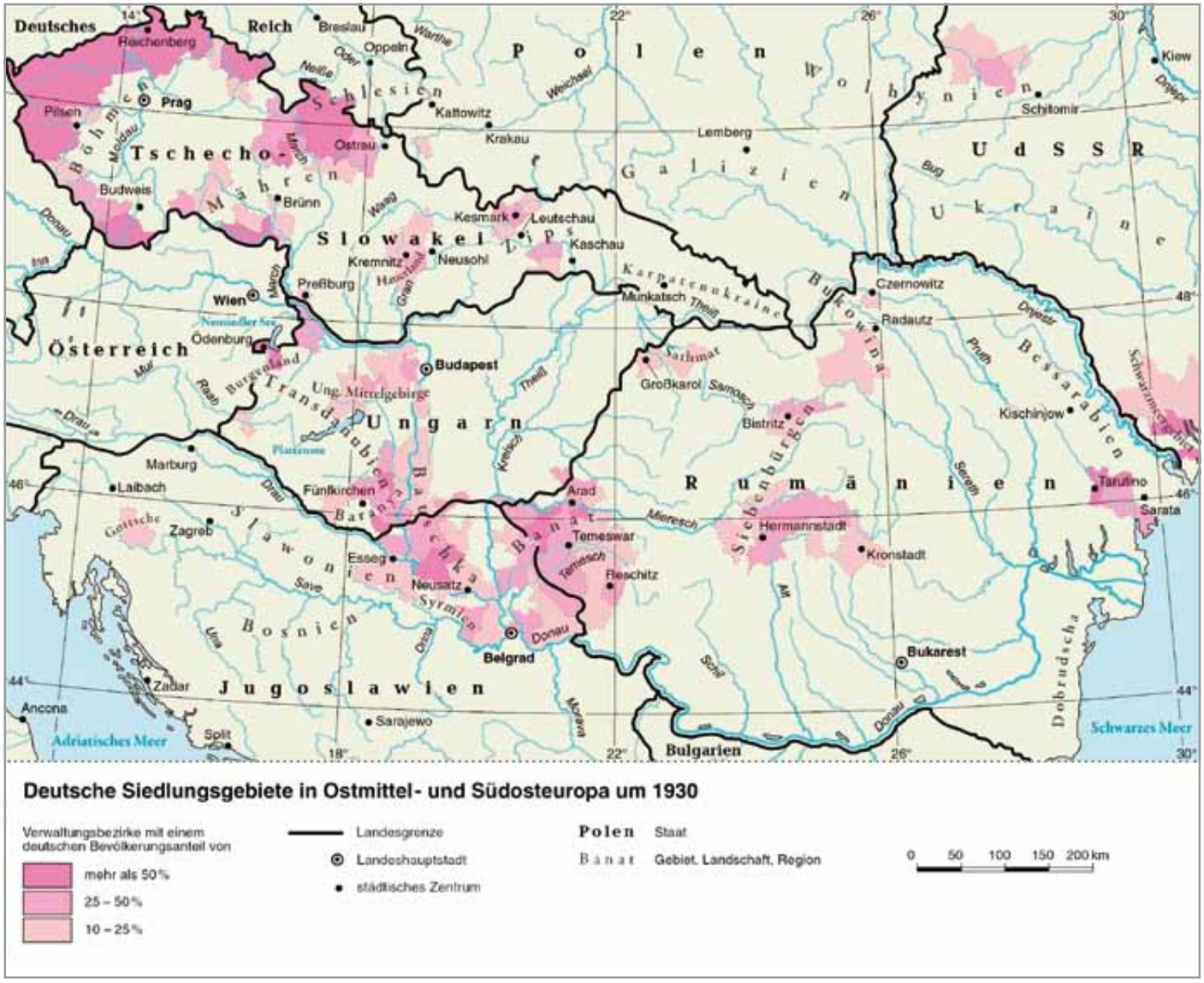
Siedlern angebotenen Vergünstigungen und die Bedingungen in den Herkunftsgebieten hatten eine wahre „Auswanderungssucht“ zur Folge.

Der Weg und das Ziel

Die Reise der Siedler umfasste drei oder vier Etappen, worüber Briefe detaillierte Auskunft geben. Entweder auf dem Rhein, Main und Neckar oder auf dem Landweg wurden zunächst Städte an der Donau angepeilt, um den trotz noch unregulierter Donau schnelleren Weg nach Südost anzutreten. Die Reichsstadt Ulm, zugleich Mittelpunkt des Schwäbischen Kreises, war dabei neben Regensburg und Günzburg nur einer von mehreren Sammelpunkten sowohl als Auswanderer- als auch als Rückwandererhafen insbesondere für Emigranten aus dem südwestdeutschen Raum. Dort angekommen, hatte man zu warten, bis ein sogenanntes Ordinari-Schiff abging – sie fuhren regelmäßig ab 1696 von Regensburg und ab 1712 von Ulm – oder ein Sondertransport zusammengestellt war. Die wohl seit den 30er-Jahren des 19. Jahrhunderts abwertend auch als „Ulmer Schachteln“ bezeichneten „Schwabenplätten“ oder „Wiener Zillen“ waren 17 bis 30 Meter lang, sechs bis sieben Meter breit, besaßen eine Tragfähigkeit von 25 bis 150 Tonnen und fuhren mit einer Geschwindigkeit von sieben bis acht Kilometern pro Stunde. Je nach Witterung oder Fahrgastaufkommen dauerte der Aufenthalt in Ulm auch oft mehrere Wochen, was sich auch in kirchlichen Unterlagen niederschlug. So wurde im Eheregister des (katholischen) Augustinerstifts St. Michael zu den Wengen in Ulm am 23. April 1752 die Eheschließung von Johann Carl Siehler und Maria Theresia Machab mit dem

Auswanderer auf der Fahrt mit einer „Ulmer Schachtel“ ins historische Ungarn. Die Lithografie von Jakob Alt (1789–1872) zeigt den Donaudurchbruch beim niederbayerischen Kloster Weltenburg.





Vermerk verzeichnet: „Itinerantes in Unghariam, als wohin nur in diesem Frühjahr schon über 6000 aus der Pfalz, von dem Rhein u[nd] aus dem Schwarzwald und Oberländern abgegangen."

In Wien, wo die für die Batschka und das Banat bestimmten Siedler registriert wurden und einen Ansiedlungspass mit dem Bestimmungsort erhielten, setzte die dritte Etappe der mit großen Gefahren verbundenen Reise ein. Sie führte bis nach Ofen (ung. Buda), der am westlichen Donauufer gelegenen Stadt, die seit 1873 einen Teil von Budapest bildet. Aber auch andere Donauhäfen wurden angefahren, von denen aus das Ansiedlungsgebiet auf dem Landweg zu erreichen war. Manche der Ansiedler legten die Strecke zwischen Wien und Ofen auf dem Landweg zurück.

Die deutschen Siedlungsgebiete in Ostmittel- und Südosteuropa sind das Ergebnis von Kolonisationsprozessen des Mittelalters und der Neuzeit. Insbesondere die Zuwanderung aus dem Heiligen Römischen Reich deutscher Nation seit dem 18. Jahrhundert legte den Grundstein für die Entstehung deutscher Minderheiten in Südosteuropa, darunter die Donauschwaben in Jugoslawien, Rumänien und Ungarn.



Der mit *Ankunft* betitelte Ausschnitt aus dem „Einwanderungsbild“ des Malers Stefan Jäger (1877–1962). Das Ölbild trug ursprünglich den Titel *Einwanderung der Deutschen nach Südungarn* und befindet sich heute im Gebäude des Demokratischen Forums der Deutschen im Banat in Temeswar (Timişoara), Rumänien.

Die planmäßig angelegte Besiedlung der neu eroberten Gebiete, bei der neben anderen deutsche Siedler die Mehrheit bildeten, vollzog sich kontinuierlich während des gesamten 18. bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts. Die Ansiedlung erfolgte sowohl in neu errichteten als auch in bestehenden Siedlungen, in denen Magyaren, Serben, Kroaten und Rumänen lebten. Dabei sind mehrere Perioden auszumachen – später als „Schwabenzüge“ gedeutet –, in denen die Zahl der Ansiedler besonders hoch war: Die frühe Phase beginnend mit dem Jahr 1686 bis zu Beginn des 18. Jahrhunderts und dann die Jahre 1712 bis 1726, 1763 bis 1772 und 1782 bis 1788. Das Ergebnis der staatlichen und der privaten Anwerbung von Siedlern im gesamten südwestdeutschen Raum von der Schweiz über Oberschwaben, Rheinland-Pfalz, Lothringen, bis Trier, aber auch in Hessen, Franken und Bayern, waren mehrere Siedlungsschwerpunkte: das Ungarische Mittelgebirge vom nördlichen Ufer des Plattensees (Balaton) bis zum Donauknie; die Schwäbische Türkei zwischen Plattensee, Drau und Donau; die Batschka zwischen Donau und Theiß; das Banat zwischen Theiß, Marosch und Donau; das Gebiet um Sathmar sowie die größtenteils zwischen Drau und Save gelegenen Gebiete Slawonien und Syrmien. Schätzungen gehen von einer halben Million Auswanderer bis Mitte des 19. Jahrhunderts im Zuge der Kolonisationsprozesse nach Südosteuropa aus.

Die mit der Ansiedlung verbundenen Ziele konnten unter großen Anstrengungen und in einem längeren Zeitraum erreicht werden. Weite Flächen wurden urbar gemacht, wobei insbesondere der Bau von Entwässerungsanlagen und Wasserstraßen hervorzuheben ist. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts galt das Banat als eine Kornkammer der Habsburgermonarchie. Aber auch der Aufschwung, den das staatlich geförderte Berg- und Hüttenwesen erlebte, ist eine Folge der Ansiedlungen. Es entstand eine ansehnliche Zahl neuer Ortschaften, die ein blühendes Wirtschafts- und Gemeindeleben entwickelten. Die Kolonisationsprozesse fächerten zudem die ethnische, sprachliche, konfessionelle und kulturelle Vielfalt der Ansiedlungsgebiete weiter auf. Die zunächst intensiven Kontakte zu den Herkunftsgebieten gingen nach und nach ebenso verloren, wie die Verbindungen der Herkunftsorte zu ihren ehemaligen Bewohnern.

Aus „Schwaben“ werden Donauschwaben

In einem mehrere Generationen umfassenden Eingliederungsprozess – er fand später in dem Spruch „Dem ersten den Tod, dem zweiten die Not, dem dritten das Brot“ einen sowohl einprägsamen wie verklärenden Ausdruck – entwickelten die Siedler unterschiedlicher Herkunft, Konfession und Dialektzugehörigkeit in den einzelnen Ansiedlungsgebieten bäuerlich geprägte regionale Identitäten. Als *pars pro toto* setzte sich nach und nach der Begriff „Schwaben“ für alle Neusiedler und deren Nachkommen durch, auch wenn „schwäbische“ Auswanderer keineswegs die Mehrheit gebildet hatten. „Schwaben“ bürgerte sich sowohl als Selbst- als auch als Fremdbezeichnung ein: ungarisch *sváb*, rumänisch *şvab*, serbokroatisch *švaba*. Eine die Regionalismen überwölbende Gruppenidentität entwickelten die Einwanderer nicht. Neben dem Fehlen eines geschlossenen Siedlungsgebietes trugen die ungarischen Assimilationspolitik seit der zweiten

Hälfte des 19. Jahrhunderts und insbesondere der Ausgang des Ersten Weltkrieges entscheidend dazu bei. Bis dahin einem Staatsgebiet zugehörig – dem Ungarischen Königreich innerhalb der k. u. k.-Monarchie –, wurden die „Schwaben“ als Folge der neuen Grenzziehungen in Südosteuropa jetzt Bürger Ungarns, Rumäniens und des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen, des späteren Jugoslawien. Trotz des garantieren Minderheitenschutzes waren sie wie die anderen Minderheiten den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen dieser Nationalstaaten ausgesetzt, die einen möglichst homogenen, vom Staatsvolk dominierten Staat zum Ziel hatten.

Dieser Differenzierung auf nationalstaatlicher Grundlage konnten auch alle Bemühungen, die „schwäbischen“ Minderheiten wenn nicht als eine politische, so doch als eine sich aus der „gemeinsamen Migrationsgeschichte“ und der Bindung an das „Herkunftsgebiet der Ahnen“ speisenden kulturellen Einheit wahrzunehmen, nicht entgegenwirken. Sie waren sowohl bei den jeweiligen Minderheiten selbst, als auch in der Weimarer Republik wirksam. Der im Banat geborene Maler Stefan Jäger (1877–1962) schuf 1910 als Auftragsarbeit einer Banater Gemeinde das großformatige Triptichon *Die Einwanderung der Schwaben*. Mit den drei Teilen *Wanderung, Rast* und *Ankunft* lieferte Jäger den Prototyp für das sich nun herausbildende verklärende Bild einer einheitlichen, geschlossenen, wesentlich mit Ulm verbundenen Auswanderungs- und Ansiedlungsgeschichte der Schwaben in Südosteuropa.

Das literarische Pendant dazu stammt aus der Feder des Schriftstellers, Journalisten, Theaterdirektors und ambitionierten Politikers Adam Müller-Guttenbrunn (1852–1923). Karriere machte der im Banat geborene Müller-Guttenbrunn zunächst in Wien, wo er in der Endphase des Ersten Weltkriegs vom „Großösterreicher“ zum „Großdeutschen“ mutierte. Eine Reise 1907 ins Banat gab den Anstoß zu einer Reihe von Heimatromanen, in denen die „schwäbische“ Minderheit Ungarns im Mittelpunkt steht. Große Wirksamkeit erzielte sein erstmals 1913 in Leipzig erschienener Roman *Der große Schwabenzug*. Der Roman ließ das Bild von den „Schwabenzügen“ ebenso zu einem Topos werden wie jenes von der Wertbeständigkeit und Leistungsbezogenheit der „schwäbischen“ Siedler. Sie prägten das Geschichtsbild ganzer Generationen.

Der Maler Zeno Diemer (1867–1939) schuf dieses Wandgemälde für den Restaurantsaal des Stuttgarter Brauereigasthofs „Ketterer“. Es erinnert an die Besiedlung des Banats im 18. Jahrhundert.





Ein donauschwäbischer Flüchtlingstreck im Jahr 1944 aus der Gemeinde Sarwasch (Slawonien) im Nordosten des heutigen Kroatien auf dem Weg in den Westen.

Dem Hervorheben der neuzeitlichen Migrationsgeschichte und damit der Verbindungen zum „deutschen Mutterland“ bei den deutschen Minderheiten in Südosteuropa entsprach in der Zwischenkriegszeit die Entdeckung auch dieser Auslandsdeutschen in Deutschland. Bezeichnend dafür waren die Ansiedlungsfeiern in zahlreichen „schwäbischen“ Orten in Rumänien, Jugoslawien und Ungarn, an denen auch Gäste aus den Herkunftsorten der Siedler des 18. Jahrhunderts teilnahmen. Hinzu kamen die Konjunktur, die die genealogische Forschung hüben und drüben erfuhr, Besuche von Studentengruppen aus Deutschland in den „schwäbischen“ Siedlungsgebieten, die verstärkten Aktivitäten des Vereins für das Deutschtum im Ausland und des Deutschen Auslandsinstituts mit Sitz in Stuttgart. Symptomatisch für die „Entdeckung“ der „Schwaben“ in Südosteuropa war auch der 1922 in der deutschen Südosteuropageografie eingeführte Begriff „Donauschwaben“. Er bezog alle „schwäbischen Siedler“ und deren Nachkommen am mittleren Lauf der Donau in den drei Nachfolgestaaten mit ein. Damit wurde die faktisch nicht vorhandene historische und kulturelle Einheit der „schwäbischen“ Siedlungsgebiete unterstrichen. Als Begriff der Wissenschaft eingeführt, setzte sich „Donauschwaben“ zunächst weder als Selbstbezeichnung noch als Fremdbezeichnung durch.

Nationalsozialismus und Vertreibung

Die Donauschwaben gerieten als Teil der deutschen Minderheiten in Ungarn, Rumänien und Jugoslawien seit Mitte der 1930er-Jahre immer stärker unter den Einfluss des nationalsozialistischen Deutschland. Vom „Mutterland“ versprachen sie sich eine Verbesserung des eigenen Minderheitenstatuts im jeweiligen Staat. Dabei wurden sie spätestens mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs in die rassisch motivierte Eroberungs- und Vernichtungspolitik des Deutschen Reiches einbezogen, an der sie sich auch aktiv beteiligten – organisatorisch, wirtschaftlich und militärisch. Die weitgehenden Autonomierechte, die den deutschen Minderheiten als Volksgruppe in Ungarn, Rumänien und in dem von Hitlers Gnaden entstandenen Unabhängigen Staat Kroatien erhielten, ließen sie in den Augen dieser Staaten als eine „fünfte Kolonne“ Deutschlands erscheinen. Als solche wurden sie bei Kriegsende für den von Deutschland entfesselten Eroberungs- und Vernichtungskrieg mit verantwortlich gemacht. Deportationen der deutschen Bevölkerung zum Arbeitsdienst in die Sowjetunion sowie Enteignungen gab es in allen drei Staaten, allerdings hatten Flucht und Vertreibung unterschiedliche Folgen in den drei Ländern.

Weil es sich aktiv für eine Ausweisung seiner „Schwaben“ eingesetzt hatte, erhielt Ungarn wie Polen und die Tschechoslowakei mit dem Art. XIII des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945 von den Alliierten die Erlaubnis, ihre gesamte, rund eine halbe Million umfassende deutsche Bevölkerung umzusiedeln. Tatsächlich wurde schließlich nur rund die Hälfte der Einwohner ausgewiesen. Etwa 180 000 wurden in die amerikanische Besatzungszone Deutschlands verbracht, wobei im deutschen Südwesten Württemberg-Baden den Schwerpunkt bildete. Weitere 50 000 Schwaben wies Ungarn 1947 und 1948 in die Sowjetische Besatzungszone aus. Die andere Hälfte der Ungarndeutschen verblieb in Ungarn, wo viele von ihnen umgesiedelt und insgesamt wirtschaftlich deklassiert wurden, was ihren Assimilationsprozess beschleunigte.

In Jugoslawien gab es, soweit bisher bekannt, keinen förmlichen Ausweisungsbeschluss. Dafür wurde aber die verbliebene deutsche Bevölkerung enteignet und in Konzentrationslagern zusammengefasst. Die Bedingungen in diesen Lagern und die Ausschreitungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit hatten rund 60 000 Tote zur Folge. Vom verbliebenen Rest der deutschen Bevölkerung floh bis 1947 ein Teil nach Ungarn. Im Zuge der Auflösung der Internierungslager seit 1948 wurden ihre Insassen nach Ungarn und Österreich abgeschoben. Ein nicht unbeträchtlicher Teil wanderte dann nach Übersee und in die Bundesrepublik aus. Von den in Jugoslawien Verbliebenen kamen im Rahmen der Familienzusammenführung in den 1950er-Jahren etwa 62 000 Personen in die Bundesrepublik. Wenn auch eine geringe Zahl in Jugoslawien verblieb, so führte der Krieg dazu, dass die einst größte Minderheit in Jugoslawien faktisch nicht mehr existiert.

Aus dem rumänischen Banat flohen nur wenige Menschen. So wie der überwiegende Teil der deutschen Minderheiten Rumäniens verblieben die meisten Banater Schwaben in ihren Heimatorten. Es kam zu Plünderungen, Übergriffen und Gewalttaten der sowjetischen Truppen und auch vereinzelt von Angehörigen der rumänischen Bevölkerung. Aber sie hielten sich in Grenzen und trugen keinen systematischen Charakter. Eine Ausweisung der Banater Schwaben vergleichbar mit Ungarn und Jugoslawien gab es in Rumänien nicht. Die deutsche Minderheit wurde zunächst sowohl rechtlich als auch sozial und wirtschaftlich deklassiert. Zudem gab es neben der Deportation in die Sowjetunion temporäre Zwangsumsiedlungen innerhalb des Landes. Dennoch und gerade weil Rumänien seine deutsche Bevölkerung nicht auswies, bestand in Rumänien eine deutsche Minderheit bis zum Fall des Eisernen Vorhangs im Jahr 1989 fort.

Geschichte und Erinnerung

Die seit dem Ende des Ersten Weltkriegs dreigeteilte donauschwäbische Geschichte erfuhr als Folge des Zweiten Weltkriegs eine weitere geografische Aufsplitterung. Zu den in Ungarn und Rumänien Verbliebenen kamen die donauschwäbischen Flüchtlinge und Vertriebenen in Österreich, in der Bundesrepublik, in der DDR, in den USA und in weiteren Staaten Nord- und Südamerikas bis hin zu Südafrika und Australien hinzu. Zunächst sprach wenig dafür, dass sich der deutsche Südwesten zum Schwerpunkt der donauschwäbischen Flüchtlinge und Vertriebenen entwickeln würde. Das umso mehr, als die Ausweisung der „Schwaben“ aus Ungarn vorwiegend nach Württemberg-Baden nicht auf die Herkunft eines Teils der Vorfahren dieser Vertriebenen zurückzuführen ist, sondern rein logistisch begründet war. Erst nach und nach wurde der deutsche Südwesten auch quantitativ betrachtet zum neuen Mittelpunkt der „Schwaben“ aus Ungarn, Rumänien und Jugoslawien. Die Vertriebenen aus diesen Staaten bildeten 1961 mit rund 23 Prozent, was etwa 350 000 Personen entspricht, nach den Sudetendeutschen die zweitstärkste Vertriebenengruppe in Baden-Württemberg. „Erst allmählich“ – so formulierte es ein aus dem Ofener Bergland stammender Donauschwabe – „drang das Bewußtsein in uns durch, daß diese Fremde uns neue Heimat werden muß.“

Mit der Verlagerung des Siedlungsschwerpunktes in den deutschen Südwesten ging die zunehmende Betonung der historischen Verbindungen der Donauschwaben mit dem deutschen Südwesten einher. Der erste „Tag der Donauschwaben“ fand mit hoher politischer Vertretung des Landes und des Bundes am 11. und 12. September 1954 eher zufällig in Esslingen am Neckar statt. Dabei stellten die Organisatoren, die Landsmannschaften der Donauschwaben aus Jugoslawien und die Landsmannschaft der Banater Schwaben aus Rumänien, die alle Donauschwaben verbindende Geschichte und Kultur in den Vordergrund. Von der Übernahme der Patenschaft Bayerns über die Sudetendeutschen beeinflusst, fragten die Organisatoren geradezu in letzter Minute bei der Landesregierung Baden-Württembergs an, ob das Land bereit wäre, die Patenschaft über die Donauschwaben zu übernehmen. Als Begründung wurde auf die historischen Verbindungen zwischen dem deutschen Südwesten und den donauschwäbischen Siedlungsgebieten in Südosteuropa verwiesen sowie darauf, dass viele der donauschwäbischen Vertriebenen in Baden-Württemberg „verständnisvolle und herzliche Aufnahme“ gefunden hätten.

Im Staatsministerium stieß die Anfrage auf eine positive Resonanz. Im Rahmen des Festprogramms des „Tags der Donauschwaben“ in Esslingen wurde am 11. September eiligst ein neuer Programmpunkt eingefügt. Dabei verkündete Ministerpräsident Gebhard Müller die Entscheidung der Landesregierung und verlas den Text der Urkunde: „In Anbetracht der engen stammesmäßigen Verbundenheit der Bevölkerung des Landes Baden-Württemberg mit der Volksgruppe der Donauschwaben hat die Landesregierung beschlossen, die Patenschaft über die Volksgruppe der Donauschwaben

zu übernehmen.“ In seiner Ansprache unterstrich Müller: „Das Zusammenwachsen der Neckar- und der Donauschwaben liegt der Landesregierung ganz besonders am Herzen. Ich überreiche die Patenschaftsurkunde und bitte Sie, in diesem Akt das Zeichen der Verbundenheit und unseres Dankes zu sehen.“

Baden-Württemberg als Patenland

Die Patenschaftsübernahme des Landes über die „Volksgruppe der Donauschwaben“ war der Ausgangspunkt für die in den folgenden Jahren in vielfältiger Weise von Vertretern der Landsmannschaften und der Landespolitik stets nachdrücklich unterstrichenen „historisch begründeten“ Verbindungen zwischen Baden-Württemberg und den Donauschwaben. Im Rahmen zahlreicher kommunaler Patenschaften baden-württembergischer Gemeinden für die Flüchtlinge und Vertriebenen einzelner donauschwäbischer Gemeinden entwickelte sich Ulm nach und nach zum zentralen Ort des Feierns und des Erinnerns an die „Stammesverwandtschaft“. 1956 fand der „Tag der Donauschwaben“ zum ersten Mal in Ulm statt. Oberbürgermeister Theodor Pfizer begrüßte die Gäste und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass die „Beziehungen zwischen der Stadt Ulm und den Donauschwaben“ gestärkt werden. Im Mittelpunkt stand am 15. September die „symbolische Grundsteinlegung des Ahnen-Auswanderer-Denkmals am Donauufer“. Der positiv beschiedene Antrag an die Stadt zur Errichtung des Denkmals war mit dem Hinweis auf die bedeutende Rolle Ulms „während der Auswanderung unserer Kolonistenväter“, auf den Roman *Der große Schwabenzug* von Adam Müller-Guttenbrunn und die Rolle der Ulmer Schachteln im Auswanderungsprozess begründet worden. Als Standort für das aus Spenden finanzierte Denkmal bestimmte die Stadt das Donauufer vor der Wilhelmshöhe. Bei der Grundsteinlegung streute der Initiator des Denkmals, Franz Helfrich, Erde mit den Worten aus: „Alte Heimaterde vermähle dich mit der neuen Heimaterde!“



Im Rahmen des dritten Tags der Donauschwaben, der vom 5. bis 10. August 1958 wieder in Ulm stattfand und mit 40 000 Teilnehmern der am besten besuchte Donauschwabentag war, wurde das aus einem Wettbewerb als Sieger hervorgegangene Denkmal des Bildhauers Erich Koch eingeweiht. Der Oberbürgermeister sprach dieses Mal bereits von „seinen Donauschwaben“ und von Ulm als dem zum Mittelpunkt bestimmten Ort „für die von ihrer Wahlheimat durch ein grausames Schicksal vertriebenen Donauschwaben – die Stadt, von der aus vor 200 Jahren ihre Vorfahren in den Südosten Europas gezogen sind“. Der Festakt mit kirchlicher Weihe des Denkmals fand am 9. August statt. In der in den Sockel des Denkmals gelegten Urkunde heißt es: „Von dieser Stelle aus zogen vor zweihundert Jahren […] tausende Bauern die Donau hinab nach Wien und von dort in die durch die Türkenkriege verödeten Ebenen zum unteren Donaulauf, um hier ein Werk der Kolonisation zu schaffen.“ Zudem wird auf die Vertreibung der Donauschwaben verwiesen, in deren Folge sie „in die alte Heimat“ zurückgekehrt seien. Im Anschluss an den Festakt folgte eine „rekonstruierte Ahnen-Fahrt auf sog. ‚Schwabenplätten‘“ und die „Übergabe eines Lorbeerkranzes den Fluten der Donau“. Mit dem Ablauf und dem Inhalt dieser Feier wurde das Muster geschaffen, dem bis in die Gegenwart gefolgt wird. Seit 1962 heißt das Ufer vor dem Denkmal offiziell „Donauschwabenufer“.

Anlässlich des ersten in Ulm abgehaltenen „Tags der Donauschwaben“ erfolgte am 15. September 1956 die symbolische Grundsteinlegung für das „Ahnen-Auswanderer-Denkmal“.



Die rekonstruierte Fahrt auf einer „Schwabenplätte“ war am 9. August 1958 Teil der Feierlichkeiten anlässlich der Einweihung des „Ahnen-Auswanderungs-Denkmals“.

Ulm wird zum Wallfahrtsort der Donauschwaben

Mit der Einweihung des Denkmals stieg Ulm zum Wallfahrtsort der Donauschwaben schlechthin auf. In der Folgezeit wurde an der nahe gelegenen Stadtmauer eine Reihe von Gedenktafeln einzelner Heimatortsgemeinschaften angebracht. Ulm wiederum bezeichnet sich seither als Stadt der Donauschwaben. Das Ulmer Auswanderer-Denkmal, wenn es auch nicht an der historisch verbürgten Ablegestelle der „Ulmer Schachteln“ liegt, ist zum Kristallisationspunkt der Verbindung von Ulm und den Donauschwaben geworden. In Ulm wurde 1960 auch der symbolische Grundstein für ein „Haus der Donauschwaben“ gelegt. Errichtet wurde es dann aber 1970 in Sindelfingen. Nichtsdestotrotz blieb Ulm der zentrale Erinnerungsort. Daher bestand zwischen dem Bund, dem Land, der Stadt und den donauschwäbischen Landsmannschaften Einigkeit darüber, dass das „Donauschwäbische Zentralmuseum“ in Ulm entstehen sollte. Im Jahre 2000 öffnete es seine Pforten für die Besucher. Die Stadt Ulm wiederum nimmt das Jahr 2012 zum Anlass, um mit einem breiten kulturellen Programm an die 1712 angeblich ersten Emigranten zu erinnern, die mit „Ulmer Schachteln“ donauabwärts Richtung Ungarn fuhren. Ein Festakt am Auswanderer-Denkmal wird mit Sicherheit ein zentraler Punkt des Programms sein.

Das Ahnen-Auswanderer-Denkmal am Ulmer Donauufer verkörpert das Bild einer imaginierten Gruppe der Donauschwaben, für das Ulm und die Donau konstitutiv sind. Es stiftet Gemeinschaft durch Erinnern. Ulm und die Donau sind dabei die zeitübergreifenden und zeitlosen Fixpunkte, die Orientierung und Halt in einer wechselvollen, von Migration geprägten Geschichte bieten. Mit jeder Kranzniederlegung der Donauschwaben, von Vertretern der Stadt und des Landes wird die Erinnerung daran erneuert. Damit ist der über tausendjährigen Vergangenheit der Stadt Ulm in den letzten sechs Jahrzehnten eine Geschichte zugewachsen, die weit über die historisch verbriefte Vergangenheit hinausgeht.



Die Freiheitsstatue in New York – Symbol der Freiheit für die Einwanderer in die USA. Zehntausende Menschen aus dem deutschen Südwesten sind vor allem im 19. Jahrhundert in das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ ausgewandert. Die Abbildung zeigt das deutsche Auswandererschiff „Germania“ bei der Ankunft in New York im Jahr 1887.

Die Auswanderung nach Übersee

Auf der Suche nach wirtschaftlichem Auskommen und politischer Freiheit

Kurt Hochstuhl

In den Vereinigten Staaten von Amerika gehört die auf der Grundlage einer massenhaften Einwanderung erfolgte Besiedlung des Landes zum zentralen Bestandteil der nationalen Identität. Dies manifestiert sich in mindestens zwei zentralen Erinnerungsorten, den Einwandererstationen Castle Garden und Ellis Island in New York sowie zahlreichen weiteren Denkmälern und Kristallisationspunkten der Vergangenheit, darunter auch die Person des „Frontiers“, dem nach „Westen“ wandernden, das weite Land erobernden Kolonisator, der im kollektiven amerikanischen Gedächtnis eine fast mythische Bedeutung einnimmt. In ihr besitzt das Land eine identitätsstiftende Figur, in der sich sein (trügerisches?) Selbstbild einer durch Wagemut, Veränderungsbereitschaft, Ungebundenheit und geografischen wie mentalen Offenheit geprägten Gesellschaft vereinigt.

Denen, die ein Land verlassen, wird dagegen selten ein Denkmal gesetzt. Dies gilt auch für die Millionen von Deutschen, die vom 18. bis ins 20. Jahrhundert ihr Land aus unterschiedlichen Motiven, freiwillig oder durch politische, soziale oder ökonomische Ursachen gezwungen, verließen.

Ihre hinterlassenen Spuren sind rar. Erst seit wenigen Jahren widmet sich das Deutsche Auswandererhaus in Bremerhaven der Spurensuche der deutschen Überseewanderung im 19. und 20. Jahrhundert. Der deutsche Südwesten hat an der Auswanderung einen gewichtigen Anteil – quantitativ wie qualitativ.



Auswanderung – ein Bruch mit dem bisherigen Leben

„Es sieht düster aus […], die Freiheit verhüllt ihr Haupt, und mich zieht es heimwärts […], nach dem Westen Amerikas." Der dies im Juli 1848 schrieb, zog durchaus verbittert eine Bilanz seines bisherigen Lebens. Er war vordergründig ein Verlierer, setzte allerdings seine Hoffnungen auf ein erfüllteres Leben in der Neuen Welt. Friedrich Hecker, Mannheimer Rechtsanwalt, Abgeordneter der Zweiten Kammer des Badischen Landtags und Symbolfigur des republikanischen Liberalismus in Baden, war innerhalb weniger Wochen vom viel umjubelten Volkshelden zum einflusslosen politischen Emigranten in der Schweiz geworden. Die republikanische „Schilderhebung", mit der er im April 1848 sein Herzensanliegen einer sozial gerechten, freien und demokratischen Gesellschaft in Deutschland mit Waffengewalt verwirklichen wollte, war innerhalb weniger Tage kläglich in sich zusammengebrochen. Zur Fahndung ausgeschrieben, von Spitzeln in seinem zwischenzeitlichen Exil in der Schweiz genauestens observiert, ohne Aussicht auf eine straffreie Rückkehr in seine Heimatstadt Mannheim, hatte Friedrich Hecker also starke Gründe zur Auswanderung.

Dieser Befund trifft auf die meisten derjenigen zu, die ihren heimatlichen Boden verließen, um in einer vollkommen neuen Welt einen Neuanfang zu wagen. Die wenigsten gingen freiwillig, aus purer Abenteuerlust, sondern durch die gesellschaftlichen Verhältnisse in Kombination mit ihren eigenen persönlichen Umständen gezwungen. Für die Meisten gab es nach ihrem Entschluss zur Auswanderung in der Mitte des 19. Jahrhunderts nur ein Land, das für diesen Neuanfang in Frage kam, das Land jenseits des Atlantiks, das schon früh als das der unbegrenzten Möglichkeiten und als emotionale Heimat eines jeden freiheitsliebenden Bürgers angesehen wurde: die Vereinigten Staaten von Amerika.

Warum Amerika so attraktiv geworden war

Dass dieses Auswanderungsziel so attraktiv geworden war, hatte mehrere Ursachen. Die Anziehungskraft der traditionellen Auswandererländer der zurückliegenden Jahrzehnte, Polen, Russland und vor allem die Siedlungsgebiete an der mittleren und unteren Donau, im Banat und Siebenbürgen, hatte merklich nachgelassen. Der Bedarf an Einwanderern war dort vorerst gedeckt. Folgerichtig wurden auch die Einwanderungsbedingungen sukzessive verschärft. Die Zeiten waren damit vorbei, als die Einwanderer die Reisekosten noch ersetzt bekamen oder großzügige Vorschüsse bei ihrer Niederlassung im Zielort erhielten, als die mit Hilfe von Werbekampagnen flächendeckend bekannten „Existenzgründerprogramme" mit zahlreichen weiteren Vergünstigungen wie Steuerfreiheit und Niederlassungsfreiheit die „Auswanderungslustigen" aus allen Richtungen anzogen. Die Perspektiven, die die Neue Welt dagegen bot, wurden zunehmend anziehender. Dazu trugen vor allem die verbesserten Reisebedingungen bei. Eisenbahn und Dampfboot erleichterten den Zugang zum Abfahrtshafen, größere Segelschiffe,



Friedrich Hecker im September 1848, umgeben von einer ehrerbietigen Menschenmenge, die sich von dem populären Revolutionär vor seiner Auswanderung in die USA verabschiedet.

Schnellsegler und ab den 1840er-Jahren Dampfschiffe befuhren den Atlantik schneller und in dichteren Abständen als je zuvor. Damit verringerte sich die Reisedauer erheblich. War 1834 ein Segelschiff von Bremen nach New York durchschnittlich 50 Tage unterwegs, schafften es zwei Jahrzehnte später die Schnellsegler im günstigsten Fall in drei bis vier Wochen. Sie waren damit genauso rasch am Ziel wie Dampfboote, die auf dieser Strecke rund 21 Tage auf See verbrachten. Die zeitliche Verkürzung der Reise minderte das Risiko des Auswanderungsvorgangs: Wenige Jahrzehnte zuvor waren nicht selten zehn Prozent und mehr der Ausreisewilligen auf dem Weg in ihre neue Heimat den Strapazen der Reise oder den vollkommen unzulänglichen hygienischen Bedingungen an Bord der Schiffe zum Opfer gefallen, besonders hoch war dabei die Kindersterblichkeit gewesen.

Kürzere Reisezeiten und größere Schiffe führten zu einem Rückgang der Reisekosten. Musste ein Erwachsener für die Überfahrt mit Verpflegung von Amsterdam nach New York um 1817 mindestens 170 Gulden entrichten, so kostete eine entsprechende Passage Mitte der 1840er-Jahre noch 50 Gulden. Dazu kam, dass die „Auswanderungslustigen“ auf eine wachsende Fülle verfügbarer Informationen über das Auswanderungsziel zurückgreifen konnten. In den seltensten Fällen beruhte die Kenntnis der Emigranten über die Verhältnisse am Ziel der Auswanderung auf eigener Anschauung und Erfahrung. Sie wurde wesentlich bestimmt durch schriftliche oder mündliche Informationen Dritter. Gerade in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zeigt sich die deutliche Zunahme von Büchern, Broschüren, Zeitschriften und Zeitungen, die sich positiv mit der Auswanderung im Allgemeinen und speziell mit der in die Neue Welt befassen.

Auch ein lukratives Geschäftsfeld

Eine wichtige Rolle in diesem immer dichter werdenden Kommunikationsnetz, in dem natürlich die mit hoher Glaubwürdigkeit ausgestatteten Auswandererbriefe von ganz besonderer Bedeutung waren, spielten bis in die Jahrhundertmitte hinein die Auswanderungsvereine, deren erster für den südwestdeutschen Bereich schon 1819 nachweisbar ist, als in Stuttgart eine „amerikanische Kolonisationsgesellschaft“ gegründet wurde. Im oberrheinischen Raum etablierten sich in den 1830er-Jahren ähnliche Gesellschaften, wie die „Amerikanische Colonisations Gesellschaft Solms und Compagnie in Straßburg“, die 1832 die aus sieben Köpfen bestehende Familie

Den Rhein hinab nach Amerika:
Der Stahlstich aus dem Jahr 1864, abgebildet in der Zeitschrift *Gartenlaube*, zeigt deutsche Auswanderer auf dem Rhein.



des Elgersweierer Landwirts Leonard Kempf für 1423 Francs nicht nur sicher nach Nordamerika verbrachte, sondern die Familie dort auch mit 100 Morgen fruchtbaren Ackerlandes ausstattete – so zumindest die Versprechungen gegenüber der Gemeinde, die einen erheblichen Teil zu den Kosten beisteuern musste. Dieses „All-inclusive“-Angebot ist ein deutlicher Beleg dafür, dass die Auswanderung als solche zu einem lukrativen Geschäft geworden war, an dem viele mitverdienen wollten – in erster Linie die Auswanderungsagenten, die sehr bald fast flächendeckend vertreten waren und Auswanderungsverträge an den Mann oder die Frau brachten, nicht selten unter dubiosen Begleiterscheinungen. Klagen über „schwarze Schafe“, die auf dem flachen Land die unbedarften Bewohner mit Versprechungen lockten, ihnen für ihre zugesagten Bemühungen, so beispielsweise für „Übersetzungen“ ihrer Papiere ins Englische, Vorschüsse abkassierten und danach nicht mehr gesehen wurden, sind einige in den Archivakten zu finden.

1833 erteilte die badische Regierung dem Freiburger Auswanderungsagenten Hermann erstmals eine Konzession zur

Betreibung des Auswanderungsgeschäftes. Bestandteil dieser Konzession war die Verpflichtung des Agenten, den Transport badischer Auswanderer von Straßburg über Le Havre nach Nordamerika zu übernehmen, deren Unterhalt sowohl auf der Reise wie auch während des Aufenthalts in der Hafenstadt zu gewährleisten und für entstehende Ausfälle zu haften. Bald offerierten Frankreich und Belgien spezielle Eisenbahntarife inklusive freiem Gepäcktransport für Auswanderer, die auf diese Weise dazu bewogen werden sollten, von Le Havre oder Antwerpen in die Neue Welt zu starten. Damit wollten sowohl Frankreich wie Holland den Transatlantikverkehr der eigenen Häfen subventionieren. Vor allem amerikanische Schiffe steuerten mit ihren Baumwollprodukten besonders gerne die Häfen an, in denen mit einer sicheren Rückfracht, in diesem Falle badische oder württembergische Auswanderer, zu rechnen war. Kaum waren die Laderäume im Zwischen- und Unterdeck gelöscht, wurden roh gezimmerte Stockbetten eingezogen, in denen dann Auswanderer Aufnahme fanden. Deren Verpflegung wurde über die Schiffseigner gestellt, kochen mussten die Auswanderer in der Regel selbst. Wer es sich leisten konnte, wer „Mühe, Streit, [den] Uneinigkeiten [und dem] Hungerleiden […] wegen Mangel an Platz“ aus dem Weg gehen wollte, der konnte Verträge abschließen, bei denen man die „Kost gekocht erhält“, wie es Anton Rebmann aus Lafayette, Indiana, 1865 an seine Tante Kunigunde Geschell in Baltersweil schrieb. Doch dies war die Ausnahme. Die Mehrzahl der Auswanderer drängte sich in den engen Unterdecks der Frachtschiffe, geplagt von der Seekrankheit und dem Misstrauen gegenüber den ihnen unbekannten Mitreisenden, versuchte ihre wenigen Habseligkeiten zusammenzuhalten und richtete alle ihre Hoffnungen auf die neue Heimat.



Wie beengt die Unterbringung in den Zwischendecks der Auswanderungsschiffe war, lässt diese Abbildung aus der Zeit um 1820 erahnen.

Über Le Havre, dann über Bremen und Bremerhaven

Die großzügige Handhabung der Reiseformalitäten, die Tatsache der kürzesten Entfernung zwischen den südwestdeutschen Staaten und einem Atlantikseehafen und die schon früh ausgebaute und durchgehende Eisenbahnverbindung ab Straßburg taten ein übriges, um Le Havre bis in die 1870er-Jahre hinein zum bedeutendsten Auswandererhafen für Badener und Württemberger werden zu lassen. Vor allem in den 50er-Jahren verließen bis zu 60 Prozent der südwestdeutschen Auswanderer über diese Stadt Europa in Richtung Nordamerika. Mit der sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verschärfenden Feindschaft zu Frankreich verlor Le Havre seine Bedeutung als südwestdeutscher Auswandererhafen. Er wurde abgelöst von Bremen und Bremerhaven. Sie konnten über die Rheinschifffahrt von Mannheim nach Köln und danach mit der Eisenbahn bald ebenso bequem erreicht werden. Zahlreiche Anzeigen in den Amtsblättern warben dabei für die wie Pilze aus dem Boden schießenden Auswandereragenturen, die bald flächendeckend in Baden und Württemberg vertreten waren.

Perspektivlos – und daheim unerwünscht

Doch mit Werbung allein, auch wenn sie das neue Heimatland in noch so rosigen Farben schilderte, wurde kaum jemand verleitet, seine bisherige ökonomische Existenz und sein vertrautes soziales und kulturelles Bezugssystem aufzugeben. Denn der Entschluss zur Auswanderung war in den meisten Fällen unwiderruflich, gaben doch die Auswanderer in der Regel neben ihrem Staatsbürgerrecht auch



Bremerhaven, das Tor der Deutschen zur Neuen Welt: Auswanderer warten auf ihre Einschiffung nach den USA. Kolorierter Holzschnitt aus dem Jahr 1880.

ihr Ortsbürgerrecht und die mit ihm verbundenen sozialen und ökonomischen Rechte auf. Jede Auswanderung musste im Amtsblatt des jeweiligen Bezirks angezeigt werden, um etwaige Gläubiger darüber zu informieren, die ihre Forderungen in der sogenannten Schuldenliquidation anmelden und aus den Erlösen der Grundstücks- und Fahrnisverkäufe befriedigen konnten. Erst nach diesem Akt wurden von der Verwaltung die für die Auswanderung erforderlichen Reisepässe ausgestellt. Schnell erkannten das Land wie die Kommunen die Chance, die sich ihnen bot. Für die Jahre 1849 und 1850 stellte Baden jeweils 50 000 Gulden zur Unterstützung der Auswanderung aus den Gemeinden zur Verfügung, die den Aufwand für die Armenunterstützung nicht mehr selbst bestreiten konnten. Ganze Gemeinden – so unter anderem die Gemeinde Kniebis im Nordschwarzwald – wurden mit diesen Geldern nach Übersee abtransportiert. Auch die Gemeinden selbst zahlten direkte Zuschüsse, um lästige Bürger los zu werden. Und das waren im wahrsten Sinne des Wortes diejenigen, die der Gesamtheit jetzt oder später zur Last fallen konnten. Die Auswanderung lediger Frauen mit ihren unehelichen Kindern, von Waisen, Arbeitslosen, Proletariern und mit dem Gesetz in Konflikt geratenen Personen, all derer also, die in den Augen der Ortsobrigkeit entweder „notorisch arm“ oder moralisch-sittlich „verdorben“ waren, wurde zum Teil stark forciert.

Die massive staatliche Einflussnahme, das emsige Treiben der Agenten und selbst die großzügig gewährten Reisezuschüsse der Gemeinden zeitigten jedoch nur dann Erfolg, wenn die



Brief des Leo Gefäl, Chicago, an seinen Schwager Xaver Nitz, Furtwangen, 1879, mit der Zusage, für den auswanderungswilligen Sohn des Nitz, Primus, zu sorgen. In dem Brief heißt es: „Du hast mir geschrieben, lieber Schwager, du hättest schon einen großen Sohn mit 18 Jahre alt, der schon das Schu[h]machergeschäft versteht und Lust hat, hierher zu kommen, welches mich sehr freut, auch würde ich i[h]m zuraten so gleich kommen wie möglich, jetzt ist die beste Zeit, wir haben ein sehr gutes fruchtbares Jahr, alles in Hülle und Fülle, Arbeit für jeden der arbeiten will."

„realen oder vermuteten Möglichkeiten im Ursprungsland“ (Wolfgang von Hippel) entsprechend negativ bewertet wurden. Je schlechter man die Gegenwart, vor allem jedoch die Zukunft in der alten Heimat bewertete, je geringer die Chancen eingeschätzt wurden, einen mit den eigenen Erwartungen übereinstimmenden Status zu erreichen, desto niedriger lag die „Wanderungsschwelle“ und desto leichter fiel es, die zwar ungewisse, aber mit großen Hoffnungen verbundene Emigration in eine andere Heimat der unbefriedigend und vor allem perspektivlos empfundenen Situation in der alten Heimat vorzuziehen. Die hier herrschenden ökonomischen, sozialen und/oder politischen Verhältnisse waren die Faktoren, die den Auswanderungsdruck wesentlich bestimmten.

In den 40er-Jahren des 19. Jahrhunderts nahm dieser Druck auf allen Ebenen zu. Zur allgemeinen sozialen Krise des Pauperismus – geprägt durch Überbevölkerung, dem Zusammenbruch der handwerklichen Sozialstruktur durch das Eindringen billiger englischer Industrieprodukte, daraus resultierender Arbeitslosigkeit und Armut – gesellte sich im Vorfeld der Revolution von 1848 die letzte traditionelle, durch Missernten und Lebensmittelteuerung hervorgerufene Hungerkrise in Mitteleuropa. Den Auswanderungsdruck ungeregelt abfließen zu lassen, wie dies in den Notjahren 1816/17 geschehen war, als sich tausende Auswanderer aufs Geratewohl aufgemacht hatten, um in einer Hafenstadt eine Gelegenheit zur Überfahrt zu bekommen, war angesichts der damaligen niederländischen und französischen Proteste über die zahlreichen mittellosen, sich vom Bettel ernährenden deutschen Auswanderer nicht mehr möglich. Durch die staatliche Auswandererfürsorge und eine fördernde Auswanderungspolitik wanderten im Jahrzehnt zwischen 1847 und 1857 mehr als 200 000 Personen aus dem deutschen Südwesten nach Nordamerika aus. Darunter auch etwa 5000 Auswanderer, die nach der gescheiterten Badischen Revolution der Jahre 1847 bis 1849 aus politischen Gründen Deutschland verlassen mussten. Auch wenn ihre Zahl angesichts der aus wirtschaftlicher Not auswandernden Personen nicht übermäßig ins Gewicht fiel, befanden sich darunter zum ersten Mal in nennenswerter Zahl Intellektuelle (Mediziner, Rechtsanwälte, Lehrer usw.), von denen bald eine ganze Reihe in ihrer neuen Heimat in einflussreiche Positionen als Akademiker, Techniker, Politiker und Journalisten gelangen sollten.

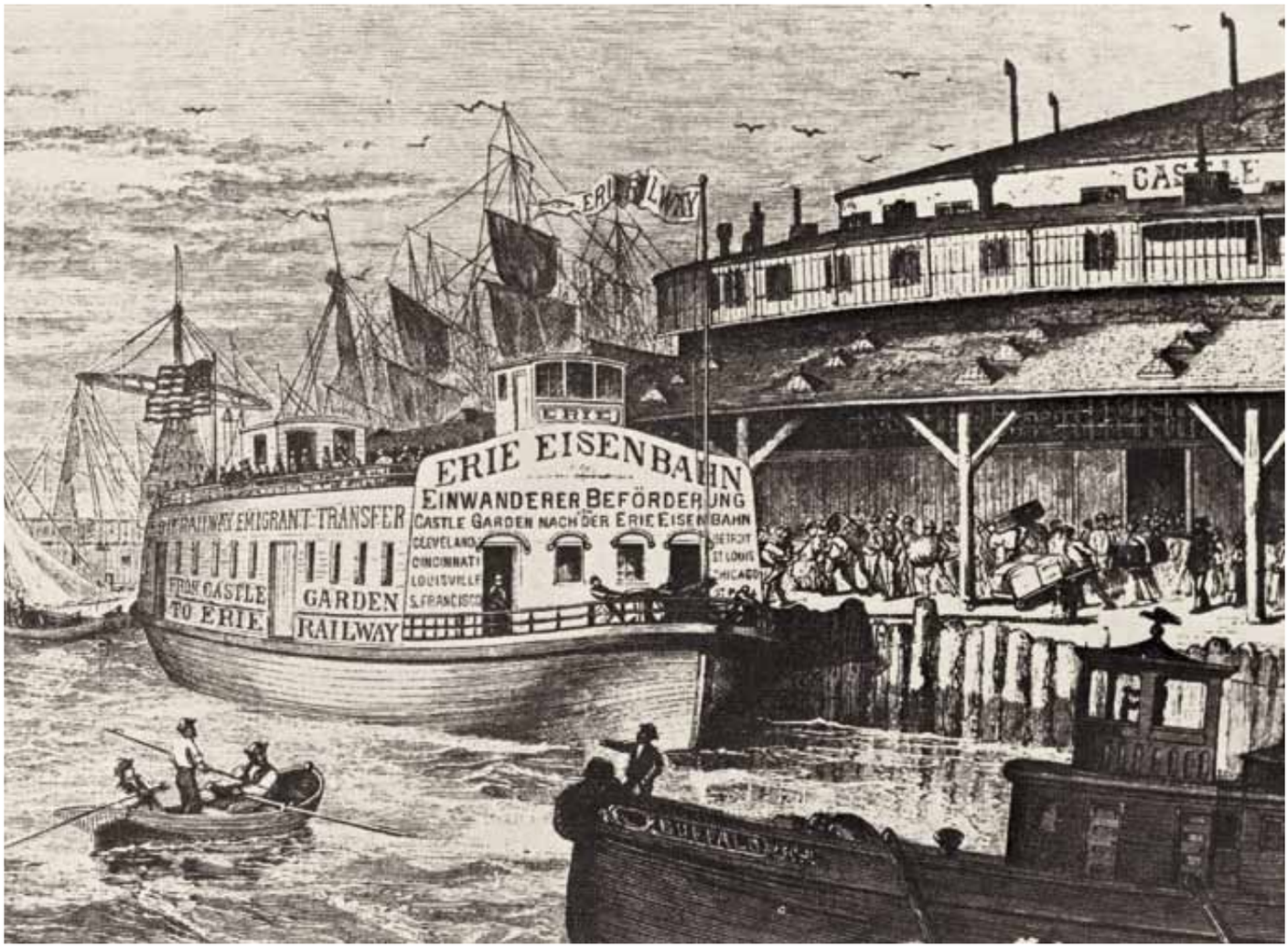
Als Mitte der 1850er-Jahre in den USA ein deutlicher Konjunkturabschwung erfolgte und zugleich in Deutschland die lang anhaltende wirtschaftliche Krise überwunden werden konnte, nahm die Auswanderung rasch um zwei Drittel ab. Wie sehr sie als feinfühliges Konjunkturbarometer nunmehr für beide Länder anzusehen ist, zeigen die Auswandererzahlen der 1860er- und 1870er-Jahre. Die in Süddeutschland erst nach der Jahrhundertmitte beginnende Industrialisierung stellte nun in genügendem Maße Arbeitsplätze für die wachsende Bevölkerung zur Verfügung; der gleichzeitig in den USA ausgebrochene Bürgerkrieg minderte über lange Jahre die Attraktivität Nordamerikas als Auswanderungsland. Erst mit der Wirtschaftskrise in Deutschland Ende der 1870er-Jahre stiegen die Zahlen wieder an.

Anzeige in der *Vaihinger Landpost* aus dem Jahr 1881. „Concessionirte Agenten“ übernahmen immer mehr das Geschäft mit den Auswanderungswilligen.



Ankunft in der Neuen Welt, Integration und Assimilation

Den Gefahren des Meeres entronnen, galt es für die meisten Auswanderer, ihren Platz in der amerikanischen Gesellschaft zu finden. Nach der Registrierung, die von 1855 bis 1890 in Castle Garden, einer zur Konzerthalle umgebauten Artilleriefestung in Manhattan, danach ab 1892 auf der New York vorgelagerten Insel Ellis Island zentral vorgenommen wurde, erfolgte deren Abreise an ihre Bestimmungsorte. Die meisten Einwanderer kannten ihr Ziel, standen sie doch in regem Austausch mit bereits ausgewanderten Verwandten oder Angehörigen ihrer ehemaligen Dorfgemeinschaft. Diese boten nicht nur eine erste Anlaufstelle im neuen Land, sondern hatten sie auch vor den in der neuen Welt lauern-



Castle Garden, eine New York vorgelagerte ehemalige Artilleriefestung, hier auf einem Holzstich aus dem Jahr 1874, war von 1855 bis 1890 Empfangsstation für über sieben Millionen Einwanderer in die Vereinigten Staaten.

den Gefahren gewarnt. Diese drohten dabei sowohl Landsleuten wie den Einheimischen: „Ferner gib Acht zum Geld, denn es werden viele zu dir kommen und sagen ‚Hello Landsmann, wie geht's', und wenn man sich mit so Kerlen gemein macht, so bist du bald ausgeplündert. […] In New York laufe nicht viel auf den Straßen herum, denn wenn sie ein Grünes [= Greenhorn] sehen, das wird am hellen Tag weggeputzt", so der Bierbrauer Friedrich Knapps aus Leavenworth, Kansas, an seinen Neffen Josef Knapps aus Haslach im Jahre 1881.

Einige wurden von ihren Verwandten im New Yorker Hafen erwartet, während andere mit Eisenbahnbillets, die bei einem der zahlreichen deutschen Gastwirte deponiert worden waren, sich auf die Weiterfahrt in Richtung Westen machten. Die Wenigsten blieben in New York. Wenn, dann suchten sie in „Little Germany", einem Stadtviertel in der Lower East Side, das fast ausschließlich von deutschen Einwanderern bewohnt wurde und Anfang der 1870er-Jahre rund 170 000 Einwohner umfasste, ihr Auskommen. Das Viertel war über lange Jahrzehnte nicht nur das kulturelle Zentrum der Aktivitäten der deutschstämmigen Bevölkerung New Yorks, sondern bildete mit seinen Biergärten, Vereinen, deutschsprachigen Bibliotheken, Gesangschören, Schulen und Kirchen einen Fokus deutsch-amerikanischer Kultur, der weit über die Stadtgrenzen hinausstrahlte.

Kein Land für Taugenichtse und Faulenzer

Die überwiegend dem bäuerlichen oder handwerklichen Milieu entstammenden südwestdeutschen Auswanderer neigten in ihrer großen Mehrheit allerdings dazu, sich im Westen als Farmer oder im handwerklichen Dienstleistungsbereich niederzulassen. Auch wenn sie sich bevorzugt in jenen Gebieten ansiedelten, in denen sie auf andere Deutsche trafen, akzeptierten sie schnell die Notwendigkeit, die englische Sprache zu erlernen. Voller Stolz berichteten sie in ihren Briefen ins alte Europa von ihren sprachlichen Fortschritten, die sie sich im Laufe der Jahre im Kontakt mit den amerikanischen Behörden und ihren einheimischen und fremdländischen Nachbarn angeeignet hatten: „Freilich, wie gesagt, ich habe schon über sechs Jahre keine deutsche Predigt gehört. Es macht mir freilich keinen Unterschied, deutsch oder englisch, ich kann mit einer Sprache so gut fort kommen, wie mit der anderen", so Andreas Rübelmann nach knapp zehnjährigem Aufenthalt in seiner neuen Heimat. Mit ebenso großem Stolz wurde auch der permanente Zivilisationsprozess geschildert, dem die einstige Wildnis durch die kultivierende Hand der Farmer unterworfen worden war. „Es hat sich viel verändert die Zeit, die wir in dieser Gegend sind. […] Wir haben Schulhäuser und Kirchen, die wir im Anfang, da wir hierher kamen, nicht hatten!", so ebenfalls Andreas Rübelmann am 18. Februar 1858.

In ihrer überwiegenden Mehrzahl spiegeln die erhaltenen Auswandererbriefe – trotz aller Schilderungen über die Härte des täglichen Lebens – eine Selbstzufriedenheit und Ungebundenheit wider, die sich nur auf der Basis eines selbstbestimmten Lebens entwickeln kann. Amerika, so die Mahnung an alle, die „Lust" hatten, die Überfahrt zu wagen, war allerdings kein Land für Taugenichtse und Faulenzer. „Arbeiten muss man in Amerika, da heißt es, hilf dir selbst", so Martin Vogel aus Tiengen im August 1853. Ohne Standesschranken und ohne einen einengenden Obrigkeitsstaat war jedoch Erfolg, so die Botschaft, die zwischen fast allen Zeilen mitschwang, selbst für jene möglich, die noch vor einigen Jahren in ihrer alten Heimat ob ihrer Erfolglosigkeit zur Auswanderung gezwungen gewesen waren: „Es ist besser in Amerika zu wohnen als bei euch." Und dafür war nicht alleine der gute Boden mit seinen Erträgen, ein guter Verdienst als Handwerker, Fabrikarbeiter oder Landwirtschaftsgehilfe verantwortlich, sondern weit mehr jenes freie Leben, das ihnen in Deutschland so häufig vorenthalten worden war. „Geratet

Das meistverbreitete Auswanderungshandbuch von Traugott Bromme aus dem Jahr 1846 mit praktischen Tipps und Verhaltensmaßregeln für die Überfahrt und die Ansiedlung in den Kolonisationsgebieten der Neuen Welt.



Neuestes vollständigstes

Hand- und Reisebuch

für

Auswanderer

aus

allen Klassen und jedem Stande

nach

den Vereinigten Staaten

von

Nord-Amerika,

Texas, Ober- und Unter-Canada, Neu-Braunschweig, Neu-Schottland, Santo Thomas in Guatemala und den Mosquitoküsten.

Von

Traugott Bromme.

Vierte, mit der dritten vermehrten und verbesserten gleichlautende Auflage.

Mit einer Karte der vereinigten Staaten von Nordamerika.

Bayreuth.

Verlag der Buchner'schen Buchhandlung.

1846.

es oder fehlt es, kann ein Mann doch sein Leben machen besser als in Deutschland. Da hört man keine Gimpelschelle am Samstag oder Morgen weil Zehntrechner, der Gemeinderechner und alle Teufel Großmutters Geld haben [wollen]. Wenn ihr schon mehr in die Kirche geht als der Amerikaner, so könnt ihr doch keinen guten Gedanken haben gegen Gott, denn ehe ihr recht aus der Kirche seid, müsst ihr schon wieder denken, jetzt müssen [wir] wieder Zehnt zahlen und sonst dem Dieb dem Staat, muss euer Gedanke sein, müssen wieder da zwei Gulden, drei Gulden da und sonst noch hie und da unrechtmäßiger zuzahlen, da hat man ja alleweil ein Groll im Ranzen, ist es nicht wahr?"



„Der Handel mit Weissen.“ Karikatur auf die Händler, Agenten/Makler, Schwindler aller Art, die es auf das Geld der Auswanderer abgesehen haben. Holzschnitt 1848, angefügt Verse des Gedichts *Die Auswanderer* von Ferdinand Freiligrath.

Kaum Rückkehrsehnsucht

Unter diesen Umständen nach Baden zurückzukehren, kam für die Wenigsten in Frage. „Denn wenn man in Freiheit lebt, gut verdient, wünscht man sich gewiss nicht wieder zurück in das Land der Unterdrückung“, so Alois Becker aus Franklin County, Pennsylvania, im Jahre 1853 an seine Verwandten. Vor diesem speziellen Erfahrungshintergrund brachten sich die Deutsch-Amerikaner in das öffentliche Leben der Vereinigten Staaten ein. Hier erlebten sie die Demokratie, die ihnen in der alten Heimat vorenthalten worden war. Hier konnten sie sich ohne Gefahr in die Dinge einmischen, die sie angingen, was nach John F. Kennedy das Wesensmerkmal einer demokratischen Verfassung ist. Ihre große Mehrzahl stand auf der Seite derer, die erfolgreich gegen Versuche nativistischer Strömungen eintraten, die Rechte von Einwanderern zu beschränken und puritanische Wertvorstellungen als „Leitkultur“ vorzuschreiben. Über 200 000 in Deutschland geborene Soldaten kämpften – an vorderster Front und teilweise in höchste militärische Dienstgrade vorrückend die ausgewanderten 48er-Revolutionäre – als Freiwillige im Amerikanischen Bürgerkrieg in der Nordstaatenarmee, als es nicht nur galt, die abtrünnigen Teile der Südstaaten in den Schoß der Union zurückzuzwingen, sondern auch das System der Sklaverei abzuschaffen, das mit dem Ideal der freien Arbeit auf freiem Grund, als wesentliche Voraussetzung für das Gedeihen demokratischer und republikanischer Tugenden, kollidierte.

Bilanz: Wie die deutschen Einwanderer die USA mitgeprägt haben

Zwischen 1815 und 1950 wanderten über acht Millionen Deutsche, darunter mehr als zehn Prozent aus dem heutigen Baden-Württemberg nach Nordamerika aus. Nach den Iren waren die Deutsch-Amerikaner die zweitstärkste Bevölkerungsgruppe in diesem Schmelztiegel der Menschen und Nationalitäten. Dementsprechend groß war ihr Einfluss im öffentlichen Leben, in Politik, Kultur und Ökonomie. Einige Beispiele: Karl Pfizer aus Ludwigsburg gründete 1849 in Brooklyn eine kleine Pillenfabrik, aus der das heute weltweit größte Pharmaunternehmen gleichen Namens wurde. Mitte der 1850er-Jahre begann der deutsch-jüdische Auswanderer Levi Strauss mit der Produktion seiner ersten Jeans, zur selben Zeit stellte ein gewisser Heinrich Steinweg in New York ein Piano vor, dem er seinen anglisierten Namen Steinway gab. Im Jahr 1856 eröffnete die Frau des 48er-Emigranten Carl Schurz den ersten Kindergarten in den USA, 1866 gründete Adolf Pfannenschmidt „Pfannenschmidtstadt“, das er später in „Hollywood“ umbenannte. Im Jahr 1877 schließlich wurde Carl Schurz US-amerikanischer Innenminister – eine weitere steile Karriere eines 48er-Revolutionärs, der seinen persönlichen wie politischen Traum von der Freiheit nur jenseits des Atlantiks hatte verwirklichen können.

Doch auch die vielen hunderttausend weniger Berühmtem oder Namenlosen trugen ihren Teil dazu bei, dass das deutsche Element in der amerikanischen Öffentlichkeit präsent war und blieb. Auch wenn tausende Auswanderer wegen Selbstüberschätzung oder an unglücklichen Umständen



„Karl Schurz aus Wisconsin“, Stahlstich um 1860. Carl Schurz (1829–1906) war Teilnehmer an der Badischen Revolution. Im Juli 1849 war ihm eine spektakuläre Flucht aus den Rastatter Kasematten gelungen. Nach der Auswanderung avancierte Schurz bald zu einem der bekanntesten „Forty-Eighters“. 1860 wurde er von Abraham Lincoln zum Botschafter in Spanien ernannt. Im Bürgerkrieg war er als Generalmajor Divisionskommandeur der Freiwilligenarmee. 1869 wurde er Senator in Missouri, von 1877 bis 1881 Staatssekretär (Minister) des Innern in der amerikanischen Regierung.

scheiterten, konnten Hunderttausende ihre Hoffnungen und ihre Träume leben. Neben ihrer Arbeit engagierten sie sich auf dem Hintergrund ihrer Erfahrungen aus ihrer alten Heimat im amerikanischen Vereinswesen, das ohne ihren Beitrag historisch nicht zu erklären ist. Sie schätzten die genossenschaftliche Verfassung ihrer ehemaligen Gemeinden und übertrugen dieses Modell auf die amerikanischen Städte und Gemeinden. Nicht zuletzt waren sie Vorreiter und wesentliche Gestalter einer freien polischen Meinungspresse. Und sie schlugen Brücken über den Atlantik, indem sie von ihren Erfahrungen und Erlebnissen in ihrer neuen Heimat berichteten. Damit prägten sie das Bild Amerikas in Deutschland und beeinflussten auch die wirtschaftliche und politische Entwicklung diesseits wie jenseits des Atlantiks. In Bezug auf die Auswanderung begann sich hierzulande die Erkenntnis durchzusetzen, dass man sich mit der Auswanderung zwar der Armen entledigen konnte, die Ursachen der Armut allerdings weiter bestehen blieben. Die Politik einer Förderung der Landwirtschaft – Bemühungen um eine bessere Feldeinteilung, genaue Vermessung aller Liegenschaften zur Sicherung der Rechtsverhältnisse, Verbreitung landwirtschaftlicher Kenntnisse durch Lehranstalten und Wanderlehrer –, ergänzt durch Maßnahmen zur Gewerbeförderung wie Ausbau der verkehrlichen Infrastruktur, Errichtung von Gewerbeschulen, Förderung von Industrieausstellungen, Anfänge staatlicher Sozialpolitik, setzten nicht zufällig Mitte der 1850er-Jahre in den Staaten des deutschen Bundes ein.

Vor dem Ersten Weltkrieg lag der Anteil der deutschsprachigen Presseorgane in den USA bei nahezu einem Drittel der amerikanischen Gesamtauflage. Auch wenn die dritte Auswanderergeneration ihre Bindungen an die Heimat ihrer Großeltern zu lockern begann, genossen die Deutsch-Amerikaner ein weiterhin hohes Ansehen in der amerikanischen Öffentlichkeit. Dieses Ansehen ging mit Beginn des Ersten Weltkrieges rapide zurück und verschwand mit der Kriegserklärung der USA gegen Deutschland im Jahr 1917. Zugleich verschwanden damit die deutsche Sprache und die deutsche Kultur als selbstverständlicher Teil des amerikanischen Lebens; die Amerikaner hörten für lange Zeit auf, ihre deutschen Wurzeln zu betonen. Geradezu als Menetekel erscheint die Schiffskatastrophe der „General Slocum“ auf dem New Yorker East River im Juni 1904, als über 1000 Bewohner von „Little Germany“ auf dem brennenden Schiff starben. Das Unglück war der Anfang vom Ende der Gemeinschaft von Kleindeutschland in New York, die sich in der Folge gänzlich auflöste.



5. August 1970: Der 500 000ste „Gastarbeiter“ kommt nach Baden-Württemberg. Am Stuttgarter Hauptbahnhof wird er von einem Komitee empfangen. Als Begrüßungsgeschenk erhält er vom Präsidenten des Landesarbeitsamtes ein Transistorradio.

Einwanderungsland Baden-Württemberg

Am 5. August 1970 kommt der 500 000ste „Gastarbeiter“ ins Land

Karl-Heinz Meier-Braun

Großer Bahnhof für den 31-jährigen Zvonimir Kanjir aus Kroatien. Es ist der 5. August 1970. Das Begrüßungskomitee wartet schon auf den 500 000sten ausländischen Arbeitnehmer, der nach Baden-Württemberg geholt wird. Der DGB-Landesvorsitzende, der Repräsentant der Firma Daimler-Benz, die den Jugoslawen als Arbeitskraft braucht, sowie der Präsident des Landesarbeitsamtes und sein Pressereferent empfangen den „Jubilar“ in Stuttgart. Der frühere Pressereferent Hans-Jörg Eckardt denkt immer wieder an jenen Sommertag im Jahre 1970: „Alles, was schreiben, filmen und Töne aufnehmen konnte, war da. Der Sonderzug lief ein. Türe auf – und dann hat man ihn entsprechend präsentiert. Die Kameras liefen und dann wurde ein Radio überreicht.“

Es war die Zeit, als die Wirtschaft in Deutschland – und zumal in der deutschen „Wirtschaftslokomotive“ Baden-Württemberg – brummte und jährlich zehntausende ausländische Arbeitskräfte angefordert wurden. Auch machte man sich sowohl auf Seiten der Arbeitsmigranten als auch auf der Seite der Einheimischen kaum Gedanken darüber, wie lange die „Gäste“ wohl bleiben würden, wie man sie bei der Integration unterstützen könnte und wie man verfahren solle, wenn das Wirtschaftswachstum einbräche. Im Rückblick gesehen, war Baden-Württemberg schon damals ein Einwanderungsland, wenngleich man lange die Augen vor dieser gesellschaftlichen Realität verschlossen hat.





September 1970 am Stuttgarter Hauptbahnhof: Italienische „Gastarbeiter“ vor ihrer Abfahrt in den Heimaturlaub.

„Ein Stück Lagerarbeiter“

Hans-Jörg Eckardt vom Landesarbeitsamt denkt heute so zurück an die Situation im Stuttgarter Hauptbahnhof im Sommer 1970: „Es war für Baden-Württemberg aus Sicht der Wirtschaft lebensnotwendig, dass eben ‚Gastarbeiter‘ gekommen sind. Ich war selbst in den Jahren davor einmal bei unserer Verbindungsstelle in Griechenland, habe selbst ‚Gastarbeiter‘ für Baden-Württemberg mit angeworben. Damals kamen Fernschreiben unserer deutschen Firmen, in denen es dann ganz einfach hieß: ‚Bitte sofort fünf Stück Hilfsarbeiter.‘ Im ‚Vermittlungsauftrag‘ stand dann auch einfach manchmal: ‚Ein Stück Transportarbeiter oder ein Stück Lagerarbeiter.‘ Eine andere Firma schrieb: ‚Wir bitten, nachstehende Personen […] umgehend in Marsch zu setzen.‘ “ Hans-Jörg Eckardt hat seine Erinnerungen als junger Mann in einem kleinen schwarzen Büchlein notiert: „Bei einer Firma fand sich im Vertrag sogar noch der Zusatz: ‚Nach Arbeitsschluss kann über die Freizeit nach eigenem Ermessen verfügt werden.‘ “

Sonderzüge mit Italienern seien in Stuttgart manchmal alle 20 Minuten angekommen, erinnert sich Eckardt. Bis zu 1500 italienische Arbeitskräfte auf abgesperrten Bahnsteigen hat er mit dem Chefdolmetscher der Deutschen Bahn dann per Megafon weiterverteilt. Als Zugbegleiter holte er die „Gastarbeiter“ auch aus München ab und verteilte sie auf der Strecke an den Bahnhöfen, fast „im Zehnminutentakt gruppenweise“ in Geislingen, Göppingen oder Plochingen, wo sie von den Arbeitgebern in Empfang genommen wurden.

Viele der „Gastarbeiter“ der ersten Generation lebten in Baracken und Gemeinschaftsunterkünften mit oft inakzeptablem Standard und unzumutbaren Bedingungen. Dieses Schild befand sich am Eingang einer „Gastarbeiterbaracke“ in Stuttgart in den 1960er-Jahren.



„Ich werde die weinenden Männer nie vergessen“

So manchem Arbeitsmigranten konnte Eckardt in Griechenland und in Deutschland helfen. Auch viele Frauen wanderten damals aus Griechenland nach Deutschland aus. „Vor allem in der Textil- und Elektroindustrie waren Frauenhände heiß begehrt“, stellt Eckardt fest. Seine Erfahrungen in Griechenland haben sich besonders in sein Gedächtnis ein-

geprägt: „Häufig begleiteten wir die jungen Frauen in den Sonderzügen, die vom Bahnhof in Thessaloniki abfuhren und deren erster Halt München war. Ich werde die Männer nie vergessen, denen die Tränen kamen, als sie ihre Töchter, manche von ihnen auch ihre Frauen verabschiedeten und in den Armen Babys hielten.“ Heute arbeitet Hans-Jörg Eckardt ehrenamtlich als Pressesprecher beim Landesseniorenrat, wo ihn das Thema weiter beschäftigt, etwa wenn er mit ehemaligen „Gastarbeitern“ zu tun hat, die längst in Rente sind.

Die erste Ausländergeneration, zu denen der 500 000ste „Gastarbeiter“ gehörte, kam voller Hoffnung nach Deutschland. Zvonimir Kanjir fuhr zweimal im Monat mit dem Bus nach Jugoslawien. Später reiste er dann mit dem eigenen Auto. Es sei schwer gewesen, sagt der einst Gefeierte in einem Radiointerview im Jahr 1990, sich an die Arbeitsdisziplin zu gewöhnen, aber der Verdienst habe ja gestimmt. Zehn Jahre lang hat Kanjir an der Schleifmaschine „beim Daimler“ gearbeitet. Als dann Automatisierungen kamen, hätte der Meister ihn aber gefragt, ob er nicht nach Jugoslawien zurückkehren möchte. Von Abteilung zu Abteilung sei er dann gewandert. Die Arbeitsbedingungen seien für ihn immer schlechter geworden. Seine Frau und die Kinder, die in der Heimat geblieben waren, sollten nachkommen. Doch dann erkrankten die Schwiegereltern und die Frau musste sie pflegen. Die ganzen Jahre hat der „500 000ste“ so, mehr oder weniger isoliert, ohne großen Kontakt zu den Deutschen und ohne jemals richtig Deutsch zu lernen in der Werkswohnung gelebt und für die Familie daheim gearbeitet. Seine Rückkehr hat er, wie so viele andere ausländische Arbeitnehmer auch, immer wieder hinausgeschoben.

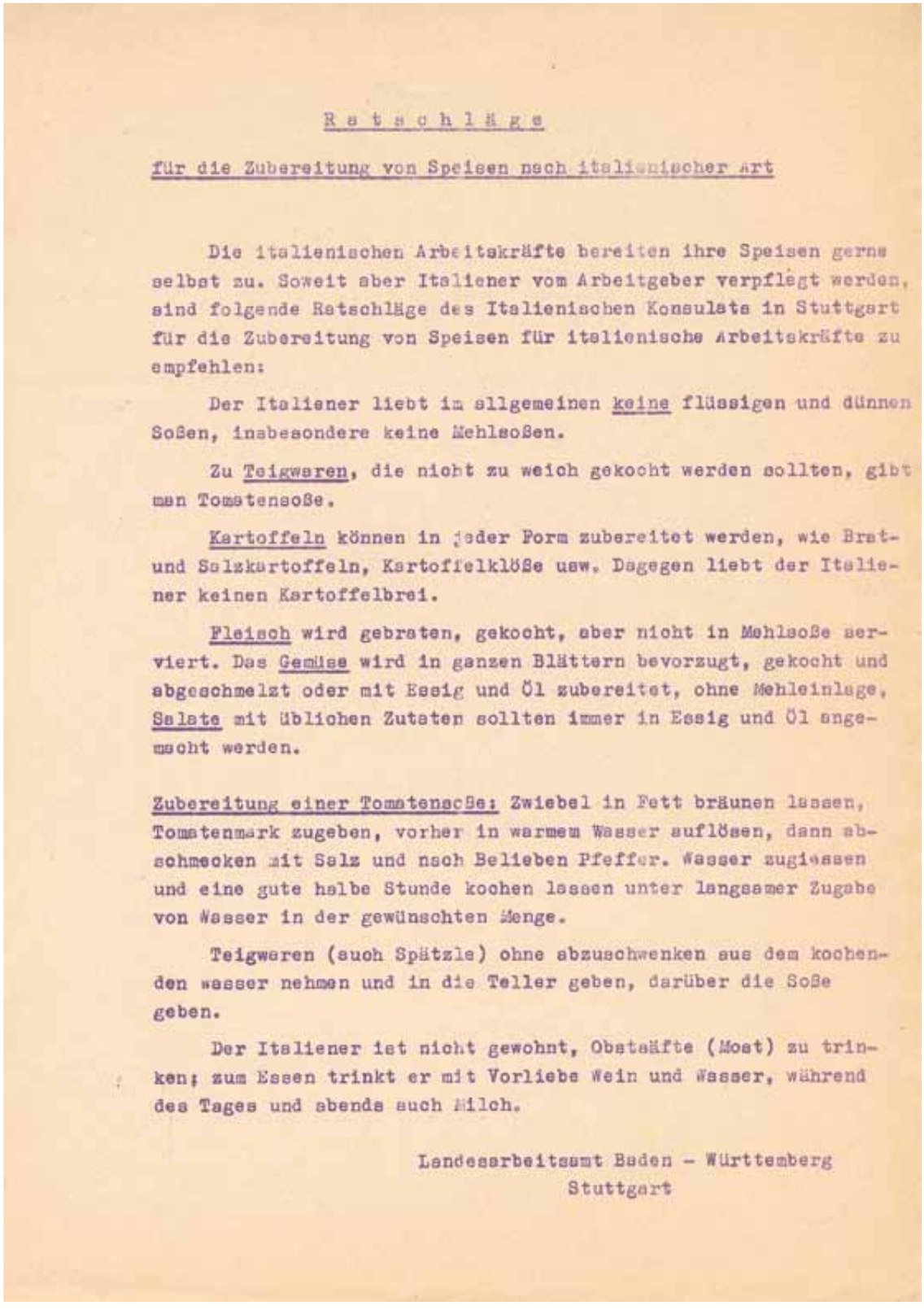
Es wäre doch besser gewesen, wenn er nach einer gewissen Zeit heimgekehrt wäre, sagt der Kroate Kanjir rückblickend in dem Interview, das die damalige SDR-Ausländerredaktion, heute SWR International, die Fachredaktion für Migrationsthemen des Südwestrundfunks, 1990 mit ihm machte, nachdem man ihn nach mühsamen Recherchen in seiner Heimat gefunden hatte. Er würde sich aber wieder für Deutschland entscheiden, allerdings die Familie nachkommen lassen und eine Wohnung mieten, sagte er. Einiges sei schief gelaufen im seinem Leben. Nachdem er sich das Bein gebrochen hatte, wurde ihm eine Schiene eingesetzt. Wegen Verständigungsschwierigkeiten hatte er es versäumt, die Schiene rechtzeitig herausnehmen zu lassen. Eine Blutvergiftung war die Folge. Hinzu kamen andere Krankheiten wie ein Magenleiden und einige Krankenhausaufenthalte, so dass er nicht mehr

„Gastarbeiterinnen“ waren in den 1960er-Jahren in der Textil- und Bekleidungsindustrie besonders beliebt. Bei den deutschen Arbeitgebern galten sie als fleißig und geschickt. Das Foto zeigt italienische Arbeiterinnen im Jahr 1960.



arbeiten konnte. Zvonimir Kanjir wünschte sich nur noch eine bescheidene Rente wegen Berufsunfähigkeit. Zusammen mit seiner Frau kehrte er auf den väterlichen Hof in seinem kleinen Dorf in Kroatien zurück.

35 Jahre nach dem feierlichen Empfang am Stuttgarter Hauptbahnhof gelang es SWR International im Sommer 2005 erneut, den „500 000sten“ in der Nähe von Zagreb aufzuspüren. Dem 67-Jährigen wurde an selber Stelle nochmals ein Empfang bereitet. Presse, Funk und Fernsehen und der frühere Pressesprecher beim Landesarbeitsamt, Hans-Jörg Eckardt, begrüßten den Kroaten. Alles in allem kam Kanjir nun zu einem versöhnlichen Urteil über seine Zeit in Baden-



R a t s c h l ä g e

für die Zubereitung von Speisen nach italienischer Art

Die italienischen Arbeitskräfte bereiten ihre Speisen gerne selbst zu. Soweit aber Italiener vom Arbeitgeber verpflegt werden, sind folgende Ratschläge des Italienischen Konsulats in Stuttgart für die Zubereitung von Speisen für italienische Arbeitskräfte zu empfehlen:

Der Italiener liebt im allgemeinen keine flüssigen und dünnen Soßen, insbesondere keine Mehlsoßen.

Zu Teigwaren, die nicht zu weich gekocht werden sollten, gibt man Tomatensoße.

Kartoffeln können in jeder Form zubereitet werden, wie Brat- und Salzkartoffeln, Kartoffelklöße usw. Dagegen liebt der Italiener keinen Kartoffelbrei.

Fleisch wird gebraten, gekocht, aber nicht in Mehlsoße serviert. Das Gemüse wird in ganzen Blättern bevorzugt, gekocht und abgeschmelzt oder mit Essig und Öl zubereitet, ohne Mehleinlage. Salate mit üblichen Zutaten sollten immer in Essig und Öl angemacht werden.

Zubereitung einer Tomatensoße: Zwiebel in Fett bräunen lassen, Tomatenmark zugeben, vorher in warmem Wasser auflösen, dann abschmecken mit Salz und nach Belieben Pfeffer. Wasser zugiessen und eine gute halbe Stunde kochen lassen unter langsamer Zugabe von Wasser in der gewünschten Menge.

Teigwaren (auch Spätzle) ohne abzuschwenken aus dem kochenden Wasser nehmen und in die Teller geben, darüber die Soße geben.

Der Italiener ist nicht gewohnt, Obstsäfte (Most) zu trinken; zum Essen trinkt er mit Vorliebe Wein und Wasser, während des Tages und abends auch Milch.

Landesarbeitsamt Baden - Württemberg
Stuttgart

Pressemitteilung des Landesarbeitsamts Baden-Württemberg für die Ernährung der italienischen „Gastarbeiter“. Nicht selten war die Verpflegung der ausländischen Arbeitnehmer ein großes Problem.

Mit entsprechenden Ratschlägen wollte man den Ernährungsgewohnheiten der „Gastarbeiter“ Rechnung tragen.

Württemberg und fuhr mit diesen positiven Eindrücken in seine Heimat zurück. In seinem kleinen Häuschen, Matije Gubca 26 in der Ortschaft Gornje Ladanje bei Vinica in Kroatien, ist Zvonimir Kanjir im Jahre 2008 an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben. Er wurde 70 Jahre alt. Seine Frau Maria berichtet, wie oft und gerne ihr Mann von seinem zweiten Empfang im Stuttgarter Hauptbahnhof im Jahr 2005 erzählt hatte.

„Zwischen Kommen und Gehen …“

Zvonimir Kanjir hat ein nicht untypisches Schicksal für die ehemaligen „Gastarbeiter“. Sein altes Kofferradio ließ er in Stuttgart und bekam dafür 2005 ein topmodernes überreicht. Das gute alte Stück der Firma Nordmende, Typ „Globetrotter“, stellte er für die SWR-Wanderausstellung „Zwischen Kommen und Gehen … und doch Bleiben – ‚Gastarbeiter‘ in Deutschland 1955–1973“ zur Verfügung. Diese, in ihrer Art einzigartige Ausstellung erinnert an die Geschichte der Arbeitsmigranten der ersten Stunde. Als „Ausstellung zum Selbermachen“ enthält sie sehr persönliche Gegenstände, die die alten „Gastarbeiter“ als Dauerleihgabe zur Verfügung gestellt haben. Ergänzt wird die Präsentation durch Schautafeln mit Informationen über die ersten Jahre der Ausländerbeschäftigung in Deutschland. Im 18-jährigen Zeitraum, den die Ausstellung dokumentiert, kamen 14 Millionen Arbeitsmigranten nach Deutschland. Elf Millionen kehrten wieder zurück. Deutschland ist damals eigentlich schon zum Einwanderungsland geworden. Die Ausstellung macht deutlich, dass die Migration historisch gewachsen und nicht wie ein „Naturereignis“ über Deutschland gekommen ist.

Spaghetti vom Arbeitsamt

Bei den Recherchen für die Ausstellung sind höchst interessante Dokumente aufgetaucht. Dazu gehört beispielsweise das Original der Pressemitteilung des Landesarbeitsamtes Baden-Württemberg aus dem Jahre 1960 mit dem Titel „Wie kocht man Spaghetti für Italiener?“. Heute kaum zu glauben, aber wahr: Damals waren Spaghetti in Deutschland noch unbekannt. Aber auch Mozzarella, Basilikum, Cappuccino, Auberginen oder Zucchini, ja selbst Melonen galt es noch zu entdecken. Kulinarisch, kulturell und wirtschaftlich haben die Arbeitsmigranten Deutschland verändert, wie in der Ausstellung deutlich wird.

Elisa Beatrice Soi, eine „Gastarbeiterin“ der ersten Stunde (rechts), in den Fabrikhallen von Salamander in Kornwestheim.



Erstaunt bleiben die Ausstellungsbesucher auch immer wieder vor einer Vitrine stehen, in der ein Brautkleid zu bewundern ist. Elisa Beatrice Soi aus Kornwestheim, eine italienische Arbeitsmigrantin der ersten Stunde, hat es zur Verfügung gestellt. „Damals war das Brautkleid hochmodern und in der außergewöhnlichen Farbe hellblau“, erinnert sie sich heute. Sie denkt oft an die „gute alte Gastarbeiterzeit“ zurück, die aber gar nicht so rosig war. Viele „Gastarbeiter“ lebten die ersten Jahre in Baracken. „Im Winter war es oft so kalt, dass wir alle abwechselnd unsere Füße an den kleinen Ofen gehalten haben, damit uns überhaupt ein bisschen warm wurde“, sagt Frau Soi zurückblickend.



Der 10000. Ausländer in Freiburg

Vor wenigen Tagen konnte das Amt für öffentliche Ordnung den zehntausendsten ausländischen Mitbürger in Freiburg begrüßen. Es war der 17jährige italienische Arbeiter Roberto Rossi (Mitte). Der Leiter des Amts für öffentliche Ordnung, Dr. Greß (zweiter von links), ehrte Rossi im Beisein des italienischen Vizekonsuls Dr. Carvi (zweiter von rechts) mit Blumen und einem Bildband. An der Feier nahm auch der stellvertretende Leiter des Amts für öffentliche Ordnung, Brugger (rechts), teil.

Foto: J. Wihler

Der 10 oooste „Gastarbeiter“ in Freiburg ist Roberto Rossi, der – anders als es im damaligen Zeitungsbericht heißt – sogar erst 16 Jahre alt war, als er 1971 nach Freiburg kam.

Ein Zugschild aus den 1960er-Jahren vom Hellas-Express, der uralte Wimpel von einem italienischen Fußballturnier, eine alte Chianti-Bastflasche, zahlreiche Fotos, offizielle Dokumente wie erste Lohnstreifen oder ein Beschäftigungsausweis, ein Gepäckwagen mit original „Gastarbeiterkoffern“ – all das ist in der Ausstellung zusammengetragen worden. Immer wieder stehen auch Schulklassen und Enkel der „Gastarbeiter“ überrascht vor den Exponaten, denn die Anfangsgeschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland war weitgehend unerforscht und drohte in Vergessenheit zu geraten.

Italiener singen auf der Allee

In der Zwischenzeit erinnern sich viele Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg ihrer „Gastarbeiter-Jubilare“. Freiburg dachte 2010 an seinen 10 000sten „Gastarbeiter“ Roberto Rossi, der bereits 1965 angeworben worden war. Blumen und einen Bildband bekam der damals gerade einmal 16-jährige Italiener am 3. März 1971 vom italienischen Vizekonsul und dem Leiter des Amts für öffentliche Ordnung geschenkt. Er arbeitete vor allem in Freiburger Eisdielen und kehrte dann später wieder in seinen Heimatort, Bibano di Godega Sant Urbano in der Provinz Treviso, Region Venetien, zurück. Dort lebt er heute mit seiner Frau und arbeitet als selbstständiger Handwerker. Roberto Rossi erinnert sich noch gut an den Empfang im Rathaus und an ein kleines kulturelles Missverständnis: „Ich hab gedacht, das sind ja die Blumen für die Toten. Diese Blumen werden Toten gegeben. So war ich etwas schockiert, weil bei uns sind das die Blumen für die Toten. Das hat sich bei mir eingeprägt, diese großen Blumen, Chrysanthemen.“

Auf seinen 10 000sten „Gastarbeiter“ blickte man ebenfalls im Jahre 2010 im württembergischen Unterland zurück, als sich die Anwerbeabkommen mit Spanien und Griechenland zum 50. Mal jährten. Das *Neckar-Echo* vom 29. Mai 1965 schrieb dazu: „Gestern um 16.01 Uhr traf aus Richtung Köln kommend vor dem Heilbronner Arbeitsamt ein Omnibus mit spanischen ‚Gastarbeiterinnen und Gastarbeitern‘ ein. Direktor Mistele und seine Mitarbeiter erwarteten das Fahrzeug, das schließlich mit 61 Minuten Verspätung eintraf, ungeduldig: Es sollte den 10 000sten Ausländer bringen, der im Bezirk des Arbeitsamts schafft. Es war eine junge Näherin, Maria Rosario Torres-Baquero aus Madrigal de la Vera an der spanischen Grenze mit Portugal, ganze 19 Jahre alt […]. Direktor Mistele begrüßte sie kurz und händigte ihr kleine Willkommensgeschenke aus.“ Ergänzend dazu war in der *Heilbronner Stimme* am selben Tag zu lesen: „Vorsorglich hatten spanischkundige Mitarbeiter des Arbeitsamtes den Text für zwei Schilder zusammengestellt. Auf dem einen Schild konnte man ‚10 000 Trabajadores extranjeros‘ (10 000. ausländische ‚Gastarbeiter‘) lesen, während es auf dem anderen Schild hieß: ‚I vien venido a Heilbronn‘ (‚Grüß Gott in Heilbronn‘).“

Die Italiener waren schon früher ins Unterland gekommen. 1959 berichtete die *Heilbronner Stimme* von den Anfängen der Ausländerbeschäftigung. Damals sprach man noch von „Fremdarbeitern“: „Italiener schaufeln und singen auf der Allee. Etwa 900 Fremdarbeiter sind zurzeit im Stadt- und Landkreis beschäftigt. Die Arbeitgeber sind zufrieden. Seit einiger Zeit dringen hin und wieder in der Stadt italienische Gesänge an unser Ohr. Sie stammen von italienischen Fremdarbeitern, die an den verschiedenen Großbaustellen beschäftigt sind und die ihre Arbeit ab und zu durch Gesang begleiten. Sogar der Regen stört sie dabei nicht […]. Die hiesigen Arbeitgeber konnten sich mit den Fremdarbeitern bis jetzt schnell einigen, und viele Betriebe wollen jetzt im Winterhalbjahr Unterkünfte bauen, um später noch mehr Fremdarbeiter einstellen zu können.“

Bahnhof als Treffpunkt

Die Bahnhöfe spielten eine große Rolle im Leben der „Gastarbeiter-Pioniere“. Es war der Beginn eines neuen Lebens in Deutschland. Die neue und alte Heimat begann am Gleis, dem Tor nach Deutschland. Und am Ende einer bis zu 50 Stunden langen Reise in Sonderzügen nach Baden-Württemberg stand oft die Ankunft am Bahnhof in Singen/Hohen-twiel: „Attenzione, attenzione! Qui Singen, Hohentwiel. La prima stazione Germanica dove avrà luogo lo smistamento. Siete precati di scendere il bagaglio.“ („Achtung, Achtung! Der erste Bahnhof in Deutschland. Hier werden die Ankommenden verteilt. Bitte laden Sie das Gepäck aus.“) So tönte es 1960 aus dem Lautsprecher in Singen, damals ein Knotenpunkt für die Verteilung der ausländischen Arbeitskräfte nach ganz Südwestdeutschland. Singen wurde sogar „Neapel-Schleuse“ genannt. Die Bahnhofsmission betreute die italienischen Arbeitskräfte. Der Bahnhof war für die Arbeiter aus den Mittelmeerländern der zentrale Treffpunkt am Wochenende, weil er die Verbindung zur Heimat symbolisierte und einen Ort darstellte, an dem das Heimweh mit anderen geteilt werden konnte. Hanne Braun, beim Diakonischen Werk Württemberg vor allem für die Griechen zuständig, erinnert sich: „Die Griechen kamen alle auf den Bahnhof, die Männer, weil sie sagen: ‚Jetzt kommt ein wenig Luft von Griechenland‘. Am Samstag, Sonntag war der Bahnhof voll. Dann standen die im Kreis und jeder wartete. Um fünf kommt der Hellas-Express, und dann hat man gedacht: ‚Jetzt riechts a bissle nach Oregano‘.“

Ein Denkmal für die „Gastarbeiter“

Landauf, landab wurde in den letzten Jahren mit Ausstellungen an die Einwanderung der ehemaligen „Gastarbeiter“ erinnert, unter anderem in Ulm, Karlsruhe, Ravensburg, Ludwigsburg, Waiblingen, Mannheim, Reutlingen, Göppingen, Biberach, Friedrichshafen, Süßen oder Villingen-Schwenningen. Mit regionalen Bezügen knüpften die Städte und Gemeinden dabei oft an die Jubiläen der Anwerbeabkommen an. Die Themen Zuwanderung und Integration sind also offensichtlich inzwischen in der Erinnerungskultur in Baden-Württemberg angekommen. Dadurch wird ein wichtiger Beitrag zum Abbau von kulturellen Missverständnissen und Vorurteilen geleistet. Es wäre aber zu wünschen, dass die Ein- und Auswanderungsgeschichte noch viel stärker in den Heimatbüchern, auf regionaler und lokaler Ebene sowie in den Museen verankert wird. Die Zeit ist auch reif für ein Denkmal,

Bahnhöfe und „Gastarbeiter“ – das sind zwei untrennbare Begriffe in der Geschichte des Einwanderungslandes Baden-Württemberg. Auf den Bahnsteigen begann oft ein neues Leben oder es wurde Abschied genommen. Das Foto zeigt „Gastarbeiter“ der ersten Generation auf dem Karlsruher Hauptbahnhof.



das an die Einwanderung der „Gastarbeiter“ nach dem Zweiten Weltkrieg erinnert, denen das Land so viel zu verdanken hat. Dabei könnte deutlich gemacht werden, dass das „Wirtschaftswunder“ im Nachkriegsdeutschland und der Aufbau der Sozialsysteme nicht ohne die „Gastarbeiter“ erreicht worden wäre. Viele Deutsche stiegen aufgrund der massenweisen Beschäftigung von „billigen“ ausländischen Arbeitskräften in bessere berufliche Positionen auf. So schafften zwischen 1960 und 1970 rund 2,3 Millionen Deutsche mit diesem „Fahrstuhleffekt“ den Aufstieg von Arbeiter- in Angestelltenpositionen. Nach Angaben des Bundesarbeitsministeriums aus dem Jahre 1976 ermöglichten die ausländischen Arbeitnehmer unter Wahrung eines starken Wirtschaftswachstums eine starke Verringerung der Arbeitszeit der Deutschen. Die ausländischen Arbeiternehmer zahlten Steuern, ohne immer auch in entsprechendem Umfang die öffentlichen Leistungen in Anspruch zu nehmen. Das gilt beispielsweise für die Beiträge zur Rentenversicherung. Bereits 1971 hätten die Beiträge zur staatlichen Rentenversicherung ansonsten erhöht werden müssen. Auch das „Rentenloch“, über das bereits in



Die Skulptur spiegelt die veränderte Wahrnehmung Deutschlands als Einwanderungsland wider: Unter dem ursprünglichen Titel *Der Ausländer* konnte sie in den 1980er-Jahren am eigentlich vorgesehenen Ort nicht realisiert werden. Unter dem Titel *Der Reisende* steht sie heute in Stuttgart-Obertürkheim – und ein Duplikat gar im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn.

den 1970er-Jahren lamentiert wurde, wäre ohne diesen Beitrag nicht zu stopfen gewesen. Den von den ausländischen Arbeitnehmern in die Rentenversicherung eingezahlten Beiträgen stand nur rund ein Zehntel an Leistungen gegenüber. Insofern wurde die Rentenversicherung lange Zeit von den ausländischen Arbeitnehmern geradezu subventioniert.

Ein Denkmal wäre also mehr als gerechtfertigt. Erste Schritte in diese Richtung gibt es bereits: Seit der Umgestaltung des Ortskerns in Stuttgart-Obertürkheim ist die Bronzestatue *Der Ausländer* an der Bushaltestelle gegenüber dem Bahnhof ein Blickfang. Die Skulptur des Remstaler Künstlers Guido Messer war zunächst für die Fußgängerzone der Gemeinde Reichenbach/Fils bestimmt gewesen. Aber Querelen in der Gemeinde blockierten sieben Jahre lang eine Realisierung des Entwurfs, so der Künstler im Rückblick. Ersatzweise kam das Projekt dann 1990 nach Stuttgart-Obertürkheim. Seit 1993 ist ein Duplikat der Skulptur sogar im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn zu sehen, was den Bewusstseinswandel in Sachen Einwanderung deutlich macht.

Im Stuttgarter Nordbahnhofviertel wurde 2010 eine Stele von Heinz Blaschke aufgestellt, auf der die Herkunftsländer der ausländischen Einwohner im Viertel aufgelistet sind. Auf dem Sockel der Stele sind drei Werte aufgezählt: „Demokratie, Grundgesetz, Deutsche Sprache“. Darauf stapeln sich 15 Platten mit ausgewählten Ländernamen, den Herkunftsländern der Migranten im Nordbahnhofviertel. „Das Kunstwerk soll ein sichtbares Zeichen dafür sein, wie wir unseren Stadtteil längst sehen“, sagte Bezirksvorsteherin Andrea Krueger bei der Einweihung, „als ein Viertel, das aus vielen verschiedenen Teilen zu einem Ganzen wird.“

Baden-Württemberg wurde zum Einwanderungsland

Die Ausländerbeschäftigung nach dem Zweiten Weltkrieg hat in Baden-Württemberg begonnen, noch bevor das erste Anwerbeabkommen mit Italien am 20. Dezember 1955 unterzeichnet wurde. Die ersten Versuche, oberitalienische Landarbeiter auf die Bauernhöfe zu holen, fanden bereits im Gründungsjahr des Landes Baden-Württemberg 1952 in Südbaden statt. Wegen der Landflucht herrschte auf den Höfen Arbeitskräftemangel. Karl Lutterbeck vom Bauernverband Württemberg-Baden machte sich deshalb auf die Suche nach italienischen Arbeitskräften. Er schildert die Auslese so: „Da saßen wir an einem Tisch, so wie bei einer Musterungskommission, und die defilierten dann an uns vorbei. Und dann haben wir sie uns nach der Größe, nach der Stärke, nach Körperbau angeguckt. Manchmal haben wir uns auch die Hände zeigen lassen, ob sie auch möglichst große Hände und feste Schwielen an den Fingern haben. Daran meinten wir zu

sehen, dass er das Arbeiten gewöhnt ist. Ab und zu guckte man einem dieser Italiener in den Mund, um festzustellen, ob auch seine Zähne einigermaßen in Ordnung sind!“ So wurden die Landarbeiter ausgewählt und kamen 1955 nach Stuttgart, wo „ihre“ Bauern sie am Bahnhof in Empfang nahmen.

Mehr als ein halbes Jahrhundert ist seitdem vergangen. Jahrzehntelang lebten die einstigen „Gastarbeiter“ in einer Rückkehrillusion und waren davon überzeugt, dass sie eines Tages wieder heimkehren würden. Aber die Illusion herrschte auf beiden Seiten vor, denn Deutschland lebte in der Lebenslüge, kein Einwanderungsland zu sein. Erst in den letzten Jahren hat die Bundesrepublik ihre Rolle als Einwanderungsland akzeptiert und die „Gastarbeiterzeit“ ist ein Teil der Einwanderungskultur geworden. Seit der Gründung des Landes Baden-Württemberg sind fast 17 Millionen Menschen – Deutsche und Nichtdeutsche – hierher gezogen. Über 13 Millionen Menschen haben das Land im gleichen Zeitraum wieder verlassen. Es sind also mehr Menschen hin- und hergezogen als heute insgesamt in Baden-Württemberg leben.

Heute leben in Baden-Württemberg rund 2,8 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Mehr als ein Viertel der Menschen im Land gehört damit zu den Migranten. Dazu zählen neben den Zugewanderten und den in Deutschland geborenen Ausländern unter anderem auch Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, also Spätaussiedler, Eingebürgerte sowie deren Kinder. Unter den Flächenländern hat Baden-Württemberg traditionell den größten Migrantenanteil, der über dem Bundesdurchschnitt von 19 Prozent liegt. Die größten Migrantengruppen stammen aus der Türkei, Italien, dem ehemaligen Jugoslawien, Kroatien und Griechenland.

Auch in der Zukunft ist Baden-Württemberg weiterhin auf Zuwanderung angewiesen, wenn es seinen wirtschaftlichen Wohlstand bewahren will. So ergab ein Gutachten der Landesregierung im Jahr 2010, dass bis 2020 rund 500 000 zusätzliche Arbeitsplätze von Ingenieuren, anderen Hochschulabsolventen und Facharbeitern besetzt werden müssen und dass dabei Migration eine herausragende Rolle spielen wird. In diesem Sinne war und ist die Einwanderung ein Glücksfall für Südwestdeutschland – trotz aller Probleme und Schwierigkeiten, die aus der Zuwanderung entstanden sind. Eine vorausschauende Zuwanderungs- und Integrationspolitik wird erst seit einigen Jahren deutschlandweit entwickelt. Baden-Württemberg könnte dabei aufgrund seiner historischen Erfahrungen mit der Ausländerbeschäftigung eine Vorreiterrolle übernehmen, auch wenn Zuwanderung natürlich kein Allheilmittel gegen eine schrumpfende und immer älter werdende Bevölkerung ist.

Im Stuttgarter Nordbahnhofviertel setzt ein im Jahr 2010 aufgestelltes Kunstwerk ein Zeichen für das Miteinander der Bewohner und für die gelungene Integrationsarbeit in diesem Stadtteil, in dem Menschen aus mehr als 150 Ländern der Erde zusammenleben.





Die Brücke zu Frankreich als verbindendes Element: NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer, US-Präsident Barack Obama, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Staatspräsident Nicolas Sarkozy, EU-Chef-Außenpolitiker Javier Solana und Regierungschef Jean-Claude Juncker auf der Passerelle des Deux Rives am 4. April 2009.

Die Straßburger Rheinbrücke

Von der Festungsstadt des Sonnenkönigs zur Europastadt der Fünften Republik

Anton Schindling

Dem ehemaligen Straßburger Stadtarchivar François-Joseph Fuchs zum 90. Geburtstag am 7. Februar 2011

Als die NATO im Jahr 2009 ihren 60. Geburtstag feierte, fand der Festakt am 3. und 4. April in Straßburg, Kehl und Baden-Baden statt. Ein symbolischer Höhepunkt der Veranstaltung war das gemeinsame Überschreiten des Rheins durch die 26 Staats- und Regierungschefs des Nordatlantischen Bündnisses auf dem Fußgängersteg neben der Europabrücke, angeführt von dem US-amerikanischen Präsidenten Barack Obama, dem französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy und der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel. Mit der Wahl des Ortes wurde eine Bekräftigung für 60 Jahre deutsch-französische Aussöhnung und Freundschaft gesucht und – weiter historisch zurückblickend – ein definitiver Schlussstrich unter die vorangegangenen 300 Jahre der feindlichen Konfrontation gerade hier am Rhein gezogen.

An dieser Stelle hatten die aufeinanderfolgenden Brücken über den Strom im oft dramatischen Wechsel beides erlebt: die Gegnerschaft und die Annäherung, den problemlosen Austausch und die gegenseitige Abschottung. In der Geschichte der Straßburger Rheinbrücke fokussiert sich die Geschichte der rechtsrheinischen Lande und des Elsass in Abstoßung und Anziehung während der Neuzeit.

Der symbolische Akt auf dieser Brücke am 4. April 2009 konnte die deutsch-französische Versöhnung und die Befriedung der Rheingrenze als einen Grundstein für die Nachkriegsordnung Europas und des Westens sinnfällig vor Augen führen.



Die „lange Bruck“ – Transit für Waren und Menschen

Einen Flussübergang gab es hier seit der Römerzeit, begünstigt durch Auen und Untiefen in dem mäandrierenden Strom. Eine feste Brücke existierte bereits seit dem 14. Jahrhundert. Die Fernstraße vom Pariser Becken zum Donautal überquerte hier den Rhein und sicherte die verkehrsmäßige Zentralstellung der Stadt Straßburg, die nahe dem Rheinübergang auf einem hochwasserfreien Hügel an dem Nebenfluss Ill entstand. Lokal, regional und überregional trafen sich hier die Handelsrouten, bündelten sich in Straßburg und pressten sich in das Nadelöhr der langen Brücke, die zunächst als Schiffsbrücke die beiden Ufer des Rheins miteinander verband. Zwischen Basel und Mainz war dies bis zum 18. Jahrhundert der einzige dauerhafte feste Rheinübergang. Luxusmöbel aus Frankreich passierten hier ebenso in Richtung Osten wie ungarische Ochsen entgegengesetzt in die Metzig der großen Freien Reichsstadt getrieben wurden, um die Fleischversorgung der in der Frühen Neuzeit bereits mehrere zehntausende zählenden Straßburger sicherzustellen. Für den wirtschaftlichen Austausch der Regionen an Schwarzwald und Vogesen war die West-Ost-Achse der Rheinbrücke unentbehrlich.



„Clausa Germanis Gallia.“ Medaille Ludwigs XIV. von Frankreich zur Feier der Eingliederung Straßburgs in das Königreich Frankreich. Die neuen Festungswerke Vaubans beiderseits des Rheins werden im Grundriss gezeigt.

Die Rheinbrücke um 1600 mit Blick auf Straßburg. Vorn eine Allegorie auf die Hilfsbedürftigkeit der Menschen. Stich von 1613.



Neben den Handelsleuten waren Soldaten die Hauptnutzer der Brücke. Die militärische Bedeutung des Stromübergangs war schon für die Römer wichtig. Sie verstärkte sich, als im Dreißigjährigen Krieg Frankreich seit 1635 im Heiligen Römischen Reich eingriff und als Ergebnis im Westfälischen Frieden große Teile des Elsass als neuen Besitz gewann. Im Jahr 1681 annektierte König Ludwig XIV. die Freie Reichsstadt Straßburg. Auf einer Gedenkmedaille ließ der Sonnenkönig anschließend die Worte CLAUSA GERMANIS GALLIA („Gallien, den Germanen verschlossen“) prägen. Das Bild auf der Medaille zeigte die neuen Festungswerke rund um die Stadt, die Sébastien Le Prestre Marquis de Vauban, der Festungsbaumeister des Königs, anlegte und die Straßburg zum stärksten Bollwerk Frankreichs machten. Mit dieser Festungsstadt schloss Vauban den unbezwingbaren Festungsgürtel, den er im Norden und Osten um das Territorium des Königreiches gelegt hatte. Der Waffenplatz Straßburg diente zur Verteidigung der neuen Grenze Frankreichs am Rhein, aber ebenso als Operationsbasis für französische Armeen, die von hier aus nach Osten in das Gebiet des Heiligen Römischen Reichs eindrangen, mit dem Ziel der Donauroute nach Wien, dem Zentrum des Hauses Habsburg, das der dynastische Dauergegner der französischen Könige vom späten 15. bis in das 18. Jahrhundert blieb.

Das Dorf Kehl im protestantischen „Hanauer Land“, ein teilweise Baden gehörendes Kondominat auf der rechten Rheinseite, war bereits 1678 von französischen Truppen besetzt worden. Im Jahr 1683 begann der Bau der neuen Brückenkopffestung Kehl durch Vauban. Diese französische Festung fiel 1698 durch den Frieden von Rijswijk an Baden-Baden und gehörte ab 1771 zur vereinigten Markgrafschaft Baden. 1774 wurde die innerhalb der Festung gelegene Gemeinde Kehl durch Markgraf Karl Friedrich zur Stadt erhoben. Die Schiffsbrücke über den Rhein zwischen den Festungen Kehl und Straßburg wurde im 17. und 18. Jahrhundert abschnittsweise durch eine feste Konstruktion aus Holz ersetzt. Eine solche stabile Brücke musste die Durchfahrt von Flusskähnen und der auf dem Rhein wichtigen Holzflöße aus dem Schwarzwald ermöglichen. Beim Überqueren des Rheins durch französische Armeen ist davon auszugehen, dass neben der festen Brücke noch temporäre Schiffsbrücken für die Soldaten und das Kriegsgerät über den Fluss geschlagen wurden.

Deserteure und Kämpfer für das Vaterland

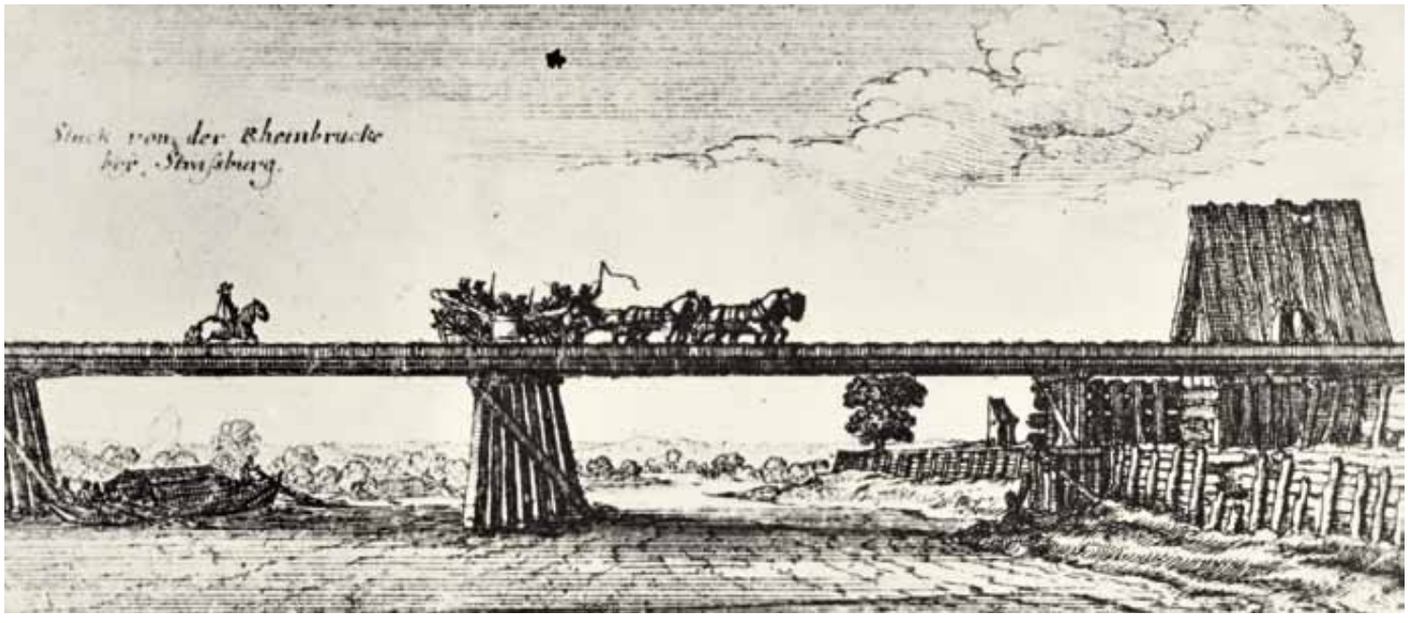
Das 18. Jahrhundert sah immer wieder Soldaten auf der Brücke: die des Sonnenkönigs und seines Nachfolgers Ludwigs XV. zunächst in den Kriegen gegen die Habsburger und das Heilige Römische Reich, dann nach dem Umsturz der Bündnisse 1756 im Krieg gegen Preußen und Hannover, das in Personalunion mit Großbritannien verbunden war; schließlich seit 1792 die Kriegsfreiwilligen der Revolution im Kampf der Französischen Republik gegen die Monarchen des Ancien Régime. Soldatenschicksale verbanden sich mit der Brücke. Von einem berichtet das traurige Volkslied aus der Sammlung *Des Knaben Wunderhorn*:

Zu Strassburg auf der Schanz’,
Da ging mein Trauern an!
Das Alphorn hört’ ich drüben wohl anstimmen,
In’s Vaterland musst’ ich hinüber schwimmen,
Das ging ja nicht an!

Ein’ Stund’ in der Nacht
Sie haben mich gebracht;
Sie führten mich gleich vor des Hauptmann’s Haus!
Ach Gott! Sie fischten mich im Strome auf!
Mit mir ist es aus!

Früh morgens um zehn Uhr
Stellt man mich vor’s Regiment!

Eine Reisegesellschaft überquert die Brücke zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges in Richtung Straßburg. Zeichnung von Wenzel Hollar 1630, Stich 1665.



Ich soll da bitten um Pardon, um Pardon!
Und ich bekomm' doch meinen Lohn!
Das weiß ich schon!

Ihr Brüder all' zumal,
Heut' seht ihr mich zum letzten mal!
Der Hirtenbub' ist nur schuld daran!
Das Alphorn hat mir's angethan!
Das klag' ich an.

Anders als der heimwehkranke Söldner aus der Schweiz, der zu desertieren versuchte, erlebte der junge Offizier Claude Joseph Rouget de Lisle die Brücke, als er in Straßburg in der Nacht vom 25. auf den 26. April 1792 das Kriegslied der Rheinarmee *Chant de guerre pour l'armée du Rhin* erstmals vortrug. Unter der Bezeichnung *Marseillaise* wurde es später zum Lied der Französischen Revolution:

Auf, Kinder des Vaterlands!
Der Tag des Ruhms ist da.
Gegen uns wurde der Tyrannei
Blutiges Banner erhoben. [2 x]
Hört ihr im Land
Das Brüllen der grausamen Krieger?
Sie rücken uns auf den Leib,
Eure Söhne, Eure Ehefrauen zu köpfen!

[Refrain:]
Zu den Waffen, Bürger!
Schließt die Reihen,
Vorwärts, marschieren wir!
Das unreine Blut
tränke unserer Äcker Furchen! [wiederholen]

Was will diese Horde von Sklaven,
Von Verrätern, von verschwörerischen Königen?
Für wen diese gemeinen Fesseln,
Diese seit langem vorbereiteten Eisen? [2 x]
Franzosen, für uns, ach! welche Schmach,
Welchen Zorn muss dies hervorrufen!
Man wagt es, daran zu denken,
Uns in die alte Knechtschaft zu führen! [Refrain]

Was! Ausländische Kohorten
Würden über unsere Heime gebieten!
Was! Diese Söldnerscharen würden
Unsere stolzen Krieger niedermachen! [2 x]
Großer Gott! Mit Ketten an den Händen
Würden sich unsere Häupter dem Joch beugen.
Niederträchtige Despoten würden
Über unser Schicksal bestimmen! [Refrain]

Zittert, Tyrannen und Ihr Niederträchtigen
Schande aller Parteien,
Zittert! Eure verruchten Pläne
Werden Euch endlich heimgezahlt! [2 x]
Jeder ist Soldat, um Euch zu bekämpfen,
Wenn sie fallen, unsere jungen Helden,
Zeugt die Erde neue,
Die bereit sind, gegen Euch zu kämpfen. [Refrain]

Franzosen, Ihr edlen Krieger,
Versetzt Eure Schläge oder haltet sie zurück!
Verschont diese traurigen Opfer,
Die sich widerwillig gegen uns bewaffnen. [2 x]
Aber diese blutrünstigen Despoten,
Aber diese Komplizen von Bouillé,
Alle diese Tiger, die erbarmungslos
Die Brust ihrer Mutter zerfleischen! [Refrain]

Heilige Liebe zum Vaterland,
Führe, stütze unsere rächenden Arme.
Freiheit, geliebte Freiheit,
Kämpfe mit Deinen Verteidigern! [2 x]
Unter unseren Flaggen, damit der Sieg
Den Klängen der kräftigen Männer zu Hilfe eilt,
Damit Deine sterbenden Feinde
Deinen Sieg und unseren Ruhm sehen! [Refrain]

Wir werden des Lebens Weg weiter beschreiten,
Wenn die Älteren nicht mehr da sein werden,
Wir werden dort ihren Staub
Und ihrer Tugenden Spur finden. [2 x]
Eher ihren Sarg teilen
Als sie überleben wollen,
Werden wir mit erhabenem Stolz
Sie rächen oder ihnen folgen. [Refrain]

Von Goethe bis Marie Antoinette

Die blutigen Kriege, die gepressten Söldner und die enthusiasmierten Kriegsfreiwilligen waren freilich nur die eine Perspektive der Brücke. Daneben ging der Handel weiter ebenso wie die Bildungsmigration von Studenten in die Universitätsstadt Straßburg. So kamen auch Johann Gottfried Herder, Johann Wolfgang Goethe und Jakob Michael Reinhold Lenz in den Jahren 1770/71 in die französische Stadt mit ihrer protestantischen städtischen Hochschule, die nach wie vor dem Bildungswesen im Heiligen Römischen Reich zugewandt war. Die Anfänge des literarischen Sturm und Drang und Goethes Entdeckung der gotischen Architektur des Münsters markieren die Bedeutung des durch die Brücke zusammengehaltenen Kulturraumes.

Ein Höhepunkt besonderer Art war ebenfalls im Jahr 1770 die Brautfahrt der Erzherzogin Marie Antoinette von Österreich zur Hochzeit mit dem Dauphin von Frankreich, dem späteren Ludwig XVI. Am 7. Mai 1770 fand die „Übergabe" der Braut auf neutralem Gebiet, einer unbewohnten Rheininsel an der Brücke vor Straßburg, statt. Im Rahmen dieser Zeremonie musste sich Marie Antoinette von ihrem Wiener Gefolge trennen und sich vollständig entkleiden. Anschließend wurde sie mit französischen Gewändern bekleidet. Damit wurde in dieser Stunde aus der österreichischen Erzherzogin Maria Antonia die französische Dauphine Marie Antoinette.

Die Hochzeit stellte einen Höhepunkt in den seit der diplomatischen Revolution von 1756 guten Beziehungen zwischen den Höfen in Wien und Versailles dar. Diese Konstellation wurde freilich durch die Revolution abrupt beendet, die seit dem Ausbruch des Revolutionskrieges im Jahr 1792 in eineinhalb Jahrhunderte der Feindschaft am Rhein mündete. Nicht mehr die Monarchen, sondern die sich formierenden Nationen standen nunmehr bei Straßburg und Kehl unversöhnlich als vermeintliche „Erbfeinde" einander gegenüber.

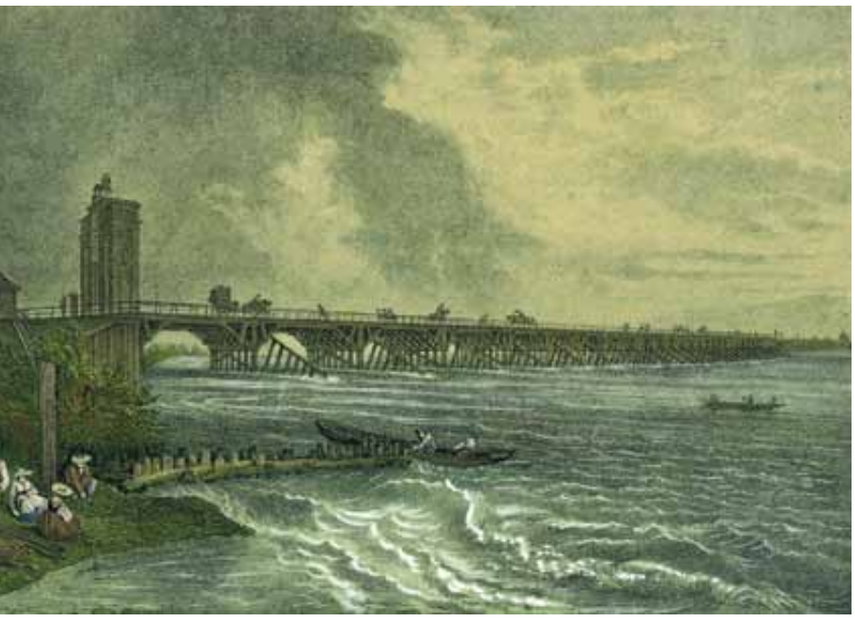
Von Straßburg bis nach Moskau und zurück

Dem Aufmarsch der Rheinarmee gegen die konservativen Mächte Österreich und Preußen samt der verbündeten Reichsstände ging schon seit 1789 die Flucht von Gegnern der Revolution über den Rhein voraus. Französische Adelige und Priester flohen ins Heilige Römische Reich. Darunter war auch der letzte Fürstbischof von Straßburg aus dem Hause Rohan, Kardinal Louis René Édouard de Rohan-Guéméné, der sich in den rechtsrheinischen Teil seines Fürstbistums nach Ettenheim zurückzog. Auch die deutschen Reichsfürsten, die bis zur Revolution Herrschaften im Elsass innehatten und in Straßburg noble Palais mit einem Ambiente höfischen Lebens unterhielten, verließen die Stadt jetzt für immer: die badischen Markgrafen, die Landgrafen von Hessen-Darmstadt und die Herzöge von Pfalz-Zweibrücken. Deutsche Anhänger der Revolution gingen den umgekehrten Weg, so Eulogius Schneider, ehemaliger Franziskanermönch und Bonner Universitätsprofessor, der in der Zeit des jakobinischen Terrors zum Ankläger am Straßburger Revolutionstribunal wurde und zahlreiche vorgebliche Vaterlandsverräter hinrichten ließ, bis er selbst unter der Guillotine endete.

Die Ideen der Revolution passierten die Straßburger Brücke nicht nur in den Köpfen von Menschen, sondern auch in



Die Artilleriebeschießung Kehls
über den Rhein hinweg
am 12. September 1793 im ersten Jahr
des Kriegs zwischen der Französischen Republik
und den konservativen Monarchen Europas.



Die 1808 fertiggestellte neue Rheinbrücke mit dem Triumphbogen Napoleons auf der Straßburger Seite zur Erinnerung an die Dreikaiserschlacht von Austerlitz.

deutschsprachigen wie französischsprachigen Druckschriften, deren Vertrieb von den Druckern der elsässischen Kapitale beiderseits des Rheins organisiert wurde.

Die Armeen des jakobinischen Konvents, dann die des Direktoriums, schließlich diejenigen Napoleon Bonapartes zogen über die Straßburger Brücke auf ihren Märschen in den Süden des Heiligen Römischen Reiches, zu den Niederlagen von Amberg und Würzburg (1796) und den Siegen von Hohenlinden (1800), Ulm (1805), Austerlitz (1805), Jena und Auerstedt (1806), der Niederlage von Aspern und dem Sieg von Wagram (1809), auch auf dem Weg zu den Katastrophen von Moskau (1812) und Leipzig (1813). Die sich immer wieder erneuernden Kriege von 1792 bis 1814 wurden von dem Resonanzboden der Rheinbrücke durch die Marschtritte der Kriegsfreiwilligen und der konskribierten Wehrpflichtigen angezeigt. Für die Logistik der französischen Kriegführung waren die Festung Straßburg und ihre Rheinbrücke ein fester Ausgangspunkt. Der Erste Konsul und Kaiser der Franzosen, Napoleon Bonaparte, überquerte die Brücke viele Male, über sie zogen seine Kuriere, welche die Befehle von Paris in die Residenzen der Rheinbundfürsten, seiner Günstlinge und Satelliten, brachten.

Im Jahr 1810 zog Napoleons zweite Ehefrau Erzherzogin Marie-Louise von Österreich – wie zuvor ihre Großtante Marie Antoinette – über die Rheinbrücke in Frankreich ein und verbrachte ihre erste Nacht auf französischem Boden in Straßburg. Noch mehr als unter den Bourbonenkönigen war die nunmehrige Hauptstadt des Départements Niederrhein (Bas-Rhin) im Zeitalter der Revolution und Napoleons ein großer Waffenplatz, eine Bürgerstadt, an die sich eine zweite Stadt der Kasernen und Soldaten anschloss. Die französische Armee, ihre Offiziere, die geworbenen Söldner und seit 1792 die Kriegsfreiwilligen und die konskribierten Wehrpflichtigen waren kontinuierlich Träger der Französisierung in der deutschsprachigen Großstadt.

Das Ende der napoleonischen Herrschaft über Europa wurde auch an der Straßburger Brücke deutlich, als die Truppen der siegreichen Koalition 1814 in das Elsass einrückten, darunter auch Kosaken des russischen Zaren Alexander I. Der Wiener Kongress allerdings bestätigte die Rheingrenze und ließ Frankreich auch das Recht des Unterhalts der Festung Straßburg. Die Festung Kehl wurde geschleift. Gegen die weiterhin furchtgebietende Festungsstadt Straßburg wurden rechtsrheinisch im Zeitalter des Deutschen Bundes die Festungen Rastatt und Ulm ausgebaut. Nach der Julirevolution von 1830 wurde Straßburg erneut ein Verbreitungszentrum radikaler oppositioneller Ideen, die sich gegen die Restauration wandten. Der hessische Dichter Georg Büchner erlebte hier als Medizinstudent von 1831 bis 1833 seine politisch prägende Zeit.

Rheinbegradigung und Eisenbahnbau schaffen neue Rahmenbedingungen

Die Industrialisierung im Elsass begann – wie in Baden – die Bedeutung der Verkehrswege zu unterstreichen. Die Rheinbegradigung, auch Rheinregulierung, Rheinkorrektur oder Rheinrektifikation genannt, führte zur künstlichen Verkürzung des bis dahin mäandrierenden Stroms. Sie schuf neue topografische Rahmenbedingungen für die Brücke, die jetzt nicht mehr über Inseln und Auen, sondern über ein klar durch Dämme begrenztes kompaktes Flussbett führte. Die Rheinregulierung wurde zwischen 1817 und 1876 von den

badischen Ingenieuren Johann Gottfried Tulla und Max Honsell durchgeführt. Neben die Straßenbrücke zwischen Straßburg und Kehl trat 1861 eine Eisenbahnbrücke. Dadurch war es möglich, mit dem Zug direkt von Paris nach Wien zu reisen. Die aufgrund der unterschiedlichen Spurweite notwendigen Lokwechsel wurden in Kehl durchgeführt. Das Ensemble von reguliertem Flusslauf, Eisenbahn- und Straßenbrücke konnte geradezu als ein Symbol des Verkehrs der neuen Zeit und des industriellen Fortschritts erscheinen. Zwischen 1842 und 1847 wurde in Kehl eine Hafenanlage durch die Badische Staatseisenbahnverwaltung angelegt. Die Rheinbegradigung war die Voraussetzung auch für die Schiffbarmachung des Rheins für moderne tiefladende Binnenschiffe bis hinauf nach Basel, die noch vor dem Ersten Weltkrieg erfolgte. Alle diese Maßnahmen setzten voraus, dass eine verkehrs- und wirtschaftspolitische Kooperation über die Staatsgrenzen hinweg stattfand.

Die von 1858 bis 1861 erbaute Eisenbahnbrücke war ein architektonisches Kunstwerk aus Gusseisen mit Stilelementen der Neogotik. Vorn im Bild der Kehler Flusshafen.



Straßburg und das Elsass fallen an das Deutsche Reich

Von neuem waren es jedoch Krieg und Politik, die den Straßburger Rheinbrücken 1870/71 eine neue Funktion zuwiesen. Zu Beginn des Deutsch-Französischen Krieges kam es zur Belagerung und Einnahme Straßburgs. Bereits am 28. September 1870 kapitulierte die Stadt, nachdem sie einen Monat lang der Kanonade getrotzt hatte. Die Brücken waren bei Kriegsausbruch auf der badischen Seite teilweise zerstört worden, noch im selben Jahr wurden sie provisorisch wiederhergestellt. Soldaten, Waffen und Lebensmittel kamen über den Fluss und gewährleisteten den Vormarsch der deutschen Truppen in Frankreich. Als die Waffen schließlich schwiegen, musste das geschlagene Frankreich die Stadt Straßburg und das Elsass an das neu gegründete Deutsche Reich abtreten. 200 Jahre nach den Annexionen Ludwigs XIV. wurde die französische Ostgrenze wieder vom Rhein nach Westen verschoben und lag jetzt für 47 Jahre auf dem Vogesenkamm. Die Straßburger Rheinbrücken waren jetzt keine Grenzbrücken mehr. Der Festungscharakter der Stadt engte die Verkehrsentwicklung zwar noch ein, aber die Brücken wurden jetzt als ein vitales Element in die moderne Großstadtentwicklung einbezogen, die sich in der Wilhelminischen Zeit in Straßburg vollzog. Das rechtsrheinische badische Kehl profitierte von dieser Entwicklung, etwa durch die Straßenbahnverbindung mit Straßburg über die Rheinbrücke seit 1898.

Der bei Kriegsbeginn 1870 auf der badischen Seite gesprengte Teil der Eisenbahnbrücke.





Die noch bestehende Schiffsbrücke vorn und die Eisenbahnbrücke hinten im Jahr 1896 von der Kehler Seite her gesehen.

Neben den Festungen Metz und Köln wurde Straßburg nach 1871 zu einer der wichtigsten Festungen im Westen des Deutschen Reiches ausgebaut. Im Zuge der Stadterweiterung entstand eine moderne Umwallung, die ältere Abschnitte aus der französischen Zeit einbezog. Von den Wallanlagen sind im Osten der Stadt Reste der Zitadelle von Vauban erhalten, vor allem aber große Teile der preußischen Befestigungen entlang der Rue du Rempart hinter dem Bahnhof. Neben dieser inneren Umwallung entstand in weitem Umkreis um Straßburg und Kehl ein Gürtel aus zwölf Außenforts nach dem Einheitsfortsystem von Hans Alexis von Biehler. Diese Forts wurden nach 1918 von der französischen Armee benutzt, Fort Podbielski/Ducrot wurde in die Maginot-Linie einbezogen. Sie dienten 1918 und erneut 1945 als Kriegsgefangenenlager. Die drei Kehler Forts wurden nach dem Ersten beziehungsweise Zweiten Weltkrieg gesprengt.

Das wilhelminische Straßburg

Als Hauptstadt des Reichslands Elsass-Lothringen wurde Straßburg durch Institutionen hervorgehoben und repräsentativ ausgebaut. Die im Jahr 1872 neu gegründete und nach Kaiser Wilhelm I. benannte Universität entwickelte sich zu einer der renommiertesten Hochschulen im Deutschen Reich. Die bei der Belagerung 1870 zerstörte Bibliothek wurde durch Schenkungen aus dem ganzen Deutschen Reich zu einer der bestausgestatteten Universitätsbibliotheken; heute ist die Bibliothèque Nationale et Universitaire de Strasbourg (BNUS) die zweitgrößte Bibliothek in Frankreich. Eine weitere wichtige Veränderung im Stadtbild brachte der vor allem auch aus militärischen Gesichtspunkten vorangetriebene Bau des neuen Straßburger Bahnhofs, der 1883 eingeweiht wurde. Mit der wilhelminischen Neugestaltung der Stadt wurden namhafte reichsdeutsche Architekten beauftragt, darunter die auch in Karlsruhe tätigen Ludwig Levy, Carl Schäfer und Otto Warth, ferner die aus dem Reichsland Elsass-Lothringen gebürtigen Brüder Karl und Paul Bonatz, die ebenso in Stuttgart arbeiteten.

Nicht nur die hohen Militärs und die Beamten für die Verwaltung des Reichslands, die Professoren für die Universität sowie Architekten und Ingenieure kamen nunmehr über die Rheinbrücke. Auch das Reichsoberhaupt, Kaiser Wilhelm II., beehrte die Stadt mit häufigen Besuchen und ließ sich hier – auf einer Blickachse vis à vis der Universität – einen eigenen Kaiserpalast errichten. Für die Stadt, die in Architektur

und Kultur die Überlegenheit der deutschen Seite gegenüber Frankreich demonstrierten sollte, stellten die Straßen- und die Eisenbahnbrücke über den Rhein die verkehrsmäßige Anbindung an das rechtsrheinische Deutschland und seine politischen und wirtschaftlichen Zentren von Karlsruhe über Frankfurt am Main bis Berlin sicher.

Die Mehrheit der elsässischen Bevölkerung stand 1871 einer Eingliederung in das neu gegründete Deutsche Reich ablehnend gegenüber, was sich in den Reichstagswahlen nach 1871 zeigte. Bis 1890 waren die Autonomisten die führende Partei. Ab 1871 ergab sich jedoch wirtschaftlich ein starker Aufschwung, was einen Teil der Straßburger mit der deutschen Herrschaft versöhnte. Zur Zeit der Industrialisierung bis zum Ersten Weltkrieg verdreifachte sich die Einwohnerzahl der Stadt auf 150 000.

Tiefpunkt der Nachbarschaftsbeziehungen in zwei Weltkriegen

Der Erste Weltkrieg brachte wieder Truppentransporte über die Straßburger Rheinbrücken. Die nahe Vogesenfront wurde über diesen Verkehrsweg beliefert. Am Ende des Weltkriegs stand die Rückkehr der Stadt nach Frankreich. Reichsdeutsche Funktionsträger wurden ausgewiesen und mussten Straßburg über die Rheinbrücke verlassen. Am Rhein wurde erneut eine Grenze errichtet, die in der Folgezeit einem strengeren Reglement unterworfen wurde als je zuvor. Als Datum der Abtretung galt rückwirkend der Tag des Waffenstillstands, der 11. November 1918. Im Jahr 1920 wurde Straßburg Sitz der seit 1861 in Mannheim angesiedelten internationalen Zentralkommission für die Rheinschifffahrt, die den bisherigen Kaiserpalast bezog. Das rechtsrheinische Kehl war zwischen 1919 und 1930 als Brückenkopf von Frankreich besetzt.

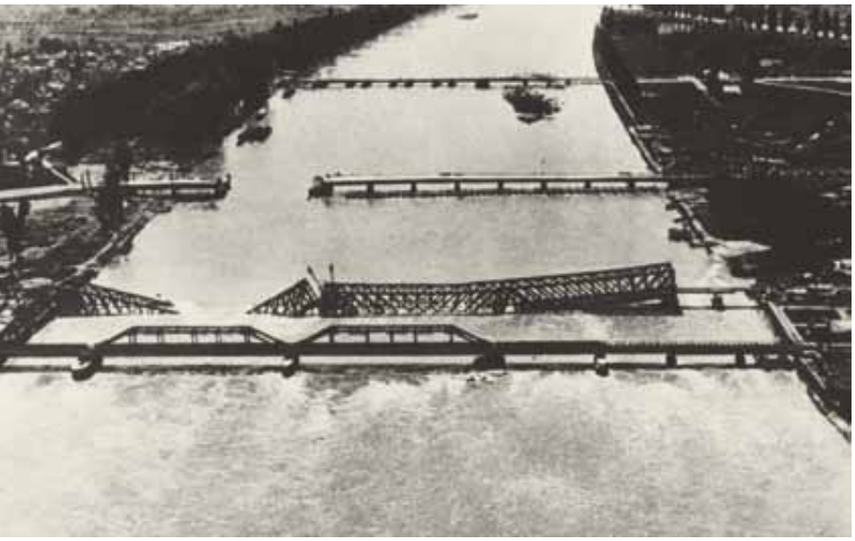
Bei der Errichtung der Maginot-Linie ab 1930 wurde das Gebiet der Stadt Straßburg dem „Befestigten Sektor Niederrhein“ (*secteur fortifié du Bas-Rhin*) unterstellt. Von den Bunkeranlagen des „befestigten Untersektors Straßburg“ (*sous-secteur fortifié de Strasbourg*) entlang des Rheins und des gleichzeitig damals angelegten Rheinseitenkanals sind noch zahlreiche Überreste erhalten.

Die neue Straßenbrücke von 1897 und
die Eisenbahnbrücke von 1861 mit Blick auf Kehl.
Die Straßburger Elektrische Straßenbahn
fuhr seit 1898 mit der Linie 1 über die Straßenbrücke
bis in das badische Kehl.





Adolf Hitler und sein Gefolge beim Überqueren der zuvor gesprengten und nunmehr provisorisch wieder befahrbar gemachten Straßenbrücke auf der Fahrt nach Straßburg am 29. Juni 1940.



Vier Rheinbrücken am Ende des Jahres 1945: von vorn (Norden) nach hinten (Süden) die französische Behelfseisenbahnbrücke, die zwei von der deutschen Wehrmacht im November 1944 zerstörten Straßenbrücken (die hintere eine nach der deutschen Besetzung Straßburgs noch 1940 gebaute hölzerne Brücke) und die am 16. April 1945 von französischen Pionieren gebaute Pontonbrücke.

Zwischen der deutschen Invasion in Polen am 1. September 1939 und der britisch-französischen Kriegserklärung am 3. September 1939 an das Deutsche Reich wurde die ganze Stadt Straßburg evakuiert, insgesamt 120 000 Menschen. Bis zum Einmarsch der Wehrmacht Mitte Juni 1940 befand sich zehn Monate lang niemand in der Stadt, mit Ausnahme der kasernierten Soldaten. Nach dem Waffenstillstand im Juni 1940 wurde das Elsass an Deutschland angeschlossen und erlebte unter dem NS-Gauleiter Robert Wagner eine brutale Germanisierungspolitik. Erneut fiel die Grenze am Rhein zwischen Straßburg und Kehl weg – für vier Jahre. Die Straßennamen wurden ins Deutsche übersetzt, die französische Sprache wurde verboten. Ab 1943 kam es zu alliierten Flugzeugbombardements auf Straßburg.

General Philippe François Marie, Comte de Hauteclocque, bekannt unter dem Tarnnamen Jacques-Philippe Leclerc, den er in der Résistance angenommen hatte, befreite Straßburg mit der 2. Französischen Panzerdivision am 23. November 1944. Von hier aus trat Leclerc seinen Siegeszug über den Rhein nach Süddeutschland an. Die Rheinbrücken waren zuvor noch von der abziehenden Wehrmacht zerstört worden. Wieder wurde die Staatsgrenze am Rhein gezogen. Nunmehr lag östlich jedoch die französische Besatzungszone auf dem Boden des untergegangenen Deutschen Reichs. Während des Zweiten Weltkriegs war Kehl als Vorort von Straßburg eingemeindet worden. Dieser Status blieb auch nach 1945 zunächst erhalten. Die Freigabe Kehls erfolgte in 42 Teilfreigaben von 1949 bis 1953. Im Jahr 1960 wurde die Europabrücke über den Rhein zwischen Kehl und Straßburg eröffnet.

Von der „Erbfeindschaft“ zur „Deutsch-Französischen Achse als Motor Europas“

Die Vierte und die Fünfte Französische Republik betrieben nicht nur die deutsch-französische Annäherung, Aussöhnung und enge Zusammenarbeit, sondern förderten auch nachdrücklich die Stadt Straßburg als ein Symbol des Brückenschlags über den Rhein. Nach dem Beginn der Europäischen Einigungspolitik mit dem Schuman-Plan 1950, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) 1951 und den Römischen Verträgen zur Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1957 lockerten sich die Grenzbestimmungen immer mehr. Die Überfahrt

über die Rheinbrücken zwischen Kehl und Straßburg wurde für den Personen- und Güterverkehr immer problemloser, bis die Grenzkontrollen schließlich ganz wegfielen. Der neue Name Europabrücke für die Straßenbrücke sollte das Signal der Öffnung und wechselseitigen Zuwendung sein.

Im Jahr 1949 wurde Straßburg Sitz des von Winston Churchill angeregten Europarats. 1952 nahm das Europäische Parlament hier seinen Hauptsitz. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte wurde 1959 ebenfalls in Straßburg errichtet. 1992 kam der deutsch-französische Kulturkanal ARTE in die Stadt. 2005 entstand der den Rhein übergreifende Eurodistrikt Straßburg–Ortenau. Insbesondere der langjährige Straßburger Oberbürgermeister Pierre Pflimlin, der auf nationaler Ebene 1958 einer der Wegbereiter der Fünften Republik gewesen war, setzte sich für eine europäische Perspektive der Stadtentwicklung ein. Ausdruck hierfür ist heute auch die École Nationale d'administration (ENA), eine traditionell in Paris, jetzt in Straßburg ansässige Grande École, an der die Elite der französischen Verwaltungsbeamten ausgebildet wird. Die ENA wurde 1945 von Charles de Gaulle ins Leben gerufen, um den Aufbau einer von der Vichy-Vergangenheit unbelasteten Verwaltung zu ermöglichen. Édith Cresson setzte 1992 als Premierministerin unter Präsident François Mitterand im Zuge der Dezentralisierung gegen erhebliche Widerstände durch, dass die klassische ENA-Ausbildung nach Straßburg verlegt wurde. Über zehn Jahre hinweg lief der Betrieb der ENA zugleich in Paris und in Straßburg ab, bevor 2005 der Umzug der restlichen Ausbildungseinrichtungen der ENA nach Straßburg abgeschlossen wurde. Die Europastadt Straßburg wurde durch die Grande École zu einem französischen Zentralort.

Die binationale Landesgartenschau 2004 in Kehl und Straßburg („Gartenschau der zwei Ufer") und der neue Steg über den Strom setzten einen kraftvollen neuen Akzent der Gemeinsamkeit. Die Passerelle des Deux Rives ist eine Fußgänger- und Radfahrerbrücke über den Rhein. Sie wurde von dem Pariser Architekten Marc Mimram als Herzstück der grenzüberschreitenden Gartenschau entworfen und bei der Eröffnung der Schau am 23. April 2004 eingeweiht. Als Symbol für das zusammenwachsende Europa überspannt der Steg den Grenzfluss Rhein und verbindet das Elsass mit Baden-Württemberg. Die Staats- und Regierungschefs der NATO sicherten am 4. April 2009 dem neuen Verbindungsweg eine weltweite Aufmerksamkeit.

Das 1999 fertiggestellte Gebäude des Europäischen Parlaments mit seinem Sitzungssaal für 750 Parlamentarier.



Passerelle des Deux Rives und Europabrücke mit Blick auf das Stadtzentrum von Kehl. Luftbildaufnahme vom Frühjahr 2004 anlässlich der „Gartenschau der zwei Ufer".





Baden-Baden mit dem Kern der Altstadt, dem Kurviertel, und dem Neuen Schloss sowie dem Bäderviertel.
Seit langem schon ist die „Sommerhauptstadt Europas“ Treffpunkt von Mächtigen, Reichen und Künstlern.

Aber sie ist mehr als nur mondäner Kurort, denn sie steht auch für die Chancen des 20. Jahrhunderts, für die deutsch-französische Aussöhnung und für das Projekt Europa.

Baden-Baden

Die „kleine Weltstadt“

Peter Steinbach

Im Unterschied zu anderen bekannten Bade- und Kurorten des 19. Jahrhunderts – Marienbad, Spa, Brighton, Gastein oder Vichy – wird allein Baden-Baden zum Markenzeichen und Mythos. Die Stadt – erst seit 1931 mit dem charakteristischen Doppelnamen geadelt – gilt inzwischen als Synonym für Badeorte der eleganten Welt schlechthin. Immer geht es dabei um mehr als nur um den Konversations- und Erholungsort der Mächtigen und Reichen. Der Name steht mehr als jedes andere deutsche Bad – ob Bad Ems, Bad Homburg, Bad Kissingen, Bad Reichenhall oder Bad Godesberg – für Luxus, Muße, Spiel, aber auch für Mäzenatentum, Kultur und hin und wieder auch für Politik. Manchmal finden politische und kulturelle Medienereignisse statt – eine wegweisende Kunstausstellung im Museum Frieder Burda, die spektakuläre Inszenierung einer Oper oder die Verpflichtung der Berliner Philharmoniker für die Baden-Badener Frühjahrsfestspiele. Konkurrenz bestimmt das Selbstbild der Stadt mit: Eine neue Wagner-Inszenierung, die positiver aufgenommen wird als eine Uraufführung in Bayreuth, wird innerlich bejubelt. Ein erfolgreicher Schachzug gegen die Salzburger Festspiele – das ist es, was oftmals zählt. Manche Medienereignisse, Meetings und Bälle sind allerdings künstlich inszeniert und spiegeln dann eine Schnelllebigkeit, die eigentlich nicht zur Stadt passt.

Besonders positiv und auch nachhaltig wird das Bild aber durch politische und diplomatische Ereignisse geprägt, etwa den NATO-Gipfel anlässlich des 60. Gründungstages der Nordatlantischen Verteidigungsorganisation im Jahr 2009. Dass sich hier in der Mitte des 19. Jahrhunderts einfach der französische Kaiser Napoleon III. mit deutschen Fürsten, 1962 Charles de Gaulle und Konrad Adenauer und viel später auch einmal Jaques Chirac und Gerhard Schröder trafen, ist fast so vergessen wie die Tatsache, dass der gestürzte ägyptische Staatspräsident Husni Mubarak hier einst kurte und den Luxus von „Brenners Park-Hotel“ nutzte.





Der badische Staatsbaumeister Friedrich Weinbrenner hat nicht nur mit seinen Bauten das Kurviertel, sondern auch die Stadtanlage des 19. Jahrhunderts geprägt. Aus dem ehemaligen Konversationshaus ist das heutige Kurhaus hervorgegangen.

Stadttheater Baden-Baden: die Stadt – eine Bühne

Baden-Baden lag immer im Windschatten der ganz großen Politik. Das zeigte sich, als 1797/99 in Rastatt ein Kongress tagte, der der europäischen Politik neue Konturen geben sollte. Die Diplomaten kamen nach Baden, um sich zu erholen und abzulenken, nicht um zu verhandeln. Deshalb war es besonders auffällig, wenn die Stadt unmittelbar zur politischen Bühne wurde. Spielbank, Bäder, Kurhäuser bestimmen das Bild. Neben den Hotels, die sich an der Oos aufreihen und zur Trinkhalle orientiert sind, die bereits in den 40er-Jahren des 19. Jahrhunderts als Wandelhalle geschaffen wurde, wurden Reitwege und Parks angelegt, die vor allem ermöglichten, zu sehen und gesehen zu werden.

Das teilweise erhaltene Stadtbild des 19. Jahrhunderts ist auch das Ergebnis eines bewusst gestalteten Ausbaus der Hotel- und Kuranlagen längs der Oos, die wir vor allem Friedrich Weinbrenner (1766–1826) verdanken. Er hat mit dem Konversationshaus (1821–1824) und dem Kurgarten einen sehr wichtigen, frühen städtebaulichen Akzent gesetzt und so die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die kleine Stadt im 19. Jahrhundert eine große internationale Reputation erreichen konnte.

Richard Wagner hat überlegt, seinen Traum von regelmäßigen Festspielen in Baden-Baden zu realisieren, ehe er die Unterstützung des bayerischen Königs Ludwig II. fand. Ob das großherzogliche Haus, das zu dieser Zeit schon längst an anderem Ort residierte, die Visionen und Imaginationen eines stets finanziell klammen Künstlers wie Richard Wagner finanziert hätte, ist allerdings mehr als fraglich. Denn so bedeutend Baden-Baden als Sommerfrische war, so unbestreitbar ist, dass die Stadt damals längst im Schatten anderer regionaler Metropolen der Kunst lag, wie beispielsweise Mannheim mit dem Nationaltheater und Karlsruhe mit dem Landestheater, das heute als Staatstheater fungiert.

Mäzenatentum und Stadtentwicklung

Entscheidend für die Entwicklung der Stadt war das bürgerschaftliche Engagement. Ohne private Förderung keine Kunsthalle (1909), keine Stourdza-Kapelle (von Leo von Klenze 1864–1866), kein Festspielhaus (1998) und keine Merkur-Bahn (1913). Gewiss war Mäzenatentum niemals selbstlos, denn ebenso wichtig wie das geförderte Vorhaben waren Nebeneffekte der demonstrierten Großzügigkeit für die örtliche Entwicklung. Überdeutlich wurde das an der Förderung der Pferderennbahn in Iffezheim, wo 1858 das erste internationale Pferderennen stattfand und natürlich auch gewettet werden konnte. Private Investitionen in das Kurhaus, in die Spielbank oder in die Trinkhalle förderten die Attraktivität des Orts und zogen immer neue Gäste an, luden sie ein, sich dauerhaft niederzulassen, repräsentative Villen zu errichten oder in das Hotelwesen zu investieren. Private Aktivitäten wirkten sich positiv auf die städtischen Finanzen aus, zogen Gäste und später Touristen an und ermöglichten luxuriöse Gesellschaftsparcours wie die Lichtentaler Allee, die Gönneranlage (1909–1912) und die Wasserspiele „Paradies“ am Annaberg (1922–1925).

Damit ist ein bis heute sichtbares und wirkungsvolles Charakteristikum der Stadt angedeutet: das bürgerschaftliche Engagement. Das heutige Festspielhaus, das Museum Frieder Burda, das neue Museum für Technik und Kunst des 19. Jahrhunderts und das Stadtmuseum verdanken ihre Strahlkraft bürgerschaftlich-mäzenatischem Engagement. Das Brahmshaus, in dem der Komponist oftmals Quartier nahm, lässt

Seit mehr als 150 Jahren ist Iffezheim bei Baden-Baden ein Synonym für hochklassigen Pferdesport und schicke Hüte. Sehen und gesehen werden, auch darum geht es an der Rennbahn.



sich nur durch privates Engagement bewahren. Immer war in der Geschichte der Stadt das finanzielle Engagement der Bewohner und Gäste gefordert, denn die Staatsverwaltung des Großherzogtums konzentrierte sich auf die Förderung der Universitäten Freiburg und Heidelberg und der ersten modernen Technischen Hochschule, die seit 1825 in Karlsruhe entstanden war, auf das Verkehrswesen und die Begradigung des Rheins. Auch die benachbarten Residenzen, darunter Rastatt, waren prunkvoller als das Badener Neue Schloss, das vor wenigen Jahren geradezu ausgebeint wurde und nun in ein Luxushotel umgebaut wird.

Vielleicht war dieser Pragmatismus, der zuweilen auch zerstörerisch wirkte und vor allem in den 1960er-Jahren tiefe Eingriffe in die historische Bausubstanz brachte, die Kehrseite einer Verzauberung, die Reinhold Schneider in seiner melancholischen Beschreibung der Epoche versuchte, als er die Zerstörung seines Vaterhauses in seinen Aufzeichnungen mit dem Titel *Der Balkon* beschrieb. Er lenkte den Blick auf den über dem Eingang des Hotels Messmer gelegenen Austritt, der zu dem Zimmer gehörte, das der preußische König und spätere deutsche Kaiser Wilhelm I. viele Jahre bezog.

Das von Richard Maier konzipierte Museum Frieder Burda ist mit seinen spektakulären Ausstellungen zu einem Publikumsmagneten geworden. Es setzt einen starken Akzent innerhalb der Lichtentaler Museumsmeile, die sich vom Theater, dem Museum für Technik und Kunst des 19. Jahrhunderts und der Kunsthalle bis zum Stadtmuseum erstreckt.



Umbrüche, Einbrüche, Kontinuitäten und Neuanfänge

Baden-Badens Geschichte war ein langer Weg, der sich über 2000 Jahre hinzog. Entstanden aus römischen Anfängen, wurde Baden im 13. Jahrhundert zum Wohnsitz einer kleinen Dynastie, der wohl niemand eine jahrhundertelange Zukunft vorausgesagt hätte. In der frühen Neuzeit mutierte Baden zu einem Badeort, in dem es durchaus „liederlich“ zugehen konnte, ehe der „Prozess der Zivilisation“ (Norbert Elias) einsetzte, ehe die Stadt dann im 19. Jahrhundert ihr großes Rad – das Glücksspiel – drehen durfte. Im 19. Jahrhundert spielte sich in der Stadt, die als „Sommerhauptstadt Europas“ bezeichnet und zugleich der europäischen „Winterhauptstadt“ Paris an die Seite gestellt wurde, selten große



Über 40 Jahre lang war der preußische König und – ab 1871 – Deutsche Kaiser Wilhelm I. mit seiner Gattin Augusta zu Gast in Baden-Baden. Das Bild zeigt die beiden auf der Lichtentaler Allee.

Politik ab. Der Bade- und Kurort Baden-Baden wurde sogar als „kleine Weltstadt" bezeichnet. Dennoch war es von seiner Einwohnerzahl her nie mehr als eine „kleine Stadt mit einem großen Namen" (Helmuth Bischoff).

Die Römer gaben der Siedlung den Namen *aquae* und hatten dabei vor allem die Quellen im Blick, die den Ruf der Stadt früh begründeten. Leicht solehaltig, sehr unterschiedlich von der Temperatur und von der Konsistenz, nutzten vor allem die römischen Offiziere der Legio VIII Augusta aus dem nahen Straßburg die Bademöglichkeiten. Die Bäderkomplexe waren umfangreich und entsprachen dem Stand der Wasser- und Badetechnik. *Aquae* selbst bestand zunächst vor allem aus vereinzelten Gutshöfen und einem militärischen Stützpunkt, entwickelte sich aber, wie Grabungsfunde belegen, zum Zentrum einer *civitas*, einer befestigten Gemeinde bzw. eines Hauptortes. Mitte des 3. Jahrhunderts endete die römische Herrschaft. Alemannen drangen vor. Ihre Kultur war nicht städtisch geprägt; deshalb sind aus dieser Zeit ebenso wie aus dem fränkischen Jahrhundert nur wenige Fundstücke überliefert. Erst kurz nach der Jahrtausendwende wird ein Ort namens *villa Baden im Ufgau* im Zusammenhang mit Schenkungen und Marktberechtigungen erwähnt. Historiker sind von nichts so fasziniert wie von der Kontinuität; deshalb ist immer dann Misstrauen angebracht, wenn über Jahrhunderte hinweg Licht in eine historisch verdunkelte Epoche gebracht werden soll.

Erst mit der Begründung der Herrschaft der Zähringer begann die Epoche ungebrochener Kontinuität, die sich auf die Überlieferung durch dichte und vielfältige Zeugnisse stützen kann. Baden hat römische Ursprünge, aber vor allem mittelalterliche Wurzeln. Durch Verheiratung mit Judith „von Dillingen" errang der Zähringer Hermann II. zu Beginn des 12. Jahrhunderts die günstigste Position, die es damals für territoriale Absicherung von mittelalterlicher Herrschaft gab: Er wurde Graf, übernahm von seinem Vater den Titel des Markgrafen von Verona und wurde als *marchio de Baduon* angesprochen. Er begann den Bau einer Burg, die seit Mitte des 13. Jahrhunderts urkundlich überliefert ist. Für das spätmittelalterliche Baden wurde diese Burg viel wichtiger als der weitere Ausbau der Stadt, die dann etwa einhundert Jahre später bewehrt wurde.

Historisch ebenso folgenreich war die Stiftung des Zisterzienserklosters Lichtental Mitte des 13. Jahrhunderts. Dieses Kloster, das bis heute jeden Besucher beeindruckt, spirituell einnimmt und das seine klösterliche Ruhe zu einem guten Teil bewahren konnte, war zunächst bedeutender als

der Markt Baden. Es besaß rund um Baden umfangreiche Besitzungen und Rechte, die es durch Schenkungen bekommen hatte. Lichtental gilt als Hauskloster des markgräflichen Hauses Baden und gewann hohes Ansehen als erste Grablege des badischen Herrscherhauses. Die Bedeutung des Klosters wird nicht zuletzt durch die Lichtentaler Allee betont, die niemals vergessen lässt, dass die Stadt mehrere gleichgewichtige Ursprünge und sich ineinander verschlingende Wurzeln hat.

Stadtgeschichtliche Wurzeln prägen die lokale politische Kultur

Ende des 14. Jahrhunderts wurde die städtische Pfarrkirche, die Mitte des 15. Jahrhunderts zur Stiftskirche wurde, als Grablege genutzt. Mehrere Klöster prägten zudem das kulturelle, schulische und geistliche Leben der Stadt Baden und erklären, weshalb der Katholizismus stets ganz fest in der Stadt wurzelte. Die erste protestantische Kirche wurde erst 1864 geweiht. Jesuiten, Kapuziner und die Schwestern vom Heiligen Grab verstärkten die frühen Einflüsse der Benediktiner und Zisterzienser, die ursprünglich in den fern gelegenen Klöstern Hirsau, Salem, Maulbronn und Herrenalb ansässig waren. Vor allem die Jesuiten machten im 17. Jahrhundert einen starken gegenreformatorischen Einfluss geltend und prägten die katholische Stadtbevölkerung.

Neben der kirchlichen Kultur entfaltete sich, wenngleich sehr begrenzt und viel langsamer, auch die bürgerschaftliche. Ein Rathaus ist früh nachgewiesen, dennoch gilt Baden als einer jener bäuerlich geprägten ländlichen Orte, wie es sie tausendfach in Deutschland gab. Auch als Residenz hatte Baden im 18. Jahrhundert endgültig ausgedient: Gegen Rastatt, Durlach, Ettlingen und Karlsruhe konnte sich die Stadt nicht behaupten. Und selbst wenn dies gelungen wäre: Kleinere Residenzstädte gibt es in Deutschland in geradezu unüberschaubarer Zahl. Das hervorstechende Merkmal dieser Zeit scheint deshalb zu sein, dass Baden zu Beginn des 17. Jahrhunderts bereits als „lustiger Bäderplatz“ gerühmt wird. In dieser Bemerkung leuchtet die weitere und entscheidende Zukunft der Stadt kurz und prägnant auf. Sie verliert sich auch nicht in den Kriegswirren der folgenden Jahrhunderte.

Die Stadt Baden wurzelt also nicht nur tief in der südwestdeutschen Vergangenheit, sondern ist von Anbeginn fast gleichgewichtig durch dynastische, bürgerschaftliche und kirchliche Einflüsse geprägt worden. Sie selbst ist so alt wie das markgräfliche Herrscherhaus, das zwischen 1806 und 1918 ein Großherzogtum regierte, dessen Herrscher sogar als Kompensation für eine ausbleibende Standeserhöhung – denn Baden wurde nie ein Königreich wie Bayern, Sachsen oder Württemberg – als kleiner Trost das Recht eingeräumt worden war, den Titel der „Königlichen Hoheit“ zu führen. Ständige Unruhe prägte seit dem 13. Jahrhundert nicht nur die dynastische Geschichte. Erbteilungen waren häufig und führten zu Auseinandersetzungen, diese wieder zu Zusammenlegungen des herrschaftlichen Besitzes. Dynastische Teilungen wurden im 16. Jahrhundert konfessionspolitisch aufgeladen. 1533 wurde die Markgrafschaft auf die protestantische Durlacher und die katholische Badener Linie aufgeteilt, bis 1771 dann durch das Aussterben der Badener Linie wieder beide Landesteile vereint wurden.

Der Krieg: die Mutter aller Katastrophen

Viel gravierender waren die Folgen der von französischen Truppen in die Stadt hineingetragenen Kriege, die Baden-Baden im 17. und 18. Jahrhundert immer wieder zurückwarfen und schließlich so stark in Mitleidenschaft zogen, dass sogar der Wiederaufbau fraglich wurde. Zunächst erstarb der Kurbetrieb. Kurgäste brauchen Sicherheit bei ihrer Anreise. Die gab es während des Dreißigjährigen Krieges nicht mehr. Der Angriff schwedischer Truppen von Gustav Adolf hat sich zwar nicht in das Gedächtnis der Nachlebenden eingebrannt, ganz anders als die Folgen des Pfälzischen Erbfolgekrieges, als französische Truppen unter Duras und Mélac die Stadt nicht nur brandschatzten, sondern am 24. August 1689 wirklich bis auf die Grundmauern niederbrannten. Nun war der Punkt erreicht, der zugleich das Ende einer Entwicklung und doch einen neuen Anfang verkörperte. Zunächst aber ging es noch eine weitere Stufe bergab, denn Markgraf Ludwig Wilhelm, der wegen seiner Erfolge im Kampf gegen die Türken auch „Türkenlouis“ genannt wurde, verlegte am Beginn des 18. Jahrhunderts seine Residenz von Baden nach Rastatt, wo ein monumental wirkendes Schloss nach Versailler Vorbild entstanden war. Die Bedeutung des Ortes Baden hingegen schwand, wenngleich der „Türkenlouis“ mit der Stiftskirche am Marktplatz die Grablege seines Hauses beibehielt.

Historiker suchen nicht nur nach Kontinuitäten, sondern auch nach Wendepunkten. Dabei dramatisieren sie manchmal die Vergangenheit politikgeschichtlich, indem sie die



Die Erinnerung an die Entrechtung und Ermordung der Juden manifestiert sich in Gedenkveranstaltungen, zu denen auch die Sondermarken der Deutschen Bundespost mit der brennenden Baden-Badener Synagoge gehört.

sozialgeschichtlichen Voraussetzungen des Wandels übersehen. Die Aufspaltung der Markgrafschaft 1533 wurde von ihnen übertrieben, als sie von einer „dynastischen Katastrophe“ sprachen. Denn durch die Teilung des Landes auf zwei Konfessionen bildete sich nach den bitteren Erfahrungen mit konfessionellen Auseinandersetzungen etwas heraus, was seitdem gern als badische „Toleranz“ bezeichnet wird. Konfessionelle Mischehen nahmen seitdem zu.

Die Abschwächung strikter konfessioneller Segregation der Bevölkerung, die in vielen Teilen Deutschlands erst nach dem Zweiten Weltkrieg durch Flucht und Vertreibung beendet wurde, hat im Großherzogtum Baden durch die Vereinigung der beiden konfessionell so verschiedenen Landesteile viel früher eingesetzt und mäßigte zumindest auf gesellschaftlicher Ebene die konfessionell-kulturellen Gegensätze, die im 19. Jahrhundert vor allem auf politischer Ebene als „Kulturkampf“ geführt wurden. In Baden selbst wirkte sich überdies das Nebeneinander von Angehörigen verschiedener Konfessionen und Nationen aus. Heftige konfessionelle Konflikte wären dem Hotelleben und Kurbetrieb mehr als abträglich gewesen. Überdies war das Karlsruher Ständehaus, in dem die Redeschlachten zwischen antikatholischen Liberalen und den katholischen Abgeordneten der Zentrumspartei geführt wurden, weit. Mochte dort heftig gestritten werden, so mussten diese politischen Gegensätze nicht zu Konfrontationen im städtischen Alltag oder sogar zu nachbarschaftlichen Konflikten führen. Simultankirchen, die im Südwesten von beiden Konfessionen genutzt wurden, zeugen davon.

In Baden-Baden finden wir neben städtischen Kirchen eine anglikanische Kirche (St. Johannis), eine russische Kirche, wunderbare Jugendstilkirchen – darunter das Erstlingswerk des bedeutenden Architekten Martin Elsässer – sowie eine Synagoge, die traurige Berühmtheit erlangte, weil sie von Nationalsozialisten am Tage nach dem Novemberpogrom vom 9. November 1938 mittags durch Brandstiftung zerstört wurde. Dieses Bild von der brennenden Synagoge ging um die Welt ebenso wie der „Schandmarsch“ der Baden-Badener Juden, der deutlich machte, dass die Verfolgung dieser Mitbürger vor den Augen aller stattfand. Das Bild der brennenden Synagoge wurde viele Jahrzehnte später als Vorlage für eine Sondermarke der Deutschen Bundespost genutzt, die anlässlich des 50. Jahrestags des Novemberpogroms erschien.

Im 19. Jahrhundert – politisch riskant, doch viel gewonnen

Das 19. Jahrhundert brachte einen zwar langsamen, im Rückblick aber doch phönixhaft anmutenden Aufstieg der Stadt und vollzog sich im Windschatten der größeren Reichs- und Landespolitik. Wichtig für die weitere Entwicklung war, dass sich das Großherzogtum nach dem Sturz Napoleons behauptete und dass es gelang, die Bevölkerung mit dem neuen Staat zu versöhnen. Wie konnte dieser Prozess befördert werden? Vor allem durch die Betonung dynastischer Treue der Bürger zum Herrscherhaus. Das bedeutete, dass immer Rücksicht auf die Stimmung der Bürger genommen wurde. Eine moderne Verfassung, der gezielte Ausbau der Verkehrswege und die Förderung der Bildung waren probate Mittel der staatlichen Konsolidierung und gesellschaftlichen Integration.

Der neue deutsche Staat Baden galt besonders bei den Liberalen und Demokraten, die verfassungsgeschichtlich die Zukunft verkörperten, als modernes Gemeinwesen. Das wog mehr als territoriales Sicherheitsstreben Frankreichs. Denn die Markgrafschaft war für Napoleon zunächst vor allem als

Puffer zwischen den deutschen Territorien und Frankreich von Bedeutung. Baden vertrat im Rheinbund durchaus französische Interessen, wechselte im letzten, aber entscheidenden Augenblick die Fronten und konnte auf dem Wiener Kongress (1815) die Gewinne behaupten, die im Zuge der Säkularisation kirchlichen Besitzes und der Mediatisierung der Standesherrschaften das Territorium der Markgrafschaft versiebenfacht hatten. Kronprinz Karl heiratete die Adoptivtochter Napoleons, Stéphanie de Beauharnais. Seine Schwester war mit dem russischen Zaren Alexander I. verheiratet. Allerdings war dynastische Sympathie, die sich auf Heiratsallianzen stützt, im Zeitalter erstarkender Volkssouveränität nicht mehr ausreichend. Immer hätte die Legitimationsfrage neu aufgeworfen werden können. Deshalb war es bemerkenswert, dass die Landesherren durch verfassungspolitische Konzessionen die Unterstützung ihrer Untertanen gewinnen wollten und konnten.

Neben den großen politischen Linien sind auch die kommunalgeschichtlichen Entwicklungen bedeutsam und zukunftsträchtig. Mitte des 17. Jahrhunderts wurde bereits eine Bäderkommission berufen, die später Friedrich Weinbrenner entscheidend prägte, als er sich auf die Umgestaltung der Stadt Baden konzentrierte. Nun konnte die Stadt, deren Befestigungen seit 1814 geschleift worden waren, planvoll erweitert werden. Eine Promenade wurde geschaffen, die sich zur wichtigen Achse der gesellschaftlichen Konversation entwickelte. Denn vor allem in der Kommunikation bildeten sich neue Umgangsformen heraus, die Adel und Bürgertum in gleicher Weise prägten. Jenseits der Oos entstand im Laufe von etwa 20 Jahren ein Kurviertel, dessen Ruf rasch wuchs und das immer mehr Menschen anzog. Zunächst kamen 300 Gäste pro Jahr; 25 Jahre später waren es schon weit über 8000. Die ortsansässigen Badener passten sich dieser Entwicklung an. Mochte man andernorts auch die Säkularisation der Klöster als Raub bezeichnen – in Baden ging man ganz pragmatisch mit diesen Eingriffen um. Aus dem Kapuzinerkloster wurde der Badische Hof, dem viele andere elegante Hotels folgten, die geeignet waren, selbst ganze Herrscherfamilien samt dem reisenden Hofstaat aufzunehmen. Es ging schon längst nicht mehr um die Förderung der Gesundheit und Überwindung von Krankheiten, sondern um „Gesellschaft“, was immer das hieß. Die Stadt Baden wurde zum „Gesellschaftsbad.“

Das hatte gravierende Folgen für die Zusammensetzung der Bevölkerung, die sich in die „Kurgesellschaft“ integrierte. Sie bestand aus Bediensteten, Zimmermädchen, Köchen, Kellnern und natürlich aus Literaten, bildenden Künstlern, Großbürgern, Angehörigen des europäischen Hochadels, regierenden Häuptern. Hoteliers als Vertreter des Bürgertums begegneten in ihren repräsentativen Häusern Monarchen – unter ihnen der preußische König Wilhelm und seine Frau Augusta – gleichsam auf Augenhöhe, der Adel beteiligte sich an den kulturellen Debatten des Bürgertums, dieses ließ seinen Geschmack durch „höhere Gesellschaftsschichten“ bilden. Die Kurgesellschaft war eine multikulturelle Gesellschaft *par excellence* und eröffnete nicht nur Parvenüs, sondern auch sozialen Aufsteigern hervorragende Chancen. Nicht zuletzt aber entwickelte sich Baden zu einem Raum, in dem sich Menschen verliebten. Unter diesen war Großherzog Friedrich, der im Hotel Messmer erstmals der preußischen Prinzessin Luise begegnet. 1856 wurde geheiratet – das spätere deutsche Kaiserhaus und das Haus Baden waren auf diese Weise fest verbunden bis zum Tode Friedrichs im Jahre 1907. Großherzog Friedrich I. war es, der in Versailles nach dem Deutsch-Französischen Krieg auf Kaiser und Reich einen Trinkspruch ausbrachte.

Residenz des finanziell betuchten Bürgertums

Zugleich entstanden in der Stadt neue bürgerliche Dynastien, an ihrer Spitze der Pächter der Spielbank Jean Jacques Bénazet, dem im Revolutionsjahr 1848 dessen Sohn Edouard Bénazet folgte. Er setzte auf die Vermengung von Spiel, Gesellschaft, Badekur und Kultur, indem er das Theater finanzierte. Seine Spielbank, die auch kräftig Gewinn für den Staat abwarf, prägte das Bild Badens mehr als alles andere. Die Stadt zog nicht nur Spieler, sondern auch Kurtisanen und die Halbwelt an. Russische Schriftsteller wie Turgenjew, der mit *Rauch* ein wunderbares Bild des geistigen Klimas der Stadt hinterließ, Dostojewskij oder Tolstoi lenkten den Blick auf die Stadt, mehr aber noch die Vertreter des russischen Hochadels, die Gagarins und die Menschikows, die ihre Paläste bauten. Maler wie Gustave Courbet und Eugène Delacroix, sowie Musiker wie Johannes Brahms und Clara Schumann prägten das Bild der Stadt nachhaltig und belegten zugleich, dass es sich hier nicht nur um das Eldorado der Glücksritter, sondern vor allem um eine heitere, gleichsam sommerfrische Lebensform handelte, in der vieles nebeneinander stand, die große Welt und die insgeheime Liebe, deren Rätsel – wie die Beziehung zwischen Johannes Brahms und Clara Schumann zeigt – bis heute nicht entschlüsselt werden können.

Zwischen der Reichsgründungszeit und dem Ersten Weltkrieg geriet die Stadt wiederum in den Sog der großen Politik. Erst nach dem Verbot des Glückspiels durch die Reichsregierung im Jahre 1872 wandelte sich Baden zur Kurstadt. Große Hotels und mondäne Bäder festigten den Ruf als Kurort. 1877 wurde das Friedrichsbad, wenig später das als Frauenbad genutzte Augustabad eröffnet. Um die Jahrhundertwende wurde ein staatliches Rheumakrankenhaus als „Landesbad“ eröffnet. So wurde die Schließung des Spielkasinos kompensiert und eine Wandlung eingeleitet, die das Gesicht der Stadt ebenso prägte wie zuvor die mondäne Welt der Reichen und Mächtigen. Auch das Theater glänzte, aber besonders strahlten die großen Hotels, von denen das „Brenners“ zu einem weltweit führenden Hotel aufstieg. Nach dem Deutsch-Französischen Krieg blühte die Stadt noch einmal richtig auf. Umso tiefer war der Fall, den der Erste Weltkrieg und die deutsche Kapitulation bedeuteten. Das französische Einzugsgebiet war plötzlich gekappt, Elsass und Lothringen wurden wieder französisch. Aber auch diese Krise wurde bewältigt, denn Baden-Baden wandelte sich zur Stadt mit vielen Kurheimen, wurde zum begehrten Alterswohnsitz und zog mit seiner Eleganz die Wohlhabenden aus aller Welt an. Das setzte sich nach dem Zweiten Weltkrieg fort: Amerikaner, Araber, Japaner, schließlich die wohlhabenden Russen retteten die Stadt vor dem Niedergang, der eigentlich nach den Katastrophen der beiden Weltkriege zu erwarten gewesen wäre.



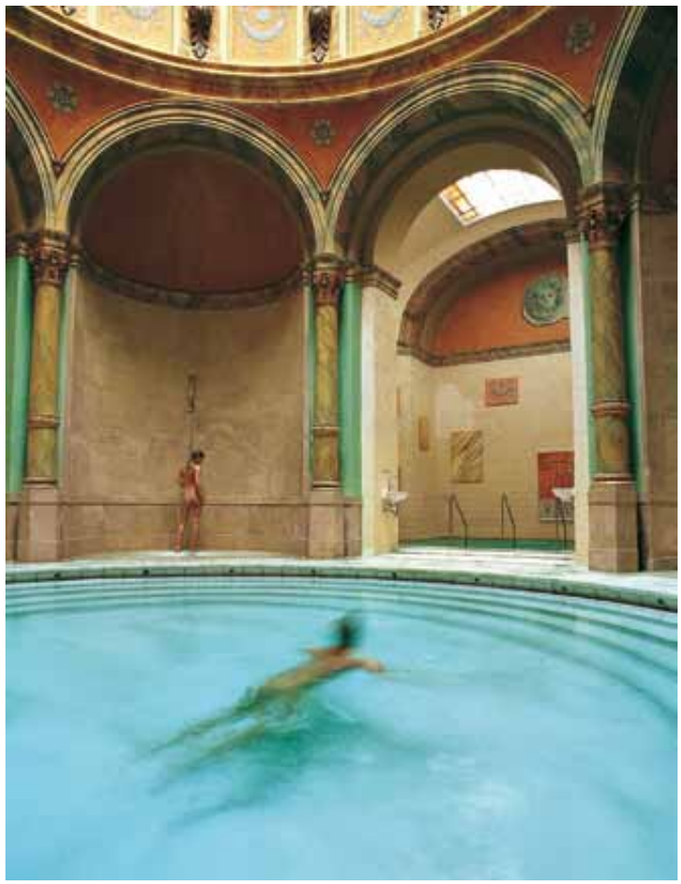
Der ehemalige „Prachtsaal“ im Konversationshaus und der große Spielsaal begründen den Ruf Baden-Badens als Ziel von Glücksrittern, Spielsüchtigen, Bankrotteuren, Kurtisanen. Vergessen wird oft, dass 1872 im Deutschen Reich das Glückspiel verboten und erst wieder in nationalsozialistischer Zeit erlaubt wurde.

1945 – tiefgreifender Umbruch als Neubeginn

Den Zweiten Weltkrieg hatte die Stadt Baden-Baden weitgehend unzerstört überstanden. In den Hotels hatte man Lazarette und sogar Gefangenenlager für Offiziere eingerichtet. Zum zweiten Male wurde das Ende, die Niederlage Deutschlands, ein neuer Anfang. Dies gab der Stadt erneut eine außerordentliche Bedeutung, denn sie mutierte zur Hauptstadt der französischen Truppenverwaltung in Deutschland. Heute weiß man, dass die deutsch-französischen Beziehungen auf lange Sicht zur Grundlage der europäischen Integration und damit des friedlichen Miteinanders in Europa wurden. Wichtige Voraussetzungen dieser Annäherungen waren bereits in der Zwischenkriegszeit gelegt worden, als Aristide Briand und Gustav Stresemann die Auseinandersetzung über Abgrenzungen nach den Erfahrungen im „Großen Krieg“ auf eine Weise regelten, die nach einer erneuten politischen Katastrophe nach 1945 ein neues freundschaftlicheres deutsch-französisches Verhältnis zur Grundlage der europäischen Integration und damit eines dauerhaften vertrauensvollen Miteinanders machten. Gerade diese Entwicklung macht noch einmal die zeitgeschichtliche Bedeutung Baden-Badens in den 1960er-Jahren deutlich.

Wenn man Deutsche, Franzosen oder Einwohner der Stadt Baden-Baden in der berühmten „Stunde Null“ des Jahres 1945 gefragt hätte, ob sie sich vorstellen könnten, dass sich Deutschland – besiegt, geteilt, auch moralisch am Ende – und Frankreich – in nicht einmal einhundert Jahren drei Mal von deutschen Truppen angegriffen, zerstört, besetzt – zum Kern eines zusammengewachsenen Europas entwickeln würden, sie hätten den Fragesteller als Fantasten bezeichnet. Erinnert hätten sich die Deutschen an die Beschwörungen einer angeblichen „deutsch-französischen“ Erbfeindschaft, die früh von Kaiser Maximilian I. propagiert wurde und vor

Das Friedrichsbad gehört zu den wenigen konsequent restaurierten Bädern, die die Badekultur des 19. Jahrhunderts mit einem unvergleichlichen Ambiente des Historismus pflegen.



allem seit dem 19. Jahrhundert, dem Jahrhundert der Nationalstaaten, die politische Folklore in Mitteleuropa geprägt hatte.

Die Deutung der Gegenwart kommt in der Regel nicht ohne den Rückblick aus; die Deuter der Gegenwart aber bedienen sich dabei der Vergangenheit oft nur, um ihre Deutungen des Jetzt und Heute plausibel zu machen. Sie konstruieren die Vergangenheit, sie verzeichnen sie nicht selten und verstellen dabei manche Alternativen historischer Entwicklung, die stets auch in ihr angelegt waren. So gab es neben der behaupteten Erbfeindschaft immer auch eine positive, konstruktive, Brücken bauende Deutung deutsch-französischer Beziehungen, die von Künstlern, Schriftstellern, Historikern und Politikern weiterentwickelt wurde. Gerade dafür stand die Stadt im 19. Jahrhundert, denn Baden-Baden wurde als eine Schwesterstadt von Paris empfunden. An viele dieser Erfahrungen ließ sich nach 1945 anknüpfen, als deutlich wurde, dass Europa nur zur Ruhe kommen könnte, wenn es gelang, die angeblichen Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich zu überwinden und die daraus entstehende Gemeinsamkeit zum Fundament eines neuen europäischen Miteinanders in Frieden und Ausgleich zu machen.

Baden-Baden – ein Fundament der deutsch-französischen Freundschaft

Deutsche und Franzosen, *Germania* und *Marianne*, schienen seit Jahrhunderten, so behauptete es der Geschichtsunterricht und so verbreiteten es Publizisten und Historiker, gleichsam durch ihre politischen Gene zur bedingungslosen und unüberbrückbaren Feindschaft bestimmt gewesen zu sein. Deutsche und Franzosen selbst empfanden sich, so scheint es, viel weniger als „Erbfeinde", je konkreter sie sich kannten. Es brauchte viele Jahre und leider auch eine Vielzahl von Katastrophen, bis wir nach deutsch-französischen Gemeinsamkeiten fragten. Die angeblichen Gegensätzen traten für kluge Köpfe, Madame de Staël, Heinrich Heine, Heinrich Mann, Kurt Tucholsky, später dann Alfred Grosser, Joseph Rovan und Etienne François, früh zurück; sie suchten Deutschland in Frankreich und Frankreich in Deutschland, und das gerade nicht nur in der Literatur, sondern auch in der Philosophie, der Kunst, der Musik und schließlich in der Geschichte. Veränderungen beeinflussen Wahrnehmungen, Denken, Verständnis und Empathie. Auch das lässt sich in Baden-Baden erkennen, denn hier entwickelte sich nach 1945 ein Schwerpunkt deutsch-französischen Austausches und Miteinanders.

Der Rhein war so nur scheinbar eine Grenze, die trennte. Denn Flüsse sind immer Kommunikationsschienen gewesen, Medien des Austausches, des Handels, der kulturellen Beeinflussung. In der Tat bilden wir unsere Vorstellungen von den Räumen, in denen wir leben und in denen wir uns bewegen, im Kopf. Dort prägen wir unsere ganz persönliche „Mental Map", eine geistige Landkarte, die nicht abhängig ist von physischen Grenzen, von Gebirgen, von Flüssen, von Wüsten, sondern von unserem Kommunikationsverhalten. Unsere „Mental Map" spiegelt unser Verhalten wider: Wo kaufen wir ein? Wo treiben wir Sport? Wohin gehen wir aus?

Wo liegt unser Flugplatz? Wo sind die Museen, in die wir sonntags gehen? Diese Fragen bestimmen unsere Vorstellung von der Welt, in der wir leben, und natürlich hängen diese mentalen Räume von der Mobilität ab, die wir praktizieren können – geistig und räumlich, wirtschaftlich und kulturell.

Kein Land der Bundesrepublik, sieht man vom Saarland ab, ist so durch die deutsch-französischen Beziehungen geprägt worden wie Baden; keine Stadt so sehr und auch so positiv wie Baden-Baden. Die französische Besatzungsmacht, die sich nach kurzer Zeit nicht mehr als solche verstand, hat tiefe Spuren in einer alltäglichen Beziehungsgeschichte hinterlassen. Bis heute ist Baden-Baden eine der in Frankreich bekanntesten deutschen Städte. Wir wissen, in welchem Maße Kontakte von Rahmenbedingungen abhängen. Diese sind gestaltbar, zum Glück. Lenken wir den Blick zurück in die Zeit des Kalten Krieges: Ein Eiserner Vorhang war mehr als eine Verkehrsbarriere, er wirkte wie ein Brett vor dem Kopf – mit einem Brett vor dem Kopf aber – wir wissen es – sieht man nicht weit, schränkt man den geistigen Horizont ein, stellt man das Fragen ein, lähmt man seine Neugier.

Deshalb war die Voraussetzung für die Veränderungen, die man sich 1945 nicht vorstellen konnte und an die wir uns inzwischen wie selbstverständlich gewöhnt haben, eine Veränderung der Kommunikationsbedingungen in der Gegenwart. Veränderungen wurden häufig gegen Widerstände durchgesetzt. Vorurteile mussten überwunden werden. An diese Aufgabe machten sich nach 1950 europäische Politiker in Frankreich, Belgien, Deutschland, Italien, den Niederlanden und Luxemburg. Sie zeigten, in welchem Maße es auf die Bereitschaft des Einzelnen ankommt, Akzente zu setzen, auch dann, wenn sie von der verbreiteten „demoskopisch manifesten" Stimmung abweichen. Politisch couragiert, trauten sie sich zu, Veränderungen anzustoßen und durchzusetzen, häufig gegen Widerstände, die kompensiert wurden durch die Gemeinsamkeit der Europapolitiker.

Stadtgeschichte exemplarisch: Spiegelbild des politischen Wandels

Gerade weil Baden-Baden stadtgeschichtlich so tief im 19. Jahrhundert wurzelt und eine Welt spiegelt, die als „Welt von gestern" gilt (Stefan Zweig), erschließt dieser Erinnerungsort mehr als Müßiggang, Luxus und Wellness. Denn hier lassen sich auch historische und politische Wurzeln europäischen Zusammenlebens erfahren. Mit dem 19. Jahrhundert, das zwar durch Nationalstaaten geprägt und belastet war, sich aber nicht in der Geschichte der Nationalstaaten erschöpfte, entstand eine neue europäische Kultur durch Überlagerung, Vermengung, Anreicherung, Veränderung, durch Austausch, durch Kommunikation. Die europäischen Teilkulturen, ebenso gegensätzlich wie aufeinander bezogen, prägten die Welt trotz aller politischen Katastrophen. Deshalb gilt das 19. Jahrhundert als das eigentliche Zeitalter Europas, als das Zeitalter, das zwar keine nachhaltig wirkende europäische Hegemonialkultur schuf, sondern durch kulturelle Vielfalt, durch Gleichzeitigkeit, durch Multikulturalität gekennzeichnet war und so das Bild Europas in der Welt prägte.

Damit wird der Blick auf Baden-Baden gelenkt, auf die europäische Kultur- und nicht nur Sommerhauptstadt, die in der Provinz liegt. Die Provinz, sagte der Schriftsteller Uwe Dick, sei „im Kopf und dort am tiefsten, wo der Kopf am flachsten ist". Provinz endet, wo die interkulturelle Kommunikation beginnt. Baden-Baden war seit Jahrhunderten ganz auf Austausch eingestellt. Dieser Rolle wurde es in Glanzzeiten gerecht. War dieser Austausch gestört, war das gleichbedeutend mit Niedergang und stellte sich geradezu als tragische Geschichte dar, denn alle europäischen Tragödien des 20. Jahrhunderts wirkten sich auf die Entwicklung der Stadt besonders negativ aus. Der Deutsch-Französische Krieg, eine Urkatastrophe des 19. Jahrhunderts, barg in sich den Keim weiterer Katastrophen, die das 20. Jahrhundert prägten, lähmten und schließlich so niederdrückten, dass das Ende des „europäischen Zeitalters" zumindest im welthistorischen Zusammenhang konstatiert wurde. Die preußische Artillerie deutete mit der Bombardierung Straßburgs im Jahre 1870 etwas an, was der weit über den Horizont seiner Zeit hinausschauende russische Dichter Turgenjew als das „Ende des Abendlandes" empfand.

Der Erste Weltkrieg, den die Franzosen bis heute den „Großen Krieg" nennen, machte Baden-Baden fast zur Frontstadt; mit furchtbaren Folgen für den Kurort, denn mit dem Vertrag von Versailles war das ganze französische Umland verloren und damit auch das Einzugsgebiet der noblen und großzügigen Gäste. An ihre Stelle traten dann die Nord- und vor allem die Südamerikaner. Sie kamen aus Weltregionen, deren Bewohnern Mark Twain in seinem Buch *A Tramp Abroad* ein Bild von Baden-Baden vor Augen gestellt hatte, das nicht ganz der Realität entsprach. Aber welche touristische Werbung



Reinhold Schneider bei seiner Ansprache anlässlich der Entgegennahme des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels am 23. September 1956 in der Frankfurter Paulskirche. Der während des „Dritten Reiches“ mit Schreibverbot belegte Dichter war als Katholik am Widerstand gegen Hitler beteiligt und wurde vor Kriegsende des Hochverrats angeklagt. Sein Werk ist von christlich-humanistischer Tradition geprägt.

entspricht schon der Realität? Wenig später kamen die mit der bolschewistischen Oktoberrevolution entwurzelten emigrierten Russen. Mitte der 1930er-Jahre bereitete der Nationalsozialismus der Stadt eine Tragödie, die sich schließlich im Winter 1938 nach dem Novemberpogrom mit der vor aller Augen forcierten Vertreibung der Juden steigerte. Die Leichtigkeit schwand, Bedrückungen nahmen zu. Es waren Schriftsteller von hohem Rang, die das andere Deutschland verkörperten und biografisch mit Baden-Baden verbunden sind, vor allem Reinhold Schneider, Werner Bergengruen, Gerhard L. Durlacher, die zugleich europäische Bezüge in ihren Werken erschließen wollten und so die Zivilität und Zivilisation beschworen, die sie längst vergehen sahen.

Mit dem Beginn der Nachkriegszeit wurde in der Mitte des 20. Jahrhunderts das Zeitalter der europäischen Integration eingeleitet. Es hängt wieder mit Baden-Baden zusammen: Baden-Baden wurde Sitz der französischen Zonenregierung und Hauptquartier der französischen Streitkräfte in Deutschland. General Pierre Koenig ist bis heute ein fester, ein guter Begriff. Aber es ging niemals nur um das Oberkommando, sondern die Stadt wurde geprägt von zehntausenden von französischen Soldaten, zunächst aus der Befreiungsarmee des Marschalls Leclerc, später von Wehrpflichtigen unter dem Befehl von General Koenig.

Baden-Baden, das war auch der Sitz des Südwestfunks (SWF), der inzwischen mit dem Süddeutschen Rundfunk (SDR) zum Südwestrundfunk (SWR) verschmolzen ist. SWF, das war einer der besten Sprachsender, und ist es bis heute geblieben, manchem bekannt wegen seines schönen Fernsehbildes, dem dampfenden römischen Brunnen. SWF, das war auch Alfred Döblin, der als französischer Kulturoffizier das Kulturprogramm des Senders prägte. Baden-Baden stand aber auch für Schriftsteller, die in verschiedenen Kulturen gelebt hatten und verkörperten, was man abendländische Kultur nannte.

Reinhold Schneider und Bergengruen sind für die europäische Funktion der Stadt Baden-Baden besonders wichtig, denn sie verkörperten die vielschichtigen kulturellen europäischen Überlagerungen, die eine Chance für Baden-Baden bedeuten können: Bergengruen, der Balte, übersetzte ostmitteleuropäische und osteuropäische Denk- und Wertvorstellungen in unsere Literatur, Schneider knüpfte an die christliche, abendländische Kultur an und transponierte sie in die europäische: Portugal, Spanien, Italien, Frankreich, England, das war seine geistige Heimat, die im Oberrhein wurzelte – diesseits und jenseits des Rheines. Beide Literaten stehen für ein Kulturbewusstsein und Lebensgefühl, für ein Staats- und ein Verfassungsverständnis, das in die Zukunft weist.

Schneider bekam mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels einen wahrhaft europäischen Preis, wie sein Laudator Bergengruen hervorhob, weil er niemals Konventionen bediente, weil er Vereinsamung aushielt, weil er als Repräsentant deutscher Sprache und Kultur zugleich fremd in dieser Kultur war, durch Distanz, durch einen europäischen, grenzüberschreitenden Bezug. Seit den 1970er-Jahren schrieb der aus Baden-Baden vertriebene Gerhard L. Durlacher seine Erinnerungen nieder, Verarbeitungen einer Wirk-



Der französische Staatspräsident Charles de Gaulle (Mitte) und der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer (rechts neben ihm) während einer Konferenz am 15. Februar 1962 in Baden-Baden. Das überraschend stattfindende Treffen begann mit ersten Gesprächen und hatte die Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen zum Ziel, die mit der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags am 22. Januar 1963 einen Höhepunkt erreichte.

lichkeit der Verfolgung, der Ausgrenzung und des Schreckens, des Verlustes, Reflexionen, die Teil einer europäischen Erinnerungskultur geworden sind, ohne in das Klischee zu verfallen, dem zufolge die Erinnerung das Geheimnis der Versöhnung sei. Denn es geht um die Auseinandersetzung mit einem stets gegenwärtigen Zivilisationsbruch, der – um mit Theodor W. Adorno zu sprechen – „nicht war", sondern – als Potenzial – weiterhin „ist."

Reinhold Schneider, Werner Bergengruen und Gerhard L. Durlacher lebten in der – von ihnen nicht recht erkannten – Formierungsphase eines neuen Europas. Dieses Europa wurde von einzelnen Politikern vorausgedacht, ohne dass sie auf Bevölkerungsstimmungen achteten. Diese Politiker – Robert Schumann, Konrad Adenauer, Henri Spaak, Jean Monet, Alcide De Gasperi – ließen sich nicht durch partielles Scheitern ihrer Pläne und Visionen entmutigen. Sie setzten den europäischen Integrationsprozess konsequent fort, ohne Masterplan, Stück für Stück, inkrementalistisch, aber sie kamen voran. Und einer der entscheidenden Durchbrüche wurde 1962 in Baden-Baden erzielt, in der denkwürdigen Begegnung von Charles de Gaulle und Konrad Adenauer. Eigentlich ist es unvorstellbar gewesen, dass beide, die jeweils Repräsentanten ihrer Nationalgeschichte waren, sich gegenseitig verstehen und deshalb den entscheidenden Durchbruch erzielen würden. De Gaulle war 1940 der Überzeugung, das wahre Frankreich zu verkörpern; er akzeptierte die Kapitulation der Regierung Pétain nicht und kämpfte an der Seite der Alliierten. Und Adenauer, der Zentrumsmann, war den Nationalsozialisten niemals verfallen gewesen. Adenauer war überzeugt, dass die Integration der Bundesrepublik in den Westen den deutschen Sonderweg beenden würde; diese Integration müsste aus der unruhigen deutschen Mitte Europas einen Motor europäischer Zusammenarbeit machen.

Im Zentrum großer Politik: das Treffen de Gaulles und Adenauers 1962

Wenn über de Gaulle und Baden-Baden gesprochen wird, erinnert man sich gern daran, dass der französische Staatspräsident vor den Mai-Unruhen, die 1968 Paris erschütterten, in Baden-Baden Ruhe, Sicherheit und Zuflucht suchte und fand. Das war gewiss nicht Ausdruck politischer Feigheit, sondern Folge politischer Unsicherheit – vor allem wurde deutlich, dass er auf seine Armee vertraute. 1968 war de Gaulle aber nicht zum ersten Male in Baden-Baden. Adenauer hatte hier sechs Jahre früher bei einer wichtigen Begegnung mit de Gaulle einen politischen Durchbruch erzielt.

Der deutsche Bundeskanzler hatte sich in den 1950er-Jahren zu einem entschlossenen Europäer entwickelt, der wusste, dass die Allianz von Bonn und Paris den Kern Europas ausmachte. Er war bereit, einen großen Teil deutscher Identität mit der europäischen zu verschmelzen. De Gaulle allerdings hing an seinem Konzept eines Europas der Vaterländer. Aber man muss nicht alle Gegensätze klären, man kann sie auch überspielen und dann weitersehen. Das war der Schlüssel des europäischen Fortschritts, der sich dann im Élysée-Vertrag ein Jahr später abzeichnete und aus Deutschland und Frankreich den Kern Europas werden ließ – ein Kern, der sich

bis heute bewährt. Europas Integration war ein Prozess, dessen Ende nicht geplant werden konnte. Nur das Ziel – eine Art Vereinigte Staaten von Europa – war klar. Das begriffen de Gaulle und Adenauer am 15. Februar 1962 bei ihrer Begegnung in Baden-Baden. So wurde nicht einmal 15 Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik in Baden-Baden deutlich, dass sich nationale Grenzen verändern, dass es neben nationalen Interessen auch eine europäische Gemeinsamkeit gab, dass sich Wahrnehmungen wandelten, dass Kommunikationssperren aufgehoben werden konnten, dass die Vergangenheit nicht alles erklärte, sondern auch Fehler sichtbar machte, die in Zukunft zu vermeiden waren.

So bedeutet Baden-Baden auch einen Wandel in den deutsch-französischen Beziehungen. Er war so tiefgreifend, dass wir Mühe haben, ihn zu verstehen. Deshalb muss man noch einmal weit in die 20er-Jahre zurückblicken, als Aristide Briand die Grundlagen eines neuen Europa auf der Grundlage der deutsch-französischen Zusammenarbeit schuf. Er hatte den „Großen Krieg" nicht so sehr als nationale Selbstbehauptung der Franzosen, sondern als europäische Katastrophe wahrgenommen. Er habe damals „so Furchtbares gesehen", das „schreckliche Gemetzel" habe ihn „mit solchem Schauder erfüllt", dass er sich „bei seinem Gewissen schwor, wenn je der Sieg errungen wäre und der Zufall ihn wieder an die Macht beriefe, sein ganzes Sinnen und Trachten" darauf gerichtet sein müsse, sein „Dasein der Sache des Friedens zu widmen, um die Wiederkehr solcher Gräuel zu verhindern". Die Konsequenz war für ihn so klar wie einfach: „Sie sind Deutscher, ich bin Franzose. Auf diesem Boden werden wir uns schwer verständigen. Aber ich kann Franzose sein und guter Europäer, Sie Deutscher und guter Europäer. Zwei gute Europäer müssen sich verständigen." Er wusste: „Ehe Deutschland und Frankreich nicht Hand in Hand gehen, wird nirgends Frieden werden." Deshalb ließ er sich nicht von der öffentlichen Meinung irritieren, die weit hinter seine Einsichten zurückgeblieben war: „Wir haben europäisch gesprochen, eine neue Sprache, die man lernen sollte." Als im französischen Senat seine Locarno-Politik angegriffen wurde, fragte Briand verwundert: „Wie denn? Ewig? Soll dieser Zustand ewig dauern? Ewig soll man einen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland zu fürchten haben? Ewig sollen diese beiden Völker nur an Rüstungen denken, offen oder versteckt? Immer neue Kriege – und das nennen Sie eine Zukunft?"

Bestätigt fühlte sich Briand, der auch weiter vorpreschte als seine deutschen politischen Partner, durch Veteranen des „Großen Krieges", durch Kriegsbeschädigte, Kriegskrüppel, die ihn aufforderten, seine Versöhnungsarbeit, die auf dem Willen zum gegenseitigen Verständnis beruhte, fortzusetzen. Deshalb rief er aus: „Es ist vorbei mit dem Krieg zwischen uns! Es ist vorbei mit den langen Trauerschleiern, mit all den Leiden, die sich nie wieder über unsere Länder legen werden. Nie wieder blutige Lösungen, um unsere Differenzen auszugleichen, die weiter bestehen werden! Jetzt wird ein Richter da sein, Recht zu sprechen! Weg mit Gewehr und Kanonen! Raum für Verständigung, für Schiedsspruch, für Frieden!"

Es war derselbe Geist, der aus der Frage sprach: „Haßt der Franzose den Deutschen?". Mit dieser provokanten Herausforderung leitete Kurt Tucholsky 1926 einen kleinen Aufsatz der *Weltbühne* ein und unterschied sich mit seiner Antwort von vielen Landsleuten. Sie war eindeutig: Der Franzose hasse den Deutschen nicht; der Deutsche scheint vielmehr für Tucholsky das Problem zu sein, denn er sei „von leichter Monomanie besessen, weil er alles darauf abstelle, ob man ihn liebe oder nicht". Es ist fast rührend, wie Tucholsky von Menschen berichtet, die ihm die Hand hinstreckten und sagten: „Que voulez-vous! La guerre est finie." Und Tucholsky endete mit einem Appell: „Streckten wir die Hände aus: sie würden ergriffen werden. Nur wissen wir nichts voneinander, sind uns fremd und so weit voneinander entfernt. Sähe der Franzose die Hand: er ergriffe sie."

Vielleicht ist das das wichtigste Bild, das Baden-Baden als Erinnerungsort vermittelt: Adenauer und de Gaulle treffen sich im Kurhaus Weinbrenners und reichen sich nicht nur die Hand. Sie beschwören mit der deutsch-französischen Freundschaft den europäischen Frieden. Dafür steht Baden-Baden, und das ist wichtiger als Luxus, Wohlbefinden, Müßiggang und Spielleidenschaft.



Der Bodensee – verbindendes oder trennendes Element? Im Gedächtnis Baden-Württembergs jedenfalls hat er sich als flexibles Sinnbild erwiesen, das historische Größe, innere Einheit und europäischen Auftrag gleichermaßen darstellt. Im Vordergrund der Luftaufnahme der schneebedeckte Pfänder, in der Bildmitte links das Rheindelta, rechts die Inselstadt Lindau.

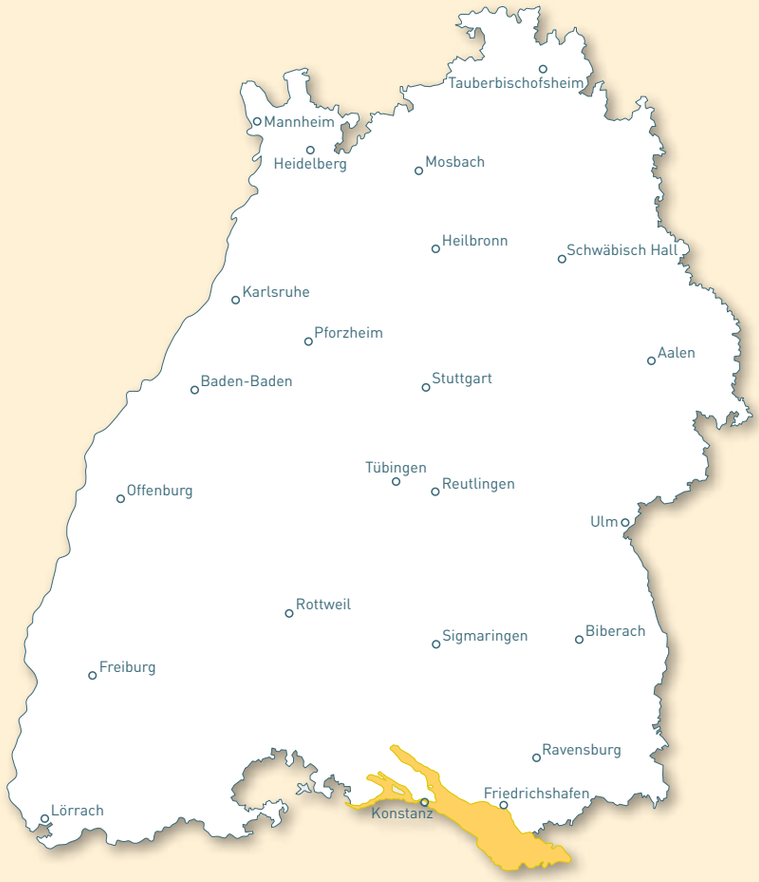
Der See

Deutungsgeschichten eines grenzüberschreitenden Gedächtnisortes

Bernhard Tschofen

Räumlich liegt der Bodensee alles andere als im Zentrum Baden-Württembergs. Im Gegenteil – mit seiner Lage im Südosten des Landes an der (und als) Grenze zu den Nachbarländern ist er aus solcher Sicht genauso Peripherie wie der Kaiserstuhl, die Ostalb oder das Tauberland. Im eigentlichen Sinn zum See hin orientiert ist nur ein kleiner Teil des Landes, jene Gebiete, deren Alltags- und Wirtschaftsleben von der Lage am See bestimmt sind oder mit diesem zumindest in engerer räumlicher Beziehung stehen.

Im symbolischen Sinn ist die Reichweite des Bodensees und der angrenzenden Region freilich eine ganz andere. Da reicht der See, wenn man so sagen will, weit ins Herz des Landes hinein – historisch, aber auch was den jungen Südweststaat anbelangt. Denn Gedächtnisorte zeichnen sich gerade durch das Ineinander von konkreten und imaginären Dimensionen aus. Das macht „den See“ und die Vorstellungen, die man sich von seiner Bedeutung gemacht hat und macht, zu einem guten Beispiel für die vielfältige und wechselhafte Rolle, die Landschaften im Identitätshaushalt von Staaten und Gesellschaften zukommen kann.





Grenzenlos und daher verbindend? Der Bodensee gehört allen Anrainerstaaten gemeinsam – Deutschland, Österreich und der Schweiz. Der Stahlstich zeigt den Konstanzer Hafen mit einem Schweizer Dampfboot um 1845.

Der See als Gemeinschaftsbesitz der Anrainerstaaten

Das Konzept der Gedächtnisorte, wie es der französische Historiker Pierre Nora in den 1980er-Jahren formuliert hat und wie es seither zu einem festen Begriff europäischer Geschichtskultur geworden ist, ist von Anfang an offen formuliert gewesen. Es hat längst nicht nur konkrete Orte oder historische Stätten umschlossen, sondern sich auch auf Ereignisse, Mythen und Kunstwerke bezogen. Dabei verwies es aber stets auf Kristallisationspunkte des Nationalen, auch wenn diese – wie etwa im Fall von historischen Schlachten oder umkämpften Grenzen – als Schnittstellen zu anderen Erfahrungsgemeinschaften fungierten. Nicht allein aufgrund der historischen Genese des Denkens in Erinnerungsorten mag es daher etwas ungewöhnlich erscheinen, ein naturräumliches Element und die mit diesem verbundene Landschaft in eine solche Perspektive zu rücken – noch dazu, wenn diese Landschaft wie im Fall des Bodenseeraums in ihrem Umriss bewegliche Konturen besitzt und aufgrund ihrer Grenzlage keine eindeutige Zugehörigkeit reklamiert werden kann.

Doch genau diese Merkmale scheinen Sichtbarkeit und Stellung des Bodensees im Landesgedächtnis geformt zu haben und seine Aktualität und Aktivität als Erinnerungsort auch laufend zu erhalten. Denn mit dem See verbinden sich weniger abgeschlossene oder hochgehaltene Kapitel baden-württembergischer Geschichte. Vielmehr bietet er eine sehr unterschiedliche Lebensbereiche berührende Bühne für die Verhandlung der Beziehungen untereinander im Land selbst und in Bezug zu den Nachbarn oder zu übergeordneten historischen wie politischen Räumen. Dass sich in diese Verhandlungen, die – wie zu zeigen sein wird – auch ganz alltäglicher, nahezu banaler Natur sein können, immer wieder tiefgründende Argumentationsmuster, Bilder und Erfahrungen mengen, mag mit ein Grund sein für die vielfältigen Anschluss- und Erneuerungsfähigkeiten des baden-württembergischen Bodenseebildes. Damit besitzt dieses eine Bandbreite, die vom Stichwort Klassenfahrt bis zum Begriff Stauferzeit reicht und mit Fastnacht und Barock, Obst und Wasserversorgung sowohl farbenfrohe Rituale als auch alltägliche Güter umschließt.

Zentrum und Peripherie in Bewegung: reale und symbolische Bande

Wenn man die Raumbeziehungen zwischen dem Bodenseegebiet und den anderen Regionen Baden-Württembergs ins Auge fasst, dann drängt sich zunächst ein oftmals überlastetes Verkehrsnetz ins Bild, das mit A 81, A 7 bzw. A 96, B 30, B 31 und B 32 und anderen für die Verbindung mit den übrigen Landesteilen sorgt und bei dem viele weniger an Schlagadern der regionalen Ökonomie denken als an Ferienstraßen. Das historische Wort des „Schwäbischen Meeres“ bekommt dadurch eine nochmals etwas anders konnotierte Bedeutung. Es markiert den Raum über sein hauptsächliches Einzugsgebiet und lässt an eine Beziehung denken, die der des Großraums Paris zum Mittelmeer über die französischen Autobahnen A 6 und A 7 nicht unähnlich ist. Auch sonst ist die Seeregion vor allem als Freizeitregion präsent. Ihr überdurchschnittliches Vorkommen im Wetterfernsehen – mit dem Blick über den See oder einem am Ufer stehenden Wetterreporter – spricht dafür. Vielleicht ist es kein Zufall, dass die Künstlerin Monika Drach bei der Suche nach dem Verbindenden in der Region gerade auf das Wetter als Metapher der räumlichen und sozialen Kohärenz gestoßen ist. Auch über solche bildliche Vermittlung stellt sich Beziehung her. Mögen früher die radial vom See nach den staatlichen Zentren führenden und bis heute vernachlässigten Eisenbahnlinien die Bewohner von Friedrichshafen, Konstanz, Lindau oder Bregenz an Stuttgart, Karlsruhe, München oder Wien haben denken lassen und auf diesem Weg staatliche Zugehörigkeit in Erinnerung gerufen haben, so wird in einer zusehends freizeit- und erlebnisorientierten Gegenwart laufend die positiv besetzte Peripherie in die kollektive Bilderwelt gerückt.

Reiseziel Kleinstaaterei: Eine illustrierte Postkarte aus dem Jahr 1898 bewirbt die politisch-territoriale Vielfalt des Bodenseeraums. Was Touristen als Attraktion präsentiert werden konnte, erwies sich für die Region zum Nachteil – die moderne Staatsbildung machte sie zur Provinz.





Das Wetter verbindet – und es verleiht dem Bodenseeraum eine Sichtbarkeit weit über die Region hinaus. Installation *Entwurf eines Wetterberichts* der Göppinger Künstlerin Monika Drach im Rahmen des Kavalierhaus-Stipendiums Langenargen, 2010.

Die poetische Landeskunde Gustav Schwabs

Das ist nicht unwichtig für das Ankommen des mehrstaatlichen Bodenseeraums im gemeinsamen Gedächtnis des jungen Südweststaates. Doch verfügt der See in dieser Hinsicht über eine große Tradition. Bereits mit seiner Entdeckung in der Zeit der Romantik um 1800 deckt er nicht nur das zeitgenössische Bedürfnis nach dem dichten Nebeneinander naturräumlicher Schönheiten und kulturlandschaftlicher Vielfalt, sondern steht mit seinen Städten und Ansitzen auch für einen gemeinsamen historischen Sehnsuchtsraum jenseits territorialer oder gar nationalstaatlicher Grenzen. Als Gustav Schwab 1827 sein im Haupttitel *Der Bodensee nebst dem Rheinthale von St. Luziensteig bis Rheinegg* genanntes *Handbuch für Reisende und Freunde der Natur, Geschichte und Poesie* vorlegte, hatte er einen geschichtlichen Raum im Auge, der von den wechselnden Einflusssphären weltlicher, kirchlicher und später auch bürgerlicher Herrschaft gebildet wurde und in dessen Zentrum der See lag. Angelegt und auch gedacht war der Band aber ganz aus der Warte der württembergischen Kernlande, wo wohl ganz zu Recht das hauptsächliche bürgerliche Publikum für einen solchen Band vermutet worden war. Schwabs Blick auf die Landschaft ist jener bis heute dominierende, der vom Norden kommend den See sucht und dabei die Distanzen zwischen den Siedlungszentren am Neckar und dem Amphitheater des Sees als lästige und zu übersehende Notwendigkeit begreift:

Der Reisende, der eine volle Tagfahrt durch die fruchtbaren, aber einförmigen und nur selten und schwach auf- und absteigenden Kornebenen Oberschwabens verloren hat, sehnt sich nach einer Abwechslung.

Schwab führt „den Wanderer absichtlich den langweiligsten Weg“, um den sich dann auftuenden Blick bestmöglich in Szene setzen zu können:

Hier soll er zum erstenmale den Spiegel des großen Landsees erblicken, dem eine frühere Zeit den prächtigen Namen des schwäbischen Meeres zu ertheilen pflegte, hier wird er den Blick ungehemmt über die Hesperidengärten seiner Ufer schweifen, von Dorf zu Dorfe, von einem Städtethurm zum andern, begleitet von den herrlichsten Erinnerungen der Geschichte fliegen und ihn endlich auf den ewigen Mauerzinnen der Eisgebirge ruhen lassen,

so Schwab in seinen Schilderungen. Auch in den später in der stil- und blickprägenden Reihe *Das malerische und romantische Deutschland* herausgegebenen *Wanderungen durch Schwaben* schlägt Schwab für seine Bodenseereise Orte und Wege vor, die dieser Art von poetischer Landeskunde ein eigenes Konzept von Raum und Zeit unterlegen. Es geht ihm um die locker erzählte und mit eigener Dichtung pointierte Präsenz des Historischen in der Landschaft, wobei besonders die über den engeren Raum hinausreichende vaterländische Geschichte aufbereitet wird. Nun sind es bereits die verkehrsgünstig mit den Zentren verbundenen und später touristisch besonders signifikanten Kultur- und Geschichtsstätten, denen die Aufmerksamkeit gilt, die aber ohne Unterschied staatlicher Zugehörigkeit in einer grenzüberschreitenden Landschaft zusammengedacht werden.



Klosterinsel mit UNESCO-Welterbestatus: Die Insel Reichenau, Zeugnis der religiösen und kulturellen Rolle der mittelalterlichen Klöster und Sinnbild der zentralen Stellung des Bodenseeraums in der damaligen Welt.

Ein grenzüberschreitender Kulturraum: historische Prägungen und wechselnde Erzählungen

Ohne hier die touristische Geschichte des Bodensees ausführlicher referieren zu können, lässt sich seine Bedeutung als Gedächtnisort nicht ohne jenes Wechselspiel von Fremd- und Selbstbild begreifen, das durch den Fremdenverkehr seit dem 19. Jahrhundert in Bewegung gesetzt worden ist und das bis heute die Repräsentationen der Region prägt. So ist beispielsweise auffällig, wenngleich vermutlich quantitativ gegenüber dem Kurtourismus négligeable, in welchem Maße die literarische Auseinandersetzung mit dem Raum sich diesem eingeschrieben hat und bis heute einen literarischen Tourismus geschehen lässt. Die durch den Germanisten und „Nibelungen-Steckenreiter“ Freiherr von Laßberg in den 1830er-Jahren romantisch nobilitierte Alte Burg Meersburg war so ein Ort, oder auch das von der Dichterin Annette von Droste-Hülshoff, Laßbergs Schwägerin, 1843 erworbene, doch von ihr nie bewohnte „Fürstenhäusle“, das schon bald nach ihrem Tod zum Ziel literarischer Pilgerfahrten wurde und noch vor seiner Widmung als Museum dementsprechend adaptiert worden war.

Der Ausflugs- und Fremdenverkehr als Wissensvermittler

Doch auch fernab eines engeren Kunst- und Literaturtourismus – der sich übrigens heute trefflich mit den raumgreifenden Techniken des Radreisens und Wanderns verbinden lässt – wirkt der Ausflugs- und Fremdenverkehr an den See seit jeher als Wissensvermittler, als Schwungrad der Reproduktion einmal in Umlauf gesetzter Bilder. Er trägt damit unter anderem dazu bei, dass die symbolischen Beziehungen zwischen dem Land und dem See an seinen südöstlichen Grenzen sich immer wieder im Konkreten erfahren lassen. Wenngleich für solche Zusammenhänge und vor allem ihre gegenwärtige Bedeutung noch weitgehend die empirischen Daten fehlen, genügt oft ein Blick auf die Kennzeichen der auf den Parkplätzen am Bodensee geparkten Autos, um eindeutige Raumkonvergenzen feststellen zu können. Gerade mit Blick auf die prominenten Kulturerbestätten – man denke an das Pfahlbautendorf in Unteruhldingen oder die Klosterinsel Reichenau – lässt sich feststellen, dass sie für viele Bewohner Baden-Württembergs und für unterschiedliche Generationen Ort unwiederbringlicher Erlebnisse waren. Auch abseits simpler Burgenromantik kommen so Ausflügler und Reisende mit Dingen und Orten in Berührung, die ihre Vorstellungen von der Vergangenheit – hier der Steinzeit und des Mittelalters – nachhaltig formen und wohl auch fortwährend mit dem Raum verknüpfen. „Mental Maps“, also innere Landkarten, die im Rahmen eines Tübinger Projekts im Jahr 2008 zur grenzüberschreitenden Regionalität abgefragt worden sind, demonstrieren dies. Und sie zeigen über den konkreten Verweis hinaus, wie sehr der See selbst die mentalen Landkarten des deutschen Südwestens (und wohl auch Vorarlbergs und der angrenzenden Schweizer Kantone) dominiert: Ist einmal der Bodensee auf einer Karte gleich welchen Ausschnitts identifiziert, weiß man sich hier zu verorten und zu orientieren.

Erinnerungsorte – oder in unserem Fall besser: Gedächtnisräume – sind freilich keineswegs allein durch ihre historische Bedeutung markiert. Auch der Bezug zu den natürlichen Qualitäten des Raums kulturalisiert diesen und formt Beziehungen und Identitäten. Wenn der verdiente Bodensee-Historiker Herbert Berner einmal mutmaßen musste, dass die hohe Präsenz auswärtiger Bootseigner und Wohnungseigentümer für die Ausbildung einer gemeinsamen Bodensee-Identität eher hinderlich sein mag, dann hat er dabei vielleicht übersehen, dass gerade die intensiven Naturerfahrungen, wie sie viele in Baden-Württemberg mit dem Bodenseeraum verbinden, auch ein hohes Maß an Identifikation ermöglichen – und damit vielleicht auch ein Engagement für den Erhalt seines natürlichen Erbes.

Trinkwasserspeicher und „Seegfrörne“: Naturerfahrung als Verstärker kultureller Werte

Naturwerte und Ökologie, damit ist jedenfalls das zweite Signum genannt, für das der Bodensee in der Wahrnehmung durch die baden-württembergische Öffentlichkeit gerade in den Jahrzehnten seit der Gründung des Landes steht. Auch in dieser Hinsicht ist die symbolische Beziehung für mehrere Millionen Menschen ganz konkret und materiell unterlegt: durch ihren Anschluss an die 1954 initiierte Bodensee-Wasserversorgung. Blickt man in historischen Schnitten in die Wochenendbeilagen der seefernen Zeitungen des Landes, dann sind es nicht allein Kultur- und Wirtschaftsthemen, die dem Bodenseeraum regelmäßig öffentliche Aufmerksamkeit gewähren. Gerade der Konnex Wasser und Bodensee schafft es neben den saisonalen Berichten zur Schifffahrt (Fährbetrieb, Sternfahrt, „Weiße Flotte“) immer wieder auf die überregionale mediale Bühne. Historisch – und daran wird dann bei Jubiläen auch immer wieder erinnert – gilt der Bau der Wasserversorgung als eine jener Maßnahmen, die den wirtschaftlichen Aufstieg des Landes nach dem Zweiten Weltkrieg begleiteten und ermöglichten. Das hat ihn zu einem Symbol des Wiederaufbaus gemacht, aber der Bau hat als solches eben auch eine Verbindung zwischen den ehemals badischen, württembergischen und hohenzollerischen Gebieten des Landes hergestellt. Kein Wunder also, dass die Androhung und dann auch (sich als harmlos erwiesen habende) Realisierung eines Anschlags durch einen zornigen Landwirt auf die Entnahmestelle bei Sipplingen am Untersee vor einigen Jahren die Öffentlichkeit aufgeschreckt und der Bevölkerung ihre unmittelbare Abhängigkeit von der Wasserqualität des Bodensees in Erinnerung gerufen hat.

Gewässer- und Umweltschutzbestrebungen standen ganz am Anfang der grenzüberschreitenden Kooperation im Bodenseeraum. Sie legten den Grundstein für eine heute enge Zusammenarbeit und machten das einmalige Naturerbe der Region zu einem ihrer Markenzeichen. Das Eriskircher Ried am Nordufer des Bodensees ist berühmt für seine seltene Pflanzen- und Vogelwelt.

Auch in der Geschichte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bodenseeraum, und damit in der direkten Herleitung heutiger Interregionalität, kommt dem Wasser eine treibende Rolle zu. Es war die 1959 gegründete „Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee – IGKB“,



in der die Grundlagen für eine intensivere politische Zusammenarbeit zwischen den Anrainerregionen gelegt worden sind. Motiviert durch die Sorge um die sich damals rapide verschlechternde Wasserqualität des Sees als gemeinsamer Mitte und Ressource, sind so durch Umweltanliegen die Grundlagen für die später durch Gründung der „Internationalen Bodenseekonferenz – IBK“ (1972) erweiterte Kooperation gelegt worden. Zumindest mittelbar steht damit der Einsatz für ökologische Ziele am Beginn der „Euregio Bodensee“ und ihrer heute vielfältigen, nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche berührenden, grenzüberschreitenden Netzwerke und Projekte.

Ungeachtet der bis heute andauernden Problematik nationaler Regelungen lässt sich auch von einer nachweisbaren Bedeutung der verschiedenen teils privaten Umweltinitiativen für die Ausbildung eines gemeinsamen Bodenseebewusstseins sprechen. Obwohl primär auf die konkrete Umweltarbeit und ökologische Bildung zielend, leisten Initiativen wie die „Bodensee-Stiftung“ so indirekt auch einen nicht zu übersehenden Beitrag für die Identifikation mit dem Raum. Ungezählte Schulklassen und Jugendgruppen sind etwa in den vergangenen Jahren am Bodensee nicht nur ausgeschilderten Naturlehrpfaden gefolgt oder haben Kanutouren unternommen, sondern sie haben bei den ornithologischen oder ökologischen Führungen durch das Wollmatinger und Eriskircher Ried auch Einblicke in ihnen sonst nicht zugängliche Ökosysteme gewinnen können, die sie vermutlich nachhaltig mit dem Bodensee in Verbindung bringen werden. Wie populär Umweltthemen vom Bodensee medial arrangiert sein können, mag die Tatsache belegen, dass der seit Jahren zwischen Naturschützern und Fischern schwelende sogenannte Kormoranstreit sowohl den Stoff für einen Bodensee-„Tatort“ als auch die Vorlage zu einem Computerspiel geliefert hat. Auch solcherart vermittelte Bilder rücken Seethemen ins öffentliche Bewusstsein.

Mit dem Wasser und damit mit dem See selbst hat schließlich auch ein Jahrhundertereignis zu tun, dessen Wirkung für das öffentliche Gedächtnis nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Die „Seegfrörne“ des Jahres 1963, also das bis dato letzte vollständige Zufrieren des Bodensees, hat sich nicht nur der Region als Erfahrung grenzüberwindender Zusammengehörigkeit eingeprägt, sondern durch die erstmals für dieses Ereignis mögliche massenmediale Verbreitung eine weit über den engeren Raum wirkende Strahlkraft entfaltet. Für Wochen stand damals der Bodensee ganz oben auf der Agenda



Seit bald zwei Jahrhunderten unter Dampf und lange in zwischenstaatlicher Konkurrenz. Am See zeigten die Anrainerstaaten im wahrsten Sinne Flagge – Baden und Württemberg nicht nur mit eigenen Dampferflotten, sondern mit Ludwigshafen und Friedrichshafen auch mit Hafengründungen und Stadtumbenennungen. Heute wird der Saisonstart der „Weißen Flotte“ grenzüberschreitend mit der „traditionellen Sternfahrt“ begangen.

der Medien; Zeitungen und Rundfunk hielten die Bevölkerung über das Geschehen auf dem Laufenden, und das vor seinem Durchbruch stehende Fernsehen machte mit aktuellen Bildern Appetit auf eigene Teilhabe. So pilgerten vor allem an den Wochenenden tausende Schau- und Abenteuerlustige aus den Ballungszentren an den See, um des seltenen Ereignisses teilhaftig zu werden. Die privaten Fotografien als Zeugnisse eigenen Erlebens fanden ihren Weg bis in Karlsruher und Stuttgarter Alben und bestätigten die Einmaligkeit des Geschehens. Am See selbst erinnert in Hagnau ein Gedenkstein an jene jungen Männer, die am 6. Februar 1963 als erste den See überquerten – er ist ein Zeichen für das auch nach außen repräsentierte Geschichtsbewusstsein der Anwohner und dokumentiert die Transformation eines Naturereignisses zu einem Marker gemeinsamen Erbes.

Ereignisse wie die „Seegfrörnen“, die die Aufmerksamkeit auf den Raum und seine Besonderheiten lenken, sind selten. Aber in der Moderne bedarf es auch nicht mehr unbedingt eines authentischen Geschehens, um eine Bühne für die Verständigung über Zusammengehörigkeit und „kleine Differenz“ zu finden. Der Bodensee bot dafür schon lange ein gutes Forum – und dies nicht nur im oben etwas ausführlicher be-

handelten Tourismus, der früh dafür gesorgt hat, dass sich an Schiffsanlegestellen, in Gaststuben und später auch in Naturfreundehäusern und auf Campingplätzen Badener und Württemberger (und andere) begegnen konnten, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede mehr oder weniger humorvoll zu verhandeln. Im Tourismus haben sich aber zuerst konkrete materielle Räume gebildet, in denen solches Programm war: Man denke etwa an die in kaum einer Bodenseestadt fehlenden historistischen Weinstuben mit ihren Ansichten und Wappen aus den Anrainerländern. Sie kommunizierten gerade im Zeitalter der Nationalstaaten einem bürgerlichen (und wohl auch häufig vaterländisch gestimmten Publikum) subtil das Verbindende der historischen Landschaft.

Das Erlebnis der Region: Wissenstransfer im Konsum- und Unterhaltungsformat

Die jüngere Zeit hat für ähnliche Funktionen andere Räume und Formate gefunden. Sie besitzen oftmals eine deutlich virtuelle Dimension, aber immer mit einer bewusst betonten Bodenhaftung in der Region. Auffällig ist zum Beispiel, dass selbst ein nach globaler Logik gestalteter Erlebnispark wie das „Ravensburger Spieleland“ beispielsweise mit einer „Schwäbischen Eisenbahn“ und einer Traktorfahrt durch Obstgärten, Hopfenreben und Äcker etwas von der Region vermitteln will und sich – wenn man so will – des kulturökologischen Arguments bedient. Mit einem „Bauernhof“ und einem „Dorfladen“ macht der zwischen Ravensburg und dem Bodensee situierte Vergnügungspark zudem Region quasi unmittelbar konsumierbar.

Wenn der See einmal wirklich Brücke ist: Im Gedächtnis der Seeanwohner sind die seltenen „Seegfrörnen“ Momente verbindender Erfahrungen. Die letzte von 1963 machte den See auch für tausende auswärtige Besucher zum Ausflugsziel: Wege über das Eis vor der Kulisse von Meersburg.



„Euer keiner aber hat geraten, wie Ihr wollet wieder herauskommen“: Angela Merkel, Angeklagte des Jahres 2001, mit dem Narrenbüttel des Stockacher Narrengerichts. Auch wenn Bundespolitiker in der Anklage stehen, bietet der seit langem TV-übertragene Fastnachtshöhepunkt viel Möglichkeit zur Darstellung baden-württembergischer Eigenart – und vor allem badisch-schwäbischer Gegensätze.



Auf vergleichbare Effekte, aber auf andere Adressaten setzen die seit bald sechs Jahrzehnten ausgestrahlten Hafenkonzerte „Gruß vom Bodensee“ des SWR. Sie besitzen eine treue Fangemeinde unter den Freunden volkstümlicher Musik und bedienen sich – im Verbund mit einem System gastgebender Partnergemeinden – eines „Land und Leute“-Formats, das neben Musik und Unterhaltung am (sehr) frühen Sonntagmorgen kulturelle Besonderheiten rund um den See zu kommunizieren versucht. Lange Jahre stand das Hafenkonzert für den grenzüberschreitenden Medienraum Bodensee. Heute, nach dem vor einigen Jahren erfolgten Ausstieg des Österreichischen Rundfunks, ist es zu einer deutsch-schweizerischen Gemeinschaftsproduktion in einem zusehends milieuspezifischen Unterhaltungssegment geworden. Dennoch kann das Hafenkonzert als Beispiel für die mediale Produktion und Distribution verbindender Bilder über den Bodensee fungieren, zumal es „Heimat“-Werte der Region einem größeren Publikum zugänglich macht und so zur kulturellen Markierung des Raums beiträgt.

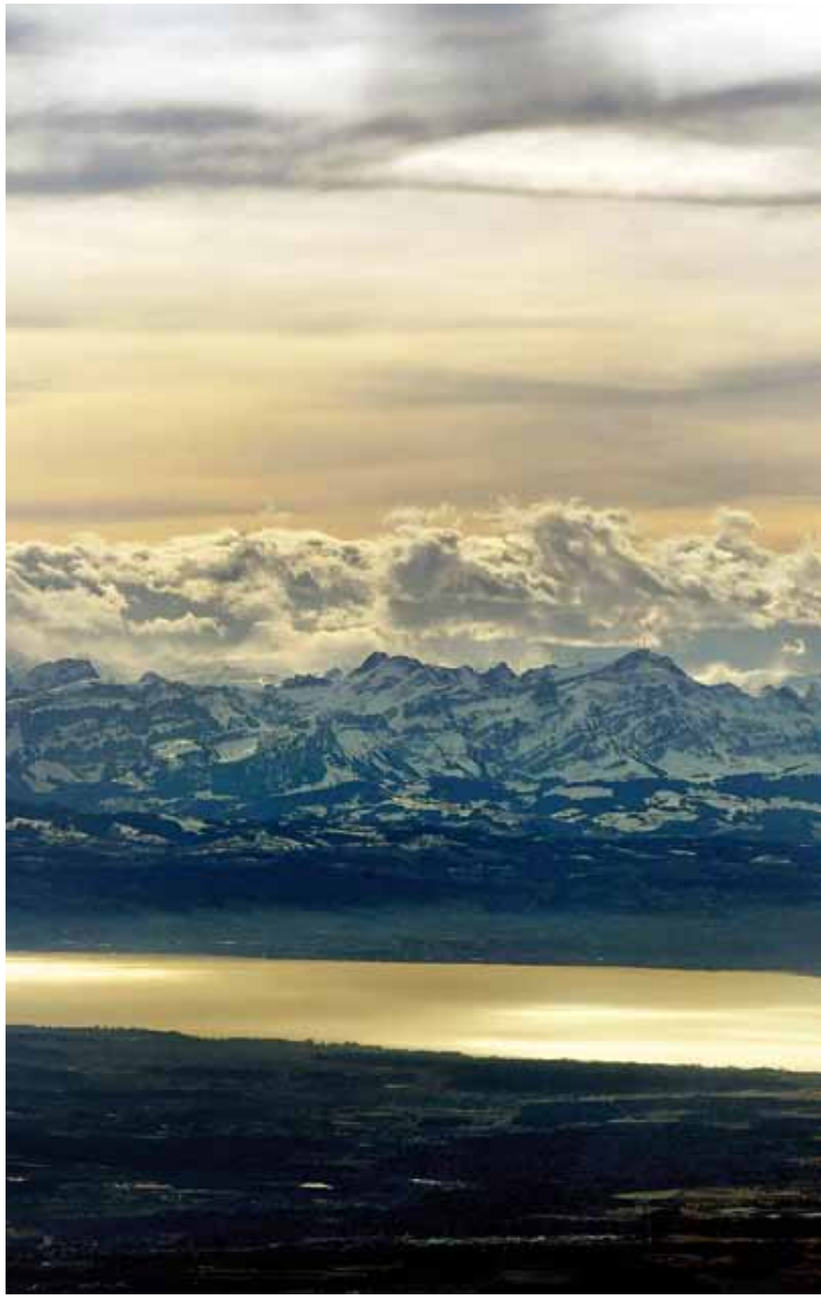
Die schwäbisch-alemannische Fastnacht

Ähnliche Bedürfnisse im Einzugsgebiet des SWR bedienen die Übertragungen von der südwestdeutschen Fastnacht. Auch sie bieten unterhaltend aufbereitetem Kulturerbe überlokale Bühnen. Der Bodensee bildet dabei freilich nicht den einzigen, aber einen wichtigen Brennpunkt der Einschreibung von Traditionen der (zumeist katholischen) Peripherie in das staatliche Gedächtnis. Heute fast so etwas wie der „Landesbrauch“ schlechthin und ein in der öffentlichen Repräsentation selbstverständlich eingesetztes gemeinsames Kulturerbe des Südwestens, ist die Fastnacht ein hervorragendes Beispiel für die Spuren, welche wissenschaftliche Deutungen in der kulturellen Praxis zu hinterlassen imstande sind. Die Verbindung des Bodensees mit den Vorstellungen der unverwechselbaren Traditionen eines als „schwäbisch-alemannisch“ ausgelegten Brauchkomplexes hat diesem einen zusätzlichen Weg in die Identitätspolitiken und -praktiken Baden-Württembergs geebnet. Das liegt nicht zuletzt an den integrativen Potenzialen der Fastnacht, die nach 1945 im Südwesten alte Herrschaftsgrenzen und zusehends auch konfessionelle und soziale Hürden zu überwinden halfen. Beobachtet man etwa die alljährlichen Verhandlungen des „Hohen Grobgünstigen Narrengerichts zu Stockach“, dann fällt auf, dass die via Fernsehen übertragenen Rituale und Sprechakte gerade durch die ständige Ironisierung badisch-schwäbischer Gegensätze auch einen gemeinsamen Verständigungsraum herstellen.

Entgrenzung: der See als Sinnbild historischer Größe und Motor künftiger Entwicklung

Wenn hier der Akzent bewusst nicht auf die Ereignisse und Monumente der *grande histoire* gelegt worden ist, sondern die alltägliche Dimension kulturellen Gedächtnisses in der Vordergrund gerückt worden ist, dann sollte damit nicht der Eindruck erweckt werden, es handelte sich dabei um eine weitgehend politik- und ideologiefreie Angelegenheit. Dennoch wird die Reichweite der Ideen oft überschätzt. Die Ergebnisse der jüngeren gedächtnisorientierten Forschung zu Nation und Region zeigen, dass die Vorstellungen von Zugehörigkeit und Zusammengehörigkeit immer dort am tiefgreifendsten wirksam werden, wo sie nicht allein von staatlichen Institutionen getragen, sondern auch in alltäglichen Erfahrungen aktualisierbar werden. So bilden die beschriebenen Orte und Rituale gewissermaßen das populäre Pendant zu den theoretischen Entwürfen einer von der „goldenen Schale" des Bodensees ausgehenden Zusammengehörigkeit. Nicht ganz zufällig entfalteten bereits im 19. Jahrhundert neben dem 1868 gegründeten „Verein für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung" die Sängerfeste, also der durchaus massentaugliche Kontakt im musikalischen Bereich, die größte Wirkung in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Gerade im Zeitalter der Nationalstaaten konnte der See immer wieder zur Projektionsfläche politisch motivierter Kulturkritik werden. Das hat lange seine Anziehungskraft für die kulturellen Eliten verstärkt und diesen zum Ausgangspunkt (oftmals historisch begründeter) Visionen gemacht. So nützt etwa der populäre Reiseschriftsteller J. C. Heer 1892 die Schilderung einer Ballonfahrt des legendären Kapitäns Spelterini – und die aus der Vogelschau nicht erkennbaren Grenzen im Bodenseeraum – für seine Kritik der Verhältnisse. Hermann Hesses nach dem Ersten Weltkrieg verfasstes *Alemannisches Bekenntnis* zählt heute zu den am meisten zitierten Belegen der Einheit des Raums:



„Ewige Mauerzinnen der Eisgebirge, die hier in einer Kette von nahe an hundert Stunden in einem Halbkreise herumgelagert den einen wie die trauliche Mauer der Vaterstadt, an die sichre deutsche Heimath mahnend das Ziel seiner Reise, das Gränzgebiet seiner Sehnsucht bilden; dem anderen sich als ein zum Sturm einladendes Bollwerk aufstellen, das der Wunsch schon erklimmt, um sich die Wonnen des dahinter geborgenen Welschlands zu erobern."
So schrieb Gustav Schwab 1827 in *Der Bodensee* und charakterisierte damit auch diesen Blick über Friedrichshafen auf den Säntis und die Alpen.



Darüber hinaus fand ich mich mit zunehmenden Jahren immer unentrinnbarer getrieben, überall das, was Menschen und Nationen verbindet, viel höher zu werten als das, was sie trennt. Im Kleinen fand und erlebte ich das in meiner natürlichen, alemannischen Heimat. Daß sie von Landesgrenzen durchschnitten war, konnte mir, der ich viele Jahre dicht an solchen Grenzen lebte, nicht verborgen bleiben. Das Vorhandensein dieser Grenzen äußerte sich nirgends und niemals in wesentlichen Verschiedenheiten der Menschen, ihrer Sprache und Sitten, es zeigten sich diesseits und jenseits dieser Grenze weder in der Landschaft noch in der Bodenkultur, weder im Hausbau noch im Familienleben merkliche Unterschiede. Das Wesentliche der Grenze bestand in lauter teils drolligen, teils störenden Dingen, welche alle von unnatürlicher und rein phantastischer Art waren: in Zöllen, Passämtern und dergleichen Einrichtungen mehr.

Nach 1945, als die Zukunft des Südweststaats noch in den Sternen stand, sah der Historiker und Archivar Otto Feger aus Konstanz den Bodensee wenn nicht im Zentrum, dann doch als historisch-kulturellen Gravitationsraum eines von ihm entworfenen „Alemannenstaats“. Das sind nur Beispiele für die vielen Varianten, die von der Erzählung eines grenzüberschreitenden Kulturraums Bodensee existieren. Das damit verbundene Wissen – wenngleich es sich in vielem als historischer Mythos erwiesen hat – ist in den vergangenen beiden Jahrzehnten nicht ohne entsprechende Aktualisierung und Adaptierung in die politische Praxis eingeflossen. In seinem Grundton bestimmt es das „Bodenseeleitbild“ von 1994, das von einem „traditionellen Kulturraum mit einer lange Zeit gemeinsamen Geschichte“ spricht. Und es legitimiert auch – wenngleich aktuell nicht mehr mit dem Anspruch der Konstruktion einer singulären gemeinsamen Identität – die Förderpolitik der Europäischen Union in der Region. Die Strukturen, welche heute hier wie anderswo das Leben in den Regionen durchwirken, mögen mithin zwar auf einem kollektiven Trugbild gründen. Die beweglichen Definitionen des Bodenseeraums und die flexiblen Grenzziehungen im Alltag bestätigen aber auch, dass Sinn und Präsenz von Gedächtnisorten sich selbst im Zeitalter globaler Entgrenzung erst in und durch Praxis bestätigen.



Der Gesamtkomplex des Evangelischen Stifts in Tübingen aus der Luft. Im Jahr 1536 von Herzog Ulrich gegründet, sichert das Studienhaus seit der Reformation die Ausbildung evangelischer Pfarrer. Seit Jahrhunderten hat es die „Stiftköpfe“ hervorgebracht, eine geistige und geistliche Elite, die weit über Württemberg hinaus gewirkt hat.

Tübingen und das schwäbische Geistesleben

Das Evangelische Stift und die württembergischen Klosterschulen

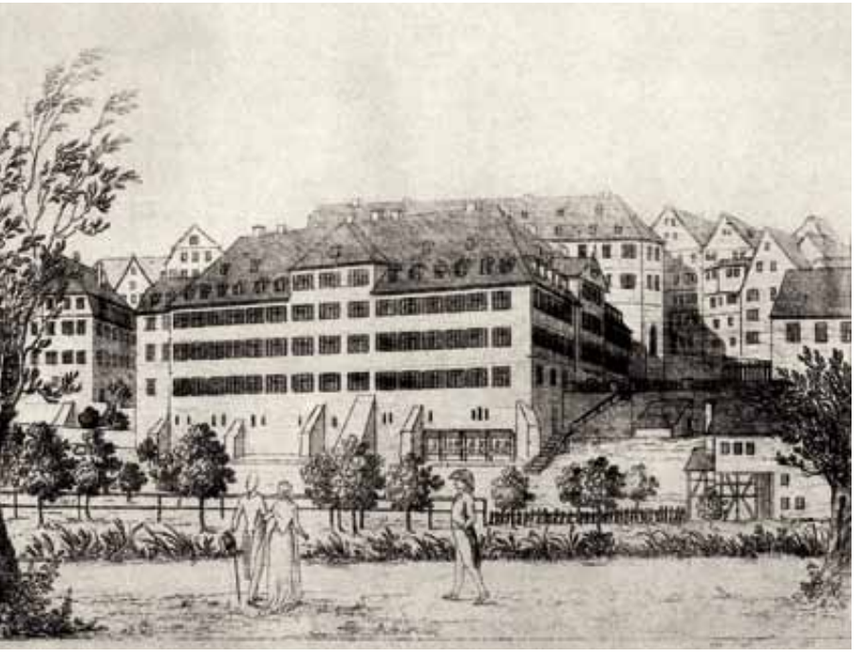
Hans-Otto Binder

Wer als Tourist nach Tübingen kommt, wird es nicht versäumen, einen Blick auf das Evangelische Stift zu werfen. Wenn er vom Hölderlinturm kommt, sieht er das inzwischen fast immer geöffnete Tor und die Kapelle des ehemaligen Augustinerklosters wie den Bug eines Schiffes auf hoher See.

Hier und in den dazugehörenden vorgeschalteten Klosterschulen wurden seit fast 500 Jahren die evangelischen Theologen Württembergs und viele herausragende Wissenschaftler und Künstler ausgebildet. Die Stiftung hat viele schlimme Stürme und Umbrüche bis heute überstanden und ist schon deshalb in der deutschen Bildungslandschaft einmalig. Für Württemberg wurde sie prägend und identitätsstiftend.

Die Qualität der Stiftung, die Breite der Rekrutierung von Stipendiaten und das gemeinsame Leben unter Gleichen hat zu einer erstaunlichen Förderung von Begabungen über den ursprünglichen Zweck hinaus geführt. So haben die Nichttheologen und Außenseiter ebenso zum Ruhm des Hauses beigetragen wie die Theologen und Männer der Kirche.





Ansicht des Evangelischen Stifts
von Süden nach dem klassizistischen Umbau.
Radierung aus dem Jahr 1802.

Das Stipendium

Das Fürstliche Stipendium in Tübingen und die ihm zugeordneten Klosterschulen bilden eine Einheit, die aus der besonderen Lage Württembergs entstanden ist und dann ihrerseits das Land seit 1536 geprägt hat. Württemberg war nach seiner Erhebung zum Herzogtum 1495 ein nur kleines Fürstentum, aber durch seine im Vergleich größere territoriale Geschlossenheit war es ein gewichtiger Faktor in Südwestdeutschland. Durch das Ausscheiden des niederen Adels, dem es gelungen war, reichsunmittelbar zu werden, war es auch sozial vergleichsweise homogen. Hier hatten bürgerliche Landeskinder mehr Möglichkeiten zur politischen Mitwirkung als in den meisten größeren Territorien des Reiches. Ein Aufstieg in die führende Schicht der „Ehrbarkeit“ war durch Heirat und Bildung möglich.

Durch den Ehrgeiz Herzog Ulrichs (1487–1550), den der Schwäbische Bund 1519 aus dem Lande vertrieben hatte, war das junge Fürstentum in seine größte Krise geraten. Ulrich war nur noch das linksrheinische Mömpelgard (Montbéliard) geblieben. Dort führte er 1524 die Reformation ein. Zehn Jahre später konnte er mit Hilfe des Landgrafen Philipp von Hessen in der Schlacht bei Lauffen sein Land wieder gewinnen und auch in seinem Stammland den neuen Glauben einführen. Die weitere Entwicklung im Reich führte dazu, dass Württemberg, eingekeilt zwischen fast ausschließlich katholischen Mächten, zum südlichsten Pfeiler des Luthertums im Reich wurde. In religiösen Fragen musste man sich außerdem gegen den Einfluss der Zwinglianer und Calvinisten im Süden behaupten.

Zunächst galt es, den neuen Glauben im Land zu sichern. Da die bisherigen Priester mehrheitlich ihrem alten Glauben treu blieben, gab es einen Mangel an geeigneten Geistlichen. Um diesem abzuhelfen, schuf Ulrich 1536 nach Marburger Vorbild ein Stipendium für die zukünftigen Theologen. Zunächst war dies ein Stipendium ohne Anstalt, erst später wurde es zunächst mit der Burse und 1547 mit dem ehemaligen Augustinerkloster in Tübingen verbunden, in dem von nun an 100 Stipendiaten wohnen und studieren sollten. Herzog Christophs Onkel Georg, Statthalter in Mömpelgard, hat das Stipendium für Theologiestudenten aus dem linksrheinischen Württemberg ergänzt.

Unter Herzog Christoph wurde schließlich 1559 in der Großen Kirchenordnung das gesamte Kirchen- und Schulwesen geordnet, mit dem Ziel, für das Predigtamt und die weltliche Obrigkeit „rechtschaffene, gelehrte und gottesfürchtige Männer heranzubilden“. Die Reform war ein großer Wurf von beeindruckender Nachhaltigkeit. Die Klosterschulen und das Fürstliche Stift wurden großzügig ausgestattet, damit die begabten Kinder des Landes zum Studium gebracht werden konnten. Die Offenheit nach unten darf man sich aber nicht allzu großzügig vorstellen, sie betraf im Wesentlichen das Bürgertum, zeitweise waren Söhne von Handwerkern und Bauern ausdrücklich ausgeschlossen. Im 18. Jahrhundert waren die Väter der Zöglinge zu 50 Prozent Pfarrer und zu 30 Prozent höhere Beamte. Erst nach 1817 veränderten sich die Verhältnisse zu Gunsten der unteren Schichten.

Mit berechtigtem Stolz konnte Christoph (1515–1568) von seiner Schöpfung sagen, sie sei „ein solcher Schatz, so in ganzer teutscher Nation nit befunden werde“. Einer der frühen Stipendiaten, der *poeta laureatus* Nicodemus Frischlin (1547–1590), hatte prophezeit, gleich einem Trojanischen Pferd würden ihm viele und berühmte Männer entsteigen. Damit sollte er zweifelsohne Recht behalten.

Strenge Leistungsanforderungen

Das Stipendium gewährte nicht nur kostenlose Ausbildung, sondern auch Kost und Logis und in späteren Zeiten sogar das Geld für eine Studienreise. Wer dieses Stipendium erhielt und sich der Ordnung entsprechend verhielt, hatte seinen Lebensunterhalt auf Dauer gesichert. Da das Stipendium nach unten offen war, war es sehr begehrt. Wer in seinen Genuss kommen wollte, musste sich einem harten Auswahlverfahren, dem sogenannten Landexamen unterziehen, das Herzog Christoph 1556 eingeführt hatte. Zeitweise musste diese Prüfung sogar mehrfach bestanden werden. Die zukünftigen Zöglinge standen also in einem Auslesewettbewerb, den nur bestehen konnte, wer intensiv darauf vorbereitet worden war. Insofern war der Kreis der Wettbewerber dann doch wieder eingeschränkt. Sie mussten die Möglichkeit haben, eine städtische Lateinschule zu besuchen, vom Vater gedrillt zu werden oder sie wurden schon in jungen Jahren einem Pauker anvertraut. Das Leben in den dem Stift vorgeschalteten Klöstern war streng reglementiert und es bestand auch der Zwang, Verstöße der Mitschüler zu melden. Der Leistungsdruck hielt nach dem Landexamen durch die ständige Beurteilung und dem Klassement nach Leistung an, das auch im Tübinger Stift nicht aufhörte. Das schon am Anfang vorgegebene Bildungsziel war der *homo trilinguis,* der die biblischen Sprachen Hebräisch und Griechisch und außerdem Latein beherrschte. Gelegentlich waren die Kandidaten in Latein so gefestigt, dass sie beim Landexamen ihre Arbeiten mit Gedichten ausschmückten. Diese frühe Festlegung auf die Sprachen wurde in Tübingen durch das viersemestrige Vorstudium der *artes liberales* ausgeglichen, dazu gehörten auch Mathematik und Astronomie. Erst nach Erwerb des Magisters begann das dreijährige Studium der Theologie.

Es war also nicht zufällig, dass ein so berühmter Mathematiker und Astronom wie Johannes Kepler (1571–1630) aus dem Stift hervorgegangen ist. An ihm können einige Charakteristiken der frühen Zeit des Stiftes exemplarisch aufgezeigt werden. Der junge Johannes befand sich in den Seminaren Adelberg und Maulbronn in einem dauernden Wettbewerb um den ersten Platz. Sein Ehrgeiz war groß und machte ihm Schwierigkeiten, sich einzufügen. Auch denunzierte er – wie befohlen – andere Mitschüler und schaffte sich auf diese Weise Feinde, worunter er dann wieder litt. Dem Theologiestudenten erschien dann die Calvin'sche Abendmahlslehre als richtig – und er hat an dieser Überzeugung festgehalten. Als er im Alter gerne an die Universität Tübingen zurückkehren wollte,

Der Haupteingang des Evangelischen Stifts mit Außenhof.



scheiterte dies, weil er nicht bereit war, die Konkordienformel der lutherischen Orthodoxie zu unterschreiben.

Die Konkordienformel war im Streit um das richtige Abendmahl von Jakob Andreae (1528–1590), einem ehemaligen Stiftler und späteren Universitätskanzler, entwickelt worden. Sie war ein hoch bedeutendes Einigungswerk für die Lutheraner gewesen. Deshalb wurde in Württemberg äußerst streng an ihr festgehalten und so entfaltete sie ihre negative Seite.

Der Dreißigjährige Krieg führte zum wirtschaftlichen Ruin des Landes und damit auch des Stiftes. Zu seiner Wiederherstellung trug nicht nur der Fürst, sondern auch die „Landschaft" als Ständevertretung recht großzügig bei. So wurde aus dem Fürstlichen Stipendium eine Einrichtung auch des Landes.



Kloster Maulbronn: Kreuzgang mit Brunnenhaus.

Die Klosterschulen

In Württemberg blieben die Klöster der Kirche erhalten und in allen waren Schulen eingerichtet worden, also in Adelberg, Alpirsbach, Anhausen, Bebenhausen, Blaubeuren, Denkendorf, Königsbronn, Lorch, Maulbronn, Murrhardt, Hirsau, Herrenalb und St. Georgen. Die Schulen übernahmen aus der vorreformatorischen klösterlichen Ordnung die regelmäßigen gemeinsamen Gebete und die mönchischen Kutten, die auch noch in Tübingen getragen werden mussten. Die Reduzierung auf vier Schulen Ende des 16. Jahrhunderts erfolgte unter den Herzögen Ludwig (1554–1593) und Friedrich (1557–1608) aus wirtschaftlichen Gründen, da die Zahl der Schüler zurückgegangen war. Von den ursprünglichen Schulen blieben später nur noch Maulbronn und Blaubeuren mit einer kurzen Unterbrechung, neu hinzu kamen Schöntal (1807) und Urach (1817). Daraus entwickelten sich die zwei Zyklen Maulbronn/Blaubeuren und Schöntal/Urach, mit der anschließenden „Promotion“ in das Stift. Dieser Begriff bezeichnete schließlich einen gemeinsamen Schul- und Stiftsjahrgang. Das Jahrgangsprinzip wurde ein Charakteristikum dieser Einrichtung. Es ermöglichte eine gleichberechtigte interne Kommunikation und verhinderte das Aufkommen von Korpsgeist und Initiationsriten, wie sie in anderen Internaten üblich waren.

Mit der großen Neuorganisation des Staates von 1806 wurden die Klosterschulen dem staatlichen Studienrat unterstellt und von einer gemeinsamen Stiftung von Kirche und Staat getragen. Sie hießen nun Evangelisch-theologische Seminare. Der Geist der Reformen war vorwiegend neuhumanistisch, doch Latein als Unterrichtssprache, überhaupt die Pflege der alten Sprachen und auch die Lektüre der Alten blieben erhalten. Französisch und die Naturwissenschaften fanden nur langsam Eingang in den Lehrplan, Englisch konnte erst seit 1856 freiwillig gelernt werden. Neben den alten Sprachen wurde vor allem die Musik gepflegt, zudem fanden auch nationale und liberale Ideen Eingang in die Seminare. Ephorus Reuss führte 1817 in Blaubeuren sogar das Turnen ein. „Wir waren Teutoniker; Fels und Wald erklangen von den Liedern Jahns, Follens, Arndts, Theodor Körners“, schrieb Friedrich Theodor Vischer (1807–1887) aus der „Geniepromotion“ von 1821. Auch die alte Kleiderordnung musste weichen und die Seminaristen trugen nun, was sie als altdeutsche Tracht verstanden. Dem freien Umherschweifen in der Natur waren



Ein magischer Ort, der die Menschen anzieht: der Blautopf in Blaubeuren.

allerdings nach wie vor enge zeitliche Grenzen gesetzt. Wer sich nicht einordnen konnte, hatte es auch weiterhin schwer. Die Einführung der Repetenten, jungen erfolgreichen Vikaren, als Freunde der Zöglinge, erwies sich als erfolgreiche pädagogische Maßnahme.

Die vier Seminare überstanden die politischen und sozioökonomischen Veränderungen weitgehend unbeschadet und ohne große grundlegende Reformen, bis sie dann die Nationalsozialisten vollständig der Kirche wegnahmen und teilweise zu eigenen Zwecken missbrauchten. Langfristig führte die unterschiedliche Entwicklung von Seminaren und Stift in Tübingen und die Trennung von Kirche und Schule dazu, dass der Übergang vom Seminar zum Stift nicht mehr selbstverständlich war. Zunehmend suchten die Seminaristen auch andere Berufsfelder. Es war jedoch eine andere Entwicklung, die die Seminare viel grundsätzlicher in Frage stellte, nämlich die enorme Zunahme des Bildungssektors für die moderne Gesellschaft. Noch bis in die 1960er-Jahre gab es im ländlichen Raum nicht genügend Schulen, die zum Abitur führten. Deshalb waren die Seminare auch ein Angebot für diese Bevölkerung gewesen. Nun unter dem Eindruck der deutschen „Bildungskatastrophe“ wurde das staatliche Bildungsangebot entscheidend vergrößert und die Nachfrage nach den Seminaren ging zurück. Letztlich führte das zu einer Zulassung von Mädchen und zu einer Reduzierung der Zahl der Seminare. Vor der Einführung der Koedukation gab es also keine Stipendiatinnen, danach wurden Stift und Seminare zunehmend weiblich. Heute sind Maulbronn und Blaubeuren zwei selbstständige Internate in der gemeinsamen Trägerschaft von Staat und Kirche mit besonderen Profilen. Nach wie vor sind die Pflege der alten Sprachen und der Musik sowie eine relativ kleine Schülerzahl charakteristisch.

Lutherische Orthodoxie, Aufklärung und pietistischer Einfluss

Das Stift blieb lange die Hochburg der lutherischen Orthodoxie und versorgte auch andere Länder mit qualifizierten Theologen. Erst um die Wende des 18. Jahrhunderts gab es starke Erneuerungsbewegungen. Der starke Einfluss, den der Pietismus im Stift genommen hat, stand immer etwas im Schatten der späteren Entwicklung. Aus dem Stift kamen als einflussreiche Vertreter des Pietismus Johann Albrecht Bengel (1687–1752) und Friedrich Christoph Oetinger (1702–1782), die dann als Repetenten weiter im Stift wirkten. Viele

Der junge Erfolgsautor David Friedrich Strauß auf einem Stich aus dem Jahr 1837.



der bekanntesten Vertreter des Pietismus waren Stipendiaten, die in der Stadt und im Stift in kleinen Zirkeln Erbauungsstunden abhielten und später im Land in diesem Sinne wirkten. Als Dichter von Kirchenliedern und religiöser Lyrik haben die pietistischen Stiftler dauerhaft gewirkt und sind noch heute im Kirchengesangbuch präsent.

Bekanntere und deutlichere Erinnerungsspuren wurden allerdings in der Zeit der Aufklärung und des Idealismus gelegt. Die Jahrzehnte um die Französische Revolution waren in der Rückschau die glanzvollsten des Stifts. Sie prägten bis heute die Erinnerung am stärksten. In dieser Zeit galt das Stift als die „Brutstätte des Democratismus“, in der Tyrannenmord und Aufruhr gepredigt würde. Das Dreigestirn Hölderlin (1770–1843), Hegel (1770–1831) und Schelling (1775–1854)



Der Uracher Wasserfall:
Die Naturschönheit der Schwäbischen Alb beeindruckte die Seminaristen.

wandte sich von der Theologie ab und der Philosophie und Dichtung zu. Von ihnen beeinflusst, begründete die nächste Generation um Ferdinand Christian Baur (1792–1860) die Tübinger Schule der historisch-kritischen Theologie; das im Stift geschriebene *Das Leben Jesu* des Repetenten David Friedrich Strauß (1808–1874) machte Wissenschaftsgeschichte. Neben den Theologen haben auch danach einige der aus dieser Kaderschmiede hervorgegangenen Philosophen weltweit gewirkt. Das stärkte das Selbstbewusstsein der württembergischen Bevölkerung. Natürlich ist dabei an erster Stelle Georg Wilhelm Friedrich Hegel zu nennen, wobei über den schwäbelnden Philosophen in Berlin besonders gerne Geschichten erzählt werden. Einerseits war man stolz, dass sich der Weltgeist gerade in Württemberg niedergelassen hatte, auf der anderen Seite versuchte man den großen Abstand zu überwinden und ein bisschen Gleichheit herzustellen. Gern und mit Genuss wurde der Satz des Stiftsseniors tradiert: „O Hegel, Du säufst Dir gewiß Dein bißle Verstand vollends ab.“ Mit einem solchen Hegel konnte man sich identifizieren.

Die literarische Prägung

Es ist nicht verwunderlich, dass die Dominanz der Sprachen in der Ausbildung später ihre Früchte trug, nicht nur bei den wortmächtigen Theologen und in der Philosophie, sondern auch in der Sprachwissenschaft, bei den Übersetzern, Schriftstellern und Dichtern. Da ist es eher erstaunlich, dass die Seminarerziehung vergleichsweise selten zum Gegenstand des literarischen Wirkens geworden ist. Am bekanntesten ist Hermann Hesses (1877–1962) *Unterm Rad*, am schönsten wohl der *Besuch in Urach* von Eduard Mörike (1804–1875). Weniger wirkungsvoll, aber sehr lesenswert ist die Novelle von Hermann Kurz (1813–1873) *Die beiden Tubus*. Gegenüber diesen Werken fallen die Seminarromane von David Christoph Seybold und Ernst Salzmann stark ab. Hesse hat den Leistungsdruck und Anpassungszwang auf seinen sensiblen Helden Hans Giebenrath, der schon vom Landexamen ausging und im Seminar weiter anhielt und schließlich zum Tod führte, aufgrund eigener Erfahrungen in Maulbronn, dem er entflohen ist, einfühlsam beschrieben. Das hat dann den Eindruck erzeugt, als handle es sich nicht um eine Fiktion, sondern um ein autobiografisches Zeugnis.

Ganz anders waren die Erinnerungen von Eduard Mörike an seine Seminarzeit, für den die Jahre in Urach und Tübingen zu seinen schönsten gehörten. 1825 hat er bei einem Besuch in Urach die Lieblingsorte seiner damaligen Zeit aufgesucht und zwei Jahre später im Gedicht die Uracher Landschaft besungen. Über die Uracher Zeit schrieb er später: „Die prachtvolle Gebirgsgegend, das schöne Tal worin wir wohnten, das engere Zusammensein mit einer Menge junger, nach Art und Begabung höchst verschiedener Menschen, die Eigentümlichkeit der Lehrer, die Bekanntschaft mit Büchern, die nicht unmittelbar auf meinen Beruf hinwiesen – dies alles gab dem nun zum Jüngling erwachsenden Knaben in einer

abgeschlossenen und einförmigen Lage die mannigfaltigsten Anregungen."

Der mit ihm befreundete Hermann Kurz hat das Landexamen als ein gesellschaftliches Ereignis beschrieben, bei dem sich die verschiedenen Jahrgänge als Väter in Stuttgart wieder treffen. Im Zentrum der Novelle stehen zwei zunächst befreundete Pfarrer, die ihre Söhne auf das Landexamen vorbereiten. Der Sohn des einen hatte „ut" mit dem Indikativ konstruiert und war deshalb trotz bester Noten in den anderen Fächern gescheitert, denn Arithmetik und Geschichte, „waren nicht die Schlüssel, welche die Tür in das Reich Gottes öffneten".

Bei Promotionstreffen und sonstigen Gelegenheiten wurden Erinnerungsgedichte verfasst und vorgetragen. Der Spötter Friedrich Theodor Vischer dichtete nach einem Besuch in Blaubeuren geradezu hymnisch:

Da bist du ja im Morgenstrahl,
Mein nie vergess'nes Jugendtal!
Der Berge Kranz, die wunderbare Quelle,
Städtchen und Kloster, alles ist zur Stelle.
Noch immer steigt gezackt und wild,
Empor seltsames Felsgebild,
Burgtrümmer schauen über Höhlenschlünde
Auf stillen Fluß und zarte Wiesengründe.

Wilhelm Hauffs Roman animierte zum Neubau der Burg Lichtenstein.



Dichter und Literaten, die die Heimat besingen

Sehr viel gewichtiger als die Literatur über die Klosterschulen waren die literarischen Erzeugnisse von Seminaristen und Stiftlern, in denen sich ihre Erfahrungen niederschlugen. Es ist wirklich erstaunlich, wie viele wortmächtige Dichter und Schriftsteller aus diesen Einrichtungen hervorgegangen sind. Wie selbstverständlich erinnern wir uns dabei zuerst an die ganz Großen wie Friedrich Hölderlin und Eduard Mörike, wobei Hölderlin in erster Linie für die Nation, Mörike mehr für das kleinere Vaterland prägend war. Er hat seine Heimat den Menschen nahe gebracht, so in seinem *Stuttgarter Hutzelmännle* die Schwäbische Alb, Blaubeuren und den Blautopf mit der *Schönen Lau.* Wenige Jahre vor Mörike hat Wilhelm Hauff (1802–1827) mit seinen Märchen, besonders der Geschichte vom *Kalten Herz* und dann vor allem mit dem Roman *Lichtenstein* den Württembergern eine Art Nationalepos geschaffen. Auch Hermann Kurz hat in seinen Romanen *Schillers Heimatjahre* und *Der Sonnenwirt* Württemberg eine wichtige Rolle gegeben. Über viele Generationen bis heute hat David Friedrich Weinland (1829–1915) mit seinem 1878 veröffentlichten Roman *Rulaman* den Jugendlichen das Leben der steinzeitlichen Vorfahren auf der Schwäbischen Alb nahe gebracht und damit weltweit Anerkennung gefunden. Falkensteinhöhle und Tulkahöhle, Neuffen und Schönbuch sind die Orte der Handlung. Der in Hohenwittlingen geborene Maulbronner Seminarist und Stiftler war nicht nur Theologe und Naturforscher, sondern eben auch ein bedeutender Jugendbuchschriftsteller. Stiftler haben darüber hinaus das Land untersucht, vermessen und genauestens beschrieben. Hermann Fischer (1851–1920) hat mit seinem *Schwäbischen Wörterbuch* und der *Literaturgeschichte Schwabens* Grundlagenforschung für das Schwäbische geleistet. Das geschah auch für andere Sprachen durch Religionswissenschaftler und Missionare, sodass das Stift auch Erinnerungsort außerhalb Württembergs geworden ist.

Kirche und Schule

Bis zur Säkularisation lag das Schulwesen in der Obhut der Kirche, denn der Zweck der Schule war in erster Linie die religiöse Unterweisung. Dieser Aufgabe entsprechend, hat das Stift Pädagogen hervorgebracht, die das Land prägten. Aber auch bei der Emanzipation der Schule von der Kirche im 19. Jahrhundert waren Stiftler beteiligt. Dazu gehörten die beiden Brüder Carl August und Christian Heinrich aus der bedeutenden Pfarrerfamilie Zeller, die Pestalozzis Gedanken in Württemberg verbreitet haben. Auch Bernhard Gottlieb Denzel (1773–1838) war ein Anhänger Pestalozzis und reformierte als Pfarrer von Pleidelsheim die dortige Schule in dessen Geist. 1811 wurde in Esslingen das erste Lehrerseminar Württembergs gegründet und Denzel als sein erster Leiter berufen. Dies war ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Verbesserung des Elementarschulwesens und der Professionalisierung der Lehrerbildung, die vorher zufällig und willkürlich gewesen war. Denzel hatte sich in vielem auch auf Friedrich Immanuel Niethammer (1766–1848) gestützt. Dieser bedeutende Pädagoge hatte das Stift zur Zeit von Hegel, Hölderlin und Schelling besucht, dann das bayerische Schulwesen neuhumanistisch reformiert. Das Stift als Erinnerungsort für die Erziehungsgeschichte ist allerdings gegenüber der Theologiegeschichte etwas verblasst.

Sozialpädagogisch, überhaupt sozial engagiert waren viele Stiftler und Seminaristen, das gehörte bei den Pfarrern schon zu ihrer Aufgabe. Sie waren bereits vor 1800 auch für das Armenwesen verantwortlich und teilten sich diese Aufgabe im 19. Jahrhundert mit dem Oberamtmann. In Birkach wurde die erste Industrieschule durch Pfarrer Friedrich Wilhelm Kohler gegründet, in dessen Nachfolge in vielen weiteren Gemeinden solche Schulen entstanden. Sozialpolitisch engagiert waren auch die Schulkameraden („Kompromotionalen“) von David Friedrich Strauß, Johann Georg Freihofer und Eduard Süskind, der den Pfarrdienst aufgab und den „Landwirtschaftlichen Verein auf der Alb“, eine genossenschaftliche Selbsthilfeorganisation für die Bauern, gründete. Am nachhaltigsten war die Wirkung Gustav Werners (1809–1887), der nach seinen Jahren im Stift 1834 Vikar in Waldenbuch wurde und eine Kinderrettungsanstalt gründete. Er geriet in Konflikt mit der Kirchenleitung, zog nach Reutlingen und gründete dort die Gottes-Hilfe und später die Bruderhausstiftung.

Viel Musik, doch wenig Bildende Kunst

Großer Wert wurde in der Seminarerziehung und später im Stift auf die Musik gelegt, denn die Pflege des Gesangs hatte schon die Große Kirchenordnung zur Pflicht gemacht. Dazu wurden sogar besondere Stipendien für sangesbegabte Knaben vergeben. Zu viel Musik machen durften die Stipendiaten aber nicht. Ihre Verpflichtungen zu musikalischen Auftritten wurden immer wieder eingeschränkt. Erst mit der Berufung Friedrich Silchers (1789–1860) zum Universitätsmusiklehrer und damit verbunden zum Leiter der Stiftsmusik wurde die musikalische Betätigung stark erweitert. Auch die Seminare wurden nun angehalten, ihre Zöglinge musikalisch zu fördern, was bis heute geschieht.

Entsprechend der religiösen Aufgabe der Kirchenmusik vertonten Stiftler als Komponisten gerne geistliche und weltliche Lieder wie Ludwig Hetsch (1806–1872) Gedichte seines Freundes Eduard Mörike oder Johann Ludwig Friedrich Glück (1793–1840), der die Musik zu Eichendorffs *In einem kühlen Grunde* geschaffen hat. Auch der Komponist Immanuel Faißt (1823–1894), ein Autodidakt, der Direktor des Musikkonservatoriums in Stuttgart wurde, kam über die Kirchenmusik in dieses Amt. Schlecht ist die Bilanz im Bereich der Bildenden Kunst. Das wurde immer mal wieder beredt beklagt, besonders von Friedrich Theodor Vischer, dem Philosophen, der eine *Wissenschaft vom Schönen* verfasst hat und ein begabter Karikaturist mit dem Wort und dem Zeichenstift war. Wie er selbst, so blieben auch seine Kollegen theoretische Kunstbetrachter.

Politisches Engagement

Anders als bei den schönen Künsten hat das Stipendium erstaunlich viele für das Gemeinwesen engagierte Politiker hervorgebracht, die deutliche Spuren hinterlassen haben. In vordemokratischer Zeit ging der Weg nach oben in erster Linie über den Hof und den Dienst für den Fürsten, und so sind aus dem Stift viele Hofprediger in Stuttgart und anderen Höfen hervorgegangen sowie Männer, die hohe Ämter bekleidet haben. Im dualistischen Württemberg standen aber die Stände dem Fürsten als politische Macht gegenüber und auch auf dieser Seite waren Männer, die aus dem Stift hervorgegangen sind. Johann Osiander (1657–1724), Theologe und sprachgewandter Diplomat, stieg zum Direktor des Oberkonsistoriums auf und entwickelte einen flexiblen Widerstand

gegen die absolutistischen Tendenzen Herzog Eberhard Ludwigs (1676–1733). Offenen Widerstand oder gar Rebellion lehnte er ab, seine Sache war das geschickte Taktieren. „Bitten und Tränen“ seien die einzigen Waffen der Untertanen. Diese Methode war nicht nur gut für die Stände, sondern auch für ihn. Der Stiftsephorus von 1692 wurde 1699 Prälat von Hirsau und in der protestantischen Welt hoch geehrt.

Schlimm erging es dem Tübinger Oberamtmann Johann Ludwig Huber, auch er ein Wortführer der Opposition gegen Herzog Carl Eugen (1737–1793). Er hatte zur Steuerverweigerung aufgerufen und wurde darauf verhaftet und ohne Verhör oder förmliche Verurteilung auf den Hohenasperg gebracht, wo er ein halbes Jahr verblieb. Durch die Französische Revolution wurde dann Politik neu definiert und buchstabiert. Berühmte Stiftler wie Hegel und Hölderlin haben sich für ihre Ideen eingesetzt. Ob sie wirklich um den Freiheitsbaum getanzt sind, wie Zeitgenossen behaupteten, ist umstritten, aber im übertragenen Sinn ist es durchaus richtig. Schon vor der Revolution hatte der Balinger Vikar Karl Friedrich Reinhard (1761–1837) öffentliche Kritik am Stift geübt. Er verpackte sie geschickt in ein hohes Lob, fuhr dann aber fort: „Aber nirgends existiert auch mehr in allen protestantischen Ländern eine Anstalt von einer so mönchisch-despotischen äußern und inneren Verfassung, und dies ist keine Ehre für mein Vaterland.“ Die diplomatische Verpackung nützte nichts. Reinhard verließ deshalb Württemberg und schloss sich in Bordeaux der Revolution an. Hier wurden seine diplomatischen Fähigkeiten so geschätzt, dass er sogar zum Außenminister aufstieg.

Die „1848er“

Mit dem Einzug von repräsentativen Elementen in das württembergische Verfassungsleben führten die damit verbundene Politisierung und die wachsende Bedeutung der öffentlichen Meinung auch zu einem stärkeren politischen Engagement der Stiftler. Besonders der Jahrgang von Strauß, auch Geniepromotion genannt, hat sich in der Revolution von 1848 politisch betätigt. Dabei war Friedrich Theodor Vischer die treibende Kraft. An Strauß und Märklin schrieb er: „Ich befehle Euch beiden im Namen des Vaterlands, daß Ihr sowohl alle Blasiertheit, als auch alle Skrupel und falsche Bescheidenheit abwerft und Eurer Pflicht gehorcht, Euch um Abgeordnetenstellen umzutun – bedenkt, daß es einmal Kräfte gegen die Kirche braucht! Heute geht ein Artikel von mir, der

An die Revolutionsbegeisterung
im Stift erinnerte das Plakat
des Tübinger Club Voltaire im Jahr 1977.



Euch energisch nennt, an den *Beobachter*. Schweigt, daß er von mir ist, und tut danach! Wenn ihr von Eurem verruchten Pessimismus kuriert seid, komm ich in der Vakanz. Seid ihr aber Sauseckel, so komm ich nicht.“ Erfolgreich kandidierten er selbst und Wilhelm Zimmermann (1807–1878) für die Paulskirche. Strauß, Märklin und Gustav Pfizer (1807–1890) bewarben sich erfolgreich um ein Landtagsmandat. Weitere „1848er“ aus dem Stift waren Friedrich Römer (1794–1864), der das württembergische Märzministerium führte, der Volkswirt und Sozialpolitiker Albert Schäffle (1831–1903), der dem württembergischen Landtag angehörte, später österreichischer Handelsminister wurde und maßgeblich an Bismarcks Sozialgesetzgebung beteiligt war. Auch Georg Herwegh (1817–1875) muss wegen der politischen Wirkung seiner Lyrik hier genannt werden. Er musste das Stift verlassen und hielt sich dann überwiegend in der Schweiz und in Frankreich auf. 1848 verbreitete er mit seiner deutschen demokratischen Legion, die den Badenern beistehen sollte, Angst und Schrecken. Seine nachhaltigste Wirkung erzielte er jedoch mit dem Bundeslied für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein *Mann der Arbeit aufgewacht*.



Sicherlich eine der schönsten Stadtansichten Deutschlands: Die Neckarseite in Tübingen mit dem berühmten Hölderlinturm begeistert die Besucher auch heute noch. Das traditionelle Stocherkahnfahren ist eine der Attraktionen der Universitätsstadt.

Eine solche Häufung von politischem Engagement hat es später nicht mehr gegeben, aber es gab immer wieder bemerkenswertes politisches Engagement von ehemaligen Stiftlern. Darunter ist das Wirken des Stiftlers und Stiftsrepetenten Otto Umfrid (1857–1920) zu rechnen, der 1899 den württembergischen Landesverein der Deutschen Friedensgesellschaft gegründet hat und für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen wurde. Erinnert sei auch an die liberalen Politiker Friedrich Payer (1847–1931) und Johannes Hieber (1862–1951), der in der Weimarer Zeit württembergischer Staatspräsident war. Die meisten der gewählten politischen Repräsentanten aus den Seminaren und aus dem Stift waren Vertreter des demokratischen Denkens.

Das Stift als Erinnerungsort

Was war nun eigentlich das Besondere und Charakteristische dieser Bildungseinrichtung und wie wird sie erinnert? Da sind zunächst das strenge Auswahlverfahren, der bis zum Abschluss anhaltende hohe Leistungsdruck und die Abgeschiedenheit der Orte. Das hat die beeindruckenden Ergebnisse ermöglicht. Gleichzeitig wurde aber elitäres Verhalten durch die mönchische Lebensform und die christlichen Ideale begrenzt. Das Erringen von materiellen Gütern gehörte nicht zu ihnen. Das Jahrgangsprinzip und die dadurch kleine Zahl der Schüler hat das Leben in der Gemeinschaft erleichtert, durch den hohen Kontakt untereinander haben sich die Schüler in einem gewissen Maß selbst gebildet. Hermann Kurz hat den Promotionen einen eigenen Charakter zugeschrieben. Die Repetenten, die mit den Stipendiaten zusammenlebten, milderten die Strenge und waren zudem überwiegend hoch qualifiziert. Nur die Besten jedes Stiftsjahrgangs wurden Repetenten, zunächst an einem Seminar und dann vielleicht noch am Stift. In dieser Zeit konnten sie sich selbst weiterentwickeln und ihr Wissen didaktisch geschickt weitergeben.

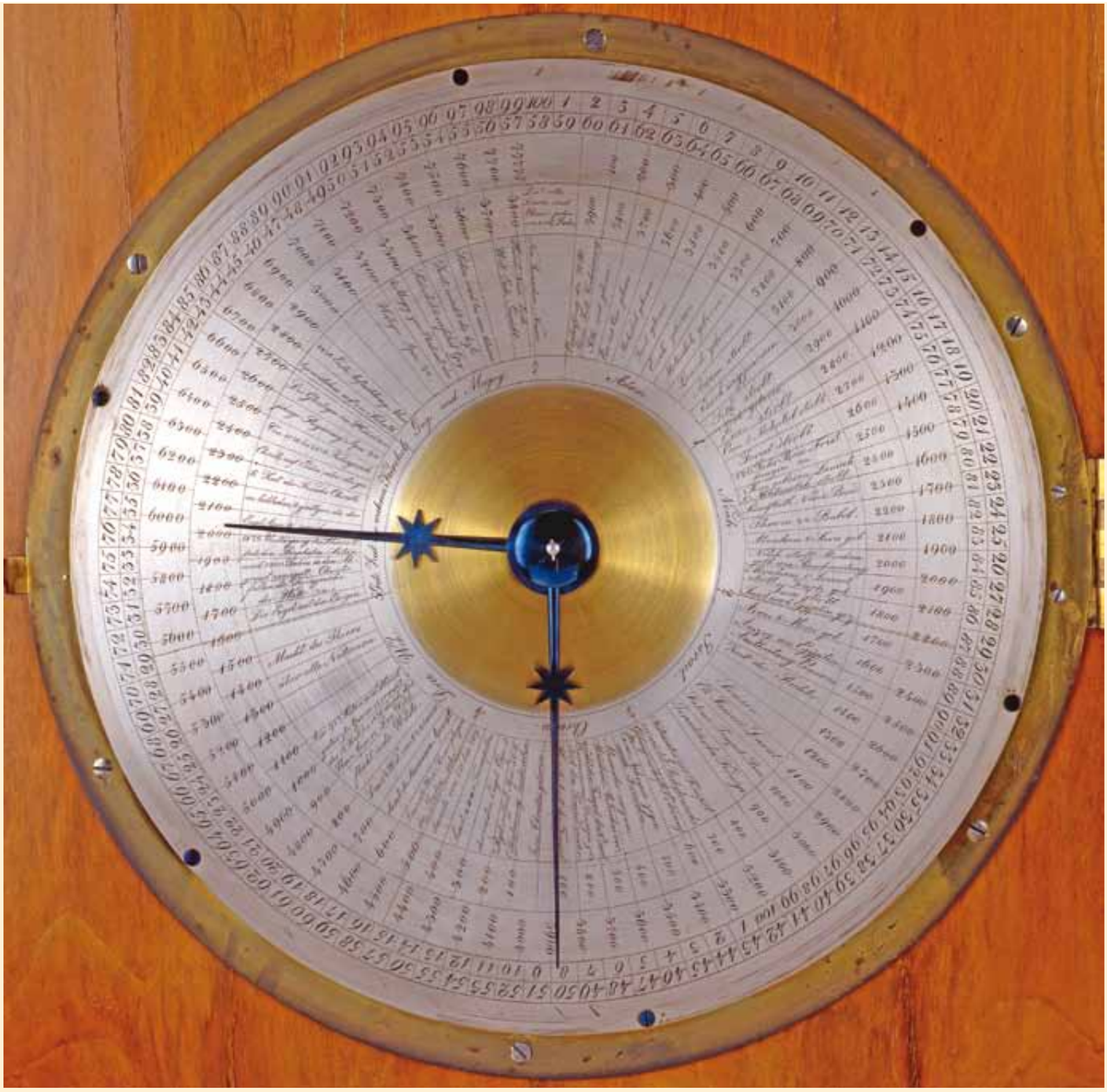
David Friedrich Strauß ist das beste Beispiel: Erster beim theologischen Examen, Repetent in Maulbronn, wo er großen Eindruck auf Hermann Kurz und Eduard Zeller (1814–1908) machte, dann Repetent im Stift, wo er einen beeindruckenden Lehrerfolg hatte, dem sein aufsehenerregendes Buch folgte. Zeller wiederum heiratete die Tochter des bedeutenden Theologen Ferdinand Christian Baur, der die Karriere vom Repetent zum Professor durchlaufen hatte. Einige Stiftler schlossen sich in den studentischen Verbindungen noch enger zusammen. In der Vikarszeit wurden dann häufig Ehen mit Pfarrerstöchtern angebahnt und im protestantischen Pfarrhaus die gelernten und gelebten Ideale weitergegeben. Bei Promotionstreffen oder Verbindungsfeiern in Tübingen wurde dann der Nachwuchs eingeführt und die Gedanken und Erinnerungen oft in literarischer Form gepflegt.

Bei einem solchen dichten Geflecht der Freundschaft und Verwandtschaft konnte der Vorwurf der geistigen Inzucht nicht ausbleiben. Vor allem wurde ein Mangel an Welterfahrung ausgemacht, und tatsächlich gibt es in dieser humanistischen Bildungswelt Defizite. In der Wirtschaft waren nur wenige Stiftler erfolgreich und in der Finanzwelt waren sie noch seltener anzutreffen. Im musischen Bereich ist das Fehlen der

Politisches Engagement in unruhigen Zeiten:
Im Jahr 1985 erklären die Stiftler
ihr Domizil zur atomwaffenfreien Zone.



bildlichen Anschauung und Gestaltung eklatant – das ist ein Defizit des protestantischen Württemberg. So sind vorrangig die von den Seminaristen geschaffenen literarischen Denkmäler und Orte der Erinnerung im Gedächtnis der meisten Württemberger geblieben. Das Stift erinnert selbst an seine herausragenden Nichttheologen. Auf seiner Altane haben einen Ehrenplatz erhalten: der Mathematiker Kepler, die Philosophen Hegel und Schelling, die Dichter Hölderlin und Mörike, der Theologe und Schriftsteller Strauß, zu denen in jüngerer Zeit noch der Pfarrer und Dichter Albrecht Goes (1908–2000) hinzugekommen ist. Die Erinnerung an die, die das Land geprägt haben, lebt in Denkmälern sowie Schul- und Straßennamen im ganzen Land weiter. Als Erinnerungsstätte des geistigen Württembergs werden Seminare und Stift nicht nur von Touristen besucht. Der nationale Rang des Stifts in Tübingen wurde und wird auch durch hohen Besuch, darunter die Bundespräsidenten Theodor Heuss, Richard von Weizsäcker und Johannes Rau, dokumentiert und bestätigt.



Die „Weltmaschine“ von Philipp Matthäus Hahn aus dem Jahr 1768/69. Sie war Zeitmesser und Instrument biblischer Verkündigung, das die nach Gottes Willen ausgerichtete Weltenzeit von der Schöpfung (oben) über das Alte Testament zur Wende durch Christi Geburt (großer Zeiger) bis zum Ende der Welt (oben) zeigen sollte.

Korntal und der Pietismus in Württemberg

In der Welt und doch nicht von der Welt

Rosemarie Wehling

Am 1. Oktober 1818 gewährte der württembergische König Wilhelm I. einer Gruppe von Pietisten unter der Führung von Gottlieb Wilhelm Hoffmann, Notar und Bürgermeister von Leonberg, das Privileg zur Gründung einer Gemeinde, wie es sie bisher im Land nicht gab. In Erwartung der baldigen Wiederkehr Christi wollten die Gemeindemitglieder brüderlich zusammenleben. Die Ordnung der weltlichen und geistlichen Gemeinde sollte auf drei Prinzipien beruhen: demokratische Selbstverwaltung durch die von den Mitgliedern gewählten Vertreter und Vorsteher; Gütergemeinschaft im urchristlichen Sinn nach dem Grundsatz: „Alle für Einen und Einer für alle“; strenge geistlich-soziale Kontrolle der Gemeindemitglieder.

Die Gemeinde wollte nur Mitglieder aufnehmen, die im „wahren und lebendigen Glauben stehen“ und die sich zu einem „streng sittlichen und geordneten Leben verpflichten“. Bei Fehlverhalten drohte als letzte Konsequenz der Ausschluss.

Wie kam es zu dieser Gemeindegründung und welche Bedeutung hat der Pietismus in Korntal und darüber hinaus für Württemberg?





Philipp Jakob Spener war Prediger in Straßburg, Frankfurt, Dresden und Berlin. Als Mitbegründer der Reformuniversität Halle beeinflusste er August Hermann Francke (1663–1727), den Gründer der pietistischen Halleschen Stiftungen. Er war Taufpate des Grafen Nikolaus Ludwig von Zinzendorf (1700–1760), des Gründers der Herrnhuter Brüdergemeine. Spener gilt als der einflussreiche Vater des lutherischen Pietismus.

Pietismus vor dem Hintergrund altwürttembergischer Gegebenheiten

Das alte Württemberg war unter Herzog Christoph (reg. 1550–1568) endgültig lutherisch geworden. Das Land war faktisch adelsfrei und in der Ständeversammlung („Landschaft") saßen auch Vertreter der Landbevölkerung. Seit dem Ende des Dreißigjährigen Kriegs wählte die Dorfversammlung die Gemeindeverwaltung, die Leibeigenschaft war kaum mehr von Bedeutung. Unter dem Einfluss der Reformation wurde die elementare Schulbildung flächendeckend eingeführt. Seit 1642/44 war im Zusammenwirken von weltlicher und kirchlicher Obrigkeit der Kirchenkonvent auf Gemeindeebene die Regelungs- und Kontrollinstanz für Sitte, Ordnung, Schule und Armenfürsorge. Besonders wichtig war die Einschränkung von Festen, „Tanzereien" und Vergnügungen.

Württemberg war ein rohstoffarmes Land. Die Realteilung führte zur Zersplitterung des Besitzes, der vielfach nicht mehr eine rein bäuerliche Existenz ermöglichte und zum Zu- und Nebenerwerb in Handwerk und Gewerbe zwang. Sozialer Aufstieg über Bildung war für Bauern- und Kleinbürgersöhne kaum möglich, da die bürgerliche Elite der Beamten, Gelehrten und Geistlichen, die „Ehrbarkeit", faktisch das Monopol für den Zugang zu den Seminaren besaß, die Begabten eine kostenlose Ausbildung garantierten. Die Elite rekrutierte sich im Wesentlichen aus sich selbst. So kann man in Altwürttemberg durchaus von einer Zweiklassengesellschaft sprechen, wobei auch bei den kleinen Leuten eine gewisse Bildung und ein Freiheits- und Selbstbewusstsein vorhanden war, das sich auf die Mitwirkung in der kommunalen Selbstverwaltung stützte. Wirtschaftliche Not und kirchlich-staatliche Disziplinierung hatten für die Entwicklung der sprichwörtlichen württembergischen Tugenden Sittlichkeit, Fleiß, Sparsamkeit und Ordnungssinn schon den Grundstein gelegt. Der Pietismus konnte einerseits darauf aufbauen und sie andererseits wiederum verstärken.

Nach dem Dreißigjährigen Krieg hatte sich in den lutherischen Territorien das Kirchenregiment verfestigt. Es ließ wenig Raum für persönliche Frömmigkeit. Der strengen Orthodoxie ging es vor allem um die strikte Beachtung der reinen Lehre. Das reformatorische Prinzip des allgemeinen Priestertums der Gläubigen, der persönlichen Verantwortung vor Gott und eines im Alltag gelebten Glaubens schien vielfach durch die Amtskirche unterdrückt. Der Theologe Philipp Jakob Spener (1635–1705) hat mit seiner 1675 erschienenen Schrift *Pia Desideria oder herzliches Verlangen nach gottgefälliger Besserung der wahren evangelischen Kirche*

der Erneuerungsbewegung des Pietismus Namen und Programm gegeben: statt gelehrter Diskussionen gelebte Frömmigkeit, die sich in Bruder- und Nächstenliebe zeigen sollte, statt theologischer Streitschriften Bibelbetrachtung in außergottesdienstlichen erbaulichen Zusammenkünften, in denen nicht nur Theologen, sondern auch Laien zu Wort kommen sollten.

In Württemberg fanden Speners Vorstellungen schnell Anklang, zunächst in Kreisen um den Hof und bei der Ehrbarkeit. Diese waren gleichermaßen empört über den Lebenswandel des Herzogs Eberhard Ludwig (reg. 1693–1733) mit Mätressenwirtschaft und aufwändiger Hofhaltung und der dadurch steigenden Steuerbelastung, wie über den Versuch, die „Landschaft", die das Recht der Steuerbewilligung hatte, zu entmachten und ein absolutistisches System nach französischem Vorbild einzuführen. Es bildeten sich private Zusammenkünfte (Konventikel oder „Stunden") mit Gebet und Bibelbetrachtung. Im Alltagsleben unterschieden sich die Pietisten von ihrer Umwelt durch bescheidenere Lebensführung, Lektüre von Bibel und Erbauungsschriften, ständige Selbstreflexion, enge schriftliche und mündliche Kommunikation mit Gleichgesinnten. Nicht nur im Habitus, im Fühlen und Denken, sondern auch in ihren Sozialkontakten, Freundschafts- und Heiratsbeziehungen grenzten sie sich von der „verderbten" Welt ab.

Zwischen Amtskirche und Separatismus

Die Auswirkungen des Pfälzischen Erbfolgekriegs mit dem Einfall der Franzosen 1693, den Zerstörungen und Kontributionen, belasteten das Land schwer. Sie führten zu einer allgemeinen Krisenstimmung, die auch Bauern und Kleinbürger empfänglich für die religiöse Erneuerung machte. Im Pietismus stand die persönliche Glaubensentscheidung (Bekehrung) und die individuelle Beziehung zu Gott im Zentrum des Glaubenslebens. Damit wurden hierarchisch-obrigkeitliche Strukturen in Frage gestellt: Im Zweifelsfall gebührte dem Wort Gottes der Vorrang vor den Anordnungen der Obrigkeit. Das Elend des Landes erschien als Strafe für gottloses Treiben am Hof, und weil die Amtskirche eng mit dem Herrscher verbunden war, drängten viele aus ihr heraus. Sie wurden zu „Separatisten", die kirchliche Gottesdienste, Taufe und Abendmahl ablehnten. Sie verstanden sich als „Wieder-



Johann Albrecht Bengel war der pietistische Gelehrte, der als Theologe im Dienst der Kirche stand und in der Klosterschule Denkendorf 28 Jahre lang Schüler auf das Studium der Theologie und ein kirchliches Amt vorbereitet hat. Er ist Namengeber für das Albrecht-Bengel-Haus an der Universität Tübingen. 1970 als Gegengewicht gegen das traditionsreiche liberale Stift gegründet, sollen dort evangelische Studierende im pietistischen Geist zusammenleben und ausgebildet werden.

geborene“ und erwarteten die baldige Wiederkunft Christi und das Ende der Welt.

Diese institutionenfeindliche Form der Frömmigkeit erschien kirchlicher und weltlicher Obrigkeit gleichermaßen bedrohlich und sie reagierte zwischen 1694 und 1743 mit sieben Reskripten (Verordnungen). Nachdem die Verbotspolitik wenig erfolgreich war, setzte sich schließlich eine gemäßigte Politik durch, die durch innerkirchliche Reformen die Pietisten zurückgewinnen wollte, beispielsweise durch die Einführung der Konfirmation (1721) nach einem zweijährigen Vorbereitungsunterricht. Auch das Versammlungsverbot wurde gelockert. Die zunehmenden Freiräume und die Tatsache, dass ein Teil der Geistlichen selbst Pietisten waren oder ihnen nahestanden, verhinderten eine dauerhafte Abspaltung der Pietisten von der Amtskirche. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts entstand so die spezifisch württembergische Ausprägung des Pietismus aus der Verbindung zwischen der Bibelauslegung durch die Brüder in den Stunden, einem engen Kommunikationsnetz durch „Unterredungen“ und Konferenzen, Briefe und Schriften sowie der geistig-geistlichen Führung durch Theologen, die auch leitende Funktionen in der Amtskirche ausübten.

Johann Albrecht Bengel (1687–1752) hat als Prälat, Mitglied der „Landschaft“ und des Konsistoriums (Kirchenleitung) maßgeblich dazu beigetragen, dass „Privaterbauungsversammlungen“ erlaubt wurden. Mit seinem *Gnomon novi testamenti* (1742), dem Fingerzeig für das neue Testament, schuf er eine auch für Laien zugängliche Verbindung von wissenschaftlicher und erbaulicher Auslegung des Neuen Testaments. Von herausragender Bedeutung für den württembergischen Pietismus war jedoch seine aus der spekulativen Deutung von Zahlen vor allem aus der Offenbarung des Johannes erschlossene Deutung der Heilsgeschichte. Nach einem dramatischen Endkampf zwischen Gott und dem Satan beginne genau am 18. Juni 1836 das Tausendjährige Reich Gottes auf Erden, eine Friedenszeit, in welcher der Tempel in Jerusalem wieder aufgerichtet, Juden und Heiden bekehrt würden und die Menschen brüderlich miteinander lebten. Darauf folge ein zweites Tausendjähriges Reich, so Bengel, an dessen Anfang die Auferstehung der Gerechten stehe, die dann mit Christus im Himmel regierten. Erst im Jahr 3836, nach einer weiteren Frist der Satansherrschaft auf Erden, folge das Jüngste Gericht mit dem Ende der Welt. Mit dieser chiliastischen (auf das Tausendjährige Reich zielenden) Deutung der Heilsgeschichte stellte sich Bengel in entschiedenen Widerspruch zur Augsburger Konfession von 1530, dem zentralen Bekenntnis der lutherischen Kirchen. Seine Endzeiterwartung hatte jedoch entscheidenden Einfluss auf Laien und pietistische Theologen, wie etwa Philipp Matthäus Hahn (1739–1790), einen begnadeten Prediger, Erfinder und Konstrukteur, oder Friedrich Christoph Oetinger (1702–1782), der versuchte, Naturwissenschaft und Theologie in seiner Theosophie in Einklang zu bringen.

In Erwartung der Endzeit

Die radikale Veränderung der alten Ordnung durch die Französische Revolution, Terror und Revolutionskriege schienen als Zeichen der Endzeit Bengels Prophezeiungen zu bestätigen. Für viele württembergische Pietisten war Napoleon der „Engel des Abgrunds“, der die Kämpfe verursachte, die dem Ende vorausgehen sollten. Für andere, wie die „Bonapärtler“ in den nordwürttembergischen Dörfern Nordheim und Horrheim und im südwürttembergischen Rottenacker bei Ehingen, war Napoleon ihr Bruder, der für Gleichheit und Freiheit kämpfte. Separatistische Bewegungen hatten Zulauf, vor allem aus den vom sozialen Abstieg bedrohten Gruppen der Handwerker, Weingärtner und Kleinbauern. Bevölkerungswachstum und Missernten in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts sowie die Belastungen durch die Revolutionskriege waren Ursachen für eine soziale Krise, die sich besonders in den dicht besiedelten Gebieten im Remstal, im Nordschwarzwald und im Gäu um Herrenberg zeigte. Um charismatische Anführer sammelten sich radikale pietistische Gruppen, „wilde Separatisten“. In den Augen der Obrigkeit stellten sie die Grundregeln der überkommenen kirchlichen, staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung in Frage: Sie besuchten keine kirchlichen Gottesdienste mehr, tauften ihre Kinder selbst, nahmen den Hut vor der Obrigkeit nicht ab, duzten jedermann, zahlten keine Steuern, schickten ihre Kinder nicht zur Schule, trugen revolutionäre Abzeichen (Kokarden oder Sterne), verweigerten den Eid und lehnten den Kriegsdienst ab. Sie forderten Gewissens- und Versammlungsfreiheit, unabhängige Gemeinden mit Gemeinschaftseigentum und die Gemeindeversammlung als oberstes politisches Organ. Sie wollten in der wahren Gemeinde der Gläubigen (nach dem Vorbild der Urgemeinde in der Apostelgeschichte) die nahe Wiederkunft Christi erwarten. Ihre gesellschaftlichen Gegenmodelle nannten sie „Jerusalem“, „Harmonie“ oder „Güldene Zeit“.



Philipp Matthäus Hahn ist die idealtypische Verkörperung eines schwäbischen Erfinders und Unternehmers aus pietistischem Geist. Er selbst sah sich in erster Linie als Verkündiger des Evangeliums, als Pfarrer in der Amtskirche und als Prediger in den „Stunden“. Aber die Armut in seiner ersten Gemeinde Onstmettingen auf der Alb regte ihn an, mit seinen Erfindungen bessere Lebens- und Verdienstmöglichkeiten zu schaffen. Die Konstruktion der ersten Neigungswaage 1767 gilt als der Anfang der Feinmess- und Präzisionswaagenindustrie, die bis heute im Raum Balingen–Ebingen eine große Bedeutung hat.

Über die Zahl der Separatisten gibt es keine genauen Daten, aber sie erschienen so gefährlich, dass der Staat mit dem „Separatistengesetz“ von 1803 massiv gegen sie vorging. Wer gegen das Gesetz verstieß, musste mit Haft- und Festungsstrafen und dem Entzug der Kinder rechnen. Nach der Verhaftung der Männer übernahmen dann im abseits gelegenen Rottenacker sogar die Frauen die Führungsrolle – ganz im Gegensatz zur traditionellen Dominanz der Männer im württembergischen Pietismus.

Für manche Separatisten war die Auswanderung die Rettung aus der Gottlosigkeit der Heimat und vor der staatlichen Repression. Johann Georg Rapp (1757–1847), Leinenweber aus Iptingen bei Maulbronn und charismatischer Prediger, suchte mit einigen hundert Anhängern in Amerika den „Bergungsort“, um in einem „heiligmäßigen“ Leben die Wiederkunft Christi zu erwarten. 1804 gründete er in Pittsburgh seine erste Kolonie „Harmonie“, die ihre Mitglieder auf das Gebot der Ehelosigkeit und der Gütergemeinschaft verpflichtete. Andere Gruppen wollten in Jerusalem die Wiederkunft Christi erwarten. Weil dieses Ziel schwierig zu erreichen war, machten sich viele auf den Weg nach Russland, das näher an Jerusalem zu liegen schien als Württemberg. Außerdem lockten dort auch vielversprechende Ansiedlungsbedingungen.

Zunächst hatte die württembergische Regierung wenig dagegen, widerspenstige Bürger durch Auswanderung loszuwerden. Als aber im durch die Napoleonischen Kriege geschwächten Württemberg in Folge der Hungersnot 1816/17 erneut die „Auswanderungssucht“ anstieg und nicht nur unbequeme Rebellen, sondern tüchtige und angesehene Bürger auswandern wollten, war die Regierung zu Zugeständnissen an die Pietisten bereit. Mit dem Herrscherwechsel von 1816 war auf König Friedrich (1754–1816, reg. seit 1797, König seit 1806), der sein Land im neuabsolutistischen Stil umgestalten wollte, sein reformbereiter Sohn Wilhelm I. (1781–1846) gefolgt. Auch bei manchen Pietisten hatte sich ein Wandel vollzogen. Johann Michael Hahn (1758–1819), ein Bauernsohn, dessen Glauben sich auf visionäre Erfahrungen („Zentralschauen“) stützte, warnte vor der Auswanderung und bezeichnete die Separatisten als „unartige Brüder“. Er forderte seine zahlreichen Anhänger auf, die Obrigkeit zu respektieren und in persönlicher Frömmigkeit durch ein asketisches Leben die „Vollkommenheit“ zu suchen. Als Maxime für das irdische Leben gab er vor: „Es ist wahr, der Verschwender hat immer bessere Tage bei der Verprassung und Vernachlässigung seines Vermögens, als der, welcher mit Fleiß, Mühe und Arbeit das Seine nicht nur erhalten, sondern vermehren will.“ Als arbeitsame, pflichtbewusste, aber eher lebensunfrohe Fromme erschienen die „Michelianer“ schon ihren kritischen Zeitgenossen als „Gesetzler“ und „Werkler“. Allerdings konnte ihre pietistische Ethik die Verwandtschaft zu den altwürttembergischen Tugenden des „Schaffers“ nicht verleugnen.



Michael Hahn war ein visionärer „Stundenhalter“, der zwischen 1780 und 1794 mit seinen Predigten Altdorf (im Gäu bei Herrenberg) zur „heiligen Mitte Württembergs“ machte. Aus seinen Anhängern ist die „Hahn’sche Gemeinschaft“ hervorgegangen, die heute noch besteht und etwa 5000 Mitglieder hat.

Die Frommen im Lande behalten

Als am 28. Februar 1817 Gottlieb Wilhelm Hoffmann (1771–1846) eine Eingabe an den württembergischen König Wilhelm I. machte, mit der Bitte, den Pietisten im Land einen Ort zu geben, wo sie in autonomer Gestaltung des weltlichen und geistlichen Lebens das Ende der Zeit erwarten könnten, traf dies auf ein offenes Ohr. Hoffmann unterschied drei Gruppen von Auswanderungswilligen: Die Separatisten, die aus religiöser „Schwärmerei“ auswandern wollten, solle man ziehen lassen, da es aussichtslos sei, sie zu halten; die Vermögenslosen, die keine Arbeit haben, denen es aber oft auch an „Fleiß und guter Haushaltung“ fehle, solle man auch ziehen lassen, weil sie „dem Staat nur lästig“ seien. Die dritte Gruppe aber, die Frommen, die sich in „Gewissens-Zwang“ befinden, beispielsweise wegen der Liturgiereform, die nicht der lutherischen Glaubenslehre entspreche, seien ruhige, gewissenhafte, fleißige Leute, oft nicht unvermögend. Sie könne man im Land halten, wenn man ihnen Autonomie gewähre, nach dem Vorbild der Herrnhuter Brüdergemeine Königsfeld im Schwarzwald.

Nach der Zusicherung einer privilegierten Gründung berief Hoffmann ein „Brüderkollegium“ aus führenden Pietisten ein, denn in der neuen Gemeinde sollten unterschiedliche pietistische Richtungen, die keineswegs immer friedlich miteinander umgegangen waren, in Erwartung der Wiederkunft Christi einträchtig zusammenleben. Am 12. Januar 1819 wurde das rund 300 ha große Rittergut Korntal gekauft, auf Kredit, der bis 1835, also noch vor der erwarteten Wiederkehr des Herrn, zurückgezahlt werden sollte – und auch wurde. Zunächst siedelten sich 68 Familien an. Vorsteher wurde Hoffmann. Die erste Aufgabe war die Erbauung des Betsaals, der in der Rekordzeit von vier Monaten fertiggestellt wurde. Der Innenraum, ohne Altar, Kanzel oder Bilder, trägt bis heute als einzigen Schmuck über der Brüderbank, auf der die Gemeindevorsteher sitzen, die auf die Endzeiterwartung hinweisende Schrift: *Siehe, ich komme bald. Amen, ja komm Herr Jesus.*

Die Organisation des Gemeindelebens mit strenger religiös-sozialer Kontrolle (z. B. Verlobung mit Auswärtigen nur mit Zustimmung der Gemeinde), Abgrenzung nach außen, um den Kontakt mit der sündigen Welt möglichst zu vermeiden, und das unterschiedliche Glaubensverständnis der pietistischen Brüder machte das Gemeindeleben nicht immer konfliktfrei. So schrieb zum Beispiel der Gründer Hoffmann in seinen *Fortgesetzten Nachrichten* an die Freunde und Förderer Korntals: Es „wird sich niemand denken, dass wir den Himmel schon hier haben, das suchen wir nicht, es gibt zu leiden, zu tragen, zu dulden solange wir leben. […] wir erfahren

täglich den Streit.“ Sein Sohn Christoph Hoffmann (1815–1885) sah hingegen in seinen 1881 veröffentlichten Jugenderinnerungen – vielleicht auch aus verklärender Distanz – Korntal als verwirklichte politische Utopie der Herrschaft der Besten: „Man fühlte sich in Korntal wie in einer kleinen Republik, in welcher alles nicht nach bloßem Herkommen, noch nach Geboten irgendeiner auswärtigen Macht, sondern nach freiem Entschluss der weisesten und besten Männer verwaltet wurde.“ Der rechtliche Sonderstatus der Gemeinde dauerte bis zum Beginn der Weimarer Republik. Schon vorher waren einzelne Privilegien abgeschafft worden, weil sie, wie beispielsweise die Einschränkung der Freizügigkeit, nicht mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch zu vereinbaren waren. Länger erhielt sich eine gewisse wirtschaftlich-soziale Autarkie, die auch die Kontakte mit der „sündigen Welt“ aufs Nötigste beschränken sollte: Die Gemeindehandlung, welche die Mitglieder mit preiswerten Gütern des allgemeinen Bedarfs versorgte, bestand bis 1962. Das Gemeindegasthaus, das Beratungen und einer kontrollierten Geselligkeit diente, existiert bis heute.

Korntal wächst über sich hinaus

Korntal war als landwirtschaftlich ausgerichtete Kolonie und nicht als Anstalts- oder Schulgemeinde geplant, aber es zeigte sich sehr schnell, dass ein Bedürfnis für karitative und erzieherische Einrichtungen bestand, die längerfristig auch das wirtschaftliche Überleben sicherten. Nach der Überlieferung war der Gründervater Hoffmann erschüttert vom Elend eines bettelnden fünfjährigen Knaben. Dies führte 1823 zum Bau einer „Rettungsanstalt“ für verwahrloste Kinder, der bald eine „Kleinkinderanstalt“ folgte. Die Anstellung des Lehrers Johannes Kullen (1787–1842) aus der für den württembergischen Pietismus bis heute bedeutsamen Lehrerdynastie aus Hülben auf der Schwäbischen Alb war der Anfang Korntals als Schulort. Seit 1819 gab es eine Schule für Jungen, ab 1821 auch hauswirtschaftlich ausgerichtete Klassen für Mädchen. Die Schul- und Erziehungseinrichtungen wuchsen rasch. Von auswärts wurden Kinder geschickt, weil in Korntal „Fleiß, Gehorsam, Ordnung“ galten. Zwar solle die Erziehung in erster Linie „Bildung für den Himmel“ sein, aber die Zöglinge müssten auch zu allem angehalten werden, was ihnen „im Leben nützlich oder nötig“ werden könne. Eine „ganze Gemeinde von stillen, fleißigen und geordneten Menschen“ sei durch ihr Beispiel miterziehend. Zudem fehlten in Korntal die „schlechten Eindrücke, die sonst die Gasse und der Lärm des Wirtshauses u. dergl. mit sich führt“, wie der Vorsteher von Korntal, Sixt Karl Kapff (1805–1879), im Jahr 1839 schrieb. Zwar hat die Brüdergemeinde das Gymnasium endgültig 1974 abgegeben, aber sie betreibt bis heute in großem Umfang erzieherische und sozialkaritative Arbeit.

Für die Frommen – und nicht nur in Württemberg – wurde Korntal schon bald zu einem Ort, wohin man pilgerte, von dem man Erbauung und geistliche Führung erwartete. Für die Pietisten sei Korntal, was für die Katholiken Rom. Sie läsen alles, was in Korntal geschrieben werde, die „Korntaler Väter“ seien ihnen fast mehr als den Katholiken der Papst, so umriss Carl Theodor Griesinger (1809–1884) in seinen *Silhouetten aus Schwaben* 1838 die Bedeutung Korntals.

Der Andrang nach Korntal wurde so stark, dass bald an die Einrichtung einer Tochtergemeinde gedacht wurde. Der König erlaubte 1824 eine Gründung, welche die gleichen Privilegien wie Korntal sowie Grund aus dem Besitz der Hofkammer erhielt. Zum Dank wurde sie nach dem König Wilhelmsdorf genannt. Allerdings lag sie weit entfernt im katholischen Oberschwaben, wo keine „Ansteckung“ der Einheimischen mit dem Virus des chiliastischen Separatismus zu befürchten war. Zudem war das Land sumpfig und unfruchtbar (Pfrunger Ried). Auch nach den intensiven und entbehrungsreichen Entwässerungs- und Meliorationsbemühungen konnte es seine Bewohner nicht ernähren. Erziehung, Pflege und Betreuung waren die einzige Chance, wirtschaftlich zu überleben. Bis heute lebt Wilhelmsdorf von und für Erziehungs- und Sozialarbeit mit Schulen, Betreuungseinrichtungen, Fachkliniken und Fachschulen.

Vom rebellisch-separatistischen zum quietistisch-konservativen Pietismus

Einen tiefen Einschnitt in Korntal und im chiliastisch-eschatologisch ausgerichteten Pietismus überhaupt, brachte die ausgebliebene Wiederkunft Christi im Jahr 1836. Es blieb zwar das Bewusstsein, in der „Endzeit“ zu leben, aber man musste sich neu orientieren, weil man in der Welt, wie sie war, weiter leben musste. Sixt Karl Kapff hat zu dieser Wendung vom rebellisch-separatistischen zum quietistisch-konservativen Pietismus entscheidend beigetragen. Seine Biografie ist zugleich auch ein Beleg dafür, wie in der Folgezeit der Pietismus in die württembergische Landeskirche eingebunden wurde und dort bis heute eine maßgebliche Rolle spielt.

Kapff war in der Umbruchzeit von 1833 bis 1843 geistlicher Vorsteher der Brüdergemeinde. In der Landeskirche machte er eine steile Karriere: Dekan, Prälat und seit 1850 Mitglied der Kirchenleitung. 1848 hatte er als entschiedener Gegner der von ihm als gottlos und materialistisch eingeschätzten Liberalen und Demokraten für die Nationalversammlung kandidiert, später wurde er Mitglied des württembergischen Parlaments. Für seine Verdienste erhielt er 1860 den persönlichen Adel. Als prominenter Vertreter der nun im Pietismus dominierenden konservativ-königstreuen Richtung propagierte er mit Gleichgesinnten eine zweigleisige Aktivität, die ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kennzeichnend für den Pietismus wurde. Einerseits sollten die Massen durch die Predigt des Evangeliums bekehrt werden, und dazu wurden nun zunehmend auch moderne Methoden der evangelikalen Verkündigung, wie sie im angelsächsischen Bereich entwickelt worden waren, eingesetzt. Andererseits wollte man durch soziales Engagement in der „Inneren Mission“ auch die gravierenden Probleme der beginnenden Industriegesellschaft im Sinne des Evangeliums lösen und damit dem atheistischen Sozialismus im Kampf um die Menschen ein Gegengewicht bieten.

Das dualistische Weltverständnis, die Trennung der Menschen in Kinder des Lichts und Kinder der Finsternis, blieb aber erhalten. Um die Gläubigen dauerhaft an sich zu binden und auch gegen konkurrierende Gruppen und im inner-

Der historische Friedhof in Korntal, der „Begräbnisgarten“, zeigt bis heute die egalitär-eschatologische Ausrichtung von Korntal. Die schlichten Gräber sind gleich, und alle sind nach Osten ausgerichtet. Sie werden nicht wieder belegt. Die verstorbenen Gemeindemitglieder werden in einem weißen Sarg mit rotem Kreuz beerdigt: Die Farben symbolisieren die Erlösung und die Freude auf das ewige Leben.



kirchlichen Bereich Einfluss zu sichern, wurden feste Organisationsstrukturen notwendig. So wurde beispielsweise 1857 die „Altpietistische Gemeinschaft“ gegründet, die bis heute besteht und rund 10 000 Mitglieder in Württemberg hat. Ein umfangreiches Publikationswesen entstand: erbauliche und belehrende Schriften, Biografien und Zeitschriften. Der 1834 gegründete Calwer Verlag spielte dabei eine bedeutsame Rolle.

Der chiliastische Pietismus in Württemberg betrieb ursprünglich keine Weltmission, weil man ja unter dem Einfluss der Bengel'schen Zeitberechnung erwartete, dass in dem anbrechenden Tausendjährigen Reich Christus auf der ganzen Welt herrschen und die „Heiden und Juden“ missionieren werde. Da die Wiederkehr Christi nun in einer unbestimmten Zukunft lag, galt es, die Zwischenzeit für die Missionierung der Welt zu nutzen. So entwickelte sich eine enge Bindung von Korntal und dem Altpietismus vor allem an die 1815 gegründete Basler Mission. Der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstandene Neupietismus fand ebenfalls Verbreitung in Württemberg. Er war maßgeblich von angelsächsischen evangelikalen Bewegungen beeinflusst (u. a. dem Methodismus) und entwickelte eigene Organisationsstrukturen und Missionsgesellschaften, die, wie beispielsweise die Liebenzeller Mission, ebenfalls bis heute bestehen.

Politische Aktivitäten

Pietisten waren in Württemberg nur selten direkt politisch aktiv. Die wenigen Ausnahmen standen allerdings in engem Bezug zu Korntal. Christoph Hoffmann, der Sohn des Gründervaters, errang 1848 einen Sitz in der Frankfurter Paulskirche. Dort forderte er die Trennung von Kirche und Staat, weil nur in der Unabhängigkeit die wahren Christen sich auf den eschatologischen Endkampf vorbereiten könnten. Enttäuscht von Politik und Kirche, propagierte er die Auswanderung nach Jerusalem, weil er glaubte, mit der Wiederkunft des Herrn werde von dort die Erneuerung der verderbten Welt durch von Gott auserwählte Deutsche ausgehen. Unter seiner Führung entstand der „Deutsche Tempel“ und zwischen 1868 und 1873 Templerkolonien in Haifa, Jaffa und Jerusalem.

Einen weiteren Versuch, aus dem Pietismus heraus die Welt zu verändern, unternahm Christoph Blumhardt (1842–1919), der über seine Eltern engen Kontakt zu Korntal hatte. Er wollte das Proletariat für das Christentum gewinnen, der

Die Uhr am Betsaal von Wilhelmsdorf zeigt den Ablauf der irdischen Zeit. Die vier Trompetenengel und das Lamm der Apokalypse auf dem Dach sind von den vier kreuzförmig auf den Betsaal hinführenden Straßen aus sichtbar und mahnen, der baldigen Wiederkunft Christi zu gedenken.



Sozialismus war dabei ein Instrument für die Vorbereitung der „Gnadenzeit“ des Gottesreiches. Sein Eintritt in die SPD war ein offener Bruch mit dem Bündnis von Thron und Altar. Das Landtagsmandat (1901–1906) gab er bald auf, weil er meinte, ein christliches Reich scheitere am „Felsen des Irdischen“. Dennoch entstand durch ihn an seinem Wirkungsort Bad Boll ein christlicher Sozialismus, dem die Soziale Frage eine Herzensangelegenheit war.

In den Krisenjahren der Weimarer Republik wollten Pietisten aus ganz Deutschland eine Partei auf biblischer Grundlage gründen. Unter der Leitung des Korntaler Lehrers Wilhelm Simpfendörfer (1888–1973) wurde 1927 der Reichsverband des Christlichen Volksdienstes mit Sitz in Korntal gegründet. 1930 stellte die Partei, die sich nun Christlich-Sozialer Volksdienst nannte und ihre Wähler vor allem aus den Freikirchen und der pietistischen Gemeinschaftsbewegung rekrutierte, 14 Reichstagsabgeordnete, unter ihnen die beiden Korntaler Wilhelm Simpfendörfer und Paul Bausch (1895–1981). „Fronterlebnis“ und „deutscher Pietismus“ seien die Wurzeln dieser „Bewegung“, die sich die innere Erneuerung, nationale Befreiung und soziale Neugestaltung des Volkslebens durch das lebendige Christentum zum Ziel gesetzt habe, so Simpfendörfer im Jahr 1930 im Reichstag.



Das Zwei-Wege-Bild beruht auf Matthäus 7, 13/14: „Gehet ein durch die enge Pforte. Denn die Pforte ist weit, und der Weg ist breit, der zur Verdammnis führt, und ihrer sind viele, die darauf wandeln. Und die Pforte ist eng, und der Weg ist schmal, der zum Leben führt, und wenige sind ihrer, die darauf wandeln.“ Es wurde bis heute millionenfach gedruckt und spiegelt die weltfeindlich-asketische Haltung wider, die für viele pietistische Gruppierungen kennzeichnend ist.

Charlotte Reihlen (1805–1868), die das Bild entworfen hat, belegt mit ihrer Biografie die Ambivalenz des Neupietismus: Nach ihrer Bekehrung distanzierte sie sich entschieden von der modernen Welt, sie schuf aber auch als Gründerin von Mädchenschulen für einfache und höhere Bildung und als Mitgründerin der Stuttgarter Diakonissenanstalt wesentliche Voraussetzungen für die Berufstätigkeit von Frauen und damit für die Frauenemanzipation.



Paul Bausch war nach 1945 zunächst Landtagsabgeordneter und von 1949 bis 1965 Bundestagsabgeordneter der CDU. Das Foto zeigt ihn bei einer Bundestagsdebatte (im Hintergrund Bundestagsvizepräsident Carlo Schmid, SPD).

Trotz seiner christlichen Grundhaltung war der „Volksdienst" kein entschiedener Gegner des Nationalsozialismus. Nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus waren Simpfendörfer und Bausch in Württemberg dann entscheidend an der Gründung der CDU als einer überkonfessionellen Partei beteiligt. Die politischen Katastrophen der letzten Jahrzehnte seien durch die Abkehr der von Gott gesetzten Ordnung verursacht. Der neue deutsche Staat dürfe nicht weltanschaulich neutral sein; es sei vielmehr Pflicht eines Christen, dafür zu kämpfen, dass das christliche Sittengesetz das politische Leben in allen Bereichen präge. Beide Politiker hatten über Jahre wichtige (partei-)politische Ämter inne. Simpfendörfer war Landesvorsitzender der CDU, später ihr Ehrenvorsitzender. Von 1946 bis 1960 war er Landtagsabgeordneter, kurzzeitig Kultminister in Württemberg-Baden und nach der Gründung des Südweststaats dessen erster Kultusminister (bis 1958). In Konflikt mit seiner Partei geriet er wegen deren Ostpolitik. 1971 trat er aus der CDU aus.

Pietismus und die politische Kultur des Landes

Seit der Gründung des Landes ist die CDU die stärkste Partei, auch dank ihrer Verankerung in Altwürttemberg und im Großraum Stuttgart. Von Tradition, Sozialstruktur und den sozioökonomischen Gegebenheiten her ist das keineswegs selbstverständlich, war Altwürttemberg doch seit Beginn der Parteienentwicklung ein liberales Land, in dem später auch die SPD und auf der anderen Seite des Parteienspektrums der Bauern- und Weingärtnerbund Fuß fassten, alle mehr oder minder dem evangelischen Milieu nahe. Dass die neu gegründete CDU nicht mehr wie ihre Vorgängerin, das Zentrum, als rein katholische Partei wahrgenommen wurde, obwohl in den Anfängen die Katholiken die Mehrheit in den Führungsgremien besaßen, ist in hohem Maße Politikern wie Bausch und Simpfendörfer zu verdanken. Die evangelikal-pietistischen Anhänger des Christlich-Sozialen Volksdienstes wählten schon bei den ersten Wahlen in Württemberg-Baden die CDU.

Wie viele Pietisten es heute im Lande gibt, weiß man nicht. Schätzungen gehen von einem halben bis zu einem Prozent der Bevölkerung im altwürttembergischen Raum aus. Ihr Anteil und Einfluss bei den aktiven evangelischen Kirchenmitgliedern ist allerdings beträchtlich. So gehören gegenwärtig dem pietistisch-evangelikal geprägten „Gesprächskreis" der „Lebendigen Gemeinde" in der Synode der Württembergischen Landeskirche 40 von 90 gewählten Mitgliedern an. Mentalität und Lebensstil sind aber vielfach weit über das pietistische Milieu hinaus noch von seiner Tradition geprägt. Auch wer sich längst nicht mehr zu den bekennenden Pietisten zählt, bringt immer noch ein pietistisches Ethos in sein Tun und Leben ein. Gerade auch bei den für Württemberg so typischen familiengeführten Unternehmen lassen sich dafür zahlreiche Beispiele finden. Das prominenteste davon ist wohl die Familie Leibinger, Inhaber der Maschinenbaufirma Trumpf in Ditzingen.



Das Alte Waisenhaus am Stuttgarter Charlottenplatz heute: In dem asymmetrisch-viereckigen Bau waren christliche Mission und Erziehung der Waisenkinder Schwerpunkte. Integration durch Arbeit stand im Zentrum der 1710 als „Waisen-, Zucht- und Arbeitshaus“ gegründeten Institution mit wechselvoller Geschichte.

Das Stuttgarter Waisenhaus

Erinnerungen an Kinderarmut

Ewald Frie

Waisenhäuser sind eigentümliche Erinnerungsorte. Die verschiedenen Akteure, die in ihnen zusammenwirken, erinnern sich in Abhängigkeit von ihrer Persönlichkeitsstruktur, von ihrer Stellung im sozialen Gefüge „Waisenhaus“ und den Zeitumständen ihrer Waisenhauserfahrung in unterschiedlicher Weise.
Die allermeisten dieser Erinnerungen bleiben individuell oder zumindest auf kleine Gruppen bezogen. Für die Konstruktion und Rekonstruktion eines regionalen Erinnerungsortes sind sie folgenlos. Nur ein kleiner Teil der Akteurserinnerungen vermag unter spezifischen Bedingungen in das kollektive Gedächtnis einzugehen. Darüber hinaus bieten schriftliche und nichtschriftliche Quellen Anlässe zur Konstruktion von Erinnerungszusammenhängen.

Diesen verschiedenen Erinnerungskonstruktionen und Erinnerungsverlusten, die den Erinnerungsort Stuttgarter Waisenhaus zeitweise einfärben und die dann auch wieder verblassen, wird hier nachgegangen.





Das Waisenhaus Pforzheim wurde schon 1718 als „Toll-, Kranken-, Zucht- und Arbeitshaus“ in einem ehemaligen Dominikanerinnenkloster gegründet. Zur Ausbildung der Waisen wurde 1767 eine Schmuck- und Uhrenfabrik eingerichtet und damit der Grundstein zur Goldwarenherstellung in Pforzheim gelegt.

Waisenkinder

Die numerisch weitaus wichtigste Akteursgruppe in Waisenhäusern waren Kinder. Das ist zunächst festzuhalten, vor allem angesichts einer langen institutionen- und hausleitungsbezogenen Waisenhausgeschichtsschreibung, in der die Klienten nur eine geringe Rolle spielten. Der Begriff „Waise“ täuscht ein wenig über den Familienstand der jungen Menschen hinweg, die nicht immer – und zumindest in vielen englischen Waisenhäusern der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht einmal vor allem – elternlos waren. Vielmehr handelte es sich um Kinder, die von ihren Eltern nicht versorgt wurden, nicht versorgt werden konnten oder von denen Philanthropen oder Armenpfleger annahmen, ihre Eltern seien nicht geeignet oder nicht in der Lage, Kinder zu erziehen. In der Regel verbrachten Kinder nicht ihre gesamte Kindheit und Jugend im Waisenhaus. Viele Häuser nahmen Kinder erst ab einem bestimmten Alter auf, weil sie die hohen Kosten für die Ernährung von Kleinkindern scheuten und auch die intensivere Pflege der ganz Kleinen nicht leisten wollten. Zudem brachten Familien, die aufgrund von Tod, Gefängnis, Alkoholismus oder dauernder Absenz des Haupternährers in Schwierigkeiten geraten waren, Kinder zeitweise im Waisenhaus unter, um sie nach Verbesserung der eigenen Lage – sei es durch kommunale oder philanthropische Unterstützung, durch Aktivierung sozialer Netzwerke oder Rückkehr des Ernährers – wieder in die Familie zurückzuholen. Eine große Zahl armer Kinder und armer Familien kam so mit Waisenhäusern in Kontakt, teils kurzzeitig, teils dauerhaft.

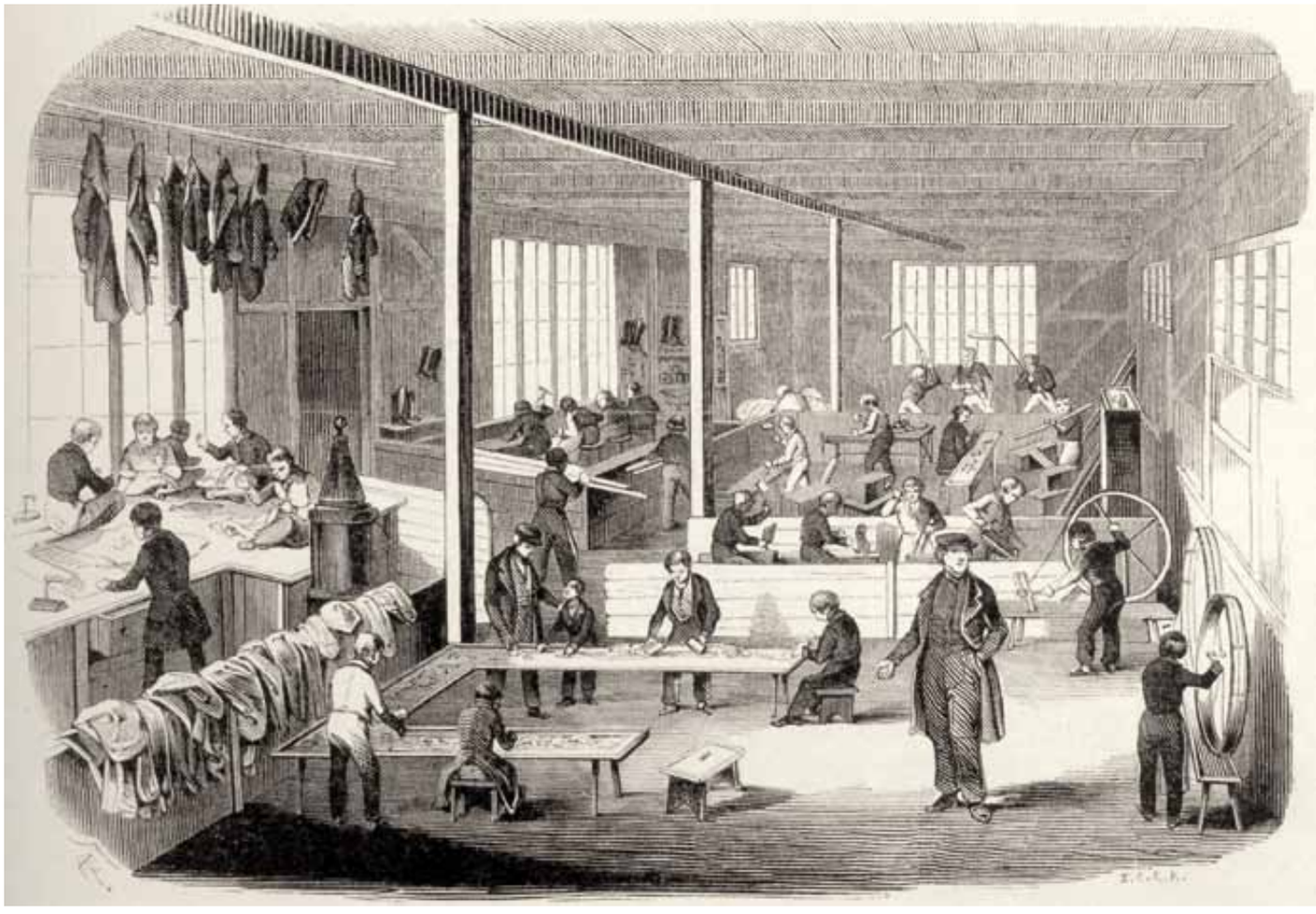
Der Historiker Markus Meumann hat vorgeschlagen, die Zeit von 1650 bis 1750 als das „Jahrhundert der Waisenhäuser“ zu bezeichnen, vor dem von Volker Hunecke so bezeichneten „Jahrhundert der Findelkinder“ von 1750 bis 1850. Die Gründung des Stuttgarter Waisenhauses im Jahr 1710 fällt mitten hinein in dieses Jahrhundert, in dem zahlreiche Städte des Alten Reiches die Versorgung elternloser Kinder aus der allgemeinen Armenfürsorge ausgliederten, um mit dem Waisenhaus eine eigene spezialisierte Institution ins Leben zu rufen. Die Franckeschen Stiftungen in Halle sind das bekannteste Beispiel, dürfen aber nicht als Solitär verstanden werden, sondern als spezifische Ausformung eines allgemeinen Trends. Halle setzte auf Mission und Erziehung als Schwerpunkte der Waisenarbeit. In Stuttgart wie in vielen anderen Städten wurden die Waisen als Teil einer größeren Gruppe randständiger Personen begriffen. Deshalb stand hier die Integration durch Arbeit im Zentrum. Neben den elternlosen Kindern wurden Zuchthäusler – in anderen Städten auch Prostituierte, Bettler und Vaganten – in das Waisenhaus aufgenommen. Erst Ende des 18. oder Anfang des 19. Jahrhunderts, in Stuttgart 1829, wurden die verschiedenen Klientengruppen getrennt. Das Waisenhaus konzentrierte sich nun ganz auf die unversorgten Kinder.

Die oft prägenden Jahre, die Kinder und Jugendliche im Waisenhaus verbrachten, konnten aufbauend und bestärkend, sie konnten aber auch traumatisierend und ein Leben lang belastend sein. Für die Einrichtungen des späten 17. und 18. Jahrhunderts haben neuere Untersuchungen gezeigt, dass es vielen der Kinder gelang, sich im Anschluss an die Waisenhauszeit in die städtische Gesellschaft zu integrieren. Nicht die wenigen spektakulären „Karrieren“ sind dabei entscheidend: Der Stuttgarter Waisenhauszögling Ludwig Ulrich Schnadow wurde 1786 Aufseher in seinem eigenen Waisenhaus und rückte nach mehreren Zwischenstationen bis in den Rang eines Generals der Infanterie vor; der Stuttgarter Waisenknabe Johann Friedrich Haakh starb 1815 als Hofrat und Kanzleidirektor; das ehemalige Stuttgarter Waisenkind Mogler wurde 1905 wegen Mordes hingerichtet. Wichtiger ist, dass viele Jungen und Mädchen lesen und zu-

mindest ihren Namen schreiben konnten, dass viele der Jungen einen Beruf erlernten, der es ihnen ermöglichte, sich selbst zu ernähren, und viele der Mädchen in der Lage waren, sich zu verheiraten. Wie sie auf ihre Kindheit zurückblickten, welche Erfahrungen sie gemacht hatten und welche Erinnerungen sie weitergaben, wissen wir in der Regel nicht. Als der Stuttgarter Waisenhauspfarrer und spätere Oberinspektor Karl August Friedrich Christoph Zoller 1841 sein 30-jähriges Dienstjubiläum feierte, kamen 120 Männer zusammen, die das Waisenhaus in seiner Amtszeit durchlaufen hatten und mittlerweile bürgerliche Berufe ausübten (etwa 2000 Waisen waren in den 30 Jahren insgesamt mit Zoller in Berührung gekommen). Sie überreichten dem Jubilar ein Album, in dem sie ihre Dankbarkeit bezeugten. Das waren nun freilich durch die Zusammensetzung der Ehemaligengruppe wie durch den Anlass doppelt gefilterte Erinnerungen, die zu allgemeineren Rückschlüssen wenig Anlass geben. Immerhin belegen sie, dass es die erfolgreiche Integration von Waisenhausinsassen in die württembergische Gesellschaft nicht nur vereinzelt gegeben hat.

Heimerziehung kann auch verstören und ein Leben lang traumatisieren. Das haben die Diskussionen der letzten Jahre über Heimerziehung in den 1950er- und 1960er-Jahren gezeigt, die zur Einrichtung eines *Runden Tisches Heimerziehung* und zu zahlreichen Forschungsvorhaben – nicht nur in Deutschland – geführt haben. In diesem Zusammenhang sind Erinnerungen von Heimkindern gesammelt worden – ein historisch ganz außergewöhnlicher Fall. Für das 18., das 19. und das frühe 20. Jahrhundert verfügen wir nicht über derartig wertvolle Erinnerungssammlungen. Vereinzelte Memoiren und Erinnerungsgaben an verdienstvolle Heimleiter sind wegen ihres kritisch einzuschätzenden Quellenwertes kein Ersatz. Verschiedene Untersuchungen zeigen, dass es Übergriffe seitens des Pflegepersonals und sexuelle Gewalt

Knabenarbeitssaal: Die Abbildung aus der *Leipziger Illustrierten Zeitung* von 1846 zeigt eine Arbeitsszene aus dem Rauhen Haus in Hamburg.



gegeben hat. In Celle entzog sich der Werkmeister des Waisenhauses 1711 durch Flucht einer Untersuchung, die wegen der Vorwürfe eines Mädchens, er habe sie drei Mal zum Beischlaf gezwungen, eingeleitet worden war. „Fehlverhalten und übermäßiger Alkoholkonsum des Personals waren auch andernorts bekannt“ (Markus Meumann). Wie für das späte 20. Jahrhundert ist auch für das 18. und 19. Jahrhundert davon auszugehen, dass Erfahrungen und Erinnerungen der Kinder sehr persönlich waren und sich einer Generalisierung entziehen. Ob und wie stark diese Erfahrungen kommunikativ abgeglichen wurden, zeitweise sogar zu einer kollektiven Erinnerung geronnen sind, wissen wir nicht. Es muss daher offen bleiben, ob und – wenn ja – in welcher Weise Waisenkinder den Erinnerungsort Waisenhaus geprägt haben. Es ist davon auszugehen, dass sie dies in kleineren sozialen Konfigurationen wie Familien oder Vereinen taten. Doch von einer dauerhaften Prägung des Erinnerungsortes Waisenhaus durch die Vielen, die in ihm sozialisiert wurden, ist nicht auszugehen.

Pflegekräfte, Bedienstete

Die numerisch zweitwichtigste Gruppe in Waisenhäusern waren Pflegekräfte und Bedienstete. In seiner Geschichte des Stuttgarter Waisenhauses listet Oberinspektor Eduard Lempp 1911 für sein Haus eine große Anzahl von Unterlehrern und Lehrern, Lehrfrauen und Industrielehrern, Hausmeistern, Zuchtknechten und Amtsdienern, Krankenwärterinnen und Krankenwärtern auf, die teilweise Jahrzehnte in der Anstalt verbracht haben. Die Krankenwärterinnen des 18. und 19. Jahrhunderts hielten sich im Schnitt knapp sieben Jahre in der Anstalt auf, bei einer breiten Streuung zwischen Frauen, die vor allem vor 1760 nur wenige Jahre oder gar Monate im Waisenhaus arbeiteten, und Frauen, die wie Christine Lautenschlager (1809–1827) oder Regine Holzapfel (1827–1844), beinahe zwei Jahrzehnte blieben.

1884 ersetzten Diakonissen im Stuttgarter Waisenhaus die bisher tätigen Krankenwärterinnen. Das zeigt eine für das späte 19. und die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts charakteristische Entwicklung an. Zölibatär lebende, mit hoher Motivation umfassend einsatzbereite und konkurrenzlos preiswert arbeitende Frauen – im katholischen Deutschland bildeten Mitglieder von Orden und Kongregationen das Äquivalent zu den Diakonissen – begannen nun den Alltag nicht nur in kirchlichen, sondern auch in kommunalen und staatlichen Sozialeinrichtungen zu prägen. In Stuttgart war auch 1911 nur eine von 20 Angestellten eine Diakonissin. In anderen Häusern spielten Ordensfrauen oder Diakonissen eine numerisch weit größere Rolle. Zum Aufzeichnen ihrer Erinnerungen wurden diese Frauen lange Zeit nicht ermuntert. Die eigene Person war hinter dem hingebungsvollen und zeitintensiven Dienst zurückzustellen. Zölibatär lebende Frauen haben ein knappes Jahrhundert lang den Alltag vieler Waisenhäuser geprägt, nicht aber die kollektive Erinnerung an sie.

Der Alltag des Krankenpflegepersonals war in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts von stetem Umgang mit Krankheit und Tod geprägt. In den ersten 50 Jahren des Stuttgarter Waisenhauses waren 1209 Waisenkinder aufgenommen worden, von denen 321 (26,6 %) während ihres Aufenthalts starben. Die hohe Sterblichkeit war nicht ungewöhnlich. Vergleiche sind zwar schwierig, weil die Sterbequoten unterschiedlich berechnet werden, es starben aber im Potsdamer Waisenhaus in manchen Jahren mehr als zehn Prozent der Zöglinge. In Hamburg waren es von 1742 bis 1751 jährlich durchschnittlich fast acht Prozent. Nun war zwar der Tod eines Kindes im 18. Jahrhundert insgesamt kein Ausnahmefall. Weil die Waisenhäuser aber regelmäßig keine Klein-



Der Stuttgarter Charlottenplatz um 1907: Blick über den Platz auf das Waisenhaus und das Hotel Silber (links).

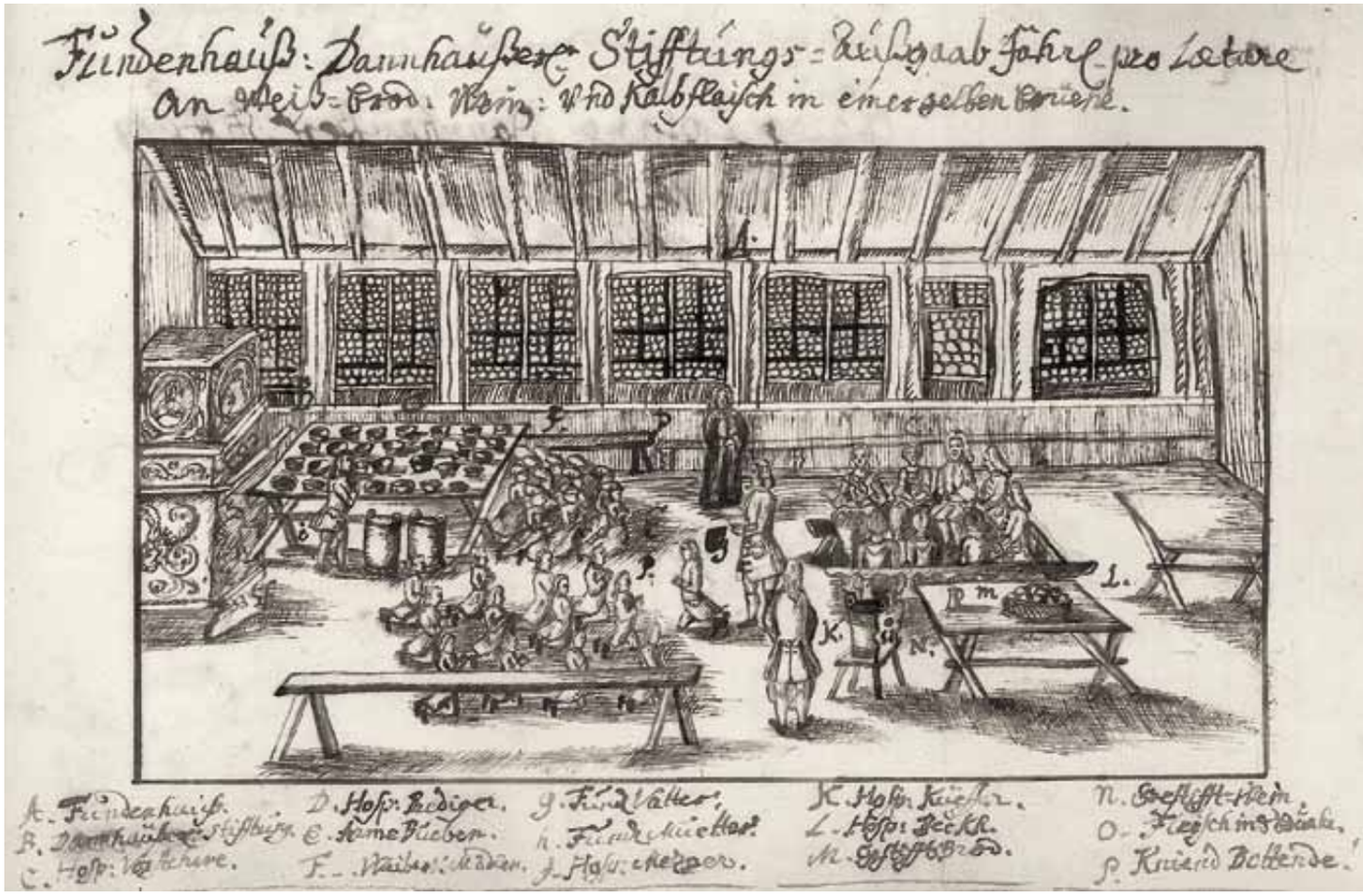
Mädchen des Waisenhauses Karlsruhe, flankiert von Amtsleiter und zwei Bediensteten. Die Aufnahme stammt aus der Zeit um 1900.



kinder aufnahmen, befand sich ihre Klientel eigentlich außerhalb der Hauptgefahrenzone. Die hohe Todesrate war vor allem auf falsche Ernährung, ungünstige Arbeitsbedingungen und die schnelle Ausbreitung von Infektionskrankheiten in den dicht belegten Schlafsälen zurückzuführen. Diese Ursachen waren auch für andere Waisenhausleiden verantwortlich, wie rachitische Knochendeformationen oder nichttödliche Infektionen wie vor allem die Krätze. All das wurde von Ärzten und Philanthropen im deutschen Sprachraum beklagt und trug zum Waisenhausstreit bei, einer in den 1760er-Jahren anlaufenden intensiven publizistischen Debatte. In ihrem Verlauf wurde der Nutzen der Anstaltserziehung für Waisenkinder überhaupt bestritten und als Ersatz die ländliche Familienpflege empfohlen. Zahlreiche Waisenhäuser wurden tatsächlich aufgelöst. Die Unterbringung in ländlichen Pflegefamilien erwies sich allerdings auch nicht als problemfrei, war doch die Kontrolle schwierig und der Anreiz für Familien, das Pflegegeld zu kassieren und die Kinder als Arbeitskräfte intensiv zu nutzen, war nicht von der Hand zu weisen. Der Waisenhausstreit führte daher nicht das Ende der Waisenhäuser herbei, sondern Auflösungen und spätere Neugründungen sowie auf einzelne Häuser bezogene Reformen.

Auch das Stuttgarter Waisenhaus blieb im Zuge des Waisenhausstreits nicht unumstritten. Nach einem Um- und Ausbau 1763/64 war immerhin die Zahl der Todesfälle deutlich zurückgegangen. In den 1780er-Jahren stiegen die Sterbeziffern allerdings bereits wieder. Um die Existenz des Waisenhauses als Institution ging es erst spät. Zwischen 1797 und 1805 wurden mehrfach Gutachten angefordert, ob Familienerziehung auf dem Land nicht auch in Stuttgart die Anstaltserziehung ersetzen und das Waisenhaus geschlossen werden solle. Dabei verband sich die aufklärerisch-pädagogische Kritik mit finanziellen Erwägungen. 1800 wurden zur Probe sechs Stuttgarter Waisenkinder in Kost und Verpflegung aufs Land gegeben. Dieser Anteil wuchs in den Folgejahren, vor allem, weil die Anstalt die zahlreichen Waisenkinder aus den neu hinzugewonnenen württembergischen Landesteilen nicht unterbringen konnte. Doch die Idee der Schließung wurde nach 1805 nicht mehr weiter verfolgt. Stattdessen kam es zu einem Nebeneinander von Heim- und Landerziehung, wobei die Waisenhausleitung auch für die Aufsicht über die Landkinder verantwortlich war.

In diesen Debatten spielen die Pflegekräfte und Bediensteten eine untergeordnete oder keine Rolle, obwohl sie im Alltag den engsten Kontakt mit den Waisenkindern hatten. In den ersten 50 Jahren starben drei Hausmeister, ein Schulmeister, drei Provisoren, eine Lehrfrau und zwei Krankenwärterinnen im Waisenhaus. Eduard Lempp berichtet 1911, dass die Anstalt vor den 1760er-Jahren im Lande gefürchtet gewesen sei. Das mag auch mit den Erfahrungen der Bediensteten zusammengehangen haben, die ein wichtiges Bindeglied zwischen Anstalts- und Stadtgesellschaft waren. Iris Ritzmann hat am Beispiel Ludwigsburgs gezeigt, dass die Bediensteten in die lokale Gesellschaft hineingewebt waren und auch die Waisenkinder in sie hineinwebten. Der Ludwigsburger Waisenhauspfleger Georgii berichtete 1788 über eine Begegnung in früher Morgenstunde: „Vor etlichen Tagen begegnete mir morgens kaum nach der Dämmerung ein Mägdlen mit einer WasserGelten [Wasserkrug], die mir auf Befragen sagte, sie hohle alle Morgen eines Tuchmachers Gesellen Weib Wasser, und helfe ihr bei den Kindern. Ich fragte weiter nach, und erfuhr endlich, der Haußmeister habe neben seinem ordinairen LaufMägdlen, der Schulmeister, der Zuchtmeister Schefer, der Wagmeister Kübler, der Aufseher Waker, und der Tuchmachergesell Frobenius und vielleicht noch mehrere Mägdlen an der Hand, die in ihren Recreations-Stunden Morgens vor der Arbeit und Nachts nach dem Essen, wenn die Bettgehens Zeit ist, Waßer holen, Geschirr spühlen, spinnen und herumlaufen, auch Kinder hüten.“



Ausgabe einer gestifteten Fleischmahlzeit im Esslinger Waisenhaus. Die Zeichnung stammt von dem in Marbach am Neckar geborenen Gelehrten und späteren Professor in Göttingen, Tobias Mayer (1723–1762), der selbst im Esslinger Waisenhaus aufgewachsen war.

Diese Episode zeigt, dass Waisenhäuser in viel stärkerem Maße Bestandteil der städtischen Gesellschaft sein konnten, als es Theoreme von der „totalen Institution“ (Goffman) oder der „großen Einsperrung“ (Foucault) nahelegen. Nicht nur wechselten Kinder aus städtischen Unterschichten in Waisenhäuser hinein und wieder hinaus, wie im ersten Teil gezeigt. Anstaltsinsassen tauchten auch in der Stadt auf, als dienstbare Geister und Gehilfen derjenigen, die zwischen Arbeitsplatz Anstalt und Lebenswelt Stadt wechselten. Die Momentaufnahme aus Ludwigsburg 1788 muss nicht repräsentativ sein. Möglicherweise hat sich das Stuttgarter Waisenhaus wie andere Institutionen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stärker von der Außenwelt abschotten können. Waisenhaus- und Erziehungshausneubauten dieser Zeit sind nicht zufällig außerhalb der Städte im Grünen angelegt worden. Eduard Lempp referiert 1911 im Vorwort der Geschichte seines Stuttgarter Waisenhauses die Frage mancher Zeitgenossen: „Was mag hinter diesen dicken Mauern und vergitterten Fenstern schon alles passiert sein?“, und präsentiert damit geläufige Metaphern für die in dieser Zeit scharfe Grenze zwischen Anstalt und Gesellschaft. Selbst wenn aber die Episode von 1788 nur eine und nicht die Geschichte darstellt, weist sie darauf hin, dass die Rede vom Erinnerungsort isolierend wirken kann und die zahlreichen sozialen und räumlichen Bezüge, in denen ein Ort stand, nicht recht einbegreift. Diese Bezüge aber wurden regelmäßig von den Vielen hergestellt, deren Erinnerungen in den Erinnerungsort nur sehr unzureichend eingehen.

Die Waisenhausleitung

Der Ludwigsburger Waisenhauspfleger Georgii wusste 1788 nicht, dass seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Arrangements mit den Waisenkindern getroffen hatten, die gegen die Regeln des Hauses verstießen, im Alltag aber offenbar funktionierten. Das Leitungspersonal der Waisenhäuser war nicht allwissend. Es hatte einen anderen Beobachtungspunkt als Mitarbeiter und Kinder. Das Leitungspersonal ist aber in der Regel die Gruppe, durch deren Brille wir die Waisenhäuser sehen. Waisenpfleger, Waisenpfarrer, Provisoren, Inspektoren und Oberinspektoren, Ökonomieverwalter und Schulmeister haben nicht nur gelegentlich Erinnerungen verfasst. Sie sind auch in den Quellen breit vertreten. Die von ihnen in Auftrag gegebenen oder verfassten Listen und Protokolle, die Schriftwechsel, die sie mit Amtsbrüdern, Mildtätern und Aufsichtsbehörden führten, die Jubiläumsfeiern, die sie inszenierten, die Hausgeschichten, die sie schrieben oder anregten, sind unser Zugang zur Geschichte der Waisenhäuser. Ihre Amtszeiten strukturieren daher häufig die Erzählungen über Waisenhäuser, die die Öffentlichkeit erreichen und dort verbleiben. Paul Sauers Passage über das Waisenhaus in seiner Geschichte der Stadt Stuttgart funktioniert in dieser Weise, ebenso die Geschichte des Stuttgarter Waisenhauses von Oberinspektor Eduard Lempp.

„Zunächst hing alles an dem Waisenpfleger", hält Lempp einleitend fest. „Wir können deshalb die Geschichte des Waisenhauses im 18. Jahrhundert an die Reihenfolge seiner Waisenpfleger anschließen." Als alternative Erzählstrategie kommt für ihn nur die Gliederung anhand der geistlichen Oberinspektoren infrage, deren letzter zur Zeit der Abfassung des Buches er selbst ist. Sie strukturiert seine Erzählung des 19. Jahrhunderts. Das „Jahrhundert des Absolutismus" mit großem Einfluss der Fürsten, einer weltlichen Leitung und einem beigeordneten Pfarrer wird so abgegrenzt von einem geistlichen Jahrhundert, in dem Oberinspektoren an der Spitze des Hauses stehen, die ohne Ausnahme zuvor Theologie studiert und ein Pfarramt bekleidet haben. Dem Oberinspektor sind nun der Ökonomieverwalter und die Lehrer untergeordnet. Zwischen dem absolutistischen Jahrhundert und dem geistlichen Jahrhundert steht „die Krisis des Waisenhauses 1799–1826", als die Existenz des Hauses auf dem Spiel stand, und Viktor Heinrich Riecke auf den Plan trat. Lempp nennt den bei Amtsantritt 44-jährigen Sohn des Waisenhausarztes Dr. Ludwig Riecke, der zuvor Prediger im österreichischen Brünn gewesen war, den einzigen „über das gewöhnliche Maß hinausgehenden Mann", der je an der Spitze des Stuttgarter Waisenhauses gestanden habe. Darüber kann man streiten – Riecke wurde 1811 einigermaßen unfreiwillig Pfarrer in Lustnau bei Tübingen, wo er 1830 auch starb, und die Zeit der Unsicherheit war für die Anstalt erst in den 1820er-Jahren vorbei. Wichtig in unserem Zusammenhang ist, dass mit Riecke die Konzentration der Stuttgarter Waisenhausgeschichte auf die eine leitende Figur ihren Höhepunkt erhält. Er setzte, wenn wir den wichtigsten Darstellungen Glauben schenken, eine zeitgemäße Hygiene durch, er modernisierte die Pädagogik, er verbesserte den Spendenzufluss und entschied mit einem Gutachten 1805 den Streit um die Aufhebung des Waisenhauses. Das Stuttgarter Waisenhaus ist lange Zeit auch Erinnerungsort für das Wirken eines großen geistlichen Mannes und seiner kleineren Nachfolger, die eine absolutistische Einrichtung vergeistlichten und durch das bürgerliche Jahrhundert führten. Damit freilich ist eine Veranstaltung, Verkirchlichung und Institutionalisierung der Erinnerungsinhalte verbunden, die der Wirklichkeit eines Waisenhauses in städtischer Umwelt eher nicht gerecht wird.

Stifter und Herren

Stifter, Herrscher und städtische Magistrate schaffen die materielle und legislative Basis für Waisenhäuser im von Markus Meumann sogenannten „Jahrhundert der Waisenhäuser". Mit ihren Namen beginnen die Geschichten von Waisenhäusern. Ihre Namen tauchen auf, wenn die Grundlagen einer Stiftung verändert werden. Waisenhäuser können einen prominenten Platz in Erinnerungen an Herrscher einnehmen. Die Zusammenarbeit mit dem prominenten Waisenhausgründer August Hermann Francke aus Halle verleiht dem preußischen Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. eine pietistische Mildtätigkeit, die ihm sonst nicht zugerechnet würde.

Das Stuttgarter Waisenhaus passt nicht recht in diese Reihe. Seine Gründung hängt zwar mit Herzog Eberhard Ludwig von Württemberg zusammen. Doch der spielte in der württembergischen Geschichte keine herausragende Rolle und identifizierte sich eigentlich auch nicht mit dem Waisenhaus. Für das späte 18. und das „lange" 19. Jahrhundert wird immer wieder von Zuwendungen verschiedener Mitglieder des württembergischen Königshauses an das Waisenhaus berichtet. Weil sie aber nicht mit Reformen, sondern mit Erhalt des Bestehenden verbunden waren, schrieben sich die Herrscher nicht dauerhaft und in positiver Weise in den Erinnerungsort Waisenhaus ein.



Das Denkmal von August Hermann Francke (1663–1727) auf dem Gelände der Franckeschen Stiftungen in Halle/Saale. In der Abbildung der Kinder spiegelt sich das seit der Aufklärung gewandelte Bild von Kindern als „natürliche“, von der Gesellschaft noch unverdorbene Wesen.

Symptomatisch ist die Darstellung im Erinnerungsband zum 250. Jubiläum der Stuttgarter Waisenpflege, wenn sie auch die Perspektive der frühen 1960er-Jahre deutlich werden lässt: „Die Kritik [am Waisenhaus] wurde überzuckert durch die jährlichen und vielen Wohltaten des königlichen Hauses, und durch das bis zum 1. Weltkrieg bestehende Verbundensein des Hofes mit der Anstalt war der Zustand konserviert. Was heutzutage noch […] in unserem Land an abschreckenden, beängstigenden und peinlichen Vorstellungen mit dem Namen des Waisenhauses existiert, geht zu einem guten Teil auf diese Zeit zurück. Gewiss darf die nie unterbrochene und zur kostbaren Tradition gewordene Verbindung des württembergischen Thrones zur Anstalt nicht geschmälert werden! […] Aber entschlossene und rechtzeitige Reformen hätten Wunder für die Anstalt bewirkt.“ Das Zurückbleiben des Stuttgarter Waisenhauses im interinstitutionellen Vergleich sei eine Folge des „ausweglosen Verkoppeltsein[s] der staatlichen Anstalt mit hauptstädtischen Traditionen.“ Das Zitat zeigt, dass die württembergische Königsfamilie das Waisenhaus durchaus für die Pflege des eigenen Images nutzte. Aber eine Verbindung zwischen Anstalts- und Herrschaftserinnerung, wie sie zwischen Halleschem Pietismus und dem Soldatenkönig gelang, entstand daraus nicht.

Gebäude

Neben den Menschen prägen die Gebäude die Erinnerung an Waisenhäuser. Mindestens geben sie einen Impuls, sich oder andere zu erinnern. Waisenhäuser sind allerdings meistens nicht für den Bestimmungszweck Waisenhaus gebaut worden, und häufig werden sie nach dem Ende der Waisenhauszeit für andere Zwecke verwendet. Städte wie Halle an der Saale, wo Bauten der Waisenhausgründungszeit noch heute den Charakter des gesamten Komplexes prägen und auf die Gründungsfigur verweisen, sind die Ausnahme. In der Regel haben die Anstaltsbauten eine wechselvolle Geschichte, von der die Waisenhausgeschichte oft nur ein Teil ist. Die Hannoverschen Waisenhausgründungen des späten 17. und 18. Jahrhunderts nutzten, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, bestehende Häuser und bauten sie nach ihren Bedürfnissen um. Auch beim Bau des Stuttgarter Gebäudes handelte es sich zunächst nicht um ein Waisenhaus, sondern um eine Gardekaserne. Dieser Zweck erübrigte sich aus politischen Gründen bereits während der Bauarbeiten, so dass das Waisenhaus die erste wirkliche Gebäudenutzung war. Das ganze 18. und 19. Jahrhundert hindurch blieb es am gleichen Fleck in Stuttgart bestehen – stabile Verhältnisse, verglichen mit der Schwesterinstitution, dem Waisenhaus Ludwigsburg, das 1825 in das ehemalige Benediktinerkloster Weingarten und 1868 in Klostergebäude nach Ochsenhausen umzog. Für die Stuttgarter Bewohner und Verantwortlichen war die Stabilität jedoch nicht immer deutlich, wurde doch das Gebäude ständig erweitert oder umgebaut. Außerdem wurde eine Verlegung immer wieder diskutiert, geplant und stand manchmal kurz vor der Verwirklichung. Tatsächlich zogen die Stuttgarter Waisen erst 1923 um, und zwar nach Ellwangen/Jagst. Von dort aus gingen sie 1933 nach Schwäbisch Gmünd und von 1953 bis 1957 nach Esslingen. In allen drei Orten haben sie bestehende Gebäude bezogen, die zuvor anderen Zwecken gedient hatten. Waisenhäuser sind mobile Erinnerungsorte. Was passiert mit dem Ort, wenn die Kinder gehen? Welches

der vielen Erinnerungspotenziale, über das diese Orte verfügen (Kloster, Waisenhaus, Kaserne, Gefängnis o. Ä.), wird aktiviert?

Das Waisenhaus Stuttgart wurde 1923 teilweise abgebrochen, teilweise umgebaut, und dann verschiedenen Nutzungen zugeführt. Heute beherbergt es das Institut für Auslandsbeziehungen und ein Restaurant. Eine direkte Erinnerungsassoziation an das Waisenhaus ergibt sich vor Ort nicht. Das Institut für Auslandsbeziehungen verweist in seinem Internetauftritt ganz knapp auf die frühere Nutzung des eigenen Hauses, macht sie aber nicht zum Thema. Das Restaurant ist auskunftsfreudiger. Es beschäftigt sich ein wenig mit der Gründungsgeschichte, beschreibt den Bau und die gescheiterte Erstnutzung als Kaserne. Ausführlicher und anhand einer Quelle thematisiert es die multifunktionale Nutzung des Waisenhauses in seiner Gründungszeit. Es nutzt dabei das Irritationspotenzial, das der Plan einer Zusammenführung von vater- und mutterlosen Waisen, unverschuldet in Armut geratenen Leuten, durch Arbeit zu bessernde Vaganten, Trunkenbolde, Spieler, boshafte Eheleute, Schwärmer und Fanatiker zum Zwecke der ökonomischen Modernisierung beim historisch wenig vorgebildeten Publikum hervorrufen mag. Ebenfalls ausführlicher wird dann anhand des Speiseplans, des Tagesablaufs und der Sterbeziffern der Waisenhausalltag beschrieben. „Wundersamerweise wurde aus dieser schauderhaften Anstalt in 200 Jahren eine angesehene Schule“, heißt es dann. Die Umnutzung des Gebäudes nach 1923 wird angerissen. Doch als die eigentlich spannende, irritierende und dem Restaurant Charakter verleihende Geschichte erscheint die Frühgeschichte des Waisenhauses. Von dort aus führt der Fortschritt Richtung Gegenwart.

Die frühe Waisenhausgeschichte wird hier zunächst vom Gebäude und dann von den Waisen aus erzählt, auf das Identifikationspotenzial zwischen Gast und armem Waisenkind setzend. Die Identifikation erzeugt Irritation, weil 300 Jahre Geschichte in einem Satz übersprungen werden und der Leser sich in der Rolle des Insassen wähnt, unter Absehung von aller lebensweltlichen Einbindung seiner eigenen Situation und der der Kinder des frühen 18. Jahrhunderts. Andere Identifikationsangebote, die der Erinnerungsort bietet, und die – wie oben gezeigt – in der Geschichte des Ortes eine große Rolle gespielt haben, werden ausgeschlagen. Die württembergischen Herrscher werden nicht erwähnt. Die Waisenpfleger und Oberinspektoren kommen ebenfalls nicht vor. Die von Lempp 1911 so in den Vordergrund gestellte Verchristlichung der Anstalt dient nur noch dem Zweck, einen gruselähnlichen Schauer zu erzeugen: „Spaziergang, Betstunde, Schulunterricht, arbeiten; Nachtessen mit Andacht“, so hieß angeblich das Nachmittag- und Abendprogramm der Zöglinge. Bedienstete spielen ebenfalls keine Rolle. Während das Institut für Auslandsbeziehungen mit der Geschichte seines Gebäudes offenbar wenig anfangen kann, setzt das Restaurant auf Identifikation über Gebäude und Insassen. Württemberg ist ein Land, in dem es früher schrecklich war, scheint die Präsentation zu sagen. Aber heute lässt sich’s hier leben.

Am Alten Waisenhaus in Stuttgart kann damit gezeigt werden, wie Erinnerungen sich an Gebäude heften bzw. an sie geheftet werden. Doch die Metapher des Heftens beschreibt nur ungenügend, dass der Ort selbst in seiner Materialität Geschichte symbolisiert und dadurch nur bestimmte Erinnerungsangebote ermöglicht bzw. diese charakteristisch überformt. Erinnerungen sind in jeder Gegenwart vielfältig, auch wenn manche hegemonialen Status erreichen können. Aufgabe des Historikers ist es, diese Erinnerungen als Erinnerungen auszuweisen und auch an die Vielen zu erinnern, die den Ort Waisenhaus geprägt haben, den Erinnerungsort aber eher nicht.



Das Stuttgarter Waisenhaus im Jahr 1927: Seit 1923 beherbergte das Gebäude das Deutsche Auslandsinstitut (Goetheaneum), 1924 war der Süddeutsche Rundfunk eingezogen.



Das Küchenpersonal der vom Badischen Frauenverein betriebenen Volksküche II in Mannheim 1914. Der Badische Frauenverein unterhielt in Mannheim Volksküchen seit 1889. Dass die Kommune eine Frauenwohlfahrtsorganisation mit der Leitung der Einrichtung betraute, erregte zu dieser Zeit vermutlich Aufsehen.

Der Badische Frauenverein 1859–1937

„Gemeinnützige Zwecke, welche sich für Frauenthätigkeit eignen“

Sylvia Schraut

Der Badische Frauenverein, gegründet 1859, zwangsaufgelöst Ende 1937, stellte im späten 19. Jahrhundert die bedeutsamste Frauenwohlfahrtsorganisation Badens dar. Unter dem Protektorat Großherzogin Luises von Baden (1838–1923) breitete sich ein dichtes Netzwerk von Frauenvereinen über das Land aus. Sie widmeten sich vor Ort allen sozialen Aufgaben, die mit dem weiblichen Wesen vereinbar schienen. Neben Wohlfahrtsaufgaben traten bald schon die Verbesserung der Ausbildung junger Frauen und die Entwicklung neuer weiblicher Berufsbilder.

Zwar verstand sich der Verein nicht als Mitglied der zeitgenössischen Frauenbewegung, doch zählt er zu den Wegbereitern verbesserter weiblicher Bildungs- und Berufsmöglichkeiten. Nach der Gründung der Republik gegen den eigenen Bedeutungsverlust kämpfend, wurde er während des Nationalsozialismus gleichgeschaltet und schließlich endgültig aufgelöst. Selbst die Erinnerung an ihn war lange verschüttet.





Foto von Großherzogin Luise auf dem Gedenkblatt der Stiftung „Witwentrost". Anlässlich der Goldenen Hochzeit des Großherzogpaares 1906 richtete die Großherzogin eine Stiftung zur Unterstützung bedürftiger Witwen ein.

„Langgestreckt in der südwestlichen Ecke Deutschlands, durchflutet von unserm mächtigsten Strome, dem Rhein, durchzogen vom tannengekrönten, sagenumwobenen Schwarzwald, liegt das Großherzogtum Baden. Lange Jahre des Friedens sind ihm beschieden, seine Bewohner sind biedere und zugleich aufgeklärte Menschen und unter dem Schutze eines Herrscherpaares, das im wahren Sinne des Wortes seinen Bürgern Landesvater und Mutter ist, gedeihen kraftvoller wie in anderen Zonen Deutschlands die wertvollsten Kulturarbeiten: der Ausbau aller Schulen, die Entwicklung der Wissenschaften und nicht zuletzt die Wohlfahrtspflege. Bewundernswert ist insbesondere, was durch freie Vereinstätigkeit der Frauen auf Anregung und unter Leitung der Großherzogin Luise geleistet wird. Das ganze Land ist übersponnen mit einem Netz von Vereinen mit Veranstaltungen zur Hebung der Wohlfahrt und sämtliche Netzfäden treffen sich in einem Knotenpunkte: dem badischen Frauenverein."

Mit diesen poetisch anmutenden Worten leitete Alice Bensheimer, langjährige Schriftführerin des Bundes Deutscher Frauenvereine (BDF), einen Vortrag auf dem 1904 in Berlin stattfindenden Internationalen Frauenkongress ein. Der Badische Frauenverein – das Thema, dem sich Alice Bensheimer widmete – stellte keine Institution der bürgerlichen Frauenbewegung dar, und der Verein war auch nicht Mitglied des BDF. Vermutlich hätte die Gründerin der landesweiten badischen Wohlfahrtsorganisation, Großherzogin Luise von Baden, eine wie auch immer geartete Nähe ihres „Kindes" zur bürgerlichen Frauenbewegung weit von sich gewiesen. Doch so eindeutig stellt sich die Sachlage in der historischen Rückschau nicht dar.

Was wollte der Badische Frauenverein?

Wie viele andere wohltätige Frauenorganisationen des 19. Jahrhunderts ist die Entstehungsgeschichte des Vereins eng mit der weiblichen Seite der Kriegsbewältigung, mit der Mobilisierung von Frauen für die „Verteidigung des Vaterlandes" verbunden. Anlässlich des „Italienischen Krieges", den Piemont und Frankreich 1859 gegen Österreich führten, entstanden auch im Großherzogtum Baden Komitees von Männern und Frauen, die sich die Unterstützung der österreichischen Sache zu Eigen machten. An die Spitze der weiblichen Bestrebungen stellte sich die erst 20-jährige Großherzogin. In einer Denkschrift an das Innenministerium regte sie unter dem Dach des Badischen Frauenvereins die Gründung von Zweigvereinen im ganzen Land an. Diese sollten die kommunale Armenfürsorge entlasten, kriegsbedingt Arbeitslosen zu

Beschäftigung und Einkommen verhelfen und mit regelmäßigen Spendensammlungen zur Linderung der Not beitragen. Auf den in der Folge ergehenden landesweiten Aufruf entstanden mit behördlicher und kirchlicher Unterstützung in allen Amtsstädten entsprechende Frauenvereine. Die Karlsruher Zentrale suchte nach Kriegsende die Zweigvereine zusammenzuhalten, den Gesamtverein zu verstetigen und seine Mitglieder auf Wohltätigkeit auch in Friedenszeiten zu verpflichten. Doch das hohe Ziel stieß vorerst im Land auf wenig Zustimmung. Viele der Neugründungen gingen ein. Andere ältere lokale Wohlfahrtsvereine sahen die Notwendigkeit für eine landesweite Organisation nicht gegeben.

Erst die Reichseinigungskriege von 1866 und 1870/71 und das in ihnen neu erwachende weibliche soziale Engagement schufen eine Grundlage für die Verstetigung der Frauenvereine und ihre landesweite Vernetzung. Auf der Basis der neuen Statuten von 1872 konnte endlich der gezielte landesweite Ausbau des Badischen Frauenvereins beginnen. Satzungsänderungen 1892 und 1910 stärkten die organisatorische Stellung und die Mitbestimmungsrechte der Zweigvereine. Gezielte Mitgliederwerbungen, gemeinsame Bemühungen der äußerst engagierten Landesfürstin, von staatlichen Behörden, Repräsentanten der Kirchen und der adeligen bzw. bürgerlichen Honoratiorenschaft vor Ort, sorgten für einen erstaunlichen Aufschwung des Vereins. Seit den 1880er-Jahren verdoppelte sich die Anzahl der Mitglieder pro Jahrzehnt. Der Vereinsstatistik zufolge zählte man 1910 über 82 000 Mitglieder in 416 Zweigniederlassungen. Damit gehörte etwa jede sechste erwachsene Einwohnerin Badens einer Unterorganisation des Badischen Frauenvereins an und jede vierte badische Gemeinde besaß eine Niederlassung. In zahlreichen kleinen Gemeinden konnte die Organisation jede zweite erwachsene Frau zu ihren Mitgliedern

Die Frauenarbeitsschule des Badischen Frauenvereins in Karlsruhe. Seit 1878 wurden zuerst drei-, später fünf- und zehnmonatige Kurse z. B. über Maschinennähen, Stenografie, englische und französische Korrespondenz abgehalten, um den Eintritt in qualifizierte Berufstätigkeiten zu erleichtern.





Wohnzimmer des Geschäftsgehilfinnenheims, Karlsruhe 1906. Seit 1897 betrieb der Verein in Karlsruhe ein Wohnheim für alleinstehende Geschäftsgehilfinnen, „welches ihnen nicht nur gute und billige Unterkunft und Verpflegung bieten, sondern auch den Schutz und Halt des Familienlebens ersetzen und ihnen anregende Erholung gewähren“ sollte.

zählen. Wenn die Fürstin rief, konnte sich keine Kommunalbehörde dem Kooperationsgebot verweigern. Auch auf die Unterstützung der (protestantischen) Kirche durfte sich die Großherzogin zumeist verlassen. Insbesondere Frauen des Bürgertums und der örtlichen Honoratiorenschaft betrachteten es als eine Ehre, in Zusammenarbeit mit der Landesmutter sozialer Not entgegenzuwirken.

Tätigkeitsfelder des Badischen Frauenvereins

Nicht nur die zahlenmäßige Entwicklung des Vereins war beachtlich. Als Kriegshilfeverein entstanden und dem Ziel des Ausbaus der „weiblichen Liebestätigkeit“ in Kriegszeiten dauerhaft verpflichtet, war der Verein Mitglied der Frauenvereine des Roten Kreuzes. Doch über das ursprüngliche Vereinsziel hinaus weitete die Organisation ihre Tätigkeit, von der Landesfürstin gelenkt, ermuntert und gedrängt, systematisch auf die Organisation der Wohltätigkeit in Friedenszeiten aus. Abteilung I widmete sich der Bildung und „Erwerbsbefähigung“ von Mädchen in „frauenspezifischen“ Berufen. Dazu zählte die Förderung des Handarbeits- bzw. des hauswirtschaftlichen Unterrichts in den Schulen und die Ausbildung qualifizierter hauswirtschaftlicher Lehrerinnen. Abteilung II beschäftigte sich mit der sogenannten Kinderpflege. Unterstützt wurden insbesondere auf dem Land alle Bemühungen, Kinderkrippen einzurichten. Für qualifiziertes Personal sorgten Lehrgänge für Kinderpflegerinnen und Erzieherinnen.

Der Verbesserung der Gesundheitsverhältnisse, vor allem dem Auf- und Ausbau eines landesweiten Netzes von Krankenpflegeeinrichtungen, diente Abteilung III. Ähnlich den niedergelassenen Hebammen sollten in Karlsruhe ausgebildete Krankenpflegerinnen Dienste übernehmen, wenn sie gerufen wurden. „Bedenken Sie: 160 Landkrankenpflegerinnen, von denen jede ungefähr 560 Besuche im Jahre macht, welche unendliche Hilfskraft dies bedeutet! Gerade in den ganz kleinen weit von einander liegenden Orten, die meist ohne Arzt und Apotheke sind – welcher Segen hygienischer Aufklärung wird hierdurch verbreitet, welche Unsumme veralteter irriger Vorurteile wird hierdurch ausgerottet!“, so der Kommentar Alice Bensheimers. Weitere Abteilungen widmeten sich traditionellen Aufgaben der privaten Wohlfahrt, der Versorgung von Waisenkindern und Armen beispielsweise. Seismografisch beobachtete die Vereinsleitung die zeitgenössischen gesundheits- und sozialreformerischen Debatten.

Als 1899 der erste reichsweite Tuberkulosekongress in Berlin stattfand, übernahm der Badische Frauenverein die Tuberkulosebekämpfung als neues Betätigungsfeld. „Tausende von Flugblättern wurden verteilt, ein besonderes *Merkbüchlein für die Frauen auf dem Land* herausgegeben, Versammlungen und Vorträge veranstaltet, Spuckgläser und Wäschesäcke verteilt und in die Behandlung der einzelnen Krankenfälle nach den verschiedenen Richtungen hin eingetreten.“ In Reaktion auf die aktuellen reichsweiten Kampagnen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit schuf der Verein 1906 eine neue Abteilung für Säuglingsfürsorge, die mit Belehrungen über Hygiene, Stillkampagnen und der materiellen Hilfe für stillende Mütter auf sich aufmerksam machte. In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg unterstützte der Verein die Kampagnen der Sozial- und Wohnungsreformer, die auf eine öffentliche Gesundheitskontrolle des vorhandenen Wohnungsbestands zielten. Während des Ersten Weltkriegs schließlich

koordinierte der Badische Frauenverein in Kooperation mit den Organisationen der bürgerlichen Frauenbewegung die pflegerische und soziale kriegsbegleitende Hilfstätigkeit des weiblichen Geschlechts.

Mit Hilfe von Mitgliedsbeiträgen, Sammlungen, Spenden, Schenkungen des Herrscherhauses, Schul- und Pflegegeldern, des Verkaufs von Wohlfahrtsmarken und staatlich genehmigter Lotterien wurden die Mittel beschafft, die der Badische Frauenverein für seine Aktivitäten benötigte. Dass die Kommunen mehr und mehr dazu übergingen, soziale Aktivitäten des Vereins organisatorisch und finanziell zu unterstützen, die nicht in den gesetzlich vorgeschriebenen Aufgabenbereich der Gemeinden gehörten, belegt die hohe Akzeptanz, die der Badische Frauenverein genoss. Als Beispiel hierfür kann der Ausbau der Volksküchen in Mannheim gelten: In der aufstrebenden Industriemetropole waren es Fabrikanten, die eine erste Initiative ergriffen, für die Arbeiter- und sonstige bedürftige Bevölkerung eine Volksküche einzurichten. Als ein Unternehmerehepaar dem Stadtrat eine stattliche Summe als Stiftung zur Verfügung stellte, richtete die Kommune 1889 eine Volksküche ein, deren ehrenamtliche Leitung dem Badischen Frauenverein übertragen wurde. Dass die Institution dringend nötig war, lässt sich an der Eröffnung einer zweiten Volksküche im Jahr 1904 ablesen; weitere folgten in den nächsten Jahren. Obwohl der Verein unter wirtschaftlichen Druck geriet, betreute er 1932 noch immer 14 Essensausgabestellen, die täglich durchschnittlich 1100 Essensportionen gegen geringes Entgelt verkauften.

Zu den heute eher skurril anmutenden Bemühungen des Badischen Frauenvereins zählt der Versuch, das Handspinnen auf dem flachen Land wieder heimisch zu machen. Das Bild stammt von der „Großen Spinnereiausstellung“ 1903 im Markgräflichen Palais in Karlsruhe, an der 500 Spinnerinnen beteiligt waren.



Der Badische Frauenverein und die Frauenfrage

Die Bedeutung des Vereins für den Ausbau öffentlicher Wohlfahrt im Großherzogtum Baden ist nicht zu bezweifeln. Wie aber hielt es der Badische Frauenverein mit der Ende des 19. Jahrhunderts so heftig diskutieren Gleichstellung des weiblichen Geschlechts? Emanzipation im Sinne der radikalen bürgerlichen Frauenbewegung war nicht seine Sache. Großherzogin Luise fühlte sich einem Frauenbild verpflichtet, das die mütterlichen Eigenschaften der Frauen betonte und diese für staatliche Aufgaben nutzbringend einzusetzen wünschte. Sie war aber auch der Überzeugung, „daß der Frau zur Erfüllung ihres, ihr von der Vorsehung angewiesenen Pflichtenkreises nie genug Anregung, Belehrung, rathende Hilfe und Unterstützung geboten werden kann […] zur Pflege des religiösen Lebens ihres Herzens, zur Ausbildung ihrer Geisteskräfte und ihrer Arbeitsfähigkeit“. Diese Zielvorgabe teilten die Damen des Badischen Frauenvereins mit ihren Schwestern in der gemäßigten bürgerlichen Frauenbewegung. Zwar bezweckten viele Bildungsmaßnahmen des Vereins, hausfrauliche Kompetenzen zu erweitern. Doch der Ausbau von Kinderbewahranstalten und Kindergärten in den Landgemeinden brachte es mit sich, den Beruf der Kinderpflegerin zu entwickeln. Sollte die Krankenpflege auf dem Lande verbessert werden, waren gut ausgebildete Krankenschwestern vonnöten. Und so machte sich der Badische Frauenverein die Professionalisierung weiblicher bürgerlicher Nächstenliebe zur Aufgabe.

Nicht zuletzt trug die ehrenamtliche Arbeit der Bürgerdamen in den Organisationen des Badischen Frauenvereins dazu bei, ihre Kompetenzen in Sachen Öffentlichkeitsarbeit und Mitarbeit in kommunalen Kommissionen zu stärken. Zwar war die Gleichstellung des weiblichen Geschlechts in Recht und

1883 war das Kindersolbad
des Badischen Frauenvereins von Donaueschingen
nach Dürrheim verlegt worden.
Seit 1893 betrieb der Verein hier eigene Bäder.
1906 wurde das neuerbaute
Kindersolbad für 120 Kinder eröffnet.



Politik nicht Sache des Badischen Frauenvereins. Zweifellos trug er jedoch dazu bei, ein „frauenfreundliches“ Klima in Baden zu fördern. Es schlug sich in der Gründung des Ersten deutschen Mädchengymnasiums in Karlsruhe 1893 nieder. Dass Baden als erstes deutsches Land im Jahr 1900 die Universitäten für Frauen öffnete, mag zumindest mit auf die Tätigkeit des Badischen Frauenvereins zurückzuführen sein.

An diese indirekte Wirkung der weiblichen staatsnah organisierten Nächstenliebe mag Alice Bensheimer gedacht haben, als sie 1904 der in Berlin versammelten internationalen bürgerlichen Frauenbewegung erläuterte: „Vieles, was die deutsche Frauenbewegung heute erstrebt, wurde im Badischen Frauenverein seit seinem Bestehen geübt; Sie haben gehört, daß in Kriegszeiten der Männer- und Frauenverein gleichberechtigt arbeiten; im deutschen Zentralkomité sind sie gemeinsam vertreten. Im Jahre 1870 beim ersten vom Badischen Frauenverein eingerichteten Unterrichtskurs für Arbeitslehrerinnen wurde bestimmt, daß die Prüfung durch einen Kommissar unter Zuziehung einiger sachverständiger Frauen zu erfolgen habe. Also auch hier: ein klares Erkennen und Erfüllen berechtigter Forderungen.“ Und so ist es nicht weiter verwunderlich, dass im alltäglichen Einsatz für soziale und Frauenfragen die Angehörigen des staatstragenden Badischen Frauenvereins und die Protagonistinnen der bürgerlichen Frauenbewegung bestens zusammenarbeiteten.

Die Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg

Die große Zeit des Badischen Frauenvereins war nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Ende der Monarchie und der Gründung der Weimarer Republik vorbei. Die Abdankung auch des badischen Herrscherhauses beraubte den Badischen Frauenverein der selbstverständlichen und bevorzugten Förderung durch die Landesregierung. Die Einflussmöglichkeiten der vormaligen Landesmutter Großherzogin Luise sanken sichtlich schon vor ihrem Tod 1923. Der Verein gab sich schon 1922 eine neue Satzung. Nun vollständig eingegliedert in das Rote Kreuz, begann der Badische Frauenverein zunehmend sein eigenständiges sozialpolitisches Profil zu verlieren. Viele der von den Zweigvereinen aufgebauten sozialen und medizinischen Einrichtungen übernahmen nach und nach die Kommunen in öffentlicher Trägerschaft. Für die „fürsorgliche Belagerung“ sozial Bedürftiger durch Bürgerdamen verschwand mehr und mehr die Akzeptanz. Entsprechend sank auch die Mitgliederzahl von fast 95 000 Mitgliedern (1920) auf 73 000 (1937). Es war wohl nicht nur der schlechten Wirtschaftslage geschuldet, sondern auch dem abnehmenden öffentlichen Interesse, dass die finanziellen Möglichkeiten des Vereins zu schwinden begannen und manche Einrichtung aufgegeben werden musste. Im „Dritten Reich“ als Untergliederung des Roten Kreuzes wie der Dachverband „gleichgeschaltet“, „arisiert“ und in erster Linie auf kriegsbegleitende und -vorsorgende Dienste verpflichtet, verlor der Badische Frauenverein 1934 endgültig seinen eigenständigen Handlungsspielraum. Ende 1937 wurde er zwangsaufgelöst. Es scheint keine ernsthaften Bestrebungen gegeben zu haben, ihn nach dem Ende der Diktatur wieder aufleben zu lassen.

Ist der Badische Frauenverein ein Erinnerungsort?

Zunächst ist festzuhalten, dass der Badische Frauenverein selbst alles Denkbare unternommen hat, um zu einem Erinnerungsort zu werden. Seine Blätter berichteten unermüdlich von den Jubiläen einzelner Zweigvereine, Unterorganisationen und Einrichtungen. Sich ins Gedächtnis der Öffentlichkeit einzuschreiben, diesem Ziel dienten auch die beiden dicken Jubiläumsschriften zur Geschichte des Badischen Frauenvereins, herausgegeben 1881 und 1906. Sicherlich verfügen nur wenige Vereine über solch ausführliche Darstellungen ihrer Geschichte und Betätigungsfelder, die bereits 22 bzw. 47 Jahre nach ihrer Gründung verfasst wurden. Geschickt nutzte die Vereinsleitung nicht das Gründungsjahr der Organisation, sondern die Silberne und die Goldene Hochzeit des badischen Herrscherpaares, um auf die Vereinstätigkeit aufmerksam zu machen. „Unter all’ den großen Vereinigungen, welche sich in unserem deutschen Vaterlande der Erfüllung dieses edlen Frauenberufes mit voller Hingebung gewidmet haben, nimmt der Badische Frauenverein eine hervorragende Stellung ein vermöge seiner reichen Gliederung, die ihm gestattet, in allen Lebensgebieten, wo Frauenthätigkeit helfend einzutreten vermag, seine vereinten Kräfte dem gemeinen Wohle darzubieten“, so das Vorwort der Jubiläumsschrift von 1881. „Das Feld der Thätigkeit des Vereins hat so allmählig einen Umfang gewonnen, wie wir ihn kaum bei einem andern ähnlichen Vereine finden. […] Sollte es […] nicht doch von einem höheren, einem idealen Gesichtspunkte aus als eine dankenswerthe Aufgabe zu betrachten sein, in einem zusammenfassenden Bilde zu zeigen, wie aus kleinen grundlegenden Anfängen sich unter



Wohltätigkeitsmarke zugunsten des Badischen Frauenvereins aus dem Jahr 1910.

treuer Obhut in rastloser Arbeit vieler fleißiger Hände allmählig ein Bau herausgebildet hat, in dessen weiten Räumen die werkthätige Nächstenliebe nach den verschiedensten Richtungen eine sorgsame Pflege findet?“ Und im Vorwort zum zweiten Jubiläumsband von 1906 ist zu lesen: „Möge dieses Werk, an dem alle Kreise unseres Vereins fleißig mitgearbeitet haben, von der hohen Fürstin an ihrem Jubeltage als ein Denkmal der Liebe und Verehrung derer gnädig entgegengenommen werden, denen es vergönnt war, sich an ihren Werken zu beteiligen und möge es den nachkommenden Generationen als ein freundlicher Führer dienen, um sich auf den viel verschlungenen Pfaden der Einrichtung und Thätigkeit unseres Vereins zurecht zu finden und das Bild der ‚großen Samariterin‘ lebendig erhalten für alle Zukunft.“

Auch die runden Geburtstage, so der 25. im Jahr 1884, nutzte der Verein, um seine Geschichte und Tätigkeit gebührend zu feiern und das landesweite Netzwerk im gemeinsamen Erinnern zu stärken. Doch auch bei diesen Feiern stand die Landesmutter im Mittelpunkt. Das Bestreben, die Vereinsentwicklung eng an die Landesfürstin zu binden, hatte den Verein groß gemacht. Es war nur folgerichtig, auch die selbstgestiftete Erinnerungspflege mit dem Geschick der Großherzogin zu verknüpfen. Doch diese Strategie sollte sich nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg und der Gründung der Republik in ihr Gegenteil verkehren. Zwar gab es auch im September 1919, anlässlich der Landesversammlung, eine „einfache Feier“ des 60-jährigen Jubiläums, doch die frühere Landesmutter Großherzogin Luise nahm nicht teil. Der Verein erschien nun buchstäblich kopflos. In seiner breiten sozialpolitischen Aufstellung unter dem Dach des Roten Kreuzes nur notdürftig beheimatet, verlor der Badische Frauenverein als landesweit operierende eigenständige Organisation rasch an öffentlicher Aufmerksamkeit. Wie ein letztes Aufbäumen vor dem endgültigen Niedergang wirken dann auch die Bemühungen der Organisation, ihr 70-jähriges Jubiläum 1930, ein Jahr verspätet, in Karlsruhe getrennt von der Landesversammlung der Zweigvereine feierlich zu begehen. In den Kommunen verhinderte die Übernahme von vielen seiner Institutionen in öffentliche Trägerschaft die Pflege einer Erinnerungskultur, die diese Einrichtungen dezidiert als Gründungen und Errungenschaften einer bürgerlichen staats- und monarchienahen breiten Frauenorganisation kenntlich machte. Wusste um 1919 zweifellos jede Einwohnerin Badens, was es mit dem Badischen Frauenverein auf sich hatte, so dürfte 20 Jahre später dieses Wissen bei jungen Frauen nur noch vage vorhanden gewesen sein.

Eine Neubelebung des Gedenkens nach dem Zweiten Weltkrieg?

Nach dem Zweiten Weltkrieg schien die Erinnerung an den Badischen Frauenverein endgültig verschüttet. Erst die Frauen- und Geschlechtergeschichte im Gefolge der Zweiten Frauenbewegung der 1980er-Jahre entdeckte den Verein nun als geschichtliches Forschungsobjekt. Ob die wissenschaftliche Geschichtsschreibung tatsächlich dazu beitragen kann, das Erinnern an den Badischen Frauenverein neu zu beleben, wird die Zukunft zeigen. Und so verweisen derzeit lediglich heterogene rudimentäre Spuren im lokalen Raum auf seine verblassende Geschichte. In Mannheim beispielsweise erinnert in C 7, 1–4 eine Tafel an das hier ehemals ansässige Amt für Lastenausgleich, das 1903 als Wöchnerinnenasyl „Luisenheim“ eingeweiht worden war: eine Vorzeigeinstitution der Mannheimer bürgerlichen Frauenbewegung. Der Badische Frauenverein als Dachorganisation der Institution bleibt ungenannt.

Typisch für die Entwicklung von Zweigvereinen des Badischen Frauenvereins im ländlichen Raum und die mit diesen verbundene Erinnerung mag die Geschichte des Frauenvereins der katholischen Gemeinde St. Verena in Dettingen (Bodensee) sein. 1908 vergleichsweise spät gegründet, widmete sich der kleine Verein der Förderung hauswirtschaftlicher Kenntnisse und der häuslichen Krankenpflege. Im Ersten Weltkrieg führten die Mitgliedsdamen Sammlungen für verwun-

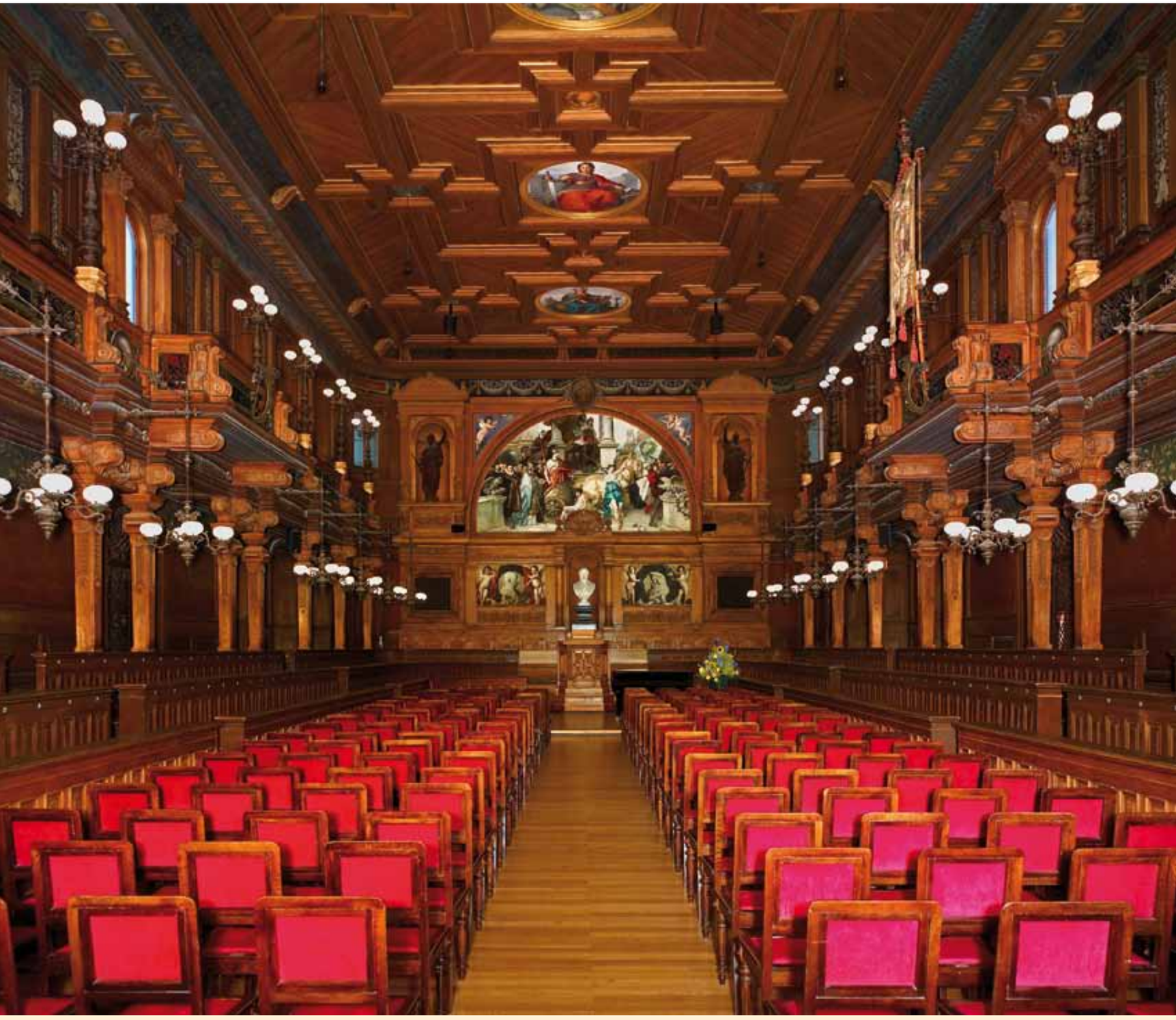
dete Soldaten durch. 1920 jedoch, nach dem Untergang der Monarchie, kündigte die Frauengemeinschaft St. Verena ihre Mitgliedschaft im Badischen Frauenverein und trat dem örtlichen christlichen Mütterverein bei. „Damit enden die Aufzeichnungen bis zur Neugründung am 25. März 1957." Heute vergewissert sich die Frauengemeinschaft St. Verena auf einer Internetseite ihrer historischen Wurzeln.

Von Traditionsbrüchen auch materieller Art zeugt beispielsweise die Geschichte des Frauenvereins Rheinfelden. 1902 gegründet, entwickelte der Zweigverein rasch ein vielfältiges Arbeitsprogramm. Das von ihm betriebene Solbad „verkaufte" das „gleichgeschaltete" Deutsche Rote Kreuz 1938 nach der Auflösung des Badischen Frauenvereins an die NS-Volkswohlfahrt. Ein kurzer Versuch im Jahr 1951, den lokalen Frauenverein neu zu beleben, endete mit seiner endgültigen Auflösung zwei Jahre später. Als Rechtsnachfolger des Frauenvereins erstritt sich der Ortsverein des Deutschen Roten Kreuzes 1956 eine Entschädigung für die Enteignung der Liegenschaften „Solbad". Sie bildete eine Grundlage für eigene Immobilienkäufe. Ob vor Ort die Erinnerung an den Badischen Frauenverein als ehemaligen Träger des Solbads gepflegt wird, ist nicht bekannt.

Aber auch Beispiele traditionsbewussten Gedenkens sind belegbar. So ist auf der Internetseite des Frauenvereins Neustadt zu lesen: Seit seiner Gründung (erste Anfänge mit Großherzogin Luise) im Jahre 1876 sieht der Frauenverein Neustadt e. V. seine Aufgabe darin, sich sozial zu engagieren. 1878 verwirklichte er dieses Anliegen in der Gründung und Führung einer Kinderbewahranstalt, des Weiteren in einer Koch- und Nähschule, der Ausbildung von Krankenschwestern sowie Prüfungen und Ehrungen von Dienstboten. In Kriegszeiten trug er durch Hilfeleistung zur Linderung von Not bei. […] In Anknüpfung an die traditionellen Ziele sieht der Frauenverein heute seine Aufgabe darin, im Bildungs-, Sozial- und Kulturbereich tätig zu sein."

Bürgerdamen in Aktion:
Wohltätigkeitsbasar in Mannheim im Jahr 1903.





Heidelberg: Die älteste Universität auf dem Boden des heutigen Deutschland wurde 1386 von Kurfürst Ruprecht von der Pfalz gegründet. Das Foto zeigt die Alte Aula, die sich im historischen Gebäude der Alten Universität befindet. Lange Zeit diente sie der akademischen Lehre, heute ist sie der wichtigste Repräsentationsraum der Universität.

Bildungsreich

Baden-Württemberg als Universitätslandschaft

Michael Stolle

Die Universität ist ein mehrdimensionaler Erinnerungsort. Studierende, deren Eltern, Professoren, die Politik, die Wirtschaft oder wer auch immer teilen Perspektiven und Erfahrungen in verschieden großen Schnittmengen, in die sich über Jahrhunderte hinweg kollektive Vorstellungen, Muster, Bilder und Ideale eingelagert haben. Seit Humboldts Bildungsreform genießen Universitäten höchstes Ansehen als Stätten der Bildung und des wissenschaftlichen Fortschritts, der durch Forschung gesichert wird.

Universitäten gelten als Instanz der Sozialisation, Charakterprägung und Selbstfindung für junge Menschen jenseits des Schulzwangs. Ihrem Wesen nach sind sie weniger regionale, als vielmehr internationale oder weltumspannende Einrichtungen, die sich in Lehre, Forschung und Weiterbildung internationalen Standards der akademischen Öffentlichkeit verpflichtet wissen.
In Deutschland sind Universitäten fast ausschließlich aus öffentlichen Mitteln finanzierte Einrichtungen der Länder, in deren Hoheit sie fallen.



Eine der reichsten und vielfältigsten Hochschullandschaften der Welt

In Baden-Württemberg wird eine besondere Erinnerung an die Universitäten des Landes gepflegt, die sich ihrerseits eng mit ihren staatlichen Förderern verbunden fühlen. Viele Universitäten heißen nach ihren landesherrlichen Gründern: Albert-Ludwigs-Universität, Fridericiana, Ruprecht-Karls-Universität und Eberhard Karls Universität. Man schaut im „Ländle“ auf eine besonders lange Tradition von Universitäten zurück, deren Erfolg sich wieder zuletzt im Exzellenzwettbewerb des Bundes und der Länder gezeigt hat. Baden-Württemberg gehört mit seinen neun staatlichen Universitäten zu den vielfältigsten und reichsten Hochschulregionen weltweit. Sie reicht von Heidelberg (gegründet 1386), der ältesten Universität im außerösterreichischen Deutschland, über die kaum weniger altehrwürdigen Universitäten Freiburg (1457) und Tübingen (1477), der ältesten deutschen Technischen Hochschule in Karlsruhe (1825) und dem etwas jüngeren Pendant in Stuttgart (1829), bis zu den Gründungen der Bildungs- und Reformoffensive Konstanz (1966) und Ulm (1967). Zugleich stehen mit Hohenheim (1818) und Mannheim (1911) zwei weitere Universitäten zur Seite, die sich – zunächst als Fach-Hochschulen gegründet – in ausgewählten Schwerpunkten profiliert haben: Hohenheim in den Bereichen Landwirtschaft und Biologie, Ernährung und Gesundheit, Mannheim bei den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Private Universitäten mit vergleichsweise wenigen Studierenden sind wesentlich jünger – sie gibt es mittlerweile in Bruchsal, Friedrichshafen, Heidelberg, Lahr, Stuttgart und Weilheim. Daneben existieren 71 Fachhochschulen und Berufsakademien (seit 2009 in „Duale Hochschule Baden-Württemberg“ umbenannt) – so viele wie in keinem anderen deutschen Land.



Jede Universität in Baden und Württemberg hat sich unabhängig von den Schicksalen der anderen entwickelt und dabei eine eigene Identität, ein eigenes Profil, ein eigenes Selbstverständnis angenommen. Was sie verbindet sind parallele Ereignisse, Entwicklungen und Erfordernisse, sind gemeinsame Rahmenbedingungen und Strukturen. All das hat zusammengenommen jene virtuelle Landschaft geschaffen, in der sich sammelt, was die Menschen über Jahrhunderte hinweg von *der* Universität erhofft und gewünscht, was sie durch sie erfahren und erlebt haben, worin sie von ihr enttäuscht oder bestärkt worden sind.

Das Studium – Mythos und Realität

An den neun staatlichen Universitäten studierten im Wintersemester 2009/10 142 512 Personen. Zum Vergleich: 1932 waren in Baden 9082, in Württemberg 5625 Studenten eingeschrieben. 1954/55 waren es im neuen Bundesland Baden-Württemberg bereits 23 387 Studenten, 1972/73 dann 74 105 Studenten. 1970 gab es erst eine Universität, in der mehr als 10 000 Personen studierten: Tübingen. Heute studieren in Freiburg, Heidelberg, Tübingen, Stuttgart und Karlsruhe jeweils mehr als 20 000 Personen.

Damit einher geht die stetige Zunahme der sogenannten Studienberechtigtenquote. In Baden-Württemberg macht inzwischen jeder Zweite das Abitur. Noch Mitte der 1980er-Jahre bildeten die Akademiker (mit Fachhochschul- und Hochschulabschluss) in der Gesellschaft Baden-Württembergs eine Minderheit (1987: 6,5 %). Selbst in den Führungsetagen großer Weltkonzerne waren Akademiker lange Zeit noch eine kleine Gruppe. Seit mehr als zwei Jahrzehnten findet jedoch ein drastischer Wandel statt. Die Expertenkultur und die viel beschworene Wissensgesellschaft lassen die Ansprüche nach akademisch gebildeten Menschen steigen. Die zu

Aus Technischen Hochschulen wurden Universitäten: die 1829 gegründete Universität Stuttgart heute.

beobachtende Verwissenschaftlichung der Berufe erhöht die Attraktivität von Universitäten immer weiter. 1990 besuchten deutschlandweit etwa 20 Prozent eines Jahrgangs die Universität, heute sind es 46 Prozent.

Angesichts dieser Zahlen scheint ein mit „Universität“ verbundener Erinnerungsstrang heute fast ein Mythos zu sein. Studieren galt als die Zeit großer akademischer Freiheit, nicht nur zum Forschen und Lernen. In den frühen Überlieferungen der Universität Freiburg beispielsweise finden sich zahlreiche Beschwerden über nächtlichen Unfug, laute Bordellbesuche oder übermäßigen Weingenuss. Ein Studium war die Zeit des Lebens in sexueller Zwanglosigkeit und geografischer Freizügigkeit, eine „Zeit des geöffneten Ventils“ (Hans-Ulrich Wehler), in der alle Triebe ohne ernsthafte Strafen ausgelebt werden durften, ehe der Ernst des Berufslebens, die Zwänge der bürgerlichen Familie und die staatliche Ordnung ihren Tribut forderten. Eine hedonistisch verbrämte Renaissance erlebte dieses Bild vom zwanglosen Studium in den 1970er-Jahren, in denen es beispielsweise in Heidelberg oder Freiburg kaum ein Semester gab, in dem nicht diskutiert, demonstriert und gestreikt, aber auch geprügelt und prozessiert wurde. Überbleibsel dieses Erinnerungsklischees oder – im Falle der Proteste der „Studentenrevolution“ auch des Traumas – finden sich heute nur noch bei den sogenannten Orientierungsphasen, während deren Studienanfänger von fortgeschrittenen Studierenden über den Campus gelenkt und zu gruppendynamischen Aufgaben und Initiationsriten angeleitet werden, die nicht selten in einem großen Saufgelage und öffentlichem Gegröle enden.

Die Realität war häufig anders. Es sind dies die Erinnerungsbilder des Studierens in größter Existenznot, die heute vor allem im Zusammenhang der Diskussion um Studiengebühren bedient werden. Ende der 1920er- und Anfang der 1930er-Jahre lag der Lebensstandard der Studenten nachweislich unter demjenigen der ungelernten Arbeiter. Der „Werkstudent“ wurde zum neuen Erscheinungsbild, der während des Studiums, vor allem aber in den Vorlesungspausen, seinen Lebensunterhalt verdienen muss. Auch heute geht jeder zweite Student einer Erwerbstätigkeit nach, um das Studium (mit) zu finanzieren. Jeder Dritte arbeitet sogar mehr als zehn Stunden pro Woche.

Die Überfüllung der Universitäten ist ein mittlerweile ebenso jahrhundertealter Erinnerungsstrang. Seit Ende des 19. Jahrhunderts strömten immer mehr Studenten an die

Der Campus als Ort der geistig-politischen Auseinandersetzung auch im Zeichen der „Studentenrevolte“: Ralf Dahrendorf und Rudi Dutschke 1968 in Freiburg.



Universität. Zwischen 1870 und 1915 vervierfachten sich die Studentenzahlen, ohne dass die Betreuungsverhältnisse angemessen mitgewachsen wären. Bereits in der Weimarer Republik konnten die Zahl neu berufener Professoren und der Gebäudeausbau nicht Schritt halten. In der Weimarer Republik waren daher die Schlagworte der „Vermassung“ und „akademischen Berufsnot“ gebräuchlich, es gab zwei bis drei Mal mehr Absolventen als Jobs zur Verfügung standen. Seit der Weltwirtschaftskrise waren zehntausende Jungakademiker arbeitslos – und bildeten als „überflüssige Generation“ eine bereitwillige Anhängerschar für den Nationalsozialismus, wie sich auch in Baden und Württemberg zeigte.

Ein Studium in Einsamkeit, Freiheit und Unabhängigkeit von äußeren Zwängen, das unsere Vorstellungswelt beherrscht, ist eher Wunsch als Abbild. Überfüllte Hörsäle, überlastete Professoren und eine große Anonymität im Studium belasteten ganze Generationen. Das Erleben geistiger Abenteuer im Studium war und ist Ausnahme, nicht Regel. Fast die Hälfte der Studierenden beklagt, selten mit ihren Lehrern zusammenzukommen. Dabei erinnern sich die älteren Studienjahrgänge daran, wie lebensprägend gerade der frühe und intensive Kontakt zu den Hochschullehren sein kann. Die



Eine Residenz des Geistes: Tübingen um 1860. Die württembergischen Landesherren hatten keine Kosten gescheut, um im Ammertal einen modernen Campus zu errichten, mit der Neuen Aula von 1841/46 im Mittelpunkt. An den stadtnahen Hängen folgten die Kliniken.

Studierenden verbringen heute im Durchschnitt gut einen halben Arbeitstag in Lehrveranstaltungen, das Selbststudium ist im zeitlichen Umfang zurückgegangen. Anfang der 1990er-Jahre lag die durchschnittliche Studiendauer bei 13 Semestern, das durchschnittliche Alter der Absolventen bei 28 Jahren. Ein Studium war zum Parkplatz von Lebenszeit geworden, zur Abfüllstation für Fachwissen, bestenfalls zu einer Maschine, die das Produkt „Akademiker“ für die moderne Gesellschaft herstellt. Genau darauf wollten die Bologna-Reformen reagieren. Doch das Vorhaben, Studiengänge wieder studierbar zu machen und Studienabbruchquoten zu senken, wurde unter einer Vielzahl von normierenden Maßnahmen und Bürokratisierungen begraben, sodass heute allenthalben eine Verschulung der Universitäten beklagt wird. Ein selbstverantwortliches Studium ist mittlerweile einer durchgehenden Normierung gewichen: In Vorlesungen werden Anwesenheitslisten verteilt und am Ende beinahe jeder Veranstaltung wird eine Klausur geschrieben.

Ort der sozialen Chancenverbesserung

Universitäten sind der zentrale Ort für die Verteilung von Lebenschancen (Helmut Schelsky) und zur Heranbildung von Eliten. Wer studiert, dem stehen Wege offen: für eine abwechslungsreichere Tätigkeit, für mehr Verantwortung in der Gesellschaft, für eine höheres Berufseinkommen. Über Bildung werden Sozialchancen verteilt. Akademische Abschlüsse und ihre Titel (Bakkalaureus, Magister, Doktor und Professor) bieten berufliche Startvorteile und sind seit mehr als 200 Jahren der Königsweg für den sozialen Aufstieg. Die Studierenden verbinden heute mit dem Studium überwiegend die Erwartung, höhere Einkommen zu erwirtschaften und Karriere zu machen. Das hat Folgen, die sich tief ins Bewusstsein eingraben: Wichtigstes Ziel des Studiums ist für viele, am Ende ein gutes Examen vorzuweisen. Prüfungen werden so zum beherrschenden Gesichtspunkt des Studiums. Umgekehrt nehmen Versagensängste zu, das Studium wird freudlos, ja qualvoll – entgegen dem landläufigen Erinnerungsmodell, das eher auf geistige Abenteuer aus war. Dergestalt hebt ein Universitätsstudium nicht das allgemeine Leistungsniveau, sondern füllt nur die psychotherapeutischen Beratungsstellen.

Wer selbst ein Universitätsstudium abgeschlossen hat, versucht in der Regel seine Kinder ebenfalls studieren zu lassen. Nicht umsonst sind die Quoten der akademischen Reproduktion über die Jahrhunderte hinweg sehr stabil geblieben. 60 Prozent der Studierenden von heute haben Eltern mit Studienerfahrung. Sehr gute Schüler mit akademischer Herkunft werden sehr wahrscheinlich auch ein Studium aufnehmen. Bei den weniger guten Schülern machen die Eltern schon in der Grundschule Druck – die Schulempfehlung wird dann zur ersten Selektion auf dem Weg zum Hochschulabschluss. Hieran manifestiert sich der Behauptungswille und Abstiegswiderstand akademisch gebildeter Familien, der weit stärker ausgeprägt ist als der Aufstiegswille aus den unteren Klassen, die an Universitäten nach wie vor unterrepräsentiert sind. Und das, obwohl sich deutsche Universitäten (anders als in den USA oder England, wo es sehr viel mehr sozial exklusive Ausbildungsstätten gibt) zu Recht einer erheblichen sozialen Offenheit rühmen dürfen. Bis in die 1960er-Jahre war die Universität eine Institution für Männer aus dem mittleren und gehobenen Bürgertum, auch die wenigen Frauen waren eher noch „höhere Töchter“. Die sich im Zuge der sogenannten Bildungsexpansion der 1960er- und 1970er-Jahre manifestierende Hoffnung, Arbeiterkin-

der verstärkt an die Universitäten zu binden, ist nicht erfüllt worden. Bildungswege unterscheiden sich noch immer vor allem nach Geschlecht, sozialer Herkunft und Migrationsstatus. Die meisten technischen Studiengänge werden in Baden-Württemberg von Männern belegt, dagegen sind sieben von zehn Lehramtsstudierenden Frauen. Jeder sechste Studienanfänger in Baden-Württemberg stammt aus dem Ausland, die meisten davon aus China.

Ein Universitätsstudium gilt heute – im Zeichen des globalen Wettbewerbs – als ein volkswirtschaftliches Muss (Stichwort: Humankapital). Die Zukunftsfähigkeit Deutschlands im weltweiten Wettbewerb, so das gängige Muster, hänge von der Bereitstellung ausreichend vielen, exzellent ausgebildeten Nachwuchses ab. Die Politik versucht das Sprachbild der „Bildungsrepublik Deutschland“ (Angela Merkel) zu platzieren. Darin manifestiert sich durchaus die kollektive Erinnerung, dass multifunktional einsetzbare Universitätsabsolventen mit flexiblen Qualifikationen ein wichtiges Potenzial für die Modernisierung von Staat und Gesellschaft und die Förderung der Wirtschaft und bürgerlichen Leistungsgesellschaft waren und sind.

Mit seinen Universitäten bildete der Staat eine Führungselite heran, der beim industriellen Ausbau, bei der Modernisierung von Verwaltung, Gesellschaft und Wirtschaft eine strategische Funktion zukam. Daher bestimmte Herzog Carl Eugen Mitte des 18. Jahrhunderts, wer Staatsdiener in Württemberg werden wolle, solle an der Landesuniversität Tübingen bzw. an der Stuttgarter Hohen Carlsschule studieren. Der aufgeklärte Staat des Absolutismus sah in den Universitäten Anstalten zur Befriedigung von Nützlichkeitserwägungen, sprich zur Ausbildung von Staatsdienern und anderer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Funktionsträger. Im Zuge der „Verwandlung der Welt“ (Jürgen Osterhammel) im 19. Jahrhundert wurde dieser Erinnerungsstrang weiter verstärkt. Je größer der Bedarf nach theoretischer Qualifikation im Zeichen der heraufziehenden Wissensgesellschaft wurde, je komplexer die Prozesse in Wirtschaft und Gesellschaft wurden, desto bedeutender wurden Universitäten. Davon zeugen insbesondere die Gründung und Entwicklungen der Technischen Hochschulen in Baden und Württemberg.

Wegbereiter von technischem Fortschritt und Modernisierung: die Technische Hochschule Karlsruhe ist die älteste in Deutschland, 1825 als Polytechnische Schule gegründet. Heute ist sie, nach dem Zusammenschluss von Forschungszentrum Karlsruhe und Universität Karlsruhe, das KIT (Karlsruher Institut für Technologie).



Emanzipation der Technischen Hochschulen

Angelehnt an die Vorbilder der Pariser „École Polytechnique“ von 1794 und dem „Polytechnischen Institut“ in Wien (1815) rief der badische Großherzog Ludwig I. in Karlsruhe eine „Polytechnische Schule“ ins Leben, um durch intellektuelle Anstrengung, Wissenschaft und praxisnahe Ausbildung die relative technologisch-ökonomische Rückständigkeit des Landes zu vermindern. „Zur Beförderung der vaterländischen Industrie“ wurde 1829 von König Wilhelm I. auch in Stuttgart eine „Vereinigte Real- und Gewerbeschule“ eingerichtet, die später, nach Abtrennung der Gewerbeschule, in „Polytechnische Schule“ (1839) umbenannt wurde. Rasche Fortschritte, sowohl in wissenschaftlicher wie technologisch-ökonomischer Hinsicht, ließen die Anstalten zu leistungsfähigen Ausbildungsstätten, zwischenzeitlich sogar zu einem „Mekka der technisch-wissenschaftlichen Ausbildung“ (Hans-Ulrich Wehler) für die moderne, industrielle, urbanisierte Welt aufsteigen. Die Emanzipation der Technischen Hochschulen wurde zweifellos beschleunigt und begünstigt von dem Siegeszug von Technik und Industrie, der von den beiden südwestdeutschen Staaten durch eine kluge Hoch-

schulpolitik flankiert wurde. 1865 wurde die Karlsruher Hochschule mit den Landesuniversitäten gleichgestellt, 1885 erhielt sie den Titel einer Technischen Hochschule, ebenso Stuttgart im Jahr 1890. Bald wurden den „THs“ auch die völlige Gleichstellung im Hinblick auf Promotionen und Habilitationen gewährt. 1899 wurde das Markenzeichen „Diplom-Ingenieur“ eingeführt, das erst im Zuge des Bologna-Prozesses wieder in Frage gestellt werden sollte.

Von zentraler Bedeutung für die Erfolgsstory Technische Hochschule waren die Konzeptionen eines Ferdinand Redtenbachers, dem Begründer des wissenschaftlich betriebenen Maschinenbaus. Er konzipierte in Karlsruhe ein Ausbildungsmodell, das auf die Vermittlung beruflicher Fertigkeiten zielte, dieses Ziel aber mit klar definierten wissenschaftlichen Ansprüchen verband. Auch die Beschäftigung mit Literatur, Philosophie, Geschichte und Kunst sollte einen festen Platz haben. Der damit geschaffene Hochschultyp war so attraktiv, dass er später von der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Zürich und dem Massachusetts Institute of Technology (MIT) in Cambridge/Massachusetts kopiert wurde.

Ort von Bildung und Reputation

Universitäten sind beides: Orte des Glanzes und der Verwahrlosung. Je nach Reputation, innerem Zustand und äußerer Zuschreibung schließen sich beide Pole nicht aus. Eine Art Schaufensterfunktion übernehmen die an der Universität beheimateten Wissenschaften. Theologie, Philosophie, Geisteswissenschaften, Sozialwissenschaften und Naturwissenschaften prägten abwechselnd als sogenannte „Leitwissenschaften“ das Bild von Universität, im Guten wie im Schlechten.

Im Jahr 1386 gründete der Kurfürst und Pfalzgraf bei Rhein Ruprecht I. die Universität Heidelberg als geistigen und kulturellen Mittelpunkt seines Staates, relativ unabhängig von äußeren Mächten und als Raum eigenen Rechts. Heidelberg war nach Prag und Wien die dritte Universitätsgründung auf dem Boden des Heiligen Römischen Reiches und ist heute die älteste und größte Universität in Baden-Württemberg. An der Universität sollten zunächst Kirchen- und Staatsdiener ausgebildet werden, die ersten Professoren kamen aus Paris und Prag. Internationale Ausstrahlung auf Professoren und Studenten besaß Heidelberg in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts, wo die Universität mit dem Charakter einer calvinistischen Hochschule zu einem Zentrum europäischer Wissenschaft und Kultur wurde. Ganz ähnlich waren die Motive bei der Gründung der Tübinger Universität: Graf Eberhard im Bart holte sich die besten Repräsentanten der zeitgenössischen Kirchen- und Glaubenserneuerung in die Stadt, um ihnen die Gelegenheit zur religiöse und theologischer Reformtätigkeit zu geben. Tübingen wurde so zur Hochschule des süd- und südostdeutschen Luthertums.

Die eigentliche Blüte erlebte die Universität (über Heidelberg oder Tübingen hinaus) im Zeitalter der Revolutionen um 1800. Obwohl sie manche Rituale und Symbole aus der mittelalterlichen Vergangenheit bewahrte, war die Universität des 19. Jahrhunderts selbst schon Revolution, obwohl oder gerade weil ihr grundlegender Reformanspruch nahezu unerreichbar schien. Bildung durch Wissenschaft, die durch Forschung definiert ist: dies war und ist das charakteristische



Der Studentenkarzer der Universität Heidelberg ist heute Teil des Studentenmuseums in der Stadt. Früher, als die Universität noch eine eigene Rechtssprechung über Studenten hatte, diente er als Gefängnis für Studenten. Die Wandmalereien stammen aus den letzten Jahrzehnten seiner Nutzung, als es bereits ein Jux für Studenten war, im Karzer „einzusitzen“.

Prinzip der Universität in der Tradition Wilhelm von Humboldts. Dazu kamen die Prinzipien der Freiheit von Forschung und Lehre, der Aufstieg der empirischen Wissenschaften und die Verbindung von staatlichem Entscheidungsrecht und korporativer Selbstverwaltung. Die bislang dominierenden berufsbildenden Fakultäten Theologie, Jurisprudenz und Medizin verloren ihre Vorherrschaft; die Philosophische Fakultät rückte ins Zentrum, wo im 19. und 20. Jahrhundert die modernen Geistes-, Natur- und Sozialwissenschaften entstanden. Die „Glanzzeit der deutschen Universität“ (Franz Schnabel) begann, die ganz wesentlich auf dem Ideal und der Illusionen der Einheit von Forschung und Lehre fußte. Forschende und Lehrende sollten, so das neuhumanistische Denken, zusammen nach einzuübenden Regeln ergebnisoffen und kritisch an einem beispielhaften Problem einer Erkenntnisfrage zu Leibe rücken. Kritische Erkenntnis sollte nicht die Konsequenz natürlicher Begabung sein, sondern das Ergebnis von Übung und Können. Es ging um die Bildung von Kopf und Charakter. Wissenschaftlichkeit lehrte, Fragen auszuhalten, ohne die Antwort zu kennen. Wissenschaftliches Denken ermöglichte es, vorherrschende Meinungen zu hinterfragen und Autoritäten selbstbewusst anzuzweifeln. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Betrachtung wurden publiziert, um sie nachvollziehbar und als originäre Leistung sichtbar zu machen. Genau hier liegt das wertvolle Fundament der Universität als Erinnerungsort. Hier liegen die große Strahlkraft und erhellende Unbestechlichkeit der Universität begründet, die das kollektive Gedächtnis im Hinblick auf die Institution Universität kennzeichnet. Das Credo Humboldts „Bildung durch Wissenschaft“ ist bis heute tief im Erinnerungsort Universität eingelagert.

Die Schwerpunktverlagerung zur Forschung

Das Ideal wurde indessen nie erreicht. Innerhalb der Universitäten vollzog sich rasch die Neugewichtung der Forschung, die auch dem Staat zunehmend nützlich wurde. Auch das Ansehen das Hochschullehrer gründete bald weniger auf Lehrerfolge im Humboldt’schen Sinne denn auf der Anerkennung der wissenschaftlichen Leistungen durch die internationale Gemeinschaft sachverständiger Fachvertreter. An die Stelle universeller Fachgelehrsamkeit trat der spezialisierte Experte. Die Reputation der Wissenschaftler fand ihren Schwerpunkt in der Forschung und der Akkumulation neuen Wissens, die zu den zentralen Berufungskriterien wurden. Dies war wichtig geworden, um den lange Zeit vorherrschenden Einfluss von landsmannschaftlicher Herkunft und Familienbeziehungen in der Berufungspolitik zurückzudrängen. In Tübingen beispielsweise hatte sich die Professorenschaft zuvor aus Berufspraktikern oder aus Professorensöhnen rekrutiert. Nichtwürttemberger gab es so gut wie keine. Erst im Zuge der Universitätsreform konnte diese engherzige Selbstrekrutierung überwunden werden. Wissenschaftliche Exzellenz wurde zum wiederkehrenden Motiv.

Auch die Studierenden waren keineswegs puristische Humboldtianer, sondern verfolgten bald handfeste berufliche Interessen, waren in den Worten Friedrich Schillers „Brotgelehrte“, die nur wegen des „Amts, Geldes, Ansehens“ wegen studierten. Die „philosophischen Köpfe“, so Schiller, die von fachlicher Neugier und idealistischem Enthusiasmus

Die konfessionelle Spaltung des deutschen Südwestens spiegelt sich auch in der Hochschullandschaft wider: Heidelberg als Hort des Calvinismus, Freiburg als katholische Universität und Tübingen als Universität des Luthertums, doch nach der Gründung des Königreichs Württemberg ergänzt um eine katholisch-theologische Fakultät (1817). Das Foto zeigt die Neue Aula der Universität Tübingen.





Baden als das hochschulfreudigste Land:
die Fassade der Universität Freiburg im Breisgau.

getrieben waren, blieben immer eine Teilmenge. Wachsende Ansprüche der Ausbildung, eine zunehmende Spezialisierung des Fachwissens und das quantitative Wachstum der Universitäten haben dazu geführt, das Bildungsideal immer als Herausforderung zu sehen und gegenüber der Notwendigkeit der Berufsvorbereitung zu positionieren. Ferner mussten die Universitäten bald akzeptieren, dass sie nicht länger der alleinige Träger der Wissenschaften waren. In beträchtlichem Ausmaß wurde gerade die naturwissenschaftliche Forschung an Forschungsstätten außerhalb der Universität etabliert, die den Weg zu einer von Ausbildungspflichten befreiten Großforschung ebneten, die maßgeblich von dem Geld und den Interessen der Großindustrie gefördert wurde.

Nachdem Baden im Zuge der napoleonischen Gebietsreform die zwei hoch verschuldeten und hinsichtlich der herrschenden Gelehrsamkeit maroden Universitäten Heidelberg und Freiburg geerbt hatte, stand zunächst im Raume, eine von beiden zu schließen. Obwohl für Baden der Unterhalt mehrerer Hochschulen (bald kam Karlsruhe hinzu) eine schwere finanzielle Last darstellte, engagierte sich der Staat in besonderer Weise. Von allen Bundesstaaten des Deutschen Reichs hat Baden im Verhältnis zu seinem Gesamtetat am meisten Geld für die Wissenschaft ausgegeben, in den Jahren 1890 bis 1900 zum Beispiel vier Mal so viel wie Preußen. Der badische Großherzog war *rector magnificentissimus* seiner Landesuniversitäten, hier studierten seine Söhne. Reformerpersönlichkeiten wie Sigismund von Reitzenstein reorganisierten die Universität und schufen neue Formen und Möglichkeiten des akademischen Lebens. An den Universitäten sollten in Zukunft die hoch qualifizierten Beamten ausgebildet werden, die der Staat dringend brauchte. Die Reformoffenheit des Staates, eine aufgeschlossene Staatsverwaltung sowie leistungsfähige Wissenschaftler als Hochschullehrer waren für die Entwicklung der Universitäten in Baden und Württemberg von konstituierender Bedeutung.

Es begann eine Zeit der zunehmenden Differenzierung der Forschungs- und Lehrstätten an der Universität. Bald schon konnte eine bemerkenswerte Ballung von herausragenden Gelehrten festgestellt werden. Aufklärer, Philosophen und Naturforscher prägten das Leben in den Universitätsstädten. Heidelberger Professoren gehörten zu den Trägern des Vormärz-Liberalismus, mehrere von ihnen waren 1848 Mitglieder der Frankfurter Nationalversammlung. Wissenschaft und Geist prägten auch das Alltagsbild in Tübingen, wo die Studenten fast ein Viertel der Einwohnerschaft stellten. In der Altstadt gibt es nur wenige Häuser und Plätze, die nicht mit dem Namen eines berühmten Gelehrten verbunden sind: Hegel und Schelling, Hölderlin, Mörike, Uhland und Kepler. Die Naturwissenschaften entwickelten sich im Zusammenwirken großer Forscher wie den Heidelberger Wissenschaftlern Robert Wilhelm Eberhard Bunsen und Hermann von Helmholtz. Heinrich Hertz wies in Karlsruhe die Existenz elektromagnetischer Wellen nach und lieferte damit die Grundlagen für die modernen Medien. Otto Lehmann legte mit seinen Studien über Flüssigkristalle die Grundlagen für die modernen Bildschirme. Max Weber nahm 1896 den Ruf auf den Lehrstuhl für Nationalökonomie und Finanzwissenschaften in Heidelberg an. In der Weimarer Republik galt Heidelberg als eine Hochburg des demokratischen Geistes, geprägt durch Professorengestalten wie Karl Jaspers, Gustav Radbruch, Martin Dibelius oder Alfred Weber. Wenn es stimmt, dass Erfindungsgeist nicht systemisch gelehrt werden, sondern nur durch ein entsprechend geistiges Klima gefördert werden kann, dann muss ein solches Klima zu Beginn des 20. Jahrhunderts geherrscht haben. Von den seit 1901 vergebenen Nobelpreisen entfiel bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs ein bemerkenswert hoher Anteil auf deutsche Gelehrte. Von heute aus betrachtet forschten mehr

als 30 Nobelpreisträger an den Universitäten in Baden oder Württemberg bzw. hatten an einem der Orte eine schöpferische Zwischenstation. Zuletzt erhielt Harald zur Hausen 2008 den Nobelpreis für Medizin.

Bemerkenswert war auch der Aufstieg Freiburgs von der katholischen Provinzuniversität, wo 1871 gerade einmal 204 Studenten eingeschrieben waren, hin zur fünftgrößten Universität im gesamten Deutschen Reich. 1885 wurde die Marke von 1000 Studierenden überschritten, 1914 waren bereits 3178 Studenten eingeschrieben. Auch in Tübingen und Heidelberg waren die Entwicklungen ähnlich. Vor allem junge, sehr qualifizierte Wissenschaftler zog es nach Freiburg, die zur modischen „Aufsteigeruniversität“ avancierte. Je renommierter die dortige Forschung wurde, desto interessanter wurde Freiburg alsbald auch als Endstation einer wissenschaftlichen Laufbahn.

Spezialisierung mit Neugründungen

Die Hochschulpolitik der südwestdeutschen Staaten versuchte den wissenschaftlich-technischen Fortschritt aufzugreifen und auf Forderungen der Industrie zu reagieren. Im Zuge einer Bildungsexpansion kam es zu etlichen Neugründungen, so etwa in Mannheim 1907, wo die 1779 gegründete Handelsschule für Mannheimer Kaufmannssöhne in eine Handelshochschule nach Leipziger Vorbild weiterentwickelt wurde. Aus Heidelberg stellten sich zahlreiche Hochschullehrer zur Verfügung, um an dem neuen Standort auch eine qualitativ verbesserte Wirtschaftsausbildung und eine kameralistische Laufbahn für den höheren Staatsdienst anzubieten. Die Auffächerung der Wissenschaften in Spezialdisziplinen beförderte eine sprunghafte Bautätigkeit, die beispielsweise Tübingen eine neue Prägung verlieh. 1861 wurde in Tübingen die erste eigene naturwissenschaftliche Fakultät in Deutschland eingerichtet.

Um den Hunger im Land nach den Napoleonischen Kriegen zu besiegen und die Ernährung grundlegend zu verbessern, gründete der württembergische König Wilhelm I. eine landwirtschaftliche Versuchs- und Lehranstalt in Hohenheim, an der nach neuen Gesichtspunkten die verbesserten Methoden der Landwirtschaft gelehrt werden sollten. Es wurden die Grundlagen für die Förderung der Landwirtschaft gelegt, die bis heute Bestand haben. 1847 wurde die Anstalt durch Erlass von Wilhelm I. zur Landwirtschaftlichen Akademie erhoben. Der Ausbildungsschwerpunkt lag zunächst eindeutig im Agrarsektor; so gab es Professuren für Land- und Forstwirtschaft, Technologie, Naturwissenschaften, Mathematik und Physik. 1854 und 1875 kamen die Agrikulturchemie sowie die Volkswirtschaftslehre hinzu. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts ging man dazu über, die bis dato alleinstehenden Lehrstühle zu Instituten zusammenzufassen.

Viele dieser Neugründungen oder Neubelebungen waren in ihrer Zeit Pionierleistungen. Baden und Württemberg waren mit Bayern zu Beginn des 20. Jahrhunderts die ersten Länder in Deutschland, in denen Frauen zum Studium zugelassen wurde. Allerdings geschah dies immer noch rund 30 Jahre später als in den europäischen Nachbarländern. Die höhere Landwirtschaftsschule Hohenheim berief 1923 mit Margarete von Wrangell die deutschlandweit erste prüfungsberechtigte ordentliche Professorin. In Erinnerung daran schreibt das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst in Baden-Württemberg heute das „Margarete-von-Wrangell-Habilitationsprogramm“ zur Förderung des Hochschullehrerinnennachwuchses aus.



Die Universität Mannheim, entstanden aus einer Handelsschule für Kaufmannssöhne, residiert heute im Mannheimer Schloss.



Schloss Hohenheim: Sitz der Universität, die aus der Landwirtschaftlichen Hochschule hervorgegangen ist. Der Stich aus der Zeit um 1790 zeigt Herzog Carl Eugen, der seinem Baumeister Befehle erteilt.

Die nationalsozialistische Diktatur hinterließ tiefe Schäden in der Universitätslandschaft. In einer beispiellosen „Selbstenthauptung des deutschen Geistes“ (Herbert Strauss) wurden an den Universitäten seit April 1933 jüdische und politisch missliebige Wissenschaftler ausgegrenzt. In Heidelberg wurden beispielsweise 24 Prozent des gesamten Lehrkörpers entlassen. Die Mehrheit nahm die Vertreibung der Zunftgenossen bestenfalls hin; auch bei der Säuberung der Studentenschaft herrschte Schweigen. Die einzigen Widerstandsgruppen innerhalb der Professorenschaft organisierten sich in den 1940er-Jahren in Freiburg. Ansonsten wurden wissenschaftliche Normen und ethische Prinzipien, mithin die früher beschworene akademische Gemeinschaft dem Führerstaat und seinen völkisch-antisemitischen Grundlagen geopfert. Viele sympathisierten mit dem Nationalsozialismus. An den Universitäten war eine geradezu unterwürfige Kooperationsbereitschaft festzustellen, wie bereits in Martin Heideggers Freiburger Rektoratsrede deutlich wurde. Baden verordnete seinen Universitäten als erstes Land das „Führerprinzip“ (die „Führerverfassung“ war von Heidegger maßgeblich mitgestaltet worden) und löste das Selbstbestimmungsrecht der Hochschulen auf. Aus dem „Musterländle“ sollte der „Mustergau“ werden. Die Universität Heidelberg hatte sich in der Zeit von 1933 bis 1945 den Ruf der radikalsten Universität des Nationalsozialismus erworben. In Freiburg veröffentlichte der Professor für Psychiatrie Alfred Hoche die Schrift *Die Freigabe der Vernichtung unwerten Lebens,* in Tübingen plädierte der evangelische Neutestamentler Gerhard Kittel in seiner Schrift *Die Judenfrage* für den Ausschluss der Juden aus der Gesellschaft, wenn notwendig auch durch Massenmord. In Tübingen gehörten 1945 81 Prozent des Lehrkörpers der NSDAP an.



Eine Spitzenforscherin und Ausnahmeerscheinung: Margarete von Wrangell (1876–1932), Pflanzenphysiologin und Agrikulturchemikerin an der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim, war die erste ordentliche Professorin Deutschlands. Seit 1923 leitete sie das Institut für Pflanzenernährung.



Bekenntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem NS-Staat in Leipzig, Alberthalle, 11. November 1933 (Titel: „Mit Adolf Hitler für des deutschen Volkes Ehre, Freiheit und Recht!“). Auf dem Podium u. a. der Rektor der Berliner Universität, Eugen Fischer, der Rektor der Freiburger Universität, Martin Heidegger, und der Chirurg Ferdinand Sauerbruch.

Ort der nie abgeschlossenen Reform

Universitäten waren in der öffentlichen Wahrnehmung immer wieder zum Untergang verurteilt: Im 17. Jahrhundert, nach den Zerstörungen des Dreißigjährigen Krieges genauso wie während der legendenumsponnenen Studentenbewegung, in welcher die „Ordinarien-Universität“ zerschlagen werden sollte und ganze Universitäten oder Fakultäten zeitweilig dem Ruin entgegenzutreiben schienen. Untergangsstimmung machte sich auch im Zuge der Bologna-Reform breit, in der das politische Feuilleton die Dämmerung der Gelehrsamkeit zu entdecken schien. Moralisch beschädigt war die Universität jedoch niemals stärker als in der Zeit des Nationalsozialismus. Nach dem Ende der NS-Herrschaft musste die Universität geistig neu aufgebaut werden.

Immer wieder wurde die Universitäten mit sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen bzw. bildungspolitischen Vorhaben konfrontiert, für die sie weder wissenschaftlich noch pädagogisch, geschweige denn organisatorisch vorbereitet waren. Häufig entstand dadurch ein Kampffeld, auf dem sich „individualistische Wünsche, revolutionärer Umgestaltungswille und konservative Behutsamkeit einander gegenüberstehen“ (Walther Peter Fuchs). Doch immer wieder zeigte sich zumindest an einigen Orten auch die Reformfähigkeit der Universität. Gerade diejenigen Universitäten, denen es gelang, ein Reformprogramm zu verwirklichen, gewannen in ihrer Zeit an Einfluss.

Drei Grundmotive der Hochschulreform lassen sich unterscheiden: Das erste basiert auf als unzureichend erachtete Studienbedingungen und der Befürchtung, das Niveau der Absolventen reiche nicht mehr aus, um Führungsaufgaben in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft wahrzunehmen. Hier hat die Bologna-Reform ihre Wurzel. Das zweite Motiv ergab sich aus der befürchteten „Bildungskatastrophe“ (Robert Picht) und führte zu der Frage, wie die Universität die Türen für immer mehr Studierende öffnen könnte.

Hieran knüpfte der massive Ausbau der Universitätsstandorte in den 1960er- und 1970er-Jahren an, für den Bochum zur bewusstseinsprägenden Einrichtung wurde. Aber auch der Ausbau der Universität Mannheim ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Das dritte Motiv hatte mit den Entwicklungen der Wissenschaften selbst zu tun und der Skepsis, ob die alten Universitäten diesen Entwicklungen noch hinlänglich Rechnung tragen könnten. Für diesen Ansatz steht die Gründung der Universität Konstanz.

„Klein-Harvard am Bodensee“: Die Gründung der Universität Konstanz

Bereits im Jahr 1959 hatte Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger bei einer Bauernversammlung in Singen vorgeschlagen, in Konstanz eine Universität zu gründen und in ihr Ideen der Hochschulreform zu verwirklichen. Am 27. Februar 1964 beschloss der Landtag die Errichtung der Universität und dabei auch die Verwirklichung eines Modells der Hochschul- und Studienreform. „Klein-Harvard am Bodensee“ sollte entstehen. Gemeint war eine Universität der Kooperationen rings um die modernen Erfahrungswissenschaften (Ralf Dahrendorf). Es sollten gerade solche Wissenschaften betrieben werden, deren Kernfragen nur in der Kombination verschiedener methodischer und sachlicher Ansätze möglich war. Dafür wurde nach neuen Formen der inneren Gliederung gesucht. Um Fächergrenzen besser überwinden zu können, wurde aus dem angelsächsischen Raum das Konzept der Campus-





Die Gründung der Universität Ulm war ein Entwicklungsimpuls für die ganze Region. Das Foto zeigt den Haupteingang Süd der Hochschule.

Universität übernommen; Service-Einrichtungen wie Mensa und Bibliothek wurden zentralisiert. Zu den Reformprojekten gehörte die Verlagerung größerer Teile der Lehre von Vorlesungen in begleitende Seminare und Übungen; Prüfungen sollten studienbegleitend erfolgen. Zwar wurde das ehrgeizige Ziel nicht erreicht, eine Forschungshochschule der modernen Erfahrungswissenschaft zu schaffen, und statt der geplanten 3000 Personen studierten bald 10 000 junge Menschen in Konstanz. Aber einige Fächer konnten sich rasch über die berufenen Wissenschaftler profilieren.

Zeitgleich mit Konstanz entstand die Universität Ulm, die laut Gründungskonzept als Medizinisch-Technische Hoch-

Ein großer Tag für die Geschichte des Landes Baden-Württemberg wurde am 21. Juni 1966 mit der Grundsteinlegung der ersten „Modelluniversität“ in Konstanz festlich begangen. Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger bei den ersten Hammerschlägen, sichtlich von Stolz erfüllt.

schule eingerichtet werden sollte. „Unter einem Dach“, so das gängige Schlagwort, sollten auf dem Gelände Oberer Eselsberg die Naturwissenschaften, Ingenieurwissenschaften und später dann die Informatik mit der klinischen Forschung verbunden werden. Ehrgeizige hochschulreformerische Pläne standen abermals im Hintergrund, sodass ein Umfeld für neue Forschungsfelder geschaffen werden konnte.

Bleibt im Streben nach „Exzellenz“ die Lehre auf der Strecke?

Inzwischen sind Profilbildung und Wettbewerb, Elite und Leuchtturm die Schlagworte der Stunde. Hinzu kommt die Forderung nach mehr Autonomie. Mehr Autonomie bei der Zulassung von Studiengängen, bei der Berufung von Professoren und der Bewirtschaftung von Gebäuden. Nur so, behaupten die Hochschulleitungen, werden die Universitäten (wieder) attraktiv für hochkarätige Forscher. Wohlgemerkt: Forscher, nicht Hochschullehrer. In Forschungskollegs oder „Institutes for Advanced Studies“ wie in Freiburg, Konstanz oder Heidelberg sollen hervorragende Wissenschaftler von der Lehre entbunden werden, um ungestört ihren Forschungsarbeiten nachgehen zu können. Es geht um die Mobilisierung unentdeckter Reserven, die Erschließung zukunftsträchtiger Forschungsfelder, die Durchmischung von Fachgebieten. Große Forschungsverbünde sind im Trend; es werden hohe Summen für die Schaffung und Unterhaltung solcher Verbünde zur Verfügung gestellt. Neue Steuerungsmodelle werden geschaffen, neue Zentren und Beiräte etabliert, die alten Gremien und Organe verlieren an Macht und Mitspracheautorität. Von den nur mittelbar Beteiligten werden die Universitäten daher zunehmend als Häufung von Gremien und Kommissionen wahrgenommen, deren Mitglieder man nicht kennt und deren Entscheidungen man daher günstigenfalls interesselos oder resigniert hinnimmt oder aber aus einem allgemeinen Verdacht heraus kritisiert.

Der Drittmittelerwerb gilt als zentrale Leistungskennziffer und wird als „Tanz um das Goldene Kalb inszeniert“ (Richard Münch). Sonderforschungsbereiche und Graduiertenkollegs gelten als Zierde jeder Universität. 73 Prozent der Einnahmen beziehen die Universitäten in Baden-Württemberg mittlerweile aus Drittmitteln. Da die Ausstattung an Grundmitteln vergleichsweise abnimmt und die Studierendenzahlen nach wie vor stark ansteigen, leiden Forschung und Lehre. Studierende wünschen sich einen stärkeren Praxisbezug des Studiums und mehr Veranstaltungen im kleineren Kreis, werden aber tendenziell Forschern ausgeliefert, denen zur Lehre nichts mehr einfällt. Dabei hängt die Qualität einer Spitzenuniversität mit der individuellen Betreuung der Studierenden zusammen. Kurzum: In der Massenuniversität der Gegenwart wird die Reformanstrengung zur Herkulesaufgabe.

In jüngster Zeit hat die „Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen“ die Reformdebatten auch in der Öffentlichkeit bestimmt und zu einer Förderung der Spitzenforschung am Wissenschaftsstandort Deutschland beigetragen. Gerade die baden-württembergischen Universitäten waren dabei sehr erfolgreich und bestätigten die öffentliche Wahrnehmung Baden-Württembergs als Wissenschafts- und Universitätslandschaft. Insgesamt wurden neun Graduiertenschulen und sieben Exzellenzcluster eingerichtet. Die Universitäten in Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe und Konstanz wurden für ihr Zukunftskonzept mit dem Titel „Eliteuniversität“ geadelt. Die Exzellenzinitiative hat sich darüber hinaus als Jobmotor erwiesen und an den Landesuniversitäten für einen Beschäftigungsboom gesorgt. Zu den interessantesten und womöglich folgenreichsten Aspekten der Exzellenzinitiative gehört die intensivierte Zusammenarbeit zwischen Universität und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, wie sie derzeit am weitesten und mutigsten in Karlsruhe gelebt wird. Hier haben sich das Forschungszentrum Karlsruhe als außeruniversitäre Forschungseinrichtung der Helmholtz-Gemeinschaft und die Universität zum Karlsruher Institut für Technologie zusammengeschlossen.

Auch wenn es inzwischen Exzellenzwettbewerbe gibt, die „mehr Ehre für die Lehre“ versprechen, bleibt allenthalben sichtbar, dass der Lehre nach wie vor eher kompensatorischer Charakter zugesprochen wird. Dies steht in deutlichem Widerspruch zum Erinnerungsort Universität als einer auf die Lehre bezogenen Einrichtung. Denn die kollektive Erinnerung fokussiert sich auf den Bildungsanspruch der Universität und die Einübung von Verstandes- und Verhaltensdispositionen (heute spricht man meist von „Kompetenzen“), die sich über Jahrhunderte hinweg als hochgradig funktional erwiesen und der Universität höchste Anerkennung verschafft haben. Die Universität lebte und lebt von Persönlichkeiten in Forschung *und* Lehre, über die sich diese Reputation bewahren und verstetigen lässt. So gesehen wird die Universität als Erinnerungsort auch in Baden-Württemberg ein ständiges Reformprojekt bleiben.



Bernau im Schwarzwald: Das weite, sonnige und nach Süden hin offene Hochtal kann mit vielen Naturerlebnissen aufwarten. Aber hier begegnen sich auch Natur und Kunst in der Person des Malers Hans Thoma. Sein Heimattal Bernau ist von ihm immer wieder gemalt worden. Nicht zufällig kommt uns diese Landschaft „wie gemalt“ vor.

Bernau im Schwarzwald

Eine Landschaft wie gemalt – die Heimat des Malers Hans Thoma

Wolfgang Hug

Den Anfang machte St. Blasien. Als vor gut tausend Jahren aus der kleinen Einsiedelei „Albzelle“ das Benediktinerkloster mit dem neuen Namen St. Blasien hervorging, stand drum herum nur Urwald. Unter der Devise „Bete und arbeite“ leisteten die Mönche schwere Rodungsarbeit. Sie hatten damit begonnen, den „Wald“, wie man den Südschwarzwald früher kurz und prägnant nannte, zur Kulturlandschaft zu machen. Fürstabt Martin Gerbert von St. Blasien, der berühmteste Vorsteher des Klosters und Verfasser der ersten Geschichte des Schwarzwalds, nannte ihn „eine Kolonie des Benediktinerordens“. Mönche des Klosters machten im 11. und 12. Jahrhundert das Gebiet zwischen Schluchsee und Todtmoos urbar, so auch das Tal der Alb, die in zwei Adern vom Feldbergmassiv herunterfließt.

Zwischen St. Blasien und dem Herzogenhorn, dem Gipfel neben dem Feldberg, bildet die eine Ader der Alb eine weite Hochebene. In einer Urkunde aus dem Jahr 1157 wird die Hochfläche mit dem Namen „Bernova“ (Bärenau bzw. Bernau) erwähnt. Offenbar gab es in dieser Au oder Aue ursprünglich wilde Tiere, darunter auch Bären. Hier hatte das Kloster Abhängige angesiedelt, nachdem Laienbrüder einzelne Hofstätten errichtet hatten. Namen wie Bruder- oder Mönchshof erinnern daran. Die Siedler bekamen ihr Land zu Lehen. Drei der Ortsteile von Bernau bezeugen das im Namen: Innerlehen, Unterlehen und Oberlehen. Über Jahrhunderte hinweg blieben Bernau wie auch das nahegelegene Menzenschwand kirchliche Filialen von St. Blasien und waren der Herrschaft des Klosters untertan.





Ein Zeichen modernster Baugesinnung und aufgeklärten Denkens: die Klosterkirche St. Blasien. Unter Abt Martin II. Gerbert (1720–1793, Abt seit 1764) war St. Blasien ein Zentrum deutscher Aufklärung. Seine Modernität macht die Klosterkirche sichtbar: ein Bau, am antiken römischen Pantheon orientiert, auf geometrischen Grundformen wie Kreis und Kugel, Rechteck, Quadrat und Trapez basierend. Der Wiener Kunsthistoriker Emil Kaufmann sprach hier vom „Revolutionsstil", doch der Bau in St. Blasien wurde bereits 1783 vollendet, also sechs Jahre vor Beginn der Französischen Revolution und sieben Jahre vor dem Pariser Panthéon. Die Architekten waren Michel d'Ixnard und Nicolas de Pigage.

Bären gibt es heute hier freilich längst nicht mehr, doch „Bernau im Schwarzwald" (so lautet der offizielle Name seit 1998) ist noch immer eine wunderschöne Au(e), eine Flussniederung, in der sich ein weiträumiges, flaches Wiesengelände erstreckt, locker bebaut mit einem ganzen Dutzend meist kleiner Siedlungseinheiten und eingerahmt von einem Kranz von Bergrücken, von denen Bächlein ins Tal plätschern und sich mit der Bernauer Alb vereinen. Als „schönstes Hochtal im Naturpark Südschwarzwald" wirbt die Gemeinde für sich. Der Ort mit knapp 1900 Einwohnern erstreckt sich über 3800 Hektar Gemarkungsfläche mit über 500 Metern Höhenunterschied. Eine Landschaft von einzigartiger Vielfalt im Wechsel von Weiden und Wäldern, mit weichen Übergängen vom flachen zum hügeligen Gelände, mit felsigen Steilhängen im Norden, einer artenreichen Flora. „In diesem Tal, auf diesen Höhen / hab ich die Welt zuerst gesehen", so schrieb der berühmteste Sohn der Gemeinde, Hans Thoma.

Hans Thoma – der „Erfinder" des Schwarzwalds

Hans Thoma hat die Landschaft im Bernauer Tal in seinen schönsten Bildern gemalt. In Bernau-Oberlehen ist er am 2. September 1839 geboren. Hans Thoma zählt zu den bedeutendsten deutschen Malern des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Nach ihm ist der Staatspreis des Landes Baden-Württemberg für bildende Künstler und Künstlerinnen benannt. In Bernau wird Hans Thoma mit einem eigenen Museum geehrt. Es zeigt neben einer Dokumentation seiner Biografie Skizzenbücher, Gemälde, Grafiken und Majolikaarbeiten des Künstlers. In Bernau wuchs der Bub mit zwei Geschwistern im „Joglishaus", einem Uhrmacherhäusle, auf. Der Vater war von Beruf Müller, besaß aber keine eigene Mühle und wurde, „wie es die meisten Einwohner (in Bernau) sind, Holzarbeiter, und so spaltete er aus Tannenholz Schindeln, wie sie im höheren Schwarzwald zur Dachdeckung gebraucht werden". So erzählt es Hans Thoma selbst in seinen Lebenserinnerungen.

Mit 14 Jahren begann Hans Thoma eine Lehre in Basel, ging später zu einem Uhrenschildmaler in Furtwangen, musste aber 1855 nach dem frühen Tod des Vaters nach Bernau zurück. Dort übte er sich eigenständig weiter im Zeichnen und Malen. Dann war es der Amtmann von St. Blasien, der ihn an die Badische Kunstschule in Karlsruhe empfahl. Dort wurde Thoma 1859 mit einem großherzoglichen Stipendium aufgenommen. Wilhelm Schirmer, der Direktor, lehrte dort

Landschaftsmalerei, allerdings nach einem streng akademischen Kompositionsmuster. Abweichend davon entwickelte Thoma seinen eigenen Stil eines naturbezogenen Realismus. Das gefiel seinem Lehrer wie auch dem Karlsruher Publikum nicht so recht. So übersiedelte er kurzfristig nach Düsseldorf, wo er erstmals Anerkennung fand. Mit einem Freund besuchte er Paris und bewunderte die Malerei von Gustave Courbet, dem Meister des französischen Realismus. In ihm erkannte er seine eigene Malweise bestätigt. In Karlsruhe fühlte er sich indes weiter verkannt.

Unser Bild vom Schwarzwald ist stark von Hans Thoma (1839–1924) geprägt. Von daher könnte man ihn fast als „Erfinder" des Schwarzwalds bezeichnen. Das Bild *Schwarzwaldlandschaft* ist in der Kunsthalle Bremen zu sehen.

1870 zog Hans Thoma in die damalige „Malerstadt" München. Hier traf er auf Freunde und Gleichgesinnte, besonders im Kreis um Wilhelm Leibl. Er lernte Arnold Böcklin kennen und ließ sich von ihm beeinflussen. Von München aus reiste er erstmals nach Italien. Er fand einen Mäzen in Frankfurt, der ihm etliche Aufträge verschaffte. Schließlich übersiedelte er 1877 ganz nach Frankfurt, frisch verheiratet mit Cella Berteneder (seiner Schülerin, die später als Blumenmalerin reüssierte). Nun ging es aufwärts. Ein Engländer erwarb etliche seiner Bilder. Henry Thode, der Direktor des Frankfurter Städels, wurde sein Förderer und Freund. Der Münchener Kunstverein zeigte in einer Ausstellung 36 Bilder von Thoma. Fast alle wurden verkauft, die Resonanz war gewaltig. Thoma wurde Ehrenmitglied der Münchener Akademie und bekam einen preußischen Professorentitel. Schließlich berief ihn der badische Großherzog Friedrich I. 1899 zum Direktor der Karlsruher Kunsthalle und Professor für Landschaftsmalerei an der Badischen Kunstakademie. 20 Jahre lang konnte





1875 griff Hans Thoma das Motiv des Skeletts als Muse in seinem *Selbstbildnis mit Amor und Tod* auf. Dem malenden Künstler schaut ein mit einem Lorbeerkranz geschmückter Schädel über die Schulter. Über seinem Kopf, im Geäst eines Baumes, sitzt zudem der Gott Amor, der die Züge von Cella Berteneder trägt, die Thoma 1875 kennengelernt und 1877 geheiratet hatte. Anklänge an das *Selbstbildnis mit fiedelndem Skellett* (1872) des Malers Arnold Böcklin sind unübersehbar.

Thoma in dieser Position arbeiten und wirken, bekam für seine Werke eigene Abteilungen in der Staatlichen Kunsthalle eingerichtet. Er wurde Ehrenbürger von Freiburg und Karlsruhe sowie von seiner Heimatgemeinde Bernau. Im Ruhestand schrieb er seine Memoiren. 1922 erlebte er seinen größten Erfolg mit einer Sonderausstellung in der Alten Nationalgalerie in Berlin. Am 7. November 1924 verstarb Thoma in Karlsruhe.

Als Schwarzwaldmaler, ja als Heimatmaler ist Thoma in die Kunstgeschichte und in die Geschichte unseres Landes eingegangen. Diese einengende Kennzeichnung passt nicht ganz. Nur in seinem Früh- und im Spätwerk überwiegen Bilder vom heimischen Schwarzwald. Ansonsten malte er auch im Taunus, am Oberrhein und am Bodensee, und er fand ebenso Motive an der Havel oder in Italien. Thoma widmete sich aber auch religiösen Themen, und er schuf zahlreiche Porträts. Intensiv hat er sich dem Symbolismus wie auch dem Jugendstil zugewandt. Dem Impressionismus indes verschloss er sich. Das Bürgertum des Wilhelminischen Deutschland reklamierte ihn als den „Inbegriff deutscher Art und Kunst". Man fand in seinen Bildern die „Herzenswärme der deutschen Seele". Das verschaffte ihm nationalen Ruhm. Er aber sah sich als Künstler im Kontext der europäischen Malerei. Die größte und nachhaltige Anerkennung fand er letztlich mit seinen Bildern vom Schwarzwald, der Landschaft mit ihren Bergen und Tälern, den Höfen, den Menschen, den Tannen, Blumen und Tieren. Eine stille, friedliche Welt, so malte er sie, wie er sie liebte: nicht nach akademischen Mustern komponiert, sondern wahrhaftig, getreu nach der Natur, authentisch.

Lebens- und Arbeitsraum Schwarzwald

Besucher mögen den Schwarzwald wohl auch heute noch gerne so sehen, als Naturidylle. Dass ein solches Klischee die Vielfalt und Eigenart der Region verfehlt, wen wundert das! Die alten Leute erzählen gern, wie mühsam die Arbeit in den Grenzertragsflächen war, wie kärglich die Lebensbedingungen gewesen sind. Auch Thoma erinnert daran. Lange Zeit galt diese Region als Notstandsgebiet. Gerade der südliche Schwarzwald, den man seit Victor von Scheffel „Hotzenwald" nennt, hat neben freundlichen Talmulden auch düstere Zonen. Die Böden sind wenig ertragreich. In Bernau und Umgebung waren im 19. Jahrhundert daher immer mehr Menschen zur Auswanderung gezwungen. Die Landwirtschaft konnte die Bevölkerung längst nicht mehr ausreichend ernähren. Der Südschwarzwald wurde so zum klassischen Gebiet der Heimarbeit. In Bernau und Umgebung nutzte man den Wald als Rohstoffquelle. Aus Holz machten

die Bauern in Nebenarbeit als „Schnefler“ Schindeln, Kübel und hölzerne Stiele für allerlei Gerätschaften. Viel Wald wurde „geschwendet“ (= zum Schwinden gebracht), woran das Suffix „-schwand“ in manchen Dorfnamen erinnert. Allenthalben qualmten die Kohlenmeiler. Die Glashütten und Eisenwerke St. Blasiens verbrauchten gewaltige Mengen des so veredelten Energiestoffes. In Bernau zeigt das Museum „Resenhof“ sowie der daneben errichtete Neubau „Forum: erlebnis holz“ auf eindrucksvolle Weise die einstige Arbeitswelt der „Leute auf dem Wald“. Da sind die unzähligen Produkte der holzverarbeitenden Gewerbe zu sehen: Kochlöffel und Spanschachteln, Mausefallen und alle Größen und Formen von Kübeln, Gelten und Bütten – und dazu die Werkzeuge und Werkstätten ihrer Herstellung, vom einfachen „Schnidesel“ (einer Schnitzbank) bis zur Drehbank. In Möbelfirmen,

Heuernte im Schwarzwald, so die Bezeichnung dieses Bildes von Hans Thoma aus dem Jahr 1871. Es war eine Auftragsarbeit des Industriellen und nationalliberalen Politikers Ernst Friedrich Krafft (1823–1898). Er stand der Baumwollspinnerei vor, die in den freigewordenen Räumlichkeiten des Klosters St. Blasien eingerichtet worden war. Das Bild ist inspiriert vom Mundartgedicht *Morgenstern* von Johann Peter Hebel (12. Strophe) und der dazu gelieferten Illustration von Ludwig Richter. Da Krafft aus Auggen im Markgräflerland stammte, tragen die dargestellten Menschen Markgräfler Tracht. Katholischer Südschwarzwald und evangelisches Markgräflerland erscheinen somit unter badischem Vorzeichen vereint.



Bildschnitzereien und Bürstenfabriken fand die Tradition des häuslichen Holzgewerbes in der Region ihre moderne Fortsetzung. Die Bürstenmacherei wird übrigens in einem eigenen Museum im nahen Ibach dokumentiert.

Ein anderer Zweig der Heimarbeit entwickelte sich im Textilgewerbe. Schon immer hatte man im Bauernhaus einfache Leinen- und Wollstoffe selbst hergestellt. Das Spinnrad gehörte in jede Stube. Armut und Übervölkerung haben im 18. Jahrhundert die kleinbäuerlichen Familien dazu veranlasst, gegen Lohn auch Spinn- und Webarbeiten für andere zu übernehmen. Daraus entwickelte sich dann eine für den Markt produzierende Heimindustrie. Vom Ausland, aus der Schweiz und aus Savoyen, kamen das Geld und die unternehmerische Initiative. Webstühle wurden aufgestellt, Rohware (Flachs und Baumwolle) wurde geliefert, dann wurden die fertigen Tuche eingesammelt und zum vorher festgelegten Stückpreis bezahlt. Die zuständigen Regierungsbehörden unterstützten diese Entwicklung zum sogenannten „Verlagssystem", um den „landesüblichen Müßiggang" zu bekämpfen und der Bevölkerung einen Nebenverdienst zu erschließen. Die Ausbreitung des Heimgewerbes profitierte dabei auch von den praktischen Fähigkeiten der Leute, ihrem Fleiß und ihrer Anspruchslosigkeit. Das Heimatmuseum in Görwihl zeigt sachkundig und gut verständlich die Entwicklung des Textilheimgewerbes in der Region bis hin zum elektrischen Seidenbandwebstuhl.



Abgebrochen und dann Stein für Stein wieder in der Ortsmitte von Großherrischwand, einem Teilort der Schwarzwaldgemeinde Herrischried im Hotzenwald, aufgebaut wurde eines der ältesten Schwarzwaldhäuser, der 1424 errichtete Klausenhof. Der strohgedeckte Eindachhof ist das einzige noch original erhaltene Hotzenhaus, eine der sieben Hausformen, die im Schwarzwald das Siedlungsbild bestimmten. Heute wird das Gebäude als Freilichtmuseum genutzt.

Bäuerliche Lebensformen

Das Landschaftsbild in Bernau und im Südschwarzwald ist, was beim Besuch der Region unübersehbar ist, vor allem von der Land- und Forstwirtschaft geprägt. Die längste Zeit seit der Besiedlung haben die Menschen hier als Land- und Forstwirte gelebt und gearbeitet. Ähnlich wie im übrigen Schwarzwald dominierte die Viehhaltung auf der Basis der Feld-Gras-Wirtschaft. Die Rinderherden standen den Sommer über auf den Hochweiden, die Muttertiere behielt man auf der nahegelegenen Hofweide. Beides geschieht auch heute noch so. Für das Vieh, die Schweine vor allem, nutzte man auch die Waldweide. Ackerland war rar. Die Wiesen, auf denen man Heu machen konnte, mussten nach Möglichkeit bewässert werden. Dazu entwickelte man hier das ausgeklügelte System der „Wuhren", um das Wasser von den Bächen und Flüssen auf die Felder zu leiten sowie zu den Mühlen und schließlich zu den Textilbetrieben talauswärts. Man benutzte teils natürliche Wasserläufe, teils baute man kleine Kanäle. Die Nutzungsrechte wurden in genossenschaftlich vereinbarten Verträgen geregelt. Ein „Energiemuseum" in Hottingen/Rickenbach zeigt und erklärt in vorzüglicher Weise die Geschichte der Wassernutzung im Hotzenwald bis in die moderne Zeit.

Den besten Eindruck von der bäuerlichen Lebensform der Leute auf dem Wald gewinnt man beim genaueren Blick auf die Höfe und ihre innere Struktur. Man nennt die Schwarzwaldhöfe gerne den Trachtenschmuck der Landschaft. Auf Bildern von Hans Thoma sieht man sie wie organisch verbunden mit der Natur, im braunen Holz, aus dem sie gebaut sind, angeschmiegt an einen Hang, mit Blumenschmuck aufgeheitert, einfach „wie gemalt". Dabei zeigt sich sogleich ein Unterschied zwischen dem Gebiet, das unmittelbar zu St. Blasien

gehörte, und dem vorderen Teil des Südschwarzwaldes, dem sogenannten Hotzenwald. St. Blasien beherrschte den Raum zwischen Schluchsee/Höchenschwand und Todtmoos mit „Zwing und Bann“, hatte also in der Niedergerichtsbarkeit das Recht zu gebieten und zu verbieten. Die Abtei war darum bemüht, dass die untertänigen Bauern auf dauerhaft lebensfähigen Höfen wirtschaften konnten und schränkte deshalb die Erbteilung ein. So gibt es hier durchaus ansehnliche Schwarzwaldhöfe, von denen nicht wenige heute zu stattlichen Gasthäusern geworden sind, mit weit heruntergezogenem Walmdach, Sprossenfenstern, Laubengängen, verschindelten Außenwänden, mit gemütlicher Gaststube, womöglich mit Kachelofen und „Kunst“ und einem Herrgottswinkel in der Außenecke. Ein anschauliches Beispiel für diesen Haustyp bildet der genannte „Resenhof“ in Bernau. Der zum Museum umgestaltete Hof ist mehr als 200 Jahre alt.

Südlich der sanktblasianischen Herrschaft lebten die Menschen seit dem ausgehenden Mittelalter in der habsburgischen Grafschaft Hauenstein (dem heutigen Hotzenwald) mit besonderen Privilegien gleichsam als „Freibauern“, die auch die freie Erbteilung praktizierten. Dort sind die Höfe im Stil des „Hotzenhauses“ kärglicher, die Dächer waren mit Stroh gedeckt (was seit der Zeit der Feuerversicherung den „Hotzenblitz“, d. h. das heimliche Abbrennen eines baufälligen Hauses erleichterte). Zwischen Hauswand und dem tief reichenden Dachüberstand befand sich oft eine einfache Werkstatt. Im Innern hat das Hotzenhaus meist kleine Räume, oft teilten zwei Familien das Gebäude untereinander in zwei Hälften auf. Wie die Menschen in den Häusern gelebt und gearbeitet haben, kann man eindrucksvoll im Freilichtmuseum „Klausenhof“ in Großherrischwand erfahren. Der Hof ist aus einem Hotzenhaus vom Jahr 1424 hervorgegangen. Zum Klausenhof gehören eine uralte Blocksäge, ein Backhäusle, ein Schmiede und ein Bauerngarten. In unmittelbarer Nähe gibt es eine Glasbläserei. Bei den genannten Typen der alten Höfe handelt es sich jeweils um Eindachhöfe: Menschen, Vieh und Vorräte waren darin unter einem Dach untergebracht.

Die freibäuerliche Tradition hat im Hotzenwald eine in ganz Deutschland einmalige Form der bäuerlichen Selbstverwaltung hervorgebracht, die Einungsverfassung. Seit 1371 bezeugt, waren sämtliche Orte und Weiler in acht Einungen (jede mit etwa 10 bis 15 Orten) erfasst, die jeweils für ein Jahr einen Einungsmeister wählten. Jeder verheiratete Mann, ob frei oder leibeigen, war wahlberechtigt und selbst wählbar.

Neues und Altes miteinander zu verbinden, das gelang dem Haldenhof unweit des Schauinsland bei Freiburg. Zu der denkmalgeschützten, jahrhundertealten und für den gesamten Schwarzwald typischen Wirtschaft kam ein Hotelneubau auf höchstem Niveau, der allen Ansprüchen genügt, einschließlich üppiger Wellnesslandschaft.



Die Einungsmeister verfügten in dem Gebiet, das für die vorderösterreichische Obrigkeit schwer zugänglich blieb, über eigene Rechte: Sie hatten bei Überfällen Kommandogewalt, übten die niedere Gerichtsbarkeit aus, zogen die Landessteuern ein und wählten aus ihrem Kreis einen Sprecher, den „Redmann“. Der vertrat die Einungen gegenüber den Hoheitsträgern, den Inhabern der Feudal- bzw. Landeshoheit, etwa gegenüber dem Waldvogt in Waldshut, und war Mitglied in der Breisgauer Ständeversammlung, gleichberechtigt mit den Repräsentanten von Adel, Kirche und Städten in Vorderösterreich. Als um 1700 die Wiener Regierung auf Drängen des Abtes von St. Blasien die Rechte der „freien“ Bauern einschränken wollte, wehrten sich die Einungsmeister. Zum Anführer wurde ein Bauer und Salpetersieder aus dem vorderen Hotzenwald, der eine breit angelegte Protestaktion mobilisierte. Er wurde bald als „Aufrührer“ ergriffen und in Arrest genommen. Sein Tod in der Haft 1727 machte ihn zum Märtyrer, dessen Widerstand nun zahlreiche Anhänger fand. Diese nannten sich nach dem Beruf des Toten „Salpeterer“. Dreimal brachten die Salpeterer ein militärisches Aufgebot unter den



Das Innere der Klosterkirche von St. Blasien. 20 kolossale Säulen scheinen die Kuppel zu tragen, die mit 46 m Durchmesser und 63 m Höhe seinerzeit die drittgrößte in Europa war. Wie im römischen Pantheon ist das Verhältnis Kuppel zu Rotunde eins : eins, das heißt, wenn man die Kuppel um sich selbst drehte, würde sie bis zur Erde reichen.

Hotzenwäldern zusammen, das von regulären Truppen der Regierung jeweils auseinandergetrieben wurde. „Rädelsführer" der „Rebellen" wurden teils hingerichtet, teils aus dem Land verbannt. Am Ende ließ Kaiserin Maria Theresia 1755 die „Erzrebellen" mit ihren Familien nach Ungarn deportieren – insgesamt 112 Personen. Die Selbstverwaltungsrechte der Einungen wurden aufgehoben.

Kritisch gegen die Obrigkeit

Geblieben ist indes der geheime Stolz auf den hartnäckigen Widerstand gegen die Obrigkeit. In den 1970er-Jahren machte Bundespräsident Gustav Heinemann mit seinem Freund Helmut Gollwitzer mehrfach Urlaub im Hotzenwald und lernte die hiesige Erinnerung an die Salpeterer kennen. Er stilisierte sie zu einem Ideal vor- oder frühdemokratischer Freiheitsbewegungen der deutschen Geschichte und gab damit die entscheidenden Impulse zur Entfaltung eines neuen historisch begründeten liberalen Bewusstseins der Deutschen. Als ein wichtiger Lernort für diese Tradition wurde auf seine Veranlassung im Rastatter Schloss das „Freiheitsmuseums" gegründet. In dieser „Erinnerungsstätte" geht es auch um den Bauernkrieg und die Deutsche Revolution von 1848/49. Auch an diesen beiden Großereignissen waren Bewohner von Bernau und aus dem Südschwarzwald in durchaus revolutionärer Weise beteiligt. Im Bauernkrieg halfen sie, das Kloster St. Blasien in Brand zu stecken; in der

1848er-Revolution gewährten sie den Heckerleuten Quartier. Der Bernauer Bürgermeister musste 1849 zur Strafe ins Zuchthaus. Ein anderer Bernauer, Ludwig Baur, hatte in der Weimarer Zeit in Freiburg die erste Wirtschaftsoberschule Deutschlands gegründet, musste aber 1933 auf Druck der Nationalsozialisten wegen seiner politischen Gesinnung als Schulleiter zurücktreten und zog sich zwangsweise pensioniert in seine Heimat zurück. Als aufrechten Demokraten wählten die Bernauer ihn nach dem Krieg zum Bürgermeister und ernannten ihn später zum Ehrenbürger. Sein Verdienst neben seiner vorbildhaften demokratischen Gesinnung ist unter anderem die Gründung des Hans-Thoma-Museums.

Ferienregion Bernau

Bernau hat sich wie seine Umgebung seit den 1960er-Jahren im Zuge der allgemeinen Modernisierung der Verhältnisse zutiefst verändert. Aus einer Agrarregion wurde ein Ferienland. Rund 30 000 Gästeankünfte zählt man allein in Bernau pro Jahr. Während in St. Blasien oder Höchenschwand schon in der Zeit um 1880 die ersten Kurgäste Erholung suchten, hielt der Tourismus im übrigen Umfeld erst in den 1930er-Jahren Einzug. Durch den Zweiten Weltkrieg und die Nachkriegsnot wurde er nochmals kurzzeitig zurückgedrängt. Doch mit dem wachsenden Wohlstand beschleunigte sich der strukturelle Wandel hier wie im ganzen Schwarzwald. Die Landwirtschaft schrumpfte. Von einst gut 100 Bauern blieben in Bernau gerade mal 16 übrig. Dank der fortschreitenden Mechanisierung bewirtschaften sie dieselbe Fläche (rund ein Drittel der Gemarkung) wie ihre Vorfahren, allerdings nun mit ganz wenigen Arbeitskräften. Ihre Arbeit ist auch ein Beitrag zum Naturschutz, sie dient zugleich der Offenhaltung und Pflege der Landschaft.



Diese Landschaft ist das wertvollste Kapital der Region. Mit dem Tourismus – und zwar in einer explizit naturverträglichen Form – haben die Gemeinden rund um St. Blasien ein neues Profil gewonnen. Ganzjährig bieten sie den Gästen die ganze Fülle an Erholungs- und Entdeckungsmöglichkeiten. Was die Gäste am Südschwarzwald so schätzen, ist seine Vielfalt, die Gegensätze zwischen den sanft ausgebreiteten Hochtälern im oberen Teil und die tief eingeschnittenen Schluchten der Flüsse Schlücht, Alb, Murg und Wehra im Süden zum Hochrhein hinab. Man erlebt hier den Wechsel der Jahreszeiten sehr intensiv, die langen Winter, den kurzen Frühling, den strahlenden Sommer und den bunten Herbst, die weite Sicht (etwa vom Gugelturm bei Herrischried oder vom Hornberg mit dem großen Staubecken) bis zu den Alpen oder auch die geheimnisvolle Stimmung, wenn die Nebelschwaden über die Landschaft ziehen. Die Region „tut der Seele gut“, urteilte Wolfgang Abel in seinem schönen Porträt der Landschaft *Oasen im Südschwarzwald.* „Wie schön ist doch mein Heimattal!“ So hat Hans Thoma es schon in seinem Tagebuch vor 150 Jahren notiert. Er sah sich am Berghang liegen, ins grüne Tal hinunter blicken, hörte die Kirchenglocken läuten, die Drosseln singen, sah die Sonne glänzen im Buchenwald, die weißen Wolken schweben und einen Habicht in den Lüften kreisen: Eine Landschaft wie gemalt eben!

Hans Thoma hielt sich an die kleinen Leute,
oft auch aus der eigenen Familie, wie hier auf dem Bild
Feierabend aus dem Jahr 1868, wo die Mutter
aus der Bibel liest: eine heile Welt, bäuerlich geprägt,
in idyllischer Landschaft. Doch das Leben
war hart und wenig idyllisch.

Ein Bild, das jeder kennt: „Sissi“, Kaiserin Elisabeth von Österreich, 1865 gemalt von Franz Xaver Winterhalter (1805–1873) aus Menzenschwand imSchwarzwald, unweit von Bernau. Nahezu alle gekrönten Häupter Europas ließen sich seinerzeit von Winterhalter porträtieren.



Naturpark Südschwarzwald

Um hier im Südschwarzwald die unverfälschte Natur zu schützen und sie möglichst vielen zugänglich zu machen, haben sich seit dem Frühjahr 1999 fünf Landkreise und ein Stadtkreis mit rund 100 Gemeinden, Verbänden und Vereinen zusammengeschlossen und haben aus der Region den größten deutschen Naturpark geschaffen, den Naturpark Südschwarzwald. In seinem Herzen liegt Bernau mit St. Blasien und weiteren Orten. Es geht darum, unter der Leitidee der Nachhaltigkeit und Naturverträglichkeit die von den Vorfahren geschaffene Kulturlandschaft zu erhalten und weiter zu gestalten. Diesem Projekt wurde 2001 eine spezielle „Hotzenwald-Konzeption“ eingefügt, mit der, von der Europäischen Union gefördert, ein neuartiges System der Besucherlenkung in der Region geschaffen wurde. Inzwischen gibt es überall neue Wegweiser, Wanderkarten, Informationstafeln und Themenstationen, die auf Sehenswertes in Museen und Heimatstuben, an Burgruinen und in barocken Schlössern, in Rathäusern, Kirchen und Kapellen hinweisen. Größere zusammenhängende Komplexe wurden durch Heimat- und Naturlehrpfade, vor allem durch den „Murgtalpfad“ und den „Sieben-Moore-Weg“ sowie durch den „Glasträgerweg“ systematisch erschlossen. All diese Einrichtungen präsentieren keineswegs nur den idyllischen Südschwarzwald. Vielmehr erfährt man da auch manches über die Mühsal und Kargheit des Lebens in früheren Zeiten, über Konflikte mit der weltlichen oder kirchlichen Obrigkeit, über Gespensterfurcht und Familientragödien, über all das eben, woran es zu erinnern sich lohnt.

Frömmigkeit und Kirchenbau

Zum südlichen Schwarzwald als einer Kulturlandschaft gehört nicht zuletzt die religiöse Tradition der Region. Sichtbar ist sie am deutlichsten in bedeutenden Kirchenbauten, die hier an den Kunstsinn und die Frömmigkeit vergangener Generationen erinnern. Es war wiederum vor allem St. Blasien, dessen Ausstrahlung ein Großteil der sakralen Bauten und Kunstwerke in der Region zu verdanken ist. Die Abtei selbst mit dem gewaltigen Dom und seiner einzigartigen Kuppel hat im Lauf der rund zweieinhalb Jahrhunderte seit seiner Errichtung unzählige Besucher fasziniert und zum Staunen gebracht. Im benachbarten Todtmoos betreuten Mönche aus St. Blasien seit 1319 eine beliebte Wallfahrtsstätte. Die Leute „auf dem Wald“, wie die Hotzenwälder in alten Quellen genannt werden, kamen in Scharen zur Muttergottes vom „toten Moos“ im Vertrauen auf ihre wundertätige Hilfe. Fromm waren die Menschen in dieser streng katholi-

schen Region, aber nicht bigott. Hans Thoma erzählt in einer Charakterstudie über „Süddeutsches“ von einem Bauern aus seiner Verwandtschaft: Der habe auf die Frage, ob er vor dem Schlafengehen auch recht bete, geantwortet, er sei abends müde und sage nur: „Lieber Gott, du kennst deinen Michel!“ – damit schlafe er ruhig ein. In einer zweiten Geschichte berichtet Thoma von einem Lausbub, dem seine Tante eindringlich ins Gewissen redete, Gott könne ihn wegen seiner Streiche mal gehörig strafen und ihn von einem Baum fallen lassen, sodass er ein Bein oder den Arm brechen werde. Darauf meinte der Bub tief seufzend: „O, gelt Bäsle, man hätt's doch gut auf der Welt – wenn der liebe Gott nicht wär'!“

Gottvertrauen war freilich in den abgelegenen Dörfern und Weilern der Region lange Zeit die wichtigste Medizin. Kaum irgendwo anders im Schwarzwald findet man so viele Wegkreuze und Kapellen. Die kleine Wallfahrtskapelle in Todtmoos hatte auch bald einem größeren Kirchenbau Platz gemacht. Diesen ließ der Abt von St. Blasien in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts großzügig ausgestalten, wobei vor allem die Zierformen im Stil des Rokoko der Wallfahrtskirche ihren eigenen Charme verleihen. Nicht wenige Dorfkirchen, etwa die barocke Pfarrkirche im „Rosendorf“ Nöggenschwiel oder der höchst eigenartige Kirchenbau von Ibach, sind ebenfalls Schöpfungen des Klosters St. Blasien. Im vorderen Hotzenwald hat das Damenstift von Säckingen für den Bau und/oder die Ausstattung von etlichen Kirchen gesorgt. Die Pfarrkirche von Bernau wurde bis zur Säkularisation von der Abtei St. Blasien aus betreut. Einem alten Versprechen folgend, hat Hans Thoma 1912 für seine Heimatkirche zwei Gemälde geschaffen, eine Schutzmantelmadonna und einen Johannes mit dem Lamm, den „Sommerhannes“. Auch das alte Barockkirchlein von Menzenschwand war eine Filiale von St. Blasien. Eine Reihe wertvoller Skulpturen sind aus der kleinen Kirche in die 1976 neu erbaute Martinskirche der katholischen Pfarrgemeinde übernommen worden.

Hier schließt sich nun der Kreis von Hans Thomas Heimat, dem Bernauer Albtal, um den südlichen Schwarzwald bis zurück ins Tal der Menzenschwander Alb. Hier in Menzenschwand ist ein weiteres Malergenie aus dem Schwarzwald aufgewachsen, ein weitläufig Verwandter von Thoma: Franz Xaver Winterhalter. Auch sein Werdegang hat mit St. Blasien zu tun, denn dort ging der 1805 Geborene in die nach der Aufhebung des Klosters weiterbetriebene Klosterschule. Aber während Thoma zum beliebtesten Schwarzwaldmaler wurde, galt Winterhalter als der am meisten gefragte

Natürlich ließ sich auch die Großherzogin von Baden von Winterhalter malen: Sophie von Baden (1801–1873), eine Tochter des schwedischen Königs, im Alter von 29 Jahren.



Porträtmaler seiner Zeit. Thoma, der Heimatmaler – Winterhalter, der Fürstenmaler. Thoma mit seinen Bildern das Idol des deutschen Bürgertums – Winterhalter mit seinen Gemälden bewundert in Europas Adels- und Herrscherhäusern: zwei Schwarzwälder aus nächster Nachbarschaft. Was für ein Ort der Erinnerung, dieses Bernau mit seiner Umgebung im Südschwarzwald!



Herausragendes Belegstück der architektonischen Moderne: das Haus auf der Alb in Bad Urach von Adolf Schneck. Nach langen Jahren des Leerstands drohte dem Bau 1983 der Abriss. Das zu dieser Zeit erwachte Interesse an dieser Architektur, auch von Seiten der Denkmalpflege, ermöglichte wie beim Stuttgarter Weißenhof die Erhaltung. 1985 kaufte das Land Baden-Württemberg die Anlage und sanierte sie von Grund auf. Der Architekt Hellmut Kuby bewahrte dabei erfolgreich die von Adolf Schneck inszenierte „Kargheit der reinen Vernunft“. 1992 eröffnete die Landeszentrale für politische Bildung darin ihr Tagungszentrum.

Zwischen Modernismus und Traditionalismus

Architektonische Erinnerungsorte der Moderne in Südwestdeutschland

Thomas Braun

Es ist spannend und unterhaltend zugleich, wenn man sich Architekturzeitschriften der späten 1940er- und frühen 1950er-Jahre anschaut, um ein Bild zu gewinnen, wie die Bauszene sich zur Wiederaufbauzeit in Deutschland darbot. Sie sind mit Artikeln angefüllt, die den Gegensatz zweier Richtungen betonen. Da waren auf der einen Seite die Vertreter der gemäßigten Moderne und der Tradition sowie auf der anderen Seite die Vertreter des „Neuen Bauens“, die sogenannten Modernisten. Architektonische Erinnerungsorte zeugen in Baden-Württemberg auch heute noch von diesem Gegensatz innerhalb der Moderne.

Im zeitlichen Abstand von über 60 Jahren und mit den erhaltenen architektonischen Manifestationen vor Augen will es scheinen, dass die Schärfe der Auseinandersetzung nicht so sehr von den Architekten selbst kam. Vielleicht waren es die Lager ihrer Anhänger, die die schroffe Grenze zwischen den baukünstlerischen Richtungen der Zwischenkriegszeit auch weiterhin hochhielten.





Modernes Bauen: Hermann Döcker,
Haus Rathenaustraße 28,
Weißenhof-Siedlung Stuttgart, 1928.

Legenden und Mythen

Überzeugend und beeindruckend sind diese unterschiedlichen medialen Standpunktdarlegungen allemal – und sie sind schonungslose Schlagabtausche. Die Modernisten, also die Verfechter des in Deutschland sogenannten „Neuen Bauens", der „Neuen Sachlichkeit", des „International Style", oft auch als „Bauhausarchitektur" bezeichnet, hatten nach 1945 einen entscheidenden Trumpf in Händen: Das gemäßigte Lager und vor allem die Traditionalisten schienen sich in Gänze mit der Diktatur des „Dritten Reichs" arrangiert zu haben, während sich die Modernisten als verfemt und damit in Gänze auf der richtigen Seite stehend darzustellen wussten. Viele von ihnen hatten Deutschland während des „Dritten Reichs" verlassen und nicht alle waren nach dem Kriegsende wiedergekehrt. Sie und ihre schreibende Lobby nahmen in Anspruch, die Architektur der Demokratie zu vertreten. Seit einiger Zeit schon wissen wir, dass beide Behauptungen nicht den historischen Tatsachen entsprechen. Wir wissen um die Versuche von prominenten Vertretern des „Neuen Bauens", sich den „braunen" Machthabern anzudienen. Wir wissen auch, wie sich der eigentlich unschöpferische Nationalsozialismus unterschiedlicher Elemente bediente und sie in sein System einbaute.

Für den interessierten Leser dieser Zeitschriftenartikel aus den späten 1940er- und 1950er-Jahren ergibt sich leicht der Eindruck, als habe dort eine lebendige und aktuelle Auseinandersetzung ihren medialen Ausdruck gefunden. Zu einem guten Teil ist dieser Eindruck auch gerechtfertigt, denn auf dem freien Baumarkt sicherten sich die Architekten der gemäßigten Moderne und der Tradition wieder große Anteile. Einige dieser Architekten setzten in der Tat Karrieren fort, die sie vor und im „Dritten Reich" begonnen hatten. Zu einem anderen Teil handelte es sich dabei nur noch um das Echo einer lautstarken Auseinandersetzung aus der Zwischenkriegszeit, deren Ursache schon ziemlich in den Hintergrund getreten war.

Reform des Lebens in der Kultur der Industrialisierung: der gemeinsame Ausgangspunkt

Es war die Auseinandersetzung zwischen künstlerisch nahe verwandten Schulen, die um das Jahr 1900 von benachbarten Ausgangspunkten ihre Entwicklungslinien nahmen. Der 1907 gegründete Deutsche Werkbund bildete das organisatorische Konzept für alle Kräfte der Kunst wie auch des Kommerzes, die dem Stilpluralismus und Eklektizismus des 19. Jahrhunderts ein Ende bereiten wollten. Ihnen ging es um Authentizität und Marktanteile, um gute Gestaltung und rationelle Fertigung, um „deutsche Kunst“ und Hebung des Massengeschmacks, um Exportchancen und Materialgerechtigkeit. Es gäbe bestimmt noch mehr solcher Begriffspaarungen, mit denen man die Inhomogenität des Werkbunds, was seine Ziele und Absichten anbelangt, charakterisieren könnte. Ein Hauptziel aber war und blieb die Reform des Lebens in der Kultur der Industrialisierung, aus der sich alle anderen Ziele ableiten sollten.

Theodor Fischer und die „Stuttgarter Schule“

Für die Entwicklung der Architektur im Süden Deutschlands war aber eine Persönlichkeit ganz besonders bedeutend: Theodor Fischer (1862–1938). Er war einer der maßgeblichen Mitbegründer des Deutschen Werkbunds. Seine eigenen architektonischen Manifestationen weisen eine große stilistische Bandbreite auf. Er trug den Pluralismus gleichsam in sich und gab ihn an seine zahlreichen Schüler weiter.

John Zukowsky arbeitete 1986 Fischers Bedeutung für die Entwicklung der architektonischen Moderne in Deutschland überzeugend heraus. Er stellt dar, wie Fischer eine ganze Reihe moderner Architekten ausbildete, darunter Martin Elsässer, Hugo Häring, Ernst May und wie er auch Studenten in seinem Büro beschäftigte, die ganz gegensätzliche Ansätze zur modernen Gestaltung mitbrachten, wie Bruno Taut und Paul Bonatz. Diese Fischer-Schüler setzten aber den inneren Pluralismus ihres Lehrers nicht fort. Sie bildeten gegensätzliche Lager und erzeugten so gleichsam die Vielfalt der Moderne. Und in dieser Vielfalt bildeten die eingangs benannten Gruppen die Hauptlager in dieser Auseinandersetzung. Innerhalb des gemäßigt modernen Lagers war aber auch Raum für ausgesprochen konservative Künstler, die als Grundlage ihrer Kunst diejenige der Zeit „um 1800“ betrachteten, wie zum Beispiel Paul Schmitthenner. Auch dieses künstlerische Ideal entstammte letztlich den Reformbestrebungen, die in den Deutschen Werkbund hineingetragen wurden.

Selbstverständlich entwickelten sich die Lager mit den Jahren auch weiter. Die expressionistischen Experimente hatten dabei ihre eng bemessene Zeit. Nur die Grundausrichtung blieb bestehen und natürlich auch der gesellschaftspolitische Gegensatz, der die Lager zusätzlich voneinander trennte. Im ganzen Reich und auf allen Gebieten der angewandten Kunst und bei allen Bauaufgaben trat ein scharfer Gegensatz zwischen den zwei sich herausbildenden Hauptgruppen hervor. Süddeutschland aber wurde in jenen Jahren zu einem Hauptaktionsfeld der gemäßigten Moderne und des Traditionalismus. Stuttgart und seine Technische Hochschule waren ein äußerst wichtiges Zentrum dieser Bewegung. Hier wurden Architekten des In- und Auslandes im Sinne dieser Ausrichtung der Moderne unterrichtet und geprägt. Paul Bonatz, Paul Schmitthenner und der Städtebauer Heinz Wetzel standen als Professoren der „Stuttgarter Schule“ vor.



Anpassung an die Zeitumstände?
Hermann Döcker, Haus Viergiebelweg,
Kochenhof-Siedlung Stuttgart, 1935.



Werksiedlung Gmindersdorf, Reutlingen, mit angrenzenden Fabrikanlagen, ca. 1918: Der erkennbare Siedlungsbezug zur offenen Feldflur sowie zur Fabrik ist heute verloren.

Die Generation von Künstlern und Lehrern wie Theodor Fischer, die die Bewegung der Moderne um 1900 in Gang setzten, war ungefähr in den späten 1860er- und frühen 1870er-Jahren geboren worden. Ihre Schüler, unter denen die erwähnte Auseinandersetzung ausgetragen wurde, kamen ungefähr zwischen 1880 und 1890 zur Welt.

Eine Generation schert aus

Um sich vorstellen zu können, was diese Schülergeneration, diese zweite Werkbund-Generation umtrieb, ist die Lektüre von Stefan Zweigs (1881–1942) Lebenserinnerungen *Die Welt von Gestern* aufschlussreich. Er stellt dar, wie die damals jungen Leute in den gut anderthalb Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg versuchten, den fast ausschließlich auf Solidität, Verlässlichkeit und Kontinuität ausgerichteten Zeitgeist des späten 19. Jahrhunderts abzuschütteln. Sie suchten das Spektakuläre, bewusst Jugendliche, das nie Dagewesene – die einen mehr, die anderen weniger intensiv, versteht sich. Nach den umstürzenden Ereignissen nach dem Ersten Weltkrieg erhielt diese Generation die Chance, ihre schon entwickelten Vorstellungen vom neuen kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Leben zu realisieren.

Diese Kombattanten der zweiten Werkbund-Generation beendeten ihre berufliche Karriere in den 1950er-Jahren. Für die nachfolgende, nun dritte Architektengeneration, war die Diskussion ihrer Väter und Großväter abgeschlossen, wie deren Bauten deutlich zeigen. Über das Ausland waren Vorstellungen von einer architektonischen Moderne in die Bundesrepublik der Wiederaufbauzeit zurückgekommen, die sich dort während der Zeit der NS-Diktatur in Deutschland hatten frei entfalten können, zu einem guten Teil aber im Deutschland der Zwischenkriegszeit entwickelt worden waren. Der Traditionalismus war am Ende seiner Entwicklungslinie angekommen, der exzentrische Avantgardismus der Vorkriegsmodernisten kam nicht mehr zum Zuge. Die Architektur der jungen Bundesrepublik bekam Anschluss an die in Europa sowie die in den Vereinigten Staaten. Sie geriet zugleich unter die ökonomischen Einflüsse und Zwänge der biederen „Wirtschaftswunderrepublik“.

Lange Zeit gingen die Architekturhistoriker und die interessierten Laien auf der Suche nach beispielhaft moderner Architektur zu einseitig vor. Nur die spektakulären Bauten und Projekte der Modernisten bewerteten sie als „echt“ modern und zeittypisch. Das Bauhaus, das von vielen immer noch als das Nonplusultra der Moderne zwischen den Weltkriegen angesehen wird, spielt bei dieser Bewertung eine wichtige Rolle. Dabei hatte gerade das Bauhaus auf die brennenden architektonischen Fragen seiner Zeit nicht viele Antworten geliefert.

Nein, die Moderne der deutschen Architektur ist mehr, viel mehr. Sie umfasst auch die Werke der Gemäßigten und Traditionalisten. Zahlenmäßig sind die Erzeugnisse der Modernisten im Untersuchungszeitraum denen der anderen ohnehin bei weitem unterlegen. Und das nicht nur in den ehemaligen Ländern Baden und Württemberg. Im Folgenden sollen nur einige wenige Bauten und Projekte der Moderne zwischen 1900 und 1952 vorgestellt werden, die als Erinnerungsorte im Südwesten besondere Bedeutung haben.

Gmindersdorf, Reutlingen-Betzingen: Heimstätten, nicht nur Wohnungen

Theodor Fischer erhielt im Jahr 1903 von dem Reutlinger Fabrikanten Louis Gminder den Auftrag, Wohnstätten für Arbeiterfamilien auf einem zehn Hektar großen, der Fabrik benachbarten Gelände zu planen. In mehreren Schritten entstanden 48 Bauwerke, teils Doppel-, teils Einzelhäuser und eine Reihe von Sonderbauten. Das Schema des Bebauungsplanes bildet ein rechtwinkliges System von Durchgangs- und Erschließungsstraßen. Die Bebauung ist an die Blockrandstreifen gerückt. So bleibt Raum für Nutzgärten und Grünflächen. Am hochgelegenen Ende der zentralen, die Symmetrieachse der Anlage bildenden Haupterschließungsstraße liegt der Altenhof, Reihenhäuschen im Halbrund angelegt mit einem zentralen Hauptgebäude. So entsteht ein *point de vue*, der, wie die gesamte Anlage, den barocken Planungsgedanken Fischers verrät.

Die Architektur der Wohnhäuser vermeidet jeden Schematismus. Sie sind anderthalb- bis zweigeschossig und tragen in der Regel Krüppelwalmdächer mit Gauben und Zwerchgiebeln. Die Außenwände sind teils verputzt, teils als Sichtfachwerk oder unter einer Holzverschalung gehalten. Farbig gestrichene Fensterläden und feine Fenstersprossen unterstützen die Reliefbildung der Fassaden. Die Ladenzeile im Zentrum der Siedlung ist ein unterschiedlich hoher, teils trauf-, teils giebelständiger Bau. Die Baukörper zeichnen sich alle durch ihre kompakten Umrisslinien aus. Hanglage und Stellung der Gebäude zueinander erzeugen ständig wechselnde Sichtverbindungen.

Fischer hat hier versucht, echte Heimstätten und nicht nur Wohnungen für die Arbeiter von Gminder zu schaffen. Er griff auf die Architektursprache der Zeit „um 1800“ zurück. Dieser Rückgriff auf die Baukunst vor dem Beginn der Industrialisierung und auf das Stilgemisch des Historismus kann aus heutiger Sicht natürlich auch als historistisch angesehen werden. Zu seiner Zeit aber lag darin eine reformerische Idee, die er maßgeblich entwickelte und in die Reformbewegung des Heimatschutzes einbrachte, die dann bei der Gründung des Werkbunds dort weiterwirkte. Er wollte eine der Aufgabe angemessene Form finden. Der ästhetische Aspekt war aber nur ein Teil der Reformgedanken Fischers. Es lag in seiner Planungsabsicht kein geringeres Ziel, als dem Arbeiter die beste aller damals denkbaren Wohn- und Lebensmöglichkeiten zu geben, um ihm einen akzeptablen Platz in der modernen bürgerlichen Gesellschaft zuzuweisen, eine Identifikationsmöglichkeit mit dieser Gesellschaft zu ermöglichen und damit folglich seine ökonomisch wichtige Arbeitskraft für diese Gesellschaft stets auf dem Optimum zu halten. Das ist der Impetus der Moderne, der sich in dieser kleinen Siedlung zeigt. Diese rationale Überlegung schließt mit ein, dass diese an der Ästhetik des Beschaulichen orientierte Architektur wesentlichen Einfluss auf das Gefühlsleben der Bewohner ausüben sollte. Wenn sich darin eher ständestaatliche und patriarchalische als demokratische gesellschaftspolitische Vorstellungen manifestieren, die eine Verbürgerlichung des Arbeiters beinhalteten, so muss die Modernität der humanen wie der künstlerischen Tat doch berücksichtigt werden.

Gmindersdorf,
Funktionsbauten im Zentrum, 1920er-Jahre.





Der Stuttgarter Hauptbahnhof auf einer Aufnahme aus dem Jahr 1929: Blick seitlich über den Bahnhofsplatz von der Schlossgartenecke auf das Gebäude mit Großer Schalterhalle und Turm.

Hauptbahnhof Stuttgart: typologisch etwas Neues und Eigenes

Ein weiterer wichtiger Erinnerungsort der modernen Architektur in Südwestdeutschland ist das Empfangsgebäude des Stuttgarter Hauptbahnhofs von Paul Bonatz (1877–1956) und seinem Associé Friedrich Scholer (1874–1949). Er entstand in zwei Bauabschnitten in den Jahren 1914 bis 1928, nachdem ihr Entwurf vom Preisgericht 1912 ausgewählt worden war. Bonatz war von 1902 bis 1906 zunächst Mitarbeiter in Theodor Fischers Büro, dann von 1906 bis zu Fischers Weggang von Stuttgart 1908 dessen Assistent an der Technischen Hochschule. Im selben Jahr wurde er auf Fischers Lehrstuhl berufen, den er bis 1943 innehatte.

Das Empfangsgebäude des Stuttgarter Hauptbahnhofs ist ein Komplex, der aus sechs Hauptbaukörpern zusammengesetzt ist: dem langen Nordflügel zur Heilbronner Straße hin, der Nahverkehrsschalterhalle, der Arkadenfront, der Fernverkehrsschalterhalle, dem Turm und dem Südflügel mit den drei vorspringenden Baukörpern. Viele Teile des Tragwerks bestehen aus Stahl und Beton, ansonsten wurden Backstein und Muschelkalk verarbeitet. Neben der unbestrittenen städtebaulichen Qualität ist es die baukünstlerische, die den Stuttgarter Bahnhof zu einem Wahrzeichen Stuttgarts und ganz Württembergs gemacht hat. Das Architektenpaar hat die damals moderne Bauaufgabe „Bahnhof“ formal neu gelöst. Es ist ihnen gelungen, die wesentlichen Funktionen eines Empfangsgebäudes nach außen erkennbar werden zu lassen und diese dabei einem gestalterischen Gedanken unterzuordnen. Der Entwurf verzichtet auf eine ausgeprägte Gliederung der Baukörper durch große Höhen- und

Volumenunterschiede. Der Gesamtbau ist aus einigen wenigen kubischen Baukörpern zusammengesetzt, die durch ihre ausgewogenen Proportionen zusammengehalten werden. Auf zierende Details oder historische Architekturzitate ist der Bau nicht angewiesen.

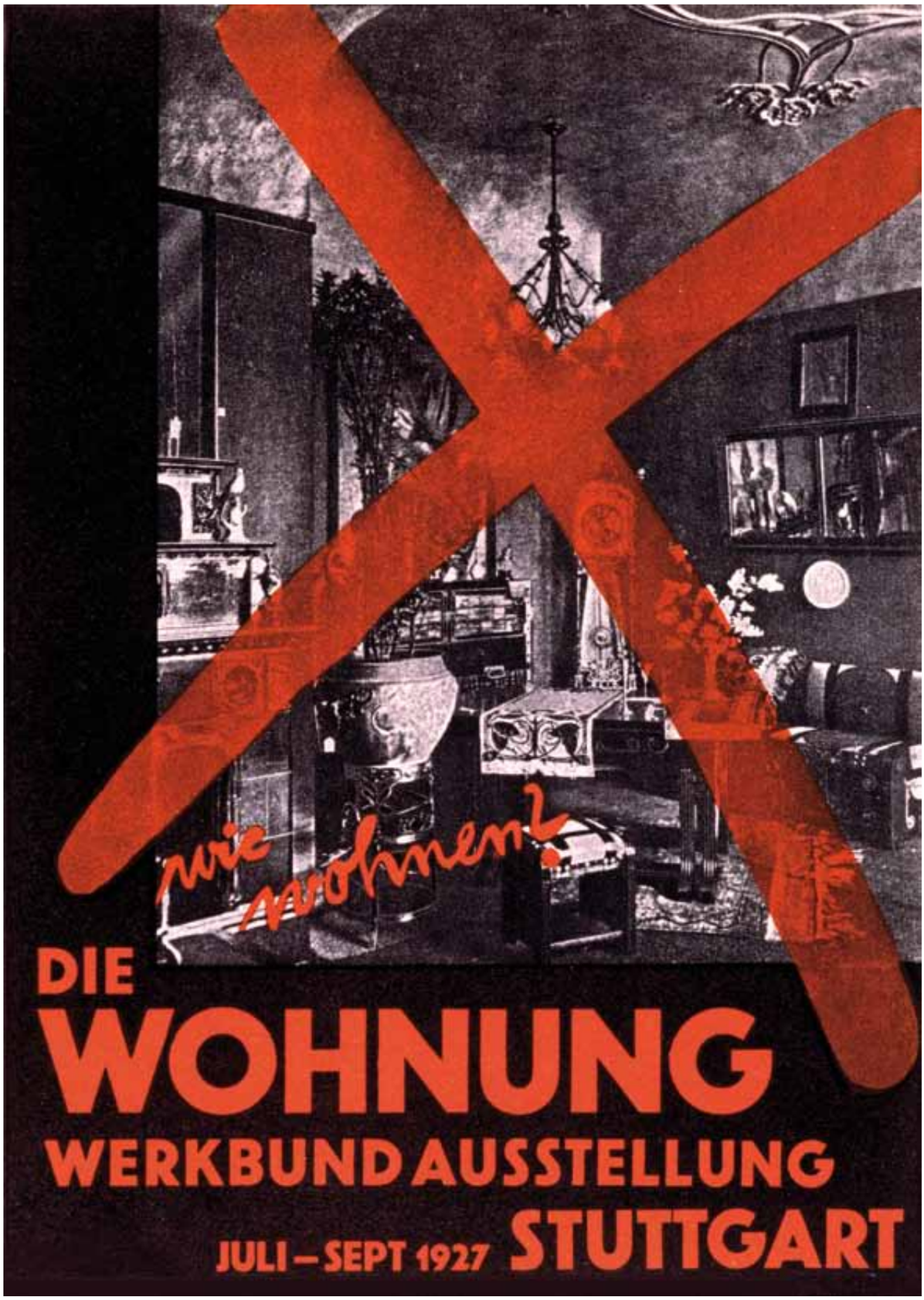
Typologisch ist der Stuttgarter Hauptbahnhof etwas durchaus Neues und Eigenes. Eine Fassade im Sinne der historistischen Architektur hat er gar nicht; alle Gliederungen an der westlichen Hauptseite, wie zum Beispiel die Arkaden, haben eine eigentliche Funktion oder andere, wie die großen Bögen, weisen auf die hinter ihnen liegenden Schalterhallen als Funktionsträger hin. Bis heute erfüllt er alle die an ihn gestellten Aufgaben, die sich seit seiner Fertigstellung mehrfach verändert haben dürften. Dabei soll nicht verschwiegen werden, dass der Bonatz-Scholer-Entwurf eine Monumentalität ausstrahlt, die ihn wiederum eher in die Ebene des wilhelminischen Repräsentationsbedürfnisses zurückfallen zu lassen scheint. Doch eines ist dabei zu beachten: Seine Monumentalität wird nicht mit den geläufigen Mitteln des 19. Jahrhunderts erzeugt, sondern gerade durch die Schlichtheit und die Volumina der Baukörper, durch die archaisch anmutenden, großflächigen Muschelkalkquadermauern mit dem ebenso großflächigen Backsteinkontrast in den großen Bögen der Eingänge.

An der Weißenhof-Siedlung in Stuttgart schieden sich die Geister

Am spektakulärsten von allem, was im Deutschland der 1920er-Jahre an architektonischen Versuchen unternommen wurde, war die Werkbund-Ausstellung „Die Wohnung“ am Weißenhof in Stuttgart im Jahr 1927. Der Werkbund und die Stadt Stuttgart wollten auf diesem städtebaulich interessanten Hanggelände über dem Stuttgarter Talkessel zeitgemäßen Wohnungsbau vom Einfamilienhaus bis zum Mehrfamilienhaus demonstrieren. Es war eines der großen sozialen Anliegen der damaligen Zeit, für eine sich modernisierende Gesellschaft neuartige Wohnkonzepte zu erarbeiten. Die deutsche Reichsregierung hatte finanzielle Förderprogramme für den Massenwohnungsbau aufgelegt, die auch hier genutzt wurden. So weit, so gut. Eine der Hauptursachen dafür, dass sich am „Weißenhof“ viele Gemüter so erhitzten, war, dass die verschiedenen Architektur- und Weltanschauungen innerhalb des Werkbundes hier hart aufeinander trafen. Nie zuvor und auch nicht mehr danach wurde der Gegensatz innerhalb der Bewegung der Moderne so deutlich empfunden. In der festen Überzeugung, die „Stuttgarter Schule“ werde bei diesem Projekt federführend eingesetzt oder aber zumindest maßgeblich beteiligt, veranlasste Paul Bonatz die Vorarbeiten zu einem Bebauungsplan am Weißenhof. Kurz danach erfuhr er, dass die Werkbund-Leitung Ludwig Mies van der Rohe mit diesen Arbeiten betraut hatte. Van der Rohe beteiligte an seinem Projekt weder bei den städteplanerischen Arbeiten noch bei den einzelnen architektonischen Aufgaben einen der Exponenten der „Stuttgarter“. Er lud von der älteren Architektengeneration die Gründungsmitglieder des Werkbunds Hans Poelzig und Peter Behrens dazu ein; von den jüngeren wurden die Brüder Bruno und Max Taut, beide Mitglieder der Architektenvereinigung „Der Ring“, sowie Walter Gropius, Hans Scharoun, Ludwig Hilberseimer, Adolf Rading, Adolf Gustav Schneck und Richard Döcker dazugebeten. Außerdem erhielten noch ausländische Gäste die Gelegenheit zur Teilnahme: der Frankoschweizer Le Corbusier und sein Vetter Pierre Jeanneret, der Belgier Victor Bourgeois, der Österreicher Josef Frank und die Niederländer Mart Stam und Jacobus Johannes Pieter Oud.



Die Stuttgarer Weißenhof-Siedlung im Jahr 1930.



Neues Bauen, neues Wohnen: Plakat zur Werkbund-Ausstellung in Stuttgart im Jahr 1927.

Entwurf von Willi Baumeister mit einer zeitgenössischen, mit rotem Kreuz durchgestrichenen Wohnung.

In der Kochenhof-Siedlung haben alle Gebäude ein Satteldach. Sie tragen gestalterische Züge des Braven, Biedermeierlichen bei sehr reduzierter Formensprache. Die Grundrisse sind ebenfalls am bürgerlichen Bedarf orientiert und durchaus funktional. Das Wesen des Kochenhofs als Mustersiedlung ist heute nicht mehr spürbar.



Die Teilnahme von Ausländern, die nicht Werkbund-Mitglieder waren, empfanden die Architekten um Bonatz als Zurücksetzung. Bonatz und Schmitthenners massivste Kritik am Bebauungsplan Mies van der Rohes besiegelte den unüberbrückbaren Gegensatz.

Der Bebauungs- und Gebäudeplan sah 21 Häuser mit insgesamt 63 Wohnungen vor. Das Spektrum reichte vom großbürgerlichen Einzelhaus, über Doppel- und Reihenhäuser bis zur Etagenwohnung im Wohnblock. Was dabei entstand, waren Architekturen von hohem ästhetischen Wert und großer Eleganz. Obwohl die spektakuläre „Schiffsbau-Ästhetik“ fast durchgängig dominierte, blieben die Handschriften der einzelnen Architekten lesbar.

Die Veranstalter und Planfertiger beabsichtigten, den Titel der Ausstellung „Die Wohnung“ in seiner umfassenden Bedeutung zu interpretieren. Diese Absicht und die Beteiligung so vieler, im Grunde sehr individualistischer Architekten, waren vielleicht dafür verantwortlich, dass das gut gelegene Gelände sehr heterogen bebaut wurde. Auch die Tatsache, dass die Aufgabenstellung „Massenwohnungsbau“ nicht das Hauptanliegen der Ausstellung war, wurde kritisch aufgefasst, sowohl natürlich von den Gegnern des Projekts als aber auch von der Werkbund-Leitung und der für die Zuschussbewilligung zuständigen Reichsstellen. So ist der Erfolg der Ausstellung nicht ungeteilt gewesen. Technische Unzulänglichkeiten, die sich daraus ergaben, dass das Bauhandwerk technisch mit den Vorstellungen der Entwerfer nicht immer Schritt halten konnte, verbesserten die Bilanz nicht. Schwer zu handhabende Grundrisse mancher Bauten haben das ganze Projekt nach seiner Inbetriebnahme belastet. So hatten sich die Abrisspläne nationalsozialistischer Observanz nicht nur auf weltanschaulich-ideologische Argumente stützen müssen.

Die Kochenhof-Siedlung: die Antwort der „Stuttgarter“

Enttäuscht, erzürnt und voller Überzeugung, es besser zu können, formierten sich die Anhänger der „Stuttgarter Schule“ und suchten nach einer Möglichkeit, ein Gegenprojekt zu verwirklichen. Erst 1933 erhielten sie dazu im nahe gelegenen Kochenhof die Gelegenheit, nachdem es ihnen nun gelungen war, dieses Projekt ihren modernistischen Gegnern abzujagen. Unter Paul Schmitthenners Regie entstand hier unter dem Ausstellungsmotto „Deutsches Holz für Hausbau und Wohnung, Stuttgart 1933“ eine Mustersiedlung von 25 Ein- und Zweifamilienhäusern.

Aus heutiger Perspektive ist nur schwer verständlich, wie verstörend die Architektur eines Le Corbusier oder Mart Stam auf das damalige Publikum gewirkt haben. Selbst noch nach dem Zweiten Weltkrieg versuchte man, die „Schroffheit“ der Kuben durch konventionelle Dächer zu mildern; Teilabrisse fanden statt und die Bausubstanz verkam. Erst ab den späten 1970er-Jahren wuchs das Verständnis für die Weißenhof-Siedlung als Zeugnis für die avantgardistische Architektur, die von hier auf die Welt ausstrahlte.



Minimalistische Wohnungen in strengem Zeilenbausystem: Ansicht der Karlsruher Siedlung Dammerstock nach der Fertigstellung.

Die Vision von Gleichheit und Zweckdienlichkeit: Siedlung Dammerstock, Karlsruhe

Nach dem Weißenhof unternahm der Werkbund noch einen Versuch im Südwesten, dem Ziel, den effektiven Wohnbau der Zukunft aufzuzeigen, nahezukommen. Eine Mustersiedlung auf dem Dammerstock in Karlsruhe sollte entstehen. Dazu wurde ein Wettbewerb ausgeschrieben. Ernst May, der im Siedlungsbau erfahrene Stadtbaurat von Frankfurt am Main, Ludwig Mies van der Rohe und Paul Schmitthenner saßen gemeinsam im Preisgericht. Sie prämierten den Entwurf von Walter Gropius. Erste Erfahrungen mit dem Siedlungsbau hatte er mit seiner wenig erfolgreichen Siedlung Törten bei Dessau während seiner Bauhauszeit machen können. Eine Forderung an die Wettbewerbsteilnehmer war gewesen, minimalistische Wohnungen im System des strengen Zeilenbaus zu entwerfen.

So wurde der Dammerstock quasi zu einem Gegenmodell zum „eleganten“ Weißenhof. Gropius’ Entwurf beinhaltete eine wenig flexible Vision von Gleichheit und Zweckdienlichkeit, so schreibt John Zukowsky. Die Zeilen am Rand des Bebauungsplans sahen drei bis sechs Stockwerke mit je bis zu acht Wohneinheiten vor. Diese waren auch für damalige Verhältnisse klein bemessen. Auch in Törten war Gropius so vorgegangen: Die rationelle Herstellung unter Verwendung industrieller Baumethoden hatte Priorität. Der Wohnstandard geriet dadurch äußerst niedrig. Wie Weißenhof blieb Dammerstock nach der Fertigstellung nicht ohne Kritik. Der Formalismus und die kompromisslose Strenge der Zeilen



Die konsequent verwirklichte Planungsidee der Zeilenbauweise: Reihenhäuser im Dammerstock.

waren die Kritikpunkte. Nachdem die Gärten angelegt und Bäume gewachsen waren, wurden diese Schwächen zumindest optisch gemildert. Heute ist die Siedlung Dammerstock, zusammen mit ihrer konservativeren Erweiterung aus den 1930er-Jahren, ein beliebtes Karlsruher Wohngebiet.

Kaufmannserholungsheim, Urach

Der eigentliche Baubeginn für das Kaufmannserholungsheim an der Hanner Steige oberhalb von Urach (heute Bad Urach) fand 1916 statt. Die Grundsteinlegung erfolgte in Anwesenheit des württembergischen Königs Wilhelm II. Die Kriegsereignisse und die Inflation zu Beginn der 1920er-Jahre verhinderten den eigentlichen Baubeginn. 1929 begann die Deutsche Gesellschaft für Kaufmannserholungsheime (DGK) mit Sitz in Wiesbaden mit dem Bau nach neuen Plänen, die der Stuttgarter Architekt Adolf Schneck (1883–1971) ausgearbeitet hatte. Er war schon mit zwei Wohnhäusern an der Weißenhof-Siedlung beteiligt gewesen. Mit seinem „Haus auf der Alb“ schuf er in schönster Lage gegen das Uracher Tal seinen Zweckbau.

Im Wesentlichen besteht der Komplex aus vier Hauptgliedern. Die zwei kubenförmigen Seitenflügel, in denen sich die Fremdenzimmer befanden, schließen links und rechts an den hochkant stehenden Kubus des zentralen Erschließungsbaus mit dem Haupteingang an. In dessen Verlängerung ist der eingeschossige Saalbau angefügt. An den Außenwänden der Talseite hängen Balkone mit abgerundeten Enden und zeittypischen Rohrbrüstungen, die einzigen nicht rechtwinkligen Details des Bauwerks. Das Schema der Lochfassade ist durchgängig angewandt. Die Fenster der Wohntrakte sind hochrechteckig eingeschnitten und von eher kleinem Format, liegende Formate kommen am Erschließungstrakt vor. Das umlaufende Traufgesims schließt die Kuben der Flügel nach oben ab und gibt ihnen ein Mindestmaß an Gliederung. Technische Notwendigkeiten wie beispielsweise die Fallrohre der Dachflächenentwässerung tragen zur Reliefbildung der Fassaden bei. Das gesamte Gebäude ist weiß verputzt. Schneck bediente sich der reinen Sprache der Neuen Sachlichkeit. Die Kargheit der Außenseiten bestimmt auch das Innere. Es ist von außerordentlicher, nüchterner Schlichtheit. Die Verkehrsflächen, die Zimmer und die Gesellschaftsräume sind frei von schmückenden Details. Selbst die von Schneck entworfene Einrichtung des Hauses ist frei von gestalterischen Elementen, die den Bewohner oder Benutzer emotional ansprechen würden. Wie bei Gropius’ strengen Wohnzeilen im Dammerstock tritt hier der gestalterische Wille zur reinen Rationalität krass zutage, der die Bauten der modernistischen Avantgarde auszeichnet. Der Bau steht auf einer Terrasse am Albtrauf und sucht nicht seine Eingliederung in die Landschaft, sondern hebt sich bewusst blockhaft von ihr ab.



Das Haus auf der Alb in Bad Urach auf einer Aufnahme aus dem Jahr 1930.



Anknüpfen an den Traditionalismus: der von Paul Schmitthenner entworfene Königin-Olga-Bau in Stuttgart auf einer Aufnahme aus dem Jahr 1956.

Königin-Olga-Bau, Stuttgart

Paul Schmitthenner (1884–1972) verlor mit dem Untergang des „Dritten Reichs“ seinen Stuttgarter Lehrstuhl. Seine nie ganz sicher auszulotende Nähe zum Nationalsozialismus und seine nie verhohlene, offene Gegnerschaft zur Ideologie des „Neuen Bauens“ hatten ihn nach dem Untergang des „Dritten Reiches“ zunächst isoliert. Als privater Architekt blieb er aber durchaus gefragt. Als er den Auftrag bekam, für die damalige Rhein-Main-Bank anstelle des im Krieg zerstörten historistischen Königin-Olga-Baus ein neues Bankgebäude zu errichten, lag Stuttgarts Innenstadt noch in Trümmern. Die Wiederaufbauplanung der Stadt war bei Weitem noch nicht abgeschlossen. So kam Schmitthenners Auftrag also eine besondere Bedeutung zu. Der Bauplatz lag an einem der städtebaulich wichtigsten Bereiche der Stadt; das Bauwerk sollte den Abschluss der Königstraße und einen Teil der Platzwand des Schlossplatzes abgeben. Ein baureifer Entwurf an dieser Stelle determinierte also zwangsläufig alle Überlegungen zum Neuaufbau an dieser Stelle der Stadt. Für den Wiederaufbau des Neuen Schlosses, des Kunstgebäudes und des Königsbaus in ihren historischen Formen, der 1950 noch überhaupt nicht feststand, wirkte sich der neue Olga-Bau bestimmend aus.

Schmitthenner orientierte sich bei der Auswahl der Baumaterialien an den historischen Nachbargebäuden. Er wählte für die Fassaden des hohen Erdgeschosses Muschelkalk und für die der Obergeschosse Sandstein. Fenster- und Türgewände sind durchweg aus Muschelkalk gearbeitet. Lamellenklappläden sorgen für ein Fassadenrelief am Obergeschoss. Solche Fensterläden sind bei einem repräsentativen öffentlichen Gebäude auch damals eher unüblich gewesen. Sie wurden und werden fast ausschließlich im Wohnungsbau verwandt. Vielleicht hat Schmitthenner versucht, damit die Strenge des Entwurfs etwas zu mildern und ihm eine heitere und privatere Note zu verleihen. Das ist ihm wohl auch gelungen.

Vergleicht man den Olga-Bau mit Hermann Billings Karlsruher Oberpostdirektionsgebäude aus dem Jahr 1938, so fällt zum einen die enge Verwandtschaft der Entwürfe auf, zum anderen aber, um wie viel hoheitlicher Billings Bau im Vergleich zu dem Schmitthenners wirkt. Damit ist aber auch klar zu erkennen, wie unzeitgemäß der Stuttgarter Entwurf war. Geradezu aufreizend wirkte er auf die Anhänger der Modernisten. Der Olga-Bau dürfte einer der letzten Repräsentationsbauten nach 1945 in Württemberg und Baden sein, der die Züge des Traditionalismus aus der Zwischenkriegszeit so rein und offen zeigte. Er steht heute mit den Bauten des Weißenhofs und allen anderen hier besprochenen unter Denkmalschutz. Das ist sicher gut so.

In enger Verwandtschaft zum Stuttgarter Königin-Olga-Bau, doch hoheitlicher: die von Hermann Billing entworfene Karlsruher Oberpostdirektion in den 1950er-Jahren.





Matthias Erzberger war seit 1903 Reichstagsabgeordneter. Als Staatssekretär ohne Portefeuille unterzeichnete er den Waffenstillstand von Compiègne, der die Kampfhandlungen des Ersten Weltkriegs beendete. Als Reichsfinanzminister schuf er die Grundlagen der heutigen Steuerverwaltung. Am 26. August 1921 wurde der als „Erfüllungspolitiker“ verhöhnte Matthias Erzberger bei Bad Griesbach von Angehörigen einer rechtsextremen Organisation ermordet.

Bad Griesbach, Biberach, Buttenhausen

Orte der Erinnerung an Matthias Erzberger, einen Wegbereiter der deutschen Demokratie

Christopher Dowe

Wer im Schwarzwald vom Kniebis kommend über die Alexanderschanze Richtung Rheinebene fährt, passiert auf dem Weg ins Renchtal in einer Kehre der Bundesstraße 28 oberhalb von Bad Griesbach einen schlichten Gedenkstein. Fast eine Million Auto- und Motorradfahrer kommen jedes Jahr an diesem Denkmal vorbei, das an einen politischen Mord erinnert, der 1921 die junge Weimarer Republik erschütterte.

Das Opfer dieses feigen Anschlags hieß Matthias Erzberger (1875–1921) und war einer der führenden demokratischen Politiker der Weimarer Republik. Seine steile politische Karriere bis hin zum Finanzminister und Vizekanzler war geprägt gewesen durch zahllose Konflikte, die ihre Ursachen in den Verwerfungen der deutschen Gesellschaft der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatten.

Die entsprechenden politischen und gesellschaftlichen Gegensätze bildeten nicht nur den Hintergrund für Erzbergers Ermordung, sondern prägten auch die Erinnerung an diesen führenden Vertreter der Weimarer Republik bis weit in die Zeit der Bundesrepublik hinein.





An der B 28 erinnert bei Bad Griesbach ein Gedenkstein daran, dass 1921 Matthias Erzberger hier ermordet wurde.

Steile Karriere und gesellschaftliche Brüche

Erzbergers politische Wurzeln liegen im württembergischen Katholizismus. Er wurde 1875 als erster Sohn einer der wenigen katholischen Familien in (Münsingen-)Buttenhausen auf der Schwäbischen Alb geboren, das zu den sogenannten Judendörfern zählte und dessen Bevölkerung je zur Hälfte evangelischen Bekenntnisses bzw. jüdischen Glaubens war. Sein sozialer Aufstieg aus einfachen Verhältnissen begann mit der Ausbildung zum Volksschullehrer, die er 1891 erfolgreich abschloss. Nach damaliger Gesetzeslage noch nicht volljährig, stürzte er sich ab 1895 auf lokaler Ebene in politische Auseinandersetzungen. Vehement trat er für die gerade gegründete württembergische Zentrumspartei ein, die sich als katholische Volkspartei und Vertreterin der Katholiken im mehrheitlich protestantischen Württemberg verstand. Ende 1896 schied er aus dem Schuldienst aus, um sich ganz der Politik widmen zu können. Als Journalist bei der führenden katholischen Tageszeitung Württembergs, dem in Stuttgart erscheinenden *Deutschen Volksblatt*, und als „Multifunktionär" im württembergischen Katholizismus setzte er sich neben seiner parteipolitischen Tätigkeit für den Ausbau des katholischen Vereinswesens in Württemberg und für die Entstehung interkonfessioneller christlicher Gewerkschaften ein. Katholische Arbeiter, Handwerker und Bauern beriet er und half ihnen, sich zu organisieren und ihre Interessen zu vertreten.

1903 wurde Erzberger im Wahlkreis Biberach–Leutkirch–Waldsee–Wangen in den Reichstag gewählt. Als jüngster Reichstagsabgeordneter und als einer der ersten Berufspolitiker überhaupt machte er sich einen Namen, indem er zahlreiche Skandale in der Kolonialverwaltung aufdeckte und den politisch Verantwortlichen, Ernst zu Hohenlohe-Langenburg, zum Rücktritt zwang. Damit hatte sich Erzberger den Unmut der Verwaltung zugezogen, die sich nicht von Volksvertretern im Reichstag kontrollieren lassen wollte. Zugleich hatte er einen sozialen Eklat verursacht, denn es erschien vielen unerhört, dass ein gelernter Volksschullehrer einen Hochadeligen stürzte. Der junge Zentrumspolitiker wurde schließlich auch zur Zielscheibe der politischen Rechten, denn für diese galt jegliche Kritik an der Kolonialpolitik als nationaler Verrat.

Auch innerhalb seiner Fraktion stieß Erzberger auf Widerstände, setzte er doch mit Hilfe anderer süddeutscher Abgeordneter gegen Widerstände der bürgerlichen Zentrumsführung durch, dass die Interessen von katholischen Kleinbürgern, Bauern und Arbeitern aus Süd- und Südwestdeutschland stärker berücksichtigt wurden. Innerhalb weniger Jahre entwickelte sich Erzberger so zu einem der wichtigsten Zentrumspolitiker.

Im Ersten Weltkrieg forderte Erzberger im Taumel nationaler Solidarisierung zunächst, Belgien und Teile Nordfrankreichs, aber auch eroberte Gebiete im Osten an Deutschland anzugliedern. Im Verlauf des Krieges erkannte er jedoch, dass Deutschland den Krieg nicht gewinnen konnte. Deshalb setzte er sich ab 1917 engagiert für einen „Verständigungsfrieden" ein, der vorsah, mit den verschiedenen Kriegsgegnern über einen Waffenstillstand auf Augenhöhe zu verhandeln. Große Teile der Bevölkerung von der nationalen Rechten bis weit in die Reihen der Zentrumspartei hinein verweigerten sich jedoch einer realistischen Einschätzung der militärischen Lage und sahen in Erzberger und anderen Friedensbefürwortern Verräter an der nationalen Sache. Die „Dolchstoßlegende", der zufolge der Verrat der Heimat die deutsche Niederlage im Ersten Weltkrieg herbeigeführt habe, hat hier ihren Ursprung.

Dass Erzberger zu denjenigen gehörte, die gegen den erbitterten Widerstand des Kaisers, der Militärführung und der Konservativen im Krieg immer wieder auf mehr Einfluss

und mehr Verantwortung des Parlaments drängten, trug ihm weitere Anfeindungen ein. Seine Unterschrift unter die Urkunde, mit der am 11. November 1918 in Compiègne der Waffenstillstand besiegelt und der Erste Weltkrieg beendet wurde, fügte sich für seine Gegner ebenso nahtlos in ihr Feindbild ein wie Erzbergers Bemühungen, trotz schwerster Bedenken die von den Alliierten diktierten Bedingungen des Versailler Vertrages anzunehmen, um eine Wiederaufnahme der Kampfhandlungen und eine Teilung Deutschlands zu vermeiden. Schließlich machte er sich bei seinen Gegnern durch seine Bemühungen verhasst, die Revolution von 1918/19 in eine parlamentarische Richtung zu lenken, mit der Sozialdemokratie zusammenzuarbeiten und seiner Partei eine wichtige Rolle bei der Ausgestaltung der Weimarer Republik zukommen zu lassen.

Die tiefgreifende Umgestaltung des deutschen Steuer- und Finanzwesens, die er 1919/1920 mit seiner großen Reichsfinanzreform in nur neun Monaten politisch durchsetzte, sollte nach Erzbergers Kalkül der Stabilisierung der ersten deutschen Demokratie dienen und die Kriegslasten sozial gerecht verteilen. Dass er dabei Kriegsgewinne hoch besteuern und Besitzende stärker als bisher steuerlich belasten wollte, radikalisierte die Ablehnung ihm gegenüber nur noch mehr.

Erzberger war einer der meistgehassten Politiker der frühen Weimarer Republik, den seine Gegner mit allen Mitteln ausschalten wollten. Mehrere Attentatsversuche überlebte er, bis ihn seine Mörder im Urlaub aufspürten. Entsandt hatte sie die „Organisation Consul“, eine aus einem Freikorps entstandene paramilitärische Geheimorganisation, die mit einem Attentat auf Erzberger Proteste und Aufstände linker politischer Gruppen provozieren wollte, die als Vorwand für einen antirepublikanischen Putsch rechter Kreise und der Reichswehr dienen sollten. Die Verschwörer hatten sich schon im März 1920 führend am Kapp-Lüttwitz-Putsch beteiligt. Sie sollten schließlich 1922 auch die Ermordung von Reichsaußenminister Walther Rathenau organisieren.

Zwei mordbereite Männer hatten in Berlin Erzbergers Spur aufgenommen und waren ihm in den Südwesten gefolgt. Erzberger war mit seiner Familie auf Erholungsurlaub in Griesbach (seit 1932 Bad Griesbach). Auf einem Spaziergang, den er zusammen mit einem Freund, dem Reichstagsabgeordneten Carl Diez aus Radolfzell, machte, lauerten ihm die Attentäter auf. Aus nächster Nähe schossen sie auf die beiden

Am 26. August 1921 wurde Matthias Erzberger Opfer eines politischen Attentats. Mitglieder einer rechten antirepublikanischen Geheimorganisation erschossen ihn, als er von Griesbach aus eine Wanderung im Schwarzwald unternahm.



Politiker. Während Diez schwer verletzt überlebte, hatte Erzberger keine Chance. Tödlich getroffen stürzte er einen Abhang hinunter, wo er starb.

Entsetzen und Jubel – Reaktionen auf Erzbergers Ermordung

Wie tief Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg gespalten war, zeigen die Reaktionen auf das Attentat. Viele Zentrumsanhänger, Liberale und Sozialdemokraten waren geschockt und organisierten zusammen mit den Gewerkschaften große Trauerkundgebungen und Protestveranstaltungen gegen die politische Gewalt von rechts. Auch die KPD beteiligte sich mancherorts. In Berlin kamen eine halbe Million Menschen zusammen, in Karlsruhe und Stuttgart waren es jeweils zehntausende. In der bayerischen Pfalz stürmten kommunistische und sozialistische Kundgebungsteilnehmer das Regierungsgebäude in Speyer und zerstörten beim „Speyerer Bildersturm“ Bildnisse der bayerischen Könige.



Mord Erzberger!

Als Täter sind festgestellt, aber flüchtig gegangen:

1. Der am 20. Juli 1893 in Saalfeld (Saale) geborene, seit Ende April 1921 in München wohnhaft gewesene

Kaufmann Heinrich Schulz

Schulz ist der Täter, dessen **linkes Ohr** am oberen Rand verstümmelt ist.

2. der am 27. November 1894 in Köln-Lindenthal geborene, seit Mai 1921 in München wohnhaft gewesene

stud. jur. Heinrich Tillessen

Tillessen ist der Täter mit der **Narbe quer über den Nasenrücken.**

Unter Hinweis auf die ausgesetzte **Belohnung von 120000 Mark** wird ersucht, nach den Tätern mit zu fahnden, sie bei Betreten festzuhalten und der nächsten Polizeibehörde zuzuführen.

Sachdienliche Mitteilungen, auch geringfügig erscheinender Art, werden an die Badische Staatsanwaltschaft Offenburg oder an das Württ. Landespolizeiamt in Stuttgart, Neues Schloß, erbeten.

Offenburg, den 13. September 1921. **Badische Staatsanwaltschaft.**

Schulz und Tillessen haben vom 14.—17. August 1921 unter ihrem richtigen Namen im Gasthaus „zum Badischen Hof" in Stuttgart und am 19. August 1921 unter dem Namen **Rudolf Briese, stud. jur.** aus Würzburg und **Ernst Berkner,** Kaufmann aus Jena a. S., im Gasthaus „zum Engel" in Ulm gewohnt.

Stuttgart, den 14. September 1921. **Württ. Landespolizeiamt.**

In Oppenau – hier wurde Erzbergers Leiche aufgebahrt – fand eine erste große Trauerfeier statt, bei der der frühere Reichskanzler Konstantin Fehrenbach und der badische Staatspräsident Gustav Trunk (beide Zentrum) sprachen. Zur Beerdigung wurde die Leiche des Ermordeten nach Biberach überführt, wo etwa 30 000 Menschen den Toten zum Grab begleiteten. Der amtierende Reichskanzler, der Badener Zentrumsmann und Reichskanzler Joseph Wirth, hielt die Leichenrede.

Ganz anders fiel die Reaktion der politischen Rechten aus. Dort gab es hemmungslosen Jubel. Nationalistische Studenten sangen „Nun danket alle Gott, für diesen braven Mord. Den Erzhalunken, scharrt ihn ein, heilig soll uns der Mörder

Mit Helfern aus bayerischen Polizeikreisen entkamen die Mörder Erzbergers den badischen und württembergischen Ermittlungsbehörden und flohen ins Ausland. Von den Nationalsozialisten amnestiert, wurden sie erst nach dem Zweiten Weltkrieg verurteilt. Nach wenigen Jahren Haft wurden sie vorzeitig freigelassen.

sein, die Fahne schwarz-weiß-rot." Die *Oletzkoer Zeitung* schrieb: „Erzberger, der allein Schuldige an dem schmählichen Waffenstillstand, Erzberger, der Deutschland den Versailler Schandfrieden vermittelt hat, […] hat den Lohn erhalten, der ihm als Vaterlandsverräter zukam." Und in München hetzte ein damals noch kaum bekannter Adolf Hitler auf einer NSDAP-Veranstaltung gegen den Ermordeten und verbreitete seine antisemitischen Hasstiraden zum Thema „Der Johannes des Judenstaates: Mathias [sic!] von Buttenhausen. Sein Werk und sein Geist." Diese polarisierte Deutung der Person Erzbergers sollte auch in den folgenden Jahrzehnten fortbestehen und maßgeblichen Einfluss auf die Erinnerung an den ermordeten Demokraten haben.

Umkämpfte Erinnerung

Noch am offenen Grab Erzbergers riefen die badische und die württembergische Zentrumspartei gemeinsam dazu auf, „der Väter frommer Sitte folgend", „an der Opferstelle, an welcher unser Erzberger als politischer Märthyrer [sic] sein Blut für unsere Ideale vergossen hat", eine schlichte Sühnekapelle zu erbauen. An der Tanne, „unter deren Ästen er sein Leben aushauchte", sollte ein Marterl, ein Bildstock, errichtet werden. Jedes Jahr solle in Griesbach am Todestag, am 26. August, ein Seelenamt gefeiert werden.

Mit der Realisierung dieses ambitionierten Gedenkprojekts begannen südwestdeutsche Zentrumspolitiker unverzüglich. Innerhalb weniger Wochen wurde ein einfaches Marterl an der Sterbestelle errichtet. Eine Inschrift erinnerte an die Ereignisse. Im Lauf der Jahre wurde die Tanne, unter der Erzberger starb, abgeholzt, das Marterl umzäumt und schließlich mit einer kleinen Mauer umgeben. Ein eigens angelegter Waldweg bot Besuchern die Möglichkeit, von der Straße zur

Sterbestelle zu gelangen. Während der Weimarer Republik fanden hier jedes Jahr am Todestag Erzbergers Gedenkfeiern der badischen Zentrumspartei statt. Bad Griesbach wurde so ein wichtiger Ort der Erinnerung an Matthias Erzberger.

Der Bau einer Kapelle zog sich hingegen hin, hatte doch die Hyperinflation 1923 die gesammelten Spendengelder entwertet. Im Jahr 1929 wurde ein neuer Anlauf unternommen, um den Plan in die Tat umzusetzen. Führende Zentrumspolitiker wie die ehemaligen Reichskanzler Wilhelm Marx und Joseph Wirth und die badischen und württembergischen Staatspräsidenten Josef Schmitt und Eugen Bolz unterzeichneten einen neuerlichen Spendenaufruf. Ein Bauausschuss unter der Leitung von Carl Diez trieb die Errichtung einer Erzberger-Erinnerungskapelle voran. Aus Angst vor möglichen Schändungen wurde die Kapelle nicht am ursprünglich geplanten Ort des Attentats, sondern weit unterhalb auf dem Grundstück des Griesbacher Mütterholungsheimes errichtet, in dem Erzberger vor seiner Ermordung gewohnt hatte.

Der Rektor des katholischen Müttererholungsheims erklärte sich bereit, die Kapelle zu schützen. Nachdem die Bauarbeiten im Dezember 1930 endlich begonnen hatten, ging es schnell. Bereits am 20. September 1931, dem Geburtstag Erzbergers, konnte der Neubau feierlich geweiht werden. Es handelte sich um eine Sühnekapelle, die „der Sühne für [die] furchtbare Tat, dem Gebet für die Seelenruhe des Ermordeten und dem Frieden der Menschen mit Gott und unter sich“ dienen sollte. Sie wurde Maria als *regina pacis,* als Königin des Friedens, geweiht. Das sollte daran erinnern, dass sich Erzberger für einen Verständigungsfrieden eingesetzt, mit dem Waffenstillstand von Compiègne den Krieg beendet, sich während der Revolution 1918/19 für ein Ende des Bürgerkriegs eingesetzt und die Idee eines Völkerbundes verbreitet hatte, „der die Welt vor künftigen Kriegskatastrophen zu sichern geeignet“ wäre, so die Grundsteinurkunde. In der Kapelle erinnerte ein großer Gedenkstein mit Halbrelief an den Ermordeten. Damit war zehn Jahre nach Erzbergers Ermordung die bauliche Ausstattung des Erinnerungsortes abgeschlossen.

Am 31. August 1921 wurde Erzbergers Leichnam in einem großen Trauerzug von der Biberacher Stadtpfarrkirche zum Friedhof gebracht. Mehr als 30 000 Menschen gaben dem Ermordeten das letzte Geleit.



An Erzbergers Sterbestelle wurde wenige Wochen nach seiner Ermordung ein Marterl errichtet. Während der Weimarer Republik versammelten sich hier jedes Jahr Menschen, um an den Zentrumspolitiker zu erinnern.





Das Grabmal auf dem Biberacher Friedhof überstand als einziges Erzberger-Denkmal die Zeit des Nationalsozialismus unversehrt.

Kirchlich-katholische Erinnerungsformen

Marterl, Sühnekapelle und Seelenopfer waren traditionelle kirchlich-katholische Elemente des Umgangs mit dem Tod. Die Erinnerung an den Toten blieb, so sehr sie auch politische Botschaften enthielt, religiös-transzendental eingebettet. Dies stellte für gläubige Katholiken eine Selbstverständlichkeit dar und bot manchem innerparteilichen Gegner Erzbergers die Möglichkeit, sich trotz früherer Konflikte am Totengedenken zu beteiligen. Für Protestanten wie für kirchlich nicht Gebundene bedeuteten diese Erinnerungsformen jedoch etwas Fremdes. Sie hatten eher ausgrenzende Wirkung. Dies schränkte die gesellschaftliche Akzeptanz des Erinnerungsortes Bad Griesbach innerhalb der Gruppe derer, die nicht nur positiv zur Weimarer Republik, sondern auch zu Erzberger standen, erheblich ein.

Während der Weimarer Republik hatte Bad Griesbach als Erinnerungsort an Matthias Erzberger in Biberach eine Konkurrenz, deren Gedenkformen ebenfalls kirchlich geprägt waren. In der oberschwäbischen Stadt hatte der langjährige Reichstagsabgeordnete ein Ehrengrab erhalten. 1922 folgte die feierliche Einweihung eines großen Denkmals auf dem Grab. Jährlich zum Todestag trafen sich Zentrumsvertreter aus der Reichstagsfraktion und dem württembergischen Landtag zu einem Requiem, zogen von der Biberacher Kirche auf den Friedhof, legten dort Kränze nieder und erinnerten in Reden an den Ermordeten. Biberach wurde so in den 1920er-Jahren *der* württembergische Erzberger-Erinnerungsort.

Die Zeitungen konzentrierten während der Weimarer Republik ihre Aufmerksamkeit auf Biberach. Artikel über die dortigen Gedenkveranstaltungen überwogen. Das lag nicht nur daran, dass die Tradition der Totenehrung am Grab (und nicht an der Sterbestelle) auch von kirchlich nicht gebundenen Deutschen geteilt wurde, sondern wurde auch dadurch verstärkt, dass Erzbergers Witwe am Todestag ihres Mannes am Grab weilte und an den Biberacher Gedenkveranstaltungen teilnahm. Durch die mediale Vermittlung bekam der katholische und württembergische Erinnerungsort Biberach auch eine gewisse reichsweite Aufmerksamkeit, ohne jedoch ein nationaler Erinnerungsort zu werden. Dies verhinderte die in vielen gesellschaftlichen Gruppen fortbestehende Ablehnung gegenüber Erzberger, die seinen Tod überdauerte.

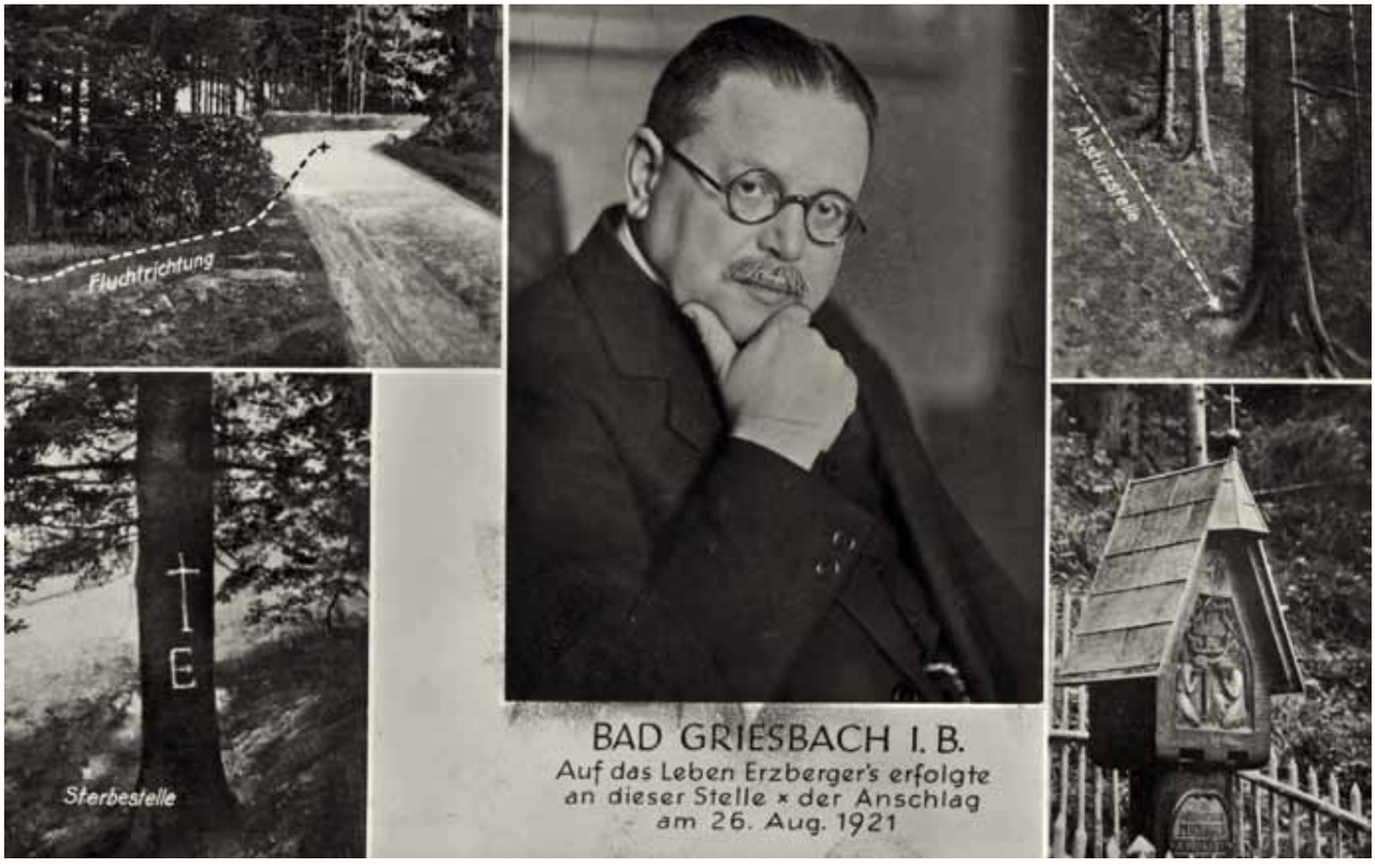
Ähnliches lässt sich im Falle Bad Griesbach beobachten. Hier spielte zwar die journalistische Berichterstattung über die Gedenkveranstaltungen eine geringe Rolle. Dafür wurde der Ort im Renchtal oft in Veröffentlichungen erwähnt, in denen Erzberger und seine Rolle im und nach dem Ersten Weltkrieg angesprochen wurde. Außerdem machten eine Vielzahl von Fotopostkarten Bad Griesbach als Sterbeort Erzbergers reichsweit bekannt. Allein zwei Dutzend Varianten solcher Fotopostkarten haben sich bis heute erhalten. So erhielt Bad Griesbach medial auch eine gewisse überregionale Bedeutung als Erinnerungsort. Wenn man jedoch genau untersucht, wer die Erinnerungsveranstaltungen vor Ort organisierte und besuchte, so war Bad Griesbach ein badischer Erinnerungsort, der fest in der Hand der badischen Zentrumspartei war.

In gewissem Sinne wies Bad Griesbach während der Weimarer Republik aber auch Merkmale eines baden-württembergischen Erinnerungsprojektes auf, das in die Zukunft des noch zu gründenden Südweststaates weisen sollte. Denn die Errichtung von Marterl und Kapelle waren bewusst gemeinsame Unternehmungen der badischen und der württembergischen Zentrumspartei, also der Teile des politischen Katholizismus, die auch in Zeiten heftigster innerparteilicher Auseinandersetzungen Erzberger immer gestützt hatten und nun gemeinsam die Erinnerung an ihn pflegen wollten.

Republikanische Erinnerungskultur und ihr Ende im Nationalsozialismus

Neben dieser spezifisch katholischen Erinnerungskultur gab es noch andere Formen der positiven Deutung Erzbergers in der Weimarer Republik, die vor allem vom „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ gepflegt wurden. Die zu dieser überparteilichen Organisation zusammengeschlossenen Sozialdemokraten, Zentrumsanhänger und Liberalen hatten sich zum Ziel gesetzt, die Weimarer Republik gegen Angriffe von links und rechts zu schützen. Dementsprechend bemühte sich das „Reichsbanner“, eine republikanische Erinnerungskultur zu fördern und zu verbreiten. Ein zentraler Teil dieser demokratischen Geschichtspolitik war es, führende Politiker der Weimarer Republik zu würdigen, die ihren Einsatz für die Demokratie mit dem Leben hatten bezahlen müssen. So wurde oft an eine republikanische Trias, an die drei Politiker Matthias Erzberger, den 1922 ermordeten Liberalen Walther Rathenau und den Sozialdemokraten und ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert erinnert, denen „als Märtyrer der Republik“ eine Reihe von Denkmälern errichtet wurde. Im deutschen Südwesten machte sich das „Reichsbanner“ um die Erinnerung an Matthias Erzberger verdient, indem es 1927 in Buttenhausen am Geburtshaus des 1921 ermordeten Zentrumspolitikers eine Erinnerungstafel anbringen ließ.

Zahlreiche kommerzielle Postkarten wie die hier abgebildete verbanden in den 1920er-Jahren Werbung für den Luftkurort Griesbach mit der Erinnerung an die Ermordung Matthias Erzbergers.





2004 errichteten das Haus der Geschichte Baden-Württemberg und die Stadt Münsingen in Erzbergers Geburtshaus in Buttenhausen die Erinnerungsstätte Matthias Erzberger.

Wie berechtigt es war, die Griesbacher Kapelle nicht mitten im Wald an der Sterbestelle Erzbergers, sondern in Bad Griesbach selbst zu errichten, zeigt ein Blick auf die Geschichte der „Reichsbanner"-Denkmäler. Der Hass der rechten Gegner der Weimarer Republik endete nicht mit dem Tod der drei führenden Demokraten, sondern richtete sich auch gegen die Ermordeten, in denen die verhasste Demokratie getroffen werden sollte. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass das 1926 eingeweihte Ebert-Erzberger-Rathenau-Denkmal auf dem Hohenstein in Witten an der Ruhr bis 1933 gleich mehrfach geschändet wurde. Witten war kein Einzelfall. Im hessischen Butzbach dauerte es 1928 nur zwei Wochen, bis die gerade errichtete Säule, deren Basis nicht nur die Gesichter der drei republikanischen Politiker, sondern auch noch das Porträt Friedrich Ludwig Weidigs, eines Revolutionärs aus dem Vormärz, zeigte, mit Teerfarbe verunstaltet wurde. In Osnabrück erfolgte die erste Schändung noch während der Bauarbeiten für das 1928 fertiggestellte Ebert-Erzberger-Rathenau-Denkmal. Doch dies war nur ein Vorspiel. 1933 zerstörten die Nationalsozialisten systematisch die republikanischen Denkmäler.

Auch in Bad Griesbach setzen die Nationalsozialisten alles daran, die positive Erinnerungstradition an Matthias Erzberger auszulöschen. Im Sommer 1933 wurde zunächst das Marterl heimlich abgesägt. Dessen Reste verbrannte am 13. September ein 50 bis 60 Mann starker SA-Trupp und entfernte die letzten Spuren am ursprünglichen Standort. Anschließend erzwang die SA die Herausgabe des Erzberger-Gedenksteins aus der Kapelle, den der Rektor des Müttererholungsheims im Keller versteckt hatte. Noch an Ort und Stelle zerstörten sie das Epitaph. Nur das Biberacher Grabdenkmal blieb unversehrt. Die Zerstörungswelle begleitete eine intensive Hetz- und Verleumdungskampagne gegen Erzberger, bei der sich Hass auf die Weimarer Republik mit wüstem Antisemitismus verband.

Bundesrepublikanische Erinnerung an Erzberger

Nach zwölf Jahren nationalsozialistischer Terrorherrschaft und dem verlorenen Zweiten Weltkrieg ließ sich nicht einfach wieder an die Erinnerungskultur der Weimarer Republik anknüpfen. Dies zeigte sich auch im Gedenken an Matthias Erzberger. Der Rektor des Bad Griesbacher Müttererholungsheims sorgte zwar dafür, dass das Epitaph in der Kapelle erneuert und dass 1951 in einer Straßenkehre unmittelbar bei der Mordstelle ein Gedenkstein als Ersatz für das zerstörte Marterl errichtet wurde. Doch die Regelmäßigkeit der Weimarer Gedenkveranstaltung ließ sich hier ebenso wenig wie in Biberach wiederbeleben.

Im regionalen Rahmen war Erzberger nicht vergessen. Die Zeitungen berichteten im Umfeld runder Geburts- oder Sterbetage und die regionale CDU veranstaltete zu diesen Anlässen kleinere Gedenkfeiern. 1961 griffen die Organisatoren noch einmal die Weimarer Tradition auf und erinnerten im größeren Rahmen. Nach einem Gedenkgottesdienst in der Erzberger-Kapelle erfolgte am Gedenkstein in der Nähe der Sterbestelle eine Kranzniederlegung. Als Gedenkredner war der damalige baden-württembergische Innenminister Filbinger gewonnen worden, der Erzberger als „redlichen Kämpfer für Frieden und Recht" würdigte und die beiden Nachkriegszeiten verglich: „Eine totale Niederlage hat Deutschland die Probleme erspart, an denen er [Erzberger] zugrunde ging." Zudem wies Filbinger darauf hin, wie sehr die Hetze gegen Erzberger sowie Vorbehalte gegen Berufspolitiker und gegen den modernen Parlamentarismus in der Bundes-

republik nachwirkten und einer angemessenen Würdigung des Ermordeten im Wege standen.

Dass solche Anstöße zu einer positiven Erzberger-Erinnerung jenseits von Teilen der südwestdeutschen CDU kaum Resonanz fanden, hatte verschiedene Gründe. Sozialdemokraten lag der mühsame Kampf für die Erinnerung an die Verdienste von Demokraten wie Friedrich Ebert und an den sozialdemokratischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus mehr am Herzen als die Person Matthias Erzbergers, der bis in den Ersten Weltkrieg hinein ein scharfer Gegner der SPD gewesen war. Filbingers Appell fand auch in seiner eigenen Partei nur eingeschränkt Resonanz. Denn die CDU erinnerte generell nur sehr zurückhaltend an die Zentrumstradition, um ihre mühsame auf- und auszubauende Interkonfessionalität nicht durch eine einseitig katholische Traditionspflege zu gefährden. Von denen, die trotzdem an die Zentrumstradition erinnerten, standen viele in der Tradition der innerkatholischen Erzberger-Gegner, die ihn als zu „links“, zu wenig bürgerlich oder einfach als zu wenig seriös betrachtet hatten. Schließlich zeigte sich bei der CDU die Kehrseite einer bedeutenden Leistung dieser Partei, der es in einem Jahrzehnte dauernden Prozess gelang, große gesellschaftliche Gruppen an die bundesrepublikanische Demokratie zu binden, denen die Weimarer Republik und Politiker wie Erzberger verhasst gewesen waren und die zu den Trägern der NS-Herrschaft gezählt hatten.

Eine Wende vollzog sich in den 1980er-Jahren, als nicht nur eine Reihe von Ebert-Erzberger-Rathenau-Denkmälern von lokalen Geschichtsinitiativen wieder errichtet wurden, sondern als sich auch allmählich in einem anderen Zusammenhang die Erzberger-Erinnerung belebte. Der Vorsitzende des Dettinger Wilhelm-und-Lousie-Zimmermann-Geschichtsvereins Günter Randecker trug (und trägt bis heute) mit einer Vielzahl von Vorträgen und kleinen Ausstellungen vor allem, aber nicht nur in Baden-Württemberg zur Pflege der Erinnerung an Matthias Erzberger bei. Im Lauf der letzten Jahre gewann Erzbergers Heimat, genauer sein Geburtshaus in Buttenhausen, für die Erinnerungspolitik zunehmendes Gewicht. Institutionellen Ausdruck fand diese Entwicklung darin, dass die Stadt Münsingen das Geburtshaus Erzbergers kaufte. Das Haus der Geschichte Baden-Württemberg errichtete als Kooperationspartner der Stadt im Jahr 2004 dort eine moderne Ausstellung und setzte so ein Projekt um, dessen Realisierung die baden-württembergische Landesregierung 2001 sogar in ihren Koalitionsvertrag aufgenommen hatte.

Szenisch gestaltete Räume
mit originalen Ausstellungsstücken
erzählen in der Erinnerungsstätte in Buttenhausen
von Erzbergers politischem Wirken
und von der umkämpften
Erinnerung an ihn.



Anders als in der Weimarer Republik stellt inzwischen Buttenhausen den wichtigsten Erzberger-Erinnerungsort dar. Aber auch an den beiden anderen Erzberger-Erinnerungsorten im Land war das Erinnern nicht eingeschlafen. In Biberach entfalteten sich vielmehr in den letzten Jahren rege lokale Erinnerungsbemühungen. In Bad Griesbach erreicht weiterhin der Gedenkstein an der Straße eine große Zahl an Menschen.

So bleibt mit Blick auf die Gegenwart festzustellen, dass die Erinnerung an Erzberger nicht tot ist, auch wenn Politiker wie Friedrich Ebert, Konrad Adenauer oder Walther Rathenau bekannter sind als der 1921 in Griesbach ermordete Zentrumspolitiker. Wie sich dies zukünftig weiter entwickeln wird, ist nicht vorherzusagen. Dass gesellschaftliche Faktoren und das Engagement Einzelner die Entwicklung von Erinnerung stark und manchmal unvorhergesehen beeinflussen können, zeigt der Rückblick auf ein Jahrhundert Auseinandersetzungen mit und um Matthias Erzberger.



Der Innenraum der Laupheimer Synagoge spiegelt die Anpassung jüdischer Sakralbauten an die Architektur christlicher Kirchen im Laufe des 19. Jahrhunderts wider. Einige Fragmente der von Friedrich Adler 1903 entworfenen Fensterscheiben links und rechts des Thoraschreins wurden 1938 aus dem Brandschutt gerettet und befinden sich heute im Museum zur Geschichte von Christen und Juden.

Laupheim und seine jüdische Geschichte

„Ihr Sterben soll uns allzeit mahnen“

Cornelia Hecht

Laupheim gehört heute zu jenen Städten Baden-Württembergs mit einstmals jüdischen Gemeinden, in denen eine über Jahrzehnte gewachsene Erinnerungskultur existiert. Und das, obwohl auch hier bis in die 1980er-Jahre Vergessen und Erinnerungsverweigerung den Umgang mit dem Andenken an jüdisches Leben und dessen Zerstörung bestimmten.

In Laupheim finden sich zahlreiche Erinnerungsorte. Es gibt nicht nur die „Schalom-Tage“, sondern darüber hinaus auch ein Museum zur Geschichte von Christen und Juden. Es gibt Straßen, Schulen und ein Stadion, die nach jüdischen Laupheimern benannt sind. Laupheimer Bürgerinnen und Bürger suchen weltweit nach Überbleibseln der jüdischen Geschichte des Ortes und halten das Gefundene in Form von Aufsätzen und Büchern für die Nachwelt fest.

Wie ist diese Erinnerungskultur entstanden? Wer sind ihre Träger? Wie hat sich die Erinnerung an die jüdische Geschichte auf die Wahrnehmung der Stadtgeschichte als Ganzes, auf die Identität der Stadt ausgewirkt?



Die im klassizistischen Stil 1836 erbaute Laupheimer Synagoge musste bereits 1876 erweitert werden, da die jüdische Gemeinde stark angewachsen war. Es war eines der seltenen jüdischen Gotteshäuser in Deutschland mit Glocken, die die Uhrzeit anschlugen.



Gedenken am 9. November

Wenn es am 9. November dunkel wird, machen sich im oberschwäbischen Laupheim zahlreiche Menschen auf den Weg zum jüdischen Friedhof. Sie kommen dort zusammen, um an die Ereignisse in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 zu erinnern, als auch in Laupheim das jüdische Gotteshaus niedergebrannt und zerstört wurde. Das Gedenken folgt einem immer gleichen Ablauf: Gemeinsam gehen die Teilnehmer in Stille den kurzen Weg vom jüdischen Friedhof zum ehemaligen Standort der Synagoge. Nach einer kurzen Ansprache des Stadtoberhaupts werden Kerzen entzündet und Schüler verlesen die Namen jener jüdischen Laupheimer, die während des Nationalsozialismus ermordet wurden. Am Gedenkstein für die ehemalige Synagoge werden die brennenden Kerzen in eine mit Sand gefüllte Kiste gesteckt und das Gedenken endet mit einer Schweigeminute. Durch die Anwesenheit von Stadtoberhaupt, Gemeinderatsmitgliedern, Vertretern der Kirchen und örtlicher Schulen sowie städtischer Honoratioren dokumentiert die Stadt, dass sie auch diesen Teil ihrer Geschichte annimmt und sich der Verantwortung stellt.

Die alljährliche Gedenkfeier ist zu einem symbolischen Erinnerungsakt geworden. Die anwesenden Mitglieder der Stadtgemeinschaft versichern sich an einem Ort der jüdischen Geschichte, dass das Unrecht, das Juden angetan wurde, nicht dem Vergessen anheimfallen, sondern im kollektiven Gedächtnis verankert ist und bleiben soll. Diese Zukunftsperspektive zeigt sich insbesondere in der Einbindung von Jugendlichen in die Gedenkveranstaltung. Als sich regelmäßig wiederholendes Ritual ist das Gedenken am 9. November ein wichtiger Identitätsstifter der Erinnerungskultur. Neben dem Gedenken an die Opfer steht zugleich der Appell, sich den Lehren aus der Geschichte nicht zu entziehen. Neben dem 1998 eröffneten Museum zur Geschichte von Christen und Juden ist der ehemalige Standort der Synagoge durch das Gedenkritual zum geschichtspolitisch wichtigsten Erinnerungsort der christlich-jüdischen Geschichte in Laupheim in ihrer ganzen Ambivalenz geworden. Allein der Ort ist ein Kristallisationspunkt: Einerseits symbolisiert er die Bedeutung, die Juden einstmals in der Stadtgeschichte hatten, andererseits ist hier topografisch die brutale Zerstörung jüdischen Lebens in der Stadt lokalisiert. Der ehemalige Standort der Synagoge thematisiert somit zwei zentrale Erinnerungsstränge, um deren Verknüpfung in der Kommune jahrzehntelang gerungen wurde: die Deutung der über 250-jährigen gemeinsamen christlich-jüdischen Vergangenheit sowie die kollektive Verpflichtung zur Erinnerung an das Unrecht mit all ihren lokalen Implikationen, wie Ignoranz und individuelle Schuld.

Das alljährliche Gedenken an die Reichspogromnacht ist eingebettet in eine mehrtägige Veranstaltungsreihe, die sogenannten „Schalom-Tage“. Seit 1995 plant und organisiert der „Arbeitskreis Schalom-Tage“, dem Vertreter der Kirchen, der Stadt und der „Gesellschaft für Geschichte und Gedenken“ angehören, jedes Jahr in den Tagen um den 9. November Vor-

träge, Ausstellungen, Lesungen oder Konzerte. Damit gehen die „Schalom-Tage“ über das Gedenken hinaus und bieten den Stadtbewohnern die Möglichkeit, sich mit den unterschiedlichsten Aspekten der jüdischen Geschichte in Vergangenheit und Gegenwart zu beschäftigen.

Christen und Juden in Laupheim

Laupheim, zwischen Ulm und Biberach gelegen, ist eine Stadt in Oberschwaben mit knapp 20 000 Einwohnern. Trotz einer wachsenden evangelischen Minderheit ist Laupheim bis heute eine katholische Stadt. Bis 1933 war dies anders. Damals lebten im Ort auch Juden, und ihre Anwesenheit spiegelte sich im Erscheinungsbild der Stadt wider. Es gab den Judenberg, wo zahlreiche jüdische Familien lebten, eine Synagoge mit Glocken, die die Uhrzeit anschlugen, eine jüdische Volksschule mit einer Moses Mendelsohn-Büste über dem Eingang, ein Rabbinatsgebäude, das Kaufhaus Einstein, das Gasthaus „Zum Ochsen“ und die Kapellenstraße, in der sich zahlreiche Geschäfte befanden, deren Inhaber Juden waren. Die eigentliche Minderheit in der Stadt waren über Jahrzehnte die Protestanten, die erst nach der Aufnahme Laupheims ins neu geschaffene Königreich Württemberg 1806 in die Stadt kamen und deren Zahl nur sehr langsam anstieg.

Freiherr Carl Damian von Welden hatte um 1730 Juden in den Ort geholt, weil er – wie andere Herren kleinerer Territorien auch – in ihrer Aufnahme eine Möglichkeit sah, durch die von ihnen zu entrichtenden Schutzgelder und Sondersteuern seine Finanzen aufzubessern. 1807 gab es in Laupheim bei insgesamt 2035 Ortsangehörigen ungefähr 270 Juden. Bis Mitte des 19. Jahrhunderts war hier eine der größten jüdischen Gemeinden im Königreich Württemberg entstanden.

Der Ort war seit 1730 geprägt vom Nebeneinander von katholischer und jüdischer Gemeinde. Katholische Mehrheit und jüdische Minderheit lebten zwar auf engem Raum nebeneinander, jedoch in zwei vollständig getrennten Welten. In weiten Bereichen blieben die Konfessionen unter sich. Das betraf insbesondere das religiöse Leben in der Synagoge und in den Kirchen sowie den angeschlossenen Konfessionsschulen und konfessionellen Vereinen. Das gesellschaftliche und private Leben von Katholiken, Juden und seit 1847 von Protestanten fand bevorzugt im eigenen konfessionellen Rahmen statt. Zwar gehörten nachbarschaftliche und geschäftliche Kontakte zu Mitgliedern anderer Konfessionen zum Alltag. Die sozialen Rahmenbedingungen verpflichteten den einzelnen jedoch, private und freundschaftliche Kontakte vorrangig in der eigenen religiösen Gruppe zu suchen. Zu einer Annäherung von Christen und Juden kam es erst im Lauf des 19. Jahrhundert. Nach der vollständigen rechtlichen Gleichstellung der Juden in Württemberg 1864 nahmen die jüdischen Laupheimer verstärkt am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben teil. Ab 1868 waren jüdische Honoratioren im Laupheimer Bürgerausschuss und im Gemeinderat kommunalpolitisch aktiv. So setzten sich christliche und jüdische Bürger gemeinsam für die Stadterhebung Laupheims 1869 ein. In den 1860er-Jahren entstanden neben den konfessionellen neue überkonfessionelle Vereine, in denen sich Christen und Juden gleichermaßen engagierten. Zu nennen wären hier neben dem Gewerbeverein der Radfahrerverein, der Schützenverein, der Militärverein und der Verkehrs- und Verschönerungsverein. Von einer patriotischen Welle ergriffen, zogen christliche wie jüdische Laupheimer begeistert in den Ersten Weltkrieg – 168 christliche und neun jüdische Laupheimer fielen.

In den Krisenjahren der ersten deutschen Demokratie finanzierten Christen und Juden Armenspeisungen und Suppenküchen, gedachten gemeinsam ihrer Weltkriegsopfer und bewältigen zusammen die Folgen einer verheerenden Hochwasserkatastrophe im Jahr 1926. Einerseits hatten jüdische Laupheimer in den 1920er-Jahren ein hohes Maß an gesellschaftlicher Integration und Anerkennung erreicht, was sich sowohl an ihren Positionen im allgemeinen Vereinswesen wie in der Kommunalpolitik ablesen lässt. Freundschaften zwischen christlichen und jüdischen Kindern waren keine Besonderheit mehr. Die jüdischen Laupheimer waren angesehene Arbeitgeber und geschätzte Kaufleute. Andererseits blieb der Ort nicht verschont vom reichsweit nach dem Weltkrieg um sich greifenden Antisemitismus. Auch hier agitierte die NSDAP in Veranstaltungen vehement gegen Juden und die jüdische Religion. Den Nationalsozialisten fiel es in Laupheim lange schwer, eine größere Anhängerschaft um sich zu scharen. Die überwiegend katholische Bevölkerung wählte traditionell die Zentrumspartei und die judenfeindliche Hetze der NSDAP stieß in den 1920er-Jahren noch auf den lautstarken Widerstand christlicher Honoratioren der Stadt. Doch seit 1930 stieg auch hier die Zahl der NSDAP-Wähler kontinuierlich an.

Nach der „Machtergreifung“

Mit der Machtübergabe an Hitler im Januar 1933 änderte sich gewissermaßen über Nacht alles. In Laupheim lebten in jenem Jahr etwa 240 Juden. Über 200 Jahre hatte das Neben- und Miteinander von Christen und Juden das Leben des Ortes geprägt. Diese über Generationen gewachsene Koexistenz hielt dem nationalsozialistischen Gewaltregime dennoch nicht lange stand. Erstaunlich schnell gelang der gesellschaftliche Ausschluss der Juden – teils unter Druck, teils in vorauseilendem Gehorsam. Binnen kürzester Zeit waren sie ihrer Positionen in Vereinen und Kommunalpolitik enthoben oder zogen sich freiwillig zurück. Autobiografien jüdischer Laupheimer offenbaren, dass die Zerstörung der vielfältigen Kontakte zur christlichen Mehrheitsgesellschaft bereits wenige Monate nach der Machtübernahme in einem für die Betroffenen häufig erschreckenden Tempo und Ausmaß erfolgte. Während der Aprilboykott 1933 von den neuen Machthabern noch als Misserfolg verbucht werden musste, trauten sich ein Jahr später nur noch wenige, in den jüdischen Geschäften einzukaufen. 1935 waren die Einnahmen der jüdischen Geschäftsinhaber bereits so weit gesunken, dass sich dies auch im Steueraufkommen der Stadt niederschlug. Die systematisch betriebene „Arisierung“ jüdischer Geschäfte, Betriebe und Wohnhäuser ist noch nicht untersucht worden. Das ist nicht erstaunlich, handelt es sich hier zweifelsohne um eines der heikelsten Kapitel der Stadtgeschichte. Wer bislang versuchte, diesen Aspekt näher zu beleuchten, hatte regelmäßig mit hoch emotionalen Reaktionen der Nachkommen von „Ariseuren“ vor Ort zu rechnen. Dass die jüdischen Laupheimer ihren Besitz zumeist weit unter dem Verkehrswert veräußern mussten, steht außer Frage.

Am 1. April 1933 postierten vor den Geschäften jüdischer Laupheimer SA-Männer, wie hier vor dem Zigarettengeschäft Einstein. Sie versuchten, die Kunden am Eintritt zu hindern. Diesem ersten Boykottaufruf folgten jedoch nur wenige christliche Laupheimer.



In der Reichspogromnacht 1938 wurde die Synagoge in Brand gesteckt. Da die Feuerwehr nicht löschen durfte, brannte das Gotteshaus in Anwesenheit christlicher Laupheimer vollständig nieder.



Als schließlich in der Reichspogromnacht 1938 die Synagoge vollständig niederbrannte, geschah dies im Beisein zahlreicher Schaulustiger. Noch in der Nacht wurden 30 jüdische Männer von Nationalsozialisten aus ihren Wohnungen geholt und vor der brennenden Synagoge gezwungen, Kniebeugen zu machen. Bevor man sie ins Amtsgerichtsgefängnis brachte, wurden sie in einem naheliegenden Gebäude von Laupheimer SA-Männern beschimpft und geschlagen. Tags darauf wurden 17 Männer ins Konzentrationslager Dachau verschleppt. Der erste der Verhafteten kehrte Ende November, der letzte im Februar 1939 nach Hause zurück. Ein jüdischer Laupheimer wurde in Dachau zu Tode geprügelt. Wer emigrieren konnte, tat dies spätestens jetzt – meistens völlig mittellos. 126 jüdische Laupheimer konnten ihr Leben durch die Emigration aus Deutschland retten. Vor allem aber die Älteren blieben. 1939 ließ die „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ das Rabbinatsgebäude zu einem jüdischen Altersheim umbauen. Hier wurden nicht nur ältere jüdische Laupheimer, sondern auch auswärtige Juden, die zwangsumgesiedelt worden waren, untergebracht. Das Gebäude in unmittelbarer Nähe des ehemaligen Standorts der Synagoge existiert noch und ist mit einer Gedenktafel versehen, die über seine Geschichte informiert.

Die „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ ließ 1939 das ehemalige Rabbinatsgebäude in ein jüdisches Altersheim umbauen. Ende 1941 lebten hier unter äußerst beengten Verhältnissen 28 alte Menschen, die nicht nur aus Laupheim stammten.



Alle Juden, die nicht ausgewandert waren, mussten im Oktober 1941 auf Befehl der Gestapo Stuttgart ihre Wohnungen und Häuser verlassen. 31 Personen wurden in ein Barackenlager in der am Stadtrand gelegenen Wendelinsgrube eingepfercht. In den Baracken gab es weder Strom noch Licht. Als Arthus Grab, bis 1933 Mitglied zahlreicher gemischtkonfessioneller Vereine der Stadt, bei der Stadtverwaltung anfragte, ob eventuell ein Zuschuss zur Einrichtung einer elektrischen Beleuchtung gewährt werden könne, wurde dies abschlägig beschieden. Seine Frau Luise klagte in einem Brief an eine christliche Bekannte über großen Hunger und Verzweiflung, man komme fort und wisse nicht wohin. Wenige mutige Christen brachten nachts heimlich Reisigbüschel zum

Heizen und Nahrungsmittel in die Wendelinsgrube. Als im Spätherbst 1941 die Deportationen in Württemberg und Hohenzollern einsetzten, wurden die ersten jüdischen Laupheimer über den Stuttgarter Killesberg in die Konzentrations- und Vernichtungslager im Osten verschleppt. Insgesamt 69 Juden wurden in vier Transporten von Laupheim aus in die Vernichtung deportiert, alle wurden ermordet. Mit der letzten Deportation am 19. August 1942 endete in Laupheim die Geschichte jüdischer Existenz. Am Laupheimer Westbahnhof informiert seit 2007 eine Gedenktafel darüber, dass von hier die vier Deportationstransporte in die Konzentrations- und Vernichtungslager starteten.

Viele Christen verschlossen nach 1933 die Augen vor dem Unrecht, das langjährigen Nachbarn angetan wurde. Die wenigen, die den Kontakt aufrechterhielten, taten dies unbeirrt von den Einschüchterungsversuchen der Nationalsozialisten. Die Bäckereien Burkert und Halder ließen sich nicht davon abhalten, Backwaren an jüdische Kunden zu verkaufen. Agnes Nothelfer blieb trotz des Verbots durch die „Nürnberger Gesetze“ von 1935 Hausangestellte der Familie Einstein bis zur deren Emigration 1940, obwohl ihr auf der Straße „Judenmagd“ nachgerufen und sie sozial ausgegrenzt wurde.

Am 28. November 1941 erfolgte die erste Deportation von Juden vom Laupheimer Westbahnhof aus. Der Bahnhof befand sich weit außerhalb der Stadt, so dass der Abtransport nicht in der Öffentlichkeit stattfand.



Vom Vergessen zum Erinnern

1965 reichte die Laupheimerin Waltraut Kohl an der Pädagogischen Hochschule in Weingarten ihre Zulassungsarbeit über *Die Geschichte der Judengemeinde in Laupheim* ein. Es war die erste Darstellung über *Aufstieg und Untergang einer jüdischen Gemeinde* nach dem Krieg. Die Laupheimerin widmete damals die Arbeit „im Namen aller Mitbürger Laupheims" jenen, „die man einmal als alte Laupheimer bezeichnete und die heute in alle Winde zerstreut sind". Damals gab es im Heimatmuseum einige wenige Überbleibsel der jüdischen Gemeinde, darunter die Synagogenglocken. Auch die Festschrift zur 1200-Jahrfeier Laupheims 1978 enthielt eine kurze Abhandlung zur Geschichte der Juden vor Ort, die jedoch Fragen von individueller Schuld und kollektiver Verantwortung nicht berührte. Insgesamt war das Interesse an einer Beschäftigung mit diesem Thema eher gering. Im öffentlichen Raum waren die meisten Spuren jüdischen Lebens getilgt und für Außenstehende nicht zu erkennen. Abgesehen vom jüdischen Friedhof und dem Gedenkstein am Standort der ehemaligen Synagoge suchte man vergeblich nach Erinnerungsorten in der Stadt. Wie in vielen Orten mit einstmals jüdischen Gemeinden prägte Vergessen den Umgang mit diesem Teil der Stadtgeschichte. Wie wenig ausgeprägt das historische Bewusstsein in jener Zeit selbst auf Seiten der Stadtverwaltung war, zeigte sich 1969 im Abriss der ehemaligen, 1868 erbauten jüdischen Volksschule. Immerhin wurde das Türschloss dem Heimatmuseum übergeben und blieb so als Erinnerungsobjekt erhalten. Auf dem Gelände befindet sich heute die Fernmeldevermittlungsstelle mit einer Gedenktafel, die an die jüdische Volksschule erinnert.

Zunächst war es der Emigrant Helmut Steiner, der 1936 mit Frau und Kindern in die Schweiz geflohen war, der sich nach dem Krieg um das Erbe der jüdischen Gemeinde kümmerte. Er setzte sich bei der Stadtverwaltung dafür ein, den jüdischen Friedhof wieder in einen würdigen Zustand zu versetzen. Auf seine Initiative wurde 1955 am Ehrenmal für die gefallenen jüdischen Teilnehmer des Ersten Weltkrieges auf dem jüdischen Friedhof eine neue Gedenktafel angebracht: „Eine früher an dieser Stelle angebrachte Gedenktafel wurde in den Jahren 1933–1945 gewaltsam entfernt. Diese neue Tafel sei dem Andenken an die jüdischen Opfer jener Schreckenszeit gewidmet. Friede walte über dieser Stätte."

An vielen Orten mit jüdischer Geschichte steht häufig am Anfang einer sich entwickelnden Erinnerungskultur das



Das Geburtshaus des Künstlers Friedrich Adler befindet sich in der Kapellenstraße 44. Heute beherbergt das Gebäude ein Café mit einem Adler-Erinnerungsraum.

Engagement von Einzelpersonen. In Laupheim war dies der im Oktober 2010 verstorbene Ernst Schäll. Er unternahm aktiv etwas gegen das Vergessen und setzte sich seit den frühen 1980er-Jahren bis zu seinem Tod für das Gedenken und die Erhaltung der wenigen Überreste jüdischen Lebens in der Stadt ein. 1927 in Laupheim geboren, wuchs er in einem Elternhaus auf, das dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüberstand. Im Maschinenbau tätig, war Ernst Schäll in seiner Freizeit ein begeisterter Lokalhistoriker, wobei seine Leidenschaft der Kunstgeschichte galt. Er veröffentlichte zahlreiche Aufsätze über lokale Künstler und war einer der wenigen profunden Kenner der Arbeiten des Designers, Jugendstil- und Art Déco-Künstlers Friedrich Adler. Als Sohn jüdischer Eltern in Laupheim geboren, wurde Adler in Auschwitz ermordet und war nach 1945 vergessen. Ernst Schälls jahrelangem Engagement ist es zu verdanken, dass 1994 und 1995 eine Wanderausstellung über Friedrich Adler in Hamburg, Nürnberg, München und Chicago zu sehen war und die Relevanz dieses Künstlers wieder ins Bewusstsein der Kunsthistoriker rückte. Seit 1990 befindet sich am Geburtshaus Friedrich Adlers, welches heute ein Café beherbergt, eine Gedenktafel, die an den Künstler erinnert. Auch die städtische Realschule trägt seinen Namen.

Ernst Schäll pflegte intensive Kontakte zu den emigrierten jüdischen Laupheimern in aller Welt. 1981 nahm er sich in



1984 stifteten die Laupheimer Bürger eine Gedenktafel mit den Namen der ermordeten jüdischen Laupheimer.

Gestaltet hat die Tafel der in Laupheim-Baustetten geborene Salvatorianerpater und Künstler Ivo Schaible.

Carl Laemmle gilt als der Begründer Hollywoods und gehörte zu den erfolgreichsten und innovativsten Filmproduzenten seiner Zeit. Seiner Geburtstadt Laupheim blieb er zeitlebens eng verbunden. Das Foto zeigt Laemmle zusammen mit Albert Einstein im Jahr 1931.



seiner Freizeit des jüdischen Friedhofs an. Jahrzehntelang restaurierte er ehrenamtlich Grabsteine und führte Besucher über den Friedhof. Zweifelsohne ist es seiner Beharrlichkeit zuzuschreiben, dass die Wahrnehmung der jüdischen Geschichte vor Ort an Bedeutung gewann. So wurde 1984 eine von Laupheimer Bürgern gestiftete Gedenktafel am Eingang des jüdischen Friedhofs angebracht, die alle Namen der während des Nationalsozialismus ermordeten jüdischen Laupheimer aufführt. Im Zentrum der Bronzetafel befindet sich eine Menora, seit der Antike ein Symbol des Judentums. Unterhalb des siebenarmigen Leuchters findet sich folgende Inschrift: „1933–1945. Ihr Sterben soll uns allzeit mahnen. Die Bürger von Laupheim".

Auf der lokalen politischen Agenda: der Umgang mit der jüdischen Geschichte

Ernst Schälls Engagement stieß bei den Laupheimern nicht nur auf Zustimmung. In den späten 1980er-Jahren fand er vor allem unter Zugezogenen Unterstützer seiner Gedenkarbeit. Äußerer Anlass dafür war der 50. Jahrestag der Reichspogromnacht 1988. In diesem Jahr setzte die Stadtverwaltung ein erstes öffentliches Zeichen und lud die emigrierten Laupheimer in ihre ehemalige Heimatstadt ein. Von da an intensivierten sich die privaten Kontakte zwischen Emigranten und einzelnen Bürgern der Stadt. Im Rückblick markiert diese erste offizielle Einladung der Emigranten die entscheidende Zäsur auf dem Weg zu einer Erinnerungskultur wie sie heute existiert. Mit diesem Besuch begannen sich Wahrnehmung und historische Deutung der Lokalhistorie zu wandeln. In den nun folgenden Jahren war die Frage des Umgangs mit der jüdischen Geschichte durch die Stadt auf der lokalen politischen Agenda. Die persönliche Begegnung mit den Emigranten und ihren Angehörigen wurde zu einem Schlüsselerlebnis, aus dem der Wunsch erwuchs, die materiellen Überreste jüdischen Lebens zu bewahren und für die Nachwelt zu sichern. Seitdem erfolgte die Auseinandersetzung mit der jüdischen Geschichte durch Bürger vor Ort mit der eindeutigen Absicht, die jüdische Geschichte dem Vergessen zu entreißen und sie im kollektiven Gedächtnis der Stadt als Teil der eigenen Geschichte zu verankern. Dieses bürgerschaftliche Engagement setzte einen Prozess in Gang, in dessen Verlauf an die Kommunalpolitik die Forderung herangetragen wurde, neben den Gedenktafeln im öffentlichen Raum einen festen, institutionalisierten Erinnerungsort an die jüdische Geschichte in Gestalt eines Museums zu schaffen. Für die Realisierung dieses Vorhabens war es von zentraler Bedeutung, dass sich mit Rolf Emmerich ein Gemeinderatsmitglied gegen alle Widerstände vehement für das Museum einsetzte und so das Thema kontinuierlich auf der Tagesordnung der Kommunalpolitik blieb.

Wie sehr sich der Umgang mit der jüdischen Geschichte zwischen 1981 und 1998 auf kommunalpolitischer wie gesellschaftlicher Ebene verändert hat, spiegelt sich in der 1998 von Natanja Hüttenmeister im Auftrag der Stadt Laupheim



Auf Schloss Großlaupheim befindet sich seit 1998 das Museum zur Geschichte von Christen und Juden. Die Ausstellung integriert die jüdische Geschichte in die allgemeine Ortshistorie und erzählt diese als die Beziehungsgeschichte von Christen und Juden.

angefertigten Dokumentation aller Grabstellen des jüdischen Friedhofs wider. Bürgermeister Otmar Schick schrieb in seinem Geleitwort, die „steinernen Monumente erinnern an jene jüdischen Männer und Frauen, die den Ort entscheidend mitgeprägt, das soziale, wirtschaftliche, kulturelle und politische Leben mitgestaltet haben. Den jüdischen Mitbürgern ist der wirtschaftliche Aufschwung Laupheims wesentlich zu verdanken, Söhne und Töchter von ihnen wurden berühmt und haben den Namen unserer Stadt in aller Welt bekannt gemacht." Als Mitherausgeber gewann die Stadt den örtlichen Verkehrs- und Verschönerungsverein (VVL). Schon 1997 hatte der VVL eine von seinem Mitglied Ernst Schäll verfasste Beschreibung des jüdischen Friedhofs publiziert, die am Eingang ausliegt und von Besuchern kostenfrei mitgenommen werden kann. Auch im öffentlichen Raum hatte der VVL in den Jahren zuvor bereits eine Reihe von Erinnerungsorten geschaffen. So ließ er an den Geburtshäusern von Friedrich Adler und dem Begründer Hollywoods, Carl Laemmle, Bronzetafeln anbringen und stellte im Schlosspark eine Büste des Bankiers Kilian Steiner auf.

Ende der 1990er-Jahre hatte sich die Erinnerung an die jüdischen Laupheimer über das Gedenken hinaus um einen Aspekt erweitert: Die jüdische Geschichte vor und nach 1933 war in die allgemeine Heimat- und Stadtgeschichte integriert.

In der Stadt herrschte überdies ein weitgehender Konsens darüber, die materiellen Überreste der jüdischen Geschichte zu erhalten. Dafür sind zwei Faktoren verantwortlich: zum einen der kommunalpolitische Beschluss, ein Museum zur Geschichte von Christen und Juden zu bauen, und zum andern die Existenz zweier Vereine, die sich aktiv um die Erinnerung bemühten, der VVL und die 1996 gegründete „Gesellschaft für Geschichte und Gedenken".

Das Museum zur Geschichte von Christen und Juden

Schloss Großlaupheim, in dem sich seit 1998 das Museum zur Geschichte von Christen und Juden befindet, ist aufs engste mit der christlich-jüdischen Beziehungsgeschichte verknüpft und als solches *der* christlich-jüdische Erinnerungsort der Stadt. Bis zum Verkauf des Anwesens an den württembergischen Staat im Jahr 1840 residierten hier die Freiherren von Welden. Sie holten um 1730 die ersten jüdischen Familien in den Ort. 1843 kaufte ein Nachfahre einer dieser Familien, Victor Steiner, zusammen mit zwei weiteren Personen das Schloss und errichtete dort eine Brauerei. Nach seinem Tod 1865 übernahmen seine Kinder den Besitz, 1894 erwarb sein Sohn Kilian das Schloss von seinen Geschwistern und richtete dort für seinen Sohn Adolf Wohlgemuth Steiner einen Landwirtschaftsbetrieb ein, den dieser zu einem Versuchs- und Mustergut ausbaute. Adolf Wohlgemuth konvertierte vom Judentum zum Protestantismus und heirate die preußische Adlige Ruth von Kalkreuth. Nach 1933 wurden auf den in „privilegierter Mischehe" lebenden Adolf Wohlgemuth Steiner die nationalsozialistischen Rassengesetze angewandt. Um Demütigungen zu entgehen, verließ er bis Kriegsende sein Anwesen nicht mehr.

In der Familiengeschichte der Steiners zeigt sich exemplarisch Verbürgerlichung, Akkulturation und Integration der Juden

in die nichtjüdische Mehrheitsgesellschaft. Einer ihrer Angehörigen, Kilian Steiner, war als Bankier und Mäzen weit über die Grenzen Laupheims hinaus eine geachtete Persönlichkeit in Württemberg. Neben der Geschichte der Ortsherren und der jüdischen Familie Steiner ist das Schloss zudem mit der der evangelischen Gemeinde verbunden. Hier befand sich ihr erster Gebetsraum. Bis 1961 blieb Schloss Großlaupheim im Besitz der Familie Steiner. Dann verkaufte sie das Anwesen an die Stadt. Jahrzehntelang blieb das Gebäude ungenutzt. Eine Renovierung war für die Stadt mit eigenen Mitteln unmöglich. Die schließlich erreichte Förderung durch das Land Baden-Württemberg war mit der Auflage verbunden, das Schlossareal kulturell zu nutzen. Otmar Schick, von 1966 bis 2002 Bürgermeister der Stadt, hatte sich zunächst dafür eingesetzt, im Schloss ein Museum zur Geschichte der südwestdeutschen Juden unterzubringen, vermutlich auch, um eine Verteilung der finanziellen Lasten auf mehrere Schultern zu erreichen. Dieses ambitionierte Vorhaben war nicht durchzusetzen. Der Gemeinderat entschied sich schließlich einstimmig für ein Museum zur (Beziehungs-)Geschichte von Christen und Juden in Laupheim.

Das Projekt war von Anfang an ein lokales Politikum und seine Realisierung verlief weder konfliktfrei noch gradlinig. Die Öffentlichkeit fürchtete um die Fortexistenz ihres Heimatmuseums, dessen Geschichte bis ins Jahr 1921 zurückreicht und das sich seit 1965 im „Kleinen Schlössle“ befand. Dort hatte es von Anfang an einen kleinen Bereich gegeben, der dem Gedenken an die jüdische Gemeinde gewidmet war. In der Öffentlichkeit war besonders die Konzeption des neuen Museums zur Stadtgeschichte umstritten. Die Befürchtung stand im Raum, die Bedeutung der Christen für die Stadtentwicklung könne womöglich auf Kosten einer Konzentration auf die der Juden marginalisiert werden.

Binnen kürzester Zeit war nach 1933 die christlich-jüdische Koexistenz zerstört. Deshalb dokumentiert die Schau in Laupheim jüdische und christliche Geschichte im Ausstellungsraum „Nationalsozialismus“ als voneinander getrennte Lebenswelten.



Immerhin waren unter den lokalen Berühmtheiten verhältnismäßig viele Personen jüdischer Herkunft, wie der Begründer Hollywoods Carl Laemmle, der Bankier Kilian Steiner, der Künstler Friedrich Adler oder die Sportlerin Gretel Bergmann. Nicht zu vergessen die Bedeutung jüdischer Unternehmer als Arbeitgeber und Steuerzahler für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt, wie die Inhaber der Haarfabrik Bergmann oder Hopfen Steiner.

Unübersehbar offenbarte sich, dass die Diskussion über die Ausrichtung des kollektiven Erinnerungsortes Museum Fragen städtischer Identität berührte und es nur bedingt ein gesellschaftliches Bewusstsein dafür gab, die jüdische als Teil der allgemeinen Stadtgeschichte anzuerkennen und dies in einem zentralen Erinnerungsort zu manifestieren. Überdies stand zu befürchten, dass individuelle Schuld und Versagen, gar Bereicherung während des Nationalsozialismus museal thematisiert werden würden. Hinter der diffusen Ablehnung eines „Judenmuseums" stand nicht zuletzt die Angst, das Museum könne weniger ein Ort des Stolzes und der Identifikation werden als ein Ort der Vergangenheitskritik. Gemeinderat und Bürgermeister beschlossen eine Realisierung des Museums in mehreren Etappen. 1998 wurde der erste Bauabschnitt eröffnet. Zur Aufgabe des Museums sagte Bürgermeister Otmar Schick nach der Eröffnung, es solle „das jahrhundertlange gute Miteinander und Nebeneinander der jüdischen und christlichen Laupheimer Bevölkerung bis zum leidvollen Ende der jüdischen Gemeinde bewusst machen". Es sollte also ein Ort der Vermittlung von historischem Wissen sein, das bei der jungen Generation nicht mehr vorhanden war. Bei allem Engagement der Kommunalpolitik ist nicht übersehen worden, dass die Deutung der christlich-jüdischen Geschichte einer zeitlichen Zweiteilung folgte, die für die Zeit zwischen 1933 und 1942 sehr im Allgemeinen bleibt: dem harmonischen Mit- und Nebeneinander bis 1933 und dem leidvollen Ende danach. Offen auszusprechen, dass selbst die Kleinstadt mit ihren gewachsenen sozialen Bindungen vor Unrecht und Leid keinen Schutzraum bot, schien ein Tabu zu sein.

Zur Fertigstellung des Museums gelang es der Kommune, die Unterstützung des Landes Baden-Württemberg zu erhalten, vertreten durch das Haus der Geschichte Baden-Württemberg. Bereits im Verlauf der Realisierung des ersten Bauabschnittes gründete sich 1996 mit der „Gesellschaft für Geschichte und Gedenken e. V." (GGG) ein Verein, dessen Zweck in der „Pflege und Erforschung der Ortsgeschichte Laupheim, insbesondere im Hinblick auf die ehemalige jüdische Gemeinde und die Pflege ihres Andenkens" besteht. Ihren Satzungszweck verwirklicht die GGG durch Publikationen, Vorträge, Ausstellungen, Sammeln von Museumsgegenständen und Archivalien. Wieder war es Ernst Schäll, der die Gründung vorangetrieben hatte. Mitglieder der GGG nahmen Kontakt zu Emigranten auf und suchten nach Überresten jüdischen Lebens. Indem sie sich öffentlich für das Museum engagierten, trugen sie in der Phase des Museumsaufbaus zur innerstädtischen Auseinandersetzung mit verdrängten Teilen der Stadtgeschichte bei. Mit der GGG entstand eine Interessenvertretung all derjenigen, die sich aktiv am Gedenken beteiligen, sich in der Öffentlichkeit für eine Integration der jüdischen in die allgemeine Stadtgeschichte einsetzten und die sich bis heute um die Entstehung von weiteren Erinnerungsorten in der Stadt bemühen.

Das Museum, das 2006 fertiggestellt wurde, erzählt heute auf drei Etagen die Laupheimer Stadtgeschichte als das Neben-, Mit- und Gegeneinander von Christen und Juden von 1730 bis zur Gegenwart. Gesonderte Bereiche sind dem Hollywood-Begründer Carl Laemmle, der weitverzweigten Familie Steiner sowie dem Künstler Friedrich Adler gewidmet. Ein Raum befasst sich mit Laupheimer Frauen, darunter die Sportlerin Gretel Bergmann. Die jüdische Geschichte wird nicht als separater, sondern als integraler Bestandteil der Stadthistorie dargestellt.

Die Erinnerung an jüdisches Leben, an christlich-jüdische Koexistenz und ihre Zerstörung nach 1933 hat einen institutionalisierten (Erinnerungs-)Ort. Sie wurde in einer dauerhaften Institution im kollektiven Gedächtnis der Stadt verankert und damit gefestigt. Während die Gedenktafeln an Gebäuden Gedenk- oder Gedächtnisorte im öffentlichen Raum markieren, sammelt und bewahrt das Museum über seine Dauerausstellung hinaus die materiellen Zeugnisse von Christen und Juden. Seine Sammlung bildet die materielle Basis des kulturellen Gedächtnisses der Stadt in der Gegenwart und für die Zukunft. Von Anfang an hat sich die Stadt als Trägerin der Einrichtung mit den Gedenkstätten des Landes vernetzt und ist ebenso wie zahlreiche Einzelpersonen Laupheims Mitglied der „Alemannia Judaica", einer 1992 gegründeten Arbeitsgemeinschaft, die sich für die Erforschung der jüdischen Geschichte und der lokalen Erinnerungsarbeit im süddeutschen Raum und den angrenzenden Regionen einsetzt.



Margaret Lambert im September 2003 in Laupheim am Eingang des Gretel-Bergmann-Stadions: Unter ihrem Mädchennamen Gretel Bergmann hielt die 1914 in Laupheim geborene Lambert vor den Olympischen Spielen 1936 den Deutschen Rekord im Hochsprung, der für eine Goldmedaille gereicht hätte. Wegen ihrer jüdischen Abstammung durfte Bergmann nicht bei den Olympischen Spielen antreten. Sie emigrierte kurz darauf in die USA. Ihre Heimatstadt Laupheim benannte ein neues Leichtathletikstadion nach ihr.

Ein überregional bedeutsamer Erinnerungsort

Das Museum hat sich mittlerweile zu einem überregional bedeutsamen Erinnerungsort entwickelt. So findet seit 2000 jährlich im Mai ein wissenschaftliches Symposium, die „Laupheimer Gespräche", statt, dessen Vorträge in einer Schriftenreihe vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg als Mitveranstalter publiziert werden. 2006 beging schließlich der Landtag von Baden-Württemberg den Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar in Laupheim. Ende 2009 wurde die Arbeit des Museums durch die Gründung eines Museumsbeirates auf eine breitere Basis gestellt.

Trotz Museum, zahlreicher Gedenktafeln an Gebäuden mit jüdischer Historie, trotz Straßen, die nach jüdischen Laupheimern benannt wurde, des Carl-Laemmle-Gymnasiums und des Gretel-Bergmann-Stadions: Die Erinnerung an die jüdische Geschichte ist in Laupheim durchaus konflikthaft und negativ besetzt. Über der Stadtgeschichte liegt durch die Zeit des Nationalsozialismus ein Schatten. Insofern war und ist die Aneignung der destruktiven Aspekte der Beziehungsgeschichte ein schwieriger, schmerzhafter Prozess, der Abwehr provoziert. Das Museum als zentraler Erinnerungsort der Stadtgeschichte thematisiert nicht nur die von oben verordnete Entrechtung, Vertreibung und Vernichtung, sondern fragt auch, ob und wo sich scheinbar legal Christen an der Not ihrer jüdischen Nachbarn bereichert haben. Deshalb ist es, was die Stadtidentität anlangt, sowohl ein Ort des Vergangenheitsstolzes wie der Vergangenheitskritik. Dieses Spannungsverhältnis findet bis heute in der Stadt nicht nur Befürworter, sondern auch Gegner. Schuldabwehr und Anerkennung von Schuld bestehen gleichzeitig nebeneinander.

Die Träger der Erinnerungskultur bemühen sich, die Juden im kollektiven Gedächtnis der Stadt als das zu verankern, was sie waren: Laupheimer, die auch Juden waren. Dieser identifikatorische Akt rückt zwangsläufig eine Tatsache ins städtische Bewusstsein: entrechtet, vertrieben und ermordet wurden Laupheimer, keine Fremden. Der zivilisatorische Bruch in den Jahren nach 1933 fand nur nicht im fernen Berlin oder in Osteuropa statt, sondern auch in Laupheim. Die Laupheimer Erinnerungskultur steht heute vor der Herausforderung, die Opfer- und die Täterperspektive zu verbinden und die Gedächtnisinhalte um die Beschäftigung mit den Ursachen und den Folgen der Beteiligung von Angehörigen der Stadt an den Verbrechen zu erweitern.

Obwohl die Generation der Zeitzeugen stirbt, ist die Zeit des Erinnerns keineswegs vorüber – weder in Laupheim noch andernorts. Die immer wieder aufflammenden Diskussionen über angemessene oder zeitgemäße Formen der Erinnerung sind ein Indiz dafür, dass sich jede Generation unter wandelnden Rahmenbedingungen ihre Erinnerung an die Geschichte und auch ihre eigenen Erinnerungsorte schafft. „Das Gedächtnis ist das Leben", schreibt Pierre Nora, und fährt fort: „Stets wird es von lebendigen Gruppen getragen und ist deshalb ständig in Entwicklung." Das gilt auch für Laupheim und seine christlich-jüdische Vergangenheit.



Öffentliche Demütigung badischer Sozialdemokraten im NS-Unrechtsstaat: Am 16. Mai 1933 wurden sieben angesehene SPD-Politiker aus Karlsruhe im Rahmen einer öffentlich inszenierten Schaufahrt in das Konzentrationslager Kislau verschleppt.

Die Aufnahme zeigt den Lastwagen mit Hermann Stenz, Adam Remmele, Erwin Sammet, Ludwig Marum, Gustav Heller, Sally Grünebaum und August Furrer auf der Karlsruher Kaiserstraße.

Von Karlsruhe nach Kislau

Die Schaufahrt ins Konzentrationslager am 16. Mai 1933

Monika Pohl

Es war eine perfekte Inszenierung, die die badischen Nationalsozialisten am 16. Mai 1933 – dem Tag der Konstituierung des gleichgeschalteten Badischen Landtags – in Karlsruhe zur Demütigung ihrer politischen Gegner vorbereitet hatten und mit der sie zugleich ein signifikantes Zeichen der neuen politischen Unkultur setzten. Für diesen Tag hatten die neuen Machthaber die öffentliche Überführung prominenter Sozialdemokraten vorgesehen, die als „Schutzhäftlinge“ im Karlsruher Bezirksgefängnis einsaßen und nun in einem mittelalterlich anmutenden Schauspiel den Weg in das nahe dem nordbadischen Bad Mingolsheim neu errichtete Konzentrationslager Kislau anzutreten hatten.

Den politischen Gefangenen war eine besonders infame Form des NS-Terrors zugedacht: ihre öffentliche Herabwürdigung durch einen fanatisierten Nazi-Mob, dem die Gelegenheit geboten wurde, seinen Aggressionen und niederen Instinkten freien Lauf zu lassen. Diese Verhöhnung politischer Gegner wurde als öffentlich demonstrierter „Volkszorn“ legitimiert und gutgeheißen.





Die Schaufahrt auf dem Karlsruher Marktplatz: Vor dem Rathaus der Stadt drängte sich eine Menschenmenge, als die sieben Sozialdemokraten, eskortiert von SA- und SS-Männern, vorübergefahren wurden. In der ersten Reihe Adam Remmele und Gustav Heller, in der zweiten Reihe Sally Grünebaum und August Furrer.

Die ersten Opfer des Terrors: Vertreter der organisierten Arbeiterschaft

Unter den sorgfältig ausgewählten Repräsentanten der Karlsruher Arbeiterbewegung – deren Zahl man auf die symbolträchtige „Sieben" festgelegt hatte – befanden sich auch zwei badische Spitzenpolitiker: der vormalige Staatsrat und SPD-Fraktionsvorsitzende Ludwig Marum und der ehemalige Staatspräsident Adam Remmele. Sie wurden zusammen mit fünf weiteren führenden Genossen auf der offenen Ladefläche eines Polizeimannschaftswagens, der den Weg durch die Karlsruher Innenstadt nahm, an den Pranger gestellt und den Blicken zufälliger Passanten, vor allem aber dem Spott eines arrangierten, eigens herbeigerufenen Publikums aus Nazi-Anhängern preisgegeben. Schon Tage vorher war in dem Karlsruher NS-Blatt *Der Führer* das Ereignis angekündigt und zur Teilnahme an diesem Spektakel aufgefordert worden. So wartete am Morgen des 16. Mai eine erregte Menge bereits an den Toren des Gefängnisses und beobachtete, wie die sieben Männer auf Bänken, die die Ladefläche des Lastwagens ausfüllten, Platz nehmen mussten, die Rücken gegeneinander gekehrt, ausgestattet nur mit ihrer armseligen Habe, die ihnen für ihre Haft zugestanden wurde. Neben ihnen nahmen Wachmannschaften der SA Platz, die jede Bewegung der Schutzlosen streng kontrollierten. Schmährufe begleiteten den Abtransport der Sozialdemokraten, die mit versteinerten Gesichtern die Fahrt antraten. Sie waren aufgefordert worden, den Blick auf die Fahrbahn zu richten, die für jeglichen Auto- und Straßenbahnverkehr gesperrt worden war und Platz bot für die Eskorte uniformierter SA- und SS-Männer, die den im Schritttempo fahrenden Lastwagen begleiteten. Akustisch wurde die Szene untermalt von den Klängen mehrerer Musikkapellen, die immer wieder das Lied *Das Wandern ist des Müllers Lust* intonierten, um damit den prominentesten Gefangenen, den ehemaligen badischen Staatspräsidenten, zeitweiligen Innen-, Justiz- und Kultusminister Adam Remmele, zu verhöhnen, der als gelernter Müller eine beispiellose politische Karriere durchlaufen hatte. SA-Männer teilten Flugblätter mit Text und Melodie des Liedes aus, ein Chor grölender Stimmen feierte die demütigende Überführung Remmeles und seiner Leidensgenossen.

Der Zug nahm den Weg vorbei an wichtigen Stationen der Politik in Karlsruhe: Man passierte das Landtagsgebäude, das Rathaus, ehe man den Zielort des Polizeipräsidiums erreichte, das in den letzten Monaten wegen seiner berüchtigten Verhörmethoden zum Schreckensort geworden war. Dort machte man einen kurzen Halt, ehe es in das nahe gelegene Durlach ging, einer Arbeiterhochburg, in der die siegreichen Nationalsozialisten ihren Triumph mit unverhohlener Genugtuung genossen. Der Zug bewegte sich dann weiter durch die benachbarten Dörfer und durch Bruchsal, ehe er an seinem Bestimmungsort, dem KZ Kislau, ankam. Ein Augenzeuge, der die Schaufahrt als Kind in Karlsruhe miterlebte, erinnert sich an „ein makabres Szenario zwischen Jahrmarkt und Tollhaus".

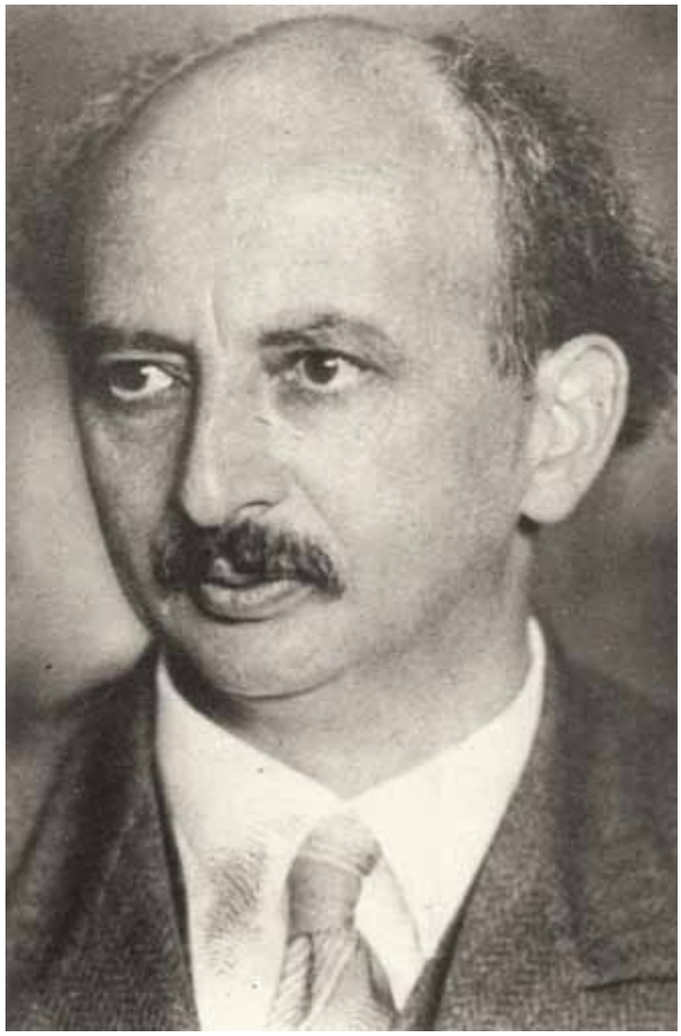
Massive Einschüchterung und vereinzelte Unmutsäußerungen

Diese Beobachtung bezog sich allerdings nur auf die tobende Masse der Gaffer, nicht aber auf die Gefühle, Verhaltensweisen und Aktionen der Nazi-Gegner. So erlebte das Kind auch, wie sein Vater – ein überzeugter SPD-Anhänger – nach der Schaufahrt zu Hause von einem Weinkrampf geschüttelt wurde und seinen bangen Ahnungen mit den Worten Ausdruck verlieh: „Die kommen nicht mehr wieder“. Andere Sozialdemokraten, die im badischen Polizeidienst tätig waren, versetzte die Schaufahrt in inneren Zwiespalt und Gewissenskonflikte. Sie sahen sich vor die Wahl zwischen Anpassung und Auflehnung gestellt. So wird von einem Karlsruher Polizisten berichtet, der mit sich rang, die befohlene Bewachung des Zuges zu verweigern. Für den Bruchsaler SPD-Parteivorsitzenden und Stadtrat Wilhelm Staiber war es dagegen keine Frage, seine Solidarität mit den Verhafteten offen zu bekunden. Als der Wagen Bruchsal passierte, wo der Reichstagsabgeordnete Ludwig Marum aufgewachsen war, rief Staiber: „Hoch Marum, hoch Remmele! Nur Mut, Marum.“ Er bezahlte diese mutige Intervention mit der sofortigen Verhaftung. Auch in Karlsruhe war es zu Solidaritätsbekundungen gekommen, die sich in vereinzelten „Rotfront“-Rufen von Kommunisten äußerten. Der Kompagnon Marums, der jüdische Rechtsanwalt Marx, hatte ebenfalls einen Zwischenruf gewagt und „Freiheit ade“ gerufen, als der Konvoi die Kanzlei Marums auf der Kaiserstraße passierte. Auch er erfuhr die Repression der Nazis, als diese sofort die Kanzlei stürmten und ihn festnahmen.

Diese mutigen Proteste zeigen, dass die NS-Herrschaft zu diesem Zeitpunkt keineswegs gefestigt war und der Widerstand gegen ihre Vorgehensweise auch öffentlichen Ausdruck in Akten der Zivilcourage fand. Dies mag die Tochter Marums, Elisabeth, getröstet haben, die ebenfalls zu den Zeugen der Schaufahrt gehörte und für die die öffentliche Demütigung ihres Vaters zu den traumatischsten Ereignissen ihrer Jugend zählte.

Verantwortlich für die Schaufahrt waren der badische Reichsstatthalter Robert Wagner und sein Innenminister Karl Pflaumer. Mit ihr demonstrierten sie den Siegesrausch der Nationalsozialisten, in den diese durch die bisher erfolgreichen Schritte des Gleichschaltungsprozesses versetzt worden waren, unterstrichen aber auch die bittere Niederlage, die sie der Sozialdemokratie zugefügt hatten. In der Schaufahrt wurden

Der Karlsruher Rechtsanwalt Ludwig Marum war Fraktionsvorsitzender der SPD im Badischen Landtag, Justizminister in der Badischen Vorläufigen Volksregierung 1918/19 und Reichstagsabgeordneter in Berlin.



der unerbittliche Hass und die Gewaltbereitschaft der Nazis im Umgang mit ihren Gegnern deutlich, das spektakuläre Vorgehen brachte der Stadt Karlsruhe traurige Berühmtheit. Neben der badischen Landeshauptstadt, die vormals als liberal geprägt galt, ist nur von der sächsischen Stadt Chemnitz bekannt, dass dort drei Sozialdemokraten in einer öffentlichen Fahrt an den Pranger gestellt wurden. Karlsruhe blieb es allerdings vorbehalten, dass man eine größere Gruppe repräsentativer Soziademokraten vorführte und erniedrigte. In einer illegal herausgegebenen SPD-Schrift hieß es dazu: „Die Vorgänge in Karlsruhe übersteigen alles, was man bisher in einem Kulturstaat erlebt hat!“

Neben den direkten Formen der Gewalt wie Prügel, Folter, Freiheitsentzug, die sie ihren politischen Gegnern antaten, griffen die Nationalsozialisten auch auf die öffentliche Demütigung als eine besonders niederträchtige Form psychischer Gewalt zurück, für die sie außer den Schaufahrten sehr unterschiedliche Varianten ersannen. Der offen ausgeübte Terror zeigt, dass sich die NS-Herrschaft von Anfang an nicht mit der scheinlegalen Machtausübung begnügte, sondern auf das Instrument massiver Repression zurückgriff, um die politischen Gegner einzuschüchtern, jeden Ansatz von Widerständigkeit im Keim zu ersticken und die Desensibilisierung der Bevölkerung gegenüber offenen Menschenrechtsverletzungen zu betreiben.

Doppelstrategie der Nationalsozialisten: Scheinlegalität und Terror

An diesem für Baden historischen Tag des 16. Mai trat die Doppelstrategie, mit der die Nationalsozialisten den Aufbau der Diktatur betrieben, besonders deutlich hervor: Sie wahrten die scheinlegale Fassade, indem sie den bereits entmachteten Landtag in einem pompösen Akt noch einmal zusammentreten ließen, und verletzten öffentlich die bisher geltende Rechtskultur, die auch den Gefangenen vor Willkür und Machtmissbrauch schützte. Das Bild, das sich draußen auf den Straßen der Innenstadt bot, ergänzte das parlamentarische Ritual im Innern des Badischen Landtags, in dessen ehrwürdigem Sitzungssaal der nach den Ergebnissen der Reichstagswahl neu gebildete Landtag zusammentrat. Dieser Eingriff in die Landeshoheit Badens war nach den Gesetzen zur „Gleichschaltung“ der Länder möglich geworden, die auf die Aufhebung des Föderalismus zielten. Das mit Hakenkreuzfahnen geschmückte Parlament in Karlsruhe entbehrte nun einer demokratischen Legitimation und ent-



Mit den beiden „Schutzhäftlingen“ Ludwig Marum (links) und Adam Remmele trafen die Nationalsozialisten die Spitzen der badischen Sozialdemokratie.

sprach nicht mehr dem Wählervotum der letzten Landtagswahl von 1929, das der NSDAP-Fraktion lediglich sechs Sitze und sieben Prozent der Stimmen gebracht hatte. Nun stellte die NSDAP die absolute Mehrheit im Parlament und den neuen Landtagspräsidenten Herbert Kraft, der vormals als randalierender, gewaltbereiter Abgeordneter mit vielfachen Verstößen gegen den parlamentarischen Ehrenkodex aufgefallen war. Von Anfang an hatte die kleine NSDAP-Fraktion die demokratische politische Kultur angegriffen, in der allein die Macht des Wortes gegolten hatte. Im Badischen Landtag, der zu den ältesten Parlamenten Deutschlands gehörte, war in der Zeit des Vormärz mit so redegewaltigen Abgeordneten wie Friedrich Hecker um die Durchsetzung einer parlamentarischen Demokratie gerungen worden. Die Parlamentarier der Weimarer Republik hatten dort eine ausgeprägte Debatten- und Streitkultur entwickelt. Mit der Sitzung vom 16. Mai 1933 fand diese stolze Tradition ihr klägliches Ende, als der in Parteiuniform auftretende Landtagspräsident das Ende der verfassungsmäßig garantierten Rechte des Landtages verkündete. Damit unterstrich er zugleich die Zerschlagung des Parlamentarismus in Baden und die Herabstufung des Landtages zu einem Instrument bloßer Akklamation.

Der Landtag sollte nur noch einmal, am 9. Juni 1933, zusammentreten, als er in einem badischen Ermächtigungsgesetz die letzten seiner Befugnisse auf die Regierung übertrug und sich damit selbst ausschaltete. Sein absolutes Ende brachte die formelle Auflösung am 14. Oktober 1933, das Gesetz vom 30. Januar 1934 übertrug die Eigenstaatlichkeit der Länder auf das Reich und hob damit den Föderalismus als Gestaltungsprinzip deutscher Staatlichkeit auf. Die Durchführung des Führerwillens oblag in Baden der Aufsicht des Reichsstatthalters Wagner, einem der frühesten Weggefährten Hitlers. Dieser hatte bereits am 10. März als eine der ersten Polizeimaßnahmen eine Verhaftungswelle für führende Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung angeordnet. Er konnte dabei auf die Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933 zurückgreifen, die auch die Repressalie der „Schutzhaft“ beinhaltete, durch die die Freiheit politisch missliebiger Personen ohne richterliche Überprüfung, ohne Rechtsbeistand und ohne Berufungsrechte auf unbestimmte Zeit eingeschränkt werden konnte.

Prominente Gegner der Nationalsozialisten im Staatsdienst

Seit dem Aufstieg der NSDAP in der Endphase der Weimarer Republik hatte sich neben den Kommunisten die Sozialdemokratie als deren entschiedener Widerpart gezeigt und den frühen Widerstand organisiert. Der SPD gehörten die sieben Karlsruher „Schutzhäftlinge“ an, die in das KZ Kislau überführt wurden. Sie hatten unermüdlich in Regierung, Parlament, Wehrverbänden, Polizei und Presse versucht, dem Aufstieg der Nationalsozialisten entgegenzuarbeiten. Deshalb gehörten sie als Abgeordnete und Funktionäre zu den ersten, die die Wucht der NS-Repression traf und die sofort in „Schutzhaft“ genommen wurden. An ihnen sollte ein Exempel statuiert werden, um mit dieser Einschüchterungskampagne künftige Widerstandsakte wirksam zu unterbinden.

Unter den sieben Sozialdemokraten waren Marum und Remmele die einflussreichsten Politiker, die in der Republik Baden hohe Ämter bekleidet hatten und als Repräsentanten eines demokratischen, toleranten und rechtsstaatlichen Badens weithin bekannt waren. Allerdings war Marum bereits 1928 aus der badischen Politik ausgeschieden und wirkte fortan als Reichstagsabgeordneter, dessen Mandat noch in der Wahl vom 5. März 1933 bestätigt wurde. Die ihn schützende Immunität hatten die Nationalsozialisten mit seiner Verhaftung grob missachtet. Als Politiker jüdischer Herkunft, der besonders in den Reichstagswahlkämpfen exponiert Stellung gegen die Nationalsozialisten bezogen hatte, sahen ihn die neuen Machthaber als besonderen Feind. Andere Gründe lagen dem Hass auf Remmele zugrunde, der als badischer Innenminister den Nationalsozialisten stets offensiv entgegengetreten war und als Regierungsmitglied die Uniform- und Versammlungsverbote gegen die Nationalsozialisten unterstützt hatte. Offenbar wollte man mit der Festnahme dieser beiden Politiker Symbolfiguren der badischen Sozialdemokratie treffen, die als entschiedene Demokraten für eine moderate, auf den Konsens mit bürgerlichen Parteien zielende Politik standen.

Man begnügte sich jedoch nicht mit der Person des ehemaligen Innenministers, sondern nahm auch zwei seiner treuesten Mitarbeiter, den Regierungsrat Hermann Stenz und den Polizeikommissar August Furrer, bereits im März 1933 in „Schutzhaft“. Diese beiden traf eine weitere Repressalie, als sie von der politischen Säuberung Anfang April 1933 betroffen wurden und aufgrund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ aus ihren Ämtern entfernt



Gustav Heller (1900–1977) war Gründer und Vorsitzender der „Eisernen Front“ in Karlsruhe. Nach 1945 engagierte er sich erneut in der Sozialdemokratie und war unter anderem Landtagsabgeordneter.

wurden. Für beide war der Verlust des Berufes und der Freiheit eine Wende in ihrem Leben, die sie nur schwer verkraften sollten. Hermann Stenz, der zu den intellektuellen Köpfen der badischen Sozialdemokratie gehörte und sich künstlerisch als Maler und Schriftsteller betätigte, war nach 1918 in den höheren Beamtendienst aufgestiegen. Als persönlicher Sekretär galt er als die „rechte Hand Remmeles“. Er war führend beteiligt am Aufbau einer republiktreuen Polizei in Baden, in der August Furrer als Kriminalsekretär bei der politischen Polizei gewirkt hatte. Dort war Furrer mit der Überwachung der NSDAP befasst, was ihm später zum Verhängnis werden sollte. Seine Verhaftung durch die SA geschah unter spektakulären Umständen. Im anschließenden Verhör wurde er schwer misshandelt. Er musste als Symbolfigur einer demokratisch orientierten Polizei die Rachegelüste der Karlsruher Nationalsozialisten auch physisch erdulden, was seinen Leidensgenossen zunächst erspart blieb.

Engagiert im „Reichsbanner“, in der „Eisernen Front“ und in der Parteipresse

Die beiden ebenfalls zur Schau gestellten „Schutzhäftlinge“ Erwin Sammet und Gustav Heller hatten nicht im Staatsdienst, sondern in zivilgesellschaftlichen Organisationen den Kampf zur Verteidigung der Republik ausgefochten. Sie waren durch ihre leitende Funktion in den Wehrorganisationen der republiktreuen Kräfte in Karlsruhe bekannt geworden, dem „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, das seit 1924 bestand, und der „Eisernen Front“, der Organisation der gemäßigten Arbeiterbewegung, die sich im Jahr 1931/32 als Antwort auf den Zusammenschluss aller rechten Kräfte in der „Harzburger Front“ gebildet hatte.

„Reichsbanner„ und „Eiserne Front“ spielten eine besondere Rolle in den letzten Krisenjahren der Republik, als der Nationalsozialismus zunehmend an Stärke gewann. In Karlsruhe hatte Erwin Sammet als dortiger Bezirksführer des „Reichsbanners“ eine Vielzahl von Demonstrationen und Kundgebungen organisiert und für den Schutz der Veranstaltungen republiktreuer Parteien gesorgt. Sein Einsatz diente der Mobilisierung einer breiten Bevölkerungsmasse für den Erhalt der Republik. Auch dem Karlsruher Stadtrat und Kampfleiter der „Eisernen Front“, Gustav Heller, war zu Anfang des Jahres 1933 der Ernst der Stunde durchaus bewusst, er hatte an der Spitze der „Eisernen Front“ alle Kräfte konzentriert, um den Sieg der Nazis zu verhindern. Sammet und Heller wurden nach dem Verbot ihrer Organisationen am 18. März verhaftet und in das Gefängnis Riefstahlstraße gebracht. Der 17. März 1933 war ein schwarzer Tag für die badische Sozialdemokratie, als in Freiburg der psychisch kranke SPD-Abgeordnete Daniel Nussbaum verhaftet wurde und in seiner Angst und Verzweiflung zwei Polizisten erschoss. Dieser Zwischenfall diente den Nazis als Vorwand für die Zerschlagung der Arbeiterbewegung in Baden, zu der auch das Verbot der republikanischen Kampfbünde, die Unterdrückung der sozialdemokratischen Presse, die Verhaftung aller noch in Freiheit befindlichen Landtags- und Reichstagsabgeordneten gehörten. Das endgültige Verbot der SPD am 22. Juni 1933 bildete nur noch den formalen Schlusspunkt der Restriktionen, die das Ende der organisierten Arbeiterbewegung beinhalteten.

Der siebte Sozialdemokrat auf dem Lastwagen war der 47-jährige *Volksfreund*-Redakteur Sally Grünebaum, der, von der *Heidelberger Volkszeitung* kommend, nun seit fünf Jahren bei dem Karlsruher SPD-Organ tätig war. Dieses erschien als eines der ältesten sozialdemokratischen Blätter in Baden seit 1899 in Karlsruhe und widmete sich besonders in den letzten Krisenjahren der Republik dem Abwehrkampf gegen die Nationalsozialisten. Die von dem Chefredakteur Grünebaum, der wie Marum jüdischer Herkunft war, geschriebenen Artikel suchten den Kampfeswillen und die Siegeszuversicht in der Auseinandersetzung mit den Feinden der Demokratie zu stärken. Dabei griff er auch die Führer der NS-Bewegung in Baden persönlich an. Dies sollte ihm im April 1933, als er bereits in „Schutzhaft“ genommen war, eine Beleidigungsklage des Reichstatthalters Wagner eintragen, aufgrund der er schließlich zu einer mehrmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Damit hatte er als einziger unter den sieben Häftlingen den Status eines verurteilten „Straftäters“ und musste so doppelt büßen für seine journalistische Arbeit, die er in den Dienst der Verteidigung der Republik gestellt hatte.

Das Ziel der Schaufahrt: das Konzentrationslager Kislau

Ziel der Schaufahrt war das im April 1933 neu eingerichtete KZ Kislau, dessen Mittelpunkt ein ehemaliges Schloss bildete. Die Nebengebäude wurden seit Jahren als Arbeitshaus

Ankunft im KZ Kislau: Die sieben Sozialdemokraten mussten sich in Reih und Glied aufstellen und wurden fotografiert. Die NS-Presse schrieb am nächsten Tag: „Im Vorhof des umfangreichen Komplexes [des KZ Kislau] stehen wiederum Hunderte und aber Hunderte von Volksgenossen, die die roten Verderber noch einmal sehen wollen, bevor die eisernen Tore der Anstalt sich hinter ihnen auf lange Zeit schließen.“



Am 29. März 1934 wurde Ludwig Marum im Auftrag des Reichsstatthalters und Gauleiters Robert Wagner im KZ Kislau ermordet.

für Männer genutzt. Organisatorisch von diesem getrennt, wurde dort ein zentrales Internierungslager für politische Gefangene in Baden aufgebaut. Entgegen seinen idyllisch anmutenden Baulichkeiten in der Nähe eines international besuchten Kurbades handelte es sich hier um einen Ort brutaler Unterdrückung, der um die 70 politische Gefangene in seinen Mauern festhielt. Die überwiegende Zahl der „Schutzhäftlinge" rekrutierte sich aus den Reihen der Kommunisten und Sozialdemokraten, die in ihrer gemeinsamen Leidenszeit alle Differenzen, die vormals zwischen den beiden Arbeiterparteien bestanden hatten, zurückstellten und sich nun als Gefangene solidarisch begegneten.

Bei ihrer Ankunft mussten die sieben Sozialdemokraten sich einem Zwangsfototermin stellen, dessen Bilder am nächsten Tag in der NS-Presse veröffentlicht wurden. Die zynische Schlagzeile lautete: „Abschied von der Residenz – Sieben Novemberverbrecher ziehen nach Kislau". Sowohl über die Existenz des Lagers als auch über die Häftlinge wurde die Öffentlichkeit genauestens unterrichtet, allerdings versuchten die Nationalsozialisten, den Charakter des Lagers als Instrument politischer Repression und Einschüchterung herunterzuspielen, indem sie internationalen Journalisten immer wieder zur Besichtigung Zugang gewährten und den Eindruck angemessener, humaner Haftbedingungen vermitteln wollten. Kislau galt als badisches „Renommierlager", auf dessen positiven Ruf die Nationalsozialisten sorgsam bedacht waren und das nicht verglichen werden sollte mit dem berüchtigten Lager Dachau, in das einige Häftlinge später überführt wurden und wo sich ihr Leidensweg fortsetzen sollte. Trotz des als „anständig" geltenden Lagerleiters Mohr, der sich als ehemaliger Kolonialoffizier an den Normen des kaiserlichen Militärs orientierte, mussten die Häftlinge viele Schikanen erdulden. Zu ihnen zählten die schwere Zwangsarbeit bei den Entwässerungsarbeiten im Bruch von Bad Mingolsheim, das schlechte Essen, die ständigen Demütigungen und willkürlichen Verbote durch das Wachpersonal. Kislau muss – wie alle anderen KZs auch – als „Vorhof zur Hölle" gelten, wie dies ein ehemaliger Häftling des württembergischen Konzentrationslagers Heuberg ausdrückte.



Das Schicksal der gedemütigten Sozialdemokraten

Für einige der sieben Sozialdemokraten bot sich nach wenigen Monaten der Haft die Perspektive der Entlassung. Unter strengen Auflagen und der erzwungenen Erklärung, sich nie wieder politisch zu betätigen, wurden Furrer, Heller und Sammet bereits im November 1933 entlassen. Remmele und Stenz folgten wenige Monate später am 9. März 1934. Wenn sie nun auch in „Freiheit" lebten, so war ihr Leben doch dauerhaft belastet durch eine strenge polizeiliche Überwachung, den Verlust des Berufes, die Stigmatisierung als Gegner des NS-Systems, die fortan ein Leben als Außenseiter der „NS-Volksgemeinschaft" fristeten. Die Kosten ihrer Haft hatten sie selbst zu tragen.

Das schlimmste Schicksal traf die beiden Sozialdemokraten jüdischer Herkunft, Grünebaum und Marum. Grünebaum wurde am 18. Oktober 1933 entlassen unter der Auflage, Deutschland zu verlassen. Er emigrierte nach Palästina, wo ihm bis zu seinem Tode 1948 der Aufbau einer gesicherten Existenz nicht gelang. Marum wurde in Kislau – während der Abwesenheit des Kommandanten Mohr – auf Befehl Wagners von NS-Schergen in der Nacht vom 28. auf den

29. März 1934 ermordet. Er hatte sich durch eine besonders aufrechte, den anderen Trost zusprechende Haltung ausgezeichnet und die ihm gebotenen Fluchtmöglichkeiten unter Hinweis auf seine Solidarität mit den Mitgefangenen und der geknechteten deutschen Arbeiterschaft abgelehnt. Er gehörte zu den frühesten Opfern des NS-Terrors in Baden. Als „badischer Rathenau“ – wie ihn Innenminister Pflaumer titulierte – traf ihn der unerbittliche Hass der Nazis. Sein gewaltsames Ende konnte als Menetekel für die kommenden Leiden der politischen Opposition und der Juden gelten.

Die in Deutschland überlebenden fünf Sozialdemokraten beteiligten sich nach Kriegsende am Aufbau der neuen deutschen Demokratie in Westdeutschland. Sie taten dies als Mitglieder der Sozialdemokratie, die an ihre alten Ideale der sozialen Gerechtigkeit und des Rechtsstaates anknüpfte. Remmele und Heller wurde wegen ihrer Verdienste die Ehrenbürgerschaft der Stadt Karlsruhe zuerkannt, Stenz nahm seine Arbeit in der Ministerialbürokratie wieder auf, Furrer und Sammet lebten als geachtete Bürger bis zu ihrem Tode in Karlsruhe.

Der Umgang mit den Tätern

Die Hauptverantwortlichen für die Schaufahrt, Reichsstatthalter Wagner und der nationalsozialistische Innenminister Pflaumer, wurden beide nach Kriegsende vor Gericht gestellt. Während über Wagner das Todesurteil verhängt und am 13. August 1946 in Straßburg vollstreckt wurde, erhielt Pflaumer vor der Spruchkammer in Karlsruhe nur die Einstufung als „Belasteter“ und konnte nach einer geringen Haftzeit sein Leben bis zu seinem Tode 1971 in Freiheit verbringen, ausgestattet mit einer reichlichen Pension für seine geleisteten Beamtendienste.

Die Schaufahrt im kollektiven Gedächtnis Karlsruhes

Im kollektiven Gedächtnis der Stadt Karlsruhe, die in der Nachkriegszeit zum Sitz der höchsten Gerichte der Bundesrepublik wurde, nahm die Schaufahrt und die in ihr offenbar werdende eklatante Verletzung des Rechtsstaates lange Zeit keinen zentralen Platz ein. Scham- und Schuldgefühle blockierten den offenen Umgang mit der Geschichte. Während die prominenten Sozialdemokraten Marum und Remmele



Robert Wagner (vorne in der Mitte), Reichsstatthalter und Gauleiter der NSDAP, mit dem Reichsfachschaftsleiter Hermann Neef (rechts) vor dem alten Karlsruher Bahnhof um 1940.

im Lauf der Zeit jedoch zunehmend in den Fokus der lokalen Erinnerungsarbeit rückten, war die Schaufahrt zunächst nur von untergeordnetem Interesse. Dies änderte sich, als sie in den Jahren 2003 und 2008 anlässlich des 70. und 75. Jahrestags ihrer Wiederkehr noch einmal inszeniert und nachgestellt wurde und eine städtische Ausstellung über die damaligen Vorgänge informierte. Bei der Reinszenierung wurden junge Menschen aktiv, zuerst die Schülerinnen und Schüler des Ludwig-Marum-Gymnasiums Pfinztal, später die Jungsozialisten, die sich zu einem Demonstrationszug formierten und Flugblätter mit Informationen über die Schaufahrt von 1933 verteilten. Sie folgten einem historischen Polizeilastwagen, auf dem sieben Jugendliche die ehemaligen Häftlinge darstellten. Dies stieß in der städtischen Öffentlichkeit und Presse auf große Resonanz und förderte den Prozess, die entwürdigende Schaufahrt im kollektiven Gedächtnis der Stadt zu verankern.

Dennoch ist auch heute die Schaufahrt noch nicht zu einem selbstverständlichen Erinnerungsort in der Gedächtnisgemeinschaft in Baden-Württemberg geworden. Es bedarf weiterer Anstrengungen, auch für künftige Generationen die Erinnerung an diesen eklatanten Verstoß gegen die Menschenrechte wachzuhalten. Dies kann den stetigen Einsatz für eine Kultur der Humanität und Menschenwürde nur fördern und helfen, die Identität unseres demokratischen Gemeinwesens zu bewahren.



Das Ulmer Münster – Ort des Bekenntnistages im April 1934: Mit mehr als 5000 Gottesdienstbesuchern aus dem gesamten Deutschen Reich und mit der Erklärung des „Ulmer Bekenntnisses“ gilt der Tag als die Geburtsstunde der Bekennenden Kirche.

Der Ulmer Bekenntnistag vom 22. April 1934

Öffentlicher Auftakt zum reichsweiten Zusammenschluss der „Bekennenden Kirche“

Jürgen Kampmann

Das Ulmer Münster stellt nicht nur für die Silhouette der alten Reichsstadt Ulm und ihrer evangelischen Kirche das unübersehbare Zentrum dar, es gewann am 22. April 1934 auch für den Protestantismus in Württemberg und darüber hinaus in ganz Deutschland eine überragende Bedeutung. An diesem Sonntag fanden sich dort mehr als 5000 Menschen zu einem Gottesdienst ein. Sie erlebten dabei nicht nur die Predigt des württembergischen Landesbischofs Theophil Wurm, sondern ihm folgte der ebenfalls nach Ulm gekommene bayerische Landesbischof Hans Meiser mit einer „Kundgebung“, die kirchenpolitisch hochbrisant war.

Deren Kernaussage lautete: „Wir versammelten Vertreter der württembergischen und bayerischen Landeskirchen, der Freien Synoden im Rheinland, in Westfalen und Brandenburg sowie vieler bekennender Gemeinden und Christen in ganz Deutschland erklären als rechtmäßige Evangelische Kirche Deutschlands vor dieser Gemeinde und der gesamten Christenheit: Auf uns lastet die schwere Sorge um die Deutsche Evangelische Kirche. [...] Um der dauernden Gefährdung des Bekenntnisses und der Kirche willen [...] stellen wir uns der Christenheit und allen, die es hören wollen, dar als eine Einheit, die durch die Kraft Gottes treu zum Bekenntnis zu stehen gedenkt [...] Das Handeln der Reichskirchenregierung hat seit langer Zeit keine Rechtsgrundlage mehr. Es geschieht Gewalt und Unrecht, gegen welche alle wahren Christen beten und das Wort bezeugen müssen.“



Der bayerische Landesbischof Hans Meiser trug die kirchenpolitisch brisante Kundgebung vor.



Wider die Deutschen Christen

Diese „Ulmer Erklärung“ stellte den vorläufigen Höhepunkt der 1933 wenige Monate nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ in der evangelischen Kirche ausgebrochenen kirchenpolitischen Auseinandersetzung dar. Deutsche Christen (DC) setzten sich mit aller Gewalt dafür ein, dass auch in der evangelischen Kirche die vermeintlichen nationalsozialistischen „Errungenschaften“ der rassischen Ausgrenzung der Juden, des Führerprinzips und der „Gleichschaltung“ eingeführt würden. Bei Kirchenwahlen im Juli 1933 konnten die Deutschen Christen insgesamt mehr als zwei Drittel aller Stimmen erlangen. So stellten sie seit dem Spätsommer 1933 die Reichskirchenregierung mit dem Reichsbischof Ludwig Müller an der Spitze und setzten ihre Ideen ohne Rücksicht auf Andersdenkende durch. Im April 1934 waren sie gerade im Begriff, auch die württembergische evangelische Landeskirche gleichzuschalten und Landesbischof Theophil Wurm, der sich nicht willfährig zeigte, aus dem Amt zu drängen.

Nachdem es zu vergleichbaren Konfrontationen auch schon andernorts in Deutschland gekommen war – etwa in Westfalen und im Rheinland –, zeigte sich, dass sich diejenigen, die sich nicht diesem deutschchristlichen Ansturm beugen mochten, gemeinsam widersetzen und den Schulterschluss miteinander suchen mussten. Für den gesamten deutschen Protestantismus gelang das erstmals in Ulm am 22. April 1934. Aus einer Vielzahl der deutschen Landeskirchen hatten sich „Kirchenführer“ und Abgesandte in der Stadt an der Donau versammelt. Sie wagten es, sich an diesem Sonntag erstmals markant zur äußerst angespannten Lage in der evangelischen Kirche öffentlich zu äußern und den Machtanspruch der Deutschen Christen grundlegend in Frage zu stellen.

Theophil Wurms Ehefrau Marie hat das Ereignis in ihrem Tagebuch so festgehalten:

22. April, Sonntag Jubilate.
6 Uhr aufgestanden, 1/2 7 gefrühstückt, alle zusammen per Auto nach Ulm. Wunderbare Fahrt durch das blühende Land. Die Alb ist mehr grün, und der Wald gesprenkelt. In Ulm blühen auch schon Mandelbäumchen in den Gärten. Im Russischen Hof abgestiegen, viele Herren aus den verschiedenen deutschen Kirchen da. Meiser auch da, noch verschiedenes besprochen, es wird nun alles in dem Gottesdienst gesprochen, da können sie am wenigsten machen. Es waren gewiß 6000 Menschen da, von der Kanzel sei's ein großartiger Anblick gewesen. Vaters Predigt und Meisers Kundgebung ergänzten sich fein, es war erhebend, und die Stimmung war spürbar gut und entschlossen. Außerhalb des Münsters noch Gesang: Erhalt uns Herr usw. Gemeinsames Mittagessen. Nachher hatten die Herren längere Aussprachen und Beratungen. Großartige Freude und Stimmung über das Gehörte und den ganzen Verlauf. Präses Koch (Präses der westfälischen Provinzialsynode […]), Pastor Hahn (Superintendent in Dresden, […]) und viele Herren gesehen. Es war sehr interessant für uns alle. Während der Besprechungen fuhren wir mit dem Auto geschwind nach Blaubeuren. 1/2 6 Uhr Heimfahrt, wieder sehr schön. Vater 1/2 10 Uhr noch nach Berlin!



Marie Wurm begleitete ihren Ehemann,
Landesbischof Theophil Wurm,
zu dem Gottesdienst in Ulm am 22. April 1934.

Die kirchenpolitisch angespannte Situation im April 1934

Marie Wurms Eintragungen lassen deutlich werden, in welch einer zwiespältigen Wirklichkeit man 15 Monate nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ lebte, wenn man sich nicht einfach den Wünschen und Zielen der Deutschen Christen gegenüber willig zeigte. Es galt, sich in einer in der evangelischen Kirche bis dahin unbekannten Form eines Konflikts zurechtzufinden, Kontakte zu Mitstreitern für die eigene Überzeugung aufzubauen, auch über die Grenzen der Landeskirche hinaus. Zudem musste schnell gehandelt werden. Kurzfristig waren deutschlandweite Reisen zu unternehmen, um sich abzustimmen und um Solidarität in bedrängter Situation zu zeigen.

Das war eine nicht vorhergesehene Folge der Einrichtung der Deutschen Evangelischen Kirche, der ersten länderübergreifenden evangelischen Reichskirche, die noch im Frühjahr 1933 fast allseits begrüßt worden war. Besonders auch in Berlin war Präsenz erforderlich – weniger, weil man hoffte, in der deutschchristlichen Machtzentrale der Reichskirchenregierung unter Führung des Reichsbischofs vielleicht doch noch etwas erreichen zu können, sondern vielmehr, um auf die in Berlin wirkenden Repräsentanten des NS-Staates Einfluss zu nehmen. Von Württemberg aus aktivierte man zudem insbesondere die Kontakte nach Bayern, denn in München fand man in dem bayerischen Landesbischof einen Verbündeten gegen die reichskirchlichen Übergriffe. Verbindungen waren sodann auch nach Westfalen und ins Rheinland zu knüpfen, wo sich schon im ersten Viertel des Jahres 1934 Widersetzlichkeit gegen Maßnahmen des Reichsbischofs und der Reichskirchenregierung eine starke Position aufgebaut hatte. Dort verfügte der Protestantismus mit dem Leiter der diakonischen Großeinrichtung Bethel (bei Bielefeld), Friedrich (genannt Fritz) von Bodelschwingh (dessen schon beschlossene Designation für das Amt des Reichsbischofs seitens der Deutsche Christen zugunsten Ludwig Müllers hintertrieben worden war) sowie mit dem Präses der Westfälischen Provinzialsynode, Karl Koch, einem aus den Jahren der Weimarer Republik politisch erfahrenen Abgeordneten der rechtskonservativen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), über Persönlichkeiten, die über die regionalen Grenzen hinaus Ansehen genossen. Wiederholte persönliche Begegnungen schufen gegenseitiges Vertrauen – und erlaubten dann auch ein gemeinsames Handeln.

Angesichts der seit der „Machtergreifung“ eingeforderten Einheit in allen Lebensbereichen erschienen auch die herkömmlichen innerprotestantischen Grenzen zwischen konfessionell lutherischen, unierten und reformierten Landeskirchen weniger bedeutsam als früher. Auch das war eine wichtige Voraussetzung dafür, dass sich die nichtdeutschchristlichen Kräfte im Frühjahr 1934 landeskirchenübergreifend zu einer „Bekenntnisgemeinschaft“, „Bekenntnisfront“ und schließlich zur „Bekennenden Kirche“ zusammenfanden.



Fritz von Bodelschwingh (Mitte), Leiter der Betheler Anstalten, wurde im Mai 1933 zum Reichsbischof designiert, trat aber noch vor Einführung in das Amt zurück, als die Deutschen Christen mit NS-staatlicher Rückendeckung massiv gegen ihn Front machten und in Preußen die Leitung der evangelischen Kirche einem „Staatskommissar“ übertragen wurde.

Nationalsozialistische Drohungen

Spätestens seit dem 13. März 1934 konnte bei den süddeutschen evangelischen Landesbischöfen Theophil Wurm und Hans Meiser kein Zweifel mehr bestehen, vor welchem politischen Hintergrund sie zu agieren hatten. Denn an diesem Tag kam es in der Berliner Reichskanzlei zu einer abendlichen Besprechung der beiden Bischöfe mit Reichskanzler Adolf Hitler und dessen Beauftragten für die Kirchenangelegenheiten, dem SA-Führer Franz Pfeffer von Salomon. Hans Meiser hat über diese Begegnung stenografisch als Äußerung Hitlers festgehalten:

Das Christentum wird aus Deutschland ebenso verschwinden wie aus Rußland. Die Konfessionen haben weder die Französische Revolution, noch den Bolschewismus, noch den Marxismus, noch die Revolution von 1918 verhindern können. Er (Hitler) habe der evangelischen Kirche die größten Chancen gegeben. Wenn die Kirche sie nicht nütze, das Volk wird nicht zugrunde gehen. Etwas anderes ist die Frage, ob die Institution der Kirche darüber nicht zerbricht. Das deutsche [Volk] hat viele hundert[,] tausend Jahre vor Christus ohne das Christentum existiert und wird auch weiter leben, wenn das Christentum verschwunden ist. Die Kirche hat ihre Zeit verkannt. Statt die Chancen zu nützen und mit Energie und voller Lebenskraft in die Geschichte einzugreifen, haben die Priester und Bischöfe sich mit Dogmenstreitigkeiten abgegeben. In Glaubensstreitereien mische er [Hitler] sich nicht ein. Ihm sei es darum zu tun, daß eine feste kirchliche Ordnung aufgerichtet werde. Es sei bedauerlich, daß die evangelische Kirche keine feste Lehrautorität habe. Der eine lege das Wort Gottes so, der andere anders aus. […] Die Kirche habe ihn in seinem Kampf allein gelassen. Er habe die Parole der Reichskirche ausgegeben; statt dessen verharre man auf dem Standpunkt der Landeskirchen und sperre sich gegen jede starke Zentralgewalt. Er mache den Kirchen den Vorwurf, daß sie das Landeskirchentum nicht überwunden haben, obwohl doch schon Luther eine starke Reichskirche gewollt habe. Luther würde heute auf seiten der Deutschen Christen stehen. Der Pfarrernotbund betreibe tatsächlich die Reaktion. Er kenne doch die Leute, die beim Pfarrernotbund sind. Das seien alles seine alten Gegner. Er, Hitler, wolle ein ehrlicher Makler sein. Um die Glaubensfragen kümmere er sich nicht. Daran sei er ganz uninteressiert. […] Er gehe nicht in die katholische Kirche, aber noch weniger möchte er in den evangelischen [Laden] gehen, der so von Streit zerrissen sei. Ja, Hitler habe dann gar einen Tobsuchtsanfall bekommen: Wenn aus der evangelischen Kirche Widerstand geleistet werde, so sei sie nicht des Kanzlers [Hitlers] allertreueste Opposition [wie das Meiser zuvor ausgedrückt hatte], sondern Deutschlands Zerstörer.

Schließlich, so hielt es Meiser fest, habe Pfeffer von Salomon verlangt, man solle darüber einige Tage nachdenken; die NSDAP werde es sich einiges kosten lassen, wenn man in der evangelischen Kirche zu einer (aus nationalsozialistischer Sicht passenden) Ordnung komme – wenn aber nicht, „müsse von außen zugegriffen werden; dann werde aber ohne Schonung vorgegangen“. Das war nichts anderes als eine offene Drohung.

Passiver Widerstand als rechtmäßige evangelische Kirche

Meiser und Wurm informierten über diese Einschätzungen Hitlers am 19. März 1934 bei einem Treffen in Frankfurt (Main) unter anderem auch Präses Karl Koch und die Pfarrer Karl Lücking, Heinrich Held und Karl Immer. Diese Protagonisten des sich im Westen Deutschlands formierenden Widerstandes gegen das deutschchristliche Kirchenregiment standen noch unter dem frischen Eindruck des Erlebens, dass nur drei Tage zuvor in Dortmund eine Tagung der von Karl Koch geleiteten Westfälischen Provinzialsynode durch die Geheime Staatspolizei (Gestapo) geschlossen worden war. Dann aber hatte dort noch am Nachmittag des gleichen Tages eine Bekenntnissynode für Westfalen einberufen werden können. Überdies war es gelungen, am 18. März (also tags zuvor) an die 25 000 Menschen kurzfristig in der Dortmunder Westfalenhalle zu einer Bekenntniskundgebung zu versammeln. So hatte die Unterstützung für die neue Bekenntnissynode sofort gewaltigen Ausdruck gewonnen; es gab offensichtlich eine große, mobilisierbare Unterstützung in den Kirchengemeinden. Kurz: Die innerkirchliche Opposition gegen das deutschchristliche Kirchenregiment hatte sich als kampagnefähig erwiesen.

Zum Ziel der Frankfurter Beratungen wurde nun, diese Kräfte zu bündeln. Theophil Wurm brachte es plakativ auf den Punkt: „Nachdem die Bewegung im Westen aufgebrochen ist, darf der Süden nicht zurückbleiben." Es gehe um eine Auseinandersetzung um den Kern protestantischen Verstehens des Glaubens. Und schon mehr als einen Monat vor dem Ulmer Bekenntnistag sagte Wurm im geschlossenen Kreis ungeschminkt: „Die Durchführung des Führerprinzips in der Kirche liefert die evangelische Kirche jedem Experiment, sei es nach der völkischen, sei es nach der katholischen Seite hin aus. Es geht darum, daß die Kirche evangelisch bleibt. Ich hätte gar keine Bedenken, wenn nicht so viele Angstmeier vorhanden wären. Damit muß man aber fertigwerden." Und der westfälische Präses Koch erklärte klipp und klar: „Mit Verhandeln wird kein nützliches Ziel für die Kirche erreicht werden."

Das in Frankfurt ins Auge gefasste Vorhaben wurde nun zielstrebig weiterverfolgt – bis hin zur Bildung der Ersten Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche (DEK) in Wuppertal-Barmen Ende Mai 1934. Der Ulmer Bekenntnistag am 22. April 1934 stellt die wohl wichtigste Etappe auf diesem Weg dar.

Selbstverständnis und Anspruch der „Bekenntnisfront"

Ein erster Versuch, auch im württembergischen Stuttgart eine große, in dem im Rheinland und in Westfalen schon erprobten Stil gestaltete Bekenntniskundgebung oder Bekenntnisgottesdienste am 8. April 1934 durchzuführen, scheiterte an einem polizeilichen Verbot. Im Laufe der dann folgenden Woche spitzte sich der Konflikt zu. Es kam zu einer Aus-



Der württembergische Landesbischof Theophil Wurm in seiner Amtstracht auf einer Aufnahme aus dem Jahr 1935. Wiederholte Versuche der Deutschen Christen, ihn aus seinem Amt zu verdrängen, scheiterten nicht zuletzt an der großen Unterstützung, die Wurm aus der evangelischen Bevölkerung erfuhr.

einandersetzung um die Einberufung des für die kirchliche Gesetzgebung in Württemberg zuständigen Landeskirchentages und über einen am 15. April unternommenen Versuch des Reichsbischofs, die Kirchenregierung in der württembergischen Landeskirche unter seine Kontrolle zu bringen.

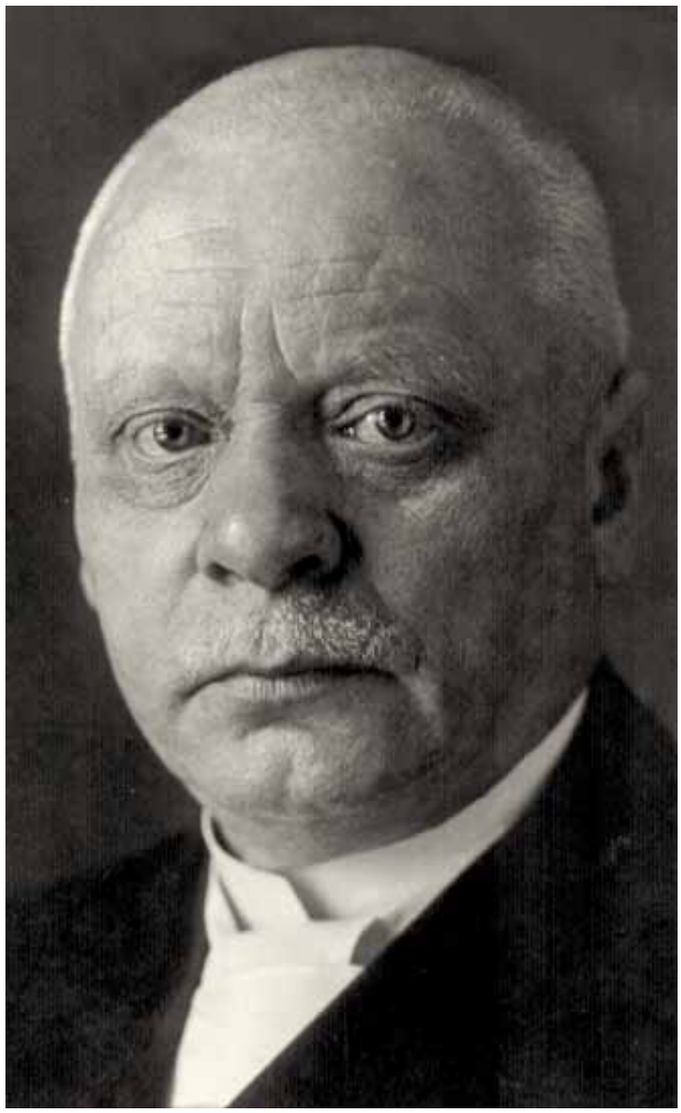
Angesichts dessen traf sich Landesbischof Wurm mit seinem bayerischen Kollegen Meiser, aber auch mit Fritz von Bodelschwingh in München. Sie verabredeten, eine für den kommenden Sonntag – den 22. April 1934 – sowieso schon geplante Predigt Theophil Wurms im Ulmer Münster dazu zu nutzen, deutschlandweite Solidarität mit Wurm wegen dessen unrechtmäßiger Infragestellung als württembergischer Landesbischof durch den Reichsbischof zu bekunden. Dazu sollten der bayerische Landesbischof und viele weitere nichtdeutschchristlich gesinnte Vertreter aus anderen deutschen evangelischen Landeskirchen nach Ulm kommen.

Außerdem steckte man in München die dann in Ulm am 22. April auch tatsächlich realisierte „kirchenpolitische Marschrichtung" ab, nicht etwa die verfasste evangelische Reichskirche zu verlassen, sondern sich *in* ihr als rechtmäßig beheimatet behaupten zu wollen. Das belegt ein Brief Fritz von Bodelschwinghs an den Bruderrat der Westfälischen Bekenntnissynode, in dem er am 19. April davor warnt, sich als Opposition gegen die deutschchristliche Reichskirchenregierung leichtfertig von der verfassten Kirche zu separieren; das berge „die Gefahr in sich, dass eine solche Trennung als ungesetzliche Handlung gedeutet wird, die sofort zum Eingriff des Staates führt. Ich erwäge, ob wir nicht mit einem solchen Schritt den Gegnern den grössten Gefallen tun

Am Rande des „Ulmer Bekenntnistages" versammelten sich der Ulmer Stadtpfarrer Gustav Oehler, die Landesbischöfe Wurm und Meiser sowie Dekan Kappus zu einem unverkennbar gestellten „offiziellen" Foto vor dem symbolträchtigen Ort des sogenannten „Reformationsportals" des Ulmer Münsters.



Karl Koch nahm als Präses der im März 1934 gebildeten Westfälischen Bekenntnissynode am Ulmer Bekenntnistag teil. Er leitete kurze Zeit später auch die erste Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche in Wuppertal-Barmen, die am 31. Mai 1934 die „Barmer Theologische Erklärung“ annahm.



würden und ob nicht der jetzige chaotische Zustand des passiven Widerstandes ihnen viel unbequemer ist.“

Theophil Wurm machte in einer am gleichen Tage abgefassten Kanzelabkündigung, die zur Verlesung am 22. April in allen württembergischen evangelischen Kirchen bestimmt war, deutlich, dass er eben diesen, in Westfalen schon seit Mitte März 1934 verfolgten Weg auch einzuschlagen beabsichtigte. So wie der dortige Präses Karl Koch in einer Rede vor der dann am 16. März 1934 von der Gestapo geschlossenen Provinzialsynode daran erinnert hatte, dass er bei der Übernahme des Präsesamtes seine Amtsführung unter das Wort des Paulus gestellt habe, „Ich übe mich, zu haben ein unverletzt Gewissen, beide, gegen Gott und die Menschen“, so stellte nun auch Wurm gerade diesen biblischen Gedanken seiner Kanzelabkündigung voran. Und genau wie Koch betonte auch er seine Treue zum Staat: „Der Landesbischof hat schon oft kundgetan und spricht das auch heute aus, daß er fest und entschlossen auf dem Boden des heutigen Staates steht, unter seinem Führer Adolf Hitler.“ Zugleich aber insistierte Wurm darauf, dass man in der evangelischen Kirche den Kampf darum führe, „ob das Evangelium in seiner ganzen reformatorischen Kraft und Tiefe einziger Grund und Quell der Verkündigung in unserer Kirche ist oder ob daneben allerlei dem Evangelium wesensfremde Anschauungen ausschlaggebende Bedeutung gewinnen sollen“. Die damit markierte Linie, sich *innerhalb* der verfassten evangelischen Kirche zu behaupten, fand dann in der „Ulmer Erklärung“ vom 22. April 1934 ihren Ausdruck in der steilen Formulierung, die Unterzeichner handelten „als rechtmäßige evangelische Kirche Deutschlands“.

Die gewünschte Wirkung der „Ulmer Erklärung“ blieb nicht aus. Schon am nächsten Tag beantwortete Theophil Wurm bei einer Unterredung mit Reichsbischof Ludwig Müller dessen Frage, ob er an dem festhalte, was in Ulm verkündet worden sei, ohne Einschränkung mit „Ja“. Müller hingegen bezeichnete die in Ulm verlesene Kundgebung als „Kriegserklärung“.

Weichenstellung zur Bildung einer deutschlandweiten Bekenntnissynode

Dass die „Ulmer Erklärung“ tatsächlich einen Schulterschluss zwischen dem evangelischen Süden mit dem Westen Deutschlands und mit Sachsen und Brandenburg darstellte, zeigte sich nicht nur an der Präsenz von Präses Karl Koch in Ulm. Auch im Zuge der weiteren dort geführten Verhandlungen am Nachmittag des 22. April 1934 wurde er deutlich. Kurt Scharf (später Bischof der Berlin-Brandenburgischen Kirche), einer der Teilnehmer am Ulmer Bekenntnistag, hat darüber fünf Jahrzehnte später berichtet:



Reichsbischof Ludwig Müller bei der Einweihung der Gustav-Adolf-Kirche in Berlin am 16. September 1934. Das bereits in den 1920er-Jahren von Otto Bartning konzipierte und auch unter Beteiligung jüdischer Künstler gestaltete Kirchengebäude lief den nationalsozialistischen architektonischen Vorstellungen an sich ganz zuwider. Dennoch wurde versucht, die Kirchweihe propagandistisch für die „nationale Erhebung" zu nutzen. Ludwig Müller hielt die Predigt im Gottesdienst zur Kirchenweihe.

Vom Turm [des Ulmer Münsters] erquickt heruntergestiegen, kamen wir zu einer Nachversammlung in […] der damaligen Prälatur zusammen, wählten zum Vorsitzenden unserer Versammlung den westphälischen Präses Koch aus Bad Oe[y]nhausen. […] Wir gaben kurze Berichte über die freien Synoden, die die reformierte rheinische Kirche durchgeführt hatte, die westphälische Kirche und die Berlin-Brandenburger Kirche, auch die hannoverische Kirche. Die Rheinländer und Westphalen kündigten an, daß sie zu einer gemeinsamen Tagung ihrer Synoden, der westphälischen und der freien rheinischen Synode, erneut zusammenkommen wollten. Und da reifte in uns der Entschluß: […] Wir müssen eine Reichsbekenntnissynode einberufen gegen die deutsch-christliche Zwangsherrschaft in der evangelischen Kirche in Deutschland und gegen die Versuchung des Reichsbischofs, die intakten Kirchen gleichzuschalten und sich zu unterwerfen. Bischof Meiser fürchtete eine zusätzliche Belastung für die süddeutschen Kirchen, wenn er uns zur Reichsbekenntnissynode nach München einladen würde. Da meldete sich Karl Immer zu Wort, der Pfarrer von Barmen-Gemarke, dort hatte die freie rheinische Synode getagt, und lud die Vertreter der süddeutschen, der lutherischen Kirchen und die Vertreter der Bekenntnisgemeinschaften zur Reichssynode Ende Mai nach Barmen ein.

In der verbleibenden knappen Zeit von gut einem Monat bis zu der so verabredeten Tagung einer Reichsbekenntnissynode erfolgten dann wesentliche Schritte, um eine stabile innere Struktur der „Bekennenden Kirche" aufzubauen. Am 29. April kam in Dortmund eine aus 240 Synodalen aus dem Rheinland und aus Westfalen gebildete, wieder von Karl Koch geleitete Bekenntnissynode zusammen. Sie nahm den von Ulm her gespielten Ball auf; Karl Koch versicherte den Mitstreitern in Württemberg, Bayern, Sachsen und anderwärts, „daß wir in der Bekenntnisgemeinschaft treu mit ihnen zusammenstehen". Gemeinsam wandten sich die beiden Bekenntnissynoden an die Reichsregierung und riefen sie als den „Garanten der Verfassung" an, „die Rechtsgrundlagen der Deutschen Evangelischen Kirche wiederherzustellen." Am 2. Mai 1934 setzte die „Bekenntnisgemeinschaft der Deutschen Evangelischen Kirche" (gezeichnet durch Präses Koch) unter explizitem Verweis auf die „Ulmer Erklärung" wie auch auf die Beschlüsse der rheinisch-westfälischen Bekenntnissynode nach. Sie wandte sich an den Reichsminister des Innern mit der Feststellung: „Ein Ausgleich der Gegensätze zwischen Deutschen Christen und Bekenntniskirche ist nicht möglich. Es stehen sich hier gegenüber eine in ihrem Denken und Handeln unkirchliche Machtbewegung und der Wille, Kirche aus ihrem Wesen heraus zu erneuern."

In dieser Form wurde die „Ulmer Erklärung" sofort außerhalb Württembergs rezipiert. Sie fand Beachtung in der kirchlichen Presse und sehr bald auch in der zeitgenössischen Geschichtsschreibung: In dem im Herbst 1934 veröffentlichten Abschnitt der *Chronik der Kirchenwirren* wurde das Ulmer Geschehen unter die Überschrift gestellt: „22. April. Zusammenschluß der Bekenntnisgemeinschaft der Deutschen evangelischen Kirche in Ulm."



In den Tagen vom 29. bis 31. Mai 1934 versammelten sich die gegen das Kirchenregiment des Reichsbischofs und der Deutschen Christen Opponierenden aus allen deutschen evangelischen Landeskirchen in Wuppertal-Barmen zur ersten Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche. Sie fassten die für die weitere Zusammenarbeit grundlegenden Beschlüsse. Der bis heute wichtigste war die Annahme der „Barmer Theologischen Erklärung" vom 31. Mai 1934.

Obwohl es in einem formalen Sinne nie zu einer Beschlussfassung über die Gründung einer Institution mit dieser Bezeichnung kam, war dennoch klar, dass man den „Ulmer Bekenntnistag" als die Geburtsstunde der fortan deutschlandweit auftretenden Bekennenden Kirche ansah, die für sich in Anspruch nahm, die rechtmäßige Deutsche Evangelische Kirche zu sein. Selbst der württembergische Landesleiter der Deutschen Christen, Wilhelm Rehm, formulierte das schon wenige Tage nach dem Ereignis: „Am 22. April fand im Münster in Ulm die Begründung der kirchenpolitischen Separation statt. […] Damit sind die Würfel gefallen; die Fronten sind klar!" So verschieden die kirchenpolitischen Ziele auch waren, so deckungsgleich wurde doch die Bedeutung eingeschätzt, die dem Ulmer Geschehen beizumessen war.

Ulm und Barmen

In der Bekennenden Kirche ist die Erinnerung an den 22. April 1934 bald zurückgetreten hinter dem Gedenken an den 31. Mai 1934, den Tag der Annahme der „Barmer Theologischen Erklärung", in der die Bekennende Kirche in sechs Thesen ihre grundlegenden theologischen Überzeugungen angesichts des kirchenpolitischen Dissenses mit den Deutschen Christen zum Ausdruck brachte. Doch in Vergessenheit geraten ist darüber das Ulmer Geschehen nicht. In den „Zeugnissen der bekennenden Kirche", die im Januar 1935 publiziert wurden, erhielt die „Ulmer Kundgebung" den hervorragenden Platz des ersten, allen anderen voran abgedruckten Dokuments. Und auch in Ulm und der württembergischen evangelischen Landeskirche ist die Erinnerung an den Ulmer Bekenntnistag nicht etwa verschwunden – 50 und auch 75 Jahre später, 1984 und 2009, wurde daran öffentlich erinnert.

Dass langfristig dennoch die „Barmer Theologische Erklärung" für den deutschen und darüber hinaus internationalen Protestantismus größeres Gewicht gewonnen hat als die „Ulmer Erklärung", dürfte dem Umstand zuzuschreiben sein, dass die Ulmer Proklamation spontan entstanden ist, eilig durch die kurzfristig herbeigeeilten Anwesenden verfertigt. Die „Barmer Theologische Erklärung" verdankt sich hingegen einer fundierten theologischen wie juristischen Vorarbeit – und ist dann durch eine synodale Beschlussfassung legitimiert worden. Sie war damit mehr als ein kirchenpolitisches Signal landeskirchenübergreifender Einheit in der Abwehr unrechtmäßiger Übergriffe seitens der Reichskirchenregierung, sie wurde zur Basis für das Zusammenstehen in einer evangelischen Kirche, die auch in ihren Leitungsstrukturen am überlieferten Evangelium orientiert bleibt. Dass es darauf und eben nicht auf ein bedenkenloses „Einpassen" an vermeintliche Erfordernisse der Zeit ankomme, hatte Landesbischof Theophil Wurm in seiner Predigt im Ulmer Münster am 22. April 1934 markant und zugespitzt formuliert: „Wir [als Christen und Kirche] dienen unserem Volk, wenn wir anders sind als die Welt."



Johann Georg Elser, der „einsame Täter“ aus dem Volk: Knapp fünf Jahre vor dem Anschlag Stauffenbergs am 20. Juli 1944 war der Königsbronner Tüftler seinem Ziel denkbar nahe gekommen, Adolf Hitler zu töten und damit den Krieg zu beenden. Das Foto zeigt Elser während der Vernehmungen nach seiner Festnahme.

Johann Georg Elser und Königsbronn

Das Attentat auf Hitler im Münchener Bürgerbräukeller am 8. November 1939

Peter Steinbach

Am Abend des 8. November 1939, wenige Wochen nach Beginn des Zweiten Weltkrieges, schreckte ein Anschlag die Weltöffentlichkeit auf. Am Jahrestag des „Hitlerputsches“ von 1923 war auf Hitler, Führer der NSDAP, Reichskanzler und Oberster Befehlshaber der Wehrmacht, im Münchener Bürgerbräukeller ein Anschlag verübt worden, der den Versammlungssaal nahezu vollständig zerstörte und acht Menschenleben forderte.

Dass es in Deutschland nicht nur Gefolgsleute Hitlers gab, die seinen Befehlen willig folgten, macht der Widerstand gegen den Nationalsozialismus deutlich. In Konzentrationslagern und Gefängnissen fanden sich bei Kriegsbeginn bereits hunderttausende Häftlinge. Aus der Haft heraus konnten sie das Regime nicht mehr aktiv bekämpfen, es blieb ihnen nur, sich gegen Willkür und Schrecken zu behaupten. Die Gestapo und der Sicherheitsdienst hatten viele der Regimegegner eingeschüchtert, verhaftet oder inhaftiert. Manche der Regimegegner waren aber durch Terror nicht zu verunsichern und bereiteten sich auf die Zeit „danach“ vor. Sie planten einen Umsturz, aber immer wieder scheiterten ihre Versuche, die Kräfte des Widerstands zu bündeln, Aktionen abzustimmen, die Voraussetzungen für die Gelegenheit zum Anschlag zu suchen und zu schaffen.

Johann Georg Elser wurde so zu einer Ausnahme, die nicht nur seinen Zeitgenossen schier unvorstellbar schien, sondern sich auch viele Jahrzehnte, bis in die 1980er-Jahre, dem gerechten Urteil der Nachlebenden entzog. Deshalb soll versucht werden, nicht nur sein Leben und seine Leistung, sondern auch sein Leiden vor Augen zu führen und den von ihm geplanten Anschlag auf Hitler in die allgemeine Widerstandsgeschichte einzuordnen.



Ein unvorstellbares Ereignis

Als in München die Bombe explodierte, befand sich Deutschland wenige Monate in einem Krieg, der sich rasch zum Weltkrieg ausweitete. Manche der Deutschen folgten den Propagandaberichten und glaubten, es handle es sich um einen Verteidigungskrieg. Sie schenkten Hitler Glauben, der am Morgen des 1. September 1939 erklärt hatte, Deutschland sei von Polen angegriffen worden und wehre sich. Andere ahnten, dass dieser Krieg weitergehende Ziele verfolgte, dass er auf die Vorherrschaft in Europa, wenn nicht sogar auf die Weltherrschaft zielte und als Rassen- und Weltanschauungskrieg die Grausamkeiten des vergangenen Krieges weit übertreffen sollte. Zunächst aber begann der Zweite Weltkrieg als ein europäischer Krieg: Großbritannien und Frankreich hatten die Konsequenzen aus dem Überfall auf Polen gezogen und Deutschland den Krieg erklärt.

Im Oktober war es an der Westgrenze nur zu einzelnen kleinen Scharmützeln gekommen. Am Rhein wurde noch eine Art Sitzkrieg geführt. Erst mit dem Einfall deutscher Truppen in den Niederlanden und Belgien im April 1940 und mit dem zweiten Blitzkrieg, der mit der Niederlage der französischen Armee endete, breitete sich in Deutschland Siegesgewissheit aus. Im Sommer 1940 erreichte Hitler den Höhepunkt deutscher Zustimmung zu seiner Herrschaft. Wäre er in diesem Moment verstorben, man hätte ihn, so mutmaßten Sebastian Haffner und Joachim C. Fest Jahrzehnte später, vielleicht zu den großen Deutschen gerechnet. Das hätte aber zur Voraussetzung haben müssen, dass alle Untaten, die bis dahin von den Nationalsozialisten verübt worden waren – die Vertreibung der Andersdenkenden im Kulturleben, die Entlassung von Beamten aus politischen Gründen, die Konzentrationslager und die Nürnberger Rassengesetze, schließlich das Novemberpogrom und die Errichtung der Konzentrationslager – gering erachtet würden angesichts der militärischen Erfolge. Wahrscheinlich wäre diese Annahme der beiden Publizisten, die das Geschichtsbild der Deutschen in der Nachkriegszeit geprägt hatten, nicht gewesen.

Geschichte, hatte der badische Historiker Franz Schnabel einmal erklärt, „konjugiert nicht im Konditionalis“. Deshalb ist die Suche nach einer „ungeschehenen Geschichte“ (Alexander Demandt) müßig. Tatsache ist, dass der Anschlag, den Elser am 8. November 1939 verüben konnte, dem Ziel der Regimegegner denkbar nahe gekommen war, Hitler zu töten. Dies stellte bereits Anfang der 1950er-Jahre der Tübinger Zeithistoriker Hans Rothfels fest und legte damit die Grundlage für eine faktische Bewertung des Attentäters Johann Georg Elser. Dieser unterschied sich von den meisten seiner Zeitgenossen, weil er das Regime Hitler offensichtlich durchschaut hatte, die Fähigkeit zur Empörung über das nationalsozialistische Unrechtsregime besaß und zu handeln wusste. Zunächst hatten die meisten Deutschen wenig euphorisch auf die Kriegserklärung Hitlers reagiert. Aber sie waren dennoch seinen Befehlen gefolgt. Zu gegenwärtig waren noch die Opfer im Bewusstsein, die der Erste Weltkrieg verlangt hatte, eine Kette von „Stahlgewittern“ (Ernst Jünger), die sich zu einer Art von „Menschheitsdämmerung“ gesteigert hatte und von Karl Kraus geradezu als „die letzten Tage der Menschheit“ bezeichnet worden war.



Der zerstörte Münchener Bürgerbräukeller.
Die Decke war durch die Detonation genau dort herabgestürzt, wo Hitlers Rednerpult stand.
13 Minuten vor der Detonation hatten der „Führer“ und sein Gefolge jedoch den Saal verlassen.



Johann Georg Elser auf einer Aufnahme, die aus der Zeit um 1938 stammt.

Dämpfte auch die Erinnerung die Begeisterung, so fehlte es den meisten Deutschen im Herbst 1939 zugleich an Weitblick und an der Vorahnung, dass dieser Krieg mit der Niederlage in eine „deutsche Katastrophe“ (Friedrich Meinecke) führen musste. Umso überraschender war die Tat Elsers. Konnte denn wirklich ein Schreiner eine Tat wagen, die ihn von allen Zeitgenossen unterschied und zugleich einem Ziel denkbar nahe kam, auf das in ihren nachträglich niedergeschriebenen Erinnerungen manche Regimegegner gewartet hatten? Elser hatte offensichtlich lange vor dem bürgerlich-militärischen Widerstand eine Möglichkeit gesehen, Hitler und den engsten Kreis seiner Satrapen auszuschalten.

Der Widerstand in seiner Breite und Vielfalt – 1939 noch nicht wirksam

Was diese Tat bedeutete, wird deutlich, wenn man den Blick auf andere Verschwörerkreise lenkt. Die Kommunisten waren infolge der nur wenige Wochen zurückliegenden Kumpanei der beiden Diktatoren Hitler und Stalin beim deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 noch weitgehend gelähmt. Nur langsam formierte sich seitdem ein neuer kommunistischer Widerstand in einzelnen Gruppen, die sich von Stalin abwandten und eine Art national orientierten Kommunismus entwickelten. Moskau hatte bei ihnen moralisch verloren, aber zum Handeln war es nach den Prozessen, die gegen Kommunisten vor den deutschen Gerichten in der Mitte der 1930er-Jahre geführt worden waren, viel zu früh. Andere Gegner hatte der NS-Staat bereits im Spätsommer 1939 vielfach verhaften und in Konzentrationslager einweisen lassen. Verbindungen der Regimegegner, die im „Reich“ agierten, zum Exil waren geschwächt, auch, weil die Alliierten viele Deutsche, die sich in ihrem Machtbereich befanden, ganz unabhängig von ihrer politischen Einstellung als feindliche Ausländer internierten. In manchen dieser Internierungslager fanden sich so entschiedene Gegner und unbeirrbare Anhänger Hitlers gemeinsam wieder.

Die kirchliche evangelische Opposition, die sich in der Bekennenden Kirche und im Pfarrernotbund gesammelt hatte, war durch die Verfolgung der Jahre 1936 bis 1938 geschwächt, teilweise demotiviert, zum Teil ohne Rückhalt bei den Kirchenoberen. Katholische Regimegegner waren seit den 1930er-Jahren stark geschwächt, obgleich die Enzyklika des Papstes Pius XI. mit „brennender Sorge“ auf die Verletzung der Menschenrechte und des Naturrechts hingewiesen hatte.

Entschlossen zum Handeln war um 1938/39 allein eine kleine Gruppe um Hans von Dohnanyi im Amt Ausland/Abwehr. Hier wurden Informationen über Rechtsbrüche gesammelt und geplant, Hitler zu verhaften oder zu töten. Im Allgemeinen aber wurde innerhalb des Kreises der potenziellen Attentäter ein Mordanschlag abgelehnt. Hitler zu verhaften, um ihn vor ein Gericht zu stellen – davon sprach man in den Kreisen der Opposition; ansonsten aber waren die Stimmungen schwankend und spiegelten nicht zuletzt Erfolg und Scheitern Hitlers wider. Das änderte sich erst 1942 und steigerte sich dann im Frühjahr 1943 zu der Entschlossenheit, Hitler nach einem Truppenbesuch auf dem Rückflug von der Heeresgruppe Mitte durch ein Bombenattentat zu töten. Man wollte einen Absturz der „Führermaschine“ herbeiführen. Als dieser Versuch gescheitert war, entschlossen sich einzelne andere zu einem Attentat, ehe dann im Jahre



Nicht wenige Widerstandskämpfer stammen aus dem heutigen Baden-Württemberg: Claus Schenk Graf von Stauffenberg, der Kopf des bürgerlich-militärischen Widerstands und Hitler-Attentäter vom 20. Juli 1944.

1944 Claus Schenk Graf von Stauffenberg als Chef des Stabes des Befehlshabers des Ersatzheeres das Gesetz des Handelns an sich reißen und auf Hitler den Anschlag vom 20. Juli 1944 verüben konnte.

Hinsehen – Empören – Handeln

Viele Diskussionen über das Recht zum Attentat und die Grenzen von Eidbindung und Gehorsam waren vorausgegangen. Dem Kreis der Attentäter erschien Hitler als „Antichrist“ und als „deutsches Verhängnis“, als Verbrecher, der sich durch die in Widerstandskreisen gut bekannten Untaten gewissenloser Kriegführung und des Völkermords an den Juden schuldig gemacht hatte und im Falle, dass die Regimegegner seiner Person und seiner Gefolgsleute habhaft werden konnten, als Rechtsschänder vor Gericht gestellt und verurteilt und zur letzten Verantwortung gezogen werden sollte. Die Grundlinien der Argumentation bürgerlich-militärischer Regimegegner hatten zu dem Zeitpunkt, als sich Elser auf das von ihm geplante Attentat vorbereitete, Generaloberst Ludwig Beck, der als Chef des Generalstabes 1938 zurückgetreten war, formuliert, als er Mitverschworene mit dem Argument gewinnen wollte, die Grenzen des Gehorsams lägen dort, wo der „Bestand der Nation“ durch einen Krieg aufs Spiel gesetzt werden würde. Beck hatte Hitlers Entscheidungen zunächst durch Denkschriften beeinflussen wollen. Weil er in dem von Hitler im November 1937 angekündigten Waffengang, der „Lebensraum im Osten“ sichern sollte, ein großes militärisches Risiko sah, bat er um seine Entlassung.

Die Wehrmachtsführung war 1938 im Zuge der Blomberg-Fritsch-Krise geschwächt worden, die Hitlers Stellung als Oberster Befehlshaber und später Kriegsherr endgültig besiegelte und die Wehrmacht zu einem Instrument des Kampfes um „Lebensraum“ und im ideologischen Weltanschauungskrieg machte. Ernennungen neuer Heerführer sicherten Hitler eine Gefolgschaft großenteils ergebener Generäle. In der Tat entwickelten sich die Nachfolger der Generäle von Fritsch, Brauchitsch und Beck zu gehorsamen Befehlsempfängern. Die Wehrmacht wurde allmählich zu einem Instrument im Rassen- und Weltanschauungskrieg, der auf dem Balkan und seit dem Angriff auf die Sowjetunion im Sommer 1941 gegen den „Bolschewismus“ geführt wurde. Manche hohen Generäle ließen sich von Hitler bestechen und trugen dazu bei, dass sich die Verbindungen zwischen NS-Führung und Wehrmacht festigten.

Die Tat Elsers: knapp fünf Jahre vor dem Anschlag Stauffenbergs vom 20. Juli 1944

Man muss die gleichzeitig mit Elsers Vorbereitung des Attentats konkreter werdenden Pläne der drei und vier Jahre später aktiv werdenden Regimegegner im Umkreis von Henning von Tresckow und Claus Schenk Graf von Stauffenberg betrachten, um zu begreifen, wie weit Elser selbst den späteren Attentätern voraus war. Der bürgerlich-militärische Widerstand im Umkreis von Carl Friedrich Goerdeler und Ulrich von Hassell wünschte sich im Herbst 1939 zwar den Sturz des Führungskreises um Hitler, sah aber zu dieser Zeit noch einen möglichen Nachfolger in Hermann Göring

und war weit davon entfernt, eine klare Position oder gar ein gemeinsames Ziel gefunden zu haben.

Die Mitglieder des Kreisauer Kreises um Helmuth James Graf von Moltke und Peter Graf Yorck waren gerade in ihren Anfängen und rangen noch um die Klärung einer gemeinsamen Position. Die Nachricht vom Attentat auf Hitler elektrisierte die Mitglieder des bürgerlich-militärischen Widerstandes nicht einmal. Sie schienen den Erklärungen der NS-Führung und der Propaganda von Goebbels zu glauben. Der Sicherheitsdienst (SD) hatte nämlich eine Verbindung zwischen der Festnahme zweier britischer Agenten in der Nähe des niederländischen Venlo und der Tat Elsers hergestellt und zunächst die Propagandathese gestützt, der Anschlag sei das Werk des britischen Geheimdienstes. Manche hielten auch die innerparteilichen Gegner Hitlers um Gregor Strasser, die „Schwarze Front", für verantwortlich.

Auch in den folgenden Wochen weist in den spärlichen Überlieferungen nichts darauf hin, dass es dem bürgerlich-militärischen Widerstand gelungen wäre, im Zuge des Nachdenkens über Elser – über den in der nationalsozialistischen Presse berichtet wurde – überhaupt vorauszuplanen, was eigentlich im Falle eines gelungenen Anschlags hätte erreicht werden können. Diese Zurückhaltung scheint die historische Bedeutung des Anschlags vom 8. November 1939 zusätzlich zu relativieren. Denn oft ist gefragt worden, ob der Tod Hitlers die weitere Entwicklung wirklich hätte beeinflussen können. Von Elser zu verlangen, dass er sich Gedanken über die Ereignisse nach seinem Anschlag hätte machen müssen, überschreitet die Möglichkeiten seines Handelns. Hätte Göring überlebt, wäre er vermutlich der Nachfolger Hitlers geworden und hätte sogar, zumindest für eine begrenzte Zeit, den weiteren Widerstand aus den Kreisen der Militärs und des Widerstandes gelähmt. Für Himmler wäre der Tod Hitlers vermutlich zu früh gekommen. Falls Goebbels sich durchgesetzt hätte, wäre die ideologische Mobilmachung ungehindert vorangetrieben worden.

„Wenn jeder wartet, bis der andere anfängt."
Sophie Scholl, geboren im hohenlohischen Forchtenberg und aufgewachsen in Ulm, verabschiedet sich von ihren politischen Freunden, die als Medizinstudenten in Russland die Menschenverachtung der Nationalsozialisten unmittelbar erlebten.

Aber ist eine derartige Frage nach möglichen Folgen des Anschlags wirklich angemessen? Sollte man nicht vielmehr nach der Motivation Elsers, nach den Umständen seiner Klarsicht, nach den Voraussetzungen seiner Unbedingtheit und seines Mutes fragen, der keine Rücksicht auf die eigene Person, auf seine Lebensgefährtin und sein Kind, auf seine Mutter, seine Schwester und seinen Bruder nahm? Sollte er nicht verglichen werden mit anderen Regimegegnern, die zur gleichen Zeit – wie der Hitler mit geladener Pistole nachreisende, zum Pistolenattentat entschlossene junge Schweizer Maurice Bavaud – entschlossen waren, Hitler zu töten, mit Beppo Römer, der später vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt wurde, weil ihn Mitverschwörer nicht decken konnten?

Ist nicht wichtiger als die Diskussion über die keineswegs klar in allen Weiterungen einzuschätzenden Konsequenzen seiner Tat seine Person und sein geduldig getragenes Schicksal als einer am längsten in der Haft isolierten Persönlichkeiten der Geschichte zu verstehen und zu würdigen? Denn zwischen seiner Einweisung in das Gestapo-Gefängnis in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße 1939 und der Überführung in die Sonderhaft des Konzentrationslagers Sachsenhausen bei Oranienburg 1940 und schließlich dem Tag seines Todes am 9. April 1945 hatte Elser kaum Kontakt mit anderen Menschen, sieht man von seinen Bewachern ab. So setzte sich seine Einsamkeit, in der er die Entscheidung gefällt hatte, Hitler zu töten, in der KZ-Haft fort.





Georg Elser (hintere Reihe, 2. v. r.)
bei einem Wanderausflug im Wental
bei Steinheim auf der Ostalb.

Verfolgungsmaßnahmen treffen auch Königsbronn, das als „Attentatshausen“ diffamiert wird

Die Konsequenzen dieses Anschlags hatte wenige Wochen später der kleine Ort mitzutragen, aus dem der Attentäter, der Schreiner Johann Georg Elser, stammte. Königsbronn, östlich von Heidenheim gelegen, wurde seitdem oftmals Attentatshausen genannt. Seit den 1980er-Jahren wandelte sich das Bild. Denn Mitte der 60er-Jahre war durch Zufall unter den Akten des ehemaligen Reichsjustizministeriums ein Vorgang aufgespürt worden, der das Bild der Nachlebenden entscheidend verändern sollte. Ein Historiker des Münchener Instituts für Zeitgeschichte hatte das gesamte Verhörprotokoll entdeckt. Wenig später wurde es veröffentlicht. Nun wurde deutlich, welche Motive Elser angetrieben hatten und welche Leistung die Vorbereitung des Attentats darstellte. Ein Film, in dem Klaus Maria Brandauer Elser als einsamen Täter darstellte, veränderte die Wahrnehmung noch wirksamer. In Königsbronn konnte eine Bürgerinitiative die Erinnerung an Elser auf eine neue Grundlage stellen. Die Forderung, ihn durch eine Gedenkstätte zu ehren, fiel auch in der Gemeinde auf fruchtbaren Boden. Heute sind in mehreren deutschen Städten Straßen und Schulen nach Elser benannt. In Berlin, Konstanz und Heidenheim erinnern Denkmäler an diesen Widerstandskämpfer, der als einer der ersten dem Ziele denkbar nahe gekommen war, Hitler zu töten.

Das Unvorstellbare bedeutete aber nicht nur Elsers Entscheidung, konsequent über Monate hinweg auf die Tötung Hitlers und die Ausschaltung seines engeren Kreises hinzuarbeiten. Ebenso unvorstellbar war, dass es nur wenige Minuten waren, die Hitler vor dem Anschlag bewahrten. Hitler, der regelmäßig am 8. November zum Jahrestag seines Putschversuches von 1923 im Münchener Bürgerbräukeller sprach, hatte im Gegensatz zu seinem sonstigen Verhalten an diesem Erinnerungstreffen mit dem Kreis der „alten Kämpfer“ bereits nach wenigen Minuten den Saal verlassen und war so dem Einsturz der Kellerdecke nach dem Bersten der von Elser sorgfältig präparierten Säule nach dem Attentat entgangen. Ungläubig reagierte die NS-Führung, als die eingesetzte Sonderkommission zweifelsfrei die Tat eines „Mannes aus dem Volke“ rekonstruiert hatte.

Damit aber begann ein langer Leidensweg des aus dem Württembergischen stammenden Attentäters. Dass man ihn so lange in der Isolationshaft hielt, erklärt sich wohl allein daraus, dass die NS-Führung plante, Elser nach dem Krieg einen Schauprozess zu machen und ihm zu unterstellen, im Auftrag des britischen Geheimdienstes gehandelt zu haben.

Elser wurde noch das Opfer eines weiteren Zufalls. Denn nachdem er den Versammlungssaal verlassen hatte, wurde der bis dahin unerkannt gebliebene Attentäter eher zufällig beim Versuch, in Konstanz illegal die Grenze zur Schweiz zu übertreten, von deutschen Zöllnern festgenommen und wegen verdächtiger Gegenstände, die man in seinen Taschen fand, der Polizei übergeben. Nach tagelangen Verhören gestand Elser seine Tat und bekräftigte dabei immer wieder seine Absicht, durch die Tötung Hitlers den Weg zu einem europäischen Frieden bahnen zu wollen.

Der einsame Täter – ein Mann aus dem Volk

Die Gestapo-Beamten rekonstruierten Elsers Lebensgeschichte und seine Absichten. Der 1903 geborene Georg Elser galt als ein außerordentlich geschickter Schreinergeselle, der großen Wert auf sorgfältige Arbeit legte. Ihm gelang es, selbst komplizierteste Gegenstände zu fertigen. Auffällig war sein früh ausgeprägter Gerechtigkeitssinn. Fühlte er sich ungerecht behandelt, so wechselte er den Arbeitsplatz. Immer legte er größten Wert auf seine Unabhängigkeit. Politischen Einflüssen war Elser erst während seiner Lehrzeit ausgesetzt. Er orientierte sich an den Zielen der beiden Arbeiterparteien, wurde aber auch durch pietistische Vorstellungen geprägt. Schließlich wurde er Mitglied im Holzarbeiterverband und trat 1928/29 auch dem kommunistischen „Roten Frontkämpferbund“ bei, ohne sich aber in beiden Organisationen stark zu engagieren. Bis 1933 wählte er die Kommunistische Partei Deutschlands, weil er sie für die beste Vertretung der Arbeiterinteressen hielt.

Georg Elser war ein verschlossener, zugleich aber auch ein geselliger Mensch. Er musizierte gern und schloß sich in Konstanz einem Trachtenverein, später auch dem Zitherverein in Königsbronn an. In einem Gesangverein spielte er den Kontrabass und musizierte oft auf Tanzabenden. Seine Freundin Mathilde Niedermann brachte 1930 den einzigen Sohn Elsers, Manfred, zur Welt.

Den Nationalsozialismus lehnte Elser von Anfang an entschieden ab. Er verweigerte konsequent den „Hitlergruß“, fühlte sich durch die Einschränkung der individuellen Freiheitsrechte nach 1933 betroffen und abgestoßen und widersetzte sich bewusst dem totalen Führungsanspruch der nationalsozialistischen Propaganda. Zum ausschlaggebenden Motiv für seinen Entschluss, die nationalsozialistische Führung durch ein Attentat zu beseitigen, wurde schließlich sein Wunsch, nach dem deutschen Überfall auf Polen „noch größeres Blutvergießen“ – so protokollierte der Verhörbeamte nach Elsers Festnahme – zu verhindern.

Elser hatte im November 1938 die Erinnerungsfeiern der Nationalsozialisten an die „Blutzeugen“ ihrer „Bewegung“ verfolgt, die beim Hitler-Putsch vom 9. November 1923 beim Marsch auf die Münchener Feldherrenhalle von Ordnungskräften erschossen worden waren. Er wusste nun, dass zum nationalsozialistischen Erinnerungsritual auch eine Ansprache des „Führers“ vor „alten Kameraden“ im Bürgerbräukeller gehörte. Mit dem Bürgerbräukeller in München fand er einen Ort, der für sein Attentat auf die NS-Führung bestens geeignet schien. Spätere Ermittlungen ergaben, dass Elser seit Herbst 1938 seine Tat zielstrebig vorbereitet hatte. In monatelanger Arbeit konstruierte er einen Sprengkörper, entwickelte eine mechanische Zündvorrichtung und beschaffte sich Presspulver.

Seit dem Frühjahr 1939 beschäftigte sich Elser nur noch mit den Vorbereitungen seiner Tat. Er fuhr mehrfach nach München, beschaffte sich in einem Steinbruch in Königsbronn, in dem er Arbeit gefunden hatte, Sprengpatronen und -kapseln und entwickelte eine „Höllenmaschine“, die zuverlässig funktionieren sollte. Im August 1939 mietete er sich in München ein Zimmer. Elser trieb nur noch sein Plan um. Er lebte von Ersparnissen und präparierte mit einfachen Werkzeugen in mehr als 30 Nächten die Säule über Hitlers Rednerpult im Bürgerbräukeller.

In der Nacht vom 2. auf den 3. November 1939 füllte er den mühsam geschaffenen Hohlraum in der Säule mit Sprengstoff, in der Nacht vom 5. auf den 6. November installierte er den

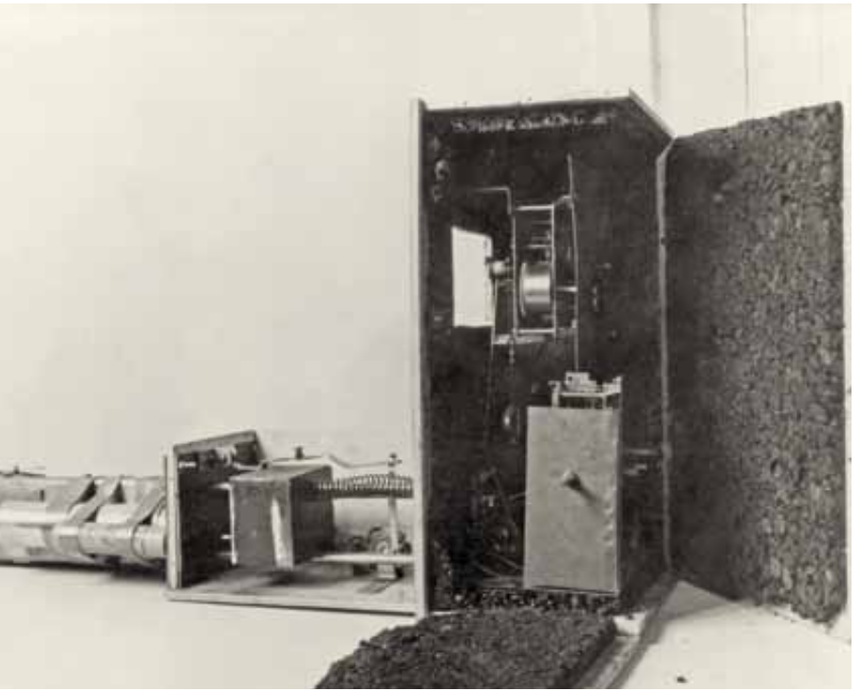


Hitler während seiner Rede im Bürgerbräukeller am 8. November 1939. In der Säule hinter der Fahne war der Sprengkörper Georg Elsers versteckt.

Zündmechanismus mit zwei Uhrwerken. Einen Tag später besuchte er seine Schwester in Stuttgart und verabschiedete sich von ihr. Am nächsten Tag kehrte Elser nach München zurück, um seinen Zeitzünder erneut zu kontrollieren. In der Nacht vom 7. auf den 8. November 1939 stellte er fest, dass die Uhrwerke richtig liefen. Nun fuhr er am 8. November nach Konstanz, um dort illegal die Grenze zur Schweiz zu überschreiten. Um 20.45 Uhr wurde er von einer Zollstreife festgenommen und der örtlichen Grenzpolizei übergeben. Gegen 21.20 Uhr explodierte der Sprengkörper im Bürgerbräukeller, den Hitler erst 13 Minuten zuvor, um 21.07 Uhr, verlassen hatte.

Reaktionen – der Beginn einer langen Leidensgeschichte in Einsamkeit

Bei seiner Festnahme trug Georg Elser eine Ansichtskarte des Bürgerbräukellers, ein Abzeichen des Roten Frontkämpferbundes, zunächst rätselhafte Aufzeichnungen sowie einige Teile des Zeitzünders bei sich. Nachdem der Anschlag auf den Bürgerbräukeller in Konstanz bekannt geworden war, schöpfte man Verdacht. Polizeibeamte überführten Elser nach München. Dort wurde er im Wittelsbacher Palais, der Staatspolizeileitstelle München, verhört und gefoltert. In der Nacht vom 13. auf den 14. November 1939 gestand Elser schließlich seine alleinige Täterschaft.



Die vom „schwäbischen Tüftler“ konstruierte „Höllenmaschine“: Den Sprengkörper entwickelte Elser ebenso wie den mechanischen Zünder. Beide funktionierten und entfalteten eine verheerende Wirkung.

Die Nationalsozialisten schenkten seiner Behauptung, alleine gehandelt zu haben, zunächst keinen Glauben. Hitler selbst vermutete hinter dem Anschlag den englischen Geheimdienst. Die Vernehmungsbeamten der Kriminalpolizei und der Geheimen Staatspolizei waren sich hingegen schon nach kurzer Zeit sicher, dass Elser allein gehandelt hatte. Fast alle Familiengehörigen des Attentäters wurden festgenommen, nach Berlin transportiert und im Reichssicherheitshauptamt verhört. Erst nach einigen Wochen wurden sie freigelassen, nachdem sie zum Schweigen verpflichtet worden waren.

Neben einer Vielzahl von Treuekundgebungen zu Hitler am 9. November 1939 gab es in Deutschland seltene kritische Äußerungen von Zeitgenossen, die das Scheitern des Attentats bedauerten. Deutsche, die sich als Befürworter des Anschlags zu erkennen gegeben haben, wurden denunziert, vor Sondergerichte gestellt oder ohne Verfahren in Konzentrationslager verschleppt. Die meisten Deutschen, unter ihnen auch Regimegegner im Zentrum der Macht, wussten nicht, wen sie für das Attentat verantwortlich machen sollten. Manche übernahmen die Deutung der NS-Führung, es handle sich um eine vom britischen Geheimdienst geplante Aktion. Andere gingen davon aus, dass die Nationalsozialisten das Attentat selbst inszeniert hatten, um auf diese Weise den Mythos von Hitlers Unverletzlichkeit und seiner Begünstigung durch die „Vorsehung“ zu stärken. Auch viele Angehörige der deutschen Opposition waren sich völlig sicher, dass es sich beim Münchener Anschlag um eine Provokation der Geheimen Staatspolizei gehandelt habe.

Die NS-Führung plante, nach dem erwarteten Endsieg gegen Elser einen Schauprozess zu führen. Deshalb wurde er nach Abschluss aller Vernehmungen als „Sonderhäftling“ im Zellenbau des Konzentrationslagers Sachsenhausen, später im Konzentrationslager Dachau gefangengehalten. Hier wurde er streng von anderen Häftlingen isoliert. Erst am 9. April 1945 wurde Georg Elser in Dachau auf Weisung von „höchster Stelle“ erschossen. Fast zur gleichen Zeit wurden im Konzentrationslager Flossenbürg der Widerstandskämpfer Dietrich

Mit einer Ausstellung zu Georg Elser und seiner Tat erinnert die Gemeinde Königsbronn an den großen Sohn ihrer Stadt, dem lange Zeit Unkenntnis und Verständnislosigkeit entgegengebracht worden war, bevor seine Tat als mutiger Akt des Widerstands anerkannt wurde.



Bonhoeffer gemeinsam mit Admiral Wilhelm Canaris und dem langjährigen Vorsitzenden des Reichskriegsgerichts Karl Sack ermordet, die im Laufe der Zeit dem Widerstand immer näher gekommen waren. So wurde durch den Zeitpunkt seiner Ermordung deutlich, dass er zu den bedeutenden Gegnern des NS-Staates gehört.

Früher als Verräter diffamiert, heute als ein „großer Sohn“ Baden-Württembergs gewürdigt

Elsers Rehabilitation scheiterte zunächst, weil manche Historiker an ihrer Ansicht festhielten, Elser sei ein *agent provocateur*, den die Nationalsozialisten zum Werkzeug ihrer eigenen Propaganda gemacht hätten. Mitgefangene verbreiteten die Nachricht, er hätte als Einzelhäftling Privilegien genossen und habe in Wirklichkeit sogar der SS nahegestanden. Elsers Mutter führte einen verzweifelten, erfolglosen Kampf, um die Ehre ihres Sohnes wiederherzustellen. Auch in Königsbronn blieb Elsers Familie noch viele Jahre ausgegrenzt. Allmählich wurde aber das wahre Bild Elsers und die Geschichte seines Anschlags erforscht.

In den 1970er-Jahren bezeichnete ein englischer Historiker Elser als Hitlers „wahren Antagonisten“. Nun erschienen Biografien, immer mehr Menschen beschäftigten sich mit ihm und erkannten seinen Widerstandswillen und seine Entschlossenheit an. Zu seinem 100. Geburtstag erschien 2003 eine Sonderbriefmarke der Deutschen Post. In Berlin weihte der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble ein Denkmal mit Elsers Büste ein. Auch in Konstanz erinnert ein Denkmal an die Stelle, an der er verhaftet wurde, an den Einzeltäter aus dem Volk. In Berlin wurde ein Denkmal errichtet – auf dem Gelände der früheren Reichskanzlei Hitlers. Auch in Königsbronn konnte eine Bürgerinitiative ein Denkmal errichten. Ausstellungen brachten ihn der Bevölkerung an vielen Orten nahe. So hat er in den letzten Jahren einen festen Platz in der Erinnerung an den Widerstand bekommen.

Heute wird die Erinnerung an einen „großen Sohn des Landes“ – so der damalige baden-württembergische Staatsminister Christoph E. Palmer bei der Einweihung der Elser-Gedenkstätte in Königsbronn – auf vielfältige Weise gepflegt. Schulklassen besuchen sein Schulhaus, in dem sich heute die Ausstellung befindet, Seminare und Vorträge setzen sich mit ihm und seinen Motiven auseinander, eine Schriftenreihe bringt immer neues Licht in eine Lebensgeschichte, die sich aus dem Gegensatz zum NS-Staat rechtfertigt. Wer den Unrechtscharakter des Regimes erkennt, wird Elsers Entscheidung, Hitler zu töten und dabei auch die Gefahr einzugehen, weniger Schuldige oder – wie es bei dem Attentat geschah – eine völlig unschuldige Kellnerin in den Tod zu reißen, als Herausforderung begreifen, Verantwortung zu übernehmen, selbst wenn dies neue Schuld nach sich zieht. Der Tod der Kellnerin hat Elser belastet. Sein eigenes Schicksal aber hat er nicht ein einziges Mal beklagt. Er hat Hitler und den Nationalsozialismus verachtet und handeln müssen.



Am helllichten Tag: Am 22. Oktober 1940 wurden – wie hier in Lörrach – die badischen und saarpfälzischen Juden in das südwestfranzösische Internierungslager Gurs deportiert. Die beiden Gauleiter Robert Wagner und Josef Bürckel führten damit die erste planmäßige Deportation von Juden aus Deutschland durch.

Gurs

Die Deportation der badischen Juden am 22. Oktober 1940

Angela Borgstedt

Gurs, im südfranzösischen Département Basses-Pyrénées unweit von Pau und dem Wallfahrtsort Lourdes gelegen, ist zum Symbol mehrfacher „Säuberungen“ und Vertreibungen und insgesamt der Systembrüche des 20. Jahrhunderts geworden. 1939 wurde auf dem Hochplateau von Gurs eines jener improvisierten Sammellager errichtet, in dem die französische Regierung die Bürgerkriegsflüchtlinge aus Spanien internierte: Zivilisten vornehmlich aus Katalonien, Freiwillige der Internationalen Brigaden sowie Soldaten der nun besiegten Republik. Das Internierungslager Gurs diente der Unterbringung ganz unterschiedlicher Internierter: vermeintlich oder tatsächlich feindlich gesinnter Ausländer während des „Sitzkrieges“ *(drôle de guerre)*, französischer Kommunisten nach der deutschen Besetzung Südfrankreichs 1942, zuletzt nach der Befreiung als Gefangenenlager für Kollaborateure und deutsche Kriegsgefangene.

In der kollektiven Erinnerung ist Gurs mit keiner dieser heterogenen Interniertengruppen substanziell verbunden. Gurs ist vielmehr Synonym der Internierung jüdischer Zwangsmigranten: Flüchtlingen aus dem von Deutschland annektierten Elsass und Lothringen, vor allem aber den Opfern der ersten Massendeportation aus Deutschland, der sogenannten Oktoberdeportation der badischen und „saarpfälzischen“ Juden. Dies macht Gurs zu einem besonderen Erinnerungsort der badischen Geschichte. Als das unter allen französischen Internierungslagern am längsten bestehende ist Gurs überdies symptomatisch für die oft reibungslos funktionierende Kollaboration des französischen Vichy-Regimes mit dem nationalsozialistischen Deutschland.



Dass Gurs aber nicht nur für Frankreich, sondern auch für Spanien eine eminente erinnerungspolitische Dimension hat, wird die seit dem Ende der Franco-Diktatur nur zögerliche Aufarbeitung von Bürgerkrieg und den Säuberungen der Nachbürgerkriegszeit wohl noch erweisen. Als der NS-Vernichtungsmaschinerie zuarbeitender Teil des französischen Lagersystems hat Gurs schließlich supranational-menschheitliche Verweisfunktion. Insofern trifft die zeitgenössische Charakterisierung als „Vorhölle von Auschwitz“ nicht nur der herrschenden Zustände wegen zu. Von hier gingen die Transporte ins Sammellager Drancy, der letzten Station vor den Vernichtungslagern Osteuropas.

Antifaschisten unerwünscht? Der Entstehungskonnex von Gurs

Für die im französischen Exil lebenden NS-Gegner musste es wie bittere Ironie erscheinen, dass Europas Asylland *par excellence* die soeben geschlagenen Verteidiger der spanischen Republik hinter Stacheldraht internierte! Etwa 450 000 Menschen drängten seit dem Fall Barcelonas über die Grenzen in ein Nachbarland, das sich umso weniger in der traditionellen Rolle des Asylgebers sah, je mehr es die innenpolitisch instabile Situation von außen gefährdet sah: Belasteten nicht die Spanienflüchtlinge einen möglichen Ausgleich mit dem siegreichen Franco-Regime? Und waren sie, waren die zugleich ins Land gekommenen und nicht mehr repatrierungsfähigen Kombattanten der Internationalen Brigaden nicht linke Unruhestifter, die „Fünfte Kolonne“ Moskaus, die womöglich den französischen Teil des Baskenlandes destabilisierten? Solche vornehmlich in der rechten Presse kursierende Zuschreibungen waren im Jahrzehnt seit 1926 gewachsen und hatten durch zahlreiche politische Attentate Nahrung erhalten und letztlich eine Revision in der Asylpolitik bewirkt. „Sie haben uns wie Feinde behandelt“, sollte sich Miguel Angel Sanz an seine Aufnahme in der einstigen Schwesterrepublik der Volksfront erinnern, die ihn mit 24 530 spanischen Landsleuten und Interbrigadisten im Lager Gurs inhaftierte.

Gurs war ein Barackenlager mit einer Aufnahmekapazität für 18 500 Personen. Im Unterschied zu den improvisierten Lagern am Mittelmeerstrand bot das etwa 80 Hektar große Areal mit seinen 428 Holzhütten wenigstens ein – wenngleich oft undichtes – Dach über dem Kopf. Gleichwohl waren auch die Verhältnisse hier wie in den anderen grenznah errichteten Barackenlagern für beide Seiten untragbar. Die französische Seite setzte auf eine Repatriierung der Spanier und ließ Abgesandte des Franco-Regimes bei den Lagerinsassen für eine Rückkehr werben. Tatsächlich reduzierte sich so die

Die Karte zeigt Südfrankreich mit den zumeist zu Ende des Spanischen Bürgerkriegs entstandenen Internierungslagern, darunter auch das westlich von Pau gelegene Gurs.





Gurs – Hauptlagerstraße und Baracken, errichtet zunächst für Bürgerkriegsflüchtlinge aus Spanien.

Zahl der Internierten, doch bezahlten Heimkehrer ihr Vertrauen in Amnestieversprechen oft genug mit Freiheitsentzug oder gar dem Leben. Mit Kriegsbeginn ersetzten spanische Internierte die Arbeitskraft französischer Wehrpflichtiger in Landwirtschaft und Industrie, etliche kämpften an der Seite der französischen Armee, später im Maquis gemeinsam mit der Résistance ein weiteres Mal gegen den Faschismus. Doch längst nicht alle spanischen Zivilisten, Soldaten und Interbrigadisten hatten Gurs verlassen, als im November 1942 die Deutschen Vichy-Frankreich besetzten. Sie wurden so zu deren Opfer ethnisch-politischer Säuberung. Viele wurden deportiert, darunter der Karlsruher Rechtsanwalt, Sozialdemokrat und Bürgerkriegsveteran August Hoffmann. Im Unterschied zu manchem Schicksalsgenossen überlebte er die KZ-Haft in Lagern wie Dachau oder Mauthausen. Etwa 800 Bürgerkriegsflüchtlinge befanden sich noch in Gurs, als im Oktober 1940 die Deportierten aus Baden und der Pfalz hier eintrafen.

Zu Kriegsbeginn 1939 wurde Gurs zum Internierungslager für nunmehr verdächtige Ausländer, Deutsche, aber auch Angehörige deutsch besetzter Staaten, darunter Anhänger der Nationalsozialisten, primär jedoch deutsche und österreichische Emigranten, darunter viele Juden. Das Gros wurde in den folgenden Wochen und Monaten entlassen, viele Männer direkt in die Arbeit in Landwirtschaft und Rüstungsindustrie, einige auch in die Reihen der französischen Fremdenlegion. Nach dem deutschen Einmarsch in Frankreich gerieten die zuvor bereits inhaftierten Emigranten erneut in Haft. Gurs wurde zum Sammellager für Frauen und Kinder – etwa 2500 waren es Ende Mai, 9771 am Tag des Waffenstillstands. Die prominenteste Internierte des Sommers 1940 war Hannah Arendt. In einem Interview äußerte sie rückblickend ironisch, die Feinde hätten Menschen wie sie in Konzentrationslager gesperrt, die Freunde in Internierungslager. Frauen wie Arendt, dazu die während der Kampfhandlungen von Belgien in die südfranzösischen Lager transferierten Juden deutscher oder polnischer Herkunft waren Opfer der Xenophobie einer Zusammenbruchsgesellschaft, die die Kriegsniederlage dem Verrat einer „Fünften Kolonne“ zuschrieb. Ähnliches traf auf die französischen Kommunisten zu, die nach der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes als Sympathisanten des Kriegsgegners galten und sich nach Kriegsbeginn in Haft befanden. Etwa 1200 zumeist politische Häftlinge aus Pariser Gefängnissen waren ab Herbst 1940 in Gurs.

Gurs wird Bestandteil der NS-Vertreibungs- und Vernichtungspolitik

Im kollektiven Gedächtnis Südwestdeutschlands ist Gurs freilich nicht mit jenen Opfergruppen, sondern zentral mit den Opfern der sogenannten Oktoberdeportation verbunden. Am Morgen des 22. Oktober 1940, dem letzten Tag des Laubhüttenfests (Sukkot), wurden die Juden Badens und der sogenannten Saarpfalz binnen zwei Stunden mit maximal 50 kg Gepäck und 100 Reichsmark Bargeld zu Sammelstellen befohlen. Vorerst ausgenommen waren allein transportunfähig Kranke, Staatsangehörige verbündeter oder nicht kriegsbeteiligter Staaten sowie jüdische Partner sogenannter Mischehen. Der Alterstruktur der jüdischen Gemeinden entsprechend waren es vornehmlich ältere Menschen, denen hier unter massivem zeitlichen und psychischen Druck noch gar vorausschauende Entscheidungen über die mitzunehmende Verpflegung abverlangt wurden. Wem soeben sein bisheriges Leben zerbrach, der packte nicht rational, hatte schließlich, wie die Karlsruher Anwaltsgattin Betty Moses, eher die geliebten Hüte als zweckdienliches Schuhwerk dabei, sofern



Vor aller Augen: Verbringung der Gailinger Juden zum Sammelplatz der Gestapo am 22. Oktober 1940. Es fotografierten Angehörige der Gestapo, manchmal machten aber auch Privatleute heimlich Aufnahmen.

er solches überhaupt besaß. Das zulässige Höchstgewicht mochten viele auch deshalb nicht ausschöpfen, weil sie so schweres Gepäck nicht tragen konnten. Vor Verlassen der Wohnung, so die Dienstanweisung an Polizei und Gestapo, waren Strom, Gas und Wasser abzustellen und Lebensmittel, aber auch Haustiere auszuhändigen. Manchen lähmten Angst, Verzweiflung, das angetane Unrecht und eine dunkle Ahnung oder trieben ihn gar zum Extremsten: Allein in Mannheim registrierte die Staatsanwaltschaft zehn Selbsttötungen bzw. Suizidversuche.

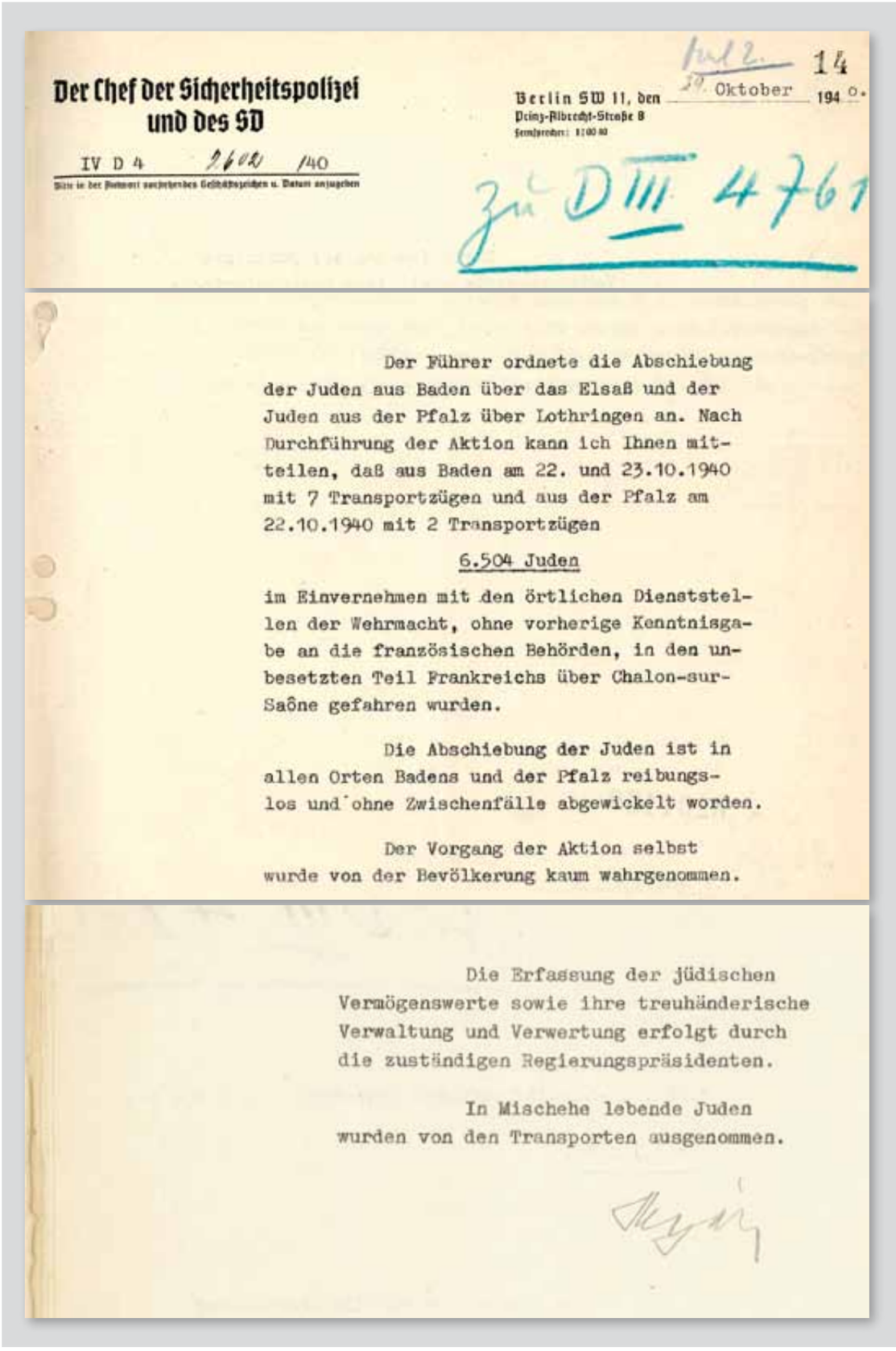
An den Sammelstellen mussten die Wohnungsschlüssel ausgehändigt, Kontovollmachten und Verzichtserklärungen ausgestellt werden. Der nationalsozialistische Maßnahmenstaat sicherte sich so nicht nur die Verwertung des Wohnungsinventars, sondern auch den Zugriff auf Renten, Pensionen und Sozialleistungen. Obwohl erst die 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 die Vermögensenteignung formal regelte, hatte der Gauleiter von Baden, Robert Wagner, bereits am 23. Oktober 1940 das Gesamtvermögen der Deportierten beschlagnahmt und dem Land Baden für verfallen erklärt. Die Betroffenen waren eben erst in Transportzügen von Mannheim oder Karlsruhe über Mulhouse und Chalon-sur-Saône ins unbesetzte Frankreich abgeschoben worden. „Jeder vermutete, dass wir nach Polen deportiert werden sollten“, erinnerte sich Else Kotkowski, die Sekretärin der Jüdischen Gemeinde Karlsruhe. Und so war die Erleichterung kurzzeitig groß, als sich der Zug in Richtung Süden in Bewegung setzte. Die lange Wartezeit auf Nebengleisen machte solche Gefühle bald wieder zunichte.

Tatsächlich weist der Transfer der Deportierten durch Frankreich gewisse strukturelle Ähnlichkeiten mit der ominösen Zwangsausweisung polnischer Juden Ende Oktober 1938 auf.

Die französischen Behörden hatten nach dem Waffenstillstand Zwangsmigranten aus dem Elsass und Lothringen aufgenommen, darunter viele Juden. Zur Aufnahme der faktisch staatenlosen Deutschen bestand nach dem Waffenstillstandsabkommen keine Verpflichtung. Und so gingen die gänzlich überrumpelten Franzosen noch eine zeitlang davon aus, es handle sich um Transitkontingente nach Portugal, ja Madagaskar – Mutmaßungen über Zielrichtungen der Aktion, die sich auch in Quellen nationalsozialistischer Provenienz finden. So heißt es in einem Karlsruher Bericht vom 30. Oktober 1940 nicht nur, die Abgeschobenen sollten unmittelbar nach Öffnung des Seewegs nach Madagaskar weitertransportiert, sondern überdies „auch die übrigen Juden aus dem Altreich, Ostmark und dem Protektorat Böhmen und Mähren – insgesamt etwa 270 000 Menschen zumeist vorgerückten Alters – nach Frankreich“ deportiert werden. „Eichmann musste es als der erste Schritt zur Verwirklichung seiner Madagaskar-Pläne erscheinen, gewissermaßen ein verlockender Probelauf für sein Projekt“, so der Historiker Gerhard J. Teschner.

Die Massendeportation – ein Probelauf?

War die Massendeportation vom Oktober 1940 tatsächlich auch ein Test? Die Antwort darauf unterscheidet sich je nach Position innerhalb der Kontroverse um Initiatoren und Verantwortlichkeiten für die Aktion. Dass diese primär bei den Gauleitern von Baden respektive der „Saarpfalz“, Robert Wagner und Josef Bürckel, inzwischen auch Chefs der Zivilverwaltung im Elsass bzw. Lothringen, lag, machte vielen allein die zeitgenössische Bezeichnung als „Bürckel-Aktion“ oder „Wagner-Bürckel-Aktion“ einsichtig. Demnach hätten die beiden Gauleiter eigenständig und unter Ausnutzung ihrer weitreichenden Kompetenzen quasi im Nachgang antisemitischer



Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

IV D 4 2402 /40

Bitte in der Antwort unbedingt Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 30. Oktober 1940

Prinz-Albrecht-Straße 8

Fernsprecher: 12 00 40

Abt 2. 14

Zu D III 4761

Der Führer ordnete die Abschiebung der Juden aus Baden über das Elsaß und der Juden aus der Pfalz über Lothringen an. Nach Durchführung der Aktion kann ich Ihnen mitteilen, daß aus Baden am 22. und 23.10.1940 mit 7 Transportzügen und aus der Pfalz am 22.10.1940 mit 2 Transportzügen

6.504 Juden

im Einvernehmen mit den örtlichen Dienststellen der Wehrmacht, ohne vorherige Kenntnisgabe an die französischen Behörden, in den unbesetzten Teil Frankreichs über Chalon-sur-Saône gefahren wurden.

Die Abschiebung der Juden ist in allen Orten Badens und der Pfalz reibungslos und ohne Zwischenfälle abgewickelt worden.

Der Vorgang der Aktion selbst wurde von der Bevölkerung kaum wahrgenommen.

Die Erfassung der jüdischen Vermögenswerte sowie ihre treuhänderische Verwaltung und Verwertung erfolgt durch die zuständigen Regierungspräsidenten.

In Mischehe lebende Juden wurden von den Transporten ausgenommen.

Heydrich

Mitteilung des Chefs der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (SD), Reinhard Heydrich, an das Auswärtige Amt über die Deportation der badischen und pfälzischen Juden.





Öffentliche Versteigerung des zurückgelassenen Hausrats: Wie hier in Lörrach kamen viele, um Wäsche, Geschirr oder Möbel, ja sogar um Zahnbürsten ihrer deportierten Nachbarn zu erwerben.

„Flurbereinigung“ im Elsass und Lothringen auch noch die badischen und pfälzischen Juden deportiert. Die „Bürckel-Aktion“ unterstrich so gesehen den polykratisch-improvisatorischen Charakter der NS-Diktatur, die wechselseitige Überrumpelung konkurrierender Instanzen. Doch entsprach diese Kompetenzzuschreibung tatsächlich den Verantwortlichkeiten? Historiker wie Jacob Toury, Paul Sauer und zuletzt Peter Steinbach sahen und sehen die Initiative doch eher bei Berliner Stellen. „Die Aktion“, so Paul Sauer, „ist zweifellos im Einverständnis mit Hitler, dem Reichsführer-SS Himmler und dem Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes Heydrich erfolgt.“ Als Beleg gilt hierfür Heydrichs lapidare Mitteilung an das Auswärtige Amt vom 29. Oktober: „Der Führer ordnete die Abschiebung der Juden aus Baden über das Elsaß und der Juden aus der Pfalz über Lothringen an.“ Mit dieser „Führeranordnung“ ließ sich allerdings auch nachträglich ein *fait accompli* autorisieren.

Unabhängig von der Frage der Initiative und Verantwortung für die erste Massendeportation ließ sich aus den Reaktionen der badischen und pfälzischen Bevölkerung zumindest eines folgern: Widerspruch, wie im Fall der sogenannten Euthanasie, dem Mord an Kranken und Behinderten, würde es bei künftigen Judendeportationen wohl nicht geben. Hinsichtlich der konstatierten Reibungslosigkeit des Ablaufs ist Heydrichs Bericht zutreffend. Dass die Oktoberdeportation „von der Bevölkerung kaum wahrgenommen“ wurde, wie Heydrich überdies behauptete, widerlegen allerdings sowohl die in behördlichem Auftrag als auch heimlich aufgenommenen Fotografien des Abtransports. Wie auf den Bilddokumenten etwa der Lörracher Deportation zu sehen ist, lockte die Aktion beträchtliche Zuschauerzahlen an. Auch waren Sammelstellen wie der Heidelberger Marktplatz viel zu exponiert, um unbemerkt zu bleiben. In Karlsruhe warteten die Deportationsopfer Tag und Nacht in einer Unterführung vor dem Nebeneingang des Bahnhofs, bevor sie den Sammelzug nach Süden bestiegen. Die Bevölkerung, so der Bericht der Mannheimerin Eva Hermann, „sah im Wesentlichen ruhig zu, es fielen einige Bemerkungen wie ‚sie können einem ja leid tun‘ und ‚Auszug der Kinder Israels‘“.

Erst recht in aller Öffentlichkeit vollzog sich die Verwertung des zurückgebliebenen, umgehend beschlagnahmten Inventars: Was Parteistellen nicht vereinnahmten, gelangte zur Versteigerung. Termine dieses Ausverkaufs waren der Presse zu entnehmen, Gerichtsvollzieher hielten Gegenstand, Höchstgebot sowie den Namen des Meistbietenden akribisch fest. Die Selbstverständlichkeit, mit der sich viele am längst armseligen Besitz der deportierten Nachbarn bereicherten, lässt sich mit kriegsbedingter Hamstermentalität allein nicht erklären. In jedem Fall machte die fotodokumentarisch belegte massenhafte Beteiligung an diesem Ausverkauf wiederum eines deutlich: Wer dermaßen von Vertreibungsverbrechen profitierte, der fragte nicht nach der Rechtsgrundlage solcher Transaktionen. Ganz im Sinne des Unrechtsstaates hatte er sich damit zum Mittäter gemacht.

Erbärmliche Zustände, doch kein Vernichtungslager

Indessen waren die am 22. Oktober 1940 Deportierten nach körperlich wie psychisch strapaziösestem Transport in Gurs angelangt. Den Erinnerungen Überlebender gemeinsam ist das Entsetzen über Unterbringung und hygienische Bedingungen. „Das Lager machte einen furchtbaren Eindruck", so exemplarisch der Bericht Else Kotkowskis. „Die Baracken wirkten sehr niedrig, da die schräglaufenden Dächer fast bis zum Boden reichten, ohne Fenster, nur mit kleinen Holzluken versehen." Vorerst schliefen alle auf dem blanken Boden. Als es endlich Strohmatratzen gab, lagen sie auf Augenhöhe mit den allgegenwärtigen Ratten. Saisonal ergiebiger Regen verwandelte das Lagerareal in einen Sumpf und trug im harten Winter 1940/41 ebenso zum rapiden Anstieg von Infektionskrankheiten bei wie die sanitären Verhältnisse und die völlig unzureichende Ernährung. „Ein jammervolles Bild", so der internierte Arzt Eugen Neter, „boten die Essenholerinnen, die sich mit ihren schweren Kübeln durch den Morast durchkämpfen mussten; einen traurigen Anblick boten die alten Leute, wie sie auf einen unförmigen Holzknüppel sich stützend, mühselig durch den Morast durchkämpfen mussten […]." Besonders unter den Älteren war in jenen ersten Monaten die Sterberate sehr hoch. Menschenunwürdig war diese Internierung, jedoch keine Gefangenschaft mit dem Endziel systematischer Vernichtung.

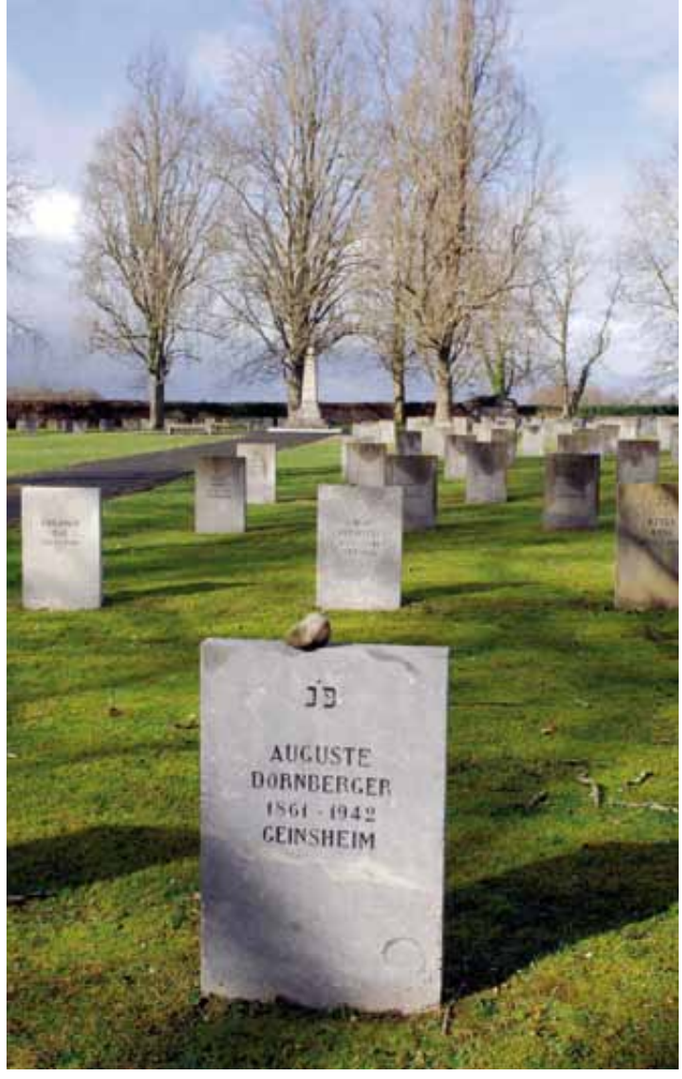
Tatsächlich machten Bewachung und Stacheldraht Gurs noch nicht zu einem hermetisch abgeschlossenen Gefängnis. Hanna Meyer-Moses berichtet von Einkäufen bei benachbarten Bauern, gar der Beurlaubung ihrer Mutter für einen Besuch. Die damals jugendliche Hanna Moses kam 1941 über die *Oeuvre de secours aux enfants*, eine jüdische Hilfsorganisation, sogar in einem staatlichen Waisenhaus unter. Im Juli 1943 gelang es schließlich, sie mit anderen Kindern bei Annecy über die Schweizer Grenze zu schleusen. Alte und Kranke wurden vom Frühjahr 1941 an in eigens für sie reservierte und in etwas besserem Zustand befindliche Lager wie Noé und Le Récébédou verlegt. Wer finanzielle Hilfe ausländischer Verwandter erhielt, konnte sich zeitweilig außerhalb des Lagers an einem zugewiesenen Ort, einem sogenannten *Centre de résidence assignée* aufhalten. Einige konnten mit Unterstützung internationaler Organisation respektive privater Bürgen schließlich noch emigrieren. Die französischen Behörden förderten dies, um so die unerwünschten Zwangsmigranten anderen aufzubürden. Wer etwa für die streng quotierte Immigration in die Vereinigten Staaten registriert war, kam bis zur Aushändigung der Visa, Transit- und Transferpapiere in die dem US-Konsulat in Marseille näher gelegenen Lager wie Les Milles. Dort wartete etwa die Karlsruher Anwaltsfamilie Kahn von Juli 1941 bis März 1942 auf ihre Ausreisepapiere, um schließlich in das Lager Ain Seba bei Casablanca verlegt zu werden. Der Kriegseintritt der USA hatte ihre und die Emigration vieler Internierter vereitelt, doch waren die Kahns noch vor der Landung alliierter Truppen in Nordafrika und so der deutschen Besetzung Vichy-Frankreichs im November 1942 entkommen.

Die in Gurs praktizierte Unterbringung getrennt nach Geschlechtern riss Familien auseinander und vergrößerte das Trauma der Deportation zusätzlich.

Die „Endlösung" erreicht Gurs im Sommer 1942

Doch nicht erst zu jenem Zeitpunkt war der Süden Frankreichs zur tödlichen Falle geworden. Schon als im Sommer 1942 die Deportation der jüdischen Bevölkerung Westeuropas begann, war das noch unbesetzte Frankreich in das Vernichtungsprogramm einbezogen. Vichys Innenminister Pierre Laval hatte den deutschen Koordinatoren der „Endlösung" im Zuge der organisatorischen Vorbereitung eigens





Dem Vergessen entrissen:
Der restaurierte Friedhof in Gurs.

Zugang zu den Lagern eingeräumt. Ein erster Transport mit 850 Menschen verließ Gurs am 6. August 1942, bis März 1943 kamen so 3907 Menschen zunächst in das berüchtigte Sammellager Drancy bei Paris und von dort in Vernichtungslager wie Auschwitz. Viele ursprünglich in Gurs internierten Badener und „Saarpfälzer" wurden von anderen Stationen des französischen Lagersystems wie Les Milles, Récébédou oder Rivesaltes in den Tod geschickt. Die letzten noch Verbliebenen traf die Deportation im Frühjahr 1944, nur Wochen vor der Landung der Alliierten an den Normandiestränden, vier Monate vor der Befreiung Südfrankreichs.

Das Lager Gurs stand damals zur Disposition, wurde aber letztlich als Internierungslager beibehalten. Zeitweilig diente es der Inhaftierung von etwa 300 Roma, von Oktober 1944 an wiederum von fast 1000 Spaniern. Es waren dies oft genug Kombattanten der französischen Résistance, die die Befreiung Europas vom Faschismus als Fanal für eine Erhebung gegen Franco sahen und diese im Einzelfall durch Anschläge gewaltsam herbeiführen wollten. Zugleich diente Gurs von August 1944 an als Gefangenenlager für etwa 300 deutsche Wehrmachtsangehörige. Von ihnen abgetrennt war schließlich das allgegenwärtige Personal der Zusammenbruchsgesellschaft, waren Schwarzhändler und Schieber hier interniert, dazu etwa 1500 minderbelastete Kollaborateure. Insofern symbolisiert Gurs, das im Dezember 1945 vollständig abgetragen, teilweise abgebrannt wurde, die Kollaboration gleich zwei Mal: als ihr zugehörige Institution ebenso wie als Internierungsort ihrer freilich subalternen Repräsentanten. Und selbst die baldige Renaturierung korrespondiert mit dem gesellschaftlichen Umgang mit Kollaboration und Besatzung im Frankreich der Nachkriegszeit wie der vorwärtsgewandten Hemdsärmeligkeit der deutschen Nachkriegsgesellschaft.



In Freiburg erinnert seit 2003 auf der Wiwili-Brücke, in unmittelbarer Nähe zum Bahnhof, ein scheinbar liegengelassener Mantel aus Bronze an die Deporation der badischen Juden.

Erinnerungs-, Ruhe- und Gedenkstätte

Die Bewahrung des Friedhofs und des historischen Orts als Mahn- und Erinnerungsstätte ist der gemeinsamen Initiative des Oberrats der Israeliten in Baden und der Stadt Karlsruhe, hier namentlich dem SPD-Oberbürgermeister Günther Klotz, zu verdanken. Bereits 1955 hatte eine Überlebende im Mitteilungsblatt des Oberrats vom erbärmlichen Erhaltungszustand des Gräberfelds in Gurs berichtet. Doch erst ein Artikel des Karlsruher Journalisten Peter Canisius in der *Badischen Volkszeitung* vom 10. August 1957 forcierte politisches Handeln. Wiederaufbau und Wirtschaftswachstum, so der Verfasser, habe begangenes Unrecht vergessen lassen, die Nachkriegsgesellschaft belaste damit eine „zweite Schuld" des Verdrängens und Vergessens. „Noch wenige Jahre und die Holztäfelchen und Schildchen werden verrottet sein. Noch ist es Zeit. Noch könnte etwas getan werden. Oder fühlt man sich bei uns nicht ebenso verpflichtet, den Lagerfriedhof von Gurs instandzusetzen wie die letzten Ruhestätten unserer Soldaten in fernen Ländern zu pflegen?"

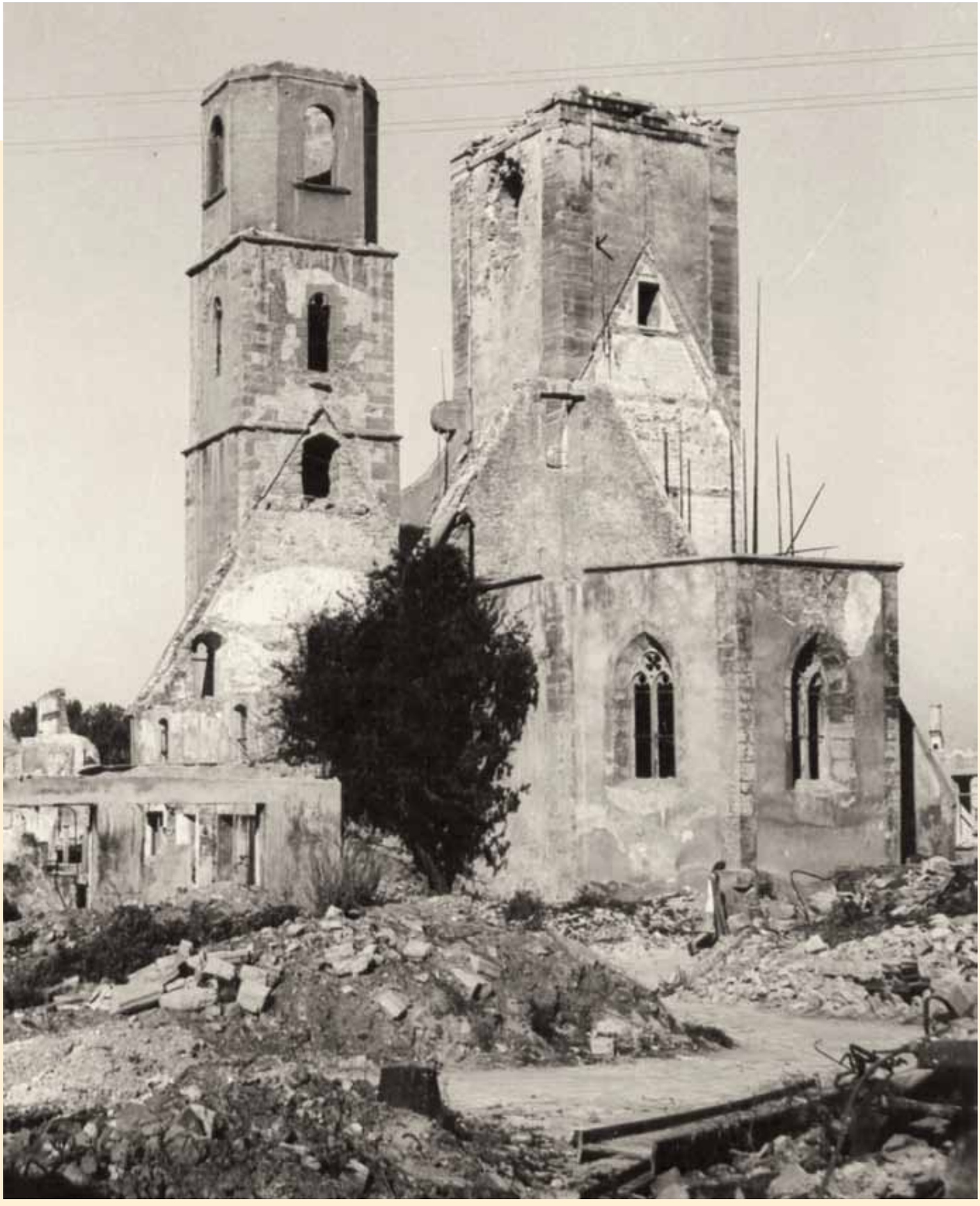


Das zentrale badische Mahnmal
in Neckarzimmern verdankt seine Ausgestaltung
dem Engagement von Jugendlichen.
Es verweist auf die 137 Heimatgemeinden
der aus Baden deportierten Juden.

Der Karlsruher Oberbürgermeister reagierte prompt. Unterstützt vom Vorsitzenden des Oberrats der Israeliten, Otto Nachmann, nahm er in oft zähen Verhandlungen mit den französischen Behörden und potenziellen Geldgebern etliche Hürden, bis das instandgesetzte Friedhofsareal im März 1963 feierlich eingeweiht werden konnte. Den Schlüssel für die inzwischen auch zum Lernort gewordene Ruhestätte, an deren Pflege und Instandhaltung sich die badischen Heimatorte der hier Bestatteten beteiligen, erhielt der Oberrat für symbolische 99 Jahre. „In dieser Stunde wird man nicht daran vorbeikommen, von Scham und Schuld zu sprechen", so Oberbürgermeister Klotz in seiner Rede. „Millionen Menschen haben Grund, sich wegen der rassischen Verfolgung zu schämen, aber ich darf auch sagen, dass diese Scham im deutschen Volke vorhanden ist und dass besonders die Jugend nicht begreifen kann, was ihre Eltern zugelassen haben. Es stimmt, dass viele nichts gewusst haben, aber viele wollten auch nichts wissen und wollten ihr Gewissen auch nicht belasten. Die Gleichgültigkeit gegenüber dem Teuflischen, solange man selbst nicht betroffen ist, ist Schuld und gebietet Scham!"

Seither besuchen Delegationen, vor allem aber badische Jugendgruppen, den Erinnerungsort. Gurs ist darüber hinaus inzwischen auch in Baden auf Gedenktafeln, „Stolpersteinen", in lokalgeschichtlichen Vorträgen und Publikationen präsent. In Mannheim und Freiburg zeigt ein Verkehrshinweis die Entfernung und Fahrtrichtung nach Gurs an, Mahnung und Denkanstoß zugleich. Seit 2005 beteiligen sich badische Jugendliche an der Ausgestaltung eines zentralen Mahnmals im nordbadischen Neckarzimmern, das alle 137 Städte und Gemeinden im Land symbolisch vernetzt, aus denen Juden deportiert wurden. Für jeden Ort gestalten Schulklassen oder Jugendgruppen zwei Gedenksteine, den einen zum Verbleib in der jeweiligen Gemeinde, den zweiten zur Vervollständigung der Bodenskulptur in Neckarzimmern. Einen ergänzenden 138. Stein hat die 1980 gegründete *Amicale du camp de Gurs* gestiftet, eine Vereinigung ehemaliger Internierter und ihrer Angehörigen.

In Frankreich wird alljährlich am *Journée de la Déportation* Ende April an einer nationalen Gedenkstätte wie Gurs der Opfer gedacht. Auf dem ehemaligen Lagerareal erinnern seit Oktober 1994 das Holzgerüst einer rekonstruierten Baracke an die Internierung Tausender und ein historisch nicht authentischer Schienenstrang an die Deportation vieler. Ein *Mémorial universel* stellt den Konnex zum nationalsozialistischen Lagersystem her, zugleich verdeutlicht es, wie auch die beiden Stelen auf dem 1999 erneut restaurierten Friedhof, die europäische, wenn nicht menschheitliche Dimension des Erinnerns in Gurs: des Erinnerns an mehrfache, politisch wie ethnisch motivierte Deportationen und Internierungen.



Das bekannteste Foto der Zerstörung Crailsheims 1945: die ausgebrannten Gebäude des Rathauses und der Liebfrauenkapelle. Der am Chor der Kapelle erkennbare Traubenkirschbaum hat in den Tagen nach der Zerstörung der Stadt geblüht und soll den Bewohnern dadurch Mut zum Wiederaufbau gegeben haben.

Crailsheim 1945

Krieg und Zerstörung erreichen den deutschen Südwesten

Folker Förtsch

Wenige Wochen vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs traf Crailsheim die größte Katastrophe seiner jüngeren Geschichte, vielleicht der Stadtgeschichte überhaupt. Bei der „Schlacht um Crailsheim“ im April 1945 sank die im Kern mittelalterliche Stadt in Schutt und Asche. Zwei Drittel aller Gebäude wurden zerstört oder beschädigt, im Stadtzentrum lag der Grad der Zerstörung bei rund 95 Prozent. Crailsheim zählt damit zu den vom Krieg am schwersten getroffenen Städten Südwestdeutschlands.

Die Ereignisse der Kriegszerstörung Crailsheims sind nicht nur in den Köpfen vieler älterer Einwohner noch lebendig. Sie werfen auch ein bezeichnendes Schlaglicht auf die deutsche Kriegführung in der Endphase des Zweiten Weltkrieges – nicht nur gegen den militärischen Gegner, sondern auch gegen die eigene Bevölkerung.





Die Crailsheimer Innenstadt zu Beginn der 1930er-Jahre. Im Mittelpunkt der Bau des Rathauses mit dem Stadtturm, links daneben die mittelalterliche Liebfrauenkapelle.

Bombenkrieg gegen die Städte im Südwesten

Der Zweite Weltkrieg, mit dem das nationalsozialistische Deutschland seit 1939 Europa überzogen hatte, kehrte spätestens mit der Intensivierung des Luftkrieges durch die britische und amerikanische Luftwaffe in den Jahren 1943/44 nach Deutschland zurück – und er traf zahlreiche Städte auch im heutigen Baden-Württemberg schwer. Zwar gab es bereits im Sommer 1940 einzelne Luftangriffe der Briten. Allerdings waren, mit Ausnahme des Angriffs auf Mannheim am 16. Dezember 1940, zunächst meist nur wenige Flugzeuge beteiligt. Die Schäden blieben deshalb vorerst begrenzt.

Das änderte sich in den letzten beiden Kriegsjahren dramatisch. Um die deutsche Rüstungsindustrie auszuschalten, die Verkehrseinrichtungen lahmzulegen, aber auch um die Moral der Bevölkerung zu brechen, attackierten die alliierten Bomberverbände wiederholt die Großstädte und Industriezentren auch im Südwesten. Großflächige Zerstörungen, beispielsweise in Stuttgart, Mannheim, Friedrichshafen, Heilbronn, Ulm und Bruchsal, waren die Folge. Tausende Menschen verloren dort ihr Leben.

Zum Fanal wurde der Luftangriff auf Pforzheim am 23. Februar 1945. Nur 22 Minuten lang warfen etwa 380 britische Bomber ihre tödliche Last auf die Stadt. Sie entfachten einen Feuersturm, in dem annähernd 20 000 Menschen starben. Es war dies in der Relation der zerstörerischste und todbringendste Angriff der Alliierten während des gesamten Zweiten Weltkriegs.

Am selben Tag, an dem Pforzheim zugrunde ging, war auch Crailsheim das Ziel eines schweren Luftangriffs, allerdings hier der amerikanischen Luftstreitkräfte. Ziel waren die Bahnanlagen im Westen der Stadt. Zahlreiche Bomben trafen aber auch die Häuser der Innenstadt. Hier starben 61 Menschen. Ein weiteres schweres Bombardement richtete sich am 4. April gegen den Fliegerhorst Crailsheim und erneut gegen den Bahnhof. Es forderte noch einmal rund 50 Menschenleben. Trotz dieser Verluste und Zerstörungen kam Crailsheim einigermaßen glimpflich durch den Luftkrieg.

Der Einmarsch der Amerikaner und Franzosen in Südwestdeutschland

Mit dem Rheinübergang der US-Truppen Ende März 1945 wurden auch Baden und Württemberg für etwa fünf Wochen direktes Kriegsgebiet. In vielen Landesteilen ging der militärische Vormarsch der Amerikaner im nördlichen Frontabschnitt und der Franzosen südlich davon zügig und ohne großen Widerstand voran. Weite Gebiete Südwestdeutschlands blieben daher von größeren direkten Kampfhandlungen und den damit einhergehenden Zerstörungen verschont: Dies gilt insbesondere für Oberschwaben und das Gebiet am Hochrhein, etwas eingeschränkt auch für die Schwäbische Alb, Teile Nordbadens und die Region östlich von Stuttgart bis zur bayerischen Landesgrenze.

Obwohl der deutsche Südwesten also sicher nicht zu den Hauptkampfzonen in der Endphase des Zweiten Weltkriegs zu rechnen ist, gab es auch hier Städte und Dörfer, die durch Bodenkämpfe und den Einsatz taktischer Waffen, vor allem Artillerie und Jagdbombern, schwer in Mitleidenschaft gezogen wurden. Zu erwähnen sind vor allem Ortschaften in den Landkreisen Karlsruhe, Rastatt, Kehl, Lahr, Donaueschingen

und Calw. Besonders schwer traf es Freudenstadt, das am 16./17. April 1945 etwa 16 Stunden unter französischem Artilleriebeschuss lag. Fast die gesamte Innenstadt wurde zerstört.

Für die Frage, wie ein Ort die letzte kritische Phase des Krieges, die Besetzung durch alliierte Truppen, überstand, war einerseits die Entwicklung der militärischen Gesamtlage maßgeblich; andererseits spielte auch das konkrete Handeln der Verantwortlichen und der Menschen vor Ort eine wichtige Rolle. Das galt vor allem für die Kommandeure der verteidigenden deutschen Truppen, wobei es von großer Bedeutung war, ob es sich dabei um Wehrmachts- oder SS-Angehörige handelte. Es betraf aber auch die örtlichen Repräsentanten der Partei (NSDAP) und der Gemeindeverwaltungen – und es betraf unter Umständen auch engagierte Menschen vor Ort, die sich aus eigener Initiative darum bemühten, eine sinnlose Verteidigung ihrer Städte und Dörfer und die dadurch absehbaren Zerstörungen zu verhindern. In Baden und Württemberg finden sich mehrere eindrucksvolle Beispiele für den erfolgreichen, wenn auch natürlich nicht ungefährlichen Einsatz von Zivilisten zur Rettung ihrer Ortschaften.

Das Geflecht aus militärischer Gesamtlage, taktischen Erfordernissen und konkreten Handlungsoptionen der Militär- und Zivilpersonen vor Ort lässt sich in der Region besonders gut erkennen, in der sich die wohl schwersten Kämpfe während der amerikanisch-französischen Besetzung Südwestdeutschlands im April 1945 ereigneten, nämlich im nordöstlichen Landesteil, in den Kreisen Heilbronn, Mergentheim, Öhringen und Crailsheim. Im Mittelpunkt unserer Betrachtung stehen die Ereignisse in und um Crailsheim in den zwei Wochen vom 6. bis zum 21. April 1945.

Luftaufnahme nach dem Bombardement des Crailsheimer Bahnhofs am 23. Februar 1945: Das Bahnhofsareal ist von Bombenkratern übersät. Bombentreffer in der westlich (auf dem Bild oben) über der Jagst gelegenen Innenstadt forderten 61 Menschenleben.



Der erste Vorstoß der Amerikaner auf Crailsheim am 6. April 1945

Die Katastrophe, die Crailsheim treffen sollte, bahnte sich in den ersten Apriltagen 1945 etwa 80 Kilometer nordwestlich der Stadt an. Der bis dahin schnelle Vormarsch der US-Einheiten in Nordbaden und Nordwürttemberg blieb Anfang April an einer deutschen „Sperrlinie“ am Jagst-Neckar-Bogen vor Heilbronn stecken. Es entwickelten sich schwere Kämpfe, die sich über mehr als zehn Tage hinzogen und den weiteren US-Vormarsch blockierten.

Der verbissene Widerstand vor Heilbronn und im württembergischen Franken überhaupt ist vor allem mit zwei Namen verbunden: zum einen mit dem des Heilbronner NSDAP-Kreisleiters Richard Drauz, der als „einer, wenn nicht der übelste Kreisleiter im deutschen Südwesten“ (Thomas Schnabel) charakterisiert wird, zum anderen mit dem des Generalleutnants der Waffen-SS Max Simon. Simon gilt als „einer der ärgsten Durchhaltegenerale“ in der Endphase des Krieges, „unnachsichtig gegenüber seinen eigenen Soldaten und gnadenlos gegen die kriegsmüde Bevölkerung“ (Klaus-Dietmar Henke). Es ist vor allem Simons XIII. SS-Armeekorps und seiner menschenverachtenden Truppenführung zuzuschreiben, dass im Raum Crailsheim in den folgenden Tagen Kämpfe in einer Heftigkeit entbrannten, die in dieser Kriegsphase nur als sinnlos und verbrecherisch bewertet werden können.



Karte der Operationen der US-Truppen im Raum Crailsheim zwischen dem 6. und 10. April 1945.

Um die festgefahrene Front vor Heilbronn aufzubrechen, startete die 10. US-Panzerdivision am 5. April zwischen Dörzbach und Bad Mergentheim den Versuch, die deutsche Front zu durchbrechen. In nicht einmal zwei Tagen stießen die motorisierten „Combat Commands“ der Amerikaner tief hinter die deutschen Linien vor und erreichten am Spätnachmittag des 6. April, ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen, Crailsheim. Bei der Einfahrt in die Stadt schossen sie an einigen Stellen um sich – Drohgebärde und Machtdemonstration, um möglichen Widerstand gar nicht erst entstehen zu lassen.

Die Rückgewinnung Crailsheims durch deutsche Truppen

Wäre es bei dieser ersten Besetzung geblieben, so wäre Crailsheim ein Beispiel für eine Stadt, die das Kriegsende relativ glücklich überstanden hätte. Aber dem war nicht so. Crailsheim war nicht das eigentliche Ziel des US-Vorstoßes. Geplant war vielmehr eine große Umfassungsoperation gegen die deutschen Verteidigungsstellungen am Neckar bei Heilbronn, die den Amerikanern immer noch zu schaffen machten. So schwenkten die amerikanischen Panzer in Crailsheim nach Westen ein. In diesem Moment wurde die kleine Stadt an der Jagst zum Eckpfeiler eines Unternehmens, das, wenn es gelungen wäre, nicht nur die Zerschlagung der Heil-

bronner Front und die dauerhafte Unterbrechung der Bahnverbindung Nürnberg–Stuttgart bedeutet hätte; es hätte den US-Truppen auch „eine glänzende Ausgangsposition“ (Klaus-Dietmar Henke) für einen weiteren schnellen Vormarsch in Süddeutschland eröffnet.

Das erkannte natürlich auch die deutsche Seite – entsprechend fiel die Reaktion aus. Alle verfügbaren Kräfte wurden an die Durchbruchstelle und gegen Crailsheim geworfen: SS-Ersatzeinheiten aus Ellwangen ebenso wie zwei Regimenter der Aufstellungsdivision „Alpen“ (Gebirgsjäger), meist 17- bis 18-jährige, kurz ausgebildete Jugendliche, die zuvor noch nie einen Kampfeinsatz erlebt hatten, dazu die Mannschaften einer Genesendenkompanie aus Bad Mergentheim, Angehörige rückwärtiger Dienste, ein Baubataillon und zahlreiche Hitlerjungen, die speziell als sogenannte Panzerjagdkommandos eingesetzt wurden.

Dieses „armselige Sammelsurium“ (Klaus-Dietmar Henke) deutscher Truppen war den bestens ausgerüsteten Amerikanern waffentechnisch meilenweit unterlegen. So verfügten die Deutschen meist nur über Infanteriebewaffnung und beispielsweise über keinen einzigen Panzer. Dennoch wurden sie von der Armeeführung gnadenlos gegen die US-Tanks in den Kampf geworfen: Ab dem 8. April lag Crailsheim unter dem Feuer deutscher Werferbatterien, die in der Stadt enorme Schäden verursachten. Vom 8. bis 10. April versuchten die deutschen Soldaten, durch massive Infanterieattacken Crailsheim zurückzuerobern. Dutzende der meist jungen Soldaten fanden im Abwehrfeuer der US-Truppen den Tod. Teilweise kam es, wie amerikanische Quellen berichten, zu regelrechten Häuserkämpfen in der Stadt.

Trotz der Unterlegenheit in der Bewaffnung erzielten die Deutschen Erfolge: Der amerikanische Plan des Durchmarsches nach Schwäbisch Hall scheiterte im Bühlertal bei Cröffelbach. Zu einem besonderen Problem für die weit vorgestoßenen US-Kräfte in Crailsheim entwickelte sich zudem die Situation ihrer überdehnten Nachschublinie entlang der sogenannten Kaiserstraße, der heutigen B 290. Kleinen deutschen Kampfgruppen gelang es, mit einer Guerillataktik immer wieder die Straße zu sperren und den amerikanischen Nachschub zu blockieren. Die Versorgungslage für die US-Einheiten in Crailsheim wurde zeitweise so prekär, dass der Nachschub an Benzin, Munition und Verpflegung, aber auch an Blutkonserven für die Verwundeten notdürftig mittels Transportflugzeugen bewerkstelligt werden musste, die auf dem Crailsheimer Wehrmachtsfliegerhorst landeten. Am Abend des 10. April entschlossen sich die Amerikaner daher, ihre vorgeschobenen Truppen aus der Stadt Crailsheim und den Ortschaften westlich davon zurückzuziehen. Sie fügten sich in die allgemeine Frontlinie ein, die zu diesem Zeitpunkt etwa 30 bis 40 Kilometer nördlich auf der Linie Blaufelden–Künzelsau verlief. Vor ihrem Abzug verübten US-Soldaten in Crailsheim zahlreiche Brandstiftungen.

Sinnlose Verteidigungsanstrengungen: Crailsheim wieder unter deutscher Kontrolle (11. bis 20. April 1945)

Der Verlauf der Kämpfe in Crailsheim, insbesondere die Tatsache, dass die Amerikaner eine einmal eroberte Stadt wieder aufgeben mussten, war in der Endphase des Zweiten Weltkriegs einzigartig. Es handelte sich um „die einzige größere Schlappe der Invasionsarmee während ihrer Schlussoffensive gegen Deutschland“ (Klaus-Dietmar Henke). Von der deutschen Propaganda wurde der „Sieg von Crailsheim“ denn auch in besonderer Weise herausgestellt. In zahlreichen der noch von den Nationalsozialisten beherrschten Zeitungen Süddeutschlands war er über mehrere Tage der Aufmacher. Auch im Tagebuch des Reichspropagandaministers Goebbels findet er Erwähnung.

Am Morgen des 11. April kehrte deutsches Militär nach Crailsheim zurück. Ab diesem Zeitpunkt stand die Stadt unter dem Befehl eines Kampfkommandanten, eines SS-Hauptsturmführers mit Namen Hübner. Unterstützt wurde er vom Crailsheimer NSDAP-Kreisleiter Otto Hänle. Dieser war, entgegen der eigenen, lauthals verkündeten Durchhalteparolen am 6. April mit der gesamten Kreisleitung, inklusive deren Familien, Hals über Kopf aus der Stadt geflohen und hatte dazu trotz eklatanten Mangels an Fahrzeugen den großen Lastwagen der Herrenmühle bereit halten und große Mengen Lebensmittel mit sich führen lassen. Erfahrungen dieser Art mit den Politischen Leitern des Regimes, von denen es nicht nur im Raum Crailsheim zahlreich zu berichten gäbe, führten in den Augen vieler Menschen zum „vollkommenen moralischen Bankrott der NSDAP“ (Klaus-Dietmar Henke).

Nun war Hänle zurückgekehrt und organisierte gemeinsam mit Hübner die Verteidigungsmaßnahmen: Nicht weniger als 13 Panzersperren ließen sie vor und in der Stadt errichten. Es wurden die Standorte für mögliche MG-Nester festgelegt.

Die Männer des Volkssturms, die sich beim ersten Einmarsch der Amerikaner meist in die Nachbarorte abgesetzt hatten, wurden bei Strafe des Standgerichts zusammengerufen und mit Panzerfäusten ausgerüstet, gemischte Wachen aus Volkssturm und SS an den Stadteingängen platziert. Durch Crailsheim zurückweichende Soldaten wurden aufgefangen und an einer Sammelstelle für den Einsatz in der Stadt vorbereitet. Der US-Luftaufklärung mussten diese Maßnahmen den Eindruck vermitteln, als sollte Crailsheim zu einer „wahren Festung" (Konrad Rahn) ausgebaut und verteidigt werden. Die Reaktion ließ nicht auf sich warten: Vor allem ab dem 16. April lag die Stadt unter massivem Beschuss amerikanischer Jagdbomber, die beträchtliche Schäden anrichteten.

Aus heutiger Sicht stellt sich die Frage, ob von Seiten der Stadtverwaltung oder auch einiger engagierter Einzelpersonen die angesichts der Kräfteverhältnisse völlig sinnlose Befestigung Crailsheims nicht hätte abgewendet werden können. Und tatsächlich gab es vereinzelte vorsichtige Initiativen in diese Richtung. Sie blieben jedoch ohne Erfolg. SS und Kreisleitung ließen keine Zweifel daran, dass sie Handeln gegen ihre Anweisungen rigoros ahnden würden. Drohungen mit Aufhängen und Erschießen sind zahlreich überliefert. Und die Gefahr war in diesen Tagen ganz konkret: Kurz nach der Rückgewinnung Crailsheims waren mehrere Gestapo-Beamte in der Stadt erschienen, um Ermittlungen darüber anzustellen, wie sich die Bevölkerung bei der Besetzung verhalten hatte. Mehrere Personen mussten untertauchen. Auf dem Fliegerhorst untersuchten ein General und ein Major, warum beim Abzug der Flugplatzbesatzung am 6. April die befohlenen Sprengungen nicht gründlich genug ausgeführt worden waren. Mehreren Soldaten wurde angedroht, sie vor ein Militärgericht zu stellen. Und schließlich wurden in diesen dramatischen Tagen durch Plakataushang auch die Ereignisse aus dem nicht weit entfernten Brettheim bekannt.

Der „Kampf an der inneren Front": Krieg gegen das eigene Volk

Bei der Mehrheit der kriegsmüden deutschen Zivilbevölkerung und wohl auch der Soldaten stieß der fanatische Einsatzwillen, den die Führung des Militärs und der Partei in und um Crailsheim an den Tag legte, sicherlich auf Ablehnung. Die meisten hatten die Ausweglosigkeit der militärischen Lage im Frühjahr 1945 erkannt und bemühten sich darum, sich selbst, ihre Familien und auch ihre Dörfer einigermaßen unbeschadet über die letzten Kriegswirren zu bringen. Zahlreich sind die lokalen Initiativen, deutsches Militär zum kampflosen Abzug aus den Ortschaften zu bewegen, in der Befürchtung, andernfalls amerikanischen Beschuss auf sich zu ziehen. Viele Menschen sahen sich in einer „Zange zwischen dem eskalierenden Terror des eigenen Regimes und dem Terror des hereinbrechenden Krieges" (Edgar Wolfrum).

In Brettheim entwaffneten einige Männer des Dorfes einen Trupp Hitlerjungen und versenkten ihre Waffen im Dorfteich. Einer der Beteiligten, Friedrich Hanselmann, wurde von einem eigens eingerichteten Standgericht zum Tode verurteilt. Gemeinsam mit ihm wurden am 10. April 1945 der Dorfbürgermeister Gackstatter und der Ortsgruppenleiter Wolfmeyer an den Friedhofslinden in Brettheim mit dem Strang hingerichtet. Diese hatten sich geweigert, das Urteil gegen Hanselmann mit ihrer Unterschrift zu bestätigen.



Blick in die Erinnerungsstätte „Männer von Brettheim" mit Porträts von Friedrich Hanselmann, Leonhard Gackstatter und Leonhard Wolfmeyer, die am 10. April 1945 in Brettheim hingerichtet wurden. Es handelt sich um das bekannteste der zahlreichen Endphase-Verbrechen des NS-Regimes im Raum Crailsheim.

Die Hinrichtung der „Männer von Brettheim“ ist sicherlich das bekannteste, es ist aber bei weitem nicht das einzige sogenannte Endphase-Verbrechen des sich auflösenden NS-Regimes im Raum Crailsheim. Vor allem nach der Rückkehr deutscher Truppen waren Menschen, die im Verdacht standen, den Amerikanern geholfen zu haben, oder mit denen noch offene Rechnungen zu begleichen waren, ihres Lebens nicht mehr sicher: In Wallhausen wurde ein Kaufmann erschossen, der deutsche Soldaten verraten haben soll. In Kirchberg an der Jagst wurden am 14. April sechs Menschen ermordet, darunter vier Fremdarbeiter bzw. Kriegsgefangene. Und noch am 19. April, wenige Stunden vor ihrem endgültigen Abzug, erschossen SS-Männer in Satteldorf den Arbeiter Karl Happold und in Lautenbach den Landwirt Friedrich Späth.

Nur mit Glück kam der Bürgermeister von Roßfeld mit dem Leben davon, der den Amerikanern bei der ersten Besetzung mit der weißen Fahne entgegengegangen war. Er wurde abgeholt, verhört, nach Stuttgart ins Gefängnis gesteckt und anschließend an den Bodensee verschleppt. Von dort kehrte er Ende April wieder nach Hause zurück.

In einer Vielzahl von Fällen belegen die Ereignisse im Raum Crailsheim den Terror von SS und Polizei zur „Erzwingung der kämpfenden Volksgemeinschaft bis zuletzt“ (Franz-Josef Merkl). Sie vermitteln einen brutalen Eindruck davon, was die Menschen in einem Gebiet erwartete, das die bewaffneten Kräfte des NS-Regimes zurückgewinnen konnten.

Eine einzige brennende und rauchende Trümmerwüste: Das Foto eines US-Kriegsberichterstatters zeigt US-Soldaten in der Crailsheimer Wilhelmstraße am Vormittag des 21. April 1945, dem ersten Tag der zweiten Besetzung der Stadt.





Dieses Foto zeigt das ganze Ausmaß der Zerstörung der Crailsheimer Innenstadt im April 1945.

Die zweite Besetzung Crailsheims durch US-Truppen am 20./21. April 1945

Das Zurückdrängen der US-Truppen am 10. April 1945 aus Crailsheim führte dazu, dass in den folgenden Tagen das Kriegsgeschehen noch einmal über die Gebiete nördlich der Stadt hinwegzog – und nun mit sehr viel drastischeren Folgen als beim ersten US-Vorstoß. Widerstand deutscher Soldaten aus Dörfern und Weilern wurde von den Amerikanern mit massivem Beschuss von Artillerie und Jagdbombern beantwortet. Zahlreiche Ortschaften wurden schwer getroffen, hunderte von Wohn- und landwirtschaftlichen Gebäuden vernichtet, viele Menschen verloren ihr Leben.

Am Nachmittag und frühen Abend des 20. April lagen die US-Truppen zum zweiten Mal vor Crailsheim. Mit schwerer Artillerie beschossen sie die Stadt, aus der sich nach und nach die letzten deutschen Kräfte absetzten. Offensichtlich zwei Mal versuchten die Amerikaner Kontakt in die Stadt herzustellen, um eine kampflose Übergabe zu erreichen. Aber die meisten Menschen waren inzwischen aus Crailsheim geflohen – von den etwa 11 000 Einwohnern sollen sich zu diesem Zeitpunkt nur noch 500 bis 700 in der Stadt aufgehalten haben. Auch die Verantwortlichen der Stadtverwaltung um Bürgermeister Friedrich Fröhlich hatten die Stadt verlassen, so dass eine Initiative zur Übergabe Crailsheims und zur Rettung dessen, was noch zu retten war, nicht erfolgte.

Fast die ganze Nacht lag die Stadt daraufhin unter Beschuss. Am Vormittag des 21. April wurde Crailsheim von den Amerikanern zum zweiten Mal und nun endgültig besetzt. Sie fanden eine Stadt vor, die sich in weiten Teilen in eine einzige rauchende und brennende Trümmerwüste verwandelt hatte.

Verheerende Bilanz der Kämpfe um Crailsheim

Die Bilanz der „Schlacht um Crailsheim“ war verheerend: Von 1799 Gebäuden in der Stadt waren 1152 von Kriegsschäden betroffen, das waren etwa zwei Drittel aller Gebäude. 444 davon waren total zerstört, 192 schwer, 77 mittelschwer und 439 leicht beschädigt. Es dauerte allein fünf Jahre, bis die Crailsheimer Innenstadt komplett vom Trümmerschutt geräumt war. Die Gefechte vom 6. bis 21. April hatten auf deutscher Seite mindestens 220 Menschenleben gefordert, darunter 80 Zivilisten. Die genaue Höhe der amerikanischen Verluste ist bis heute nicht bekannt. Nach den Einzelangaben einiger der beteiligten US-Einheiten verloren über 40 GIs ihr Leben, mehr als 180 wurden verwundet.

Die Ereignisse um Crailsheim zeigen exemplarisch, welche Folgen es haben konnte, wenn Fanatiker und „Hardliner“ des NS-Regimes in der letzten Kriegsphase die Kommandogewalt vor Ort innehatten und das Handeln auf deutscher Seite bestimmten. Aus ideologischer Verbohrtheit und um den Untergang der NS-Herrschaft so lange wie möglich hinauszuzögern, kämpften sie verbissen und rücksichtslos weiter – rücksichtslos nicht nur gegen den militärischen Feind, sondern auch gegen die kriegsmüden eigenen Soldaten, die Zivilbevölkerung und die Sachwerte der Heimat.

Die Konsequenzen dieser Handlungsweise waren katastrophal: Zahllose deutsche Städte und Dörfer fielen noch in den letzten Kriegswochen in Schutt und Asche, hunderttausende von Soldaten und Zivilisten mussten sterben. Sie alle hätten gerettet werden können, wenn der ohnehin aussichtslose Kampf nur wenige Monate früher beendet worden wäre.

Auf der anderen Seite: Die Niederlage des Regimes war 1945 total und sie geschah vor aller Augen. Schönreden oder Ausflüchte waren angesichts der für jeden erkennbaren Bilanz von zwölf Jahren nationalsozialistischer Herrschaft nicht möglich. Für die öffentliche Bewertung des NS-Systems und des von ihm entfesselten Krieges nach 1945 war dies ein

wesentlicher Faktor. „Eine Wiederholung von 1918, als manche Politiker und führende Militärs den heimkehrenden Soldaten einreden wollten, dass sie eigentlich ‚im Felde unbesiegt' gewesen seien, war 1945 ausgeschlossen" (Gerhard Hirschfeld/Irina Renz) – mit den entsprechenden positiven Auswirkungen auf die Stabilität der in den folgenden Jahren geschaffenen neuen politischen Ordnung.

Crailsheim verlor durch die Kämpfe des Jahres 1945 sein historisch gewachsenes Stadtbild. Stadtgeschichtlich bedeutsame Gebäude wie das alte markgräfliche Schloss oder der repräsentative Bau des württembergisch-bayerischen Grenzbahnhofes gingen ebenso unwiederbringlich verloren wie viele schmucke Wohn- und Geschäftshäuser des Stadtzentrums. Es dauerte Jahrzehnte, bis die größten Lücken in der Innenstadtbebauung geschlossen werden konnten. Auf dem Grundriss des alten Crailsheim entstand eine neue Stadt – weitläufiger, offener, mit größeren Plätzen und breiteren Straßen. Die Leistungen des Wiederaufbaus waren gewaltig und sie sind nicht hoch genug zu veranschlagen. Heute gehört Crailsheim zu den wirtschaftlich aktivsten Städten der Region Heilbronn-Franken mit einer hohen Lebensqualität. Und dennoch: Der Verlust der geschlossenen, eng bebauten Innenstadt mit ihrem Flair und individuellen Charakter erfüllt nicht nur die alten Crailsheimerinnen und Crailsheimer gelegentlich mit Wehmut. Er ist das Erbe einer stadtgeschichtlichen Katastrophe, die in ihren Bedingungen und Umständen Crailsheim zu einem baden-württembergischen Erinnerungsort macht.

Die Beseitigung der Trümmer in der Crailsheimer Innenstadt nahm fünf Jahre in Anspruch. Auf dem Marktplatz wurde eine Trümmerverwertungsanstalt eingerichtet, in der aus dem Schutt neue Steine gefertigt wurden. Mit ihnen begann der Wiederaufbau Crailsheims.





Idylle in der Idylle: Das Kloster Bebenhausen im Schönbuch war nach dem Zweiten Weltkrieg Sitz des Parlaments nahe Tübingen, der Hauptstadt des Landes Württemberg-Hohenzollern.

Bebenhausen

Verfassung- und Gesetzgebung im Winterrefektorium (1946–1952)

Stefan Zauner

Bebenhausen, seit der Eingemeindung nach Tübingen (1974) mit 340 Einwohnern der kleinste Teilort der zweitkleinsten Universitätsstadt Baden-Württembergs – ein Erinnerungsort im drittgrößten deutschen Bundesland? Die bukolisch-idyllische „Perle des Schönbuchs“ – ein für die demokratisch-politische Kultur relevanter Kristallisationskern kollektiver Erinnerung im Südweststaat? Sollte hierfür gegebenenfalls genügen, dass im ehemaligen Kloster und Jagdschloss ein Kapitel der Gründungsgeschichte unseres Landes geschrieben wurde? Inwiefern und inwieweit repräsentiert der Sitz eines ephemeren Landtags und zugleich „Behördenvorort“ der kurzlebigen Landeshauptstadt Tübingen eine südwürttembergisch-oberschwäbisch-hohenzollerische Regionalidentität oder gar ein landesgeschichtliches Erbe im weiteren Sinne? Wie viel historische Tiefenbohrung am Gedächtnistopos Bebenhausen ist andernfalls erforderlich, um den Quelltopf symbolischer Bedeutung und kollektiver Sinnstiftung freizulegen und sprudeln zu lassen?



Der Kreuzgang ist das Kernstück der Klosteranlage Bebenhausen. Er zählt zu den bedeutendsten und besterhaltenen spätgotischen Anlagen dieser Art in Südwestdeutschland.



Zisterzienserkloster zwischen Tübinger Pfalzgrafen, württembergischen Landesherren, Kaiser und Papst

In den 80er-Jahren des 12. Jahrhunderts gründete Pfalzgraf Rudolf I. von Tübingen am Südrand des Schönbuchs ein Kloster, in dem sich zunächst Mönche des Prämonstratenserordens niederließen. Schon 1190 übernahmen jedoch Zisterzienser aus Schönau bei Heidelberg die Abtei im Goldersbachtal, die wenig später vom Kaiser Holznutzungs- und Weiderechte sowie vom Papst eine Besitzbestätigung und Schutzzusage erhielt. Seit der Mitte des 14. Jahrhunderts geriet das wohlhabende Kloster zunehmend unter den Einfluss der Grafen von Württemberg, die 1342 den überschuldeten Tübinger Pfalzgrafen ihre Stadt samt Burg abgekauft hatten. Hundert Jahre später führte eine Urkunde Bebenhausen als ein unter württembergischer Landeshoheit stehendes Kloster auf. Dieses wurde im Zuge der Reformation 1535 von Herzog Ulrich aufgelöst, das erkleckliche Klostervermögen sowie der Kirchenschatz eingezogen. Schon 1549 kehrte zwar der katholische Abt mit einem kleinen Konvent nach Bebenhausen zurück; das den Kämpfen der Glaubensspaltung geschuldete Interim währte allerdings nur elf Jahre.

Höhere evangelische Klosterschule des Herzogtums Württemberg

1556 richtete Herzog Christoph von Württemberg in Bebenhausen eine von vier höheren evangelischen Klosterschulen des Landes ein. 1560 übernahm daraufhin mit Eberhard Bidembach der erste protestantische Abt das Regiment. In der Zeit des Dreißigjährigen Krieges führte das Restitutionsedikt von 1629 erneut zu einer vorübergehenden Rückkehr einiger Zisterziensermönche in den Schönbuch. Der Westfälische Frieden von 1648 setzte dann jedoch einen endgültigen Schlussstrich unter das monastische Leben katholischer Observanz. Zwei Jahre später erfolgte unter Abt Johann Valentin Andreae die Wiedereröffnung der in den Kriegswirren zeitweise geschlossenen evangelischen Klosterschule, die bis 1806 bestehen blieb. Nach ihrer Aufhebung durch den frisch gekürten König Friedrich I. von Württemberg nahm das theologische Seminar in Maulbronn die heimatlos gewordenen Klosterschüler aus Bebenhausen auf.

Königliches Jagdschloss und Bürgergemeinde

Friedrich I., König „von Napoleons Gnaden", ließ ab 1807 das ehemalige Abtshaus der Klosterschule zum Jagdschloss ausbauen. 1819 übertrug sein Sohn und Nachfolger Wilhelm I. Bebenhausen mit allen Besitzungen dem württembergischen Königreich. Die etwa 200 Einwohner des Ortes erhielten 1823 die Möglichkeit, Grundstücke und Gebäude innerhalb des Klosterbezirks zu erwerben. Sie schlossen sich daraufhin zu einer bürgerlichen Dorfgemeinde zusammen. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erfolgten Rückkauf und Restaurierung der mittlerweile baufällig gewordenen Klostergebäude durch König Karl und die Einrichtung weiterer königl-

licher Privatgemächer. Zwischen 1891 und 1918 ließen Wilhelm II. und dessen Gemahlin Charlotte die Räume des Jagdschlosses modernisieren und neu ausstatten. Als passionierte Jäger nutzten sie Bebenhausen gerne und häufig zu Aufenthalten mit königlichen Jagdgesellschaften. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und der erzwungenen Abdankung des Königs im November 1918, der jetzt den Titel eines „Herzogs von Württemberg“ annahm, wurde dem in der Bevölkerung weithin beliebten Paar vom Volksstaat Württemberg die lebenslange Nutzung des Schlosses im Goldersbachtal eingeräumt. Hier starb Wilhelm im Oktober 1921, Charlotte im Juli 1946. Nach ihrem Tod ging die ehemalige Klosteranlage auf das unter französischer Besatzungsherrschaft stehende Württemberg-Hohenzollern über.

Von der französischen Besetzung 1945 zur Gründung des Südweststaats 1952

Dem Einmarsch US-amerikanischer und französischer Truppen in Südwestdeutschland im Frühjahr 1945 folgte ein wochenlanges Tauziehen um Einflusssphären zwischen den beiden ungleichen Verbündeten. Ende Juni schließlich akzeptierte Paris die von den übermächtigen Amerikanern gewünschte Grenzziehung südlich der Autobahn Karlsruhe–Stuttgart–Ulm. Die *Zone Française d'Occupation*, die von dem in Baden-Baden ansässigen *Gouvernement Militaire* unter General Pierre Koenig regiert wurde, ähnelte zwei mit den Spitzen aufeinander stehenden Dreiecken: Das nordwestliche umfasste die 1946 zum Land Rheinland-Pfalz vereinigten Gebiete; das südöstliche bestand einerseits aus Südbaden bis zur Nordgrenze des Kreises Rastatt, andererseits aus dem um die vormals preußischen (und katholischen) Hohenzollerischen Lande (Hechingen und Sigmaringen) sowie verwaltungsmäßig um den bayerischen Landkreis Lindau erweiterten südlichen Württemberg mit 15 Landkreisen. Zur Hauptstadt dieses von den Pariser Politstrategen am geringsten geschätzten Teils ihrer Besatzungszone avancierte Tübingen. Hier wurde am 16. Oktober 1945 von Gouverneur Guillaume Widmer das „Staatssekretariat für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns“ als provisorische Auftragsverwaltung eingesetzt, an dessen Spitze mit dem frankofonen Sozialdemokraten und habilitierten Juristen Carlo Schmid eine herausragende politische Persönlichkeit der deutschen Nachkriegsgeschichte stand.



Die Verbürgerlichung der Monarchie: König Wilhelm II. von Württemberg mit Königin Charlotte in bürgerlicher Kleidung in einem Hauseingang in Bebenhausen, aufgenommen um 1915.



Vereidigung der Regierung von Württemberg-Hohenzollern in Bebenhausen 1947 durch Präsident Karl Gengler (rechts). Im Vordergrund Eberhard Wildermuth (links) und Carlo Schmid (2. von rechts).

Die Beratende Landesversammlung

Die Wieder- bzw. Neuzulassung politischer Parteien sowie die Genehmigung von Kommunal- und Regionalwahlen erfolgten in der französischen Zone später als in den anderen Besatzungsgebieten. Bei den Gemeinderatswahlen vom 15. September 1946 wurde die neu gegründete CDU mit knapp 39 Prozent auf Anhieb stärkste politische Kraft in Württemberg-Hohenzollern. Vier Wochen später steigerte sie bei den Wahlen zu den Kreisversammlungen ihren Stimmenanteil auf fast 63 Prozent. Dies bildete die Ausgangsbasis für die von Gouverneur Widmer verfügte Einrichtung einer Beratenden Landesversammlung, die als Vorparlament und Verfassunggeber des noch zu konstituierenden Landes Württemberg-Hohenzollern agieren sollte. Deren 68 Mitglieder (darunter drei Vertreter Lindaus mit eingeschränkten Rechten) wurden von sämtlichen Kreisdelegierten und den Gemeinderäten der 19 Städte mit über 7000 Einwohnern nach Listen gewählt. Kandidieren durften ebenfalls nur Mitglieder der Gemeinderäte und Kreisversammlungen sowie Bürgermeister und Landräte. Bei der mithin indirekten, zentral durchgeführten Wahl am 17. November 1946 entfielen 61,6 Prozent der Stimmen auf die Christdemokraten, die 42 Mitglieder (darunter zwei aus Lindau) in die Beratende Landesversammlung entsandten, 20,6 Prozent auf die SPD (14 Mandate), 11,8 Prozent auf die liberale DVP (acht, darunter ein Lindauer Vertreter) und 5,9 Prozent auf die KPD (vier Mandate).

Am 22. November trat das Vorparlament zu seiner konstituierenden Sitzung im (beheizten!) Winterrefektorium des ehemaligen Klosters Bebenhausen zusammen. Der spätere Ministerpräsident Gebhard Müller (CDU) befand rückblickend: „Die Wahl dieses Ortes erwies sich in der Zukunft als außerordentlich glücklich, eine Empfehlung des französischen Gouverneurs ging ihr voraus." Außer der Beratenden Landesversammlung tagten seit Herbst 1946 auch der Landeswirtschaftsrat, der Verwaltungs- und Kompetenzgerichtshof (bis 1959) und das Oberlandesgericht in Bebenhausen, das damit zum „Behördenvorort" der nahen Landeshauptstadt Tübingen avancierte.

Hauptaufgabe der Beratenden Versammlung war die Erarbeitung einer Landesverfassung. Zu Fragen, die ihr das Staatssekretariat vorlegte, durfte sie allenfalls Stellung nehmen, jedoch keine Beschlüsse fassen oder eigene Anträge einbringen. Jegliche Kritik an der Militärregierung war den Abgeordneten strikt untersagt. Zur Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs wurde ein 18-köpfiger Ausschuss gebildet, in dem elf Christdemokraten die absolute Mehrheit bildeten. Am 12. Dezember 1946 trat der Ausschuss erstmals zusammen und erteilte dem Rottweiler Rechtsanwalt Lorenz Bock (CDU) den Auftrag, mit Hilfe des ehemaligen Reichsgerichtsrats Emil Niethammer (ebenfalls CDU) einen Beratungsentwurf vorzulegen. Den Vorschlag der linken und liberalen Opposition, die im Wesentlichen von Carlo Schmid ausgearbeitete Verfassung Württemberg-Badens zu übernehmen, um die angestrebte Wiederherstellung (Gesamt-)Württembergs und dessen Zusammenschluss mit (Gesamt-)Baden zu erleichtern, lehnte die CDU-Mehrheit als „entwürdigend" ab, weil man hier „doch wesentlich andere Vorstellungen" habe.

Vom 10. März 1947 an beriet der Verfassungsausschuss über einen von Lorenz Bock und Emil Niethammer vorgelegten Entwurf, wobei sich rasch zeigte, dass dieser außerhalb der CDU nicht konsensfähig war. Insbesondere die als autoritär empfundene Präsidialverfassung mit einem vom Volk direkt

zu wählenden, gegenüber dem Landtag weitgehend unabhängigen Staats- und Regierungschef sowie einem Notstandsartikel à la Weimarer Republik, die vorgesehene Zweite Kammer mit auf Lebenszeit vom Staatspräsidenten ernannten Senatoren, das deutlich religiös geprägte Staatsverständnis und die obligatorische Konfessionsschule stießen bei Sozialdemokraten, Liberalen und Kommunisten auf vehemente Ablehnung. Die scheinbare Kompromisslosigkeit der Mehrheitsfraktion, gepaart mit dem von der Militärregierung plötzlich ausgeübten Zeitdruck, erhitzte die Gemüter und trug zur Verhärtung der Fronten bei. Nachdem die Abgeordneten der Oppositionsparteien aus Protest den Ausschuss verlassen hatten, verabschiedete das christdemokratische Rumpfgremium den eigenen Entwurf und präsentierte ihn der Militärregierung. Diese lehnte jedoch den Text umgehend mit der Begründung ab, dass die vorgesehenen Verfassungsbestimmungen nicht die unverzichtbaren Garantien einer Demokratie enthielten, namentlich den Volkswillen bei der Organisation der Staatsgewalt nur ungenügend berücksichtigten. Die schallende Ohrfeige des Gouverneurs – ein einzigartiger Vorgang in der deutschen Nachkriegsgeschichte – brachte nicht nur die Mehrheitsfraktion zur Räson, sondern ließ auch in der SPD den Willen zur Konfrontation erlahmen, zumal CDU und SPD im Bereich der Wirtschafts- und Sozialordnung weithin übereinstimmende Vorstellungen vertraten. Die gemeinsame Regierungsarbeit und der ausgleichende Einfluss ihrer Protagonisten Gebhard Müller und Carlo Schmid wirkten dabei beschleunigend. Schließlich kam ein Verfassungstext zustande, den die Beratende Landesversammlung nach einer Marathonsitzung in den Nachtstunden des 21./22. April 1947 mit den Stimmen von CDU und SPD, gegen die Opposition der Liberalen und Kommunisten, verabschiedete.

Verfassungsentwurf im zweiten Anlauf verabschiedet

Der im zweiten Anlauf vom Vorparlament verabschiedete Entwurf entsprach in weiten Teilen den Verfassungen anderer deutscher Länder und war großenteils an der von Württemberg-Baden orientiert, allerdings stärker christlich-religiös und von konservativen Wertvorstellungen (z. B. Familie und Erziehung betreffend) geprägt. Das Einkammerparlament sollte umfassende Rechte gegenüber dem Staatspräsidenten und der Regierung genießen. Als Staatsfarben wählte man das Schwarz-Rot des alten Volksstaates bzw. Königsreichs Württemberg und nicht das von Lorenz Bock und Emil Niethammer vorgeschlagene Schwarz-Gold, das an die habsburgische Vergangenheit Oberschwabens erinnern sollte. An die Stelle der zunächst vorgesehenen Konfessionsschule war die christliche Volksschule getreten, deren bekenntnismäßige oder ökumenische Ausgestaltung im Einzelfall dem Elternwillen vorbehalten blieb. Der von Gebhard Müller stammende Verweis auf die Zugehörigkeit Württemberg-Hohenzollerns zu einer „deutschen Bundesrepublik“ (die ja noch nicht existierte) sollte die vom *Gouvernement Militaire* praktizierte Abschottung der eigenen Zone konterkarieren, teilte zugleich aber die von den Franzosen nachdrücklich vertretene Erwartung einer föderalistischen Staatsordnung des künftigen Deutschland. Die Vertreter Hechingens und Sigmaringens hatten immerhin erreicht, dass die Hohenzollerischen Lande Bestandteil des Staatsnamens blieben.



Landtagspräsident Karl Gengler (CDU) stehend, Unterstaatssekretär Pierre Schneiter (gegenüber sitzend) neben Gouverneur Widmer am 29. Januar 1948 in Bebenhausen. Schneiter war Ende Januar 1948 auf Staatsbesuch in der französischen Besatzungszone, um den deutschen Landesregierungen einen (seit 1947 immer wieder in Aussicht gestellten) Wandel in der Pariser Deutschland- und Besatzungspolitik im Sinne erweiterter Mitwirkungsrechte der einheimischen Politiker anzukündigen.



Das Winterrefektorium im Kloster Bebenhausen diente als Plenarsaal.

Auch die in der Verfassung angekündigte staatsrechtliche Lösung der schwelenden „Hohenzollernfrage“ stellte zumindest einen Teilerfolg weitergehender Ambitionen dar, der 1950 mit einer gesetzlichen Regelung der Selbstverwaltung in diesem Landesteil seine Bestätigung erfuhr.

Am 18. Mai 1947 stimmte die Bevölkerung zwischen Nordschwarzwald und Schönbuch, Neckar-Alb und Bodensee-Oberschwaben über den Verfassungsentwurf der Beratenden Landesversammlung ab. Zugleich hatte sie Gelegenheit, den ersten (und einzigen) Landtag von Württemberg-Hohenzollern zu wählen. Die Verfassung wurde mit knapp 70 Prozent der abgegebenen Stimmen (bei einer Stimmbeteiligung von etwa 62 %) angenommen und trat fünf Tage später in Kraft. Aus der Landtagswahl ging die CDU mit der absoluten Mehrheit von 32 (34) der 60 (62) Mandate hervor (zwei Vertreter Lindaus mit beratender Stimme). Die SPD entsandte zwölf, die DVP elf und die KPD fünf Abgeordnete.

Das Parlament im Grünen

Am 3. Juni 1947 trat der Landtag zu seiner konstituierenden Sitzung in Bebenhausen zusammen. Wie schon in der Beratenden Landesversammlung, diente den Abgeordneten – zunächst ausschließlich Männer, später rückten zwei Frauen nach – das Winterrefektorium des ehemaligen Klosters als Plenarsaal. Der „Grüne Saal“ im vormaligen Jagdschloss war ihr Aufenthaltsraum, im „Blauen Saal“ fanden offizielle Veranstaltungen statt. Dem Landtagspräsidenten und der siebenköpfigen Landtagsverwaltung standen zwei Räume in der ersten Etage des früheren Gästehauses zur Verfügung. Die Fraktionszimmer auf demselben Stockwerk waren ebenfalls Privatgemächer König Wilhelms II. gewesen. Mehr als

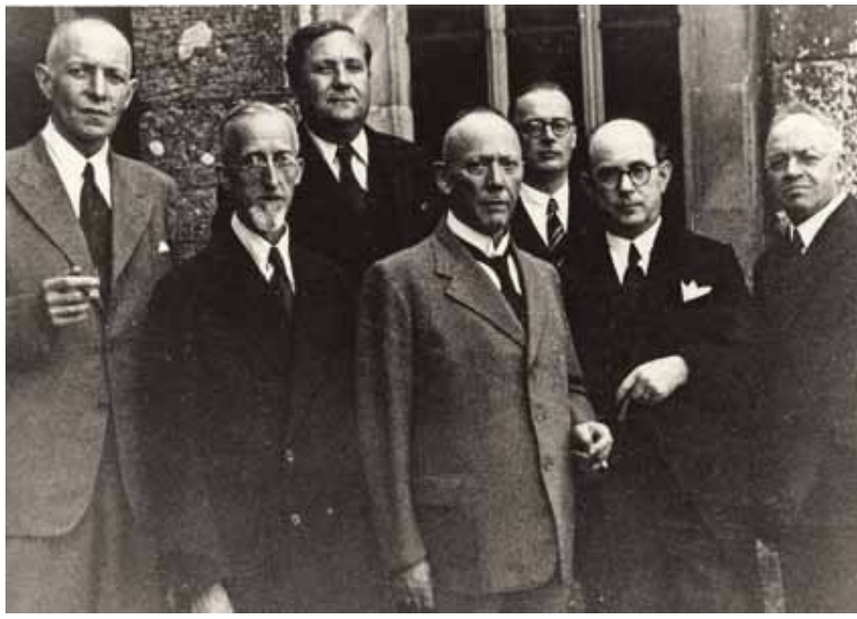


Das Fraktionszimmer der liberalen Deutschen Volkspartei (DVP) in Bebenhausen.

die Hälfte der Parlamentarier übernachtete im Anschluss an lange Sitzungen in den karg ausgestatteten Mönchszellen des ehemaligen Dormitoriums. Die Verpflegung der Abgeordneten erfolgte nach Abgabe von Essensmarken in zwei örtlichen Gaststätten. Für Sitzungstage erhielten sie 20 Mark Tagegeld. Diäten (monatlich 285 DM) wurden erst 1949 und damit später als in den übrigen westdeutschen Landesparlamenten eingeführt. Das Mobiliar des Landtags stammte aus den Beständen des Klosters bzw. Jagdschlosses; nichts wurde hinzugekauft oder requiriert, lediglich die Tische im Plenarsaal mussten eigens angefertigt werden. Für die Bürger Württemberg-Hohenzollerns zahlte sich die Anspruchslosigkeit, Bescheidenheit und Sparsamkeit ihrer Abgeordneten buchstäblich aus: Jeden der 1,2 Millionen Einwohner kosteten die Volksvertreter, statistisch betrachtet, nur 22 Pfennige pro Jahr. Damit verkörperte der Landtag in Bebenhausen *den* schwäbischen Tugendkomplex *par excellence*.

Auch an Fleiß mangelte es den Abgeordneten im ehemaligen Kloster keineswegs. Außer den Staatshaushaltsplänen wurden in der 1951 um ein fünftes Jahr verlängerten Legislaturperiode in 118 Sitzungen 235 Gesetze beraten. Unter denen, die verabschiedet wurden, betrafen die wichtigsten eine Bodenreform, die Einrichtung von Betriebsräten, das Schulwesen, die Kreis- und Gemeindeordnung sowie eine Vielzahl von Regelungen zum Sozial-, Versicherungs- und Wirtschaftssystem.

Die Regierung von Württemberg-Hohenzollern in Bebenhausen im Jahr 1947. Von links: Wirtschaftsminister Eberhard Wildermuth (FDP), Arbeitsminister Eugen Wirsching (CDU), Justizminister Carlo Schmid (SPD), Staatspräsident Lorenz Bock (CDU), Kultusminister Albert Sauer (CDU), Innenminister Viktor Renner (SPD) und Ernährungs- und Landwirtschaftsminister Franz Weiß.



Massive Konflikte mit der französischen Besatzungsmacht

Die Besonderheit des zeithistorischen Erinnerungsorts Bebenhausen ergibt sich jedoch nicht aus einer nüchternen Auflistung der legislativen Aktiva, sondern aus der spezifischen Machtkonstellation, welche die einheimischen Politiker in einen spektakulären Konflikt mit der französischen Militärregierung trieb. Diese verstand sich als Exekutive einer durch den Krieg und die deutsche Okkupation schwer geschädigten Siegermacht, die Kompensationen aus der eigenen Besatzungszone für berechtigt hielt. So wurden in einer ersten Requisitionswelle 1945/46 bei 1400 Industrie- und Handwerksbetrieben rund 20 000 Maschinen beschlagnahmt und nach Frankreich verbracht. Württemberg-Hohenzollern musste zudem bis September 1948 Zwangsabgaben aus der laufenden agrarischen und gewerblichen Produktion an Südbaden und Rheinland-Pfalz sowie für Exportzwecke, größtenteils nach Frankreich selbst, leisten. Damit blieben der südwürttembergischen Bevölkerung beispielsweise nur 15 Prozent (1945) bis 35 Prozent (1947) der landeseigenen Fleischproduktion. Zu den schwersten Eingriffen in die naturräumliche und forstwirtschaftliche Substanz des Landes gehörte die Abholzung der Wälder, im Zuge derer bis 1949 über vier Millionen Festmeter Holz an Frankreich geliefert bzw. in andere Länder exportiert werden mussten.

Als Ende 1947 eine Demontageliste der drei Westmächte 60 Betriebe in Württemberg-Hohenzollern für den Total- und zehn für den Teilabbau vorsah, ging die CDU-Fraktion in Bebenhausen unter Führung Gebhard Müllers auf Konfrontationskurs zur Besatzungsmacht, indem sie die Niederlegung der Abgeordnetenmandate und den Rücktritt der Minister beschloss, falls sich das *Gouvernement Militaire* unnachgiebig zeigen sollte. Dieses unterband mit allen Mitteln eine öffentliche Diskussion über die Demontageliste. Nachdem eine Denkschrift der Landesregierung an den Gouverneur monatelang unbeantwortet geblieben war, brachte eine

parlamentarische Anfrage zur „immer rascher fortschreitenden Abholzung der Wälder“ im Frühjahr 1948 die Lawine ins Rollen. Den Hintergrund bildete die Wahrnehmung auf deutscher Seite, dass die Verantwortlichen in Paris und Baden-Baden von ihren amerikanischen und britischen Verbündeten zunehmend unter Druck gesetzt wurden, die Mitwirkungsrechte der einheimischen Politiker und Behörden auch in der französischen Zone tatsächlich auszuweiten und es nicht bei Ankündigungen zu belassen, denen keine konkreten Schritte folgten. Darüber hinaus zeichnete sich spätestens mit der Londoner Außenministerkonferenz im Frühjahr 1948 auch auf höchster politischer Ebene eine baldige grundlegende Änderung der Besatzungsverhältnisse in Westdeutschland ab. Als nun der Tübinger Gouverneur Widmer die Beratung der parlamentarischen Anfrage zu den Holzeinschlägen Ende April verbot, beschloss das Abgeordnetenhaus seine Vertagung, trat also gewissermaßen in den Streik. Offenkundig unter dem Druck der internationalen Entwicklung und der kritischen Öffentlichkeit in den Nachbarzonen sah sich Widmer zum Einlenken gezwungen. Anfang Juni, zeitgleich mit dem Ende der Sechsmächtekonferenz in London, gestand er dem Landtag schriftlich zu, auch über die der Besatzungsmacht vorbehaltenen Angelegenheiten zu debattieren.

Damit hatte das Parlament in Bebenhausen zwar einen eindrucksvollen Erfolg erzielt, aber der Konflikt der südwürttembergischen Politiker mit der Militärregierung war noch nicht ausgestanden; die Peripetie stand erst bevor. Hiervon war der Landtag allerdings nur mehr indirekt betroffen.



Staatsbesuch des französischen
Hohen Kommissars André François-Poncet
in Tübingen im Jahr 1952.
Links im Bild Gebhard Müller, rechts der
französische Landeskommissar Guillaume Widmer.

Am 30. Juli 1948 übergab Gouverneur Widmer der Tübinger Regierung eine Neufassung der Demontageliste, die dem Land praktisch keine Erleichterungen verhieß. Nach erfolglosen Verhandlungen und erregten internen Beratungen, die vom plötzlichen Tod des Staatspräsidenten Lorenz Bock überschattet wurden, beschloss das Kabinett unter einhelligem Beifall des Landtags am 6. August 1948 seinen Rücktritt. Das *Gouvernement Militaire* versuchte zwar, mit Drohungen (Ausschluss von interzonalen Zusammenkünften wie dem Parlamentarischen Rat und von den Tagungen über eine Südweststaatgründung) die demissionierte Tübinger Regierung und den neugewählten Staatspräsidenten Gebhard Müller zur Botmäßigkeit zu zwingen. Dieser ließ jedoch seinen Widersacher Widmer mit einem Verfahrenstrick ins Leere laufen und lancierte zugleich eine umfassende Informations- und Propagandakampagne gegen die französische Besatzungspolitik, die im übrigen Deutschland und darüber hinaus ihre für Paris und Baden-Baden unangenehme Wirkung zeigte. Nun setzte tatsächlich die seit Monaten angekündigte Wende in der französischen Besatzungspolitik ein: Nach und nach lockerte sich auch hier der reglementierende Zugriff auf die deutsche Gesetzgebungs- und Verwaltungstätigkeit sowie die weitgehende Abschottung der *Zone Française d’Occupation*. Nachdem sich die Westmächte im April 1949 auf eine wesentlich reduzierte Demontageliste geeinigt hatten, die für Württemberg-Hohenzollern etwa die Halbierung der abzubauenden Betriebe vorsah, beendete Staatspräsident Müller im Juni den passiven Widerstand gegen die Besatzungsherrschaft und die zehn Monate währende Regierungskrise, indem er – durch Wiedereinsetzung der seinerzeit zurückgetretenen, aber „geschäftsführend“ im Amt verbliebenen Minister – dem Landtag in Bebenhausen sein „neues“ Kabinett vorstellte. Damit war Württemberg-Hohenzollern zu geordneten politischen Verhältnissen zurückgekehrt und der lang anhaltende Konflikt um die Kompetenzverteilung zwischen Landesregierung und Landtag auf der einen und der französischen Besatzungsmacht auf der anderen Seite ausgestanden.



Das ehemalige Kloster und Schloss Bebenhausen, Sitz des Landtags von Württemberg-Hohenzollern von 1946 bis zur Gründung des Landes Baden-Württemberg im Jahr 1952.

Die Geburt des Südweststaates

Mit Inkrafttreten des „Überleitungsgesetzes“ und der Geburt des Südweststaats am 17. Mai 1952 endete die Amtszeit der Regierung und des Landtags von Württemberg-Hohenzollern. Die Parlamentarier, die am 30. Mai zur Abschlusssitzung im Winterrefektorium zusammenkamen, verabschiedeten sich von der Gemeinde Bebenhausen mit einer Geldspende für die Anschaffung einer neuen Kirchenglocke, die nicht nur die im Krieg eingeschmolzene ersetzen, sondern auch eine bleibende Erinnerung an fünfeinhalb Jahre Verfassung- und Gesetzgebung im ehemaligen Kloster darstellen sollte.

Erinnerungsort Bebenhausen

Was repräsentiert, *summa summarum,* der Erinnerungsort Bebenhausen in landesgeschichtlicher Perspektive? Insgesamt: „wunderbar gemischte Stimmung“, um Mörike zu zitieren, der unter diesem Eindruck 1863 den Gedichtzyklus *Bilder aus Bebenhausen* verfasste. Lage und Größe der Ortschaft signalisieren Bodenständigkeit, Heimatverbundenheit, Provinzialität, naturnahes Idyll und Abgeschiedenheit. Zugleich stehen herausragende Persönlichkeiten wie Carlo Schmid und Gebhard Müller für Weltläufigkeit, zumindest gesamtstaatlich-nationale Prominenz und Bedeutung. Die Zeitumstände der Nachkriegsgesellschaft und des Wiederaufbaus unter schwierigsten Bedingungen, gepaart mit dem „Naturell“ der politischen Protagonisten, wecken Assoziationen mit äußerster Sparsamkeit, Bescheidenheit und preußisch-schwäbischer Pflichterfüllung. Der Tagungsort der Parlamentarier – einst Zisterzienserabtei, dann evangelische Klosterschule – evoziert eine konfessionelle Rivalität, die am Ende doch in Ökumene einmündet, so wie das Beharren auf der staatlich verordneten Konfessionsschule schließlich dem Kompromiss einer christlichen Elternrechtsschule weichen musste, ohne den religiös geprägten Wertkonservatismus abzulegen. Doch das ehemalige Kloster war später zum königlichen Jagdschloss und schließlich, nach dem Untergang der Monarchie, zum Alterssitz eines bürgerlich-volksnahen Fürstenpaares geworden. Damit wandelte es sich spiegelbildlich zum Kristallisationskern einer republikanischen „Thronverehrung“, die womöglich ihren anachronistischen Ausdruck im Verfassungsprojekt eines Präsidialsystems mit Zweikammerparlament und Lebenszeitsenatoren fand.

Das Gesamttableau der Verfassung- und Gesetzgebung im Winterrefektorium durchzieht als roter (Leit-)Faden die ausgeprägte Kompromissbereitschaft der maßgeblich von Gebhard Müller und Carlo Schmid angeführten Großen Koalition in wichtigen innen-, sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen. Gespeist wurde solch innerer Zusammenhalt nicht zuletzt aus der Widerspenstigkeit gegenüber dem als despotische Fremdherrschaft empfundenen Regime der französischen Militärregierung. Schließlich steht der Gedächtnistopos Bebenhausen einerseits für die das Gegensätzliche betonende Abgrenzung gegenüber dem Nordteil Württemberg-Badens, mithin für eine etwas bemüht wirkende Polarisierung zwischen schwäbischem Ober- und Unterland. Andererseits und zugleich symbolisiert er eine ausgeprägte Orientierung an „Stuttgart“ sowie das Bestreben, zum Ausgleich der unterschiedlichen historisch-kulturellen Identitäten und landsmannschaftlichen Traditionen im Südweststaat das Seine beizutragen.



Ankunft von Heimatvertriebenen aus Südmähren und Znaim am Wertheimer Bahnhof im April 1946. Dass Menschen Humankapital für die wirtschaftliche Entwicklung sein können, wurde in Wertheim sehr bald sichtbar.

Wertheim am Main

„Nach dem Westen“ – Flüchtlingsunternehmen und Heimatvertriebene

Peter Kirchner

Eine unzerstörte Stadt, ein umfangreiches Militärgelände mit nur teilweise zerstörten Hallen und Baracken auf einer ehemaligen Domäne: ein idealer Zielort für die Ansiedlung von Heimatvertriebenen, aber auch für Betriebe, die anderswo ausgebombt oder – wie in der sowjetischen Besatzungszone – enteignet worden waren, mit ehemaligen Besitzern, denen die Flucht gelang und die ihr Knowhow mitbringen konnten. Das waren die Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung Wertheims nach dem Zweiten Weltkrieg. Der häufige Nebel über der Stadt an Main und Tauber hatte mit dafür gesorgt, dass auch das städtische Gaswerk unzerstört geblieben war. Mit dieser wichtigen Energiequelle konnte Wertheim zum Sitz der thüringischen Laborglasindustrie werden; zudem erfolgte rechtzeitig der Anschluss an die Ferngasleitung.



„Klein-Heidelberg“ an Main und Tauber

Die Lage auf einem zwischen Tauber und Main gelegenen Schwemmfächer und die von einer der größten Burganlagen Deutschlands überragte mittelalterliche Altstadt haben Wertheim die Bezeichnung „Klein-Heidelberg“ eingetragen. Die aus heutiger Sicht als romantisch und verträumt verklärte Lage Wertheims zwischen zwei engen Flusstälern wurde nach der napoleonischen Grenzziehung, die Wertheim in ein wirtschaftliches und politisches Nischendasein führte, allerdings zum Hemmschuh für den Übergang in die Phase der Industrialisierung.

Flächen für eine spätere Expansion sicherte sich die Stadt in vorausschauender Weise durch die Eingemeindungen der benachbarten Ortschaften Bestenheid, Eichel und Vockenrot noch vor dem Zweiten Weltkrieg. Damit erhielt Wertheim den Zugriff auf die nächstgelegenen breiten Gleithänge des Maines. In der Mainschlinge flussabwärts von Bestenheid kaufte die Stadt darüber hinaus bereits 1915 Acker- und Wiesenland, um es als Industriegelände bereitstellen zu können. Tatsächlich siedelten sich in den 1920er-Jahren auf dem Bestenheider Industriegelände die sogenannte Mainmühle und eine Packfassfabrik an. In der Stadt selbst entwickelte sich vor dem Zweiten Weltkrieg mit der Herdfabrik nur ein größerer Industriebetrieb, in dem mehr als die Hälfte der insgesamt nur 400 Wertheimer Industriebeschäftigten tätig waren. Der nicht von einer nachhaltigen Industrialisierung gestörte Dornröschenschlaf Wertheims wurde vor dem Zweiten Weltkrieg allerdings durch den Bau eines Fliegerhorstes auf der dem Schlossberg gegenüberliegenden Hochfläche links der Tauber durchbrochen. Bis zum Sommer 1936 war dieses Reinhardshof genannte Gebiet ein florierender Landwirtschaftsbetrieb im Besitz des Fürstenhauses zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg. Für den Bau des Fliegerhorstes der deutschen Luftwaffe an dieser Stelle mussten die Hofgebäude abgebrannt werden. Anfänglich verrichteten dort 700 Soldaten ihren Dienst. Deren Zahl nahm aber schon bald ab, weil die vielen Nebeltage den Fliegerhorst im Nachhinein als geografische Fehlplanung entlarvten.

Mit Lastkraftwagen wurden die Heimatvertriebenen mit ihrem Gepäck vom Wertheimer Bahnhof zum Reinhardshof gefahren.
Im Hintergrund das Gebäude mit dem „Torbogensaal“.



Displaced Persons und Heimatvertriebene

Dieser Tatsache ist es zu verdanken, dass Wertheim von Luftangriffen verschont blieb. Die Sprengung der Hallen auf dem Fliegerhorst wurde gemäß „Nero-Befehl“ von den abrückenden deutschen Soldaten durchgeführt. Im ersten Nachkriegsjahr dienten die noch bewohnbaren Gebäude ausschließlich der Unterbringung von Displaced Persons aus der Sowjetunion und Polen, deren Zahl sich teilweise auf über 9000 belief. Eine unzerstörte Altstadt und weitgehend unversehrt gebliebene Mannschafts- und Offizierswohngebäude auf dem Fliegerhorst bildeten auch die Voraussetzung zur Aufnahme einer großen Anzahl von Vertriebenen. Nach dem Abzug der Displaced Persons wurden die Unterkunftsräume des Reinhardshofes für die Heimatvertriebenen verwendet. Im Frühjahr 1946 musste Wertheim in kürzester Zeit etwa 2200 Flüchtlinge unterbringen, im weiteren Jahresverlauf kamen noch einmal 1700 hinzu. Die großen Vertriebenenwellen kamen aus Ungarn (Csobánka und Budaörs), Mähren (Znaim) und aus dem Sudetenland (Nordböhmen). Hinzu kamen noch rund 1000 Evakuierte aus den zerbombten deutschen Städten. Zum Jahresende 1946 hatte sich die Bevölkerung des beschaulichen Vorkriegs-Wertheims auf 9600 Einwohner fast verdoppelt. Der Reinhardshof wurde kurzerhand als Flüchtlingsheimstätte deklariert und entwickelte sich für die folgenden sechs Jahre zu einer geschlossenen Vertriebenensiedlung. Die Gesamtzahl der dort untergebrachten Vertriebenen von anfänglich 2200 pendelte sich 1947 bei 1650 ein. Damit war er zur größten geschlossenen Flüchtlingssiedlung im Landkreis Tauberbischofsheim geworden.

Nach der Vertreibung aus ihrer Heimat in Urbau in Südmähren kam die junge Familie von Julia Bischof über Hollabrunn, Melk, Linz und das Durchgangslager Gerlachsheim schließlich nach Wertheim. Ihre Ankunft in der Stadt schilderte sie folgendermaßen:

Wir wurden nur immer in der Nacht gefahren, am Tag stand der Zug außerhalb der Bahnhöfe. Wir lebten damals in Angst, denn man wusste nicht, geht es nach Westen oder Osten. In Linz war wieder Entlausung, und es gab Brei, aber nichts für Säuglinge. Hätte ich nicht stillen können, wäre unser Kind verhungert. Er war der jüngste vom Transport.

Unsere Reise endete am Sonntag. Es wurden von außen die Türen geöffnet und wir waren in Wertheim. Es war ein trauriger Anblick, neblig, dass man nichts sah. Wir sagten, hier ist die Welt zu Ende. Mit Lastwagen wurden wir zum Reinhardshof gebracht. Im Torbogensaal wurden wir zu 90 Personen untergebracht, weil die anderen Räume schon von den ungarischen Vertriebenen belegt waren. Wir schliefen auf Stroh, und Verpflegung gab es von der Gemeinschaftsküche. Ein paar Tage danach bekam mein Mann Arbeit bei der Stadt, wo er bis zur Frührente arbeitete. Nun erhielten wir Lebensmittelkarten. Wir bauten uns einen Ofen am Hof, um kochen zu können. Mit meinem Baby konnte ich jeden Tag in das Krankenhaus zum Baden, eben zur Körperpflege, gehen.

In der vierten Woche konnten wir ein Zimmer mit 24 Quadratmetern mit fünf Personen beziehen. Einen Bezugsschein für einen Ofen erhielten wir auch. In dem Zimmer wurde gekocht, geschlafen, Wäsche gewaschen, eben alles, was anfiel. Später bekamen wir nebenan noch ein Zimmer. Hier wohnten wir bis Februar 1952, denn es wurde ja die Bundessiedlung für uns Vertriebene gebaut.

Auf den unbebauten Flächen des ehemaligen Fliegerhorstes bauten die Heimatvertriebenen schon 1946 Gemüse an.



Zur Unterstützung der mittellosen Heimatvertriebenen entstand im Herbst 1945 die Hilfsinitiative der „Wertheimer Notgemeinschaft“ unter dem Vorsitz von Margarete Fürstin zu Löwenstein. Die Notgemeinschaft sammelte Geldspenden, verabreichte Mittag- und Abendessen und versorgte die Flüchtlingsfamilien mit Bekleidung und Haushaltsgegenständen. Im September 1946 wurde eine Flüchtlingsbetreuungsstelle

auf dem Wertheimer Marktplatz eingerichtet, um den Neubürgern eine Anlaufstelle für ihre Fragen und Probleme zu bieten.

Die großzügigen Hilfen der Wertheimer Stadtverwaltung und der Bürgerschaft konnten die Not aber allenfalls lindern. Eine ausreichende Selbstversorgung und spätere Existenzsicherung konnte nur über die Schaffung von Arbeitsplätzen geleistet werden. Und tatsächlich ermöglichte das Heer von Arbeitswilligen und eine Reihe von unzerstörten Hallen und Wirtschaftsgebäuden auf dem Reinhardshof bis Ende der 1940er-Jahre die Entwicklung eines kleinen Industriezentrums mit nahezu 400 Beschäftigten in 14 von Flüchtlingen gegründeten Betrieben. Auch in Wertheim und dem Bestenheider Industriegelände ließen sich neue Unternehmen nieder. Im Gegensatz zu anderen vergleichbaren Kleinstädten, in denen die Flüchtlinge in die größeren Städte abwanderten und die Evakuierten in ihre Heimatstädte zurückkehrten, bot sich den Neubürgern in Wertheim durch die Verdichtung der Industrialisierung die Möglichkeit zur Sesshaftwerdung.



Improvisierte Kochstelle unter freiem Himmel.

Evakuierte Unternehmen

Zu den ausgebombten Unternehmen gehörte auch die Firma VERMOP Salmon, die 1927 von dem Kaufmann Max Salmon als Fabrik zur Textilverarbeitung in Mönchengladbach gegründet wurde. Anfang der 1930er-Jahre führte Max Salmon den aus den USA kommenden Mop mit Erfolg in Deutschland ein. Ein zweimaliger Bombeneinschlag machte das Wohnhaus und die Betriebsgebäude in Mönchengladbach buchstäblich dem Erdboden gleich. Durch einen Hinweis während einer Geschäftsreise nach Holland wurde Max Salmon auf freistehende Räume in Klingenberg am Main hingewiesen, wohin sich seine Frau während des letzten Kriegsjahres zum Schutz vor den Bombenangriffen in Sicherheit brachte. 1946 kam die Familie dort wieder zusammen. Ein Neuaufbau ihres Unternehmens war dort jedoch nicht möglich, weil die Klingenberger eine Industrieansiedlung ablehnten. In Wertheim hingegen fanden die Salmons am Rande des Reinhardshofes in der Halle 114 am Halbrunnenweg erste Produktionsräume. Nach dem Umzug in einen Neubau im Bestenheider Industriegebiet Anfang der 1950er-Jahre wurde die massenhafte Fertigung des Pudelmops für die Trockenreinigung aufgenommen. Heute ist das Unternehmen mit seinen insgesamt fünf über die Bestenheider Industriegebiete verstreuten Werken europäischer Marktführer für Reinigungssysteme.

Ein weiteres nach Wertheim verlagertes Unternehmen ist die 1921 in Berlin von Ernst Sachs gegründete Firma ERSA, die „Erste Spezialfabrik elektrischer Lötkolben“. 1944 zerstörte ein Bombenangriff das Unternehmen. Die Flucht aus Berlin bei Kriegsende führte die Familie Sachs über Schmalfelden im Norden des Landkreises Schwäbisch Hall, dem Geburtsort von Ernst Sachs, schließlich nach Wertheim. In einer alten Baracke am Wertheimer Bahnhof konnte 1946 die Lötkolbenproduktion notdürftig aufgenommen werden. Schon 1947 stieg die Mitarbeiterzahl auf 17 an und ein weiteres Jahr später wagte Ernst Sachs mit dem Bau eines Wohn- und Fabrikgebäudes in der Ferdinand-Hotz-Straße den ersten Neubau in Wertheim nach 1945. Seit 1961 ist die Firma ERSA im Bestenheider Industriegebiet ansässig und hat sich dort zum größten Hersteller von Lötsystemen in Europa entwickelt.

Flüchtlingsunternehmen

Bei den meisten der nach Wertheim verlagerten Betriebe handelt es sich jedoch um Unternehmen aus Thüringen, deren Inhaber wegen der Enteignung ihres Betriebes und der Verfolgung durch die Kommunisten zur Flucht „nach dem Westen“ gezwungen waren.

Die Firma König & Meyer beispielsweise ist eine 1935 in Zella-Mehlis in Thüringen gegründete Spezialfabrik für Musikinstrumentenzubehör und Messwerkzeuge. Die Seniorchefs Martin König und Ernst Meyer hörten in den Jahren 1948 und 1949 illegal bayerische Radiosender und stießen dabei auf eine Meldung über leerstehende Gebäude eines Fliegerhorstes in Wertheim. Hinzu kam noch, dass Ernst Meyer Bekannte in Tauberbischofsheim hatte. In der ehemaligen Kraftfahrzeugzentrale im Reinhardshof nahm die Firma König & Meyer zunächst behelfsmäßig und beengt die Produktion auf. 1952 erfolgte der Umzug in das Industriegebiet Bestenheid. Heute ist die Firma das größte metallverarbeitende Unternehmen Wertheims und Weltmarktführer im Bereich Qualitätsmusikzubehör.

1914 gründete Carl Zitzmann in Fischbach in der Rhön eine Aluminiumwarenfabrik zur Fertigung von Haushaltswaren aus dem neuen Gebrauchsmetall Aluminium. Den Hauptzweig der Produktion bildeten schon früh Isoliergefäße. Das Unternehmen entwickelte sich sehr dynamisch und war bis 1945 auf 500 Beschäftigte angewachsen. Durch die Demontage und die Erklärung des Unternehmens zum Volkseigenen Betrieb blieb der Familie Zitzmann 1948 nur die Flucht nach Westdeutschland. In Wertheim bauten sie die Produktion von Metallhüllen für Isoliergefäße im April 1949 in der ehemaligen Messehalle wieder auf. 1950 erfolgte der Umzug in einen Neubau im Bestenheider Industriegebiet. Nach Wertheim ging Carl Zitzmann wegen seiner Frau Sophie, mit der er seit 1912 verheiratet war und die aus Wertheim-Eichel stammte. Beide kannten die Stadt bereits durch zahlreiche Sommerurlaube gut. Die Familie von Sophie Zitzmann, geb. Thoma, wohnte in Karlsruhe, weil ihr Vater als Eisenbahner dorthin versetzt worden war.

Laborglas-Cluster

Den wichtigsten Industrialisierungsschub Wertheims lösten allerdings drei zunächst auf dem Reinhardshof ansässige Laborglasunternehmen aus Thüringen aus. Im April 1948 wurde der Thermometerbetrieb von Karl Schneider in Schmiedefeld am Rennsteig enteignet. Von einem Mitarbeiter der Gemeinde, der für Karl Schneider als Heimarbeiter gearbeitet hatte, bekam er die Warnung, dass er nach Russland deportiert werden sollte. Sein Sohn Siegfried fuhr ihn daraufhin mit dem Motorrad zur grünen Grenze und er floh „nach dem Westen“. Nur zwei Wochen später, im Mai 1948, musste auch Siegfried die Flucht antreten.

Karl Schneider ging zunächst nach Stuttgart, weil er dort bei einem Kunden unterkommen konnte. Dieser Kunde war das noch heute in der Stuttgarter Innenstadt angesiedelte Optikergeschäft Mollenkopf. Dort wurden unter anderem auch Thermometer von Karl Schneider verkauft. In einer dem Geschäft angeschlossenen Reparaturwerkstatt fand Karl Schneider eine entlohnte Beschäftigung. Für die Beschaffung von Papieren musste er sich ins Flüchtlingslager nach Bietigheim begeben. Dort traf er mit seinem Sohn Siegfried zusammen, der fortan mit seinem Vater für die Firma Mollenkopf Reparaturen durchführte. Bei der Suche nach einem Standort für die Wiedergründung seines Unternehmens kam der Zufall zu Hilfe. Im Geschäft tauchte der in Reicholzheim bei Wertheim ansässige Valentin Both als Kunde auf. Man kam ins Gespräch und Valentin Both berichtete von Räumlichkeiten



Die Halle 6 auf dem Reinhardshof mit den Laborglasunternehmen Schneider und Brand 1949.

auf dem Reinhardshof und dem Vorhandensein von Leuchtgas. Das klang für Karl Schneider nach günstigen Bedingungen und so fuhr er gleich am nächsten Tag nach Wertheim und wurde dort auch mit Bürgermeister Roth und Landrat Schwan handelseinig. Zurück in Stuttgart schwärmte Karl seinem Sohn vor: „Grüner Spessart, grüner Odenwald, wie in Thüringen, wie daheim." Am 1. September 1948 nahm die Firma „Karl Schneider Thermometerfabrik" auf dem Reinhardshof im Erdgeschoss der Halle 6 die Produktion auf.

Am 1. April 1949 begann die Firma „Brand Glasinstrumenten- und Thermometerfabrik" ebenfalls in der Halle 6, aber im Obergeschoss, mit der Produktion. Rudolf Brand hatte in den 1930er-Jahren in Ilmenau eines der führenden Laborglasunternehmen in Thüringen aufgebaut. Nach dem Krieg geriet er in Konflikt mit den Kommunisten. Nachdem bereits mehrere seiner Mitarbeiter verhaftet worden waren, wurde er gewarnt und floh 1948. Sein Weg führte ihn zunächst zu seinem Bruder, der in der Nähe von Braunschweig, seinem Geburtsort, eine Gärtnerei betrieb. Von da aus streckte Rudolf Brand seine Fühler aus. Einer dieser Fühler reichte zu einem früheren Vertreter nach Dörlesberg bei Wertheim, der dann die Verbindung zum ehemaligen Landrat Hermann Götz in Wertheim herstellte. Hermann Götz hatte 1948 die ihrer Führung durch einen tödlichen Unfall beraubte Firma Strowen KG gekauft. Dieses Unternehmen war bemüht gewesen, eine Glühlampenproduktion in Gang zu bringen. Durch den Hinweis seines Vertreters kam Rudolf Brand am Faschingsdienstag 1949 schließlich nach Wertheim und kaufte am nächsten Tag die strauchelnde Glasbläserei von Hermann Götz.



Die Halle 6 im Frühjahr 2011.

Nur kurze Zeit später nach der Produktionsaufnahme der Firma Brand am 1. April 1949 kam mit Arno Amarell noch ein weiteres Thüringer Glasunternehmen zu der Standortgemeinschaft in der Halle 6 dazu. Arno Amarell gründete 1927 als 21-jähriger Thermometermachermeister in Langewiesen einen Betrieb für Präzisionsthermometer. Nach zweimonatiger Haft und der Enteignung seines Betriebes im Januar 1949 entschloss er sich, mit seiner Frau und seinem Sohn Gerald zu fliehen. Der Weg führte über verschiedene Stationen zu einem Kunden, der Firma Siebert & Kühn, in Oberkaufungen bei Kassel. Dort erreichte ihn von Karl Schneider die Nachricht, dass ein Neuaufbau seines Betriebes in Wertheim möglich wäre. Und so kam die Familie Amarell nach Wertheim und nahm dort am 27. April 1949 als drittes Unternehmen der sich in der Halle 6 neu formierenden Thüringer Laborglasindustrie die Produktion auf.

Das größte Problem für die drei Laborglasunternehmen war die fehlende Rohstoffbasis für technisches Hohlglas in den westlichen Besatzungszonen. Bereits im April 1949 fand deshalb im Landesgewerbeamt Karlsruhe eine erste Besprechung statt. Hier wurde durch die Herren Rudolf Brand, Karl Schneider und Arno Amarell zum ersten Mal die durch den Bau einer Glashütte möglich werdende Ansiedlung von Glas verarbeitenden Betrieben aus Thüringen vorgeschlagen. Nachdem durch die Verlagerung der Laborglasindustrie von Thüringen nach Wertheim nicht nur dauerhafte Arbeitsplätze für die Vertriebenen geschaffen, sondern auch ein strategisch wichtiger Industriezweig angesiedelt werden konnte, stimmten die Verantwortlichen im Landesgewerbeamt in Karlsruhe schließlich zu. Mit der Grundsteinlegung der Glashütte am 16. Oktober 1949 wurde dann nicht nur die Versorgung der verarbeitenden Glasbetriebe mit dem so notwendigen Rohstoff eingeleitet, sondern auch ein symbolischer Anfang für die dauerhafte Entwicklung Wertheims zu einem Industriestandort gemacht.

Bereits ein halbes Jahr später gelang die erste Glasschmelze. Die Nachricht vom erfolgreichen Neubeginn der Laborglasindustrie in Wertheim verbreitete sich rasch und führte zu einem wahren Exodus von Glasunternehmern und -facharbeitern nach Wertheim. Bis heute ist die Glasindustrie der

wichtigste Industriezweig Wertheims geblieben, mit einem Maximum von 2800 Beschäftigen und 80 Unternehmen. Aufgrund der kleinschrittigen Arbeitsteilung, die wie die Rädchen eines Uhrwerks ineinander griff, agierte die Wertheimer Glasindustrie lange als ausgesprochener Laborglas-Cluster.

Die dynamische nachkriegsbedingte Industrialisierung Wertheims konnte durch eine fruchtbare Symbiose zwischen den vornehmlich aus Thüringen geflohenen Unternehmern und Facharbeitern, den Vertriebenen aus Ungarn, Mähren und Böhmen sowie aus Einheimischen gespeist werden. Am Beispiel der Glasinstrumenten- und Glasspritzenfabrik Walter Graf & Co. lässt sich diese Mischung belegen. Die Firma Graf stammt ebenfalls aus Schmiedefeld am Rennsteig und nahm nach der Verlegung, vermittelt durch Karl Schneider, im Juli 1950 ihre Produktion in den Kellerräumen der Halle 6 auf dem Reinhardshof auf. Bereits im September 1952 war die Beschäftigtenzahl auf 56 Mitarbeiter gewachsen. Mit 25 entfiel der größte Mitarbeiteranteil auf die Gruppe der Vertriebenen, 18 waren geflohene Facharbeiter aus Thüringen. Hinzu kamen noch fünf Schwerbeschädigte und acht Einheimische.

Vom Reinhardshof nach Bestenheid

Aber nicht allein die Schaffung von Arbeitsplätzen in Industrie- und Handwerksbetrieben leistete der Entwicklung des Reinhardshofes zu einer eigenen Stadt Vorschub, sondern auch Einrichtungen wie eine katholische Kirche, ein evangelischer Betsaal, eine Schule, ein Kindergarten, ein Krankenhaus, ein Altersheim und nicht zuletzt das Diakonissenmutterhaus Frankenstein aus Schlesien. Wie eine Bombe schlug dann 1950 die Nachricht ein, dass die US-Armee das Kasernenareal des Reinhardshofes beanspruchte. Dies hatte zur Folge, dass die Vertriebenen einer erneuten Verlegung ihrer Betriebe ins Auge sehen mussten. Als Zielort einer geschlossenen Umsiedlung der Reinhardshofbewohner wurde schließlich Bestenheid auserkoren. Dort hatte die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft des Evangelischen Hilfswerks gegenüber dem Laborglaszentrum um die Glashütte bereits 1950 die Glashüttensiedlung mit 26 Doppelhäusern errichtet.

Im September 1951 begann der mit Bundesmitteln finanzierte und deshalb als Bundessiedlung bezeichnete Bau von 62 Hauseinheiten mit 372 Wohnungen sowie von elf ein-

Die neu errichtete Wertheimer Glashütte 1950.



stöckigen Ladengeschäften und einer Volksschule in der Nachbarschaft der Glashüttensiedlung. Die Umsiedlung der Reinhardshofbewohner in die neue Bundessiedlung erfolgte im Februar und März 1952, also genau sechs Jahre nach der Ankunft der Vertriebenen in Wertheim. In der Folgezeit verschmolzen die Glashütten- und die Bundessiedlung zum neuen Wertheimer Stadtteil Bestenheid. Die Nachhaltigkeit dieser zweiten Vertreibung zeigt sich darin, dass sich Bestenheid schon bald zum größten Wertheimer Stadtteil und dem größten Industriegebiet im Main-Tauber-Kreis entwickelte.

Nach dem Abzug der US-Armee im Jahr 1992 fiel das Kasernengelände der Peden Barracks an die Stadt Wertheim zurück. In den folgenden Jahren wandelte sich das Konversionsgelände mit über vier Jahrzehnten Verspätung dann doch noch zum neuen Stadtteil Reinhardshof. Dort steht nach wie vor die Halle 6, in der die aus Thüringen geflohenen Laborglasunternehmen Ende der 1940er-Jahre die Keimzelle für die Wertheimer Glasindustrie bildeten. In umgestalteter Form manifestiert dieser Erinnerungsort immer noch den Neubeginn der ersten aus Thüringen geflohenen Laborglasunternehmer „im Westen“. An einem weiteren Erinnerungsort, der nur Monate später Grundstein gelegten Glashütte, erfolgte die Initialzündung für den dauerhaften Entwicklungspfad der Thüringer Glasindustrie in Wertheim-Bestenheid. Trotz der Stilllegung 1994 hat die Glashütte ihren Nimbus und ihre Symbolik für den Aufbruch Wertheims in ein vor allem durch Flüchtlinge und Vertriebene getragenes Nachkriegszeitalter nicht verloren.



Vor der Hinterlassenschaft des „Dritten Reiches“: Fritz Ulrich, Innenminister von Württemberg-Baden, bei der Großkundgebung am 6. August 1950 in Stuttgart vor den Ruinen des Neuen Schlosses.

Bei dieser Veranstaltung wurde der Text der Charta der deutschen Heimatvertriebenen verlesen und erhielt damit die öffentlichen Weihen.

Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen

Erinnerung und Ereignis

Mathias Beer

Als Ergebnis des von Deutschland ausgelösten Zweiten Weltkriegs verloren rund 12,5 Millionen Deutsche aus den Ostgebieten des Reiches und einer Reihe ostmitteleuropäischer Staaten ihre Heimat. Als Fremde zunächst von der eingesessen Bevölkerung abgelehnt, trugen sie schließlich in einem jahrzehntelangen Eingliederungs- und schließlich Assimilierungsprozess entscheidend zum Wiederaufbau der beiden deutschen Staaten bei.

Die erste bundesweite und öffentliche politische Willensbekundung der Vertriebenen erfolgte mit der am 5. August 1950 im Großen Kursaal in Bad Cannstatt verabschiedeten Charta der deutschen Heimatvertriebenen. Von ihnen als ihr Grundgesetz bezeichnet, ist die Charta zu einem Erinnerungsort mit bundesweiter Ausstrahlung, nicht nur im Verständnis der Vertriebenen, geworden. Dennoch wird die Anerkennung des 5. August als nationaler Gedenktag für die Opfer von Vertreibung nach wie vor kontrovers diskutiert.





Bei den Feiern zum 60. Jahrestag der Verkündung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen am 5. August 2010 legten der damalige Innenminister des Landes Baden-Württemberg, Heribert Rech, die Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen (BdV), Erika Steinbach, sowie Vertreter des Landesverbandes des BdV am Denkmal für die Opfer der Vertreibung im Kurpark von Stuttgart-Bad Cannstatt Kränze nieder.

Das öffentliche Erinnern an die Charta

Am 5. August 2010 wurde in Stuttgart mit drei Veranstaltungen des 60. Jahrestags der Verkündung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen gedacht. Sie standen in ihrem Ablauf, bezogen auf die Teilnehmer und die inhaltlichen Aussagen in der Tradition der Gedenkveranstaltungen, die seit 1950 stattgefunden haben. Zunächst legten der Innenminister des Landes Baden-Württemberg, die Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen (BdV) und die Spitze des Landesverbandes des BdV Kränze am „Denkmal für die Opfer der Vertreibung" nieder. Die Bronzeskulptur wurde 1986 im Kurpark von Stuttgart-Bad Cannstatt errichtet. In ihrer Bodenplatte ist der Text der Charta eingelassen. Das Denkmal steht in unmittelbarer Nähe des Großen Kursaals, dem Ort, an dem die Charta am 5. August 1950 verabschiedet wurde. Dort erinnert an der Außenmauer eine Tafel an das historische Ereignis.

In den frühen Nachmittagsstunden luden die Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in der CDU Baden-Württemberg und der Kreisverband Stuttgart des BdV zu einer Feierstunde im Innenhof des Neuen Schlosses ein. Dort erinnert seit 2002 eine in den Boden eingelassene Gedenktafel an die Großveranstaltung, die auf diesem Platz am 6. August 1950 aus Anlass der öffentlichen Proklamation der Charta stattgefunden hatte. Daran nahmen Bundes- und Landtagsabgeordnete sowie Stuttgarter Stadträte teil. In Anwesenheit des Fraktionsvorsitzenden der CDU im baden-württembergischen Landtag hielt die Vizepräsidentin des Landtags die Festrede.

Der offizielle Festakt zum runden Geburtstag der Charta fand auf Einladung des BdV am 5. August 2010 unter hochrangiger politischer Präsenz im Weißen Saal des Neuen Schlosses in Stuttgart statt. Der Bundestag und die Bundesregierung waren durch den Präsidenten des Bundestags Norbert Lammert, durch Innenminister Thomas de Maizière und durch Außenminister Guido Westerwelle vertreten, die Landesregierung durch Innenminister Heribert Rech und die Stadt Stuttgart durch ihren Oberbürgermeister Wolfgang Schuster. Neben der Spitze des BdV sowie weiteren Vertretern von Kirchen und anderen Organisationen waren auch Botschafter und Botschaftsangehörige einiger ostmitteleuropäischer Staaten anwesend.

„Dokument der Versöhnung" oder „selbstgefälliges Opferdokument"?

Von den Rednern bei den drei Veranstaltungen am 5. August 2010 wurde die Charta immer mit Verweis auf den Umfang von Flucht und Vertreibung, das damit verbundene Leid und die große Herausforderung, die die Aufnahme der Millionen Vertriebenen im kriegszerstörten Nachkriegsdeutschland darstellte, als wichtiges „Gründungsdokument" der Bundesrepublik bezeichnet. Sie sei eine wesentliche Voraussetzung für die Erfolgsgeschichte der Integration gewesen. Die Charta habe den innenpolitisch radikalen Versuchungen den Boden entzogen, gesellschaftspolitisch den beispiellosen Wiederaufbau ermöglicht und außenpolitisch einen Kurs der europäischen Einigung und Versöhnung unter Einbeziehung der ostmitteleuropäischen Nachbarn vorbereitet. Alle Redner würdigten die Charta als Dokument des demokratischen Neubeginns und der europäischen Integration – „ein bleibendes

Vermächtnis für die Zukunft des wiedervereinigten Deutschland in einem zusammenwachsenden Europa“. Vor diesem Hintergrund unterstrichen sie die Notwendigkeit, die Erinnerung an die Charta wach zu halten. Nicht einig war man sich darin, wie das bewerkstelligt werden sollte. Insbesondere der BdV verwies auf die Entschließung des Bundesrates vom 3. Juli 2003. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, den 5. August zu einem nationalen Gedenktag für die Opfer von Vertreibung zu erklären.

Solchen Einschätzungen und Forderungen stehen in Sprache und Inhalt diametral entgegengesetzte Bewertungen gegenüber. Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen kritisierten die Charta als eine historisch einseitige Erklärung, weil sie den Nationalsozialismus und damit die Vorgeschichte der Vertreibung ausklammere. Sie stuften die Feierlichkeiten aus Anlass des Jahrestages der Charta als ein „kontextloses Opfergedenken“ ein. Noch weiter gingen Bundestagsabgeordnete der Linken. Sie sprachen von der Charta als einem „Dokument des Revanchismus“, das die deutschen Verbrechen des Zweiten Weltkriegs verharmlose und verschweige. In die gleiche Richtung weisen die Äußerungen des Publizisten Ralph Giordano. Er bezeichnete den vielgerühmten Gewaltverzicht der Charta als „eine bloße Leerformel“ und nannte das Dokument ein „Paradebeispiel deutscher Verdrängungskünste.“ Der Erziehungswissenschaftler und Publizist Micha Brumlik schließlich meinte, bei der Charta handele es sich um Äußerungen, die „an Realitätsblindheit, Wahrnehmungsschwäche, Egozentrismus und mangelnder Empathie für das Leiden anderer schwerlich zu überbieten“ seien. Als Erinnerungsort halten die Kritiker die Charta für ungeeignet und lehnen die Forderung entschieden ab, den 5. August als bundesweiten Gedenktag für die Opfer von Vertreibung in all ihren Facetten einzuführen.

„Wegweisendes Dokument der Versöhnung und des Friedens“ oder „selbstgefälliges Opferdokument“? Wohl selten ist ein historisches Dokument so unterschiedlich bewertet worden. Das liegt auch daran, dass zwar viel über die Charta gesprochen, sie aber wenig gelesen wird und schon gar nicht erforscht ist. Daher ist das Reden über die Charta eher von unterschiedlichen Erinnerungsschichten und politischen Standpunkten als vom Wissen um die Fakten geprägt. Die Charta angemessen einzuordnen und zu deuten setzt voraus, sich die zeitgenössischen Verhältnisse zu vergegenwärtigen. Erst sie erlauben es, die Entstehung der Charta historisch einzuordnen und damit ihre erinnerungspolitische Bedeutung zu ermessen.



Im Jahr 2002 wurde vor dem Innenhof des Neuen Schlosses in Stuttgart zur Erinnerung an die öffentliche Verkündung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen am 6. August 1950 eine Gedenktafel angebracht.



5. August 2010: Mit einer Feierstunde mit dem Titel „60 Jahre Charta der Vertriebenen“ wurde im Neuen Schloss in Stuttgart der Verabschiedung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen gedacht. Das Foto zeigt Erika Steinbach, die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Außenminister Guido Westerwelle und Innenminister Thomas de Maizière (v. l. n. r.).

Vom Koalitionsverbot zur Entstehung der Vertriebenenverbände

Die Aufnahme von rund 12,5 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen stellte die beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften vor große Herausforderungen. Dass die zwar regional unterschiedliche, im Durchschnitt aber insgesamt hohe Belastung der Länder, Städte und Kommunen mit Neubürgern – 1961 war jeder fünfte Baden-Württemberger ein Flüchtling oder Vertriebener – nicht zu den befürchteten „palästinischen Verhältnissen“ führte, war auch der Assimilationspolitik der Besatzungsmächte zu verdanken. Um zu verhindern, dass sich die Flüchtlinge und Ausgewiesenen zu einer „unruhigen“ Minderheit entwickelten, strebten die Besatzungsmächte in allen Zonen eine schnelle und vollständige Verschmelzung der Neubürger mit der ansässigen Bevölkerung an. Diesem Ziel diente auch das sogenannte Koalitionsverbot. Den in Rechten und Pflichten den Altbürgern gleichgestellten Flüchtlingen und Vertriebenen war es verboten, eigene Parteien oder Organisationen mit politischer Zielsetzung zu gründen. Zwar wurde das Koalitionsverbot in den westlichen Besatzungszonen im Zuge des sich anbahnenden Kalten Krieges aufgeweicht. Dennoch bestand es im Grundsatz bis einschließlich der ersten Bundestagswahl fort. Deshalb war im ersten Bundestag keine Flüchtlings- oder Vertriebenenpartei vertreten.

Am 9. April 1949 konstituierte sich der „Zentralverband der vertriebenen Deutschen“ (ZvD), ein erster überregionaler Zusammenschluss der Vertriebenenorganisationen auf dem Gebiet der westlichen Besatzungszonen. Er war vornehmlich sozialpolitischen und wirtschaftlichen Zielen verpflichtet. Parallel dazu und begleitet von heftigen Auseinandersetzungen mit dem ZvD entstand eine Reihe von Landsmannschaften. Bei ihnen war die Herkunftsregion der bestimmende Organisationsfaktor. Anders als der ZvD verfolgten sie in erster Linie „heimatpolitische“ Ziele. Im August 1949 schlossen sich einige Landsmannschaften zu den „Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften“ (VOL) zusammen. In beiden Verbänden, ZvD und VOL, sowie deren Nachfolgeorganisationen gab es in den Führungsgremien eine für die frühe Bundesrepublik in allen Bereichen der Gesellschaft feststellbare Kontinuität der an unterschiedlichen Stellen im nationalsozialistischen Herrschaftssystem auch aktiv mitwirkenden Eliten. Das gilt auch für eine Reihe der Unterzeichner der Charta.

Mit dem Göttinger Abkommen vom 20. November 1949 konnte die Konkurrenz und erbitterte Rivalität zwischen den beiden großen Vertriebenenorganisationen nicht überwunden werden. Aber man einigte sich erstmalig zumindest auf „Grundsätze für die gemeinsame Arbeit“. Danach war der ZvD für die Bereiche Wirtschafts- und Sozialpolitik der Flüchtlinge und Vertriebenen zuständig, die VOL für die Heimat- und Kulturpolitik. Darüber hinaus kam man im Sinne einer einheitlichen Willensbildung überein, die „gemeinsamen Forderungen und Ziele in einer Magna Charta der Heimatvertriebenen“ festzulegen. Die Arbeiten daran kamen nur schleppend voran. Paritätisch besetzte Ausschüsse bereiteten Textvorschläge vor, auf die der Sprecher der Deutsch-Baltischen Landsmannschaft, Axel de Vries, beträchtlichen Einfluss hatte. Die von den Vorsitzenden des ZvD und der VOL



Die Karte zeigt die Herkunfts- und Zielgebiete der während und nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs umgesiedelten, geflohenen und vertriebenen deutschen Reichsbürger und Volksdeutschen aus Ostmitteleuropa sowie den Anteil der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge an der Bevölkerung der vier Besatzungszonen bzw. den Ländern der Bundesrepublik und der DDR.

gebilligte endgültige Fassung lag erst Ende Juli 1950 vor. Zu diesem Zeitpunkt stand auch der neue und endgültige Titel des Dokuments fest: Charta der deutschen Heimatvertriebenen. Damit unterstrichen die Initiatoren die Einzigartigkeit ihrer Erklärung und stellten sie zugleich bewusst in die Tradition bedeutender politischer Erklärungen.

Warum Stuttgart?

Der Ort, an dem die Charta feierlich verabschiedet werden sollte, war angesichts des vehement vertretenen jeweiligen Führungsanspruchs der beiden Vertriebenenorganisationen lange unklar. Letztendlich gaben die vom gut organisierten und einflussreichen ZvD-Landesverband Württemberg-Baden eingeleiteten Vorbereitungen für ein eigenes „1. Landestreffen der Vertriebenen Deutschen in Stuttgart am 6. August 1950“ den Ausschlag. In den beiden folgenden Monaten wandelte sich dann das Landestreffen eines Interessenverbandes in eine „große und in ihrer Art einmalige Kundgebung der Vertriebenen“ in Stuttgart am 5. und 6. August unter der Regie des ZvD. Mit der Schwaben-Hauptstadt wollte man offensichtlich an Stuttgarts Erbe als „Stadt der Auslandsdeutschen“ anknüpfen. Mit diesem Beinamen hatte Stuttgart seit 1933 für sich geworben, war doch schon 1917 das Deutsche Auslandsinstitut als „Museum und Institut zur Kunde des Auslandsdeutschtums“ in der Stadt gegründet worden. Als Würdigung ihrer Verdienste verlieh dann Adolf Hitler Stuttgart 1936 offiziell diesen Ehrentitel. Der Bezug auf diese Tradition löste 1950 bei der Stadt Irritationen aus, hielt sie aber nicht davon ab, die Veranstaltung zu genehmigen und zu bezuschussen. Unklar war zu diesem Zeitpunkt nur noch, ob die Veranstaltung im Staatstheater oder im Bad Cannstatter Kursaal stattfinden würde.

Im Vergleich zum Ort stand der Zeitpunkt der Veranstaltung schon relativ früh fest: der fünfte Jahrestag der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens im August 1945. In dessen Artikel XIII hatten die siegreichen Alliierten, wie es euphemistisch heißt, die Überführung der deutschen Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland „in ordnungsgemäßer und humaner Weise“ beschlossen. Den Jahrestag des Abkommens wollten die vom Koalitionsverbot befreiten Vertriebenenverbände nutzen, um zum ersten Mal bundesweit mit Nachdruck auf das erfahrene Unrecht und ihre außen- und innenpolitischen Forderungen aufmerksam zu machen. Um die Voraussetzungen für die angestrebte große Kundgebung zu verbessern, wurde die Veranstaltung auf das erste Wochenende nach dem 2. August gelegt, dem Datum der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens.

Die Ereignisse am 5. und 6. August 1950

Annahme, öffentliche Proklamation, Unterzeichnung und Feier der Charta waren bis ins Detail geplant. Jeder der vier mit Bedacht und in bewusster Reihenfolge geplanten Schritte folgte einer ausgeklügelten Dramaturgie. Die Inszenierung zielte auf eine symbolische Erhöhung des Inhalts und damit auf die erhoffte breite nationale und insbesondere internationale Wirkung der Charta.

Am 5. August 1950, einem Samstag, begann um 17 Uhr vor rund 1000 geladenen Gästen im Großen Kursaal in Stuttgart-Bad Cannstatt die feierliche Bundestagung des ZvD. Die VOL erscheinen weder in der Einladung noch im ausgelegten Programm als Mitveranstalter. Das verstärkte Orchester der Künstlergilde Esslingen, eine Vereinigung vertriebener Kunstschaffender, eröffnete das Treffen mit der Fest-Ouvertüre von Albert Lorzing. Begleitet vom Orchester trug dann der Singkreis Oberkochen das Lied *Dort im tiefen Böhmerwald* vor. Der Landesvorsitzende des ZvD, Karl Mocker, begrüßte anschließend die geladenen Vertreter der Bundesregierung und Landesregierung, der Stadt Stuttgart sowie der Kirchen und Vertriebenenverbände.

Anders als geplant, verkündete anschließend nicht Linus Kather die Charta. Die VOL hatten dagegen Einspruch erhoben. Sie wollten dem Vorsitzenden des ZvD kein Vorrecht und schon gar nicht den von ihm und seiner Organisation begehrten Alleinvertretungsanspruch zugestehen. Daher erfolgte die Verlesung durch den Oberschlesier Manuel Jordan. Als Ergebnis eines Kompromisses zwischen ZvD und VOL mutierte er analog zum „unbekannten Soldaten“ zum „unbekannten namenlosen Vertriebenen“ und damit zum Symbol für die Masse der Millionen von Vertriebenen, für die er die Charta stellvertretend verlas.



An der Großkundgebung am 6. August 1950 vor den Ruinen des Neuen Schlosses in Stuttgart, bei der die Charta der deutschen Heimatvertriebenen öffentlich verkündet wurde, waren über 70 000 Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet beteiligt.

Adenauer und die offene Flüchtlingsfrage

Entgegen der gedruckten Einladung eröffnete dann nicht der Bundeskanzler die Reihe der drei Ansprachen. Konrad Adenauer hatte vordergründig aus gesundheitlichen Gründen kurzfristig abgesagt. Der eigentliche Grund ist in dem zerrütteten Verhältnis zwischen Adenauer und dem impulsiven Vorsitzenden des ZvD zu sehen, der unter Adenauer nicht Bundesvertriebenenminister geworden war, und die sich seit der Gründung der Bundesrepublik dramatisch zuspitzende „Flüchtlingsfrage", also vor allem über die Verteilung der Lasten. Sie sollte sich auch bei dieser Kundgebung lautstark äußern. An Stelle von Adenauer sprach Vizekanzler Franz Blücher (FDP). Er bezeichnete die Charta „als aktive Tat von außerordentlicher Bedeutung". Doch damit und mit der Betonung des politischen Willens der Bundesregierung, eine wirtschaftliche und politische Ordnung zu schaffen, die allein eine Grundlage für die Wiedervereinigung Deutschlands bilden könne, traf er nicht die Erwartungen der Versammlung. Blüchers Rede wurde häufig durch Gelächter und Protestrufe unterbrochen. Größeren Anklang fanden die Ansprachen des Vertriebenenvertreters des ZvD, Linus Kather, und des Sprechers der VOL, Ottomar Schreiber, der von 1949 bis 1953 Staatssekretär im Bundesvertriebenenministerium war. Mit dem bewusst an das Ende des Treffens gesetzten Choral *Heilige Heimat* schloss die Festveranstaltung.

Nach dem Auftakt am 5. August folgte tags darauf der zweite Akt, in seiner Bildmächtigkeit der Höhepunkt der Veranstaltung: die massenwirksame öffentliche Bekanntgabe der Charta. Sie erfolgte am gleichen Tag in einer ganzen Reihe von Städten des Bundesgebietes, unter anderem in München, Frankfurt am Main sowie Hamburg und hatte überall einen vorgeschriebenen einheitlichen Ablauf. Die zentrale Veranstaltung war aber jene in Stuttgart.

Als bildstarke Kulisse hatte man den Platz in der Mitte Stuttgarts vor den Ruinen des Neuen Schlosses gewählt. Mindestens 70 000 Teilnehmer fanden sich zu der Großveranstaltung ein, es war das Ergebnis gezielter und breit gestreuter Werbung. Die in Sonderzügen und Bussen aus dem gesamten Bundesgebiet Angereisten versammelten sich zunächst auf vier Plätzen. Von dort zogen sie in einem Sternmarsch zum Schlossplatz. Über der Tribüne leuchtete eine große Karte von Deutschland. Darauf waren die abgetrennten oder unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebiete des Deutschen Reiches in schreiendem Rot markiert. Auf der Karte stand in großen Lettern der Schriftzug „Fünf Jahre Potsdam", mit dem die Beschlüsse der Konferenz von 1945 angeprangert wurden. Ihm entsprachen die Transparente auf dem voll gedrängten Schlossplatz: „Gebt uns unsere Heimat wieder", „Weg mit Jalta und Potsdam", „Wir rufen das Weltgewissen".

Die Veranstaltung begann mit einem „Gedenken an die Toten". Ein Sprecher zählte die Opfergruppen unter den Vertriebenen auf. Als das Orchester das von Friedrich Silcher vertonte Gedicht *Der gute Kamerad* von Ludwig Uhland spielte, wuchs die Menge zu einer „tief betroffenen, schluchzenden Trauer-

Demonstrationszug auf dem Weg zum Stuttgarter Schlossplatz: Die in Sonderzügen und Bussen aus dem ganzen Bundesgebiet angereisten Vertriebenen versammelten sich am 6. August zunächst auf vier Plätzen. Von dort zogen sie in einem Sternmarsch vor das Neue Schloss.
Bei der anschließenden Großkundgebung wurde die Charta der deutschen Heimatvertriebenen öffentlich verkündet.



gemeinde“ zusammen. Anschließend begrüßte der Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart, Arnulf Klett, die Versammelten. Er gab dann dem Innenminister des Landes Württemberg-Baden und SPD-Mitglied Fritz Ulrich das Wort. Ulrich wandte sich vehement gegen die Auffassung, die Vertreibung der Deutschen sei eine Sühne für die „von den Nationalsozialisten begangenen Verbrechen“. Zudem betonte er, man könne „Schandtaten […] nie mit Schandtaten wiedergutmachen“, weshalb die Vertriebenen auch nicht Rache, sondern Gerechtigkeit forderten. Er sicherte zu, die Landesregierung werde alles tun, die Vertriebenen als gleichberechtigte Bürger einzugliedern. Nach den beiden Ansprachen verlas der „namenlose und unbekannte Vertriebene“ die Charta. „Atemloses Schweigen“, so ein Pressebericht, habe sich dabei über die Versammlung gelegt.

Spannung entstand, als anschließend der Bundesvertriebenenminister Hans Lukaschek sprach. Mit seinem Hinweis, der Tag der Heimkehr werde nur dann kommen, wenn die Vertriebenen in der westdeutschen Bevölkerung aufgegangen seien, löste er in der Versammlung Missmut aus. Die Rede wurde häufig durch Zwischenrufe unterbrochen. Linus Kather reicherte mit seinem Eingehen auf eine Reihe ungelöster sozialpolitischer Fragen und mit einer unverhohlenen Drohung an die Adresse der Bundesregierung „die gewittrige Atmosphäre mit neuem Zündstoff an“. Pfui-Rufe und Proteste an die Adresse von Bundesfinanzminister Fritz Schäffer waren die Folge, dessen Rücktritt die Menge forderte.

Unterschriften im Staatsministerium, Fest des Wiedersehens auf dem Killesberg

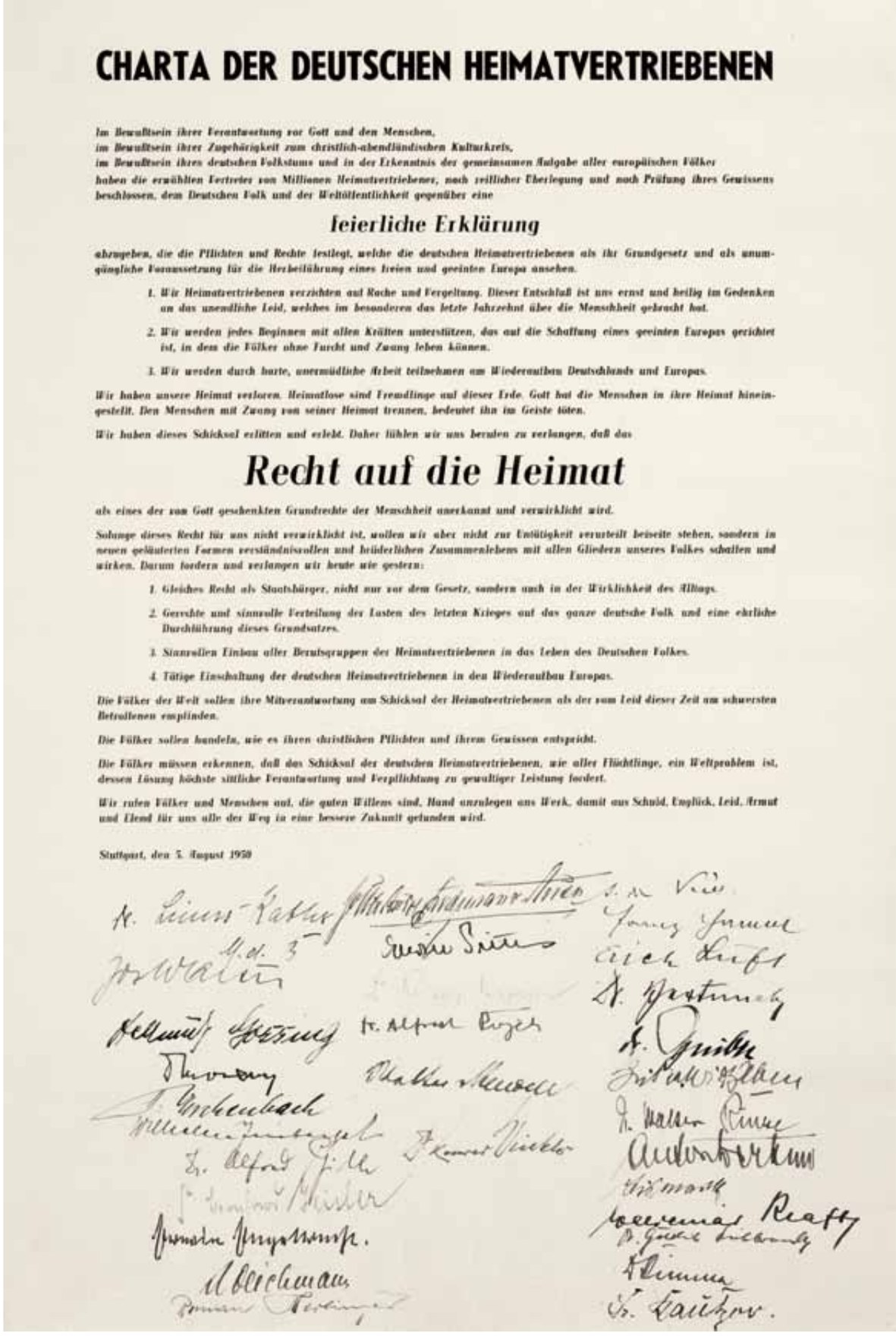
Nach Abschluss der Kundgebung mit der öffentlichen Verkündung der Charta folgte in den frühen Nachmittagsstunden des 6. August der dritte Akt der Veranstaltung. Er fand in kleinem Rahmen und mit handverlesenen Gästen statt. Das Stuttgarter Staatsministerium hatte „aus Anlass der Bundestagung des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen“ in die Villa Reitzenstein geladen. Im Kuppelsaal des Amtssitzes der Landesregierung lagen zwei Urschriften der Charta aus. Sie wurden von den anwesenden Vertretern des ZvD und der VOL unterschrieben, ohne dass damit alle 30 Unterschriften vorgelegen hätten, die heute auf dem Dokument zu finden sind. Einem Vertrag gleich, war für jede der beiden Vertriebenenorganisationen je ein Exemplar der Charta bestimmt.

Im Kuppelsaal der Stuttgarter Villa Reitzenstein (Aufnahme aus dem Jahr 1963), dem Amtssitz des württembergisch-badischen Ministerpräsidenten, wurden am 6. August 1950 die ersten der insgesamt 30 Unterschriften auf der Charta der Heimatvertriebenen geleistet.



Anschließend begrüßte Justizminister Josef Beyerle in Vertretung des erkrankten Ministerpräsidenten Reinhold Maier die geladenen Gäste, darunter Vizekanzler Blücher, Bundesvertriebenenminister Lukaschek, Staatsminister Theodor Bäuerle und Landtagspräsident Wilhelm Keil. In seiner Tischrede unterstrich der Vizekanzler den „großen sittlichen Mut“, den die Vertreter der Vertriebenen mit der Charta unter Beweis gestellt hätten. Zugleich warb er dafür, die Vertriebenen sollten bei ihren berechtigten Forderungen die Not des gesamten Volkes nicht aus den Augen verlieren.

Das Veranstaltungsprogramm fand in einem Volksfest seinen vierten und letzten Akt und einen gemütlichen Ausklang. Das Treffen auf der „Deutschen Gartenschau“ auf dem Killesberg begann um 16 Uhr und war wie die Großkundgebung für die große Masse der Vertriebenen gedacht. Der Süddeutsche Rundfunk stellte das Fest unter den vieldeutigen Titel „Brücke zur Heimat“. Größen der Unterhaltungsbranche aus dem Kreis der Vertriebenen und aus dem süddeutschen Raum waren Teil des Programms. Der Andrang auf dem Killesberg war gewaltig. In vielen Fällen wurde das Treffen in Stuttgart zu einem Fest des Wiedersehens.



CHARTA DER DEUTSCHEN HEIMATVERTRIEBENEN

Im Bewußtsein ihrer Verantwortung vor Gott und den Menschen,
im Bewußtsein ihrer Zugehörigkeit zum christlich-abendländischen Kulturkreis,
im Bewußtsein ihres deutschen Volkstums und in der Erkenntnis der gemeinsamen Aufgabe aller europäischen Völker
haben die erwählten Vertreter von Millionen Heimatvertriebener, nach reiflicher Überlegung und nach Prüfung ihres Gewissens beschlossen, dem Deutschen Volk und der Weltöffentlichkeit gegenüber eine

feierliche Erklärung

abzugeben, die die Pflichten und Rechte festlegt, welche die deutschen Heimatvertriebenen als ihr Grundgesetz und als unumgängliche Voraussetzung für die Herbeiführung eines freien und geeinten Europa ansehen.

1. *Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluß ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat.*
2. *Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.*
3. *Wir werden durch harte, unermüdliche Arbeit teilnehmen am Wiederaufbau Deutschlands und Europas.*

Wir haben unsere Heimat verloren. Heimatlose sind Fremdlinge auf dieser Erde. Gott hat die Menschen in ihre Heimat hineingestellt. Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat trennen, bedeutet ihn im Geiste töten.

Wir haben dieses Schicksal erlitten und erlebt. Daher fühlen wir uns berufen zu verlangen, daß das

Recht auf die Heimat

als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird.

Solange dieses Recht für uns nicht verwirklicht ist, wollen wir aber nicht zur Untätigkeit verurteilt beiseite stehen, sondern in neuen geläuterten Formen verständnisvollen und brüderlichen Zusammenlebens mit allen Gliedern unseres Volkes schaffen und wirken. Darum fordern und verlangen wir heute wie gestern:

1. *Gleiches Recht als Staatsbürger, nicht nur vor dem Gesetz, sondern auch in der Wirklichkeit des Alltags.*
2. *Gerechte und sinnvolle Verteilung der Lasten des letzten Krieges auf das ganze deutsche Volk und eine ehrliche Durchführung dieses Grundsatzes.*
3. *Sinnvollen Einbau aller Berufsgruppen der Heimatvertriebenen in das Leben des Deutschen Volkes.*
4. *Tätige Einschaltung der deutschen Heimatvertriebenen in den Wiederaufbau Europas.*

Die Völker der Welt sollen ihre Mitverantwortung am Schicksal der Heimatvertriebenen als der vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen empfinden.

Die Völker sollen handeln, wie es ihren christlichen Pflichten und ihrem Gewissen entspricht.

Die Völker müssen erkennen, daß das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen, wie aller Flüchtlinge, ein Weltproblem ist, dessen Lösung höchste sittliche Verantwortung und Verpflichtung zu gewaltiger Leistung fordert.

Wir rufen Völker und Menschen auf, die guten Willens sind, Hand anzulegen ans Werk, damit aus Schuld, Unglück, Leid, Armut und Elend für uns alle der Weg in eine bessere Zukunft gefunden wird.

Stuttgart, den 5. August 1950

Das abgebildete Exemplar der Charta der deutschen Heimatvertriebenen ist eines der beiden Originale, die am 6. August 1950 von einem Teil der 30 Unterzeichner der Charta unterschrieben wurden. Die restlichen Unterschriften wurden nachträglich geleistet. Das überlieferte Exemplar der Charta ist mit großer Wahrscheinlichkeit jenes, das für den „Zentralverband der vertriebenen Deutschen“ (ZvD) bestimmt war.

Das „Recht auf Heimat“ als der zentrale Inhalt der Charta

In ihrem Aufbau einer Urkunde vergleichbar, gliedert sich die Charta in drei Teile. Der erste Teil, das Protokoll, nennt die Grundlagen für das Dokument – „Verantwortung vor Gott“, die „Zugehörigkeit zum christlich-abendländischen Kulturkreis“, „das Bewußtein ihres deutschen Volkstum“ und „die Erkenntnis der gemeinsamen Aufgabe aller europäischen Völker“ –, und führt die Aussteller des Dokuments – „die erwählten Vertreter von Millionen Heimatvertriebener“ – sowie die Zielgruppe der Erklärung – „dem deutschen Volk und der Weltöffentlichkeit“ – an.

Der anschließende Text, der Hauptteil des Dokuments, spezifiziert die Art des Dokuments – „eine feierliche Erklärung“, ein „Grundgesetz“ der deutschen Heimatvertriebenen –, formuliert das Ziel des Dokuments – „die Herbeiführung eines freien und geeinten Europas“ – und benennt die damit verbundenen Pflichten und Forderungen der Vertriebenen.

Auf die Außenpolitik zielen der mit lediglich einem vagen Verweis auf die Ursachen des von Deutschland ausgelösten Zweiten Weltkriegs als „ernst und heilig“ bezeichnete „Verzicht auf Rache und Vergeltung“, die Unterstützung aller Bemühungen zur „Schaffung eines geeinten Europas“ sowie die Bereitschaft, die eigenen Kräfte beim „Wiederaufbau Deutschlands und Europas“ einzusetzen. Die Verpflichtungen gipfeln in dem Verweis auf die von den deutschen Vertriebenen erfahrene Trennung von der Heimat in der Forderung, das „Recht auf die Heimat“ als eines „der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit“ anzuerkennen und zu verwirklichen. Nicht der Verzicht auf Rache und Vergeltung, sondern das „Recht auf die Heimat“ ist das zentrale Anliegen der Charta. Das wird mit der grafischen Hervorhebung deutlich zum Ausdruck gebracht.

Diesen Anliegen stehen solche gegenüber, die eine auf die Bundesrepublik gerichtete innenpolitische Zielrichtung haben. Mit dem „brüderlichen Zusammenleben mit allen Gliedern unseres Volkes“ ist die damals noch nicht einmal in Ansätzen verwirklichte Eingliederung der Heimatvertriebenen gemeint. Daher fordert die Charta für die Vertriebenen „gleiches Recht als Staatsbürger“ vor dem Gesetz und in der Wirklichkeit, einen gerechten Lastenausgleich, den „sinnvollen Einbau aller Berufsgruppen der Heimatvertriebenen“ in die westdeutsche Wirtschaft und, gleichsam einer eigenen staatlichen Vertretung, die Beteiligung der Vertriebenen als eigenständige Gruppe am Wiederaufbau Europas.

Der Hauptteil des Dokuments endet mit dem die eigene Opferperspektive herausstreichenden und absolut gesetzten Hinweis der deutschen Heimatvertriebenen „als der vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen“. Er ruft von diesem ausschließlich selbstbezogenen Opferstatus dazu auf, das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen wie das aller Flüchtlinge als ein Weltproblem zu betrachten, das einer Lösung bedarf, „damit aus Schuld, Unglück, Leid, Armut und Elend für uns alle der Weg in eine bessere Zukunft gefunden wird.“ Es folgen abschließend die Datierung des Dokuments – 5. August 1950 – und die eigenhändigen Unterschriften von 30 Vertretern des ZvD und der VOL, von denen die ersten am 6. August 1950, die restlichen erst einige Monate später geleistet wurden.



Kinderspielplatz im Flüchtlingslager Freiburg-Betzenhausen, aufgenommen im März 1953. Noch lange nach Flucht und Vertreibung waren Baracken und Behelfsunterkünfte der Normalfall für die „Neubürger“. Im Jahr 1955 gab es über 3000 solcher Lager in der Bundesrepublik.



Bei der Feier zum 40. Jahrestag der Verabschiedung der Charta sprach am 5. August 1990 Bundeskanzler Helmut Kohl als Hauptredner. Er unterstrich dabei die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze und erntete damit auch Widerspruch von Vertretern der Heimatvertriebenen.

Historischer Kontext und Deutung

Die Charta wurde fünf Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs verkündet und unterzeichnet. Dessen Ursachen, Ergebnis, Folgen und seine damalige Deutung durch Vertreter der Vertriebenen bestimmten den Zeitpunkt, die Formulierung, die Art der Forderungen und die zeitgenössische Rezeption der Charta.

Im Jahr ihrer Verabschiedung war der Kalte Krieg in vollem Gang. Genannt seien nur der Ausbruch des Korea-Kriegs am 25. Juni 1950 und das am 6. Juni 1950 abgeschlossene Görlitzer Abkommen, in dem die DDR und die Volksrepublik Polen die „Oder-Neiße-Linie“ als Grenze anerkannten. Der am 9. Mai 1950 verkündete Schumann-Plan leitete erste Schritte zur europäischen Einigung ein. Die Bundesrepublik war ein gutes Jahr alt und aufgrund des Besatzungsstatuts nur eingeschränkt souverän. Die erste Bundesregierung amtierte noch kein Jahr und hatte bislang keine befriedigende Antwort auf die Flüchtlingsfrage gefunden. Das Lastenausgleichsgesetz und das Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz waren noch nicht verabschiedet, mit der Folge, dass sich der vom Koalitionsverbot befreite, organisatorisch in sich zersplitterte „fünfte Stand“ nun politisch lautstark artikulierte. Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein am 9. Juli 1950 errang der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) fast ein Viertel der Stimmen und wurde mit einem Abstand von nur vier Prozent zur SPD zweitstärkste politische Kraft. Dieser außen- und innenpolitische Kontext bestimmte den Inhalt der Charta.

Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen ist die erste öffentliche Willensbekundung der Vertriebenenorganisationen vor dem Hintergrund der skizzierten fragilen internationalen, europäischen und deutschen Nachkriegsverhältnisse. Sie konnte weder den erbitterten Machtkampf zwischen den beiden Vertriebenenverbänden und ihrer leitenden Funktionäre noch die erheblichen Spannungen zwischen der Bundesregierung und einem Teil der Vertriebenenvertreter überdecken. Mit dem Anspruch, für die Vertriebenen zu sprechen, wird eine Einheit der Vertriebenen als Gruppe beschworen, die so nie eingelöst werden konnte.

Die Charta richtet sich in Sprache und Inhalt im Rahmen des zeittypischen, auf die Angehörigen der eigenen Nation eingeschränkten bundesdeutschen Opferdiskurses an die Weltöffentlichkeit und an das deutsche Volk. Im Mittelpunkt steht die Forderung nach dem theologisch begründeten „Recht auf die Heimat“. Die Charta ist daher in erster Linie – und, ganz wichtig, in dieser Reihenfolge – die Forderung nach einer international anerkannten Rechtsnormsetzung. Erst auf der so geschaffenen Grundlage sollte dann in einem zweiten Schritt nach Wegen gesucht werden, das Recht auf Heimat praktisch umzusetzen.

Dem Recht auf Heimat sind die beiden zentralen Anliegen der Charta zugeordnet. Mit dem gewählten Zeitpunkt, dem Ablauf der Stuttgarter Veranstaltung und den inhaltlichen Aussagen ist die Charta einerseits eine Antwort auf „Potsdam“, das Symbol für Umsiedlung, Flucht, Vertreibung und territoriale Verluste. Sie beinhaltet einen hoch einzuschätzenden „Verzicht auf Rache und Vergeltung“. Er ist, anders als die einleitend zitierten Einschätzungen glauben machen wollen, eine Absage an Gewalt und befürwortet eine Lösung auf allgemein anerkannten rechtlichen Grundlagen. Das unterstreicht auch die verwendete Terminologie. Mit dem Begriff „Charta“ wird ganz bewusst auf die Atlantik-Charta von 1941,

die Charta der Vereinten Nationen von 1945 und die UN-Charta der Menschenrechte von 1948 Bezug genommen. Mit ihren Forderungen nach rechtlicher Gleichheit der Vertriebenen als Staatsbürger der Bundesrepublik, nach einem Lastenausgleich und der wirtschaftlichen Eingliederung ist die Charta andererseits ein Spiegel des 1950 noch ungelösten deutschen Flüchtlingsproblems.

Zwischen Recht auf die Heimat im Osten und Lebensrecht im Westen

Mit ihrer heilsgeschichtlich begründeten, an die Weltöffentlichkeit gerichteten Forderung, „das Recht auf die Heimat“ als Menschenrecht anzuerkennen, und dem an die Bundesrepublik gerichteten Verlangen nach Eingliederung bewegt sich die Charta im Spannungsfeld von Rückkehr in die alte und Eingliederung in der neuen Heimat: Heimatrecht im Osten und Lebensrecht im Westen. Die Charta als eine zeitgebundene, auf das eigene Leid fixierte politische Willensbekundung der Vertriebenen offenbart das Dilemma, vor dem die Lösung des deutschen Flüchtlingsproblems zu jenem Zeitpunkt stand: Ein Recht einzufordern, das nicht zu verwirklichen war, und zugleich das Hineinwachsen in eine fremde, ihnen anfangs vielfach feindselig gegenüberstehende Gesellschaft, die ungewollt und in einem langfristigen Prozess zur neuen Heimat wurde. Erst im Laufe der Jahre und in dem Maß, in dem der europäische Integrationsprozess voranschritt, wuchs der Charta die Deutung als zukunftsweisendes Dokument der europäischen Einigung zu, als das sie heute interpretiert werden kann.

Das zeigen auch die Reaktionen auf die Ansprache von Bundeskanzler Helmut Kohl am 5. August 1990 aus Anlass der Feier zum 40. Jahrestag der Verabschiedung der Charta. Vor dem Hintergrund des Falls des Eisernen Vorhangs 1989 und der bevorstehenden deutschen Vereinigung bekräftigte er im geschichtsträchtigen Großen Kursaal von Stuttgart-Bad Cannstatt die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze. Der Bundeskanzler verwies zudem auf das „große Unrecht“ der Vertreibung und erinnerte an das damit verbundene Leid der Heimatvertriebenen. Er bezeichnete die Anerkennung der Grenze als Vorbedingung für die deutsche Wiedervereinigung. Damit erntete er heftigen Widerspruch. Seine Rede wurde immer wieder von Zwischenrufen unterbrochen. Darauf antwortete der Bundeskanzler mit dem Verweis, dass aus den Erfahrungen der Geschichte des 20. Jahrhunderts gelernt

Aus Anlass des 40. Jahrestags der Verabschiedung der Charta brachte die Deutsche Bundespost 1990 eine Sonderbriefmarke heraus. Im Einklang mit den neuen Rahmenbedingungen nach dem Fall des Eisernen Vorhangs in Europa und der deutschen Vereinigung lässt die Briefmarke die neue politische Deutung der Charta erkennen. Nicht der „Verzicht auf Rache und Vergeltung“ oder das „Recht auf die Heimat“ werden auf der Briefmarke zitiert, sondern der letzte, zukunftsweisende Satz der Charta.



werden müsse. Nur wenn Grenzen unumstritten seien, verlören sie ihren trennenden Charakter.

Vor diesem Hintergrund erweisen sich die eingangs angeführten Einschätzungen als vom zeitgenössischen Kontext losgelöste rückblickende Deutungen, die mehr über den Standpunkt ihrer Autoren aussagen, als dass sie dem Text der Charta gerecht werden. Damals, im Jahr 1950, standen die eigenen Opfer und die existentielle Frage im Vordergrund, wie aus Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen Bürger der Bundesrepublik werden können. Es überrascht daher nicht, dass beim insgesamt betrachtet mäßigen zeitgenössischen Echo in den Medien auf die Verabschiedung der Charta in erster Linie die Eingliederungsforderungen Beachtung fanden.

Nicht über die Charta der deutschen Heimatvertriebenen zu sprechen, sondern diese vom Text ausgehend aus ihrer Zeit heraus zu deuten und deren sich wandelnder Deutung und Wirkung nachzugehen, lohnt sich. Dann entdeckt man ein historisches Dokument, das seine Aktualität nicht verloren hat, und einen baden-württembergischen Erinnerungsort mit bundesdeutscher Ausstrahlung – allerdings mit nach wie vor umstrittener politischer Deutung.



Der amerikanische Außenminister James F. Byrnes am 6. September 1946 am Rednerpult im Württembergischen Staatstheater. Hinter ihm sitzen (v. l.) Botschafter Robert Murphy, Senator Arthur Vandenberg (Republikaner, Michigan), Senator Tom Connally (Demokrat, Texas) und General Joseph T. McNarney. Die Stuttgarter Rede von Byrnes wurde als „Speech of Hope“ populär, weil sie eine Kehrtwende der US-amerikanischen Deutschlandpolitik nach 1945 verdeutlichte.

Byrnes und die „Speech of Hope“ in Stuttgart

Auf dem Weg zur Gründung der Bundesrepublik

Georg Schild

Entscheidungen über die politische Zukunft Deutschlands nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden an einer Reihe unterschiedlicher Orte wie Jalta, Potsdam, London, Paris, Moskau und Washington getroffen. Am 6. September 1946 war das Württembergische Staatstheater in Stuttgart Schauplatz einer bedeutenden Rede des US-amerikanischen Außenministers James F. Byrnes, die als Meilenstein in die amerikanische Nachkriegspolitik gegenüber Deutschland in die Geschichte eingegangen ist. In der Rede wurde zum ersten Mal deutlich, dass die Feindschaft und der bittere Antagonismus der Kriegsjahre und unmittelbaren Nachkriegsmonate einer amerikanischen Bereitschaft zur Kooperation mit deutschen politischen Institutionen im beginnenden Kalten Krieg gewichen waren.

„Ich bin nach Deutschland gekommen, um mich an Ort und Stelle über die mit dem Wiederaufbau Deutschlands verbundenen Probleme zu orientieren und die Ansichten der Regierung der Vereinigten Staaten über einige der vor uns liegenden Probleme mit unseren Vertretern in Deutschland zu besprechen,“ so Byrnes in seiner Stuttgarter Rede. In der Wahrnehmung der Zeitgenossen gab die Ansprache Anlass zur Hoffnung, dass Deutschland in absehbarer Zukunft wieder in die demokratische Staatengemeinschaft aufgenommen würde und sich wirtschaftlich entwickeln könnte.





Byrnes bei einer Pressekonferenz im Juli 1946, auf der er über Rundfunk das amerikanische Volk über den Fortgang der Verhandlungen der alliierten Siegermächte informierte.

Die Stuttgarter Rede im Kontext der alliierten Nachkriegspolitik

Die Stuttgarter Rede von Außenminister Byrnes muss im Kontext der alliierten Nachkriegsplanungen gesehen werden. Auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam hatten sich die Siegermächte im Februar und August 1945 darauf verständigt, Deutschland zum Zwecke der Verwaltung in vier Zonen aufzuteilen. Dies war nicht als erster Schritt hin zu einer Teilung des Landes geplant. Im Gegenteil sollte Deutschland als Einheit erhalten und gemeinsam verwaltet werden. Im Verlauf des Jahres 1946 zeigten sich jedoch unterschiedliche Auffassungen unter den Siegermächten in zentralen Fragen wie der Schaffung einheitlicher politischer Strukturen, bei Reparationen sowie in der Saar- und Ruhrgebietsfrage. Diese alliierten Meinungsverschiedenheiten behinderten nach amerikanischer Ansicht die weitere politische und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands und führten im Verlauf des Jahres 1946 zu einer allmählichen Kurskorrektur in der US-Deutschlandpolitik. Sie mündeten schließlich in der Schaffung eines westdeutschen Teilstaates.

Insbesondere in der Reparationsfrage bestanden unterschiedliche Auffassungen zwischen den Regierungen in Washington und Moskau. Zunächst war die US-Regierung für Reparationsleistungen im Rahmen harter Friedensbedingungen eingetreten. Als Reaktion auf die nationalsozialistischen Verbrechen wurde die Direktive der Vereinten Stabschefs (JCS) 1067 erlassen, die harte Friedensbedingungen anordnete. Deutschland sollte zur Kapitulation gezwungen und alle Spuren nationalsozialistischer Herrschaft sollten getilgt werden. Darüber hinaus sollten keine Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Landes unternommen werden.

Doch bereits vor der deutschen Kapitulation hinterfragten einige Beobachter die Grundlagen dieser Nachkriegsplanung. So schrieb General Lucius D. Clay am 20. April 1945 an James F. Byrnes, der zu diesem Zeitpunkt noch nicht Außenminister war, den Clay jedoch aus der gemeinsamen Zeit im Amt für Kriegsplanung und Mobilisierung in Washington sehr gut kannte, dass die Lebensbedingungen in Deutschland bedrohlich seien. Das Ausmaß der Zerstörung des Landes werde in Amerika nicht ausreichend wahrgenommen. Alle bisherigen Deutschlandplanungen seien davon ausgegangen, dass eine militärische Wiederaufrüstung Deutschlands verhindert werden müsse. Dabei habe man jedoch übersehen, dass es das kurzfristige Ziel sein müsse, durch nachhaltige wirtschaftliche Tätigkeit wenigstens einen minimalen Lebensstandard für die Bevölkerung garantieren zu können. Clay schloss seinen Brief mit der Aufforderung an Byrnes, Deutschland bald zu besuchen: „Ich erinnere mich, dass Sie versprochen haben, in nicht allzu ferner Zukunft herüberzukommen, und ich möchte Sie um einen solchen Besuch und Ihre Ratschläge bitten."

Die Sowjetunion, die unter dem Krieg weitaus schlimmer gelitten hatte als die USA, betrachtete Reparationsleistungen als wirtschaftliche Notwendigkeit und bestand bei allen alliierten Konferenzen auf Demontagen und Entnahmen aus der laufenden Produktion. In seinen 1947 erschienenen Erinnerungen *Speaking Frankly* schrieb Byrnes, er habe auf der Potsdamer Konferenz mit seinem sowjetischen Amtskollegen Wjatscheslaw Molotow über die Frage von Reparationen gesprochen. Wenn die Sowjetunion Reparationsleistungen aus dem gesamten deutschen Territorium beanspruche, dann müsse zunächst berechnet werden, was bisher entnommen worden sei. Das sei jedoch kaum möglich. Als einzige Lösung erschien den USA, dass sich jede Besatzungsmacht für Reparationsleistungen aus der eigenen Zone bediene.

Byrnes' Aufzeichnungen über die Verhandlungen in Potsdam zeigen, wie tief bereits wenige Wochen nach dem Kriegsende in Europa das Misstrauen zwischen den Westmächten USA und Großbritannien auf der einen und der UdSSR auf der anderen Seite war. Ein Jahr später hatte sich dieses Gefühl noch weiter verstärkt. Deutschland wurde praktisch nicht länger als einheitlicher Wirtschaftraum betrachtet. Stattdessen existierten vier fast hermetisch voneinander abgegrenzte Besatzungszonen – Byrnes sprach in seinen Erinnerungen von „wasserdichten Abteilen" („water-tight compartments") –, von denen nicht absehbar war, ob und wann sie wirtschaftlich selbstständig werden könnten.

In den ersten Nachkriegsmonaten gestaltete sich besonders die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln schwierig. Im Winter 1946/47 standen in der US-amerikanischen Zone pro Kopf etwa 1500 Kalorien zur Verfügung, in der französischen nur 1200. Die Industrieproduktion lag wegen der Zerstörung von Fabriken und Infrastruktur 1946 bei nur einem Drittel dessen, was sie zehn Jahre zuvor betragen hatte. Solange sich die wirtschaftliche Entwicklung und Versorgungslage in Deutschland nicht nachhaltig verbessern würde, war auch nicht mit einer Erholung anderer europäischer Staaten zu rechnen. So war im Ruhrgebiet vor dem Krieg gut 40 Prozent der in Westeuropa verbrauchten Steinkohle gefördert worden. Die USA standen vor der Alternative enormer finanzielle Anstrengungen – alleine für das Jahr 1946 in Höhe von etwa 200 Millionen Dollar –, um die Lebensfähigkeit der eigenen Besatzungszone zu garantieren, oder von Reformen, die die wirtschaftliche Lage in der amerikanischen Zone verbessern würde.

Die Reparationsfrage war jedoch nur einer von mehreren amerikanisch-sowjetischen Konfliktpunkten. Im Verlauf des Jahres 1946 gingen amerikanische Beobachter zunehmend davon aus, dass die UdSSR eine dauerhafte Stärkung prosowjetischer Kräfte in ihrer Besatzungszone anstrebe. So schrieb der amerikanische Botschafter in Moskau, Walter B. Smith, am 2. April 1946 an Byrnes, es sei das Ziel der sowjetischen Politik, in Ostdeutschland eine „antifaschistische Republik" als „Vorläufer eines sowjetischen sozialistischen Staates" oder zumindest als einen an Moskau orientierten Staat zu etablieren. Auch wenn die USA dies ablehnten, so hätten sie doch keine Möglichkeit, es zu verhindern. Smith schlug eine Politik vor, die auch weiterhin am Ideal einer deutschen Zentralregierung orientiert war, die jedoch auf dem Weg dorthin einen westdeutschen Teilstaat schaffen würde, der an westlicher Demokratie orientiert sei.

Die Außenminister der „Großen Vier" während einer Nachtsitzung auf der Pariser Friedenskonferenz im Palais Luxembourg, wo vom 29. Juli bis 15. Oktober 1946 Friedensverträge mit den ehemaligen Verbündeten des Deutschen Reiches ausgehandelt werden sollten. Vor allem die Frage der Kriegsreparationen erwies sich als Belastung für die bereits bröckelnde Anti-Hitler-Koalition, weil die Sowjetunion auf höchstmöglichen Forderungen bestand.



Im Frühjahr und Sommer 1946 tagte in Paris eine Konferenz der Außenminister der alliierten Siegermächte, auf der die unterschiedlichen Auffassungen zur Deutschlandpolitik und in der Frage von Friedensbedingungen noch einmal deutlich zu Tage traten. Byrnes drängte die Konferenzteilnehmer erfolglos, die Beschlüsse von Potsdam nach Schaffung einer wirtschaftlichen Einheit Deutschlands umzusetzen. Am 10. Juli forderte der sowjetische Außenminister Molotow eine komplette Demilitarisierung der deutschen Industrie, eine alliierte Kontrolle des Ruhrgebiets und eine abschließende Regelung der Reparationsfrage. Zur Frage eines Friedensvertrags mit Deutschland äußerte sich der Sowjetaußenminister ausweichend. Grundsätzlich befürworte er einen solchen Vertrag. Doch bevor dieser unterzeichnet werden könne, müsse eine deutsche Regierung geschaffen werden, die alle Überreste des Faschismus beseitigt habe und die die Gewissheit



Lucius D. Clay, General der US-Armee, Nachfolger Eisenhowers und Militärgouverneur der US-amerikanischen Besatzungszone in Deutschland. Clay initiierte die Bildung der Bizone und beschleunigte die Demokratisierung in seiner Zone.

biete, alle Verpflichtungen gegenüber den Alliierten – einschließlich der Verpflichtung zu Reparationsleistungen – zu erfüllen. In Reaktion darauf bot Byrnes am 11. Juli allen Siegermächten – also auch der UdSSR – die Verschmelzung der bestehenden Zonen an, um auf diese Art und Weise eine gemeinsame Verwaltung Deutschlands zu erreichen. Nur Großbritannien nahm das Angebot an.

Warum Stuttgart?

Die zunehmenden amerikanisch-sowjetischen Auffassungsunterschiede in der Frage der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Deutschlands und die geplante Schaffung einer Bizone waren der unmittelbare Hintergrund der Rede von Außenminister Byrnes in Stuttgart am 6. September 1946. Zwei Fragen drängen sich im Zusammenhang mit dieser Rede auf: Warum hielt der Minister, während in Paris eine alliierte Nachkriegskonferenz tagte, eine große programmatische Rede außerhalb dieser Veranstaltung? Und warum hielt er die Rede weder in der eigenen Hauptstadt Washington noch in Berlin, der Hauptstadt des besiegten Feindes? In ihren Erinnerungen *Speaking Frankly* und *Decision in Germany* geben Byrnes und General Clay Antworten auf beide Fragen. Danach muss die Stuttgarter Rede als Reaktion auf Molotows Stellungnahme vom 10. Juli und fortgesetzte vermeintliche sowjetische Falschinformationen über die amerikanischen Intentionen verstanden werden. Nach Beratungen mit Clay und den Senatoren Arthur Vandenburg und Tom Connally entschied Byrnes, dass es an der Zeit sei, die wahren US-Ziele darzulegen. Er wolle dies jedoch nicht in Paris tun, um nicht von den Aufgaben der Konferenz abzulenken, Friedensverträge mit allen kriegführenden Staaten des Zweiten Weltkriegs abzuschließen. Stattdessen wolle er zu den amerikanischen Soldaten in der US-Zone sprechen. Sein Freund General Clay habe ihn ebenfalls dazu ermutigt und die notwendigen Planungen für die Reise nach Stuttgart und die Rede selbst veranlasst.

Clay schlug vor, Byrnes solle zunächst mit dem Flugzeug von Paris nach Berlin fliegen, um von dort aus mit der Eisenbahn nach Stuttgart zu fahren, um so selbst einen Eindruck vom Ausmaß der Zerstörung und Verwüstung Deutschlands zu gewinnen. Nach seiner Ankunft in Stuttgart am späten Vormittag des 6. September hielt Byrnes zunächst ein Treffen mit dem Länderrat der amerikanischen Besatzungszone ab. Dann begab er sich in das Württembergische Staatstheater, dem zu dieser Zeit einzigen noch intakten größeren Versammlungsort in der Stadt. Gemeinsam mit dem amerikanischen Militärgouverneur General Joseph T. McNarney und dem politischen Berater der amerikanischen Militärregierung, Botschafter Robert Murphy, saßen zwei Senatoren neben Byrnes auf dem Podium – der Senator Arthur Vandenburg aus Michigan, ein Republikaner, und Senator Tom Connolly aus Texas, ein Demokrat, um den starken überparteilichen Konsens hinsichtlich der amerikanischen Deutschlandpolitik zu unterstreichen. Beide spielten in der Folgezeit eine bedeutende

Rolle bei der Sicherung der Zustimmung zu solch wichtigen Initiativen wie dem Marshallplan und der Gründung der NATO.

Die Stuttgarter Rede

Byrnes begann seine Rede mit Hinweisen auf den Zweiten Weltkrieg und dessen Folgen für die Vereinigten Staaten und die Welt: „Wir haben wohl oder übel lernen müssen, dass wir alle in einer Welt leben, von der wir uns nicht isolieren können: Wir haben gelernt, dass Frieden und Wohlergehen unteilbar sind und dass Frieden und Wohlergehen in unserem Land nicht auf Kosten des Friedens und Wohlergehens eines anderen Volkes erkauft werden können." Dann ging er auf die Vorstellungen der US-Regierung in den aktuellen Nachkriegsfragen ein: „Das amerikanische Volk will den Frieden. Es hat schon seit langem nicht mehr von einem strengen oder milden Frieden für Deutschland gesprochen. Darauf kam es auch niemals wirklich an. Was wir wollen, ist ein dauerhafter Friede. Wir werden uns gegen zu harte und von Rachsucht diktierte Maßnahmen wenden, die einem wirklichen Frieden im Wege stehen." Dem deutschen Volk sei auf der Potsdamer Konferenz nicht die Möglichkeit genommen worden, sein Los im Lauf der Jahre durch harte Arbeit zu verbessern. Eine industrielle Entwicklung und industrieller Fortschritt wurden ihm nicht verweigert. Dass sich die wirtschaftliche Lage in Deutschland nach Kriegsende nicht nachhaltiger verbessert habe, sei auf die Uneinigkeit der Siegermächte zurückzuführen. „Die Durchführung der Potsdamer Beschlüsse ist jedoch dadurch behindert worden, dass der Alliierte Kontrollrat nicht die notwendigen Maßnahmen getroffen hat, um es der deutschen Wirtschaft zu ermöglichen, als Wirtschaftseinheit zu arbeiten. Die notwendigen deutschen Zentralverwaltungskörper sind nicht geschaffen worden, obgleich die Potsdamer Beschlüsse sie ausdrücklich verlangten." Byrnes wiederholte, dass die amerikanische Regierung noch immer zu früheren Zugeständnissen stehe. „Die Vereinigten Staaten sind der festen Überzeugung, dass Deutschland als Wirtschaftseinheit verwaltet werden muss, und dass die Zonenschranken, soweit sie das Wirtschaftsleben und die wirtschaftliche Betätigung in Deutschland betreffen, vollständig fallen müssen. […] Es ist klar, dass wir, wenn die Industrie auf den vereinbarten Stand gebracht werden soll, nicht weiterhin den freien Austausch von Waren, Personen und Ideen innerhalb Deutschlands einschränken können." Die amerikanische Regierung habe ihre Absicht deutlich gemacht, die Wirtschaft ihrer eigenen Zone mit einer oder mit allen anderen zu vereinigen, die hierzu bereit sind. Bis jetzt habe sich nur die britische Regierung bereit erklärt, mit ihrer Zone daran teilzunehmen. „Wir treten für die wirtschaftliche Vereinigung Deutschlands ein", so Byrnes. Der Hauptzweck der militärischen Besetzung sei es, Deutschland zu entmilitarisieren und zu entnazifizieren. Die Potsdamer Beschlüsse hätten nicht vorgesehen, dass Deutschland niemals eine zentrale Regierung haben sollte. Sie bestimmten lediglich, dass es „einstweilen" noch keine zentrale deutsche Regierung geben sollte.

Byrnes' Ausführungen machten deutlich, wie sehr sich die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik allgemein und besonders in Bezug auf Deutschland geändert hatte. Alle Vorstellungen, die die Nachkriegsplanungen unter Franklin D. Roosevelt bis zum April 1945 geleitet hatten – fortgesetzte Kooperation mit der Sowjetunion, Bestrafung Deutschlands, unverzüglicher Abzug amerikanischer Truppen aus Europa –,

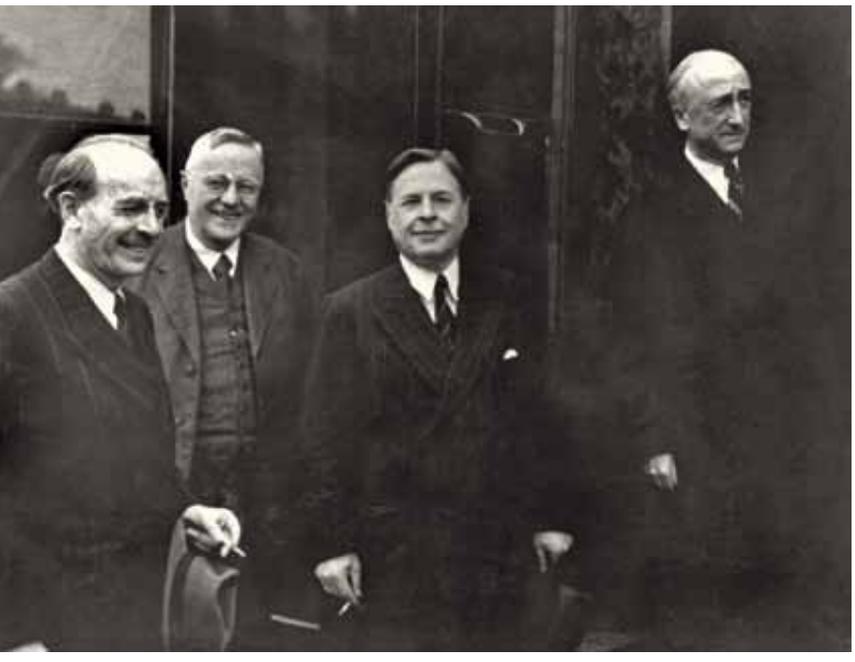


Das zerstörte Stuttgart im Jahr 1946: Blick vom Rathaus über die Altstadt zur Leonhardskirche.

waren hinfällig geworden. Stattdessen erschienen die Beziehungen zur Siegermacht Sowjetunion bedrohlich. Byrnes kündigte an, Amerika werde nicht den Fehler des Ersten Weltkriegs wiederholen und zum Isolationismus zurückkehren. Er versprach, dass amerikanische Truppen für die Dauer des Wiederaufbaus Deutschlands auf dem europäischen Kontinent bleiben würden. Außerdem beabsichtige Amerika nicht länger, das besiegte Deutschland hart zu behandeln.

Byrnes beendete seine Rede mit einer bedeutenden Ankündigung: „Das amerikanische Volk, das für die Freiheit gekämpft hat, hat nicht den Wunsch, das deutsche Volk zu versklaven. Die Freiheit, an welche die Amerikaner glauben und für die sie kämpfen, ist eine Freiheit, an der alle teilhaben sollen, die gewillt sind, die Freiheit anderer zu achten. […] Das amerikanische Volk wünscht, dem deutschen Volk die Regierung Deutschlands zurückzugeben. Das amerikanische Volk will dem deutschen Volk helfen, seinen Weg zurückzufinden zu einem ehrenvollen Platz unter den freien und friedliebenden Nationen der Welt."

Byrnes selbst nannte die Rede in der Rückschau „my most effective speech". Die Reaktionen in der amerikanischen und britischen Besatzungszone waren überschwänglich. Die *Rhein-Neckar-Zeitung* schrieb am 7. September 1946: „Die Männer dieses Volkes [der Amerikaner] bestimmen heute über unser zerbrochenes Dasein, und sie sehen in dieser Arbeit die Aufgabe, nicht nur uns, sondern der Welt zu einem Frieden zu verhelfen, der auf festerem Grund gebaut sein soll. Was die Rede im Einzelnen verkündete, gibt uns – eineinhalb Jahre nach unserer beispiellosen Hitlerniederlage – allen Grund, in Ehrfurcht und Vertrauen innezuhalten. Die Rede schenkt uns Hoffnung zu neuem Leben." Die *Stuttgarter Zeitung* sprach von einem „Tag von weltpolitischer Bedeutung in Stuttgart" und schrieb: „Es geschah wohl zum ersten Mal in der neueren Geschichte, dass nach einem Krieg, noch ehe der Friedensvertrag geschlossen wurde, der Außenminister eines siegreichen Landes das Land des Besiegten besuchte, um dort vor Vertretern der Besatzungsmacht und den einheimischen Regierungsbehörden eine politisch hoch bedeutsame Rede zu halten. […] Wir nehmen Mr. Byrnes' Besuch und Rede als eine Botschaft der Entschlossenheit des amerikanischen Volkes, seine gewichtige Macht dafür einzusetzen, dass das schwierigste Problem auf dem Wege zu einem dauerhaften Frieden, nämlich die deutsche Frage, gerecht, vernünftig und weitsichtig gelöst wird." Unter der Überschrift „Klare Sprache" schrieb Karl Ackermann in der gleichen Zeitung: „Die Überraschung über den unvermutet raschen Besuch des Außenministers der Vereinigten Staaten in Stuttgart ist der noch größeren Überraschung über seinen eindeutigen und zupackend formulierten Vortrag gewichen." Die Ausführungen von Byrnes seien von einem „ausgesprochenen Wohlwollen gegenüber Deutschland" getragen. Wenn der Minister auch in aller Schärfe und Deutlichkeit betont habe, dass sich die Regierung der Vereinigten Staaten sowohl einer harten, als auch zu milden Behandlung Deutschlands widersetzen werde, „so unterstrich er doch mehrmals, dass dem deutschen Volk Gelegenheit gegeben werden müsse, seine großen Kräfte und Fähigkeiten anzuwenden, um eines Tages



Ankunft am Stuttgarter Hauptbahnhof:
Die drei Ministerpräsidenten der US-amerikanischen Besatzungszone, Wilhelm Hoegner (Bayern), Reinhold Maier (Württemberg-Baden) und Karl Geiler (Groß-Hessen, v. l. n. r.), empfingen James F. Byrnes (rechts). Vier Tage nach der programmatischen Rede reagierten die drei westdeutschen Politiker mit einer Erklärung, in der es hieß: „Was er in dieser Rede [...] ausgeführt hat, hat uns neuen Mut und neuen Antrieb für die schwierige und verantwortungsvolle Aufbauarbeit gegeben, in der wir stehen."

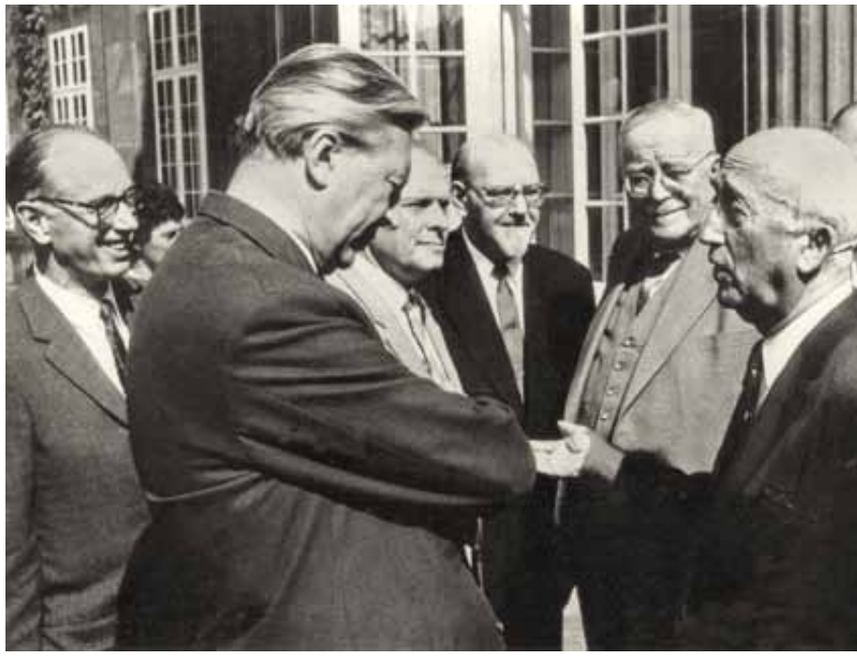
einen ehrenvollen Platz unter den Mitgliedern der Vereinten Nationen einzunehmen“. Byrnes habe bekräftigt, dass die Lebensfähigkeit Deutschlands die unschlagbare Grundlage der gegenseitigen Verständigung unter den drei großen Partnern sei. „Was aber für uns über alle Maßen bedeutsam ist, und in diesem Sinne diese Rede zu einem historischen Dokument ersten Ranges stempelt, das ist die Festlegung, dass es jetzt an der Zeit sei, Deutschland die Hauptverantwortung für die Behandlung seiner eigenen Angelegenheiten zu übertragen, und dass man dem deutschen Volk unverzüglich die wesentlichen Friedensbedingungen klar machen sollte, damit es nicht mehr in Ungewissheit über sein Schicksal zu leben gezwungen sei.“

Das Vermächtnis der Stuttgarter Rede

Die Stuttgarter Rede von James F. Byrnes vollzog nicht die Wende in der amerikanischen Nachkriegspolitik von der Bestrafung zur Kooperation, sondern machte diese Wende, die sich über Wochen hinweg angekündigt hatte, deutlich. General Clay hatte bereits Monate zuvor eine Revision der Reparationsabkommen gefordert und sich für eine engere Zusammenarbeit zwischen den westlichen Besatzungszonen ausgesprochen. Byrnes’ Rede zeigte, dass das Außenministerium in Washington für diese Vorstellungen empfänglich war. Amerika hatte erkannt, dass die bisherige Politik in eine Sackgasse geführt hatte. Vor die Alternative gestellt, die Anti-Hitler-Koalition um jeden Preis am Leben zu erhalten oder einen politischen und wirtschaftlichen Neuanfang Deutschlands auf demokratischer Basis zu wagen, hatte sich die Regierung in Washington für Letzteres entschieden. Curt E. Hansen, der Leiter der „Archives and Liaison Section“ der amerikanischen Militärregierung in Deutschland (OMGUS), schrieb wenige Tage nach der Rede an Byrnes, dass seine Ansprache einen Wendepunkt in der Geschichte markiere, weil sie das Ende eines unmöglichen Zustands andeute. Sie mache der amerikanischen Bevölkerung die Bedeutung des Deutschlandproblems deutlich und bringe den Deutschen Hoffnung („bringing hope to the German people“), dass sich die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen im Land nachhaltig verbessern würden.

Die Hoffnungen, die Byrnes den Menschen im Westen machte, kamen jedoch um den Preis verschlechterter Ost-West-Beziehungen, unter denen besonders die Menschen in der Sowjetzone leben mussten. Byrnes’ Stuttgarter Rede steht

Gemeinsame Erinnerungen: Bei einem privaten Besuch bei Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger (l.) in Stuttgart traf James F. Byrnes (r.) im Sommer 1961, 15 Jahre nach seiner „Rede der Hoffnung“, geladene Gäste in der Villa Reitzenstein, darunter auch den ehemaligen Ministerpräsidenten von Württemberg-Baden, Reinhold Maier (2. v. r.).



am Beginn einer Hinwendung amerikanischer und westdeutscher Politiker zu einem separaten Weststaat. Der erste deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer folgte Byrnes auf diesem Weg, indem er die Westintegration der Bundesrepublik als ein höheres Gut als eine sofortige Wiederherstellung der deutschen Einheit unter zweifelhaften politischen Vorgaben anstrebte. Das Vermächtnis der Rede von James F. Byrnes – die Hoffnung auf Demokratie und Wohlstand in Deutschland – erstreckt sich jedoch nicht nur bis zur Gründung der Bizone 1947, zur Berlin-Blockade 1948 oder dem Mauerbau 1961, sondern bis zur friedlichen Revolution in der DDR 1989, die Einheit in Freiheit brachte.



Gekrönte Häupter unter sich: Queen Elizabeth II. und der „Dichterkönig“ in Gestalt der Schillerbüste des Bildhauers Johann Heinrich Dannecker.

Die Queen und der deutschstämmige Prinz Philip besuchten 1965 bei einem Staatsbesuch Schillers Geburtshaus und das Schiller-Nationalmuseum.

Marbach am Neckar

Olymp und Hades der Literatur in der schwäbischen Provinz

Heike Gfrereis

Die Anekdote ist gut erfunden. „Where are the horses“, soll Queen Elizabeth II. gefragt haben, als sie 1965 durch das Schiller-Nationalmuseum in Marbach geführt wurde und statt der geliebten Pferde Handschriften und Bilder des berühmtesten schwäbischen Dichters ansehen durfte. Marbach am Neckar, nicht Marbach an der Lauter. Unterschiedlicher als die beiden schwäbischen Orte können kaum zwei Namensvettern sein. Beide allerdings sind berühmt und markieren in ihrem Fach den Olymp: die zum Landkreis Ludwigsburg gehörende Kleinstadt Marbach am Neckar mit dem Geburtshaus von Friedrich Schiller, dem Deutschen Literaturarchiv und den beiden Literaturmuseen; der Weiler Marbach an der Lauter im Gomadinger Ortsteil Dapfen mit dem Landesgestüt und seiner weltbekannten Araberzucht. Pferdenärrische kleine Mädchen zieht es in dieses und später dann oft in jenes, um das vorgestellte Glück im Sattel gegen das der poetischen Imagination einzutauschen.

Doch wie kam es dazu, dass der Olymp der deutschsprachigen Literatur in einem schwäbischen Städtchen liegt und welche Bedeutung spielt dabei die Unterwelt, der Hades?





Das 2009 neu eingerichtete Geburtszimmer von Schiller, mit seinem Kinderanzug und einem Porträt der Mutter.

Ab ovo

Am Anfang, lange bevor Marbach zum Mekka der Literatur wurde und der Name „Marbach“ zur Marke, stand der glückliche Zufall oder die große Fügung einer Geburt: Am 10. November 1759 brachte in einem Zimmer im Erdgeschoss des Hauses Niklastorstraße 31 in Marbach die 27-jährige Elisabetha Dorothea Schiller – Tochter des drei Jahre zuvor bankrottgegangen Bäckers und Gastwirts Georg Friedrich Kodweiß und Ehefrau des Wundarztes und Leutnants Johann Caspar Schiller – ihren ersten Sohn zur Welt. Zwei Jahre zuvor hatte sie eine Tochter, Christophine, geboren. Auch der Sohn wird auf den Namen des Heiligen getauft, der als Schutzpatron der Schiffer und Flößer gilt und auf Bildern häufig das Christuskind übers Wasser trägt: Christoph. Dazu kommen noch nach Vater und Großvater „Johann“ und „Friedrich“: „Der Gnade Erweisende“ und „Friedensfürst“. Der letzte Name sollte sein Rufname, sein Geburtsort später gern zum zweiten Bethlehem stilisiert werden. Der 36-jährige Vater, der vor seiner Hochzeit fast in einem Kahn auf dem Neckar bei Marbach ertrunken wäre, wenn ihn nicht die „gütige Vorsehung Gottes mit starker Hand gnädiglich errettet“ hätte, wie er es selbst formulierte, ist während der Geburt im Feldlager, die Mutter zu schwach, um den Säugling zu stillen, der sein Leben lang gegen seinen kränklichen Körper ankämpfen wird. Dennoch oder gerade deswegen: Als Friedrich Schiller am 9. Mai 1805 in Weimar im Alter von 46 Jahren stirbt, ist er Deutschlands großer Theaterschriftsteller und der erste nationale Dichter-Heilige.

Musenhain, Feststätte und Arbeitsplatz

Marbach hatte anfangs nicht viel von seinem großen Sohn. Die Familie Schiller zog nach Schorndorf, als Friedrich vier Jahre alt war, später in die Residenz des württembergischen Herzogs nach Ludwigsburg. 1782 floh der junge Dichter ins kurpfälzische Mannheim, weil ihn der württembergische Herzog Carl Eugen zwingen wollte, die freie Schriftstellerei aufzugeben und ihm verbot, der Aufführung seines Dramas *Die Räuber* beizuwohnen. Schiller kam nur einmal noch, in Carl Eugens Todesjahr 1793, nach Württemberg zurück und wohnte bis Anfang Mai 1794 in Ludwigsburg und Stuttgart. Erst nach seinem Tod holten die Marbacher „ihren“ Schiller heim und versuchten, sein Bethlehem, den Stall und die Vertreibung wiedergutzumachen. Dem engen Häuschen, 1812 als Schillers Geburtshaus identifiziert und zu dessen 100. Geburtstag 1859 vom Marbacher Schillerverein als Museum eröffnet, wurde 1835 auf einer Anhöhe außerhalb der Stadt ein kleiner mit Platanen bestandener Park entgegengestellt, von dem aus man über den Neckar bis hin nach Ludwigsburg und zum Hohenasperg sieht, einem anderen Erinnerungsort der württembergischen Literatur. Schiller hatte dort den von ihm verehrten eingekerkerten Dichter Schubart besucht. Die Platanen sind die der Persephone heiligen Bäume der Antike, die im Mythos die Verbindung zur Unterwelt herstellen und als nicht weiter verwertbare Parasiten den schönen Künsten und Wissenschaften zugeordnet werden. In Platons *Phaidros* hat Sokrates unter einer Platane Platz genommen, als er seine Rede auf das Schöne hält. Unter diesen Bäumen wurde 1875 auf der Schillerhöhe ein überlebensgroßes Denkmal des Dichters errichtet, für das der württembergische König

in Frankreich erbeutete Kanonenkugeln stiftete. 1903 wurde dann mit weiteren Spenden ein für einen Dichterfürsten würdiger Landsitz, das „Schiller-Museum und -Archiv“, gebaut. Eine vorwitzig auf den Fels hoch über dem Neckar gebaute Fest-, Ausstellungs-, Archiv- und Forschungsstätte mit einer Schausammlung, die, so Traugott Haffner, einer der Gründer, neben Schiller auch den anderen Schwaben wie Uhland, Hauff und Mörike ein „Ehrenmal sein soll, das sie nicht nur rühmen, sondern kennen und verstehen lehrt“.

Pantheon der Schwaben

Nicht nur Friedrich Schiller und die Queen waren schon in Marbach, auch Thomas Mann, Willy Brandt, Ernst Jünger, Günter Grass, Orhan Pamuk und Herta Müller. Im „schwäbischen Pantheon“, wie Theodor Heuss es bezeichnete, auf dessen Initiative das vom Schwäbischen Schillerverein und heute von der Deutschen Schillergesellschaft getragene Museum 1927 zum staatlich geförderten „Nationalmuseum“ wurde, gehören Fest und Arbeit, Verehrung und Forschung von Anfang an zusammen. Das von den Stuttgarter Architekten Ludwig Eisenlohr und Carl Weigle entworfene Gebäude reagiert sichtbar auf die Mischnutzung: Der zentrale Schillersaal ist mit seinem Fußbodenmosaik, den Reliefs zu Schillers Balladen und der hohen, himmelszeltähnlichen Kassettendecke als Festsaal ausgebildet, während die mit Linoleum belegten Räume in den Seitenflügeln kleiner, schmuckärmer sind. Der Kuppelbau mit seinen beiden „Eselsohren“ spielt auf das Pantheon in Rom an und bündelt Bedeutungen wie Erhebung, Inspiration und Aufklärung, Tod und Auferstehung, Himmelsnähe, Ewigkeit – sei es bei spätbarocken Jagd- und Lustschlössern wie Schloss Solitude oder Mausoleen wie der Grabkapelle auf dem Rotenberg, bei Museen, Bibliotheken, Sternwarten und Planetarien.

Sternfahrt

Das Schillermuseum, das 1933/34 vom kompakten, nur mit kurzen Seitenflügeln ausgestatteten Rundbau zur langgestreckten schlossähnlichen Anlage erweitert wurde und ursprünglich in einem der neuen Räume eine Windrose als Fußbodenornament hätte tragen sollen (wäre das Geld nicht ausgegangen), verortet sich mehrfach in der schwäbischen Gedächtnislandschaft. Eine Sichtachse verbindet die überlebensgroße Schillerbüste im Foyer nach Osten hin mit dem

Das Schiller-Nationalmuseum
vom Literaturmuseum der Moderne aus fotografiert.
Die Marbacher Schillerhöhe
ist ein Ort der sichtbaren Literaturgeschichte
und der gebauten Dichterverehrung.



Schillerdenkmal im Schillerhain. Im Westen erstreckt sich die Aussicht hin zum Asperg und weiter zum Michaelsberg bei Cleebronn, auf dem einer von Justinus Kerner und Eduard Mörike überlieferten Legende nach der Erzengel Michael die Schwaben zur Vielschreiberei verdammt haben soll, weil sie eine Feder aus seinem Flügel gestohlen hatten. So deutlich wie die sakralen und kosmischen Zeichen dieses Museums sind die Merkmale seiner schwäbischen Herkunft. Das Schillermuseum besticht nicht zuletzt auch durch Bescheidenheit. Es ist gerade kein Schloss, keine Sternwarte mit großem Firmament und keine Bibliothek mit meterhoch umlaufenden Regalen. Der Aufgang zum „Hausherren“ Schiller ins obere Foyer ist kurz, die meisten Exponate sind klein und flach. Der italienische Reiseschriftsteller Bonaventura Tecchi, schreibt im Jahr 1964: „Im Museum ist alles säuberlich und wohl geordnet, alles hat einen Hauch von Vornehmheit und Solidität; [...] – dazu Hunderte von aufgeschlagenen Mauskriptseiten. Auf dem Weiß der Blätter wimmelt es von schwarzen Krakelfüßen, so wie Dichterhandschriften eben sind, meist eigenwillig und sich aufbäumend, zuweilen regelmäßig und geduldig wie Silberschmiedearbeit“.



Blick in die Unterwelt: das ausgestellte,
alle sechs Monate um Neuzugänge aus dem Archiv
aktualisierte literarische Gedächtnis
im Literaturmuseum der Moderne (LiMo).

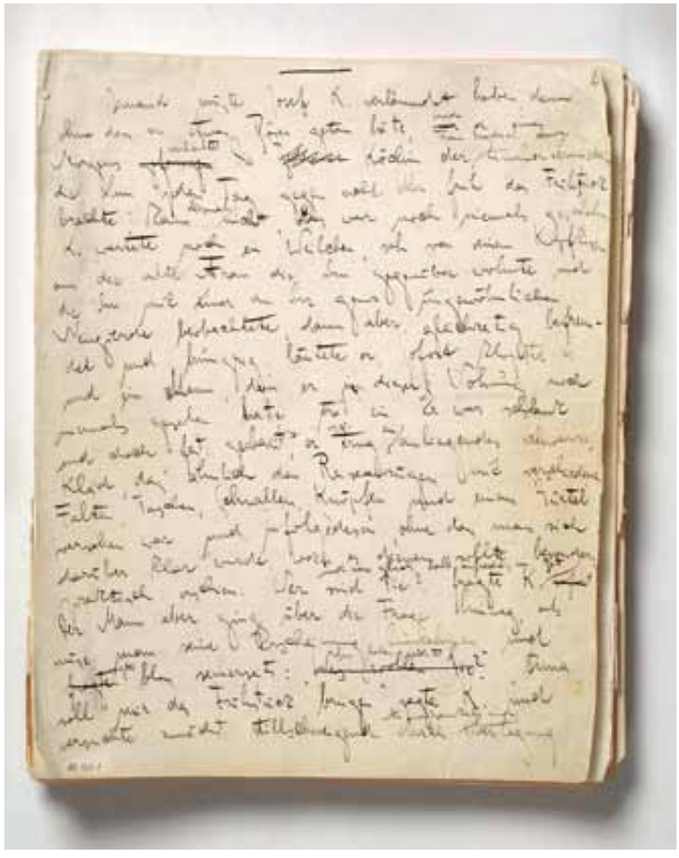
Hinter den Kulissen

Das Schiller-Nationalmuseum ist ein Kulissenbau (am schönsten sichtbar unter der nicht öffentlich zugänglichen Kuppel des Schillermuseums mit ihrer Holz-Eisenkonstruktion), in dem die Exponate auch Reliquien sind, die numinos sein dürfen, nicht aber lesbar und verständlich sein müssen. Allein die Ahnung von Authentizität und Originalität verleiht ihnen eine emotionale Bedeutung, unabhängig, ob sie Literatur sind oder nicht: „Sei, was er schrieb auf das Blatt, / auch nur ein Wörtchen, es haftet / Doch von dem Leben des Manns immer / ein Theilchen daran", reimte Eduard Mörike, der nicht nur selbst ein großer Dichter war, sondern auch ein erfindungsreicher Handschriftenimitator. Der Glaube an die Macht der Schrift und die Präsenz des Geistes in den kleinen alltäglichen, oft unscheinbaren Dingen des Lebens, wie sie in einem Literaturarchiv gesammelt und einem Literaturmuseum gezeigt werden, ist immer auch ein poetischer Glaube, ein Glaube aus ästhetischer Distanz mit Sinn für Ironie und Voyeurismus: „Wichtiger Fund. Links an der Straße, die von Marbach nach Großbottwar führt, ist in diesem Frühjahr beim Umpflügen eines Ackers ein Schuhnagel gefunden worden, über dessen Herkunft man lange im Zweifel war. Die neuesten Schillerforschungen haben ergeben, dass dies der Schuhnagel ist, der an einem der Schuhe fehlt, die im Marbacher Schillerhaus als „Schillers Schuhe" aufbewahrt sind, und nach dem man bis jetzt erfolglos gesucht hatte. Wie man hört, soll der interessante Schuhnagel in Glas gefasst und dem Marbacher Schillermuseum einverleibt werden", berichtet der *Bottwartalbote* 1899.

Hinab in den Hades

Zum Olymp der Literatur wurde das durch das weithin sichtbare „schwäbische Pantheon" ausgezeichnete Marbach – der Ort, an dem Schiller gerade einmal das Laufen, aber noch nicht das Schreiben gelernt hatte – erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Zwar waren schon 1922 mit dem Nachlass des *Pan*-Herausgebers Cäsar Flaischlen Manuskripte ins Archiv gekommen, die keinesfalls nur Devotionalien eines schwäbischen Dichterkults waren: Hugo von Hofmannsthals *Terzinen über Vergänglichkeit* etwa, Aby Warburgs früher Aufsatz über Amerikanische Chapbooks, Stéphane Mallarmés *Sonnet*, Theodor Fontane, Rainer Maria Rilke und Heinrich Mann. Doch erst 1952 kam dann durch das von der *Stuttgarter Zeitung* gestiftete Cotta-Archiv ein großer Teil der deutschen Literatur des 18. und 19. Jahrhunderts nach Marbach: die Reinschrift des einzigen zu Lebzeiten von Goethe gedruckten

Teils von *Faust II*, ein umfangreicher Briefwechsel von Cotta mit Schiller und Goethe, mit Kleist, Wieland, Jean Paul, Alexander von Humboldt, Theodor Fontane und vielen anderen. Der Schritt vom schwäbischen zum deutschen Literaturarchiv, vom 18. Jahrhundert in die Gegenwart, wurde endgültig vollzogen, als 1955 in Marbach das Deutsche Literaturarchiv gegründet wurde, das vor allem auch die im 20. Jahrhundert in alle Welt zerstreute deutsche Literatur an einem Ort versammeln sollte. Die Nachlässe von Kurt Pinthus, Gottfried Benn, Hermann Hesse und Alfred Döblin, Heinrich Mann und Martin Heidegger, Ernst Jünger, Rudolf Borchardt, Erich Kästner und Carl Zuckmayer wurden im Laufe der Zeit ebenso nach Marbach gebracht wie Teilnachlässe von Hofmannsthal, Rilke, Kafka und Joseph Roth. 1973 wurde nach einem Entwurf von Jörg und Elisabeth Kiefner und Wolfgang Lauber für das Archiv ein flacher, festungsähnlich geduckter und geschlossener, nur zur Neckarseite sich öffnender Neubau aus Waschbeton errichtet, der seine großen Schätze unter der Erde birgt und den Olymp auf der Schillerhöhe unterkellert. „Die Marbacher bauen ein Mausoleum“, berichtet Martin Heidegger seinem Verleger Vittorio Klostermann. „Styx“ und „Hades“ findet Reiner Kunze in Marbach, und Martin Walser den „unterirdischen Himmel“.



Dunkelkammer

Heute sind es über 1200 Autorennachlässe, die in den kühlen und dunklen Magazinen unter der Marbacher Schillerhöhe liegen. Ein Bestand, der mit der Gegenwart wächst und bald mit anderen Zahlen gefasst werden muss als mit diesen: 20 Millionen Einzelblätter an Handschriften, über 800 000 Bücher und Kunstgegenstände auf über 23 000 Quadratmetern Magazinfläche in insgesamt 27 Regalkilometern sind es zurzeit. Das Archivgebäude von 1973 wurde, zumeist unterirdisch, 1980, 1994 und 2006 erweitert und hat inzwischen über 22 000 Quadratmeter unterirdische Magazinflächen. Marbachs unendliche Bestandsgeschichten haben so auch Museums- und Architekturgeschichte geschrieben. Das 2006 eröffnete, von David Chipperfield Architects entworfene Literaturmuseum der Moderne, der Einprägsamkeit und leichten Aussprechbarkeit zuliebe zart-ironisch LiMo abgekürzt, wurde 2007 mit dem höchsten britischen Architekturpreis, dem Stirling Prize ausgezeichnet. Ein Gebäude, errichtet für nichts als das Zeigen von Archivbeständen, von meist kleinen, empfindlichen und unzugänglichen, oft kaum lesbaren und schwer verständlichen, zum Teil sehr merk- und fragwürdigen Dingen, die mit dem Entstehen und Erscheinen von Literatur zu tun haben und Blicke in die Dunkelkammer der Dichter und Leser erlauben, aber häufig auch ihre Herkunft aus der Heiligenverehrung nicht verbergen können und Zeugen des Lebens, nicht des Schreibens, sind.

Doppelkopf

Diese Melange der Bestände, die sich auch in der Heterogenität der Marbacher Besucher und Benutzer spiegelt, fordert von der Institution und besonders von ihren Ausstellungen, die sich an eine große Öffentlichkeit richten, eine reflektierte

Eines der Manuskripte im LiMo:
„Jemand musste Josef K. verläumdet haben,
denn ohne das er etwas Böses getan hatte, war er
eines Morgens gefangen“ –
der erste Satz von Franz Kafkas Roman
Der Prozess, zum Romantitel passend korrigiert
in „wurde er eines Morgens verhaftet“.

und auch distanzierte Form der Erinnerung, die sich ihrer Bedingungen und Relativitäten bewusst ist. Während heute im Schiller-Nationalmuseum die Fragen nach den Ursachen und Folgen der Dichterverehrung im 18. und 19. Jahrhundert im Mittelpunkt stehen, wird in der Dauerausstellung im LiMo das überlieferte Gedächtnis der Moderne ausgestellt. Beide Dauerausstellungen sowie die Wechselausstellungen im LiMo sind keine dokumentarischen oder narrativen Ausstellungen. Sie inszenieren keine Geschichte und keine Geschichten, sie inszenieren vor allem die Dinge, die Marbach zum Olymp gemacht haben: die Schätze aus seiner Unterwelt.

Diese Dinge ermöglichen oft einen Zugang zur Literatur, der längst nicht mehr ein Weg der Verehrung ist (es vielleicht auch nie war), sondern eine Form der bewussten, da verzögerten und erschwerten ästhetischen Erfahrung, eine ungewohnte, anstrengend-unbequeme Form des Lesens, bei der man sich weniger mit Inhalten identifiziert als vielmehr mit dem Schreibprozess selbst, mit Wort- und Satzfindungsprozessen, mit Zeichen und Materialien, mit der Realisation von erzählten, gesprochenen, gespielten vergangenen imaginären Welten. Der Leser, der Besucher dieser Museen ist, kann nicht nur Zeugnisse von Literaten und Kontexte der Literatur, literarisches Leben, sehen. Er hat – unabhängig davon, ob er sich wissenschaftlich für Literatur interessiert oder nur zufällig auf einer Fahrt ins Bottwartal die Schillerstadt „mitnimmt“ – die einmalige Gelegenheit, Literatur noch einmal zu schreiben. Nicht in der freien Form des „Creative Writing“, sondern im Zeichen- und Ideensystem einer historischen Zeit und eines bestimmten Autors.



Poetische Pferde

In diesen individuellen Systemen, in denen Literatur entsteht, gibt es sie dann doch in Marbach am Neckar – die von der Queen heiß geliebten Pferde. Nicht nur bei Franz Kafka (*Wunsch, Indianer zu werden*: „Wenn man doch ein Indianer wäre, gleich bereit, und auf dem rennenden Pferde, schief in der Luft, immer wieder kurz erzitterte über dem zitternden Boden, bis man die Sporen ließ, denn es gab keine Sporen, bis man die Zügel wegwarf, denn es gab keine Zügel, und kaum das Land vor sich als glatt gemähte Heide sah, schon ohne Pferdehals und Pferdekopf.“). Friedrich Schiller etwa, der als Eleve an der Hohen Karlschule seine eigene Hand zeichnen musste, soll immer „Rössle“ gemalt haben, wenn ihm nichts einfiel. Ein Pferd, das sein Reiter an der langen Leine gehen lässt, findet sich auch auf der Rückseite einer seiner frühen Gedichte (*An die Sonne*, 1773), abgeschrieben von der Schwester Christophine, ungewiss von wessen Hand. Pferde sind in der Antike Begleiter des Licht- und Sonnengottes Phoibos Apollon, des für die Dichtung zuständigen Gottes, der auch den Fries auf der Talseite des Schiller-Nationalmuseums schmückt, aber auch – ungezügelt – seit altersher Symbol der ungebremsten Leidenschaft und sinnlichen Liebe. Es gehört zu Schillers spezifischer Ästhetik, dass er, wenn er von Pferden spricht, deren überlieferte Bedeutungen zu einer neuen, nicht einfach nur positiv oder negativ besetzten Konstruktion verknüpft. Mit buchstäblichen Rosskuren, heftigen Fiebern und radikalen Reinigungskuren, versucht der Arzt Schiller zu heilen. Das einzige von ihm erhaltene Rezept zählt die Ingredienzien eines starken Brechmit-

Ein Ausstellungskapitel im Schiller-Nationalmuseum: Schiller auf einen Blick, vom Kopf bis zu den Füßen, vom Hut bis zu den Strümpfen.



Zeichnung des Schülers Schiller: die eigene, halb zur Faust geschlossene linke Hand, Stuttgart, August 1788.

tels auf. „Er soll ein Arzt bei einem wirtembergischen Grenadier-Bataillon sein [...]. So gewiss ich sein Werk verstehe, so muss er starke Dosen in Emeticis [Brechreiz Erregendem] eben so lieben als in Aestheticis, und ich möchte ihm lieber zehen Pferde als meine Frau zur Kur übergeben“, urteilt Schiller über den anonymen Autor der *Räuber*, als er sein eigenes Werk rezensiert.

Schillers poetische Pferde sind weitaus robuster als das geflügelte Dichterross Pegasus und der Gott Apoll, die in einem seiner Scherzgedichte (*Untertänigstes Promemoria an die Konsistorial-Rat Körnersche weibliche Waschdeputation / Eingereicht von / Einem niedergeschlagenen Trauerspieldichter in Loschwitz*) vor Kälte und Lärm Reißaus nehmen: „Feu'r soll ich gießen auf's Papier / Mit angefrornem Finger – / O Phöbus, hassest Du Geschmier, / So wärm' auch Deinen Jünger. // Die Wäsche klatscht vor meiner Tür, / Es plärrt die Küchenzofe, / Und mich – mich ruft das Flügeltier / Nach König Philipps Hofe. [Schiller arbeitet am *Don Karlos*] // Ich steige mutig auf das Ross, / In wenigen Sekunden / Seh' ich Madrid; am Königsschloss / Hab' ich es angebunden. // Ich eile durch die Galerie, / Und siehe da – belausche / Die junge Fürstin Eboli / Im süßen Liebesrausche. // Jetzt sinkt sie an des Prinzen Brust / Mit wonnevollem Schauer, / In ihren Augen Götterlust, / Doch in den seinen Trauer. // Schon ruft das schöne Weib Triumph, / Schön hör' ich – Tod und Hölle! / Was hör' ich? – einen nassen Strumpf / Geworfen in die Welle. // Und weg ist Traum und Feerei! / Prinzessin, Gott befohlen! / Der Teufel soll die Dichterei / Beim Hemdenwaschen holen.“

Marbach am Neckar ist ein Ort, an dem die Spannung zwischen den Werken und den Hemden der Dichter, zwischen Pferden und Strümpfen, den höchsten Ideen und den kleinsten Alltäglichkeiten, den vorgestellten Himmeln auf Erden und den Bethlehemen ihrer Geburt nicht aufgelöst wird. Wer an diesen Ort kommt, kann an seinen verschiedenen Plätzen in die Unterwelt hinabsteigen und auf viele Arten den Ursprung der Literatur entdecken.



Zarte „zügellose“ Zeichnung auf der Rückseite der Abschrift von Friedrich Schillers Gedicht *An die Sonne,* die seine Schwester Christophine anfertigte.



Nach dem Westdeutschen Rundfunk (WDR) in Köln ist der Südwestrundfunk (SWR) der zweitgrößte Sender in der ARD: Der Sender ist Anstalt des öffentlichen Rechts (Landesrundfunkanstalt) für die Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz mit den Hauptstandorten in Stuttgart, Baden-Baden und Mainz.

Hörfunk und Fernsehen im Südwesten

Vom Monopolisten zum Wettbewerber im „Mediendschungel“

Ulrich Bausch und Mathias Becker

Der Südwestrundfunk (SWR) ist die Landesrundfunkanstalt für Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz mit den Standorten Mainz, Stuttgart und Baden-Baden. Der Sender, der aus der Fusion von Süddeutschem Rundfunk (SDR) und Südwestfunk (SWF) hervorging, ist nach dem Westdeutschen Rundfunk (WDR) die zweitgrößte Anstalt innerhalb der ARD.

Die wesentlichen Zäsuren der letzten rund 60 Jahre sind die demokratische Neuordnung nach 1945, das Aufkommen der kommerziellen Radio- und Fernsehsender und die Fusion von SDR und SWF zum SWR im Jahr 1998. Während bis in die frühen 1980er-Jahre die öffentlich-rechtlichen Sender nahezu eine Monopolstellung innehatten und heute nicht mehr vorstellbare Einschaltquoten erzielten, sorgen sie sich heute um den Wettbewerb mit den Privaten und um die „Digital Natives“, die junge Internetgeneration, die immer seltener vor dem Fernseher zu finden ist.

Dass öffentlich verantworteter, politisch und wirtschaftlich unabhängiger Rundfunk für eine demokratische Industriegesellschaft auch zukünftig eine zwingende Funktionsvoraussetzung ist, bestreitet in der öffentlichen Debatte niemand. Gleichwohl ist die finanzielle Ausgestaltung des öffentlich-rechtlichen Auftrags ständig umkämpft.





Die Sendeanlage Mühlacker in der Nähe von Pforzheim wurde am 21. November 1930 als erster deutscher Großsender in Betrieb genommen. Das Foto stammt aus der Zeit um 1933.

Der schwierige Weg zur Unabhängigkeit nach 1945

Der Reichssender Stuttgart des „Großdeutschen Rundfunks" verstummte am 5. April 1945 mit einer letzten Durchsage, die um 23 Uhr zu hören war. Am nächsten Morgen sprengte ein Sonderkommando der SS den 100 000-Watt-Sender in Mühlacker. Bereits zwei Tage später, am 8. April, versuchte eine US-amerikanische Spezialeinheit, die Anlage wieder instand zu setzen. Funktionstüchtige Rundfunkanlagen hatten nicht nur für die Nationalsozialisten, sondern auch für die Besatzer oberste Priorität.

Am 3. Juni 1945 war es dann soweit. Radiooffizier Fred G. Taylor meldete sich mit den Worten: „This is radio Stuttgart, a station of Military Government." Die Amerikaner sendeten anfangs täglich sechs Stunden. Das Rahmenprogramm wurde von Radio Luxemburg übernommen, Kommentare, Nachrichten und offizielle Verlautbarungen kamen aus einem amerikanischen Funkwagen.

Bereits am 1. Juli 1945 arbeiteten 33 Offiziere und US-Zivilisten sowie 68 einheimische zivile Angestellte für Radio Stuttgart. Ein Jahr später waren noch fünf „Besatzer" für Radio Stuttgart tätig, denen insgesamt 324 einheimische Mitarbeiter gegenüberstanden. Von der so oft erwähnten kühlen Strenge („Austerity Policy"), die das Verhältnis der Besatzer gegenüber den Einheimischen in den ersten Monaten nach Kriegsende bestimmt haben soll, war in der Radioabteilung wenig zu spüren. Entgegen den Vorgaben aus Berlin forderten die Stuttgarter Radiooffiziere bereits im Juli 1945 „German Nationals before Microfon". Sie wollten ein Programm von Einheimischen und setzten sich auch für ihre Mitarbeiter ein. Noch im Juli wurde eine Kantine für die „German Nationals" eingerichtet und im August gab es die erste Gehaltserhöhung. Ein Job beim Sender war in Stuttgart mehr als begehrt.

Die fürsorgliche Betreuung einheimischer Mitarbeiter korrespondierte mit Eingriffen pädagogisierender Zensur in deren Arbeit. Der Programmrahmen wurde ihnen vorgeschrieben, alle Manuskripte mussten bis in den Sommer 1947 hinein dem „Chief of Radio" zur Kontrolle vorgelegt werden.



Fred G. Taylor am 22. Juli 1949 bei der Übergabe des Stuttgarter Senders an die Deutschen.

Die Kontrolloffiziere legten zwar Programmabläufe und -schemen fest, zogen sich aber bereits im Herbst 1945 auf eine kontrollierende und gelegentlich auch zensierende Funktion zurück. Sie zückten immer dann den Rotstift, wenn Beiträge in einem resignativen Ton gehalten waren, zu wenig Aufbruchstimmung verbreiteten oder die Besatzungsmächte kritisierten. Der spätere Produktionschef des SDR, Hans Ulrich Reichert, erinnert sich an eine heftige und lautstarke Auseinandersetzung mit dem aktuellen Kontrolloffizier Hermann („Kip") Chevalier, weil Reichert es gewagt hatte, in einem Kommentar die Zuteilungspraxis von Lebensmittelmarken zu kritisieren. Zu solchen Konflikten kam es aber nicht allzu oft, schließlich wollten die Besatzer als Verkünder der Meinungsfreiheit nicht als Zensoren identifizierbar sein.

Die Frage nach der künftigen Organisationsform

Weit mehr Sorge bereitete den amerikanischen Kontrolloffizieren die Frage nach der künftigen Organisationsform von Radio Stuttgart. Verschiedene politische Traditionen mit entsprechend unterschiedlichen Interessen standen sich gegenüber: Die Reichspost wollte „ihr" Radio wieder haben, während Ministerpräsident Reinhold Maier eine Kontrolle durch das Staatsministerium forderte und die Amerikaner selbst sich zunächst am US-Modell mit kommerziellen Sendern orientierten.

Innerhalb der amerikanischen Gruppe wurde eine US-Lösung schon im Herbst 1945 verworfen, da deutlich wurde, dass diese nur um den Preis von Monopolsendern realisiert werden könnte. Umfragen der Amerikaner ergaben, dass die Einheimischen quer durch alle politischen Lager für eine Staatsaufsicht des Rundfunks plädierten. Bereits am 5. Oktober 1945 fasste das Kabinett des Landes Württemberg-Baden unter Reinhold Maier den Beschluss, Technik und Verwaltung des Rundfunks dem Postministerium zu unterstellen und die Verantwortung für die Programmgestaltung dem Staatsministerium, also dem Ministerpräsidenten, zu übertragen. Diese Entscheidung widersprach diametral den Interessen der Besatzer, die die Entstehung eines neuen Propagandaministeriums fürchteten. Gleichwohl gab sich die Militärregierung bedeckt, denn sie wollte unter keinen Umständen den Eindruck erwecken, man diktiere der Landesregierung eine fertige Entscheidung. Im November intervenierte schließlich das US-Hauptquartier in Berlin mit dem Befehl, sofort sicherzustellen, dass keine deutsche Zentralorganisation Kontrolle über das Radio ausüben könne. Maier legte daraufhin im Januar einen neuen Plan für die Rundfunkverfassung vor, der den Rundfunk allerdings wieder als reinen Staatsbetrieb vorsah. Zwischen der Stuttgarter Regierung und den Besatzern entwickelte sich ein jahrelanger Nervenkrieg um die neue Rundfunkverfassung. Je energischer die Einheimischen staatliche Kontrolle forderten, umso entschlossener zeigten sich die Amerikaner, jedweden Regierungseinfluss zu verhindern. Diese setzten sich schließlich durch. Am 6. April 1949 wurde aus Radio Stuttgart der Süddeutsche Rundfunk, der damit als letzter Sender innerhalb der US-amerikanischen Zone in die Verantwortung deutscher Hände überging. In den Organen der neuen Anstalt des öffentlichen Rechts waren Regierungsmitglieder verboten, im Verwaltungs- und Rundfunkrat saßen Vertreter des öffentlichen Lebens nach britischem Vorbild. In keinem anderen Sender war der Schutz vor Regierungseinfluss so stark ausgeprägt wie im SDR.

In der französischen Besatzungszone startete regelmäßiger Hörfunk erst im März 1946. Schon im Oktober begann die gelegentliche Nutzung des Senders Koblenz, dieser hatte jedoch eine sehr bescheidene Reichweite. Da die Stadt Baden-Baden den Krieg unbeschadet überstanden hatte, zogen die Besatzer in die angenehmen Kurhotels an der Oos. Die Planungen für die „Section Radio" sahen Baden-Baden als Hauptsitz vor, mit den Regionalstudios Freiburg, Kaiserslautern und ab Juli 1950 Tübingen. Die Gründung des SWF verlief zügiger, da die französischen Besatzer – im Gegensatz zu den Amerikanern – gar nicht daran dachten, die neue Rundfunkstruktur über ein Gesetz in die Landesparlamente einzubringen. Sie diktierten ihr Modell per Erlass vom 19. Januar 1949. Ähnlich dem Nordwestdeutschen Rundfunk war der Sender nun verfasst als „juristische Person des öffentlichen Rechts, mit dem Recht auf Selbstverwaltung". Auch die Franzosen zielten auf einen unabhängigen Rundfunk ab, zensierten aber direkter und unmittelbarer als ihre amerikanischen Nachbarn und erlaubten den einheimischen Redakteuren nicht einmal die Nutzung des Fernschreibers. Zu diesem hatten bis ins Jahr 1949 nur die französischen Kontrolloffiziere Zugang. Die Nachrichten wurden ausschließlich über die Agentur *Agence France Presse* bezogen und den deutschen Redakteuren vorsortiert vorgelegt. Der SWF-Rundfunkrat konstituierte sich zwar am 2. und 3. Juni 1946, doch erst zum 1. April 1952, also erst drei Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik, wurde die Zensur abgeschafft.



Der Freiburger Friedensbau auf der Kaiser-Joseph-Straße am Martinstor. Hier war 1946 das erste Domizil des Landesstudios Freiburg des SWF.

Ein radikaler Bruch

Beide Sender, SWF und SDR, stellten einen radikalen Bruch mit der südwestdeutschen Rundfunklandschaft vor 1945 dar. Die Sendeanlagen waren nun nicht mehr Eigentum der Post, und die Programmhoheit konnte – gegen den Widerstand der Einheimischen – der Exekutive entrissen werden. Zugleich erlebten beide Sender in den Jahren nach ihrer Gründung ein dynamisches Wachstum.

Um die von den französischen Militärs requirierten Hotels verlassen zu können, entwickelte sich an der Oos eine rege Bautätigkeit. Das erste Neubaustudio „Auf der Funkhöhe“ wurde im November 1950 eingeweiht. Wenige Monate später zogen die Stuttgarter Radiomacher in die Villa Berg ein. Bereits seit dem 19. November 1950 strahlte der SDR ein zweites Hörfunkprogramm aus, wenige Tage später sendete er die erste Live-Übertragung eines Fußballspiels seit dem Krieg: Deutschland gegen die Schweiz aus dem Stuttgarter Neckarstadion. Die 1950er-Jahre waren ohne Zweifel das Zeitalter des Hörfunks.

Das Fernsehen kommt

Zwar begannen schon in den frühen 1950er-Jahren in beiden Sendehäusern die Vorbereitungen für die Ära der Fernseh-unterhaltung. Zunächst jedoch überwog die Skepsis. Eine Minute Fernsehen kostete etwa 20 Mal soviel wie eine Minute Hörfunk. Ein TV-Publikum gab es kaum und ob „Funk-Sehen“ überhaupt Zukunft hätte, wurde vielfach angezweifelt. Zu den Fernsehoptimisten gehörte Helmut Jedele. Er erhielt 1953 den Auftrag, das SDR-Fernsehen aufzubauen. Jedele, der in Tübingen studiert hatte, machte mit Hans Gottschalk und Martin Walser, der seit 1949 für den SDR als Reporter unterwegs war, schnell von sich reden. Er wurde Fernsehdirektor in Stuttgart, dann Koordinator des „Deutschen Fernsehens“, bevor er nach München zu Bavaria ging und unter anderen Billy Wilder an die Isar holte. Im November 1954 beteiligen sich beide Sender erstmals am Gemeinschaftsprogramm der ARD. Zwei Jahre später produzierte der SDR bereits täglich 13 Stunden Programm. Am 5. Februar 1956 wurde der Degerlocher Fernsehturm eingeweiht, der Architekturgeschichte schrieb und zum Wahrzeichen Stuttgarts wurde.

Ein Jahr später, am 1. August 1957, strahlte der SDR Dieter Ertels Reportage *Ein Großkampftag* aus. Ertel kam vom Magazin *DER SPIEGEL* und versuchte essayistisch-kritischen Journalismus im Dokumentarfilm zu realisieren. Sein Beitrag setzte sich mit dem Boxsport und seinem gesellschaftlichen Umfeld auseinander. Er drang mit seiner Kamera in das Milieu ein und kommentierte spitz, die Damen hätten den Boxring wohl mit einem Opernball verwechselt. Ertel war nicht der einzige kritische Dokumentarfilmer, er gilt als

Mitbegründer der „Stuttgarter Schule“ des Dokumentarfilms. Legendär ist Wilhelm Bittorfs Film *Die Borussen kommen* über das knallharte Geschäft des Profifußballs oder Roman Brodmans *Der Polizeistaatsbesuch*, der zunächst ironisierend Hotelpersonal beim Üben des Hofknickses zeigt, schließlich aber die brutalen Auseinandersetzungen zwischen Schah-Anhängern, Gegendemonstranten und der Berliner Polizei, die 1967 mit dem Tod des Studenten Benno Ohnesorg endeten. Trotz massiver Proteste der Politik strahlte der Sender Brodmanns Film aus. In den späten 1960er-Jahren zeigte sich der Wert einer politisch unabhängigen Anstalt.

Mit leicht anderem Akzent verlief die Fernsehentwicklung in Baden-Baden. Der SWF war der erste Sender in Europa überhaupt, der über eine MAZ – Magnetaufzeichnung – verfügte. Studioproduktionen, ob Fernsehspiel oder Dokumentation, nahmen mehr Raum ein als in Stuttgart.

Von der Kooperation zur Fusion

In den 1960er-Jahren wuchsen die Zuschauerzahlen stark an, zugleich verdreifachte sich das Programmvolumen der beiden Sender, die immer stärker miteinander kooperierten. Die beliebte Regionalsendung *Abendschau* wurde ab Januar 1961 von SWR und SDR im täglichen Wechsel produziert, ab April 1966 dann als Gemeinschaftssendung. Seit September 1967 strahlte der SWF Farbfernsehen aus, der SDR begann einen Monat später. Im Zuge engerer Kooperation und steigender Kosten diskutierten die Landesregierungen Möglichkeiten einer Fusion der Sender.

Die „Michel-Kommission“, unter Leitung des Aufsichtsratsvorsitzenden der Salamander-Werke Elmar Michel, erhielt 1968 von den Landesregierungen in Mainz, Saarbrücken und Stuttgart den Auftrag, Möglichkeiten einer Neustrukturierung der Sender im Südwesten zu untersuchen. Nach 18 Monaten legte die Kommission am 19. Januar 1970 ihren Bericht vor. Mehrheitlich empfahl die Kommission die Gründung von zwei Sendern. Einen für Rheinland-Pfalz und das Saarland sowie einen für Baden-Württemberg. Ein Grund

Das Frankonia-Haus in Tübingen war von 1950 bis 1954 das Tübinger Funkhaus. Im Erker befand sich die Senderegie. Das linke Fenster gehörte zum Sprecherraum, hinter dem rechten Fenster war der Aufenthaltsraum der Sprecher.





Die Villa Berg in Stuttgart (Foto undatiert) wurde von 1950 bis 2004 als Großer Sendesaal genutzt.



Der Fernsehturm, hier im Bau im Jahr 1955, wurde später Vorbild für Fernsehtürme in der ganzen Welt. So ist zum Beispiel auch das Wahrzeichen von Seattle, die Space Needle, dem Stuttgarter Vorbild nachempfunden.

dafür war auch, dass die Sendegebiete von SWF und SDR keiner territorialen Logik mehr folgten. Bis 1952 hatte der SDR für Württemberg-Baden gesendet, während sich das Verbreitungsgebiet des SWF auf Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg-Hohenzollern erstreckte. Diese Aufteilung blieb mit der Gründung von Baden-Württemberg erhalten, was dazu führte, dass das neue Bundesland entlang der Autobahn Karlsruhe–Stuttgart–Ulm rundfunkpolitisch getrennt war. Eine bundesweit einzigartige Situation.

Alle Versuche, die Trennung aufzuheben, mündeten über Jahrzehnte in immer neuen Kooperationsvereinbarungen. Eine Neustrukturierung der Rundfunklandschaft scheiterte stets an den unterschiedlichen Interessen der beteiligten Sender, Länder und Parteien. Das Vermächtnis der Alliierten war zu einem Teil des föderalen Machtpokers geworden. In Rheinland-Pfalz war die Vorstellung von einem eigenen Landessender beliebt. Doch die Zahlen sprachen gegen ein solches Projekt: Die kleine Rundfunkanstalt hätte mit einem schmalen Budget auskommen müssen. Der SDR favorisierte eine baden-württembergische Landesrundfunkanstalt mit Sitz in Stuttgart – eine Vision, die aus Perspektive des SWF (mit Sitz in Baden-Baden) einem Sturz in die Bedeutungslosigkeit gleichkam. Auch die Fusion von SDR und SWF fand über Jahrzehnte weder in den Rundfunkanstalten noch in den Ländern ausreichend Befürworter. Zentraler Streitpunkt war stets die Frage nach der Rolle von Mainz, Stuttgart und Baden-Baden für den neu zu gründenden Zweiländersender.

Da sich der Vorschlag der Kommission bei den jeweiligen Landespolitikern nicht durchsetzen konnte, einigten sich die Sender auf noch stärkere Kooperation. Infolgedessen wurden etwa die zweiten Hörfunkprogramme gemeinsam ausgestrahlt. Noch hatten die öffentlich-rechtlichen Sender eine Art Monopolstellung inne und standen nicht im Wettbewerb mit privaten Anbietern.

Der privaten Konkurrenz die Stirn bieten: das duale System als Fusionskatalysator

Während Bundeskanzler Helmut Schmidt noch als Fernsehskeptiker aufgetreten war und sogar einen fernsehfreien Tag pro Woche gefordert hatte, wurde mit der Wahl von Helmut Kohl zum Bundeskanzler 1982 der Weg für ein duales System freigemacht. Am 1. Januar 1984 startete das Ludwigshafener Kabelpilotprojekt, das ein Jahr später in Sat.1 umbenannt wurde. Einen Tag später begann RTL mit dem Sendebetrieb. Die Qualität der Angebote war zunächst recht fragwürdig. So kopierte RTL die italienische Stripshow *Colpo Grosso*, sendete sie hier unter dem Label *Tutti Frutti* und erzielte damit eine nicht unerhebliche Aufmerksamkeit. Bezeichnend für das Selbstverständnis der Privaten war der Satz des ehemaligen RTL-Chefs Helmut Thoma, der Wurm müsse dem Fisch schmecken, nicht dem Angler.

Mit dem Aufkommen privater Anbieter veränderte sich die Medienlandschaft grundlegend – das gilt für Fernsehen wie für Hörfunk gleichermaßen. Regionale kommerzielle Sender nahmen den Betrieb auf, SWF und SDR reagierten und gründeten „Radio Breisgau“ und „Radio Stuttgart“.

Wenngleich die Qualität der Privaten in den ersten Jahren nach ihrer Gründung nicht überzeugen konnte, so hatten sie doch einen Einfluss auf die Traditionssender. In Stuttgart verlor die „Fernsehhauptabteilung für Kultur und Gesellschaft“ einen nicht unerheblichen Teil ihrer Sendeplätze. Aus Angst,

Zuschauer an die neuen kommerziellen Sender zu verlieren, schwächte der SDR seine Kernkompetenz – den Dokumentarfilm – und investierte stärker in kostengünstigere Shows und Studioproduktionen. Das Aufkommen der privaten Sender kostete aber nicht nur Zuschauer, sondern vor allem auch Werbeeinnahmen. Da der Wettbewerbsdruck stieg und die Einnahmen zurückgingen, erschien vielen eine Fusion der Sender unvermeidlich.

Gegen Ende der 1980er-Jahre einigten sich die Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Carl-Ludwig Wagner, und Baden-Württemberg, Lothar Späth, darauf, den Gegenstand näher zu beleuchten. Sie gaben der Unternehmensberatung McKinsey & Company und den Technischen Direktoren von SDR und SWF den Auftrag, mögliche Strukturreformen zu untersuchen. McKinsey kam zu dem Ergebnis, dass die Fusion von SWF und SDR mit einem Einsparungspotenzial von bis zu 100 Millionen D-Mark verbunden wäre. Zudem stärke sie die Handlungsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Südwesten und biete Schutz vor dem privatrechtlichen Verdrängungswettbewerb. Das Gutachten stieß auf heftige Kritik in Rundfunkanstalten und Landesparlamenten – und befeuerte die Kooperationsverhandlungen von SWF und SDR. Am 15. Dezember 1989 übergaben die Sender den Ministerpräsidenten den Rahmenvertrag für eine intensive Zusammenarbeit, am 6. März 1990 stimmten die Landesregierungen zu. Ein Zusammenschluss war abermals abgewendet. Zugleich bedeutete die Kooperation einen großen Schritt in Richtung der Fusion, die rund zehn Jahre später erfolgen sollte.

Erneut wurde die Diskussion mit dem 8. Rundfunkurteil des Bundesverfassungsgerichts im Frühjahr 1994 angestoßen. Das Urteil sicherte die Öffentlich-Rechtlichen im dualen Rundfunksystem, garantierte aber weder die Zahl der Programme noch die Anzahl der Sender. Der SDR bevorzugte weiterhin die Gründung eines Landessenders für Baden-Württemberg, während Kurt Beck als neuer Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz das Vierländerverbundkonzept – den Zusammenschluss von Hessischem Rundfunk (HR), SDR, SWF und Saarländischem Rundfunk (SR) – in die Debatte einbrachte. Der SWF favorisierte eine Fusion mit dem SDR und geriet in Zugzwang. Der Moment für eine klare Stellungnahme war gekommen und der SWF-Intendant Peter Voß nutzte ihn geschickt, als er der Presse Ende 1994 seine „Vision Südwest 2000“ präsentierte. Nur ein halbes Jahr später legte Voß ein detailliertes Konzept für eine Rundfunkreform vor. In ihm

Aufgabe der beiden Intendanten Hermann Fünfgeld (links) und Peter Voß (rechts) war es, die Schaffung eines neuen Senders für die beiden Bundesländer, den späteren SWR, mit vorzubereiten und sie nach dem Inkrafttreten des Staatsvertrags zwischen den Ländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz über die Rundfunkneuordnung zu realisieren.



plädiert er für die Bildung einer beitrittsoffenen Zweiländeranstalt aus SWF und SDR mit Sitz in Baden-Baden. Zusätzlich sah das Konzept je ein Landesfunkhaus in Mainz und Stuttgart vor, was ihm die Unterstützung der Politik sicherte. Der Grundstein für die Fusion war gelegt.

Hermann Fünfgeld (geb. 1931), der Intendant des SDR, sprach sich zunächst noch für einen Landessender für Baden-Württemberg aus, doch fehlte es ihm an Unterstützung durch Politik und Verbände. Deshalb veröffentlichte er im August 1996 gemeinsam mit dem SWF-Intendanten Peter Voß (geb. 1941) eine Erklärung, in der er einen Zweiländersender befürwortete. Das als „Intendantenpapier“ bekannt gewordene Konzept sah eine Fusion als Voraussetzung für eine Stärkung von Programm, Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit und Entwicklungsmöglichkeiten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Südwesten. Neun Monate später, am 31. Mai 1997 unterzeichneten die Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Kurt Beck (SPD), und Baden-Württemberg, Erwin Teufel (CDU), den Staatsvertrag zur Gründung des SWR.



Die Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Kurt Beck (SPD), und Baden-Württemberg, Erwin Teufel (CDU), tauschten am 31. Mai 1997 in Mainz zur Unterzeichnung die Staatsverträge über den neuen Südwestrundfunk (SWR) aus. Der Sender entstand aus der Fusion von Südwestfunk (SWF) und Süddeutschem Rundfunk (SDR).

Die Fusion war beschlossene Sache. Mit einem Gebührenaufkommen von 1,6 Milliarden D-Mark und rund 4200 Mitarbeitern wuchs der neue Sender zur drittgrößten Rundfunkanstalt in der ARD – nach WDR und NDR.

Die Gründung des SWR

Als der SWR am 30. August 1998 auf Sendung ging, hagelte es Applaus und Kritik gleichermaßen. Freunde der Fusion betonten, die Entwicklungen auf dem Medienmarkt machten Schritte wie diesen notwendig. Wer die Öffentlich-Rechtlichen unter dem Konkurrenzdruck von Privatsendern und internationalen Medienkonzernen zukunftsfähig machen wolle, brauche größere Landesanstalten. Zudem bahnte sich in Deutschland eine grundsätzliche Debatte über die Legitimation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks an. Der schwindenden Akzeptanz des Gebührenmodells der ARD wollten die Rundfunkanstalten begegnen, indem sie verstärkt Sparpotenziale und Synergieeffekte nutzten. Gegner des Zusammenschlusses wiesen darauf hin, dass der Einfluss des SWF deutlich höher sei als der des SDR.

„Es ist zusammengewachsen, was vorher fälschlicherweise getrennt war" – so deutete der SWR-Gründungsintendant Peter Voß die Fusion. Voß war nach einigen Jahren Printjournalismus 1971 zum ZDF gekommen und hatte später die Verantwortung für das ARD-Magazin *Report München* des Bayrischen Rundfunks übernommen. Ab 1990 war er stellvertretender ZDF-Chefredakteur, dann ab 1993 Intendant des SWF und maßgeblicher Architekt der Fusion. Der neue Sender ging mit rund 4216 Planstellen an den Start, im Jahr 2005 waren es dann noch 3684. Durch den Abbau von Doppelstrukturen konnten zwar Einspareffekte erzielt werden, gleichzeitig kosteten neue Gremien, ständiger Abstimmungsbedarf und die rege Reisetätigkeit zwischen Baden-Baden und Stuttgart auch wertvolle Arbeitszeit.

Der Rundfunkrat etwa wurde mit 74 Mitgliedern als aufgebläht bezeichnet – doch die Hauptkritik entzündete sich an der Nähe des Gremiums zur Politik. 15 seiner Mitglieder kommen aus Landtagen und Landesregierungen, im Verwaltungsrat ist die Quote sogar noch höher: Sieben seiner 15 Mitglieder werden von der Politik bestimmt. Viele weitere Mitglieder der SWR-Gremien gehörten den sogenannten „Freundeskreisen" an, hatten also parteipolitische Färbungen. Der „schwarze" Freundeskreis hatte gegenüber dem „roten" eine deutliche Mehrheit inne.

Bis zu seiner Auflösung hatte der SDR sich dem Einfluss der Politik mit beispielhafter Konsequenz entzogen. In keinem Gremium des Senders, ob Rundfunk- oder Verwaltungsrat, hatten Regierungsvertreter gesessen. Diese strukturelle Staatsferne wurde mit dem Staatsvertrag zur Gründung des SWR aufgehoben. Bleibt die Frage: Wer darf mitbestimmen im SWR?

Als Intendant Voß sich gegen den Vorwurf wehrte, einen „Schwarzfunk" zu etablieren, geriet er durch eine Aussage des CDU-Fraktionsvorsitzenden im baden-württembergischen Landtag, Günther H. Oettinger, in die Defensive. Oettinger hatte der *Stuttgarter Zeitung* in einem Interview gesagt, die Enthaltsamkeit der Politik bei der Postenvergabe im neuen Sender müsse verhindert werden. Er selbst habe großen Einfluss bei der Auswahl einiger Mitglieder ausgeübt. Voß konterte umgehend, der neue Sender werde nur

ein Erfolg, wenn er nicht der Politik gehorche, doch zu diesem Zeitpunkt hatte er selbst bereits ein „Imageproblem“: Seine zuweilen etwas polternde Art trug ihm den Vorwurf der Arroganz ein. Folgerichtig stießen seine Ankündigungen, Sendungen zu streichen und rund 600 Stellen abbauen zu müssen, auf heftige Gegenwehr. Auch eine Kostenreduzierung konnte vorerst nicht erreicht werden. Im Gegenteil: Zunächst musste Voß mitteilen, die Fusion koste Geld. Mittelfristig helfe sie zu sparen.

Kritik am Sender gibt es nach wie vor, denn der Einfluss von Politik und Parteien auf die Postenvergabe im Sender ist ungebrochen. Das zeigte sich etwa im Mai 2007, als der Nachfolger von Peter Voß gewählt werden sollte. Alle vier Kandidaten standen – wie der schließlich zum neuen Intendanten gewählte Peter Boudgoust – der CDU nahe. Im Gegenzug kam die SPD bei der Wahl des Verwaltungsdirektors mit ihrem Kandidaten zum Zug. „Das Konstrukt des Rundfunkstaatsvertrags für den SWR sucht in Sache Staatsnähe bundesweit seinesgleichen“, bemängelte Gerhard Manthey, Verdi-Landesfachbereichsleiter Medien, Kunst und Industrie. Der Sender widersprach Manthey: Es werde nicht ins Programm regiert. Auch gegen den Vorwurf, der Sender spare kein Geld, weil er lediglich Angestellte durch Freiberufler ersetzt habe, wehrt sich der SWR. Man habe Doppelstrukturen abgebaut und senke so die Kosten.

Neue Herausforderungen: „bürgerliche Mitte“ und „Digital Natives“

14 Jahre nach seiner Gründung schreiben die Radioprogramme des SWR Erfolgsgeschichte. Sie erreichen rund 60 Prozent der Hörer in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Das Fernsehprogramm dagegen rangiert im Vergleich mit dem anderer ARD-Anstalten noch immer im unteren Tabellendrittel. Die Rundfunkanstalt ist zur zweitgrößten innerhalb der ARD gewachsen.

Inzwischen ist die Aufregung der späten 1990er-Jahre um den Wettbewerb durch die kommerziellen Sender anderen Themen gewichen. Zum einen ist der Marktanteil zum Beispiel von RTL seit Jahren rückläufig. 1997 waren es noch 17 Prozent, 2008 nur noch elf Prozent. Diesbezüglich macht sich Gelassenheit breit. Zum anderen sind die Herausforderungen durch die „Digital Natives“ und die „bürgerliche Mitte“ auch „Mitte der Gesellschaft“ genannt, die alles überlagernden Fragen. Der Sender hatte sich nach dem Jahrtausendwechsel zu sehr an der Gruppe der über Sechzigjährigen orientiert und für diese Zuschauer, wie Kritiker formulierten, nette, heitere Harmlosigkeiten aus dem Land produziert. Die Jüngeren, aber auch die 40- bis 50-Jährigen wurden immer weniger erreicht. Am 3. Juli 2009 kündigte der Nachfolger von Peter Voß, SWR-Intendant Peter Boudgoust, einen Strategiewechsel an: Entscheidend sei es, die Internetgeneration und die Mitte der Gesellschaft, die „bürgerliche Mitte“, zu erreichen. Im Hörfunk sei der Sender gut aufgestellt, da er über den SWR4 bis hin zu DASDING ein breites Spektrum abdecke. Im Fernsehen gebe es jedoch Nachholbedarf. Der Sender plant, weniger in traditionelle Milieus zu investieren und sich dafür in „modernerem, jüngeren Outfit“ zu präsentieren. Mit „Nachrichten für alle“, inklusive multimedialer Berichterstattung, sollen „Digital Natives“ und die „Mitte der Gesellschaft“ gewonnen werden.

Seit Mai 2007 SWR-Intendant:
der gebürtige Mannheimer Peter Boudgoust.





Was in Hagnau zusammengehört: ein schönes Dorf am Bodensee mit Blick auf den Säntis, mit Reben und blühenden Obstbäumen – und mit Pfarrer Hansjakob, der den örtlichen Winzerverein gegründet hat. Das Widmungsblatt des Winzervereins Hagnau aus dem Jahr 1906 stammt von dem Maler und Bildhauer Curt Liebig.

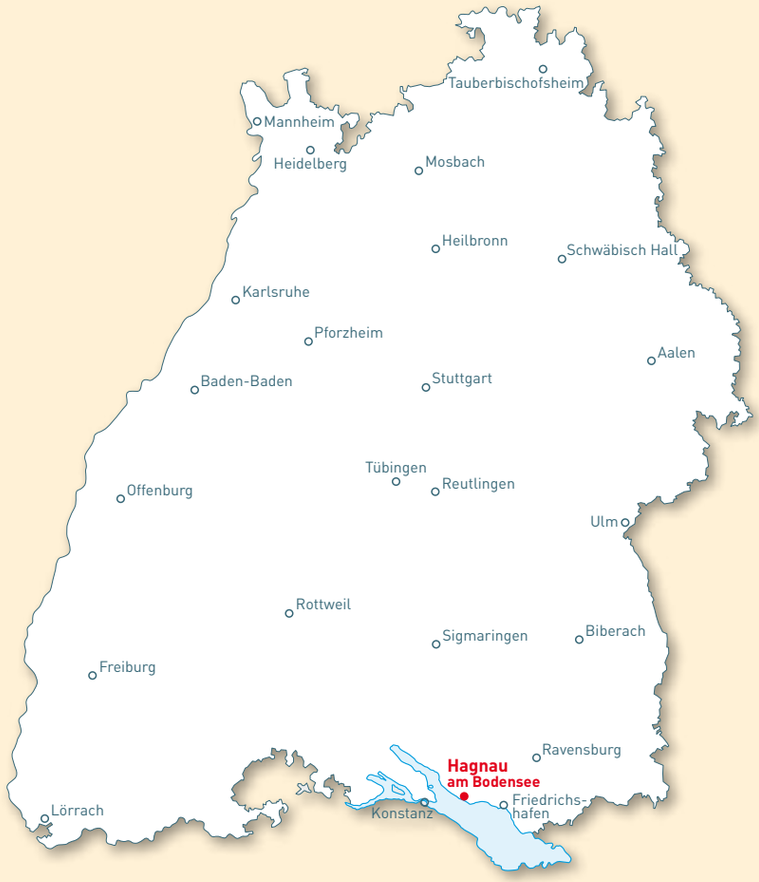
Hagnau am Bodensee

Im Weinland Baden-Württemberg

Martin Blümcke

Hagnau am Bodensee, fast 400 Meter hoch gelegen, knapp 1400 Einwohner: Selbst im Dorf stehen Rebgärten inmitten der Bebauung, dann wieder jenseits der viel befahrenen Bundesstraße Friedrichshafen–Meersburg und über dem Oberdorf. Auf der nicht sehr großen Gemarkung sind immerhin 100 Hektar mit Reben bepflanzt, die von rund 50 Winzern erzogen und deren Trauben im Herbst gelesen werden. Die meisten davon sind Winzer im örtlichen Winzerverein, der auch Familien aus Immenstaad umfasst. Von der Anbaufläche gehören je 41 Prozent den Sorten Müller-Thurgau und Spätburgunder, der vielfach früh zu Weißherbst abgepresst wird. Der Grauburgunder erbringt acht Prozent, weiterhin werden in geringen Partien Weißburgunder, Bacchus, Kerner und roter Regent gepflegt.

Auf das ganze Land Baden-Württemberg gesehen sieht die nüchterne Statistik folgendermaßen aus: In der jüngsten Vergangenheit wurden hier pro Jahr deutlich über zwei Millionen Hektoliter Wein erzeugt, im badischen Landesteil etwa 1,2 Millionen, im württembergischen etwas über eine Million Hektoliter. In Baden dominiert mit etwa 60 Prozent der Weißwein, in Württemberg macht hingegen der Rotwein etwa 75 Prozent der Erzeugung aus. Unter den Rebsorten sind auf das ganze Land gesehen der Blaue Spätburgunder, Riesling, Müller-Thurgau und Trollinger an der Spitze, aber auch die landestypischen Sorten wie Lemberger, Ruländer, Kerner, Samtrot spielen traditionell eine wichtige Rolle. Verstärkt haben sich in den letzten gut 20 Jahren auch die „globalen“ Rebsorten wie Chardonnay, Cabernet oder Sauvignon verbreitet. Die jährliche Wertschöpfung im Weinbau liegt bei rund einer halben Milliarde Euro.





Heinrich Hansjakob (1837–1916), katholischer Pfarrer, badischer Heimatschriftsteller, Historiker und Politiker.

Als Pfarrer Hansjakob nach Hagnau kam

In Hagnau sorgt der Winzerverein mit Kellerraum für drei Millionen Liter und Kellertechnik mit acht großen Holzfässern und 160 Edelstahltanks sowie mit dem Verkauf im Winzerhaus für solide Verhältnisse. Doch in der Gemeinde am Wärmespeicher Bodensee, in der seit mehr als 700 Jahren Weinbau betrieben wird, stand es nicht immer so rosig. Bis zur Aufhebung der Klöster im Jahre 1803 arbeiteten die Hagnauer Rebmänner fast ausschließlich für die Klöster Salem und Weingarten, wofür sie im Herbst die Hälfte des Ertrags erhielten. Nach der Klosteraufhebung konnten sie das Rebland erwerben, wofür aber meist das Geld fehlte, oder sie wurden Tagelöhner der Großherzoglichen Domänenkellerei Meersburg. Als am 1. Dezember 1869 Heinrich Hansjakob als Pfarrer nach Hagnau kam, notierte er bald in seinen *Schneeballen, dritte Reihe: Erzählungen vom Bodensee*, dass seine „Schäfle“ meist arm waren, oft sehr arm. „An den Kühlen des schwäbischen Meeres wächst selten ein ‚ganz gueter‘ und der Seewein ist ja nur berühmt oder richtiger verschrieen wegen seiner Säure.“

Pfarrer, Volksschriftsteller und Politiker

Heinrich Hansjakob wurde am 19. August 1837 in Haslach im Kinzigtal als Sohn eines Bäckers und Gastwirts geboren. Die katholische Kirche förderte den hochbegabten Buben, der das Gymnasium besuchte. Er studierte in Freiburg Theologie und Philosophie und promovierte in Tübingen zum Doktor der Philosophie. Als Gymnasiallehrer in Waldshut gerät er in den badischen Kulturkampf zwischen Staat und Kirche und wird von der Regierung in Karlsruhe entlassen. Ein gütiges Ordinariat schickt ihn in den östlichsten Winkel des Erzbistums, nach Hagnau am Bodensee. Dieser Heinrich Hansjakob, der am 23. Juni 1916 in seiner Heimatstadt stirbt, ist bis heute nicht vergessen. Als Schriftsteller hielt er vor allem Personen und Traditionen seiner Schwarzwälder Heimat beiderseits der Kinzig fest, verfocht sich für die Erhaltung der Trachten, war neun Jahre lang Abgeordneter in der Karlsruher Volksvertretung, ein Zeitzeuge, der über alles und jedes Bücher und Traktate verfasste. Noch fast hundert Jahre nach seinem Tod werden seine Schriften immer wieder veröffentlicht.

Nicht nur Seelsorger, auch Leibsorger

In seinen Hagnauer Jahren – 1869 bis 1884 – war er, wie der Tübinger Kulturwissenschaftler Hermann Bausinger es formuliert hat, nicht nur Seelsorger, sondern auch Leibsorger, dem auch die materielle Seite des Lebens seiner Pfarrkinder am Herzen lag. Die Reblaus und seit 1878 die Peronospora, eine Pilzkrankheit, der man mit dem Spritzen von Kupfervitriol beizukommen versuchte, die Eisenbahnverbindungen nach Friedrichhafen (1847) und Konstanz (1863), die billige Weinimporte ermöglichten, all diese Faktoren hatten den Hagnauer Weinbau – und nicht nur diesen – in Kalamitäten gebracht.

Nach zwei schlechten Ernten konnte man 1881 wieder eine gute erwarten. Da die Hagnauer Rebmänner weder ausreichend Fässer zum Lagern, noch Lagerplätze und Transportmöglichkeiten besaßen, mussten sie von der Torkel weg, wo die Trauben unsortiert und unterschiedlich reif gepresst wurden, verkaufen. 1881 boten die „Herren Aufkäufer“ 10 bis 12 Pfennig für den Liter Weißen, 18 bis 20 Pfennig für den Roten. Mit diesen Spottpreisen wollten sie die Produzenten billig entlohnen und durch den Ausbau des Weines und den Handel mit ihm hohe Gewinne erzielen.

Die Geburt einer Idee: der Winzerverein

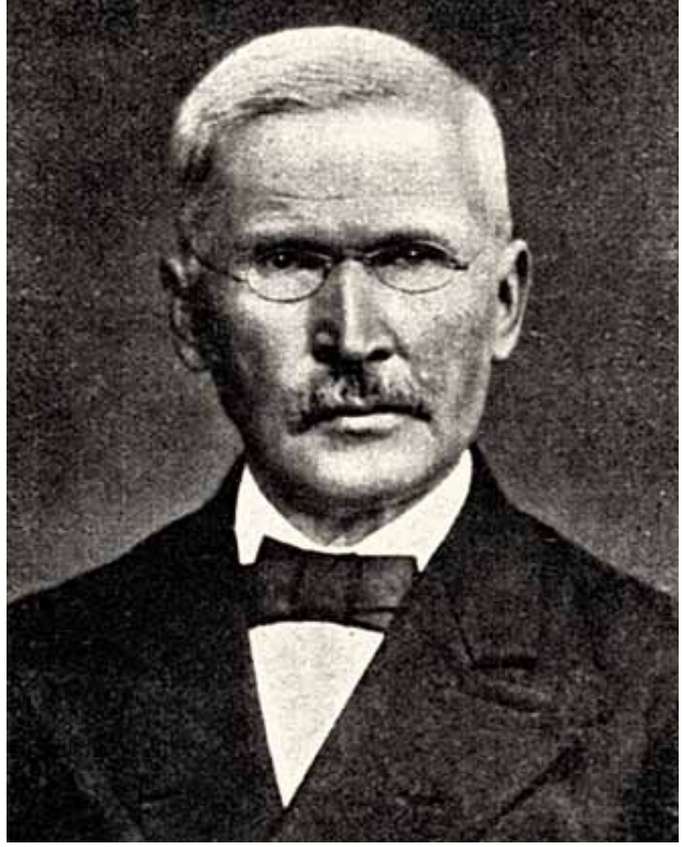
In dieser Notsituation lud Pfarrer Hansjakob am 20. Oktober 1881 die Rebleute ein, einen Winzerverein zu gründen. Fast alle folgten seiner Einladung und beschlossen die Gründung einer Genossenschaft, die mindestens 15 Pfennig für den Weißen und 25 Pfennig für den Roten garantierte. Die 50 000 Liter Weinherbst wurden von Mathias Brunner gekauft und gelangten in die Keller des Gasthauses Löwen. Sie waren bald verkauft. Im folgenden Jahr pachtete man von der Gemeinde das Kellergewölbe unter der früheren Hofmeisterei des Klosters Weingarten (das heutige Rathaus). In den ersten Jahren leitete der Pfarrer Hansjakob den Winzerverein. Im Winkel von Rathaus und Gewandhaus steht er deshalb heute, in Bronze gegossen, auf einem Sockel, mit seinem Markenzeichen, einem weiten Hut, und in staatsmännischer Pose. So, als sei er zufrieden mit all dem, was sich aus der Gründung der Winzergenossenschaft in Hagnau und der ersten in ganz Baden entwickelt hat.

Drei Jahre später entstand der Winzerverein im benachbarten Meersburg, wo bis heute das Staatsweingut dominiert, das Reben aus dem territorialen Erbe der Fürstbischöfe von Konstanz anbaut und im Gewölbekeller des Neuen Schlosses ausbaut. Bis 1920 haben sich in Baden noch weitere sechs Genossenschaften konstituiert, bis 1949 kamen 50 und bis 1969 noch einmal 30 dazu. Heute zählt man in Baden 117 Genossenschaften mit rund 28 000 Mitgliedern, meist Nebenerwerbswinzer, vom Taubertal bis an den Bodensee.

Drei Viertel des Weinherbstes werden in Baden von den Genossenschaften erfasst, 15 Prozent von Weingütern und 10 Prozent von Erzeugergemeinschaften. Die riesige Weinmenge musste im Laufe der Zeit reguliert und reglementiert werden. In Breisach gab es bereits eine Kaiserstühler Bezirkskellerei, die 1954 durch die „Neuweirer Beschlüsse“ des Badischen Weinbauverbandes in den Rang einer Zentralkellerei der Badischen Winzergenossenschaften erhoben wurde. Von den 117 badischen Genossenschaften liefern 36 dorthin voll ab, weitere 31 teilweise. Das Einzugsgebiet reicht vom Bodensee bis hinauf nach Tauberbischofsheim und hat den Breisacher Winzerkeller zum größten genossenschaftlichen

Anmutig und inmitten der Reben am nördlichen Ufer des Bodensees gelegen: Meersburg und die einstige Großherzogliche Domänenkellerei Meersburg, seit 1919 Staatsweingut.





Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818 – 1888), der Vater des Genossenschaftsgedankens.

Unternehmen in Europa gemacht. An zweiter Stelle steht in Baden der Winzerkeller Wiesloch, zuständig für die Reben des Kraichgaus und der Bergstraße von Hemsbach bis hinunter nach Kürnbach. Mittlerweile sind hier neun Genossenschaften vereint, und es wird eine Lagerkapazität von 15,5 Millionen Litern Wein erreicht. Jährlich werden fünf bis sechs Millionen Liter ausgebaut und vermarktet.

Der Genossenschaftsgedanke von Raiffeisen

Drei Viertel Generalisten, ein Viertel Individualisten. Dieses Verhältnis gilt auch für Württemberg, wo in letzter Zeit Weingärtnergenossenschaften und Weingüter qualitativ einen unglaublichen Aufschwung genommen haben, den man ohne Dünkel auch für die schon früher erfolgsgewohnten Badener in Anspruch nehmen kann. Waren 1970 bei der neuen Klassifizierung der Weinbauzonen in der Europäischen Gemeinschaft Ahr, Pfalz, Mosel, Rhein, Franken und Württemberg in die Gruppe A eingereiht worden, so kamen Champagne, Loiretal, Elsass und Baden damals zur Gruppe B. Das bedeutet unter anderem, dass die Prädikatsweine in Baden höhere Mostgewichte haben müssen als in anderen deutschen Anbaugebieten. „Von der Sonne verwöhnt“ lautete dementsprechend ein Werbespruch für badische Weine.

Zwar hat Hagnau für Baden mit dem Gründungsdatum 1881 für die Genossenschaften das Erstgeburtsrecht, aber für ganz Deutschland gilt das nicht. Im württembergischen Neckarsulm, nördlich von Heilbronn, wurde bereits 1834 ein Weingärtnerverein und dann 1855 die erste Genossenschaft als solidarischer Zusammenschluss der Rebleute gegründet: eine „Association für Bereitung und Verwertung des Weinmostes“, die sich vor allem um den gemeinsamen Verkauf bemühte. Seit 1923 firmiert diese Assoziation als Weingärtner-Gesellschaft GmbH, die älteste noch bestehende Winzergenossenschaft der Welt.

Was aber waren um 1850 die geistigen, gesellschaftlichen und gesetzlichen Voraussetzungen für den Genossenschaftsgedanken? Woher stammt der solidarische Gedanke? Zum Beispiel von Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818–1888), Oberfeuerwerker in der preußischen Armee, Mitte des 19. Jahrhunderts Bürgermeister in dem Dorf Weyerbusch im Oberwesterwald, einer armen Gemeinde im Großherzogtum Hessen-Nassau. Die Missernten der Jahre ab 1846 veranlassten ihn, einen „Brodverein“ mit eigener Bäckerei zu gründen, um billiges Brot anbieten zu können. Später schuf er Darlehenskassen auf Vereinsbasis und Genossenschaftsbanken. Sein Denken und Handeln war von evangelisch-religiösen Wurzeln durchdrungen: „Es ist hoch an der Zeit, anstatt der Selbstsucht den Gemeinsinn zu predigen. Erst dann kann der Gemeinsinn durchdringend wirken und die rechten Früchte bringen, wenn das deutsche Volk davon durchdrungen ist, daß es getrieben wird, in der Tat und in der Wahrheit ein Volk von Brüdern zu werden.“

Raiffeisens Vater stammte aus Franken, etliche seiner Vorfahren aus Schwäbisch Hall, der Salzstadt am Kocher, wo durch Jahrhunderte salzhaltige Sole in riesigen Pfannen so lange gesotten wurde, bis nur noch das Salz übrig geblieben war. Seit dem 14. Jahrhundert geschah das in einer Art Genossenschaft, damals als Zunft organisiert, unter der Führung von vier Haalmeistern unter der Kontrolle des Rats der Reichsstadt. Es ist stark zu vermuten, dass Raiffeisen das Haller Modell kannte, das bis ins frühe 19. Jahrhundert Bestand hatte.

Der Erfolg der württembergischen Weingärtnergenossenschaften

Um 1900 gehörten zum Württembergischen Genossenschaftsverband gerade einmal vier Genossenschaften, 1914 waren es 15 mit fast 1100 Mitgliedern, ganze zwei Prozent der Weingärtner im Land. Erst die Notzeit der 1920er- und 1930er-Jahre und der rasche Wechsel von guten und schlechten Weinherbsten ließ die Zahl der Genossenschaften wachsen. 1960 hatte Württemberg mit 141 Kooperativen einen Höchststand erreicht. Seitdem verringert sich ihre Zahl durch Zusammenschlüsse wie jüngst durch den der Genossenschaften von Heilbronn, Erlenbach, Weinsberg und Flein-Talheim.

Als im September 1939 im Remstal Frühfrost und Hagelschlag den Weinherbst zerstörten und die „Weinherren" nichts mehr abnahmen, schlossen sich am 15. Februar 1940 21 Weingärtnergenossenschaften – aus Not und notwendigerweise – zur Remstalkellerei zusammen, die heute den Ertrag von 2500 Mitgliedern auf 900 Hektar erfasst. Im Jahr 1946, unmittelbar nach Kriegsende, gründeten 45 Genossenschaften die WZG, die Württembergische Zentralgenossenschaft. Als Mitglied erwarb jede Kooperative das Recht, dort ihren Herbst einzulagern, auszubauen und zu vermarkten. Die Mitglieder verpflichteten sich zur Ablieferung einer bestimmten Quote, um ein stabiles Angebot und Preisniveau zu sichern. Nach zwei Jahren besaß man eine Lagerkapazität von 900 000 Litern. Heute beträgt sie in Möglingen bei Ludwigsburg – für diesen Standort entschied man sich 1965 – 70 Millionen Liter. Jetzt repräsentiert die WZG mit 55 Mitgliedern den Fleiß von 18 000 Weingärtnern in der württembergischen Landeshälfte, ausgebaut zu 220 Sorten Wein und Sekt. Ohne das Modell Genossenschaft hätte der Weinbau im Nebenerwerb und zu guten Teilen auch im Vollbetrieb sich nie und nimmer so gut behaupten können, wie das im deutschen Südwesten geschehen ist. Sonst wären noch mehr Flächen brach gefallen, bestenfalls mit Obstbäumen bestockt, vermutlich jedoch meist überwuchert.

Der Weinbau im Südwesten hat eine lange Geschichte

Die wilde Rebe, jahrzehntelang als Waldunkraut weggehauen, kommt nur noch hier und da in den Auwäldern am Oberrhein vor. Die *vitis silvestris*, die waldhausende Wildrebe, wächst nur noch vereinzelt bei Ketsch und Germersheim. Auf ihr basiert wohl die eurasische Kulturrebe *vitis vinifera*, die traubentragende Rebe. Archäologische Funde haben römischen Weinbau im linksrheinischen Deutschland bewiesen, doch sichelartige Hapen (römische Rebmesser) an Rems und Murr und eine Jupitergigantensäule in Walheim am Neckar mit üppigem Weindekor erlauben den Schluss, dass es keltischen und ausgedehnten römischen Weinbau auch am mittleren Neckar und seinen Nebenflüssen gegeben haben muss. Ohne Zweifel sind viele Fachwörter lateinischer Herkunft, etwa *palus* (Pfahl), *cellarium* (Keller), *vas* (Fass), *vinitor* (Winzer) und nicht zuletzt *vinum* (Wein).

Der erste schriftliche Beweis für Weinbau in Württemberg stammt von 766 aus dem Kloster Lorsch an der Bergstraße und nennt vier Orte um den römischen Kastellort Böckingen (Heilbronn). Esslingen wird 777 genannt, 793 zwei Weinberge bei Bönnigheim im Zusammenhang mit der Stiftung einer Kirche auf dem Michaelsberg. Lohrhof und Niedersteinach im Bereich der Tauber werden zu Beginn des 9. Jahrhunderts dem Kloster Fulda geschenkt, so der Weinhistoriker Carlheinz Gräter. Der rätoromanische Weinbau hat in Oberschwaben und am Bodensee überdauert, wie für Manzell im Jahr 812 bezeugt ist. In der Karolinger Zeit haben wir erstmals einiges Schriftgut über den Weinbau im Land.

Im Oberrheintal hat man bei Basel Rebholz und Traubenkerne aus dem ersten nachchristlichen Jahrhundert gefunden, als dort die Römer herrschten, die allein durch Importe unmöglich den großen Weinbedarf, nicht nur der Legionäre, decken konnten. In der Karolinger Zeit sind um das Jahr 800 im Elsass 108 Orte mit Rebbau belegt, im heutigen Baden 63, in denen vor allem die Klöster Lorsch an der Bergstraße, Weißenburg im Unterelsass und St. Gallen Besitz hatten. Die Wingerte waren damals – wie auch in römischer Zeit – Weingärten in der Ebene. Weinberge entstanden um das Jahr 1000 beispielsweise in der Ortenau durch Rebrodung im Hügelland des Vorgebirges. Vornehmste weltliche Förderer waren die Staufer und die Zähringer. Das Zisterzienserkloster Bronnbach, 1151 gegründet, beförderte den Weinbau im unteren Taubertal, das Kloster Salem, 1176 geweiht, hatte Rebbesitz in 38 Orten vom Bodensee bis nach Esslingen. Der Ertrag für die Mönche wird auf 3000 Hektoliter pro Jahr geschätzt.

Seit 950, in ottonischer Zeit, kam wohl von Mosel und Mittelrhein her über den Kraichgau eine grundlegende Neuerung an Neckar und Enz: die Terrassierung der Steilhänge. Dazu wurden übermannshohe Trockenmauern errichtet, schmale

Zwergterrassen und entsprechende Stäffelesstiegen geschaffen. Diese Stufen am Hang erleichtern die Arbeit, verringern die Bodenerosion und schaffen wegen der Rückstrahlung der Wärme, die tagsüber in den Mauermassen gespeichert wird, ein ideales Kleinklima für die Rebstöcke.

Später – im 12. und 13. Jahrhundert – waren die Zisterzienser unbestrittene Meister im Terrassenbau, wie sie am Eilfinger Berg bei Maulbronn bewiesen haben. In den gestaffelten Mauerweinbergen steckt eine unglaubliche Arbeitsleistung, die nur von etlichen Generationen erbracht werden konnte. Im Neckarbogen bei Besigheim zählt man bei 90 Metern Höhe 35 Terrassen, auf einen Kilometer Länge sind 52 000 Quadratmeter Mauerfläche aufgesetzt. Weitere Steillagen sind an der Enz und am Unterlauf der Tauber vorhanden, in Teilen der Kraichgaus, auch am Kaiserstuhl und am Tuniberg waren die Terrassen bis zur Rebflurbereinigung mit Mauern befestigt. Solche Steillagen, vom Tal zum Himmel gesehen, ergeben unvergesslich eindrucksvolle Bilder.

Modernisierung auch im Weinbau

Die Aufhebung aller Klöster im Jahr 1803 stürzte die Weinwirtschaft in eine Krise, ohne den Winzern und Weingärtnern neue und leistungsfähige Partner in der jungen, aber launenhaften Marktwirtschaft zu bieten: hier die Produzenten ohne die nötige Lagerkapazität und Kellerkenntnis, dort die Aufkäufer und Verwerter. Die aus Amerika eingeschleppte Reblaus und die Blattfallkrankheit Peronospora setzten im 19. Jahrhundert den Reben und dem Weinbau arg zu. In Baden ging die Anbaufläche von 27 000 Hektar im Jahre 1803 auf 17 710 im Jahr 1905 zurück. Bei der Reblaus wurde als Gegenmittel die sogenannte Amerikaner- oder Hybridrebe erkannt, bei der europäische Sorten auf resistente amerikanische Wildreben gepfropft wurden. 1949 waren die Weinberge in Baden auf unter 6000 Hektar zurückgegangen, um das Jahr 2000 erreichten sie wieder mehr als 16 000 Hektar, begünstigt durch die Rebflurbereinigung, die seit 1953 in Baden-Württemberg eine gesetzliche Grundlage hat. Überall im Land waren durch die Realteilung kleine und kleinste Parzellen entstanden, oft nur wenige Ar, die nur mühsam und arbeitsaufwändig zu bearbeiten waren. Durch die Zusammenlegung verringerte sich in den Steillagen der Arbeitsaufwand pro Hektar und Jahr von 3000 bis 2500 Stunden auf 1200, in den Lagen mit Direktzug sogar auf 700. Seit 1989 sind am Oberrhein und anderswo bei der Lese Traubenvollernter in Betrieb. Sie können bis zu 35 Prozent Steigung bewältigen und in einer Stunde so viele Rebstöcke rütteln und schütteln und in Bottichen auffangen, wie zwölf Leser an einem Tag.

Für das Jahr 2015 plant die Europäische Union eine Reform des Weinmarkts, die mit nationalen Ausnahmen bis 2018 hinausgezögert werden kann. Dann soll der Anbaustopp für Reben auslaufen und damit sollen auch Rebstöcke im Flachland gepflanzt werden dürfen. Dadurch droht nicht nur nach mehr als 1000 Jahren der Weinbau in Steillagen unrentabel zu werden, dadurch würde auch eine artenreiche Tier- und Pflanzenwelt in diesen Bereichen bedroht. Das Land Baden-Württemberg sieht sich in der Verantwortung.



Mit der zunehmenden Mechanisierung
im Weinbau sind die typischen Trockenmauern
kaum vereinbar, aber sie haben
eine wichtige Funktion für den Weinbau
und die Ökologie.
Ein besonderer Anblick sind sie auch.



Blick auf das Winzerdorf Achkarren am westlichen Rand des Kaiserstuhls. Im Zuge der Rebflurbereinigung sind hier vor allem in den 1970er-Jahren Großterrassenlagen entstanden. Im örtlichen Weinbaumuseum kann man sich über Boden, Klima und Rebsorten kundig machen.

Die Weintopografie Badens

Beginnen wir im Nordosten des Landes, in Tauberfranken. Muschelkalk bildet den Untergrund, zudem auch Buntsandstein. Bis ins 19. Jahrhundert war diese Gegend die stattlichste Weinbauprovinz im Großherzogtum Baden, deren Ertrag ab Wertheim leicht auf dem Main zu exportieren war. Im 18. Jahrhundert gab es in der Reichsstadt Frankfurt eine kleine Kolonie katholischer Weinhändler aus dem Land rechts und links der Tauber. Der von kalten Maifrösten und Rebkrankheiten arg dezimierte Weinbau hat sich in südlich exponierte Seitentäler und Talkessel wie in Beckstein zurückgezogen. Insgesamt wird noch eine Fläche von 750 Hektar bewirtschaftet.

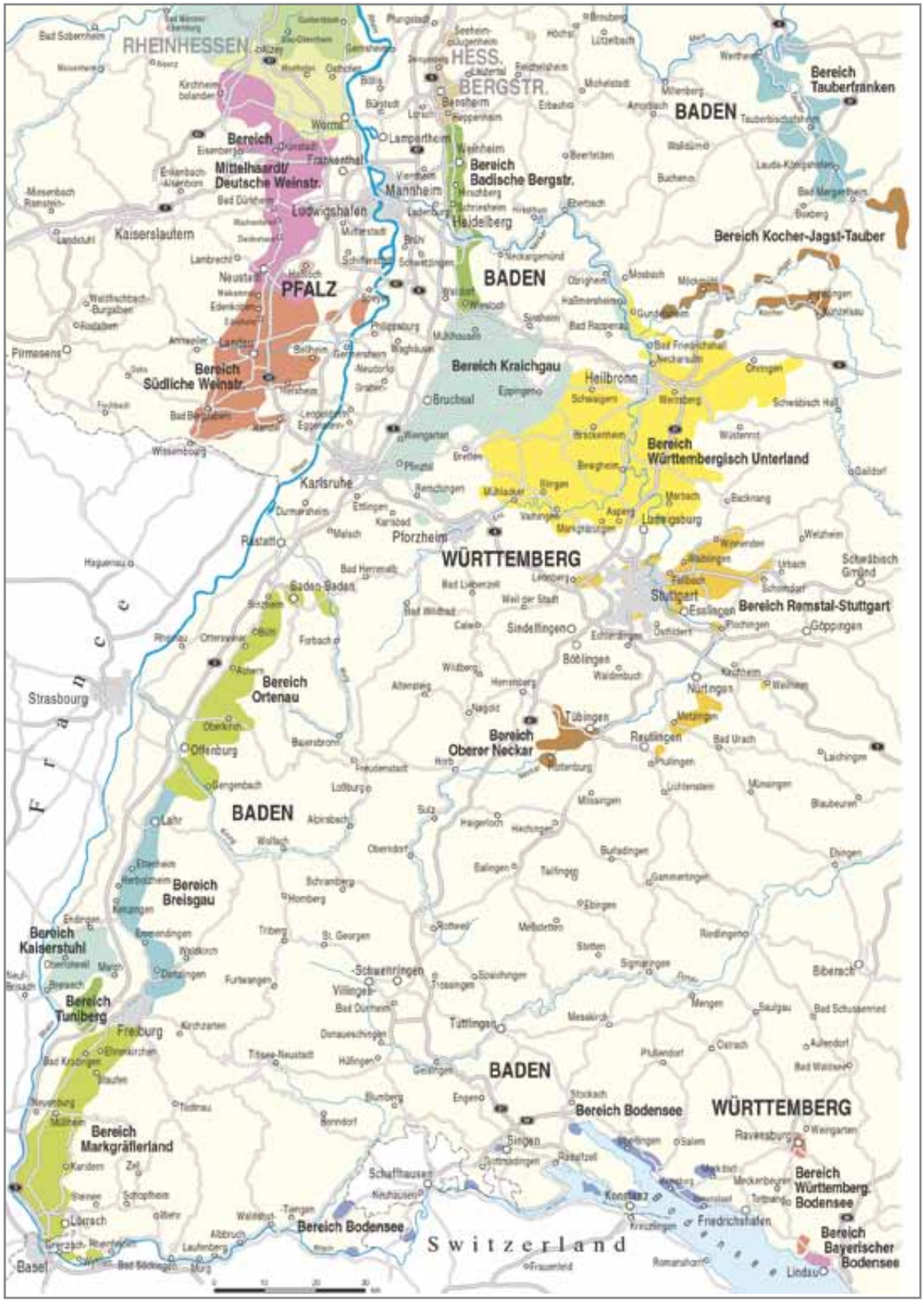
Bergstraße und Kraichgau garantieren Gäulandschaft, vom Löss überweht, und Keuper; Weinbau an Neckar, Enz, Pfinz und Alb. Selbst im Stadtgebiet von Heidelberg sind es immerhin noch mehr als 50 Hektar. Im Keller des Heidelberger Schlosses bildet seit 1751, errichtet vom Kurfürsten Karl Theodor, das Große Fass eine Sehenswürdigkeit: sieben Meter hoch und achteinhalb Meter lang. Dieser barocke Protz könnte 236 rheinische Fuder oder 220 000 Liter, also 21 Tankwagen, aufnehmen. Doch das Heidelberger Fass, das nur zeigen soll, wie viel Zehntwein im Kurfürstentum früher anfiel, ist vermutlich nie gefüllt worden.

Als das Herzstück des badischen Weinbaus lässt sich die Ortenau mit Offenburg als Mittelpunkt bezeichnen. 2700 Hektar sind mit Reben bestockt, vor allem mit Riesling und Blauem Burgunder. Seinen Samt und sein Feuer erhält hier der Wein vom randlichen Urgestein des Granitschwarzwaldes. Dazu kommen hohe Sonnenscheindauer und optimale Niederschlagsmengen. In den Talmündungen von Bühler, Acher, Rench und Kinzig erstreckt sich dieses Weinland, weiter nördlich das Baden-Badener Rebland. Affental ist ursprünglich das Avetal des Klosters Lichtental. Sasbachwalden, Kappelrodeck und Waldulm sind Hochburgen des Blauen Burgunders, während in Durbach auch der Riesling seine Heimstatt hat, besonders am Staufenberg, wo er in der Lage Klingelberg gedeiht und daher in der Ortenau Klingelberger heißt.

Der Weinbaubereich Breisgau beginnt im Geroldsecker Land und reicht über Lahr bis Freiburg, wo der Badische



Schon immer ein Reise wert – und einen Gruß in die Heimat, wie hier auf einer Postkarte aus dem Jahr 1895: Das Große Fass im Heidelberger Schloss ist eine der zahlreichen Attraktionen der Stadt.



Die beiden Weinbaugebiete im deutschen Südwesten: Baden (mit den Bereichen Tauberfranken, Badische Bergstraße, Kraichgau, Ortenau, Breisgau, Kaiserstuhl, Markgräflerland und Bodensee) ist das südlichste und drittgrößte Weinbaugebiet in Deutschland.

Das Weinbaugebiet Württemberg, das viertgrößte in Deutschland, unterteilt sich in die Bereiche Württembergischer Bodensee, Oberer Neckar, Remstal-Stuttgart, Württembergisch Unterland und Kocher-Jagst-Tauber.

Martin Blümcke – Hagnau am Bodensee

Weinbauverband seinen Sitz hat. Die Reben wurzeln – bis zu acht Meter tief – in Jura, Buntsandstein und Muschelkalk, im Glottertal an Granithängen bis über 500 Meter hoch. Die Sorten Spätburgunder und Weißherbst dominieren hier.

In der Rheinebene erhebt sich unvermittelt eine rautenförmige Gebirgsinsel mit etwa 100 Quadratkilometern Ausdehnung: der Kaiserstuhl, 1304 erstmals belegt, dessen Name wohl auf einen Gerichtsplatz verweist. In dieser sehr warmen Landschaft, die zu vier Fünfteln und mit einer Stärke von bis zu 30 Metern mit eiszeitlichem Löss belegt ist, sind 3400 Hektar mit Reben besetzt, mehrheitlich aus der Burgunderfamilie. Nach 1800 hat man auch die vulkanischen Geröllhalden erschlossen. Bei den Rebumlegungen der 1970er-Jahre hat man mit Baggern und Planierraupen Riesenterrassen mit haushohen Böschungen geschaffen.

Der Tuniberg, eine zehn Kilometer lange und dreieinhalb Kilometer breite Jurascholle mit neun Ortschaften, hat sich mit seinen 1100 Hektar Rebfläche 1991 vom benachbarten Kaiserstuhl gelöst und bildet seither einen eigenen Weinbereich. In der Großlage Attilafelsen werden zu zwei Drittel Prädikatsweine erzeugt, so viel wie sonst nirgendwo im Land.

Das Markgräflerland zwischen Breisgau und Rheinknie bei Basel kommt insgesamt auf mehr als 3000 Hektar Rebfläche auf einer Scholle der Jurazeit und des Tertiärs, mehr oder minder von Löss bedeckt. Die Hälfte ist mit Gutedel – französisch Fendant – bestockt, einer landschaftsgebundenen Spezialsorte im perfekten Zusammenspiel von Klima, Boden und Rebart. 15 Genossenschaften sammeln den Weinherbst, dazu viele Weingüter. Allein vier Zehntel der badischen Güter sind hier beheimatet.

Im Weinbaugebiet Hochrhein-Hegau-Bodensee summiert sich die Rebfläche auf knapp 500 Hektar. Hohentengen im Kreis Waldshut ist der südlichste Weinort Deutschlands, am Basaltkegel des Hohentwiels bei Singen bewirtschaftet das Meersburger Staatsweingut mit gerade einmal sechs Hektar den höchstgelegenen Weinberg der Bundesrepublik.

Die Weintopografie Württembergs

Dank des Widerspruchs badischer Weinoberer gibt es seit 1982 den Bereich Württembergischer Bodensee mit immerhin zehn Hektar Fläche in Kressbronn und Ravensburg-

Durbach in der Ortenau, gelegen zwischen Rhein und Schwarzwald. Es ist schon ein besonderer Flecken Erde, der fast paradiesisch wirkt, wenn dem Besucher in den Erntemonaten Obst und Weintrauben geradezu in den Mund wachsen.



Rauenegg. Ein weiteres kleines Weinbaugebiet gibt es jenseits der Albhochfläche am oberen Neckar mit Rottenburg, Tübingen und Reutlingen. Am Wurmlinger Kapellenberg wachsen auf drei Hektar Reben, auch noch hier und da am südlichen Schönbuchrand, der einmal ein durchgehend terrassierter Weinberg war. In Tübingen, wo die Wengerter Raupen und Gogen hießen, ist die Rebfläche von 500 Hektar um 1850 auf heute zwölf geschmolzen. Noch drastischer ist die Entwicklung in Reutlingen, wo an der Achalm auf gerade 70 Ar Müller-Thurgau und Portugieser als Erinnerung an bessere Zeiten gepflegt werden.

Metzingen und Neuffen gehören schon zum Gebiet Remstal. In Metzingen hat sich ein einmaliges Ensemble erhalten: Sieben Keltern umstehen einen Platz, ursprünglich für jede Herrschaft eine. Eine dient heute als Museum und umschließt einen Kelterbaum zum Pressen der Trauben: Vier Eichenstämme, je zwölf Meter lang, sorgten für Gewicht und Hebelkraft. Neuffen ist für seinen „Täleswein“ bekannt. In Kappishäusern erklimmen die Reben fast 500 Meter: der höchstgelegene Weinberg Württembergs.

Von Esslingen an ist der Weinbau am mittleren Neckar unübersehbar, erst noch an Keuperhängen, hinter Cannstatt im Muschelkalk. An der Stadtgrenze von Esslingen und Stuttgart erhebt sich der kegelförmige Ailenberg, ein historischer Weinberg mit alten Terrassen und fast 300 verschiedenen Pflanzenarten. Uhlbach, Rotenberg mit der klassizistischen Rundkapelle, in der Königin Katharina und ihr Gatte, der Weinbauförderer Wilhelm I., ruhen, Ober- und Untertürkheim sowie Bad Cannstatt garantieren erstklassige Riesling- und Trollingerweine. Bei Untertürkheim dehnen sich über Neckarkanal, hoch industrialisiertem Neckartal und dichter Wohnbebauung weit mehr als 100 Hektar Weinberge aus.

Dass Stuttgart eine Weinstadt war und teils heute noch ist – um 1600 waren 1260 Hektar mit Reben besetzt, nunmehr sind es in der Kernstadt noch neun Hektar –, das sieht der Besucher gleich beim Bahnhof mit dem rebbesetzten Kriegsberg, der einen Keupermergel als Untergrund aufweist. Mit allen eingemeindeten Stadtteilen erreicht Stuttgart aber auch heute noch mehr als 400 Hektar Anbaufläche. Im Schloss Monrepos bei Ludwigsburg hat der Herzog von Württemberg seine zentrale Kellerei und Verwaltung: Der Ertrag von 40 Hektar in Spitzenlagen wie Eilfinger Berg bei Maulbronn, Gündelbach, Hohenhaslach, Mundelsheimer Käsberg, Untertürkheimer Mönchberg und Stettener Brotwasser wird hier ausgebaut und von hier vertrieben.

Am Muschelkalkneckar mit den Steilhängen des mäandrierenden Flusses reihen sich Weinorte mit großen Namen: Mundelsheim, Hessigheim mit seinen Felsengärten, Besigheim, Walheim, Gemmrigheim und Kirchheim am Neckar. Ein Drittel der Hessigheimer Gemarkung, nämlich 150 Hektar, trägt Reben. In Mundelsheim können wegen der Steillage 60 Hektar oder ein Drittel der Weinberge nur von Hand, ohne jede maschinelle Hilfe bearbeitet werden.

Bei Besigheim mündet die Enz in den Neckar, die durch den oberen Muschelkalk fließt. Vaihingen an der Enz samt Stadtteilen bringt es auf 270 Hektar, in Roßwag beeindrucken die Terrassen auf wärmespeicherndem Muschelkalk. Im Norden begleitet der Keuperrücken des Strombergs das Tal, vom Michaelsberg bei Cleebronn bis Maulbronn. Die Strombergkellerei in Bönnigheim lagert den Weinherbst von 300 Hektar. Nach Norden ausgerichtet sind die Gipskeuperhänge des Heuchelbergs. In Richtung Lauffen am Neckar dehnt sich nach Osten hin das weingesegnete Zabergäu aus. Mit rund 750 Hektar bildet Brackenheim die größte Weinbaugemeinde in Württemberg. Dort wurde 1949 das Geburtshaus von Theodor Heuss mit dessen Einwilligung abgerissen, um eine neue Kelter zu bauen.

Rechts des Neckars wieder zurück in die Stuttgarter Gegend, wo das Schmidener Feld, die Waiblinger Bucht und das Remstal eine großstadtnahe Kulturlandschaft tragen. Bis zum Schorndorfer Becken – elf Hektar – erstreckt sich Weinbau auf Gipskeuperböden. Am Korber Kopf staffeln sich eindrucksvoll die Rebenzeilen. Kernen, Remshalden und Weinstadt lauten die neuen Gemeindenamen, teils mit Weinbezug, hinter denen treffliche Weinorte wie Stetten im Remstal, Beutelsbach mit der Remstalkellerei, Schnait, das fachwerkschöne Dorf Strümpfelbach, Großheppach oder Grunbach aufleuchten.

Weiter nördlich reihen sich rechts des Neckars das Murrtal sowie die weinreichen Wärmeinseln Bottwar- und Schozachtal auf. In Kleinbottwar ist bei den Grafen Adelmann im Schloss Schaubeck ererbter Weinverstand zu Hause, und mit dem Dorf Winzerhausen am Wunnenstein ein weinbezogener Ortsname. In Beilstein am Saum der Löwensteiner Berge stehen 180 Hektar im Ertrag.

Das Sulmer Tal endet in einem Bogen, über dem das Städtchen Löwenstein liegt. Weinsberg und seine Stadtteile repräsentieren rund 340 Hektar Rebfläche, vor allem aber hat hier seit 1868 die renommierte Weinbauschule ihren Sitz, die Staatliche Lehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstanbau. Neben der Ausbildung des Nachwuchses für Rebberg und Keller werden hier durch Kreuzungen neue Sorten gezüchtet: Dornfelder, Heroldsrebe und Kerner seien genannt. Der Kerner hat als Eltern Riesling und Trollinger und seit seiner amtlichen Zulassung wortwörtlich rasch an Boden gewonnen. Den Namen schenkte posthum der Weinsberger Arzt und Dichter Justinus Kerner, der nach Angaben seines Sohnes Theobald täglich gut und gerne zehn Viertele trank, in seinem Leben also 21 000 Liter, was der Füllmenge eines Tanklastzuges entspricht.

Lauffen am Neckar besitzt mit 525 Hektar die größte und umsatzstärkste Genossenschaft im Land, wobei mehrheitlich Schwarzriesling angebaut wird. Heilbronn ist eine Stadt, die bereits im Mittelalter und in der frühen Neuzeit vom Weinbau gelebt und mit dem Erzeugnis Wein gehandelt hat. In der Rundung der Heilbronner Bucht sind fast 500 Hektar mit Rebstöcken bepflanzt, wobei ein Fünftel von Selbstvermark-

tern betreut wird. Neckarabwärts steht in Gundelsheim das Deutschordensschloss in Weinbergen, ebenso Burg Hornberg, in der der altgewordene Götz von Berlichingen als Verbannter lebte.

Nach Osten ins Hohenlohische hat der Rebstock noch an Brettach und Ohrn Rückzugsgebiete. Öhringen kann mit 110 Hektar protzen, mit Michelbach am Wald und Verrenberg, wo sich Genossenschaft und der Fürst zu Hohenlohe-Oehringen die Flächen teilen. Die Gebietsweinkellerei Pfedelbach nutzt auch den Schlosskeller, um den goldenen Herbst von 270 Hektar zu verarbeiten. An Kocher und Jagst sind nur noch Rebinseln geblieben. An der Jagst endet der Weinbau in Dörzbach. Am Kocher sind Neuenstadt an der Linde mit Cleversulzbach – elf Hektar –, Forchtenberg, Niedernhall, Criesbach und Ingelfingen, Sitz der Kochartal-Kellerei, zu nennen.

Im württembergischen Taubergrund und im Vorbachtal zeigen Steinwälle an den Muschelkalkhängen, wo überall früher die Rebe gedieh. Heute noch sind Creglingen, Weikersheim mit seinem Karlsberg, Markelsheim, Bad Mergentheim und Marbach die wichtigsten Namen. Im Unterschied zur Region Bodensee ist hier der Zusammenschluss von Baden und Württemberg in den Köpfen der Menschen angekommen. Die Bereiche Badisches Frankenland und Württembergischer Taubergrund haben sich 1991 beim Marketing zu Tauberfranken vereint.

Auch wenn es hierzulande zahlreiche und renommierte Brauereien gibt: Baden-Württemberg versteht sich als Weinland, mit Besen- bzw. Straußwirtschaften, Weinfesten, Weinköniginnen und -prinzessinnen als festem Bestandteil der regionalen Kultur – und vor allem natürlich mit Weintrinkern, die in Württemberg liebevoll „Viertelesschlotzer“ genannt werden.

Ein beeindruckendes Panorama:
Die Neckarschleife bei Mundelsheim ist einer der berühmtesten Anblicke des Neckars und seiner Steilhänge. Links im Bild der Weinort Mundelsheim, rechts Hessigheim.





Statt Streit künftig Gemeinsamkeit, dafür wirbt das Plakat von Peter Ruge, das die Wappentiere Adler (Villingen) und Schwan (Schwenningen) zeigt.

Ein gemeinsames Wappen gibt es erst seit 2001, mit Adler und Schwan im friedlichen Gegenüber.

Villingen-Schwenningen

Die kommunale Gebietsreform zu Beginn der 1970er-Jahre

Hans-Georg Wehling

Die kommunale Gebietsreform stellt einen tiefen Einschnitt in Baden-Württemberg Anfang der 70er-Jahre des 20. Jahrhunderts dar. Zwei Drittel aller Gemeinden des Landes verschwanden von der Verwaltungskarte, wurden mit anderen Gemeinden fusioniert oder gingen in bestehenden Gemeinden auf, wurden von Städten eingemeindet: Statt 3350 gab es nunmehr nur noch 1110 selbstständige Gemeinden. Durch „Nachbesserungen“ sind heute noch 1101 übrig geblieben. Auch die Landkreise als Gemeindeverbände wurden von der Reform nicht verschont: Aus 63 wurden 35; nur die neun Stadtkreise, in denen Gemeinde und Kreis zusammenfallen, blieben unangetastet.

Die kommunale Gebietsreform stellt dabei nicht nur einen Eingriff in die bis dahin gültige Verwaltungsstruktur dar. Auch für die betroffenen Menschen war sie ein Einschnitt. Rathaus, Kirche und Schule waren über Jahrhunderte hinweg eine Einheit, die identitätsstiftend wirkte. Gemeinden sind Heimat, über die sich die Menschen definieren, mit Nachbarschaften, einem mehr oder weniger umfassenden Vereinswesen, mit Festen und Symbolen, zu denen nicht zuletzt auch das Ortsschild gehört.

Was waren die Gründe für diese kommunale Gebietsreform? Welche Ziele wurden angestrebt? Wie ging der Prozess der kommunalen Gebietsreform vonstatten? Und: Welche Ergebnisse hat sie gezeitigt?

An der Stadt Villingen-Schwenningen, die 20 Jahre nach der Gründung Baden-Württembergs gebildet worden ist, lässt sich das exemplarisch darstellen – was umso mehr berechtigt erscheint, als die Doppelstadt auch von der damaligen Landesregierung als Modellfall erfolgreicher kommunaler Gebietsreform und Landesplanung betrachtet wurde.





Die „Väter“ der Reform: Walter Krause (SPD, oben) und Hans Karl Filbinger (CDU, unten) im Jahr 1971 während einer Landtagssitzung zur Verwaltungsreform.

Ein technokratisches Konzept

Der Ansatz zur kommunalen Gebietsreform war technokratisch. Ziel war es, die überkommene Verwaltungsstruktur den sozioökonomischen Veränderungen seit der Gründung Baden-Württembergs im Jahr 1952 anzupassen: dem Wandel der Branchen- und Beschäftigungsstrukturen, der zunehmenden (Auto-)Mobilität, den gewachsenen Bedürfnissen und Ansprüchen an staatliche Dienstleistungen, angefangen vom Bildungssystem über die Gesundheitsversorgung bis hin zum Angebot an Kultur- und Freizeiteinrichtungen. Private Anbieter von Arbeitsplätzen und Dienstleistungsangeboten würden dann schon nachziehen. Dafür schienen die bestehenden Verwaltungsstrukturen, die Gemeinden und Landkreise vielfach als zu klein. Mehr Effektivität und Effizienz erwartete man von größeren Einheiten, gemäß dem Motto: Eine bessere Verwaltung ist eine größere Verwaltung, allein schon wegen der Möglichkeiten zur Spezialisierung. Um ein flächendeckend differenziertes infrastrukturelles Angebot bereitstellen zu können, griff man dabei auf das Konzept der zentralen Orte zurück, wie es der Geograf Walter Christaller in den 1930er-Jahren entwickelt hatte, gestützt auf die Siedlungsstruktur in Süddeutschland mit seinen vielen ehemaligen Residenzstädten und Verwaltungszentren aus der vornapoleonischen Zeit, die mehr oder weniger weiterhin ihre Zentralitätsfunktion aufrecht erhalten konnten.

Darauf beruhend sollte das Land Baden-Württemberg mit einem Netz zentraler Orte überzogen werden, die den Bürgern ein gestuftes Angebot bieten können: als Unterzentren für den Alltagsbedarf z. B. mit Grund- und Hauptschule, Allgemeinarzt usw. sowie Läden für den täglichen Bedarf; Mittelzentren mit gehobenem Angebot z. B. Gymnasium, Fachärzte, Krankenhaus usw.; Oberzentren für den Spitzenbedarf wie z. B. Hochschule, hochleistungsfähigem Krankenhaus, Theater usw. Für diese abgestuften Zentren hatte der Speyrer Verwaltungswissenschaftler Frido Wagener (*Neubau der Verwaltung,* 1969) genaue Mindestgrößen für die Einwohnerzahl errechnet. An der Landesregierung lag es, die Gemeinden so zu stärken, dass sie in Zukunft ihren Aufgaben gerecht werden könnten. Von daher lief die kommunale Gebietsreform denn auch unter dem Motto: „Stärkung der Verwaltungskraft“ und „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“. Expertenkommissionen wurden eingesetzt – verwaltungsintern, aber auch mit externen Fachleuten besetzt –, die Modelle entwerfen sollten. Letztlich maßgebend wurde das „Denkmodell“ der Landesregierung, das weitgehend aus dem Landesinnenministerium stammte und für das der damalige Innenminister der Großen Koalition, Walter Krause (SPD), verantwortlich zeichnete.

Zwischen den Oberzentren Stuttgart, Tübingen/Reutlingen, Freiburg und Konstanz befand sich eine Lücke, die mit dem Zusammenschluss von Villingen und Schwenningen ausgefüllt werden sollte, auch um so den Sog zu minimieren, der von den genannten, bereits vorhandenen Oberzentren ausging. Dafür musste mit staatlichem Mitteleinsatz das neue Oberzentrum entsprechend ausgebaut werden. Dass das mit einer Städtefusion zu geschehen hätte, war nicht von vornherein ausgemacht. Tübingen und Reutlingen konnten ja auch als gemeinsames Oberzentrum ihre jeweilige Selbstständigkeit bewahren.

Künftig Oberzentrum: Verwaltungsreform als Chance

Natürlich sahen Lokalpolitiker jetzt ihre Chance: Aufwertung ihrer Gemeinde(n), Investitionen und sehr viel Geld aus dem Landeshaushalt. Auch die personelle Situation sah günstig aus: in Villingen mit Severin Kern ein Oberbürgermeister kurz vor dem Ruhestand, in Schwenningen mit Gerhard Gebauer ein Oberbürgermeister, der nach zehn Jahren in Schwenningen noch gut weitere 20 Jahre im Amt sein könnte, wenn er denn von der Bevölkerung der neuen Stadt gewählt würde (tatsächlich blieb er bis zu seinem Ruhestand 1994 Oberbürgermeister). Von daher waren von Anfang an personelle Rivalitäten weitgehend ausgeschaltet. Zwar war der Villinger Oberbürgermeister CDU-Mitglied und der Schwenninger in der SPD, doch bei Bürgermeistern in Baden-Württemberg spielt bei Wahlen die Parteizugehörigkeit kaum eine Rolle. Tüchtig muss ein Oberbürgermeister sein und bürgernah. Beides traf auf den Amtsinhaber aus Schwenningen zu. Von Vorteil konnte zusätzlich sein, dass der Landesinnenminister Walter Krause nicht nur ebenfalls Sozialdemokrat, sondern auch persönlich mit dem Schwenninger Oberbürgermeister gut bekannt war – beide waren zudem ähnlich technokratisch veranlagt.

Zum frühestmöglichen Zeitpunkt wurde ein interkommunaler Ausschuss aus den Gemeinderäten beider Städte gebildet, der eine Fusion vorbereiten sollte. Er trat erstmalig am 10. Januar 1969 zusammen und tagte unter Ausschluss der Öffentlichkeit – ein Verfahren, das gerne angewandt wird, um ein möglicherweise umstrittenes Vorhaben durchzuziehen. Als man vor die Öffentlichkeit trat, war alles bereits festgezurrt und alle Fraktionen standen hinter dem Projekt einer Städtefusion. Eine Bürgeranhörung fand erst am 28. März 1971 statt – zu spät für eine Opposition gegen das Vorhaben, die sich bezeichnenderweise eher im statusbewussten Villingen artikulierte. Für die Fusion stimmten dann doch in Villingen 77,8 Prozent (Stimmbeteiligung 58,7 %) und in Schwenningen 64,2 Prozent (Stimmbeteiligung 60,7 %). Zum 1. Januar 1972 war damit die neue Stadt gegründet, doch die Probleme der Integration sollten sich erst noch erweisen.

Nach Villingen und Schwenningen eingemeindet wurden neun weitere Gemeinden im Umfeld. Hier griff die Finanzhilfe des Landes, die freiwillige Zusammenschlüsse honorierte. Die Höhe dieser Zahlungen – im Volksmund „Abschlachtprämien“ genannt – richtete sich nach der Einwohnerzahl der neuen Gesamtgemeinde. Damit war ein Anreiz gegeben,

Auf dem Weg zur Fusion: Gemeinsamer Ausschuss der beiden Städte Villingen und Schwenningen.





Gerhard Gebauer und Severin Kern am neuen Ortsschild von Villingen-Schwenningen.

sich der nächstgrößeren Gemeinde anzuschließen. Die kleineren Gemeinden konnten sich dabei in Eingemeindungsverträgen einen erheblichen Teil des Geldes für Investitionen (z. B. Gemeindehalle, Schwimmbad, Aussegnungshalle für den Friedhof) auf ihrem Gebiet sichern. Nicht weniger wichtig waren Bestandsgarantien (Erhaltung der Schule, Beibehaltung von Hebesätzen bei Kommunalsteuern, Sitzgarantie im Gemeinderat, aber auch berufliche Absicherung des Bürgermeisters). Als „Trostpflaster" für die eingemeindeten Gemeinden bietet die Gemeindeordnung die Einrichtung von Ortschaftsräten an, die von den Einwohnern der Ortschaften im Zuge der Gemeinderatswahl mit gewählt werden. Ein Ortsvorsteher wird auf Vorschlag des Ortschaftsrates vom Gemeinderat bestellt. Acht der eingemeindeten Orte von Villingen-Schwenningen verfügen über eine Ortschaftsverfassung, ein weiterer über eine Bezirksverfassung, wobei die Mitglieder vom Gemeinderat bestellt werden, entsprechend dem Wahlergebnis bei der Gemeinderatswahl. Die Aufgaben sind im Wesentlichen beratender Natur, wenn es um die Interessenwahrnehmung des Ortsteils gegenüber der Gesamtstadt geht. Doch können diesen Gremien auch Aufgaben zur Erledigung übertragen werden, zusammen mit der Bereitstellung entsprechender Finanzmittel. Typisch sind hier der Wegebau bzw. entsprechende Reparaturmaßnahmen sowie die lokale Kulturförderung, die im Wesentlichen lokale Vereinsförderung ist. Ortschaftsverfassungen sind nicht unumstritten. Neben dem Kostenargument spielt dabei die Furcht vor zentrifugalen Tendenzen eine Rolle.

Villingen-Schwenningen wuchs durch die Fusion wie durch die Eingemeindungen mit insgesamt 16 550 ha zu einer der größten Flächengemeinden Baden-Württembergs heran (zum Vergleich: Stuttgart 20 740 ha). Wichtiger noch: Die Einwohnerzahl summierte sich auf heute 81 417. Damit blieb die neue Stadt zwar deutlich unter der erstrebten Mindestgröße eines Oberzentrums von 100 000 Einwohnern. Doch weder Donaueschingen (21 369 Einw.) noch Rottweil (25 630 Einw.) oder Tuttlingen (34 797 Einw., Stand jeweils Ende 2010) eigneten sich als Konkurrenz.

Die Freiwilligkeitsphase in der Gemeindereform brachte nicht durchweg die von den Planern angestrebten Ergebnisse. Manche Fusion nahm man dennoch einfach hin. Anders in den Fällen, in denen eine gewünschte Zusammenlegung ausblieb. Mit dem Besonderen Gemeindereformgesetz verloren zum 1. Januar 1975 insgesamt weitere 500 Gemeinden ihre Selbstständigkeit. Nur in ganz seltenen Fällen ließ sich mit Hilfe der Gerichte eine Fusion rückgängig machen. Prominentes Beispiel ist Weingarten, das seine Eingemeindung nach Ravensburg ungeschehen machen konnte.

Die Gemeindereform konnte gelingen, weil in Stuttgart eine reformentschlossene Große Koalition bestand, mit einer breiten Mehrheit im Parlament. Um diese Mehrheit zusammenzuhalten, wurden die Abgeordneten auf eine Strategie vergattert: Im Falle „ihrer" Gemeinden im Wahlkreis konnten sie dagegen stimmen, durften aber zwecks Verhinderung von Gemeindefusionen keine Bündnisse mit anderen Betroffenen eingehen. Das hat funktioniert.

Die Kreisreform als die leichtere Aufgabe

Da sich die Kreisreform als weniger schwierig erwies, konnte sie bereits zum 1. Januar 1973 abgeschlossen werden. Denn ein Kreisbewusstsein besteht in der Bevölkerung nur in reduzierter Form. Hier ging es zunächst darum, wie groß Landkreise überhaupt werden sollten. Die SPD in der damaligen Landesregierung wollte Großkreise, die letztlich die Regierungspräsidien überflüssig machen könnten. Die CDU war eher für kleinere Landkreise und die Beibehaltung der vier Regierungsbezirke. Letztlich konnte sich die CDU gegen den Juniorpartner SPD durchsetzen. So konnte es auch im Falle von Villingen-Schwenningen nur noch darum gehen, wie der Landkreis geschnitten sein sollte und welche Gebiete dazukommen würden. Dass die neue Stadt Villingen-Schwenningen Sitz des Landratsamtes sein sollte, war unumstritten. Vielmehr ging es darum, wie groß der Kreis werden sollte. Die große Lösung mit der Einverleibung der Kreise Rottweil und Tuttlingen passte dann nicht mehr ins Konzept, ganz abgesehen davon, dass Rottweil und Tuttlingen mächtige politische „Patrone“ besaßen, sodass nur der Kreis Donaueschingen zum bisherigen Landkreis Villingen kam, der den neuen Landschaftsnamen Schwarzwald-Baar-Kreis bekam. Natürlich wurden auch die Nachbarkreise in ihrem Zuschnitt geändert, gehörte doch zuvor Schwenningen zum Kreis Rottweil.

Auch die bisherigen Regierungsbezirke Nordwürttemberg, Südwürttemberg-Hohenzollern, Nordbaden und Südbaden als Mittelinstanz zwischen Ministerialebene und Kreisen/Gemeinden wurden neu zugeschnitten. Dabei wurden die alten Landesgrenzen zwischen Baden, Württemberg und Hohenzollern verwaltungsmäßig überschritten, die Landkreise neu zugeordnet. Das Ziel war, die verschiedenen Landesteile zwecks Integration des Bindestrichlandes zu verzahnen. Folgerichtig wurden die Regierungsbezirke nunmehr nach dem Sitz des Regierungspräsidiums benannt: Stuttgart, Tübingen, Karlsruhe und Freiburg. So kamen im Raum Schwarzwald-Baar-Heuberg beispielsweise die württembergischen Kreise Rottweil und Tuttlingen zu dem als badisch wahrgenommenen Regierungsbezirk Freiburg; ebenso der neue Kreis mit Sitz in Villingen-Schwenningen. Manche neuen Landkreise bestehen auch ganz bewusst aus badischen und württembergischen Gemeinden; so zum Beispiel der Bodenseekreis (Friedrichshafen) oder der Main-Tauber-Kreis (Tauberbischofsheim). Manche Kreise, wie etwa Sigmaringen, bestehen aus ehemaligen badischen, württembergischen und hohenzollerischen Teilen.

Wenn Planung auf teritoriale Traditionen trifft

Die ehemaligen territorialen Zugehörigkeiten sind mehr als eine Kuriosität: Sie repräsentieren unterschiedliche politische Kulturen, die Mentalitäten und Verhalten der Menschen bis heute bestimmen. Schon das äußere Erscheinungsbild der beiden Städte ist kaum zu verwechseln: Villingen, eine tausendjährige Stadt, vom Herrschergeschlecht der Zähringer wie Freiburg im Breisgau oder Bern planmäßig angelegt, mit Achsenkreuz und ovalem Grundriss; eine Stadt des Handels, des Verkehrs, der Verwaltung, die uns kunsthistorisch bedeutende Bauten hinterlassen hat. Schwenningen dagegen ein zur Stadt aufgestiegenes Dorf, unplanmäßig gewachsen, mit Arbeiterwohnsiedlungen und kleinbürgerlichen Häusern, die auch im übertragenen Sinn um kleinere und größere Fabriken kreisen. Eine eigentliche Mitte fehlt der Stadt. Bildhaft und zugespitzt könnte man in Hinblick auf Villingen und Schwenningen von zwei Schwestern sprechen, die



Villingen – eine planmäßig angelegte historische Stadt.



nicht viel miteinander im Sinne hatten: die eine schön, die andere fleißig. Seit 1326 war Villingen Teil Vorderösterreichs, bis es 1806 zu Baden kam. Schwenningen gehörte seit 1444 zu Württemberg. Dem entsprechend wurde Schwenningen im Zuge der Reformation evangelisch-lutherisch, während Villingen beim alten – römisch-katholischen – Glauben blieb.

Zu dem Gegensatz Stadt–Dorf kam nunmehr, mentalitätsbildend, der von katholisch–evangelisch. Da beide vorgeschobene Posten waren, prägte sich der Unterschied besonders aus. Württemberg war, wegen seiner verhältnismäßig schlechten Ressourcenausstattung (kaum Bodenschätze, nur wenige fruchtbare Gegenden), ein Erziehungsstaat, der mit

Hilfe der Kirche die Menschen zu disziplinieren suchte: zu Fleiß, Ordnungsliebe, Bescheidenheit der Lebensführung, Sparsamkeit angeleitet – mit Erfolg. In der vorgeschobenen Lage mussten dann die protestantisch-württembergischen Tugenden besonders scharf eingeübt werden. Das katholische Umland und vor allem auch Villingen lagen viel zu nahe. Allzu gerne lief man – verbotenerweise – ins „Katholische", der Vergnügungen wegen, einschließlich der Fasnacht in Villingen, die im Protestantischen verpönt war – und es bis heute zum Teil immer noch ist. Das besonders Schwäbische ist auch heute noch in allen vorgeschobenen Posten zu beobachten, so in Alpirsbach oder in Tuttlingen (bis heute gehört Schwenningen zum evangelischen Kirchenbezirk Tuttlingen). Die für Altwürttemberg kennzeichnende Erbsitte der Realteilung, nach der jeglicher Besitz im Erbfall auf alle Kinder aufgeteilt wird, führte tendenziell zur Verkleinerung der Nahrungsgrundlage, sodass Zuverdienst erforderlich war, was auch eine erhebliche Findigkeit verlangte. So entstand der schwäbische Tüftler, der auch aufgriff, was in der (katholischen) Umgebung erfunden worden war, aber nicht immer richtig professionell und kommerziell genutzt wurde, wie beispielsweise die Uhren, deren Ursprung rund um Triberg und St. Peter im Schwarzwald liegt.

So ist Schwenningen nicht der Geburtsort der Uhren, doch hier wurden sie im großen Stil fabrikmäßig produziert, als Massenware und in Weiterentwicklung alle möglichen feinmechanischen, zeitmessenden Produkte wie Stechuhren, Parkuhren oder Fahrtenschreiber. Aus kleinen, handwerklichen Anfängen entstanden Weltfirmen wie Haller, Kienzle, Mauthe mit ihren Zulieferern. Was sich an Industrie in Villingen im 19. Jahrhundert ansiedelte, lag draußen vor der Stadt und kam unternehmerisch eher von auswärts. Bemerkenswert ist, dass die durch die Industrialisierung ausgelöste Zuwanderung in Schwenningen weitgehend aus protestantisch-württembergischen Gebieten erfolgte, obwohl die Stadt sich eher in isolierter Lage befand.

Im Gegensatz zu Villingen und seiner katholischen Umgebung kannte man im Württembergischen den heftigen Kulturkampf zwischen ultramontaner, das heißt der auf Rom „militärisch" ausgerichteten, katholischen Kirche einerseits und liberalem Staat andererseits nicht. Ähnliches gilt für die Revolution von 1848/49, die in Deutschland einzig in Baden kurzzeitig erfolgreich war. In Folge dieser Unterschiede hat sich auch das Parteiensystem unterschiedlich entwickelt: In Villingen dominierte die katholische Zentrumspartei, in Schwenningen waren es die württembergischen Liberalen und die Sozialdemokratie, weil hier durch die angesiedelten Firmen auch eine entsprechende Arbeiterschaft vorhanden war.

Der schwierige Prozess des Zusammenwachsens

Vor diesem Hintergrund ist es nur zu verständlich, dass auch 40 Jahre nach Bildung der neuen Stadt Villingen-Schwenningen noch keine Einheit geworden ist. Schon ein gemeinsamer Name für das neue Gebilde wurde nicht gefunden. Man wählte die Bindestrichlösung unter Beachtung der Ausgangsgröße,



Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts hat sich Schwenningen rasch vom Arbeiterdorf zur Industriestadt entwickelt.



Produktionshalle der Firma Mauthe in Schwenningen 1955: Blick in die Montagehalle für Tisch- und Hausuhren. Der Traditionsbetrieb wurde 1844 in Schwenningen gegründet und ist eng verbunden mit dem Ruhm der Schwarzwälder Uhrenfabrikation. Im Jahr 1975 wurde allerdings eine über 130-jährige Firmengeschichte beendet.

nicht des Alphabets (Villingen 38 778, Schwenningen 34 994 Einw.) Alle anderen Vorschläge wurden verworfen. Kuriositätshalber sei der Vorschlag „Filbingen" erwähnt, kreiert nach dem Ministerpräsidenten Hans Filbinger (CDU) zur Zeit der Gemeindereform. Ein gemeinsames Stadtwappen wurde erst 2001 gefunden, also nahezu 30 Jahre nach der Stadtgründung. Bis dahin hatte man aushilfsweise das Landeswappen genutzt. Nach wie vor hat die Stadt zwei Rathäuser, in denen der Gemeinderat abwechselnd tagt. Eine gemeinsame Stadtmitte gibt es nicht, obwohl sie vom langjährigen Oberbürgermeister Gebauer angestrebt wurde. In dem leeren Raum zwischen den beiden Ausgangsstädten hatte sich zunächst die Post niedergelassen. Die neue Hochschule der Polizei kam am Rande dazu. Ferner die Berufsakademie (heute: Duale Hochschule Baden-Württemberg) sowie eine Außenstelle der Fachhochschule Furtwangen. Hinzu kommt ein neues Zentralklinikum. Nach wie vor werden in den Ortsteilen unterschiedliche Zeitungen gelesen, so in Villingen der *Südkurier* aus dem badischen Konstanz, in Schwenningen die *Neckarquelle* (Südwestpresse) und der *Schwarzwälder Bote* aus dem württembergischen Oberndorf. Schaut man sich die Lokalteile der Zeitungen an, kann man manchmal den Eindruck gewinnen, es handle sich um zwei verschiedene Gemeinden. Im Übrigen kann man auch anderswo in Baden-Württemberg feststellen, dass die Verbreitung der Heimatzeitungen von der kommunalen Gebietsreform unberührt geblieben ist, zu ausgeprägt ist die „Blatttreue" der Leserschaft.

Lokal übergreifende Institutionen scheinen die neue Stadt beinahe zu ignorieren. So kann man mit der Deutschen Bahn nur entweder „Villingen (Schwarzwald)" oder „Schwenningen (Neckar)" anfahren. Ein gemeinsamer Bahnhof dazwischen würde ja auch wortwörtlich ins Leere laufen. Villingen und Schwenningen haben auch unterschiedliche Vorwahlen im Telefonverkehr: 07721 bzw. 07720. Wenig überraschend ist, dass die beiden Kirchen die Gemeindefusion nicht mitvollzogen haben. So gehören auf katholischer Seite die badischen Gebiete zum Erzbistum Freiburg, die württembergischen zum Bistum Rottenburg-Stuttgart. Auf evangelischer Seite ist es die Landeskirche Baden mit Sitz in Karlsruhe bzw. die Württembergische Landeskirche mit Sitz in Stuttgart. Denn schließlich sind nach der Neuordnung der katholischen Kirche im gesamten süddeutschen Raum 1821 nirgendwo mehr die Bistumsgrenzen verändert worden. Auf evangelischer Seite kamen immerhin 1952 durch einen Vertrag die (vergleichsweise wenigen) Protestanten Hohenzollerns von der Rheinischen Landeskirche zur Württembergischen Landeskirche. Alte Verwaltungsstrukturen lassen sich so am besten auf den Karten bischöflicher Jurisdiktionsbezirke erkennen.

Von Bedeutung ist hierbei, dass somit auch das jeweilige konfessionelle Vereinswesen in verschiedene Himmelsrichtungen orientiert ist, zum Beispiel nach Freiburg oder Rottenburg. Gleiches gilt zudem auch für die „weltlichen" Vereine, wie im Sport oder auch in der Landwirtschaft, die den badischen und württembergischen Verbänden angehören. Dass sich diese Struktur nicht gerade integrationsfördernd für die neuen Verwaltungseinheiten auswirkt, liegt auf der Hand.

Das Ergebnis der Gebietsreform

Das Ergebnis der territorialen Gebietsreform fiel in Baden-Württemberg vergleichsweise sanft aus, gerade in Vergleich mit anderen Bundesländern, die im gleichen Zeitraum territoriale Gebietsreformen durchgeführt haben. So sind in Nordrhein-Westfalen – bei rund 18 Millionen Einwohnern – lediglich 396 selbstständige Gemeinden übriggeblieben. In Baden-Württemberg sind es aktuell 1101 Gemeinden bei insgesamt aktuell 10,7 Millionen Einwohnern. Nach wie vor ist Baden-Württemberg ein Land der kleinen und mittleren Gemeinden. Nur vier (Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe, Freiburg) weisen mehr als 200 000 Einwohner auf (in NRW 15), was man nach der kommunalen Gebietsreform als untere Grenze für eine Großstadt ansehen kann. Legt man den alten Maßstab der Statistikerkonferenz von 1887 mit 100 000 Einwohnern an, kommen die fünf Städte Heidelberg, Heilbronn, Pforzheim, Ulm und Reutlingen hinzu (in NRW 14). Ziemlich genau 1000 Gemeinden in Baden-Württemberg haben lediglich bis zu 20 000 Einwohner, davon 413 nur bis zu 5000 Einwohner. In den Gemeinden bis zu 20 000 Einwohnern leben immerhin 52,2 Prozent der Menschen; in den Gemeinden über 100 000 demgegenüber nur 18,9 Prozent der Baden-Württemberger. Kleinere Gemeinden sind nicht zuletzt dadurch möglich, dass Verwaltungsgemeinschaften zur gemeinsamen Erledigung von Aufgaben gebildet werden können, auch indem in einer Gemeindeverwaltung beispielsweise die Haushalte für jeweils die anderen aufgestellt werden können.

Die Verwaltungsreform in Baden-Württemberg war ursprünglich viel weiter gedacht als das, was sich heute als Ergebnis präsentiert: Eine Funktionalreform sollte der Territorialreform folgen, sie ist jedoch eher Stückwerk geblieben, zumindest für einige Jahrzehnte. Erst Erwin Teufel war es dann, der zum Ende seiner Amtszeit (1991–2005) als Ministerpräsident eine umfassendere Funktionalreform durchsetzte. Sie trat zum 1. Januar 2005 in Kraft. Kurz charakterisiert, hob sie die staatlichen Sonderbehörden (z. B. Oberschulämter, Gewässerdirektionen) auf und gliederte ihre Zuständigkeiten in die Regierungspräsidien und Landratsämter ein. Die Regierungspräsidien wuchsen so auf das Drei- bis Vierfache ihres bisherigen Personalbestandes an. Waren die Landratsämter als doppelköpfige Institution (zum Teil Organe der Selbstverwaltung, zum Teil als staatliche Behörde tätig) bislang zu zwei Dritteln mit Kommunalaufgaben beschäftigt, sind es nunmehr die Staatsaufgaben, die dominieren. Somit ist heute für Baden-Württemberg eine Dreigliederung des Verwaltungsaufbaus kennzeichnend: Ministerialebene mit Ressortprinzip, Regierungsbezirke mit Bündelungs- und Vermittlungsaufgaben und regionaler Zuständigkeit sowie Landratsämter/Gemeinden, die auch Staatsaufgaben in Delegation wahrnehmen. Um das hinzubekommen, mussten einige Systemwidrigkeiten in Kauf genommen werden: So sind beispielsweise das Landesdenkmalamt und das Landesgesundheitsamt im Regierungspräsidium Stuttgart angesiedelt, aber für ganz Baden-Württemberg zuständig.

Schaut man abschließend noch einmal auf Villingen-Schwenningen, präsentiert sich die Stadt als ein Baden-Württemberg im Kleinen, als Bindestrichstadt im Bindestrichland, als eine Baden-Württemberg-Stadt. Die Gegensätze dieses Landes und deren Integrationsprobleme zeigen sich hier exemplarisch. Sie zu meistern und daraus Zukunftschancen zu entwickeln, bleibt weiterhin als Aufgabe.



Die Hochschule der Polizei Villingen-Schwenningen, 1979 als die erste ihrer Art in Deutschland gegründet, verdankt ihren Standort nicht zuletzt der Gemeindereform. Gelegen zwischen Villingen und Schwenningen, studieren hier rund 1300 Polizisten für jeweils drei Jahre.



Das selbstbewusst-alemannische „Nai hämmer gsait!“ steht symbolisch für den erfolgreichen und stilbildenden Widerstand der Umwelt- und Anti-Atomkraftbewegung rund um den kleinen Ort Wyhl am Kaiserstuhl, wo in den 1970er-Jahren der Bau eines Atomkraftwerks verhindert werden konnte. Wyhl ist damit zum Geburtstort der Umwelt- und Anti-Atomkraft-bewegung in ganz Deutschland geworden.

Wyhl

„Nai hämmer gsait!“ – stilbildender ziviler Widerstand am Kaiserstuhl

Ulrich Eith

Der Juni 2011 steht für eine historische Zäsur in der deutschen Energiepolitik. Als Reaktion auf die verheerenden Unfälle im japanischen Kernkraftwerk Fukushima vom März 2011 hat die Bundesregierung unter der CDU-Kanzlerin Angela Merkel am 6. Juni 2011 den schrittweisen Atomausstieg bis 2022 beschlossen. Der Deutsche Bundestag stimmte dem am 30. Juni 2011 zu. Viele Aktivisten der Anti-Atomkraftbewegung reagierten mit gemischten Gefühlen. Seit etwa 40 Jahren fordern sie diese Energiewende mit dem Hinweis auf die letztlich unverantwortbaren Risiken der Atomtechnologie. Dennoch bedurfte es erst der aufwühlenden Bilder aus Japan, um in der breiten Öffentlichkeit und bei der Regierung einen entsprechenden Stimmungsumschwung herbeizuführen. Allerdings ist auch richtig, dass die Anti-Atomkraftbewegung in Deutschland einen weit größeren Einfluss auf Politik und Gesellschaft ausüben konnte als in den meisten europäischen Nachbarländern.

Beobachtbar ist dies in besonderer Deutlichkeit in Südbaden. Freiburg – inzwischen mit dem programmatischen Label „Green City“ ausgestattet – ist auch bundesweit eine Hochburg der Partei Bündnis 90 / Die Grünen, zu deren Wurzeln die Anti-Atomkraftbewegung zählt.

Die Region Freiburg hat sich zudem über die Jahre hinweg zu einem weltweit beachteten Zentrum der Umwelt- und Solartechnologien entwickelt. Da passt es ins Bild, dass die Ursprünge der Anti-Atomkraftbewegung ebenfalls eng mit Südbaden, genauer mit dem Ort Wyhl am Kaiserstuhl, verbunden sind.





Der Bürgerprotest gegen das geplante Kernkraftwerk war breit und in allen gesellschaftlichen Gruppen verankert. Er reichte vom bäuerlichen Milieu am Kaiserstuhl bis hin zum studentischen Milieu in der nahen Universitätsstadt Freiburg.

Mythos Wyhl

Das heute etwa 3700 Einwohner zählende Wyhl liegt am nördlichen Rand des Kaiserstuhls, unweit der Rheinauen und umgeben von Obstbäumen und alten Streuobstwiesen. Die über tausendjährige Siedlungsgeschichte weist die typischen historischen Besonderheiten vieler katholisch geprägter Ortschaften im Südwesten auf. Ab 1375 gehörte Wyhl für über vier Jahrhunderte zu Vorderösterreich, bevor es 1806 durch Napoleon zu Baden kam. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts etablierte sich im Ort die Zigarrenindustrie und bestimmte über Jahrzehnte hinweg das lokale Wirtschaftsgeschehen.

Kaum etwas verweist heute auf die überregionale Bedeutung, die Wyhl in den 1970er-Jahren durch den Widerstand gegen das nahe am Ort geplante Atomkraftwerk erlangte. Damals führte der Schulterschluss von einheimischer Landbevölkerung und akademischen Kreisen aus Freiburg zur längerfristigen Besetzung des Bauplatzes. Er zog eine hohe mediale Aufmerksamkeit nach sich und erzwang letztlich den Abbruch des gesamten Bauvorhabens. Der erfolgreiche Widerstand wurde zum Symbol für die Wirkungsmacht außerparlamentarischer politischer Einflussnahme und den heraufziehenden gesellschaftlichen Wandel in der Bundesrepublik. Ein dreifacher Mythos vom Ursprung rankt sich seither um die Verhinderung des Atomkraftwerks: Wyhl steht erstens für den Beginn der Anti-Atomkraftbewegung in der Bundesrepublik Deutschland, zweitens war der Widerstand in Wyhl stilbildend für den Aufschwung der sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen ab Mitte der 1970er-Jahre und drittens gelten bis heute die Ereignisse in Wyhl als eine entscheidende Wegmarke zur Gründung und Etablierung der Grünen im Südwesten.

„Saubere“ Energie, Wirtschaftswachstum und Impuls für den Oberrhein: die Zielvorstellungen der Landesregierung

Verständlich wird die Symbolkraft des Widerstands in Wyhl vor dem Hintergrund der geschichtlichen Ereignisse und zeitbedingten Einstellungen. Aus heutiger Sicht gelten die 1960er- und 1970er-Jahre als ausgesprochen technik- und fortschrittsgläubig. Noch war der Optimismus der Funktionseliten in Politik, Wirtschaft und Verwaltung ungebrochen, wirtschaftliche und gesellschaftliche Prozesse zielgerichtet planen und steuern zu können. Mit der Bildung der Großen Koalition in Bonn 1966 waren gesellschaftspolitische Reformen und ökonomische Modernisierungsprozesse ins Zentrum des politischen Handels gerückt. Eine Schlüsselrolle kam hierbei dem damals noch als unkritisch angesehenen Wirtschaftswachstum zu, galt dieses doch als zentrale Voraussetzung für den Ausbau des Sozialstaates und für mehr soziale Gerechtigkeit.

Vom Ausbau der als „sauber“ angesehenen Atomenergie versprachen sich viele eine effektive und preisgünstige Stromversorgung gerade auch für den industriellen Bedarf sowie vielfältige Impulse für die wirtschaftliche und technologische Entwicklung. Dieser Ausbau war zudem Teil der politischen Ambitionen, den Oberrheingraben, der durch die Folgen des Versailler Vertrags noch weitgehend ländlich strukturiert war, umfänglich zu industrialisieren und massiv wirtschaftlich zu fördern. Die Landesregierung beabsichtigte, hierfür allein in Baden-Württemberg fünf neue Atomkraftwerke in Rheinnähe zu bauen. Vorbild war das Ruhrgebiet, Fernziel war die Schaffung einer europäischen Industrieachse entlang des Rheins von Basel bis Rotterdam. Die vielfach zitierte Bemerkung des damaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Karl Filbinger aus einer Regierungserklärung von 1975, dass ohne das Kernkraftwerk Wyhl zum Ende des Jahrzehnts in Baden-Württemberg die ersten Lichter ausgehen würden, verdeutlicht in aller Klarheit den zu diesem Zeitpunkt noch vorherrschenden Fortschrittsglauben und die Größenordnung der geplanten großindustriellen Umstrukturierungen.

Die Chronologie des Widerstands

Als Standort für das neue Atomkraftwerk war zunächst Breisach vorgesehen, nicht weit vom ebenfalls projektierten – und später auch gebauten – Atomkraftwerk Fessenheim auf der französischen Rheinseite. Bereits 1972 jedoch kam es zu massiven Protesten der Winzer im benachbarten Kaiserstuhl, wo die umfangreiche, staatlich geförderte Rebumlegung und Flurbereinigung zur Schaffung von Großterrassen für einen effektiven Weinbau im vollen Gange war. Sie fürchteten einen Anstieg der Luftfeuchtigkeit und eine Beeinträchtigung der Sonneneinstrahlung durch den zu erwartenden Wasserdampf aus den geplanten großen Kühltürmen.

Der gut organisierte Protest hatte Erfolg, zumal mit dem Rheinauewald bei Wyhl bereits im Sommer 1973 ein alternativer Bauplatz zur Verfügung stand. Unterstützung hierzu kam vom Wyhler Bürgermeister, der auf wirtschaftliche Vorteile hoffte und im Ort Befürworter für den Bau des Kern-

Gegner des geplanten Atomkraftwerks in Wyhl empfingen am 8. Oktober 1976 den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Karl Filbinger (links) in Kiechlingsbergen, einer Nachbargemeinde von Wyhl. Der „Landesvater“ wurde ausgebuht, und es wurde mit Transparenten und Sprechchören gegen das Kraftwerkvorhaben protestiert.



kraftwerks hinter sich wusste. Anders hingegen sah es in den meisten Nachbargemeinden aus, wo Bevölkerung und Rathäuser schon bald weitgehend gemeinsam den Protest gegen das geplante Atomkraftwerk organisierten.

Zum Rückgrat des Widerstands wurden die neuen Bürgerinitiativen, eine für deutsche Verhältnisse damals noch ungewöhnliche zivilgesellschaftliche Organisationsform. Zur Durchsetzung ihrer Interessen verfolgten sie verschiedene Strategien, die Jahre später dann auch andernorts immer wieder zu beobachten waren. 1973/74 setzen sie zunächst auf die Mobilisierung der Öffentlichkeit durch Informationsveranstaltungen über die Schwachstellen und Folgen der Nukleartechnik. Nicht selten verfügten die Widerstandsaktivisten hierbei über detailreichere Sachkenntnisse als die Experten der Landesregierung oder des regionalen Energieversorgers, des „Badenwerks". Es galt, durch Sachaufklärung die passive Mehrheit im näheren und weiteren Umkreis des Bauplatzes zur aktiven politischen Mitarbeit zu mobilisieren. Hinzu kamen schon bald Formen des zivilen Ungehorsams. Als im Herbst 1974 das Genehmigungsverfahren eingeleitet wurde, zwangen die Gegner des Baus Politikerinnen und Politiker zur Diskussion, etwa durch einen Besuch von 700 südbadischen Atomkraftgegnern im Stuttgarter Landtag oder auch durch die Blockade einer Fraktionssitzung der CDU-Landtagsfraktion in Kiechlingsbergen im Kaiserstuhl durch Winzer und Bauern mit ihren Traktoren.



Mit Beginn der Bauarbeiten am 18. Februar 1975 besetzte dann eine überwiegend aus Winzern und Bauern – unter ihnen etliche Winzer- und Bauersfrauen – bestehende Gruppe spontan den Bauplatz. Erste Erfahrungen mit dieser neuen Protestform hatten die Aktivisten nur wenige Wochen zuvor im französischen Marckolsheim auf der gegenüberliegenden Rheinseite gesammelt, wo Elsässer und Badener auf diese Weise gemeinsam den Bau eines Bleichemiewerks verhindern konnten. Am 20. Februar 1975 ließ die Landesregierung den Platz in Wyhl durch die Polizei zwischenzeitlich räumen, nur kurze Zeit später erfolgte die erneute, gut neun Monate andauernde Besetzung des Bauplatzes in Wyhl. Die Klagen der Gemeinden Endingen, Forchheim, Lahr, Sasbach, Schwanau, Weisweil und einiger Privatpersonen gegen den Bau scheiterten am 14. Oktober 1975 vor dem Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg in Mannheim, nachdem das Freiburger Verwaltungsgericht zuvor einen Baustopp verfügt hatte. Die Landesregierung durfte den ersten Bauabschnitt auf eigenes Risiko weiterführen. Die grundsätzliche Entscheidung über den Bau des Atomkraftwerks stand allerdings noch aus und oblag weiterhin dem Verwaltungsgericht Freiburg.

Die Platzbesetzer richteten sich dauerhaft ein. Sie organisierten Kulturveranstaltungen und gaben eine Besetzerzeitung heraus. Die auf dem Bauplatz gegründete „Volkshochschule Wyhler Wald" bot mit Expertenvorträgen und Diskussionsveranstaltungen ein wichtiges, integrierendes Forum des Widerstands. Schnell entwickelte die Besetzung eine Anziehungskraft weit über die Region hinaus, entsprechend groß war auch das Interesse der überregionalen Medien. Aus ganz Deutschland kamen Sympathisanten zur Unterstützung, nicht immer zur Freude der regionalen Aktivisten aus Südbaden und dem Elsass. Trotz manch interner Konflikte gelang es den Atomkraftgegnern, ihre Protestaktionen gewaltfrei und friedlich durchzuführen.

Bauplatzbesetzung in Wyhl, aufgenommen am Ostermontag 1975. Mit Vorträgen und Diskussionen war vor allem die „Volkshochschule Wyhler Wald" ein zentraler Teil des Protests der Bürgerinitiativen. Auch nach der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Freiburg gegen den Baubeginn blieb das Gelände des geplanten Kernkraftwerks besetzt.

Im Streit um den Ausbau der Bahnstrecke Karlsruhe–Basel erklärten Bürger im Oktober 2010 eine Straße zum güterzugfreien Wohngebiet. Das „Nai hämmer gsait“ aus Wyhl galt dabei als Vorbild.



Angesichts des andauernden Widerstandes nahm die Landesregierung schließlich Verhandlungen mit den Besetzern auf. Nach der Zusicherung eines vorläufigen Baustopps und der Einstellung sämtlicher Verfahren gegen die Atomkraftgegner räumten die Bürgerinitiativen Anfang 1976 das Gelände. Im März 1977 untersagte das Verwaltungsgericht Freiburg in nächster Instanz den Bau, 1982 erklärte ihn der Mannheimer Verwaltungsgerichtshof wieder für rechtens. Erneut demonstrierten in Wyhl 30 000 Atomkraftgegner. Auch in der Öffentlichkeit hatten die kritischen Auseinandersetzungen mit der Atomenergie zwischenzeitlich einen immer größeren Raum eingenommen. Es waren nicht zuletzt die wiederholten Störfälle im nordenglischen Sellafield 1957, 1973 und die partielle Kernschmelze im US-Reaktor Three Mile Island 1979, die das gesamte Atomprogramm von Bund und Landesregierung in die Kritik brachten. Die Technik- und Planungseuphorie der späten 1960er-Jahre war verflogen. 1983 verfügte Ministerpräsident Späth dann den vorläufigen Stopp des Bauvorhabens in Wyhl mit der Begründung, das geplante Atomkraftwerk sei für die wirtschaftliche Entwicklung der Region auf absehbare Zeit nicht notwendig.

Ermutigend und stilbildend: die weitreichenden Folgen von „Wyhl“

Die Bedeutung Wyhls für die Entwicklung der Neuen Sozialen Bewegungen und besonders der Anti-Atomkraftbewegung beruht zunächst schlicht auf dem Erfolg des praktizierten Widerstands. „David“ – die lokale Bevölkerung – hatte sich gegen den mächtigen „Goliath“ – die Landesregierung – behauptet und durchgesetzt. Wyhl hatte es gezeigt: Der Widerstand von unten gegen staatliche Bevormundung von oben war nicht nur organisierbar, er war auch erfolgreich. Bezeichnend für den Anspruch und zunehmend auch das Selbstbewusstsein der Atomkraftgegner war deren apodiktischer Slogan: „Nai hämmer gsait!“ („Nein haben wir gesagt!“). Wohl millionenfach findet er sich auf Ansteckbuttons, Aufklebern und Flugblättern.

Darüber hinaus trug die Auseinandersetzung in Wyhl mit dazu bei, neue Beteiligungs- und Protestformen als Mittel legitimer demokratischer Einflussnahme auch über studentische Kreise hinaus zu etablieren. Zum Einsatz kam nahezu das gesamte Repertoire der damals als unkonventionell bezeichneten Beteiligungs- und Aktionsformen – von der Aufklärung und Mobilisierung der Öffentlichkeit durch Druckerzeugnisse und Diskussionsveranstaltungen über die Durchführung von Protestdemonstrationen und Mahnwachen, den Einsatz juristischer Mittel wie Verfahrenseinsprüche oder Verfassungsbeschwerden bis hin zu Maßnahmen des zivilen Ungehorsams wie Blockaden, Boykotte und Besetzungen. Hierbei war die Gewaltfreiheit gegen Personen und Sachen für die Wyhler Bürgerinitiativen und den allergrößten Teil der nachfolgenden Neuen Sozialen Bewegungen eine zentrale Voraussetzung, auch wenn die Grenzen nicht immer und überall strikt eingehalten wurden. Kurzum, in Wyhl wurden die neuen Instrumentarien des zivilgesellschaftlichen Protestes und der direkten, außerparlamentarischen politischen Einflussnahme erfolgreich praktiziert. Wyhl wirkte in dieser Hinsicht ermutigend und stilbildend. Wyhl galt als Vorbild für spätere Aktionen und Auseinandersetzungen in ganz Deutschland.



Auch beim Widerstand gegen die Atommülldeponie im niedersächsischen Gorleben – hier im Frühjahr 1979 – wurde der erfolgreiche Bürgerprotest in Wyhl als Vorbild zitiert.

„Nicht rechts, nicht links, sondern vorn" – so lautete das Gründungsmotto der Grünen im Januar 1980. In der viel zu kleinen Karlsruher Stadthalle drängten sich über 1000 Delegierte, um die Bundespartei zu gründen.



Zivilgesellschaftliches Expertentum als Merkmal der Neuen Sozialen Bewegungen

In inhaltlicher Hinsicht waren die Argumente und Argumentationsmuster von Befürwortern und Gegnern der Atomenergie durch die Konflikte in Breisach und Wyhl weitgehend bekannt und vielfach durchgespielt. Spätere Auseinandersetzungen um weitere Standorte für Atomkraftwerke folgten fast immer demselben Muster von Argumenten und Gegenargumenten unter Berücksichtigung von regionalen Besonderheiten. Die Aktivisten der Anti-Atomkraftbewegung hatten schon bald die kleinsten technischen Details wissenschaftlich durchgearbeitet und sich zu ausgewiesenen Fachexperten weiterentwickelt. In der Folge wurde dieses zivilgesellschaftliche Expertentum geradezu zum Kennzeichen Neuer Sozialer Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen. Inzwischen greifen selbst Regierungen und öffentliche Verwaltungen immer wieder auf diese Sachkenntnisse zurück. Die inhaltliche Professionalisierung der Anti-Atomkraftbewegung förderte zudem die Überwindung des jeweils lokalen Blickwinkels. Ob Wyhl, Brokdorf oder Grohnde, bis hin zur Wahl ihrer Slogans betonten lokale Initiativen ihre grundsätzliche, überregionale Ablehnung von Atomkraftwerken, etwa „Kein AKW in XY und anderswo".

Überdies rückte die Systematisierung der Argumente der Atomkraftgegner die vielfältigen Anknüpfungspunkte und die inhaltliche Nähe zur Umweltschutz- und auch zur Friedensbewegung stärker ins Bewusstsein. Ausgehend von ökologischen und pazifistischen Grundpositionen hat sich in Deutschland wie auch in anderen westlichen Industriestaaten über die 1970er-Jahre hinweg eine vielfältige Bewegungslandschaft herausgebildet, die die traditionellen Lebensgewohnheiten, Geschlechterrollen und gesellschaftlichen Organisationsformen in Frage stellte. In den Universitäts- und Dienstleistungsstädten und insbesondere im südbadischen Freiburg entstand ein facettenreiches alternatives Milieu, das sich in Stil, Lebensweise und politischer Wertausrichtung deutlich von den vorherrschenden gesellschaftlichen Normvorstellungen abhob und letztlich die Basis für die Entstehung und Etablierung der im Januar 1980 in Karlsruhe gegründeten Partei Die Grünen darstellte.

Die Proteste in Wyhl verdeutlichten auch, dass der Widerstand gegen die Kernenergie eine breite, bis in bürgerliche Kreise hineinreichende gesellschaftliche Unterstützung

mobilisieren konnte. Treibende Kraft bei der Bauplatzbesetzung waren Männer und Frauen aus der Region, aktiviert aus Sorge um die eigenen Lebensgrundlagen und enttäuscht von der eigenen Landesregierung. Hinzu kamen Akademiker und Studierende, häufig zunächst aus Freiburg, die nach den Erfahrungen der Studentenunruhen weit stärker auch aus politischen Motiven handelten. Angesichts dieser regionalen Allianz schlugen jedoch sämtliche Versuche der Politik in Stuttgart, die Atomkraftgegner als zugereiste Radikale und prinzipielle Systemgegner zu diffamieren, schon im Ansatz fehl.

Vielschichtige Motivlagen der Aktivisten

Vielschichtig bleiben letztlich die grundlegenden Motivlagen der Aktivisten. Sicherlich umfassten die Aktionen der Anti-Atomkraft- und der Umweltschutzbewegung gerade in den Anfangsjahren immer auch zivilisationskritische Aspekte. Protestiert wurde trotz aller regionalen Anlässe und Besonderheiten auch gegen die technik- und fortschrittsgläubige Grundeinstellung in den westlichen Gesellschaften. Entgegengestellt wurde dem Kult des Machens und Habens eine Kultur des Seins, der umfassenden Reflexion und selbstbestimmten Beteiligung. Man mag es begrüßen oder beklagen – die Protestkultur der 1970er-Jahre trägt Züge einer romantischen Gegenbewegung angesichts der damals noch ungebrochenen und weithin unhinterfragten Rationalitäten der auf Wachstum und Fortschritt programmierten modernen Industriegesellschaft. Ob mit diesem Protest tatsächlich die in der Bewegungsliteratur vielfach herausgestellte eigentliche Demokratisierung Deutschlands und ein Aufbruch in eine andere Gesellschaft gelang, mag umstritten sein. Nicht von der Hand zu weisen ist freilich, dass die „romantische“ Technikskepsis der Anti-Atomkraftbewegung spätestens nach den Katastrophen von Tschernobyl 1986 und Fukushima 2011 ihre späte Rechtfertigung erhalten hat.

Konkreter stellen sich die Motivlagen der lokalen Atomkraftgegner der ersten Stunde in Wyhl dar. Zunächst handelten sie aus Sorge um ihre Existenzgrundlagen, die Reben und das Ackerland. Überzeugend hat der Historiker Jens Ivo Engels darüber hinaus die Bedeutung von Heimat – ihrer Bewahrung, Verteidigung und Selbstvergewisserung – als wirkungsvolles Antriebsmoment des Protests der Kaiserstühler Bevölkerung herausgearbeitet. Flugblätter, Kampflieder und frühe Bilanzen regionaler Autoren stellen den Widerstand gegen

Immer wenn der Dialekt ins Spiel gebracht wird, geht es um Bewahrung, um Heimat und Identität, aber auch um Abgrenzung. Der Bürgerprotest in Wyhl war auch ein Protest gegen den vermeintlichen „Stuttgarter Zentralismus“.



das geplante Atomkraftwerk immer wieder in eine Reihe mit den Bauernkriegen und der vom Großherzogtum Baden ausgehenden Revolution von 1848. Unterstrichen wird der regionale Bezug durch die demonstrative Herausstellung des Alemannischen und den Schulterschluss mit den ebenfalls zum alemannischen Volksstamm zählenden Elsässern in Frankreich und – bereits mit Abstrichen – den Nordschweizern. „Nai hämmer gsait!“ steht aus dieser Perspektive auch für Selbstbehauptung, Heimatsicherung, alemannische Identität und Solidarität sowie gegen die historisch häufig erfahrene Fremdbestimmung, diesmal aus der schwäbischen Landeshauptstadt Stuttgart.



Ohne „Wyhl“ kein grüner Ministerpräsident: Am 27. März 2011 feiert Winfried Kretschmann seinen Wahlsieg, der ihn zum ersten grünen Ministerpräsidenten in Deutschland werden ließ.

Was ist geblieben?

Was bleibt nun knapp 40 Jahre später? In Wyhl selbst und rund um den Kaiserstuhl erinnert kaum mehr etwas an diese ereignisreichen, ungewöhnlichen Monate im Jahr 1975, kaum Mahnmale – das auffälligste sicherlich in Niederrotweil – und erst recht keine regelmäßigen öffentlichen Festivitäten. Bei den Ausführungen zur über tausendjährigen Geschichte Wyhls auf der offiziellen Homepage der Gemeinde findet der erfolgreiche Widerstand gegen das geplante Atomkraftwerk keine Erwähnung. Und auch die ehemaligen Aktivisten legten in der Folgezeit eine erstaunliche öffentliche Zurückhaltung an den Tag, bedenkt man die überregionale Bedeutung der monatelangen Bauplatzbesetzung. Die allermeisten Landwirte und Winzer wandten sich schon bald wieder ihrer eigentlichen Arbeit zu. Die Normalität ist rasch zurückgekehrt. Der Widerstand war Neuland gewesen und hatte Kraft gekostet. Die im Widerstand aufgebrochenen lokalen Konflikte in Wyhl und mit den Nachbargemeinden mussten im Interesse eines weiteren Miteinanders befriedet werden. Vordergründig ist die Region wieder zu der Provinz geworden, die sie vor der Ausweisung des Bauplatzes für ein Atomkraftwerk war. Ein Zentrum der Kapitalismuskritik ist hier nicht entstanden und der Aufbruch in eine neue Gesellschaft lässt hier nicht zuletzt angesichts manch rechtsextremer jugendlicher Umtriebe, wie sie auch in anderen ländlichen Regionen zu beobachten sind, weiter auf sich warten. Veränderungen werden erst auf den zweiten Blick erkennbar, etwa im hohen Stellenwert, der dem ökologischen Landbau beigemessen wird oder auch in der Tatsache, dass die Grünen in der Region Südlicher Oberrhein meist deutlich besser abschneiden als in anderen ländlichen Regionen Baden-Württembergs. Die hohe Sensibilität für Umweltfragen hat sich erhalten. Und am Ostermontag 2011, gut einen Monat nach dem Reaktorunglück im japanischen Fukushima, haben Tausende erneut ihre alten Fahnen ausgepackt, die frühere Protestatmosphäre wiederbelebt und wie in alten Zeiten an den Rheinbrücken demonstriert – diesmal gegen das französische Atomkraftwerk Fessenheim.

Freiburg und sein grün-alternatives Milieu

Weit offensichtlicher verliefen die Entwicklungen in der nahegelegenen Universitätsstadt Freiburg. Ab Mitte der 1970er-Jahre hat sich stadtteilbezogen ein grün-alternatives Milieu verfestigt, kulturell getragen von einer breit aufgefächerten Bewegungslandschaft. Grüne und links-alternative Listen fanden hier ideale kommunalpolitische Ausgangsbedingungen. Rasant erfolgte der Aufstieg der Grünen in der Stadt mit früher vorwiegend christdemokratischen Mehrheiten. Inzwischen stellen die Grünen im Gemeinderat die stärkste Fraktion und 2002 wurde Dieter Salomon zum ersten grünen Oberbürgermeister einer deutschen Großstadt mit mehr als 200 000 Einwohnern gewählt. Bei der Landtagswahl 2011, die den Grünen einen fulminanten Wahlsieg und Winfried Kretschmann als erstem Grünen in Deutschland das Amt des Ministerpräsidenten einbrachte, erzielten Bündnis 90 / Die Grünen im Stadtkreis Freiburg mit 43,0 Prozent ein fast genauso hohes Ergebnis wie SPD (23,5 %) und CDU (21,5 %) zusammen. Die Grünen haben derzeit nicht nur in Südbaden alle Chancen, die Grenzen ihres Ursprungsmilieus dauerhaft zu überschreiten und sich zur Volkspartei weiterzuentwickeln.

Positiv wirkte sich der Aufschwung der Umwelttechnologien auf die regionale Wirtschaftsstruktur rund um Freiburg aus. In Kooperation mit der Universität und weiteren renommierten Forschungseinrichtungen konnte sich die Region in den letzten beiden Jahrzehnten zu einem weltweit Beachtung findenden Zentrum für erneuerbare Energien und insbesondere für Solartechnologien entwickeln. Inzwischen ist die „SolarRegion Freiburg“ auf allen wichtigen Fachmessen vertreten. Etwa 2000 Firmen der Umwelt- und Solarbranche bieten derzeit in dieser traditionell industrieschwachen Region zukunftsträchtige Arbeitsplätze an – Tendenz weiter steigend. Offenkundig wird hier, dass die generelle Gleichsetzung von Umweltbewusstsein und Technikfeindlichkeit nicht aufgeht, dass ökologisches Denken sehr wohl die Suche nach neuen Technologien befördern und damit die Wettbewerbsfähigkeit im Markt sichern kann.

Demokratietheoretische Einordnung

Bleibt abschließend noch die Frage nach den Möglichkeiten einer demokratietheoretischen Einordnung des zivilen Widerstands in Wyhl. Die Funktionsfähigkeit und Stabilität von Demokratien beruht entscheidend auf der Bereitschaft aller Beteiligten zum Konsens oder Kompromiss. Da es in pluralistischen Demokratien für richtige oder falsche politische Entscheidungen keine absoluten Maßstäbe geben kann – und auch in Diktaturen letztlich nur willkürliche Maßstäbe rücksichtslos durchgesetzt werden –, erwächst die Legitimität politischer Entscheidungen aus der Transparenz, Berechenbarkeit und Fairness der zugrunde gelegten Verfahren. Verfahrens- und damit Rechtssicherheit ist ein unverzichtbares Merkmal westlicher Demokratien.

Nun ist offensichtlich, dass sich die kompromisslose Forderung der Wyhler Atomkraftgegner „Nai hämmer gsait!“ der Bereitschaft zum Kompromiss entzieht. Hinzu kommt, dass die Besetzung des Bauplatzes das gerichtlich überprüfte Recht des Landes auf Fortführung der Bauarbeiten massiv beeinträchtigte, wenn nicht außer Kraft setzte. Die demokratisch geforderte Rechtssicherheit ist unversehens in einen Gegensatz zum zweiten Grundpfeiler von Demokratien geraten, nämlich zur Akzeptanz der Entscheidungen durch die Betroffenen. Ein kurzer Blick auf „Stuttgart 21“ – dem zentralen baden-württembergischen Konflikt der Gegenwart – verdeutlicht, dass diese Überlegungen keineswegs ein akademisches Glasperlenspiel sind. Auch dort steht das juristisch abgesicherte Recht der Bahn zum Weiterbau des Tiefbahnhofs der fehlenden Akzeptanz bei den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern gegenüber.

Wie viel Kompromisslosigkeit, wie viel Gesinnungsethik (Max Weber) verträgt nun aber eine Demokratie? Es ist ein bleibendes Verdienst der Anti-Atomkraftbewegung, diese zentrale demokratietheoretische Frage auf die Tagesordnung gesetzt zu haben. Man kann mit guten moralischen Gründen die Position vertreten, dass die formale Rechtsstaatlichkeit in besonderen Ausnahmesituationen, etwa bei lebensbedrohenden Konsequenzen, hintan zu stehen hat. Ganz sicher unterliegt man hierbei aber im Einzelfall einer umfassenden Rechtfertigungspflicht. Und die fällt beim Bau eines Atomkraftwerks wesentlich leichter als beim Bau eines unterirdischen Bahnhofs. Für den demokratischen Alltag hingegen gelten die üblichen Verfahren des Vergleichs und der Kompromissfindung. Inzwischen geschieht dies aufgrund der erfolgten Professionalisierung der sozialen Bewegungen zunächst weitgehend ohne größere Massenmobilisierung vor allem nach den Gesetzen des politischen Lobbyismus. So bleibt der zivile Widerstand die letztverbliebene, legitime Handlungsreserve – die *ultima ratio* – für Fälle, in denen die Durchsetzung der formalen Rechtsstaatlichkeit mit womöglich unzumutbaren Konsequenzen für die Betroffenen verbunden ist.



Bei dem Konflikt um das Infrastrukturprojekt „Stuttgart 21“ geht es schon lange nicht mehr nur um einen Bahnhof. Vielmehr haben die Auseinandersetzungen die Frage nach rechtlicher Legitimität und demokratischer Legitimation aufgeworfen.



Die Justizvollzugsanstalt im Stuttgarter Stadtteil Stammheim: Sie ist zur Chiffre geworden für die Provokation der staatlichen Macht und für die größte Herausforderung der Bonner Republik durch den Terrorismus der Roten Armee Fraktion (RAF) in den 1970er-und 1980er-Jahren.

Was macht Stammheim zu „Stammheim“?

Die Provokation des Staates durch die RAF

Thomas Schnabel

In einem Kanadaurlaub, so war 2007 in den *Stuttgarter Nachrichten* zu lesen, wurde der Vorsitzende des Stammheimer Bürgervereins gefragt, woher er komme. Als das Wort Stammheim fiel, war die Antwort: „Ah, the terrorists.“ Anfang 2011 schrieb ein besorgter Stammheimer Bürger anlässlich eines geplanten Asylbewerberwohnheims an seine Bezirksvorsteherin: „Generell beobachte ich, wie wir in Stammheim zunehmend zum Sammelbecken der Negativeinrichtungen von Stuttgart und der Umgebung gemacht werden, nachdem wir mit der JVA ja schon ein schweres Paket zu tragen haben.“ In diesen Zusammenhang passt auch, dass der Bürgerverein Stammheim für 2010 einen Kalender mit Gebäudemotiven aus dem ganzen Stadtbezirk unter dem Titel herausgegeben hatte: „Stammheim ist mehr als …“.

Mit Stammheim wird ein Ort zum Thema, dessen weltweit bekannte Geschichte – die Justizvollzugsanstalt, die Prozesse gegen die Rote Armee Fraktion (RAF) und die Selbstmorde der ersten Generation der RAF-Terroristen Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe – bis heute nicht abgeschlossen ist. Dies zeigt auch der 2011 begonnene Prozess gegen Verena Becker wegen ihrer möglichen Beteiligung an der Ermordung des Generalbundesanwaltes Siegfried Buback und seiner Begleiter.

Mit dieser Aktualität unterscheidet sich Stammheim von der gängigen Definition von Etienne François und Hagen Schulze aus dem Jahre 2001. Danach handelt es sich bei Erinnerungsorten „um langlebige, Generationen überdauernde Kristallisationspunkte kollektiver Erinnerung und Identität“. Dies muss sich im Fall Stammheim erst noch weisen. Unstrittig ist, dass die mit Stammheim verbundenen Vorgänge zu den prägendsten Ereignissen der alten Bundesrepublik gehören, die bis heute die Menschen bewegen.





19. Oktober 1977: Am Tag nach der „Todesnacht von Stammheim“ äußerten die RAF-Anwälte (rechts der spätere Grünen-Politiker und SPD-Bundesinnenminister Otto Schily) bei einer Pressekonferenz erhebliche Zweifel am Selbstmord ihrer Mandanten. Der Mythos der „Gefangenenmorde“ von Stammheim wurde geboren.

Die „Stammheim-Mythen“

Der Politologe Wolfgang Kraushaar hat drei Mythen der RAF herausgearbeitet, die er als die wesentlichen Gründe dafür ansieht, dass die RAF auf der einen Seite von Staat und Medien dämonisiert wurde, mit der sich auf der anderen Seite aber die RAF-Terroristen selbst heroisieren konnten und mit denen es ihnen gelang, trotz aller Tiefschläge immer wieder neue Mitglieder zu rekrutieren. Neben dem Mythos des „bewaffneten Kampfes“, mit dem die RAF ihre Gewalttaten als Befreiungskampf für das Volk verbrämte, waren es vor allem die mit Stammheim verbundenen Mythen der „Isolationsfolter“ und der „Gefangenenmorde“ in der „Todesnacht von Stammheim“, mit denen die RAF-Terroristen zu Märtyrern stilisiert wurden.

Bereits unmittelbar nach den Selbstmorden in den Gefängniszellen von Stammheim im Oktober 1977 äußerten die Anwälte der RAF-Terroristen Zweifel am Selbstmord ihrer Mandanten. Schon bald erschienen mehrere Veröffentlichungen, in denen die staatlichen Untersuchungsergebnisse nicht anerkannt wurden. So überschrieb der *Arbeiterkampf*, die Zeitung des Kommunistischen Bundes, eine Ausgabe mit dem Titel *Wir glauben immer noch nicht an Selbstmord*. Abgebildet war Bundeskanzler Helmut Schmidt als amerikanische Unabhängigkeitsstatue. In der rechten Hand hielt er eine rauchende Pistole, am Boden lag der tote Andreas Baader. Angehörige der Toten veröffentlichten wohl 1979 eine Publikation unter dem Titel *Wer jetzt noch von Selbstmorden spricht, redet einer Lüge des SPD-Staates das Wort*. Dabei wurde Bezug genommen auf Beweisanträge, Erklärungen und Plädoyers aus dem Prozess gegen die Rechtsanwälte Arndt Müller und Armin Newerla, die Pistolen und andere Materialien für die RAF-Häftlinge in die Stammheimer Justizvollzugsanstalt geschmuggelt hatten.

So eindeutig wie in dieser Publikation nimmt der Autor Helge Lehmann in seinem Buch *Die Todesnacht von Stammheim* (2011) nicht mehr Stellung. Allerdings zielt seine Argumentation darauf ab, dass die verurteilten Rechtsanwälte die Waffen nicht ins Gefängnis schmuggeln konnten, in der Nacht unbekannte Fahrzeuge in die JVA Stammheim gefahren waren, der 7. Stock, in dem die Häftlinge einsaßen, unbeobachtet betreten werden konnte, wesentliche Untersuchungen nicht angestellt, Unterlagen verschwunden oder gesperrt sind und viele offizielle Aussagen nicht stimmen können. Da Selbstmord, so wird nahegelegt, in der von staatlichen Stellen belegten Form nicht möglich ist, bleibt eigentlich nur noch Mord, auch wenn dies von Lehmann ausdrücklich nie gesagt wird.

Die größte Herausforderung für die Demokratie

Die RAF war die größte Herausforderung der zweiten deutschen Demokratie. Ihr Schwerpunkt lag in den 1970er-Jahren, auch wenn es danach noch Morde an herausragenden Persönlichkeiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens gab. So wurde 1981 der hessische Wirtschaftsminister Heinz Herbert Karry von bis heute unbekannten Tätern erschossen. Fünf Jahre später starben der Siemens-Vorstand Karl Heinz Beckurts und sein Fahrer Eckart Groppler bei München durch eine Bombe der RAF sowie der Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Gerold von Braun-

mühl, durch Schüsse. 1989 sprengten RAF-Terroristen den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank Alfred Herrhausen in die Luft. 1991 wurde der Präsident der Treuhandanstalt Detlev Karsten Rohwedder in Düsseldorf ermordet. Diese brutalen Morde stellten aber nicht mehr, wie in den 1970er-Jahren, das gesamte politische System in Frage, da andere Themen wie die Nachrüstung, die Atomkatastrophe von Tschernobyl oder die Deutsche Einheit die Menschen mehr bewegten. Außerdem hatte sich der Staat besser auf die Bedrohung durch die RAF eingestellt.

Der Terrorismus der 1970er-Jahre wies zwei zeitliche Höhepunkte auf – die Jahre 1972 und 1977. Mit der Gefangenenbefreiung von Andreas Baader in Berlin, der 1968 zusammen mit der schwäbischen Pfarrerstochter Gudrun Ensslin und zwei weiteren Komplizen Brandsätze in zwei Frankfurter Kaufhäusern gezündet hatte, entstand die sogenannte Baader-Meinhof-Gruppe, die sich 1970 in palästinensischen Lagern an Waffen ausbilden ließ. Durch mehrere Überfälle auf Banken und Behörden verschafften sich die Terroristen Geld und Formulare für Pässe und Personalausweise, aber auch für Führerscheine und Kraftfahrzeugpapiere. Der Name Rote Armee Fraktion (RAF) stammte von den Terroristen selbst. Sie wollten, so Arnulf Baring, mit dem Aufbau „einer militärisch straffen, disziplinierten Kerntruppe […] den bewaffneten Kampf gegen das etablierte System und die bestehende Staatsgewalt aufnehmen".

Die terroristischen Gewalttaten in der Bundesrepublik nahmen nach dem Brandanschlag in Frankfurt stetig zu. So gab es 1968 drei „Aktionen", 1969 vier. Aber bereits 1970 waren es 21 und 1971 sogar 29. Die Staatsmacht wusste zunächst keine Antwort auf diese Anschläge, weil „sich die Terroristen inmitten eines breiten, schützenden Umfelds von nachsichtiger Duldung, verständnisvoller Sympathie, ja aktiver Unterstützung aufhielten, sodass es ihnen immer wieder gelang, der Verhaftung auszuweichen". Sie profitierten von der Anonymität großstädtischer Hochhaussiedlungen, aber auch von der Verschiebung des Rechtsempfindens, „die eine Folge lautstarker Inanspruchnahme von ‚rechtsfreien Räumen', also ständiger, bewusster Normübertretungen war – und die die Grenze zwischen Erlaubtem und Unerlaubtem hatte verschwimmen lassen" (Arnulf Baring).

Die RAF tötete zunächst bei Schusswechseln und Bombenanschlägen in Frankfurt/Main und Heidelberg deutsche Polizisten und amerikanische Soldaten. Die USA waren in ihren Augen aufgrund des Vietnam-Krieges und der Unterstützung Israels, aber auch als Zentrum des sogenannten Imperialismus und des Kapitalismus der Hauptfeind, die Bundesrepublik nur eine „Kolonie" der Vereinigten Staaten. Die RAF-Terroristen sahen sich als Teil des internationalen Befreiungskampfes der Völker der Dritten Welt und wollten mit ihrem Terror die „Demarkationslinie" dieses antiimperialistischen Krieges nach Deutschland verlegen, so Gudrun Ensslin in einer politischen Grundsatzerklärung während des „Stammheim-Prozesses".

Die Anschläge und die anfängliche Hilflosigkeit der Polizei lösten in Teilen der Medien und der Öffentlichkeit Hysterie und Panik aus, die schließlich Bundeskanzler Willy Brandt Anfang 1972 zu einer öffentlichen Stellungnahme veranlasste. Darin bekräftigte er, dass die freiheitliche Demokratie nicht als schlapper Staat missverstanden werden dürfe. Jede Gewaltanwendung werde entschlossen und mit allen rechtlichen Mitteln geahndet. Außerdem warnte er vor der Unterstützung von Gewalttätern und würdigte die Arbeit der Polizeibeamten.



Einer der noch immer unaufgeklärten Morde der RAF: Am 30. November 1989 wurde Alfred Herrhausen, der Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG, in Bad Homburg durch ein Bombenattentat getötet.



Die Angeklagte Gudrun Ensslin mit ihrem Verteidiger Otto Schily am 14. Oktober 1968 im Frankfurter Landgericht während des Kaufhaus-Brandstifter-Prozesses.

Mit der Verhaftung des harten Kerns der RAF, Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof, Holger Meins und Jan-Carl Raspe im Juni 1972 schien der Staat den Terrorismus besiegt zu haben. Trotzdem wurden kurz darauf drei verfassungsändernde Gesetze zur Inneren Sicherheit im Bundestag verabschiedet. Wenige Wochen später wurde die Bundesrepublik dann vom internationalen Terrorismus zum Tatort gemacht. Mitglieder der palästinensischen Terrororganisation „Schwarzer September" überfielen die Unterkunft der israelischen Mannschaft bei den Olympischen Spielen in München, nahmen neun Geiseln und töteten zwei Sportler. Bei einer gescheiterten Befreiungsaktion starben alle Geiseln, fünf Terroristen und ein Polizist. Drei überlebende Terroristen wurden verhaftet, aber wenige Wochen später nach der Entführung der Lufthansa-Maschine „Kiel" freigelassen – wohl auch, um keine neue Diskussion über das völlige Versagen der deutschen Sicherheitsbehörden in München auszulösen.

Aber die Hoffnung auf ein Ende des Terrorismus trog. 1974 wurde der Präsident des Berliner Kammergerichts Günter von Drenkmann erschossen, als er sich einem Entführungsversuch widersetzte. Außerdem ermordete die „Bewegung 2. Juni" einen angeblichen Verräter in Berlin, wobei die Rolle des Verfassungsschutzes bis heute ungeklärt ist. Die „Bewegung" hatte sich nach dem Todestag von Benno Ohnesorg benannt, der 1967 bei den Demonstrationen gegen den Besuch des Schahs von Persien von dem Westberliner Polizisten und – wie seit 2009 bekannt ist – Stasi-Mitarbeiter Karl-Heinz Kurras erschossen worden war.

Im darauffolgenden Jahr bekam der Terrorismus eine neue Dimension. Der CDU-Spitzenkandidat für die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus, Peter Lorenz, wurde Ende Februar 1975 von der „Bewegung 2. Juni" entführt und erst nach



Die Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 durch den Polizisten Karl-Heinz Kurras gilt als das „kritische Ereignis" der Gewalteskalation der „Studentenbewegung". Das Foto, aufgenommen am Tatort Krumme Straße in Berlin-Charlottenburg, zeigt die Studentin Friederike Hausmann (geb. Dollinger), die sich über Benno Ohnesorg beugt. Heute wissen wir, dass Karl-Heinz Kurras Stasi-Spitzel war. Vieles spricht dafür, dass Benno Ohnesorg nicht in Notwehr erschossen wurde.



Fahndungsplakat des Bundeskriminalamtes aus dem Jahr 1972: Noch wurden die Terroristen von staatlicher Seite als „anarchistische Gewalttäter“ gekennzeichnet. Die Bezeichnung „Baader/Meinhof-Bande“ oder „Baader-Meinhof-Gruppe“ wurde durch die Fahndungsplakate popularisiert.

der geforderten Freilassung inhaftierter Terroristen auf freien Fuß gesetzt. Die freigepressten Terroristen wurden in den Jemen ausgeflogen und beteiligten sich später wieder an Anschlägen in der Bundesrepublik.

Nachdem der Staat hier nachgegeben hatte, drangen zwei Monate später sieben RAF-Terroristen in die Botschaft der Bundesrepublik in Stockholm ein, um nun die Freilassung der Führungsgruppe der RAF zu erzwingen. Dabei ermordeten die Besetzer den Botschaftsrat Heinz Hillegaart und den Militärattaché Andreas von Mirbach. Bei der Erstürmung des Gebäudes durch schwedische Sicherheitskräfte wurden zwei Terroristen getötet, die übrigen verhaftet und später an die Bundesrepublik ausgeliefert.

Der Prozess in Stammheim

Der erste große RAF-Prozess fand in Baden-Württemberg statt, da die meisten Opfer bei dem Anschlag auf das US-Hauptquartier in Heidelberg am 24. Mai 1972 umgekommen waren. Die Nähe zur Bundesanwaltschaft in Karlsruhe und die Möglichkeit, die vakante Stelle des Vorsitzenden des zuständigen Strafsenats mit einem – aus Sicht des Justizministeriums – geeigneten Richter zu besetzen, kamen, wie der Journalist Butz Peters berichtet, noch hinzu. In Stammheim wurde für den Prozess direkt neben dem Gefängnis ein bunkerähnlicher Gerichtsneubau errichtet.



Blick in den Zuschauerraum des Gerichtssaales vor Prozessbeginn: Am 21. Mai 1975 begann in der Mehrzweckhalle in Stuttgart-Stammheim der Prozess gegen die RAF-Terroristen Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe.

Mit der Verlegung von Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Jan-Carl Raspe in den neu gebauten Hochsicherheitstrakt der Haftanstalt Stuttgart-Stammheim und dem Beginn des Prozesses gegen sie Mitte 1975 wurde Baden-Württemberg in ganz besonderem Maße von den Folgen des Terrorismus betroffen. Dabei fand dieser Prozess unter äußerst schwierigen Bedingungen statt, da einerseits umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden waren, andererseits die Verteidiger der Angeklagten mit Verfahrensanträgen, vor allem aber mit der teilweise konspirativen Zusammenarbeit mit den Angeklagten kaum erträgliche Rahmenbedingungen schufen und den Prozess in die Länge zogen. Auch das Gericht war diesen neuen Anforderungen nur unzureichend gewachsen. Nach dem 85. Ablehnungsantrag der Verteidiger wurde der Vorsitzende Richter Theodor Prinzing durch Eberhard Foth abgelöst, der den Prozess zu Ende brachte.

Am 9. Mai 1976 erhängte sich Ulrike Meinhof in ihrer Zelle, was zahlreiche Demonstrationen und Ausschreitungen auslöste. Gleichzeitig wurde der Vorwurf erhoben, Ulrike Meinhof sei ermordet oder zumindest durch die Isolationshaft in den Tod getrieben worden. So erklärte eine mit Franzosen, Dänen, einem Griechen, einem Iren und einem Deutschen besetzte „Internationale Untersuchungskommission zum Tode Ulrike Meinhofs“, die Ergebnisse der eigenen Untersuchungen würden den Schluss nahelegen, dass „sich Ulrike Meinhof nicht selber erhängen konnte“ und dass es beunruhigende Indizien gebe, „die auf das Eingreifen eines Dritten im Zusammenhang mit diesem Tod hinweisen“. Dabei waren die RAF-Häftlinge gegenüber den übrigen Häftlingen privilegiert. Sie hatten größere Zellen, hunderte von Büchern und Schallplatten sowie Fernsehgeräte und Musikinstrumente. Sie konnten teilweise täglich Besuch empfangen, länger duschen als die übrigen Häftlinge und vor allem selbst das Licht an- und abschalten. Schließlich durften die vier Häftlinge ohne Trennwand acht Stunden gemeinsam im Gang zubringen. „Eingeschlossen waren sie nur noch von

abends sechs bis morgens acht, wobei sie nach Wahl auch zusammen übernachten konnten, allerdings nicht Männer und Frauen“, so der Journalist Kurt Oesterle in seinem Buch über den Stammheim-Vollzugsbeamten Horst Bubeck.

Zu den Privilegien der vier RAF-Häftlinge in Stammheim gehörte auch, dass sie ohne Trennwand mit ihren Rechtsanwälten verkehren konnten. Damit waren die Voraussetzungen geschaffen, die das Schmuggeln von Gegenständen und Waffen erst ermöglichten. Dazu gehörte aber auch, dass einzelne Rechtsanwälte nicht nur mit den Terroristen sympathisierten, sondern diese so weit unterstützten, dass sie selbst in das Visier der Ermittler gerieten und später als Unterstützer der Terroristen verurteilt wurden.

Sartre in Stammheim

Trotz dieser Privilegien gelang es den Häftlingen, den „Mythos der Isolationsfolter“ in die Welt zu setzen. Der größte Erfolg in diesem Zusammenhang war der Besuch des greisen französischen Philosophen Jean-Paul Sartre. Am 4. November 1974 besuchte er Andreas Baader in einer Besucherzelle in Stammheim und kritisierte danach öffentlich und wunschgemäß die Haftbedingungen. Dabei hatte Baader über Haftbedingungen überhaupt nicht gesprochen. Ihm erschien die Situation, wie er seinen Mithäftlingen schilderte, „völlig irre; ich weiß nicht, was er überhaupt verstanden hat […]. Ich würde aber sagen: Was mich betrifft, war das Ganze so präzise und gezielt und bewußt wie möglich – was ihn angeht, hatte ich den Eindruck von Alter […].“ Hans Mayer, der Germanist, versuchte im Rückblick diese Stammheimer Episode herunterzuspielen. Sartre, so Mayers Argument, habe sich damals von „gerissenen, geschickten Bürschlein“ in einen „Hinterhalt“ locken lassen, „um in einer Sache Stellung zu nehmen, die er überhaupt nicht kannte und überhaupt nicht durchschaute“.

Mit den 1976 verabschiedeten Antiterrorgesetzen – neuer Straftatbestand der „Bildung terroristischer Vereinigungen“, Überwachung der Kommunikation zwischen Angeklagten und Verteidigern, Befürwortung von Straftaten in Schriften und deren Verbreitung wird unter Strafe gestellt – reagierten die Verantwortlichen auf staatlicher Seite einerseits auf die Herausforderung des Terrorismus, setzten sich aber andererseits auch dem Vorwurf aus, den liberalen Rechtsstaat zu unterhöhlen.

Jean-Paul Sartre (Mitte) und Baader-Meinhof-Anwalt Klaus Croissant (links) am 4. Dezember 1974 auf einer Pressekonferenz in Stuttgart. Sartre hatte zuvor den in Stammheim in Untersuchungshaft sitzenden RAF-Terroristen Andreas Baader für ein einstündiges Gespräch besucht. Als Dolmetscher wirkte der in Deutschland lebende frühere französische Studentenführer Daniel Cohn-Bendit (rechts).



1977 als Höhepunkt des Terrors

1977 erreichte der Terrorismus seinen Höhepunkt in der Bundesrepublik. Am Gründonnerstag, den 7. April, erschossen zwei RAF-Terroristen von einem Motorrad aus den Generalbundesanwalt Siegfried Buback, seinen Fahrer Wolfgang Göbel und den begleitenden Leiter der Fahrbereitschaft der Bundesanwaltschaft Georg Wurster auf offener Straße in Karlsruhe, als der Wagen an einer Ampel hielt. In einem typischen Bekennerschreiben, das wie alle diese Schreiben nach Anschlägen und Morden von einem massiven, mörderischen Realitätsverlust zeugte, „rechtfertigte“ ein „Kommando Ulrike Meinhof“ die „Hinrichtung“ Bubacks.

Die Öffentlichkeit verurteilte einhellig die Morde. Allerdings mischte sich in die Kommentare auch die Sorge, der Staat könne „überreagieren“. Die *Stuttgarter Zeitung* kommentierte: „Es ist jetzt nicht die Zeit, über die Bahren der Ermordeten hinweg um Gesetzesverschärfungen zu streiten. Es gilt



Der entführte Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer unter dem Logo der RAF. Schleyer wurde am 5. September 1977 von den Terroristen entführt, um inhaftierte Gesinnungsgenossen freizupressen.

das besonnene Wort des baden-württembergischen Kultusministers Wilhelm Hahn: ‚Unser Rechtsstaat hat genügend Mittel, um mit dem Terrorismus fertig zu werden. Wir müssen sie nur gebrauchen'." Es sollte möglich sein, „den liberalen Rechtsstaat zu bewahren wie den Nachtwächterstaat zu vermeiden", so der *Mannheimer Morgen*. Auf kein Verständnis stieß der Parteienstreit über die Schlussfolgerungen aus dem Mord. „Nicht der Bürger hat den Sinn für Ausgewogenheit der Mittel verloren, nicht er zeigt Anzeichen von Hysterie. Beides trifft eher auf die Parteien zu, ihnen stünde Besinnung am Grabe Bubacks an, um zur Geschlossenheit im Kampf gegen die Terroristen zurückzufinden", kommentierte die *Schwäbische Zeitung*.

Ende April 1977 wurden die RAF-Anführer in Stuttgart zu lebenslanger Haft verurteilt. Weitere RAF-Mitglieder erhielten in Kaiserslautern und Düsseldorf ebenfalls lebenslange Haftstrafen. Wenig später, Ende Juli desselben Jahres, wurde der Vorstandssprecher der Dresdner Bank Jürgen Ponto bei einem gescheiterten Entführungsversuch ermordet.

Am 5. September 1977 entführte ein RAF-Kommando den Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer. Dabei töteten die Täter kaltblütig die drei Polizisten Reinhold Brändle, Roland Pieler und Helmut Ulmer sowie den Fahrer Schleyers, Heinz Marcisz. Im Austausch gegen Schleyer wurde die Freilassung aller führenden RAF-Terroristen gefordert. Die Mordanschläge und die Entführung richteten sich, wie Bundeskanzler Schmidt Mitte September 1977 vor dem Bundestag ausführte, „gegen unsere freiheitliche Ordnung im Ganzen, gegen jede menschliche Ordnung überhaupt, und sie richten sich damit gegen jeden einzelnen von uns". Um einen Kontakt zwischen den Gefangenen und den Entführern zu unterbinden, verhängte die Regierung eine Kontaktsperre, die vom Bundesgerichtshof für rechtens erklärt wurde.

Die Verhandlungen mit den RAF-Leuten zogen sich in die Länge. Daraufhin entführten palästinensische Terroristen am 13. Oktober 1977 die Lufthansa-Maschine „Landshut" auf dem Flug von Mallorca nach Frankfurt. Sie forderten ebenfalls die Freilassung von elf RAF-Terroristen. Am 16. Oktober erschossen die Luftpiraten den Flugzeugkapitän Jürgen Schumann in der jemenitischen Stadt Aden. Dorthin war die Maschine mit einem Zwischenstop in Rom und Dubai entführt worden. Einen Tag später flog sie weiter ins somalische Mogadischu, wohin die inhaftierten Terroristen ausgeflogen werden wollten, nachdem der Jemen ihnen Unterstützung versagt hatte. In der Nacht vom 17. auf den 18. Oktober 1977 befreite eine Sondereinheit des Bundesgrenzschutzes, die GSG 9, die Passagiere und Besatzungsmitglieder der „Landshut", ohne dass unter ihnen Tote zu beklagen waren. Drei der vier Terroristen kamen bei dem Sturm auf die Maschine um.

Wenige Stunden nach der geglückten Befreiung begingen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe in Stammheim Selbstmord. Einen Tag danach teilten die Entführer von Schleyer mit, man könne die Leiche des ermordeten Arbeitgeberpräsidenten im Kofferraum eines Autos im elsässischen Mulhouse finden. Damit waren auch die Versuche der Familie Schleyer gescheitert, durch Lösegeldzahlungen die Freilassung zu erreichen. Zuvor schon hatte das Bundesverfassungsgericht den Antrag auf eine einstweilige Anordnung abgelehnt,



Der Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel am 24. Oktober 1977 während einer Pressekonferenz. Seine Entscheidung, die toten RAF-Terroristen in einem gemeinsamen Grab auf dem Dornhaldenfriedhof in Stuttgart beisetzen zu lassen, löste heftige Diskussionen aus. Mit seinen besonnenen Worten war Rommel eine Ausnahme inmitten der öffentlichen Hysterie.

mit der die Familie die Bundesregierung zwingen wollte, den Forderungen der Entführer nachzugeben. Die Freilassung der Terroristen hätte aber mit Sicherheit, wie schon bei der Freipressung von Gefangenen bei der Lorenz-Entführung, zu neuen Anschlägen und Morden geführt. Außerdem wäre der Staat damit erpressbar geworden. Gleichzeitig aber ist ein Gemeinwesen auch für den Schutz von Leib und Leben seiner Bürger verantwortlich. Diesen unauflöslichen Zwiespalt, in dem sich die Bundesregierung befand, machte Bundeskanzler Schmidt in einer Regierungserklärung vor dem Bundestag deutlich: „Unausweichlich befanden wir uns damit im Bereich von Schuld und Versäumnis."

Der Streit um die „Stammheimer Verhältnisse"

In die Erleichterung über das gute Ende der Flugzeugentführung mischte sich Entsetzen über die Ermordung Schleyers, aber auch ungläubiges Staunen über die Vorgänge in Stammheim. Dort waren die Gefangenen trotz Kontaktsperre ganz offensichtlich auf dem Laufenden über die Entführungen, und Baader sowie Raspe hatten sich erschossen. Im Stammheimer Hochsicherheitstrakt befanden sich also eingeschmuggelte Waffen. Später fand man sogar noch Sprengstoff. Dies war für die baden-württembergische Landesregierung insofern besonders peinlich, weil sie sich immer besonders nachdrücklich für rigide Haftbedingungen stark gemacht hatte. Im Frühjahr war bereits bekannt geworden, dass seit 1975 Gespräche zwischen Mandanten und Verteidigern ohne ausreichende Rechtsgrundlage abgehört worden waren.

Die politischen Auseinandersetzungen um die Vorfälle in Stammheim verschärften sich zusehends, auch nachdem der persönlich integre Justizminister Traugott Bender die politische Verantwortung übernommen hatte und zurückgetreten war. Innenminister Karl Schiess, „der wegen der Vorgänge um Wyhl und wegen seiner ‚Geschwätzigkeit' in Sachen Terroristenfahndung bundesweiten Wirbel ausgelöst hatte", so der *Mannheimer Morgen*, geriet ebenfalls in die Schusslinie der öffentlichen Diskussion. Die Versuche, auch Ministerpräsident Hans Filbinger verantwortlich zu machen, waren allerdings nicht sonderlich überzeugend, wenn auch verständlich, nachdem er immer wieder SPD und FDP öffentlich zur Rede stellte, „was sie gegen die Neue Linke getan hätten, die dieses Klima der Diskreditierung unseres Staates geschaffen habe". Es sei „eine geistige und moralische Krise, die den terroristischen Wahnsinn hat entstehen lassen, eine Perversion des Denkens, die ihren Ausgang von marxistischen Ideologien genommen" habe.

Das Krisenmanagement der Landesregierung in Stuttgart war nicht gut, wie die *Schwäbische Zeitung* kritisch bemerkte. „Eine dem Parlament näherliegende Selbstverständlichkeit hat sich die Regierungsfraktion unverständlicherweise versagt: Die sofortige Einsetzung eines Untersuchungsausschusses." Außerdem kam es zu einer heftigen Debatte zwischen dem Stuttgarter CDU-Oberbürgermeister Manfred Rommel und seinen Parteifreunden in Stadt und Land über die Beerdigung der toten Terroristen. Deren Angehörige hatten ein gemeinsames Grab gewünscht, was Rommel bewilligte.



Zahlreiche Trauergäste nahmen auf dem Stuttgarter Dornhaldenfriedhof Abschied von Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan-Carl Raspe. Dieser Friedhof war für den Wohnbezirk der Eltern Gudrun Ensslins zuständig. Ihr Vater, der Pfarrer Helmut Ensslin, hatte den Antrag auf eine gemeinsame Bestattung gestellt.

Dies löste einen Streit aus, der vor allem auch im Ausland zu Irritationen führte. Rommel blieb bei seiner Entscheidung, die er in zahlreichen Interviews bekräftigte: „Irgendwo muß jede Feindschaft enden. Und für mich endet sie in diesem Fall beim Tod." Die Beerdigung selbst wurde zu einem Medienspektakel, das ein Großaufgebot der Polizei überwachte. Die *Badische Zeitung* spitzte zu, es sei eine „makabre Manifestation des Ungeistes: Kampfreden noch am offenen Grab, Applaus für all die leeren Phrasen, wütende Racheschwüre mit hochgerissener geballter Faust."

Die RAF und Baden-Württemberg

Obwohl der „Deutsche Herbst" schon über 30 Jahre zurückliegt, die Haupttäter tot oder inzwischen wieder freigelassen sind und die RAF sich aufgelöst hat, erregt das Thema immer wieder aufs Neue die Gemüter, egal ob es um die Begnadigung der letzten inhaftierten Terroristen geht oder um Filme, die die Zeit des Terrorismus popularisieren, oder ob darüber diskutiert wird, das Stammheimer Gefängnishochhaus aus baulichen Gründen abzureißen. Liegt es daran, dass bis heute die Mörder von Generalbundesanwalt Siegfried Buback oder von Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer ebensowenig bekannt sind wie die Mörder des Chefs der Deutschen Bank Alfred Herrhausen, um nur einige ungeklärte Morde zu erwähnen? Liegt es daran, dass die Täter bis heute schweigen, was die individuelle Tatbeteiligung anbelangt, obwohl dies für die Hinterbliebenen besonders bitter ist? Irritiert uns dies besonders, weil sich auch die wenigsten Mörder des „Dritten Reiches" zu ihrer individuellen Tatbeteiligung bekannt oder gar Reue gezeigt haben?

Mit den politischen und individuellen Motiven der Täterinnen und Täter, ihren Handlungen, mit der Sympathisantenszene, den beteiligten Rechtsanwälten, die vereinzelt auch zu Tätern wurden, den gesellschaftlichen Voraussetzungen, die zur Bildung der RAF führten, sind wir inzwischen einigermaßen vertraut. Dabei sind aber die Opfer und vor allem ihre Hinterbliebenen im wahrsten Sinne des Wortes „auf der Strecke geblieben". Dies gilt weniger für die prominenten Opfer, die nicht in dem Maße aus dem kollektiven Gedächtnis verschwunden sind, wie ihre Fahrer und die begleitenden Polizisten, die ebenso gnadenlos getötet worden sind.

Baden-Württemberg hat einen besonders engen Bezug zum Terror der RAF. In Karlsruhe wurde der Bombenanschlag auf den Bundesrichter Wolfgang Buddenberg verübt, bei dem allerdings dessen Frau verletzt wurde. Ebenfalls in Karlsruhe wurde Generalbundesanwalt Siegfried Buback mit seinem Fahrer und dem begleitenden Polizisten erschossen. Hanns Martin Schleyer wurde zwar in Köln entführt, lebte aber in Stuttgart. Sein Fahrer und die Polizisten, die ermordet wurden, stammten aus Baden-Württemberg. Weitere Anschläge und Überfälle gab es unter anderem in Heidelberg, Bietigheim und Kirchentellinsfurt (bei Reutlingen). Führende RAF-Mitglieder wie Gudrun Ensslin, Christian Klar, Brigitte Mohnhaupt, Knut Folkerts, Eva Haule, Stefan Wisniewski oder Siegfried Haag, aber auch Monika Helbing, Adelheid Schulz, Günter Sonnenberg und Willy Peter Stoll kamen aus dem Südwesten. Aus dem Umfeld des „Sozialistischen Patientenkollektivs" in Heidelberg rekrutierte die RAF rund ein Dutzend Terroristen, darunter Siegfried Hausner, der an den Folgen des Überfalls auf die Deutsche Botschaft in Stockholm gestorben war. Die Grenznähe zu Frankreich und der Schweiz machte Baden-Württemberg für die Terroristen zudem besonders interessant. Und nicht zuletzt spielte das Anwaltskollektiv um den Stuttgarter Rechtsanwalt, RAF-Mitglied und späteren Stasi-Spitzels Klaus Croissant eine besondere Rolle beim Prozess in Stammheim. Vor allem aber hatten die juristischen Organe, die sich mit der RAF von Amts wegen beschäftigten, ihren Sitz in Baden-Württemberg, nämlich in erster Linie die Bundesanwaltschaft, der Bundesgerichtshof und das Bundesverfassungsgericht. Der spektakulärste Prozess gegen die RAF fand vor dem Stuttgarter Oberlandesgericht in der zur Festung ausgebauten Haftanstalt von Stammheim statt. Dort waren die Gründer der RAF in Haft und dort brachten sie sich auch um. Auf dem Stuttgarter Dornhaldenfriedhof liegen sie begraben.

Etwas von der öffentlichen Aufgeregtheit und Erregung der damaligen Zeit, als sich die Bundesrepublik erstmals in ihrer jungen Geschichte gewaltsam herausgefordert sah, spiegelt sich in heutigen Diskussionen wider, auch in Stammheim selbst. Einerseits fühlte man sich ganz persönlich durch die Terroristen bedroht, gleichzeitig gab es aber die Befürchtungen vieler Bürger, der Rechtsstaat könne überreagieren und damit seine eigenen Grundlagen gefährden. So wird erzählt, dass die Schwester von Gudrun Ensslin aus ihrer Schule ausgeschlossen werden sollte, ohne dass ihr persönlich etwas vorgeworfen werden konnte. Auch zeitgenössische Filmausschnitte lassen die aufgepeitschten Emotionen in Teilen der Bevölkerung erkennen.

Die Aufgeregtheit dieser Monate spiegelte sich auch in den Auseinandersetzungen um den Stuttgarter Schauspieldirektor Claus Peymann wider. Dieser hatte einen Bittbrief der Mutter von Gudrun Ensslin um eine Spende für Zahnbehandlungen der in Stammheim inhaftierten Gefangenen am Schwarzen Brett des Theaters aufgehängt und selbst 100 Mark gestiftet. Als dieser Vorgang, erst Wochen später, unmittelbar vor der Entführung von Hanns Martin Schleyer, durch eine anonyme Anzeige bekannt wurde, erhob sich ein Sturm der Entrüstung. Zwar konnte unter anderem Manfred Rommel die von seinen CDU-Parteifreunden geforderte fristlose Entlassung Peymanns verhindern, aber im Juli 1977 einigte man sich darauf, dessen bis 1979 laufenden Vertrag nicht zu verlängern.

Angesichts dieser öffentlichen Hysterie war es nicht selbstverständlich, dass es gelang, bei allen Fehlern, Mängeln und Pannen im Einzelnen, sich rechtsstaatlich und erfolgreich mit der RAF auseinanderzusetzen. Dies gehört zu den wichtigsten Meilensteinen für eine stabile und demokratische Bundesrepublik. Den Preis dafür haben die Opfer der RAF bezahlt.

Stammheim als Ort der Erinnerung

Es gibt in einer so langwierigen und räumlich weit auseinander liegenden Auseinandersetzung wie mit dem bundesrepublikanischen Terrorismus der 1970er-Jahre naturgemäß keinen Ort, an dem alle Ereignisse stattfanden. Dies gilt beispielsweise auch für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Gleichzeitig braucht es aber einen Ort oder ein Ereignis, der oder das zum Kristallisationspunkt der Erinnerung wird. So wurde dies, um ein Beispiel zu einer gänzlich anderen Thematik anzuführen, für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus nach vielen Jahren der 20. Juli 1944. Was den Terrorismus der RAF anbelangt, trifft dies auf Stammheim zu, wobei sich hier die Ereignisse und der Ort in der Erinnerung mischen.

Stammheim war und ist der Beton gewordene Versuch des Rechtsstaates, auch seinen größten Feinden ein faires Verfahren zu ermöglichen und sich gleichzeitig vor diesen zu schützen. Dabei wurden gravierende Fehler gemacht und der Rechtsstaat zeigte erhebliche Schwächen, indem er aus Rücksicht auf die internationale öffentliche Meinung den Terroristen der ersten Generation in Stammheim Haftbedingungen einräumte, von denen andere Häftlinge nur träumen konnten. Einerseits wurden sie als normale Mörderinnen und Mörder bezeichnet, gleichzeitig wurden sie aber anders, nämlich bevorzugt behandelt. Dies musste ganz zwangsläufig das eigene Selbstverständnis als politische Gefangene noch stärken.



Vom baden-württembergischen Justizministerium freigegebenes Foto der Zelle von Andreas Baader in der Strafvollzugsanstalt Stammheim. Die Aufnahme stammt aus dem Jahr 1974.

Auch die Kommunikation zwischen den Inhaftierten in Stammheim und den RAF-Anhängern, die noch frei waren bzw. in anderen Gefängnissen einsaßen, funktionierte zumindest bis zur Verhängung der Kontaktsperre nach der Entführung von Hanns Martin Schleyer ausgezeichnet. Die RAF hörte immer noch auf die Kommandos aus Stammheim, auch wenn es interne Meinungsverschiedenheiten gab. Die Befreiung der „Stammheimer", so der RAF-Jargon, war oberstes Ziel. Noch 1997 klagte Stefan Wisniewski, der maßgeblich an der Entführung und Ermordung von Hanns Martin Schleyer beteiligt war, in einem Gespräch über das Scheitern des Befreiungsversuches: „Der Schmerz, daß das nicht ging, der bleibt bis heute hängen. Damals dachten wir, wenn wir die Gefangenen befreit haben, dann können wir wieder auf die ursprünglichen Ziele der RAF zurückkommen – die Ziele, die schon während der 68er-Revolte entstanden."

Allerdings gab es auch 20 Jahre nach der Entführung von Schleyer kein Wort des Bedauerns über die Ermordung der drei Polizisten. „Jedes Opfer auf beiden Seiten ist zu bedauern, aber die Polizisten sind in einer Gefechtssituation erschossen worden, in der sie ja auch elf Schüsse aus der Maschinenpistole und drei aus der Pistole abgegeben haben. Der Fahrer hatte zwar eine Werkschutzausbildung für Entführungssituationen, aber er war unbewaffnet. Deshalb finde nicht nur ich seinen Tod umso bedauerlicher", so Stefan Wisniewski im Jahr 2001. In diesem Zusammenhang ist auch das Buch von Anne Siemens zu nennen, auf dessen Umschlag der Tatort in Köln



Besucherschlange vor dem Gerichtsgebäude. Am 1. Februar 1984 begann der zweite große Terroristenprozess in Stammheim – dieses Mal gegen Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar, die Rädelsführer der sogenannten zweiten Generation der RAF.

abgebildet ist. Es hat den Titel *Für die RAF war er das System, für mich der Vater. Die andere Geschichte des deutschen Terrorismus.* Christian Klar erklärte gegenüber Bundespräsident Horst Köhler im Mai 2007, als es um seine Begnadigung ging, dass er nicht einverstanden sei, „die RAF-Geschichte als Kriminalfall zu besprechen". Eine „Unterwerfung unter die Darstellung der RAF-Geschichte als Kriminalfall" käme dem „Abschwören" gleich.

Noch heute stellen sich ehemalige Terroristen über das Gesetz, setzen sich über die menschlichen Grundrechte hinweg und glauben, selbst definieren zu können, wer getötet werden darf und wer nicht. Keine Ideologie kann Morde rechtfertigen. Die RAF-Geschichte ist ohne Zweifel ein Kriminalfall. Aber wie bei jedem Kriminalfall muss man nach den Gründen für die Tat fragen. Dazu gehören die bundesrepublikanische Gesellschaft der 1960er- und 1970er-Jahre, der Vietnamkrieg, der Nahostkonflikt oder die Probleme der „Dritten Welt". Bedenklich ist, dass nur relativ wenige frühere Terroristen ihre Taten bedauerten oder auch nur zu ihrer individuellen Verantwortung stehen. Dies wäre für die Nachkommen der Opfer so wichtig, wie der fast schon verzweifelte Versuch von Michael Buback zeigt, mit Hilfe eines erneuten Verfahrens gegen Verena Becker die Wahrheit über die Mörder seines Vaters zu erfahren. Ebenso überraschend war die Diskussion über die Begnadigung der mehr als 20 Jahre inhaftierten RAF-Täter wie Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt. Beide wurden 2007 bzw. 2008 vorzeitig freigelassen, obwohl sie ihre Taten nicht bereut hatten. Am 20. Juni 2011 wurde Birgit Hogefeld als letztes inhaftiertes RAF-Mitglied entlassen. Sie hatte sich von der RAF distanziert und Selbstkritik geübt.

Vieles spricht für die These des Journalisten Ulf G. Stuberger, der jahrelang als Justizreporter auch in Stammheim gearbeitet hatte: „Schwamm drüber! lautet die Parole. Einen Schlussstrich ziehen wollen Politik, Justiz und die meisten Medien unter die Zeit, in der die sich Rote Armee Fraktion nennende kriminelle Vereinigung mit Mitteln verfolgt wurde, die das gesetzlich zulässige Maß mehrfach überschritten. Damit sollte wohl auch verhindert werden, dass die Taten von Politik und Justiz noch einmal aufgerollt werden, die gegen die Täter begangen wurden. In dieser Zielsetzung waren sich die Täter einig."

Stammheim wird immer der Ort sein, an dem sich der Konflikt zwischen der RAF und dem von ihr bekämpften Staat festmacht. Auch wenn das Gefängnishochhaus in Stammheim in den nächsten Jahren einem Neubau weichen wird, bleibt der Gefängniskomplex erhalten, werden die ganz unterschiedlichen Erinnerungen auch vor Ort präsent bleiben. Vielleicht ist deshalb die Idee der Stammheimer Bezirksvorsteherin die beste Lösung, sich offensiv mit diesem Thema auseinanderzusetzen, zunächst ganz vorsichtig auf Ortsebene. Am Ende könnte dann ein musealer Ort in Stammheim stehen, der sich den verschiedensten Erinnerungen annimmt. Vermutlich wird dieser Ort mit seiner lokalen Perspektive mehr erzählen können, als wir heute annehmen.

Literaturhinweise

Bauer, Sonja-Maria
Offenburg und Rastatt 1847–1849

Bauer, Sonja-Maria: Die Verfassunggebende Versammlung in der Badischen Revolution von 1849. Darstellung und Dokumentation, Bonn 1991.

Bultmann, Markus: Erfahrung von Freiheit und Unfreiheit in der deutschen Geschichte. Rastatt und Offenburg. Erinnerungsorte der Revolution 1848/49, Bremerhaven 2007.

Wehling, Hans-Georg / Hauser-Hauswirth, Angelika (Hrsg.): Die großen Revolutionen im deutschen Südwesten, Stuttgart 1998.

Schimpf, Rainer: Offenburg 1802–1847. Zwischen Reichsstadt und Revolution, Karlsruhe 1997.

Vollmer, Franz X.: Offenburg 1848/49. Ereignisse und Lebensbilder aus einem Zentrum der badischen Revolution, Karlruhe 1997.

Engehausen, Frank: Kleine Geschichte der Revolution 1848/49 in Baden, Leinfelden-Echterdingen 2011.

Bausch, Ulrich und Becker, Mathias
Hörfunk und Fernsehen im Südwesten

Heyen, Franz-Josef / Kahlenberg, Friedrich P. (Hrsg.): Südwestfunk: Vier Jahrzehnte Rundfunk im Südwesten, Düsseldorf 1986.

Reichert, Hans Ulrich: Der Kampf um die Autonomie des deutschen Rundfunks, Heidelberg 1955.

Bausch, Ulrich: Die Kulturpolitik der Information Control Division in Württemberg Baden von 1945 bis 1949, Stuttgart 1992.

Bausinger, Hermann
Grenze a. D.

Uffelmann, Uwe: Identitätsstiftung in Südwestdeutschland, Idstein 1996.

Bausinger, Hermann: Die bessere Hälfte. Von Badenern und Württembergern, Stuttgart/München 2002.

Bausinger, Hermann: Der herbe Charme des Landes. Gedanken über Baden-Württemberg, 4. Aufl., Tübingen 2011.

Weber, Reinhold / Wehling, Hans-Georg: Baden-Württemberg. Gesellschaft, Geschichte, Politik, Stuttgart 2006.

Weber, Reinhold / Wehling, Hans-Georg: Geschichte Baden-Württembergs, München 2007.

Becht, Hans-Peter
Das „alte Landschaftshaus" in Pforzheim

Lacroix, Emil / Hirschfeld, Peter / Paeseler, Wilhelm: Die Kunstdenkmäler der Stadt Pforzheim, Bad Liebenzell 1983 (ND von 1939), S. 286–291.

Timm, Christoph: Pforzheim. Kulturdenkmale im Stadtgebiet, Heidelberg 2004, S. 237–241.

Press, Volker: Die badischen Landstände, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Von der Ständeversammlung zum demokratischen Parlament. Die Geschichte der Volksvertretungen in Baden-Württemberg, Stuttgart 1983, S. 51–61.

Krauß, Martin (Bearb.): „… in einer so alten Stadt …". Alfons Kern (1859–1941). Begründer städtischer Traditionspflege in Pforzheim. Katalog zur Ausstellung, Pforzheim 1995.

Kern, Alfons: Das Pforzheimer Reuchlin-Museum, Pforzheim 1934.

Becker, Otto H.
Hohenzollern wird preußisch

Becker, Otto H. / Gürtler, Katja / Krause, Albrecht u. a. (Bearb.): Preußen in Hohenzollern. Begleitband zur Ausstellung Sigmaringen 1995, hrsg. vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg und dem Staatsarchiv Sigmaringen, Sigmaringen 1995.

Becker, Otto H. / Dorgerloh, Hartmut / Gass, Karl u. a. (Bearb.): Vom Fels zum Meer. Preußen und Südwestdeutschland, Tübingen 2002.

Bothe, Rolf: Burg Hohenzollern. Von der mittelalterlichen Burg zum nationaldynastischen Denkmal im 19. Jahrhundert, Berlin 1979.

Glückler, Patrick: Burg Hohenzollern. Kronjuwel der Schwäbischen Alb. Romantisches Stammschloss einer kaiserlichen Dynastie, Hechingen 2000.

Kallenberg, Fritz (Hrsg.): Hohenzollern, Stuttgart 1996.

Beer, Mathias
Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen

Ahonen, Pertti: The Expellee Organizations and West German Ostpolitik 1949–1969, Ann Arbor 2000.

Beer, Mathias: Flucht und Vertreibung der Deutschen. Voraussetzungen, Verlauf, Folgen, München 2011.

Gauger, Jörg-Dieter / Küsters, Hanns Jürgen (Hrsg.): „Zeichen der Menschlichkeit und des Willens zur Versöhnung." 60 Jahre Charta der Heimatvertriebenen, St. Augustin 2011.

Kossert, Andreas: Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945, München 2008.

Stickler, Matthias: „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch." Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972, Düsseldorf 2004.

Beer, Mathias
Ulm

Beer, Mathias / Dahlmann, Dittmar (Hrsg.): Migration nach Ost- und Südosteuropa vom 18. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. Ursachen, Formen, Verlauf, Ergebnis, Stuttgart 1999.

Die Donauschwaben. Deutsche Siedlung in Südosteuropa. Ausstellungskatalog, hrsg. vom Innenministerium Baden-Württemberg, Sigmaringen 1987.

Fata, Márta (Hrsg.): „Die Schiff' stehn schon bereit." Ulm und die Auswanderung nach Ungarn im 18. Jahrhundert, Ulm 2009.

Hacker, Werner: Auswanderer aus dem Territorium der Reichsstadt Ulm vor allem im ausgehenden 17. und im 18. Jahrhundert, in: Ulm und Oberschwaben Jg. 42/43 (1978), S. 161–257.

Hippel, Wolfgang von: Auswanderung aus Südwestdeutschland. Studien zur württembergischen Auswanderung und Auswanderungspolitik im 18. und 19. Jahrhundert, Stuttgart 1984.

Schödl, Günter (Hrsg.): Land an der Donau, Berlin 1995.

Specker, Hans Eugen: Ulm. Stadtgeschichte, Ulm 1977.

StadtMenschen. 1150 Jahre Ulm. Die Stadt und ihre Menschen, hrsg. vom Stadtarchiv Ulm, Ulm 2003.

Binder, Hans-Otto
Tübingen und das schwäbische Geistesleben
Ehmer, Hermann (Hrsg.): Gott und Welt in Württemberg. Eine Kirchengeschichte, Stuttgart 2000.
Evangelische Klosterschulen und Seminare in Württemberg 1556–2006, Stuttgart 2006.
Hahn, Joachim / Mayer, Hans: Das Evangelische Stift in Tübingen. Geschichte und Gegenwart – zwischen Weltgeist und Frömmigkeit, Stuttgart 1985.
Hummel, Herbert: Geist und Kirche. Blaubeurer Klosterschüler und Seminaristen, 2 Bde., 1998/2004.
Leube, Martin: Geschichte des Tübinger Stifts, 3 Bde., Stuttgart 1921–1936.

Blümcke, Martin
Hagnau am Bodensee
Gräter, Carlheinz: Badischer Wein. Landschaft – Geschichte – Kultur, Leinfelden-Echterdingen 1995.
Gräter, Carlheinz: Württemberger Wein. Landschaft – Geschichte – Kultur, Leinfelden-Echterdingen 1993.
Ill, Manfred: 125 Jahre Winzerverein Hagnau. Älteste Winzergenossenschaft in Baden, Hagnau 2006.
Krämer, Christine: Rebsorten in Württemberg. Herkunft, Einführung, Verbreitung und die Qualität der Weine vom Spätmittelalter bis ins 19. Jahrhundert, Ostfildern 2006.
Schröder, Karl Heinz: Weinbau und Siedlung in Württemberg, Remagen 1953.

Borgstedt, Angela
Gurs
20. Tishri 5701 – Sukkoth, 22. Oktober 1940 – Laubhüttenfest. „Ich weiß nicht, ob wir nochmals schreiben können." Die Deportation der badischen und saarpfälzer Juden in das Internierungslager Gurs in den Pyrenäen, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 2010.
Bräunche, Ernst Otto (Hrsg.): Geschichte und Erinnerungskultur: 22. Oktober 1940 – die Deportation der badischen und saarpfälzischen Juden in das Lager Gurs, Karlsruhe 2010.
Stude, Jürgen: Das Mahnmal zur Erinnerung an die deutschen deportierten badischen Juden in Neckarzimmern, in: Konrad Pflug / Ulrike Raab-Nicolai / Reinhold Weber (Hrsg.): Orte des Gedenkens und Erinnerns in Baden-Württemberg, Stuttgart 2007, S. 278–283.
Teschner, Gerhard J.: Die Deportation der badischen und saarpfälzischen Juden am 22. Oktober 1940. Vorgeschichte und Durchführung der Deportation und das weitere Schicksal der Deportierten bis zum Kriegsende im Kontext der französischen Judenpolitik, Frankfurt/M. 2002.
Weber, Frank: „… es geschah am helllichten Tag!" – Die Deportation der badischen, pfälzischen und saarländischen Juden in das französische Lager Gurs, in: Konrad Pflug / Ulrike Raab-Nicolai / Reinhold Weber (Hrsg.): Orte des Gedenkens und Erinnerns in Baden-Württemberg, Stuttgart 2007, S. 140–146.
Wiehn, Erhard Roy (Hrsg.): Camp de Gurs. Zur Deportation der Juden aus Südwestdeutschland 1940, Konstanz 2010.

Bräunche, Ernst Otto
Karlsruhe
Asche, Susanne / Bräunche, Ernst Otto / Koch, Manfred / Schmitt, Heinz / Wagner, Christina: Karlsruhe. Die Stadtgeschichte, Karlsruhe 1998.
Bräunche, Ernst Otto / Schnabel, Thomas (Hrsg.): Die Badische Verfassung von 1818. Südwestdeutschland auf dem Weg zur Demokratie, Ubstadt-Weiher 1996.
Fischer, Detlev: Rechtshistorische Rundgänge durch Karlsruhe: Residenz des Rechts, Karlsruhe 2005.
Pfeiffer, Gerd: Karlsruhe auf dem Weg zur Residenz des Rechts, Karlsruhe 1990.
Die Straße der Demokratie, hrsg. von Susanne Asche und Ernst Otto Bräunche für die Arbeitsgruppe Straße der Demokratie, Karlsruhe 2007.

Braun, Thomas
Zwischen Modernismus und Traditionalismus
Campbell, Joan: Der Deutsche Werkbund, 1907–1934, Stuttgart 1981.
Nerdinger, Winfried: Theodor Fischer, Architekt und Städtebauer 1862–1938, Berlin 1988.
Nerdinger, Winfried: Architektur und Städtebau der Dreißiger- und Vierzigerjahre, Bonn 1993.
Nerdinger Winfried (Hrsg.): Bauhaus-Moderne im Nationalsozialismus. Zwischen Anbiederung und Verfolgung, München 1993.
Ulmer, Manfred / Kurz, Jörg: Die Weißenhofsiedlung. Geschichte und Gegenwart, Stuttgart 2006.

Burkard, Dominik
Kulturkampf – Kulturkämpfe
Becker, Josef: Liberaler Staat und Kirche in der Ära von Reichsgründung und Kulturkampf. Geschichte und Strukturen ihres Verhältnisses in Baden 1860–1876, Mainz 1973.
Burkard, Dominik: Kein Kulturkampf in Württemberg? Zur Problematik eines Klischees, in: Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte 15 (1996), S. 81–98.
Kißener, Michael: „Preußisches Probierländle"? Über die Eigenart des badischen Kulturkampfes, in: Historisches Jahrbuch 122 (2002), S. 235–262.
Lill, Rudolf: Der Kulturkampf, Paderborn 1997.
Schofer, Josef: Sperrgesetz und Sperrlingslos. Ein Ausschnitt aus dem badischen Kulturkampf, Karlsruhe 1930.
Stadelhofer, Manfred: Der Abbau der Kulturkampfgesetzgebung im Großherzogtum Baden 1878–1918, Mainz 1969.

Dowe, Christopher
Bad Griesbach, Biberach, Buttenhausen
Dowe, Christopher: Matthias Erzberger, Stuttgart 2011.
Epstein, Klaus: Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin 1962.
Eschenburg, Theodor: Matthias Erzberger – der große Mann des Parlamentarismus und der Finanzreform, München 1973.
Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hrsg.): Matthias Erzberger. Ein Wegbereiter der deutschen Demokratie. Buch zur Dauerausstellung der Erinnerungsstätte Matthias Erzberger in Münsingen-Buttenhausen, Stuttgart 2011.
Leitzbach, Christian: Matthias Erzberger – ein kritischer Beobachter des Wilhelminischen Reiches 1895–1914, Frankfurt/M. 1998.
Palmer, Christoph E. / Schnabel, Thomas: Matthias Erzberger. Patriot und Visionär, Stuttgart 2005.
Randecker, Günter (Hrsg.): Matthias Erzberger – Reichsminister in Deutschlands schwerster Zeit, Dettingen/Erms 2001.
Scheurer, Werner: Pfarrkirche St. Antonius Bad Griesbach, Lindenberg 2002.

Eith, Ulrich
Wyhl

Brand, Karl-Werner / Büsser, Detlef / Rucht, Dieter: Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1986.

Engels, Jens Ivo: Geschichte und Heimat. Der Widerstand gegen das Kernkraftwerk Wyhl, in: Kerstin Kretschmer (Hrsg.): Wahrnehmung, Bewusstsein, Identifikation: Umweltprobleme und Umweltschutz als Triebfeder regionaler Entwicklung, Freiberg 2003, S. 103–130.

Linse, Ulrich / Falter, Reinhard / Rucht, Dieter: Von der Bittschrift zur Platzbesetzung. Konflikte um technische Großprojekte. Laufenburg, Walchensee, Wyhl, Wackersdorf, Berlin 1988.

Nössler, Bernd / Witt, Margret de (Hrsg.): Wyhl. Kein Kernkraftwerk in Wyhl und auch sonst nirgends. Betroffene Bürger berichten, Freiburg 1976.

Rucht, Dieter: Von Wyhl nach Gorleben. Bürger gegen Atomprogramm und nukleare Entsorgung, München 1980.

Engehausen, Frank
Die Badische Verfassung von 1818

Becht, Hans-Peter: Badischer Parlamentarismus 1819 bis 1870. Ein deutsches Parlament zwischen Reform und Revolution, Düsseldorf 2009.

Engehausen, Frank: Kleine Geschichte des Großherzogtums Baden 1806–1918, 2. Aufl., Karlsruhe 2008.

Fenske, Hans: 175 Jahre badische Verfassung, Karlsruhe 1993.

Sauer, Paul: Baden-Württemberg. Bundesland mit parlamentarischen Traditionen. Dokumentation, hrsg. v. Landtag von Baden-Württemberg aus Anlass des 30jährigen Bestehens des Landes, Stuttgart 1982.

Von der Ständeversammlung zum demokratischen Parlament. Die Geschichte der Volksvertretungen in Baden-Württemberg, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1982.

Förtsch, Folker
Crailsheim 1945

Blumenstock, Friedrich: Der Einmarsch der Amerikaner und Franzosen im nördlichen Württemberg im April 1945, Stuttgart 1957.

Förtsch, Folker (Hrsg.): Kriegsende in Crailsheim und Umgebung. Beiträge einer Tagung zur regionalen und lokalen Geschichte des Kriegsendes 1945, Crailsheim 2008.

Gräser, Hans (Hrsg.): Die Schlacht um Crailsheim. Das Kriegsgeschehen im Landkreis Crailsheim im 2. Weltkrieg, Crailsheim 1997.

Henke, Klaus-Dietmar: Die amerikanische Besetzung Deutschlands, 2. Aufl., München 1996.

Merkl, Franz Josef: General Simon. Lebensgeschichten eines SS-Führers. Erkundungen zu Gewalt und Karriere, Kriminalität und Justiz, Legenden und öffentlichen Auseinandersetzungen, Augsburg 2010.

Frie, Ewald
Das Stuttgarter Waisenhaus

Festschrift zum Jubiläum des 250-jährigen Bestehens der württembergischen Waisenpflege 1710–1960, Esslingen [1960].

Jacobi, Juliane: Between Charity and Education. Orphans and Orphanages in Early Modern Times, in: Paedagogica Historica 45 (2009), Nr. 1–2, S. 51–66.

Lempp, Eduard: Geschichte des Stuttgarter Waisenhauses 1710–1910, Stuttgart 1910.

Meumann, Markus: Findelkinder, Waisenhäuser, Kindsmord. Unversorgte Kinder in der frühneuzeitlichen Gesellschaft, München 1995.

Ritzmann, Iris: Welchen Wert hat die Gesundheit von Kindern? Ein Interessenkonflikt im Ludwigsburger Waisenhaus Ende des 18. Jahrhunderts, in: Udo Sträter / Josef N. Neumann (Hrsg.): Waisenhäuser in der Frühen Neuzeit, Tübingen 2003, S. 135–153.

Sauer, Paul: Geschichte der Stadt Stuttgart. Vom Beginn des 18. Jahrhunderts bis zum Abschluss des Verfassungsvertrages für das Königreich Württemberg 1819, Stuttgart 1995.

Veltmann, Claus / Birkenmeier, Jochen (Hrsg.): Kinder, Krätze, Karitas. Waisenhäuser in der Frühen Neuzeit, Halle 2009.

Gfrereis, Heike
Marbach am Neckar

Denkbilder und Schaustücke. Das Literaturmuseum der Moderne, Marbach a. N. 2006.

Gfrereis, Heike: Autopsie Schiller. Eine literarische Untersuchung, Marbach a. N. 2009.

Pasley, Malcolm: Franz Kafka. Der Proceß. Die Handschrift redet, Marbach a. N. 1991.

Unterm Parnass. Die Dauerausstellung im Schiller-Nationalmuseum, Marbach a. N. 2009.

Hecht, Cornelia
Laupheim und seine jüdische Geschichte

Hahn, Joachim: Erinnerungen und Zeugnisse jüdischer Geschichte in Baden-Württemberg, hrsg. von der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg und dem Innenministerium Baden-Württemberg, Stuttgart 1988.

Hahn, Joachim / Krüger, Jürgen: Synagogen in Baden-Württemberg, 2 Bde., Stuttgart 2007.

Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hrsg.): Spurensicherung. Jüdisches Leben in Hohenzollern, Stuttgart 2004.

Jeggle, Utz (Hrsg.): Erinnerungen an die Haigerlocher Juden, Tübingen 2000.

Kaufmann, Uri: Kleine Geschichte der Juden in Baden, Leinfelden-Echterdingen 2007.

Landesarchiv Baden-Württemberg (Hrsg.): Gleiche Rechte für alle? Zweihundert Jahre jüdische Religionsgemeinschaft in Baden 1909–2009, bearbeitet von Uri Kaufmann, Ostfildern 2009.

Pflug, Konrad / Raab-Nicolai, Ulrike / Weber, Reinhold (Hrsg.): Orte des Gedenkens und der Erinnerung in Baden-Württemberg, Stuttgart 2006.

Hentschel, Volker
Unternehmerische Persönlichkeiten

Feldenkirchen, Wilfried: Vom Guten das Beste. Von Daimler und Benz zur Daimler Chrysler AG, Bd. 1: Die ersten 100 Jahre 1883–1983, München 2003.

Bartel, Manfred / Lingnau, Gerold: 100 Jahre Daimler Benz. Die Technik, Mainz 1986.

Kruk, Max / Lingnau, Gerold: 100 Jahre Daimler Benz. Das Unternehmen, Mainz 1986.

Heuss, Theodor: Robert Bosch. Leben und Leistung, Tübingen 1946.

Lessing, Hans-Erhard: Robert Bosch, Reinbek 2007.

Hochstuhl, Kurt
Die Auswanderung nach Übersee

Blaschka-Eick, Simone: In die Neue Welt! Deutsche Auswanderer in drei Jahrhunderten, Reinbek bei Hamburg, 2010.

Emmerich, Alexander: Die Geschichte der Deutschen in Amerika. Von 1680 bis zur Gegenwart, Köln 2010.

Hippel, Wolfgang von: Auswanderung aus Südwestdeutschland, Stuttgart 1984.

Hochstuhl, Kurt: Auswanderung aus Baden und Württemberg im 19. Jahrhundert, in: Auswanderung, Flucht, Vertreibung, Exil im 19. und 20. Jahrhundert. Laupheimer Gespräche 2001, Berlin 2003, S. 57–71.
Meier-Braun, Karl-Heinz / Weber, Reinhold: Kleine Geschichte der Ein- und Auswanderung in Baden-Württemberg, Leinfelden-Echterdingen 2009.

Hug, Wolfgang

Bernau im Schwarzwald

Hug, Wolfgang (mit Klaus Hoggenmüller): Die Leute auf dem Wald. Eine Alltagsgeschichte des Schwarzwalds, Stuttgart 1987.
Hug, Wolfgang (mit Hartwig Haubrich und Helmut Lange): Das große Buch vom Schwarzwald, Stuttgart 1991.
Hug, Wolfgang: Im Hotzenwald. Kultur- und Naturführer, Freiburg 2001.
Körner, Helge (Hrsg.): Der Hotzenwald. Beiträge zur Kultur und Natur einer Landschaft, Freiburg 2003.
Kaiser, Helmut: Holzschneflerdorf und Luftkurort Bernau im Schwarzwald, Bernau 1991.
Lauts, Jan: Hans Thoma, Königstein/Ts. 1995.

Kampmann, Jürgen

Der Ulmer Bekenntnistag vom 22. April 1934

Nicolaisen, Carsten: Der Weg nach Barmen. Die Entstehungsgeschichte der Theologischen Erklärung von 1934, Neukirchen-Vluyn 1985.
Mayer, Eberhard: Deutschkirche oder Bekenntniskirche? Der Ulmer Bekenntnistag 1934 und der Kampf um die rechtmäßige Evangelische Kirche Deutschlands, mithrsg. von der Evangelischen Gesamtkirchengemeinde Ulm, Langenau/Ulm 1984.
Schäfer, Gerhard: Die evangelische Landeskirche in Württemberg und der Nationalsozialismus, Teil 3: Der Einbruch des Reichsbischofs in die Württembergische Landeskirche 1934, Stuttgart 1974.
Scholder, Klaus: Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 2: Das Jahr der Ernüchterung 1934. Barmen und Rom, Berlin 1985.

Kirchner, Peter

Wertheim am Main

Haas, Hans-Dieter: Die thüringische Glasindustrie – zwei Jahrzehnte in Wertheim am Main, in: Geographische Rundschau, 24. Jg., 1972, S. 225–235.
Hermann, Anne: Wiederaufbau im Westen. Wie Neubürger und ihre Unternehmen die Wirtschaftsstruktur verändert haben, in: Momente. Beiträge zur Landeskunde von Baden-Württemberg, Heft 1/2010, S. 14–17.
Kirchner, Peter: Industriestandort im Grünen. 50 Jahre Industrie in Wertheim, Wertheim 1999.
Kirchner, Peter: Cluster-Region Heilbronn-Franken, Ubstadt-Weiher 2011.
Rahn, Volker: Das Schicksal der Heimatvertriebenen in Wertheim, Wertheim 1996.

Kirn, Daniel

Der Mergentheimer Aufstand am 29. Juni 1809

Gindele, Matthias: Der Aufstand der Bauern des Oberamts Tauber im Jahre 1809, in: Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte Jg. 46 (1987), S. 163–203.
Hofmann, Hans-Hubert: Der Staat des Deutschmeisters. Studien zu einer Geschichte des Deutschen Ordens im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation, München 1964.
Kirn, Daniel: Der Mergentheimer Aufstand des Jahres 1809 und das Ende des Meistertums Mergentheim, in: Jahrbuch für Württembergisch Franken 2006/2007, S. 91–129.
Sauer, Paul (Bearb.): Der Mergentheimer Aufstand vom Juni 1809, in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte Jg. 46 (1987), S. 205– 251.
Täubl, Friedrich: Der Deutsche Orden im Zeitalter Napoleons, Bonn 1966.

Langewiesche, Dieter

Das Stuttgarter Dreikönigstreffen

Langewiesche, Dieter: Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung, Düsseldorf 1974.
Langewiesche, Dieter: Liberalismus in Deutschland, 4. Aufl. Frankfurt/M. 1995 (zuerst 1988; englisch: London und Princeton N. J. 2000).
Langewiesche, Dieter: Liberalismus und Sozialismus. Gesellschaftsbilder – Zukunftsvisionen – Bildungskonzeptionen, Bonn 2003.
Langewiesche, Dieter: Liberalismus und Demokratie im Staatsdenken von Theodor Heuss, Stuttgart 2005.

Mann, Bernhard

Die Grabkapelle auf dem Rotenberg

Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte, hrsg. von Hansmartin Schwarzmaier. Bd. 3: Vom Ende des Alten Reiches bis zum Ende der Monarchien, Stuttgart 1992.
Jena, Detlef: Katharina Pawlowna. Großfürstin von Russland – Königin von Württemberg, Regensburg 2003.
Mann, Bernhard: Kleine Geschichte des Königreichs Württemberg, Leinfelden-Echterdingen 2006.
Sauer, Paul: Reformer auf dem Königsthron: Wilhelm I. von Württemberg, Stuttgart 1997.

Meier-Braun, Karl-Heinz

Einwanderungsland Baden-Württemberg

Frech, Siegfried / Meier-Braun, Karl-Heinz (Hrsg.): Die offene Gesellschaft – Zuwanderung und Integration, Schwalbach/Ts. 2007.
Meier-Braun, Karl-Heinz / Weber, Reinhold (Hrsg.): Kulturelle Vielfalt. Baden-Württemberg als Einwanderungsland, 2. Aufl., Stuttgart 2005.
Meier-Braun, Karl-Heinz: Einwanderungsland Deutschland, 2. Aufl., Frankfurt/M. 2003.
Meier-Braun, Karl-Heinz: Stuttgart: Zuwanderung seit 30 Jahren als Chance und Bereicherung, in: Frank Gesemann / Roland Roth (Hrsg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft, Wiesbaden 2009, S. 367–382.
Meier-Braun, Karl-Heinz / Weber, Reinhold: Kleine Geschichte der Ein- und Auswanderung in Baden-Württemberg, Leinfelden-Echterdingen 2009.

Nieß, Ulrich

Mannheim – „Wir sind Patent."

Krauß, Martin / Nieß, Ulrich (Hrsg.): Stadt – Land – Heimat. Beiträge zur Geschichte der Metropolregion Rhein-Neckar im Industriezeitalter, Heidelberg 2010.
Nieß, Ulrich / Caroli, Michael (Hrsg.): Geschichte der Stadt Mannheim, 3 Bde. zzgl. Ergänzungs- und Registerband, hrsg. im Auftrag der Stadt Mannheim, Heidelberg 2007–2011.
Probst, Hansjörg: Kleine Mannheimer Stadtgeschichte, Regensburg 2005.
Probst, Hansjörg (Hrsg.): Mannheim vor der Stadtgründung, Band 2.2: Die Mannheimer Vororte und Stadtteile, Regensburg 2008.
Schadt, Jörg (Hrsg.): Bildbände zur Mannheimer Stadtgeschichte: Mannheim im Kaiserreich; Mannheim unter der Diktatur; Mannheim im Zweiten Weltkrieg, Mannheim 1988–1997.
Wiegand, Hermann / Kreutz, Wilhelm: Kleine Geschichte der Stadt Mannheim, Karlsruhe 2008.

Pohl, Monika
Von Karlsruhe nach Kislau

Engehausen, Frank / Bräunche, Ernst Otto (Hrsg): 1933 – Karlsruhe und der Beginn des Dritten Reiches, Karlsruhe 2008.

„Unser die Zukunft". Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Karlsruhe 1845–1952, hrsg. von der Industriegewerkschaft Metall, Verwaltungsstelle Karlsruhe, bearb. und eingeleitet von Wolfgang Glaeser, Heilbronn 1991.

Kißener, Michael / Scholtyseck, Joachim (Hrsg): Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, Konstanz 1997.

Marum, Ludwig: Briefe aus dem Konzentrationslager Kislau, ausgewählt und bearbeitet von Elisabeth Marum-Lunau und Jörg Schadt. Mit einem Lebensbild von Joachim W. Storck, hrsg. von den Stadtarchiven Karlsruhe und Mannheim, Karlsruhe 1984.

Ulrich Wiedmann: Der Kislau-Prozess. Ludwig Marum und seine Henker. Ein szenischer Bericht, Neckarsteinach 2007.

Quarthal, Franz
Freiburg – das Herz Vorderösterreichs

Metz, Friedrich (Hrsg.): Vorderösterreich: Eine geschichtliche Landeskunde. Mit einem einleitenden Beitrag von Franz Quarthal, 4. Aufl., Freiburg i. Br. 2000.

Quarthal, Franz: Vorderösterreich, in: Handbuch der baden-württembergischen Geschichte. Bd. 1, Teil II: Vom Spätmittelalter bis zum Ende des Alten Reiches, hrsg. von Meinrad Schaab, Hansmartin Schwarzmaier und Gerhard Taddey im Auftrag der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Stuttgart 2000, S. 587–780.

Speck, Dieter: Kleine Geschichte Vorderösterreichs, Leinfelden-Echterdingen 2010.

Vorderösterreich – nur die Schwanzfeder des Kaiseradlers? Die Habsburger im deutschen Südwesten. Ausstellungskatalog, hrsg. vom Württembergischen Landesmuseum Stuttgart, Ulm 1999.

Schäfer, Hermann
„... in Lörrach die Fabrik"

Blackbourn, David: Die Eroberung der Natur. Eine Geschichte der deutschen Landschaft, München 2007.

Fischer, Wolfram: Der Staat und die Anfänge der Industrialisierung in Baden 1800–1850, Berlin 1962.

Caroli, Michael / Nieß, Ulrich (Hrsg.): Geschichte der Stadt Mannheim, Bd. 2, 1801–1914, Mannheim 2007.

Schäfer, Hermann: Zum Technologietransfer und der Ausbreitung der Industrialisierung. Die Maschinenfabrik André Koechlin, Mülhausen/Elsass und ihre Arbeiter (1826–1875), Freiburg 1985.

Schäfer, Hermann: Der Beginn der Industrialisierung – erste Fabrikzentren in Mülhausen, Lörrach, St. Blasien, in: Württembergisches Landesmuseum Stuttgart (Hrsg.): Baden und Württemberg im Zeitalter Napoleons, Ausstellungskatalog Stuttgart 1987, Bd. 2, S. 217–232.

Berding, Helmut / Ullmann, Hans-Peter (Hrsg.): Deutschland zwischen Revolution und Restauration, Königstein/Ts. 1982.

Schild, Georg
Byrnes und die „Speech of Hope" in Stuttgart

Byrnes, James F.: Speech of Hope. U. S. Secretary of State James F. Byrnes, 6th September 1946, hrsg. vom Landtag Baden-Württemberg, Stuttgart 1999.

Clay, Lucius D.: Decision in Germany, Garden City 1950.

Kreikamp, Hans-Dieter: Die amerikanische Deutschlandpolitik im Herbst 1946 und die Byrnes-Rede in Stuttgart, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Jg. 29 (1981), S. 269–285.

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): www.byrnes-rede.de (Stuttgart 2006).

Robertson, David: Sly and Able: A Political Biography of James F. Byrnes, New York 1994.

Schindling, Anton
Die Straßburger Rheinbrücke

Die lange Bruck. 600 Jahre Wege zum Nachbarn, hrsg. von der Stadt Kehl, Kehl 1989.

Livet, Georges (Hrsg.): Histoire de Strasbourg, Toulouse 1987.

Vogler, Bernard (Hrsg.): Nouvelle Histoire de L'Alsace. Une Région au Cœur de L'Europe, Toulouse 2003.

Schnabel, Thomas
Was macht Stammheim zu „Stammheim"?

Aust, Stefan: Der Baader-Meinhof-Komplex, Neuausgabe Hamburg 2008.

Haus der Geschichte Baden-Württemberg in Verbindung mit der Landeshauptstadt Stuttgart (Hrsg.): Die Opfer der RAF, Leinfelden-Echterdingen 2009.

Oesterle, Kurt: Stammheim. Der Vollzugsbeamte Horst Bubeck und die RAF-Häftlinge, Tübingen 2007.

Peters, Butz: Tödlicher Irrtum. Die Geschichte der RAF, Berlin 2004.

Pflieger, Klaus: Die Rote Armee Fraktion – RAF – 14. 5. 1970 bis 20. 4. 1998, 3. Aufl., Baden-Baden 2011.

Siemens, Anna: Für die RAF war er das System, für mich der Vater. Die andere Geschichte des deutschen Terrorismus, München 2007.

Sontheimer, Michael: „Natürlich kann geschossen werden." Eine kurze Geschichte der Roten Armee Fraktion, München 2010.

Stuberger, Ulf G.: Die Tage von Stammheim. Als Augenzeuge beim RAF-Prozess, München 2007.

Schnabel-Schüle, Helga
Die württembergischen Kirchenkonvente

Ehmer, Hermann / Holtz, Sabine (Hrsg.): Der Kirchenkonvent in Württemberg, Epfendorf am Neckar 2009.

Frehsee, Detlev u. a. (Hrsg.): Strafrecht, soziale Kontrolle, soziale Disziplinierung, Opladen 1993.

Häußermann, Martin Carl: Der württembergische Kirchenkonvent am Beispiel der Amtsstadt Waiblingen. Seine Geschichte, Bedeutung und Einflussnahme auf die Gesellschaft, Stuttgart 1995.

Popkin, Beate: Der Kirchenkonvent in Württemberg, in: Blätter für Württembergische Kirchengeschichte Jg. 96 (1996), S. 98–118.

Schmaltz, Susanne: Der Holzgerlinger Kirchenkonvent. Aufgaben und Kompetenzen im Wandel (1700–1846), Holzgerlingen 2002.

Schnabel-Schüle, Helga: Calvinistische Kirchenzucht in Württemberg? Zur Theorie und Praxis der württembergischen Kirchenkonvente, in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte Jg. 49 (1990), S. 169–223.

Schnabel-Schüle, Helga: Kirchenzucht als Verbrechensprävention, in: Heinz Schilling (Hrsg.): Kirchenzucht und Sozialdisziplinierung im frühneuzeitlichen Europa, Berlin 1994, S. 47–64.

Schnabel-Schüle, Helga: Überwachen und Strafen im Territorialstaat. Bedingungen und Auswirkungen des Systems strafrechtlicher Sanktionen im frühneuzeitlichen Württemberg, Köln 1997.

Ludwig-Uhland-Institut für Empirische Kulturwissenschaft der Universität Tübingen, Projektgruppe „Schwabenbilder": Schwabenbilder. Zur Rekonstruktion eines Regionalcharakters. Begleitband zur Ausstellung „Schwabenbilder" im Haspelturm des Tübinger Schlosses vom 18. April bis 1. Juni 1997.

Schraut, Sylvia
Der Badische Frauenverein 1859–1937

Lutzer, Kerstin: Der badische Frauenverein 1859–1918. Rotes Kreuz, Fürsorge und Frauenfrage, Stuttgart 2002.
Geschichte des badischen Frauenvereins. Festschrift zur Feier der Silbernen Hochzeit Ihrer Königlichen Hoheiten des Großherzogs Friedrich und der Großherzogin Luise und der Vermählung […] am 20. September 1881, Karlsruhe 1881.
Geschichte des Badischen Frauenvereins 1859–1906, zugleich Festschrift zur Feier der Goldenen Hochzeit Ihrer Königlichen Hoheiten des Großherzogs Friedrich und der Großherzogin Luise am 20. September 1906, 2. Ausgabe, Karlsruhe 1906.

Setzler, Wilfried
Das Landeswappen

Bausinger, Hermann: Die bessere Hälfte. Von Badenern und Württembergern, Stuttgart 2002.
Moersch, Karl / Hölzle, Peter: Kontrapunkt Baden-Württemberg. Zur Vorgeschichte und Geschichte des Südweststaates, Leinfelden-Echterdingen 2002.
Quellen zur Entstehung der Verfassung von Baden-Württemberg, Teil 1–8, bearb. von Paul Feuchte, und Teil 9 „Gesamtregister", bearb. von Jürgen Tröscher, hrsg. von der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Stuttgart 1986–1995.
Sauer, Paul (Bearb.): Die Entstehung des Bundeslandes Baden-Württemberg. Eine Dokumentation, hrsg. vom Landtag von Baden-Württemberg in Verbindung mit dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Ulm 1977.
Schön, Petra: Baden-württembergische Befindlichkeiten. Das Land und seine Symbolik. Begleitbuch zur [gleichnamigen] Ausstellung des Hauptstaatsarchivs, Stuttgart 2002.
Ziwes, Franz-Josef: Karikaturen und Plakate zur Entstehung des Südweststaates. Begleitveröffentlichung zur Ausstellung des Staatsarchivs Sigmaringen „Politische Plakate und Karikaturen aus der französischen Besatzungszeit und den Anfängen des Südweststaates", Sigmaringen 2002.

Steinbach, Peter
Baden-Baden

Bischoff, Helmuth: Baden-Baden, Köln 1996.
Haebler, Rolf Gustav: Geschichte der Stadt und des Kurorts Baden-Baden, 2 Bde., Baden-Baden 1969.
Kicherer, Dagmar: Kleine Geschichte der Stadt Baden-Baden, Leinfelden-Echterdingen 2008.
Loeser, Johan: Geschichte der Stadt Baden-Baden von den ältesten Zeiten bis auf die Gegenwart, Baden-Baden 1891.
Rößler, Rolf: Baden-Baden unter dem Hakenkreuz, Baden-Baden o. J.
Schindler, Angelika: Der verbrannte Traum: Jüdische Bürger und Gäste in Baden-Baden, Bühl 1992.

Steinbach, Peter
Johann Georg Elser und Königsbronn

Gruchmann, Lothar: Johann Georg Elser: Autobiographie eines Attentäters – Aussage zum Anschlag im Bürgerbräukeller, Stuttgart 1970.
Steinbach, Peter / Tuchel, Johannes: Georg Elser: Der Hitler-Attentäter, Berlin 2010.
Renz, Ulrich: Georg Elser. Ein Meister der Tat, Leinfelden-Echterdingen 2009.

Stolle, Michael
Bildungsreich

Frommer, Helmut und Knab, Doris: Bildungslandschaft Baden-Württemberg, in: Reinhold Weber / Hans-Georg Wehling (Hrsg.): Baden-Württemberg. Gesellschaft, Geschichte, Politik, Stuttgart 2006, S. 238–261.
Fuchs, Walther Peter: Die wissenschaftlichen Hochschulen Baden-Württembergs in der Nachkriegszeit, in: Ders.: Nachdenken über Geschichte. Vorträge und Aufsätze, hrsg. von Gunter Berg, Stuttgart 1980, S. 333–364.
Hölzle, Peter: Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungspolitik des Landes, in: Hartmut Klatt (Hrsg.): Baden-Württemberg und der Bund, Stuttgart 1989, S. 234–250.
Münch, Richard: Die akademische Elite. Zur sozialen Konstruktion wissenschaftlicher Exzellenz, Frankfurt/M. 2007.
Rüegg, Walter (Hrsg.): Die Geschichte der Universität in Europa, 4 Bde., München 1993–2010.
Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1700–1990, 5 Bde., München 1987–2008.

Taddey, Gerhard
Hohenlohe

Bauschert, Otto (Hrsg.): Hohenlohe, Stuttgart 1993.
Der Hohenlohekreis, hrsg. vom Landesarchiv Baden-Württemberg in Verbindung mit dem Hohenlohekreis. 2 Bde., Stuttgart 2006.
Fischer, Adolf: Geschichte des Hauses Hohenlohe, Nachdruck der Ausgabe 1866–1871, Schwäbisch Hall 1991.
Taddey, Gerhard / Rößler, Walter / Schenk, Werner (Hrsg.): Öhringen, Stadt und Stift, Sigmaringen 1988.

Tschofen, Bernhard
Der See

Bausinger, Hermann: Zur Kulturgeschichte des Fremdenverkehrs in Südwestdeutschland, Weingarten 1988.
Berner, Herbert: Verlorene und wiedergewonnene Einheit des Bodenseeraums, in: Helmut Maurer (Hrsg.): Der Bodensee. Landschaft, Geschichte, Kultur, Sigmaringen 1982, S. 619–654.
Borst, Arno: Bodensee, Geschichte eines Wortes, in: Helmut Maurer (Hrsg.): Der Bodensee. Landschaft, Geschichte, Kultur, Sigmaringen 1982, S. 495–529.
Feger, Otto: Schwäbisch-alemannische Demokratie. Aufruf und Programm, Konstanz 1946.
Klöckler, Jürgen: „Das Land der Alemannen …". Pläne für einen Heimatstaat im Bodenseeraum nach 1945, Konstanz 1999.
Moosbrugger, Matthias: Grenzüberschreitende Kooperationen in der Bodenseeregion. Ein historischer Rückblick, Bregenz / Regensburg 2007.
Tschofen, Bernhard (Hrsg.): GrenzRaumSee. Eine ethnographische Reise durch die Bodenseeregion, Tübingen 2008.
Werner Trapp: Mit Blick auf See und Gebirge. Der Bodensee – Bilder vom Wandel einer touristischen Landschaft, 2. Aufl., Karlsruhe 2003.
Zang, Gert: (Hrsg.): Provinzialisierung einer Region. Zur Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft in der Provinz, Frankfurt/M. 1978.

Weber, Edwin Ernst
Meßkirch

Uhl, Stefan / Weber, Edwin Ernst (Hrsg.): Hornstein. Beiträge zur Geschichte von Burg, Familie und Herrschaft. Sigmaringen 1997.
Weber, Edwin Ernst: Städtische Herrschaft und bäuerliche Untertanen in Alltag und Konflikt. Die Reichsstadt Rottweil und ihre Landschaft vom Dreißigjährigen Krieg bis zur Mediatisierung, Rottweil 1992.

Weber, Edwin Ernst (Hrsg.): Ostrach 1799. Die Schlacht, der Ort, das Gedenken, Ostrach 1999.
Weber, Edwin Ernst (Hrsg.): Renitenz und Genie. Meßkirch und der badische Seekreis zwischen 1848/49 und dem Kulturkampf, Konstanz 2003.
Weber, Edwin Ernst (Hrsg.): Klöster im Landkreis Sigmaringen in Geschichte und Gegenwart, Lindenberg 2005.
Weber, Edwin Ernst (Hrsg.): Opfer des Unrechts. Stigmatisierung, Verfolgung und Vernichtung von Gegnern durch die NS-Gewaltherrschaft an Fallbeispielen aus Oberschwaben, Stuttgart/Ostfildern 2009.

Weber, Reinhold
Der Hohenasperg

Auf den Bergen ist Freiheit. Der Hohenasperg und das Gericht über die Revolution. Katalog zur Ausstellung auf dem Hohenasperg vom 16. Mai bis 18. Oktober 1998, hrsg. vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Redaktion Albrecht Krause), Stuttgart 1998.
Brandstätter, Horst: Asperg. Ein deutsches Gefängnis, Berlin 1978.
Hohenasperg – ein deutsches Gefängnis. Zweigmuseum des Hauses der Geschichte Baden-Württemberg im Arsenalbau der Festung Hohenasperg. Ausstellungskatalog, hrsg. vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Redaktion: Franziska Dunkel, Paula Lutum-Lenger und Sabrina Müller), Stuttgart 2011.
Krausnick, Michail: Wo sind sie hingekommen? Der unterschlagene Völkermord an den Sinti und Roma, Gerlingen 1995.
Quarthal, Franz / Moersch, Karl (Hrsg.): Hohenasperg oder ein früher Traum von Demokratie, Leinfelden-Echterdingen 1998.
Sauer, Paul: Der Hohenasperg. Fürstensitz – Höhenburg – Bollwerk der Landesverteidigung, Leinfelden-Echterdingen 2004.
Schön, Theodor: Die Staatsgefangenen von Hohenasperg, Stuttgart 1899.

Wehling, Hans-Georg
Der Weingartener Blutritt

Blickle, Peter (Hrsg.): Politische Kultur in Oberschwaben, Tübingen 1993.
Eitel, Peter: Geschichte Oberschwabens im 19. und 20. Jahrhundert, Bd. 1, Ostfildern 2010.
Rudolf, Hans Ulrich: Die Weingartener Heilig-Blut-Verehrung und der Blutritt, in: Rolf Kießling / Dietmar Schiersner (Hrsg.): Erinnerungsorte in Oberschwaben, Konstanz 2009, S. 225–248.
Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Oberschwaben, Stuttgart 1995.

Wehling, Hans-Georg
Villingen-Schwenningen

Stadt Villingen-Schwenningen (Hrsg.): Villingen und Schwenningen. Geschichte und Kultur, Villingen-Schwenningen 1998.
Stadt Villingen-Schwenningen (Hrsg.): 50 Jahre Baden-Württemberg – 30 Jahre Villingen-Schwenningen, Villingen-Schwenningen 2004.
Rosemarie und Hans-Georg Wehling: Gemeinde und Gemeindereform, in: Hans-Georg Wehling (Hrsg.): Kommunalpolitik, Hamburg 1975, S. 12–42.

Wehling, Rosemarie
Korntal und der Pietismus in Württemberg

Brecht, Martin / Deppermann, Klaus / Lehmann, Hartmut / Gäbler, Ulrich (Hrsg.): Geschichte des Pietismus, 4 Bde., Göttingen 1993–2004.
Fritz, Eberhard: Radikaler Pietismus in Württemberg. Religiöse Ideale im Konflikt mit gesellschaftlichen Realitäten, Epfendorf/Neckar 2002.
Hermle, Siegfried (Hrsg.): Kirchengeschichte Württembergs in Porträts. Pietismus und Erweckungsbewegung, Holzgerlingen 2001.
Jung, Martin H.: Pietismus, Frankfurt/M. 2005.
Kannenberg, Michael: Verschleierte Uhrtafeln. Endzeiterwartungen im württenbergischen Pietismus zwischen 1818 und 1848, Göttingen 2007.
Roth, Walther: Die Evangelische Brüdergemeinde in Korntal. Ein Gemeindemodell des Pietismus in Württemberg. Idee – Geschichte – Wirklichkeit, Neuhausen/Stuttgart 1994.

Zauner, Stefan
Bebenhausen

Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. Darstellungen und Erinnerungen, hrsg. von Max Gögler und Gregor Richter in Verbindung mit Gebhard Müller, Sigmaringen 1982.
Quellen zur Entstehung der Verfassung von Württemberg-Hohenzollern, hrsg. von der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, 2 Teile, bearb. von Thomas Rösslein und eingel. von Frank Raberg, Stuttgart 2006/2008.
Sieben Jahre Landeshauptstadt. Tübingen und Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. Katalog einer Ausstellung im Kloster Bebenhausen, 15. Juni bis 8. September 2002, hrsg. von Udo Rauch und Antje Zacharias, Red.: Wilfried Setzler, Tübingen 2002.
Von der Ständeversammlung zum demokratischen Parlament. Die Geschichte der Volksvertretungen in Baden-Württemberg, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Red.: Günther Bradler und Franz Quarthal, Stuttgart 1982.

Die Autorinnen und Autoren

Bauer, Sonja-Maria, Dr., geb. 1953, ist seit 1981 Lehrerin für Deutsch und Geschichte am Gymnasium, seit 2009 Schulleiterin am Friedrich-List-Gymnasium in Asperg. Sie ist Lehrbeauftragte am Institut für Geschichtliche Landeskunde der Eberhard Karls Universität Tübingen. Publikationen zur Revolution von 1848/49 in Baden und Württemberg und zur Wissenschafts- und Universitätsgeschichte des 17. und 18. Jahrhunderts.

Bausch, Ulrich, Dr., geb. 1959, ist Geschäftsführer der Volkshochschule Reutlingen GmbH. Er war in den 1980er-Jahren als Fernsehjournalist für den SDR tätig, ist zu medienwissenschaftlichen Themen seit Jahren als Dozent gefragt und verantwortet die Reutlinger Journalistenschule, die „Zeitenspiegel-Reportageschule Günter Dahl".

Bausinger, Hermann, Prof. Dr., geb. 1926, ist emeritierter Professor der Eberhard Karls Universität Tübingen, wo er von 1960 bis 1992 das Ludwig-Uhland-Institut für Empirische Kulturwissenschaft leitete. Seine Forschungsgebiete sind Alltagskultur, Volkserzählungen, Dialekte, Sozial- und Kulturgeschichte mit landeskundlicher Ausrichtung.

Becht, Hans-Peter, Prof. Dr., geb. 1955, ist Leiter des Stadtarchivs / Institut für Stadtgeschichte in Pforzheim und apl. Professor für Neuere, Neueste und Landesgeschichte an der Universität Stuttgart. Im Mittelpunkt seiner Forschungstätigkeit stehen die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, ferner die Stadtgeschichte, die Wirtschafts- und Sozialgeschichte und die Mediengeschichte.

Becker, Mathias, geb. 1978, Studium der Soziologie und Politikwissenschaft, ist Reporter für die *Neue Rhein Zeitung* und die *taz*. Von 2009 bis 2010 besuchte er die „Zeitenspiegel-Reportageschule Günter Dahl" in Reutlingen und arbeitet jetzt für die Reportageagentur „Zeitenspiegel". Er lebt in Hamburg und Stuttgart.

Becker, Otto H., Dr., geb. 1942, war stellvertretender Leiter der Abteilung Staatsarchiv Sigmaringen des Landesarchivs Baden-Württemberg. Er ist Schriftleiter der *Zeitschrift für Hohenzollerische Geschichte* und Mitglied der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg.

Beer, Mathias, Dr., geb. 1957, ist Leiter des Forschungsbereichs Zeitgeschichte am Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde und dessen stellvertretender Leiter und Lehrbeauftragter an der Eberhard Karls Universität Tübingen. Er hat insbesondere zur Migrationsgeschichte Europas im 19. und 20. Jahrhundert zahlreiche wegweisende Publikationen vorgelegt.

Binder, Hans-Otto, Dr., geb. 1940, lehrte als Akademischer Oberrat bis 2002 an der Eberhard Karls Universität Tübingen Neuere Geschichte. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte Württembergs und zur Stadtgeschichte Tübingens.

Blümcke, Martin, geb. 1935, war von 1966 bis 1998 Kulturredakteur und Leiter der Hörfunkredaktion *Land und Leute* im Süddeutschen Rundfunk (SDR; heute SWR). Er ist Autor zahlreicher landeskundlicher Arbeiten und war lange Jahre Herausgeber der Zeitschrift *Schwäbische Heimat*.

Borgstedt, Angela, PD Dr. habil., geb. 1964 in Karlsruhe, ist Akademische Rätin am Historischen Institut der Universität Mannheim. Zuvor war sie Mitarbeiterin der „Forschungsstelle Widerstand gegen den Nationalsozialismus im deutschen Südwesten" (Universität Karlsruhe) und Wissenschaftliche Assistentin am Institut für Geschichte der Universität Karlsruhe.

Bräunche, Ernst Otto, Dr., geb. 1954, ist Leiter von Stadtarchiv & Historische Museen der Stadt Karlsruhe, Vorsitzender der Bundeskonferenz der Kommunalarchive beim Deutschen Städtetag, Stellvertretender Vorsitzender des Südwestdeutschen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung und Mitglied der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg.

Braun, Thomas, M. A., geb. 1962, ist Kunsthistoriker und Kulturreferent der Stadt Bad Urach. Er hat vor dieser Tätigkeit als Gutachter für das Landesdenkmalamt Baden-Württemberg gearbeitet. Am Aufbau des Beuroner Kunstarchivs war er maßgeblich beteiligt.

Burkard, Dominik, Prof. Dr., geb. 1967, ist Inhaber des Lehrstuhls für Kirchengeschichte des Mittelalters und der Neuzeit an der Universität Würzburg. Er ist Mitherausgeber der *Römischen Quartalschrift für Christliche Altertumskunde und Kirchengeschichte* und gehört dem Wissenschaftlichen Rat der Katholischen Akademie in Bayern an.

Dowe, Christopher, Dr., geb. 1973, arbeitet als Historiker beim Haus der Geschichte Baden-Württemberg und hat die Ausstellungen für die Erinnerungsstätte Matthias Erzberger in Münsingen-Buttenhausen und die Stuttgarter Stauffenberg-Erinnerungsstätte erarbeitet.

Eith, Ulrich, Prof. Dr., geb. 1960, ist Direktor des Studienhaus Wiesneck – Institut für politische Bildung Baden-Württemberg e. V. in Buchenbach und Professor für Wissenschaftliche Politik an der Universität Freiburg. Als Leiter der Freiburger Arbeitsgruppe Wahlen ist er beratend und kommentierend regelmäßig für Parteien, Verwaltungen und Medien tätig.

Engehausen, Frank, Prof. Dr., geb 1963, ist apl. Professor für Neuere Geschichte an der Universität Heidelberg. Er ist Mitglied der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg.

Förtsch, Folker, M. A., geb. 1963, ist Leiter des Stadtarchivs Crailsheim. Er ist (Mit-)Initiator und Sprecher der KZ-Gedenkstätte Schwäbisch Hall-Hessental und erhielt 2011 den Medienpreis der drei Kreiszeitungen im Landkreis Schwäbisch Hall.

Frie, Ewald, Prof. Dr., geb. 1962, ist Professor für Neuere Geschichte an der Universität Tübingen. Er war Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen Düsseldorf, Wissenschaftlicher Assistent und Hochschuldozent an der Universität Essen und Professor für Neuere Geschichte an der Universität Trier.

Gfrereis, Heike, Dr., geb. 1968, ist als Leiterin der Museumsabteilung im Deutschen Literaturarchiv Marbach verantwortlich für die Ausstellungen im Literaturmuseum der Moderne und im Schiller-Nationalmuseum. Zuvor war sie Hochschulassistentin für Neuere deutsche Literatur an der Universität Stuttgart und in einem Stuttgarter Architekturbüro für Ausstellungsdramaturgie, Text und audiovisuelle Medien zuständig.

Hecht, Cornelia, Dr., geb. 1968, ist seit 2004 wissenschaftliche Mitarbeiterin und Ausstellungskuratorin im Haus der Geschichte Baden-Württemberg in Stuttgart. Sie war zwischen 2001 und 2007 am Aufbau des Museums zur Geschichte von Christen und Juden in Laupheim beteiligt und betreute es von 2005 bis 2007 wissenschaftlich.

Hentschel, Volker, Prof. Dr., geb. 1944, war Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und der Sorbonne Nouvelle III, Paris. Er leitet den Executive MBA-Studiengang der Universität Mainz.

Hochstuhl, Kurt, Dr., geb. 1954, ist Leiter des Staatsarchivs Freiburg und Mitglied der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg. Er hat zahlreiche Veröffentlichungen zur badischen und württembergischen Landesgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert vorgelegt.

Hug, Wolfgang, Prof. Dr., geb. 1931, hatte von 1962 bis 1995 den Lehrstuhl für Geschichte und ihre Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Freiburg mit Lehraufträgen an der PH Dresden, den Universitäten München und Rostock inne. Schwerpunkte seiner Arbeit sind neben zahlreichen Veröffentlichungen zur Geschichtsdidaktik und zum Geschichtsunterricht Forschungen zur Stadt-, Regional- und Landesgeschichte.

Kampmann, Jürgen, Prof. Dr., geb. 1958, ist Inhaber des Lehrstuhls für Kirchenordnung und Neuere Kirchengeschichte an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Eberhard Karls Universität Tübingen. Er ist u. a. Mitglied der Historischen Kommission Westfalen, des Arbeitskreises Deutsche Landeskirchengeschichte, stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises der EKU-Stiftung für kirchengeschichtliche Forschung sowie Mitherausgeber des *Jahrbuchs für Westfälische Kirchengeschichte* und der Buchreihe *Unio und Confessio*.

Kirchner, Peter, Prof. Dr., geb. 1967, ist Professor für Geographie und ihre Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg.

Kirn, Daniel, Dr., geb. 1978, ist Lehrbeauftragter für Landesgeschichte an der Universität Stuttgart und der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd. Er arbeitet als Lektor für Geschichte beim Verlag W. Kohlhammer GmbH. Schwerpunkte seiner Forschung sind die Sozial- und Wirtschafts- sowie die Militärgeschichte vor allem des 19. Jahrhunderts.

Langewiesche, Dieter, Prof. Dr., geb. 1943, ist emeritierter Professor für Neuere Geschichte an der Eberhard Karls Universität Tübingen. Er war Mitglied des Wissenschaftsrates, Fellow des Wissenschaftskollegs zu Berlin, Honorary Fellow des Historischen Kollegs München und erhielt den Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Mann, Bernhard, Prof. Dr., geb. 1936, ist Professor im Ruhestand am Historischen Seminar der Eberhard Karls Universität Tübingen. Veröffentlichungen zur deutschen, vor allem württembergischen und preußischen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert.

Meier-Braun, Karl-Heinz, Prof. Dr., geb. 1950, ist Leiter der Fachredaktion SWR International beim Südwestrundfunk in Stuttgart und Integrationsbeauftragter des Senders. Er ist Honorarprofessor für Politikwissenschaft an der Eberhard Karls Universität Tübingen und als einer der renommiertesten deutschen Experten zum Thema Migration stellvertretender Vorsitzender des Rates für Migration (RfM).

Nieß, Ulrich, Dr., geb. 1960, ist Leiter des Stadtarchivs Mannheim – Institut für Stadtgeschichte, Mitglied im Vorstand des Verbands deutscher Archivarinnen und Archivare (VDA), Gutachter bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und Koautor sowie Herausgeber einer vierbändigen Geschichte der Stadt Mannheim anlässlich des 400-jährigen Stadtjubiläums im Jahr 2007.

Pohl, Monika, Dr., geb. 1949, ist Oberstudienrätin am Ludwig-Marum-Gymnasium Pfinztal. Sie ist zweite Vorsitzende des Forum-Ludwig-Marum Karlsruhe und erhielt 2005 den Ludwig-Marum-Preis der Karlsruher SPD. Sie hat verschiedene Publikationen zur Biographie Ludwig Marums sowie zur Geschichte der Karlsruher Arbeiterbewegung und des badischen Judentums veröffentlicht.

Quarthal, Franz, Prof. Dr., geb. 1943, ist Inhaber des Lehrstuhls für Landesgeschichte an der Universität Stuttgart, Vorstandsmitglied der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Mitglied der bayerischen Benediktinerakademie sowie Träger des Ehrenkreuzes für Wissenschaft und Kunst der Republik Österreich Erster Klasse für seine Arbeiten zur Geschichte Österreichs und der habsburgischen Vorlande.

Schäfer, Hermann, Prof. Dr., geb. 1942, ist Gründungspräsident der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, apl. Prof. für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Freiburg, Honorarprofessor an der TU Karlsruhe und Ministerialdirektor/Abteilungsleiter für Kultur und Medien im Bundeskanzleramt a. D.

Schild, Georg, Prof. Dr., geb. 1961, ist Professor für Nordamerikanische Geschichte an der Eberhard Karls Universität Tübingen. Er ist Autor zahlreicher Publikationen zur amerikanischen Außenpolitik und zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen.

Schindling, Anton, Prof. Dr., geb. 1947, ist Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Eberhard Karls Universität Tübingen. Er ist u. a. Vorsitzender der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg und Träger des Schongau-Preises der Académie d'Alsace.

Schnabel, Thomas, Dr., geb. 1952, ist Direktor des Hauses der Geschichte Baden-Württemberg in Stuttgart.

Schnabel-Schüle, Helga, Prof. Dr., geb. 1954, ist Professorin für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Trier. Von 1985 bis 1992 war sie wissenschaftliche Assistentin am Institut für Geschichtliche Landeskunde und historische Hilfswissenschaften der Universität Tübingen.

Schraut, Sylvia, Prof. Dr., geb. 1954, vertritt die Professur für Deutsche und Europäische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert an der Universität der Bundeswehr München. Zu ihren Publikations- und Forschungsschwerpunkten zählen Migrationsforschung, Adelsforschung, Erinnerungskultur und die Geschichte der politischen Gewalt sowie Frauen- und Geschlechtergeschichte.

Setzler, Wilfried, Prof. Dr., geb. 1943, ist Honorarprofessor an der Philosophischen Fakultät der Universität Tübingen. Er ist Verfasser zahlreicher Bücher und Aufsätze zur südwestdeutschen Landes- und Geistesgeschichte. Bis 2009 war er Leiter des Kulturamtes der Universitätsstadt Tübingen.

Steinbach, Peter, Prof. Dr., geb. 1948, ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Mannheim und Leiter der dort angesiedelten „Forschungsstelle Widerstand gegen den Nationalsozialismus im deutschen Südwesten". Seit 1989 ist er wissenschaftlicher Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin. Er ist Mitherausgeber der Buchreihe *Mensch – Zeit – Geschichte* beim Verlag W. Kolhlhammer.

Stolle, Michael, Dr., geb. 1970, ist Geschäftsführer des House of Competence am Karlsruher Institut für Technologie. In seiner Funktion ist er mit zuständig für den Auf- und Ausbau des Qualifizierungsangebots für Studierende und Promovierende in den Bereichen Schlüsselqualifikationen und Kompetenzentwicklung.

Taddey, Gerhard, Prof. Dr., geb. 1937, ist Leitender Archivdirektor i. R. und war von 1971 bis 1986 Leiter des Hohenlohe-Zentralarchivs Neuenstein und von 1993 bis 2002 des Staatsarchivs Ludwigsburg. Von 1995 bis 2005 war er Vorsitzender der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg. Sein Interesse gilt der quellenorientierten Landesgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart.

Tschofen, Bernhard, Prof. Dr., geb. 1966, ist Professor für Empirische Kulturwissenschaft am Ludwig-Uhland-Institut der Universität Tübingen. Zu seinen Schwerpunkten zählen die Regionale Ethnographie und die Kulturanalyse des Alltags (u. a. Tourismusforschung und Kulinaristik) sowie die Beschäftigung mit Wissenskulturen und Museumswissenschaft.

Weber, Edwin Ernst, Dr., geb. 1958, ist Kreisarchivar und Kulturreferent des Landkreises Sigmaringen. Als Vorstandsmitglied und Geschäftsführer des Kulturforums Landkreis Sigmaringen sowie der Gesellschaft Oberschwaben für Geschichte und Kultur bemüht er sich um die Vernetzung und Mitgestaltung des Kulturlebens und der Erinnerungskultur in Landkreis und Region unter qualitativen Gesichtspunkten.

Weber, Reinhold, Dr., geb. 1969, verantwortet bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg die wissenschaftliche Buchreihe *Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs*. Er lehrt Zeitgeschichte an der Eberhard Karls Universität Tübingen und ist Mitglied der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg. Er ist Mitherausgeber der beiden Buchreihen *Mensch – Zeit – Geschichte* und *Brennpunkt Politik* beim Verlag W. Kohlhammer.

Wehling, Hans-Georg, Prof. Dr., geb. 1938, war Leiter der Abteilung Publikationen der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und lehrt Politikwissenschaft am Institut für Politikwissenschaft der Eberhard Karls Universität Tübingen. Er ist Begründer der wissenschaftlichen Buchreihe der LpB *Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs* und als einer der besten Kenner des Landes Autor zahlreicher Bücher zur Geschichte und Landeskunde des deutschen Südwestens. Er ist Mitherausgeber der Buchreihe *Brennpunkt Politik* beim Verlag W. Kohlhammer.

Wehling, Rosemarie, geb. 1941, war bis 2004 Studiendirektorin und Fachberaterin für Geschichte und Gemeinschaftskunde. Sie hat zahlreiche Beiträge zu fachdidaktischen, politikwissenschaftlichen und regionalgeschichtlichen Themen veröffentlicht.

Zauner, Stefan, Dr., geb. 1957, hat sich als Zeithistoriker insbesondere mit der französischen Besatzungspolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg beschäftigt. Er ist Akademischer Oberrat im Dekanat der Philosophischen Fakultät der Eberhard Karls Universität Tübingen.

Abbildungsverzeichnis

Adolf Würth GmbH & Co. KG, Künzelsau / Andi Schmid 118
Anton H. Konrad Verlag, Weißenhorn / Wolf-Christian von der Mühlbe 84
Architekturmuseum der Technischen Universität München 413
Archiv für Philatelie, Bonn 304, 523
Archiv Soziale Bewegungen e. V., Freiburg i. Br. 572
Augustinermuseum – Städtische Museen Freiburg i. Br. 71, 72, 74, 550
Badische Staatsbrauerei Rothaus AG, Grafenhausen-Rothaus 43
Badischer Verlag, Archiv Badische Zeitung, Freiburg i. Br. 282
Beck, Günter, Pforzheim 52, 57, 58 oben u. unten, 130, 133, 134, 135 oben
Bengsch, Axel, Tübingen (www.geografik.net) 55
bpk – Bildagentur für Kunst, Kultur und Geschichte, Berlin 203, 388 unten, 418, 425, 457
bpk – Bildagentur für Kunst, Kultur und Geschichte, Berlin / Hamburger Kunsthalle / Elke Walford 401
Bischöfliches Ordinariat der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Rottenburg a. N. 201
Bund der Vertriebenen (BdV), Bonn 520
Bundesdenkmalamt Österreich, Fotoarchiv, Wien 73
Bundesfinanzakademie, Brühl 424
Bürger- und Verkehrsverein Tübingen 334
CARASANA Bäderbetriebe GmbH, Baden-Baden 307
Club Voltaire, Tübingen 333
Daimler AG, Archive, Stuttgart 230 links, 233, 234 oben u. unten, 236, 237, 238 unten, 247, 249 oben
Deutsches Literaturarchiv Marbach 532, 534, 535, 536, 537, 538, 539 oben u. unten
Deutsches Weininstitut, Mainz 558
Deutschordensmuseum Bad Mergentheim 91
Deutschordens-Zentralarchiv Wien 97
Dopfer, Hans Joachim, Sigmaringen 105
Dorbath, Bernd, Wertheim a. M. 508
Eppler, Frank, Stuttgart 276
Erinnerungsstätte „Männer von Brettheim" / Hans Helei 488
Erzbischöfliches Archiv der Erzdiözese Freiburg 207
Familienarchiv Heuss, Basel 171
Feist, Joachim, Pliezhausen 335
Finner, Siddharta, Mühldorf a. Inn 42
Foto Keidel, Hechingen 109
Fürstliche Kunstsammlungen, Wolfegg 85
Fürstliche Verwaltung Schloss Langenburg 116
Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin 462, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470
Gemeinde Gailingen / Verein für jüdische Geschichte Gailingen e. V. 476
Generallandesarchiv Karlsruhe 148, 149, 228, 370, 371, 372, 373, 374, 377
Georg-Elser-Gedenkstätte, Königsbronn 471
Germanisches Nationalmuseum, Nürnberg 229
Getty Images 480 oben
Glaser, Marion, Böblingen 316
Grohe, Manfred, Kirchentellinsfurt 16, 19, 20, 24, 26, 28, 101, 120, 208, 220, 298, 312, 317, 322/323, 324, 327, 348, 358, 567, 569
Haehling von Lanzenauer, Reiner, Baden-Baden 423 unten
Hans-Thoma-Kunstmuseum, Bernau 397
Hauptstaatsarchiv Stuttgart 34, 96, 475
Haus der Geschichte Baden-Württemberg 98, 211, 213, 279, 415 unten, 427
Haus der Geschichte Baden-Württemberg / privat 421
Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg 515
Heimatmuseum Meßkirch 188
Heuberger, Michael, Schutterwald 40
Hofkammer des Hauses Württemberg, Archiv, Altshausen 125, 126
Hohenlohe-Zentralarchiv Neuenstein 112, 114, 115
Hotel die Halde, Oberried / Grafikbüro Gastler, Freiburg 399
ICM Medienhaus / Stiftung Christliche Medien (SCM) 346
Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde, Tübingen 257, 258, 260
KBC Manufaktur Koechlin, Baumgartner & Cie. GmbH, Lörrach 223
Kreisarchiv Bodenseekreis 315
Kreisarchiv Sigmaringen 189, 191, 194 oben und unten, 195
Kunsthalle Bremen – Der Kunstverein in Bremen / Lars Lohrisch 395
Kunstsammlungen der Fürsten zu Waldburg-Wolfegg 85
Kupferstichkabinett Straßburg 291
Landesarbeitsamt Baden-Württemberg / Fachhochschule der Agentur für Arbeit, Mannheim 280
Landeskirchliches Archiv der Evangelischen Kirche von Westfalen 459
Landeskirchliches Archiv der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern 454
Landeskirchliches Archiv der Evangelischen Landeskirche in Württemberg 338, 352, 354
Landesmedienzentrum Baden-Württemberg 22, 30, 47, 50, 56, 68, 77, 90, 92, 113, 117, 119, 123, 127, 129, 140, 143, 144, 145, 146, 147, 150, 151 oben u. unten, 165, 174, 175 unten, 179, 182, 183, 185, 212, 216, 222, 226, 229, 230 Mitte u. rechts, 266, 268, 320, 326, 329, 339, 341, 342, 362, 367, 378, 381, 382, 388 oben, 404, 406, 407, 410, 411, 412, 416, 474, 479, 494, 495, 496, 497, 498 oben u. unten, 499, 500, 519, 526, 528, 529, 531, 546, 564, 570
Landesmuseum Württemberg, Stuttgart / P. Frankenstein, H. Zwietasch 164, 336
Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 35, 44, 45, 66, 202, 568
Landsmannschaft der Banater Schwaben, München 254
Landtag von Baden-Württemberg 39, 168, 169
Lang, Christoph, Rottenburg a. N. 556
Löbe, Reiner, Bingen 108, 186
Max Weishaupt GmbH, Schwendi 87 oben
Museum Biberach 86
Museum für Hamburgische Geschichte 274
Museum zur Geschichte von Christen und Juden, Laupheim 428, 430, 432, 433 oben u. unten, 434, 438
Neues Schloss, Stuttgart 122
Pauls, Norbert, Laupheim 439
picture-alliance / akg-images 196, 269, 350, 351, 355, 389, 403, 460, 557 unten, 586 unten, 587
picture-alliance / ANP XTRA 297 oben

picture-alliance / Arco Images GmbH 387
picture-alliance / Bildagentur Huber 67, 69, 82, 83, 100, 103 oben u. unten, 106, 198, 300, 331, 392, 394, 492, 557 oben, 559, 561
picture-alliance / Bildagentur-online / Sunny Celeste 95
picture-alliance / dpa 37, 61, 70, 78, 80, 139, 152, 204, 218, 219, 278 oben, 286, 297 unten, 309, 319, 321, 330, 347, 383, 386, 390 unten, 400, 420, 426, 441, 456, 480 unten, 481, 512, 513, 514, 517, 527, 530, 548, 552, 554, 571, 574, 575, 576, 577, 578 unten, 580, 581, 584, 585, 586 oben, 588, 589, 590, 591, 592, 594, 595
picture-alliance / DUMONT Bildarchiv 94, 318
picture-alliance / Eibner Pressefoto 159
picture-alliance / Florian Monheim 384
picture-alliance / Fritz Fischer 162
picture-alliance / HB-Verlag 328 oben, 398
picture-alliance / Heinz-Jürgen Goettert 310
picture-alliance / imagestate / HIP 437
picture-alliance / Lajos-Eric Balogh 301 oben
picture-alliance / Mary Evans Picture Library 38
picture-alliance / maxppp 402
picture-alliance / Pressefoto Ulmer 206
picture-alliance / Rainer Hackenberg 301 unten, 306
picture-alliance / ZB 62/63, 64, 88, 366
picture-alliance / ZB / euroluftbild.de 582
Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin 477
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bundesbildstelle, Berlin 522
Pressebüro Andreas Kaier, Esslingen a. N. 284, 285
privat 93, 193, 278 unten, 281, 376, 408, 409, 435, 436
Reiss-Engelhorn-Museen, Mannheim 142, 172
Robert Bosch GmbH, Historische Kommunikation, Stuttgart 235, 238 oben, 239
Rosgartenmuseum Konstanz 54
Ruge, Peter, Stuttgart 562
Schneider, Siegfried, Wertheim a. M. 507
Staatliche Kunsthalle Karlsruhe 396
Staatliche Schlösser und Gärten Baden-Württemberg 110
Staatsanzeiger-Verlag, Stuttgart 501
Staatsarchiv Freiburg 267, 270, 272, 273, 275, 521, 579
Staatsarchiv Sigmaringen 32, 33, 102, 104, 107
Staatsarchiv Wertheim a. M. / Heinz Finke 502, 504, 505, 506
Staatsgalerie Stuttgart 124
Staatsweingut Meersburg 553
Stadtarchiv Crailsheim 482, 484, 485, 486, 489, 490, 491
Stadtarchiv Esslingen 364
Stadtarchiv Karlsruhe 154, 155, 156, 157, 158, 160, 161, 283, 363, 414, 415 oben, 417, 442, 444, 445, 446, 448, 449, 450, 451
Stadtarchiv Kehl 288 unten, 289, 292, 293 oben u. unten, 294, 295, 296 unten
Stadtarchiv Lörrach 472, 478 oben u. unten
Stadtarchiv Mannheim 240, 242, 243, 244, 246, 248, 249 unten, 250, 251 oben u. unten, 368
Stadtarchiv Münsingen 422, 423 oben
Stadtarchiv Offenburg 175 oben, 176, 177, 178, 180
Stadtarchiv Pforzheim – Institut für Stadtgeschichte 132, 135 unten, 136, 138, 192, 360
Stadtarchiv Sachsenheim 271
Stadtarchiv Straßburg 288 oben
Stadtarchiv Stuttgart 166, 524
Stadtarchiv Ulm 252, 255, 256, 259, 262, 263, 452, 458
Stadtarchiv Villingen-Schwenningen 565, 566
Städtisches Museum Ludwigsburg 210
Stadtmuseum Baden-Baden 302
Stadtverwaltung Blaubeuren 328 unten
Stuttgarter Zeitung, Archiv 36
Südwestrundfunk (SWR), Archiv 542 unten, 544, 545 oben u. unten, 547, 549
tanzender stern Konzeptionsdesign©, Offenburg 59
ullstein bild 199, 217, 264, 296 oben, 314, 356, 510, 518, 540, 542 oben, 578 oben
Universität Stuttgart 380
Universität Tübingen / Friedrich Albrecht 385
Universität Ulm / Günther Nusser 390 oben
Universitätsbibliothek Freiburg i. Br. 225
Universitätsbibliothek Tübingen 167, 357
Vermögen und Bau Baden-Württemberg, Amt Mannheim 245
Waldburg-Zeil'sches Gesamtarchiv, Schloss Zeil, Leutkirch 214
Weber, Guido, Wertheim a. M. 509
Weichel, Bernhard, Stuttgart 344, 345
Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg 224
ZF Friedrichshafen AG, Friedrichshafen 87 unten

Trotz intensiver Bemühungen ist es nicht bei allen Abbildungen gelungen, die Rechteinhaber ausfindig zu machen. Wir sind in solchen Fällen bereit, nach Anforderung rechtmäßige Ansprüche abzugelten.

Personenregister

Zur besseren Unterscheidbarkeit sind bei Regenten die Lebensdaten hinzugefügt.

Abel, Jakob Friedrich von 357
Abel, Wolfgang 401
Ackermann, Karl 530
Adenauer, Konrad 159 ff., 299, 310 f., 427, 517, 531
Adler, Friedrich 428, 435, 438, 440
Adorno, Theodor W. 310
Albrecht VI., Herzog von Österreich (1418–1463) 68 f.
Alexander I., Zar von Russland (1777–1825) 123, 128, 144, 292, 305
Amarell, Arno 508
Andreae, Jakob 327
Andreae, Johann Valentin 350, 494
Anna von Haigerloch, hl. 103
Anna von Veldenz, Pfalzgräfin von Pfalz-Simmern-Zweibrücken (um 1390–1439) 135
Anton, Victor 97
Arendt, Hannah 475
Arndt, Ernst Moritz 328
Arnold, Friedrich 148, 154
Ataria, Franz 172
Auerbach, Berthold 212
August, Ernst 184
Baader, Andreas 583–594
Baden, Prinz Max von 160, 168 f.
Bader, Josef 68, 76
Bader, Karl Siegfried 67, 76 f.
Baring, Arnulf 585
Bartning, Otto 460
Baruch, Benedikt 101
Bassermann, Friedrich Daniel 155, 243
Bauer, Anton 189
Bäuerle, Theodor 519
Baumeister, Willi 412
Baumgarten, Paul 152, 161
Baur, Ferdinand Christian 330, 335
Baur, Ludwig 401
Bausch, Paul 345, 347
Bausinger, Hermann 22
Bavaud, Maurice 467
Beauharnais, Stéphanie de, Großherzogin von Baden (1789–1860) 224, 305
Beck, Günter 130
Beck, Heinrich 189 f.
Beck, Kurt 547 f.
Beck, Ludwig 466
Beck, Otto 246
Becker, Alois 274
Becker, Verena 583, 595
Beckurts, Karl Heinz 584
Behrens, Peter 411
Bekk, Johann Baptist 182
Belzer, Emil 105
Bénazet, Edouard 305
Bénazet, Jean Jaques 305
Bender, Traugott 591
Bengel, Johann Albrecht 329, 339 f.
Benn, Gottfried 537
Bensheimer, Alice 370, 372, 374
Benz, Bertha 240 f.
Benz, Carl 25, 230–235, 237–339, 241 f., 246
Benz, Eugen 241
Benz, Richard 241
Bergengruen, Werner 309 f.
Bergmann, Gretel (Margaret) 440 f.
Berlichingen, Götz von 561
Berner, Herbert 317
Berteneder, Cella 395 f.
Bertsche, Karl 187
Beyerle, Josef 519
Bidembach, Eberhard 494
Biehler, Hans Alexis von 294
Bischof, Julia 505
Bischoff, Helmuth 302
Bismarck, Otto von 102, 104, 166, 168, 171, 190, 199, 205, 333
Bittorf, Wilhelm 545
Blaschke, Heinz 284
Blücher, Franz 517, 519
Blumhardt, Christoph 345
Bock, Lorenz 496 f., 499 f.
Böcklin, Arnold 395 f.
Bodelschwingh, Fritz von 455 f., 458
Bodmer, Johann Caspar 223 f.
Bodmer, Johann Georg 223 f.
Bolz, Eugen 215 f., 423
Bonatz, Karl 294
Bonatz, Paul 294, 407, 410, 413
Bonhoeffer, Dietrich 471
Borchardt, Rudolf 537
Bosch, Martin 255
Bosch, Robert 25, 230–239
Boudgoust, Peter 549
Bourgeois, Victor 411
Brahms, Johannes 305
Brand, Rudolf 508
Brandauer, Klaus Maria 468
Brandenburg-Kulmbach, Kunigunde von 135
Brändle, Reinhold 590
Brandt, Willy 161, 535, 585
Brauchitsch, Walther von 466
Braun, Hanne 283
Braunmühl, Gerold von 548 f.
Briand, Astride 306, 311
Brodman, Roman 545
Bromme, Traugott 273
Broz, Josip (Tito) 247 ff.
Brueghel, Pieter, d. J. 355
Brumlik, Micha 513
Brunner, Mathias 553
Buback, Siegfried 160, 218, 582, 589–595
Bubeck, Horst 589
Büchner, Georg 292
Buddenberg, Wolfgang 593
Buhl, Florian 226
Buhl, Franz 226
Bunsen, Robert Wilhelm Eberhard 386
Bürckel, Josef 472, 476
Burda, Frieder 299 f.
Buß, Franz Josef Ritter von 155
Buttenhausen, Mathias von 422
Byrnes, James f. 27, 524–531
Canaris, Wilhelm 471
Canisius, Peter 481
Carl Eugen (auch Karl Eugen), Herzog von Württemberg (1728–1793) 210 f., 333, 383, 388, 534
Carol I. (auch Karl I.), Fürst und König von Rumänien, geb. als Karl von Hohenzollern-Sigmaringen (1839–1914) 104
Charlotte, Königin von Württemberg (1807–1873) 495
Chevalier, Hermann 543
Chipperfield, David 537
Chirac, Jacques 299
Christaller, Walter 564
Christoph, Herzog von Württemberg (1515–1568) 136, 326 f., 338, 494
Churchill, Winston 297
Clay, Lucius D. 526, 528, 531
Cohn-Bendit, Daniel 589
Connally, Tom 524, 528
Corradi, Konrad 189
Cotta, Johann Friedrich 127 f., 224, 537
Courbet, Gustave 305, 395
Créqui, François de 72
Croissant, Klaus 589, 593
Dahrendorf, Ralf 380, 390
Daimler, Adolf 233 f.
Daimler, Emma 233
Daimler, Gottfried 233
Daimler, Gottlieb 25, 129, 230–242
Daimler, Martha 233
Daimler, Paul 233
Daimler, Wilhelm 233
Dannecker, Johann Heinrich 122 f., 532
Dannenmayr, Matthias 75
De Gasperi, Alcide 310
Decker-Hauff, Hansmartin, 34, 36
Dehler, Thomas 159
Delacroix, Eugène 305
Demandt Alexander 464
Denzel, Bernhard Gottlieb 332
d'Ixnard, Michel 394
Dibelius, Martin 386
Diemer, Zeno 259
Diez, Carl 421, 423
Döblin, Alfred 309, 537
Döcker, Hermann 406 f.
Döcker, Richard 411
Dohnanyi, Hans von 465
Dostojewskij, Fjodor Michailowitsch 305
Drach, Monika 315 f.
Drauz, Richard 486
Dreher, Wilhelm 107
Drenkmann, Günter von 586
Droste-Hülshoff, Annette von 317
Düggli, Heinrich 223
Duras, Jacques-Henri de 303
Durlacher, Gerhard L. 309 f.
Dutschke, Rudi 381
Eberhard im Bart, als Eberhard V. Graf von Württemberg, als Eberhard I. Herzog von Württemberg und Teck (1445–1496) 384
Eberhard Ludwig, Herzog von Württemberg (1676–1733) 333, 339, 365
Eberlein, Georg 98 f.
Ebert, Friedrich 425, 427
Ebhardt, Bodo 112
Eckardt, Hans-Jörg 277 ff.
Eckert, Erwin 34
Ehrhard, Albert 202 ff.
Eichendorff, Joseph Frhr. von 332
Einstein, Albert 437
Eisenlohr, Jakob Friedrich 42
Eisenlohr, Ludwig 535
Elias, Norbert 301

Elizabeth II., Königin des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (geb. 1926) 532 f.
Elsässer, Martin 304, 407
Elser, Johann Georg 27, 462–471
Emmerich, Rolf 437
Emmert, Vital 188
Emminger, Eberhard 86
Engels, Jens Ivo 579
Ensslin, Gudrun 583, 585 f., 588, 590, 592 f.
Ensslin, Helmut 592
Ertel, Dieter 544
Faber du Faur, Otto 164
Faißt, Immanuel 332
Feger, Otto 323
Fehrenbach, Konstantin 422
Feine, Hans-Erich 77
Felbiger, Ignaz 74
Ferdinand I., Kaiser des Heiligen Römischen Reiches (1503–1564) 70
Ferdinand II., Erzherzog von Österreich (1529–1595) 70
Fest, Joachim C. 464
Feuchtwanger, Lion 210
Feuerstein, Herbert 250
Feuerstein, Karl 251
Fickler, Joseph 177, 179
Fidelis von Sigmaringen, hl. 102 ff., 106
Filbinger, Hans Karl 206, 426 f., 564, 570, 575, 591
Fischer, Eugen 389
Fischer, Hermann 331
Fischer, Kunigunde 157
Fischer, Theodor 407–410
Fischer, Xaver 189
Flaischlen, Cäsar 536
Folkerts, Knut 593
Follen, Adolf Ludwig 328
Fontane, Theodor 536, 537
Foth, Eberhard 588
Foucault, Michel 364
Francke, August Hermann 338, 565 f.
Franckh, Friedrich Gottlob 212
Franco, Francisco 480
François, Étienne 18 f., 307, 583
François-Poncet, André 500
Frank, Josef 411
Frank, Ludwig 248
Freihofer, Johann Georg 332
Friedrich I., Herzog von Württemberg (1557–1608) 328
Friedrich I., König von Württemberg (1754–1816) 91 ff., 115, 122, 125, 127, 341, 494
Friedrich I., Großherzog von Baden (1826–1907) 150, 156, 200, 305, 395
Friedrich II., König von Preußen (Friedrich der Große) (1712–1786) 109
Friedrich II., Großherzog von Baden (1857–1928) 151
Friedrich IV., Graf von Tirol und Herzog von Österreich (1382–1439) 68 f.
Friedrich von Hohenzollern, Prinz von Hohenzollern-Sigmaringen (1891–1965) 107 f.
Friedrich Wilhelm I., König von Preußen („Soldatenkönig“) (1688–1740) 109, 365
Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen (1795–1861) 98 ff., 102, 156
Frischlin, Nicodemus 326
Fritsch, Werner von 466
Fröhlich, Friedrich 490
Fuchs, Francois-Joseph 287
Fuchs, Walther Peter 389
Fünfgeld, Hermann 547
Furrer, August 442, 444, 447 f., 450 f.
Fürst, Gebhard 206
Gackstatter, Leonhard 488
Gaulle, Charles de 297, 299, 310 f.
Gebauer, Gerhard 565 f., 570
Geiler, Karl 530
Geiselhart, Thomas 102 f.
Gengler, Karl 496 f.
Georg I. von Württemberg-Mömpelgard (1498–1558) 128, 326
Georg von Oldenburg, Prinz des ehemaligen Großherzogtums Oldenburg (1784–1812) 124
Georgii, Eberhard Heinrich 363, 365
Gerbert, Martin (Abt Martin II.) 73, 75, 393 f.
Geschell, Kunigunde 268
Giordano, Ralph 513
Gluck, Christoph Willibald Ritter von 154
Glück, Johann Ludwig Friedrich 332
Gminder, Louis 409
Göbel, Wolfgang 589
Goebbels, Joseph 467, 487
Goegg, Amand 181 f., 194
Goerdeler, Carl Friedrich 466
Goes, Albrecht 335
Goethe, Johann Wolfgang 154, 291, 536 f.
Goffman, Erving 364
Gollwitzer, Helmut 400
Gönner, Ivo 254
Gönner, Tanja 109
Göring, Hermann 466 f.
Gottschalk, Hans 544
Götz, Hermann 508
Grab, Arthus 433
Grab, Luise 433
Grass, Günter 535
Gräter, Carlheinz 555
Greiffenegg, Hermann von 76
Griesinger, Carl Theodor 343
Grimmelshausen, Hans Jakob Christoph von 184
Gröber, Conrad 191, 206 f.
Gropius, Walter 411, 414 f.
Groppler, Eckhart 584
Grosser, Alfred 307
Grünebaum, Sally 442, 444, 449 f.
Gumpp, Elias 72
Gustav II. Adolf, König von Schweden (1594–1632) 303
Haag, Siegfried 593
Haakh, Johann Friedrich 360
Häbich, Walter 215, 401
Hackländer, Friedrich Wilhelm 357
Haffner, Sebastian 464
Haffner, Traugott 535
Hahn, Michael 342
Hahn, Philipp Matthäus 336, 340 f.
Hahn, Wilhelm 590
Halmhuber, Gustav 243
Hänle, Otto 487
Hans, Johannes 252
Hanselmann, Friedrich 488
Hansen, Curt E. 531
Hansjakob, Heinrich 148, 199 f., 550, 552 f.
Hansselmann, Christian Ernst 113
Happold, Karl 489
Hardegg, Georg David 212
Häring, Hugo 407
Harlan, Veit 210
Harsch, Ferdinand von 72
Hassell, Ulrich von 466
Hassemer, Winfried 198
Hauff, Wilhelm 128, 210, 331, 535
Haule, Eva 593
Hausen, Harald zur 387
Hauser, Karl 191
Hausmann, Friederike 586
Hausner, Siegfried 593
Häusser, Ludwig 181
Haußmann, Conrad 168
Haußmann, Friedrich 170
Haußmann, Julius 166
Haydn, Joseph 45
Hebel, Johann Peter 396
Hecker, Friedrich 155, 174 f., 179, 181, 213, 243, 266, 477
Heer, Jakob Christoph 322
Hefele, Karl Joseph 200 f.
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 330, 332 f., 335, 386
Hegele, Johann 189
Heidegger, Martin 195, 388 f., 537
Heine, Heinrich 307
Heinemann, Gustav 185, 400
Heinrich IV, Kaiser des Heiligen Römischen Reiches (1050–1106) 132
Helbing, Monika 593
Held, Heinrich 457
Helfrich, Franz 263
Heller, Gustav 442, 444, 450 f.
Helmholtz, Hermann von 386
Henke, Klaus-Dietmar 486 f.
Herder, Johann Gottfried 154, 291
Hermann II., Markgraf von Baden (1074–1130) 302
Hermann, Eva 478
Herrhausen, Alfred 585, 592
Hertz, Heinrich 386
Herwegh, Georg 333
Hesse, Hermann 322, 330, 537
Hetsch, Ludwig 332
Heudorf, Carl 190
Heuss, Theodor 161, 168, 171, 335, 535, 560
Heydrich, Reinhard 477 f.
Hieber, Johannes 334
Hilberseimer, Ludwig 411
Hillegaart, Heinz 588
Himmler, Heinrich 215
Hippel, Wolfgang von 271
Hirschfeld, Gerhard 491
Hitler, Adolf 26, 296, 309, 398, 422, 432, 447, 456 f., 459, 462–471, 475, 478, 516
Hoche, Alfred 388
Hoegner, Wilhelm 530
Hofer, Andreas 93
Hoffmann, August 475
Hoffmann, Christoph 343, 345
Hoffmann, Gottlieb Wilhelm 337, 342
Hoffmann von Fallersleben, August Heinrich 45
Hofmannsthal, Hugo von 536 f.
Hogefeld, Birgit 595
Hohenlohe, Albrecht von 114
Hohenlohe-Langenburg, Ernst zu 420
Hohenlohe-Langenburg, Hermann zu 116
Hohenlohe-Langenburg, Philipp zu 116
Hohenlohe-Oehringen, Christian Kraft zu 112
Hohenzollern, Friedrich Fürst von 107 f.
Hohenzollern, Karl Anton Fürst von 105
Hohenzollern, Leopold Fürst von 105
Hohenzollern-Sigmaringen, Amalie Zephyrine Fürstin von (1760–1841) 46
Hohenzollern-Sigmaringen, Katharina Fürstin von (1817–1893) 102
Hölderlin, Friedrich 329, 331–335, 386
Holzapfel, Regine 362

Honsell, Max 293
Hoop Scheffer, Jaap de 286
Huber, Johann Ludwig 333
Huber, Konstantin 61
Humboldt, Alexander von 537
Humboldt, Wilhelm von 7, 379, 385
Hunecke, Volker 360
Hüttenmeister, Natanja 437
Immer, Karl 457, 460
Itzstein, Adam von 175, 179
Jäger, Karl 217 f.
Jäger, Stefan 258 f.
Jahn, Friedrich Ludwig 328
Jakobi, Georg 74
Jakobi, Johann Georg 75
Jaspers, Karl 386
Jeanneret, Pierre 411
Jedele, Helmut 544
Jellinek, Emil 238 f.
Jellinek, Mercedes 239
Jolly, Julius 197, 200
Jordan, Manuel 516
Joseph II., Kaiser des Heiligen Römischen Reiches (1741–1790) 70, 73, 75
Judith von „Dillingen“ 302
Julius, Wolfgang 117 f.
Jünger, Ernst 464, 535, 537
Kafka, Franz 537 f.
Kalkreuth, Ruth von 438
Kallenberg, Fritz 104
Kanjir, Maria 281
Kanjir, Zvonimir 277, 279, 281
Kapff, Sixt Karl 343 f.
Karl, Großherzog von Baden (1786–1818) 143 f., 149, 175, 305
Karl Alexander, Herzog von Württemberg (1684–1737) 201, 210, 352
Karl Anton zu Hohenzollern, Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen (1811–1885) 104 f.
Karl Friedrich, Markgraf von Baden (1728–1811) 142, 154, 175, 289
Karl I., König von Württemberg (1823–1891) 50, 85, 123, 200, 494
Karl II., Markgraf von Baden-Durlach (1529–1577) 134 ff.
Karl III. Wilhelm, Markgraf von Baden-Durlach (1679–1738) 154
Karl IV., Kaiser des Heiligen Römischen Reiches (1316–1378) 114, 255
Karl V., Kaiser des Heiligen Römischen Reiches (1500-1558) 69
Karl Theodor, Kurfürst von der Pfalz (1724–1799), 557
Karolin Luise, Markgräfin von Baden (1723–1783) 154
Karry, Heinz Herbert 584
Kästner, Erich 537
Katharina, Königin von Württemberg, Königin von Westphalen (1788–1819) 121 ff., 127 ff., 560
Kather, Linus 516 f., 519
Kaunitz, Anton Wenzel von 73
Keil, Wilhelm 519
Kempf, Leonard 267
Kennedy, John f. 274
Kepler, Johannes 327, 335, 386
Kern, Alfons 138
Kern, Severin 565 f.
Kerner, Justinus 47, 51, 535, 560
Kerner, Theobald 212
Kessler, Emil 227
Kettler, Hedwig 157
Kiefner, Elisabeth 537
Kiefner, Jörg 537
Kiesinger, Kurt Georg 390, 531
Kießling, Rolf 23
Kirchenmaier, Alfons 138
Kittel, Gerhard 388
Klar, Christian 593, 595
Kleiner, Philipp Jakob 189 f.
Kleist, Heinrich von 537
Klett, Arnulf 519
Klopstock, Friedrich Gottlieb 154
Klostermann, Vittorio 537
Klotz, Günther 161, 481
Knapps, Friedrich 272
Knapps, Josef 272
Koch, Erich 262
Koch, Karl 455, 457, 459 f.
Kodweiß, Georg Friedrich 534
Koechlin, André 225
Koechlin, Nicolas 222, 225, 227
Koechlin, Peter 222
Koenig, Pierre 309, 495
Kohl, Helmut 522 f., 546
Kohl, Waltraut 435
Kohler, Friedrich Wilhelm 323
Köhler, Horst 595
König, Martin 507
Konradin, Herzog von Schwaben (1252–1268) 37 f.
Körner, Theodor 328
Koseritz, Ernst Ludwig 212
Kotkowski, Else 476, 479
Kotzebue, August von 212
Kraft, Ernst Friedrich 396
Kraft, Herbert 447
Krastel, Bernhard 254
Kraus, Karl 464
Krause, Walter 564 f.
Kraushaar, Wolfgang 584
Kretschmann, Winfried 7, 580
Kreutzer, Conradin 192, 294
Krueger, Andrea 284
Kuby, Helmut 404
Kullen, Johannes 343
Kümmel, Konrad 205
Kunigunde von Brandenburg-Kulmbach, Markgräfin von Baden (1524–1558) 135
Kunze, Reiner 537
Küpfer, Friedrich 222
Kurras, Karl-Heinz 586
Kurz, Friedrich 233
Kurz, Hermann 233
Kurz, Marie 233
Laemmle, Carl 437 f., 440 f.
Lamey, August 189
Lammert, Norbert 512
Lang, Philipp Heinrich 352
Laßberg, Frhr. von 317
Lauber, Wolfgang 537
Lautenschlager, Christine 362
Laval, Pierre 479
Lavater, Johann Caspar 154
Le Corbusier (eigentlicher Name: Charles-Édouard Jeanneret-Gris) 411, 413
Leclerc, Jacques-Philippe (vgl. auch Philippe François Marie) 296, 309
Lederer, Emil 23
Lehmann, Helge 584
Lehmann, Otto 386
Leibl, Wilhelm 395
Lempp, Eduard 362–365, 367
Lenz, Jakob Michael Reinhold 291
Leopold I., Großherzog von Baden (1790–1852) 149, 175
Leopold II., Kaiser des Heiligen Römischen Reiches (1747–1792) 75
Leopold zu Hohenzollern, Fürst zu Hohenzollern (1835–1905) 104 f.
Levi, Julius 101
Levy, Ludwig 294
Liebig, Curt 550
Lincoln, Abraham 275
Lioba von Tauberbischofsheim, hl. 103
List, Friedrich 212, 227
Lorenz, Peter 586
Lorzing, Albert 516
Louis Ferdinand Prinz von Preußen, Oberhaupt des Hauses Hohenzollern (1907–1994) 109
Louis-Philippe I., König von Frankreich (1773–1850) 155
Löwengard, Simon 101
Lücking, Karl 457
Lucy, Herbert 250 f.
Ludwig, Herzog von Württemberg (1554–1593) 328
Ludwig I., Großherzog von Baden (1763–1830) 383
Ludwig II., König von Bayern (1845–1886) 300
Ludwig XIV., König von Frankreich (1638–1715), („Sonnenkönig“) 288, 293
Ludwig XV., König von Frankreich (1710–1774) 72, 289
Ludwig XVI., König von Frankreich (1754–1793) 291
Ludwig Wilhelm von Baden-Baden („Türkenlouis“), Markgraf von Baden (1655–1707) 183, 303
Luise, Königin von Preußen (1776–1810) 125
Luise von Preußen, Großherzogin von Baden (1838–1923) 305, 369 f., 374 ff.
Lukaschek, Hans 519
Luther, Martin 43, 84, 456
Lutterbeck, Karl 284
Machab, Maria Theresia 256
Maier, Reinhold 31, 36, 519, 530 f., 543
Maier, Richard 301
Maizière, Thomas de 512, 514
Mallarmé, Stéphane 536
Mann, Heinrich 307, 536 f.
Mann, Thomas 535
Manthey, Gerhard 549
Maria Theresia, Erzherzogin von Österreich und Königin von Ungarn (1717–1780), („Kaiserin“) 73 ff., 210, 255, 400
Marie Antoinette, Königin von Frankreich (1755–1793) 70 f., 291 f.,
Marie, Philippe François (vgl. auch Jacques Philippe Leclerc) 296
Marie-Louise von Österreich, Erzherzogin von Österreich (als zweite Ehefrau Napoleons I. Kaiserin der Franzosen) (1791–1847) 292
Märklin, Theodor Friedrich Wilhelm 333
Markt, Johann 189
Martiensen, Theodor 227
Martin, Christoph Reinhard Dietrich 143
Martin, Johann 72
Martin, Karl 188 f.
Marum, Elisabeth 445
Marum, Ludwig 442, 444–451
Marx, Wilhelm 423
Mathy, Karl 179
Maucler, Eugen von 92–95
Maximilian I., Kaiser des Heiligen Römischen Reiches (1459–1519) 68 f., 77, 114, 306
May, Ernst 407, 414
Maybach, Wilhelm 233 ff., 237, 239, 242
Mayer, Franz Ferdinand von (Mayer von Fahnenberg) 72

Mayer, Hans 589
Mayer, Johann Friedrich Georg 117
Mayer, Karl 166, 168, 170, 214
Mayer, Tobias 364
McNarney, Joseph T. 524, 528
Meckler, Otto 193
Meinecke, Friedrich 465
Meinhard, Fritz 38
Meinhof, Ulrike 583, 585, 586–589
Meins, Holger 586
Meiser, Hans 453–460
Mélac, Ezéchiel du 303
Mendelsohn, Moses 431
Mendelson, Moses 431
Merian, Christian 222
Merian, Johann Jacob 222
Merkel, Angela 286 f., 321, 383, 573
Merkl, Franz-Josef 489
Messer, Guido 284
Metz, Friedrich 76 f., 247
Meumann, Markus 360, 362, 365
Meyer, Ernst 507
Meyer-Moses, Hanna 278
Michel, Elmar 545
Middleton, Kate 116
Mies van der Rohe, Ludwig 411, 413 f.
Mimram, Marc 297
Mirbach, Andreas von 588
Mocker, Karl 514, 516
Mohnhaupt, Brigitte 593, 595
Möller, Irmgard 218
Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch 526 ff.
Moltke, Helmuth James Graf von 467
Monet, Jean 310
Mörike, Eduard 330 ff., 335, 386, 501, 535 f.
Moser, Clemens 107
Moses, Betty 475
Mozart, Wolfgang Amadeus 242
Mubarak, Husni 299
Müller, Arndt 584
Müller, Franz Xaver Odo 122
Müller, Gebhard 36, 107, 261 f., 496 f., 499 ff.
Müller, Herta 535
Müller, Ludwig 454 f., 459 f.
Müller, Otto 122
Müller, Paul 50
Müller-Guttenbrunn, Adam 259, 262
Münch, Richard 391
Murphy, Robert 524, 528
Nachmann, Otto 481
Nägele, Eugen 47
Napoleon Bonaparte, Kaiser der Franzosen (1769–1821) 38, 81, 90, 92, 115, 123 f., 142, 144, 223, 292, 304 f., 340, 494, 574
Napoleon III., Kaiser der Franzosen (1808–1873) 299
Nebenius, Karl Friedrich 144
Neef, Hermann 451
Nellenburg, Eberhard von 132
Neter, Eugen 479
Neunecker, Theodor 195
Newerla, Armin 584
Nicolai, Friedrich 211
Niedermann, Mathilde 469
Niethammer, Friedrich Immanuel 332
Niethammer, Emil 496 f.
Nora, Pierre 18 f., 314, 441
Nothelfer, Agnes 434
Novalis (eigentlich Georg Philipp Friedrich Frhr. von Hardenberg) 125
Nussbaum, Daniel 448
Obama, Barack 286 f.
Oberkampf, Philipp Jakob 222
Oehler, Gustav 458
Oesterle, Kurt 589
Oetinger, Friedrich Christoph 329, 340
Oettinger, Günther H. 548
Ohnesorg, Benno 545, 586
Oldenburg, Georg von 124
Oppenheimer, Josef Süß 127, 210 f.
Orbin, Johann Baptist 200
Osiander, Johann 332
Osterhammel, Jürgen 23, 383
Otto, Ernst Julius 47
Otto, Nikolaus 241
Oud, Jacobus Johannes Pieter 411
Palladio, Andrea 122
Palmer, Christoph E. 27, 471
Palmer, Helmut 218 f.
Pamuk, Orhan 535
Paul I., Zar von Russland (1754–1801) 123
Paul, Jean 537, 589
Pauline, Königin von Württemberg (1800–1873) 123
Payer, Friedrich 168 ff., 334
Person, Hermann 34
Pestalozzi, Johann Heinrich 332
Pétain, Philippe 310
Peter, Ignaz 179
Peymann, Claus 593
Pfannenschmidt, Adolf 274
Pfau, Ludwig 166, 171, 214
Pfeffer von Salomon, Franz 456
Pfeiffer, Gerd 161
Pfitzer, Karl 274
Pfizer, Gustav 333
Pfizer, Theodor 261
Pflaumer, Karl 445, 451
Pflimlin, Pierre 297
Philip Mountbatten, Duke of Edinburgh, Prinzgemahl der britischen Königin (geb. 1921), 532
Philipp I., Landgraf von Hessen (1504–1567) 326
Picht, Robert 389
Pieler, Roland 590
Pigage, Nicolas de 394
Pinthus, Kurt 537
Pirker, Marianne 210
Pius IX., Papst (1792–1878) 199, 202, 204
Pius X., Papst (1835–1914) 203
Pius XI., Papst (1857–1939) 465
Platon 534
Poelzig, Hans 411
Pommerenke, Heinrich 217
Ponto, Jürgen 590
Posch, Johann Adam von 75
Prantl, Heribert 153, 161
Prinzing, Theodor 588
Radbruch, Gustav 386
Rading, Adolf 411
Rahn, Konrad 488
Rahner, Karl 206
Raiffeisen, Friedrich Wilhelm 554
Randecker, Günter 427
Rapp, Johann Georg 341
Raspe, Jan-Carl 583, 586, 588, 590 ff.
Rathenau, Walther 421, 425 ff.
Rau, Gottlieb 213
Rau, Johannes 335
Rebmann, Anton 268
Rech, Heribert 512
Redtenbacher, Ferdinand 384
Rée, Gustav 175, 177, 181
Rehm, Wilhelm 461
Rehmann, Eduard 175, 177
Reichert, Hans Ulrich 543
Reihlen, Charlotte 346
Reinhard, Karl Friedrich 333
Reitzenstein, Sigismund von 144, 386
Remmele, Adam 442, 444–448, 450 f.
Renner, Viktor 499
Renz, Irina 491
Reuss, Jeremias Friedrich d. J. 328
Richter, Ludwig 397
Riecke, Victor Heinrich 365
Rilke, Rainer Maria 536 f.
Ritter, Gerhard 67
Ritter, Robert 215
Ritzmann, Iris 363
Roder, Johann Baptist 188 ff., 192 f.
Rohan-Guéméné, Louis René Édouard de 291
Rohwedder, Detlev Karsten 585
Römer, Beppo 467
Römer, Friedrich 333
Rommel, Manfred 219, 591 ff.
Rösler, Gustav Adolf 213
Rossi, Roberto 282
Roth, Joseph 537
Rothfels, Hans 464
Rotteck, Karl von 146 f., 149, 155, 175
Rouget de Lisle, Claude Joseph 43, 290
Rovan, Joseph 307
Rübelmann, Andreas 273
Rudolf I., Pfalzgraf von Tübingen (um 1160–1219) 494
Rudolf I., römisch-deutscher König und Herzog von Österreich und der Steiermark (1218–1291) 66
Rudolf, Hans Ulrich 80
Ruef, Johann Karpar 75
Ruge, Peter 562
Ruprecht I., Pfalzgraf und Kurfürst der Pfalz (1309–1390) 378, 384
Sachs, Ernst 506
Sack, Karl 471
Salmon, Max 506
Salomon, Dieter 580
Salomon, Franz Pfeffer von 456
Salucci, Giovanni 123 f., 128
Salzmann, Ernst 330
Sammet, Erwin 442, 448, 450 f.
Sancta Clara, Abraham a 187
Sand, Karl Ludwig 212
Sanz, Miguel Angel 474
Sarkozy, Nicolas 286, 287
Sartre, Jean-Paul 589
Sauer, Albert 499
Sauer, Paul 365, 478
Sauter, Joseph Anton 75
Sayer, Lorenz 193 f.
Schäfer, Carl 294
Schäffer, Fritz 519
Schäffle, Albert 333
Schaible, Ivo 436
Schäll, Ernst 435, 437 f., 440
Scharf, Kurt 459
Scharoun, Hans 411
Schäuble, Wolfgang 471
Schavan, Annette 197
Scheffel, Joseph Victor von 47, 396
Schell, Hermann 203
Schelling, Friedrich Wilhelm Joseph 329, 332, 335, 386
Schelsky, Helmut 382
Schenkel, Karl 204
Schick, Otmar 438 ff.
Schiersner, Dietmar 23
Schiess, Karl 591
Schiller, Christoph 534
Schiller, Christophine 534, 538 f.
Schiller, Elisabetha Dorothea 534
Schiller, Friedrich 211, 242, 357, 385, 533 f., 535–539
Schiller, Johann Caspar 534
Schily, Otto 584, 586
Schirmer, Wilhelm 394
Schlauch, Rezzo 219

Schleyer, Hanns Martin 590–594
Schmid, Alois 21
Schmid, Carlo 107, 347, 495 ff., 499, 501
Schmidt, Helmut 546, 584, 590 f.
Schmitt, Josef 423
Schmitthenner, Paul 407, 413–417
Schnabel, Franz 155, 385, 464
Schnabel, Thomas 486
Schnadow, Ludwig Ulrich 360
Schneck, Adolf Gustav 404, 411, 415
Schneider, Eulogius 291
Schneider, Karl 507 ff.
Schneider, Reinhold 301, 309 f.
Schneiter, Pierre 497
Scholer, Friedrich 410
Scholl, Sophie 467
Schön, Theodor 213
Schreiber, Ottomar 517
Schröder, Gerhard 299
Schubart, Christian Friedrich Daniel 210 ff., 219, 534, 552
Schulz, Adelheid 593
Schulze, Hagen 18 f., 583
Schumann, Clara 305
Schumann, Jürgen 589
Schumann, Robert 310, 522
Schurz, Carl 274 f.
Schuster, Wolfgang 512
Schwab, Gustav 316, 322
Schwahn, Friedrich 357
Schwammberger, Josef 218
Schwerz, Johann Nepomuk 128
Selb, Josef 189
Seligmann, David 223 f.
Seybold, David Christoph 330
Siebert, Clara 157
Siehler, Johann Carl 256
Siemens, Anne 594
Silcher, Friedrich 332, 518
Simon, Max 486
Simpfendörfer, Wilhelm 345, 347
Sissi (auch Sisi oder Lisi), eigtl. Elisabeth von Österreich-Ungarn, Kaiserin von Österreich (1837–1898) 402
Smith, Walter B. 527
Sohn, Theodor 54
Soi, Elisa Beatrice 281
Soiron, Alexander von 175, 179, 243
Sokrates 534
Sonnenberg, Günter 218, 593
Sophie, Großherzogin von Baden (1801–1865) 403
Spaak, Paul Henri Charles 310
Späth, Friedrich 489
Späth, Lothar 547, 577
Spener, Philipp Jakob 338 f.
Sproll, Joannes Baptista 205 f.
Staël(-Holstein), Anne Louise Germaine de (Madame de Staël) 307
Stalin, Josef 465
Stam, Mart (eigentlich Martinus Adrianus Stam) 411, 413
Stauffenberg, Claus Schenk Graf von 462, 466
Stein, Heinrich Friedrich Karl Reichsfreiherr vom und zum 144
Steinbach, Erika 512, 514
Steinbach, Peter 478
Steinbeis, Ferdinand 128 f.
Steiner, Adolf Wohlgemuth 438
Steiner, Helmut 435
Steiner, Kilian 438 ff.
Steiner, Victor 438
Steinweg, Heinrich 474
Stenz, Hermann 442, 447 f., 450 f.
Stern, Fritz 209
Steyrer, Philipp Jakob 75
Stillfried, Rudolf Graf von 100, 102
Stoll, Willy Peter 593
Stolz, Otto 67, 76
Strasser, Gregor 467
Strauß, David Friedrich 329 f., 332 f., 335
Strauss, Herbert 388
Strauss, Levi 274
Stresemann, Gustav 306
Struve, Gustav 155, 174 f., 177, 179, 181, 243
Stuberger, Ulf G. 595
Süskind, Eduard 332
Taut, Bruno 407, 411
Taut, Max 411
Taylor, Fred G. 542
Tecchi, Bonaventura 535
Teschner, Gerhard J. 476
Teufel, Erwin 547 f., 571
Thode, Henry 395
Thoma, Hans 25, 392, 394–398, 401, 403
Thoma, Helmut 546
Thorvaldsen, Berthel 122 f.
Tiedemann, Gustav Nikolaus 184
Timm, Christoph 139
Tolstoi, Leo 305
Töpper, Friedrich 159
Torres-Baquero, Maria Rosario 282
Toury, Jacob 478
Treitschke, Heinrich von 150, 202
Tresckow, Henning von 466
Trunk, Gustav 422
Tucholsky, Kurt 307, 311
Tulla, Johann Gottfried 228, 293
Turgenjew, Ivan Sergejewitsch 305, 307
Uhland, Ludwig 125, 128, 386, 518, 535
Ulmer, Helmut 590
Ulrich, Fritz 510, 519
Ulrich, Herzog von Württemberg (1487–1550) 128, 324, 326, 494
Umfrid, Otto 334
Vandenberg, Arthur 524
Vetter-Koechlin, Johann 226
Vicari, Hermann von 199 f.
Virchow, Rudolph 199
Vischer, Friedrich Theodor 328, 331 ff.
Vitalowitz, Hermann 47
Vogel, Martin 273
Voltaire 154
Voß, Peter 547 ff.
Vries, Axel de 514
Wacker, Theodor 204
Wagener, Frido 564
Wagner, Carl-Ludwig 547
Wagner, Franz Xaver 194
Wagner, Richard 300
Wagner, Robert 296, 445, 447, 449 ff., 472, 476
Wahl, Manfred 173
Waldburg-Zeil, Constantin Fürst von 85, 213 f.
Waldburg-Zeil, Gräfin Anna von 214
Walser, Martin 537, 544
Wänker, August 188
Warburg, Aby 536
Warneken, Bernd Jürgen 210
Warth, Otto 294
Weber, Alfred 386
Weber, Marianne 157
Weber, Max 386, 581
Wehler, Hans Ulrich 381, 383
Wehling, Hans-Georg 21
Wehling, Rosemarie 21
Weidig, Friedrich-Ludwig 426
Weigle, Carl 535
Weil, Adolf 101
Weinbrenner, Friedrich 42, 148, 154, 300, 305
Weinland, David Friedrich 331
Weiß, Franz 499
Weißhaupt, Johann Christian 195
Weizsäcker, Richard von 335
Welcker, Carl Theodor 155, 179
Welden, Carl Damian Frhr. von 431, 438
Wendling, Adolf 195
Werner, Gustav 213, 332
Westerwelle, Guido 512, 514
Wetzel, Heinz 407
Widder, Gerhard 250 f.
Widmer, Guillaume 495 ff., 500
Wieland, Christoph Martin 154, 537
Wilder, Billy 544
Wildermuth, Eberhard 496, 499
Wilhelm I., König von Preußen und Deutscher Kaiser (1797–1888) 99, 102, 105, 156, 243, 294, 301 f.,
Wilhelm I., König von Württemberg (1781–1864) 82, 85, 121 ff., 337, 341 f., 383, 387, 494, 560
Wilhelm II., König von Preußen und Deutscher Kaiser (1859–1941) 105, 109, 112, 168, 294
Wilhelm II., König von Württemberg (1848–1921) 415, 495, 498
Wilhelm, Kronprinz Preußens und Chef des Hauses Hohenzollern (1882–1951) 109
William Mountbatten-Windsor, Prinz von Großbritannien und Nordirland (geb. 1982) 116
Winterhalter, Xaver 402 f.
Wirsching, Eugen 499
Wirth, Joseph 422 f.
Wisniewski, Mieczyslaw 249
Wisniewski, Stefan 593 f.
Wohleb, Leo 68, 77, 161
Wolfmeyer, Leonhard 488
Wolfrum, Edgar 488
Wolter, Maurus 103
Wolter, Placidus 102
Wrangell, Margarete von 387 f.
Wurm, Marie 455
Wurm, Theophil 453–461
Wurster, Georg 589
Yorck, Peter Graf 467
Zähringer, Arnold 237
Zeller, Carl August 332
Zeller, Christian Heinrich 332
Zeller, Eduard 335
Zimmermann, Albert 193
Zimmermann, Wilhelm 333
Zinzendorf, Nikolaus Ludwig Graf von 338
Zitzmann, Carl 507
Zitzmann, Sophie 507
Zoller, Karl August Friedrich Christoph 361
Zuckmayer, Carl 537
Zukowsky, John 407, 414
Zürcher, Paul 77
Zweig, Stefan 308, 408

Ortsregister

Die Orte sind alphabetisch nach ihrem heutigen Namen und nach ihrer heutigen administrativen Zugehörigkeit geordnet.
Beispiel: Durlach findet sich als heutiger Stadtteil von Karlsruhe unter dem Begriff Karlsruhe.

Aalen 20, 211
– Wasseralfingen 20
Adelberg 327, 328
Aden (Jemen) 590
Adolzfurt 119
Affental (Bühl) 557
Ain Seba (Aïn Sebaâ, Marokko) 479
Albeck 232
Albstadt
– Onstmettingen 341
Alpirsbach 328, 569
Altdorf (im Gäu bei Herrenberg) 342
Altenkirchen
– Weyerbusch 554
Amberg 292
Amstetten 352
Amtzell 198
Anhausen 328
Annecy (Frankreich) 479
Antwerpen (Belgien) 268
Asperg 208, 217, 535
Auerstedt 292
Auschwitz (Oświęcim, Polen) 435, 474, 480
Austerlitz (Slavkov u Brna, Tschechische Republik) 76, 392
Bad Boll 345
Bad Buchau 37, 86
Bad Dürrheim 374
Bad Ems 299
Bad Gastein (Österreich) 299
Bad Godesberg 299
Bad Herrenalb 303, 328
Bad Homburg 299, 585
Bad Kissingen 299
Bad Liebenzell 55
Bad Mergentheim 24, 88–92, 94–97, 114, 485 ff., 561
– Stuppach 95
– Wachbach 93 ff.
Bad Peterstal-Griesbach
– Bad Griesbach 26, 143, 418 ff., 422–427
Bad Reichenhall 299
Bad Säckingen 37, 81, 403
Bad Saulgau 37, 67, 86
Bad Schönborn
– Bad Mingolsheim 443, 450
– Kislau 26, 442 ff., 446, 449 f.
Bad Urach 328, 330, 404, 415
Bad Waldsee 67, 85 ff., 420
Bad Wildbad 55
Baden-Baden 25, 37, 55, 287, 289, 298–311, 495, 500, 540 f., 543, 545–548
Balingen 341
Basel (Schweiz) 36, 68, 220 f., 225, 227 f., 288, 293, 394, 555, 559, 575, 577
Bayreuth 299
Beilstein 560
Berlin 46, 101, 112, 116, 150, 153, 160, 181, 295, 330, 338, 370, 372, 375, 396, 421, 441, 445, 454 ff., 459 f., 460, 468, 470 f., 506, 528, 531, 543, 585, 586
Bern (Schweiz) 137, 567
Bernau im Schwarzwald 25, 392 ff., 396–403
Besigheim 556, 560
Bibano di Godega Sant Urbano (Italien) 282
Biberach 26, 80, 86 f., 101, 283, 419 f., 422, 424, 426 f., 431
Bielefeld 455
Bietigheim-Bissingen
– Bietigheim 507, 593
Bisingen 108
Blaubeuren 211, 328 f., 331, 454
Blaufelden 487
Bochum 390
Böckingen 555
Bodman
– Ludwigshafen 319, 546
Bönnigheim 555, 560
Brackenheim 560
Bregenz (Österreich) 315
Bremen 267 f.
Bremerhaven 265, 268, 269
Bretten 57 f.
Bretzfeld
– Brettach 561
Brighton (England) 299
Brokdorf 278
Bruchsal 26, 380, 444 f., 484
Buda (dt. Ofen, Budapest) 257
Butzbach 426
Calw 345, 485
– Hirsau 328
Casablanca (Marokko) 479
Castle Garden, New York (USA) 265, 271 f.
Chalon-sur-Saône (Frankreich) 476
Chicago (USA) 270, 435
Cleebronn 535, 560
Crailsheim 27, 482–486, 488 ff.
– Roßfeld 489
Creglingen 561
– Lohrhof 555
– Niedersteinach 555
Darlington (England) 227
Denkendorf 328, 339
Dessau-Roßlau
– Törten 414
Dettighofen
– Baltersweil 268
Ditzingen 347
Donaueschingen 27, 37, 374, 484, 566 f.
Dortmund 457, 460
Dörzbach 486, 561
Drancy (Frankreich) 474, 480
Dubai (Vereinigte Arabische Emirate) 590
Durbach 557, 559
Dürmentingen
– Burgau 69, 100
Dürmentingen 101
Düsseldorf 395, 585, 590
Efringen-Kirchen
– Istein 228
Ehingen (Donau) 37, 67, 81, 86, 340
Ellis Island, New York (USA) 265, 271
Ellwangen (Jagst) 20, 366, 387
Emmerthal
– Grohnde 578
Empfingen 100
Endingen am Kaiserstuhl 77, 576
Endingen am Kaiserstuhl
– Kiechlingsbergen 575 f.
Engen 204
Ensisheim (Frankreich) 66, 68, 70
Erlenbach (bei Heilbronn) 555
Esslingen am Neckar 123, 261, 332, 366, 512, 555, 560
Ettenheim 291
Ettlingen 226 f., 303
Feldberg (Gemeinde) 19
Fessenheim (Frankreich) 575, 580
Fischbach in der Rhön 507
Flein 555
Forchheim (Kaiserstuhl) 576
Forchtenberg 467, 561
– Ernsbach 118
Frankfurt am Main 114, 144, 155, 179, 181, 184, 213, 246, 295, 338, 395, 414, 457, 518, 557, 585, 590
Franklin County, Pennsylvania (USA) 274
Freiburg im Breigau 24, 37, 45, 64–77, 81, 103, 108, 146, 184, 196, 227, 282, 301, 380 f., 385, 387 ff., 391, 396, 399, 401, 448, 480 f., 543 f., 557, 564, 567, 570 f., 573 f., 578 f., 581
– Betzenhausen 521
Freudenstadt 29, 485
– Kniebis 53, 269, 419
Friedrichshafen 62, 85, 86 f., 224, 283, 315, 318, 322, 380, 484, 551, 567
– Buchhorn 86
Fukushima (Japan) 573, 579 f.
Furtwangen 270, 394, 570
Gaggenau 55
Geislingen an der Steige 278
Gemmrigheim 560
Genf (Schweiz) 123, 350
Germersheim 555
Gomadingen
– Dapfen 533
– Marbach an der Lauter 533
Göppingen 278, 283
Gorleben 578
Görwihl 398
Göttingen 364
Gottmadingen
– Randegg 42
Großbottwar 536
Gundelsheim 561
Gurs (Frankreich) 21, 27, 472–475, 479 ff.
Gutach (Schwarzwaldbahn) 56
Hagnau am Bodensee 27, 319, 551–554
Haifa (Israel) 212, 345
Haigerloch 101, 103 f., 108
Halle an der Saale 338, 360, 365 f.
Hamburg 45, 361 f., 435, 518
Haslach im Kinzigtal 50, 272, 552
Hechingen 37, 46, 98, 101 f., 104, 106 ff., 495, 497
Hechingen
– Stetten 102
Heidelberg 22, 29, 50, 146, 184, 227, 229, 301, 380 f., 385–388, 391, 478, 494, 504, 557, 571, 585, 588, 593
Heidenheim an der Brenz 468
Heilbronn 62, 171, 282, 484 ff., 491, 554 f., 560, 571
Hemsbach 554
Hessigheim 560 f.
Höchenschwand 399
Hohenlinden 292
Hohentengen 559
Hollabrunn (Österreich) 505
Horb am Neckar 37, 67
– Dettingen 104
– Dettensee 101
Hornberg 59
– Reichenbach 56

Horrheim 340
Huttenheim (Frankreich) 226
Ibach (Schwarzwald) 398, 403
Iffezheim 300 f.
Ilmenau 508
Ingelfingen 112, 561
– Criesbach 561
Isny im Allgäu 83 f., 86
Jaffa, Tel Aviv (Israel) 345
Jagsthausen 113
Jalta (Ukraine) 518, 526
Jena 292
Jerusalem (Israel) 340 f., 345
Kappelrodeck 557
– Waldulm 557
Karlsruhe 24, 26, 34, 45, 49, 50, 62, 66, 140, 147 f., 150–161, 179, 182 ff., 226 ff., 232, 234 f., 283, 294 f., 300 f., 303 f., 315, 319, 363, 371 ff., 376, 382, 384, 386, 391, 394 ff., 414 f., 417, 421, 442–449, 451, 476, 478, 481, 484, 495, 507 f., 546, 552, 567, 570 f., 577 f., 588 f., 593
– Durlach 37, 135, 137, 154, 303, 444
– Knielingen 228
Kassel 508
Kaufungen
– Oberkaufungen 508
Kehl 7, 287, 289, 291–297, 484
Keltern/Baden
– Ellmendingen 137
Kenzingen 37
Kernen im Remstal 560
– Stetten 560
Ketsch 555
Kirchberg (Jagst) 115, 489
Kirchentellinsfurt 593
Kirchheim am Neckar 560
Knittlingen 58
Koblenz 543
Köln 42, 159, 268, 282, 294, 540, 593 f.
Königsbronn 27, 328, 462 f., 468 f., 471
Königsfeld im Schwarzwald 342
Konstanz 37, 42, 68 f., 73, 81, 224, 226, 229, 314 f., 323, 380, 390 f., 468–471, 552 f., 564, 570
– Dettingen 376
Konstanz-Engen
– Stetten 204
Korntal-Münchingen
– Korntal 337, 342–345
Kornwestheim 281
Kressbronn 559
Künzelsau 93, 95, 118 f., 487
Kürnbach 554
Ladanje Gornje (Kroatien) 281
Lahr 380, 484, 557, 576
Langenargen 82
Langenburg 115, 119
Lauda-Königshofen
– Oberbalbach 96
Laufenburg 37, 81
Lauffen am Neckar 326, 560
Laupheim 26, 87, 428 f., 430–441
– Baustetten 436
Lauterbach 59
– Fohrenbühl 59
Le Havre (Frankreich) 268
Le Récébédou, bei Toulouse (Frankreich) 479
Leavenworth, Kansas (USA) 272
Leibertingen
– Kreenheinstetten 187
Leipzig 161, 259, 292, 387, 389
Leonberg 337
Les Milles bei Aix-en-Provence (Frankreich) 479 f.
Leutkirch 86, 420
Lichtenau
– Scherzheim 42
Lindau (Bodensee) 86, 312, 315, 495 f., 498
Linz (Österreich) 505
Liverpool (England) 227
London (England) 116, 500, 525
Lorch (Württemberg) 328
Lörrach 25, 220–223, 225, 472, 478
Lorsch 555
Lourdes (Frankreich) 473
Löwenstein 560
Lüdinghausen 205
Ludwigsburg 27, 47, 208, 212, 218, 274, 283, 363–366, 533 f., 560
– Eglosheim 212
Ludwigshafen am Rhein 184
Lunéville (Frankreich) 76
Lyon (Frankreich) 227
Madrigal de la Vera (Spanien) 282
Mainhardt 113
Mainz 114, 215, 288, 540 f., 545–548
Manchester (England) 227
Mannheim 25, 45, 47, 50, 66, 172, 179, 184, 212, 221, 227 ff., 231–235, 238, 240–251, 266, 268, 283, 295, 300, 368, 373, 376 ff., 380, 387, 390, 476, 481, 484, 534, 571, 576 f.
– Luzenberg 246–249
– Sandhofen 247, 249
Marbach am Neckar 27, 364, 533–539, 561
Marckolsheim (Frankreich) 576
Markdorf 200
Markelsheim 561
Matije Gubca (Serbien) 281
Maulbronn 22, 303, 327–331, 335, 341, 494, 556, 560
Meersburg 320, 551 ff., 559
Melk (Österreich) 505
Memmingen 86
Mengen 37, 67, 86
Meßkirch 24, 186–195
Metzingen 559
Mogadischu (Somalia) 590
Möglingen 555
Moskau (Russland) 291 f., 465, 474, 525 ff.
Mühlacker 542
Mulfingen 119
Mülhausen (Frankreich) 220 ff., 225 ff.
München 161, 241, 278 f., 315, 395, 422, 435, 455, 458, 460, 463 f., 468 ff., 470, 518, 544, 548, 584, 586
Mundelsheim 354, 560 f.
Munderkingen 37, 86
Münsingen 420, 426 f.
– Buttenhausen 26, 418, 420, 422, 425 ff.
Murrhardt 328
Mutzig (Frankreich) 223
Nantes (Frankreich) 227
Neckarzimmern 481
Neuenstadt am Kocher 561
– Cleversulzbach 561
Neuenstein 110, 111–115, 117 ff.
– Eschelbach 119
Neuffen
– Kappishäusern 559
Neuffen 331, 559
New York (USA) 264 ff., 271 f., 274 f.
Niedernhall 561
Niederstetten
– Pfitzingen 113
Nijmegen 72
Noé (Frankreich) 479
Nordheim (Württemberg) 340
Nördlingen 351
Nürnberg 111, 119, 227, 435, 487
Oberkochen 516
Oberndorf am Neckar 570
Ochsenhausen 87, 366
Offenburg 24, 173 ff., 177 f., 181–185, 227, 557
Öhringen 111–114, 116, 118 f., 485, 561
– Michelbach am Wald 561
– Verrenberg 119, 561
Oppenau 422
Oranienburg 467
Paris (Frankreich) 73, 123, 155, 179, 222, 292 f., 297, 301, 307, 310, 314, 383 f., 394 f., 475, 480, 495, 500, 525, 527 f.
Pau (Frankreich) 473 f.
Pfedelbach 561
– Heuholz 119
– Ohrn 561
Pforzheim 24, 57 f., 61, 130 ff., 136–139, 241, 360, 484, 542, 571
– Birkenfeld 57, 63
Pfullendorf 86
Pittsburgh (USA) 341
Pliezhausen
– Dörnach 348
Potsdam 362, 518, 522, 525 ff., 529
Prag (Tschechische Republik) 103, 384
Radolfzell am Bodensee 421
Rastatt 24, 42, 47, 49, 50 f., 72, 173, 183–185, 221, 292, 300 f., 303, 400, 484, 495
Ravensburg 80 f., 86 f., 283, 320, 559, 566
Regensburg 135, 256
Reichenau 22, 317
Reichenbach an der Fils 284
Remshalden 560
– Grunbach 560
Reutlingen 16, 283, 332, 348, 408 f., 559, 564, 571, 593
– Betzingen 409
– Gmindersdorf 408 f.
Rheinfelden 37, 377
Rickenbach/Hotzenwald
– Hottingen 398
Riedlingen 37, 67, 81, 86
Rijswijk (Niederlande) 72, 289
Rivesaltes (Frankreich) 480
Rom (Italien) 84, 122, 128, 343, 535, 569, 590
Rottenacker 81, 340 f.
Rottenburg am Neckar 9, 37, 58, 77, 83, 202, 206, 559, 570
Rotterdam (Niederlande) 575
Rottweil 16, 24, 213, 566 f.
Saarbrücken 227, 545
Sachsenhausen 467, 470
Sachsenheim
– Hohenhaslach 560
Saint-Étienne (Frankreich) 215, 227
Salem (Baden) 27, 303, 552, 555
Sankt Petersburg (Russland) 127 f.
Sasbach 576
Sasbachwalden 557
Saulgau 37, 67, 86
Schluchsee 393, 399
Schmiedefeld am Rennsteig 507, 509
Schorndorf 129, 232, 534, 560
Schrozberg
– Schmalfelden 506
Schrozberg 112, 119
Schwäbisch Gmünd 366
Schwäbisch Hall 118 f., 219, 487, 506, 554
Schwanau 576
Schwendi 87
Schwetzingen 27
Sellafield (England) 577
Sigmaringen 36, 38, 100–108, 495, 497, 567
– Gorheim 102 f., 108
Sindelfingen 263

Singen am Hohentwiel 26, 283, 390, 559
Sipplingen 60, 318
Spa (Belgien) 229
Speyer 37, 421, 218, 219
St. Blasien 27, 68, 73, 75, 220 f., 223–226, 393, 394, 397 f., 399–403
– Menzenschwand 393, 402 f.
St. Gallen (Schweiz) 555
St. Georgen im Schwarzwald 328
Steinheim an der Murr
– Kleinbottwar 560
Stetten am kalten Markt 215
Stockach 192, 195, 321
Stockholm (Schweden) 588, 593
Stockton (England) 227
Straßburg (Frankreich) 37, 69, 75, 159, 181, 227, 267 f., 287–297, 302, 208, 338, 451
Stuttgart 24 f., 27, 36, 38, 45, 50, 62, 81, 83, 85 f., 93 ff., 97, 106, 108, 117, 120, 122, 125, 127 f., 136, 162 f., 164 ff., 168, 170, 210–216, 219, 234 f., 237, 239, 242, 260, 267, 276–285, 294, 315, 319, 331 f., 347, 358, 360–367, 384, 388, 406 f., 410–417, 420 f., 433 f., 457, 470, 484, 487, 489, 495, 501, 507 f., 510, 512–519, 522–531, 534 ff., 539, 540–548, 558, 560, 564, 566 f., 570 f., 579, 581 ff., 588–593
– Bad Cannstatt 511 f., 516, 523, 560
– Heslach 128
– Hohenheim 121, 127, 380, 387 f.
– Obertürkheim 284
– Rotenberg 24, 120–124, 128, 535, 560
– Stammheim 27, 582–585, 588 f., 590–595
– Uhlbach 560
– Untertürkheim 239, 560
Sulzburg 42
Süßen 283
Talheim (bei Heilbronn) 555
Tauberbischofsheim 164, 505, 507, 553, 567
Thann (Frankreich) 227
Thessaloniki (Griechenland) 279
Three Miles Island 577
Tiengen 273
Todtmoos 393, 399, 402 f.
Triberg im Schwarzwald 37, 569
Tübingen 41, 58 f., 107, 324–330, 334 f., 348, 365, 380, 382–386, 388, 492, 493–496, 500, 543 ff., 552, 559, 564, 567
– Bebenhausen 27, 328, 492–501
– Hirschau 58 f.
– Lustnau 365
Tuttlingen
– Möhringen 57
Tuttlingen 53, 57, 566 f., 569
Überlingen 86
Uhldingen-Mühlhofen
– Unteruhldingen 317
Ulm 25, 37, 62, 75, 86, 211, 215, 232, 252–256, 259, 262 f., 283, 292, 380, 390, 431, 454 f., 458–461, 467, 484, 495, 546, 571
– Eselsberg 391
Vaihingen an der Enz 560
– Gündelbach 560
Verona (Italien) 202
Versailles (Frankreich) 183, 206, 291, 305, 308
Vicenza (Italien) 122
Vichy (Frankreich) 299
Villingen-Schwenningen 27, 59 ff., 283, 563, 566 f., 569, 571
– Schwenningen 562, 564 f., 567 f., 569 f., 570 f.
– Villingen 37, 60, 81, 562, 564 f., 567 ff., 570 f.
Vinica (Kroatien) 281
Waiblingen 283
Waldenburg 111, 113, 114 f., 119
Waldshut 37, 81, 399, 552, 559
Walheim 555, 560
Wallhausen 489
Wangen im Allgäu 86, 420
Washington (USA) 525 f., 528, 531
Weikersheim 113, 115, 561
Weil bei Esslingen 123
Weilheim (Baden) 380
– Nöggenschwiel 403
Weingarten 79, 81, 85, 87, 205, 366, 435, 552 f., 555, 566
Weinsberg 47, 555, 560
Weinstadt 560
– Beutelsbach 560
– Großheppach 560
– Schnait 560
– Strümpfelbach 560
Weißbach (Hohenlohe) 118
Weißenburg (Frankreich) 555
Weisweil 576
Wertheim am Main 50, 502–509, 557
– Bestenheid 504, 506 f., 509
– Dörlesberg 508
– Eichel 507
– Reinhardshof 504–509
– Vockenrot 504
Wien (Österreich) 68 f., 70, 74 f., 115, 144, 177, 255, 257, 259, 262, 288, 291, 293, 383 f.
– Aspern 392
Wiernsheim
– Iptingen 341
Wiesloch 554
Wilhelmsdorf 337, 343, 345
Witten (Ruhr) 426
Wolfach 37
– Kirnbach 56
Wuppertal
– Barmen 457, 459, 460 f.
Würzburg 292
Wyhl 21, 27, 173, 572–589, 591
Zella-Mehlis 507
Zürich (Schweiz) 221, 223, 226, 384